

Protokoll

über die Verhandlungen des Parteitages
der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands

abgehalten in Weimar vom 10. bis 15. Juni 1919

Bericht über die 7. Frauenkonferenz

abgehalten in Weimar am 15. und 16. Juni 1919



Sozialdemokratische Partei
Deutschlands
Partei Vorstand
Bibliothek

0 063

Berlin 1919

Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & m. b. S., Berlin S.W.,
Lindenstraße 3

Tagesordnung des Parteitag.

Dienstag, den 10. Juni 1919, nachmittags 4 Uhr:

Vorversammlung.

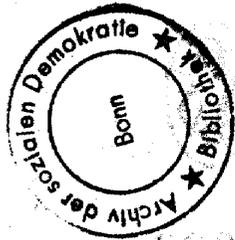
Konstituierung des Parteitag. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung.
Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission.

Mittwoch, den 11. Juni 1919 und folgende Tage:

1. Bericht des Parteivorstandes.
 - a) Allgemeines. Berichterstatter: Otto Weis.
 - b) Kasse. Berichterstatter: Fr. Bartels.
2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: Fr. Brühne.
3. Bericht der Organisationskommission. Berichterstatter: Mag. Kötzig.
4. Bericht der Kommission zur Beratung der Presseangelegenheiten. Berichterstatter: Adolf Schulz.
5. Bericht der Fraktion der verfassunggebenden Nationalversammlung. Berichterstatter: Paul Löbe.
6. Die Aufgaben der Partei in der Republik. Berichterstatter: H. Seidemann und Eduard Bernstein (Auswärtige Politik).
7. Räteystem und Reichsverfassung. Berichterstatter: Hugo Singer und Mag. Cohen.
8. Anträge.
9. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Sitzung des Parteitag:

vormittags von 9 bis 1 Uhr, nachmittags von 3 bis 6 Uhr.



Bureau des Parteitag.

Vorsitzende:

Söbe-Breslau — Heinrich Schulz-Berlin.

Schriftführer:

Aberleth-Königsberg	Jellisch-Chemnitz	Ritter-Berlin
Kobes-Hannover	Frau Hoppe-Berlin	Schönfelder-Hamburg
Eng-Barmen	Kriemien-München	Schönwälder-Oberlangensielau

Mandatsprüfungs-Kommission:

Seidtkampen-Brandenburg	Wigelsen-Mensburg	Reine-Bremen
Frau Wase-Mannheim	Kehrhorn-Frankfurt a. M.	Ritter-Breslau
Brüchner-Berlin	Paulus-Dresden	Ruggaber-Mün

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Weimar 1919.

Allgemeines.

Der Tätigkeitsbericht umfaßt 2 Geschäftsjahre. Er teilt sich politisch in die Zeit vor dem 9. November 1918 und die kürzere Periode nach der Revolution und der mit ihr verbundenen Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse.

Während keiner Berichtsperiode hat Deutschland eine so grundstürzende Umwandlung erfahren, wie in der vorliegenden. Nie war die Aktivität der Partei größer. Auf dem Parteitag zu Würzburg nahm die Partei Stellung zu einem Aktionsprogramm, dessen Richtlinien die nächsten Aufgaben der Partei festlegten im Hinblick auf die „Demokratisierung“, unsere „Finanz- und Wirtschaftspolitik“ sowie die „sozialpolitischen Aufgaben“.

Durch die Entwicklung ist ein Teil des Programms erfüllt, ein anderer ist erweitert und steht der Erfüllung entgegen, soweit die Verhältnisse es ermöglichen.

Dem Reichskanzler Michaelis kündigte der Parteitag erbitterten Kampf wegen der Verschleppung der Demokratisierung und Parlamentarisierung an. „Wir marschieren und — wenn es sein muß — dann stürmen wir!“ rief Scheidemann als Warncruf unter dem stürmischen Beifall des Parteitages den Herrschenden zu. Vergeblich! Man erkannte die Zeichen der Zeit nicht. Als Michaelis, der Mann, der die Friedensresolution des Reichstages so deuten wollte, „wie er sie auffasse“, gegangen war, spannt Graf von Hertling denselben üblen Faden der leeren Versprechungen gegen das eigene Volk und der Zweideutigkeit in der äußeren Politik fort.

Trotz des von ihm akzeptierten und als Grundlage seiner Friedenspolitik anerkannten Grundsatzes eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker schlugen die militärischen Gewalttäter im Frieden von Brest-Litowsk und von Bukarest dem Gedanken des Verständigungsfriedens ins Gesicht. Die Zertrümmerung der russischen Wehrmacht reizte den Appetit der Alldeutschen und Annektionisten. Der Gedanke, daß durch den Frieden im Osten, wie er auch sei, die ganzen Kräfte Deutschlands für den Westen frei würden, die Ukraine nach Anektung ihrer nationalen Selbständigkeit zur Ernährung Deutschlands wesentlich beitragen könnte, ließ auch andere Kreise den Friedensschluß als Etappe zum allgemeinen Frieden, als militärisches und wirtschaftliches Ziel von größter Wichtigkeit erscheinen.

Die höchste Stärkung erfuhren die deutschen Gewalttäter in jener Zeit jedoch durch die Entente selbst, die trotz des Funkspruchs „An Alle“ und der zu diesem Zwecke erfolgten Verzögerung der Friedensverhandlungen von Brest es ablehnten, nach Brest zu kommen und die russisch-deutschen Verhandlungen zu allgemeinen Friedensverhandlungen zu gestalten. Zur Unertüchlichkeit steigerte die innerpolitische Spannung sich aber durch die Verzögerung der Durchführung innerer Reformen. Ein Hauptstück des Programms der Regierung Czernin-Bauer-Friedberg war die soziale und rasche Durchführung der preussischen Wahlreform. Konserverlativ und Teile der Nationalliberalen und des Zentrums sagten trotzdem dem freien Wahlrecht offene Fehde an. Die Konserverlativen gingen sogar, gestützt auf die ihnen günstige Position im Abgeordnetenhaus, zu offenen Angriffen auf das Reichstagswahlrecht über. Man war in jenen Kreisen der festen Zuversicht, die Erledigung der Wahlreform bis über den Friedensglück hinausziehen zu können. Alsdann, so hoffte man, würden sich zahlreiche schwierige Fragen finanzpolitischer, wirtschaftspolitischer, und sozialpolitischer Art zu erledigen sein, das das Interesse für die Wahlreform in den Hintergrund gedrängt würde. So hoffte man die schon so oft betrogenen Massen des preussischen Volkes nochmals um ihr gutes Recht zu prellen.

In machtvollen Rundebungen trat das Volk im ganzen Reich gegen die schmachvollen Absichten der Volkserberber auf den Plan. Immer stärker aber wurde in der Arbeiterschaft das Gefühl, daß es nur ein Mittel gäbe, um zu seinem politischen Recht, zu einer Besserung der erbärmlichen Ernährungsverhältnisse und zum Ende des Krieges zu gelangen: die Verwertung der Arbeitskraft.

Die Parteileitung stellte sich gegen den Willen der U. S. aber auf Wunsch der Arbeiterschaft mit an die Spitze der Leitung der großen Arbeitseinstellungen, die im Januar 1918 vornehmlich als Protest gegen das trübsale Treiben der Reaktionsäre erfolgten. Die Bemühungen des Parteivorstandes, durch Verhandlungen mit der Reichsregierung eine gütliche Beilegung zu erreichen, scheiterten leider fast ebensosehr an der bornierten Einseitigkeit gewisser Regierungskreise, wie an der Abneigung der Unabhängigen, an den Verhandlungen mit der Regierung offizielle Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften teilnehmen zu lassen.

Erst der Zutritt der Parteileitung, ihr offenes Bekenntnis zu der Sache der Arbeiter, gab jener Bewegung, die unahmbar geworden war, ihren Umfang und ihre Bedeutung. Das Bewußtsein, daß der Kampf in geschlossener Front geführt würde, gab der Arbeiterschaft Kraft und verhinderte ein mögliches Zerfallen, aus dem lediglich die Reaktion neue Kräfte geschöpft hätte.

In Hamburg, München, Kiel, Danzig, Stuttgart, beteiligten sich die Arbeiter sehr zahlreich am Streik. Merkwürdigerweise blieben die Hochburgen der U. S., wie Leipzig, Halle usw. davon ganz unberührt. Durch Militarisierung der Betriebe und die Einberufung der die Arbeitsaufnahme ablehnenden Arbeiter zum Heeresdienst, suchte die Regierung in ihrer Art den Frieden zu fördern. Ein Verfahren, dem die Parteileitung mit aller Schärfe entgegentrat.

Wiederholt nahm die Partei in Versammlungen und Eingaben zu den insolge der Blockade immer schwieriger werdenden Ernährungsverhältnissen Stellung, die die Volksgesundheit in immer sichtbarerer Maße untergraben. Die Schwächung eines großen Teiles der Bevölkerung durch die langandauernde Unterernährung führte zu einer Zunahme der Tuberkulose, die die Früchte des jahrelangen Kampfes gegen diese Volksseuche vernichtete. Die physische Verschöpfung führte zu der Anfälligkeit gegen epidemische Krankheiten, die das ungeheure Opfer von 150 000 Toten verständlich macht, welche die Grippe im Herbst 1918 forderte. Immer wieder wurde auf die Abnahme der Geburten und die Zunahme der Kindersterblichkeit hingewiesen. Betrug doch z. B. in

Baden die Zahl der Lebendgeborenen im Jahre 1912 noch 125 414 gegen nur 80 888 im Jahre 1917. Berlin wies im Jahre 1912 noch 49 498 Geburten gegen 28 067 Todesfälle auf, im Jahre 1917 dagegen nur 19 458 Geburten gegen 34 122 Todesfälle. Also fast doppelt so viel Todesfälle wie Geburten.

Die endgültigen statistischen Berichte werden ein furchtbares Bild von der physischen Zerstörung des deutschen Volkes geben und den erbitterten Kampf nur zu sehr rechtfertigen, den die Partei auch gegen die gewissenlosen Elemente führen mußte, die sich durch Schleichhandel auf Kosten des Lebens und der Gesundheit ihrer eigenen Volksgenossen bereicherten.

Immer offener trat, im Gegensatz zu der Unmacht der obersten Exzerzleitung, die Ohnmacht der zivilen Behörden zutage. Immer mehr wurde erkannt, daß die oberste Exzerzleitung die Führung nicht nur der außenpolitischen Angelegenheiten, sondern auch der inneren Politik ausschlaggebend beeinflusste.

Trotz der Mißerfolge des U-Bootkrieges und all der vergeblichen Anstrengungen, der Gegner auf dem westlichen Kriegsschauplatz Herr zu werden, lehnte man jedes Eingehen auf die Forderungen der Reichstagsmehrheit, durch eine ungetriebene, reiflos bestreidigende Erklärung über die deutschen Kriegsziele Klarheit zu schaffen, ab und setzte alle Hoffnung auf die eine Karte der großen Frühjahrsoffensive: Die „Kaiserstraße“, in der „das Tor des Friedens eingeschlagen werden sollte“.

Und sie fehlte! — Unter der Wucht der insbesondere aus Amerika herangeführten Reihen des Gegners erlagen die deutschen Truppen. Man hatte die moralischen, physischen und materiellen Kräfte des deutschen Volkes, das das Menschenmögliche in 4 Kriegsjahren geleistet hatte, verbraucht. Sie unterlagen dem Druck der gegen sie tätigen Kräfte der Weltkoalition unserer Gegner.

Als der Staatsretreter des Auswärtigen v. Kühlmann vor dem Zusammenbruch, nach den ersten Erfolgen, durch die Abwägung zum Verhandlungs-frieden Friedensverhandlungen herbeizuführen suchte, fiel er der Militärdiktatur Ludendorffs zum Opfer, das durch diese Aktion abgelegte offene Bekenntnis zum Weltfrieden aber wirkte geradezu verheerend auf den Geist der Truppen und des ganzen Volkes ein.

Dann versuchte man einzulenden. Prinz Max von Baden übernahm die Geschäfte des Reichszanklers. Die Einführung des parlamentarischen Systems, die Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volkserziehung wurden zugesagt. An unsere Partei wurde das Ansehen gestellt, in die Regierung einzutreten. Die Partei machte ihren Eintritt von der Annahme folgender Bedingungen abhängig, die sie als Minimalprogramm ausdrücklich bezeichnete:

1. Uningeschränktes Bekenntnis zu der Entschlieung des Reichstags vom 19. Juli 1917 mit der Bereitschaftserklärung, einem Bölkerbund beizutreten, der auf der Grundlage der friedlichen Behandlung aller Streitfälle und der allgemeinen Abrüstung beruht.

2. Vollkommen einwandfreie Erklärung über die belgische Frage, Wiederherstellung Belgiens, Verständigung über Entschädigungen, Wiederherstellung Serbiens und Rußlands.

3. Die Friedensschlüsse von Brest-Litovsk und Bukarest dürfen kein Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß sein. Sofortige Einführung der Zivilverwaltung in allen besetzten Gebieten. Bei Friedensschluß sind die besetzten Länder freizugeben; demokratische Volksvertretungen sind alsbald zu gründen.

4. Autonomie Elsaß-Lothringens wie aller deutschen Bundesstaaten. Allgemeines und gleiches, geheimes und unmittelbares Wahlrecht. Der neu-

liche Landtag ist aufzulösen, wenn nicht das gleiche Wahlrecht unverzüglich aus den Beratungen des Herrenhauses hervorgeht.

5. Einseitigkeit der Reichsleitung. Ausschaltung unverantwortlicher Nebenregierungen. Berufung von Regierungsvertretern aus der Parliamentsmehrheit oder aus Personen, die der Politik der Parteimehrheit entsprechen. Aufhebung des Artikels 9 der Reichsverfassung. Die politischen Veröffentlichungen der Krone und der Militärbehörden sind vor ihrer Veröffentlichung dem Reichsminister mitzuteilen.

6. Sofortige Aufhebung aller Bestimmungen, durch die die Versammlungs- und Pressefreiheit eingeschränkt wird. Die Zensur darf nur auf rein militärische Fragen angewandt werden. Einrichtung einer politischen Kontrollstelle für alle Maßnahmen, die auf Grund des Belagerungszustandes verhängt wurden. Beseitigung aller militärischen Institutionen, die der politischen Beeinflussung dienen.

Nachdem die Mehrheitsparteien des Reichstags die Grundlagen für die Politik der neuen Regierung in einem Programm festgelegt hatten, das den Forderungen der Partei entsprach, traten am 3. Oktober Scheidemann als Staatssekretär, ohne Portefeuille und Bauer als Staatssekretär des neu zu schaffenden Reichsarbeitsamtes in die Regierung ein. Inzwischen war die oberste Heeresleitung an die Reichsregierung herangerufen mit dem dringenden Ersuchen, unverzüglich Schritte zum Abschluß eines Waffenstillstandes zu unternehmen.

Am 7. Oktober wurde in Washington das Gesuch der deutschen Regierung in folgendem Wortlaut übergeben:

„Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Ermüdung von Bevollmächtigten zwecks Aufnahme der Verhandlungen einzuladen. Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongressrede vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Rundebungen, namentlich in der Rede vom 27. September aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an.

Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung, den sofortigen Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen.“

In dem darauf folgenden Notenwechsel erhebt das amerikanische Staatsdepartement Klage über die trotz des Waffenstillstandsangebots fortgesetzte Versenkung von Passagierschiffen durch U-Boote und betont ferner:

„Zur Vermeidung jeder Möglichkeit eines Mißverständnisses hält es der Präsident weiter für nötig, die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands in feierlicher Form auf den Wortlaut und klaren Sinn einer der Friedensbedingungen zu lenken, die die deutsche Regierung soeben angenommen hat. Sie ist in der Ansprache des Präsidenten in Mount Vernon am 4. Juli d. J. enthalten und lautet:

„Vernichtung jeder Willkür und Macht, die für sich allein und heimlich den Frieden der Welt hören kann, und wenn ihre Vernichtung jetzt nicht möglich ist, mindestens ihre Herabsetzung zu tatsächlicher Wirklosigkeit.“

Und die Macht, die bisher die deutsche Nation beherrscht, ist von der hier beschriebenen Art. Es liegt innerhalb der Wahl der deutschen

Ration, das zu ändern. Die soeben angeführten Worte des Präsidenten bilden natürlich eine Bedingung, die dem Frieden vorangehen muß, wenn anders der Friede durch die Handlungsweise des deutschen Volkes selbst kommen soll. Der Präsident fühlt sich verpflichtet, zu sagen, daß nach seinem Urteil die ganze Durchführung des Friedens von der Bestimmtheit und dem zufriedenstellenden Charakter der Bürgschaften abhängen wird, die in dieser grundlegenden Frage gegeben werden können. Es ist unumgänglich notwendig, daß die gegen Deutschland verbündeten Regierungen unzweideutig wissen, mit wem sie es zu tun haben.“

Unbekümmert um den durch dieses Schreiben hergelegten Stuss der Situation setzte eine erneute Heze der Alldeutschen gegen die Friedensarbeit und die begonnene Demokratisierung ein.

Der Parteivorstand wandte sich gegen das gewissenlose Treiben in einem Aufruf vom 17. Oktober, indem er die Notwendigkeit sofortiger innerpolitischer Reformen als ersten Schritt zum Frieden hervorhebt und fortfährt:

„Jene alldeutsch-konservativ-schwerindustriellen Eroberungs- und Interessenpolitiker, jene chauvinistischen Demagogen und Phantasten, die, unterstützt von den Willkürherrscher der Kriegsgewinnler aller Art und gefördert durch eine unverantwortliche Militärlamarilla, seit Jahr und Tag mit ekelhaften, verlogenen Dummwörterplakaten und nationalistischen Siegesphrasen in den Versammlungen der Vaterlandspartei und deren Schriften, wie in einer wildfährigen Presse das deutsche Volk in eine Wolke künstlichen Nebels voll Lug und Trug gehüllt haben, alle jene Schuldigen, die das deutsche Volk in die schlimme Lage gebracht haben, sie erklimmen jetzt, nachdem ihr Kartellhaus zusammenstürzt, es dem Volke wie Schuppen von den Augen fällt, den Gipfel der Schamlosigkeit: sie versuchen den Unmut des Volkes gegen die neue Regierung zu lenken.“

Im Volke rang sich angesichts des Treibens der Alldeutschen immer mehr die Auffassung durch, daß es diesen im Verein mit gewissen Kreisen der Heeresleitung gelingen würde, die angebahnte Friedensarbeit zum Stillstand zu bringen. Weil die deutsche Heere trotz ihrer schwierigen Lage eine stärkere Widerstandskraft zeigte, als zuerst angenommen wurde, erscholl in der reaktionären Presse immer ausdringlicher das Geschrei: die Mies- und Flaumacherel der Männer in der neuen Regierung habe erst die Widerstandskraft des Volkes untergraben. In Aufrufen und Resolutionen lief man erneut gegen den Verständigungsfrieden und die Demokratisierung des Landes Sturm. Die Vaterlandspartei, der alldeutsche Verband, die Professoren verschiedener Universitäten forderten die Organisation der nationalen Verteidigung, den blutigen Kampf bis zum äußersten.

So spitzte sich die Situation immer mehr zu, bis die den Matrosen der Hochseeflotte bekanntgewordene Absicht der Admiralität, die deutsche Flotte eher im Kampfe auf den Grund des Meeres zu versenken, als dem Waffenstillstand zuzustimmen, diese zu dem Beschlusse führten: „Greift der Engländer uns an, so stellen wir unseren Mann und verteidigen unsere Kräfte bis zum äußersten, aber wir selbst greifen nicht an. Weiter als bis Helgoland fahren wir nicht, anderenfalls wird das Feuer ausgemacht.“ Am 30. Oktober jetzten die Matrosen diesen Beschluß in die Tat um. Verhaftungen, die aus diesem Anlaß erfolgten, führten am 3. November in Kiel zu der Befreiung der Gefangenen durch die Matrosen; die ersten Opfer fielen im Straßenkampf.

Damit war die Einleitung der Revolution gegeben. Die ganze Flotte hielte die rote Fahne.

Am 6. November folgten die Hamburger Arbeiter den Kielern im Aufstand. Es folgten Hannover, Köln, Magdeburg, Braunschweig, Leipzig, Dresden. Überall bildeten sich unter Mitwirkung unserer Genossen Arbeiter- und Soldatenräte. Am 8. November wurde in München die Dynastie gestürzt und die Republik ausgerufen. Damit wurde die Militärrivolte zur politischen Revolution.

Die Parteileitung stand in Berlin in dieser Zeit in enger Fühlung mit den Vertrauensmännern der Partei in den Großbetrieben. In täglichen Konferenzen wurden die Vertreter der Arbeiterschaft über alle Schritte der Partei unterrichtet. Die Aktionen unserer Partei im Parlament und der Regierung gaben der Bewegung in der Arbeiterschaft Ziel und Richtung. Die immer stärker hervorretende Auffassung, daß der ~~Widerstand~~ des Kaisers und Kronprinzen zur Erzielung von Friedensverhandlungen notwendig wäre, veranlaßte Scheidemann zu einer Eingabe an den Reichskanzler, die ausdrücklich darlegte, daß der Rücktritt des Kaisers ein unbedingtes Erfordernis sei. Am 7. November 1918 stellte die Parteileitung durch Genossen Scheidemann folgende Forderung:

Die sozialdemokratische Partei fordert, daß

1. die Versammlungsverbote für heute aufgehoben werden;
2. Polizei und Militär zur äußersten Zurückhaltung angehalten werden;
3. daß die preußische Regierung sofort im Sinne der Reichstagsmehrheit umgestaltet wird;
4. daß der sozialdemokratische Einfluß in der Reichsregierung verstärkt wird;
5. daß die Abdankung des Kaisers und der Thronverzicht des Kronprinzen bis zum 8. November mittags bewirkt werden. Werden diese Forderungen nicht erfüllt, so tritt die Sozialdemokratie aus der Regierung aus.

Unter dem Druck dieser Forderung, der Zentrum, Nationalliberale und Fortschrittler sich notgedrungen anschlossen, bot der Reichskanzler dem sich noch immer weigernden Kaiser seine Entlassung an, weil auch er dessen Abdankung für notwendig halte.

Der 8. November erreichte die Mittagstunde — der Tag verstrich. Der Rücktritt des Kaisers erfolgte nicht. Erst der folgende Tag brachte ihn.

Am Abend des 8. November war die Parteileitung mit den Vertrauensmännern der Betriebe versammelt. Man einigte sich darauf, am 9. November, früh 8 Uhr, nochmals zur letzten Besprechung zusammenzutreten. Bis zur Frühstückspause sollten die Arbeiter in den Betrieben bleiben.

Die Besprechung am 9. November war kurz. „Geraus aus den Betrieben, auf die Straße!“ war die Parole! Ein Mitglied des Parteivorstandes begab sich mit einigen Vertrauensmännern der Arbeiterschaft in die dem Reichstag zunächst gelegenen Kasernen und sprach zu den Truppen, die sich auf die Seite des Volkes stellten. In der Regierung bewirkten unsere Genossen den Befehl, daß von den Truppen nicht geschossen werden dürfe.

Im Reichstagsgebäude versuchten die Mitglieder der Parteileitung und der Fraktionen früh am Morgen zu einer Verständigung über die Bildung der Regierung mit den Unabhängigen zu gelangen, deren Stellung jedoch nicht vollständig zusammenzubringen war. Ebert, Scheidemann, Braun und einige Vertrauensleute der Arbeiter begaben sich deshalb allein in die Reichskanzlei, um

dem Reichskanzler mitzuteilen, daß die Bildung der Regierung der Sozialdemokratie übertragen werden müsse, um Blutvergießen zu vermeiden.

Brig. Maj. von Baden richtete an Ebert das Ersuchen, das Amt des Reichskanzlers zu übernehmen. Die in Permanenz tagende Fraktion der Parteivorstand und die Vertreter der Arbeiter stimmten dem zu und beauftragten Scheidemann und Landsberg, mit in die Regierung einzutreten. Noch am 9. November erließ Ebert eine Kundgebung, in der er u. a. besagte:

„Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es erungen hat, zu befestigen.“

Am Nachmittag des 9. November wurden die Verhandlungen mit den U. S. über die Zusammensetzung der Regierung und der Grundsätze aufgenommen, die zunächst eine Einigung erwarten ließen, bis am Abend unter dem Einfluß der Spartakusgruppe die Unabhängigen sich gegen den Gedanken einer konstituierenden Nationalversammlung, die auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts für beide Geschlechter zu wählen sei, erklärten. Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung sollten den Arbeiter- und Soldatenräten übertragen werden. Auch unter dieser Bedingung wollten die Unabhängigen nur für die Dauer von 3 Tagen in die Regierung eintreten.

Der Parteivorstand bot alles auf, um die Bildung der Regierung auf einer Basis zu ermöglichen, die mit den Grundsätzen der Demokratie vereinbar war, um die Waffenstillstandsbedingungen des Marschall Foch zu unterschreiben und den Kämpfen an der Front ein Ende bereiten zu können.

Er richtete am Abend des 9. November folgendes Schreiben an den Vorstand der U. S. P.:

Berlin, den 9. November 1918
abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr

An den Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Von dem aufrichtigen Wunsche geleitet, zu einer Einigung zu gelangen, müssen wir Ihnen unsere grundsätzliche Stellung zu Ihren Forderungen klarlegen.

Sie fordern:

1. Deutschland soll eine soziale Republik sein.

Diese Forderung ist das Ziel unserer eigenen Politik, indessen hat darüber das Volk durch die konstituierende Versammlung zu entscheiden.

2. In dieser Republik soll die gesamte exekutive, legislative und jurisdiktionelle Macht ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten sein.

Ist mit diesem Verlangen die Diktatur eines Teiles einer Klasse gemeint, hinter dem nicht die Volksmehrheit steht, so müssen wir diese Forderung ablehnen, weil sie unseren demokratischen Grundsätzen widerspricht.

3. Ausschluß aller bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung. Diese Forderung müssen wir ablehnen, weil ihre Erfüllung die Volksernährung erheblich gefährden, wenn nicht unmöglich machen würde.

4. Die Beteiligung der Unabhängigen gilt nur für drei Tage, als ein Provisorium, um eine für den Abschluß des Waffenstillstands fähige Regierung zu schaffen.

Wir halten ein Zusammenwirken der sozialistischen Richtungen mindestens bis zum Zusammentritt der Konstituante für erforderlich.

5. Die Ressortminister gelten nur als technische Gehilfen des eigentlichen und entscheidenden Kabinetts.

Dieser Forderung stimmen wir zu.

Gleichberechtigung der beiden Leiter des Kabinetts.

Wir sind für die Gleichberechtigung aller Kabinettsmitglieder, indessen hat die konstituierende Versammlung darüber zu entscheiden.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Am 10. November lief ein Antwortschreiben der U. S. P. ein, das folgenden Wortlaut hatte:

„An den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Auf Ihr Schreiben vom 9. November erwidern wir folgendes:

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ist bereit, um die revolutionären sozialistischen Errungenschaften zu festigen, in das Kabinett unter folgenden Bedingungen einzutreten:

Das Kabinett darf nur aus Sozialdemokraten zusammengesetzt sein, die als Volkskommissare gleichberechtigt nebeneinanderstehen.

Für die Fachminister gilt diese Beschränkung nicht; sie sind nur technische Gehilfen des entscheidenden Kabinetts. Jedem von ihnen werden zwei Mitglieder der sozialdemokratischen Parteien mit gleichen Rechten zur Seite gestellt, aus jeder Partei einer.

Eine Fristbestimmung wird an den Eintritt der Unabhängigen Sozialdemokraten in das Kabinett (in das jede Partei drei Mitglieder entsendet) nicht geknüpft.

Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, die zu einer Volksversammlung aus dem ganzen Reiche alsbald zusammenzuberufen sind.

Die Frage der konstituierenden Versammlung wird erst nach einer Konsolidierung der durch die Revolution geschaffenen Zustände aktuell und soll deshalb späteren Erörterungen vorbehalten bleiben.

Für den Fall der Annahme dieser Bedingungen, die von dem Wunsche eines geschlossenen Auftretens des Proletariats diktiert sind, haben wir unsere Mitglieder Haase, Dittmann und Barth in das Kabinett delegiert.

Der Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
gez. Haase.“

Mit diesen Vorschlägen erklärte die Parteileitung sich im Interesse der Einheit der proletarischen Bewegung und in der Not des Landes einverstanden. Doch auch damit waren die Schwierigkeiten der Regierungsbildung nicht erledigt.

Am Spätabend des 9. November hatten sich die Anhänger der Spartakusgruppe und ihr Anhang aus den Reihen der Unabhängigen im Sitzungssaale des Reichstags versammelt. Hier wurde bekanntgegeben, daß am Vormittag des folgenden Tages, Sonntag, den 10. November, in allen Betrieben auf je 1000 Arbeiter und von allen Truppenformationen Berlins je ein Delegierter für eine Versammlung gewählt werden sollte, die am gleichen Tage nachmittags 5 Uhr im Zirkus Busch die provisorische Regierung bestimmen sollte.

In keinem Betriebe, bei keinem Truppenteil war hiervon etwas bekanntgegeben. Nirgends waren für eine solche Wahl die geringsten Vorbereitungen getroffen. Eine ordentliche Wahl der Vertreter war schon aus diesen Gründen unmöglich. Offen wurde in jener Versammlung der Kampf gegen die Einberufung der Nationalversammlung angekündigt. Kein Zweifel wurde darüber gelassen, daß es sich bei dieser Aktion in erster Linie darum handelte, unsere Genossen aus der Regierung auszuschalten und der Richtung Ledebour, Liebknecht, Lugemburg den ausschlaggebenden Einfluß zu verschaffen.

Gegenüber diesem Ueberrumpelungsversuch traf die Parteileitung in der Nacht zum 10. November die notwendigen Vorkehrungen durch Information der auf dem Boden der Partei stehenden Betriebsberatern und durch die Einberufung der Nationalversammlung fordernden Truppenteile.

In einer am Nachmittag des 10. November abgehaltenen Versammlung der Vertreter von 87 000 Angehörigen der Berliner Garnison wurde sodann einstimmig auf Vorschlag der Mitglieder des Parteivorstandes beschlossen, die parlamentarische Zusammenziehung der Regierung und die schnellste Einberufung der Nationalversammlung zu erzwingen. Dieser Beschluß gelangte denn auch trotz des heftigsten Widerstandes der Anhänger der äußersten Linken, insbesondere durch das Eingreifen der Truppentreter im Zirkus Busch zur Annahme. Unsere Genossen Ebert, Scheidemann und Landsberg übernahmen mit Haase, Dittmann und Barth die Regierung und ihre erste Tätigkeit war die Unterzeichnung der Waffenstillstandsbedingungen.

Die Parteileitung hat in der nun folgenden Zeit in engster Fühlung mit ihren Mitgliedern im Kabinett gestanden, ohne von ihrer Bewegungsfreiheit, der Selbständigkeit des Handlens sowie der Führung der eigenen, von der Regierung unabhängigen Parteipolitik etwas aufzugeben. Als Treiber und Dränger auf dem Wege zur Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens und der Durchsetzung der Demokratie in Verfassung und Verwaltung des Reichs, der Bundesstaaten und Gemeinden wirkte die Partei.

Vor allem ging ihr Drängen nach schnellster Einberufung der Nationalversammlung, im Kampfe gegen die Bestrebungen, welche dieselbe überhaupt verhindern wollten. Eine gewaltige Stärkung erfuhr sie durch den im Dezember 1918 in Berlin zusammen tretenden 1. Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, der sich zu vier Fünfteln aus Anhängern der Partei zusammensetzte. Der Kongreß lehnte den Gehanden der Einführung einer Minderregierung mit 344 gegen 98 Stimmen ab und beschloß, den 19. Januar 1919, den frühesten vorge schlagenen Termin, als Wahltag zu bestimmen. Damit war auch den Bemühungen des Teils der Unabhängigen ein Ende bereitet, die in der Ueberzeugung, die Nationalversammlung nicht verhindern zu können, doch bemüht waren, den Wahltermin so weit als möglich hinauszuschieben.

Immer offener wurde nun von spartakistischer und unabhängiger Seite auf den Bürgerkrieg und den Sturz der Regierung hingearbeitet. Ein „roter Soldatenbund“ ging vornehmlich aus Versammlungen von Delegierten hervor, die von spartakistischer Seite einberufen waren. Die Demonstrationen und Straßenumzüge erhielten ein neues Gepräge durch ~~Mitführer mit Maschinengewehren besetzter Lastautomobile~~, von denen herab die Führer der Spartakisten ihre Ansprachen hielten. Handgranaten und Maschinengewehre wurden zum Hauptbeweismittel für die Nichtigkeit der unabhängigen Argumentation. Am 8. Dezember erklärte ~~Walt Hoffmann~~ in einer öffentlichen Versammlung, gegebenenfalls würde die konstituierende Nationalversammlung mit ~~Waffengewalt~~ ~~ausgehandelt~~ ~~werden~~. Am 23. Dezember sperrten Teile der unter dem Einfluß der Spartakisten stehenden Volksmarinebrigade das Reichstagsgebäude, nahmen den Stadtkommandanten gefangen und zwangen dadurch unsere Genossen in der Regierung zum bewaffneten Einschreiten. Das führte zu einer Krise in der Reichsregierung, in deren Verlauf der ~~Präsident~~ ~~der Republik~~ ~~das Vorgehen~~ ~~Eberts~~, ~~Scheidemanns~~ ~~und~~ ~~Landsbergs~~ ~~ausdrücklich~~ ~~billigte~~. ~~Trotzdem~~ ~~konstituierten~~ ~~die~~ ~~unabhängigen~~ ~~Kabinettsmitglieder~~ ~~aus~~ ~~diesem~~ ~~Vorgänge~~ ~~ein~~ ~~„Beschulden“~~ ~~unserer~~ ~~Genossen~~ ~~und~~ ~~traten~~ ~~aus~~ ~~der~~ ~~Regierung~~ ~~aus~~, in die dann ~~Wißell~~ ~~und~~ ~~Koske~~ ein-

traten. Ede, der gleichfalls hierzu aufgefordert wurde, lehnte die Bemerkung ab. Dem Beispiel der unabhängigen Kabinettsmitglieder folgten ihre Genossen im preussischen Ministerium, so daß die Regierung sowohl im Reich wie in Preußen völlig in Händen von Mitgliedern der Partei lag.

Befreit von den letzten Hemmungen wurde nun auf eine gewaltsame Entscheidung hingearbeitet. Am 6. Januar gaben die „Kommunisten“, wie sich die Spartakusgruppe seit ihrer am 31. Dezember 1918 erfolgten Trennung von den U. S. nannte, gemeinsam mit den „revolutionären Offizieren“, die die Richtung Ledebour, Däumig in der U. S. P. repräsentierten und der Berliner Leitung der Unabhängigen das Signal zur bewaffneten Erhebung. Eine Revolutionsregierung, für die Liebknecht, Ledebour und Scholz zeichneten, erklärte die Reichsregierung für abgesetzt. Die Partei hatte von dieser Absicht in letzter Stunde Kenntnis erhalten. Ihr Ruf an die Arbeiter, zum Schutz der Regierung in den Generalstreik zu treten und ihr zur Verfügung zu stehen, fand stärksten Widerhall. Doch erhoben nunmehr auch diese den Ruf nach Waffen, um den stark gerüsteten Anhängern der neuen „Revolutionsregierung“ nicht wehrlos gegenüberzutreten. Die Regierung sagte zu. In jener Stunde höchster Gefahr wurde beschlossen, die ersten Freiwilligenregimenten zu schaffen. Die Regierung wurde des Putzsches Herr.

Auch alle weiteren Versuche, die Regierung zu stützen, schlugen fehl.

Auf die revolutionären Ereignisse in den einzelnen Bundesstaaten können wir im Rahmen dieses Berichts nicht eingehen.

Am 19. Januar fanden die Wahlen zur Nationalversammlung statt, über die in einem besonderen Abschnitt berichtet wird. Nach den Wahlen legten unsere Genossen ihre Mandate in die Hände der Nationalversammlung, die die Neubildung des Kabinetts vollzog und den Genossen Obert, bisherigen Vorsitzenden der Partei, zum Reichspräsidenten der deutschen Republik wählte.

Leider trat auch nun noch keine Beruhigung im Lande ein. Die allgemeine Notlage des Volkes, die mangelhafte Ernährung, die nur langsam vor sich gehende Demobilisierung der Truppen, die Schwierigkeiten der Umstellung der Industrie auf die Friedensarbeit, der Mangel an Rohstoffen und die dadurch bedingte ungeheure Arbeitslosigkeit hatten eine ganz natürliche Unzufriedenheit zur Folge, besonders in den Kreisen der Bevölkerung, die von der politischen Umgestaltung der äußeren Formen auch einen radikalen Umschwung unseres Wirtschaftslebens erwarteten. Aus vielfacher Verkennung der tatsächlichen Schwierigkeiten folgten jetzt Streifsbewegungen in den verschiedenen Wirtschaftszweigen und Berufsgruppen, angeblich um die Regierung zu energischer Sozialisierung, zur Anerkennung des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer im Produktionsprozeß zu veranlassen. Die Partei hat zu diesen Forderungen ungewöhnlich Stellung genommen. Es besteht volle Einmütigkeit darüber, daß die Sozialisierung der dazu reifen Betriebszweige ohne Zwang in Angriff genommen werden muß; ebenso, daß durch gesetzliche Bestimmungen die Funktionen von Arbeiter-, Betriebs- und Angestelltenräten, die zur gleichberechtigten Mitarbeit bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse heranzuziehen sind, festgelegt werden müssen. Desgleichen, daß Bezirksarbeiterräte und ein Reichsarbeiterrat gebildet werden sollen, die vor dem Erlaß wirtschaftlicher und sozialpolitischer Gesetze ebenso wie die Vertretungen aller übrigen schaffenden Stände gutachtlich zu hören sind und selbst Anträge auf Erlaß solcher Gesetze stellen können.

Die Spaltung der Partei, die sich im Laufe der Zeit immer mehr nicht nur als ein Unglück für die Partei, sondern für das ganze deutsche Volk er-

wiesen hat, tief naturgemäß den Wunsch nach Einigung wach. Kurz nach der Revolution befaßte sich auf Anregungen aus den Kreisen der Berliner Metallarbeiter der Zentralrat der Republik in wiederholten fruchtlosen Verhandlungen mit diesem Problem. Ebenso erfolglos blieben die Bemühungen einer Kommission, zu deren Beratungen wiederholt Vertreter der Parteileitung, ebenso wie Mitglieder des Unabhängigen Parteivorstandes erschienen waren. Sie scheiterte an der grundsätzlich verschiedenen Auffassung über die Fragen des Rätesystems und der Demokratie. Dabei sei auch der Bildung einer Zentralstelle für die Einigung der sozialistischen Parteien gedacht, die sich zu einer besonderen Organisation mit festen Mitgliederbeiträgen gestaltet hat und den „Bundschuh“, ein wöchentlich erscheinendes Organ, als Korrespondenzblatt benutzt.

Auf dem Parteitag der Unabhängigen hat Frau Bieß offen erklärt, daß die Parteileitung der U. S. P. die Einigung mit der Sozialdemokratischen Partei ablehne. Diese Stellungnahme ist offensichtlich auf die weitgehenden Meinungsverschiedenheiten und unterschiedlichen prinzipiellen Auffassungen in der unabhängigen Partei zurückzuführen, deren linker Flügel sich völlig unter dem Einfluß der Kommunisten befindet. Darauf hat auch Kautsky hingewiesen, als er erklärte, daß für ihn eine Einigung mit den Kommunisten unmöglich sei. Er sieht den Weg zur Einigung nur offen, wenn der linke Flügel der Sozialdemokratie sich mit dem rechten Flügel der Unabhängigen wieder zu einem „marxistischen Zentrum“ verschmelzen würden, wenn also eine erneute Spaltung der beiden Parteien sich vollzöge. Das ergäbe für das erste an Stelle der jetzt bestehenden drei Gruppen der ehemals sozialdemokratischen Arbeiterschaft deren fünf, und es muß mehr als zweifelhaft erscheinen, daß dieser Weg wirklich zur Einigung der Parteien führen kann. Die Schwierigkeiten, die der Einigung jetzt im Wege stehen, hat Kautsky aber völlig guttendend gelassen. Sie sind in der prinzipiellen Stellung zur Demokratie und der ihr gegenüber ins Feld geführten Diktatur des Proletariats, auch dann, wenn nicht einmal die Mehrheit des Proletariats selbst sich für diese entschieden hat, zu suchen.

Entgegen allen Vorwürfen und ohne die dumpfe Unzufriedenheit zu verkennen, die gegenwärtig in weiten Arbeiterkreisen herrscht, muß doch darauf hingewiesen werden, daß seit dem 9. November gewaltige politische Fortschritte errungen sind. Forderungen sind erfüllt, für die die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten in erbittertem Kampf mit der Regierung und den bürgerlichen Parteien stand. Daß auf wirtschaftlichem Gebiete nicht mehr erreicht wurde, daß die Ernährungsverhältnisse noch so traurige sind, daran trägt die Tatsache, daß wir trotz siebenmonatigen Waffenstillstandes noch immer keinen Frieden haben können, der Deutschland die Möglichkeit zum Leben gibt, die größte Schuld. Was Deutschland fehlt, sind: Lebensmittel, Rohstoffe und Kohle. Die aber werden nicht beschafft durch Streiks, sondern durch Arbeit. Die Arbeit allein ist es, die Deutschlands Wirtschaftsleben vor dem völligen Zusammenbruch zu retten imstande ist.

Die Revolution fiel in eine Zeit völliger Erschöpfung unserer wirtschaftlichen Kräfte, und je mehr dieser Zustand der breiten Masse des Volkes fühlbar ist, um so stärker tritt die Sehnsucht, aus dem Elend herauszukommen,utage. Es ist ein tragisches Geschick, daß die Partei in einer Zeit zur politischen Macht gelangte, die der Durchführung ihres Programms, der Beseitigung des Massenelends, so ungünstig ist. Alles, was bisher geleistet wurde, vermochte die Not nicht zu lindern, die als Folge des Krieges und der fortbestehenden Abschmüzung Deutschlands wohl erkannt,

für die aber unter der Einwirkung einer demagogischen Agitation die Besamwertung in erster Linie der Regierung und der Partei zugeschoben wird. Demgegenüber sei gesagt, daß niemand in früherer Zeit geklammert hätte, daß so viele unserer grundlegenden Forderungen in so kurzer Zeit erreicht werden könnten.

Mit der Durchführung der politischen Demokratie ist Deutschland zum freiesten Staate der Welt geworden. Die Demokratisierung unseres Wirtschaftslebens ist in die Wege geleitet und der Einfluß der Arbeiterschaft an der Produktion wird sichergestellt. Trotzdem durch innere Unruhen, Streiks, Unterbindung des Eisenbahnverkehrs und Bürgerkrieg eine systematische Arbeit ungeheuer erschwert wurde, ist großes geleistet. In Reich, Staat und Gemeinde ist das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle über zwanzig Jahre alten Männer und Frauen eingeführt. Der Reichstugendtag, für den die Arbeiterschaft seit dem Pariser Kongreß des Jahres 1889 am 1. Mai demonstriert, ist gesetzlich festgelegt worden. Die Arbeiterschutzbestimmungen sind wieder voll in Wirksamkeit gesetzt. Das Schlichtungsverfahren bei Arbeitsstreitigkeiten ist durchgeführt, eine umfassende Erwerbslosenfürsorge eingerichtet worden. Die Gefährdungsordnung ist gefallen und das Hilfsleistungsgesetz aufgehoben. Maßnahmen gegen die Kapital- und Steuerflucht zur Sicherung der Kriegssteuern sind getroffen worden. Das Sozialisierungsgebot ist geschaffen, die Kohlenbewirtschaftung geregelt. Dazu sind die Betriebsräte im Bergbau berufen und vorläufig nach provisorischen Grundrissen tätig. Die Errichtung von Arbeitskammern im Bergbau ist erfolgt. Die Arbeiterräte werden als wirtschaftliche Interessenvertretung anerkannt und in der Verfassung verankert werden. In der Frage des Siedlungswesens, der Sozialversicherung ist viel geleistet, und zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot sind einschneidende Verordnungen erlassen und gesetzlich bekräftigt worden. Alles ist versucht worden, um Lebensmittel in größerem Umfange durch die Emporte und das neutrale Ausland zu erhalten. Auf allen Gebieten ist rastlos gearbeitet worden.

Trotz alledem bleiben die allgemeinen Armuterscheinungen bestehen, die Ursache der Unzufriedenheit sind. Aber keine Regierung, selbst eine rein sozialistische oder kommunistische, wäre imstande, sie mit einem Schlage zu beseitigen. Dazu ist nur die Erzeugung neuer Werte durch die rastlose Arbeit aller in der Lage.

Organisation.

Die Begleiterscheinungen des Krieges hatten unseren Mitgliederstand stark herabgedrückt. Den größten Tiefstand hatten wir um die Zeit des Würtzburger Parteitagcs. Waren doch damals und bis zum Ende des Krieges etwa 75 Proz. unserer männlichen Mitglieder zum Heeresdienst einberufen und damit dem Organisationsleben entzogen. Daneben hatte die vollzogene Spaltung die Reihen der Partei schwer erschüttert. Durch die Uebertritte zur Unabhängigen Partei erlitt unser Mitgliederbestand erhebliche Einbußen, die noch gesteigert wurden durch die Parteiverdrossenheit, welche durch die zügellose Kritik der Opposition hervorgerufen war und leider manchen früheren Kampfer Werbenankunft gab, wo politischen Leben sich abzuwenden und passiv der Weiterentwicklung der Dinge gegenüberzutreten. Nur langsam trat im letzten Kriegsjahre eine schwache Besserung ein. Die Mitgliederzahl steigerte sich im Jahre 1917/18 nach den nicht vollständigen Angaben gegen das Vorjahr um 8350, die der weiblichen Mitglieder um 4067.

Einen völligen Umwälzung der Organisationsverhältnisse brachte die Revolution. Nach dem 9. November trat ein plötzliches rapides Anwachsen unserer Mitgliederzahlen ein. Der Umsturz der alten Verhältnisse riß Kreise in das politische Leben hinein, die diesem bisher völlig indifferent gegenüberstanden hatten. Ebenso machte er Kräfte frei, denen bis dahin jede Betätigung in sozialistischem Sinne streng verboten war. Der Zustrom zur Partei wuchs dadurch ungeheuer. Eine endgültige Uebersicht über den Mitgliederstand in Form der üblichen Tabelle zu geben, war leider durch das rasche Stattfinden des Parteitagcs nicht möglich, da die Berichte nicht rechtzeitig eingegangen sind. Wir hoffen, dem Parteitag als Nachtrag zum Bericht eine vollständige Uebersicht über die Mitgliederbewegung vorlegen zu können. Hier müssen wir uns mit einigen Stichproben aus den Bezirken begnügen, die vollständig berichtet haben. Im Bezirk Westfälische Westfalen betrug am Jahreschluss die Mitgliederzahl 52 611 gegen 12 902 bei Abschluss des vorigen Berichtsjahres. Im Bezirk Pommern 28 685 gegen 1256. Der Bezirk Dresden berichtet über 89 103 Mitglieder gegen 12 037 am Schlusse des vorigen Jahres. 15 020 gegen 1479 im Vorjahre werden aus dem Bezirk Cassel gemeldet. Selbst der so schwierige Bezirk Halle konnte seine Mitgliederzahl von 409 auf 5251 steigern. Nach den vorliegenden Teilberichten dürfte das Steigerungsverhältnis in den übrigen Bezirken ein ähnliches sein wie in den angeführten Agitationsbezirken. Erheblich gesteigert hat sich auch die Zahl der weiblichen Mitglieder, die durch die Kriegsverhältnisse ebenfalls erheblich gesunken war. Diese Tatsache ist besonders zu begrüßen, da die Mitgliedschaft der Frauen nach dem Besitz des Wahlrechtes erhöhte Bedeutung erlangt hat.

Von größter Wichtigkeit ist, die uns zuströmten Mitglieder zu halten. In der gegenwärtigen politisch erregten Zeit unterliegen die nicht genügend politisch geschulten Mitglieder leicht irgendwelchen Strömungen. Die Umwälzung in den politischen Machtverhältnissen trat ein in einer Zeit tiefsten wirtschaftlichen Zusammenbruchs unseres Landes. Mit den bestehenden Verhältnissen besteht weitgehende Unzufriedenheit, die begreiflich und in mancher Beziehung berechtigt ist. Die Ursachen des Misstrauens lassen sich aber auf manchen Gebieten erst nach dem Wiederaufbau unserer zusammengebrochenen Wirtschaft beseitigen. Sie werden aber von unseren politischen Gegnern in demagogischer Weise gegen die Politik der Partei ausgeschlachtet. Demgegenüber darf von unseren Organisationen nicht verjäumt werden, die rührige Aufklärungsarbeit unter den neugewonnenen Mitgliedern zu treiben. Unter unseren Anhängern muß völlige Klarheit über die Richtlinien unserer Politik herrschen. Nur dann werden diese in der Lage sein, nicht nur widerstandsfähig gegen die gegnerische Agitation zu sein, sondern auch deren Argumente mit Erfolg zu widerlegen.

An dem Ausbau unserer Organisationen muß deshalb händig gearbeitet werden. Unsere für diesen Zweck angestellten Sekretäre mußten vielfach auf kommunalem Gebiete sich betätigen oder sind mit Ämtern in den A- und S.-Räten wie mit parlamentarischen Mandaten belastet. Um darunter die Agitation nicht leiden zu lassen, sind dort, wo geeignete Vertreter nicht vorhanden sind, zweite Sekretäre angestellt worden. Ausgeschieden als Bezirkssekretäre sind die Genossen Leinert, Hannover, Deimig, Magdeburg und Seemann, Königsberg. Die beiden ersten sind als Oberbürgermeister an ihrem Wirkungsort gewählt. Letzterer wirkt im Arbeiterrat. An Stelle der ausgeschiedenen traten die Genossen Lau, Bergemann und Kahl. Die Ausbreitung der Organisation erforderte in mehreren Bezirken die Neu-

anstellung von Sekretären, denen abgegrenzte Unterbezirke als Tätigkeitsgebiet zugewiesen wurden. So weit es erforderlich war, wurden aus der Parteikasse für diesen Zweck finanzielle Beihilfen gegeben.

Die neuen Verhältnisse machen einen Umbau unserer Organisation erforderlich. Die Reichstagswahlkreise, die bisher die Grundlage unseres Organisationsgebäudes bildeten, sind in Wegfall gekommen und dafür Wahlkreise geschaffen, die sich in ihrer Größe vielfach mit unseren Bezirksorganisationen decken. Die endgültige Festlegung dieser Kreise wird erst bei der Beschlußfassung über das Gesetz betr. die künftigen Reichstagswahlen erfolgen. Eine Sitzung des Parteiaussschusses setzte deshalb eine Kommission ein, die eine erforderliche **Umarbeitung** des Organisationsstatuts vorbereiten sollte. Der Entwurf der Kommission wird dem Parteitag zur Beschlußfassung vorgelegt. Neben anderen bedeutsamen Änderungen enthält er auch eine **Herabsetzung** des zu erhebenden **Mindestbeitrags** der Partei. Angesichts der großen **Zukunftsausgaben** unserer Bewegung wie der enorm gesteigerten Kosten der Agitation ist eine Erhöhung des gegenwärtigen Beitrags dringend nötig. Diese Notwendigkeit hat schon in den letzten Monaten eine Anzahl Bezirke und Kreise veranlaßt, den Beitrag zu erhöhen, so daß in manchen Kreisen der vorgeschlagene Mindestbeitrag bereits erreicht oder überschritten ist. — Statt der bisherigen 80 Proz. wird vorgeschlagen, in Zukunft 25 Proz. von den **erhöhten Beiträgen** an die Parteikasse abzuführen. Die Mittel der **Hauptkasse** sind durch die Kriegsjahre und durch die Wahlen arg geschwächt, die **Anforderungen** an diese steigern sich aber fortgesetzt. Eine **Stärkung** der Parteikasse durch erhöhte Beitragspflicht ist daher dringend erforderlich.

Anträge auf Einsetzung eines Schiedsgerichts in Aussschlußverfahren sind nach dem Würzburger Parteitag beim Parteivorstand nicht eingegangen, so daß wir über dies wenig erfreuliche Kapitel nichts zu berichten haben.

An den Parteivorstand überwiesene Anträge.

Antrag Nr. 15 schlug Wege vor, den Absch der Parteiliteratur zu heben. Zur Erreichung dieses Zieles sollte in allen örtlichen Parteiorganisationen ein Funktionär gewählt werden, der den Absch der Parteischriften praktisch zu fördern hat und der sich mit der Buchhandlung seines Bezirks, den Expediteuren und Hauskassierern des Ortes laufend ins Einvernehmen zu setzen hat. Da die Durchführung dieses Antrages Aufgabe der örtlichen Organisationen ist, konnte der Parteivorstand nur anregend wirken.

Die Anträge Nr. 34, 35 und 36 fordern:

1. daß der Parteivorstand eine Kommission einsetzen soll, die einen in vollständiger, passender Sprache gehaltenen Entwurf eines Aktionsprogramms der deutschen Sozialdemokratie auf der Grundlage der durch den Krieg geschaffenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ausarbeiten und den Parteinstanzen zur Beschlußfassung unterbreiten sollte;

2. sollte der Parteivorstand geeignetes Studienmaterial über die Kolonial- und Wehrmachtsfragen herausgeben, durch welches den Parteigenossen die Erhebungen des Weltkrieges auf diesem Gebiete bekanntgegeben werden und sie imstande sind, Stellung zu diesen Fragen zu nehmen;

Es wurde gefordert, daß der Parteivorstand aus den Kreisen der Parteigenossen unverzüglich eine handelspolitische Kommission berufen sollte. Diese Kommission sollten als besondere Aufgabe zugewiesen werden: die **Sammlung**

von Material zur Abwehr aller Bestrebungen des In- und Auslandes, die darauf gerichtet sind, nach Beendigung des Waffenkrieges einen Wirtschaftskrieg herbeizuführen; und die Sammlung von Material als Grundlage für die Stellungnahme der Partei beim Abschluß von Handelsverträgen und des Studiums der mitteleuropäischen Wirtschaftsbeziehungen.

Die Kommission zur Ausarbeitung eines Aktionsprogramms wurde gebildet. Sie hat, wie im Abschnitt „Parteiausschuß“ berichtet wird, die Vorarbeiten bald nach Schluß des Parteitages aufgenommen und schon am 15. März 1918 Bericht an den Parteiaussschuß erstattet.

Für die Ausführung aller Anträge (34, 35 und 36) ist erforderlich, daß man eine Uebersicht über die politische und wirtschaftliche Lage hat. Alle Antragsteller haben wohl damit gerechnet, daß ein Verständigungsfrieden geschlossen werden würde. Der Gewaltfrieden, der uns wahrscheinlich aufgezwungen wird, schafft Zustände im wirtschaftlichen und politischen Leben, die uns zwingen, Forderungen zu stellen, wodurch das Proletariat aus der Sklaverei des Entente-imperialismus zur Freiheit des Sozialismus emporsteigen kann. Unser Ziel ist unberrückbar dasselbe, wofür wir seit Bestehen der Partei gekämpft haben. Der Ausgangspunkt ist aber ein anderer geworden. Während wir sonst mit den politischen und wirtschaftlichen Zuständen rechneten, wie sie durch die Entwicklung der letzten Jahrzehnte geworden waren, müssen wir nun als Ausgangspunkt mit den Zuständen rechnen, wie sie durch den uns aufgezwungenen Gewaltfrieden entstehen. Die praktische Ausführung der Anträge ist daher eine Aufgabe der nächsten Zeit.

Antrag Nr. 61: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: „Frauenarbeit und Frauenschuß“, erledigt sich dadurch, daß dieser Gegenstand auf die Tagesordnung der im Anschluß an den Parteitag stattfindenden Frauenkonferenz gesetzt ist und dort erledigt wird.

Frauenbewegung.

Die politische Mitarbeit der Frauen ist durch das ihnen von der Revolution gegebene Wahlrecht in ein anderes Stadium getreten.

Nach dem Bericht an den Parteitag in Würzburg hatte die Partei eine sehr starke Abnahme der weiblichen Mitglieder zu verzeichnen. In dem bald darauf einsetzenden gahlenmäßigen Aufstieg der Organisation sind die Frauen besonders stark beteiligt.

Dazu trug vor allem der im Oktober 1917 vom Parteivorstand beschlossene und empfohlene Werbemonat für die Frauenbewegung bei. Schriftliches Material wurde dazu vom Parteivorstand geliefert. Die Idee wurde überall gut aufgenommen. Soweit die Bezirke nicht in der Lage waren, die Durchführung im Oktober vorzunehmen, haben sie hinterher Werbeversammlungen gemacht, die nach den aus dem Lande eingegangenen persönlichen Berichten der Genossinnen gut gewirkt haben.

Hand in Hand damit ging wieder eine stärkere Anteilnahme der Genossinnen an den politischen Tagesfragen und Ereignissen.

Ein besonderes Interesse brachten die Genossinnen den im XVI. Reichstagsausschuß bearbeiteten bevölkerungspolitischen Vorlagen entgegen. Wurden die dort gefaßten Beschlüsse zugunsten der außerhehlichen Kinder im allgemeinen gutgeheißen, so riefen die Beschlüsse über die Vorlagen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und gegen die Verhinderung der Geburten eine starke kritische Teilnahme hervor. Als Richtschnur für die Gegenorganisation dient

die Entziehung einer Groß-Berliner Frauenkonferenz, die dem Kampf mit eingehender Begründung zuzuging. Sie lautete:

„Die Konferenz sieht in den Geschlechtskrankheiten eine der schlimmsten Gefahren für die Volksgesundheit und für eine wirksame Bevölkerungspolitik. Als Folge des Krieges befürchtet sie eine starke Vermehrung der Geschlechtskrankheiten und damit unerträgliches Elend für zahlreiche Familien.

Die Konferenz begrüßt deshalb alle durchgreifenden und wirkungsvollen Maßnahmen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Von dem zurzeit dem deutschen Reichstag vorliegenden Gesetzentwurf vermag sie sich eine nennenswerte Wirkung jedoch nur dann zu versprechen, wenn er in den entscheidenden Punkten gemäß den Anträgen der sozialdemokratischen Mitglieder des Bevölkerungsausschusses verbessert wird.

Im besonderen nimmt die Konferenz Stellung dagegen, daß durch einzelne Paragraphen des Gesetzentwurfs wiederum ein Ausnahmegesetz gegen bestimmte Schichten der weiblichen Bevölkerung geschaffen werden soll. Sie fordert demgegenüber:

1. daß die gesundheitliche Kontrolle geschlechtskranker Personen nicht auf weibliche Prostituierte beschränkt, sondern auf alle Personen beiderlei Geschlechts ausgedehnt wird, die dringend verdächtig sind, geschlechtskrank zu sein;

2. daß die polizeiliche Sittenkontrolle aufgehoben wird und gegen Prostituierte zwangsweise lediglich sozialhygienische Maßnahmen zur Anwendung gelangen;

3. daß die Forderung des ärztlichen Gesundheits-Attestes für die Arme in gleicher Weise auf die zu stillenden fremden Kinder ausgedehnt wird.

Die Konferenz lehnt den Gesetzentwurf gegen die Verhinderung der Geburten ab. Sie ist der Meinung, daß die mit dem Gesetzentwurf angestrebten bevölkerungspolitischen Zwecke nicht nur nicht erreicht, sondern in ihr Gegenteil verkehrt werden, da die vorgesehenen Maßnahmen nicht die Geburtenzahl wohl aber die kriminellen Aborte vermehren und damit die Gesundheit und die Gebärfähigkeit zahlreicher Frauen schädigen würden. Die Erhöhung der Geburtenziffer ist nicht durch Zwang, sondern durch die Stärkung des Willens der Mutterschaft zu erreichen. Dazu bedarf es in erster Linie einer allgemeinen Hebung der sozialen Lage der Arbeiterklasse, sowie eines wirklich durchgreifenden Mutter- und Kinderschutzes. Die Frauen sehen daher in den geplanten gesetzgeberischen Maßnahmen ein unzulässiges Eingreifen in die freie Selbstbestimmung der Frau, gegen den sie schärfsten Einspruch erheben.“

Die allein oder mit bürgerlichen Frauenvereinen zusammen arrangierten Konferenzen und Versammlungen erfreuten sich einer starken Anteilnahme und großer Sachlichkeit. Das Vorgehen der Frauen hatte die Folge, daß herausschlagend einige führende Frauen zu dieser Frage hörte, was in der vorrevolutionären Zeit immerhin etwas bedeutete. Es ist zu begrüßen, daß die Revolution auch diese Gesetzentwürfe, ganz besonders den letzteren, zerrissen hat.

Im besonderem Maße aber war die Arbeit der Erringung des Frauenwahlrechts gewidmet. Die auf der Frauenkonferenz vom Sommer 1917 gegebene Anregung, bei den Kämpfen um das Frauenwahlrecht sich nicht auf die Arbeit in der eigenen Partei zu beschränken, sondern gegebenenfalls mit den Stimmrechtsverbänden zusammenzugehen, war auf fruchtbaren Boden gefallen. Den Auftakt zu einem solchen Vorgehen gab eine gemeinsame Erklärung der sozialdemokratischen Frauen, der Frauen des „Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht“ und des „Deutschen Frauenstimmrechtsbundes“. Hierbei muß eingeschaltet werden, daß bei diesem Zusammengehen Schwierigkeiten

prinzipieller Art in großem Umfange zu überwinden waren. Das Mitgehen des „Bundes deutscher Frauenvereine“ z. B. verbot sich, weil dieser sich noch nicht mit der demokratischen Grundforderung abfinden konnte. In der Folge fanden in Berlin und im Reich eine ganze Reihe gemeinsamer Versammlungen statt, die neben ihrer schwierigen Vorbereitung auch mit erheblichen Hindernissen zu kämpfen hatten. Anlässlich der preussischen Wahlrechtsreform wurden die Fraktionsführer von den Führerinnen der Frauenbewegung um eine Unterrebung ersucht, die auch gewährt wurde und wobei das Frauenwahlrecht für das preussische Parlament gefordert wurde. An dieser Aktion beteiligten sich neben den bürgerlichen Stimmrechtsverbänden und uns auch die Unabhängigen. Während der Oktoberregierung unter Prinz Max von Baden war eine Aktion vorbereitet, die wegen der Kürze dieser Regierungsperiode nicht zur Durchführung kam, außerdem war ein besonderes planmäßiges Vorgehen zugunsten des Gemeindefrauenwahlrechts vorgesehen, als die Revolution den Frauen mit einem Schlag das Wahlrecht auf der ganzen Linie brachte und damit die politische Stellung der Frauen von Grund aus veränderte.

Zum Wahlkampf wurden vom Parteivorstand 12 besondere Frauenflugblätter herausgegeben, außerdem eine kleine Broschüre „Material für Redner“. Der Druck weiteren Agitationsmaterials wurde durch die spartakistische Besetzung der „Vorwärts“-Druckerei unterbunden.

Die Beteiligung der Genossinnen an der Wahlarbeit war sehr rege, doch zeigte sich dabei ein fühlbarer Mangel an geschulten Rednerinnen, auch machte es sich bemerkbar, daß in den Kriegsjahren die systematische Schulung des jungen Nachwuchses vernachlässigt worden ist.

An weiblichen Abgeordneten hat die Partei:

im Reich	19
in Preußen	9
„ Baden	4
„ Württemberg	3
„ Hessen	2
„ Sachsen	1
„ Bayern	2
„ Sachsen-Weimar-Eisenach	1
„ der Hamburger Bürgerschaft	8
„ Bremer	5
„ Lübecker	?

Auch in die Gemeindeparlamente sind allenthalben Genossinnen mit eingezogen.

Das Regierungsprogramm verheißt den deutschen Wählerinnen auch die Eingliederung der Frauen in die Verwaltungsarbeit der Regierung; nach Maßgabe der gesteigerten Frauenaufgaben. Ein bescheidener Anfang dazu ist gemacht durch die Berufung einer Parteigenossin als Referentin für die Hinterbliebenenfürsorge in das Reichsarbeitsamt.

Den verbreiterten Aufgaben der Frauenbewegung wurde auch Rechnung getragen durch einen Beschluß des Parteivorstandes, die „Gleichheit“ achttägig erscheinen zu lassen und Druckort und Redaktion an einen Ort zu verlegen. Diese Neuerung tritt am 1. Juli d. J. in Kraft. Zugleich soll einmal im Monat eine illustrierte Beilage „Die Frau und ihr Haus“ erscheinen, die sich mit Frauen- und Kinderkleidung, mit Körper- und Wohnungskultur befaßt. Damit wird ein alter Wunsch unserer Genossinnen endlich erfüllt.

Mit der durch das Wahlrecht ermöglichten Anteilnahme am politischen Leben wurde den Genossinnen aber auch die größere Pflicht und Verantwortlichkeit zuteil. Aus der Bewegung müssen die Kräfte hervordringen, deren wir zur Erfüllung unserer großen Aufgaben bedürfen. Soweit sich übersehen läßt, zeigen sich jetzt allenthalben Ansätze zu planmäßiger Schulung der Genossinnen. Ueber die Zunahme der weiblichen Mitglieder geben die Tabellen Auskunft, die nach Eingang aller Fragebogen dem Bericht beigelegt werden sollen.

Jugendbewegung.

Die beiden letzten Geschäftsjahre vom 1. April 1917 bis 31. März 1919 standen völlig im Zeichen des Krieges. Es war nur mit Aufbietung aller Kräfte möglich, die Jugendbewegung aufrecht zu erhalten. Immer mehr Jugendleiter und Funktionäre wurden zum Kriegsdienst eingezogen. Die heranwachsenden Jahrgänge der Jugend erlitten das gleiche Schicksal. Namentlich in kleinen und mittleren Orten, wo die Bewegung oft mit einzelnen Personen steht und fällt, war an ihre Aufrechterhaltung nicht zu denken. In größeren Orten dagegen gelang es mit Hilfe der Jugendlichen, die unermüdet für ihre Sache wirkten, unsere Bewegung durchzubringen.

Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands hat die Jugendausschüsse im Lande nach Kräften unterstützt. Daneben hat sie allen die arbeitende Jugend angehenden Fragen ihre besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Sie trat mit Entschiedenheit für die Wiederherstellung des gesetzlichen Jugendschutzes ein, der während des Krieges teilweise außer Kraft gesetzt war. Sowohl in Eingaben an die Reichsregierung, als auch durch die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage wurde auf die schweren gesundheitslichen Gefahren dieses Zustandes für die Jugend hingewiesen. Unsere Bemühungen hatten zwar keinen vollen Erfolg, führten aber doch wenigstens dazu, daß der Reichszentralrat in wiederholten Rundschreiben an die Bundesregierungen auf die bedenklichen Folgen der schrankenlosen Inanspruchnahme der jugendlichen Arbeitskräfte hinwies und die Aufsichtsbehörden ersuchte, die Aufhebung der Jugendschutzbestimmungen nur noch in zwingenden Fällen zu genehmigen. Damit konnten wenigstens die schlimmsten Auswüchse in der Ausbeutung der Jugendlichen beseitigt werden.

Ihren ablehnenden Standpunkt gegenüber der militärischen Jugendergiehung hat die Zentralstelle auch weiterhin beibehalten und in solchen Fällen, in denen entgegen der ministeriellen Anordnung die Behörden versuchten, die Jugend zwangsweise den Jugendwohnen zuzuführen, die Interessen der Jugendlichen vertreten. Inzwischen ist die militärische Jugendergiehung, wie der Militarismus überhaupt, durch die Revolution beseitigt worden und wird hoffentlich für alle Zeiten erledigt sein.

Ebenso hat sich die Zentralstelle wiederholt gegen die Jugendlerasse der militärischen Generalkommandos gewandt und insbesondere die beabsichtigte Übernahme dieser Erlasse in die Friedenszeit bekämpft. Ferner fordernte sie eine gründliche Reform des deutschen Jugendrechts und Schaffung eines Reichsjugendgesetzes. Um alle Bestrebungen nach dieser Richtung hin zu unterstützen, hat sie sich der Arbeitsgemeinschaft für ein deutsches Jugendrecht angeschlossen und nahm auch an vielfachen offiziellen und öffentlichen Beratungen über diese sowie andere gesetzlichen Maßnahmen zugunsten der Jugend teil.

Gegen Schluß des letzten Jahres beschäftigte sich die Zentralstelle mit der Aufstellung eines Erziehungs- und Schutzprogramms für die arbeitende Jugend, das inzwischen in Form einer Denkschrift der Reichsregierung und der deutschen Nationalversammlung überreicht wurde.

Die von den Unabhängigen und Kommunisten verurteilte Spaltung der Jugendbewegung hat uns zwar in einigen größeren Orten vorübergehend ernste Schwierigkeiten bereitet, konnte uns aber in der letzten Zeit keinerlei Abbruch mehr tun. Angesichts dieser Bestrebungen berief die Zentralstelle rechtzeitig am 26. Juli 1917 eine Konferenz der Jugend-Bezirksleitungen Deutschlands ein, die sich in scharfer Weise gegen die Spaltungstendenzen und die Übertragung des Parteifreites in die Jugend aussprach, und ferner die Richtlinien für die Tätigkeit der Jugendausschüsse neu festlegte.

Die kommunistische und unabhängige Jugend hat inzwischen eine eigene Organisation unter dem Namen „Freie Jugend“ gebildet und sich unter dem Einfluß kommunistischer Führer ein neues Programm geschaffen, das vollständig die politischen Forderungen der kommunistischen Partei enthält und den eigentlichen Forderungen und Bestrebungen der Jugend nur noch nebensächliche Bedeutung zuerkennt.

Mit der Revolution und dem Ende des Krieges ist auch in die Jugendbewegung neues Leben eingezogen. Schon vorher, als der Krieg noch tobte, machte sich vielerorts das Bestreben geltend, aus der Starre der letzten Jahre herauszukommen. Das zeigte sich besonders in dem einmütigen Verlangen der Jugend nach einer neuen Organisationsform. Die lose Vereinigung, die uns durch das Reichsvereinsgesetz aufgebrängt worden war, genügte nicht mehr. Es bildeten sich daher in verschiedenen Bezirken im Einlaug mit den Arbeiterorganisationen und Jugendausschüssen feste Jugendvereine. Diese Vereine erwiesen sich allenthalben als die zweckmäßigste Form zur Gewinnung und Erziehung der Jugend und kommen auch den berechtigten Wünschen der Jugendlichen nach weitgehender Betätigung und Selbstverwaltung entgegen. Die Zentralstelle hat diese Bestrebungen in verständnisvoller Weise gefördert und als mit der Revolution die letzten Schranken fielen, die Bildung örtlicher Jugendvereine allgemein empfohlen. Sie kam damit den auf allen Konferenzen im Lande sowohl von Jugendlichen wie Erwachsenen geäußerten Wünschen entgegen. Ferner arbeitete sie im Sinne dieser Wünsche neue Richtlinien für die Organisation und Erziehung der Jugend aus, über die der Parteitag nun das letzte Wort zu sprechen haben wird.

Zum neuen Vorsitzenden der Zentralstelle wurde nach der Revolution Genosse Heinrich Schulz gewählt, nachdem der bisherige Vorsitzende Genosse Ebert infolge seiner Wahl zum Reichspräsidenten das Amt niederlegen mußte. Seit dem Bestehen der Zentralstelle, dem Jahre 1909, hat Genosse Ebert den Vorsitz geführt und die Jugendbewegung zum Nutzen der Partei in verständnisvoller Weise gefördert. Dafür sei ihm auch an dieser Stelle nochmals gedankt.

Zur Agitation wurden von der Zentralstelle abgegeben im Geschäftsjahre 1917/18 45 000 und 1918/19 175 000 Flugblätter. Neu herausgegeben wurden 3 Flugblätter, von denen besonders das letzte „Die Arbeiterjugend und die neue Zeit“ sehr stark nachgefragt wurde. Ferner gelangten einige Nummern der „Arbeiter-Jugend“ als besondere Agitationsnummern zur Verbreitung. Für die Funktionäre erschienen 4 Rundschreiben (Nr. 15 bis 18) in einer Auflage von je 3000 bis 5000.

Der Broschürenvertrieb beschränkte sich auf die vorhandenen Broschüren. Guten Absatz fanden, wie immer, die beiden von der Zentralstelle heraus-

gegebenen Niederbücher. Der „Jungvolk-Kalender“ erschien in der gewohnten Größe in einer Auflage von 10 000. Der Preis für den Kalender mußte infolge der gesteigerten Herstellungskosten auf 1 Mk. erhöht werden.

Die Ausgaben der Zentralkasse betragen im Jahre 1917/18 17 817,26 Mk. (darunter 1950 Mk. Zuschuß an die Bezirksleitung, 745 Mk. Druckereirechnung für Flugblätter und Rundschreiben, 1770,80 Mk. Zuschuß zum „Jungvolk-Kalender“ 1918, 5739,14 Mk. Zuschuß für die „Arbeiter-Jugend“), im Jahre 1918/19 3143,85 Mk. In dieser Summe sind noch nicht enthalten der Zuschuß für die „Arbeiter-Jugend“, der im vergangenen Jahre 22 368,60 Mk. betrug, sowie die Druckkosten für Flugschriften und Rundschreiben mit 1299,09 Mk. Die „Arbeiter-Jugend“ zählte am

1. April 1917 in 806 Orten	86 511 Abonnenten
1. „ 1918 „ 222 „	30 949 „
1. „ 1919 „ 288 „	86 643 „

Gegenwärtig beträgt die Auflage etwa 45 000. Infolge der enorm gestiegenen Herstellungskosten unseres Jugendorgans mußte der Bezugspreis für die Jugendauschüsse von 25 Pf. pro Quartal und Exemplar auf 45 Pf. erhöht werden. Aber auch diese Erhöhung hat, wie der Kassenabluß des letzten Jahres lehrt, zur Deckung der Mehrkosten nicht ausgereicht, so daß eine weitere Erhöhung des Preises vorgenommen werden muß.

Die Zahl der Jugendauschüsse betrug am

1. April 1917	zirka 300
1. „ 1918	200
1. „ 1919	300

Genauere Zahlen lassen sich infolge der mangelhaften Berichterstattung infolge des Krieges nicht angeben.

Ueber ihre Tätigkeit haben im Geschäftsjahre 1917/18 115 Jugendauschüsse berichtet. Danach betragen die Gesamteinnahmen 76 458,97 Mk., die Gesamtausgaben 65 857,58 Mk. (darunter für Jugendheime 26 358,85 Mk., Bildungsarbeit 17 598,04 Mk., Agitation 6297,45 Mk., Körperpflege 1570,34 Mk.). Die Mittel für die Jugendarbeit wurden zum erheblichen Teil von den eigenen Beiträgen der Jugendlichen aufgebracht; verschiedene Orte erhielten auch Zuwendungen aus staatlichen und städtischen Mitteln. In einigen Orten wurde die Bewilligung solcher Mittel durch die Behörden auch während des Krieges immer noch unter den fadencheinigsten Gründen abgelehnt. Hoffentlich hat die Revolution mit diesem engherzigen Bureaunkratengeist gründlich aufgeräumt. In 90 Orten bestanden 117 Jugendheime. Veranstaltet wurden 12 Vortragsfeste mit 1783 Teilnehmern, 977 Vorträge mit 39 178 Teilnehmern, 97 Führungen mit 2551 Teilnehmern, 239 künstlerische Veranstaltungen mit 60 909 Besuchern, 178 Mädchenabende mit 3784 Besuchern.

Die Bezirksleitungen hielten im allgemeinen ihre Tätigkeit aufrecht, sie beschränkten sich aber mit wenig Ausnahmen darauf, mit den Jugendauschüssen in Fühlung zu bleiben und das von der Zentralkasse gelieferte Material weiterzugeben.

Für das letzte Geschäftsjahr liegen die Berichte noch nicht vor; sie werden aber aus erklärlchen Gründen ebenso lückenhaft sein wie in den Vorjahren.

Der neue Auffassung, den die Jugendbewegung durch die Revolution erhalten hat, berechtigt für die Zukunft zu den besten Hoffnungen. Leider

wird von den Jugendauschüssen vielfach darüber geklagt, daß die erwachsenen Arbeiter der Jugendbewegung noch viel zu wenig Interesse entgegenbringen. Die bürgerlichen Parteien haben gerade in der letzten Zeit, nachdem das maßfähige Alter auf das 20. Lebensjahr herabgesetzt ist, zur Gewinnung und politischen Beeinflussung der Jugend große Jugendorganisationen ins Leben gerufen. Möge auch unsere Partei die notwendigen Schutzforderungen aus der veränderten politischen Situation ziehen und die Organisierung und Erziehung der Jugend im großen Stil in die Wege leiten!

Zentralbildungsausschuß. (Zwölfter Jahresbericht 1917/19.)

Wie in dem am den Parteitag zu Würzburg im Jahre 1917 erstatteten Bericht mitgeteilt worden ist, war die Bildungsarbeit in den letzten beiden Kriegsjahren fast vollständig zum Stillstand gekommen. Auch die Geschäftsstelle des Zentralbildungsausschusses mußte geschlossen werden, da auch der Geschäftsführer, nachdem das gesamte sonstige Personal schon vorher eingezogen worden war, einberufen wurde.

In einigen Orten haben sich trotzdem die Bildungsausschüsse erhalten und auch trotz der Schwierigkeiten des Kriegszustandes wertvolle Arbeit zu leisten gewußt. Zwar mußte das wichtigste Gebiet unserer Bildungsarbeit, das Unterrichts- und Vortragswesen, fast überall brach liegen bleiben. Es fehlte an Lehrkräften und an Zuhörern. Aber auf einigen der übrigen Gebiete unserer Bildungsarbeit konnte in anregender Weise fortgewirkt werden. Besonders versuchten unsere Bildungsausschüsse Theatervorstellungen zu veranstalten, teils durch Ausnutzung der eigenen Theater in ihrer Stadt, teils durch Beteiligung an Wandertheatereinrichtungen.

Bei den Theaterunternehmungen wirkten unsere Bildungsausschüsse in verschiedenen Orten Hand in Hand mit dem im Jahre 1917 gegründeten Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur, mit dessen Zentralkleitung auch der Zentralbildungsausschuß zusammenwirkt. Die Bestrebungen des Theaterkulturverbandes verdienen Förderung und Unterstützung durch unsere Bildungsarbeit, besonders können die kleinen Städte und Landorte durch ein Zusammenarbeiten mit Orts- und Bezirksabteilungen des Theaterkulturverbandes, wobei sie natürlich ihre Selbständigkeit nicht aufgeben dürfen, gewinnen.

Auch auf dem Gebiete des Lichtbilderwesens haben die Bildungsausschüsse eine bestehende Tätigkeit entfalten können. Hierbei wurden auch die Lichtbilderferien des Zentralbildungsausschusses benutzt.

Kurz vor Ausbruch der Revolution, Anfang Oktober 1918, fand eine vom Ausschuß deutscher Volksbildungsvereinigungen einberufene Konferenz für das Bildungswesen in Rothenburg ob der Tauber statt. Da der Zentralbildungsausschuß dem Ausschuß der deutschen Volksbildungsvereinigungen angeschlossen ist, so war er auch auf der Rothenburger Tagung vertreten. Die Tagung sollte Klarheit über die Zweckmäßigkeit des im Jahre 1915 entstandenen Ausschusses der deutschen Volksbildungsvereinigungen herbeiführen und zugleich eine Fühlung unter den führenden Organisationen und Persönlichkeiten der freien Volksbildungsarbeit anbahnen. Dieser Zweck der Konferenz ist erreicht worden.

Das Ende des Krieges und der Ausbruch der Revolution hat auch für die Bildungsarbeit eine neue Lage geschaffen. Zwar ist gegenwärtig

inmitten der schwierigen Friedensverhandlungen noch nicht klar zu übersehen, auf welchen äußeren Grundlagen unser Bildungswesen aufgebaut werden kann. Aber die Partei hat bereits Vorkehrungen getroffen, um unser Bildungswesen wieder so bald als möglich zu einem wertvollen Organ der Arbeiterbewegung zu machen. Eine gemeinsame Sitzung des Parteivorstandes, des Parteiaussschusses, der Kontrollkommission und der Fraktion der Nationalversammlung am 22. März hat folgende Resolution angenommen:

„Die revolutionären Umwälzungen der letzten Monate haben die werdende Kraft des Sozialismus in außerordentlichem Maße erhöht, wie sich aus den ständig steigenden Mitgliederzahlen der sozialdemokratischen Vereine und aus dem starken Interesse bisher indifferenten oder sogar feindlicher Kreise für die Gesamtwelt und die politischen Aufgaben des Sozialismus ergibt.

Ferner hat der vierjährige Kriegszustand und das materiell so niederbrückende Ergebnis des Krieges für Deutschland in Verbindung mit den verheerenden Wirkungen des Krieges in weiten Kreisen eine starke Gegenwirkung erzeugt, die sich in einem vermehrten und vertieften Bedürfnis nach läuternder geistiger Anregung äußert.

Aus diesen Gründen hält die Konferenz es für eine der dringlichsten Aufgaben der Partei, unter Benützung der vorhandenen Grundlagen eine umfassende und zweckmäßig begründete Kulturarbeit in die Wege zu leiten. Besonders sind Agitationschriften und wissenschaftliche Literatur, Zeitungen und Zeitschriften, Bildungs- und Jugendbewegung durch organisatorische Maßnahmen und durch innere Weisung teils neu zu gestalten, teils den neuen Verhältnissen gemäß auszubauen. In geeigneter Weise ist der reiche Zufluss der Kräfte aus dem geistigen Leben Deutschlands für die Partei und den Sozialismus fruchtbar zu machen.“

Bei dieser Gelegenheit entsandte der Parteiaussschuß den bisherigen Geschäftsführer des Zentralbildungsausschusses, Genossen Heinrich Schulz, in den Parteivorstand, um von hier aus die kulturpolitischen Aufgaben der Partei zusammenfassend zu leiten. Diesem neuen Ressort des Parteivorstandes sind die Jugendbewegung, die Bildungsarbeit und die von der Partei neu ins Leben gerufene Lehrerbewegung unterstellt; es liegt in der Natur der Sache, daß alle drei sich gegenseitig zu unterstützen und zu ergänzen haben.

Die Konferenz hat damit zum Ausdruck gebracht, daß sie für die großen Massen der neugewonnenen Mitglieder der Partei eine zielbetonte und planmäßige Bildungsarbeit für dringend notwendig hält. Die neuen Parteigenossen müssen mit dem Wesen des Sozialismus und den Forderungen der Sozialdemokratie genau vertraut gemacht werden. Dazu bedarf es neben den alten Mitteln unserer Bildungsarbeit neuer Methoden, über die sich die Parteigenossen in der Folgezeit, sobald wir nach Friedensschluß die Zukunft Deutschlands und damit die der Partei einigermaßen überschauen können, klar werden müssen. Die Bildungsausschüsse können in Zukunft einen großen Teil ihrer Arbeiten, der öffentlichen, besonders der gemeinlichen Bildungsarbeit überlassen, wobei aber den Bildungsausschüssen neben der Kontrolle durch die Gemeindepardamente ein Mitbestimmungsrecht gewahrt werden muß. Auch mit hiesigen Bildungsorganisationen läßt sich auf weiten Gebieten der Bildungsarbeit, soweit sich diese nicht auf dem Boden unserer Weltanschauung bewegt, zusammenarbeiten. In diesem Falle müssen unsere Bildungsausschüsse gleichfalls die volle Gleichberechtigung in den gemeinsamen Bildungsorganisationen zur Bedingung machen.

Die Zukunft des deutschen Volkes liegt düster und hoffnungsarm vor uns. Die materiellen Mittel und Kräfte Deutschlands sind infolge des Krieges und des Gewaltfriedens der Entente völlig erschöpft. Trotzdem darf das deutsche Volk, vor allem die deutsche Arbeiterschaft nicht verzagen. Die einzige Rettung aus dem Unglück können dem deutschen Volke allein die starken geistigen Kräfte bringen, die der deutsche Sozialismus in sich birgt. Sie haben die deutsche Arbeiterschaft in den Zeiten vor dem Krieg gegen die Macht, die Gewaltpolitik des deutschen Imperialismus und seine Arbeitertruppenspolitik aufrecht erhalten, sie werden auch das gesamte deutsche Volk aus seiner äußeren und inneren Niedrüdigung wieder zu erheben imstande sein. Dazu aber bedarf es in erster Linie einer energischen und zielklaren sozialistischen Bildungsarbeit.

Parteiarchiv.

Die Bestände des Archivs sind auf über 15 000 bibliographische Buchbände gewachsen, zu denen noch einige hundert Zeitungen und Zeitschriften in oft über mehrere Jahrzehnte hinaus vorhandenen Jahrgängen, außerdem an 1000 Organisationsberichte der Partei und Gewerkschaften, Kalender und Jahrbücher neben größeren Beständen von Einblattbruden (Flugblätter usw.) kommen. Alle Buchzüge sind in den Petteffkatalog aufgenommen worden. Die kurz vor dem Kriege begonnene Neubearbeitung des Sachkataloges, die notwendig wurde, da der bisherige nur bis zum Jahrhundertanfang reichte, konnte noch nicht abgeschlossen werden.

Besonders erschwert war die Beschaffung von Literatur während der Kriegszeit durch die Parteipaltung. Auch versagen die Organisationen so gut wie vollständig in der laufenden Uebersendung von eigenem und gegnerischem Material (Flugblätter, Broschüren und Zeitschriften) von rechts und links.

Trotzdem ist es gelungen, eine Kriegssammlung im Rahmen des Archivs anzulegen, die über 2000 Bücher und Broschüren, 25 vollständige Zeitungen des In- und Auslandes, 70 Zeitschriften neben Hunderten von Einblattbruden (Flugblätter und Maueranschläge) umfaßt. Mit dem Ausbruch der Revolution wurde besonders Wert auf die Beschaffung der Tagesliteratur (Broschüren, Flugblätter, Plakate, Zeitungen und Zeitschriften) gelegt, und auch hier ist schon eine Sammlung im Werden begriffen, die das Bild der heutigen Zeit im Niederschlag der Literatur wahrheitsgetreu wider spiegeln wird. Allerdings gilt auch für diese Sammlung die schon vorher behaupte Tatsache, daß die Organisationen, besonders auch die Arbeiter- und Soldatenräte, selbst auf schriftliche Mitteilungen hin, in der Einsendung des für das Archiv so wertvollen Materials an Berichten, Flugchriften, Flugblättern und Plakaten häufig versagen.

Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Von weltgeschichtlicher Bedeutung waren die Wahlen zur Nationalversammlung. Es wurde zum erstenmal auf Grund eines Wahlrechts gewählt, wie es die Sozialdemokraten erstrebt haben. Seit länger als einem halben Jahrhundert kämpfte die deutsche Sozialdemokratie für die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Personen, einzel, welchen Geschlechts. Die Sozialdemokraten forderten dieses Wahlrecht für alle Wahlen in Reich, Staat und Gemeinde. Im Mittelpunkt aller Kämpfe der deutschen Sozialdemokraten stand immer die Forderung des

Wahlrecht. Schon Karl Marx hatte in dem von ihm im Jahre 1848 entworfenen Kampfprogramm der deutschen Kommunisten das allgemeine und gleiche Wahlrecht und Beteiligung der Arbeiter an der Gesetzgebung gefordert. Dasselbe stellte die Forderung des allgemeinen Wahlrechts an die Spitze der Forderungen der Arbeiter. Er sah in dem Wahlrecht die beste Waffe im Befreiungskampfe des Proletariats.

Off wurde bestritten, ob das Wahlrecht die Bedeutung für die Arbeiter hat, die die deutschen Sozialdemokraten erwarteten. An der Spitze der Gegner des Wahlrechts stand in den 60er und 70er Jahren der russische Anarchist Michael Bakunin. Er schrieb 1868: „Ein politisches Parlament, auch das allernützlichste und mag es ganz aus Arbeitern bestehen, hat nicht die Macht, dem Volke die wirkliche Freiheit zu geben.“ Bakunin hatte insofern recht, als er annehmen mußte, daß die Arbeiter keine Sozialdemokraten sind, was im Jahre 1868 zutraf, weil in keinem Staate eine mächtige Partei des Proletariats vorhanden war. Bakunin glaubte durch Putzche die Herrschenden stürzen zu können. Er stand auf dem hohem Anknäuel. Aber weder Blanqui noch Bakunin ist es jemals gelungen, in irgendeinem Staate die Herrschenden durch einen Putzch zu stürzen. Wenn es ihnen auch gelungen wäre, dann würden sie bald erfahren haben, daß sie auch nicht die wirkliche Freiheit geben könnten, denn zur Errichtung einer wirklich freien Gesellschaft gehört auch eine Mehrheit von Personen, die für dieses Ideal zu kämpfen bereit ist. Um jene Zeit fand Bakunin für seine Anschauungen in den Kreisen der Sozialdemokraten und Kommunisten großen Anhang. Namentlich in den Ländern, die, wie Frankreich, die Schweiz, Vereinigte Staaten von Nordamerika, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht hatten. Dort hatten um jene Zeit die Arbeiter nie versucht, das Wahlrecht im Befreiungskampfe der Arbeiter als Waffe zu gebrauchen. Zwar gab es auch unter den deutschen Sozialdemokraten viele Genossen, die den Wert des Wahlrechts als Waffe des Proletariats gering einschätzten, aber speziell die Anhänger Lassalles hielten fest an den alten Lehren des „Offnen Antwortschreibens“. Als dann das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für die Wahlen zum Reichstage gegeben wurde, waren die ersten Wahlen zum Reichstage des Norddeutschen Bundes und des Reiches wenig ermutigend. Bei den Wahlen zum ersten deutschen Reichstage 1871 brachten die Sozialdemokraten es trotz großer Anstrengung nur auf 123 996 Stimmen, gleich 3,19 vom Hundert, und sie errangen zwei Mandate. Der Mißerfolg schreckte sie aber nicht ab. Sie wußten, daß politische Fragen Wahltagen sind, und daß man, wenn man Erfolge erringen will, eine Macht hinter sich haben muß. Die Agitation wurde fortgesetzt und hatte den Erfolg, daß 1874 schon 351 952 Stimmen, also 6,78 vom Hundert, und neun Mandate erworben wurden. Dieses starke Anwachsen rief bei den Herrschenden schon einige Besorgnis hervor. Schon begann man in den Gegenden mit großer sozialdemokratischer Stimmenzahl mit Verfolgungen. Als dann 1877 die Zahl der Stimmen auf 493 288, gleich 9,13 vom Hundert, gestiegen war, wurden die Verfolgungen verschärft, die dann dazu führten, daß Bismarck 1878 zu dem Gewaltmittel des Sozialistengesetzes griff. Als jene Gewaltpolitik gegen die Partei einsetzte, tauchte die Frage auf, ob es nun nicht an der Zeit sei, die Taktik zu ändern. Rost und Casselmann empfahlen die Taktik der Gewalt. Einen gewissen Eindruck machte auch das russische Vorbild. Als im März 1881 in St. Petersburg der russische Zar Alexander durch Dynamit befeinigt war, gab es viele Genossen, die das Dynamit als alleiniges Mittel gegen Unterdrückung anpriesen. Unter diese Genossen mischten sich die Anhänger der Polizei. Die Jhring-Naklow, Schupf, Schröder, Wischniak,

Wolff, Jorck, Palm, und wie die „Grenzmänner“ sonst hießen, sie agitierten mit bewundernswertem Eifer für die Taktik der Gewalt. Die übergroße Mehrheit der Partei unter Führung von Liebknecht, Bebel usw., ließ sich nicht von der früheren Taktik abbringen. Gäßen die Wahlen auch sonst keinen Wert, so konnte man doch von drei zu drei Jahren die Zahl der Genossen zählen. Aber die Wahlen hatten größeren Wert. 1884 erklärte Bismarck, daß die steigende Macht der Sozialdemokraten dazu geführt habe, daß in Deutschland durch Einführung der Arbeiterberufsgesetzgebung und Ausdehnung des Arbeiterschutzes Sozialpolitik getrieben wurde. Schon der Ausfall der Reichstagswahlen von 1884, als 26 Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt wurden, hatte bewiesen, daß das Sozialistengesetz ein untaugliches Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sei. Nun beteiligten sich auch die Arbeiter an den Wahlen zu den Landtagen und Gemeindevertretungen. Es wurde auf allen Gebieten praktische Politik getrieben und dadurch das Tätigkeitsfeld der Partei erweitert.

Ein großer Erfolg wurde 1890 erzielt. Jetzt wurden 1 427 398 Stimmen, gleich 19,75 vom Hundert, für Sozialdemokraten abgegeben. Damit war die Sozialdemokratie zur stärksten Partei in Deutschland geworden und das Sozialistengesetz und sein Urheber beseitigt. Dieser Erfolg wirkte stark auf das Ausland. Die Genossen in allen Ländern, auch in den Ländern, wo man bisher die Beteiligung an den Wahlen abgelehnt hatte, folgten dem deutschen Beispiel.

Wenn auch kein Genosse daran glaubte, mit dem allgemeinen Wahlrecht die Endziele der Partei verwirklichen zu können, so war man sich doch darüber klar, daß man zur Einführung der sozialistischen Gesellschaft die Mehrheit des Volkes für den Sozialismus gewinnen müßte. Wann dieses Ziel erreicht werden würde, konnte man fast mit mathematischer Sicherheit angeben. Die Zahl der Anhänger wuchs so, daß wir bei den Reichstagswahlen 1912 schon 4 250 399 Stimmen, also 34,82 vom Hundert, hatten. Die Mehrheit der Stimmen hätte freilich noch nicht die Mehrheit der Mandate gebracht. Die proletarischen Wahlkreise hatten viel größere Wählermassen als die ländlichen Wahlkreise und einige Wahlkreise in dem Innern der Großstädte. So hatte z. B. 1912 der Wahlkreis Teltow-Beetzow 330 256, Berlin I 13 407 und Schaumburg-Lippe nur 10 709 eingeschriebene Wähler.

Man kam der Weltkrieg, der mit dem Zusammenbruch des alten Regimes endete. Die Revolution ebnete die Wege zur Durchführung des Sozialismus. In Deutschland wurde das freieste Wahlrecht der Welt geschaffen. Die Wahlrechtsforderung des Erfurter Programms wurde reiflos durchgeführt. Allen über 20 Jahre alten Personen ohne Unterschied des Geschlechts wurde das Wahlrecht gegeben. Die Verhältniswahl wurde eingeführt. Nachdem die Revolution die alten Hindernisse beseitigt hatte, war nun die Bahn frei für den Aufbau der sozialdemokratischen Republik. In den Massen setzte auch eine Wahlbewegung ein, wie wir sie noch nicht erlebt hatten. Gäßen die Klassenbewußten Arbeiter alle Kräfte zusammengefaßt zum Kampfe gegen die Gegner, dann hätte es gelingen müssen, eine sozialdemokratische Mehrheit in die Nationalversammlung zu bringen und damit eine rein sozialdemokratische Regierung zu schaffen. Leider hatte die während des Krieges eingetretene Spaltung zur Folge, daß erhebliche Kräfte im Bürgerkampfe verbraucht wurden. Die bürgerlichen Parteien erhielten eine Reihe von Mandaten, weil in vielen Kreisen zwei sozialdemokratische Listen zur Wahl standen. Dazu kam, daß man auch der Bolschewismus oder Anarchismus, wie er sich früher nannte, nicht unerschütterlichen Anhang aus den Reihen der Sozialdemokraten zog. Was stärker

Wolff, Hoff und Haffelmann nicht gelungen war, gelang nun, indem Putzke nicht gegen eine reaktionäre Regierung, sondern gegen die republikanische, in der Hauptsache sozialdemokratische Regierung inszeniert wurden. Die Urheber dieser Putzke nannten es zwar Fortführung der Revolution, die Geschichtsschreiber werden es wohl als Versuche einer Gegenrevolution bewerten. Denn die Anhänger des Monarchismus können vorläufig nur wünschen, daß es nicht gelingt, die feste Basis für die demokratische Republik zu schaffen. Da sind die Putzke das wirksamste Mittel, die Festigung der Demokratie zu hindern.

Am 19. Januar fanden die Wahlen statt. Das Resultat zeigte, daß der Stimmelauf der Sozialdemokratie ununterbrochen anhält. Die absoluten Stimmengahlen sind zwar nicht mit den Stimmengahlen der Reichstagswahlen vergleichbar, weil ganz andere Wählermassen an der Wahl teilnahmen. Zum ersten Male wählten alle über 20 Jahre alten Frauen und die Männer im Alter von 20 bis 25 Jahren mit. Man kann mit einiger Sicherheit annehmen, daß durch die Teilnahme der Frauen an der Wahl die bürgerlichen Parteien, namentlich das Zentrum, viel mehr Stimmen gewonnen haben als die Sozialdemokraten, aber trotz dieses Hindernisses waren wir nahe daran, die absolute Mehrheit zu erhalten.

Das Resultat ist folgendes:

	Stimmen	Proz.	Reichstagswahl 1912 Stimmen	Proz.
Sozialdemokraten	11 509 048	37,9	—	—
Unabhängige	2 817 290	7,6	—	—
Sozialdemokraten zusammen	13 326 338	45,5	4 256 399	34,32
Zentrum	5 980 216	19,7	1 996 648	16,36
Demokraten	5 641 825	18,5	1 497 041	12,36
Deutschnational (Konserwatibe)	8 121 479	10,8	1 493 426	12,24
Deutsche Volkspartei (Nat.-Lib.)	1 845 698	4,4	1 662 670	18,62
Andere Parteien	484 848	1,6	1 807 248	10,70
Abgegebene Stimmen	30 400 844	—	12 207 682	—

Die reaktionären Parteien, wie Konserwatibe, Nationalliberale, Antifemiten usw., die 1912 noch 36,6 Prozent der Stimmen hatten, sind auf 16,8 Prozent zusammengeschmolzen. Der Verlust der reaktionären Parteien von 20,8 Prozent der Stimmen tritt bei den Sozialdemokraten, Demokraten und dem Zentrum als Gewinn in Erscheinung. Hier von erhielten die Sozialdemokraten 10,7 Prozent, die Demokraten 6,2 Prozent und das Zentrum 8,4 Prozent.

Die Mandate wurden wie folgt verteilt: Sozialdemokraten 165, Unabhängige 22, Demokraten 76, Zentrum 90, Deutschnational (Konserwatibe) 42, Deutsche Volkspartei (Nat.-Lib.) 22. Keine Parteien 7. Ein genaues Spiegelbild geben diese Wahlen auch nicht. Wären die Mandate genau nach der Wählerzahl verteilt, dann hätten erhalten müssen: Sozialdemokraten 168, Unabhängige 22, Demokraten 82, Zentrum 90, Deutschnationalen 41, Deutsche Volkspartei 16, keine Partei 6. Speziell die Unabhängigen hatten dadurch, weil sie in weiten Kreisen zwar Stimmen hatten, aber nicht so viel, als zur Erlangung eines Mandates erforderlich waren, einen erheblichen Nachteil. Gäßen die Unabhängigen ihre Listen mit den Sozialdemokraten verbunden, dann wären auf die so verbundenen Listen wahrscheinlich 197 Mandate entfallen.

Der Wahlausfall zeigt, daß unter allen Großstaaten der Welt keiner mit einer so mächtigen Demokratie vorhanden ist, wie sie Deutschland hat. Es ist

auch kein Strafverur, denn die Sozialdemokratie ist organisch gewachsen. Man kann mit einiger Sicherheit annehmen, daß auch ohne Ausbruch des Krieges die Sozialdemokratie eine solche Großmacht in Deutschland geworden wäre. Nun steht die Sozialdemokratie vor der Durchführung ihrer Grundzüge. Leicht ist diese Aufgabe aber nicht, denn wir haben die Errungenschaften der Revolution gegen eine Welt von Feinden zu verteidigen.

Landtagswahlen.

Die Mauern der preussischen Zwingburg sind durch die Revolution nun endlich auch niedergelegt. Während draußen schon die Revolution an die Tür des Preußenparlaments pochte und sehr vernehmlich Einlaß begehrte, beriet drinnen noch die reaktionäre Mehrheit der Wahlrechtsfeinde in kurzfristiger Verblendung und Verleugnung der wirklichen Volkstimmung über die Verkümmernng des Wahlrechts, welche „Sicherungen“ zu schaffen seien, um sich vor der Art der stetig im Steigen begriffenen Wahlrechtsforderungen zu schützen. Diese fortgesetzte Mißachtung des Volkswillens und diese politische Entrechtung weiter Volksmassen hat nicht zuletzt auch zur Erschütterung unserer militärischen Front beigetragen, da viele Volksgenossen im Schützengraben es müde waren, sich für die Leute weiter zu schlagen, die daheim die Wahlrechte mit Füßen traten. In zahlreichen Zuschriften an uns kam das in oft recht drastischem Tone zum Ausdruck. Vier Jahre Kriegszeit hatten den Wahlrechtsfeinden noch nicht die Erkenntnis beibringen können, daß das politisch mündige Volk nicht mit leeren Versprechungen und nutzlosen Reformen abgesperrt werden kann, sondern daß es gleiche Staatsbürgerrechte zu beanspruchen hat. — Mit einem Federstrich machte die neue Staatsverfassung kurze Arbeit: das freie, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Preußen und alle anderen Bundesstaaten wurde eingeführt, das Abgeordnetenhaus aufgelöst und das wunderliche Scheinparlament, das Herrenhaus, in die Volksschicht besetzt.

Das Unrecht des preussischen Wahlrechts konnte nicht besser als durch das Wahlergebnis unter dem neuen Wahlrecht demonstriert werden. Statt bisher 10 Sozialdemokraten, zogen nunmehr 145 Abgeordnete von unserer Partei ins Parlament ein, dazu noch 24 von den Unabhängigen.

Aber auch in den anderen deutschen Bundesstaaten wurden die vielfach noch bestehenden volksfeindlichen Wahlordnungen beseitigt. Auch hier hatten wir, wie in Preußen, gleich bessere Ergebnisse für unsere Partei, in einigen Bundesstaaten sogar noch bessere, da dort die Sozialdemokratie die Mehrheit in den bundesstaatlichen Parlamenten erreichte.

Die Zahl unserer Vertreter in den Landtagen betrug in

Preußen	145	Obernburg	14
Bayern	56	Braunschweig	17
Sachsen	88	Mecklenburg-Schwerin	81
Württemberg	52	Stettin	22
Hessen	81	Hamburg	32
Sachsen	42	Bremen	67
Thüringische Staaten	79	Südbad	42

Insgesamt hatten wir somit 718 Vertreter gegenüber 281 im Jahre 1912. Die Wahlbeteiligung ließ gegenüber den Wahlen zur Nationalversammlung etwas nach. Wie in Berlin, so dürfte das Ergebnis etwa im ganzen

Landes sein. In Berlin sank die Beteiligung von 82 Proz. bei den Nationalwahlen auf 71 Proz. bei den Wahlen zur preussischen Landesversammlung. Diese Tatsache, die in fast gleichem Maße auch bei den Wahlen 1918 zutage trat, verbunden mit der Erscheinung, daß unsere Partei vielfach etwas weniger günstig in der Stimmenzahl bei den Wahlen zu den Landesvertretungen abschnitt, hat bei unseren Gegnern vielfach großes Mißfallen erregt; sie setzen darin bereits den Niedergang der Sozialdemokratie voraus. Abgesehen davon, daß bei häufigen Wahlen auch in weit größeren Zeitintervallen als hier zwischen Nationalversammlungs- und Landtagswahlen — ein Zeitraum von acht Tagen — die Wahlbeteiligung oft nachließ, verkennen wir keinen Augenblick, daß bei dem sehr starken Zustrom von Angehörigen zur Partei ein Teil der Wähler einfach nicht zu jeder Wahl geht. Die Wahlen zur Nationalversammlung finden vielfach bei politisch wenig geschulten Wählern stärkeres Interesse als die Wahlen zu Landes- oder Gemeindeparlamenten.

Die Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen.

Die Sozialdemokratie hat auf Grund der Wahlen in Preußen die gemäß der Verordnung vom 24. Januar dieses Jahres stattgefunden haben, in den Gemeinden bedeutend an Einfluß gewonnen. In zahlreichen Gemeinden, obenon in Berlin, ist die Sozialdemokratie in die ausübende Stellung eingedrungen. Dadurch wird den Gemeindebehörden, speziell den Magistraten, ein neues Gepräge aufgedrückt. Gehörte es bisher zu den Seltenheiten, daß ein Sozialdemokrat als Stadtrat in das Magistratskollegium aufgenommen wurde, ist nunmehr die Möglichkeit gegeben, auch die Magistratsräte in der Mehrheit mit Parteigenossen zu besetzen. In zwei Großstädten — Hannover und Magdeburg — ist bereits der Posten des Oberbürgermeisters der Partei zugefallen. Das gleiche ist auch bei mehreren Landgemeinden zu verzeichnen, in denen Genossen das Bürgermeisteramt übernommen konnten. Und der weiteren Entwicklung folgend, wird das noch des Meisten eintreten.

Durch die Verordnung vom 24. Januar d. J. für Preußen ist die Klassenstellung und das Hausbesitzerprivileg gefallen. Des weitesten ist die Ausschließung der Lehrer und Gemeindebeamten vom passiven Wahlrecht beseitigt, ein Fortschritt, den Bayern bisher Preußen voraus hatte. Mit dem Einzug der Lehrer sowie der Gemeindebeamten und dem Eintritt der Frauen in die Gemeindevertretungen ist in diese ein neues Element gekommen, das wohlthätig auf die fortschreitende Entwicklung der Gemeindeverwaltung einwirken wird.

Auch in den übrigen Freistaaten wurde das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für beide Geschlechter nach der Revolution mit demselben erfreulichen Ergebnis für die Partei durchgeführt. So hielt u. a. die Sozialdemokratie endlich auch ihren Einzug in den Senat der Freien Hansestädte.

Die Zahl unserer Vertreter in den Stadt- und Gemeindevertretungen ist ganz gewaltig gestiegen. Ein umfassendes Bild können wir wegen der Unschärfe des Berichts noch vielfach ausstehenden Angaben nicht geben. Einige Stichproben sollen jedoch hier angegeben werden. In Brandenburg hatten wir in 102 Städten 978 Stadtverordnete und in 343 Gemeinden 1864 Vertreter, in Pommern in 46 Städten 326 Stadtverordnete und in 78 Ge-

meinden 225 Vertreter, in Westfalen in 60 Städten 501 Stadtverordnete und in 356 Gemeinden 1647 Vertreter, in Hannover in 24 Städten 300 Stadtverordnete und in 119 Gemeinden 987 Vertreter, in Sachsen in 116 Städten 1007 Stadtverordnete und in 787 Gemeinden 4014 Vertreter, in Nordbayern in 22 Städten 142 Stadtverordnete und in 62 Gemeinden 215 Vertreter, in der Pfalz in 16 Städten 94 Stadtverordnete und in 56 Gemeinden 171 Vertreter, in Hessen in 11 Städten 70 Stadtverordnete und in 114 Gemeinden 322 Vertreter.

Parteipresse.

Die Hoffnung, trotz der ungeheuren Last, die die lange Kriegsdauer geschäftlich und in jeder anderen Beziehung speziell der Parteipresse auferlegt hatte, alle Preßorgane zu erhalten, hat sich zum Glück nicht als trügerisch erwiesen. Ja, mehr. Die politischen Umwälzungen und der damit verbundene steigende Einfluß der Sozialdemokratie im Staate und in den Gemeinden hat naturgemäß das Bedürfnis nach einer größeren Verbreitung der Parteipresse hervorgerufen. Vor allem erfreulicherweise in Gegenden, wo unsere Presse bisher gar keine oder doch nur sehr wenige Leser aufzuweisen hatte. Das heißt auf dem platten Lande bzw. in Gebieten mit hervorragend ländlichen Verhältnissen.

Seit der Revolution sind 24 neue Parteiblätter ins Leben gerufen worden, die zum Teil in eigens erworbenen Druckereien, zum Teil in anderen Druckereien im Lohndruck hergestellt werden. Neugründungen von Parteizeitungen haben in folgenden Orten stattgefunden: Apolda, Bamberg, Braunshweig, Bromberg, Delmenhorst, Hirschberg i. Schl., Königshütte-Rattowitz, Köslin, Konstanz, Landshut, Meiningen, Wemel, Wünstler i. W., Neubrandenburg in Meckl., Stendal, Thorn, Tilsit, Wernigerode. Außerdem sind seit dem Stillfinden des letzten Parteitages in Würzburg, in Düsseldorf, Halle und Leipzig eigene Zeitungen erschienen. Die Zahl der sozialdemokratischen Organe beträgt demnach gegenwärtig 95. Bereits in einigen Wochen dürfte sich diese Ziffer aber erhöhen, da entsprechende Anträge dem Parteivorstande vorliegen.

Diese erfreuliche Entwicklung äußert sich auch in dem Stand der Abonnenten. Hatte die Parteipresse in den ersten Kriegsjahren einen starken Rückgang der Abonnentenziffer zu verzeichnen, der 1915 wohl seinen tiefsten Stand aufwies, so konnte namentlich gegen Ausgang des Krieges ein merkwürdiger Aufschwung konstatiert werden. Erheblich günstiger gestaltete sich das Bild seit dem Ausbruch der Revolution.

Leider steht der ungehemmten Entwicklung der Parteipresse die ungeheure Papierknappheit sehr hinderlich im Wege. In den letzten Monaten ist diese Tatsache geradezu katastrophal geworden, nicht zuletzt verursacht durch den herrschenden Kohlenmangel. Die Ursachen des Papiermangels sind damit aber keineswegs für uns erschöpft. Sie liegen vor allem auch in der leider noch unveränderten Beibehaltung des Stichtages 1915 für die Zuteilung von Druckpapier an die Presse überhaupt. Die Bemühungen unsererseits beim Reichswirtschaftsamt, angesichts der veränderten politischen Verhältnisse hierin eine Aenderung zu erzielen, sind bisher ergebnislos geblieben. Es wird an anderer Stelle auf diese Frage näher eingegangen werden müssen, soll unsere Presse nicht geradezu ruiniert getroffen werden. Mit dem Papiermangel sind leider die wirkungsvollsten Schwierigkeiten keineswegs erschöpft. Die Zeitung

aller Rohstoffe, Utensilien, Maschinen und Schriften hält nicht nur weiter an, sondern klettert sich rapid und macht es zur zwingenden Notwendigkeit, durch fortgesetzte Erhöhung der Bezugs- und Inseratenpreise einigermaßen einen Ausgleich zu suchen.

Revisionen der Parteigeschäfte fanden in dem verfloffenen Berichtsjahre nur ganz vereinzelt statt. Im Januar 1918 schied Genosse Heinrich aus, um die Geschäftsführung des Vormärzverlages zu übernehmen. Genosse Adolf Schulz war aber in der Hauptsache mit dem Vorbereiten und Einrichten der neugegründeten Zeitungen und den damit verbundenen vielen Sitzungen und Konferenzen beschäftigt. Auch wurde das Bureau bei der immer schwieriger werdenden Papierbeschaffung für die einzelnen Geschäfte sehr in Anspruch genommen.

Am 12. August 1918 fand eine Geschäftsführerkonferenz statt. Die auf derselben gewünschte Gründung einer Einkaufszentrale für Druckerien konnte bisher nicht realisiert werden. Auch fand ein Antrag Annahme, wonach die Geschäfte von ihrem Reingewinn 25 Proz. an die Parteikasse abzuführen haben. Am 22. und 23. März 1919 beschäftigte sich eine Sitzung der Fraktion und des Parteiaussschusses in Weimar mit dem Stand und dem Ausbau der Parteipresse. In dieser Sitzung wurde eine Kommission zur Beratung der Presseangelegenheiten eingesetzt. Am 8. Mai ca. hat diese Kommission getagt und nach eingehender Aussprache beschlossen, dem Parteitage über den gegenwärtigen Stand der Presse und deren Entwicklungsmöglichkeiten einen Bericht zu erstatten. Es wird darin des näheren zu sagen sein, welche Mittel und Wege gangbar sind, um der Parteipresse trotz aller sich türmenden Schwierigkeiten eine noch größere Verbreitung als bisher zu sichern.

„Vorwärts“.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr, im ersten, seit Verlag und Druckerei getrennt wurden, gelang es dem Verlag, den Jahresumsatz des „Vorwärts“ um ein Vielfaches zu steigern. Die Geschäftsräume reichten nicht mehr aus und mußten erweitert werden.

Der „Vorwärts“ hatte den Kampf für die alten Ideale der Partei nicht nur nach außen, sondern auch nach innen zu führen.

Die Behauptung der Unabhängigkeit, der „Vorwärts“ habe sich unter seiner gegenwärtigen Redaktion des besondern Schutzes des ehemaligen Oberkommandos erfreut, wird durch die Tatsache illustriert, daß kaum ein Blatt so schwere Kämpfe mit der Zensur zu führen hatte wie der „Vorwärts“. Er wurde geradezu tagtäglich mit Warnungen und Drohungen überschüttet und in der Zeit von Dezember 1917 bis April 1918 nicht weniger als viermal verboten. Das erste Verbot erteilte ihn am 21. Dezember 1917 wegen seines entschiedenen Eintretens für die Interessen der Kriegsbeschädigten, es wurde am folgenden Tage wieder aufgehoben. Als im Januar 1918 in Oesterreich Massenstreiks und Straßenkämpfe ausbrachen, wurde der deutschen Presse jede Berichterstattung über diese Tatsachen untersagt. Der „Vorwärts“ leh es sich aber nicht nehmen, den österreichischen Arbeitern seine Sympathie auszusprechen. Die Folge war ein neues Verbot, das jedoch wegen der gewaltigen Erregung, das es in der Berliner Arbeiterschaft auslöste, schnell wieder aufgehoben werden mußte. Am 29. Januar 1918 brach der Massenstreik in Berlin aus, der „Vorwärts“ nahm zu ihm im Sinne der Partei Stellung, indem er

die Anerkennung der hauptsächlichsten Streikforderungen durch die Regierung befürwortete. Folge war diesmal nicht nur ein Verbot, sondern auch eine Anklage wegen Landesberrats gegen den verantwortlichen Redakteur Genossen Ruttner, die den Genossen Stampef veranlaßte, sich als Verfasser des inkriminierten Artikels dem außerordentlichen Kriegsgericht zur Verfügung zu stellen. Die Behörden erkannten jedoch sehr bald, daß blinder Eifer nur schadet, das Verfahren wurde eingestellt, und am 1. Februar konnte der „Vorwärts“ wieder erscheinen: zunächst unter Vorzensur, die jedoch auch bald wieder aufgehoben wurde.

Das letzte Verbot erteilte den „Vorwärts“ am 14. April 1918 wegen eines Artikels „Heraus aus dem Schlammfeld“, der zu verschärftem Wahlrechtskampf aufforderte. Durch Verhandlungen wurde erreicht, daß das Blatt nach einem Verbotstag wieder erscheinen konnte.

Bis November vergangenen Jahres verlief die Entwicklung ruhig. Durch die Revolution trat ein Umschwung ein. Die Auflage schnellte sprunghaft in die Höhe. Bis 4 mal 100 000 Exemplare wurden allein im Straßenhandel umgesetzt. Es galt nunmehr in erster Linie den größeren Anforderungen der Revolution Rechnung zu tragen. Der Verlag sah sich gezwungen, den „Vorwärts“ vom 15. November 1918 ab täglich zweimal herauszugeben. Am 25. Dezember nachmittags fanden mehrere von den revolutionären Obleuten und Vertrauensmännern der Großbetriebe Berlins veranstaltete Versammlungen statt. Nach den Versammlungen zogen die Demonstranten durch die Stadt. Ein größerer Krupp plünderer ab, zog nach der Lindenstraße, entwaffnete die das Vorwärtsgebäude schützende Jägerwache und besetzte daselbst. Angeblich waren die „Massen“ über den „Vorwärts“ empört.

Nachdem am 26. Dezember zwischen den revolutionären Obleuten, Verlag und Redaktion über eine an der Spitze des „Vorwärts“ aufzunehmende Erklärung der revolutionären Obleute eine Einigung erzielt worden war, wurde das „Vorwärtsgebäude“ von den widerrechtlich Eingedrungenen geräumt und der „Vorwärts“ konnte am 27. Dezember früh erscheinen. Eine am 28. Dezember veröffentlichte Erklärung der sozialdemokratischen Obleute und Vertrauensleute der Betriebe Groß-Berlins strafte die am 27. Dezember veröffentlichte Erklärung der revolutionären Obleute und Vertrauensmänner der Großbetriebe Groß-Berlins Lügen. Sie warnte die Minderheit vor jedem neuen Versuch, das Recht der Sozialdemokratischen Partei und die Meinungsfreiheit des „Vorwärts“ anzutasten. Die Warnung wurde jedoch nicht beachtet. Bereits am 5. Januar erfolgte die zweite Besetzung des Vorwärtsgebäudes und dauerte bis 10. Januar. Am 10. Januar wurde das Vorwärtsgebäude von den Regierungstruppen im Sturm genommen und seinem rechtmäßigen Eigentümer wieder übergeben. Vom 6. Januar bis 13. Januar mußte der „Vorwärts“ in bürgerlichen Druckereien hergestellt werden. Die Herstellung und Verbreitung waren äußerst schwierig. Da es unzeren Gegnern möglich war, wurden unsere Transporte abgefangen, die Blätter verbrannt oder in das Wasser gemorfen. Am 6. und 7. März konnte der „Vorwärts“ wegen des damals in Berlin beschlossenen Generalkonkrets nicht erscheinen.

Der Zuverlässigkeit und Schnelligkeit seiner Berichterstattung verbannt der „Vorwärts“ das rapide Wachsen seiner Abonnentenzahl. Als hervorragendes wirkungsvolles Publikationsmittel für Anzeigen aller Art ist er überall bekannt und eingeführt. Durch die Papierknappheit war es nicht immer möglich, alle erteilten Aufträge auszuführen. Die fortwährend steigenden Herstellungskosten zwangen den Verlag, den Preis für Abonnement und Inserate wiederholt zu erhöhen.

„Neue Zeit“, „Gleichheit“ und „Der wahre Jakob“.

Der Abonnentenstand in den Jahren 1914 bis 1919 stellt sich wie folgt:

Zeitschrift	1914 Ende Juli	1914 Ende Dez.	1915	1916	1917	1918	1919 Ende Mai
„Neue Zeit“	10 700	* Berlin	7 000	5 700	3 300	3 000	3 000
„Gleichheit“	124 000	58 000	46 500	85 500	19 000	28 000	88 000
„Wahre Jakob“	359 000	216 000	172 000	165 000	183 000	178 000	206 000

Den Rückgang der Abonnentenzahl der „Neuen Zeit“ verschuldet in erster Linie der Krieg und dann die Parteispaltung. Soweit der bürgerliche Buchhandel in Betracht kommt, ist ein Rückgang kaum bemerkbar, er resultiert fast ausschließlich aus den Parteiwirren und den Kriegsnöten. Daß mit dem Schwanden des Abonnentenstandes ein Anwachsen des Defizits verbunden ist, wird verständlich sein. Die „Neue Zeit“ ist übrigens daran gewöhnt, da das Defizit bis auf ganz wenige Jahre ihr ständiger Begleiter war. Zurzeit ist es allerdings enorm gewachsen, was in den hohen Herstellungskosten begründet ist.

Ueber die „Gleichheit“ kann dasselbe gesagt werden. Krieg und Parteispaltung haben sie von der hohen Höhe geführt, auf der sie 1914 vor dem Krieg stand. Sie vollendet bald ihren 29. Jahrgang. Am 1. Juli wird sie ihre Gründungstätte verlassen, um im Verlag der Buchhandlung Vorwärts in Berlin als wöchentliches Organ der sozialdemokratischen Frauenbewegung weiter zu erscheinen.

Wenn wir den „Wahren Jakob“ als letzten in der Reihe unseres Zeitschriftenverlags nennen, so geschieht es deshalb, weil er mit seinem „breiten Rücken“ der Träger der Defizite der beiden zuerst genannten Blätter von Anfang ihrer Gründung gewesen ist. Selbstverständlich hat er auch unter den Kriegsnöten und der Parteispaltung gelitten, aber es scheint, daß es jetzt wieder aufwärts geht.

Durch die Besetzung Elsaß-Lothringens und des linken Rheinufers gingen der „Neuen Zeit“ 170 Abonnenten, der „Gleichheit“ 3600 und dem „Wahren Jakob“ 13 650 Abonnenten verloren. Die Zustände in diesen Gebieten, die erheblich sind, werden wohl am St. Nimmerleinstag fassiert werden können.

Der Buchverlag hat sich von Beginn des Krieges an von allen Unternehmungen ferngehalten, die irgenwie mit den Grundsätzen unserer Partei nicht übereinstimmen und geeignet waren, schwere Meinungsdivergenzen innerhalb unserer Partei hervorzurufen.

Die marxistische Literatur war das eigentliche Gebiet, das vom Verlag kultiviert worden ist. Und davon ist auch nicht abgewichen worden.

Bis zum Jahre 1917 war die Nachfrage nach Büchern unseres Verlags eine sehr geringe und da, wo sie eintrat, kam sie vorzugsweise aus dem bürger-

*) Die „Neue Zeit“ mußte auf Drängen der Redaktion (Kautsky-Wurm) unter Zustimmung des Parteivorstandes der Buchhandlung Vorwärts 1914 in Verlag und Druck gegeben werden. Nach Verlauf eines Jahres wurde sie wieder nach Stuttgart verlegt.

lichen Sortiment. Von da ab hob sich der Absatz in erfreulicher Weise und dauert noch bis zur heutigen Zeit an.

Einen hervorragenden Platz nehmen die Autoren Marx, Engels, Kautsky, Mehring und Bebel ein, zu denen sich in letzterer Zeit noch Renner und Wallöb gesellen.

Leider war es nicht möglich, die früheren billigen Preise aufrechtzuerhalten. Wiederholt mußten wir zu Preiserhöhungen schreiten, die ihre Ursachen in der teilweise vierfachen Erhöhung der Herstellungskosten hatten. Dieser Zustand wird voraussichtlich keine Aenderung erfahren. Es steht uns eher noch eine Verschlimmerung bevor.

Buchhandlung Vorwärts.

Die Buchhandlung Vorwärts berichtet über folgende Neuererscheinungen: Eduard David, Die Schuld am Kriege (73 000 Exemplare); Scheidemann, Die nächsten Aufgaben der Partei (202 000); Die Kriegspolitik der Partei (4000); Hermann Müller, Geschichte der deutschen Gewerkschaften (5000); Emil Barth, Arbeitslosigkeit und Arbeitsnot (8000); W. Zepfer, Akademiker und Sozialdemokratie (5000). Zu Marx' 100. Geburtstag erschien: Diederich, Geistigste Tat (3000). Vom „Internationalen Jahrbuch für Politik und Arbeiterbewegung“ liegt der Jahresband 1915 abgeschlossen vor. Nach Beendigung des Krieges eröffnet sich die Aussicht auf schnellere Beschaffung des ausländischen Materials und damit baldigster Nachlieferung der Jahrgänge 1916 bis 1918. Als 16. Heft der „Dokumente des Weltkrieges“ erschien neu: Das belgische Graubuch. Das Protokoll vom Würzburger Parteitag erreichte eine Auflage von 10 600 Exemplaren. Es erschien ferner: Gofrdichter, Krieg und Handelsrivalität (1000); Wessen, Wenn Frieden würde (1000); Arbeiter-Krieg-Kalender 1918 (10 000) und 1919 (11 000); Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst (3000); Gesetze und Verordnungen der sozialistischen Republik (3000); Wahlgesetz zur Nationalversammlung (48 000). Nach dem 9. November gaben wir folgende Revolutionschriften heraus: Kur über meine Leiche (100 000); Soll Deutschland ein Volkhaus werden? (60 000); Das Los der Kriegskrüppel (50 000); Arbeiter- und Soldatenräte (60 000); Allgemeine Arbeitspflicht (100 000); Das Verbrechen des Bürgerkrieges (20 000). In der Serie „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“ erschien neu Heft 41 (5500). Die Serie „Vorwärts-Noman-Bibliothek“ wurde um 3 Bände bereichert. Es erschienen neu: „Verbrecher-Geschichten“ (5000); Prectang, „Mudel, das Kapital“ (5000) und N. Ger., „Erggebirgisches Volk“ (5000). In der Serie unserer „Führer“ erschien neu: Früher durch das Lohnungsgeiz (3000).

Von früheren Verlagswerten wurden nachgedruckt oder neu herausgegeben: Das kommunistische Manifest (46 000); Engels, Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft (7000); Kautsky, Die soziale Revolution (20 000); Bebel, Christentum und Sozialismus (10 000); Bebel, Unsere Ziele (10 000); Kautsky, Sozialdemokratie und katholische Kirche (5000); Kaffalle, Arbeiterprogramm (5000); Marx, Lohnarbeit und Kapital (5000); Wendel, Elsaß-Lothringen (9100); Programm und Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (100 000); Kommunalprogramm (20 000); Grottelwitz, Sonntage eines Großstädtchens (3000). Aus der Serie „Sozialdemokratische Flugschriften“ wurde neu aufgelegt Heft 3, Die Sozialdemokratie in der Gemeindevertretung (10 000); aus der Serie „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“ die Hefte 3 (5000), 7 (5000), 11 (6000), 17 (5000), 18 (5000), 22 (5000); 28 (5000). Von den bisherigen Bänden der „Vorwärts-Noman-Bibliothek“ wurden neu aufgelegt: Prectang, Der Ausweg (3000); Kollisch, Das Land

der Zukunft (2500); Reich, Mutter (2500); A. Ger, Gotteslästerer (5000); A. Ger, Erweckt (5000); Ludwig, Die Heiterei (5000); Neuenhagen, Als Profsienbedürftigste (5000). Von den „Dokumenten des Weltkrieges“ wurden nachgedruckt die Hefte 5, 6, 7 und 10 (je 1000). Von folgenden „Führern“ wurden Neuauflagen hergestellt: Führer durch die preussische Einkommensteuer, Führer durch die R.V.O. IV (Invalidenversicherung), Versorgung der Kriegsteilnehmer (je 5000); Sprachführer: Deutsch-französisch (2000), Deutsch-polnisch (1000). Im Auftrage der Zentrale der arbeitenden Jugend Deutschlands verlegten wir: „Jugendvolk“ 1918 und 1919 (je 10 000), Volkslieberbuch (10 000), Jugendlieberbuch (15 000) und Graf, Wie soll man wandern? (5000).

Die „Kommunale Praxis“ erforderte für die Zeit vom 1. April 1917 bis 31. März 1919 12 049,20 Mk. Zuschuß.

Die Abonnentenzahl steigt nach den Neuwahlen der Stadt- und Gemeindeverordneten in erfreulichem Umfange.

Die Wochenchrift „In Freien Stunden“ wurde im bisherigen Umfange weiter herausgegeben.

Agitation.

Ein nicht geringer Teil unserer tüchtigsten organisatorischen Kräfte schied mit Ausbruch der Revolution fast völlig aus der Werbearbeit für unsere Partei aus. Die Neubesetzung von Ämtern in den Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden und die Steigerung der Zahl der Mandate unserer Partei für die gesetzgebenden Körperschaften entriß den meisten Genossen früheren Wirkungskreise. Darunter litt ungewisselhaft unsere Agitation.

Nicht nur die Neuwahlen in den gesetzgebenden Körperschaften beanspruchten Agitatoren in steigendem Maße, sondern der gewaltige Zustrom von neuen Mitgliedern zur Partei-berpflichtete auch zu regerer und intensiver Agitation und Aufklärungsarbeit. Den vielfach an den Parteivorstand gestellten Anforderungen auf Sendung von Rednern konnte dieser daher beim besten Willen nicht immer gerecht werden. Offensichtlich ist uns die U. G. P. D. darin im Vorteil gewesen, die durch keine Abgabe ihrer führenden, in der Agitation stehenden Personen für Stellen in den Behörden in ihrer Agitation gehemmt wurde, wozu noch kam, daß sich deren Agitation auf eine rein regierende Tätigkeit einstellte und durch die soziale und wirtschaftliche Mühsamkeit begünstigt wurde. Unsere Partei dagegen mußte in der Agitation auch praktische Arbeit vertreten. Nicht immer ist die Anstellung in diesem Sinne bei unseren agitatorisch tätigen Genossen erfolgt. Nicht allenthalben ist begriffen worden, daß mit dem Augenblick, in dem wir als Partei mitberufen wurden, die Staatsgeschäfte zu leiten, wir auch die Verpflichtung übernommen, in ausbauendem und förderndem Sinne für die neue Republik zu wirken.

Nicht nur Redner für öffentliche und Parteiversammlungen wurden verlangt, sondern in nicht geringer Zahl Redner für Aufklärungsberichte in Versammlungen von Truppenformationen. Hier wurde meist gefordert, daß unsere Redner neben Merkmalen anderer politischer Parteien die Ziele und Aufgaben des Sozialismus klarlegten. — Somit mußte mit verminderten Kräften erhöhte Agitationsarbeit geleistet werden.

Die Agitation brachte uns neben einem großen Zustrom aus allen Bevölkerungsschichten eine nicht geringe Anhängerzahl aus den Kreisen der Intellektuellen, besonders aus dem Beamten- und Lehrerstand. Daraus erwuchs die Notwendigkeit einer gewissen organisatorischen Zusammenfassung der

Parteigenossen aus dem Lehrstande zu einer Arbeitsgemeinschaft, was in einer zu Ostern abgehaltenen Konferenz beschlossen wurde. Dort wurde auch die Herausgabe einer besonderen Zeitschrift für die sozialdemokratischen Lehrer beschlossen, die ab 1. Juli 1919 erscheinen soll. Es ist zu hoffen, daß in nicht zu ferne Zeit der für die Partei so notwendige organisatorische Nachwuchs herankommt.

Die nach der Revolution proklamierte absolute Versammlungsfreiheit erleichterte die Agitation. Ungehemmt konnten auch im kleinsten Ort Versammlungen abgehalten werden, zumal die leidige Soloffrage nun ebenfalls gelöst war. Der Andrang zu unseren Versammlungen war durchweg ein ungeheurer. Weite Kreise der Bevölkerung, die sich bisher nicht um sozialdemokratische Ideen gekümmert hatten, kamen in unsere Versammlungen, um mit reger Aufmerksamkeit und in oft anregender Diskussion sich mit den Ideen des Sozialismus vertraut zu machen. Zahlreich waren daraufhin die Mitgliedszunahmen.

Unsere schriftliche Agitationsarbeit wurde zeitweilig schwer gehemmt infolge der Besetzung des Vorwärtsgebäudes durch die Spartakisten. Nicht nur die Vorwärtsdruckerei war in den Tagen vom 5. bis 18. Januar für Druckerarbeiten für uns gesperrt und nicht nur manches im Satz oder Druck befindliche Flugblatt ward vernichtet, auch dem Parteivorstand waren damit für diese Zeit seine Büroräume verschlossen, so daß er die Gastfreundschaft eines Genossen in Anspruch nehmen mußte, der ihm in dankenswerter Weise seine Privaträume als Bureau überließ, in denen der Parteivorstand wenigstens die allerbringendsten Arbeiten erledigen konnte. Diese Behinderung im Druck und Versand von Flugchriften war um so empfindlicher, weil diese „Aussperrung“ kurze Zeit vor den Wahlen zur Nationalversammlung (19. Januar) und den Wahlen zur preussischen Landesversammlung (26. Januar) erfolgte.

Wie in der mündlichen Agitation, so erwuchs der Partei auch in der schriftlichen Agitation die Pflicht, nach Ausbruch der Revolution über den ihr sonst gesteckten Rahmen hinaus sich an weitere Volksekreise zu wenden. Es galt, die durch die plötzliche Demobilisierung in großen Massen zurückflutenden Volksgenossen aus dem Dazwischen schnell und kurz über die neue politische Situation und die neuen Einrichtungen der Republik zu orientieren. Diesen Zwecken diente eine Reihe in großen Auflagen hergestellte Flugchriften, unter denen besonders eine Mitte Dezember 1918 herausgegebene kleine Broschüre „Deutschland als freie Volksrepublik“ großen Absatz fand. In einer Million Exemplaren wurde diese verbreitet.

Fünf Flugblätter, die sich speziell an die Soldaten wandten, wurden in Auflagen von je 280 000, 200 000, 190 000, 188 000, 50 000 Exemplaren verbreitet. Außerdem wandten sich noch drei bald nach Ausbruch der Revolution (Mitte November) herausgegebene Flugblätter, in je 108 000, 47 000 und 81 000 Exemplaren gedruckt, an die Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie ein Flugblatt in 200 000 Auflage an die Wähler und Wählerinnen. — Zur Wahl für die Nationalversammlung wurden außer den allgemeinen Flugblättern auch eine Reihe von Flugchriften herausgegeben, die sich an spezielle Berufsstände wandten, so an die Landarbeiter in 200 000 Auflage, an die Beamten in 50 000, an die Eisenbahner in 50 000, an die selbstständigen Handwerker in 50 000 Auflage und an die Lehrer und Lehrerinnen in einer kleineren Auflage. Als allgemeine Wahlflugblätter gegen die gegnerischen politischen Parteien wurden herausgegeben: „Sozialdemokraten in die Nationalversammlung“ 90 000, „Nieder mit den verfeindeten Junkern“, 200 000, „Religion und Sozialdemokratie“ 50 000, „Sozialistische oder Volksrepublik“ 50 000, „Die Herrschaft

„Setze vor und während des Krieges“ 50 000. Die Frage der Sozialisierung wurde in zwei Flugblättern „Kapitalistische Wirtschaftsordnung“ und „Sozialdemokratie und wirtschaftlicher Wiederaufbau“, in je 50 000 Exemplaren verbreitet, besprochen. An die Wählerinnen speziell richteten sich außer den allgemeinen Flugblättern, die bereits oben benannt wurden, noch zwei weitere: „Frauen und Mädchen im Wahlkampf“ (250 000) und „Frauen und Mädchen paßt auf!“ (50 000). Für die Wähler zur preussischen Landesversammlung und für die Wahlen zu den Gemeinden haben die örtlichen Organisationen in der Hauptsache selbst Flugblätter herausgegeben. Vom Parteivorstand wurden außerdem gedruckt und versandt: „Preussische Frauen, preussische Männer!“ in 200 000, „An die Gemeindevähler“ in 100 000, „Sozialdemokraten in die Gemeindevetretung!“ in 76 000 und „Auf zur Preußenwahl!“ in 50 000 Exemplaren. Sieben Flugblätter, zum größten Teil an die Frauen als Wählerinnen gerichtet, wurden noch in kleineren Auflagen herausgegeben. Vielfach wurden diese vom Parteivorstand herausgegebenen Flugblätter von den Bezirks- und Parteisekretären nur als Mustervorlage zur Abfassung eigener Flugblätter für die Kreise benutzt, so daß die hier bezeichnete Höhe der Auflage durchaus keinen umfassenden Maßstab für die Agitationsstätigkeit der Partei zeigt. — Eine populär gehaltene Broschüre über Wesen und Ziele des Sozialismus mit dem Titel: „Was ist, was will der Sozialismus?“ zur Aufklärung für die zahlreich der Partei zugeströmten neuen Parteigenossen erschien kurz nach Schluß des Berichtsjahres und findet in unseren Organisationen sehr starken Abzug.

Vor der Revolution wurden herausgegeben: „Für das gleiche Wahlrecht“ in 330 000, „Wie die Unabhängigen arbeiten“ in 120 000, „Sozialdemokratische Reichstagsarbeit 1917/18“ in 20 000, „Sozialdemokratische Friedensarbeit hier und dort“ in 35 000, „Zum Massenstreik in Groß-Berlin“ in 10 000 und „Material zur Geburtenfrage“ in 1500 Auflage.

Waren auch mit Einführung der Republik in Deutschland viele der Forderungen, die das Proletariat alljährlich am 1. Mai erhob, erfüllt, so erschien die Veranstaltung einer Mäifeier in diesem Jahre trotzdem von besonderer Bedeutung. Es galt nach wie vor Protest gegen Krieg und Militarismus einzulegen und für einen gerechten Frieden zu demonstrieren. Anfang April forderte der Parteivorstand daher in einem Aufruf die Arbeiter und Arbeiterinnen in Stadt und Land zur Heerschau am 1. Mai auf, um diesen Forderungen wirksamen Nachdruck zu verleihen. — Die Mäifeier gestaltete sich denn auch allorts zu einer wichtigen Volkskundgebung im Sinne unserer sozialistischen Forderungen.

Parteiausschuß.

In dem Bericht des Parteivorstandes an den Würzburger Parteitag ist über die Sitzungen des Parteiausschusses bis zum 26. Juni 1917 berichtet. Die nächste Sitzung des Parteiausschusses fand am 13. Oktober 1917 in Würzburg statt. In ihr wurde nach einer Aussprache über die politische Lage die Tagesordnung des Parteitags durchgesprochen, wobei Scheidemann die Grundzüge seines Parteitagsreferats mitteilte. Diese fanden Zustimmung.

Nach dem Parteitag fand die erste Sitzung des Parteiausschusses am 30. Januar 1918 statt. Sie beschäftigte sich ausschließlich mit den großen politischen Bewegungen, die sich damals im ganzen Reich zeigten, und die ihren stärksten Ausdruck in den gewaltigen politischen Massenstreiks der Januarlage des Jahres 1918 fanden. Der Parteiausschuß nahm einstimmig hierzu folgende Resolution an:

I.

Der Parteiausschuß stellt fest, daß sich die gegenwärtige Streikbewegung nicht gegen die Landesverteidigung richtet und nicht Ziele eines feindlichen Imperialismus fördern will. Sie ist aus einer tiefen Misstimmung entstanden, die durch die Ernährungschwierigkeiten und den Druck des Belagerungszustandes hervorgerufen wurde. Das Treiben der Reaktion im preussischen Dreiklassenhaufe, das auf die Verhinderung der preussischen Wahlreform gerichtet ist, das herausfordernde Auftreten der sogenannten Vaterlandspartei und die unklare Haltung der Regierung in der Friedensfrage haben diesen Stimmungsdruk verschärft. Da alle Ratschläge und Warnungen der sozialdemokratischen Partei ungehört verhallten, wurde ein Ausbruch dieser Volksstimmung unvermeidlich.

Durch den Eintritt sozialdemokratischer Abgeordneter beider Fraktionen in die Streikleitung war die volle Gewähr dafür gegeben, die Bewegung in geordneten Bahnen zu halten und sie rasch, ohne Schädigung der Allgemeinheit, zum Abschluß zu bringen. Voraussetzung war, daß die Regierung auf Gewaltmaßregeln verzichtete und Forderungen erfüllte, die von einer erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung als berechtigt anerkannt wurden.

Statt diesen Weg zu gehen, hat die Regierung unter Kleinlich formalistischen Vorwänden Verhandlungen mit den Arbeitervertretern der Streikenden abgelehnt. Sie hat zugleich gebuhlet, daß ihr nachgeordnete Organe mit erbitternden Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Bewegung vorgehen. Das Versammlungsrecht wurde vollständig unterdrückt, der „Vorwärts“ verboten, schließlich der gewählten Streikleitung jede Betätigung unterlag. Die Folge davon ist, daß sich der Streik explosionsartig auf immer neue Gruppen ausdehnt und daß er auf immer neue Orte überspringt, jeder Regelung und Kontrolle entbehrend.

Die Verantwortung für diese Entwicklung der Dinge trifft jene Stellen, die sich vor Ausbruch des Streiks und während seiner Dauer beharrlich geweigert haben, die Stimme der Vernunft zu hören, und deren Politik offensichtlich auf die Erzwingung eines Nacht- und Gewaltfriedens gegen die eigene Bevölkerung hinfüert.

Die sozialdemokratische Partei hat sich während des ganzen Krieges rückhaltlos zur Landesverteidigung bekannt. Die Landesverteidigung wird jedoch gefährdet, durch die politische Einseitigkeit derer, die den Krieg zu kriegsberlängernden, vom Volke nicht gebilligten Zielen führen wollen, die dem Volk versprochene Rechte verweigern und jeden Protest gegen einen immer unerträglicher werdenden Druck mit verstärktem Druck beantworten. Darum müssen sich heute alle Kräfte vereinigen, um eine Abkehr von dem verhängnisvollen Kurs herbeizuführen, im Interesse der Selbsterhaltung unseres Volkes und eines baldigen gerechten Friedens.

II.

Der Parteiausschuß fordert die Reichsregierung auf, sich in eindeutiger Weise zu erklären:

1. für die ausgiebigere Lebensmittelversorgung durch Erfassung der Lebensmittelbestände bei den Erzeugern und in den Handelslagern sowie gleichmäßiger Zuführung an alle Bevölkerungsklassen;

2. für ihre Bereitwilligkeit, schleunigst den Belagerungszustand aufzuheben, so fort aber alle, das Vereins- und Versammlungsrecht sowie die freie Meinungsäußerung durch die Presse einschränkenden Bestimmungen zu beseitigen;
3. für die Aufhebung der Militarisierung der Betriebe;
4. daß sie entschlossen ist, die schnellste Durchführung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Preußen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu sichern;
5. daß sie bereit ist zu einem allgemeinen Frieden ohne offene oder verschleierte Annexionen und Kontributionen auf Grund des nach demokratischen Grundsätzen durchzuführenden Selbstbestimmungsrechts der Völkern."

Am 15. März 1918 beriet der Parteiausschuß zunächst über die Finanzen der Partei und faßte hierzu einstimmig folgenden Beschluß:

„Im Hinblick auf die gesteigerten finanziellen Anforderungen an die Parteifunktionen und die bevorstehenden politischen Kämpfe empfiehlt der Parteiausschuß den Bezirks-, Kreis- und Ortsorganisationen dringend, die Beiträge auf mindestens wöchentlich 15 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche Mitglieder oder auf monatlich 80 Pf. für männliche und 40 Pf. für weibliche Mitglieder schnellstens zu erhöhen.“

Es folgte eine eingehende Aussprache über die politische Situation unter besonderer Bezugnahme auf den Ostfrieden. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, da der Fraktion, die in gleicher Sache in der folgenden Woche zu beschließen hatte, nicht vorgegriffen werden sollte. Ueber den Gang der Beratungen im Parteiausschuß wurde die Fraktion unterrichtet.

Am 21. März 1918 fand im Parteiausschuß erneut eine ausführliche Debatte über die politische Situation statt, worauf folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

„Der Parteiausschuß spricht die Erwartung aus, daß der Parteivorstand in Gemeinschaft mit der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages auch in Zukunft mit allen Kräften darauf hinwirkt, den Krieg durch einen allgemeinen Verständigungsfrieden auf Grundlage der Entschließung des Reichstages vom 19. Juli 1917 zu beendigen.“

Der Parteiausschuß spricht seine Mißbilligung aus über die ungunstige und schwachmütige Haltung der Regierung in der preussischen Wahlrechtsfrage.

Der Parteiausschuß erklärt, daß die geplante Einschränkung der Befugnisse des Abgeordnetenhauses und die sogenannten „Sicherungen“ mit einer lokalen Durchführung der feierlichen Zusage in den Wortsätzen des Kaisers nicht im Einklang stehen und eine Entwertung des gleichen Wahlrechts bedeuten, die dem von der Regierung zur Schau getragenen Vertrauen zum Volke durchaus widerspricht.

Der Parteiausschuß tadelt aufs Schärfste die zögernde und nachgiebige Haltung der Regierung gegenüber dem völkischen und vaterlandfeindlichen Vorgehen der agrarischen und Schwerindustriellen Parteien. Er fordert aufs dringlichste die unverzügliche Auflösung des Abgeordnetenhauses, falls bei der bevorstehenden Abstimmung das gleiche Wahlrecht wiederum abgelehnt wird. Er bringt im Namen der preussischen und der deutschen Arbeiterschaft den Entschluß zum Ausdruck, den Kampf für die staatsbürgerliche Gleichberechtigung bis zum vollen Erfolge durchzuführen.“

Zur Ernährungsfrage beschloß der Parteiausschuß einstimmig in der gleichen Sitzung das Folgende:

„Zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln fordert der Parteiausschuß die strengste Erfassung aller wichtigen Lebensmittel zur öffentlichen Bewirtschaftung. Er erwartet von der Reichstagsfraktion die rückichtslose Bekämpfung der auf die Aufhebung dieses Prinzips gerichteten Bestrebungen, wie sie sich u. a. in dem Antrage des Abgeordneten Röske auf Einführung einer Landumlage und Freistellung aller über ein bestimmtes Ablieferungsloß gehenden landwirtschaftlichen Produkte zur völlig freien Verfügung für die Landwirtschaft zeigen. Die Folge einer solchen Maßnahme wäre lediglich die Legitimierung des Schleichhandels und Lebensmittelmärschers zur Ausschöpfung des Volkes, eine unerträgliche Preissteigerung der wesentlich bewirtschafteten Lebensmittel und der Zusammenbruch unserer Volksernährung.“

Der Parteiausschuß hörte dann den Bericht der auf Beschluß des Würzburger Parteitages eingesetzten Kommission über den Entwurf eines Aktionsprogramms. Da gegen Einzelheiten des Entwurfs eine Anzahl Einwendungen erhoben, Ergänzungen für notwendig gehalten und ferner gewünscht wurde, daß den Parteigenossen vermehrte Gelegenheit zur Diskussion des Entwurfs in den Parteiverfassungen und in der Presse gegeben würde, beschloß der Parteiausschuß, die Entscheidung über den Entwurf bis zu einer folgenden Sitzung zu vertagen.

In den folgenden Sommermonaten spitzten sich die politischen Verhältnisse immer mehr zu. Nach dem Zusammenbruch der im Frühjahr eingeleiteten Offensive wuchs die Unzufriedenheit im Lande in den weitesten Kreisen immer mehr. Aber die Regierung gab den berechtigten Forderungen der Massen nur zögernd und ungenügend nach. Ueber die immer ungestaltbarer werdende Lage fanden am 24. August 1918 zusammen mit der Reichstagsfraktion und am 2. Oktober 1918 gemeinsam mit der Konferenz der sozialdemokratischen Redakteure ausführliche Beratungen statt. Als die nächste Sitzung des Parteiausschusses gemeinsam mit der Sitzung der Reichstagsfraktion am 5. November 1918 stattfand, fand die politische Situation bereits unter dem Zeichen der kommenden Revolution. Die Vorgänge in Kiel, die Desorganisation in der Etappe, die Frage der Abdankung Wilhelms II. und seines Sohnes und die Fragen des Waffenstillstandes und des Friedensangebots waren Gegenstand erster Diskussion. Es wurde am Schlusse der Beratung folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Fraktion und Parteiausschuß fordern, daß der Waffenstillstand ohne jeden Verzug durchgeführt wird. Die Fraktion und der Parteiausschuß fordern weiter die Amnestie für militärische Vergehen und Straffreiheit für Mannschaften, die sich gegen die Disziplin vergangen haben. Sie fordern die unverzügliche Demokratisierung der Regierung sowie der Verwaltung Preußens und der anderen Bundesstaaten. Die Reichstagsfraktion und der Parteiausschuß beauftragen die Parteileitung, dem Reichskanzler mitzuteilen, daß Fraktion und Parteiausschuß den von der Parteileitung in der Kaiserfrage unternommenen Schritt entschieden billigen und unterstützen und eine schnelle Regelung dieser Frage erwarten.“

Nach der Revolution fand die erste Sitzung des Parteiausschusses am 28. November 1918 statt. Der Parteivorstand gab Bericht über seine Tätigkeit während der ersten Revolutionswochen. Die Genossen aus dem Lande teilten ihre Erfahrungen mit. Energisch wurde der Wunsch auf schnelle Einberufung der Nationalversammlung geäußert. Es wurde folgende Resolution angenommen:

Der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erklärt:

Für die politische Gleichberechtigung aller Volksgenossen hat die deutsche Sozialdemokratie seit einem halben Jahrhundert gekämpft. Sie erwirkt in dem allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht aller erwachsenen Männer und Frauen, getreu der seit jeher von ihr vertretenen Auffassung, die wichtigste politische Errungenschaft der Revolution und zugleich das Mittel, die kapitalistische Gesellschaftsordnung nach dem Willen des Volkes in planmäßiger Arbeit zur sozialistischen umzuwandeln.

Indem die Partei ihre Entschlossenheit ausdrückt, die Errungenschaften der Revolution gegen alle gegenrevolutionären Bestrebungen bis auf's letzte zu verteidigen, wendet sie sich zugleich mit Entschiedenheit gegen alle, die dem deutschen Volke das volle Selbstbestimmungsrecht vorenthalten wollen, sei es auch unter dem Vorwand, es durch die Diktatur gegen seinen eigenen Willen beglücken zu können.

Die Sozialdemokratische Partei fordert die schleunigste Einberufung der Nationalversammlung; sie ist jeden Tag bereit, dem Volke über ihre bisherige Tätigkeit Rechenschaft zu geben und erwartet mit Zuversicht sein Urteil.

Die Genossen im Reich werden aufgefordert, für die schleunigste Einberufung der Nationalversammlung zu wirken und durch rastlose Aufklärungsarbeit den Sieg des demokratischen Sozialismus zu sichern."

Am 22. und 23. März 1919 tagten in Weimar Fraktion, Parteiausschuß, Parteivorstand und Kontrollkommission in gemeinsamer Beratung. Es wurde zur Friedensfrage die folgende Resolution angenommen:

„Der Abschluß des Krieges steht bevor. Deutschland hat im Vertrauen auf die in den 14 Punkten Wilsons festgelegten Friedensgrundsätze die Waffen niedergelegt. Die früheren deutschen Machthaber, gegen die allein die Entente nach ihren Erklärungen den Krieg geführt hat, der Militarismus und die Unterjochung, sind durch die Revolution hinweggefegt. Die deutsche Republik wird ein Eckstein des Weltfriedens sein. Das deutsche Volk will einen dauernden Frieden, der alle Völker zur Freundschaft und zu gemeinsamer Kulturarbeit vereintigt.

Die am 22. und 23. März tagende Konferenz des Parteivorstandes, der Kontrollkommission, des Parteiausschusses und der Nationalversammlungsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erneuert das programmatische Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Völker und nimmt dieses Recht auch für das deutsche Volk in vollem Umfang in Anspruch. Wir erheben daher jederzeit Einspruch gegen jede Vergeßlichkeit deutscher Volksgenossen, wie sie in Polen und Westpreußen, mit dem ferndeutschen Danzig, in Schlesien, Schleswig-Holstein, im Saarrevier und Rheingebiet und in Deutschösterreich von feindlicher Seite geplant ist.

Sie verwahrt sich in gleicher Weise gegen jeden Versuch, durch unerträgliche materielle Belastung das deutsche Volk für die Dauer in wirtschaftlicher Sklaverei zu halten und seine Wiederaufrichtung zu behindern. Sie beansprucht für Deutschland die gleichberechtigte Zugehörigkeit zum Völkerbund, dem anzugehören das deutsche Volk durch seine Kulturarbeit und seinen aufrichtigen Friedenswillen wohl auch würdig ist.

Die Sozialdemokratische Partei warnt darum mit vollem Ernst vor jeder Vergeßlichkeit des deutschen Volkes und legt den Schuldigen die volle Verantwortung für die Folgen ihres Tuns, die daraus entstehenden Gefahren neuer Kriege und den drohenden Weltbrand des Bolschewismus

vor der Geschichte und vor der Menschheit auf. Sie ruft das internationale Proletariat und die aufrichtigen Freiheits- und Friedensfreunde aller Völker, zumal der feindlichen Völker auf, für in diesem Kampfe für Recht und Völkerfreiheit und damit für dauernden Weltfrieden fest zur Seite zu stehen."

Sodann fand eine Diskussion über die Materie statt, nach welcher folgender Beschluß gefaßt wurde:

„Die Konferenz lehnt jede Form der Minderheitsherrschschaft ab und bekennt sich gemäß dem Erfurter Programm zu den Grundfragen der Demokratie. Sie fordert deshalb, daß das allgemeine, gleiche, geheime und unmittelbare Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen für alle gesetzgebenden und öffentlichen Verwaltungskörperschaften in der Verfassung festgelegt werde. Sie fordert weiter schleunige Maßnahmen zur Demokratisierung der Verwaltung in Reich, Staat und Gemeinde. Die Demokratie soll vor allem das Mittel zur Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische sein. Die Sozialisierung kann in einem durch mehr als vier Kriegsjahre bearmten Lande nur schrittweise erfolgen, aber sie muß in den dafür reifen Betriebszweigen, z. B. Bergbau, Energieerzeugung, Stoffstoffproduktion und Verkehrsgewerbe, unerbittlich in Angriff genommen werden. Zur Mitwirkung an Sozialisierungsmaßnahmen, zur Kontrolle sozialistischer Betriebe, zur Überwachung der Gütererzeugung und Verteilung im gesamten Wirtschaftsleben sind gesetzlich geordnete Arbeitervertretungen zu schaffen. In dem zu diesem Zweck schleunigst zu schaffenden Gesetz sind Bestimmungen zu treffen über die Wahl und Aufgaben von Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten, die bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse gleichberechtigt mitzuwirken haben.

Es sind weiter Bezirksarbeiterräte und ein Reichsarbeiterrat vorzusehen, die vor dem Erlaß wirtschaftlicher und sozialpolitischer Gesetze ebenso wie die Vertretungen aller übrigen schaffenden Stände gutachtlich zu hören sind und selbst Anträge auf Erlaß solcher Gesetze stellen können. Die entsprechenden Bestimmungen sind in der Verfassung der deutschen Republik festzulegen.

Zur Durchsetzung der vollen Demokratie in der Gesetzgebung und Verwaltung und zur Durchführung der Sozialisierung bedarf es der starken sozialdemokratischen Organisation, die in rastloser Arbeit die Massen in Stadt und Land aufzurichten und für die Durchsetzung der sozialistischen Ziele gewinnen muß. Um eine enge Fühlung mit dem arbeitenden Volk herzustellen, ist in den Organisationen das System der Betriebsvertrauensleute auszubauen. Zur Belebung der sozialdemokratischen Organisations- und Aufklärungsarbeit, zur Vorbereitung für die sozialistische Presse, zur Stärkung der Parteifinanzien soll spätestens in der Pfingstwoche ein Parteitag stattfinden. Ferner sind sofort im ganzen Land Kreis- und Bezirkskonferenzen abzuhalten, in denen auf enge Fühlungnahme zwischen Orts- und Bezirksorganisationen hinzuwirken ist."

Am 24. März beriet der Parteiausschuß allein über die Organisation und die Finanzen der Partei. In dieser Sitzung wurde die Tagesordnung des Parteitages festgesetzt und es wurden zwei Kommissionen gewählt, von denen die eine, bestehend aus den Genossen Wels und Bartels vom Parteivorstand, Vogel-Münzberg, König-Darmstadt, Pühn-Dresden, Weims-Magdeburg und Gehr-Danzig, dem Parteitag Vorschläge über eine Aenderung des Organisationsstatuts, während die andere, bestehend aus den

Genossen Braun und Müller vom Parteivorstand, Dr. Braun-Rürnberg, Senger-Frankfurt, Ling-Mannheim, Bethge-Magdeburg und Krüger-Berlin dem Parteitag Vorschläge über den Ausbau unserer Parteipresse machen soll.

Da die Genossen Ebert und Scheibemann nach ihrem Eintritt in die Regierung als Vorsitzende der Partei ausgeschieden sind, wurde der Genosse Hermann Müller provisorisch mit der Leitung der Parteigeschäfte bis zum Parteitag betraut. — Der Parteiaussschuß und die Kontrollkommission stimmten ferner zu, daß die Genossen Wels, der dem Parteivorstand bisher als Beisitzer angehört hatte, und Heinrich Schulz, der bisher dem Bildungswesen der Partei vorstand, als Sekretäre in den Parteivorstand eintraten. Einmütig wurde dem Vorschlag zugestimmt, die Parteivorstandsmitglieder durch Beschaffung von Hilfskräften stärker als bisher zu entlasten.

Internationale Verständigung.

In dem Bericht an den Würzburger Parteitag haben wir über die Bemühungen berichtet, die unter dem Voritz des holländisch-standinawischen sozialistischen Komitees zur Verständigung der Internationale im Jahre 1917 in Stockholm stattfanden. Diese Bemühungen mußten im Oktober aufgegeben werden, ohne daß ein Erfolg erzielt war. Das lag daran, daß die Sozialisten der Ententeländer sich damals gegen eine internationale Sozialistenkonferenz ablehnend verhielten. Sie waren für Fortsetzung des Krieges bis zum Ende, eine Haltung, die ihnen allerdings dadurch erleichtert wurde, daß die frühere deutsche Regierung nicht bereit war, dem neuen Rußland einen Frieden ohne Abtrennung der Randstaaten zu gewähren. Das holländisch-standinawische Komitee schloß seine Bemühungen mit einem Manifest der neutralen Sozialisten im Oktober 1917 ab. Im November stürzte dann die bolschewistische Revolution die Regierung Kerenskis, in der die menschewistischen Sozialisten vertreten waren, die sich an den Besprechungen in Stockholm beteiligten hatten.

Im März 1918 begann die deutsche Offensive im Westen. In den kommenden Monaten, in denen die Militaristen beider Mächtegruppen das Feld beherrschten, war für eine Verständigungsmöglichkeit noch weniger Raum als im Jahre vorher. Die Sozialisten der Ententeländer legten ihr Friedensprogramm in der Londoner Februaraktion der interalliierten Sozialisten dar, das in wichtigen Punkten von dem Stockholmer Manifest der deutschen Sozialdemokratie abwich.

Drei Monate nach Ausbruch der deutschen Revolution beriefen die Genossen Branting, Genderson und Gubsmans eine internationale sozialistische Konferenz nach Bern, die dort vom 8. bis 10. Februar 1919 unter dem Vorsitz von Branting, Genderson, Wibaut-Holland und Justo-Argentinien tagte. Sie war von 96 Delegierten aus 28 Ländern besucht. Nicht alle Parteien, die vor dem Kriege dem internationalen sozialistischen Bureau angeschlossen waren, hatten Vertreter entsandt.

Inzwischen war unter der Führung von Lenin die dritte sozialistische Internationale gegründet worden, die in offenem Gegensatz zur zweiten Internationale steht. Auf der Konferenz waren unter anderem nicht vertreten die sozialistischen Parteien der Schweiz, Italiens, Serbiens, Rumäniens und die russischen Bolschewiki, weil sie, auf dem Boden des Zimmerwalder Programms stehend, Gegner der Konferenz waren. Die deutsche unabhängige Sozialdemokratie hat sich noch nicht entschieden und ist bereit, die Konferenz beider Gruppen zu besuchen. Der linke Flügel der österreichischen Sozialdemokratie

war durch Friedrich Adler vertreten. Ferner hatten die belgischen Genossen keine Vertretung entsandt und die amerikanischen Sozialisten waren nur durch einen Delegierten der unabhängigen Sozialistenpartei vertreten, die eine Abspaltung der Sozialistischen Partei ist. Die Zulassung dieser Partei zu den internationalen Konferenzen soll jedoch erst geprüft werden. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands war auf der Konferenz durch die Genossen Mollenbuhr, Müller und Wels, die deutschen Gewerkschaften waren durch die Genossen Süß, Ruß und Jansson vertreten.

In Bern wurde der Beweis geliefert, daß die viereinhalb Jahre gräßlichen Krieges keine den Krieg überdauernde Trennung der Sozialisten der kriegführenden Länder zur Folge haben konnten. Noch bevor der Friede geschlossen war, fanden sich die Sozialisten der kriegführenden Länder zusammen, um gemeinsam über das zu beraten, was den Dauerfrieden der Welt sichern soll. Die erste Zusammenkunft ging ohne scharfe Auseinandersetzungen nicht ab; aber schließlich siegte doch das Gefühl der Zusammengehörigkeit. Die französischen Rechtssozialisten, die jegliche Minderheit, verlangten, daß die Schulfrage auf die Tagesordnung gesetzt würde und daß diejenigen gebrandmarkt und aus der Internationale ausgestoßen würden, die die Wirtshaft am Kriege hätten. Es kam jedoch nicht dazu. Diese Gruppe stand mit ihrer Forderung ziemlich allein. Die französische Mehrheit brachte der Revolution in Deutschland, Oesterreich und Rußland ausdrücklichen Gruß dar und die englischen Genossen legten auf die Erörterung der Vergangenheit viel weniger Wert als auf die Zusammenarbeit mit allen Sozialisten, die vom Boden des internationalen Sozialismus aus gewillt sind, für einen Rechtsfrieden und für die Demokratisierung der Welt im Rahmen eines wirklichen Völkerbundes zu arbeiten. Schließlich wurde, nachdem unsere Parteigenossen zur Erläuterung ihres Standpunktes folgende Erklärung abgegeben hatten:

„Durch die Revolution hat das deutsche Proletariat das alte für den Krieg verantwortliche System gestürzt und zerstört. Die deutsche Sozialdemokratie hat, wie immer man im einzelnen über ihre Politik während des Krieges urteilen mag, jetzt durch die Tat ihren entschlossenen Willen bekundet, all ihre Kraft dem Aufbau der durch den Krieg zerrütteten Welt zu widmen und im Geist und Dienst der Internationale gemeinsam mit den Sozialisten aller Länder im Völkerbund den Sozialismus zu erkämpfen.“

folgender Beschluß gefaßt:

„Die Konferenz von Bern erkennt an, daß für sie die Frage der unmittelbaren Verantwortlichkeit des Krieges geklärt ist sowohl durch die Aussprache als auch durch die Erklärung der deutschen Mehrheit, die den revolutionären Geist des neuen Deutschlands und dessen völlige Loslösung von dem für den Krieg verantwortlichen alten System bekundet hat. In dem die Konferenz die deutsche Revolution begrüßt und die Entwicklung der demokratischen und sozialistischen Einrichtungen, die sie herbeiführte, sieht sie die Bahn frei für die gemeinsame Arbeit der Internationale.“

Die weiteren Erklärungen, die die deutschen Delegierten in der Debatte über den Völkerbund abgegeben haben, überzeugen die Konferenz, daß von nun an die vereinigten Arbeiterklassen der ganzen Welt die stärkste Macht zur Niederhaltung jedes Militarismus und aller Versuche, die internationale Demokratie zu vernichten, verbürgen und bewahren werden.

Die Konferenz sieht in den auf ihr geführten Debatten eine fruchtbare Vorarbeit und überläßt es einem künftigen internationalen Kongreß, dessen

Einberufung unter normalen Bedingungen erfolgen kann, über die welt-
gesetzliche Frage der Verantwortlichkeiten das Urteil der Internationale
zu fällen."

Die Resolution über die Gesellschaft der Nationen und die all-
gemeine Resolution über die territorialen Fragen wurden einstimmig
angenommen. In der ersteren heißt es, daß die Gesellschaft der
Nationen von einem Rechtsfrieden ausgehen muß, der keinen neuen inter-
nationalen Konfliktstoff schafft, und daß sie von den Volksvertretungen
der verschiedenen Länder gebildet werden soll. In der Resolution heißt es dann
unter anderem weiter:

„Die Nationen sollen im Zentralrat des Völkerbundes ver-
treten sein nicht durch Delegierte der Regierungen, sondern durch Dele-
gierte der Parlamente, in einer Weise, die allen ihren Parteien
eine Vertretung sichert. So wird der Völkerbund nicht ein Bund der Regie-
rungen, sondern der Völker sein.

Alle auf dem Grundsatz der Selbstbestimmung des Volkes aufgebauten
Staaten müssen in die Gesellschaft der Nationen aufgenommen werden.

Alle Mitglieder dieser Gesellschaft haben gleiche Rechte und gleiche
Pflichten, die den Zweck haben, die Aktionskraft der Gesellschaft zu sichern.
Völkerschaften, die noch nicht zur Selbstbestimmung gelangt sind, sollen
von der Gesellschaft der Nationen geschützt und in ihrer Entwicklung so ge-
fördert werden, daß sie die Fähigkeit erlangen, Mitglieder der Gesellschaft
freier Völker zu werden.

Die erste Aufgabe der Gesellschaft ist es, neue Kriege und alle Kriegs-
erklärungen zu verhindern. Sie hat alle stehenden Heere aufzuheben und
schließlich die völlige Abrüstung herbeizuführen. Solange das Bestehen einer
bemächtigten Macht infolge der internationalen Verhältnisse notwendig ist,
soll sie unter dem Befehl der Gesellschaft der Nationen stehen."

Ferner wird unter anderem die Verhinderung von Wirtschaftskriegen durch
die Einführung des Freihandels und der Verkaufsfreiheit, der offenen Tür in
den Kolonien und der internationalen Kontrolle der Weltverkehrsstraßen ge-
fordert.

In der allgemeinen Resolution über die territorialen Fragen heißt
es zum Schluß:

„Die Konferenz fordert:

1. Geltung des Rechts der Völker, ihr Schicksal und ihre staatliche Zu-
gehörigkeit innerhalb des Rahmens des Völkerbundes selbst zu bestimmen;
2. in umstrittenen Gebieten Entscheidung über die
Zugehörigkeit durch Volksabstimmung unter Kontrolle
des Völkerbundes, der in letzter Instanz entscheidet;
3. der Schutz der Nationalitäten, Minoritäten und Majoritäten ist ge-
sichert durch ein Minimum von festgesetzten Rechten, ausgearbeitet von der
Liga der Nationen und von dieser bei ihrer Anwendung garantiert;
4. bei Neubildung von Staaten oder bei Neuangliederungen an schon be-
stehende Staaten muß der Völkerbund darüber wachen, daß allen von den
Neugebüdungen berührten Nationen ihre wirtschaftlichen Lebensinteressen
durch Handels- und Verkehrswege gesichert werden;
5. die Möglichkeit, auch in Zukunft Grenzänderungen auf Wunsch von
Völkern oder Völksteilen nach vorhergehender Volksabstimmung unter Ent-
scheidung des Völkerbundes vorzunehmen;

8. Schutz der Bevölkerung der abhängigen Gebiete, Kolonien und Pro-
tektorate durch die Gesellschaft der Nationen, die darüber wachen muß, daß
Einrichtungen getroffen werden, die deren eingeborene Bevölkerung mög-
lichst reich zu staatlicher Selbstbestimmung entwickeln durch Gründung von
Schulen, Gewährung zunächst lokaler Autonomie, Preß-, Vereins- und Ver-
sammlungsfreiheit und anderer politischer Rechte.

Die Konferenz protestiert gegen jeden Versuch, die genannten Grundsätze
zu verflätschen und verwirft deshalb:

1. das Recht des Siegers auf Beute und alle Bündnisver-
träge, die einem Staate für seinen Eintritt in den Krieg einen Gebietszu-
wachs auf Kosten fremder Nationen zusichern;
2. die Festsetzung von Grenzen nach strategischen Gesichtspunkten;
3. gewaltsame oder verschleierte Aktionen auf Grund sogenannter histo-
rischer Ansprüche oder angeblicher ökonomischer Notwendigkeiten;
4. die Schaffung von vollzogenen Tatsachen durch vorgehende militä-
rische Besetzung fruchtiger Gebiete;
5. Schaffung jeder ökonomischen oder politischen Einflußsphäre.

Die Konferenz ruft die Proletarier aller Länder auf, mit aller Kraft
auf ihre Regierungen einen Druck auszuüben, um diese Grundsätze bei dem
Abschluß des kommenden Friedens zur Geltung zu bringen und diesen da-
mit zu einem dauernden zu gestalten."

Es war beabsichtigt, daß sich die sozialistischen Parteien der Länder, für
die Gebietsfragen strittig sind, über diese Fragen einigen sollten. Eine solche
Einigung fand zwischen den Vertretern der dänischen Sozialdemokratie
und den Vertretern der beiden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands
über die Frage Nordischleswigs in kurzer Zeit statt. Die übrigen Reso-
lutionen, die die Vertreter unserer Partei über die Fragen des Saargebietes,
Danzigs, Westpreußens und die koloniale Frage vorgelegt hatten, wurden für
eine später einuberufende Konferenz zurückgestellt. Eine Resolution über die
Rückgabe der Kriegsgefangenen wurde einstimmig ange-
nommen.

Zur internationalen Arbeitergesetzgebung einigte sich die
Konferenz auf ein detailliertes Programm unter Berücksichtigung der Beschlüsse
der internationalen Gewerkschaftskonferenzen von Leeds und Bern und ber-
langte, daß dieses Programm, das in einzelnen Ländern bereits teilweise durch-
geführte Mindestforderungen enthielt, durch die Gesellschaft der Nationen beim
Friedensschluß zum internationalen Recht erhoben werde. Das Programm
verlangt die Bildung einer ständigen Kommission, die zum großen Teil aus
Vertretern der Staaten des Völkerbundes und des internationalen Gewerks-
chaftsbundes besteht. Die Kommission sollte die von den Vertragsmächten be-
schickten, alljährlich abzuhaltenden Konferenzen zur Förderung des internatio-
nalen Arbeiterschutzes vorbereiten und berufen. Die Hälfte der stimmberech-
tigten Konferenzteilnehmer sollte aus Vertretern der gewerkschaftlich organi-
sierten Arbeiter jedes Landes bestehen. Die Konferenzen sollten bindende Be-
schlüsse im Rahmen der ihnen zugewiesenen Kompetenzen fassen können. Die
ständige Kommission sollte weiter mit dem internationalen Arbeitsamt in
Basel und dem internationalen Gewerkschaftsbund in dauerndem Zusammen-
wirken bleiben.

In der Frage Demokratie und Diktatur standen sich stark ab-
weichende Meinungen gegenüber. Eine Abstimmung fand nicht statt, wenn
auch festgestellt wurde, daß die überwiegende Mehrheit der vertretenen Par-

leien für die Demokratie und gegen die Diktatur von Minderheiten war. Die Konferenz beschloß, daß auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses die Frage des Bolschewismus gesetzt werden soll und beauftragte die Kommission, die nötigen Vorarbeiten zu unternehmen. Durch eine Kommission sollen vorher die russischen Verhältnisse studiert werden.

Es wurde beschlossen, im April eine weitere Konferenz in Amsterdam abzuhalten, zu der je zwei Vertreter aller angeschlossenen Organisationen geladen werden sollten.

Diese Konferenz tagte am 26. bis 29. April 1919 in Amsterdam. Zu ihr kamen die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie wegen Passchwierigkeiten zu spät. Die Konferenz wirkte weiter im Sinne der Beschlüsse der Berner Konferenz. Sie verlangte einen wirklichen Völkerbund im Gegensatz zu dem durchaus unbefriedigenden Entwurf, der aus den Versailler Verhandlungen hervorgegangen war. Sie sprach sich erneut für das Selbstbestimmungsrecht der Völker aus und nahm in der Frage des Saarbedens, Danzigs und Westpreußens Resolutionen an, die sich mit den Vorschlägen deckten, die die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei auf der Berner Konferenz gemacht hatten. In der Frage des Schicksals Danzigs wurde der Entwurf, den die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bern vorgelegt hatten, zum Beschluß erhoben. Das permanente Komitee der Konferenz, das aus den Genossen Branting, Genderson und Fuhsmans besteht, wurde beauftragt, in Paris unter Einziehung der Mitglieder des Aktionausschusses (Menaudel, Bonquet, MacDonald und Brunning) mit dem Rat der Vier zu verhandeln, damit der kommende Friede ein Rechtsfriede werde, der nicht im Widerspruch mit den 14 Punkten Wilsons steht. Diese Bemühungen hatten keinen Erfolg. Die nachgesuchte Audienz wurde vom Rat der Vier verteidigt. Die Vertreter der Entente-kapitalisten und -imperialisten, die dem Versailler Frieden ihren Stempel aufgedrückt haben, waren entschlossen, unter keinen Umständen einen sozialistischen Frieden zu schließen. Im Gegenteil, der Friede soll der deutschen Republik die Entfaltung sozialistischen Lebens unmöglich machen, und die Entente-regierungen hoffen so, mit dem deutschen Sozialismus den Sozialismus aller Länder zu treffen.

Für den Wiederaufbau der Internationale war der Konferenz in Amsterdam ein Statutenentwurf vorgelegt worden. Die Beschlußfassung wurde jedoch vertagt auf eine spätere Konferenz, die in den ersten Tagen des August in Lugern stattfinden soll.

Rassenbericht.

Die verheerenden Wirkungen des Krieges auf unser Organisationsleben spiegeln sich in den Rassenabschlüssen der beiden letzten Geschäftsjahre wider. Wie die drei vorausgegangenen Jahre schlossen auch diese beiden mit erheblichen Defiziten ab, die aus den Reserven gedeckt werden mußten. Immerhin läßt sich im letzten Jahre eine Besserung konstatieren. Betrag der Fehlbetrag im Geschäftsjahre 1917/18 304 352,44 Mk., so sank er im letzten Jahre auf 186 808,16 Mk. Die Beitragseinnahme im erstgenannten Jahre betrug 184 656,74 Mk., 1918/19 dagegen 298 546,13 Mk. Die erhebliche Steigerung ist hauptsächlich auf das letzte Vierteljahr zurückzuführen, in dem die durch den Mitgliederzuwachs erzielte höhere Beitragseinnahme zur Geltung kam. Die Leberhöfche der zentralen Parteigeschäfte, die früher einen wesentlichen Teil unserer Einnahmen bildeten, fehlen auch jetzt noch fast völlig. Erfreulich hoch

sind im letzten Jahre die „Sonstigen Beiträge“. Dies ist auf den Wahlkampf zurückzuführen. Sowohl Sammlungen, wie Wahlbeiträge von Parteigeschäften und begiterten Parteifreunden haben zu der Steigerung dieses Einnahmepostens beigetragen.

Die Wahlausgaben enthalten nur Zuschüsse an die Organisationen. Nicht darin enthalten sind die erheblichen Druckkosten usw. für die vom Parteivorstand herausgegebenen Wahlflugblätter und Broschüren, die noch ungedeckt sind. Auch die Ausgaben an Zuschüssen sind nicht erschöpfend, da nach dem Abschluß des Geschäftsjahres solche noch in erheblichem Maße bewilligt sind und diese daher erst in der nächstjährigen Abrechnung in Erscheinung treten werden. Immerhin ist die Hauptkasse durch den diesjährigen Wahlkampf erheblich weniger belastet worden als im Jahre 1912. Der schlechtere Finanzstand zwang zu größerer Zurückhaltung in den Bewilligungen. Der Hinweis darauf hat auch bewirkt, daß die Bezirke sich nach Möglichkeit aus eigener Kraft geholfen haben.

Mit dem Aufschwung der Parteiorganisationen ist zu hoffen, daß auch die Einnahmen die frühere Höhe bald wieder erreichen und damit die Parteikasse allmählich wieder die alte Leistungsfähigkeit erlangt, die für die Durchführung der politischen Kämpfe heute nicht weniger notwendig ist als früher.

Außer den Darlehen wurden folgende Beträge der Parteipresse als Zuschüsse gegeben.

Ort und Name der Zeitung	1917/18		1918/19	
	Mk.	ℳf.	Mk.	ℳf.
Arnstadt, „Volkszeitung“	720	—	480	—
Berlin, „Blindenorgan“	100	—	—	—
Coburg, „Volksblatt“	600	—	100	—
Danzig, „Volkswacht“	300	—	560	—
Erlangen, „Volkszeitung“	—	—	1 000	—
Gießen, „Volkszeitung“	—	—	2 800	—
Hildesheim, „Volksstimme“	2 500	—	2 400	—
Landesberg, „Volksblatt“	2 400	—	—	—
Neutlingen, „Freie Presse“	—	—	1 000	—
Ulm, „Donauwacht“	1 000	—	1 000	—
Summa	7 620	—	9 140	—
Die Revisionskosten betragen.	17 282	60	13 772	45

Abschluß der Hauptkasse für die Zeit vom 1. April 1917 bis 31. März 1918

mit Zahlen des Vorjahres zum Vergleich.

Einnahme. 1916/17 1917/18 1916/17 1917/18

	1916/17	1917/18	Ausgabe.	1916/17	1917/18
Beiträge: a) der Organistat.	161 778	194 666	Allgemeine Agitation	279 907	848 459
b) sonstige und Sammlungen	12 158	61 977	Parteiämter	68	42
Korwärt's-Lieberich's Buchhandlung, Bornbärs	24 288	56	„Partei-Korrespondenz“	10 026	81 278
„Wahre Jacob“, „Neue Zeit“ und Gleichheit u. z. v. 3.	—	—	Soz. dem. Bureau für Rhein-land-Weiffalen	62 286	87 920
Nord. Wasserfonte u. z. v. 3.	325 260	184 691	Archiv	18 626	68
Darlehnstonto	45 550	64 680	Widmungsausgaben	8 980	27
Zinsen	—	25 620	Presseausgaben (Revision der Partei-Preffe)	20 606	80
Stellbureau	14 461	22 288	Verlag u. Gefängnisstoffen	28 911	85
Diverse	—	28	Unterhaltungen	8 654	80
			Darlehnstonto	421	20
			Geldhändler und Verwaltung.	2 648	58
			Diverse	427 262	98
				97 970	86
				8 997	58
				976 295	99
Gesamteinnahme	588 458	498 810	Gesamtausgabe	—	765 765
Dem Vermögen entnommen	375 066	904 852	Dem Vermögen angeführt	—	—
Bestand am Jahresbeginn	84 748	16 971	Bestand am Jahresschluß	16 971	26
Summa	998 267	25	Summa	998 267	25
				815 188	86

Berlin, den 18. Juli 1918.

Revidiert und richtig befunden

Die Kontrollkommission.

H. Step. Dr. Reihne, 2. Ordnung, H. Gengenbach, P. Söbe, 3. Zimm.

Bericht des Parteivorstandes.

Abschluß der Hauptkasse für die Zeit vom 1. April 1918 bis 31. März 1919

mit Zahlen des Vorjahres zum Vergleich.

Einnahme. 1917/18 1918/19 1917/18 1918/19

	1917/18	1918/19	Ausgabe.	1917/18	1918/19
Beiträge: a) der Organistat.	194 666	298 546	Allgemeine Agitation	848 459	932 057
b) sonstige und Sammlungen	61 977	808 648	Parteiämter	11	—
Korwärt's-Lieberich's Buchhandlung, Bornbärs	—	87 709	„Partei-Korrespondenz“	81 278	41
„Wahre Jacob“, „Neue Zeit“ und Gleichheit u. z. v. 3.	—	—	Soz. dem. Bureau für Rhein-land-Weiffalen	37 920	82
Nord. Wasserfonte u. z. v. 3.	184 691	289 885	Archiv	12 276	83
Darlehnstonto	64 680	72 415	Widmungsausgaben	6 568	76
Zinsen	25 620	15 027	Presseausgaben (Revision der Partei-Preffe)	5 719	82
Stellbureau	22 288	28 380	Verlag u. Gefängnisstoffen	24 852	45
Diverse	—	91	Unterhaltungen	12 690	72
			Darlehnstonto	772	25
			Geldhändler und Verwaltung.	1 200	26
			Diverse	217 061	61
				77 490	98
				9 509	28
				785 765	99
Gesamteinnahme	488 810	1 000 611	Gesamtausgabe	—	1 044 057
Dem Vermögen entnommen	804 362	1 858 808	Dem Vermögen angeführt	—	—
Bestand am Jahresbeginn	16 971	29 378	Bestand am Jahresschluß	29 378	86
Summa	815 188	1 215 798	Summa	815 188	86
				1 215 798	41

Berlin, den 20. Mai 1919.

Revidiert und richtig befunden

Die Kontrollkommission.

H. Step. Dr. Reihne, 2. Ordnung, H. Gengenbach, P. Söbe, 3. Zimmer.

Raffensbericht.

Mitgliederzahlen der Parteioorganisationen

Agitationsbezirke	am 31. März 1914		am 31. März 1917		am 31. März 1918		am 31. März 1919	
	überhaupt	dabon weibl.	überhaupt	dabon weibl.	überhaupt	dabon weibl.	überhaupt	dabon weibl.
Ostpreußen	10 488	2120	558	58	1 808	699	52 581	18119
Westpreußen	4 407	909	918	810	1 698	568	—	—
Groß-Berlin	121 689	22580	6 475	1788	7 880	1926	50 989	9198
Brandenburg	84 788	6198	8 265	2247	14 815	2478	44 998	8784
Pommern	12 819	2880	3 290	804	1 256	368	28 685	7174
Posen	1 080	182	51	18	698	72	—	—
Breslau	20 072	3720	4 806	2308	8 670	5074	81 861	10801
Wrocław	8 986	1588	1 804	558	8 464	2079	11 215	3780
Oberlangenbielau	18 222	3108	2 446	1074	3 223	1845	16 430	5172
Kattowitz	2 724	857	841	76	1 427	305	—	—
Magdeburg-Anhalt	37 854	8497	12 592	5278	18 058	5675	70 991	21678
Salze	26 089	4454	4 888	1612	4 09	105	5 151	552
Erfurt	9 826	1857	480	92	180	50	2 598	169
Schleswig-Holstein	55 087	11044	17 128	7066	24 212	8142	81 899	21058
Hannover	38 140	6166	18 909	4511	9 184	1410	51 932	10890
Westfalen	14 821	1736	4 292	1265	7 587	1630	22 860	4349
Westfalen	25 079	5761	11 050	9247	12 902	2904	52 589	14749
Hessen-Nassau	92 955	4588	8 088	1088	5 087	1429	27 820	8569
Hessen-Nassau	6 798	828	1 106	55	1 479	294	15 080	1220
Rheinheim	17 890	1902	8 645	247	6 014	1280	28 066	2170
Rheinheim	48 190	8819	5 524	2152	8 047	2485	87 098	6280
Nordbayern	49 068	4927	9 791	904	8 524	1574	28 227	4982
Südbayern	29 741	8292	15 284	2894	19 614	3492	57 496	—
Walg	12 805	903	2 138	199	8 282	266	7 700	878
Dresden	64 571	8462	15 805	4888	12 087	8191	38 188	6274
Chemnitz	44 577	6808	10 420	2798	7 098	2346	30 017	6884
Leipzig	50 882	9418	428	98	572	15	1 892	180
Bwida	18 215	3676	8 788	1697	8 890	1845	10 857	4131
Württemberg	89 914	3856	6 667	668	6 155	705	81 698	3984
Baden	25 456	2701	6 481	1705	6 389	1897	—	—
Hessen	28 896	2099	4 295	717	8 762	604	25 658	1819
Mecklenburg-Vorpommern	19 086	2587	5 888	1768	10 914	2136	30 581	6768
Groß-Phüringen	86 947	5566	4 780	1898	4 296	1839	15 787	3965
Odenburg	9 080	1682	4 266	1476	2 511	719	5 155	768
Braunschweig	18 998	2278	885	97	381	111	2 707	484
Hamburg	67 862	11684	41 687	8079	24 111	8851	69 069	18156
Nordwest	36 490	6940	5 432	1983	4 608	1281	26 177	5046
Walt-Phüringen	7 538	588	—	—	29	5	—	—
Summa	1 085 905	174754	248 061	66808	249 411	70695	1012299	206854

Die Bezirke Westpreußen, Posen, Kattowitz und Baden haben Berichte nicht eingeleitet. Aus den anderen Bezirken fehlen die Angaben aus folgenden Wahlkreisen: Pommern (Grimmen-Greifswald); Breslau (Guhrau-Steinau, Müllitz-Trebnitz, Gallenberg-Grottau, Wartenberg-Dele, Ohlau-Rimptsch); Halle (Witterfeld-Deitzsch); Erfurt (Heiligenstadt); Hannover (Welle-Diepholz, Riensburg, Neustadt, Alzeburg); Hessen-Nassau (St. Goarshausen); Oberheim (Schleiden, Heinsberg, Ahren, Bergheim, Siegfried, Coblenz, Kreuznach, Ahrnau, Primm, Wittlich, Trier); Nordbayern (Wamberg, Keustadt, Schweinfurt, Uffenheim); Leipzig (Vorna); Württemberg (Grailsheim, Hohenzollern); Hessen (Dieffen, Dingen); Groß-Phüringen (Weimar I, II, Weiningen I, II, Coburg, Neuh. a. L., Neuh. j. L., Schwarzburg-Sondershausen); Odenburg (Warel).

Bericht der sozialdemokratischen Fraktion der verfassunggebenden National- versammlung des Deutschen Reiches.

Februar — Mai 1919.

Einleitung.

Die Arbeiten der verfassunggebenden Nationalversammlung waren außerordentlich behindert durch die Unsicherheit der politischen Verhältnisse. Bald durch Stellungnahme zu neuen Waffenstillstandsverhandlungen unterbrochen, bald von den Vorbereitungen für die beginnenden Friedensverhandlungen in Anspruch genommen und durch ihren unsicheren Ausgang in allen Dispositionen gestört, hat sie besonders in der zweiten Hälfte ihrer Existenz den Fortgang der normalen Beratungen unterbrechen müssen, war aber auch vorher aus allen diesen Gründen in ihren Entschlüssen nicht vollkommen frei. Besonders die wirtschaftlichen Fragen konnten fast nie restlos erledigt werden, solange der Wortlaut des endgültigen Friedensvertrags nicht feststeht, der tief in alle diese Materien eingreift. Statt dessen mußte eine Fülle kleiner Gehege fertiggestellt werden, die nur in den Waffenstillstandsbedingungen begründet und für die Übergangszeit vom Kriege zum Frieden bestimmt waren, während die großen Aufgaben des Parlaments, das neue Verfassungswerk und die Feststellung des Reichshaushalts einen ungewöhnlichen Aufschub erfordern und zur Zeit der Erstattung dieses Berichts noch nicht erledigt sind. Der Reichshaushalt für das Jahr 1918 ist kaum in Angriff genommen, die neue Reichsverfassung bis zur Erledigung der ersten Lesung in der Kommission gediehen. Vom Ausfall der Friedensverhandlungen wird es abhängen, ob und wann an eine erziehlige Fortsetzung dieser Beratungen herangegangen werden kann.

Die Regierungsbildung.

Als die sozialdemokratische Fraktion der deutschen Nationalversammlung am 4. Februar 1919 zum ersten Male in Weimar zusammentrat, war die Entscheidung über ihre Taktik eigentlich schon gefallen. Die Wahlen vom 19. Januar hatten der Sozialdemokratie keine absolute Mehrheit gebracht, und wenn sie den Boden der demokratischen Grundgesetze nicht verlassen wollte, mußte sie ihr Augenmerk darauf richten, eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden, die nur mit anderen Parteien gemeinsam eingesetzt werden konnte. Der erste Versuch dazu wurde bei der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gemacht, indem am 6. Februar folgender Antrag von der Fraktion angenommen wurde:

„Bei der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten ist anzufragen, ob sie bereit ist, in die Reichsregierung einzutreten auf der Grundlage des Beschlusses zur parlamentarischen Demokratie, d. h.

zu einer Staatsform, die in jeder Beziehung durch den Willen der Mehrheit des Volkes bestimmt wird, mithin unter Ausschaltung jeder Partikularität."

Dieser Versuch, die Unabhängigen zur verantwortlichen Mitarbeit heranzuziehen, mißlang, denn am 6. Februar lief die folgende Abfrage von ihrer Seite ein:

Auf Ihr Schreiben erwidern wir folgendes: Für die Fraktion der U. S. P. D. kommt der Eintritt in die Regierung solange nicht in Frage, bis die gegenwärtige Gewalt Herrschaft beseitigt ist und bis die sämtlichen Mitglieder der Regierung nicht nur das Bekenntnis ablegen, sondern auch den entschlossenen Willen betätigen, die demokratischen und sozialistischen Erzeugnisse der Revolution gegen die Bourgeoisie und gegen die Militär-autokratie sicherzustellen.

Die Fraktion der U. S. P. D. Daß die Gewaltanwendung der Regierung nur die Abwehr war gegen die Gewalt, die zuerst von spartakistischer Seite ausging und gegen die sich die Unabhängigen nicht immer mit Entschiedenheit gewandt hatten, wurde natürlich nicht berücksichtigt.

Mit dem Versuch der Regierungsbildung von links her abgewiesen, mußte der Versuch nach rechts hin unternommen werden, denn es galt, dem Ausland gegenüber, dessen Friedensbedingungen die deutsche Republik erteilte, ein Kabinett zu präsentieren, das sich auf die Mehrheit des deutschen Volkes stütze und im Innern eine arbeitsfähige Regierung zu bilden, die von dem Vertrauen einer Mehrheit der Nationalversammlung getragen war.

Als Voraussetzung des Zusammenschlusses mit anderen Fraktionen stellte die Fraktion folgende Bedingungen auf:

1. rückhaltlose Anerkennung der republikanischen Staatsform;
2. eine Finanzpolitik mit scharfer Heranziehung von Vermögen und Besitz;
3. eine tiefgehende Sozialpolitik mit Sozialisierung der hierzu geeigneten Betriebe.

Die demokratische Partei, die zuerst angefragt wurde, erklärte sich in mündlichen Verhandlungen zum Beitritt in eine Regierungskoalition unter diesen Bedingungen bereit, wünschte jedoch, daß derselben durch Hinzuziehung des Zentrums eine breitere Basis gegeben werde, um besonders auch nach außen darzutun, daß hinter dieser Regierung die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes steht. Das Zentrum selbst stellte sich auf den gleichen Standpunkt und so kam die Regierungskoalition zustande, die sich schließlich auf ein gemeinsam ausgearbeitetes, spezialisiertes Aktionsprogramm stützte und deren Spitze ein paritätisch zusammengesetztes Reichsministerium — sieben Sozialdemokraten, sieben Angehörige der beiden bürgerlichen Parteien — abgab. Längere Verhandlungen knüpften sich noch an die Besetzung der drei hervorragenden Ämter im Reich, des Reichspräsidenten, des Ministerpräsidenten und des Präsidenten der Nationalversammlung. Die bürgerlichen Fraktionen glaubten es ihren Wählern schuldig zu sein, daß an irgendeiner Stelle ihre Beteiligung an der Koalition sichtbar zum Ausdruck käme, und die sozialdemokratische Fraktion stellte sich nach langen Verhandlungen ebenfalls auf den Standpunkt, daß es gut sei, wenn draußen erkennbar wäre, Deutschland hat keine rein sozialistische, sondern eine sozialdemokratisch-bürgerliche Koalitionsregierung. Diese Tatsache muß auch stets im Auge behalten werden, wenn an die Kritik der Arbeiten der Nationalversammlung herangegangen wird. Nichts kann erreicht, durchgeführt und beschlossen werden, wozu nicht am Ende auch die bürgerlichen Mehrheitsparteien ihre Zustimmung geben.

In Ausführung der getroffenen Vereinbarungen wurde am 11. Februar Genosse Friß Ebert mit 277 von insgesamt 328 abgegebenen gültigen

Stimmen bei 51 Enthaltungen zum Reichspräsidenten gewählt; Genosse Scheidemann trat am folgenden Tage an die Spitze des Kabinetts, und an Stelle des zuerst gewählten Genossen David, der mit in die Regierung eintrat, wurde der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt, während die Demokraten das Vizepräsidium im Kabinett besetzten und die Sozialdemokratie durch den Vizepräsidenten der Nationalversammlung, Genossen Heinrich Schulz, im Vorstand des Parlaments zur Geltung kam.

Die Eröffnung des verfassungsgebenden Parlaments und die Wahlen gingen unter programmatifchen Reden unserer Genossen Ebert, Pfannkuch, David und Scheidemann vor sich, die eine weite Verbreitung im Lande gefunden haben. Dabei wurde das Arbeitsprogramm der Mehrheitsparteien und ihrer Regierung durch Genossen Scheidemann verkündet.

Auf Grund dieses Programms wurde das Kabinett wie folgt zusammengesetzt:

Sieben Sozialdemokraten:

Scheidemann, Ministerpräsident,
Landau, Reichsjustizminister,
Bauer, Reichsarbeitsminister,
David, Minister ohne Portefeuille mit besonderer Mission für
Friedensverhandlungen,
Koske, Reichswehrminister,
Kob. Schmidt, Reichsernährungsminister,
Wiffell, Reichsarbeitsminister;

drei Zentrum:

Well, Kolonialminister,
Ergerger, Minister ohne Portefeuille, und
Giesberts, Reichspostminister;

drei Demokraten:

Schiffer, Reichsfinanzminister und Vizepräsident des Kabinetts,
Gotthein, Minister ohne Portefeuille, später Reichsfinanzminister, und
Breuch, Minister des Innern.

Dazu als bürgerlicher Minister ohne bestimmte Parteistellung: Graf
Droedoff-Rankau, Reichsminister des Auswärtigen.

Das Arbeitsprogramm.

Bald nach ihrem Zusammentritt befaßte sich die Fraktion in mehreren Sitzungen mit der Aufstellung eines Arbeitsprogramms, das zugleich als Richtlinie für die von ihr in das Kabinett delegierten Mitglieder gelten sollte. Die Genossen Keil, Auer, Koch, Otto Braun und Kräßig wurden mit der Ausarbeitung beauftragt und ihr Entwurf als Grundlage für die Verhandlungen mit den übrigen Koalitionsparteien benützt. Nach mehrfachen Sitzungen der Fraktionen, der Parteiführer und dem Mehrheitsklub und gemeinschaftlichen Sitzungen mit dem Ministerium wurde folgendes Arbeitsprogramm vereinbart, das der Präsident des Reichsministeriums, Genosse Scheidemann, zu Beginn der großen politischen Debatten am 14. Februar als Arbeitsprogramm der Regierung verkündete:

Die Verfassungsgebende Deutsche Nationalversammlung ist der alleinige Träger der Reichsgewalt.

Festigung der Einheit des Reichs durch eine starke Zentralgewalt. Einheitliche Führung der Außenpolitik, einschließlich der auswärtigen Wirtschaftspolitik.

I. Außenpolitik.

1. Herbeiführung sofortigen Friedensschlusses, Festhalten an den Grundfäden des Präzedenzen der Vereinigten Staaten unter Ablehnung jeden Gewaltfriedens.
2. Wiederherstellung eines deutschen Kolonialgebiets.
3. Sofortige Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen.
4. Gleichberechtigte Beteiligung am Völkerbund. Gleichzeitige und gegenseitige Abrüstung. Obligatorische Schiedsgerichte zur Vermeidung der Kriege. Abschaffung der Geheimdiplomatie.

II. Innenpolitik.

1. Demokratische Verwaltung. Beseitigung aller Bevorzugungen bei der Besetzung von Beamtenstellen. Heranziehung der Frauen zum öffentlichen Dienst entsprechend den auf allen Gebieten vermehrten Frauenaufgaben.
2. Hebung der allgemeinen Volksbildung durch höchste Entwicklung des Schulwesens von unten auf. Jedem Kind ist ohne Rücksicht auf Vermögensverhältnisse der Zugang zu den höchsten Ausbildungsstufen gemäß seiner Begabung zu ermöglichen. Erziehung der Jugend.
3. Schaffung eines auf demokratischen Grundlagen aufgebauten Volksheeres zum Schutz des Vaterlandes unter wesentlicher Herabsetzung der Dienstzeit. Jeder Truppenteil wählt einen Vertrauensauschuss zur Mitwirkung bei Verpflegung (Kantine), Urlaub und Unterbringung sowie bei Beschwerden. Entlassung der in den Kasernen befindlichen Soldaten, auch des Jahrgangs 1899. Auflösung der militärischen Behörden, die nur für den Krieg geschaffen waren, und der heute als überflüssig zu erachtenden Friedensbehörden. Fürsorge für die bisherigen aktiven Offiziere und Unteroffiziere.

Für die Uebergangszeit Bekäftigung der bisher von den Soldaten gemachten Führer, soweit sie sich bewährt haben.

4. Ausreichende Fürsorge für die Kriegshinterbittenen und Kriegsbeschäftigten.
5. Einheitliche Grundlagen für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens, Förderung und Ausgestaltung des Verkehrswesens unter voller Wahrung des Reichsinteresses. Das Reich hat in engerer Fühlung mit den beteiligten Kreisen regelnd und ausgleichend einzugreifen, damit das deutsche Wirtschaftsleben sich zum Wohle des ganzen Volkes erwidelt. Förderung der durch die Kriegsfolgen schwer geschädigten mittleren und kleineren Gewerbetreibenden.
6. Nationalisierung und Höchstpreise werden für notwendige Lebensmittel, und zwar für diejenigen, an denen wir Mangel leiden, vorerst aufrechterhalten. Die Freigabe der Verteilung der Lebensmittel und die Entfaltung des freien Handels erfolgt, sobald die Versorgung des Marktes so sichergestellt ist, daß Angebot und Nachfrage ihren Ausgleich finden können. Die Einfuhr wird nur insoweit beschränkt, als dies mit Rücksicht auf unsere Finanzverhältnisse notwendig ist. Solange die Einfuhr der rationierten Lebensmittel von Reichsstellen geleitet wird, sind die Vertreter des Handels und der Verbraucher hinzuzuziehen.
7. Wirtschaftszweige, die nach ihrer Art und ihrem Entwicklungsstand einen privatrechtlichen Charakter angenommen haben, sind der öffentlichen Kontrolle zu unterstellen. Soweit sie sich zur einheitlichen Kontrolle durch die Gesamtheit eignen, insbesondere Bergwerke und Erzeugung von Energie, und dadurch zur einheitlichen Regelung durch die Gesamtheit (Kogal-

fierungsereif geworden sind, sind sie in öffentliche oder nichtwirtschaftliche Bewirtschaftung oder auf Reich, Staat oder Gemeindeverbände oder Gemeinden zu übernehmen.

8. Die Koalitionsfreiheit ist für jedermann in der Verfassung festzulegen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind zwischen den Organisationen der Unternehmer, Arbeiter und Angestellten zu vereinbaren. Ihre Durchführung ist durch Vertretungen der beteiligten Arbeiter und Angestellten zu überwachen. Das gesamte Arbeitsrecht ist den neuen Verhältnissen anzupassen.

9. Auf sozialpolitischem Gebiet sind in Angriff zu nehmen die planmäßige Verbesserung der Volksgesundheit, des Mutterschutzes, der Säuglings- und Jugendfürsorge. Der Arbeitsnachweis ist auf öffentlich-rechtlicher und paritätischer Grundlage zu regeln und für die Arbeitslosen, soweit ihnen Arbeit nicht beschafft werden kann, zu sorgen.

10. Den Beamten sind die staatsbürgerlichen und beruflichen Rechte einschließlich des Koalitionsrechtes zu sichern. Eine zeitgemäße Neuregelung der Besoldungs- und Pensionsverhältnisse ist durchzuführen. Schaffung eines freibeitlichen Beamten- und Disziplinarrechtes.

11. Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung in Kleinbäuerlichen, bäuerlichen und allen sonstigen volkswirtschaftlich wertvollen Betriebsformen, insbesondere durch Pflege des Genossenschaftswesens. Schaffung von Neuland für Siedlungszwecke durch Bodenverbesserung und Heranziehung des Großgrundbesitzes nach vorwiegend wirtschaftlichen Grundätzen, erforderlichenfalls durch Anwendung des Vorkaufrechtes oder durch Enteignung.

12. Verschärfte Erfassung der Kriegsgewinne und wiederholte Erhebung einer Mehreinkommensteuer. Heranziehung der Vermögen unter Freilassung der Kleinsten, zur Verminderung der Schuldenlast des Reiches.

Die Einkommenbesteuerung ist zunächst auf einheitliche Grundlage zu stellen und nach sozialen und bevölkerungspolitischen Grundätzen auszugestalten.

Die Erbschaftsbesteuerung ist in der Richtung der schärfsten Erfassung des Großbesitzes unter Berücksichtigung des Vermögens des Erben auszubauen.

Sicherstellung der persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte des Einzelnen, Gewissensfreiheit und Freiheit der Religionsübung, Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Freiheit der Presse, Wissenschaft und Kunst, der Versammlung und Vereinigungen.

Nachdem die Genossen Keil und Marxfeld und die Genossin Juchacz im Namen der Fraktion dargelegt hatten, daß unsere Forderungen und Wünsche in den verschiedensten Punkten über die im Koalitionsprogramm aufgestellten Maße hinausgehen, wurde die Debatte mit einem Vertrauensvotum für die neugebildete Regierung und der Zustimmung zum Arbeitsplan geschlossen.

In der großen Eröffnungsdebatte, die auch einen Rückblick über das letzte Halbjahr des Krieges und die ersten 3 Monate der Revolution gab, hielt Genosse Keil scharfe Abrechnung mit den Schulbligen am Abend Deutschlands und legte die Stellung der Fraktion zur Rückfrage, zur Steuerfrage und zur Sozialisierung dar. Genosse Marxfeld wies die Angriffe von rechts und links, die besonders durch Frau Diez und Professor Kahl erhoben waren, zurück, aber auch die aus dem Munde des Zentrumsgehörten Erörterer. Mit Genossin Juchacz kam die erste Frau in einem deutschen Parlament zum Wort, welche besonders die sozialen Tagesfragen vom Standpunkte der proletarischen Frau besprach.

Die Notverfassung.

Die erste weitere Aufgabe der Nationalversammlung war die Schaffung eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt, da die alten Gewalten durch die Revolution beseitigt waren, die Volksbeauftragten nur ein vorübergehendes Mandat ausübten und es in die Hände der gewählten Volksvertretung zurücklegten. Bevor diese zur Modifikation des neuen großen Verfassungsrechtes schreiten konnte, dessen Ausarbeitung sich längere Zeit hinziehen mußte, war die vorläufige Verfassung notwendig, welche durch Vereinbarung der drei Mehrheitsparteien in einem kurzen, nur neun Paragraphen umfassenden Gesetz angenommen wurde. In demselben wird die deutsche Nationalversammlung als Trägerin der Souveränität in Deutschland eingesetzt, der als Vertretung der einzelnen Freistaaten der Staatsapparat beigeordnet ist. Ohne Zustimmung des betroffenen Freistaats kann eine Gebietsveränderung unter diesen nicht herbeigeführt werden. Die Notverfassung setzt den Reichspräsidenten ein, dessen Amtsführung so lange währt, bis ein neuer Präsident auf Grund der endgültigen Reichsverfassung gewählt ist. Er ernennt die Reichsminister, die zu ihrer Amtsführung das Vertrauen der Nationalversammlung haben müssen.

Die sozialdemokratische Fraktion stimmte dem Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt in einer vom Genossen Löbe abgegebenen Erklärung zu, in der sie sich ihre Stellung zum Staatsapparat und zur Gebietsveränderung der Freistaaten für die endgültige Reichsverfassung endgültig vorbehielt.

Kriegsgefangene und Hungerblockade.

Bereits am ersten Tage des Zusammentritts der Nationalversammlung hat die sozialdemokratische Fraktion sich der noch in Feindes Händen befindlichen Kriegsgefangenen erinnert und dem Plenum einen Antrag eingereicht, dem alle Fraktionen ihre Zustimmung gaben. Der Antrag lautete:

Die deutsche Nationalversammlung erhebt Einspruch gegen die Zurückhaltung von Kriegs- und Zivilgefangenen. Die Gefangenen der Alliierten sind ihrer Heimat zurückgegeben. Es ist eine Forderung der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, daß auch die Leidenszeit der deutschen Kriegsgefangenen schnellmöglichst beendet wird.

Die Nationalversammlung ruft die Neutralen und das Gewissen der ganzen Welt auf, sich mit ihr zu vereinigen in der Forderung, den Gefangenen die Heimat, den Familien den Gatten und Vater zurückzugeben, die, jahrelang von den Angehörigen getrennt, mit Ungeduld die Erlösung aus der Gefangenschaft erwarten.

Die deutsche Nationalversammlung sendet den Grüßen jenseits der Grenzen den Gruß der Heimat zu.

Die Beratung und Beschlußfassung über diesen Antrag wurde verbunden mit einer von den Frauen sämtlicher Fraktionen bereiteten Kundgebung, die sich in ihrem ersten Teile gegen die Fortführung der Hungerblockade richtet, der immer neue Opfer von Kranken, Greisen, Kindern und Frauen zum Opfer fielen, und die in ihrem zweiten Teile den Ruf der Gattinnen und Mütter nach Freigabe ihrer gefangenen Familienangehörigen erhebt, auch an die Frauen der ganzen Welt um Unterstützung dieses Hilferufes appelliert. Dieser Antrag wurde am 1. März von der Nationalversammlung einstimmig angenommen.

Vorläufige Reichswehr und Reichsmarine.

Im Übergangsstadium zwischen Kriegszustand, Demobilisierung, planloser Auflösung und der durch den Friedensvertrag endgültig zu bestimmenden zukünftigen Stärke und Verfassung befand sich beim Zusammentritt der Nationalversammlung das deutsche Reichsheer. Dabei machten grobe Gewalttätigkeiten innerhalb der Reichsgangenen, Ueberfälle der Polen auf bisher deutsches Gebiet, Drohungen bolschewistischer Geere im Osten und handwerkliche Minderungen in vielen großen Städten die Schaffung einer neuen militärischen Schutzwehr, wozu auch in mächtigen Grenzen, schon am 12. Dezember war eine Verordnung zur Bildung einer freiwilligen Volkswehr erschienen, der weitere über die Grenzschutz folgten. Um den wilden Werbungen und der bereits vorgeschrittenen Desorganisation auf diesem Gebiete Einhalt zu geben, wurde die Bildung einer vorläufigen Reichswehr beschlossen, in welcher sich die Freiwilligenkorps und die noch bestehenden Volkswehren vereinigen sollten. Die Reichswehr soll auf demokratischer Grundlage gebildet sein und bewährten Unteroffizieren und Mannschaften die Offizierslaufbahn eröffnen, sie ist bestimmt, die Grenzen des Landes zu schützen, den Anordnungen der Reichsregierung Geltung zu verschaffen und die Ruhe und Ordnung im Innern aufrechtzuerhalten. Ihre Existenz ist, wie von unserem Fraktionsredner Genossen Schöpflin hervorgehoben wurde, eine vorübergehende, das Gesetz über die vorläufige Reichswehr tritt spätestens am 31. März 1921 außer Kraft. Wahrscheinlich ist aber heute, daß es schon durch den Friedensvertrag außer Geltung gesetzt wird und damit auch die vielen Beschwerden, teils berechtigt, teils unberechtigt, welche gegen die augenblickliche Wehrmacht des Reiches erhoben werden, verstummen. Die Fraktion stimmte dem Gesetz zu, obwohl einer ihrer Wünsche, die Auswahl der Offiziere bis zum Major aufwärts durch paritätische Kommissionen von Offizieren und Zivilisten zu bewirken, nicht erfüllt wurde.

In engster Anlehnung an die vorläufige Reichswehr wurde am 28. März das Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichsmarine angenommen. Diese Marine sollte hauptsächlich dem Schutz der Lebensmitteltransporte, der Fischerei und der Minensucherei dienen, die Seepolizei ausüben, die Küsten sichern und den Anordnungen der Reichsregierung gemeinsam mit der Reichswehr Geltung verschaffen. Genosse Siebel erklärte namens der Fraktion die Zustimmung zu dieser vorläufigen Regelung.

Die Verordnungen der Volksbeauftragten und der Reichsregierung.

In einem Übergangsgesetz vom 4. März 1919 wurden die von den Volksbeauftragten oder der Reichsregierung bis zum 10. Februar erlassenen Verordnungen bestätigt, der Nationalversammlung aber das Prüfungsrecht innerhalb drei Monaten zugestanden. Durch die Unterbrechung der Arbeiten der Nationalversammlung haben bei weitem nicht alle diese Verordnungen einer Prüfung unterzogen werden können, obgleich drei Ausschüsse damit betraut waren. Immerhin seien aus ihrer großen Zahl hier einige aufgeführt, die den oft gehörten oberflächlichen Vorwurf, seit der Revolution sei nichts geschehen, zu entkräften geeignet sind:

Verordnung über die Wiedereinführung der gesetzlichen Arbeiter-schutzbestimmungen, welche durch das Notgesetz vom 4. August 1914 außer Kraft gesetzt waren, vom 12. November 1918.

Verordnung über die Einführung des Achtkundentages und die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 28. November 1918 und vom 27. Dezember 1918.

Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten (Achtkundentag für Angestellte) während der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 18. März 1919.

Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien vom 23. November 1918 und über die Entlohnung und die Errichtung von Fachauschüssen in demselben Gewerbe vom 2. Dezember 1918.

Verordnung über die Ausdehnung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vom 5. Februar 1919.

Verordnungen über die Einführung der gesetzlichen Erwerbslosenunterstützung, über Regelung der Arbeitsnachweise und Frauenarbeit vom 18. November, vom 8. und 21. Dezember 1918 sowie vom 15. Januar und vom 14. März 1919.

Verordnungen über Einsetzung von Arbeitsnachweisen und über die Pflicht der Arbeitgeber zur Anmeldung des Bedarfs an Arbeitskräften vom 9. Dezember 1918 und vom 17. Februar 1919.

Verordnung zur Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft vom 16. März 1919.

Verordnungen über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 9. Januar und 1. Februar 1919, nach welcher auf 100 gewerbliche Arbeiter ein Schwerbeschädigter, in der Landwirtschaft auf 50 Arbeiter ein Schwerkrriegsbeschädigter angestellt werden muß.

Verordnung über die soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge vom 8. Februar 1919, welche den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen die Mitwirkung in der Fürsorge einräumt. (Dasselbe geschieht in Militärversorgungsfragen durch die Verordnung vom 1. Februar 1919.)

Verordnungen über Ausdehnung der Versicherungspflicht und Versicherungsberechtigung in der Krankenversicherung vom 23. November 1918, die den Kreis der Versicherungspflichtigen und die versicherungspflichtige Höchstgrenze ausdehnt, sowie weitere Verordnungen zur Sicherung der ärztlichen Versorgung, zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenanstalten, über die Wahl der Vorstandsvorsitzenden und über die Kassenangestellten (vom 5. Februar 1919).

Verordnung über die Wochenhilfe, welche u. a. eine Erhöhung des Stillgebeldes verfügt (vom 21. Dezember 1918).

Verordnung über die Weitergewährung von Zulagen zu Versicherungsrenten aus der Unfallversicherung vom 2. Dezember 1918.

Verordnung über die Gewährung von Zulagen an Empfänger einer Altersrente aus der Invalidenversicherung vom 14. Dezember 1918.

Verordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot, welche Bezirkswohnungskommissionen vorsieht und die Enteignung von Bauland zulässig macht (vom 15. Januar 1919).

Verordnung über das Erbsbaurecht vom 15. Januar 1919.

Verordnung zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siebelungsland vom 24. Januar 1919.

Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenauschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 28. Dezember 1918, welche die Geseßkraft der Tarifvereinbarungen vorsieht.

Verordnung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 4. Januar 1919, welche den vom Heere Entlassenen ein Recht auf Wiedereinstellung, den Beschäftigten einen Schutz vor willkürlicher Entlassung und vor Lohnrückerei gewährt (nebst Nachträgen).

Verordnung betreffend eine vorläufige Landarbeitsordnung vom 24. Januar 1919, welche Regelung der Arbeitszeit auf dem Lande, Kürzung der Dienstverträge, Regelung der Lohnzahlung und der Naturalkengewährung usw. enthält.

Verordnungen betreffend Einsetzung von Reichsbevollmächtigten für den Bergbau und Errichtung von Arbeitskammern für denselben vom 18. Januar 1919.

Verordnung über die Errichtung von Fachauschüssen für Hausarbeit vom 18. Januar 1919.

Diese kleine Auslese aus insgesamt 124 Verordnungen, die der Nationalversammlung zur Kenntnisnahme und Prüfung vorgelegt wurden und bei denen sich doch auch die Gesetze über das freie Wahlrecht der Welt, die Abschaffung der Gesindeordnung und vieles andere befindet, zeigt, wie unberechtigt die Behauptung ist, seit der Revolution sei für die Arbeiter und das Volk nichts geschehen. Es ist im Gegenteil anzunehmen, daß viele rechtliche und wirtschaftliche Verbesserungen nicht in Wirklichkeit treten, weil die Arbeiterschaft im Lande sie nicht kennt und sich deshalb ihre Vorteile nicht zunutze macht. Eine Sammlung dieser Verordnungen mit kurzer vollständiger Erläuterung derjenigen, die dauernden Wert behalten, ist deshalb zu wünschen. Wenn die Masse der Parteigenossenchaft daraus ersieht, welche Fälle von gesetzgeberischer Arbeit gerade auf sozialpolitischem Gebiet, aber auch auf politischem und wirtschaftlichem erfolgt ist, dann würden viele der Vorwürfe stiller verstummen.

Ein harter Kampf entspann sich in der Nationalversammlung um die Verordnung betreffend die Acker- und Gartenwirtschaft, welche Befähigen die mangelhaft anbauen, mit Zwangswirtschaft bis zu 6 Jahren droht. Es gelang leider trotz des Widerspruchs unserer Fraktion, vertreten durch die Genossen Otto Braun und Feldmann, einer bürgerlichen Mehrheit, die Verordnung in einigen Punkten abzuschwächen.

Die Verordnung über die Ansiedlung von Bauern ist leider wegen der Unterbrechungen der Beratungen der Nationalversammlung noch nicht zur Verhandlung im Plenum gekommen. Der Hauptauschuss hat beschlossen, ihre Wirksamkeit auch auf die Vergrößerung kleiner Ackerungen auszuweiten und die Rückkaufsmöglichkeit aufgekaufter Bauernstellen zu erweitern. Es ist deshalb dringend notwendig, dieses Gesetz bald zur Erledigung zu bringen.

Um die Krankenkassen-Verordnungen des Reichsarbeitsamts entspann sich ein harter Kampf, der von unserer Seite durch die Genossen Bauer und Liebel geführt wurde, aber bis jetzt noch zu keiner Entschiedenheit geführt hat.

Sozialdemokratische Partei

Deutschlands
Partei Vorstand

Sozialisierungs-gesetze.

Noch ehe das erste der Sozialisierungs-gesetze im Entwurf erschienen war, hat die Fraktion den Genossen Heinrich Cunow, ihr ein Referat über die Arbeiten der Sozialisierungs-kommission zu halten, welchem Wunsch er am 21. Februar entsprach. Im Anschluß an die lebhafteste Debatte brachte die Fraktion am 1. März folgenden vom Genossen Hue angeregten Antrag ein:

Die Nationalversammlung wolle beschließen:

1. Das Eigentum an allen zur Erhaltung der Volkswirtschaft notwendigen Bodenschätzen steht allein der Nation zu.

2. Die Reichsregierung wird aufgefordert, die Bergwerke und die Erzeugung von Energie mit möglichster Beschleunigung der öffentlichen Bewirtschaftung (Sozialisierung) zuzuführen und dabei die Arbeiter und Angestellten durch geeignete Vertretungen (Betriebsräte) an der Kontrolle und Verwaltung zu beteiligen.

Bereits am 4. März unterbreitete die Regierung der Nationalversammlung ihren Entwurf eines Sozialisierungs-gesetzes und gleichzeitig den Entwurf eines Gesetzes über die Regelung der Kohlenwirtschaft, von denen der erste ein allgemeines Rahmengesetz ist, das dem Reiche die gesetzliche Befugnis zur Sozialisierung bestimmter Betriebe gibt, während das zweite die Ausführung dieser Befugnis zunächst für die Kohlenwirtschaft bringt. Nach einer ausführlichen Begründung des Gesetzes durch den Reichswirtschaftsminister Wissell und einer ausgedehnten Debatte, an der sich von unserer Seite die Genossen Hue, Dr. Braun, Molkenbühr und Osterroth beteiligten, erfuhren die Gesetze in gründlichen Kommissionberatungen verschiedene Umgestaltungen ihres Textes, wobei nicht nur der Widerstand der Deutschnationalen gegen die Leitzgedanken der Gesetze, sondern auch eine dem Wert nicht sehr geneigte Stimmung der Deutschen Demokratischen Partei zu brechen war.

Die entscheidenden Paragraphen 1 und 2 des Sozialisierungs-gesetzes erhielten schließlich folgenden Wortlaut:

§ 1.

Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert.

Die Arbeitskraft als höchstes wirtschaftliches Gut steht unter dem besonderen Schutze des Reichs. Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt. Das Nähere wird durch besondere Reichsgesetze bestimmt.

§ 2.

Das Reich ist befugt, im Wege der Gesetzgebung gegen angemessene Entschädigung

1. für eine Vergesellschaftung geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere solche zur Gewinnung von Bodenschätzen und zur Ausnutzung von Naturkräften in Gemeinwirtschaft zu überführen;

2. im Falle dringenden Bedürfnisses die Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter gemeinwirtschaftlich zu regeln.

Die näheren Vorschriften über die Entschädigung werden den zu erlassenden besonderen Reichsgesetzen vorbehalten.

Der Versuch der Fraktion, die Worte „gegen angemessene Entschädigung“ im § 2 zu streichen, scheiterte an dem Widerspruch aller bürgerlichen Parteien.

Im Kohlenwirtschafts-gesetz wird die zukünftige Leitung der Kohlenwirtschaft in Deutschland einem Reichskohlenrat übertragen, in dem Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Kohlenverbraucher unter der Oberaufsicht des Staats vertreten sind. Die von diesem erlassenen Vorschriften unterliegen der Genehmigung der Nationalversammlung, welcher auch über Förderung, Absatz und Preisgestaltung der Kohlen sowie über Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein Bericht zu erstatten ist.

Vor dem Eintritt der Osterpause wurde unter Zustimmung der Fraktion das Gesetz über die Kaliumwirtschaft beschlossen, das in enger Anlehnung an das Kohlenwirtschafts-gesetz die Kaliumwirtschaft einem Reichskalitrat überträgt und zugleich die Erhöhung der Kalipreise und die neuen Vereinbarungen über die Löhne und Arbeitsbedingungen der im Kalibergbau beschäftigten Arbeiter genehmigt, für die sich in ausgiebiger Beratung im Plenum und in der Kommission besonders die Genossen Sachse, Breh und Janschek einsetzten.

Kleine Gesetze.

Sommerzeit — Wahlprüfungen.

Die Uebergangszeit des Waffenstillstandes machte die Herausgabe einer Reihe von kleinen Gesetzen nötig, die den augenblicklichen politischen und wirtschaftlichen Bedürfnissen geschuldet waren. Andere regelten die laufenden Geschäfte des Reiches und aktuelle Tagesfragen.

Die Reichsregierung hatte dem Parlament abermals ein Gesetz über die Vorberlegung der Tagesstunden — die sogenannte Sommerzeit — unterbreitet, dessen Opportunität in allen Fraktionen stark umstritten war. Die sozialdemokratische Fraktion gab die Zustimmung darüber jedem Mitgliede frei, der überwiegende Teil erklärte sich gegen die Sommerzeit, deren Wiedereinführung auch von der großen Mehrheit der Nationalversammlung verworfen wurde. In der Beratung begründete Genosse Kennigott den Standpunkt der ablehnenden Fraktionsmitglieder.

Die Fraktion und das Haus stimmte einem Antrag der Wahlprüfungskommission zu, nach welchem in Anbetracht der voraussichtlich kurzen Tagungszeit der Nationalversammlung dem Wahlprüfungsausschuß das Recht verliehen wird, Beweiserhebungen über Wahlprüfungsangelegenheiten unmittelbar durch die Behörden — also unter Umgehung höherer Regierungsinstanzen — vornehmen zu lassen.

Von anderen kleinen Gesetzen, welche mit Zustimmung unserer Fraktion zur Annahme gelangten, seien folgende erwähnt:

Gesetz über die Abänderung der Verordnung über die Rückgabe der in Belgien und Frankreich weggenommenen Betriebseinrichtungen.

Gesetz über die Gewährung einer Entschädigung der Abgeordneten.

Gesetz über die Zulassung von Hilfsmitteln im Patentamt.

Notgesetz für die elsass-lothringischen Angelegenheiten.

Gesetz über das Verbot des Agiohandels mit deutschen Banknoten und Darlehnskassenscheinen.

Gesetz über Abänderung der Verordnung über ausländische Wertpapiere.

Gesetz über Einregelung von Schriften, Drucksachen, Wertpapieren und Zahlungsmitteln beim Grenzübertritt.

Gesetz über die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen.

Gesetz zum Schutze gegen die Folgen der Verkehrshemmnungen.

Gesetz über die Vergütung von Leistungen für die feindlichen Heere im besetzten Reichsgebiete und über die vereinfachte Abschätzung von Kriegsteilnehmern für das deutsche Heer.

Gesetz über den Verkehr mit russischen Zahlungsmitteln.
 Gesetz über die Besteuerung der Reichsbank.
 Gesetz über den Eintritt Würtembergs in die Biersteuergemeinschaft.
 Gesetz über Ausbildung von Kriegsteilnehmern zum Nickeramt.
 Gesetz über die Aenderung des Kriegssteuergesetzes vom 21. Juni 1918 (281).
 Gesetz über eine vereinfachte Form der Gesetzgebung für die Zwecke der Uebergangswirtschaft.

Bei der Beratung der Nat.- und der Nachtragssetats, an der sich Genosse Heinrich Schulz beteiligte, verlangte die Fraktion eine erhebliche Herabsetzung der auf 100 000 Mark monatlich bemessenen Entschädigung für den Reichspräsidenten sowie Abtrennung aller Amtsbedürfnisse von der persönlichen Entschädigung durch besondere Etatsmittel. Diesem Wunsche ist der Haushaltsausschuß nach Begründung des Berichterstatters Genossen Löbe nachgekommen, die Entschädigung einschließlich aller Amtsbedürfnisse wurde auf 50 000 Mark bemessen. Für die Reduzierung der Ministergehälter und Wohnungsentanschädigungen behielt sich die Kommission freie Hand für die Beratung des ordentlichen Etats vor.

Nationalfeiertag.

Nicht ohne erheblichen Widerstand der bürgerlichen Parteien gelang es, den 1. Mai zunächst für das Jahr 1919 als gesetzlichen Nationalfeiertag zu erklären. Die Regierung hatte am 10. April einen kurzen Gesetzentwurf vorgelegt, dessen Inhalt dahin ging, den 1. Mai als dauernden Nationalfeiertag einzusetzen. Sein wesentlicher Paragr. lautete:

Der 1. Mai wird zum Nationalfeiertag erklärt. Er gilt im Sinne reichs- und landesgesetzlicher Vorschriften als allgemeiner Feiertag.

Gegen diesen Antrag erhob sich nicht nur von deutschnationaler und nationalliberal-volksparteilicher Seite, sondern auch aus dem Zentrum und bei den Demokraten Widerspruch, der sich darauf stützte, daß der 1. Mai immer mehr als ein Parteifeiertag, als eine Demonstration des Klassenkampfes gegolten habe. Die Schwierigkeiten wurden noch vermehrt, da die Unabhängigen beantragten, sofort zwei Nationalfeiertage einzusetzen, außer dem 1. Mai als Gedenktag der Revolution den 9. November. Um eine Mehrheit für den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag zu erlangen, mußte mit den beiden übrigen Mehrheitsparteien verhandelt werden, und es kam ein Kompromiß dahin zustande, daß ein allgemeiner Feiertag eingeführt wird, der dem Gedanken des Völkerbundes und des internationalen Arbeiterschutzes geweiht ist und für den der Charakter des Volkstags erstrebt wird. Für das Jahr 1919 soll der 1. Mai als dieser Feiertag gelten, die endgültige Festlegung des Tages soll nach Friedensschluß und nach Festlegung der Verfassung erfolgen. 1919 soll dieser Feiertag auch dienen einer Kundgebung für Freilassung der Gefangenen und für einen gerechten Frieden sowie für politischen und sozialen Fortschritt.

In dieser Form wurde die erstmalige Festlegung des 1. Mai als gesetzlicher Feiertag nach Befürwortung durch den Reichsminister David und den Abgeordneten Hilberandt mit 161 gegen 86 Stimmen beschlossen. Gegen die Festlegung in dieser Form stimmten auch die Unabhängigen, mit ihnen die ganze Rechte und ein Teil des Zentrums und der Demokraten. Eine größere Anzahl der Abgeordneten aus den letzten beiden Parteien enthielt sich der Abstimmung. Die Festlegung des Tages, an dem die Revolution gefeiert wird, soll nach Einigung mit den Einzelstaaten später erfolgen.

Kleine Anfragen.

An sogenannten „Meinen Anfragen“ an die Regierung, die Spezialfragen der Gesetzgebung betreffen, wurden im Einverständnis mit der Fraktion von einzelnen Abgeordneten folgende gestellt:

Sollmann über das Verbot der Stadtverordnetenwahlen im besetzten Gebiet.

Riedmüller und Genossen über die Einführung der Sommerzeit.

Rähler und Dietrich über die Tarife für Landarbeiter und Anwerbung polnischer Saisonarbeiter.

Trintz über Erhöhung der Kohlenpreise.

Osterrath und König über den Schleichhandel im westfälischen Industriegebiet.

Davidsohn über die ungenügende Besoldung der Kriegsverletzten und Kranken in den Lazaretten.

Schäfer über die Ausübung der Zensur gegen die sozialdemokratische Presse im französisch besetzten Gebiet.

Schub und Davidsohn über die Gewährung von Entlassungsanzügen an früher entlassene unbemittelte Soldaten und Kriegsbeschädigte.

Trintz über die Heraushebung des der Pfändung unterliegenden Einkommens.

Steinkopf mit Abgeordneten anderer Parteien über die Besoldungssätze der Postbeamten.

Rohrstein über Maßnahmen zur Milderung der Wohnungsnot. Stücken über Heraushebung der Bezüge für Kriegshinterbliebene.

Davidsohn über die Abwanderung ausländischer Wertpapierere durch unerlaubten Handel.

Rahmann über die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln.

Giebel und Genossen über die Besetzung der von Frauen besetzten Stellen mit arbeitslosen Kriegsteilnehmern und Kriegsbeschädigten.

Meier-Sachsen über Heraushebung der Alters-, Invaliden- und Unfallrenten.

Aus den Antworten der Regierung heben wir folgende hervor:

Die Verhandlungen über Erhöhung der Renten waren zur Zeit der Anfrage noch im Gange.

Ueber die Entlassung der weiblichen Arbeitskräfte wurden die nötigen Informationen von den Amtsstellen eingefordert.

Die Zensurmaßnahmen gegen die „Volkstimme“ im Saargebiet wurden von der französischen Besatzung bestritten.

Zur Anfrage Rahmann über die Kartoffelversorgung verweist die Regierung auf die Transportschwierigkeiten und die immer noch bestehende Frostgefahr. Sobald sicheres frostfreies Wetter zu erwarten ist, werde alles geschehen, daß die Lieferungen wieder in verstärktem Maße ausgenommen werden.

Zur Anfrage Sollmann: Der französische General Audant hat zugegeben, daß das Verbot der Stadtverordnetenwahlen sich aus den Waffenstillstandsbedingungen in keiner Weise herleiten läßt. Ein befriedigendes Entgegenkommen des französischen Oberkommandos ist trotzdem zurzeit noch nicht er-

reicht worden. Ein anderes Mittel als das der Verwahrung stehe der deutschen Regierung nicht zur Verfügung.

Zur Anfrage 66 Dietrich-Kähler verwies die Regierung auf die besonderen Anordnungen, die sie zur Regelung der landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnisse erlassen hat. Aus den ihr zugegangenen Berichten gehe hervor, daß im allgemeinen diese Anordnungen innegehalten würden. Daß es nur in verhältnismäßig wenigen Gegenden zum Abschluß von Tarifverträgen gekommen, läge hauptsächlich daran, daß die dazu notwendigen Arbeitgebervereine Arbeitnehmergeorganisationen vielfach noch fehlen. Die Regierung ersucht, ihr bestimmte Fälle mitzuteilen, in denen seitens der Besitzkreise die Bemühungen zur Verbeiführung angemessener Lohnverhältnisse systematisch hietertrieben wurden.

Zur Anfrage Rahnstein erging folgende Antwort: Die praktische Bekämpfung der Wohnungsnot ist in erster Linie Sache der Einzelstaaten bzw. der Gemeinden. Da zurzeit der Wohnungsnot durch das einzige dauernde und wirksame Mittel — das ist der Neubau von Wohnungen — nicht abgeholfen werden kann, bleibt dem Reich gegenwärtig nur die Möglichkeit, die Einzelstaaten und Gemeinden durch Verordnungen zu unterstützen. Solche Verordnungen sind erlassen. Es sei nun das lastkräftige Vorgehen der Gemeinden notwendig. Die öffentliche Aussetzung von Wohnungen für den Nachweis von Wohnungen solle verboten werden. Die Vorarbeiten eines solchen Verbots seien im Gange.

In die Beratung einer deutschnationalen Interpellation betreffend die Uebergriffe der Polen im Osten des Reiches griffen namens der Fraktion die Genossen Schulz (Wromberg) und Davidsohn ein. Sie erhoben Protest gegen Gewaltakte der Polen, ließen aber auch keinen Zweifel darüber, daß die augenblickliche gespannte Situation auf die Fehler der früheren preussischen Polenpolitik zurückzuführen sei.

In Sachen des Mordes an Liebknecht und Rosa Luxemburg gab eine Fraktionsitzung am 3. März dem Wunsche Ausdruck, es möge das Gerichtsverfahren nicht vor einem Kriegsgericht, sondern vor einem ordentlichen Gerichte stattfinden.

Die Berufung von weiblichen Referenten in die Reichsämtler und die Berücksichtigung von Frauen aus dem Arbeiterstande bei diesen Berufungen wurde in mehreren Sitzungen der Fraktion gefordert. Verschiedene Reichsämtler antworteten in zustimmendem Sinne und sind zum Teil in der gewünschten Weise bereits vorgegangen.

Gelegentlich einer deutschnationalen Interpellation über Schul- und Kirchenfragen wies Genosse Hellmann im Namen der Fraktion die muderischen Bestrebungen der Mumm und Konforten entschieden zurück.

Die Verfassung der deutschen Republik

ist im Plenum der Nationalversammlung und in der Kommission erst in erster Lesung zur Beratung gekommen. Im Plenum vertraten die Genossen Richard Fischer und Vogel die Ansicht der Fraktion und wünschten schärfere Hervorhebung, daß es sich um die Verfassung der deutschen Republik handelt. Ihre Zentralgewalt soll in politischer und wirtschaftlicher Beziehung verstärkt und gegen die Reservatrechte der Einzelstaaten Stellung genommen werden. Die endgültige Stellungnahme der Fraktion zur Institution des Reichspräsidenten wird davon abhängen, inwieweit seine Rechte entgegen der jetzigen Vorlage, zum Beispiel die Amts-

dauer, beschränkt werden. Die Schaffung von Präsidenten für die einzelnen Gliedstaaten wird abgelehnt. Der Reichsrat wird von der Fraktion für notwendig gehalten, aber er soll aus den Volksvertretungen gewählt werden, und der Reichsregierung sollen möglichst viele Rechte ihm gegenüber eingeräumt werden.

Die Verfassungskommission hat in mehr als dreißig Sitzungen unter Verarbeitung von mehr als 200 Abänderungsanträgen die erste Lesung des Entwurfs des Staatenausschusses vollendet. Zu erledigen waren am 23. Mai noch die Abschnitte Reichspräsident und Grundrechte mit Ausnahme der Verhältnisse zwischen Staat und Kirche. Die Beratungen darüber wurden am 27. Mai in Berlin wieder aufgenommen. Es ist gelungen, eine Reihe sozialdemokratischer Verbesserungsanträge zur Annahme zu bringen; andere scheiterten allerdings an dem einmütigen Widerstand der bürgerlichen Parteien. Die zweite Lesung wird noch manche Aenderung der Beschlüsse bringen. Die sozialdemokratischen Vertreter werden das ihre tun, um an demokratischen Verbesserungen und Stärkung der Zentralgewalt noch durchzusetzen, was bei den Mehrheitsverhältnissen irgendwie möglich ist.

Das Ergebnis der ersten und zweiten Lesung des Verfassungsentwurfs im Ausschuss soll, falls es bis zum Parteitag abgeschlossen vorliegt, in einer besonderen Beilage zu diesem Bericht mitgeteilt werden.

Die Frage der Arbeiterräte.

Die Frage der Eingliederung der Arbeiterräte in die Verfassung, die Regelung ihrer Befugnisse und ihr Aufbau von Betriebsräden bis zum Reichsarbeiterrat war innerhalb der Partei und der Fraktion mehrfach wechselnder Beurteilung unterworfen. Prinzipielle Zusagen, den Räten eine Funktion im Wirtschaftsleben einzuräumen, wurden von der Regierung im Einverständnis mit der sozialdemokratischen Fraktion bereits im Anfang März gegeben. Am Abschluß der ersten Lesung der Verfassung in der Kommission war nach langen Verhandlungen mit den Fraktionen und dem Kabinett die Frage so weit gediehen, daß, auf Anregungen des Genossen Singheim er folgend, folgender Artikel in die Verfassung eingegliedert werden soll:

„Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt.

Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten, sowie in je nach Betrieben und Wirtschaftszweigen gegliederten Bezirksarbeiterräten und einem Reichsarbeiterrat.

Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Lösung gesamtwirtschaftlicher Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretungen der Unternehmer und sonst beteiligter Volkstriebe zu Bezirkswirtschaftsräten und einem Reichswirtschaftsrat zusammen. Die Bezirkswirtschaftsräte und der Reichswirtschaftsrat sind zu einer Vertretung der wichtigsten Berufsgruppen entsprechend ihrer volkswirtschaftlichen und sozialen Bedeutung auszugestalten.

Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirt-

schafsrat hat das Recht, selbst solche Gesetze beim Reichstag zu beantragen, die ebenso wie Vorlagen der Reichsregierung zu behandeln sind. Er kann dazu Vertreter abordnen, die wie Vertreter der Länder an den Verhandlungen des Reichstags teilnehmen können.

Den Arbeiter- und Wirtschaftsräten können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden.

Aufbau und Aufgaben der Arbeiter- und Wirtschaftsräte sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern zu regeln, ist ausschließlich Sache des Reichs."

Interpellationen zur Ernährungsfrage.

Die ungenügenden Ernährungsverhältnisse haben die Fraktion zweimal beantragt, eine größere Debatte über die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln herbeizuführen. Am 8. März brachte sie gemeinschaftlich mit den beiden Mehrheitsparteien eine Interpellation zu diesem Zwecke ein, am 11. April erbat sie sich Auskunft über die Verteilung der aus dem Ausland hereinkommenden Lebensmittel und ihre Preise. Auch innerhalb der großen politischen Debatten am Beginn der Verhandlungen und bei der ersten Lesung des Etats gingen die Redner der Fraktion, die Genossen Keil und Koch, auf die schwierigen Ernährungsverhältnisse ein. Ueber die Verteilung der ausländischen Lebensmittel, die Preise derselben, die Aufhebung der Zwangswirtschaft, die Zuckerfrage, die Kriegsgesellschaften, die Verpflanzung städtischer Arbeiter aus Land und die Verwendung der Getreidebestände sprachen bei den Interpellationen die Genossen Böhle, Sollmann und Thiele. Da eine erhebliche Besserung der Ernährungsverhältnisse nur durch starke ausländische Zufuhren und eine nennenswerte Verbilligung der Preise nur bei einer starken Steigerung der einheimischen Produktion möglich ist, konnten niemals alle Wünsche der Interpellanten befriedigt oder ihre Erfüllung durch den Reichs- ernährungsminister Genossen Schmidt für die nächste Zeit in Aussicht genommen werden. Er verwies in seinen Antworten auf die feindselige Fortführung der Blockade auch nach dem Waffenstillstand, auf die Gefährdung der Einfuhr durch die vielen wilden Streiks, auf die vielfachen Bemühungen, den Schleißhandel zu unterbinden, die immer wieder durchkreuzt werden, auf die Notwendigkeit der Fortführung der Zwangswirtschaft in allen lebensnotwendigen Dingen und auf die Schwierigkeit der Verpflanzung von städtischen Arbeitern in ländliche Betriebe. Eine Neuperung des Ernährungsministers zu den Mehlpreisen, die im Lande von unabhängiger Seite oft zu heftigen Zwecken ausgebeutet wird, sei hier im Wortlaut wiedergegeben:

Beim Mehl liegt die Sache ähnlich; am 14. März betrug der Preis des Mehls pro Kilogramm in der Umrechnung der Valuta 1,98 Mk. Jetzt, am 14. April, beläuft sich der Preis auf 2,58 Mk. Das ist natürlich eine ganz enorme Verschiebung im Preise und zugleich die Erklärung dafür, daß wir gegenüber einer solchen Preisbildung ganz unmöglich die Lasten, die sich daraus ergeben, nunmehr auf die Staatskasse umlegen können.

Nun habe ich vor der Frage gestanden: wie soll ich insbesondere bei Mehl diesen hohen Preis, der mir hier auferlegt wird, durch die Umrechnung in fremde Münze decken? Decke ich ihn so, daß ich ihn umlege auf den Preis des Mehls und auch auf die Herstellung des Brots, so hätten wir einen Brotpreis gehabt von 4 bis 5 Mark für das vierpfündige Brot, ein Zustand, der mir außerordentlich bedenklich erschien, und den ich daher dadurch zu vermeiden versucht habe, daß ich gesagt habe: das, was wir der Bevölkerung

an gutem Weizenmehl als Zuschuß geben, soll sie teurer bezahlen, während das Brot zu demselben niederen Preise geliefert werden soll, als es bisher gesehen ist. Da wir nun aber bei unserem derzeitigen Getreidebestand mit unserem Mehl nicht ausreichen, muß ich das teure Mehl des Auslandes zur Deckung und Streckung der Brotherstellung benutzen und daher versuchen, die Zulage, die ich hier auf das Brot geben muß, durch eine Erhöhung des Preises für das Roggenmehl wieder einzudecken. Ich glaube, daß das der leichteste, bequemste und möglichste Weg ist. Ich habe fernerhin die Absicht, der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, neben dem teuren, guten Weizenmehl auch das mindergute, auf 94 Prozent ausgemahlene Roggenmehl zu dem gleichen mäßigen Preise wie bisher zu beziehen.

Auch glaube ich, daß bei dieser Einteilung die besser bemittelte Bevölkerung das teure Weizenmehl kaufen und der weniger leistungsfähigen Bevölkerung das billige Roggenmehl belassen wird. Bei dieser Gelegenheit will ich Ihnen auch ganz offen sagen, daß ich glaube, daß ein großer Teil unserer Arbeiter heute genügend verdient, um sich auch das teure Weizenmehl kaufen zu können, und ich habe gar keine Angst, daß ich mit dem Mehl sitzen bleibe. Um aber schließlich auch den Kreisen, in denen ein wirklich noch sehr niedriger Lohn vorhanden ist, die Möglichkeit zu geben, auch zu ganz mäßigem Preise Mehl zu kaufen, gebe ich die inländischen Bestände für diese Aufkäufe frei. Außerdem unterbreite ich noch einmal: das Brot wird nicht teurer, es kann nur besser werden durch die Mischung mit dem besseren ausländischen Mehl. Das Getreide, wenn wir es hereinbekommen, soll auch nicht zu 94 Prozent ausgemahlen werden, sondern höchstens zu 80 Prozent, so daß wir auch da ein gutes Mehl bekommen und ferner für unsere Viehhaltung mehr Kleie zur Verfügung haben. Ich glaube, nach dieser Aufklärung wird nun doch wohl ein großer Teil der Aufregung über die hohen Preise sich legen.

Aus diesem ersten und sachlichen Versuch, die Preissteigerungen bei Mehl und Brot zu beheben, die demagogische Anklage herzuleiten, Schmidt habe für die Reichen das gute, für die Armen das schlechte Mehl bestimmt, dazu gehört eine grobe Portion Gewissenlosigkeit und Verantwortungslosigkeit.

Zur Bekämpfung des Wohnungsnot.

Handwerkernot.

Der Minister des Reichsarbeitsamts, Genosse Bauer, hat in seinem Amt eine besondere Abteilung für das Wohnungs- und Siedlungswesen errichtet, zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland eine besondere Verordnung erlassen, eine ebenjotche zur Förderung des Erbbaurechts und schließlich eine Summe von 300 Millionen Mark zur Gewährung von Baukostenzuschüssen, die von der Nationalversammlung einstimmig bewilligt wurde. Die Summe soll hauptsächlich zur Deckung der Uebersteuerung bei Bauten dienen, im übrigen ist die Bautätigkeit noch immer stark durch den Kohlenmangel und die Verkehrsschwierigkeiten beeinträchtigt. Wie diese Umstände und der dauernde Kohlenmangel auf die Betriebe der Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden wirken und nicht nur die Bautätigkeit, sondern alle anderen Gewerbe lähmt, das setzte Genosse Brühne anlässlich einer Handwerkerinterpellation auseinander, bei der er sich auch über den fehlenden Nachwuchs fürs Handwerk, die übermäßig lange Lehrzeit in vielen Berufen und Sachverständigenmangel als Handwerker verbreitete.

Waffenstillstand und Frieden.

Zu verschiedenen Malen hatte sich die sozialdemokratische Nationalversammlungsfraktion mit der Frage des Waffenstillstandes und kurz vor Eröffnung dieses Berichtes mit den Friedensvorschlägen der Gegner zu beschäftigen. Einmal galt es, einen deutschnationalen Angriff gegen den Reichsminister Erzberger als Unterhändler in Waffenstillstandsfragen zu prüfen, der inzwischen in seiner Einseitigkeit erwiesen ist durch die drakonischen Friedensbedingungen, die anderen Unterhändlern als Herrn Erzberger eingehändigt worden sind und alles frühere als eine einheitliche Kette wirtschaftlicher Bedrohungen und Bedrückungen erscheinen läßt. Die Fraktion hat denn auch durch eine Rede des Genossen Müller-Breslau im Februar ihre Zustimmung gegeben, daß die neuen Waffenstillstandsbedingungen am 12. Februar trotz ihrer Härten unterzeichnet wurden, um schlimmeres zu verhüten. Dabei wurde verlangt, daß das Auswärtige Amt und die Waffenstillstandskommission eine einheitliche Politik treiben.

Die Friedensbedingungen der Gegner, die am 7. Mai in Versailles überreicht wurden, unterzog die Fraktion in mehreren Sitzungen, die zum Teil in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß, den sozialdemokratischen Mitgliedern der preussischen Landesversammlung und den Redakteuren der Parteipresse abgehalten wurden, einer Prüfung. Alle Redner gaben der Meinung Ausdruck, daß die Forderungen der Entente an das deutsche Volk unerfüllbar sind und mit allen gegen 5 Stimmen wurde der Fraktionsredner Genosse Hermann Müller-Breslau beauftragt, den Vertragsentwurf im Einverhältnis mit der Regierung als in dieser Form unannehmbar zu bezeichnen. Neben der Milderung der wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen soll sofortige Aufnahme und politische Gleichberechtigung im Völkerbund verlangt, die Abstimmung der Bewohner in den abzutretenden Gebieten gefordert und die endgültige Form des Friedensvertrages einer Volksabstimmung unterworfen werden. Ein flammender Appell der Genossin Bohm-Schuch gegen Unterdrückung und Sklaverei, für die Befreiung der Gefangenen und Aufhebung der Hungerblockade fand den lebhaftesten Widerhall.

Die schwere Entscheidung über den Frieden wird wahrscheinlich während der Tagung des Parteitag's fallen und die endgültigen Bedingungen sind zur Stunde noch nicht bekannt, so daß ein Urteil der Fraktion darüber bei Niederschrift dieser Zeilen nicht vorlag.

Unträge.

Tagesordnung des Parteitag's.

1. Frankfurt a. M.: Der Sozialdemokratische Verein Groß-Frankfurt ersucht den Parteivorstand, der Tagesordnung des Parteitag's folgenden Punkt einzufügen: „Die auswärtige Politik der deutschen Republik“.
2. Frankfurt a. M.: Auf die Tagesordnung des Parteitag's den Punkt: „Sozialisierung“ zu setzen.
3. Teltow-Beeskow: Den Punkt Auslandspolitik auf die Tagesordnung zu setzen und Genossen Bernstein als Referenten zu bestellen.
4. Bremen: Der bremische Parteibereich ersucht den Parteivorstand, die Frage der Arbeiterräte als besonderen Punkt auf die Tagesordnung des Parteitag's zu stellen.
5. Weimar: Der Parteitag wolle erneut Stellung zum Militärwesen nehmen.
6. Bielefeld-Wiedenbrück: Die Jugendfrage auf dem Parteitag zu behandeln.
7. Landesorganisation Hamburg: Der Parteitag möge sich mit der Gesetzgebung für eine ausreichende Versorgung der Kriegesbeschädigten, der Kriegshinterbliebenen und der Militärintaktilen beschäftigen.
8. Landesorganisation Hamburg: Die Delegiertenversammlung der Landesorganisation Hamburg beantragt, auf die Tagesordnung des Parteitag's die Jugendorganisation zu setzen.

Bericht des Parteivorstandes.

9. Jena: Die vom Würzburger Parteitag abberufene Kommission zur Vorbereitung eines Agrarprogramms ist zu beschleunigter Tätigkeit wieder einzuberufen; der Entwurf eines Landprogramms ist recht bald zur Diskussion zu stellen.
10. Meife: Der Satz im Erfurter Programm: „Daß durch die ökonomische Entwidlung der Untergang des Kleinbetriebes herbeigeführt werde“, ist in seiner Fassung von den Ereignissen überholt und einer Korrektur zu unterziehen.
11. Frankfurt a. M.: Der Parteitag wolle beschließen, eine Kommission einzusetzen, die die Aufgabe hat, unter Berücksichtigung der Neugestaltung Deutschlands eine Revision des Parteiprogramms vorzubereiten.

12. Potsdam: Der Parteivorstand wolle darauf hinarbeiten, daß seitens der Regierung mit größerer Energie und in größerem Umfange als bisher die reaktionären Vorgekehrten in leitenden Regierungsstellen durch geeignete Männer aus unserer Partei bzw. aus den im Parlament mit uns zusammenarbeitenden Parteien ersetzt werden. Zu diesem Zweck wird empfohlen, daß von allen sozialdemokratischen Wahlvereinen Verzeichnisse derjenigen Genossen an den Parteivorstand einzureichen sind, welche bereit und geeignet sind zur Übernahme leitender Stellungen bei den Reichs- und Staatsbehörden und insbesondere auch bei den Schulaufsichtsbehörden.

13. Altona: Zum Schutze der demokratischen Errungenschaften der Revolution und zur schnelleren Verwirklichung unserer sozialistischen Ideen ist sofort die Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien auf einer vernünftigen parteipolitischen Mittellinie anzustreben.

14. Elberfeld-Barmen: Der Parteitag wird ersucht, alle Mittel und Wege zu benutzen, die geeignet sind, dem Bruderkampf innerhalb der sozialdemokratischen Parteien ein Ende zu bereiten.

15. Hannover: Der Parteivorstand wird beauftragt, unerbüchlich Schritte zu unternehmen, um mit der U. S. P. D. zu einer Einigung zu kommen und damit die Einigungsbestrebungen der Arbeiterchaft zu fördern. An der Personenfrage darf die Einigung nicht scheitern.

16. Jena: Wiederanbahnung eines Zusammenschlusses der sozialistischen Arbeiter zu einer geschlossenen Partei, eventuell über die Köpfe der beiderseitigen Führer.

17. Jena: Die Spaltung der Sozialdemokratie bedeutet eine empfindliche Schwächung derselben im Kampfe zur Erreichung ihres Zieles, der Umwandlung des kapitalistischen Staates in die sozialistische Gesellschaft. Da die Gegensätze zwischen den Parteien nicht grundsätzlicher, sondern lediglich taktischer Art sind, steht der Parteitag auf dem Standpunkt, daß die Wiedervereinigung der Parteien möglich ist. Er beauftragt deshalb den Vorstand, zu diesem Zweck mit den Vorständen der U. S. P. D. und der K. P. D. unerbüchlich in Verbindung zu treten.

18. Lübeck: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die Einsetzung einer Kommission zu bewirken, die zu gleichen Teilen aus Mitgliedern unserer Partei und der U. S. P. besteht.

Die Aufgabe dieser Kommission soll sein, eine Grundlage zu finden, auf der sich die Arbeiterklasse Deutschlands wieder zusammenfinden kann.

19. Marne: Die Ortsgruppe Marne der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stellt den Antrag an den Parteitag, mit allen Mitteln, welche zur Verfügung stehen, dahin zu streben, daß die beiden sozialistischen Parteien sich wieder vereinigen, welches bei gutem Willen auf Grund des Erfurter Programms nach unserem Ermessen gut möglich ist.

20. Mühlheim-Wipperfürth: Die Preiskonferenz des Wahlkreises Mühlheim-Wipperfürth-Gummersbach bedauert die Spaltung der sozialistischen Arbeiterchaft Deutschlands auf das tiefste. Gerade im gegenwärtigen Moment ist eine geschlossene Kampf- und Arbeitsfront des Proletariats erstes Erfordernis. Die großen durch die Revolution aufgeworfenen Probleme können nur von einer einigen, geschlossenen Arbeiterklasse zum Wohle des ganzen Volkes gelöst werden.

Der Parteitag beauftragt daher den Parteivorstand, alle ihm geeignet erscheinenden Schritte zu unternehmen, um die deutsche Arbeiterchaft wieder

zusammenzuführen und alle in dieser Richtung zielenden Bestrebungen aufmerksam zu verfolgen und nach Kräften zu fördern.

21. Teltow-Weeslow: Die Überwindung der wirtschaftlichen Folgen des Krieges, die Sicherung und der Ausbau der revolutionären Errungenschaften, ist nur möglich unter Zusammenfassung aller Kräfte des Proletariats.

Der Parteitag begrüßt daher alle ehrlichen Bestrebungen, die Wiedervereinigung aller sozialistischen Parteien herbeizuführen. Die U. S. P. D. ist getreu ihrer bisherigen Stellung jederzeit bereit, auf den Boden der Einigung mit allen sozialistischen Parteien zu treten, die auf dem Boden der politischen Forderungen des Erfurter Programms stehen.

22. Weimar 1: In Erwägung, daß durch die Zersplitterung des Proletariats die junge Republik gefährdet ist und in Anbetracht der schweren und aufgedrungene Friedensbedingungen muß alles daran gesetzt werden, das organisierte Proletariat wieder zu vereinen, um so als fester Block die junge Republik zu stärken und zu schützen; desgleichen darauf hinzuwirken, auf dem Wege der Internationale gerechtere und bessere Friedensbedingungen zum Wohle der gesamten Menschheit herbeizuführen. Um vorliegendes zu erringen, ist es dringend notwendig, daß der Parteivorstand sowie der Parteitag unerbüchlich Schritte zur Einigung der sozialistischen Parteien einleiten.

23. Rittau: Der Parteitag wolle beschließen: Die gesamte Arbeiterchaft ist sich darüber einig, daß nur in der Geschlossenheit der beiden sozialistischen Organisationen die Grundlagen zu der so notwendigen Machtsenkung liegen. Deshalb fordern wir vom Parteitag, daß er Schritte unternimmt, um eine Einigkeit zustande zu bringen, selbst wenn einige Führer beiseite treten müssen.

24. Jastrow: Der Parteivorstand wird beauftragt, jede sich ihm bietende Gelegenheit zur Einigung der beiden Parteien in die Wege zu leiten.

25. Müstingen: Der Parteitag beschließt die Einsetzung einer Kommission, die die grundlegende Reform des Verwaltungsapparats in den Einzelstaaten berät und unter Anwendung der Grundforderungen des sozialdemokratischen Parteiprogramms brauchbare, für die Partei allgemein gültige Richtlinien ausarbeitet und dem nächsten Parteitag vorlegt.

26. Müstingen: Die zersplitterte Parteiorganisation ist moralisch unfähig, die internationale Arbeiterchaft zum Kampf gegen die Verschlagung der deutschen Arbeiterbewegung aufzurufen. Der Parteitag wird daher beauftragt, auf alle Fälle die Einheit zu ermöglichen und anzubahnen. Personenfragen dürfen kein Hinderungsgrund sein.

27. Landesorganisation Hamburg: Es ist ein Ausschuß einzusetzen, um mit der U. S. P. zum Zwecke von Einigungsverhandlungen in Verbindung zu treten. Das Ergebnis ist den Parteigenossen vorzulegen und gegebenenfalls von einem außerordentlichen Parteitag zu erledigen.

28. Landesorganisation Hamburg: Die Voraussetzung zu einer Verwirklichung des sozialistischen Programms und zur Schaffung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die Einigkeit und Geschlossenheit des revolutionären Proletariats. Um diese anzubahnen und herbeizuführen, stellt sich der Parteitag auf den Boden des Kautzky'schen Aktionsprogramms, das den gemeinsamen Boden für eine einheitliche Taktik der sozialistischen Parteien abgeben soll.

29. Müstingen: Der Parteitag beauftragt den Vorstand, unerbüchlich Agitationsmaterial aufzuleisten und werbenden Texten in Massenauslagen herzustellen und allen Wahlvereinen baldmöglichst zu übermitteln. In Frage kommen

hierfür in erster Linie die Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie an Reich, Einzelstaaten und Gemeinden.

30. Redlinghausen-Borfen: Es ist dahin zu wirken, daß Abgeordnete, welche gegen wichtige Interessen des Proletariats verstoßen, indem sie Sitzungen fernbleiben, in welchen über Hauptpunkte des Erfurter Programms abgestimmt wird, wie Sozialisierung, Schulreform usw., bei der nächsten Wahl nicht mehr kandidieren können. Doppeltkandidaturen sind zu vermeiden.

Anträge zum Statutenentwurf.

30a. Entwurf zum Organisationsstatut der Partei. (E. P. D.) (Nach den Beschlüssen der Reorganisationskommission in den Sitzungen am 15. und 16. April in Weimar und am 28. April in Berlin. — Die Änderungen sind fett gedruckt.)

Parteizugehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehört jede Person, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ist.

Gliederung.

§ 2. Die Grundlage der Organisation bildet der sozialdemokratische Bezirksverband, der vom Parteivorstand nach politischer Zweckmäßigkeit abgegrenzt wird. Der Bezirksvorstand gliedert sich in Ortsvereine, die durch den Bezirksverband in Unterbezirke zusammengelegt werden können. Zur Durchführung der Organisationsarbeit und politischer Aktionen kann das Gebiet jeden Ortsvereins in Agitationsgruppen gegliedert werden; daneben sind für industrielle Betriebe, private und staatliche Werke und Anstalten Organisationsvereinigungen zu treffen. Jedes Parteimitglied muß der für seinen Wohnort zuständigen Organisation angehören. Doppelmitsgliedschaften sind unzulässig.

§ 3. Die Bezirksverbände haben die Parteigeschäfte selbständig nach eigenen Statuten zu führen, die mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen dürfen. In Ländern mit mehreren Bezirksverbänden können diese zur Erlebigung landespolitischer Fragen zusammenarbeiten.

§ 4. Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pf., das voll den Bezirken verbleibt. Der wöchentliche Mindestbeitrag beträgt für männliche Mitglieder 20 Pf. und für weibliche Mitglieder 15 Pf. Die Bezirksverbände sind berechtigt, für ihren Bezirk oder einzelne Ortsvereine höhere Beiträge zu erheben. Invaliden Parteimitgliedern kann auf Antrag durch den Bezirksvorstand Beitragsermäßigung oder Befreiung gewährt werden. Mindestens 25 Proz. aller erhabenen Mitgliederbeiträge sind quartalsmäßig an die Zentralkasse abzuführen. Die Kassenführung der Organisationen in allen ihren Teilen erfolgt nach einheitlichen Grundsätzen, die vom Parteivorstand festgelegt werden. Die Abrechnung der Bezirksverbände mit dem Parteivorstand muß innerhalb zweier Monate nach Quartalschluß erfolgen.

Zur Deckung der Kosten zentraler Einrichtungen für die Parteipresse haben alle Parteiunternehmungen geschäftlicher Art jährlich 20 Proz. ihres Reingewinns an die Zentralkasse abzuführen.

Berichterstattung.

§ 5. Das Geschäftsjahr der Partei läuft vom 1. April bis 31. März. Den Jahresbericht über die Tätigkeit, die politische und wirtschaftliche Lage im Bezirk und die Verwendung der vom Parteivorstand überwiesenen Materialien und Gelder haben die Bezirksverbände nach dem vom Parteivorstand gelieferten Formular bis zum 31. Mai jeden Jahres zu erstatten.

Parteitag.

§ 6. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Bezirksverbänden. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach der Mitgliederzahl. Keinem Bezirk stehen mehr als 12 Delegierte zu. Es können gewählt werden: in Bezirken bis zu 10 000 Mitgliedern 5 Delegierte, bis zu 13 000 Mitgliedern 6 Delegierte, bis zu 17 000 Mitgliedern 7 Delegierte, bis zu 22 000 Mitgliedern 8 Delegierte, bis zu 28 000 Mitgliedern 9 Delegierte, bis zu 35 000 Mitgliedern 10 Delegierte, bis zu 45 000 Mitgliedern 11 Delegierte; für jede weitere 15 000 Mitglieder ein Delegierter mehr. In Bezirken über 60 000 Mitglieder wird die Rezzahl als voll berechnet, wenn sie 10 000 Mitglieder übersteigt;

2. eine Vertretung der Reichstagsfraktion, die ein Fünftel der Zahl ihrer Mitglieder nicht übersteigen darf;

3. die Mitglieder des Parteivorstandes, des Parteiaussschusses und der Kontrollkommission;

4. die vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Die Mitglieder des Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes und des Parteiaussschusses in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Nur beratende Stimme haben auch die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteiministationen.

§ 7. Der Parteitag prüft die Legitimationen seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt die Geschäftsordnung.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Anwesenden erforderlich.

§ 8. Jährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstand einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, oder kann in dem vom Parteitag bestimmten Ort der Parteitag nicht tagen, so hat der Parteivorstand nach Anhörung des Parteiaussschusses den Ort zu bestimmen.

§ 9. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vorher mit der vorläufigen Tagesordnung im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden. Diese Veröffentlichung ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge von Parteiorganisationen für die Tagesordnung des Parteitages sind dem Parteivorstand einzureichen, der sie spätestens drei Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen hat.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten;

2. die Bestimmung des Ortes, an dem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat;

3. die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission;

4. die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen;

5. die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge: 1. auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes; 2. auf einstimmig gestellten Antrag der Kontrollkommission; 3. auf Antrag von mindestens 15 Bezirksverbänden.

§ 11. Ein außerordentlicher Parteitag ist einzuberufen:

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem nach Ziffer 2 oder 3 gestellten Antrage stattzugeben, ist der Parteitag von den Antragstellern zu berufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens vierzehn Tage vorher im Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung veröffentlicht werden.

Anträge der Parteioorganisationen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage. (§§ 6 und 7.)

Parteivorstand.

§ 13. Die Leitung der Partei obliegt dem Parteivorstand, der aus zwei Vorsitzenden, zwei Kassierern, einem vom Parteitag festzusetzenden Zahl von Mitgliedern und unbefoldeten Beisitzern besteht. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl des Parteivorstandes erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettels in einem Wahlgang und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf die die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstituierung vorzunehmen und sie im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen.

§ 14. Der jeweilige Parteivorstand ist Eigentümer aller vorhandenen Gelder und sonstigen Vermögensgüter. Er ist insbesondere berechtigt, im eigenen Namen und aus eigenem Recht alle der Sozialdemokratischen Partei zustehenden Ansprüche gegen die Schuldner geltend zu machen.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstand oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

§ 15. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, des Parteiausschusses, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anfertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 16. Der Parteivorstand besorgt die Geschäfte der Partei und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteioorgane.

Der Parteivorstand hat das Recht, auf Antrag der beteiligten Organisationen bei Differenzen, die bei Aufstellung von Reichstagskandidaten entstehen, zu entscheiden.

Parteiausschuß.

§ 17. Der Parteiausschuß besteht aus je einem Vertreter der Bezirksverbände. Die Vertreter werden von den Bezirksvorständen für die Dauer eines Jahres gewählt. Im Behinderungsfalle ist ein Stellvertreter zu ernennen.

§ 18. Der Parteiausschuß berät gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen, über die Einrichtung

zentraler Parteieinrichtungen, die die Partei finanziell dauernd erheblich belasten, über die Festsetzung der Tagesordnung des Parteitages sowie die Bestellung der Referenten und gibt durch Beschluß sein Gutachten ab.

§ 19. Regelmäßig alle Vierteljahre und im Bedarfsfalle auch häufiger ist der Parteiausschuß vom Parteivorstand unter Angabe der Tagesordnung zu einer Sitzung zu berufen. Eine außerordentliche Sitzung muß stattfinden, wenn ein Drittel der Bezirksvorstände unter Angabe der Gründe dies beantragt. Weigert sich der Parteivorstand, eine ordnungsmäßig beantragte Sitzung zu berufen, dann kann sie durch die Antragsteller einberufen werden. Die Einberufung des Parteiausschusses soll in der Regel mindestens fünf Tage vor den Sitzungstagen erfolgen.

Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes oder der Kontrollkommission vorzeitig aus, so hat der Parteiausschuß nach Anhörung des Parteivorstandes und der Kontrollkommission eine Ersatzwahl vorzunehmen.

Kontrollkommission.

§ 20. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz für Beschwerden über den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierjährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 21. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts“, Berliner Volksblatt. Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teils zu veröffentlichen.

§ 22. Zur Kontrolle der prinzipiellen und tatsächlichen Haltung des Zentralorgans sowie zur Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens 15 Mitgliedern besteht.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheiden die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe eine Stimme hat.

Ausschuß.

§ 23. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrelosen Handlung schuldig macht. Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn es durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse seiner Parteioorganisation oder der Parteitage das Parteinteresse schädigt.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet der Vorstand der zuständigen Bezirksorganisation.

Der Ausschluß darf nur von einem Ortsverein — mit Zustimmung des Angeeschuldigten auch vom Vorstand des Ortsvereins — beantragt werden. Die Zustellung des Beschlusses und dessen eventueller Bekanntgabe erfolgt durch den Bezirksvorstand.

§ 24. Gegen die Entscheidung des Vorstandes der Bezirksorganisation können die Beteiligten innerhalb vier Wochen nach Zustellung des Beschlusses beim Parteivorstand die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragen.

Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand. Je drei Beisitzer wählt der Angeeschuldigte und die antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Angeeschuldigte angehört. Unterläßt es der Angeeschuldigte, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist, die mindestens vier Wochen betragen muß, Schiedsrichter zu ernennen, so gilt ohne weiteres der Beschluß des Bezirksvorstandes. Erscheint der Angeeschuldigte ohne genügende Entschuldigung nicht zu dem festgesetzten Termin, so haben die Instanzen das Recht, in Abwesenheit des Angeeschuldigten zu beschließen.

Die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Parteivorstand.

Handelt es sich in einer Sache um mehrere Angeeschuldigte aus einer Organisation, so hat der Parteivorstand das Recht, die Sache vor ein Schiedsgericht zu bringen.

§ 25. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten die Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung muß spätestens vier Wochen nach Zustellung des Urteils dem Parteivorstand eingereicht sein.

§ 26. Der Ausschluß aus der Partei in Fällen des § 23 Abs. 1 darf nur im Wege des vorstehend festgesetzten Verfahrens erfolgen. — Alle Instanzen sind berechtigt, sofern sie nicht dauernden Ausschluß aus der Partei aussprechen, auf zeitweise Ausschließung von Vertrauensämtern zu erkennen und Klagen zu erteilen. Auch gegen diese Entscheidungen steht den Beteiligten das Recht der Berufung zu.

Die Organisationen haben das Recht, auch ohne Ausschlußantrag eine Untersuchungskommission gegen ein Mitglied einzusetzen. Gegen die Entscheidungen steht den Beteiligten das Einspruchsrecht nach den Bestimmungen der §§ 24 und 25 zu.

§ 27. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Wiederaufnahme.

§ 28. Der Antrag auf Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen ist an den Vorstand der Bezirksorganisation des Wohnortes des Ausgeschlossenen zu richten. Vor der Entscheidung ist die Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, zu hören.

Gegen diese Entscheidung steht dem Antragsteller sowohl wie der Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung ist so zeitig beim Parteivorstand anzumelden, daß sie mit den übrigen an den Parteitag gestellten Anträgen veröffentlicht werden kann.

Änderung der Organisation.

§ 29. Änderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur betalen werden, wenn sie innerhalb der Fristen, die die §§ 9 und 10 vorschreiben, veröffentlicht worden sind.

Eine Abweichung von der letzten Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens drei Viertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

31. Frankfurt a. M.: Zu § 2: Die Organisation der Partei ist aufgebaut auf die politischen Gemeinden. Kreisorganisationen erstrecken sich auf die Gebiete der einzelnen Kommunalverbände. Für die Bezirksorganisationen gelten die Gebiete der politischen (Regierungs-) Bezirke. Darauf bauen sich auf Landes- und Reichsparteiorganisationen.

32. Halle: Mit Rücksicht auf die Neueinteilung der Reichstagswahlbezirke ist auch die Gliederung der Parteiorganisation gemäß §§ 2 und 3 des Organisationsstatuts vom Jahre 1912 abzuändern.

§ 2. Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Ort im Reichstagswahlbezirke der sozialdemokratische Parteiverein, dem jeder an dem betr. Orte wohnende Parteigenosse und jede Parteigenossin als Mitglied anzugehören hat. Die einzelnen Parteivereine schließen sich zu Kreisorganisationen am besten auf der Grundlage der früheren den Wahlbezirk bildenden Einzelwahlkreise zusammen.

§ 3. Die Kreisorganisationen vereinigen sich zu Bezirksverbänden sowie zu den Landesorganisationen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigener Statuten obliegt. Diese Statuten dürfen nicht mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei im Widerspruch stehen und sind innerhalb einer Woche dem Parteivorstand einzureichen. In gleicher Frist haben die Vorstände ihre Wahl dem Parteivorstande mitzuteilen.

33. Lampertshausen: § 4. Eine Beitragserhöhung ist zurzeit abzulehnen.

34. Göttingen: § 4. Der Parteivorstand ist zu ersuchen, keine Beitragserhöhung vorzunehmen.

35. Lübeck: Zu § 4 des Entwurfes des Organisationsstatuts: Der Beitrag für weibliche Mitglieder beträgt pro Woche 10 Pf.

36. Zwickau: Der Beitrag für männliche Mitglieder beträgt pro Woche 20 Pf., für weibliche Mitglieder 10 Pf.

37. Westerbild: Die Filiale Westerbild fordert, daß die Beiträge in der bisherigen Weise weiterbestehen bleiben. Frauen 35 Pf. monatlich, Männer 70 Pf. monatlich, Eintritt 20 Pf. resp. 80 Pf.

38. Jena: Zu § 6 Abs. 1: über 55 000 Mitglieder 12 Delegierte. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion können nicht zu Delegierten gewählt werden.

Abs. 2. Eine Vertretung der Reichstagsfraktion bis zu 15 Mitgliedern. Die Wahl dieser Vertretung hat auf Antrag durch Verhältniswahl zu erfolgen. Volles Stimmrecht haben nur die gewählten Delegierten. Die in Abs. 2, 3 und 4 aufgeführten Teilnehmer haben in allen Angelegenheiten nur beratende Stimme.

39. Berlin: § 6 Abs. 1. Die Worte „keinem Bezirk stehen mehr als 12 Delegierte zu“ sind zu streichen.

40. Teltow-Deeslow: Im § 6 Abs. 1 (Organisationsstatut) soll der Satz: „Keinem Bezirk stehen mehr als 12 Delegierte zu“ gestrichen werden; ferner anstatt für jede 15 000 Mitglieder ein Delegierter mehr, ist zu setzen: für jede 10 000 Mitglieder.

41. Lübeck: Zu § 6 Abs. 1: Keinem Bezirk stehen mehr als 10 Delegierte zu. Es können gewählt werden: in Bezirken bis zu 10 000 Mitgliedern 3 Delegierte, bis zu 13 000 Mitglieder 4 Delegierte, bis zu 17 000 Mitgliedern 5 Delegierte, bis zu 22 000 Mitgliedern 6 Delegierte, bis zu 28 000 Mitgliedern 7 Delegierte, bis zu 35 000 Mitgliedern 8 Delegierte, bis zu 45 000 Mitgliedern 9 Delegierte, über 45 000 Mitgliedern 10 Delegierte.

Zu § 15 statt „Nagbares“ zu setzen „keinerlei Recht“.

42. Berlin: § 11 Abs. 1 und 2 zu streichen das Wort „ einstimmig“ und dafür zu setzen: in Abs. 1: „Auf mit Dreiviertelmehrheit gefaßt“, in Abs. 2: „Auf mit Dreiviertelmehrheit gestellten“.

43. Berlin: § 13. Hinter „und unbesoldeten Beisitzern besteht“ ist einzufügen: „Und dem mindestens zwei Frauen angehören müssen“.

44. Jena: Zu § 17. Der Parteiaussschuß besteht aus je einem Vertreter der Bezirksverbände. Die Vertreter, die nicht Angestellte einer Parteirichtung sein dürfen, werden von den Bezirksverbänden für die Dauer eines Jahres gewählt. . . .

45. Mühlheim-Wipperfurth: In § 17 des Organisationsstatuts als Absatz 2 zu setzen: Angestellte des Parteivorstandes (Bezirkssekretäre) und Abgeordnete dürfen nicht zugleich Mitglieder des Parteiaussschusses sein.

46. Mühlheim-Wipperfurth: Im § 23 als besonderen Absatz einzufügen: Zur Partei kann fernher nicht gehören, wer einer anderen politischen Partei als Mitglied angehört oder eine solche finanziell oder moralisch unterstützt.

Organisation und Agitation.

47. Ottenfen: Es ist sofort eine Reorganisation der Parteiorganisation in Angriff zu nehmen. Wir fordern möglichst die Vermeidung von Doppelmandaten zu den öffentlichen Körperschaften.

48. Mühlheim-Wipperfurth: Die Kreisokonferenz des Wahlkreises Mühlheim-Wipperfurth-Gummersbach bedauert, daß wiederholt bei parlamentarischen Abstimmungen (Sozialisierung, Maifeier) eine große Anzahl sozialdemokratischer Abgeordneten gefehlt haben. Sie fordert, daß der Parteivorstand eine Klarstellung dieser Angelegenheit herbeiführt und auf die Abgeordneten einwirkt, daß derartige, die Genossen im Lande verbitternde Vorkommnisse sich nicht wiederholen. Um eine Ueberlastung der einzelnen Parlamentarier zu vermeiden, empfiehlt es sich, Doppelmandate, wenn irgend möglich, auszuschalten.

49. Berlin: § 30 neu. Innerhalb der Parteiorganisation kommt der Grundsatz zur vollen Durchführung: Doppelmandate innerhalb der gesetzgebenden Körperschaften sind unzulässig.

50. Halle und Saalkreis: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, den Kreisen, wo die Organisation schwach und die Organisationsverhältnisse schwieriger sind, größere finanzielle Beihilfen zur Agitation und zum Ausbau der Organisation zu gewähren.

51. Meiß: Die Kreise mit rein ländlicher Bevölkerung bedürfen intensiver Bearbeitung und sind diese Kreise mehr als bisher agitatorisch und finanziell zu unterstützen.

52. Altona: Genossen, die mit Regierungsämtern betraut sind, dürfen dem Parteivorstand und der Kontrollkommission nicht angehören.

53. Frankfurt a. M.: Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, bei allen wichtigen Fragen und Entscheidungen der inneren und äußeren Politik schnellstens die nötige Aufklärung ins Land zu senden, damit die Mitgliedschaften rechtzeitig orientiert sind und falsche Auffassungen vermieden werden.

54. Hannover: Für die Agitation und die Festigung der Partei auf dem Lande reicht das Erfurter Programm nicht aus. Der Parteivorstand wird daher gebeten, unverzüglich die bereits eingeleiteten Vorarbeiten durchzuführen und der Partei baldmöglichst ein Agrarprogramm vorzulegen.

55. Jena: Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Kreiswahlvereins Weimar III, Ortsgruppe Jena, bedauert die späte Einberufung des Parteitages und fordert von diesem: den organisatorischen Ausbau der Partei unter Ausschaltung der Genossen, die sich in Regierungsstellen befinden.

56. Niederbarnim: Der Parteitag beschließt: Die letzten Monate haben bewiesen, daß die führenden Genossen, welche mehrere Ämter innehaben, für die Agitation nicht mehr zu haben sind. Es ist deshalb erforderlich, daß Doppelmandate vermieden werden.

57. Altona: Der Parteitag möge beschließen, daß Doppelkandidaturen zu den Parlamenten und öffentlichen Körperschaften nicht stattfinden dürfen. Die Kandidaten werden verpflichtet, nur ein Mandat zu übernehmen, um dieses ganz im Interesse der Partei ausfüllen zu können.

58. Hannover: Um eine Ueberlastung der Parteigenossen zu verhüten, wird beantragt, den bestehenden Parteibeschluß, wonach Doppelmandate unzulässig sind, durchzuführen.

59. Weimar: Der Parteitag wolle beschließen: Neben dem Mandat zum Reichstag darf ein solches zu einer Landesversammlung nicht übernommen werden.

60. Berlin-Dahlem: Der Parteitag wolle die sofortige Errichtung einer Stelle beschließen, die vor Besetzung von Ämtern der Parteiorganisation und von Posten politischer Beamter geeignete Parteigenossen zu ermitteln und listlich zu führen hat.

61. Landesorganisation Hamburg: Der Parteitag möge beschließen, daß bei Uebertritten von der Unabhängigen Partei die volle Mitgliedsdauer angerechnet wird und durch einen Vermerk zu kennzeichnen ist.

62. Landesorganisation Hamburg: Nachdem die Revolution den Frauen endlich die politische Gleichberechtigung gebracht hat, ist es jetzt Aufgabe der Partei, diese Gleichberechtigung von der Theorie in die Praxis zu überführen.

Nur durch aktive Mitarbeit, nicht allein durch theoretische Bildung kann die mangelhafte politische und parlamentarische Schulung der Frauen behoben werden. Nur dadurch kann ihre weitverbreitete Teilnahmelosigkeit der Politik und der Partei gegenüber beseitigt, können ihre durch jahrhundertelange politische Unfreiheit und einseitige Erziehung verkümmerten Fähigkeiten auf diesem Gebiet voll entwickelt werden.

Diese politische Einsicht der Frauen zu fördern, ist heute, wo sie das Stimmrecht haben, zur Lebensnotwendigkeit für die Partei geworden.

Ebenso sehr im Interesse der Partei wie in ihrem eigenen sind deshalb die Genossinnen in erhöhtem Maße zu allen Parteiposten und Parteikörperschaften, zu den Parlamenten und Verwaltungsämtern in Reich, Staat und Gemeinde heranzuziehen.

63. Landesorganisation Hamburg: Der Parteitag wolle beschließen: eine regere Agitation als bisher unter den Privatangestellten durch geeignete Maßnahmen, Broschüren usw. zu entfalten.

64. Westersilbe: Die Filiale Westersilbe, Kreis Dortmund, beauftragt den Parteitag, dahin zu wirken, daß nach Möglichkeit kein Parteimitglied 2 Mandate innehat, z. B. zur Nationalversammlung und zum Landtag.

Es soll jedes Parteimitglied nur soviel Vertreter innehaben, wie es gut leisten kann, damit unsere Sache überall gut vertreten wird und jeder seine Pflicht erfüllen kann.

Bericht der Fraktion der verfassunggebenden Nationalversammlung.

65. Hannover: Der Parteitag beschließt, der Parteivorstand wolle bei den Reichs- und Landesregierungen die Reformierung der gesamten Verwaltungen von Grund auf beantragen und energisch auf ihrer gründlichen Durchführung bestehen.

66. Hannover: Der Parteitag beschließt, die Fraktion wird beauftragt, in den gesetzgebenden Körperschaften für die Einführung einer staatlichen Beihilfe für kinderreiche Familien einzutreten.

67. Niederbarnim: Der Parteitag wolle beschließen: Von der Fraktion der S. P. D. in der Nationalversammlung ist ein Antrag einzureichen, der die sofortige Aufhebung der geistlichen Ortschulaufsicht und die sofortige Neuwahl des Schulvorstandes fordert.

68. Danzig: Der sozialdemokratische Verein Danzig-Stadt erkennt die Notwendigkeit der Freiwilligen-Organisationen an. In ihrer jetzigen Zusammensetzung bilden dieselben jedoch eine Gefahr für die Errungenschaften der Revolution und das Proletariat. Wir fordern deshalb vom sozialdemokratischen Reichswehrminister Noske und unserer Fraktion in der deutschen Nationalversammlung, daß sie für eine sofortige Demokratisierung der Freiwilligen-Organisation eintreten. Insbesondere sind die reaktionären Offiziere aus den verantwortungsvollen Stellen zu entfernen. Bewährte Unteroffiziere sind in weitgehendem Maße zu befördern. Auch muß der Versuch gemacht werden, organisierte Arbeiter für den Eintritt in die Coeres-organisation zu gewinnen.

69. Emden: Zur Sicherstellung der Ernährung in Deutschland ist die Landwirtschaft aufs intensivste und rationellste zu betreiben. Hierfür ist eine zweifelhafte Bodenverteilung die erste Voraussetzung.

Um in den Kreisen unserer Partei Klarheit in der Auffassung über alle die Landwirtschaft betreffenden Fragen zu gewinnen, ist die Einsetzung einer aus Sachmännern bestehenden Agrarcommission notwendig, die baldmöglichst ein sozialistisches Agrarprogramm ausarbeitet und es der Parteipublikum unterbreitet.

70. Weimar: Zu 5. Der Parteitag wolle den Abgeordneten der Partei zur Nationalversammlung, die bei der Abstimmung über das Sozialversicherungsgesetz nicht anwesend waren, eine Klage erteilen.

71. Landesorganisation Hamburg: Die sozialdemokratischen Delegierten haben während der Tagung der Nationalversammlung, wenn nicht durch Krankheit verhindert, vollzählig zu erscheinen, damit nicht bei wichtigen

Abstimmungen durch das Fehlen unserer Vertreter die Vorlage zu Fall kommt. Doppelmandate sind unzulässig.

Die Vereinigung von mehreren Vertretern in einer Hand ist zu vermeiden, wie auch die von Doppelmandaten zu den öffentlichen Körperschaften auf das größtmögliche Maß herabzusetzen ist und nur dort gestattet wird, wo es im Interesse der Organisation geboten erscheint.

72. Frankfurt a. M.: Der Parteitag möge beschließen: „Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung zu beauftragen, mit aller Energie für Abhilfe der Wohnungsnot und für den sofortigen Abbau der Lebensmittelpreise und Bedarfsartikel einzutreten und dafür zu wirken, daß diese Notwendigkeiten an die werktätige und unbemittelte Bevölkerung zu niedrigeren als den Geschehenspreisen verabsolgt werden.“

Der Ausfall ist durch Steuerzuschlag auf die größeren Einkommen zu decken.

Es sind geeignete Kontrollmaßnahmen gegen Preishebereien in diesen Gegenständen unterzüglich zu treffen.

73. Frankfurt a. M.: Die Fraktion zu ersuchen, in bezug auf die Reichsteuern gegen jede Verbrauchsabgabe auf Lebens- und Genussmittel, besonders aber gegen jede weitere Besteuerung der Tabakfabrikate und der Besteuerung des Verbrauchsgutes zu stimmen.

74. Frankfurt a. M.: Der Parteitag möge beschließen: Die sozialdemokratische Fraktion der verfassunggebenden Nationalversammlung wird beauftragt, unterzüglich dahin zu wirken, daß die Auflösung der Freiwilligen-Korps und die Neubildung einer Volkswehr auf demokratischer Grundlage alsbald in die Wege geleitet wird.

75. Landesorganisation Hamburg: Der Parteitag möge beschließen, daß die sozialdemokratischen Mitglieder der Nationalversammlung gehalten sind, im Gegensatz zu den Ausführungen des Ernährungsministers Schmidt, dafür zu sorgen, daß die Herausgabe von Zucker zur Bombonfabrikation verboten wird.

77. Landesorganisation Hamburg. Um die große Arbeitslosigkeit einzudämmen, ist es äußerst notwendig, schnellstens ein Verbot der Kinderarbeit zu erlassen, das jede Kindererwerbsarbeit verbietet.

78. Landesorganisation Hamburg: Der Parteitag möge an die Regierung die Fragen richten:

1. Was gedenken die Genossen in der Regierung gegen ein wucherisches Preisstreben nach Aufhebung der Wodade zu tun?
2. Wie gedenkt die Regierung die Preise von Waren, nach welchen eine große Nachfrage herrscht, zu regulieren.

79. Landesorganisation Hamburg. Die Versorgung der breiten Masse der Bevölkerung mit den notwendigen Lebensmitteln, hauptsächlich Getreide, ist vollständig ungenügend. Um diese beklagenswerten Zustände zu beseitigen, ist es notwendig, Maßnahmen zu ergreifen, die eine bessere Erfassung der vorhandenen und erzeugten Lebensmittel gewährleisten, sowie Mittel und Wege zur tatsächlich wirksamen Bekämpfung von Wucher und Schleichhandel zu finden.

Um dieses zu erreichen, ist die Reichsregierung verpflichtet, bei der Gestaltung der Ernährungsverhältnisse nach folgenden Grundsätzen unter Anwendung gesetzlicher Maßnahmen zu verfahren:

Deutschland ist in provinciale und kommunale Versorgungsgebiete zu gliedern. In allen Kommunen, in Stadt und Land, sind auf genossenschaft-

licher Grundlage aufgebaute Versorgungsausfälle zu errichten, welche für reiflose Erfassung der vorhandenen Lebensmittel bei Großhändlern, Fabriken sowie bei allen Erzeugern verantwortlich sind. Hierbei ist den Arbeiter-, Bauern-, Landarbeiter- und Betriebsräten ein wirksames Mitbestimmungsrecht zu sichern.

Die Verteilung der Lebensmittel hat auf kommunaler Grundlage zu erfolgen, dergestalt, daß mehr oder weniger das Kleinhandlertum ausgeschaltet wird und die Verteilung in Gemeinderategie oder auf genossenschaftlicher Grundlage erfolgt. Bestehende genossenschaftliche Einrichtungen müssen in zweckentsprechender Weise hinzugezogen werden.

Durch die reiflose Erfassung der Lebensmittel bei Großhändlern, in Fabriken und bei Produzenten sowie durch systematische Ausschaltung des Sändlertums wird dem Wucher und Schleißhandel der Boden entzogen und gleichzeitig eine wesentliche Verbilligung der Lebensmittel erreicht.

80. Landesorganisation Hamburg: Der Parteitag möge beschließen: Die Regierung hat

1. aus Arbeiter- und Verbraucherkreisen Kontrollreue zu entsenden, welche bei der Erfassung der Lebensmittel tätig sind, so daß eine regelrechte Erfassung möglich ist. Zu diesem Zweck werden dieselben mit allen Machtbeugnissen ausgerüstet;
2. Betriebe, landwirtschaftliche und sonstige Lebensmittelbetriebe, welche Lebensmittel auf irgendeine Weise der Gesamtbevölkerung entziehen und in den Schleißhandel bringen, zu beschlagnahmen und die Inhaber und Helfer zu bestrafen;
3. den Wucher und Schleißhandel nicht mit Geldstrafen, sondern mit Zuchthaus zu bestrafen, da sonst eine Besserung nicht zu erwarten ist und die arbeitende und minderbemittelte Bevölkerung noch mehr als bisher hungern muß.

81. Danzig: Die sozialdemokratische Partei wollte die alsbaldige Schaffung eines deutschen Bodenrechts auf folgender Grundlage betreiben:

Der sämtliche Grund und Boden innerhalb des Reichsgebiets ist gegen Entschädigung der bisherigen Eigentümer zu verstaatlichen. Soweit der Boden — wie z. B. als Forstland — nicht in staatliche Eigenbewirtschaftung genommen wird, ist er gegen jährliche Entrichtung der zu bestimmenden Grundrente an Reichsangehörige als erbliches Lehen auszugeben:

- a) als landwirtschaftliches Nutzland bis zur Höchstgrenze von 500 Hektar für eine Familie;
- b) als gewerbliches Betriebsland;
- c) als Wohnheimstättenland. Zur Errichtung einer Heimstätte steht jeder deutschen Familie ein Lehenrecht auf mindestens 10 Ar Land zu.

Die Entschädigung der bisherigen Eigentümer erfolgt durch Ausgabe von 4%prozentigen Landpfandbriefen bis zur Höhe des ermittelten Grundwertes für jedes Grundstück. Die Inhaber der bisher auf Grundstücken ruhenden Hypotheken und Schulden sind verpflichtet, diese Pfandbriefe zum Nennwert als Rückzahlung anzunehmen. Verschiedenheiten des Zinssatzes können nicht berücksichtigt werden.

Der Grundwert zur Ermittlung der staatlichen Grundrente wird bestimmt nach dem Reinertrag, den das Grundstück bei ordnungsmäßiger Bewirtschaftung für jeden Benutzer erbringt nach Abzug des Wertes von Gebäuden und Inventar, welche persönliches Eigentum bleiben. Als Anhalt bei der Wertbemessung können die auf den Katasterämtern vorhandenen Grundsteuerveranlagungen benutzt werden. Es sind jedoch die infolge günstiger Lage, Kultur-

verhältnisse, Nähe von Städten usw. geschaffenen Wertserhöhungen zu berücksichtigen. In weitgehendem Maße sind zur Grundwertbestimmung die bisherigen Eigentümer, denen bis 500 Hektar ihres Besitzes als erbliches Lehen belassen wird, zur Selbstinschätzung zu veranlassen. Ist diese nach dem Ermessen der Verstaatlichungskommission, die für jeden Kreis gebildet ist, zu niedrig erfolgt, so übernimmt der Staat das Grundstück zu dem geschätzten Wert und überläßt es nach Neuabschätzung einem anderen Lehensträger, ist sie dagegen zu hoch, so läßt man den Benutzer so lange die entsprechend hoch bemessene Grundrente zahlen, bis er seinen Irrtum berichtigt.

In Städten und städtähnlichen Gemeinden, in denen durch Straßenbaukosten, Beleuchtung, Kanalisation usw. besondere Aufwendungen vorliegen, sind diese an die betreffenden Gemeinden seitens der Benutzer durch besondere Gemeindesteuern vorweg zu entschädigen. Der Kapitalwert dieser Gemeindesteuern wird vom Grundwert in Abzug gebracht. Von dem dann verbleibenden Grundwert sind alljährlich 5 Proz. als Grundrente an den Staat zu entrichten. Für die in den Hauptverkehrsstraßen der Großstädte — z. B. Friedrichstraße Berlin — gelegenen hochwertigen Grundstücke, wozu für jedes besonders die Wertvermittlung erfolgen muß, sind entsprechend hohe Grundrenten festzusetzen.

Bei den zurzeit im Umkreis der Großstädte gelegenen, als Spekulationsobjekte viel zu hoch bewerteten Bauterrains kann die Wertvermittlung auch nur nach dem Nutzungsertrage bewirkt werden, den sie ihren Besitzern als landwirtschaftliches oder gewerbliches Betriebsland gewähren. Jeder Bodenswucher muß unmöglich gemacht werden. Wird in Zukunft städtisches Bauland benötigt, so wird der erforderliche Grund und Boden von den bisherigen Benutzern durch die Gemeinde übernommen und nach Ausführung der Straßenbauten, Kanalisation und dergleichen an Interessenten abgegeben. In dieser Weise wird es sich ermöglichen lassen, Heimstättenland gegen eine mäßige Grundrente zu beschaffen.

Durch erhöhte Siedlungspolitik ist besonders im deutschen Osten eine zur Landbebauung ausreichende festhafte Landbevölkerung zu schaffen. Zu diesem Zweck sind aus den Domänen und den staatlicherseits zu übernehmenden Ländereien des Großgrundbesitzes zahlreiche mittlere und kleinere Ansiedlungsstellen einzurichten.

82. Landesorganisation Hamburg: Die Delegiertenversammlung der Sozialdemokratischen Partei Hamburg erblid in dem Freiwilligenheer eine schwere Gefahr für die revolutionären Errungenschaften. Sie verpflichtet deshalb ihre Delegierten zum Parteitag, für die Schaffung eines Volksheeres nach den Forderungen des Erfurter Programms einzutreten.

83. Landesorganisation Hamburg: In Erwägung, daß Aber-tausende von Krüppeln und Erwerbsunfähigen weder von der Unfall- noch von der Invalidengesetzgebung erfasst und darum völligem Elend preisgegeben werden, möge der Parteitag zu dieser Frage Stellung nehmen, damit die soziale Gesetzgebung ausgebaut und gewisse Härten derselben beseitigt werden.

84. Landesorganisation Hamburg: Der Parteitag wolle beschließen, daß die Fraktion beauftragt wird, bei der Regierung auf sofortige Vorlage eines Gesetzentwurfs für einen einheitlichen Ausbau der Arbeitsvermittlung zu dringen. Dieser Gesetzentwurf muß jede private und gewerbsmäßige Arbeitsvermittlung verbieten.

85. Landesorganisation Hamburg: Um die Durchführung der gesetzlich und tariflich festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere des Achtstundentages in den kleinen und mittleren Betrieben zu ge-

währleisten, wird die Ernennung von Arbeiterinspektoren nach Art der früheren Gewerbeaufsichtsbeamten verlangt.

Dieselben sollen von den Arbeiterräten oder Arbeiterkammern gewählt oder ernannt werden.

86. Dresden-Altsadt: Der Parteitag beschließt:

Das Reichswirtschaftsamt wird ersucht, unverzüglich einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der eine Reform der Reichsversicherungsordnung nach folgenden Grundzügen vorzieht:

Zentralisierung der Krankenversicherung durch Beseitigung der besonderen Ortskrankenassen, der Betriebs-, Land- und Zünfts-Krankenassen, Entkleidung der Erbschaften vom besetzenden Charakter. Für den Bereich einer unteren Verwaltungsbehörde darf nur eine Krankenkasse bestehen.

Das Versicherungsgezet für Angestellte ist aufzuheben. Der materielle Inhalt desselben ist in die Invalidenversicherung einzuarbeiten. Weiter wird gefordert: Herabsetzung der Grenze für den Bezug der Altersrente auf das 60. Lebensjahr, Anspruch auf Invalidenrente bei einer Erwerbsbeschränkung von 50 Proz. und kräftiger Ausbau der Hinterbliebenenrenten. Die Invaliden- und Altersrenten sind so festzusetzen, daß das Existenzminimum damit erreicht wird.

In der Unfallversicherung ist bei der Berechnung der Renten der volle Arbeitsverdienst bis mindestens 5000 Mk. anzurechnen. Für alle Streitfälle aus der Unfallversicherung ist das Rekursrecht vorzusehen.

87. Kiel: Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei wollte den Parteivorstand und die Sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung beauftragen, die Regierung bzw. die Nationalversammlung zu veranlassen, daß von dieser möglichst bald eine Verordnung bzw. ein Gesetz erlassen werde, welches die Renten der Invaliden, Alters- und Unfallrentner der heutigen Zeit entsprechend erhöht. Die Zulagen müssen in einer Höhe und Form gezahlt werden, wobei die Höhe der Rente nach dem Stande der Zeit vor dem 1. August 1914 auf die heutige Zeit entsprechend angepaßt wird. Außerdem müssen die Bezüge der Altersrentner dem gesunkenen Geldwert entsprechend erhöht werden.

88. Hannover: Der Parteivorstand wird beauftragt, bei den gesetzgebenden Körperschaften dahin wirken zu wollen, daß anstatt der unzulänglichen Invaliden- und Altersversicherung ein allgemeines Pensionsgesetz eingeführt wird, gleich den Pensionskassen der in Staatsbetrieben beschäftigten Angestellten und Arbeiter.

89. Weimar: Der Parteitag wollte beschließen, daß die Fraktionen der Partei in den Parlamenten gehalten sind, unverzüglich auf die Sozialisierung des Lichtspiels- und Theaterwesens hinzuwirken.

90. Hannover: Der Parteitag wollte beschließen, an Stelle des Religionsunterrichts den Moralunterricht sowie Unterrichtslehre über Nationalökonomie in den Lehrplan der Schulen aufzunehmen.

91. Kiel: Im März d. Js. veröffentlichte die Sozialisierungskommission den Entwurf zu einem Rahmengesetz für Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben. Der Entwurf umfaßte folgende Wirtschaftszweige:

1. Verkehrsunternehmen für das Gemeindegebiet.
2. Unternehmen zur Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Licht und Kraft.
3. Erzeugung, Beschaffung und Lagerung, Verarbeitung und Vertrieb von Nahrungs- und Genussmitteln.
4. Herstellung von Kleinwohnungen.

5. Anschlagwesen.

6. Gewerksmäßige Stellenbermittlung im Sinne des Stellenbermittlergesetzes vom Juni 1910.

7. Apotheken.

8. Bestattungswesen.

Obgleich die Erkenntnis der Notwendigkeit, die reifen Wirtschaftszweige in Gemeinwirtschaft zu überführen, immer weitere Kreise ergreift, hat die Regierung eine derartige Gesetzesvorlage bis jetzt noch nicht eingebracht.

Der Parteitag spricht deshalb die Erwartung aus, daß eine derartige Gesetzesvorlage, die eine großzügige Kommunalisierung ermöglicht, umgehend eingebracht wird.

92. Eßlingen: Zum Parteitag habe ich im Auftrage der Mitgliedschaft Ulrich folgende Anträge zu übermitteln: 1. die Nationalversammlung ist zu ersuchen, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten für eine Arbeitslosenversicherung.

93. Elberfeld-Barmen: Der Parteivorstand wird beauftragt, baldmöglichst ein wirtschaftspolitisches Bureau zu errichten, welches die Aufgabe hat:

1. den Warenmarkt vom sozialistischen Gesichtspunkt zu beobachten und regelmäßig hierüber zu berichten,
2. alle wirtschaftspolitischen bedeutenden Vorgänge ins Auge zu fassen und der Arbeiterklasse erläuternd näher zu bringen.

94. Mühlheim-Wipperfürth: Der Parteitag möge beschließen, daß die wichtigsten Gesetze mit kurzen Erklärungen in kurz gefaßten Broschüren den Genossen im Lande periodisch zur Verfügung gestellt werden. Deshalb soll in Broschürenform periodisch über die Tätigkeit der Fraktion unterrichtet werden.

95. Mühlheim-Wipperfürth: Die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichs- und den Landesparlamenten werden beauftragt, mit aller Energie dahin zu wirken, daß die Regierung endlich ernsthaftige Schritte gegen Schleichhandel, Wucher und Kriegsgewinnlertum unternimmt.

96. Teltow-Weeskow: Der Parteitag fordert die Regierung auf, die Demokratisierung der Verwaltung mit großem Nachdruck durchzuführen. Alle in leitenden und politisch wichtigen Stellen befindlichen Beamten, die sich dem Geist der demokratischen Republik nicht anpassen wollen oder können, sind schleunigst zu entfernen und durch demokratisch und sozialistisch gesinnte Personen zu ersetzen. Zur Ausbildung geeigneter Parteigenossen sind Kurse einzurichten. Die Regierung wird ersucht, die Demokratisierung der Gemeindeverwaltung zu vollenden, indem durch schnelle gesetzgeberische Maßnahmen auch eine baldige Neuwahl der Magistrats- und Gemeindevorstände ermöglicht wird.

97. Altona: Die unberechtigte große Spannung zwischen den Dienstbezügen der sog. höheren und unteren Beamten ist durch beiderseitige Annäherung an eine zeitgemäße Mittellinie zu mildern.

98. Altona: Durch Ausbau der Sozialversicherung sind die Rechte der Arbeiter und Angestellten den jetzigen Vorrechten der Beamten zu nähern und gleichzumachen.

99. Rützingen: Der Parteitag beauftragt die Genossen in den gesetzgebenden Körperschaften, dafür einzutreten, daß sämtliche fiskalischen Liegenschaften, als Flug-, Exerzierplätze, Kasernen, Festungstrahnen usw., nicht an Private verkauft werden dürfen, sondern nur an Kommunen, und zwar auch

nur unter der Bedingung, daß diese Liegenschaften nur gemeinnützigen Vereinigungen in Erbpacht gegeben werden, soweit die Kommunen dieselben nicht für eigene Zwecke gebrauchen. Kommt ein Verkauf an Kommunen nicht in Frage, so sind dieselben gemeinnützigen Vereinigungen unmittelbar in Erbpacht zu geben, um jede Spekulation auszuschließen.

100. Rüstingen. Der Parteitag beauftragt die Genossen in den gesetzgebenden Körperschaften, dafür einzutreten, daß industrielle Anlagen, als Werften, Gewehre, Munitionsfabriken usw., nicht an das private Kapital zur Spekulation überlassen werden, sondern, soweit sie nicht mehr für Zwecke des Reiches verwendbar sind, nur unter solchen Bedingungen freigegeben werden, bei der jeder etwa entstehende Gewinn an das Reich abzuführen ist.

101. Rüstingen: Der Parteivorstand beauftragt die Genossen in den gesetzgebenden Körperschaften, dafür einzutreten, daß die Gliedstaaten der deutschen Republik aufgelöst werden. An deren Stelle sind einheitliche Verwaltungsbezirke zu schaffen, welche Verwaltungsorgane erhalten, die auf breiterer demokratischer Grundlage gewählt werden.

102. Rüstingen: Der Parteitag wolle beschließen, international dahin zu wirken, daß eine Einheitsprache in allen Ländern obligatorisch eingeführt wird, um eine leichtere Verständigung der Völker herbeizuführen. Welche Sprache es sein soll, wolle man der Internationale überlassen.

103. Altona: Die Kinderarbeit unter 14 Jahren ist gänzlich zu verbieten und der Schulzwang auf dem Lande einzuführen.

104. Altona: Die deutsche Sozialdemokratie hat sich mit Hilfe der Internationale des Auswanderungswesens anzunehmen. Ein Nachrichtendienst über Industrie und Landwirtschaft, der für die Anschließung in Frage kommenden Länder ist einzurichten. Die deutschen Auswanderer dürfen nicht, entmündigt und verlassen, der schrankenlosen Ausbeutung fremder Kapitalisten verfallen.

105. Teltow-Weestow: Der Parteitag möge darauf hinarbeiten, daß auf schnellstem Wege den Gemeinden das Enteignungsrecht von ungebautem Grund und Boden gegeben wird.

106. Teltow-Weestow. Auf allen Rechtsgebieten ist durch schnelle gesetzgeberische Maßnahmen die Gleichberechtigung der beiden Geschlechter herbeizuführen.

107. Erfurt: Von der Regierung, insbesondere von unseren Genossen in derselben, erwarten wir, daß sie ihr gegebenes Wort halten, nicht halbe Arbeit machen und mit allem Nachdruck dafür eintreten, daß der gewerkschaftlich organisierten Beamtenschaft unter allen Umständen das Recht auf Streik eingeräumt wird. Die Verweigerung des Streikrechts würde einen Zustand der Entrechtung herbeiführen und die Beamten zu Staatsbürgern zweiten Ranges machen.

108. Erfurt: Um die durch Zeitungsnotizen und Wahlmanöver in die Beamtenschaft getragene Unruhe um ihre angeblich gefährdete Existenz und das Mißtrauen gegen die Sozialdemokratie zu beseitigen — das einer erfolgreichen Agitation schwer hindernd im Wege steht —, wolle der Parteitag zu den von den Genossen in der Regierung wiederholt gegebenen Zusagen auf

Wahrung der bestehenden Beamtenrechte Stellung nehmen, insbesondere zur Frage der festen Anstellung, des Anspruchs auf Ruhegehalt und auf Hinterbliebenenfürsorge.

109. Lampertheim: Der Parteivorstand wird ersucht, bei denjenigen Genossen, welche in den Ministerien sitzen, darauf zu drängen, daß vor allen Dingen eine Beschleunigung folgender Punkte baldigst durchgeführt wird: 1. Sozialisierung; 2. Trennung von Staat und Kirche; 3. Einführung des Staatsmonopols.

110. Frankfurt a. M.: Der Parteitag möge beschließen, daß unsere Abgeordneten für die Einheitlichkeit des Deutschen Reiches und gegen jeden Partikularismus einzutreten haben.

111. Frankfurt a. M.: Der Parteitag möge beschließen, daß der Zinsfuß der Kriegaanleihe auf höchstens 3½ Proz. festgesetzt wird.

112. Frankfurt a. M.: Der Parteitag möge beschließen, daß unsere Abgeordneten gegen jede indirekte Steuer einzutreten haben und für eine hochgestaffelte Vermögensbesteuerung und eine besondere Besteuerung der großen Einkommen umgehend sorgen.

113. Hannover: Die Revolution hat die Möglichkeit zu einer freiheitlichen Entwicklung in Deutschland geschaffen. Diese Entwicklung wird aber gehemmt, wenn die Gliederung des Reiches in Bundesstaaten aufrecht erhalten bleibt. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins des früheren s. hannoverschen Wahlkreises hält deshalb die Umbildung des deutschen Staatenbundes zu einem Einheitsstaat für ein unbedingtes Erfordernis.

114. Teltow-Weestow: Der Parteitag wolle die Regierung auffordern, sofort ein Gesetz zu erlassen, demzufolge die gesamten Vermögen zwecks gerechter gleichmäßiger Verteilung der Steuerlasten einwandfrei festgestellt werden.

115. Frankfurt a. M.: Der Parteitag möge die Genossen in der Regierung ersuchen, die unbeschränkte Pressefreiheit wiederherzustellen.

116. Halle und Saalekreis: Antrag I. Die Fraktion wird beauftragt, dahin wirken zu wollen, daß die Berechnung der Wahlergebnisse nach dem reinen Verhältniswahlssystem vorgenommen wird.

117. Gerbauen: Die Mitglieder des Vereins S. P. D. beantragen, Ersetzung aller Verwaltungsbeamten und der oberen Beamten der sonstigen Lokal-, Provinzial- und Zentralbehörden durch Beamte, die unbedingte Anhänger des jetzigen Regierungssystems sind.

118. Westerfilde: Der Parteitag wolle dahin wirken, daß die Arbeit der Jugendlichen in der Grube aufgehoben wird. Es soll bis auf weiteres keiner unter 16 Jahren die Grube befahren. Arbeiter unter 16 Jahren sind aus der Grube zu entfernen.

119. Redlinghausen-Vorke: Der Parteitag möge bei der Regierung darauf hinwirken, daß der Gewinn der Kriegsgewinnler restlos erfaßt wird zum Wohle der Kriegsbeschädigten und Kriegervitwen und -waisen.

Bericht der Kommission zur Beratung der Presseangelegenheiten.

120. Niederbarnim: Um den belehrenden und unterhaltenden Teil unserer Parteipresse zu heben, ist eine Feuilletonzentrale zu schaffen, die besonders den kleineren Parteiblättern dreiwöchentliche zwei- bis vierseitige Beilagen zu liefern hätte, darunter eine Frauen- und Jugendliebenbeilage.

121. Niederbarnim: Der „Vorwärts“ ist nach wie vor das Parteiorgan der Berliner Arbeiterschaft und Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie. Dieser Eigenschaft hat die Redaktion unbedingt Rechnung zu tragen in ihrer Schreibweise. Die Vertretung der Politik der augenblicklichen Koalitionsregierung kann und darf deshalb nicht ihre Sache sein. Wir verlangen deshalb eine energische Vertretung unserer proletarischen Grundzüge und unbedingte Opposition gegen die bürgerlichen Reaktionsgelüste.

122. Ultona: Der Parteivorstand wird ersucht, möglichst bald Richtlinien zur Schaffung einer im Parteidienste stehenden lokalen Kleinpresse herauszugeben.

123. Pötschappel: Um einem allgemeinen Bedürfnis abzuhelfen, ist sofort vom Parteivorstand die bereits 1914 in Aussicht genommene Familienwochenschrift herauszugeben. Gerade jetzt wird sie wichtige Dienste in der Aufklärung leisten.

124. Ottenfen: Den Parteivorstand zu beauftragen, allerschnellstens an den Ausbau unserer Presse heranzugehen, im besonderen sich den Ausbau der Kreisblattpresse angelegen sein zu lassen.

125. Ottenfen: Die „Kommunale Praxis“ ist auszubauen, damit auch die Interessen der kleinen Gemeinden berücksichtigt werden können.

126. Landesorganisation Hamburg: Der Parteitag möge eine Aufforderung an die gesamte Parteipresse ergehen lassen, wonach überall nach Möglichkeit Jugendbeilagen für die schulentlassene Arbeiterjugend unter Mitwirkung der jeweiligen Arbeiterjugendorganisationen zu schaffen sind, wo solches noch nicht geschehen sein sollte.

127. Landesorganisation Hamburg: Um die Parteipresse für jedermann verständlich zu machen, wird gebeten, Fremdwörter zu vermeiden oder aber die Uebersetzung beizufügen. Ferner möge der Parteitag es dem Parteivorstand anheimstellen, mit der Generalkommission und den Zentralvorständen der Gewerkschaften Deutschlands die Frage zu erörtern, inwieweit die einzelnen Gewerkschaftsorgane mehr als bisher mit sozialistischem Geist zu erfüllen sind, um dadurch den Genossen in den Kleinstädten und Dörfern Gelegenheit zu geben, sich in unsern Parteifragen zu orientieren, zumal die Arbeiterpresse als Tageszeitung dort sehr wenig kolportiert wird.

128. Landesorganisation Hamburg: Der Parteitag wolle beschließen: Die Fraktion wird beauftragt, auf schleunigste Aenderung des Papierverteilungsplanes für die Presse zu bringen, dergestalt, daß die politischen Zeitungen (d. h. solche, welche im Dienste von politischen Parteien stehen) nicht weiter benachteiligt werden zugunsten der sogenannten parteilosen Anzeigenpresse, daß zum andern die Papiermengen verteilt werden nach dem Stimmenverhältnis zur Nationalversammlungswahl.

129. Landesorganisation Hamburg: Die Fraktion wird beauftragt, noch vor Inangriffnahme der Sozialisierung der gesamten Presse einen Gesetzentwurf über ein Anzeigenmonopol einzubringen. Dieses Anzeigenmonopol, das sowohl im Interesse der Reichsfinanzen als auch einer allgemeinen Gesundung des Zeitungswesens dringend nötig erscheint, ist unter enger Führung mit den Fachorganisationen der Arbeiterschaft in die Wege zu leiten.

Jugend und Bildung.

130. Spandau: Der Parteitag wolle beschließen, die Parteischule schnellstens ins Leben zu rufen, um jungen, befähigten Parteigenossen Gelegenheit zu geben, sich im Kampfe für den Sozialismus das nötige geistige Rüstzeug anzueignen.

131. Niederbarnim: Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, sobald als irgend möglich, eine Parteischule einzurichten. Die seit der Revolution der Partei zugeströmten Massen bedürfen zweifellos in umfassendster Weise der Aufklärung und politischer Schulung. Hierzu müssen geeignete Kräfte herangebildet werden. Das geschieht am zweckmäßigsten durch die Wiedereinrichtung einer Parteischule.

132. Ottenfen: Der Parteivorstand wird beauftragt: es ist allerschnellstens eine Bildungsschule zu schaffen. Diese soll den Nachwuchs für die Presse schaffen, Organisationsleiter und Genossen für die öffentliche Verwaltung bilden.

133. Bremen: Der Parteivorstand wird beauftragt, sofort die Parteischule wieder zu eröffnen oder eine ähnliche Institution zu schaffen, um eine größere Zahl von Genossen für die Agitation und die Parteiarbeit heranzubilden.

134. Niederbarnim: Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, auf die Kreisvereine bzw. deren Leitungen nach Möglichkeit einzuwirken, daß Kurse in den einzelnen Kreisen und Bezirken eingerichtet werden, in denen die für die Partei neu gewonnenen Mitglieder in die Gedankenwelt des Sozialismus eingeführt werden. Die Einführung ist unbedingt erforderlich, um die Parteilmitglieder zu tatkräftigen Mitarbeitern und Kämpfern für die Sache des Sozialismus heranzubilden.

135. Frankfurt a. M.: Der Parteitag wolle beschließen: In allen lokalen Korporationen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sind Jugendgruppen, die Genossen von 18 bis 25 Jahren umfassen, nach den gleichen Grundfäden wie in Frankfurt a. M. zu bilden, welche ihre Mitglieder mit allen Strömungen des Sozialismus bekanntmachen und sie zu echten Sozialisten erziehen. Zur gemeinsamen Arbeit ist eine Zentrale (Berlin) zu errichten, die alle Gruppen zusammenfaßt und mit neuem Material anregend leitet.

136. Lübeck: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, sobald als möglich unsere früher bestandenen Bildungsinstitute (Parteischule, Wanderturfe) wieder ins Leben zu rufen und für den Ausbau dieser Einrichtungen Sorge zu tragen.

137. Hannover: Dem Parteitag den Antrag zu unterbreiten, wieder eine Parteischule ins Leben zu rufen, da durch die Folgen der Revolution der Partei viele Führer entzogen wurden, sei es, daß sie die leergebliebenen Regierunqsstellen besetzten oder sonst beherrschende Stellen einnehmen mußten.

Durch die nachfolgende Vergrößerung der Partei wurde nun der vermittelnde Führerschaft eine große Arbeitslast auf die Schultern gewälzt.

138. Mülheim-Wipperfürth: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, schnellstens Mittel und Wege zu suchen, um eine durchgreifende Bildung der tätigen Genossen in die Wege zu leiten.

139. Kiel: Der deutsche Parteitag der Sozialdemokratischen Partei wolle den Parteivorstand beauftragen, in allen größeren Städten Parteivorstände und in Berlin eine Parteischule zu errichten.

Der Zweck der Vorschulen soll sein, den Genossen eine Allgemeinbildung zu verschaffen, damit sie auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet Verständnis von deren Grundregeln erhalten.

Der Zweck der Parteischule in Berlin soll sein, den Genossen die Fähigkeit zu geben, an der Verwaltung des Staates, der Provinz, der Gemeinde sowie an den sonstigen speziellen Verwaltungen im Interesse der Arbeiterschaft teilzunehmen bzw. selbst zu übernehmen.

140. Danzig: Die Umwälzung vom 9. November 1918 hat im Gefolge, daß die tätigen Kräfte in der Partei immer mehr in die Dienste der Allgemeinheit treten müssen. Dieses bedingt, daß zur Parteiarbeit jüngere Kräfte in immer weiterem Maße zur Mitarbeit herangezogen werden müssen.

Um diese Kräfte heranzubilden und zu schulen, ist es notwendig, daß die Parteischule sobald wie möglich wieder eingerichtet wird.

141. Altona: Der Parteivorstand wird beauftragt, Richtlinien herauszugeben, wonach die Bezirks- und Kreisorganisationen verpflichtet sind, Bildungsmöglichkeiten zu schaffen und Kurse einzurichten, um dem Nachwuchs die Möglichkeit zu geben, sich für die agitatorische und verwaltungstechnische Tätigkeit heranzubilden.

142. Teltow-Weeskow: Im Hinblick auf die Herabsetzung des wahlfähigen Alters auf das 20. Lebensjahr verpflichtet der Parteitag die Parteioorganisationen, der Gewinnung und Erziehung der Jugend die größte Aufmerksamkeit zu widmen und besonderes Gewicht auf die Organisation und politische Unterweisung der 17—20jährigen zu legen.

143. Landesorganisation Hamburg: Der Parteitag fordert die Ortsvereine auf zur Schaffung von Jugendlichengruppen oder Organisationen in mehr oder minder festem Anschluß an den Parteikörper (zum Beispiel: durch Vertretung im Vorstand des Ortsvereins), die eine Ueberleitung darstellen sollen von Jugendbewegung zur Partei, dem besonderen Organisations- und Bildungsbedürfnis der jungen Altersklassen genügen und ein Hemmnis beseitigen sollen, das ihnen bisher beim Eintritt in die Partei oder zu ihrer Aktivität im Wege stand. Die Mitgliedschaft zur Partei berechtigt zur Teilnahme an diesen Gruppen.

144. Landesorganisation Hamburg: Der Parteitag wolle aufs neue die Stellung der Partei zur Jugendbewegung klarlegen, da die Grundsätze des Nürnberger Parteitages 1908 in dieser Frage durch die Entwicklung und durch den Fall gesetzlicher Schranken (zum Beispiel des § 17 des Reichsvereinsgesetzes) zum Teil überholt sind.

Sie erkennt die organisatorische Selbständigkeit der Arbeiterjugendbewegung an und betrachtet in der meisteigenden Selbstverwaltung ein treffliches Mittel zur organisatorischen Schulung der heranwachsenden Arbeiterschaft. Die Ortsvereine mögen sie in Erkenntnis dessen materiell wie moralisch unterstützen, ebenso wie diese zur Hilfeleistung bei der Veranstaltung von Feiern

(Festfeier usw.) und sonst heranzuziehen sind. Die Parteigenossen werden aufgefordert, sich der Jugend als Leiter und Helfer zur Verfügung zu stellen.

145. Eiberfeld-Barmen: In Ermägung, daß viele Volksteile der sozialistischen Gedankenwelt noch vollständig fremd und verständnislos gegenüberstehen, daß namentlich die Volksgenossen, die an der schnellen und durchgreifenden Herbeiführung einer Wirtschaftsreform auf sozialistischer Grundlage das allergrößte und persönliche Interesse haben, wie das große Geer der Angestellten aller Kategorien, der kleinen Beamten und Geschäftsleute, infolge mangelnder Erkenntnis und getäuscht durch die Verleumdungen unserer Gegner, den Sozialismus absolut falsch bewerten. In fernerer Ermägung, daß der Ausfall der Wahlen gezeigt hat, wie dringend nötig es ist, gerade diese Kreise von der Notwendigkeit der sozialistischen Forderungen in ihrem ureigensten Interesse zu überzeugen und sie dadurch fähig zu machen, der antsozialistischen Agitation ein eigenes Urteil gegenüberzustellen, beschließt der Parteitag: „Es ist sofort eine über ganz Deutschland sich erstreckende großartige Aufklärungsarbeit einzuleiten, die sich vor allem an die uns noch fernstehenden zu wenden hat, die also entsprechend aufgebaut sein muß. Es ist hierbei in erster Linie zu berücksichtigen, daß erfahrungsgemäß die schriftliche Aufklärung durch Flugblätter usw. die in Betracht kommenden Kreise nicht erreicht, daß hier vielmehr vor allem die Aufklärung von Mund zu Mund angebracht ist. Der Parteitag beauftragt den Zentralbildungsausschuß, in diesem Sinne ein geeignetes Programm auszuarbeiten und schnellmöglichst durchzuführen.“

146. Emden: Wir fordern, daß der Parteitag in erschöpfender Weise den Neuaufbau der Arbeiterjugendorganisationen behandelt und, ausgehend von den Beschlüssen des Nürnberger Parteitages und des Hamburger Gewerkschaftskongresses, Richtlinien für diese Bewegung festlegt, welche den heutigen Verhältnissen im neuen Deutschland Rechnung tragen.

Wir halten die Reorganisation der sozialistischen Jugendbünde für eine der elementarsten Pflichten des Parteitages, denn der größte Erfolg für die Partei wird es sein, wenn in die empfänglichen Gemüter der Arbeiterjugend die Lehren des Sozialismus gepflanzt werden. Die Ausbildung und Gewinnung geeigneten Nachwuchses muß durch den Arbeiterjugendbund geschehen und der Parteitag möge diesem Gebiet seine größte Aufmerksamkeit schenken.

147. 5. sächsischer Reichstagswahlkreis: Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu ersuchen, sich der Frage des Bildungswesens mehr als bisher anzunehmen und der Volkshochschulbewegung ihrer Bedeutung gemäß Aufmerksamkeit zu schenken. Bildung dem Volke zu bringen ist Aufgabe der neuen Gesellschaft, öffentliche Mittel sind zu diesem Zweck zur Verfügung zu stellen.

148. Königsberg i. Pr.: Den Parteivorstand zu beauftragen, Unterrichtsreisen einzuführen, in denen über den Zusammenhang des Verwaltungswesens in Reich, Staat und Gemeinde unterrichtet wird. Geeignete Genossen sind nach Vorschlag der Ortsvereine vom Provinzialrat zu beständigen. Die Kosten trägt der Parteivorstand.

149. Landesorganisation Hamburg: Da augenblicklich das Bildungsweesen sehr im argen liegt, ist es Ehrensache des Parteitages, dieses wieder so schnell wie möglich in die Hand zu nehmen. Die Parteischule ist baldmöglichst wieder ins Leben zu rufen.

150. Landesorganisation Hamburg: Der Parteitag fordert die in den Vertreterkörperschaften von Staat und Gemeinde tätigen Partei-

genossen an, mit aller Kraft für die kulturelle Erziehung der proletarischen Jugend, die der Krieg körperlich, geistig und seelisch vernachlässigte und unterdrückte, einzutreten durch Schaffung alkoholfreier Jugendheime, Bereitstellung von Jugendlesefäkalen und geeigneten Vereinstäumen (in Schulen usw.), Jugendherbergen, Wanderherbergen in den Städten und auf dem Lande, durch materielle und moralische Unterstützung der Arbeiterjugendorganisationen, durch Maßnahmen gegen das Jugend- und Volksleben demoralisierende Kino-umwesen und dergleichen mehr.

151. Landesorganisation Hamburg: In Anbetracht, daß in der Frage der Verstaatlichung und Sozialisierung noch viel Unklarheit in den Genossenschaftskreisen herrscht, beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, diese Fragen in Broschüren zu klären und zum Selbstkostenpreise abzugeben.

152. Kreis Brandenburg: Der Parteitag wolle beschließen: Angehts der Notwendigkeit, daß 1. eine der Zeit entsprechende Aufklärung über Zwecke, Ziele und Wege der Sozialdemokratie umgehend und durchgreifend geschehen muß, und 2. eine schnelle Heranbildung befähigter Genossen für die Mitwirkung bei Gesetzgebung und Verwaltung im Reich, Staat und Gemeinde gefördert wird, sind durch den Parteivorstand Lehranstalten zu errichten. Die „Kommunale Praxis“ ist auszubauen.

153. Reddinghausen-Worfen: Für die einzelnen Agitationsbezirke sind Jugendliche anzustellen. Die Jugendbewegung muß besser mit Geldmitteln unterstützt werden.

154. Heinrichswalde: Der Parteivorstand soll beauftragt werden, sofort die Parteischule wieder ins Leben zu rufen und bei Beschädigung derselben besonders die Verhältnisse im Osten zu berücksichtigen. Durch den starken Zustrom von Mitgliedern zur Partei ist eine intensive Agitation zu leisten, was aus Mangel an geeigneten Kräften zurzeit nicht durchführbar ist.

155. Wanzleben: Der Parteitag fordert von der Regierung, daß die staatlichen Unterrichtskurse für Jugendpflege so ausgestaltet werden, daß es den Leitern der Arbeiterjugend möglich ist, daran teilnehmen zu können.

Sonstige Anträge.

156. Altona: Sofortige Auflösung sämtlicher Freiwilligenverbände, als Ersatz dafür Gründung einer Volkswehr.

157. Altona: Entlassung sämtlicher autoritärer Offiziere. Die Maßnahmen des Reichswehrministers Noske in manchen Fällen und die Bevorzugung der Offizierskaste durch denselben sind eines überzeugten Genossen unwürdig. Daher wird der Genosse ersucht, sich auf die Pflichten eines Parteigenossen zu besinnen und jede Provokation der Arbeiterschaft zu unterlassen.

158. Weimar: Der Parteitag wolle den Reichswehrminister Noske zu seinem Rücktritt veranlassen.

159. Münster: Der Reichswehrminister Noske ist aus der Partei auszuschließen.

160. Teltow-Berlow. Antrag zum Parteiprogramm. Eintreten für das Mitbestimmungsrecht aller Arbeitnehmer (einschließlich Beamten) in Anstellungs-, Beförderungs- und Entlassungsangelegenheiten.

161. Hannover: In Anbetracht, daß bei den letzten Wahlen die Beteiligung hieran eine immer schwächere wurde und dies zum großen Teile

auf die an diesem Tage stattfindenden Vergnügen, Konzerte, Theatervorstellungen usw. zurückzuführen ist, beantragen die Unterzeichneten, dem Parteitage zu unterbreiten, bei der Regierung allen Einfluß geltend zu machen, um an den Tagen der Wahlen zu den entscheidenden Körperlichkeiten jegliche Vorführungen zu unterjagen, damit niemand abgehalten werden kann, seiner Wahlpflicht zu genügen.

162. Frankfurt a. M.: Der Sozialdemokratische Verein Groß-Frankfurt ersucht den Parteitag, beschließen zu wollen, daß alle Fürsten und früheren Kroneninhaber ohne Pensionen von der Reichs- oder den Landesregierungen abgefunden werden.

163. Seegesell: Die Völkerverbrüderung und Versöhnung muß sofort in die Tat umgesetzt werden. Das muß die hehrste Aufgabe des internationalen Proletariats sein. Zu diesem Zweck ist neben der Landesprache die obligatorische Einführung einer Weltprache in allen Ländern zu erstreben. Der Parteivorstand wird deshalb beauftragt, dem nächsten Internationalen Sozialistenkongreß einen dazugehörenden Antrag zu unterbreiten.

164. Frankfurt a. M.: Der Parteitag wolle beschließen: den Parteivorstand zu beauftragen, nach den Beschlüssen des Parteitagess Haxe Richtlinien mit Erläuterungen über die Frage der Sozialisierung schnellstens in der Parteipresse zu veröffentlichen.

165. Ohmstedt: Der Parteitag wolle beschließen, dem grundsätzlichen Teil des Erfurter Programms folgenden Zusatz zu geben:

Das Kapital hat die Gesellschaftswirtschaft von der Einzelwirtschaft zur Genossenschaftswirtschaft entwickelt, Technik und Wissenschaft in seinen Dienst gestellt und damit die Nationalität der Arbeit auf eine hohe Stufe gebracht, so daß die Gesellschaft in der Lage ist, so viel Werte zu erzeugen, als zur Befriedigung aller Existenzbedürfnisse ihrer Glieder erforderlich ist. Wenn trotzdem die große Masse des Volkes schwereren Entbehrungen ausgesetzt ist, hat das seine Ursache darin, daß die Möglichkeit besteht, daß sich einzelne Menschen Existenzmittel über ihren gegenwärtigen Bedarf aneignen. Existenzmittel, die der Mensch über seinen gegenwärtigen Bedarf besitzt, sind Privateigentum. Die Möglichkeit, Existenzmittel in Privateigentum zu verwandeln und sie damit der Gesellschaft zu entziehen, ist unbegrenzt, dagegen sind die von der Gesellschaft erzeugten Werte begrenzt. Das Privateigentum hat heute einen großen Umfang angenommen und entzieht der Gesellschaft so viel Werte, daß ihr nicht so viel bleibt, um die dringendsten Bedürfnisse vieler Menschen zu befriedigen. Die Nichtbefriedigung notwendiger Existenzbedürfnisse bedeutet für den Menschen den Untergang. Somit erzeugt das Privateigentum die Unsicherheit der Existenz und damit das Streben nach Privateigentum. Privateigentum hat die Unsicherheit der Existenz, diese wieder das Privateigentum zur Folge. Dadurch, daß ein Mensch nach Privateigentum strebt, macht er die Existenz aller Menschen unsicher und zwingt diese gleichfalls nach Privateigentum zu streben. Einer zwingt alle, und alle zwingen einen. So entsteht eine überindividuelle Macht, der sich kein Mensch entziehen kann, der Kapitalismus. Dadurch, daß sich der Mensch in jeder wirtschaftlichen Tätigkeit ausschließlich von dem Streben nach Existenzmitteln leiten läßt, gesteht der Kapitalismus die Normen der Gesellschaftswirtschaft und bewirkt, daß diese vielfach für die Gesellschaft schädliche, widersinnige Normen annimmt, die die ganze Gesellschaft gefährden können. Deshalb eilt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Beseitigung des Kapitalismus, und an dessen Stelle den Sozialismus, das Streben des Menschen, in möglichst kurzer Zeit mit

einem möglichst geringen Aufwand von Arbeitskraft so viel Werte zu erzeugen, als er zu seiner Existenz bedarf.

Die kapitalistische Gesellschaft beruht auf Privateigentum, das heißt auf der Mäglichkeit und Notwendigkeit für den Menschen, Existenzmittel über seinen Bedarf zu besitzen.

Grundlage des Privateigentums ist die besitztragende Eigenschaft des Geldes, seine Ursache die Unsicherheit der Existenz des Menschen. Deshalb erstrebt die Sozialdemokratie:

1. Die absolute Sicherung der Existenz des Arbeiters durch den Staat.
2. Eine laufende Entwertung des Geldes.

Für die absolute Sicherung der Existenz des Arbeiters ist erforderlich:

1. Die Umwandlung des Geldlohnes in einen konstanten Werklohn durch Gesetz, das bestimmt, daß in allen größeren Orten Kommissionen gebildet werden, welche laufend die Lebensmittelpreise an Orte feststellen und an Hand dieser Feststellungen in kurzen Zwischenräumen den Betrag errechnen, den ein Arbeiter haben muß, um seine Existenzbedürfnisse voll und ganz zu befriedigen, und das jeden Arbeitgeber verpflichtet, den so festgestellten Betrag seinen Arbeitern als Mindestlohn zu zahlen.

2. Ein Volksfürsorgegesetz, das allen Kranken, Invaliden, Arbeitslosen, Waisen und Blasen eine ausreichende, dem Mindestlohn ihres Wohnortes prozentual angepaßte Unterstützung gewährt.

Die Durchführung dieser Gesetze bedeutet eine dauernde Steigerung der Löhne und aller Preise, die gleichbedeutend ist mit einer laufenden Entwertung des Geldes. Sie beseitigt Grundlagentheorie und Ursache des Privateigentums und in kurzer Zeit dieses selbst.

166. Landesorganisation Hamburg: Der Parteitag möge sich eingehend mit der Reorganisation der Gerichtsbarkeit und der Modernisierung des gesamten Rechtswesens beschäftigen.

Sämtliche alten reaktionären Richter sind bei politischen Prozessen auszuschalten. Gerichtshöfe, vor denen sämtliche politischen Vergehen, Freßvergehen, Aufrehrprozesse und auch politische Mordprozesse, gleich ob von Militär- oder Zivilpersonen begangen, verhandelt werden, sind sofort zu schaffen.

167. Landesorganisation Hamburg: Außer den im Artikel 8 des Erfurter Parteiprogramms geforderten Umländerungen wird gefordert:

1. Aufhebung des Anwaltszwanges.
2. Aufhebung der Glaubhaftmachung durch Stellung von Sicherheitsleistung.
3. Aufhebung der Ablehnung des Armenrechtes durch die Gerichte wegen Ausichtslosigkeit der Rechtsverfolgung, trotz Weibringung des behördlichen Armenattestes.
4. Aufhebung des Erlasses von einstweiligen Verfügungen, ohne daß Antragträger vor Erlass derselben sich gegen diese äußern kann. Auch muß das Einspruchsrecht für alle Instanzen der Gerichte mit der Hauptsache durchgeführt werden können und nicht nur bis zu den Oberlandesgerichten.
5. Es muß sowohl dem Kläger wie dem Beklagten, trotz seines ihm beigeordneten Anwalts, gestattet sein, bei den Gerichtsverhandlungen das Wort zu nehmen.
6. Kläger sowie Beklagten muß gestattet werden, die Akten der Zivil- oder Strafprozesse einzusehen.

168. Landesorganisation Hamburg: Der Parteitag ist aufzufordern, sich energisch gegen jede weitere Vergeudung von Nahrungsmitteln

für die Alkoholvergütung (in jeder Form) zu erklären und die Gewinnen in gesetzgebenden und Verwaltungsbüros anzuweisen, daß die Spiritus-erzeugung auf den Bedarf für dringende gewerbliche Zwecke beschränkt werde und hierbei nur solche Rohstoffe benützt werden, die für die Volksernährung nicht in Betracht kommen, wie Sulfid, Holz usw.

Der Parteitag klagt die durch die Revolution beseitigte Regierung wegen ihrer Sanktionierung einer gewissenlosen Verschleuderung von 50 Millionen Zentner Getreide (während des Krieges) für Braugewerbe der verbräuterten Mittelklasse an den nach Hunderttausenden zählenden Hungeropfern an.

169. Landesorganisation Hamburg: Der Parteitag möge unter Erneuerung der Wünsche 2 bis 4 der auf dem Parteitag zu Magdeburg 1910 zum Genossenschaftswesen angenommenen Resolution (Antrag 98) beschließen, daß die bestehenden Genossenschaften zwecks Ausschaltung des verwerflichen Zwischenhandels mit aller Energie auszubauen sind und unter tatkräftiger Mithilfe der Gewerkschaften die Errichtung von Produktionsgenossenschaften in enger Verbindung mit ersteren beschleunigt in die Wege geleitet wird.

170. Rüstungen: Der Parteitag möge eine Kommission einsetzen, die ein Abrüstungsprogramm ausarbeitet, das dem nächsten Parteitag vorzulegen ist.

171. Rüstungen: Die sozialdemokratische Parteioorganisation Rüstungs- und Wilhelmshaven ersucht den deutschen Parteitag in Weimar, unermüdet eine Kommission von hervorragend tätigen und bewährten sozialdemokratischen Kommunalpolitikern einzusetzen, um ein der neuen Zeit entsprechendes sozialdemokratisches Kommunalprogramm auszuarbeiten. Vor Durchführung einer einheitlichen Verwaltungsreform über ganz Deutschland sind die sozialdemokratischen Vertreter in den Regierungen und Parlamenten sowie den Kommunen der deutschen Freistaaten zu verpflichten, im Sinne des sozialdemokratischen Kommunalprogramms sich zu betätigen und die Ausführung von diesem Geiste getragenen Städte- und Gemeindeordnung anzustreben.

172. Rastatt: Der Parteitag bestimmt: „Die Mitglieder unserer Partei in der Regierung werden beauftragt, mit aller Energie dahin zu wirken, daß die jegliche Kontingentierung der Papier- und sonstigen Rohstoffe einer sofortigen Neuregelung unterzogen werden muß, und zwar dem heutigen Arbeitsverhältnis der Parteien entsprechend.“ Es steht fest, daß unsere Parteipresse bei der jetzigen Zurechtweisung von Papierstoffen, entgegen dem Willen der Regierung, zu kurz kommt und wird daher vom Parteitag erwartet, daß er diesen Antrag statigibt.

173. Heilsberg: Alle Städte sind gesetzlich anzuhalten, sofort Schrebergartenland für die minderbemittelten Bewohner der Städte zu beschaffen. Es muß sein! Die Not ist groß!

174. Heilsberg: Es sind sofort Heimstätten zu schaffen, die für Arbeiter und sonstige kleine Leute zur Verfügung gestellt werden.

175. Essen: Die Freiwilligenkorps sind aufzulösen und an deren Stelle Volkswachen zu gründen.

176. Essen: Eine Einigung der sozialistischen Parteien mit allen Mitteln anzustreben.

177. Friedeberg-Urnswalde: Der Sozialdemokratische Kreisverein der Kreise Friedeberg und Urnswalde stellt an den Parteitag in Weimar den Antrag, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß eine Einigung der drei sozialdemokratischen Parteien aufstands kommt, selbst unter Aufopferung führender Männer, die hinderlich sein sollten.

178. Göttingen: Entwurf eines sozialistischen Aktionsprogramms.

1. Es muß eine Rille gesucht werden, um den drohenden Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens und damit auch des kulturellen Lebens zu verhindern.

2. Eine kommunistische Mätereierung wäre ein Versuch mit äußerst unsicherem Ausgang, der jedenfalls erst gemacht werden sollte, wenn alle Mittel sich als untauglich erwiesen haben.

3. Der Zusammenbruch des Wirtschaftslebens kann nur verhindert werden durch eine sofort einsetzende Steigerung der Produktivität der Wirtschaft zunächst auf den Stand vor dem Kriege, weiterhin aber weit darüber hinaus.

4. Eine solche Steigerung der Produktivität ist aber nur möglich durch großzügige Sozialisierung der Gesamtwirtschaft etwa nach den Plänen Ballods oder Neuraths. Dies aus zwei Gründen:

a) Die Arbeiterschaft ist nur dann zum Arbeiten zu bewegen, wenn sie sieht, daß mit dem Sozialismus ernst gemacht wird.

b) Die Steigerung der Produktivität ist nur zu erzielen durch planmäßige Organisation der Gesamtwirtschaft, die alle vermeidbare Vergewandung von Arbeit und Rohstoffen vermeidet, d. h. durch Sozialisierung.

5. Die Sozialisierung der Wirtschaft kann nur von einer sozialistischen Regierung durchgeführt werden.

6. Zur Durchführung der Sozialisierung ist die Mitarbeit der bürgerlichen Intelligenz unentbehrlich.

7. Diese Mitarbeit ist nicht durch Terror zu erzwingen, sondern setzt die wenigstens formale Beibehaltung der Demokratie voraus.

8. Eine sozialistische Regierung ist nur möglich bei Einigkeit des ganz überwiegenden Teiles des Proletariats.

9. Einigkeit des Proletariats setzt voraus den Rücktritt der als kompromittiert geltenden Führer, ob sie nun mit Recht als kompromittiert gelten oder nicht.

Wir schlagen deshalb folgendes Aktionsprogramm vor:

Aktionsprogramm. 1. Demission der sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung.

2. Einigung der sozialistischen Parteien auf eine Ministerliste, wobei es nicht auf die Zahl der Vertreter ankommt, die jede Partei in der Regierung hat, sondern nur auf die persönliche Eignung der Mitglieder. Auszuschließen haben mindestens Koste, Scheidemann, Wissell. Ferner Einigung auf ein Programm für die nächsten sechs Monate.

3. Die beiden Parteien stellen den Präsidenten und die bürgerlichen Parteien vor die Wahl, entweder die rein sozialistische Regierung zu unterstützen oder eine rein bürgerliche Regierung zu bilden.

4. Geschieht letzteres, so treten die Sozialisten in schärfste Opposition. Dann würde sich die völlige Einigung zwischen ihnen sehr rasch vollziehen und die bürgerliche Regierung hätte in wenigen Wochen abgewirtschaftet.

5. Andernfalls übernehmen die Sozialisten die Regierung und beginnen sofort mit dem Erlaß von Verordnungen und der Einrichtung von Ämtern (aber keinen bürokratischen!), die zur raschen aber systematischen Vorbereitung der Sozialisierung nötig sind.

6. Gleichzeitig wird im ganzen Lande ein großzügiger Aufklärungsfeldzug organisiert, um besonders die Arbeiterschaft über das Wesen der Sozialisierung, ihre Möglichkeiten und Vorbedingungen und darüber aufzuklären, daß angestrengte Arbeit in der Uebergangszeit unerlässliche Bedingung ist.

7. Hand in Hand damit ist die große Vermögensabgabe in natura nach den Vorschlägen Rudolf Goldscheids (vgl. „Staatskapitalismus oder Staatssozialismus“ sowie „Sozialisierung der Wirtschaft oder Staatsbankrott“) durchzuführen.

8. Es ist ferner anzustreben, daß wir von Amerika langfristige Kredite in Form von auf Kredit gelieferten Nahrungsmitteln, Rohstoffen (Kunstdünger) und Fabrikaten (Lokomotiven, landwirtschaftliche Maschinen usw.) hereinbekommen, um möglichst rasch die Wirtschaft neu aufzubauen zu können.

Wenn dieses Programm durchgeführt wird und etwa nach einem halben Jahr der Reichstag gewählt wird, ist eine sozialistische Mehrheit sicher.

Dieses Programm soll nicht vor dem Friedensschluß zur Ausführung kommen.

Resolutionen.

179. Kiel: Der Sozialdemokratische Verein von Groß-Kiel protestiert auf das Schärfste gegen das Urteil im Liebnicht-Prozess. Die Versammlung erklärt: das Urteil entspricht in keiner Weise dem allgemeinen Volks- und Rechtsempfinden. Notwendig ist die sofortige Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit und eine Revision des Urteils. Die Versammlung fordert die Arbeiter und Parteigenossen in ganz Deutschland auf, sich diesem Protest anzuschließen.

180. Atona: Wir mißbilligen die Zusammensetzung des Staatsgerichtshofes, in dem die Zahl der aus der wilhelminischen Epoche übernommenen Berufsrichter überwiegt. Wir mißbilligen die Entschädigung der privatkapitalistischen Expropriateure im Falle ihrer Expropriation durch die Sozialisierung.

Wir mißbilligen die volksfeindlichen Ansichten des Ernährungsministers Schmidt.

Wir fordern die Expropriierung der fürstlichen Vermögen und der unrechtmäßig erworbenen Kriegsgewinne.

181. Berlin: Demokratisierung der gesamten Verwaltung und Besetzung aller Informationsstellen der Regierung mit Parteigenossen.

Einreten für das Mitbestimmungsrecht aller Arbeitnehmer (einschl. Beamten) in Anstellungs-, Beförderungs-, Entlassungsangelegenheiten.

Einreten für das Räteystem auf wirtschaftlicher Grundlage.

Der Parteitag wolle beschließen, daß:

die Parteigenossen in der Regierung des Reiches und der Bundesstaaten endlich der Resolution und ihren Gesetzen Geltung verschaffen;

die alten reaktionären Landräte, Regierungspräsidenten, Offiziere und Beamten aus allen leitenden und einflussreichen Stellungen entfernt und dafür sach- und fachkundige Parteigenossen (aber nicht nur Intellektuelle, sondern auch Kaufleute und Arbeiter) eingestellt werden;

eine die Errungenjachten der Revolution zu sichernde Volkswehr geschaffen und die Militärgerichtsbarkeit restlos aufgehoben wird;

seitens der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung ein Gesetzesentwurf eingebracht wird, welcher die allgemeine Fortbildungspflicht für beide Geschlechter bis zum vollendeten 18. Lebensjahr ausdehnt;

so schnell wie möglich eine Partei-Hochschule einzurichten ist, und Befähigte Parteigenossen in die verwaltungstechnische Arbeit des Staates einzuweisen; der Zentralbildungsausschuß eine Zentral-Ausleihsstelle für Parteiliteratur einrichtet.

182. Ziel: Um dem Wirtschaftsleben die zur gesunden Fortentwicklung notwendige Stabilität zu gewähren, ist die Durchführung der wirtschaftlichen Demokratie notwendig. Der Weg zur wirtschaftlichen Demokratie ist eine weitgehende Sozialisierung des deutschen Wirtschaftslebens. Eine sinnvolle Sozialisierung kann nur erfolgen unter tätiger Anteilnahme der Arbeiterschaft, diese bedingt die endgültige Klärstellung des Räteystems.

Der Parteitag ersucht deshalb die Regierung, nunmehr einen Gesetzentwurf einzubringen, der das Räteystem nach den Beschlüssen des zweiten Rätekongresses in die Verfassung aufnimmt.

183. Jena: Die Bewilligung der Kriegskredite seitens der Reichstagsfraktion erfolgte unter Berufung darauf, daß Deutschland alles, was in seinen Kräften stand, getan habe, den Ausbruch des Krieges zu verhindern, daß keinerlei Eroberungsabsichten beständen und daß der Krieg lediglich zur Verteidigung des Landes sowie zur Erhaltung seiner wirtschaftlichen wie politischen Selbstständigkeit geführt werde. Unter diesen Voraussetzungen war auch die große Mehrzahl der Parteigenossen mit der Kreditbewilligung einverstanden. Nachdem jedoch nunmehr feststeht, daß die damals in Deutschland regierenden Kreise nicht nur mitschuldig am Ausbruch des Krieges waren, sondern sogar bewußt im geheimen auf denselben hinarbeiteten in der Absicht, ihre imperialistischen Pläne durch ihn zu erreichen, daß sie diese Politik während der ganzen Dauer des Krieges beibehielten und dadurch zu seiner Verlängerung beitrugen, was insbesondere durch Zerschlagung der von Amerika zu Anfang des Jahres 1917 angebahnten Friedensverhandlungen infolge der Ankündigung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, sowie durch die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest zum Ausdruck gekommen ist, bedauert der Parteitag die Haltung der Reichstagsfraktion während des Krieges als nicht im Interesse des deutschen Volkes, wie insbesondere der Arbeiterklasse gelegen.

184. Landesorganisation Hamburg: Die Landesorganisation (Groß-Hamburg) steht voll und ganz hinter den „Leitfäden über die Arbeiter-räte“, die auf dem 2. Rätekongreß angenommen sind, und erwartet von dem Parteitage, daß er dasselbe tut, da das der einzige Weg zur Einigung der schaffenden Stände ist.

185. Jittau: Wir legen Verwahrung ein gegen die, durchaus nicht berechnete Bevorzugung der Grenztruppen mit Lebensmitteln.

186. Danzig: Die am 13. Mai tagende Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt nimmt Stellung zur Politik der Partei und unterbreitet dem Parteitag folgende Entschließung:

Die am 9. November vor sich gegangene Umbwälzung und im Anschluß daran auf Grund des Verhältniswahlsystems erfolgten Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften haben unsere Partei zur Regierungspartei gemacht. Diese Tatsache darf keineswegs dazu führen, um unter allen Umständen die Nation über die Partei zu stellen, sondern wir müssen stets das Parteiinteresse und damit die wirksame Vertretung der Interessen des werktätigen Volkes im Auge behalten. Das bedingt, daß wir allen Widerständen zum Trotz praktisch im Sinne des Sozialismus arbeiten.

Als erste Voraussetzung zur Verwirklichung des Sozialismus betrachten wir die beschleunigte Sozialisierung aller dafür reifen Industrien.

Die Erfassung der Kriegsgewinne, Schaffung einer durchgreifenden Besitz- und Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer, Verhinderung der Abwanderung des Kapitals in das Ausland evtl. durch Beschlagnahme, sind zur Erfüllung der gewaltigen finanziellen Lasten und zur gerechten Heranziehung der steuerkräftigen Volksteile im Interesse des Volksganges dringendes Gebot.

Durch Aufteilung der Hütelkommission und der Domänen, Schaffung von Kleinwohnungen ist die Wiederbelebung der Landwirtschaft und Erigerung der landwirtschaftlichen Produktion in die Wege zu leiten. Durch Errichtung von Kriegerheimstätten ist den Kriegsbeschädigten die Möglichkeit einer Existenzgründung zu geben.

Bereitstellung größerer Mittel zum Bau von Kleinwohnungen, schnelle Inbetriebnahme der dazu notwendigen Industrien, Verpflichung der Staats- und Kommunalbehörden zum Bauen in eigener Regie, Beschlagnahme von Gemeinwohnhäusern und Aufteilung der größeren Wohnungen ist notwendig, um die Wohnungsnot zu mildern.

Die wirtschaftlichen Räte — Betriebsräte — müssen in der Verfassung verankert und ihre Kompetenzen möglichst weit gesteckt werden. Insbesondere sind sie in weitestgehender Weise zur Durchführung der Sozialisierung heranzuziehen.

Die Freiwilligenverbände sind sobald wie möglich aufzulösen und durch eine Volkstute zu ersetzen.

Die Jugendschutzforderungen wie Verkürzung der Arbeitszeit, Einführung von Ferien für Jugendliche, Verlegung der Schulzeit in die Arbeitszeit, Beschränkung der Lehrzeit auf höchstens drei Jahre, Regelung der Lehrlingsausbildung sowie überhaupt der Lehrlingsfrage müssen durch reichsgesetzliche Festlegungen allerschleunigend zur Durchführung kommen.

187. Landesorganisation Hamburg: Die Regierung wird aufgefordert:

1. die Vermög- und Ländereigen der Grafen und Fürsten sowie aller ähnlicher Großgrundbesitzer zu konfiszieren;
2. die Schuldigen am Ausbruch des Krieges und die Schuldigen, die die Friedensmöglichkeiten niederschlugen und verheimlichten, die die Verlängerung des Krieges verschuldeten, sind sofort vor Sondergerichtshöfe, die insbesondere das Vertrauen der Arbeiter genießen, zu stellen.

188. Landesorganisation Hamburg: Die Delegiertenversammlung des sozialdemokratischen Vereins für das Hamburgische Staatsgebiet beurteilt die Art und Weise, wie die Regierung die Sozialisierungskommission behandelt hat. Große Massen der sozialistischen Arbeiterkraft sehen darin einen Versuch, jeder ernstlichen Sozialisierungsarbeit vorzubeugen. Sie verlangen deshalb, daß die Regierungsmitglieder der sozialdemokratischen Partei dem Parteitag Aufklärung geben, weshalb die Sozialisierungskommission aufgelöst worden ist.

189. Landesorganisation Hamburg: Die Delegiertenversammlung der Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Hamburg ist der Ansicht, daß zum Aufbau unseres Wirtschaftslebens und zur Überführung desselben in den Sozialismus vor allem Ruhe und Ordnung nötig ist, um den verantwortlichen Stellen Zeit zu geben, nach reiflicher Beratung planmäßig vorzugehen zu können. Ruhe und Ordnung kann nur erhalten werden, wenn der Bevölkerung genügend Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen geboten wird. In der Versorgung mit Lebensmitteln sind wir in erster Linie auf unsere einheimische Landwirtschaft angewiesen, die deshalb leistungsfähig erhalten werden muß.

Die Delegiertenversammlung fordert deshalb den Parteitag der sozialdemokratischen Partei auf, sich für folgende Forderungen bei der Regierung einzusetzen:

1. Ein Gesetz, das den deutschen Boden unter ein Recht stellt, das den Handel mit demselben unmöglich macht;

2. die Verstaatlichung des gesamten Hypothekendienstes;
3. das Enteignungsrecht für den Staat in allen Fällen, wo der Boden nicht oder ungenügend ausgenutzt wird, auch wenn Arbeitermangel als Grund angegeben wird.

190. Kreisorganisation Justerburg: Der Parteitag wolle für die Verwirklichung folgender Forderungen eintreten:

1. Die Arbeiterräte sollen als gleichberechtigte Instanz zu allen Verwaltungsbehörden treten, ohne deren Zustimmung Erlasse und Verfügungen keine Höchstkraft haben.

Wo aus Wahlen nach gleichem Wahlrecht hervorgegangene Selbstverwaltungskörperschaften ein Mitbestimmungs- und Kontrollrecht über die Behörden ausüben, wirken die Arbeiterräte lediglich kontrollierend mit. Sie haben dabei ein Einspruchsrecht, um die Ausführung von Beschlüssen bis zur Entscheidung der übergeordneten Stelle hinauszuschieben.

2. Die Betriebsräte sollen unverzüglich ausgebaut werden. Sie sollen volles Mitbestimmungs- und Kontrollrecht über Einstellung und Entlassung, Regelung der Produktions-, Arbeits-, Lohn- und Urlaubsverhältnisse und Beschaffung sanitärer Einrichtungen haben.

3. Arbeiter- und Betriebsräte dürfen in keiner Weise für Amtshandlungen in dieser ihrer Eigenschaft als Vertrauensleute der arbeitenden Bevölkerung gemahregelt und benachteiligt werden. Für ihre Verantwortlichkeit sind Spruchkammern zu schaffen, deren Laienrichter Arbeiterräte sein müssen.

4. Die Einwohnerwehren sind sofort abzuschaffen, weil sie zu einer einseitig gegen das Proletariat gerichteten Waffe werden.

191. Döbeln: Die am 18. Mai in Döbeln tagende Generalversammlung des 10. Kreises mißbilligt aufs schärfste eine Politik, die nicht geeignet ist, eine Einigung der sozialdemokratischen Parteien herbeizuführen. Maßnahmen der Reichsregierung und namentlich auch der sächsischen Regierung lassen nicht erkennen, daß die deutsche Arbeiterschaft vor sechs Monaten eine freigreifige Revolution durchgeführt hat. Eine Einigung der sozialdemokratischen Parteien kann aber nur erfolgen, wenn von Seiten der Mehrheitsparteien eine radikalere Politik befolgt wird. Die fortgesetzte ängstliche Rücksichtnahme gegenüber dem Bürgertum, die man gemeinhin als Generals- und Geheimratspolitik bezeichnet, muß aufhören.

Wir fordern demgegenüber eine Politik, die erkennen läßt, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft die politische Macht an sich genommen hat, eine Politik, die allein geeignet ist, eine Einigung der sozialdemokratischen Parteien herbeizuführen.

Die Verwirklichung dieser Forderung darf nicht scheitern an dem Widerstand einzelner Führer, die zu besettigen sind, wenn sie dem Interesse der Gesamtpartei entgegenstehen.

192. Meidenburg: Die heute tagende Konferenz sämtlicher sozialdemokratischer Ortsvereine des Kreises Meidenburg fordert die Partei auf, ohne Verzug geeignete Mittel und Wege zu finden, um eine Einigung der Sozialisten aller Parteien herbeizuführen.

Die Einigung ist das dringendste Gebot der Stunde, weil:

1. die Uneinigkeit der sozialdemokratischen Parteien dem sozialistischen Gedanken seine ganze Stöße- und Werbekraft nimmt und uns damit um die Früchte der Revolution zu bringen droht, denn bereits erhebt die Reaktion ihr grinsendes Haupt immer frecher und dreister, am meisten genährt durch unseren Zwiespalt;

2. weil durch die große Unzufriedenheit der proletarischen Massen mit dem jeden sozialistischen Geistes Laten Verhaltens der Führer in Partei und Regierung eine große Abwanderung der Besten unter uns nach links stattfindet.

Die heute hier tagende Konferenz vermißt im besonderen bei der Partei die Initiative des Gambels gegenüber den Genossen in der Regierung, die ~~hier nicht mehr Anspruch haben, als Führer der Mehrheit des proletarischen Kampfes zu gelten.~~

Mit Besorgnis sieht die Konferenz, wie die Regierung den abgelebten Militarismus wieder mehr und mehr fördert und so die Waffen der Reaktion selbst schmiedet. Bereits glänzt der Militarismus im selben Gewand, wie in der höchsten Blütezeit des Byzantinertums. Die Forderung des Volkes ist: Fort mit den Offizieren des alten Regimes und zumindest Aufbau einer Volkswehr im Sinne unseres Programms.

Ferner fordert die Konferenz die Partei auf, bei der Regierung dahin zu wirken, daß endlich durchgreifende Maßnahmen zur Behebung der Teuerung auf allen Gebieten, besonders gegen den Lebensmittelwucher, getroffen werden.

Es ist die allerhöchste Zeit, aus dem Sader heraus zum Handeln zu kommen, soll der Sozialismus seine Existenzberechtigung erweisen.

Nachträglich eingegangene und während der Verhandlung gestellte Anträge.

193. Schleswig-Eternförde: Die Generalversammlung des III. Schlesw.-Holst. Wahlkreises fordert, daß Gen. Noke von seinem Posten als Reichswehrminister zurücktritt.

194. Schleswig-Eternförde: Die Generalversammlung des III. Schlesw.-Holst. Wahlkreises ersucht die Genossen, aus der Regierung auszusteigen, wenn sie die Gewalttaten der Freiwilligen nicht hindern und schon Geschehenes sühnen können. Was von den Freiwilligen angedreht wird, kostet uns die meisten und nicht immer die schlechtesten Anhänger.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft ist schon seit langem überzeugt, daß die Freiwilligen-Verbände dazu benutzt werden, die Gegenrevolution einzuleiten. Wir protestieren gegen die weiteren Anwerbungen durch sozialdemokratische Zeitungen, weil dadurch nur der Gegenrevolution ständig frische Kräfte zugeführt werden.

195. Schleswig-Eternförde: Es muß die erste Aufgabe des Parteitagés sein, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Einigung des Proletariats zu erstreben, weil nur dadurch der Reaktion die Waffen aus der Hand geschlagen werden können.

Resolution.

196. Wehrstedt: Die heute tagende sozialdemokratische Versammlung des Wahlvereins Wehrstedts spricht ihr Bedauern über die sich immer wiederholenden Ungerechtigkeiten aus und kann nicht unterlassen, der sozialdemokratischen Regierung ihren Unwillen auszusprechen.

In einer Zeit, wo die Arbeiterräte auf dem Lande eine so große Hilfe des Proletariats gewesen sind, denn nur die Regierung trifft die Schuld, daß wir in den meisten Orten die Mehrheit dadurch nicht erhalten haben, daß die Schöffen nach veraltetem System noch mitstimmen durften, während in der Stadt andere Maßnahmen getroffen sind.

Die Landbevölkerung wird von der Regierung und Parteilitung als Menschen dieser Klasse behandelt und man legt man noch die letzte Stufe, den Arbeiterrat ab!

Wir verlangen heute die sofortige Zurücknahme dieser Bestimmung und Wiedereinsetzung der Arbeiterräte mit mehr Machtbefugnis als bisher. Auf dem Lande sind dieselben unbedingt erforderlich.

Wieso ist es möglich bei den lächerlichen Preisen! Nicht in allen Jahren hat ungenügende Verteilung der Lebensmittel zu begehren, im Gegenteil, die Lebensmittel werden mit jedem Tage schlimmer!

Wir müssen konstatieren, daß diese jetzige Regierung versagt, und fordern wir, daß unsere Genossen in der Regierung zur Rechenschaft gezogen werden.

In Gerichten ist es die reinste Willkür dieser Gerichtsherrn, und dabei haben wir einen Reichsjustizminister?

Lebensmittel die reinste Schreibung und Schleichhandel, mit soll auch noch Schutz geschaffen werden, damit die reichen Leute auch alles bekommen, wo ist der Ernährungsminister? Schule, Kirche — Kulturminister? Steuern — Finanzminister?

Wir haben nun lange genug Geduld gehabt, aber jetzt wollen wir Latent sehen, die letzten Versprechungen nützen uns nichts!

Wer die Absichten Wilhelms II. als gut und rein hinstellt, ist wohl noch niemals ein aufrichtiger Sozialdemokrat gewesen.

Wer das arbeitende Volk hungern und den reichen Leuten Lebensmittel zuschmeißt läßt, ist kein befähigter Ernährungsminister!

Wer in so durchsichtiger Weise die alte Militärkaste wieder hervorzubereit und nach dem Wort Wilhelms II. auf Vater, Mutter und Bruder schießen läßt und die Reichswehr auf Spahereingängen in Stadt und Land mit Handgranaten gehen läßt, kann das Vertrauen des Proletariats nicht genießen!

Haben die Führer vergessen, daß sie Sozialdemokraten gewesen sind?

Wir wollen nun bald sehen, wofür uns der Weg führt, ob zur Freiheit oder zur Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.

197. Weibenzug: Der Parteitag wolle sich seiner gewaltigen — vor der ganzen Welt wichtigen — Aufgabe bewußt sein und in erster Linie alles das tun, was zur Einigung der leider gesplitteten Sozialdemokratie in Deutschland erforderlich ist. Hierzu gehört zielbewußteres Hinarbeiten auf die bestmögliche reiflose Erfüllung aller Punkte im Erweiterten Programm. Insbesondere muß der Durchführungsplan in erste Linie und hauptsächlich die leitenden Personen reaktionärer Richtung. Wir fordern deshalb sofortigen Entlass der betreffenden Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräte, Bürgermeister, Magistrate, Gemeindevorsteher, Schöffen und Amtsvorsteher. Der Entlass muß erfolgen.

198. Wahlschutz: Das Wahlgesetz soll eine Ergänzung erhalten, die verhindert, daß die nach der Listenwahl gewählten Gemeindevorsteher ihre bei der Wahl innegehabte Parteizugehörigkeit aufgeben können, ohne ihr Mandat niederzulegen zu müssen.

199. Resolutionen des Rotreferenten Cohen:

1.

1. Die Grundlage der sozialistischen Republik muß die sozialistische Demokratie sein. Die bürgerliche Demokratie merkt in ihrem Verfallzustand die Bevölkerung nach der bloßen Zahl. Die sozialistische Demokratie muß deren Ergänzung bringen, indem sie die Bevölkerung auf Grund ihrer Arbeitsfähigkeit zu erfassen strebt.

2. Dies kann am besten durch die Schaffung von Kammern der Arbeit geschehen, zu denen alle arbeitstreibenden Deutschen, nach Berufen gegliedert, wahlberechtigt sind.

3. In diesem Zweck bildet jedes Gewerbe unter Vertretung aller in ihm tätigen Kategorien (einschließlich der Betriebsleiter) einen Produktionsrat, in dem die einzelnen Kategorien ihre Vertreter (Räte) entsenden. Die Landbevölkerung und die freien Berufe bilden entsprechende Vertretungen.

4. Die Räte gehen aus Wahlen hervor, die in den einzelnen Betrieben oder in den zu Berufsverbänden zusammengelegten Betrieben erfolgen.

5. Der Produktionsrat des einzelnen Gewerbebezugs der Gemeinde tritt mit dem Produktionsrat des gleichen Zweiges in Kreis, Provinz, Land und Reich zu einem Zentralproduktionsrat verbunden.

6. Jeder Produktionsrat wählt Delegierte in die Kammer der Arbeit, die in der kleinste Wirtschaftseinheit beginnt.

7. Diese ist die Gemeinde, resp. Großgemeinde; Gemeinden, die eine Wirtschaftseinheit bilden, werden zusammengelegt.

8. Die Produktionsräte der Kreise, Provinzen, Länder und der Gesamtrepublik tun dasselbe. Überall besteht eine allgemeine Volkskammer und eine Kammer der Arbeit.

9. Jedes Gesetz bedarf der Zustimmung beider Kammern, doch erhält ein Gesetz, das in drei aufeinanderfolgenden Jahren von der Volkskammer (Gemeindevertretung, Kreisrat, Provinzialvertretung, Landtag, Reichstag) unverändert angenommen wird, Gesetzeskraft.

10. Jede der beiden Kammern hat das Recht, eine Volksabstimmung zu verlangen.

11. Der Kammer der Arbeit gehen in der Regel alle Gesetzentwürfe wirtschaftlichen Charakters (vor allem die Sozialisierungsgesetze) zuerst zu. Es liegt ihr ob, auf diesem Gebiet die Initiative zu ergreifen. Der Volkskammer gehen in der Regel die Gesetzentwürfe allgemein politischen und kulturellen Charakters zuerst zu. Die Zuteilung der Delegierten auf die einzelnen Berufe wird durch besonderes Gesetz geregelt.

II.

1. Die Gewerkschaften sind die Vertreter der Arbeiter eines jeden Berufs. Die ausführenden Organe der Gewerkschaften in den Betrieben sind die Betriebsräte. Sie haben die bisherigen und die erweiterten Aufgaben der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenausschüsse zu erfüllen.

2. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eines Gewerbes oder Berufszweigs erfolgt von Organisation zu Organisation, also zwischen Gewerkschaft und Unternehmerverband.

3. Bilden die Arbeiterräte die Vertretung der Arbeiter für die Fragen der Produktion in den Produktionsräten, so sind die bisher errichteten Arbeitergemeinschaften, in denen die Arbeitgeberverbände mit den Gewerkschaften zusammen arbeiten, Organe zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie der übrigen Berufsfragen.

4. Die Produktionsräte sind die Vertreter der Produktion, die von den Arbeitern und Unternehmern gemeinsam getragen wird. Die Arbeiter werden hierbei durch die Arbeiterräte vertreten. Der Produktionsrat ist der Unterbau für die Sozialisierung.

200. G e h i n g e n: Die arbeitende Bevölkerung des ehemaligen Fürstentums Hohenzollern, dessen Verfassungsurkunde Friedrich Wilhelm IV. am 6. Februar 1850 anerkannte und durch feierlichen Eid beschworen hat, bittet um schnellste Ausführung der über die Aufstellung der Fideikommission für den

Freistaat Preußen in dessen Landesversammlung gefaßten Beschlüsse und angenommenen Gesetze. Sollten letztere noch nicht zu Recht bestehen, so sind sie unter Mitwirkung des am 1. Juni in und für Hohenzollern zu wählenden Abgeordneten unverzüglich zu verfassen, der preußischen Landesversammlung vorzuliegen und, nach Erlangung der Gesetzeskraft, rückwärtslos anzuwenden.

Bei längerer hinausgezögert kommt die einheimische Bevölkerung in Gefahr, durch die willkürlichen Maßnahmen der fürstlichen und kommunalen Verwaltungsbehörden benachteiligt zu werden. Hieraus könnte eine solche Vertreibung oder Teilnahmslosigkeit an der künftigen staatlichen Gestaltung entstehen, daß künftige Maßnahmen und Verordnungen der jetzigen preußischen Regierung in Berlin hier auf kaum zu beseitigende Schwierigkeiten stoßen könnten. Insbesondere fühlt die sozialdemokratische Partei in Hohenzollern den Einfluß des benachbarten und größeren Freistaates Württemberg, dessen sozialdemokratische Satzungen für die Partei auch in Hohenzollern maßgebend sind, und mit welchem Hohenzollern einen gemeinsamen Reichstagswahlkreis bildet und denselben sozialdemokratischen Landesvorstand besitzt.

Den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bitten wir, bei der preußischen Regierung in Berlin unverzüglich Schritte zu tun, welche eine Auflösung und Neuwahl des Kommunallandtages auf Grund des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts zur Folge haben. Der bisherige, sich in alten, ausgeleiteten Pfaden bewegende, aus indirekten Wahlen hervorgegangene Kommunallandtag ist sofort durch Regierungserordnung aufzulösen. Ebenso sind die Landes-, Bezirks- und Amtsausschüsse, Kommunalverbände und die beiden noch bestehenden Oberämter in Sigmaringen und Ochtingen, die ja schon seit Jahren die früheren Oberämter Gammertingen und Gaigerloch mit verwaltet haben, aufzuheben. Mit der Leitung der Regierungsgeschäfte in Sigmaringen wolle ein Mann betraut werden, der einheimisch ist und mit der arbeitenden Bevölkerung mitempfindet, fühlt und denkt und die Ausführung der durch die sozialistische Regierung erlassenen Verfügungen, Verordnungen und Gesetze auch in sozialem, der Meinung der Allgemeinheit gerecht werdenden Sinn und Geist durchzuführen gewillt ist.

Eine innige, verständnisvolle Anpassung an süddeutsche Verhältnisse und demokratischeren Geist ist unbedingt erforderlich. Im besonderen sind die in Hohenzollern Grund und Boden bestehenden fürstlichen Personen von den Steuerveranlagungskommissionen, die auch neu zu bilden sind, zu den Staats- und Gemeindesteuern sofort neu und rückwärtslos zu veranlagern und unbedingt in demselben Maße zu besteuern, wie jeder andere Privatmann und Ortsetzungsgegenstand zur Steuer herangezogen wird. Verfügungen und Rechte, die von den für Hohenzollern in Betracht kommenden Fürstlichkeiten in früheren Zeiten nicht durch Kauf erworben worden sind, müssen an zweckmäßigsten und ohne Entschädigung der jeweiligen Gemeinde, in deren Bezirk sie liegen, unverzüglich als Gemeindegut überschrieben werden, um ihre durch die Kriegslasten ins Ungemessene gesteigerten Verpflichtungen einlösen zu können. Die für Hohenzollern aber unentbehrlichen Institute der (früheren) Landeskommunalverwaltung und fürstlichen Verwaltungen sind zu verstaatlichen und einer Neuorganisation zu unterziehen.

201. Resolution Göttingen: 1. Die Nationalversammlung wolle für Abschaffung der Limonadesteuer eintreten, da dies eine der ungerechtesten Steuern ist und in der Hauptsache die Minderbemittelten trifft.

2. Zur Förderung der Ernährungsfrage bei der Regierung vorstellig werden.

3. Unberzügliche scharfe Erfassung der Kriegsgewinne.

4. Sofortige Durchführung der Vermögensabgabe.

5. Das Vermögen des Czars, welches derselbe in Höhe von 82 000 000 Mark anforderte, soll soweit als möglich in die Staatskasse fließen.

6. Rechtmäßige Verteilung der vom Ausland eingeführten und noch zur Einführung gelangenden Lebensmittel zu angemessenen Preisen. Hauptsächlich darf die Verteilung des Auslandmehls nicht nach dem vom Reichsernährungsminister in der Nationalversammlung bekanntgegebenen Schema erfolgen, wonach die Unbemittelten der Bevölkerung nicht in der Lage wären, das Mehl, wo sich das Pfund auf 2,50 Mk. stellen soll, kaufen zu können.

7. Die Partei möge ein Zentral-Bildungsinstitut einrichten zwecks systematischer Arbeit zur Sozialisierung des Geistes und der Wissenschaft auf sozialistischer Grundlage.

8. Zur Sicherung der Errungenschaften der Revolution ist es mehr als bisher notwendig, die bestehenden Arbeiterräte in ihrer Tätigkeit von Seiten der Partei zu unterstützen. Insbesondere ist dieses auf dem Lande gegenüber dem reaktionären Beamtentum äußerst angebracht.

9. Die Einführung von Betriebsräten ist mit Nachdruck zu beschleunigen und sollen dieselben mit größter geistlicher Machtfülle ausgestattet werden.

10. Der Parteitag ist zu ersuchen, keine Beitragserhöhung vorzunehmen.

202. A. B. Braun und Genossen: Der Parteitag teilt den in vielen Anträgen zum Ausdruck gekommenen Wunsch nach der Einheitsfront des Klassenbewußten Proletariats Deutschlands.

Die Fortdauer der Parteispaltung, die den kraftvollen Vormarsch der Arbeiterklasse aufzuhalten droht, erkennen wir als die größte Gefahr für die Lebenshaltung der Arbeiterklasse wie für die Abwehr gegenrevolutionärer Machenschaften.

Bei allen Versuchen, das Proletariat wieder zur Einheit zusammenzuschweißen, wandten sich die Vertreter der U. S. P. wie der R. P. D. gegen die Grundzüge der Demokratie.

Der Parteitag lehnt das Streben nach einer nur mit den Mitteln des Terrorismus — und auch da nur für kurze Zeit — aufrechtzuerhaltenden Diktatur einer Minderheit ab.

Der Parteitag erklärt seine Bereitschaft, in Verhandlungen zur Einigung mit der U. S. P. auf der Grundlage des Erfurter Programmes zu treten, sobald die U. S. P. den Grundsatz der Demokratie rückfallslos anerkennt und jede Gemeinschaft mit der mit den Mitteln des Putschismus und unter Verwerfung aller demokratischen Grundzüge wirkenden R. P. D. aufgegeben haben wird.

Die Verhandlungen über die Einigung können nur zentral geführt werden.

203. König-Dortmund und Genossen (Entscheidung über die Freiwilligenkorps): Der Parteitag würdigt die Beschwerden der Parteigenossen über die Haltung der Freiwilligenkorps und ihrer Führer.

Der Parteitag kann sich aber nicht verhehlen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter an der Unzufriedenheit mit den Freiwilligenkorps nicht unschuldig sind, weil zu wenige Arbeiter in diese Korps eintraten und damit die einseitige Zusammensetzung dieser Truppen verschuldeten.

Durch die Reform der Polizei und der Gendarmerie sind die Freiwilligenkorps von allen laufenden polizeilichen Aufgaben fernzuhalten.

Sollen Regierung und Verfassung nicht jedem willkürlichen Einflusse unterliegen, ist nicht blos auf militärische Macht zu verzichten. Die andern

schlechte Gerabehung und die Boykottierung der Freiwilligentruppen wie der Sicherheit und Einwohnermelden durch manche Arbeiter empfindet der Parteitag als eine Ungerechtigkeit.

Der Parteitag fordert die völlige Neutralität der Freiwilligentruppen in allen politischen Fragen, um sie vor jedem Verdachte gegenrevolutionärer und anderer Ausschreitungen zu sichern.

Alle Ausschreitungen von Mitgliedern der Freiwilligentruppen werden vom Parteitag entschieden verurteilt, deshalb erwartet der Parteitag eindeutige und feste Maßnahmen gegen jeden Mißbrauch der militärischen Gewalt. Er erhofft dies vor allem durch die weitestgehende Demokratisierung des Offizierskorps und durch den Eintritt unserer Parteigenossen in die Reichswehr.

204. M. Groger (Doppelmandate betreffend): Die Demokratisierung des Wahlrechts in Reich, Staat und Gemeinde hat die Zahl der parlamentarischen Mandate der Partei stark erhöht und zur Übertragung mehrerer Mandate an einzelne Genossen geführt.

Obwohl es durchaus nicht unerwünscht ist, daß die Verbindung und Zusammenarbeit der einzelnen Fraktionen durch einige Doppelmandatäre inniger gestaltet und gestärkt werden, birgt die Übertragung mehrerer parlamentarischer Mandate an einen Genossen doch die Gefahr in sich, daß jedes Mandat nicht mit der gebotenen Hingabe ausgeübt werden kann.

Da aber die Partei das größte Gewicht darauf legen muß, daß jedes von ihr erteilte Mandat mit Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit ausgeübt wird, empfiehlt der Parteitag, parlamentarische Doppelmandate möglichst zu vermeiden.

205. Heinrich Schulz und Genossen (Richtlinien für die Jugendbewegung):

1. Das Ziel der Jugendbewegung ist die Erziehung der Jugend zur sozialistischen Weltanschauung und zur selbständigen politischen Betätigung. Ferner hat sie den Zweck, einen wirksamen Jugendschutz zu fördern. Dagegen ist die Jugendorganisation keine Kampforganisation mit parteipolitischen Zielen; ihre Aufgaben sind vorwiegend erzieherischer Natur.

2. Die Jugend ist allerorts unter Aufhebung der bisherigen Jugendausschüsse in Vereinen zusammenzufassen, die sich zu Bezirksorganisationen und über das Reich zu einem Verband der deutschen Arbeiterjugendvereine zusammenschließen. Die Zentralfstelle für die arbeitende Jugend bildet bis auf weiteres den Hauptverband des Verbandes und hat schnellstens Satzungen und einheitliches Verwaltungsmaterial herauszugeben.

3. Da das nachfähige Alter auf das 20. Lebensjahr herabgesetzt ist, ist an die Jugendarbeit, die die Jugend vom 14. Jahr an umfaßt, bis auf die Altersklasse von 20 Jahren auszudehnen; besonderes Gewicht ist dabei auf die Organisation und politische Erziehung der älteren Jahrgänge von 17 bis 20 Jahren zu legen. Die Jugendorganisation ist in zwei Altersstufen einzuteilen, und zwar in eine Jugendabteilung für die 14- bis 17jährigen und eine Altersabteilung für die 17- bis 20jährigen. Bei den Mitgliedern der Altersabteilung soll darauf gedrungen werden, daß sie sich den Arbeiterorganisationen anschließen. Die Funktionäre der Altersabteilung müssen Parteimitglieder sein.

4. Die Leitung der Ortsvereine obliegt einem Vorstand, der zur Hälfte aus Jugendlichen beider Abteilungen, die die Jugendlichen selbst wählen, und zur anderen Hälfte aus erwachsenen Parteimitgliedern gebildet wird. Die gleiche Zusammensetzung gilt für die Bezirksvorstände sowie für den Hauptverband in Berlin. Bei der Wahl der Erwachsenen sind Genossen und Ge-

nossen zu bevorzugen, die erzieherische Befähigung mit besonderem Verständnis für die Jugend und ihre seelische Eigenart verbinden.

Um dem Grundsatz der Selbstverwaltung der Jugend zu entsprechen, soll die Leitung der Abteilungen den Jugendlichen möglichst selbst überlassen bleiben.

5. Von den Mitgliedern ist ein regelmäßiger Beitrag zu erheben. Für Mitglieder der Jugendvereine, die der Parteiorganisation angehören, gelten die bezüglichen Bestimmungen im § 4 des Organisationsstatuts der Partei.

Für den Beitrag ist den Mitgliedern als Vereinsorgan die „Arbeiterjugend“ zu liefern. Um den beiden Abteilungen der Jugendorganisationen geeigneten Lesestoff zu bieten, ist die „Arbeiterjugend“ auszugestalten und in ihrem Umfang zu erweitern.

6. Der Parteitag legt den Parteiorganisationen sowie allen Parteigenossen und -genossinnen die dringende Verpflichtung auf, die erwachsenen Arbeiter in nachhaltiger Weise über Wert und Bedeutung der Jugendbewegung aufzuklären und zur Förderung der Jugendarbeit die notwendigen Mittel und Kräfte zur Verfügung zu stellen.

206. Hellmann-Hamburg und Genossen (Zur Lehrerbewegung): Der Parteitag begrüßt den Zusammenschluß der sozialdemokratischen Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands auf der Grundlage einer Arbeitsgemeinschaft im Dienste der besonderen kulturpolitischen Aufgaben der Partei.

Der Parteitag fordert alle sozialdemokratischen Lehrpersonen auf, sich unbeschadet ihrer Zugehörigkeit zu anderen Lehrervereinigungen der Arbeitsgemeinschaft zum Zwecke reger Mitarbeit anzuschließen.

207. Müller-Potsdam und Genossen: Der Parteitag erklärt, daß Genossen, die Regierungsämter innehaben, der Partei verantwortlich sind. Er erklärt ferner, daß die Bekleidung eines Regierungsamts kein Grund sein kann, den in Betracht kommenden Genossen das Recht abzurufen, im Parteivorstand, der Kontrollkommission und anderen Parteiinstanzen Ämter einzunehmen.

208. Müller-Potsdam und Genossen: Die Revolution hat die Bahn für die Demokratisierung von Reich, Staat und Gemeinde frei gemacht. Die Demokratie kann sich indes im gesamten Staatsleben nur voll auswirken, wenn alle Träger der Staatsmacht in der Verwaltung von ihren Grundpflichten durchdrungen und bereit sind, im demokratischen Sinne zu wirken.

Der Parteitag macht es daher den Parteigenossen in den Regierungen und Parlamenten zur Pflicht, dahin zu wirken, daß alle politischen Beamten befeitigt werden, die innerlich noch auf dem Boden des alten Regimes stehen und nicht mit gebotener Eifer die vom Mehrheitswillen des Volkes getragene Politik der Regierung fördern.

209. Antrag zur Bildungsarbeit: Der starke Zustrom neuer Anhänger, den die Novemberrevolution der Partei gebracht hat, und die Fülle neuer Aufgaben und Verpflichtungen, die die Demokratisierung und Sozialisierung des öffentlichen Lebens in Deutschland den Parteigenossen auferlegt, machen eine Neuorganisation und Vertiefung unseres Bildungswesens zur dringenden Notwendigkeit.

Rehr als früher muß die Einführung in den Sozialismus als Weltanschauung und in die sozialdemokratische Politik das Kernstück der Bildungsarbeit haben. Allgemein bildende Veranstaltungen sind dagegen in erster

linie als öffentliche Pflichten von Reich, Staat und Gemeinde zu verlangen; auch kann sich dabei die Zusammenarbeit mit anderen Bildungsorganisationen als zweckmäßig erweisen (Volkshochschulen, Wandertheater und -tinos, Konzerte).

In allen Orten sind Bildungsausschüsse zu schaffen, die in engem Zusammenwirken mit der Partei und anderen Arbeiterorganisationen das örtliche Bildungswesen zu leiten haben; innerhalb der Parteibezirke sind Bezirksbildungsausschüsse einzurichten. Die Spitze des parteieigenen Bildungswesens bildet der Zentralbildungsausschuss.

Die Bildungsarbeit ist überall sofort tatkräftig in die Hand zu nehmen; insbesondere sind Einzelvorträge und Kurse über Geschichte, Theorie und praktische Arbeit der Sozialdemokratie einzurichten. In einzelnen Bezirken sind im Einvernehmen mit dem Zentralbildungsausschuss und dem Parteivorstand Bezirks-Parteischulen zu schaffen, für die Genossen als Teilnehmer auszuwählen sind, die sich in besonderem Maße zu Lehrkräften eignen. Zu dem gleichen Zwecke ist auch die baldige Wiedereröffnung der Parteischule in Berlin auf neuer Grundlage ins Auge zu fassen.

Die Rückwirkungen der Novemberrevolution auf das geistige Leben der Partei machen es allen Parteigenossen zur ersten Pflicht, sich sowohl zur eigenen theoretischen Aufklärung und Festigung, als auch zur kritischen und neuschaffenden Mitarbeit in der Theorie des Sozialismus mit der grundlegenden wissenschaftlichen Literatur des Sozialismus vertraut zu machen. Zur Einführung sind leichtverständliche Schriften herauszugeben.

210. Hans Vogel und Genossen (Einheitsrepublik): Den von dem Verfassungsausschuss der Nationalversammlung vorgelegten Verfassungsentwurf anerkennt der Parteitag als einen bedeutenden Fortschritt gegenüber den durch die Revolution überwundenen staatlichen Zuständen.

Die freiherrliche Entwicklung Deutschlands wird jedoch erst gesichert, wenn die Gliederung der Reichs- und Bundesstaaten überwunden sein wird.

Die Wirkungen des Krieges müssen zu einer Verbilligung und damit zur Vereinheitlichung der Verwaltung führen. Aus dem einheitlichen deutschen Wirtschaftsgebiet muß auch das einheitlich geschlossene deutsche Staatswesen erwachsen.

Für die staatliche Organisation Deutschlands erkennt deshalb die sozialdemokratische Partei als Ziel die einheitliche deutsche Republik unter weitester Selbstverwaltung der nach Stammeseinheit und wirtschaftlicher Zusammengehörigkeit zusammengeschlossenen Gebiete.

211. Die Sozialdemokratische Parteiorganisation Diebrunn ersucht die Vertreter unserer Partei, Stellung zu nehmen in der Regierung, daß:

1. den Zivilinvaliden sowie Erwerbsbeschädigten eine höhere Rente als bisher gezahlt wird, damit diese den Kriegsbeschädigten gleichgestellt sind;
2. der Unfallbeschädigte, welcher Invalide ist, auch wie der Kriegsbeschädigte seine Invalidenrente erhalten soll und wenn derselbe auch über 50 Mk. pro Monat Rente erhält;
3. unsere Vertreter in der Regierung dahin wirken mögen, daß auch dem Unfallbeschädigten eine Abfindung möglich ist auf derselben Grundlage wie bei den Kriegsinvaliden.

212. Feldmann und Genossen (Resolution): Der Parteitag macht die in zahlreichen Anträgen der Parteigenossen zum Ausdruck gekommenen Forderungen bezüglich der Ernährungsfragen zu den seinen; ins-

besondere erklärt der Parteitag die Versorgung der breiten Masse der Bevölkerung für vollständig ungenügend, er verlangt den Abbau der Lebensmittelpreise und betont die Notwendigkeit, daß an die werttätige und minderbemittelte Bevölkerung zu niedrigeren als den Gestehungspreisen Lebensmittel verakfolgt werden, soweit dies die drücklichen Verhältnisse irgend gestatten.

Gegen Preisstrebereien, Wucher und Schiebereien ist in der rückwärtsloseten Weise vorzugehen. Bei Aufhebung der Blockade sind rechtzeitig Maßnahmen gegen etwaiges wucherisches Preisstreben zu unternehmen. Jede weitere Verbrauchsabgabe oder Besteuerung der Lebensmittel ist zu vermeiden.

Um den Ertrag des Bodens aufs höchste zu steigern, ist für eine zweckmäßige Bodenverteilung zu sorgen. Ansiedlungen sind durchaus zu begünstigen. Die Einsetzung einer aus Sachmännern bestehenden Agrarkommission ist notwendig, die baldmöglichst ein sozialistisches Agrarprogramm ausarbeitet und es der Parteioffentlichkeit unterbreitet.

213. Eggerstedt: Der Parteitag spricht sich mit aller Entschiedenheit für die Schaffung der deutschen Einheitsrepublik aus und fordert die Parteigenossen in der Regierung, in der Nationalversammlung und im ganzen Reiche auf, allen partikularistischen Tendenzen wirksam entgegenzutreten.

214. Emmel (Zum § 13 Abs. 2 des Entwurfs zum Organisationsstatut der Partei): Den Abs. 2 wie folgt zu fassen:

„Die Wahl des Parteivorstandes erfolgt durch den Parteitag auf Grund der Verhältnismäßigkeit.“

215. Dröner (Des Bezirksparteitages des Bezirks Niederrhein): Zu keiner Zeit ist der Wunsch der klassenbewußten Arbeiterschaft und die Notwendigkeit zu einer Einigung des deutschen Proletariats größer gewesen als jetzt. Wir fordern deshalb vom Parteitag der sozialdemokratischen Partei eine klare Festlegung von Richtlinien, auf deren Basis eine Wiedervereinigung der in zwei Lager zerrissenen deutschen Sozialdemokratie möglich ist. Es können und müssen bei Entgegenkommen von beiden Seiten die Wege dazu gefunden werden.

216. Leitfähe zu dem Referat von Dr. Singheimer über „Matesystem und Reichsverfassung“.

I.

Auch in einem politisch vollkommen durchgeführten demokratischen Staatswesen genügt der nur politische Aufbau des Gemeinschaftslebens nicht, um den gesellschaftlichen Kräften und Bedürfnissen gerecht werden zu können. Der Weg zur größeren Auswirkung der gesellschaftlichen Interessen liegt nicht in der Ausschaltung der politischen Demokratie, sondern auf dem Gebiet der Wirtschaft in der Errichtung einer eigenen, neben der Staatsverfassung bestehenden Wirtschaftsverfassung, in der die gesellschaftlichen Kräfte selbst unmittelbar wirken.

II.

Die Bestimmungen über den Entwurf einer Reichsverfassung, welche für die Arbeiterinteressen Arbeiterräte, für die Produktionsinteressen Berufsgemeinschaften mit Wirtschaftsräten vorsehen und diese Räte in großen Zentralorganen zusammenfassen, sind eine geeignete Grundlage für den Aufbau einer Wirtschaftsverfassung. Sie wird aber nur dann in einer den Interessen der Arbeiterklasse dienenden Weise ausgestaltet werden können, wenn die folgenden Gesichtspunkte beachtet werden:

1. Die vertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen muß grundsätzlich den freien Berufsverbänden vorbehalten werden. Soweit diese Regelung zu Arbeitsgemeinschaften führt, die auch Produktionsfragen ergreifen, sind die Arbeitsgemeinschaften als frei bewegliche Bestandteile im Aufbau der Wirtschaftsräte zu berücksichtigen.

2. Bei dem Aufbau der Betriebsarbeiterräte ist davon auszugehen, daß die Betriebe Gemeinschaften mit eigenen Interessen sind, zugleich aber auch innerhalb der Wirtschaftsverfassung den höheren Organisationsstellen der Berufsvereine und Berufsgemeinschaften eingegliedert sein sollen. Die Ausübung der den Betriebsarbeiterräten zu überweisenden Mitwirkungs-, Informations- und Kontrollrechte darf deswegen den übergeordneten Interessen jener Stellen nicht widersprechen und muß an deren Bestimmungen gebunden sein.

3. Die Wirtschaftsverfassung kann erst dann als vollendet angesehen werden, wenn durch Ausschaltung des kapitalistischen Unternehmers das Interesse der Wirtschaftsgemeinschaft als leitendes Prinzip gesichert ist. Diese Ausschaltung kann nicht durch die Räte, sondern nur durch Gesetzgebungsakte des Staats erfolgen, dem allein die Verfügung über das Wirtschaftsrecht zusteht. Von der Regierung ist neben der Ausführung des Räteystems die planvolle Vorbereitung und Durchführung solcher Gesetzgebungsakte auf allen Wirtschaftsgebieten zu fordern, auf denen die wirtschaftlich-technischen Voraussetzungen für eine wirksame Sozialisierung vorhanden sind.

III.

Neben den sozial-organisatorischen Aufgaben, welche die Organe der Wirtschaftsverfassung zu lösen haben, müssen ihnen auch politische Funktionen zustehen, um in das Staatsleben sozialen Geist und soziale Lebendigkeit einzubringen zu können.

Für die Gesetzgebung handelt es sich nicht um die Enträumung eines Mitbestimmungsrechts. Eine berufsständische „Kammer der Arbeit“ ist grundsätzlich verfehlt, praktisch eine Komplizierung der Staatsgesetzgebung und politisch eine Gefährdung der demokratischen Weiterentwicklung zugunsten der Arbeiterklasse. Die politische Funktion der Räte der Gesetzgebung gegenüber ist auf das Recht der Beratung und Initiative nach dem Vorbild des Entwurfs einer Reichsverfassung zu beschränken.

Für die Verwaltung muß ein Recht zur Information und Beschwerde für die Arbeiterräte und Wirtschaftsräte bezüglich aller Angelegenheiten, die ihren Interessenzirkel berühren, gesichert werden, um der bürokratischen Kontrolle von oben eine soziale Kontrolle von unten gegenüberstellen zu können. Es ist die Aufgabe einer durchgreifenden Verwaltungsreformgesetzgebung, den Räten die Erfüllung dieser Aufgabe zu gewährleisten.

Die durch die Räte handlungsfähig gewordenen Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaften haben die Heimtraf in sich, über den Staat hinaus Interessengemeinschaften überstaatlicher Art zu bilden, die vielleicht die einzigen wahrhaften Grundlagen einer Völkerverbändigung bilden können.

217. Zu § 22 des Organisationsstatuts stellt die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Köln Stadt und Land den Antrag:

„Da der „Vorwärts“ das Zentralorgan der Partei ist, steht auch den Genossen im Reich ein Recht auf seine Haltung zu. Der Preßkommission werden je ein auf dem Parteitag zu wählende Mitglieder beigegeben, welche alle Monate mit der Preßkommission tagen.“

218. Die Ortsgruppe W a h l s t a t t i. S c h l e s. stellt vor dem Parteitage zum Punkte „Jugend und Bildung“ den Antrag, daß das gesamte Kadettenkorps, darunter das Kadettenhaus Wahlstatt, sofort zu entmilitarisieren ist. Das Kadettenkorps sowie andere bisherige nur militärische Bildungsanstalten (Unteroffizierschulen und dgl.) soll eine Heimstätte werden für begabte, strebsame Kriegswaisen ohne Unterschied der Konfession und des Standes, die mittellos sind und einen wahren Gewinn somit für unser Volkswesen bringen und schaffen können.

Wir bitten, die Umarbeitung dieser Anstalten unserem Genossen Oberlehrer Dr. V. Müller vom hiesigen Kadettenbause, als einem erfahrenen Fachmann, zu überweisen und ihn höheren Ortes damit betrauen zu wollen.

219. § 2 des Organisationsstatuts soll heißen: Die Grundlage der Organisation bilden die Wahlkreise.

220. § 4 . . . mindestens 20 Prozent aller erhobenen Mitgliederbeiträge sind quartalsmäßig an die Zentralkasse abzuführen.

221. Die Beiträge für die Partei sind einheitlich zu regeln für weibliche und männliche Mitglieder.

222. Der Parteivorstand und die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung werden beauftragt, dahin zu wirken, daß die Altersgrenze statt wie bisher vom 65., vom 60. Jahre an gezahlt wird.

223. 1. Der Parteitag wolle beschließen, daß die Fraktionen der National- und Landesversammlungen sofort darauf hinarbeiten, daß die Gerichtsverfassung geändert wird, daß als Vorsitzrichter überall Arbeiter zugezogen werden und die Kriegsgerichte abgeschafft werden.

2. Der Parteitag wolle beschließen, auf die Regierung einzuwirken, daß im ganzen Deutschen Reich die vollständige Rede- und Pressefreiheit, wie sie am 12. November 1918 durch die Volksbeauftragten verkündet worden ist, auch voll und ganz durchgeführt wird.

3. Der Parteitag wolle beschließen, daß die zuständigen sozialdemokratischen Fraktionen auf die Regierung einwirken, daß die Militärwerkstätten (Wäsche Fabriken, Bekleidungsämter usw.) dem Kriegsministerium losgelöst und dem Arbeitsministerium zur weiteren Erhaltung und Umstellung auf wichtige Verbrauchsartikel unterstellt werden.

4. Der Parteitag wolle dafür eintreten, daß das Räteystem so ausgebaut wird, daß die Arbeiter nicht nur eine beratende, sondern auch eine beschließende Tätigkeit ausüben nach dem Grundsatz, daß auch im Wirtschaftsleben die volle Demokratie zur Geltung kommt.

5. Der Parteitag möge beschließen: Die sozialdemokratische Fraktion wird beauftragt, unterzüglich dahin zu wirken, daß die Auflösung der Freiwilligenkorps und die Neubildung einer Volkswehr auf demokratischer Grundlage in die Wege geleitet wird. Die Mitglieder der Volkswehr müssen auf dem Boden der Republik stehen.

224. Antrag, betreffend Errichtung von Landwirtschaftsschulen: Die Regierungen der Einzelstaaten zu ersuchen, in möglichst vielen Domänen Landwirtschaftsschulen einzurichten, um geeignete Personen technisch und praktisch zu befähigen, Staatsgüter — und solche, die in Staatsverwaltung übernommen werden — zu verwalten.

225. Die von deutschen Stadtgemeinden zur Vinderung der Wohnungsnot eingeleiteten Versuche, nicht voll ausgenutzte Großwohnungen für obdachlose Familien nutzbar zu machen, setzen auf den Widerstand des Vertriebenen-

machungs- und Wohnungskommissare. Diese genehmigen, offenbar in einheitlichem Benehmen, solche Abhilfsmassnahmen höchstens in den Ausnahmefällen, daß es sich um Großwohnungen mit böllig gefondertem Eingang für die abzutrennende Befehlswohnung handelt. Mit solcher engen Begrenzung ist der täglich schlimmer werdenden Wohnungsnot nicht abzuhelfen. Der Parteitag ersucht daher die Reichsregierung, alle Demobilisierungs- und Wohnungskommissare unverzüglich anzuweisen, daß sie hintert weitergehenden Beschläffen der Gemeinden und Demobilisierungsausschüsse zur Nuhbarmachung schwachbelegter Großwohnungen ihre Genehmigung nicht mehr verweigern dürfen.

Der Parteitag erwartet ferner unbergüglich einheitliche Rechtsnormen über die im Zusammenhang mit der Wohnungsnot vielerorts auf gehobene Freizügigkeit. Das jetzige örtlich böllig zersplitterte Aufenthalt- und Zugangsrecht ist für die Arbeiterschaft bei dem häufigen Abshub einzelner und ganzer Familien eine Quelle steter persönlicher Unsicherheit und schwerer wirtschaftlicher Schädigungen.

226. Anieriem: Wie aus der Presse ersichtlich, ist beabsichtigt, der Arbeiterschaft zur Deckung der Kriegsschuld eine sogenannte Freiüberstunde aufzuerlegen. Wir setzen uns deshalb veranlaßt, folgenden Antrag zu stellen:

„Der Parteitag beschließt, an dem errungenen Achtstundentag unter allen Umständen festzuhalten und legt gegen die Absicht, der Arbeiterschaft die Ausbringung der Kriegsschulden einseitig aufzubürden, ganz entschieden Protest ein.“

227. Hertwig, Zusatzantrag zu Nr. 203: Ebenso muß in geeigneter Weise Aufklärungsarbeit innerhalb der Truppenverbände durch Parteigenossen geleistet werden. Zu diesem Zweck hat die Partei Einrichtungen zu schaffen.

Der Belagerungszustand darf nur verhängt und Truppenverbände dürfen nur dann eingesetzt werden, wenn die zuständige Parteiorganisation vorher gehört ist.

In den Orten, in denen Truppen untergebracht sind, und in Orten, die vorübergehend zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung mit Truppen belegt werden müssen, sind den Befehlshabern geeignete Personen aus Parteikreisen beizuarbeiten. In allen Fällen, wo die Truppen verwendet werden sollen, haben diese Genossen maßgebendes Mitbestimmungsrecht.

228. Adolfs Ziele, Entscheidung: Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stellt die uneingeschränkte Selbstständigkeit der Partei gegenüber der Regierung und den in ihr wirkenden Parteimitgliedern fest.

Der Parteitag verkennt nicht, daß unter der Regierung manches geschehen ist, was berechtigten Unmut erweckt hat, und daß manches unterblieben ist, was auszuführen dringend nötig gewesen wäre. Aber diese Fehlschritte und Unterlassungen sind nicht entsprungen dem Mangel an Einsicht, an Tatkraft oder an gutem Willen, sondern sie waren die Folgen schwieriger Verhältnisse, die zu bezwingen bisher nicht gelungen ist.

Der Parteitag spricht deshalb trotz der zu tabelnden Vorkommnisse seinen in der Regierung sitzenden Genossen volles Vertrauen aus. Er erkennt das hohe Maß von Selbstverleugnung an, das sie bewiesen haben durch Uebernahme der Regierung in der Zeit höchster Bedrängnis und lähmendster Zerrissenheit des Reiches nach innen und außen. Er dankt ihnen auch für die Hingabe ans Ganze, mit der sie ausgeharrt haben, obwohl sie selbst durch den Erfolg ihrer Arbeit nicht befriedigt sein konnten.

Der Parteitag sichert der Regierung kräftigste Unterstützung zu bei Durchführung aller Massnahmen, die zur Verwirklichung unserer Parteiziele und damit zum Wohle des gesamten Volkes ergriffen werden. Die gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes wird hinter der Regierung stehen, wenn sie ohne Zaudern und Schwanken die Verwaltung allseits und allenthalben demokratisiert, das Verhältnis von Schule und Kirche zum Staate im Sinne unseres Programms ordnet, im Herrwesen die erforderlichen Reformen durchführt und im Wirtschaftsbereich die grundlegenden Verbesserungen trifft, die den Forderungen und Möglichkeiten der Zeit entsprechen.

An die Parteigenossen im Reich richtet der Parteitag die Mahnung, bei Beurteilung aller Vorkommnisse stets nur von festgestellten Tatsachen auszugehen und den Uerwert von Kritiken zu erkennen, die von verantwortungslosen Seiten nur zu dem Zwecke geübt werden, unsere Partei und ihre Vertreter in der Regierung in den Augen des Volkes als unwürdig des Vertrauens erscheinen zu lassen.

229. Anträge des Wahlkreises Hochum-Gelsenkirchen-Sattigen-Witten: Die Partei möge ihren ganzen Einfluß geltend machen, daß die Schuldigen am Weltkrieg sobald wie möglich vor einen Staatsgerichtshof gestellt werden.

230. Die Regierung möge bei der diesjährigen Ernte die Lebensmittel schnell und vollständig erfassen.

231. Der Parteitag wolle beschließen, daß der Belagerungszustand im ganzen aufgehoben werde, auch, daß die Regierung mit schärferen Massnahmen gegen die reaktionäre Macht einzelner Kommunen vorgehe.

232. Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Der Parteitag wolle beschließen, nach Friedensschluß ständige Auslandskorrespondenten anzustellen, damit unsere Presse immer über die politischen Vorgänge im Auslande schnell und sicher unterrichtet ist und nicht die Nachrichten der bürgerlichen Presse in Anspruch nehmen muß.

233. Der Parteitag möge Stellung nehmen zu den Einzelgründungen von Vereinen zur Herbeiführung der sozialistischen Einigung, die feste Beiträge erheben.

Es besteht die Befürchtung, daß durch diese an sich sehr verdienstlichen Bestrebungen statt der Verschmelzung der Parteien eine neue sozialistische Partei entstehe, die die Zersplitterung vermehrt.

234. Resolution: Die Ortsgruppe *Werga* des Sozialdemokratischen Kreiswahlvereins *Weimar III* wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Verfüzung der Reichsregierung über die Bewaffung der Landbevölkerung und verlangt, daß der Parteitag zu diesem Punkt unbedingt Stellung nimmt, da durch diese Massnahmen zu befürchten ist, daß reaktionäre Strömungen Platz greifen.

235. Wetermann: § 4 des Organisationsentwurfes lautet in bezug auf die Beiträge:

Der wöchentliche Mindestbeitrag beträgt für männliche Mitglieder 15 Pf. und für weibliche Mitglieder 10 Pf.

236. Zur Förderung der Frauenbewegung wird ein sich über das ganze Reich erstreckender Frauenbeirat eingesetzt.

Derselbe besteht aus der Vertreterin der Frauen im Parteivorstand, je einem Mitglied der Bezirksverbände; außerdem entsenden die Reichs- und Landesparlamente auf je 10 weibliche Mitglieder eine, mindestens aber jedes Parlament eine Delegierte.

Der Beirat legt nach Bedarf. Er wird einberufen durch die Vertreterin der Frauen im Parteivorstand.
 Obliegenheit des Beirates ist: Die Förderung der Frauenbewegung innerhalb der Parteiorganisationen.

237. **Hamburg, Steinfeld:** In den Parteiausschüß entsenden die Bezirksorganisationsstellen, welche mehr als 10 000 weibliche Parteimitglieder umfassen, außerdem ein weibliches Mitglied.

238. **Hamburg, Steinfeld:** Unsere Parteigenossen vom Range sollen den Parteitag dahin zu bitten, daß der Parteivorstand Mittel und Wege finde, einen sozialdemokratischen Bauernverein ins Leben zu rufen; denn unsere Genossen ersehen in dieser Vereinigung ihre einzige Interessensvertretung für die Beschaffung von Düng, Saat und landwirtschaftlichen Geräten. Sie können es nicht mehr mitansehen, daß die Verteilung dieser Gegenstände nur einseitig nach dem alten Regierungsverhalten gehandhabt wird. Auch müßte der Vereinigung bei der Reichsverteilungssache durch die Partei Einfluß beschafft werden.

In Bayern ist bereits ein „reiner Bauernbund“, Zentralstelle: Walsber, Kaufmannholz bei Nürnberg, begründet worden.

239. **Emmel:** Auf Nr. 202 (Antrag Braun und Genossen) den Abs. 3 zu streichen und dem Abs. 6 folgenden Zusatz zu geben:
 „Der Parteitag wählt zu diesem Zweck eine besondere Kommission.“

240. **Muen:** Zur Förderung der politischen Aufklärung und Organisationsarbeit der Genossen im sozialistischen Sinne ist schleunigst eine Zentralstelle beim Parteivorstand zu schaffen.

241. **Greiling:** Der Parteitag wolle beschließen, daß die ausländige Bezirksorganisation gegen diejenigen Parteigenossen, die an der Bestätigung des Todesurteils gegen Levine beteiligt waren, wegen groben Verstoßes gegen die Parteigrundsätze den Ausschluß aus der Partei beschließen soll.

242. **Ch. Bernstein:** Der in Weimar versammelte Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erklärt:

Als Glied der sozialistischen Internationale, die im Internationalen Sozialistischen Bureau und dessen derzeit im Gange stehenden Internationalen Sozialistischen Sekretariat ihren Zentralkörper hat, erkennt die S. P. D. die Beschlüsse der von dieser Internationale abgehaltenen Kongresse und Konferenzen, die sich auf die auswärtige Politik der sozialistischen Parteien beziehen, für sich als maßgebend an.

Insbesondere stellt sie sich rückhaltlos auf den Boden der Beschlüsse der Internationalen Sozialistenkonferenzen, die im Februar dieses Jahres in Bern getagt hat. Sie begrüßt diese Tagung und den Geist, der sie befeuert hat, als ein hochverdienstliches Zeichen der Wiederanknüpfung der durch den Krieg zerrissenen internationalen Beziehungen der Parteien des sozialistischen Proletariats und der Ermöglichung gemeinsamer Aktionen der sozialistischen Parteien für die großen Interessen des Völkerfriedens und des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse.

Der Parteitag gibt dem festen Willen der S. P. D. Ausdruck, wie in früheren Jahren so auch fernerhin ihre internationale Gesinnung nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten in Wort und Tat, durch ihre politische Haltung wie durch bestimmte unumkehrbare Solidarität zu bekräftigen.

Der Parteitag erklärt es für die Aufgabe der auswärtigen Politik der deutschen Republik, unter entschiedener Zurückweisung aller Vorkerbungen, sie in Sonderbündnis irgendwelcher Art zu verwickeln, die ihre Spitze gegen andere Staaten kehren, in jeder Weise und bei jeder sich bietenden Gelegenheit

den guten Willen zu bekräftigen, mit allen Völkern in Frieden und Freundschaft auf dem Fuß der Gleichberechtigung zu leben und alle gemeinsamen Bestrebungen zu helfen, die dem freien Verkehr der Angehörigen der großen Völkergemeinde im Wege stehen und den freien Austausch ihrer Produkte beschränken. Er erklärt sich, von diesem Gedanken ausgehend, damit einverstanden, daß die Republik bei den gegenwärtigen Friedensverhandlungen in der Frage der Wiederherstellung der von der Deutschen Kriegsmacht angelegenen Schranken die ihm die deutsche Regierung der internationalen Verantwortlichkeit des kaiserlichen Willens gegenüber ist, er fordert zugleich, daß die Regierung der Republik nichts unterläßt, die Völker davon zu überzeugen, daß der Kampf mit der Politik des Kaiserreiches ein absoluter ist. Jede Halbheit in der wichtigsten Frage der Verantwortungen für den Ausbruch des Weltkrieges muß das Vertrauen der Völker in die Wahrheit der Republik beeinträchtigen. In Bezug auf die allgemeinen Ursachen des Weltkrieges haben die Sozialisten der Länder der sogenannten Entente schon im Jahre 1915 folgende Erklärung eremittelt, der sich der Parteitag gern anschließt:

„Die Konferenz denkt nicht daran, die allgemeinen und tiefen Ursachen des europäischen Konflikts zu verkennen, der das ungeschweuliche Proletariat ist der Gegenüber, welche die kapitalistische Gesellschaft zerreißt, sowie der allgemeinsten National- und imperialistischen Politik, die der internationale Sozialismus nie unterlassen hat zu bekämpfen, sich an der alle Mächte zungen ihre Teil der Verantwortlichkeit haben. Aber der Einfall der deutschen Truppen in Belgien und Frankreich bekräftigt die Existenz der Nationen und untergräbt den Glauben an Verträge.“

In Bezug auf die Feststellung der persönlichen Verantwortungen für den Ausbruch des Krieges und die Art der Kriegführung fordert der Parteitag der S. P. D. von der Regierung ein rückhaltloses Vorgehen.

Von den Alliierten ausgearbeiteten Plan eines Bundes der Nationen kann der Parteitag nicht als ein Werk anerkennen, das dem Gedanken des von der Sozialdemokratie erstrebten Bundes der Völker gerecht wird, sondern nur als einen, mit vielen Halbheiten behafteten Schritt auf diesem Wege. Der Parteitag ist indes damit einverstanden, daß die Regierung der Republik die Aufnahme Deutschlands in den Bund bekräftigt, und drückt die bestimmte Erwartung aus, daß Deutschlands Erklärung, ohne Vorbehalt die Bedingungen des Bundes zu unterzeichnen, für vollständig angenommen und die Republik gleichzeitigt mit den übrigen Nationen als gleichberechtigtes Mitglied in den Bund aufgenommen wird.

Grundsätzlich der sonstigen Friedensbedingungen erklärt sich der Parteitag mit jeder Regelung der territorialen Fragen einverstanden, die mit dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker vereinbar ist. Er bekräftigt jeden Gebietswechsel, der ohne Verletzung der Bevölkerung verfügt wird, und jede dem Willen der Bevölkerung widersprechende Angliederung von Gebieten an neugebildete Staatswesen. Für Gebiete mit gemäßigter Bevölkerung fordert er eine spezielle Regelung nach dem Grundsatz der Willigkeit unter Sicherstellung der Rechte nationaler Minderheiten.

Der Parteitag wiederholt schließlich die Erklärung des ersten, von Karl Marx verfaßten Statuts der Internationale, daß der Verkehr der Nationen auf Wahrheit, Recht und Gütlichkeit gegründet sein muß. Indem er in Übereinstimmung damit die dem entgegenstehenden Methoden der bisherigen Diplomatie, das System der Espionage und der Bestechungen durch bezahlte Agenten im allgemeinen verurteilt, spricht er seine scharfe Verurteilung gegen alle Versuche aus, dieses verruchte System unter irgendeinem Vorwand in die Bewegung der Arbeiterklasse einzuführen. Die Internationale darf

nichts zu tun haben mit der Korruption, die dieses System notwendig zur Folge hat. Sie ist keine Verschwörergesellschaft. Wie sie selbst, nach dem schönen Wort von Marx, nur im Lichte der Sonne ihr Werk betreibt, so fordert sie eine auswärtige Politik der proletarischen Bewegung, die in bezug auf keine ihrer Handlungen das Licht des Tages zu scheuen braucht.

243. Zusatz zur Entschließung 203. Breslau-Land, Georg Ernst und Genossen: Die Eintretenden müssen ein Mindestalter von 20 Jahren haben und sollen möglichst nicht vom Lande sein, um der Bauernwirtschaft nicht die so notwendigen Kräfte zu entziehen.

244. Resolution zur auswärtigen Politik. Dr. Ad. Braun, Löbe, Wels: Der Parteitag spricht seine Entrüstung über die Zumutungen der Entente aus, dem deutschen Volke einen Gewaltfrieden aufzuzwingen, der die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des deutschen Volkes unterbindet und ein politisches Dasein unmöglich macht.

Diese Friedensbedingungen erklärt der Parteitag für unvereinbar mit den Grundlagen der Wilsonschen Friedensbedingungen. Sie sind ebenso unvereinbar mit den Richtlinien der internationalen Beisprüche und Konferenzen in Bern und Amsterdam.

Inbesondere stellt er sich rücksichtslos auf den Boden der Beschlüsse der internationalen Sozialistenkonferenz, die im Februar d. J. in Bern getagt hat. Er begrüßt diese Tagung und den Geist, der sie befeelt hat, als ein hocherfreuliches Zeichen der Wiederanknüpfung der durch den Krieg zerrissenen internationalen Beziehungen der Parteien des sozialistischen Proletariats und der Ermöglichung gemeinsamer Aktionen der sozialistischen Parteien für die großen Interessen des Völkerfriedens und des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse. In bezug auf die allgemeinen Ursachen des Weltkriegs haben die Sozialisten der Länder der sogenannten Entente schon im Jahre 1915 folgende Erklärung vereinbart, der sich der Parteitag gern anschließt:

„Die Konferenz denkt nicht daran, die allgemeinen und tiefen Ursachen des europäischen Konflikts zu verkennen, der das ungeheuerliche Produkt ist der Gegensätze, welche die kapitalistische Gesellschaft zerreißen, sowie der aggressiven kolonial- und imperialistischen Politik, die der internationale Sozialismus nie unterlassen hat zu bekämpfen, und an der alle Regierungen ihr Teil der Verantwortlichkeit haben. Aber der Einfall der deutschen Armeen in Belgien und Frankreich bedroht die Existenz der Nationen und untergräbt den Glauben an Verträge.“

In bezug auf die Feststellung der persönlichen Verantwortungen für den Ausbruch des Krieges und die Art der Kriegsführung fordert der Parteitag der S. P. D. von der Regierung ein rücksichtsloses Vorgehen.

Der Parteitag drückt die bestimmte Erwartung aus, daß Deutschlands Erklärung, die Bedingungen des Bundes zu unterzeichnen, für vollwertig angenommen, die deutsche Republik gleichzeitig mit den übrigen Nationen als gleichberechtigtes Mitglied in den Bund aufgenommen und bei der Feststellung der Grenzen das Selbstbestimmungsrecht der Einwohner gewahrt wird.

Die deutsche Sozialdemokratie ruft die Internationale auf zum Protest gegen den unerhörtesten Gewaltfrieden der modernen Geschichte.

245. Jena (zur „Einigungsfrage“): Der Parteitag beschließt folgende programmatische Kundgebung als theoretische Grundlage für die Verhandlungen zur Wiedervereinigung der U. S. P. D. und S. P. D. in einer neuen „Sozialistischen Partei Deutschlands“:

„Der Weltkrieg ist die notwendige Folge der privatkapitalistischen Weltwirtschaft und bürgerlichen Ideologie der bestehenden Klassen. Das nach der

französischen Revolution zur gesellschaftlichen Macht aufgestiegene kapitalistische Verrentum hat sich in verbrecherischer Weise die Freiheit zunutze gemacht, die ihm unter dem Schutz der Staatsgewalt gewährt wurde. Nur die völlige Niederwerfung und dauernde Niederhaltung dieser von Gewinnsucht, Ehrgeiz und Machtdübel getriebenen Gesellschaftsschicht kann die Menschheit zu einer höheren, auf Volksfreiheit, Brüderlichkeit der Völker und gleiches Recht gleichwertiger Menschen gegründeten Kulturgemeinschaft befreien. Diesen Befreiungskampf gleichzeitig in allen Ländern zu führen, ist die weltgeschichtliche Aufgabe der geeinigten proletarischen Hand- und Kopfarbeiter. — Sie sind die Träger der Weltrevolution zur Erreichung der wahren Demokratie.

Vollkommene Demokratie bedeutet die Uebernahme der Gesetzgebung, Verwaltung, Rechtssprechung und Staatsgewalt durch das werktätige Volk. Diese wahre Demokratie kann nur erreicht werden durch das wirtschaftliche und politische Räuberregiment unter Beteiligung aller schaffenden Stände. Das Volk selbst muß die tüchtigsten Männer und Frauen in der Leitung der Volkswirtschaft und aller Gebiete der Kultur berufen und muß sie abberufen, wenn sie ihre Aufgabe nicht erfüllen.

Der Uebergang von der formellen Demokratie des Repräsentativsystems mit bürokratischer Verwaltung und Trennung der vollziehenden und gesetzgebenden Gewalt zur sozialistischen Räterepublik kann nur erfolgen auf dem Wege der Diktatur des Proletariats, das heißt der Beseitigung der wirtschaftspolitischen Macht des Kapitals durch Dekretierung der Enteignung aller kapitalistischen Ausbeuter und Abschaffung aller kapitalistischen Herrenrechte.

Um dieses Ziel zu erreichen, muß das gesamte internationale Proletariat in revolutionärem Geiste erzogen und zusammengezwängt werden zu einer großzügigen internationalen Kampforganisation. Die Schaffung einer solchen Organisation und die Zusammenfassung aller ihrer Kräfte zu einem zielbewussten einheitlichen Kampf um die politische Macht des Proletariats ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.“

246. Kummer und Genossen: Der Parteivorstand wird beauftragt, einen Plan für unser internationales Nachrichtenwesen vorzubereiten, damit gleich nach Friedensschluss mit seiner Durchführung begonnen werden kann. Dieser Plan soll für die künftigen Brennpunkte der Weltpolitik, also auch für Washington, Tokio und Peking, eigene Korrespondenten vorsehen.

247. Hofmann: Der Parteitag erkennt an, daß jeder Regierung, die sich nicht selbst von vornherein zur Ohnmacht verurteilt sehen will, ein Machtinstrument zur Verfügung stehen muß, das den von den Behörden gegebenen Anordnungen Anerkennung und Durchführung gewährleistet. Der Parteitag erkennt ferner an, daß die bestehenden Freiwilligenverbände in dem jetzigen politischen Rahmen die leider fast einzige Möglichkeit darstellen, diese Voraussetzung zu erfüllen.

Abz: angesichts der Tatsache, daß die Einrichtung dieser Freiwilligenverbände noch nicht einmal dem völlig ungenügenden Gesetz vom 12. Dezember 1918 betr. Bildung einer freiwilligen Volkswehr entspricht und ferner angesichts der Unvollkommenheiten und Gefahren, die jedes Soldnerheer trotz der für dasselbe aufgewendeten ungeheuren Mittel in sich birgt, empfiehlt der Parteitag, daß die Reichsregierung auch bei den noch schwebenden Friedensverhandlungen keinen Schritt unversucht läßt, um Deutschland die Möglichkeit der Schaffung einer Volkswehr zu geben, die den Forderungen unseres Parteiprogramms entspricht, die Rechtsicherheit sowie die Erhaltung der Erzeugnisse in der Revolution am nachdrücklichsten gewährleistet.

Die Reichsregierung ist aufzufordern, mit allem Nachdruck bei Preußen dahin vorstellig zu werden, daß dieses bei Abtretung preussischer Gebieteile,

die notwendig sind zur Schaffung eines politisch und wirtschaftlich lebensfähigen Staats Großfüringen, keine Schwierigkeiten bereitet. Der Parteitag hält einen schleunigen Zusammenschluß der Thüringischen Kreiskräften zu einem seiner Aufgaben gewachsenen Staate Großfüringen und damit eine Befestigung der Zwergstaatengebilde für eine dringende Notwendigkeit.

248. Entschließung Louis Vietter und Genossen: Die bisherige Lebensmittelorganisation hat die ausreichende und gleichmäßige Ernährung des Volkes nicht gesichert. Sie steht in der bisherigen Form politischer Zwangsabwirtschaftung nicht die Gewähr für ausreichende Erfassung der Lebensmittel und erwartet von der Regierung eine Neuorganisation auf folgender Grundlage:

Die Erfassung geschieht einheitlich im ganzen Reichsgebiet nach einer von einer Reichszentrale auf Grund der Erntefläche, Bodenklasse und Ernteschätzung festgesetzten Lieferungsverpflicht der Gemeinden. Die Verteilung auf die Verbrauchsgemeinden geschieht nach einem einheitlichen Schlüssel.

Die Bedarfsbefriedigung der Erzeugergemeinden erfolgt grundsätzlich auf den Beständen der betreffenden Gemeinden, der Ueberfluß wird auf Anweisung der übergeordneten Erfassungorganisation an die nächsten Bedarfsgebiete abgegeben.

Zur Erfassung der Erzeugnisse innerhalb der Gemeinden werden von und aus den Arbeitern, Angeestellten und Beamten Erfassungorgane gebildet. Die Erfassung bei den Erzeugern liegt einzig und allein in den Händen dieser Erfassungorganisationen.

In Gemeinschaft mit den Verbrauchsgemeinden des Kreises bilden sie Kreisverbände, die aus sich heraus die Provinzialverbände bilden. Die bilden die Staats- und diese die Reichszentrale. In allen Körperschaften müssen Vertreter der Regierung mit weitgehenden Einspruchsrechten vertreten sein. Den Erfassungs- und Verteilungsorganisationen stehen Eingriffe in den Produktionsprozeß zu, um die Produktion zu sichern und zu fördern. Sie können unbeschadet des Einspruchsrechtes des Besitzers landwirtschaftliche Betriebsinhaber, die ihre Pflicht nicht erfüllen, entschädigungslos enteignen und den Betrieb mit dem gesamten Betriebsmaterial weiterführen.

Die Großbetriebe sind zu verstaatlichen. Zur Durchführung dieser Maßnahmen ist die Besetzung der Landparlamentarier mit Sozialisten erforderlich.

249. Abänderungsantrag Kapfenstein zur Resolution Nr. 244:

1. im 5. Absatz am Ende hinzuzufügen:

Er wiederholt zugleich den von der Reichsregierung gemachten Vorschlag, zur Aufhellung der Schuldfrage hinsichtlich der Ursachen des Ausbruchs und der Führung des Weltkrieges einen neutralen Gerichtshof einzusetzen, dem alle Beweismittel vorzulegen und alle Angeklagten ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit vorzuführen sind. Eine Auslieferung deutscher Reichsangehöriger an ein einseitig von den Alliierten bestelltes Gericht lehnt der Parteitag als ungerecht und eine unvorzuziehende Demütigung Deutschlands ab. Er fordert ferner, daß in der Frage der Kriegsschäden die herrschende Richtung des gegen die Nichtkämpfenden, gegen Kranke und Greise, gegen Frauen und Kinder geführten Hungerkrieges gebührend berücksichtigt wird.

2. dem Abschnitt 5 anzufügen:

Insbesondere legt der Parteitag gegen die ohne Befragung der Bevölkerung geplante Kolonisierung deutscher Gebiete im Osten und Westen,

gegen die Verfallung des Selbstbestimmungsprinzips im Norden, sowie gegen die Verhinderung des Anschlusses der Deutschen Osterrichts mit Einschluß der Sudetenländer und Südtirols an das Mutterland ernste Verwahrung ein.

3. als 6. Abschnitt einzufügen:

Er protestiert gegen jede Errichtung einer Fremdherrschaft in Deutschland durch Einsetzung von militärischen, Strom- und sonstigen Behörden unter maßgebender Mitwirkung fremder Regierungen.

250. Kähler: Der Parteivorstand hat die Anstellung und Schulung weiblicher Kräfte in den Vorständen größerer Agitationsbezirke zu fördern und wenn notwendig finanziell zu unterstützen.

251. Braun: Die ungeheure wirtschaftliche Krise, in die der Krieg nicht nur Deutschland, sondern auch alle anderen wirtschaftlich entscheidenden Länder Europas gestürzt hat, kann nur überwunden werden, wenn es durch sozialistische Maßnahmen gelingt, alle schaffenden Kräfte zu einmütiger, das Einzelinteresse dem Gesamtwohl unterordnender Tätigkeit zu vereinen.

Der Parteitag fordert daher von der parlamentarischen Vertretung der Partei und ihren Regierungsmitgliedern die Sozialisierung, wo sie möglich ist. Wo die Sozialisierung noch nicht möglich ist, ist an Stelle der reinen Privatwirtschaft eine zugunsten der Volksgemeinschaft planmäßig betriebene und gesellschaftlich kontrollierte Volkswirtschaft (Gemeinwirtschaft) durchzuführen.

Für die allmähliche Ueberführung von Produktionsmitteln in das Eigentum der Gesamtheit empfiehlt sich die Beteiligung des Reichs, die aus Anlaß der Vermögensbesteuerung mit Entschiedenheit durchzuführen ist.

Die Arbeiterschaft muß gleichberechtigt neben dem Unernehmerium mitbestimmend und mitverantwortlich an unserem Wirtschaftsleben mitwirken. Zu diesem Zweck sind außer den regionalen Organisationen (Betriebsarbeiterräte, Bezirkswirtschaftsräte, Reichsarbeiterrat) fachliche Organisationen der deutschen Wirtschaft auf paritätischer Grundlage ins Leben zu rufen, die als Selbstverwaltungskörper zugleich Organe der Gemeinwirtschaft sind.

Die folgenschweren wirtschaftspolitischen Entschlüsse, zu denen die allgemeine Wirtschaftsnot Deutschlands, der gebotene Abbau der bisherigen Kriegswirtschaft und die Durchführung eines etwaigen Friedensvertrages Anlaß geben werden, dulden keinen Aufschub in der Durchführung der gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftsorganisationen. Der Arbeiterschaft kann nicht zugemutet werden, wirtschaftliche Maßnahmen irgendwelcher Art hinzunehmen, falls ihr nicht ungefümt ein gleichberechtigter Einfluß auf die Bildung der wirtschaftlichen Entschlüsse eingeräumt wird.

Die Reichsregierung ist zu ermächtigen, in wirtschaftsorganisatorischen Fragen Mehrheitsbeschlüssen der einzelnen Wirtschaftsgruppen verbindliche Kraft für alle zu dieser Wirtschaftsgruppe gehörigen Unternehmungen beizulegen, und ferner zur Vorberatung der paritätischen Selbstverwaltungskörper für alle Wirtschaftsgruppen, für welche dies bisher noch nicht geschehen ist, Sachverständigenräte aus dem Kreise der Arbeitnehmer und Arbeitgeber einzuberufen.

252. (Abänderungsantrag zu 206) W. Enz: Den Absatz 3 wie folgt zu fassen:

Die Jugendorganisation erstreckt sich auf die Jugend vom 14.—18. Lebensjahr.

Für die über 18 Jahre alten Genossen ist Pflicht, der Partei beizutreten, und es sind von dieser besondere Veranlassungen für die jungen Genossinnen und Genossen zu treffen.

253. Thielemann: Das Gesetz über den Belagerungszustand entkannnt der reaktionärsten Zeit Preußens. Es ist deshalb für die heutige Zeit nicht mehr geeignet. Die Fraktion der verfassunggebenden Nationalversammlung hat dahin zu wirken, daß dieses Gesetz aufgehoben und ein zur Sicherung der republikanischen Staatsverfassung geeignetes Gesetz geschaffen wird.

254. Friß Kummer (Antrag zum Organisationsstatut): Die Delegierten zu Kongressen, Parteitagen und Konferenzen sind, wo es sich um zwei und mehr Mandate in einem Wahlbezirk handelt, durch Verhältniswahl zu bestimmen, wenn zwei und mehr Vorschläge (Kandidatenlisten) bei der wahlleitenden Körperschaft vorliegen.

255. Dörge (Abänderungsantrag zu Nr. 248): In Nr. 248 den Abs. 4 wie folgt zu beginnen:

Die Bauernschaft ist mehr als bisher über ihre Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft aufzuklären. Aus dem Bewußtsein sozialer Pflicht wird der Schleichhandel mehr als bisher unterbunden. Zur Erfassung der Erzeugnisse innerhalb der Gemeinden weihen von und aus den sozialistisch organisierten Bauern, den Arbeitern . . .

256. Kagenstein (Antrag zum Organisationsstatut): In § 2 Zeile 4 hinter „Unterbezirke“ einzufügen „in der Regel die Kreise (in Preußen, sonst Amtsbezirke u. dergl.)“.

257. Steinkopf: Der Parteitag tritt dafür ein, daß ein zuverlässig arbeitendes Berufsbeamtenamt erhalten bleibt, welches unbeeinträchtigt von politischen Ereignissen seine Dienste dem Wohle der Allgemeinheit zu widmen hat. Die wohlverordneten Rechte der Beamten sind deshalb zu gewährleisten.

Ferner verlangt der Parteitag, daß das freie Koalitionsrecht, wie es jedem Staatsbürger zusteht, den Beamten in keiner Weise eingeschränkt werden darf.

In Anbetracht jedoch der besonderen Stellung, welche die Beamten im Staatswesen einnehmen, und der vererblichen Wirkungen, die ein Beamtenfreist mehr als jeder andere Streik im Gefolge haben kann, verlangt der Parteitag, daß die Beamten, ehe sie ihre Tätigkeit einstellen, alle Mittel reiflos erschöpfen, die zur Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen geeignet sind. Um dies zu erreichen, ist mit Beschleunigung ein entsprechendes Schlichtungs- und Schiedsverfahren zu schaffen.

Beim Aufbau des neuen Reiches, welches bestimmt ist, die dienstlichen, Befolungs- und Disziplinarverhältnisse der Beamten zu regeln, sollen die Beamtenkammern und -ausschüsse und auch die Beamtengewerkschaften zur Mitarbeit herangezogen werden.

Bezüglich der Offenlegung der Personalakten tritt der Parteitag dafür ein, daß es jedem Beamten gestattet wird, die ihn betreffenden Akten im Originalzustand einzusehen. Vor der Einsichtnahme dürfen keine Änderungen an ihrem Inhalt vorgenommen werden.

Der Parteitag erucht die Genossen in der Regierung, nachdrücklich dahin zu wirken, daß der Aufstieg fähiger Beamten in höhere Stellen alsbald in die Tat umgesetzt wird. Bürokratische oder kleinliche Bedenken dürfen diese Reform weder verhindern noch erschweren.

258. Peters (Antrag zum Organisationsstatut): In § 4 Zeile 4 hinter die Worte „zu erheben“ einzufügen: „gleichzeitig sind die Bezirksverbände berechtigt, in Ortsvereinen, die durchaus ländlichen Charakter haben, Wochenbeiträge von 15 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche Mitglieder festzusetzen.“

259. Dr. Löwenthal-Wamberg: Der Parteitag bedauert aufs tiefste, daß es den Parteigenossen im bayerischen Ministerium nicht gelungen

ist, die Hinrichtung Levinés zu verhindern, und fordert sie auf, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß dem jungen Toller das gleiche Schicksal erspart bleibt.

260. Grestling und Genossen: Angesichts der ungeheuren Leistungen, die der Friedensvertrag unserer Volkswirtschaft auferlegt, angesichts ferner der immer wachsenden Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft hält der Parteitag ein weiteres, durch die Rücksicht auf die bürgerliche Mehrheit der Nationalversammlung bedingtes Bödern in der Sozialisierungsfrage im Interesse des ganzen deutschen Volkes und insbesondere der Arbeiterklasse, für verhängnisvoll.

Der Parteitag erwartet deshalb von den Genossen in der Reichsregierung und der Nationalversammlung, daß sie unverzüglich mit der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Verhandlung über die Bildung einer rein sozialistischen Regierung treten. Dabei soll nur die persönliche Eignung des einzelnen, nicht Rücksichten auf Partitüt oder Ähnliches mißsprechen. Der Parteitag erwartet ferner, daß diejenigen Genossen, deren etwaiges Verbleiben in ihren Ämtern für das Zustandekommen einer sozialistischen Regierung ein Hindernis bilden würde, freiwillig zurückzutreten.

Ist die Bildung einer sozialistischen Regierung gesichert, so sollen die beiden Parteien, gestützt auf die Macht der Arbeiterklasse, von den bürgerlichen Parteien verlangen, daß sie die sozialistische Regierung anerkennen.

Im Falle der Weigerung sollen sie den Bürgerlichen die Regierung allein überlassen und gemeinsam in schärfste Opposition treten. Es ist zu erwarten, daß unter diesen Umständen eine bürgerliche Regierung in wenigen Wochen abgewirksamkeit haben würde.

Im anderen Falle beginnt die Regierung sofort mit der raschen, aber systematischen Vorbereitung und Durchführung der Sozialisierung des gesamten Wirtschaftslebens unter weitgehender Mitwirkung der Arbeiter- und Betriebsräte.

Zugleich eröffnet sie im ganzen Lande einen großzügigen Aufklärungssteilzug, um besonders die Arbeiterschaft über Wesen und Vorbedingungen der Sozialisierung sowie insbesondere darüber aufzuklären, daß angestrenzte Arbeit und strenge Disziplin vor allem in der Ubergangszeit unerläßliche Bedingungen für den Erfolg der Sozialisierung sind.

261. Schäfer-Saarbrücken: Für den Fall, daß der Friedensvertrag die Loslösung des Saargebietes von Deutschland auf eine bestimmte Zeit enthält, wird sich für die dortige Partei das jetzige Verhältnis der Zugehörigkeit zur deutschen Gesamtpartei nicht aufrechterhalten lassen.

Die Parteigenossinnen und -genossen im Saargebiet würden sich nur mit dem Gefühl der Trauer in ein derartiges Geschick fügen, von der starken deutschen Mutterpartei losgerissen zu werden, der das deutsche Proletariat seine nach jahrzehntelangen, heißem Ringen endlich erfolgte Befreiung von den Fesseln des Kapitalismus, der Junker- und Polizeiherrschaft dankt.

Ebensowohl wie dem ganzen deutschen Volke werden die Sozialdemokraten des Saargebietes in diesem schlimmsten Falle der deutschen Partei die Unabhängigkeit in Treue bewahren, in der festen Hoffnung, in ihr auch dann noch den geistigen Nährboden zu haben, aus dem sie die Kraft zu schöpfen vermögen, ihre sozialistische Mission im Sinne und Geiste der deutschen Mutterpartei zu erfüllen.

Wir ersuchen daher den Parteitag, den Parteivorstand zu beauftragen, im Falle der Loslösung des Saargebietes kein Mittel unberührt zu lassen, die organisatorischen Beziehungen mit der Parteio rganisation des Saargebietes nach Möglichkeit aufrechtzuerhalten.

262. Pähler und Genossen: Der Parteitag wird ersucht, die Zerstaltung und Schulung von Frauen in den größeren Bezirken zu fördern und, wenn notwendig, finanziell zu unterstützen.

263. Rajenstern und Genossen (Beitrag zum Rätesystem und Reichsverfassung):

1. Das Ziel der Sozialdemokratie ist planmäßige Erzeugung und Verteilung mit allgemeiner Arbeitspflicht und maßgebender Mitwirkung der Arbeitenden an der Leitung der Wirtschaft. Dieses Ziel ist nicht durch plötzliche Aktion, noch weniger durch planlose Willkür, sondern nur auf dem Wege der durch die öffentliche Gewalt zu fördernden wirtschaftlichen und geistigen Entwicklung zu erreichen. Der Weg dazu besteht in Ausdehnung und Vertiefung der Demokratie durch Erziehung und Organisation der Massen, nicht in der Errichtung einer neuen, gewalttätigen, allen Gefahren der Ungleichheit und Korruption ausgesetzten Minderheitsherrschaft.

2. Auf wirtschaftlichem Gebiet steht die Partei, wie sie immer getan und seit 1885 in umfassenden Gesetzentwürfen bekundet hat, auf dem Boden der gesetzlichen Organisation der Arbeiter zur Wahrung ihrer Interessen, zur Mitbestimmung der Produktion und zur Mitwirkung an der Sozialisierung der Wirtschaft. Die Förderung und das Streben nach gesetzlicher Anerkennung der Gewerkschaften, der Arbeiterausschüsse, Arbeiter- und Arbeitskammern lagen in dieser Richtung.

3. Die seit der Revolution in den Vordergrund getretenen Arbeiter- und Angestelltenräte sind berufen, innerhalb der Betriebe im Einvernehmen mit den Gewerkschaften die Arbeiterrechte wahrzunehmen, für die Verwirklichung des gesetzlichen Arbeiterrechtes und der Tarifvereinbarungen zu sorgen, Einfluß in die Betriebsorgane zu nehmen und das Recht der Mitbestimmung in persönlichen Angelegenheiten der Arbeiter und Angestellten auszuüben. Den Räten der öffentlichen Beamten sind sinngemäß gleiche Rechte einzuräumen.

4. Zur Wahrnehmung der über den Betrieb hinausgehenden gemeinsamen Arbeiterangelegenheiten, zur Vereinbarung der allgemeinen Arbeits- und Lohnbedingungen wie zur Erfüllung sonstiger wichtiger wirtschaftlicher und geistiger Aufgaben sind weiterhin die Gewerkschaften und als deren Organe die örtlichen und die nach Wirtschaftsgebieten zu gliedernden Bezirks- bzw. Landesarbeiterräte und der Reichsarbeitererrat berufen.

Solange und soweit die demokratische Organisation der politischen Orts- und Kreisverwaltungen noch nicht durchgeführt ist, muß diesen Arbeiterräten, als Klassenorganen der Arbeiter, namentlich den Kreisarbeiterräten auf dem Lande, ein Kontroll- und Einspruchsrecht gegenüber den Behörden, den Massenorganen der Bestehenden, zustehen. Entgegenstehende Bestrebungen der Behörden sind abzuweisen.

5. Zur Erfüllung der gemeinsamen wirtschaftlichen Aufgaben sind örtlich und bezirksmäßig gewählte Wirtschaftsräte zu bilden. Sie sind nicht notwendig paritätisch, sondern mit Rücksicht auf Zahl und Bedeutung aus Unternehmern, Arbeitern und Angestellten sowie aus freien Berufsarbeitern, Vertretern der Wissenschaft und der sozialen Interessen zusammenzusetzen. Sie wirken auf dem Gebiete des wirtschaftlichen und sozialen Lebens als beratende, vorbereitende und ausführende Organe, denen durch Gesetz und Behörden auch Verwaltungs- und Verwaltungsbefugnisse zu übertragen sind.

6. Die Landeswirtschaftsräte und der Reichswirtschaftsrat sind berufen, Gesetzentwürfe wirtschaftlichen und sozialen Charakters vor ihrer Einbringung bei den gesetzgebenden Körperschaften zu begutachten. Sie können selbst solche Gesetzentwürfe vorlegen und im Reichstag und den Landtagen durch Bewor-

trägt vertreten lassen. Dasselbe Recht ist den Landesarbeiterräten und dem Reichsarbeitererrat zuzugestehen.

7. Um die Rechte der Verbraucher zu wahren und den Mißbrauch der wirtschaftlichen Organisation zur Preisstreiberi zu verhindern, sind Vertreter der Verbraucher, namentlich der Konsumgenossenschaften und der Gemeinden, in die Wirtschaftsräte zu berufen. Preisfestsetzungen haben unter paritätischer Mitwirkung dieser Vertreter zu erfolgen.

8. Eine Mitwirkung der Arbeiter- und Wirtschaftsräte an der allgemeinen Gesetzgebungs- und Verwaltungstätigkeit in Reich, Staat und Gemeinde, die zu einem verwickelten Zwei- und Mehrkammerssystem führen müßte, lehnt der Parteitag ab.

264. Buhde und Genossen: Die Fraktion der Nationalversammlung wird beauftragt, bei der Beratung über den Entwurf eines Staatsgerichtshofes dafür Sorge zu tragen, daß für die durch den Staatsgerichtshof als am Kriege und seinen Folgen schuldig erklärten Personen Strafen zur Anwendung kommen, die von ihnen am Volke verübten Verbrechen gerecht werden.

265. Dröner und Genossen: Die Fraktion der Nationalversammlung wird beauftragt, sofort ein Gesetz zu verlangen, welches die Abschaffung der Todesstrafe festsetzt.

266. Dr. Löwenthal: Der Parteitag mißbilligt die Hinrichtung Levinés aufs entschiedenste und verlangt von den hierfür maßgebenden Parteigenossen, daß Koller vor dem gleichen Schicksal bewahrt bleibt.

267. Georg Erwig: Der Parteitag der S. P. D. entbietet den deutschen Volksgenossen, die sich in Kriegsgefangenschaft befinden, brüderliche Grüße.

Der Parteivorstand und die Regierung werden beauftragt, alle geeigneten und möglichen Schritte zu unternehmen, um die traurige Lage unserer gefangenen Brüder zu erleichtern und darauf hinzuwirken, daß ihre Freilassung sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrages erfolgt.

268. Hermann Müller-Davidsohn: Der Parteitag fordert, daß die von den lettischen und estnischen sozialistischen Parteien über die Uebergriffe deutscher Truppenführer und Truppen mitgeteilten Behauptungen schleunigst nachgeprüft und die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden.

Der Parteitag verurteilt alle Uebergriffe gegen die rechtmäßigen Volksregierungen Lettlands und Estlands. Das Selbstbestimmungsrecht des lettischen und estnischen Volkes muß in jeder Weise gewahrt werden.

Er fordert ferner, daß die noch im Baltikum stehenden deutschen Truppen schleunigst zurückgezogen werden. Die Kampfhandlungen sind sofort einzustellen, da für die Zwecke baltischer Junker kein Tropfen deutschen Blutes vergossen werden darf. Gegenüber den Ententeregierungen hat die deutsche Regierung auf der schleunigen Zurückziehung der deutschen Truppen zu bestehen.

Der Parteitag erwartet weiter, daß die Regierung alle zulässigen Mittel anwendet, um das Ueberlaufen deutscher Soldaten zur baltischen Landeswehr zu verhindern, das seit Mitte Mai eingesetzt hat. Offiziere, denen eine Begünstigung dieser Ueberläuferei nachgewiesen werden kann, sind sofort zu entlassen.

Die deutschen Soldaten sind ferner darüber aufzuklären, daß sie sich im Falle des Ueberlaufens nicht nur des Schutzes der deutschen Republik begeben, sondern im Falle späterer Rückkehr auch der Gefahr der Bestrafung wegen Ueberlaufens aussetzen. Die Soldaten sind vor den Landvertrugungen zu warnen, da das lettische Volk nach dem Kriege eine Anschließungspolitik nicht dulden wird, die in irgendeiner Form eine Wiedererrichtung der Vormachtstellung der Junker im Baltikum ermöglichen würde.

269. W. Heuschhausen: Die Regierung wird ersucht, zu prüfen, ob die Vergesellschaftung der Papierfabrikation nicht schon jetzt durchgeführt werden kann.

270. Krüger: Den Parteivorstand um zwei Sekretäre zu vermehren. Die baldige Besetzung dieser Stellen wird dem Parteivorstand und Parteiausschuß gemeinsam überlassen.

271. W. Heuschhausen: Der Parteivorstand wird beauftragt, auf der nächsten internationalen Sozialistenkonferenz die Frage: „Wie stellt sich die Internationale zur baldigen Einführung einer Sprache als Weltsprache“ zu stellen.

272. Krell-Lyck: Der Parteitag sieht das in der Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums vom 7. Mai 1919 aufgestellte Programm über Sozialisierung als das Mindeste dessen an, was zur Verwirklichung des Sozialismus auf dem Gebiete der Sozialisierung jetzt zu geschehen habe.

Er erwartet von den sozialistischen Vertretern der Regierung, daß sie von der Erfüllung dieses Programms ihr weiteres Verbleiben in der Regierung abhängig machen. Sie haben die bürgerlichen Parteien und die bürgerlichen Mitglieder der Regierung vor die Wahl zu stellen, entweder die Durchführung jenes Programms hinreichend zu unterstützen oder unter eigener Verantwortung für die aus der Ablehnung dieser Unterstützung sich ergebenden Folgen die Fortführung der Regierung allein zu übernehmen.

273. Krell-Lyck: Für den Fall der Ablehnung des Antrags Nr. 272 folgenden Ergänzungsantrag zu Nr. 251 anzunehmen:

Der Parteitag sieht die in den Absätzen 1 bis 6 aufgestellten Forderungen als das Mindeste dessen an, was zur Verwirklichung des Sozialismus jetzt zu geschehen habe. Er erwartet von den sozialistischen Vertretern der Regierung, daß sie von der Erfüllung dieser Forderungen ihr weiteres Verbleiben in der Regierung abhängig machen. Sie haben die bürgerlichen Parteien und die bürgerlichen Mitglieder der Regierung vor die Wahl zu stellen, entweder die Durchführung jener Forderungen hinreichend zu unterstützen oder unter eigener Verantwortung für die aus der Ablehnung dieser Unterstützung sich ergebenden Folgen die Fortführung der Regierung allein zu übernehmen.

274. Krell-Lyck (Zusatzantrag zum Antrag Nr. 257: in Abs. 2 hinter „darf“ einzufügen: „und daß den Beamtenschaftlichen für die Regelung und Verwaltung des inneren Dienstes das Mitbestimmungsrecht eingeräumt werde“.

275. Davidsohn-Stahl: Der Parteitag wolle beschließen:

Der Haushaltsausschuß der verfassunggebenden Nationalversammlung hat den Beschluß gefaßt, die Spandauer Heereswerkstätten, soweit sie wieder arbeitsfähig gemacht werden können, auf Friedensarbeit umzustellen und vom Reichswehramt in Betrieb nehmen zu lassen.

Entgegen diesem Beschluß hat das Reichswehramt bisher so gut wie nichts getan, um die erforderlichen Aufträge heranzuziehen, sondern sie fast reißlos, einschließend der Staatsaufträge, der Privatindustrie zuzufließen lassen.

Der Parteitag nimmt von diesen Vorgängen Kenntnis und fordert die Fraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung auf, alles daranzusetzen, daß die Verwaltung der Heereswerkstätten dem Reichswehramt entzogen und dem Reichswirtschaftsministerium übertragen wird.

276. Ossowski: Der Parteitag verurteilt einmütig alle Gewalttaten, ob sie von reaktionärer oder radikaler Seite erfolgen, und verlangt, daß auch gegen die Attentäter und Mörder, denen unsere Genossen Muer und Neuring zum Opfer gefallen sind, rücksichtslos vorgegangen wird.

Protokoll.

Erster Verhandlungstag.

Dienstag, den 10. Juni 1919, nachmittags 4 Uhr.

Die Sitzung wird um 4 Uhr 10 Minuten eröffnet vom Vorsitzenden der Weimarer Parteio rganisation

Prag: Geehrte Parteigenossinnen und -genossen! Vor Eintritt in dies Tagungshaus grüße Sie stumm das ergene Korymbäenpaar; der eine, der Schöpfer des „Faust“, souverän mit kosmopolitischer Abgelärttheit, der andere, der Dichter des „Tell“, scharf geschnittenen Gesichts, mit in die Zukunft gerichtetem Blicke; auch nach jener Stelle gleitet der Blick, wo das eherner Standbild eines anderen Freigeistigen, des Humanisten steht, auf dessen unweit gelegener Grabstätte die Formel geprägt ist: Licht, Liebe, Leben! Und diese eigenartige Geistesmischung der Weimarer Größe, unserer Klassiker, nennt man den Weimarer Geist. Ohne Zweifel war er befruchtend für das deutsche Geistes- und Kulturleben, und weit, weit darüber hinaus. Aber als Arbeiter vermag ich nicht in das Hohe Lied bürgerlicher Politiker und bürgerlicher Literaten einzustimmen, die da verneinen, daß, wenn die deutsche Nation reißlos mit diesem Weimarer Geist durchtränkt wäre, wir dann der Rettung entgegengingen. O nein; denn dieser reinen Weimarer Ideologie fehlt nach meinem Dafürhalten die klare Erkenntnis des großen Pulschlages, der zu fühlen ist in dem Hämmern, dem Dröhnen, dem Fauchen unserer modernen Betriebe, der zu spüren ist in dem Auf und Ab der Massen auf Gassen und Straßen, um es kurzweg zu sagen: der vernehmbar ist in der modernen Wirtschaft und Politik.

So wird eine notwendige Ergänzung dieses Weimarer Geistes auszusprechen sein. Und diese Ergänzung, dieses Fundament dieser Ideologie kann nur eine andere Geistesformphäse geben: unser Karl Marx.

Wenn Sie, Parteigenossen und -genossinnen, erstmalig zur Tagung nach Weimar gekommen sind, so liegt Ihnen nach meiner Anschauung die wesentliche Aufgabe ob, diese von mir erwähnte Ergänzung zu geben; denn die Partei ist, soll es wenigstens sein, die Sachwalterin marxistischen Geistes. Sie werden einen wirklichen Markstein der Parteigeschichte hier in Weimar errichten müssen. Das ist nicht kategorisch-imperativisch gesprochen, sondern das ist nur diktiert von dem heißen Sehnen um die Interessen der Partei, um die der Arbeiterschaft. Und wenn Sie diesen Markstein errichtet haben, dann wird Weimar sich würdig in die Reihe der Thüringer Stätten eingliedern, die für die Partei von Bedeutung sind. Ich nenne Ihnen Erfurt, Eisenach und auch Gotha. Es ist unser, der Weimarer Parteigenossen und -genossinnen heißes Verlangen, daß dieses Stück Parteigeschichte uns zugute kommt. Aber nicht vom lokalpatriotischen Standpunkt, sondern von dem großen allgemeinen Gesichtspunkt aus gesprochen. So entledge ich mich auftragsgemäß der ehren-

vollen Aufgabe, Sie namens der Ortsgruppe Weimar mit diesen wenigen schlichten Worten freundlichst zu begrüßen.

Ich darf Sie aber bitten, von unseren weimariſchen kaiſerlichen Stätten den eigenartigen Hauch mit nach Hause zu nehmen als Erinnerung und vielleicht als Widmung. Und wenn Sie diesen eigenartigen Geist in der von mir gekennzeichneten Weise ergänzen, so werden Sie, glaube ich, das haben, was wir alle ersehnen und wünschen. Und nun, Parteigenossen und -genossinnen, gehen Sie an die Arbeit. Sie ist groß, sie ist auch schwer. Aber letzten Endes sind ja Schwierigkeiten dazu da, daß sie überwunden werden. Vielleicht darf ich auch noch sagen: geben Sie der deutschen Arbeiterklasse die notwendige große, einheitliche Parole, die wir für unsere gärende und so überaus brodelnde Zeit brauchen. Dann werden auch die künftigen Geschlechter von diesem Parteitag als dem Parteitag sprechen. Das ist der Wunsch der Weimarer Genossen und Genossinnen für Ihre Tätigkeit, und so rufe ich Ihnen denn noch einmal ein herzliches Willkommen zu. (Beifall.)

Ger mann Müller: Genossen und Genossinnen! Im Auftrage des Parteivorstandes begrüße ich den Parteitag. Noch niemals ist ein Parteitag so ohne Feierlichkeit eröffnet worden wie dieser. Aber das entspricht dem Ernst der Zeit, die von uns nichts fordert als Arbeit. In diesem Sinne ist es ein Symbol, daß wir dem Wunsche der Weimarer Genossen entgegen von besonderen Feierlichkeiten abgesehen haben.

Als wir das letztemal in Würzburg beisammen waren, wußten wir alle, daß wir einer ungewissen Zukunft entgegengehen, und Scheidemann hat das in seinem Referat deutlich zum Ausdruck gebracht. Aber keiner von uns hat damals geglaubt, daß wir beim nächsten Parteitag 1½ Jahre später noch immer in einem Zustand zwischen Krieg und Frieden tagen würden, in einem Zustand, der uns einen so harten Frieden bringen soll, trotzdem wir inzwischen unsere Unterbrüder davongejagt und dem deutschen Volke das freieste Wahlrecht der Welt gegeben haben.

Wir haben in Deutschland die Republik erreicht, das Ziel, nach dem sich Millionen jahrzehntelang sehnten. Wir haben die staatsbürgerliche Gleichberechtigung aller durchgesetzt, und heute steht an der Spitze unserer jungen Republik ein Mann, den Sie alle von früher kennen, unser Eberth, den wir an Babels Stelle zum Vorsitzenden der Partei gewählt haben und von dessen Wert wir immer überzeugt waren. Er ist heute nicht hier, aber er ist im Geiste bei uns, wie er immer einer der Unseren bleiben wird. Er hat mir heute noch telegraphiert: „Dem Parteitag wünsche ich glückliche Erfüllung seiner schwierigen Aufgaben in schicksalsschwerster Zeit.“ Auch wir denken an ihn und danken ihm für die treuen Dienste, die er der Partei geleistet hat.

Wir haben viel erreicht, aber eine reine Freude an dem, was erreicht ist, will bei uns nicht aufkommen. Das liegt daran, daß wir gezwungen gewesen sind, die Fahne unserer Republik auf einem Schutz- und Trümmerhaufen aufzurichten, und daß die Zeit, in der wir unsere Macht im Staate durchsetzen, zusammenfällt mit einer Zeit tiefer nationaler Schmach. Wir werden uns immer wieder die Frage vorlegen: ob denn alles so kommen mußte. Diese Frage wird nicht ruhen, bis diejenige zur Menschenschaft gezogen sind, die an diesem maßlosen Unglück des deutschen Volkes die Schuld tragen. (Beifällige Zustimmung.)

In den letzten Wochen sind die Gegensätze unter uns zurechtgetreten. Wir sind ja von einem Frieden bedroht, und in seinem Trauerhause soll nach Möglichkeit der Streit schweigen. Aber deswegen vergessen wir nichts. Wir vergessen nicht der Männer der Vaterlandspartei, die mit ihrer Annegions-

politik und ihrer Kampfpolitik das deutsche Volk in das Elend gebracht haben, in dem es jetzt steckt. (Sehr richtig.) Wir haben um so weniger Ursache, das zu vergessen, als die Herren in der neuesten Zeit wieder an die Oberfläche kommen und jetzt erst wieder in der Nationalversammlung einen Antrag eingebracht haben, in dem sie die Gegenvorschlüsse der deutschen Regierung als unvereinbar mit der Ehre des deutschen Volkes erklären. (Hört, hört!) Wir sagen, daß diese Kreise zu schweigen haben, wenn von der Ehre des deutschen Volkes die Rede ist. (Beifällige Zustimmung.)

Wir werden aber auch nicht jene Junker und Junkergenossen vergessen, die bis in die Tage der Revolution hinein die Reformen verhindert haben, insbesondere die preußische Wahlrechtsreform, obwohl wir ihnen in einer Resolution in Würzburg zuriefen: Jeder Tag der Verzögerung gefährdet die Widerstandskraft des deutschen Volkes.

Wir vergessen auch nicht jene unverantwortlichen Militärs, die die Politik des deutschen Volkes verpöcht haben, und die dann, als alles auseinanderging, stehen, damit die Regierung schleunigst den Waffenstillstand abschloß, der der Vorläufer des Gewaltfriedens ist, den wir nun bekommen werden; jene Militärs, die sich zu ihrer Rechtfertigung jetzt die Finger wund schreiben, und die hoffentlich dadurch nur eine nützliche Vorarbeit leisten für den Staatsgerichtshof, der ihrer harren soll. Mit einem Wort, alle jene, die den Siegfrieden gepredigt haben und deren Raten dazu beigetragen haben, daß schließlich doch die Nerven des hungernden Volkes reißen mußten.

Freilich, wir wollen auch nicht vergessen, daß das alles nur geschehen konnte, weil die bürgerlichen Regierungen es nicht verstanden, den Annegionisten, den geschäftig-patriotischen Schreibern den Kampf bis aufs Messer bei Zeiten anzubringen, der notwendig war, wenn Deutschland gerettet werden sollte. Und so kam dann das deutsche Volk dazu, Selbsthilfe zu üben. Es hat das glänzlich getan. Und allen liberalen Geschichtsklitterern zum Trost wollen wir sagen, daß die Novemberwoche des Jahres 1918 einen Ehrenplatz in der Geschichte des deutschen Volkes haben wird. (Beifall.) Es verschwanden damals in drei Tagen 22 Dynastien, als ob sie nur Sputzgefallen gewesen und als ob sie nicht jahrhundertlang ein Vergernis für die breiten Massen des deutschen Volkes gewesen wären.

Wenn in unserer Zeit ein Nachfolger Goethes oder Schillers das Drama jener Tage schreiben wollte, so müßte es ihm fürchtbar schwer fallen, unter den Fürsten Selben dafür zu finden. Keine Felder und keine Märtyrer. Unser Volk ging gnädig mit seinen Unterbrüdern um. Damals, als unsere Brüder im selbstgrauen Tod und im Arbeitsmittel überall die Fahne der jungen Republik aufrichteten, verschwanden die Machtgeber von gestern in ihren Schlupfwinkeln. Sie blieben in der Hauptsache auch völlig unbehelligt. Wenn sie jetzt allmählich wieder herauskommen, dann müssen wir ihnen sagen: Eure Zeit ist vorbei, das Volk hat sich gewandelt, hütet Euch, es zu reizen. Wir haben genügend ökonomische Nachmittel, um jede, auch die stärkste Gegenrevolution matt zu setzen. (Zwischenruf: Kostet! Heiterkeit.) Ich komme auch noch auf Noote.

Am 9. November ist es dem deutschen Volke zweifellos gelungen, die volle Macht zu erobern. Die Frage ist nur, ob es sie auch genützt hat. Die Geschichte wird fragen, ob der große Moment nicht ein kleines Geschlecht gefunden hat. Unsere Aufgabe ist es nicht, der Geschichtsschreibung ins Handwerk zu pfuschen. Unsere historische Mission war es, der jungen Republik den sozialen Stempel aufzudrücken. Wir versuchten dazu von Anfang an Fühlung mit den Unabhängigen zu gewinnen, um eine sozialdemokratische Regierung zu bilden. Es gelang uns nur mit Mühe, die Unabhängigen dafür zu gewinnen, und es

bedurfte erst des Massengedrängs der sozialistischen Massen, damit in der Reichs-Ruß-Berksammlung am 10. November 1918 die sozialistische Regierung geboren werden konnte. Sie war eine Art Zwangsverband zur Sicherung der Errungenschaften der Revolution und zur Begreifung für den Sozialismus. Leider war das nicht von langer Dauer gewesen. Wenn wir dafür nach den Ursachen suchen, so müssen wir zu unserem Bedauern feststellen, daß die Unabhängigen nicht als geschlossene Partei aufzutreten vermochten. Zahlreiche Mitglieder in ihren Reihen entfernten sich immer mehr von dem Wege der Demokratie, um einer Diktatur der Minderheit den Weg freizumachen. Sie wollten die Revolution nicht zum Ausgangspunkt eines neuen gesellschaftlichen Aufbaus, sondern sie gleichsam zur Regierungsform machen. (Lebhafte Hört, hört!) Im weiteren Verlauf der Entwicklung wurden Handgranaten und Maschinengewehre in den Kampf der Geister eingeführt, Terror jener rücksichtslos ihren Zielen zudringenden Minderheit. Es war für jene Kreise damals leicht, Zulauf zu gewinnen; das ist immer leicht, wenn man so radikal wie möglich aufzutreten versteht. (Lebhafte Beifall.) Es war aber besonders leicht, angeführt der feindlichen Beschaffenheit unseres durch die lange Kriegszeit bis aufs äußerste gepeinigten Volkes. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wir mußten versuchen, auf einem Trümmerfeld ein sozialistisches Gebäude aufzubauen. Selbst wenn die Kommunisten die Mehrheit gehabt hätten, wäre es ihnen schwer gefallen, unter den gegebenen Verhältnissen die sozialistische Gesellschaft auszubauen.

Die verhängnisvollste Wirkung der Lässigkeit der Unabhängigen war die Verschleppung der Wahlen zur Nationalversammlung. Erst der erste Nitzelungszug mußte ihnen in den Arm fallen. (Lebhafte Sehr richtig!) Damals war leider eine sozialistische Mehrheit in der Nationalversammlung nicht mehr zu erreichen, die unmittelbar nach dem Beginn der Revolution außer Frage stand. Diejenigen, die die Wahl zur Nationalversammlung zu einem früheren Tage verhindert haben, sie allein tragen die Schuld daran, daß die Dinge sich so wenig nach unserm Willen entwickelt haben. Sie haben deshalb kein Recht, uns vorzuwerfen, daß wir zu wenig für den Sozialismus getan hätten. Sie selbst haben das verhindert. Sie tragen die Schuld. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Es kam die kritische Januarwoche. In jenen Tagen drohte das Schicksal, das in Rußland Kerenski, Beretelli, Tschidse getroffen hat, der sozialistischen Regierung. Dieses Schicksal wurde vermieden, weil wir die Nerven befestigten. In jener kritischen Zeit waren die Parteigenossen sehr damit einverstanden, daß die Regierung sich eine Schutztruppe schuf. (Sehr richtig!) Mit ihren Leibern haben sie die Regierung geschützt, bis eine militärische Truppe geschaffen war. Die Freiwilligenkorps werden zweifellos Gegenstand der Erörterung des Parteitages sein. Wir verurteilen mit Ihnen alle Ausschreitungen und verlangen, daß, wo solche vorkommen, entschieden Racheur geschaffen wird. Wie man sich auch immer zu den Regierungstruppen stellen mag: bei der Beurteilung der Sache darf man nicht den Gesichtspunkt aus den Augen verlieren, daß keine Regierung ohne militärische Macht auskommen kann, wenn sie nicht zum Spielball verantwortungsloser bewaffneter Haufen werden will.

Freilich, es wird gesagt, es sei Pflicht der sozialistischen Regierung, sich eine sozialistische Armee zu schaffen, sich von einer roten Garde benutzen zu lassen. Das ist leicht gesagt, aber schwer ausgeführt. (Sehr richtig!) Es sind in Deutschland drei sozialistische Parteien vorhanden. (Sehr wahr!) — wenn man die kommunistische Partei überhaupt noch als sozialistische Partei rechnen kann. Da ist es denn vor wenigen Monaten in unserer Republik her-

gekommen, daß in schwierigsten Momenten Truppenteile diskutiert haben und sich schließlich neutral erklärt haben.

Wir vom Parteivorstand verstehen vollkommen das heiße Drängen, das in der Arbeiterklasse nach Einigung vorhanden ist. Aber es kann nur eine Einigung geben auf dem Boden sozialistischer Grundsätze. (Lebhafte Zustimmung.) Außerhalb des Bodens der Demokratie können wir eine Einigung nicht mitmachen. (Bravo!) Deswegen muß dem Sammlungseifer gegenüber mit aller Deutlichkeit festgesetzt werden, daß eine Einigung mit den Kommunisten für uns ganz unmöglich ist. (Lebhafte Sehr richtig!) Uebrigens sind wir darüber ja mit den Kommunisten einig. Viele Arbeiter empfinden es schmerzhaft, daß die Einigung nicht vorhanden ist, daß nicht alle Arbeiter eine einzige geschlossene Front bilden. Aber auch hier soll man nicht vergessen, daß überall dort, wo eine Partei gezwungen ist, die Regierung zu übernehmen, ganz naturgemäß neben dieser Regierungspartei eine Partei der Opposition sich bildet, die Forderungen stellt, die über die Forderungen hinausgehen, die die Regierung bewilligen kann. Um so mehr ist das in einer Zeit der Fall, in der wir jebiel Forderungen nicht bewilligen können, obwohl wir ihre Berechtigung anerkennen können, weil wir einfach auf Grund der Lage unseres Landes nicht die Mittel dazu haben. Man kann im Augenblick, wo man die Verantwortung in der Regierung teilt, die Regierungsgeschäfte nicht nach den Grundsätzen einer Agitationsbrochure leiten. (Sehr richtig!) Das müssen wir im Auge behalten, wenn auch viele unserer Parteigenossen auf diesen neuen Zustand, in dem sie zu arbeiten haben, noch nicht geistig eingestellt sind. Unter den Anträgen, die uns vorliegen, sind auch eine ganze Reihe, die die Wiedereröffnung einer Parteischule verlangen. Wenn wir, was ich hoffe, in absehbarer Zeit dazu kommen sollten, dann werden wir auch das Fach der politischen Pädagogik einführen haben. (Sehr richtig!) Dann werden wir die Erziehung zur Verantwortung zu pflegen haben. (Lebhafte Zustimmung.) Denn die Verantwortlichkeit ist eine Tugend, deren Pflege wir etwas vernachlässigt haben (Sehr wahr!), als wir eine agitierende, kritizierende, organisierende Partei gewesen sind. Diese Tugend brauchen wir mehr denn je, wenn wir am Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft mitarbeiten sollen.

Genossen und Genossinnen, wir wissen, daß uns ein Gewaltfriede droht, weil die Imperialisten auf der Gegenseite gestieg haben. Aber das Maß dieses Gewaltfriedens sollen wir erst Ende dieser oder vielleicht erst in nächster Woche kennen lernen. Wir wissen, daß bei diesem Gewaltfrieden, den die französischen und englischen Ludendorffs und Tirpitz diktieren, die deutsche Arbeiterklasse der Hauptleidtragende sein wird. Aber wir wissen auch, daß wir in dieser schweren Zeit für Deutschland eine große historische Mission zu erfüllen haben. Die Gesichtskennntnisse der Imperialisten auf der Gegenseite sind eben so mangelhaft wie die unserer Imperialisten gewesen sind. Sie verwechseln auch die Oberfläche mit dem Wesen der Dinge und glauben, daß im Jahre 1871 das Deutsche Reich in der Hauptsache geschaffen wurde durch die Blut- und Eijentur Bismarcks. Wir wissen, daß es nicht die deutschen Siege gewesen sind, daß es auch nicht der deutsche Schulmeister gewesen ist, der mit dem Bündelgewehr auf dem Buckel nach Königgrätz und nach Sadava ging, sondern daß es die großen ökonomischen Triebkräfte gewesen sind, die Deutschland zusammengeschiebt haben, und daß der Zollverein die Grundlage gewesen ist für das neue Deutschland von 1866 bis 1870. Dies Deutschland, das 50 Jahre lang zusammengehört hat, kann ebensowenig wieder geschichtlich rückwärts revidiert werden, als es unseren Generalen, dem Ludendorff und dem Hoffmann, gelungen ist, Rußland und die Ukraine auseinanderzubringen bei dem Friedensschluß, den sie ihnen aufgezwungen haben.

(Sehr richtig!) Freilich, die Zeiten haben sich geändert. In den 80er Jahren war es die deutsche Bourgeoisie, zusammengeschlossen im Nationalverein, die die deutsche Einigung propagierte. Aber neben ihr waren die Lassalles und die Marx und Engels und Bebel und Liebknecht und Schweiber, die für die deutsche Einigung eingetreten sind, die auch an das große Deutschland glaubten, das wir vielleicht jetzt erst bekommen werden, nachdem unsere überreichen Völker, die ich in dem gemeinsamen Leid grüße, denselben Gemütsfrieden zu erwarten haben, der auch uns droht. Wir haben uns in der jetzigen historischen Situation unserer Väter und unserer Großväter, die damals für die Einigung eingetreten sind, würdig zu zeigen, wir haben das um so mehr, als das deutsche Kapital in das neutrale Ausland flieht. In dieser Zeit haben wir zu zeigen, daß sich Deutschland auf seine Arbeiterklasse verlassen kann und daß das, was wir erlebt haben, in Speyer, in Ludwigshafen, in Wiesbaden und in Mainz zeigt, daß die deutschen Arbeiter sich in jeder Weise auch dem fremden Groberer gegenüber ihrer Pflicht bewußt sind und auch ihrer Pflicht bewußt bleiben werden. (Bravo!) Wenn es nicht gelungen ist, in 150 Jahren den politischen Volkstörper zu löten, so wird es auch nicht gelingen, den deutschen Volkstörper zu zerstückeln, wenn die deutschen Arbeiter das nicht wollen.

(Sehr wahr!) Und die deutschen Arbeiter, die sich in 50jähriger gemeinsamer Partei- und Gewerkschaftsarbeit eine Massenkultur geschaffen haben, wie sie in keinem anderen Lande die Arbeiterklasse hat, die wird auch diese Massenkultur zu verteidigen wissen (Sehr wahr!), bis einst der siegreiche Sozialismus alle Völker von jeglichem Joch befreit wird. (Bravo!) Wir wissen, daß unsere Volksgenossen im Arbeiterlida in den bedrohten Gebieten das jederzeit beherrigen werden. Gewiß, das deutsche Volk hat Zukunft ist dicker, aber sie wird sich desto mehr erhellern, je mehr die deutschen Arbeiter sich ihrer Pflicht gegenüber ihrer Klasse und ihrem Volk bewußt bleiben. Deutschland ist ja nicht zum ersten Male vom schwersten Schicksal bedroht. Wir brauchen nur zu erinnern an die Zeit vor etwas mehr als 100 Jahren, als die Goethe und Schiller, die Kant und Fichte mit ihren Werken Welttriumph warben für den deutschen Namen. Auch damals waren weite Teile des deutschen Landes vom Feinde besetzt, und der Rest war in der schmachlichsten Zerrissenheit, in die uns die imperialistischen Kreise der Entente jetzt wieder führen wollen. Aber wir brauchen deshalb nicht zu verzweifeln. Nur das Volk, das sich selbst aufhebt, wird ausgestrichen werden im Buch der Geschichte. (Sehr wahr!) Und ein Volk mit einer Arbeiterklasse wie der deutschen, die 50 Jahre gemeinsamen Klassenkampfes hinter sich hat, ein solches Volk kann und wird nicht untergehen. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb ist es unsere erste Pflicht, uns treu zu bleiben. Ich rufe Ihnen deshalb hier an dieser klassischen Stätte das Schillerwort aus dem Tell zu: „Was du auch werde, steh zu deinem Volk, es ist dein angeborenes Recht.“ Das mögen sich die Arbeiter an der Saar und an der Mosel, am Rhein und an der Ober- und unteren, so allein werden sie ihrer Pflicht gegenüber ihren Enkeln und ihrer Zukunft gerecht werden. (Lebhafte Beifall.)

Der Parteitag konstituiert sich.

Zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten werden gewählt Heinrich Schulz und Lise-Breslau.

Genrich Schulz: Ich danke Ihnen zugleich im Namen des Genossen Böbe für das Vertrauen und die Ehre, die Sie uns durch die Wahl zu Vorsitzenden dieses Parteitages erwiesen haben. Wir werden beide bemüht sein, durch geordnete und sachliche Geschäftsführung das Vertrauen zu verdienen. Wir richten aber auch an den Parteitag die Bitte, uns bei diesem Vertrauen zu unterstützen. Wir müssen gerade an diesem Parteitag die Bitte richten, denn

der Parteitag des Jahres 1919 tagt unter besonders ernsten, schwierigen Umständen. Ich brauche über den Ernst der politischen Lage nach den klaren Darlegungen des Genossen Müller nichts mehr zu sagen. Nur eine Schlussfolgerung für die Geschäftsführung möchte ich daraus ableiten. Inmitten der ernsten und folgenreicheren Entscheidungen, in denen der Parteitag tagt, ist die Haltung der deutschen Sozialdemokratie und damit das Verhalten und die Entscheidung dieses Parteitages von größter Wichtigkeit. Jedes Wort, das gesprochen wird, kann von großer Bedeutung sein, und jeder Delegierte sollte sich deshalb jedes Wort, das er spricht reiflich und ernst überlegen, wie der Parteitag selber sich auch jede Entscheidung, die er treffen will, dreimal überlegen muß. Diese Selbstzucht ist gewiß nicht leicht in einer Zeit wie der gegenwärtigen. Das politische Denken und Fühlen ist aufgewühlt wie nie zuvor, die Meinungen gehen ineinander, durcheinander, gegeneinander. Das zeigt sich auch auf diesem Parteitag. Das muß sein, es wäre ein schlechtes Zeichen für das innere Leben der deutschen Sozialdemokratie, wenn sie nicht auf dem ersten Parteitag nach der Revolution mit sich selber um die Wahrheit ringen würde. Aber ich spreche die Bitte aus im Namen der Geschäftsführung, daß jeder Delegierte bei seinen Ausführungen das Bestreben haben möge, den anderen zu verstehen, daß ein jeder nicht redet, um zu reden, sondern um uns einander in unseren Entscheidungen zu helfen, und damit eine einheitliche Beschlußfassung des Parteitages zu erleichtern. (Bravo!) Möge der Geist echter Kameradschaftlichkeit und Brüderlichkeit unsere Verhandlungen vom ersten Tage bis zum letzten erwärmen und durchleuchten. (Lebhafte Beifall.)

Zu Schriftführern werden gewählt: Andersch-Sönigsberg, Andreä-Gannover, Ritter-Berlin, Eng-Barmen, Fellisch-Chemnitz, Frau Hoppe-Berlin, Schönfelder-Hamburg, Schönwälder-Oberlangenfeldeu, Rnieriem-München.

In die Mandatsprüfungskommission werden delegiert: Peine-Bremen, Seinkampfen-Brandenburg, Michelsen-Mensburg, Brüdner-Berlin, Ritter-Breslau, Ruggaber-Ulm, Mehrhorn-Frankfurt a. M., Paulus-Dresden, Frau Blase-Mannheim.

Da nur eine Beschwerde vorliegt, wird diese gleichfalls der Mandatsprüfungskommission zur Erledigung überwiesen.

Die Geschäftsordnung wird in der bisher auf den Parteitagen üblichen Form angenommen.

Die provisorische Tagesordnung lautet:

1. Bericht des Parteivorstandes.
 - a) Allgemeines. Berichterstatter: Otto Weis.
 - b) Masse. Berichterstatter: Fr. Partels.
2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: Fr. Brühne.
3. Bericht der Organisationskommission. Berichterstatter: Max König.
4. Bericht der Kommission zur Beratung der Presseangelegenheiten. Berichterstatter: Adolf Schulz.
5. Bericht der Kommission der verfassunggebenden Nationalversammlung. Berichterstatter: Paul Böbe.
6. Die Aufgaben der Partei in der Republik. Berichterstatter: Philipp Scheidemann.

7. Räteſystem und Reichsverfaſſung. Berichtſtatter: Hugo Einz-
heimer und Max Cohen.

8. Anträge.

9. Wahl des Parteivorſtandes, der Kontrollkommiſſion und des Ortes, an
dem der nächſte Parteitag ſtattfinden ſoll.

Dierzu gehören die Anträge 1—8.

Seuteritz-Hamburg: Ich möchte beantragen, daß wir die Tagesordnung nicht erweitern. Ueber die auswärtige Politik auf dem Parteitag zu reden, wo wir noch gar nicht wiſſen, wie der Friedensvertrag ausſieht, was die nächſten Tage bringen werden, iſt unmöglich. (Sehr richtig!) Die Frage der Sozialifierung wird zweifellos in der großen allgemeinen politiſchen Ausſprache von allen Diskuſſionsrednern berührt werden. Zum Militärweſen ſind auch ſobiel Anträge geſtellt, daß es in der allgemeinen Debatte eine große Rolle ſpielen wird, alſo nicht in einem beſonderen Punkt behandelt zu werden braucht. Zu all dieſen Punkten liegen eine große Reihe von Anträgen vor, die zweifellos von der Geſchäftsleitung zuſammengefaßt werden, ſo daß über jede beſondere Gruppe eine Debatte eröffnet werden wird. Das trifft auch zu für die Frage der Jugendbewegung, die außerdem vor kurzem erſt auf einem Kongreß von Vertretern der Jugendorganisation behandelt worden iſt. Ich beantrage weiter, Punkt 1, 2, 4 und 5 der Tagesordnung zuſammenzufaſſen, erſt die Berichte nacheinander zu hören und dann darüber in eine Generalauſſprache einzutreten. (Unruhe.) 1 und 2 ſind auf allen Parteitag zuſammen behandelt worden, Punkt 4 wird vor allem Hinke geben über die Preſſeangelegenheiten, die Gründung von Zeitungen, das betrifft alſo im weſentlichen die Agitation. Auch dabei wird die politiſche Lage uſw. hineingeſprochen werden, und erſt recht bei dem Bericht der Fraktion der Nationalverſammlung. Es kann alſo dann in eine Generalauſſprache über andere Politik eingetreten werden. Wollten wir die Punkte einzeln behandeln, ſo würden wir eine dreifache Auflage derſelben Ausſprache haben.

Obuaſch Bernſtein: In Vertretung des Antrages Keltow-Beckſow (N. 8) bitte ich Sie, den Punkt: Auswärtige Politik doch auf die Tagesordnung zu ſetzen. Ein franzöſiſches Sprichwort ſagt: Qui trop embrasse, mal etreint; wer zu viel zuſammenfaßt, prägt ſchlecht auf. Wenn wir die wichtigen Fragen, die zu erörtern ſind, zuſammenwerfen in eine große Debatte, dann tritt ein Gegenſtand den andern tot. (Sehr wahr!) Dann wird nicht das erreicht, was wir wünſchen, die gegenseitige Klärung. Der Vorredner meinte im Hinblick auf die großen Entſcheidungen in der Frage der Friedensbedingungen könnten wir jetzt nicht über die auswärtige Politik ſprechen. Aber ich glaube, wie die Entſcheidung auch fallen wird, an unſerer grundsätzlichen Stellung kann ſie gar nichts ändern. (Sehr wahr!) Es liegen aber auch in enger Verbindung mit der auswärtigen Politik eine ganze Anzahl anderer Fragen vor, an denen wir das allergrößte Intereſſe haben und in bezug auf die ſich klar zu äußern gerade auf dieſem Parteitag großes Bedürfnis iſt. Der Genoffe Müller hat, als er von den Entente-Ländern ſprach, immer von deren Imperialiſten geſprochen. Aber es gibt drüben auch eine Demokratie, auch eine Arbeiterklaſſe, auch Parteien des Volkes, die von anderen Auffaſſungen getragen ſind. Deutſchland iſt nicht nur in der unglücklichen Lage des Geſchlagenen, Deutſchland iſt auch in der unglücklichen Lage des außerordentlich ungünſtig Beurteilten. Teilweiſe inſolge von Irrtümern, zu einem Teil vielleicht nicht ganz unberechtigterweiſe. Indem wir die Fragen der auswärtigen Beziehungen behandeln, werden wir auch einiges darüber zu ſagen haben. Es handelt ſich aber nicht allein um Deutſchland in der Republik der Nationen, es handelt

ſich auch um die Stellung der ſozialdemokratiſchen Partei Deutſchlands in der Internationale der Arbeiter. Dieſe Stellung iſt bekanntlich nicht die, die wir wünſchen müſſen. Aus der Partei, auf die die Arbeiter aller Länder mit Stolz und Liebe blickten, iſt heute eine Partei geworden, auf die man in weiten Kreiſen mit Mißtrauen blickt, und das iſt keine gleichgültige Sache gerade in dieſer wichtigen Zeit der großen Entſcheidungen. Darüber iſt ſehr viel zu ſagen. Die ſozialdemokratiſche Partei Deutſchlands iſt heute Regierungspartei. Das iſt unvermeidlich in dieſer politiſchen Situation. Nun fragt es ſich, wie weit iſt ſie als Regierungspartei verantwortlich für die Politik einer Koalitionsregierung, und welche Miſſion hat ſie in der Zeit einer Koalitionsregierung als ſozialdemokratiſche Partei, gerade in bezug auf die Fragen der auswärtigen Politik. Die Sozialdemokratie Deutſchlands hat im Ausland eine außerſt ungünſtige Beurteilung, nicht nur bei der bürgerlichen, ſondern auch bei der ſozialiſtiſchen Preſſe. Alle Vorkommniſſe hier ſind außerordentlich ungünſtig für dieſe Partei beurteilt worden, und es liegt gerade auch im Intereſſe der Partei, darüber Klärung zu ſchaffen. Im Februar ſand in Bern die internationale Sozialiſtenkonferenz ſtatt, einkurufen von den ſchwebiſchen und holländiſchen Genoffen, auf der auch dieſe Partei vertreten war, und die außerordentlich bemerkenswerte Beſchlüſſe geſaßt hat, die ſich auf die Internationale, auf die Außenpolitik der ſozialdemokratiſchen Parteien, auf die Bildung des Völkerbundes und eine Reihe anderer Fragen beziehen. Zu dieſen Fragen müſſen wir auch auf dem Parteitag Stellung nehmen. Ich will gar nicht davon reden, daß in der Partei heute für eine beſtimmte auswärtige Politik Propaganda gemacht wird, und wenn ſie auch nicht bedeufam iſt nach der Zahl ihrer Anhänger, ſo wird ſie doch vertreten von Perſönlichkeiten, die in Deutſchland und im Ausland bekannt ſind als hervorragende Vertreter der deutſchen Sozialdemokratie. Ich will damit andeuten die Agitation für die ſogenannte Kontinentalpolitik, die im Gegenſatz ſteht zu der internationalen Politik der Sozialdemokratie. In weiten Kreiſen der Sozialdemokratie iſt in bezug auf die auswärtige Politik ſtarke Mißſtimmung vorhanden. Das muß ausgeſprochen werden, die Kritik muß erörtert werden, und wir müſſen auch da, wenn möglich, zu gemeinſamen Beſchlüſſen kommen. Daher bitte ich dringend, die Sache in ihrer ganzen Tragweite zu erkennen, gerade im Hinblick auf die Friedensbedingungen, die Deutſchland diktiert werden ſollen, und auf das, was hinterher eventuell, wenn das Nein ertönt, geſchehen wird. (Sehr richtig!) Deſhalb bitte ich Sie bringend, dieſen Punkt auf die Tagesordnung zu ſetzen, und ich möchte beinahe eine Warnung hinzufügen, die Zeichen der Zeit, die deutſch genug ſprechen, nicht unbeachtet zu laſſen, ſondern dafür zu ſorgen, daß dieſer wichtige Punkt auf dieſem Parteitag gebührend erörtert wird.

Hoch: Der erſte Teil des Antrages Seuteritz, nämlich daß die Berichte gleich nacheinander erſpartet werden und dann erſt mit der Ausſprache darüber begonnen werde, iſt mir ſehr einleuchtend. Ich habe nur zu beanſtanden, daß nicht auch der ſechſte Punkt dazu genommen wird.

Wir haben für unſere Ausſprache zwei große Gruppen von Fragen, die unter keinen Umſtänden zuſammengeworfen werden dürfen: einmal die Fragen der Organisation und dann die Fragen unſeres politiſchen Lebens. Wenn Sie beide Gruppen jetzt in eine Ausſprache zuſammenwerfen, dann bringen Sie Fragen durcheinander, die nicht zuſammengehören. Es müßte alſo eine Scheidung vorgenommen werden . . .

Vorſ. Heinrich Schulz: Der Antrag Seuteritz will ja den Punkt 8 nicht mit in dieſe allgemeine Debatte hineingezogen haben, ſondern nur den Punkt 4, weil er glaubt, daß die Preſſeangelegenheit beim Bericht des Parteivorſtandes eine Rolle ſpielt.

Hoch (fortfahrend): Es handelt sich darum: sollen alle politischen Fragen in einer Aussprache behandelt werden? Genosse Deuterich hat das Gegenteil von dem bewiesen, was er nachweisen wollte. Er sagte, es sei selbstverständlich nicht möglich, alle politischen Fragen gemeinsam zu behandeln; es lägen Vorschläge zu den verschiedenen Fragen vor, die die Leitung zu einzelnen Gruppen zusammenstellen werde. Wenn man das tut, hat man schon gesonderte Verhandlungen. Die Frage der Sozialisierung, die Heeresfrage und auch die Fragen der auswärtigen Politik können wir nicht gemeinsam behandeln. Das würde bedeuten, daß jeder Redner nur zehn Minuten über alle diese Fragen zusammen sprechen darf. Dabei möchte ich den Vorstand darauf aufmerksam machen, daß in der Geschäftsordnung vergessen ist, die Redezeit auf zehn Minuten festzusetzen. Es wird das nachgeholt sein. Dann aber haben die einzelnen Genossen in nur zehn Minuten über alle wichtigen Fragen zu sprechen. Das geht nicht. Sollen wir uns, auf dem Parteitag diesen Weg zu beschreiten. Der Parteitag muß dazu da sein, daß die Genossen aus dem Lande sich gründlich ausdrücken können. (Zustimmung.) Ganz besonders ist es das Recht des Parteitags, zur Auslandspolitik Stellung zu nehmen. Auch da hat Genosse Deuterich seinen Antrag in einer Weise begründet, die für das Gegenteil sprach. Die Friedensfrage ist noch nicht entschieden. Gerade deshalb müssen wir jetzt, vor der Entscheidung, dazu sprechen. (Geheftete Zustimmung.) Wir müssen Stellung zu der Friedensfrage nehmen und von dem Parteitag hören, wie er meint, daß wir zu entscheiden haben. Nehmen Sie den Antrag ab. Berichte kann man zusammenfassen. Die Hauptsache ist, daß über die einzelnen wichtigeren Fragen besonders verhandelt wird.

Otto Braun: Ich verstehe die Erregung des Genossen Hoch nicht. Es hat niemand daran gedacht, den Parteigenossen aus dem Lande zu verwehren, über ihre Meinung über die Politik der Partei in weitgehendem Maße zum Ausdruck zu bringen. Wenn wir aber mit den Arbeiten des Parteitages in gemeinsamer Zeit fertig werden wollen, müssen wir ein gewisses Maß von Selbstbeschränkung üben, wie es immer üblich gewesen ist. Wir sind nicht nur zusammengekommen, um zu reden, sondern auch, um zu Entschlüssen zu kommen und danach zu handeln. Es ist erklärlich, daß es in der jetzigen Situation eine Menge politischer Fragen gibt, über die sich die Parteigenossen ausgiebig ausdrücken möchten. Soll das Wirklichkeit werden, so würden wir mehrere Wochen brauchen. Wir müssen uns daher auf das Notwendigste und Wichtigste konzentrieren.

Was ist nun vorgeschlagen? Die Jugendfrage besonders zu behandeln, die Militärfrage besonders zu behandeln. Das sind Angelegenheiten, die bei dem Bericht des Parteivorstandes ausgiebig besprochen werden und besprochen werden müssen. Dasselbe gilt auch für die Frage der Kriegsbeschädigten, die bei dem Bericht der Fraktion mitbesprochen werden kann. Es bleibt die Frage der Auslandspolitik. Diese Frage muß besprochen werden, wobei ich indes nicht verstehen kann, daß ich für eine eingehende Besprechung mit keinem ungeeigneteren Zeitpunkt denken kann als den jetzigen, wo wir kurz vor dem Friedensabluß stehen. Außerdem wird diese Frage naturgemäß bei Punkt 6 im Referat Scheidemanns besprochen werden. Es erübrigt sich auch da, noch einen neuen Punkt der Tagesordnung zu schaffen.

Die vier Punkte dem Antrag Deuterich entsprechend zusammenzufassen, ist ein durchaus praktischer Vorschlag; wir können dadurch in der Debatte Wiederholungen vermeiden. Deswegen bitte ich, die Tagesordnung so zu belassen, wie sie ist und die vier Punkte in der Debatte zusammen zu behandeln. Das schließt nicht aus, daß parteigeschäftliche und parteipolitische Dinge in der Debatte gesondert behandelt werden.

Genoss: Es geht nicht an, den Bericht des Parteivorstandes und den Fraktionsbericht zusammenzulegen. Dadurch würde keine Zeit gewonnen. Zeitersparnis würde nur durch Abfägung der Aussprache erzielt werden; wenn die Debatte zusammengebrängt werden soll, ist das kein Vorteil. Der Antrag Deuterich kann nur so gemeint sein, daß der einzelne Redner nur einmal zu beiden Punkten zum Wort kommen soll. (Sehr richtig!) Dagegen wende ich mich; wegen des vielerlei, das zu behandeln wäre, würden wir kein klares Bild gewinnen. Ich stelle den Antrag, die Punkte 1, 2 und 4 zusammenzusetzen. Die dazu vorliegenden Anträge müssen gruppenweise behandelt werden. Auch dann dürfen wir nicht zu viel auf einmal nehmen, damit die Klarheit der Aussprache nicht leidet. Unter keinen Umständen dürfen wir davor zurückschrecken, daß auch einmal etwas doppelt gesagt wird. Legen Sie die Punkte 1, 2 und 4 zusammen. Allenfalls lassen sich auch noch die Punkte 5 und 6 zusammen behandeln, denn sie bilden auch eine einheitliche Materie.

Vors. Heinrich Schulz: Ich bitte in diesem Hause nicht zu rauchen. Die hauptpolitischen Vorschriften sind durch die Revolution nicht außer Kraft gesetzt worden. (Sehr gut! und Heiterkeit.)

Bretthorn-Wied: Wir sind nicht hierhergekommen, um Beschlüsse ohne eingehende Aussprache zu fassen. Wir dürfen uns nicht dem Verdacht aussetzen, als wollten wir den Parteitag möglichst schnell zu Ende kommen lassen. Gelegentlich eines Spazierganges hörte ich schon am Montag, daß der Parteitag höchstens zwei oder drei Tage zusammenbleiben sollte. (Große Unruhe. Rufe: Wer hat das gesagt?) Vielleicht ist das übertrieben. Jedenfalls muß vermieden werden, daß die Auffassung entsteht, der Parteitag würde abgewürgt. Wir haben draußen einen schweren Stand und wollen uns nicht den Vorwurf machen lassen, der so gern gemacht wird, den ich aber ausdrücklich nicht teile: die Drahtzieher der Partei haben Euch eingeklinkt. Lassen wir die Tagesordnung so, wie sie ist.

Vors. Heinrich Schulz: Lassen Sie uns Berichte nicht zum Gegenstand der Verhandlung machen. Daß Beschlüsse zur schleunigen Beendigung des Parteitages gefaßt sein sollen, erkläre ich für unbegründet. (Zurufe: Es steht doch aber im „Vorwärts“) Demon ist gar nicht die Rede gewesen. Die Begrenzung des Parteitages ergibt sich aus der politischen Situation, nicht aus etwa bereits getroffenen Abmachungen. — Zur Geschäftsordnung sind noch fünf Redner vorgemerkt. (Schlußrufe.) Soeben erhalte ich einen Antrag auf Schluß der Debatte.

Weingebler-Gamburg: Ich spreche für den Schluß, da die Angelegenheit genügend geklärt ist.

Gegen den Schluß meldet sich niemand zum Wort. Er wird mit großer Mehrheit angenommen.

Vors. Heinrich Schulz: Wir schreiten zur Abstimmung. Genossen, die nicht Mitglieder des Parteitages sind, dürfen sich in dem unteren Raum nicht aufhalten. Wir mußten auch Abgeordnete im ersten Rang unterbringen, weil der Raum nicht ausreicht. Heute konnten wir leider noch keine genaue Kontrolle ausüben. Ich bitte, daß sich im ersten Rang an der Abstimmung nur die dort sitzenden Delegierten beteiligen.

Der Antrag auf Annahme der vorliegenden Tagesordnung wird abgelehnt.

Die Anträge 1 und 8 werden angenommen. Das Abstimmungsergebnis war zunächst zweifelhaft. Deshalb ordnet der Vorsitzende Auszählung an. Dafür traten 118, dagegen 165 Delegierte ein.

Vors. Heinrich Schulz: Ich schlage vor, den Punkt Auslandspolitik mit dem Punkt 6 der provisorischen Tagesordnung zu verbinden. Ich stelle fest, daß sich dagegen kein Widerspruch erhebt. Durch den Antrag Teltow-Beschkow wird Genosse Bernstein als Referent, infolge des jeben gefassten Beschlusses also als Korreferent vorgeschlagen. Ich bitte um weitere Vorschläge. (Zurufe: David!) Genosse David ist als Korreferent vorgeschlagen. Weitere Vorschläge höre ich nicht; wir stimmen ab.

Die Abstimmung ergibt eine große Mehrheit für Bernstein als Korreferent.

Die übrigen Anträge zur Tagesordnung 2 und 4 bis 8 werden mit starker Mehrheit abgelehnt. Ebenso wird der Antrag Lauterich abgelehnt. Der Antrag Eimmel auf Zusammenziehung der Punkte 1, 2 und 4 der provisorischen Tagesordnung wird mit großer Mehrheit angenommen.

Vors. Heinrich Schulz: Damit wäre die Aufgabe der Versammlung erledigt. Ich schlage vor, daß wir trotzdem noch nicht auseinandergehen. Wir sind noch nicht so stark in Anspruch genommen, daß der Parteitag nicht mehr weiterarbeiten könnte. Ich höre keinen Widerspruch. Wir tagen also weiter. Als Tagungszeiten schlage ich von morgen ab die Zeit von 9 bis 1 Uhr und von 3 bis 6 Uhr vor. Auch damit ist der Parteitag einverstanden. (Zurufe: Redezeit!) Die Redezeit bitte ich, wie bisher, auf zehn Minuten festzusetzen. Ein Widerspruch erfolgt nicht. Der Parteitag hat so beschlossen. Das Wort erhält jetzt der Berichterstatter für den Bericht des Parteivorstandes.

Wels: Seit Wochen befinden wir uns in der schwersten Zeit unserer Geschichte. Dunkel und schwer lastet die Vergangenheit auf uns, und noch schwarzer droht die Zukunft. Unsere Geschichte werden nicht mehr von uns selbst bestimmt, sie liegen in der Hand des siegreichen Imperialismus der Weltmächte. Er führt den Kampf gegen das deutsche Volk fort, weil unser Kampf für einen besseren Frieden gleichzeitig der Kampf gegen jeglichen Imperialismus und für den Sozialismus ist. — Unsere Gegner sind auf uns deshalb so erbittert, weil Deutschland dasjenige Land ist, in dem der Sozialismus seinen Idealen entgegengeführt werden soll. Wir rechnen auf die Unterstützung unserer Gesinnungsgenossen in den gegnerischen Ländern. Sie müssen sich auf unsere Seite stellen, weil unser Kampf für den Frieden zugleich der Kampf für den internationalen Sozialismus ist. Unser Volk hat durch den Wirtschaftskrieg furchtbar gelitten. Nach Jahrzehnten werden noch die Wirkungen der Hungerblockade zu spüren sein. Wenn wir jetzt auch Wehl, Brot, Speck, Rohstoffe, Süßensrüchte einführen, werden wir die Unterernährten der Kriegszeit, die Kinder, die niemals satt geworden sind, noch nach Generationen geschwächt infolge der langen Unterernährung vor uns haben. Dabei hat unsere Arbeiterschaft den härtesten Konkurrenzkampf auszufechten mit einer Arbeiterschaft, die nicht so wie wir durch den Krieg gegen Kinder und Frauen in ihrer Gesundheit und Leistungsfähigkeit von vornherein so geschwächt ist wie die deutsche Arbeiterschaft. Volksleichen, die wir schon zu überwinden im Begriff waren, wirken weiter und schlimmer als vorher. Die Erfolge des Kampfes gegen die Tuberkulose, den wir 50 Jahre hindurch mit wachsenden Erfolgen geführt haben, sind völlig verwischt. Wir machen jetzt die schwere Krise der „englischen Krankheit“ durch, das Ergebnis der Kriegsführung gegen unsere Frauen und Kinder.

Der Zusammenbruch des alten Deutschen Reiches zeigt, wie recht Karl Marx hatte, als er in den 50er Jahren sagte: das ist die eine erhebende Seite des Krieges, er stellt eine Nation auf die Probe. Wie Mumien augenblicklich zerfallen, wenn man sie der Atmosphäre aussetzt, so fällt der Krieg sein Todesurteil über alle Einrichtungen, die keine Lebenskraft mehr besitzen.

Die Elend macht die alte Herrschaft zusammen. Die Kräfte sollen in den Staub. Wenn heute bei uns im Lande die Reaktionäre versuchen, Mittel zu erwecken, Mittel mit dem Manne dort drüben in Holland, dann denkt man in Holland anders darüber. So wenig würdevoll, wie der letzte Träger der Hohenzollernkrone seine Tage vollbringt, so wenig angepaßt der Tragik des Geschicks, so wenig infam hat sich, glaube ich, niemals ein gekürzter Herrscher der Aufgabe gezeigt, im Unglück noch Größe zu zeigen. Napoleon der Dritte, aus viel minderm Geschlecht, überreichte noch seinen Degen, weil es ihm nicht möglich war, an der Spitze seiner Kruppen zu sterben. Wilhelm der Zweite fand andere Wege. Im Schloß Amerongen geht es lustig zu, tagaus, tagein, als wäre das Unglück über das deutsche Volk nicht gekommen.

In jenen Tagen des Zusammenbruches hatte das deutsche Volk nur eine Hoffnung: die deutsche Sozialdemokratie. Unsere Kriegspolitik war von Anfang an eine Friedenspolitik, sie hat uns das Vertrauen des gesamten deutschen Volkes errungen, weit über die Kreise und Schichten hinaus, die der Sozialdemokratie während des Krieges aus politischer Ueberzeugung Gefolgschaft geleistet hatten. Deshalb ist es unverstänlich, wenn heute an den Parteitag Anträge kommen, wie der aus Jena unter Nr. 183. Das Vertrauen, das das deutsche Volk der Sozialdemokratie ausgesprochen hat, auch bei den Wahlen am 19. Januar, beweist die Nichtigkeit unserer Kriegspolitik. Und wenn jemand kommen wollte, um heute noch die Nichtigkeit zu bezweifeln, braucht er, um von der Frickeit seiner Auffassung überzeugt zu werden, nur den Blick in die Vergangenheit selbst zu werfen.

Es gab nur zwei Gruppen in Deutschland, die an einen Eroberungsfrieden durch Deutschland glaubten, das waren unsere alldeutschen Reaktionäre, die Sippe derer, die den deutschen Arbeiter nur als Sklavenarbeiter zu gebrauchen gedachte, um sich selbst in ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht zu erhöhen, und auf der anderen Seite die Unabhängigen, die überzeugt waren, daß die militärischen Kräfte des deutschen Volkes ausreichen könnten, mit der Spitze des Schwertes den Frieden zu diktiertieren. Wir Sozialdemokraten haben niemals den Glauben gehabt, daß es möglich wäre, den Frieden mit Waffengewalt herbeizuführen. Und als Amerika in das Lager unserer Feinde hinüberrückte, war es klar, daß wir den Gegner niemals mit der Schärfe des Schwertes zur Annahme von Deutschland diktierten Bedingungen zwingen könnten. Die Tatsache, daß wir es waren, die die gegen- einanderwirkenden Kräfte richtig eingeschätzt haben, daß wir von Anfang an an die Bedrohung Deutschlands und an den nun wirklich erfolgten Ausgang des Krieges glaubten und danach unsere Politik richtig eingestellt haben, liegt vor aller Augen. Deshalb ist dieser Antrag von Jena so bar jedes Verständnisses für die tatsächlich politische Lage, daß auf diesem Parteitag sich nur eine Stimme erheben wird, daß dieser Antrag in der Versendung verschwindet.

Überall im öffentlichen Leben macht sich der starke Einfluß unserer Partei mehr und mehr geltend. Und doch ertönen jetzt aus den Kreisen unserer Anhängerschaft immer lautere Klagen über die inneren Zerfetzungserscheinungen in unserer Partei. Es sind Klagen über die Unsicherheit und den Mangel über die Möglichkeit, sich zurechtzufinden. Es heißt hier und da: die Partei zerbröckele, sie gebe landespolitischen und lokalen Strömungen nach. Wir vom Parteivorstand sind die letzten, die nicht sehen, daß die Partei in ihrer Psyche sich wesentlich zu verändern beginnt, daß die Partei eine andere Zusammensetzung erhalten hat, als wir sie auf früheren Parteitagen fanden.

Der gewaltige Zulauf, den wir mit dem Waffenstillstand, mit der Revolution bekommen haben, hat unsere Partei erweitert, aber die innere Verschlossenheit nicht so gestärkt, als es notwendig war, um den inneren Kontakt

und die Eiferheit des Aufstiegs herbeizuführen, die wir früher gewohnt waren. Die Tatsache, daß ein großer Teil der an der Führung der Partei tätigen Personen aus ihrem bisherigen Arbeitsfeld herausgerissen wurden, in Regierungsämter und sonstige Geschäftsstellen, als Minister, als Staatsräte, als Oberbürgermeister, als Landräte, Regierungspräsidenten usw. berufen wurden, die Tatsache, daß die Organisationen zum Teil ihrer besten Kräfte beraubt waren, erhöhte das Gefühl der Unsicherheit. Dazu kam, daß auf der anderen Seite die Unabhängigen und Kommunisten von derartigen Belastungen nicht betroffen waren und bei ihren Angriffen auf etwas erlahmteren Widerstand stießen.

Der Zustrom zu der Partei von Leuten, die während des Krieges im konservativen, liberalen und alldeutschen Lager gestanden haben, ist eine Erscheinung, die wir auch kritisch beobachten. In vielen Fällen sehen wir, daß besonders literarisch tätige Personen mit einem kühnen Purzelbaum ihrer politischen Überzeugung von den Alldeutschen zu uns, ja bis zu den Unabhängigen und Kommunisten sich entwickelt haben. Wir sehen bei diesen Parteigenossen, die seit der Revolution zu uns gekommen sind, einen Drang, sich in dem neuen Gefüge zu betätigen. Bei unseren alten Parteigenossen hört man über diese Genossen oft das Wort von den Novembersozialisten, die alles besser wissen wollen. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich diesem Wort kein Heimatsrecht in unserer Partei einräumen möchte. Ich nehme die erste Gelegenheit wahr, um hier zu erklären, daß in unserer Partei jeder Heimatsrecht hat, der sich zu den Grundsätzen unserer Partei bekennt, der ein fühlendes Herz mit den Notleidenden hat und eine Gesellschaft mit aufbauen will, aus der Not und Elend verschwindet; der die Gebote der Disziplin und Demokratie anerkennt. Einmal kommt jeder zur Partei, und wenn eine so gewaltige Umwälzung, wie unser Volk sie erfährt hat, uns Mitglieder zutreibt, dürfen wir sie nicht von uns stoßen. Vergessen Sie nicht, es sind die besten unter ihnen, die durch eine derartige Bezeichnung verletzt werden.

Je nachdem nun die Empfindungen der einzelnen Parteigenossen der Partei gegenüber sind, äußern sich ihre Wünsche und Ansichten, die Partei zu reformieren und den Hebel nach Wefferung anzusetzen, in den verschiedenen Vorträgen.

Da kommen u. a. aus dem Lande Anträge wie der aus Göttingen, der ein ganz neues Aktionsprogramm darstellt und dabei als wichtigste Aktion aufzählt: Demission der sozialdemokratischen Minister. Einigung der sozialdemokratischen Partei auf eine Ministerliste, Ausschreibung von Koste, Scheidemann und Wissell usw. Der Antrag enthält, wie die unabhängige „Leipziger Volkszeitung“ gönnerhaft sagt, zweifellos den guten Willen des Verfassers, aber doch noch manche Unklarheit und falsche Voraussetzungen. Das glaube ich auch. Die Forderungen nach einem Aktionsprogramm, einem Kommunalprogramm, einem Agrarprogramm, ändern nichts an der Tatsache, daß auch die besten Programme an dem Zustand der Verwirrung in der Partei nichts ändern würden, wenn wir uns nicht darüber Klar werden, welche Ursachen diese Verwirrung hat.

Wir waren 50 Jahre lang eine Oppositions- und Agitationspartei, nur darauf eingestellt, parlamentarisch-politischen Einfluß zu erlangen. Wir haben viel weniger darauf Wert gelegt, wichtige Aufklärung bei unseren Wählern in bezug auf die Entwicklung des Sozialismus zu verbreiten, als auf die Erfüllung der Bedürfnisse des Tages. Wir müssen deshalb dafür sorgen, daß wir aus der Tätigkeit der bloßen Agitation und aus dem bloßen Nachgeben der Stimmung der Massen herauskommen und uns darauf einrichten,

daß die Partei von heute auf die Wirkung von morgen eingestellt wird. Wir haben dafür zu sorgen, daß wir, die wir bisher Agitatoren und Theoretiker für den Sozialismus waren, jetzt dessen Praktiker werden. Es ist dringend notwendig, uns jetzt auf diesem Parteitag vor Augen zu führen, was wir alles dem Volk versprochen haben, und ob unsere Versprechungen bei dem Volke nicht Hoffnungen erweckt haben, die sich jetzt nicht erfüllen lassen.

Ich glaube nicht, daß wir zuviel versprochen haben, wo wir als Partei verantwortlich auftraten. Wir haben auf dem Würzburger Parteitag vor dem Genossen Scheidemann über die nächsten Aufgaben der Partei das Referat halten lassen, in dem die vier schriftlichen Referate, die einem Aktionsprogramm zugrundegelegt werden sollten, behandelt wurden. In diesem Referat hat Scheidemann ausführlich geschildert, daß, so hoch wie wir auch die Macht unserer Ideen einschätzen, unsere Ideen nicht imstande wären, die Menschheit aus der selbstgeschaffenen Hölle und Vertiefung in das erträumte Paradies des Sozialismus zu bringen. Er schildert die Möglichkeit, daß die Partei nach dem Frieden zur politischen Macht gelangen könnte. Ich führe aus seiner Rede von damals die programmatischen Sätze an, um Ihnen zu zeigen, daß wir nicht zu viel versprochen haben.

„Wir werden nicht vergessen dürfen — so sagte er —, daß auch der Sozialismus keine Welt für sich ist, sondern nur ein Mittel zum Zweck, ein Mittel, die Not zu bekämpfen und den materiellen und geistigen Wohlstand des Volkes zu heben. Wir werden uns vor dem Fehler hüten müssen, Prinzipienreiterei zu treiben, und wir werden uns nicht jede Maßregel nur darauf ansehen müssen, ob sie sozialistisch ist, sondern auch darauf, ob sie praktisch ist. Auch unter dem besten System werden die Wunden nur langsam heilen, wenn die Erholung des verbluteten, erschöpften Volkskörpers nur ganz allmählich vor sich geht. Da könnte es dem Sozialismus wohl ergehen wie dem gewissenhaften Arzt, dem der ungebildige Patient untreu wird um sich dem ersten besten Kurpfuscher anzuvertrauen. Kämen wir also nach dem Kriege zur Macht, so werden wir auch mit der Gefahr schwarzer Rückschläge rechnen müssen.“

Parteigenossen, diese Worte Scheidemanns haben viele vergessen. Sie wissen, wie auf dem Parteitag in Würzburg Michaelis der Kampf angefangen wurde. Sie wissen, wie Michaelis fiel, weil er die Friedensresolution des Reichstages auslegen wollte, wie er sie aufschaltete. Sie kennen die Arbeit des Grafen Hertling und ihre Erfolge. Die Entwicklung ging den Gang, den Scheidemann andeutete. Im Oktober des vorigen Jahres wurden wir vor das Problem gestellt, das uns früher nur theoretisch beschäftigt hatte, das Problem des Imperialismus. Alle Parteigenossen erinnern sich wohl der Kämpfe die um diese Frage geführt wurden, ob ein Sozialist im Massentum: Minister werden und mit bürgerlichen Politikern eine Regierung bilden könnte. Damals sprach man von Willerandismus, anknüpfend an den früheren französischen Genossen Willerand, dem jetzigen Gouverneur von Gisors-Ashringen, der ziemlich genau vor zwanzig Jahren geholfen hatte, in dem radikalen Kabinett Waldeck-Rousseau den Augiasstall der Dreyfusaffäre zu säubern. Dem Kabinett gehörte als Kriegsminister auch Gallifet an, der 1870 die Pariser Kommune niedergeworfen hatte. Sie können sich vorstellen, welche Unruhe der Fall Willerands in der sozialistischen Welt hervorrief, und man kann sagen, daß der Willerandismus am schärfsten in den Kreisen der Internationale beurteilt wurde, die praktisch am weitesten davon entfernt waren. Dazu gehörte auch die deutsche Sozialdemokratie. Bei uns im alten Deutschland konnte ein Sozialist ja bisher nicht einmal Nachwächter werden, geschweige denn Minister. Die Sache wurde nicht anders, als im Herbst des

1918. Schatten der drohenden ~~Aggression~~ ~~Aggression~~. Ein Ministerium sollte gebildet werden, das die Aufgabe hatte, den Krieg zu beenden, und es war von vornherein klar, daß ein solches Ministerium nicht gebildet werden konnte ohne sozialdemokratische Hilfe. Es mußte schnell gebildet werden, und Mag von Baden, der der deutsche Friedenskanzler werden sollte, erklärte, daß er von einer Kabinettsbildung zurücktreten würde, wenn die Sozialdemokratie sich an ihr nicht beteiligen wollte. So sagten wir denn den schwereren verantwortungsvollen Entschluß, in das Kabinett einzutreten. Das Kabinett sollte den Frieden machen und konnte es nicht ohne unsere Hilfe. Wir, die wir die Friedenspartei waren, konnten dem Kabinett zur Erlangung des Friedens unsere Hilfe nicht versagen und wollten es nicht. Die Bedingungen, die wir stellten und die von der Mehrheit des Reichstages angenommen wurden, sicherten eine Korrektur des Friedens von West-Vitwal und Bukarest. Alles Gerede jener Tage von Regierungsozialisten, alles Gerede, daß wir Grundzüge über den Hausen geworfen hätten, daß wir uns an dem Internationalismus versündigt hätten, fällt angesichts der Bedingungen, unter denen wir in die Regierung eintraten, von vornherein unter den Tisch.

Aber erst als unser grundsätzlicher Entschluß gefaßt war, jedoch noch ehe Scheidemann und Bauer in die Regierung eingetreten waren, erfuhren wir den ganzen furchtbaren Ernst der Lage. Wir erfuhren, daß Ludendorff nach Waffenstillstand und Frieden geradezu geschrien hatte, weil er mit jedem Tage den Zusammenbruch näher kommen sah. Noch einmal drängte sich da bei uns in Fraktion und Parteileitung die Erwägung auf, ob wir nicht unter so entsetzlichen Umständen, für die ganze Welt sichtbar, die ganze ungeteilte Verantwortung für das Kommende den Trägern des alten Systems überlassen sollten. Aber wir hatten eben noch die Hoffnung, daß durch unsere Mitarbeit die Härte des Krieges gemildert werden könnte. So blieben wir bei unserem Entschluß, und Scheidemann trat auf Beschluß des Parteivorstandes und des Parteiausschusses in die Regierung des Prinzen Max von Baden ein.

Daran wollte ich Sie, Parteigenossen, hier erinnern, um Ihnen zu zeigen, daß uns nicht die Sucht nach Klemern, sondern die furchtbare Notwendigkeit in die Regierung geführt hat, in der wir nun immer unter dem Druck derselben Notwendigkeit, unter denselben schwierigen Umständen verbleiben sind. Seitdem ist in der Partei die Frage oft erörtert worden, wie weit die Partei als solche für die Handlungen ihrer Mitglieder in der Regierung und für die Tätigkeit der gesamten Regierung, in der sich unsere Genossen befinden, verantwortlich zu machen ist. Dazu möchte ich folgendes sagen: Als Partei bleiben wir selbstverständlich dieselben, die wir immer gewesen sind. Unveränderlich bleibt unser Bekenntnis zur Demokratie und unser sozialistisches Ziel. Wir haben aber Erfahrungen gesammelt, um zu wissen, daß nicht alles auf einmal zu erreichen ist. Wir können an der Tatsache nicht vorübergehen, daß wir noch nicht imstande waren, mit den Mitteln der Demokratie, die wir für die alleinberechtigten halten, eine Mehrheit in der Nationalversammlung zu erringen, daß wir heute mit den bürgerlichen Parteien zusammenzuarbeiten gezwungen sind. Schließlich sind wir auch gezwungen, anzuerkennen, unter welsch ungeheuren Schwierigkeiten unsere Genossen in der Regierung zu arbeiten haben. Bedenken Sie, daß wir gezwungen sind, die Demokratie mehr gegen links als nach rechts zu verteidigen. Denken Sie an den Druck der äußeren Verhältnisse und der sich immer wiederholenden Erschütterungen im Innern, die jede systematische Arbeit immer wieder durchkreuzten. Geiß, es ist vieles geschehen, an das wir nicht denken können, ohne daß uns das Herz schwer wird. Geiß, es gibt vieles zu kritisieren; aber das möchte ich als Ueberzeugung aussprechen: wir haben keinen Grund, von den Genossen der Re-

gierung abzurücken, wir können keinen der Genossen fallen lassen, ohne das schlimmste Unrecht an ihm zu verüben. Wir dürfen es nicht mochen wie die Pharisäer, die da sagen: Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin wie jene. Denn diejenigen unter uns, die am ungründlichsten sind, würden uns vielleicht noch weit härtere Küsse zu Knaden geben, wenn sie sich an der Stelle der Genossen befänden, die jetzt an der Regierung sind. Von einem Personenwechsel erhoffe ich deshalb nichts, wenigstens nichts Gutes. Ein Systemwechsel aber wird sich kaum vollziehen lassen, wenigstens so lange nicht, wie die Partei nicht bereit ist, auf ihre demokratischen Grundzüge zu verzichten. Unsere Aufgabe gegenüber den Genossen in der Regierung ist, daß wir in diesen bösen Tagen als gute Freunde zu ihnen stehen, ihnen offen unsere Meinung sagen, wo wir der Ueberzeugung sind, daß sie etwas falsch gemacht haben. Und da haben wir die Ueberzeugung, daß vieles und manches falsch gemacht worden ist, daß vieles versäumt worden ist, und ich betone: in noch stärkerem Maße als im Reich ist dies in den einzelnen Bundesstaaten und besonders in Preußen der Fall. (Sehr richtig!)

Die Demokratisierung der Verwaltung, die wir immer als ebenso notwendig betont haben wie die Demokratisierung unserer Verfassung, ist unserer Ueberzeugung nach nicht in der Weise vorwärts getrieben, wie wir es gewünscht hätten. (Sehr richtig!) Der Parteivorstand ist mit den Genossen im Lande darin einig, daß es unmöglich ist, daß eine Regierung, die in der Mehrheit aus Sozialdemokraten besteht, eine sozialdemokratische Politik treiben kann, wenn die alten Reaktionskräfte draußen im Lande noch die Verwaltung in der Hand haben, wenn nicht der Sturm die Landratsstufen aufreißt und die dumpfe, muffige Luft hinausjagt. Wir sagen unseren Freunden in der Regierung, was wir so sagen haben, mit aller Deutlichkeit; nicht um ihnen das Leben schwer zu machen, sondern um sie zu ermahnen, daß sie auch als die Sachwalter der Partei in der Regierung des Volkes wirken. Wir sagen es ihnen, um ihnen durch unsere Kritik gegen die Bürgerlichen den Rücken zu stärken. Das ist die einzig richtige Haltung, die wir unseren Genossen in der Regierung gegenüber einnehmen können.

Auf dem Parteitag in Würzburg haben wir den Auftrag übernommen, nach den vier schriftlichen Referaten ein Aktionsprogramm herzustellen zu lassen. Die Ereignisse überstürzten sich; sie wirbelten laledastkopartig an unseren Augen vorüber. Wir waren nicht imstande, den Auftrag zu erfüllen. Wären wir daran gegangen, wir hätten die Leute nicht gefunden, die die Fähigkeit und Möglichkeit gehabt hätten, ein Aktionsprogramm herzustellen. Dazu gehört vor allem die Möglichkeit, die Dinge in ihrer Entwicklung wenigstens einigermaßen zu übersehen. Aber welches Aktionsprogramm hätte uns in jenen Tagen sagen sollen, wie wir uns im Lande einrichten sollten? Nein, wir haben tausendmal gesagt: stärkt eure Organisation, schließt die Reihen, bereit sein ist alles! Ich glaube, man wird es bestätigen, daß die Parteileitung bereit gewesen ist und aufmerksamen Auges die ganze Entwicklung der Dinge verfolgt und mitbeeinflusst hat. Welcher Aktionsentwurf hätte wohl Gnade gefunden vor den Augen derer, die kritisch in der Partei stehen? Kautsky hat ein Aktionsprogramm zur allgemeinen Diskussion gestellt. Wir im Parteivorstand würden ihm ohne besondere Einschränkungen unsere Zustimmung gegeben haben. Aber auch dieses Programm findet keine Gnade, weder bei den Rabibalen, noch bei den Kreisen der „Sozialistischen Monatshefte“. Da wird das Kautskysche Programm bezeichnet als ein Programm, das sich auch nur in alten Geleisen bewege, das von den geistigen Kriechkräften für die Zukunft kein Wort sage. Diesem Programm fehle der revolutionäre Schwung und der utopistische Zauber.

Wir sind der Meinung, daß unser Parteiprogramm sich den Erkenntnissen und Bedürfnissen der Zeit anpassen muß. Aber wir haben die Ueberzeugung, daß die Partei zu einem neuen Programm gegenwärtig kaum kommen wird. Ich persönlich stehe nicht an zu erklären, daß das, was an Einigungsbedürfnissen in der Partei so stark zum Ausdruck kommt, vielleicht die stärkste Unterstützung darin findet, daß die unabhängige Sozialdemokratie und unsere sozialdemokratische Partei beide erklären, daß sie sich zu den Grundföhen des Erfurter Programms bekennen. Wir haben auf dem Lübecker Parteitag bereits erklärt, daß unser Programm reformbedürftig sei, aber die eine Tatsache, daß es zwischen den Unabhängigen und uns etwas Gemeinames gibt, — wenn auch der Vorwurf, daß wir Verräter des Programms seien, das mindeste ist, was gegen uns behauptet wird, wofür die Unabhängigen andererseits von den Spartakisten nicht viel glimpflicher behandelt werden — ist immerhin ein Aktivposten und die Basis für die Möglichkeit von Einigungsverhandlungen. Allerdings haben sich die Unabhängigen auf ihrem letzten Parteitag ein Programm gegeben, das ein Faustschlag in das Gesicht des Erfurter Programms ist. Trotzdem wollen wir nicht die Hoffnung sinken lassen, daß eine Brücke zu einer Vereinigung mit dem Teil der Unabhängigen, die für eine Einigung Sinn und Verstand haben und sich auf den Boden der Demokratie nach den Grundföhen des Erfurter Programms stellen, gebaut werden kann.

Lassen Sie mich damit auf die Anträge eingehen, die in der Einigungsangelegenheit an den Parteitag gelangt sind. Sie variieren im einzelnen, aber ich kann zu allem erklären, daß der Parteivorstand der Einigungsideoe so freundlich gegenübersteht und die Einigung so sehnsüchtig erwartet, wie nur irgendw. einer der Parteigenossen, der um Rande die Perzeihung der Arbeiterklasse beklagt, wie sie jeder beklagt, der mitgearbeitet hat an dem Aufbau der Parteiorganisation. Aber wenn gesagt wird, die Einigung solle mit allen Mitteln erstrbt werden, so muß ich mir gestatten zu fragen, was das ist, wenn gesagt wird: über die Köpfe der Führer hinweg. Heißt das, daß wir einseitig nach dem Diktat der Unabhängigen erklären, daß die alten Führer in der Partei beseitigt und wir uns den Grundföhen, die die Unabhängigen für richtig halten, bedingungslos unterwerfen? Dann muß ich erklären, daß die Einigung für uns als Demokraten unmöglich ist, weil wir als Sozialdemokraten bleiben müssen was wir sind, oder wir geben uns auf. Ein Opfer der Ueberzeugung zu bringen, ist zu viel dessen, was man einem Sozialdemokraten zumuten kann. Da schreibt mir das Bild Karl Marx' vor, der die erste Internationale durch die Verlegung ihres Sitzes nach Amerika lieber in die Luft sprengte, ehe er die Zeitung derselben als ein Organ gegen die Klassenbewußte Arbeiterschaft in die Hände der Anarchisten gleiten ließ. So stehen die Dinge nicht. Ich habe die Ueberzeugung, daß der demokratische Gedanke und die sozialistische Idee, die Idee, von der Demokratie zum Sozialismus zu gelangen, die alte Werkkraft im Volk auslösen wird, wenn die Fiebererscheinungen, unter denen unser Volk leidet, sich erst gelegt haben werden, und wenn wieder Klarheit in die Köpfe kommt und die Unabhängigen sich zum Teil wieder zu unserer Partei gefunden haben. Ein Opfer des Prinzipis und der Ueberzeugung können wir nicht bringen. Wir würden auch in Widerspruch kommen mit der gesamten Internationale. Auf dem internationalen Kongress in Bern sind die Grundföhe über Demokratie und Diktatur einmütig zur Annahme gelangt, die ein neues Bekenntnis zur Demokratie ablegen und die betonen, daß mit dem Bekenntnis zur Demokratie die gesamte Internationale steht und fällt, daß die Marxisten der Demokratie untrennbar verbunden sein müssen, und besonders in dem allgemeinen gleichen Wahlrecht für alle, und in der Schaffung demokratischer Einrichtungen in Reich, Staat

und Gemeinden ihren Ausdruck finden müssen. Im Gegensatz zur Internationale fänden wir, wenn wir diese Grundföhe aufgeben würden. Wir wären verwaissen denn je, und wir hätten ohne Not ein Banner beschmußt und herabgewissen, daß den Siegern der deutschen Sozialdemokratie von all den Männern vorangetragen ist, zu denen wir mit Verehrung emporgesehen haben.

Ich sagte, wer die Parteispaltung bedauert, der wünscht die Einigung der Partei herbei. Diejenigen, die als Mitglieder der Reichstagsfraktion im Jahre 1917 die Erklärung Haases miterlebten, die Genossen, die Baufstein auf Baufstein mitgeführt haben zum Bau unserer Organisation, die werden jenen Tag niemals vergessen. Ich sehe heute noch die Tränen in den Augen vieler braver Parteigenossen, die da sagten: Nun ist alles vorbei, jetzt bricht die Partei, die geeinte Front auseinander, und unabsehbar ist, wohin wir treiben. Das, was sich als ein Unglück für die Partei in jenen Tagen etnem jeden aufdrängte, ist zum Unglück für das deutsche Volk in diesen Tagen geworden und kann zum Unglück und zum Unheil für das gesamte internationale Proletariat werden, wenn wir nicht festhalten an dem Programm der Demokratie und des Sozialismus, wie es die Internationale erst kürzlich wieder in Bern aufgespiant hat. (Sehr wahr!) Die Unabhängigen haben erst kürzlich wieder betont, daß nicht grundsätzliche Streitigkeiten uns von ihnen trennten. In einem Schriftsatz, den sie in einem Prozeß eingereicht haben, heißt es ausdrücklich: Die Spaltung der sozialdemokratischen Partei erfolgte überhaupt nicht wegen grundsätzlicher Streitfragen, sondern wegen eines Streits über taktische Fragen. . . . Die Spaltung erfolgte schließlich aus Anlaß eines persönlichen Streites. Das ist ein von den Unabhängigen dem Gericht eingereichtes Dokument! Die bisherigen Einigungsverhandlungen haben aber gezeigt, daß die Unabhängigen diesen Boden der Erkenntnis über die wirklichen Ursachen der Parteispaltung immer mehr verlassen haben. Diejenigen, die die Einigungsverhandlungen wünschen wie wir, sollten sich auch vergegenwärtigen, wie diese Einigungsverhandlungen bisher getätigt worden sind. Mit dem Ausbruch der Revolution waren es im Zentralrat der Republik die revolutionären Obleute, die vorstellig wurden, und unser jetziger Parteivorstandender Müller hat als Vorsitzender des Zentralrats in zahlreichen Verhandlungen teilgenommen, in denen die Frage der Einigung ventifiziert worden ist. In Berlin bildete sich eine Kommission von Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes aus Unabhängigen und Angehörigen der Partei, die sowohl die Parteileitung der Unabhängigen wie auch uns zu Sitzungen einlud, zu denen wir auch erschienen. Immer trennten sich unsere Auffassungen, immer wieder erwies sich die Möglichkeit der Einigung als nicht vorhanden, weil grundsätzliche Gegensätze sich entgegenstanden. Wer die Diktatur des Proletariats will, die Diktatur der Minderheit, setzt an die Stelle der abgeworfenen Diktatur der Minderheit von damals eine andere Diktatur und schlägt der Demokratie ins Gesicht. (Sehr wahr!) Wir müssen diese Diktatur ablehnen, wie wir die andere Diktatur bekämpfen haben. Wie schwer es ist, mit den Unabhängigen sich zu vereinigen, erkennt man am besten, wenn man die Unabhängigen oder die Spartakisten genauer betrachtet. Es wäre leicht, mit ihnen zusammenzukommen, wenn sie Sozialdemokraten wären. (Sehr richtig!) Aber sie sind es nicht. Sie haben keine einheitliche Anschauung, sondern sie sind ein Konglomerat der verschiedensten Strömungen. (Sehr richtig!) während die Spartakusgruppe z. B. gegen den Willen von Liebknecht und Rosa Luxemburg auf dem Spartakusgründungstage die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ablehnte, drohte Wolf Hoffmann, Mitglied der U. S. P., daß die Nationalversammlung, für die Liebknecht und Luxemburg wählen lassen wollten, gegebenenfalls mit Waffengewalt auseinandergejagt werden

würde. Lebedow und Däumig lehnen es ab, mit Haase auf einer Stufe zu kandidieren, worüber Haase wieder quittiert, indem er es ablehnt, mit Däumig wegen grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten den Vorsitz in der U. S. P. zu übernehmen. Auf der anderen Seite wieder erklären Kautsky und Ströbel sich gegen die Konzeptionen, die das Aktionsprogramm der U. S. P. an die Spartakisten macht. Sie erklären, daß sie auf dem Boden der Demokratie und der Nationalversammlung stehen. Wenn Ströbel sagt: „Wir glauben an den organischen Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, an die schrittweise Umgestaltung der kapitalistischen Einrichtungen und betrachten die Demokratie als den Hebel dieser Umgestaltung.“ so befindet er sich in Uebereinstimmung mit den Anschauungen, die der Parteivorstand während der ganzen Kriegszeit und der Spaltung gegenüber betätigt hat. Von einer unermittelten Sozialisierung befürchtet er den sozialen Bankrott, die wirtschaftliche Anarchie und den allgemeinen Hunger. In demselben Sinne äußert sich Kautsky, der betont, daß es traurig wäre, wenn am Tage nach der Revolution, wo zwei Duzend Regierungen mit einem Schläge vom Proletariat befeitigt wurden, eine sozialdemokratische Partei daran verzweifeln wollte, die Mehrheit der Massen für sich zu gewinnen, und Kautsky erhebt Anklage gegen die U. S. P., die im Rat der Volksbeauftragten den Termin der Einberufung der Nationalversammlung nach Möglichkeit hinauszuschieben suchten. Er sagt: „Von unserer Haltung hängt alles ab, die Nationalversammlung ist auf dem Marsch, nichts vermag sie aufzuhalten, die Sozialisten, die sich ihr entgegenstellen, können nur das erreichen: die Verklemmung der sozialistischen Mehrheit — und es wäre die Schuld dieser Sozialisten, wenn die Nationalversammlung gar eine gegenrevolutionäre Mehrheit aufwiese. Gerade weil diese Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, müssen wir um so dringender fordern, daß an Stelle des Kampfes gegen die Nationalversammlung der Kampf um sie mit voller Kraft aufgenommen wird.“ So sehen wir Kautsky, Ströbel, Haase, Däumig, all die Gruppen gegeneinander. Wir sehen auf dem Parteitag der Unabhängigen letzten noch, wie Herz aus Hamburg betont, daß auf weiten Gebieten des wirtschaftlichen Lebens der Kapitalismus gar nicht entbehrt werden könne, sondern nützliche Funktionen ausübe. Er wendet sich dagegen, daß das Räteystem als politischer Faktor zur Einführung käme, während Haase wiederum erklärt: „Das Räteystem marschiert, aber die Arbeiter müssen gewarnt“ werden, als ob sie nun nach seiner Durchführung in den Betrieben unter Begrüßung der Ingenieure und Leiter alles allein machen könnten.“ Däumig erklärt demgegenüber: „Eine Ergänzung der Demokratie kann das Räteystem nicht sein, es gibt nur das eine oder das andere: Wenn die Anschauungen Haases Geltung erhalten sollen, werden viele der besten Parteigenossen abwandern, weil die U. S. P. nicht die revolutionäre Partei sei, wie sie jetzt notwendig ist.“ Mit den Kommunisten kann es keine Einigung geben, hat Kautsky erklärt, und Däumig ist nicht einmal Kommunist, sondern derjenige, der bei den Unabhängigen den Kommunisten am nächsten steht. Mit Recht gießt Haase die ätzende Lauge seines Spottes über alle diejenigen aus, die als Kurpfuscher, wie Scheidemann sie bezeichnet hat, an der Partei oder am deutschen Volke herumdozieren. Wir, die wir auf dem Boden der Demokratie stehen und in dem Wahlrecht das Mittel zur Revolutionierung der Köpfe erblickt haben, müssen jetzt erleben, wie der zweite Vorsitzende der U. S. P. Vorschläge zum Rätewahlrecht macht, die darauf hinauslaufen, daß lediglich diejenigen, die die Kommunisten als produktive Arbeiter oder Arbeiterinnen anerkennen und die sich zum Kommunismus oder zum Rätegedanken bekennen, das Stimmrecht erhalten, ebenso die, die sich prostituierten um des Stimmrechts willen, die, um sich das Wahlrecht zu erkaufen, ihren Beitrag an eine

sozialrevolutionäre Partei zahlen. Man kann ein Schurke sein, so hat man als Mitglied der kommunistischen Partei das Wahlrecht, aber gehört man den Ständen an, die nach der Anschauung jener Kreise nicht produktiv sind, gehört man z. B. zu den gebildeten Ständen, so ist man ausgeschlossen. Mit Recht sagt Kautsky in der Zeitschrift „Der Sozialist“ in einem Artikel „Schlamperei und Massenphobie“ gegen diese Art der Vergiftung der Arbeiterschaft mit politischer und sozialer Kurpfuscheri, daß es einfach ein Skandal ist, in welcher Art und Weise die Arbeiterschaft jetzt behandelt wird. Und er betont in einem Artikel, der sich gegen einen gewissen Bille wendet, der sich an Otto Bauer reißt, den glänzendsten und fähigsten Kopf, über den die österreichische Sozialdemokratie zurzeit verfügt, und ihm vorwirft, daß er ein Kapitalsmensch sei, wie er unglücklicher nicht gedacht werden könne, und der Otto Bauer gegenüber seine eigene soziale Theorie vertritt, wonach die Monopolstellung des Kapitals auf das seltenste Vorkommen von Metallgeld zurückzuführen ist, es sei ein Skandal, daß solch Analphabetentum ausgerechnet in der Zeitung „Der Arbeiterrat“ unter Däumigs Redaktion sich breit machen könne.

Kautsky führt weiter aus, daß sich jetzt Rosa Luxemburgs Wort bewahrheitet: „Die Unorganisierten erringen bei allen Umwälzungen die Herrschaft über die Organisierten.“ Man sehe jetzt das Volk überausitalen Strömungen nachlaufen, die von Leuten getragen würden, die früher zu den Gelben zählten. Kautsky warnt vor der Selbstgefälligkeit eines geistigen Knotentums. (Sehr richtig!) Und wir können ihm darin durchaus zustimmen.

Eines der vielen Schlagworte, mit denen die Unabhängigen angeblich die Einigkeit des Proletariats zu fördern suchen, sie in Wirklichkeit aber stören, ist das Schlagwort, daß sie die reine sozialistische Regierung anstreben. Es braucht hier kein Wort darüber verloren zu werden, daß auch unser Glaube, unser Ziel und unsere Hoffnung die reine sozialistische Regierung ist. Wer hier einen Unterschied zwischen uns und den Unabhängigen aufrichten will und uns etwas neues sagen will, der rennt offene Türen ein. Wie liegen denn die Dinge? Leider haben wir in der Nationalversammlung keine Mehrheit. Während wir bei den Wahlen 12 Millionen Stimmen auftrachten, entschieden sich für die anderen Parteien 15 Millionen. Diesem Wahlergebnis muß man sich als Demokrat unterwerfen. Was ist weiter geschehen? Zur Herabsetzung des Prozentsatzes der Bürgerlichen in der unvermeidlich gewordenen Koalitionsregierung traten wir an die Unabhängigen heran. Sie haben unsere Aufforderung zum Eintritt in die Regierung abgelehnt. Ihre Schuld allein ist es, wenn der Anteil der Bürgerlichen an der Regierung größer geworden ist, als wir es wünschten. Wir mußten uns dem Wahlergebnis fügen, weil wir zu unserem Bekenntnis zur Demokratie stehen müssen.

Ein neues Schlagwort, das in den Kampf der Meinungen geworfen wird, ist das von der „formalen Demokratie“. Dieses Wort ist jeder möglichen Auslegung fähig. Man will damit das Parlament des allgemeinen Stimmrechts treffen. Wenn von sozialistischer Seite derartige Auslegungsfunktion durchgeführt werden, dann braucht man sich nicht darüber zu wundern, wenn auch unserem Ideal des Sozialismus von der bürgerlichen Seite ein blutleerer und weissen Schatten gemacht wird. (Lebhafter Beifall!) Welche Möglichkeiten haben denn überhaupt für eine sozialistische Regierung bestanden? Hielten wir uns bei der Beurteilung dieser Frage an die tatsächlichen Verhältnisse. Es hat eine Zeit gegeben, in der eine sozialistische Regierung möglich war. Das war die Zeit der sechs Volksbeauftragten. Damals war eine grundlegende sozialistische Umgestaltung des Staatsaufbaues möglich. Was ist aber geschehen? Was seit Beginn der Revolution an sozialistischen For-

derungen auf wirtschaftlichem Gebiet erfüllt worden ist, ist herzlich wenig. Das meiste ist erst Vorbereitung auf eine Zeit, wo mehr und besseres zu sozialistischer vorhanden ist. Wir wollen nicht in den Fehler verfallen und der Regierung der sechs Volksbeauftragten einen Vorwurf daraus machen, daß sie damals so wenig getan hat oder tun konnte. Denn die damalige deutsche Regierung war kein Gebilde der Mehrheit. Wir müssen aber doch fragen, weshalb die Unabhängigen denn damals, als sie diktatorisch wirken konnten, von ihrer Gewalt nicht den Gebrauch gemacht haben, für den sie jetzt immer einreten; reine sozialistische Regierung oder Diktatur ist ja eigentlich dasselbe. (Vereinzelter Widerspruch.) Herrschaft der Minderheit gegen die Mehrheit ist doch nichts anderes als Diktatur, denn wir haben ja nicht die Mehrheit.

Die reine sozialistische Regierung wäre als Diktaturprodukt zum Unterfangen verurteilt, da sie nicht organisch von unten auf gewachsen wäre, sondern ganz künstlich von oben gemacht werden müßte und ebenso aussehen und wirken würde, wie der alte Obrigkeitsskandal. Als Zeugen für die Gefährlichkeit eines solchen Experiments will ich einmal die „Freiheit“ anführen. Die „Freiheit“ hat die Rede Levis als veröffentlicht. Dabei will ich erklären, daß wir die Vollstreckung des Todesurteils an Levis als traurigen Rückfall in die Methoden des alten Regimes betrachten und entschieden verurteilen. (Lebhafte Beifall.) Die „Freiheit“ zieht aus der Rede den Schluß, daß die Tragödie des Münchener Proletariats im wesentlichen dadurch verursacht worden sei, daß die Einigung der Führer erfolgt, trotzdem aber die Einigung des Proletariats unterblieben sei. Die Räterepublik hätte von unten nach oben aufgebaut werden müssen und sei durch die Maßnahmen Levis nur unvollkommen begründet gewesen. Dieser Charakter der Unvollkommenheit habe zu ihrem Mißerfolge geführt.

Wir können uns diese Äußerungen der „Freiheit“ im vollsten Umfange zu eigen machen. Wenn sie ferner Bayern als unselbständige Wirtschaftsgebiete für ungeeignet für die Errichtung einer Räterepublik hält, so gilt es doch noch mehr für die große sozialistische Republik Deutschland, die innerhalb Europas und innerhalb der ganzen Welt ebenfalls nur ein unselbständiges Wirtschaftsgebiet ist. Das gilt ganz besonders von dem verkleinerten Deutschland, das aus den Friedensverhandlungen in Versailles hervorgehen soll. Selbst das große Rußland hat unter den Trugschlüssen Lenins ungeheuer leiden müssen, der die Entwicklung bergevalligste und den Ereignissen vorzugreifen suchte. Dieselben Schäden würden auch die Unabhängigen, falls sie die Regierung in die Hand befämen und ihr Versprechen der reinen sozialistischen Republik wahrzumachen versuchten, über Deutschland heraufbeschwören. Nicht die Diktatur kann uns vorwärts bringen, sondern allein die Einigung des Proletariats auf marxistischem Boden. Wir müssen versuchen, durch Aufklärung die Mehrheit des Volkes für uns zu gewinnen, dann können wir auf Granit bauen, anders aber bauen wir auf Flugsand. Nichts Wertvolles kann geschaffen werden, wenn die Diktatur, sei es von rechts, sei es von links, sich durchsetzt.

Den Beweis dafür hat nicht nur das kleine Bayern geliefert, sondern auch die große russische Republik. Man hat sich zwar daran gewöhnt, eine proletarische Regierung in Rußland für möglich zu halten wegen seiner vorwiegend agrarischen Struktur. Die Praxis hat aber ergeben, daß jede Räterepublik, vor allem aber die Sowjetrepublik, alles auf die Entwicklung der Industrie setzen muß, da sie keinen Rückhalt in den reinen Bauerengebieten hat. Wären die Phantasten der russischen Volkswirtschaft richtig, dann müßte die russische Industrie von ihnen mit einer beispiellosen Arbeitsfreudigkeit

befruchtet worden sein. In den Moskauer Funksprachen hören wir auch davon. In Wirklichkeit liegt die Sache aber ganz anders. Lenin hat in seinem Buche: Die nächsten Aufgaben der Sowjetrepublik (Zuruf: Sie ist schon ein Jahr alt.) darüber voll Aufklärung gegeben. Seitdem, das bemerke ich dem Zwischenrufer, ist es noch viel schlimmer geworden. (Lebhafte Beifall.) Lenin hat ausgeführt, daß: den Massen verbergen wollen, daß die bürgerlichen Fachleute unentbehrlich für die Arbeiterrepublik sind, heiße, die Massen betäuben. Ihnen die Notwendigkeit des Schrittes nach rückwärts begründlich machen, heiße dagegen die Massen erziehen. Man müsse ihnen klarmachen, was es bedeute, den Schritt zurück, der sich vollzogen hat, zu tun. Man müsse ihnen die praktische Seite dieses Schrittes vor Augen führen, ihnen zeigen, wie wenig es bedeute, wenn selbst 1000 Fachleute aus allen Gebieten des Wissens, Sterne erster Größe, mit Gehältern zu 25 000 Rubeln, und selbst das Doppelte, mit ihren Leistungsfähigkeiten gewonnen würden. Wenn für die Heranziehung von Spezialisten wirklich 50 bis 100 Millionen Rubel Unkosten erwachsen würden, sei das wirklich übermäßig viel? Gewiß nicht. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß für die Leistung des Neuaufbaues, zu dem die Fachleute unentbehrlich seien, vielleicht Milliarden aufgewandt werden müßten.

Wirtschaftliche Demokratie! Das ist das Schlagwort, mit dem man die formale Demokratie zu bekämpfen sucht, die nur solche Wertlosigkeiten gebracht hat, wie das allgemeine Wahlrecht vom 20. Jahre ab, Koalitionsfreiheit, die Aufhebung der Geinordnung, den Achtstundentag und ähnliches. Und gerade diese wirtschaftliche Demokratie ist es, die von den russischen Volksgenossen notgedrungen aufgegeben worden ist. Gerade auf dem Gebiet, auf dem der Sozialismus bereinzelt zur Herrschaft gelangen soll, hat Lenin die weitesten Zugeständnisse an Bürgerertum und Kapitalismus machen müssen. Gibt das unseren deutschen Volksgenossen bis weit in die Reihen der Unabhängigen hinein nicht zu denken? Wenn aber die wirtschaftliche Demokratie heute in den Tagen schlimmsten Verfalles ohne Bürgerertum und Kapitalismus nicht auskommen kann, wenn selbst in dem Ideallande der Kommunisten die bürgerlichen Sterne erster Größe mit unerhörten Gehältern herangezogen werden müssen, wenn also Bürgerertum und Kapitalismus auf dem einen Gebiete noch so starke und unentbehrliche Kräfte sind, wie will man dann auf dem anderen Gebiet, bei der politischen Demokratie, auf sie verzichten? Wir haben immer grundsätzlich der Auffassung zugestimmt, daß politische Freiheit unmöglich sei bei wirtschaftlicher Unfreiheit.

Aber das Prinzip ist auch in der Umkehrung richtig. Wirtschaftliche Freiheit, wirtschaftlicher Einfluß, wirtschaftliche Beherrschung, also alles das, was Lenin den bürgerlichen Sternen so reichlich zubilligt, ist auch auf kurze Dauer unvereinbar mit politischer Unfreiheit und Entrechtung. Gerade wir Anhänger einer materialistischen Geschichtsauffassung müssen wissen und einsehen, daß eine proletarische Diktatur tatsächlich ein Scheingebilde wäre und zu einem Scheinleben verurteilt sein würde, wenn das Wirtschaftsleben von ganz anderen, von nichtproletarischen Kräften beherrscht wäre. Der Leninsche Ausweg führt gerade zu dem, was er das Ideal der bürgerlichen Politiker nennt, nämlich zum Betrüge der Massen. Das läßt sich natürlich agitatorisch wundervoll verwerten, wenn oben nur Arbeitervertreter sitzen, während in den Fabrikfontoren und den Direktorenbüros mit Millionengehältern die Männer tätig und mächtig sind, in denen sich der Kapitalismus verkörpert. Aber es ist und bleibt doch eben ein Betrug, eine Schaustellung auf Wasserwirkung und Massenbeeidung berechnet, und selbst diese Schaustellung müßte nach kurzer Frist abtanzen, weil die tatsächlichen Kräfte immer stärker sind als eine künstliche, auf Erliche Gewalt gestützte Konstruktion.

Nein, Parteigenossen, unser Stolz war es immer, die Dinge zu sehen und zu zeigen wie sie sind, einerlei, ob das für uns agitatorisch besonders günstig war oder nicht. Und deshalb müssen wir den Parteigenossen im Lande heute sagen: die Deutsche Republik ist heute noch keine sozialistische Republik, weil sie noch keine sozialistische Mehrheit hat. Es gilt, die Massen zum Sozialismus zu bekehren, damit nicht eine Diktatur, sondern eine auf den Mehrheitswillen gestützte Herrschaft der Proletariat errichtet werden kann.

Wir wollen uns nicht in die Betrachtung der vorrevolutionären Zeit vertiefen und eine Aussprache über angebliche Fehler beginnen, die während des Krieges von uns gemacht worden sein sollen. Wer aus dem Frieden von Versailles nicht lernt, daß es die richtige Politik gewesen ist, die wir getrieben haben, nämlich die Niederlage abzuwenden, dem ist nicht zu helfen. (Beifall.) Was jetzt in Versailles geschieht, das ist ein endgültiger und unantastbarer Beweis für die Richtigkeit der Politik, die wir durch Bewilligung der Kriegskredite getrieben haben.

Wegen dieser Politik ist die Partei von den Unabhängigen zerrissen worden. Was ist alles von ihnen darüber gesagt und versprochen worden. Die Eroberungspolitik sollte nur bei uns, nicht aber von den Feinden getrieben werden! Für jeden Tag der Friedensbereitschaft wurde uns ein anständiger Friede in Aussicht gestellt. Der Krieg sollte angeblich eine Familienangelegenheit der Hohenzollern sein — die Arbeiter sollten angeblich mit dem Ausgang des Krieges nichts zu tun haben, sie sollten durch den Krieg nichts zu gewinnen und nichts zu verlieren haben. Nur der Kapitalismus fürchtet sich vor dem Ausland und vor der Niederlage. Und wenn man schließlich Opfer von uns verlangen würde, dann würden die englischen und französischen Arbeiter sich erheben und die deutschen Arbeiter von allen Lasten frei machen. Alles hat sich als Phantasie und Lüge erwiesen. Das Gegenteil aller Voraussetzungen der Unabhängigen hat sich als Wahrheit erwiesen. Die Unabhängigen haben das Volk getäuscht. Ihre Gefolgshaft, die ihren Worten Vertrauen geschenkt hat, wird recht bald zu der furchtbaren Erkenntnis der Unhaltbarkeit der Versprechungen der Unabhängigen kommen und sich von einer Politik abwenden, die heute dies und morgen das verspricht, die planlos hin und her schwankt. Sollten die Unabhängigen zur Regierung kommen, so würden sie innerhalb vier Wochen dieselbe Unzufriedenheit gegen sich aufgebracht haben, mit der jetzt die gegenwärtige Regierung zu kämpfen hat. Auch bei den Unabhängigen wird nur mit Wasser gekocht. (Lebhafter Beifall. Geisterheil.)

Wenn uns die Unabhängigen als Reaktionenäre bezeichnet haben, so ist auch hier die geschichtliche Wahrheit auf unserer Seite. Wir können nicht sagen, wir haben die Revolution „gemacht“, aber wir sind nicht ihre Gegner gewesen. Wir sahen sie kommen und beginnen. Wir glauben nicht, daß die geschichtliche Fortschrittsrichtung einst von der „Revolution vom 9. November“ sprechen wird. Man wird sie die Revolution des Kapitalismus nennen und ihre Anfänge zumindest in die Zeit von 1914 verlegen. Der Weltkrieg wird als Revolution betrachtet werden, als Revolution des Kapitalismus, dem sein Kleid zu eng geworden ist, und der es mit Gewalt gesprengt hat. Wir müssen aber jetzt aus Ledebours Munde hören, daß es „keine“ Revolution gewesen sei. Wir werden als Kuckuck der Revolution hingestellt, die angeblich von den Früchten der Arbeit anderer Vorteile ziehen. Die Revolution ist überhaupt nicht gemacht und am wenigsten in Berlin gemacht worden, von Berlin, das nach Kiel, Hamburg und andern Orten in die Revolution eingetreten ist. Trotzdem behauptet Ledebour, er habe in Berlin die Revolution gemacht. Vielleicht hätte er sie gemacht, wenn er die Zeit nicht verschlafen hätte. (Geisterheil.) Man kann auch Revolutionen verschlafen. Allenmächtig steht fest, daß Tag für Tag wir es gewesen sind, die

der Arbeiterschaft Ziel und Richtung gegeben haben. Das geschah durch die Politik Scheidemanns, die die Politik der Partei in der parlamentarischen Regierung des Prinzen Max war. Unser Ultimatum ist es gewesen, das die Dinge der Entscheidung rasch näher gebracht hat. Wir stellten den Antrag, bis zum 8. November müsse der Rücktritt des Kaisers geschehen sein, oder die Sozialdemokratie trete aus der Regierung aus. Wir waren nachweislich zu allem bereit und zu allem entschlossen, auch zu der entscheidenden Aktion. Ich will Sie nicht langweilen mit der Verlesung eines Protokolls, das schon vom 29. August 1918 datiert ist. Aber mitteilen will ich daraus, daß es eine Sitzung des Parteivorstandes und der Vertreter der Metallarbeiterschaft zum Gegenstand hat. Die Vertreter der revolutionären Gruppen konnten danach feststellen, daß die unabhängige Parteileitung die Überzeugung vertritt habe, nur gemeinsames Wirken mit der S. P. D. verbürge die Wahrscheinlichkeit des Erfolges. (Lebhaftes Hört, hört!) Ja, ein Vertreter der Unabhängigen, der die gemeinsame Zusammenarbeit für so notwendig hielt, rief erst dann zur Aktion, wenn alle parlamentarischen Mittel erschöpft seien. Unser Parteivorstand erklärte sich sofort zum gemeinsamen Vorgehen bereit. Er machte auch keinen Gebrauch von dem Zugeständnis, daß man bereit sei, Persönlichkeiten, die bei uns als Hindernis der Einigung aufgefaßt würden, auszuscheiden. Dabei nannte man unmittelbar Ledebour, Ledebour, der sich jetzt als Machter der Revolution hinzustellen beliebt. Gerade er wird als Person aufgeführt, die glatt beseitigt werden soll, wenn wir es als Hindernis für die Zusammenarbeit betrachten. Gerade wir haben aber damals unsere Mitarbeit davon abhängig gemacht, daß alles einmütig bei der Durchführung der Revolution, bei den entscheidenden Handlungen zusammenstehen solle. Wir haben deshalb einer Kaltstellung Ledebours nicht zugestimmt. Unsere Parteiführer sind es gewesen, die zuerst in die Kavernen gegangen sind, unser Parteivorstand hat die organisatorischen Maßnahmen getroffen für einheitliches Handeln der Truppen. Scheidemanns Wirken ist der letzte Weichfuß des Kabinetts des Prinzen Max zuzuschreiben, daß die Truppen nicht schießen sollten. (Lebhaftes Hört, hört!)

Und die Revolber des Herrn Barth?! Sie hätten wahrlich nicht ausgereicht gegen die Minenwerfer und die Maschinengewehre, die damals noch völlig in Händen der bewaffneten Macht waren. Mit ihnen wäre wenig anzufangen gewesen. Als die Zeit zum Losschlagen gekommen war, als alle Mittel erschöpft waren, am Abend des 8. November, trat der Parteivorstand und ebenso die Arbeiterschaft geschlossen dafür ein, daß das gemeinsame Losschlagen am 9. November nach der Frühstückspause erfolgen sollte. Und nun soll alles mit den Revolbern gemacht sein. Die Revolution ist überhaupt nicht gemacht, sie mußte kommen, weil der bisherige Staat hohl und morsch geworden war. Die ganze Schwere der Niederlage ließ sie reifen. Für uns handelte es sich in erster Linie darum, einen Versuch zu machen, den Waffentüllstand rasch unter Dach und Fach zu bringen. Wir neigen zu der Auffassung, daß die Revolber des Herrn Barth denn doch vielleicht noch zu einem andern Zweck verwandt werden sollten, als zur Herbeiführung der Revolution. Mir liegt ein Brief Barths vor, wonach er den Waffenlieferanten Regau, der eine erhebliche Summe nicht bezahlt erhalten hat, noch am 23. November zu einem Besuch erwartete, von dem er seinen Kollegen nichts mitgeteilt hat. Unbestreitbar wurde die Bewaffnung auch noch nach der Revolution weiter fortgesetzt. Sollte das etwa noch dazu dienen, die Bewegung durchzuführen? Das war kein ehrliches Spiel. Dieses Verhalten konnte nicht zur Stärkung der Zusammenarbeit beitragen, sondern förderte ohne Zweifel alle Möglichkeiten des Gegenseinanderarbeitens. Wir haben ehrlich die Einigung gewollt,

und wir wünschen sie auch heute noch. Auch heute noch sind wir zur sofortigen Wiedervereinigung bereit, ebenso wie wir schon am 9. November die Einheit durch Bildung einer paritätischen Regierung zu fördern streben. Ueber die Köpfe unserer Führer hinweg ist die Einigung nicht nötig, denn unsere Führer wünschen nichts sehnlicher, als den Wiederausgleich aller sozialistischen Kräfte. Wir behaupten, daß die Unabhängigen die Einigkeit hintertrieben haben. Auf sie allein fällt die ganze Schuld aus dem Schaden, der daraus der deutschen Arbeitererschaft erwachsen ist. (Zwischenruf: Nur das Einigende soll betont werden!) Trag allem sind wir — das sei dem Zwischenrufer gesagt — noch heute bereit, die Einigung herbeizuführen. Sie kann aber nur geschehen auf der Grundlage der Demokratie. (Lebhafter Beifall.) Wir können in der Nacht nicht verleugnen, was wir seit Jahren gefordert haben. Der Mehrheitswille ist allein für uns ausschlaggebend, dem wollen wir uns fügen, auch wenn er gegen uns entscheidet; dafür verlangen wir aber auch, daß die andern sich beugen. (Lebhafter Beifall.) Am den 9. November stellten die Unabhängigen die kühne Unwahrheit auf, sie allein hätten die Mehrheit. Heute behaupten sie es wieder, obwohl sie mit ihrer damaligen Prophezeiung völlig daneben gehauen haben. Wir werden uns niemals gegen den festgestellten Mehrheitswillen wehren. Injertwegen kann die Einigung noch heute oder morgen geschehen. Innerhalb der Partei können alle Richtungen durchaus nebeneinander bestehen und im weitesten Umfange Kritik üben. Nur vergesse man nicht, daß die Kommunisten schon am 10. Januar den bezeichnenden Ruf ausgestoßen haben: Proletarier, behaltet eure Waffen! Das bedeutet nichts anderes, als daß die Regierung durch Waffengewalt zur Preisgabe ihrer Stellung gezwungen werden sollte, und man kann es ihr nicht verdenken, daß sie dagegen ihrerseits Machtmittel zur Anwendung zu bringen unternahm. (Lebhafter Beifall.)

Wir gesteht heute noch der vielhundertstimmige Ruf in der Wilhelmstraße in den Ohren, als in der Siegesallee Maschinengewehre aufgestellt waren und man mit bewaffneten Kastrautomobilen heran kam — der Schrei von Zehntausenden: Gebt uns Waffen, — als Zehntausende mit ihren bloßen Armen vor dem Reichslanzler-Palais standen, an dem Tage als bewaffnete Unabhängige und Spartakisten die Regierung stürzen wollten, die auf Grund des Volkswillens berufen war. Unsere Parteigenossen in der Regierung hatten kein Recht, von ihrem Posten abzutreten, weil sie als Mandatäre des Volkswillens von der übergroßen Mehrheit des Volkes berufen waren. Sie hatten nicht das Recht, von einer Minderheit, die bewaffnet war, sich verbürgen zu lassen, sondern sie hatten die Pflicht, die Mittel anzuwenden, mit denen allein die Bewegung niedergeschlagen werden konnte. Wer die Argumente der Handgranaten und Maschinengewehre in die politische Diskussion bringt, der darf sich nicht darüber wundern, daß der andere, der die stärkeren „Argumente“ hat, dieselben ebenfalls zur Anwendung bringt. In jenen Stunden wurden die Freiwilligen-Regimenter geboren, und die Tatsache, die heute beklagt wird, daß in den Freiwilligen-Regimentern Leute starken Einfluß haben, die wir am liebsten an der Stelle nicht sähen, diese Tatsache ist zurückzuführen darauf, daß dem vieltausendfachen Schrei nach Waffen nicht sofort der Eintritt der Genossen in die Volkswehr zum Schutz der Demokratie, zum Schutz der Nationalversammlung folgte, weil unsere eigenen Parteigenossen wohl danach schreien, daß die Demokratie gesichert werden sollte, die ganze Fülle der Verantwortung aber auf Scheidemann usw. legten, weil sie von denen Wunderthaten erwarteten, hoffte, daß sie die Fülle reicher Gaben über das beglückte Volk ausgießen würden, während sie nicht einmal die Mittel hatten, um sich gegen die zu wehren, die mit Maschinengewehren das ganze

Netz ausziehen wollten, wie sich Liebknecht ausdrückte. Die nichts darin fanden, wenn in Versammlungen der Spartakisten der Ruf ertönte: folgt mir nach, um das Netz auszuziehen! An die Laternen mit Scheidemann! An den Galgen mit Ebert! — die es ruhig geschehen ließen, wie Silber mit Scheidemann und Ebert, am Galgen hängend, durch die Straßen getragen wurden als stumme oder berebete Aufforderung zur demokratischen Erziehung etwa? Etwas zu der Linken, die wir bisher befolgt haben, zur Aufklärung der Geister? Nein, als Aufforderung zur nackten und brutalen Gewalt, die wir immer bekämpfen müssen, so lange wir leben. (Sehr gut!) Wir haben gegen die Erschießung Levinés protestiert, aber unsere Parteigenossen verhalten sich vielfach stumm, wenn es darauf ankommt, die demagogische Agitationsart der Unabhängigen und Kommunisten zu kennzeichnen. Wir verurteilen die Taten der Militaristen von heute, aber wir erinnern auch daran, daß wir eine reichliche Gegenrechnung aufzumachen haben. Man schweigt bei uns davon, daß die Spartakisten und unabhängigen Parteigänger es gewessen sind, die unten in Bayern die Nationalversammlung sprengten, die unsere Genossen Auer und andere niederhalten. Ich erinnere weiter an das schreckliche Verbrechen an dem Kriegsminister Genung Keuring, der mit vollem warmen Herzen für alle die Forderungen derselben war, die ihn als Untergebene schutzlos gelassen waren. Diese Verbrechen wiegen tausendfach all das auf, was von anderer Seite verübt worden ist. Wir billigen nicht, wir klagen an da, wo anzulagen ist. Uns sind unerklärlich die Vorgänge, die zur Flucht des Leutnants Vogel führen konnten. Wir müssen aber dafür sorgen, daß eine Truppe besteht, die die Demokratie zu sichern imstande ist, und da unsere Parteigenossen dem Rufe nicht folgten, so mußte die Regierung die Hilfe daher nehmen, woher sie sie bekam. Hätten wir jene Hilfe nicht bekommen, dann lände es heute anders um uns. Ebenso notwendig wie für den inneren Schutz waren ja die Freiwilligen für den Grenzschutz, wenn wir nicht Westpreußen und Oberschlesien schon längst so wie Polen an die Fremden hätten verlieren sollen.

Die Auflösung der Freiwilligenverbände hätte ja den sofortigen Sturz der Regierung zur Folge gehabt. Sie hätte das ganze Volk dem Einfluß bewaffneter Haufen ausgeliefert. (Sehr richtig!) Bei jenen Männern bestand der feste Wille, mit bewaffneter Gewalt zur Herrschaft zu gelangen. Ich erinnere nur an das bayerische Beispiel. Ich habe wiederholt mit bayerischen Parteigenossen darüber Rücksprache genommen. Dort unten bestand der feste Wille, unter Verzicht auf jede bewaffnete Gewalt zu regieren. Sie wissen, wie das geendet hat: mit dem tragischen Karnevalssturz der Rätereublik in München. (Sehr gut!) Die dann in den letzten Stunden zusammengerufenen bayerischen Freiwilligen haben in München so abscheuliche und so wüste Verbrechen vollbracht, daß unsere Parteigenossen sich dagegen mit Empörung erhoben haben. Im allgemeinen aber haben wir unsere bayerischen Parteigenossen erklärt, daß im Gegensatz zu den neugebildeten bayerischen Freiwilligen die zur Hilfe gerufenen freiwilligen Reichswehrtruppen sich vollständig einwandfrei und korrekt benommen haben. (Hört, hört!) Daraus ergeben Sie, daß im Augenblick der Gefahr zusammengeholt und schnell gefasste Truppenverbände nicht in der Lage sind, Disziplin und Ordnung zu halten, daß es vielmehr einiger Zeit bedarf, um die ungeeigneten, die gewalttätigen und blutdürstigen Elemente, die unter solchen Truppen sich in Führerschaft und Mannschaft immer zeigen werden, aus dem Freiwilligenkorps zu entfernen. Auch die sog. rote Garde (Heiterkeit) hat mancherlei Schandtaten früher und in jüngerer Zeit verübt, die niemand strenger verurteilt als wir, aber wir wissen, daß diese Verurteilung nicht nur durch uns erfolgt, sondern daß auch die Regierung selbst diese Taten verurteilt, schon deshalb, weil sie ja der Regierung

selbst am allermeisten Schaden. (Sehr wahr!) Ob immer energisch und geschäftig genug eingegriffen ist, das werden Sie zu untersuchen haben. Das eine aber können Sie als richtig hinnehmen: Wir vom Parteivorstand haben es an Mahnungen nicht fehlen lassen, wir haben die Ueberzeugung gewonnen, daß unsere Mahnungen bei der Regierung ihre Wirkung nicht verfehlt haben. Die Regierung ist der gleichen Anschauung wie wir, daß den Ausschreitungen der Reichswehrtruppen vorgebeugt werden muß. Die Forderungen, die auf eine andere Formation der Reichswehrtruppen hindeuten, sind für uns nicht erfüllbar. Es ist auch gefordert worden, daß auf Grund unseres Programms wir die Verpflichtung haben sollen, die allgemeine Volkswehr zur Einführung zu bringen. Die Dinge sind härter und stärker als wir. Die Entente wird uns vorschreiben, wie wir unser Heer in Zukunft aufzustellen haben, und die Tatsache, daß England die allgemeine Wehrpflicht um jeden Preis los werden will, wird dazu führen, daß wir trotz der unerträglichen Kosten, die es mit sich bringt, ein Söldnerheer werden anschaffen müssen, und daß England nicht zur Abrüstung seiner Marine kommt, sondern als stärkste Seemacht auch weiterhin besteht. Aber Noske kann sich auf einen anderen berufen, dem es nicht besser geht. Das große Vorbild der Kommunisten ist ja die Sowjetrepublik. Unausgesehen wird zum Bündnis mit Rußland aufgefordert. Dort aber ist die einzige positive Leistung die Bildung der Roten Armee, und die Rote Armee hat all das, wovon unsere Soldatenräte geträumt haben, wieder abgeschafft. Trotzki hat aus ihr die Soldatenräte entfernt, eine eiserne Disziplin herrscht dort, eine Kommandogewalt, ganz nach zaristischem Muster. Die alten Offiziere der Jarenregimenter herrschen genau so wie früher. Trotzki ist eben der Noske Rußlands. Und wundern tut es uns nicht, wenn wir erfahren, daß die zuverlässigsten Truppen der Roten Armee angeworbene chinesische Söldner sind, die den Gedanken des Sozialismus, der im Bolschewismus seine fieshafte Auserziehung feiern soll, dem russischen Volke näher bringen. Parteigenossen, ohne Waffengewalt ist eine Regierung undenkbar, und wenn eine Regierung der Unabhängigen die gegenwärtige ablösen würde, so würde sie auch dazu übergehen müssen, sich den nötigen Schutz zu verschaffen. Die sogenannte rein sozialistische Regierung würde dann zu den merkwürdigsten Erscheinungen führen. Die Kommunisten würden sofort die Forderung der Aufhebung der Freiwilligenverbände stellen, und das würde à tempo die Gefahr nach sich ziehen, daß die Truppenteile, die sich noch in den Händen der Offiziere befinden, in der Tat zu der Gefahr werden könnten, die wir nicht verkennen und gegen die wir uns nur wehren können, wenn wir uns auf die Kraft der gesamten Arbeiterschaft stützen können. Die Gefahr einer militärischen Konterrevolution würde durch ein derartiges Vorgehen geradezu provoziert werden. Aber vorausgesetzt, es gelänge den Unabhängigen, in der Macht zu bleiben und eine Rote Armee zu schaffen, so wäre doch die Folge, daß die Kommunisten ihre Agitation in den Heeresverbänden zur Fortsetzung brächten, denn die Kommunisten machen ja kein Hehl daraus, daß die Unabhängigen nichts anderes sind als ein Abfallprodukt aus Zerstückelungen der alten großen sozialdemokratischen Partei. Liebnecht hat ja auf dem Gründungstage der Kommunisten ausdrücklich gesagt, daß die Unabhängigen heute schon fast tot seien, und daß der Austritt der Unabhängigen aus dem Kabinett von damals nichts anderes darstelle als den Versuch, einen halbverwesten Körper noch einmal zu beleben. Ein Gebot der Reinlichkeit sei es, sich von ihnen zu scheiden.

Die spartalistische Frankfurter „Freiheit“ bekämpft die Unabhängigen ebenfalls als Arbeiterverderber, als Scheinsozialisten. Es würde also sofort dazu kommen, daß die Unabhängigen von den Kommunisten durch die Rote Garde bekämpft würden, die sie sich zu ihrem Schutz gebildet hätten. —

Die großen Fragen der wirtschaftlichen Erneuerung können erst in Angriff genommen werden, wenn wir Frieden haben. Erst dann kann die Regierung zeigen, was sie zur Verwirklichung der Demokratie und des Sozialismus in unserem ganzen öffentlichen Leben zu erreichen vermag. Die großen Fragen, die für den Aufbau des Wirtschaftslebens gestellt worden sind, werden dann unbarmherzig zur grundsätzlichen Entscheidung kommen. Deutschland kann sich nicht anders als mit Hilfe einer planmäßig geordneten Wirtschaft wieder erholen. Zum Beweise führe ich nur an, daß das deutsche Volk zur Aufrechterhaltung seines Wirtschaftskörpers notwendig des ausländischen Kredits bedarf. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß das Deutsche Reich ausreichenden Kredit vom Ausland erhält, ebenso unmöglich aber auch, daß der deutsche Einzelunternehmer diesen Kredit bekommt. Es ist eine Illusion, wenn man glaubt, daß wir mit Hilfe privaten Kredits unsere Wirtschaft wieder gesund machen können. Ich bekenne mich ganz offen zu den Plänen, die Wiffell in seiner Vorlage angedeutet hat, wenn sie auch in manchen Punkten der Forderung bedürftig sein mögen. Diese planmäßig zusammengefaßten Selbstverwaltungskörper der Industrie unter sorgfältiger Reichskontrolle werden sich den unentbehrlichen Kredit aus dem Ausland verschaffen können und werden auch vielleicht den Uebergang zur Sozialisierung bilden können, denn die Sozialisierung, darüber ist die ganze Partei sich einig, ist unerlässlich zur Wiederinstandsetzung des deutschen Wirtschaftslebens. Aber all das können wir erst, wenn wir Frieden haben. Dieser Friede, den uns die Entente geben will, wird am besten charakterisiert durch den Maßlautruf der Unabhängigen, in dem es heißt: „Durch diesen Frieden wird das deutsche Wirtschaftsleben ruiniert, das deutsche Proletariat verflaut und der Keim zu neuen künftigen Kriegen gelegt.“ Trotzdem verlangen die Unabhängigen, daß die deutschen Sozialdemokraten, die in der Regierung sitzen, ihren Namen unter einen solchen Frieden setzen. Ja, sie haben noch bevor der Wortlaut des Friedensvertrages bekannt war, schon zwei Tage bevor die erste Uebersetzung in die Hände der Abgeordneten kam, in großen Lettern in der „Freiheit“ verkündet: „Wir müssen unterschreiben“. Freilich haben sie kurz hinterher erklärt: „Wir unterschreiben nicht, die gegenwärtige Regierung muß unterschreiben.“ Als wir uns bereit erklärten, ihnen das Feld zu räumen, wenn sie überzeugt seien, der Friede müsse unterschrieben werden, wehrten sie mit beiden Händen ab und erklärten: „Weileibe nicht, wir werden uns hüten, wir sehen uns sonst der Gefahr aus, daß wir von der nationalistic erregten Volkswut am nächsten Tage davon gejagt würden.“ Also, man erkennt klar, daß die Unterschrift unter diesen Vertrag in der Form, wie er uns vorgelegt worden ist, eine Unmöglichkeit ist. Im Preussischen Landtag hat ja aber Adolf Hoffmann es fertig bekommen, sich in einer kurzen Erklärung diametral zu widersprechen. Zuerst sagte er, die Regierung muß besettigt werden, sie ist schuld an diesem Friedensvertrag, und gleich darauf sagt er, die Regierung muß bleiben und muß den Vertrag unterschreiben. Die Forderung, den Frieden zu unterschreiben, schon bevor die Verhandlungen überhaupt begonnen hatten, sollte vor allem in keinen Arbeiterkopf hinein. Ich habe jahrelang an der Spitze einer Gewerkschaft gestanden, habe jahrelang den direkten Klassenkampf mitgemacht, das Ringen der Arbeiter mit den Unternehmern drust, aber damals hatten die Arbeiter soviel Taktik, daß sie zu Verhandlungen gingen und wenn der Unternehmer mit einem ungenügenden Angebot kam, ihm das Unannehmbar ins Gesicht schleuderten. Ein Arbeiterführer aber, der sich am Tage vor der Verhandlung mit den Unternehmern in öffentlicher Versammlung, wie die Unabhängigen jetzt vor aller Welt, hingestellt und gesagt hätte: „Kollegen, wir gehen morgen zu Verhandlungen, wir fordern das und das, aber wenn die

Unternehmer uns gar nichts geben, dann nehmen wir auch die Arbeit wieder auf", der wäre am gleichen Tage weggejagt worden, (Sehr richtig!) ein Schrei der Empörung würde durch die ganze Versammlung gehen und man würde mit Recht sagen: „Wenn Du Schafstopf das hier vor den Unternehmern sagst, dann werden sie uns bestimmt keine Zugeständnisse machen“. (Sehr richtig!) Diesen Erfahrungssatz, tausendfach erprobt im Klassenkampf, von allen Arbeitern tausendfach miterlebt, diese Grundsätze haben die Unabhängigen mit Füßen getreten. Sie erschweren unsere Friedensverhandlungen dadurch, daß sie von vornherein sagen, wir müssen unterschreiben. Die Unabhängigen behaupten, daß wir Mehrheitssozialisten den Kampf der Sozialisten und wenigen Pazifisten in den Ententeländern nicht genügend würdigen. — Ich kann mir aber keine schwerere Schädigung der Aktion unserer Parteigenossen in Frankreich und England denken, als die Spaltung der Unabhängigen. (Sehr wahr!) die es fertig bekommen, die Spalten der ganzen ausländischen Presse der Ententestaaten mit ihren Erörterungen und Artikeln zu füllen. (Sehr richtig!) Immer wieder wird im Ausland darauf hingewiesen: die Unabhängigen sagen das, und sie behaupten, sie haben die Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich, unter diesem Druck wird die deutsche Regierung sich schon beugen, macht den Deutschen nur nicht zu schnell Zugeständnisse. Man läßt die Aktionskraft unserer Delegierten in Versailles und der Pazifisten und Sozialisten in den Ententeländern und bricht der Friedensarbeit in jenen Ländern geradezu das Genick. Das ist keine grundsätzliche Politik, das ist Opposition um der Opposition willen. (Sehr wahr!) Hätten wir erklärt, wir müssen unterschreiben, hätten sicher die Unabhängigen gesagt, wir dürfen nicht unterschreiben. (Sehr richtig!) Sie sagen grundsätzlich nein, wenn wir ja sagen, das erfüllt ihre Politik. Da haben die Spartakisten doch schon mehr Grundsätze. Fast alle spartakistischen Organe erklären die Unterschrift unter diesen Frieden der Erpressung für eine Unmöglichkeit für jeden, der es wohl meint mit den Interessen der deutschen Arbeiter. Also auch hier Unabhängige und Spartakisten in schreiendem Gegensatz! Doch wo sind die Grenzlinien zwischen beiden?

Ich will bei dieser Gelegenheit noch kurz auf die Frage der Internationale eingehen. Wir deutschen Sozialisten haben die Pflicht als Mitglied der Internationale so ernst genommen, behaupte ich, wie die Sozialisten irgendeines anderen Landes. Wir deutsche Sozialisten haben nicht nur mit Resolutionen, sondern auch mit Taten unsere internationale Ueberzeugung zum Ausdruck gebracht. (Sehr richtig!) Wir haben während des ganzen Krieges uns bemüht, die zerrissenen Fäden wiederum zu knüpfen. Ich weiß, daß manche Genossen sehr skeptisch über die Hilfe, die uns von der Internationale kommen kann, denken. Ich gebe zu, der Schein spricht in manchen Dingen stark für diese Auffassung. Wir haben es während des Krieges erlebt, daß wir Deutsche recht wenig Freunde draußen in der Welt hatten, der Feinde um so mehr. Die Tatsache, daß so wichtige zu uns hielten, kann uns aber nicht davon abhalten, das Lösungswort unserer Meister zu betätigen, das Lösungswort, unter dem wir Arbeiter uns sammeln: Proletariat aller Länder vereinigt Euch! Dies Wort war uns Programm und Leitmotiv, und ich behaupte, dies Wort wird und muß uns Programm und Leitmotiv bleiben, denn wir hörten auf Sozialisten zu sein, wollten wir uns von ihm entfernen. (Sehr wahr!) Ich erkläre für meine Person, daß ich dem Gedanken der Internationale anhängig mit der ganzen Inbrunst und der Liebe eines Gläubigen. Der Gedanke der internationalen Menschheitsüberbrüderung ist für mich, und ich glaube, für jeden Sozialisten das gewesen, was uns über den Tageskampf hinaushebt, den auch andere Parteien zu führen vermögen. Die Lehre, die die Liebe als allumfassend gestalten will, die aus dem Christentum den Grundsatz: Liebe

Denen Mächten wie Du selbst, herauskält, den Gedanken der Zusammenführung aller, die geknechtet und beladen sind, zu gemeinsamer Arbeit an der Befreiung von den Fesseln des Kapitalismus. Das ist ein so großer und erhebener Gedanke, daß jede Kritik vor ihm ersterben muß. Wir haben diesen Gedanken betätigt vor dem Kriege und während des Krieges und werden jede Gelegenheit benutzen, um unser Bekenntnis dazu zum Ausdruck zu bringen. Freilich — darüber haben wir keinen Zweifel gelassen und das ist ja nur natürlich: Die Flamme unserer Liebe zur Menschheit entzündet sich zuerst an der Liebe zu unserm eigenen Volke. (Lebhafter Beifall.) Da wir unser eigenes Volk jetzt unglücklich und geschlagen sehen, kann unsere Liebe zu ihm nur wachsen gegenüber der Zeit, wo wir es im Glück und stark sahen, so wie eine Mutter ihr krankes unglückliches Kind mit viel heißerer Liebe umfängt, wie das starke wohlgeratene gesunde Kind. (Lebhafter Beifall.) Wir stehen zu unserm Volke und zu unserm Lande bis zum letzten, wir wollen unserm Lande dienen im Rahmen der Internationale, und wir wissen, daß wir unsere nationalen Eigenarten und Interessen in der Internationale vertreten können. Wir haben mit den Parteigenossen der andern Länder heftige Kämpfe durchzuführen gehabt, als wir in Bern zum ersten Male mit ihnen zusammenkamen, die sich drehten um die Schuldfrage am Kriege. Thomas forderte, daß wir Deutsche aus dem internationalen Kongreß gedrängt und ausgeschlossen werden sollten, als die Mitschuldigen am Kriege. Wir wollen die Schuld am Kriege festgestellt haben auf Grund der Oeffnung der Archive aller Welt. Wir haben die Ueberzeugung, daß ein vollgründelt Maß von Schuld auf den Schultern der alten Gewaltthaber in Deutschland liegt, und nichts soll jene vor ihrem Richter bewahren. Aber niemand wird mir die Ueberzeugung beibringen, daß Deutschland allein der Sündenbock ist, der das Unheil über die Welt gebracht, und daß der Zar ein blütenweißes Unschuldskämmlein ist, daß die russischen Intrigen, die im Suchomlinow-Prozeß bekanntgemacht sind, nie gespielt haben. Niemals werde ich mich dazu bekennen, daß die französischen Rebangeheben keinen Teil an diesem Kriege haben. (Sehr wahr!) Ich erinnere nur daran, daß Jaurès der französischen Regierung den Rat schlug gab, den schärfsten Druck auf Rußland auszuüben, weil sonst Rußland Frankreich in den Krieg hineinziehen würde. Schon Marx und Engels haben mit prophetischem Blick die Entwicklung gesehen, daß aus den Folgen des Krieges von 1870/71 heraus das russisch-französische Bündnis geboren werde, das uns diese Katastrophe gebracht hat. Wir Deutsche wollen nicht für eine Politik, die vor 50 Jahren gemacht worden ist, jetzt in Sad und Asche ruhe tun. Nein, auch auf dem internationalen Gebiet erwirbt sich Achtung nicht der, der sich duckt, und der unterwürdig im abgötterauen Hüterhemd dasteht. Kein Franzose, kein Engländer hätte je anerkannt, daß die Schuld allein bei seinem Volke läge, in der Hoffnung, dadurch bessere Friedensbedingungen zu erhalten. (Sehr wahr!) So stark ist der Nationalstolz in jenen Völkern entwickelt, der Nationalstolz, der die Gefahr des Chauvinismus in sich birgt und doch etwas Großes und Gewaltiges ist. Wir Deutschen müssen lernen, deutsch zu fühlen, und wir können das lernen von Franzosen und Engländern und andern Nationen. (Lebhafter Beifall.) Ich denke daran, wie sehr doch die Unabhängigen irrten in der Schuldfragekommission, wo einige Tage hart gekämpft wurde. Ich sehe noch Eisner, dessen tragisches Geschick auch wir alle bedauern, vor mir, als ich mich wehrte, die Schuldfrage anzuerkennen in der Resolution, die dann zur Annahme gelangte, wie er sagte, ich sollte mich doch nicht täuschen: ein harter Waffenstillstand wäre längst noch kein harter Friede; der Friede würde günstiger als wir ahnen, der harte Waffenstillstand sei nur eine Prellion, wir sollten das Beste hoffen. Eisner, der daran glaubte, hat unrecht behalten.

wir Bestimmten haben recht behalten. Eisner erklärte, ihm sei mitgeteilt worden, Clemenceau habe gesagt: Ich freue mich, daß Scheidemann zu der Friedenskonferenz geht und nicht der bayerische Ministerpräsident, denn dem gegenüber hätte ich einen viel schwereren Stand.“ Eisner Schwärmer, der glaubte, daß Clemenceau, der Mann von Blut und Eisen dieses Jahrs hundert, der Mann, gegen den Bismarck ein schwächerer Stümper war, sich dadurch beeinflussen lassen würde, ob der Mann der zur Unterhandlung käme, Eisner hieße oder Scheidemann. (Zuruf: Siehe Oesterreich!) Wir danken es der Internationale, daß sie weit von sich geliefen hat die Ansichten, die jetzt im Friedensvertrag zum Ausdruck gekommen sind. Einmütig waren wir in Bern schon, daß die Ansprüche auf das Saarrevier, auf das linksrheinische Ufer, auf Posen, Westpreußen, Oberschlesien aufs schärfste zurückgewiesen werden müßten. Die Frage von Elsaß-Lothringen schied aus. Aber einig waren wir, daß auch da das Recht der freien Abstimmung des elsass-lothringischen Volkes gegeben werden solle, nach welcher Seite es sich orientieren wolle. Wir danken der Internationale, daß sie auf dem Kongreß in Amsterdam, auf dem Müller und ich nicht erscheinen konnten durch ein bis heute noch nicht aufgelöstes Verhängnis, daß uns die Pässe nicht rechtzeitig erreichen ließ, trotzdem die Resolutionen in der territorialen Frage zur Annahme gebracht hat, die wir schon in Bern überreicht haben und die ihre Ergänzung entsprechend der Entwicklung erfahren hatten.

Ich hoffe, daß der Kampf, der in diesen Ländern geführt wird, von Erfolg sein wird. Ich hoffe auf ihn, nicht weil ich glaube, daß er uns in der gegenwärtigen Situation eine Erleichterung bringen wird. Ich gehöre nicht zu den Gläubigen der Weltrevolution, die binnen kurzem den Friedensvertrag zerreißen werde. Ich sehe nicht die kommende Weltrevolution, sondern ich sehe, daß wir in ihr sind und sehe in dieser Revolution den Kampf des Imperialismus um Tod und Leben, von dem wir nicht wissen, wie er ausläuft und welche Entwicklung dem Imperialismus noch vorbehalten ist. Ich weiß nicht, ob die heutige Gesellschaftsordnung bereits auf dem Stadium angelangt ist, auf dem eine restlose Durchführung des Sozialismus möglich ist. Ich habe die Ueberzeugung, daß wir gewissermaßen in Deutschland mit Handschellen sozialisieren, mit Ketten am Bein, weil wir umgeben sind von einem Kranz von Ländern, in denen der Imperialismus mächtiger als jemals sein Haupt erhebt. (Sehr richtig!) All diese Fragen sind von uns zu prüfen, aber nicht endgültig zu entscheiden; denn wer sie entscheiden wollte, würde als Prophet auftreten müssen, und wohl niemals sind Propheten stärker Bügen gestraft worden, als in der jetzigen Zeit. (Sehr wahr!)

Der deutschen Sozialdemokratie ist seit dem 9. November die undankbare Aufgabe zugefallen, die jemals einer Partei zugefallen ist. Wir haben uns nicht nur auf ein Krümmersfeld gestellt, sondern wir haben die Macht in Deutschland zu einer Zeit antreten müssen, in der noch jede Möglichkeit fehlte, mit den Aufräumungsarbeiten und dem allmählichen Aufbau wieder zu beginnen. Das alles kann erst gelöst werden, wenn ein Friede erreicht ist, der nicht völlig unerträglich ist. Gleichviel wer regiert, er könnte nichts gegen die ungeheure Not tun, unter der wir gegenwärtig leiden. Die Partei hat ihr Bestes getan und wird ihre ganze Kraft einsetzen, um das Vertrauen, das ihr vom Lande entgegengebracht worden ist, zu rechtfertigen. Aber die Partei kann nicht zaubern und hegen, ihr wächst kein Kornfeld auf der flachen Hand. Lieben Sie jetzt Kritik an unsern Handlungen, weisen Sie uns aber vor allem dabei bessere Wege! Mit Kritik um der Kritik willen ist nichts getan. (Sehr richtig!) Lassen Sie bei der Aussprache nicht vermissen, das was die Partei jetzt am allernotwendigsten braucht: Tatsachenerkenntnis, Wirklichkeitsgefühl und

das notwendige Verantwortlichkeitsgefühl! Die Unabhängigen schließen jetzt häufig ihre Versammlungen mit dem Ruf: Die Entwicklung geht nach links. Ich schließe meine Ausführungen, indem ich sage: Unser Weg geht nicht nach rechts, er geht nicht nach links, unser Weg geht geradeaus durch die Demokratie zum Sozialismus, der Wohlgehen, Freiheit und Glück für alle verbürgt. (Stürmischer Beifall.)

Die weiteren Verhandlungen werden auf Mittwoch 9 Uhr vertagt.

Schluß 8½ Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 11. Juni 1919. — Vormittags-Sitzung.

Vorsitzender Löhbe eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 5 Minuten. Es sind eine Reihe Begrüßungstelegramme eingelaufen, die ich nicht alle zur Besetzung bringen möchte. Ich hebe nur hervor, daß wir von dem Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-Oesterreichs folgendes Begrüßungstelegramm erhielten: „Besten Dank für Einladung. Sind leider verhindert. Wünschen besten Erfolg. Parteivorstand Sozialdemokratie Deutsch-Oesterreichs. Staret“. (Beifall.) — Die Diener des Reichstages werden jetzt die Mandate einziehen. Die Teilnehmer mögen einen Zettel mit Namen und der Eigenschaft, in der sie hier sind, versehen. Danach werden Legitimationen angefertigt, die von morgen ab allein zum Betreten des Saales berechtigen. Wir mußten noch acht Mitglieder im ersten Rang unterbringen, haben aber den Eindruck, daß im Saal noch Plätze frei sind. (Wird durch Zuruf bestätigt.) Ich bitte die acht Delegierten im ersten Rang, sich in den Saal zu begeben. Nach unserer Tagesordnung stehen noch die Berichte der Genossen Partels, Heinrich Schulz, Brühne und Adolf Schulz aus. Die Redner haben sich aber bereit erklärt, nur die Hälfte der ihnen geschäftsordnungsmäßig zustehenden Redezeit zu benutzen. (Lebhafter Beifall.) Können wir, daß sie sich daran halten.

Das Wort hat nunmehr zum

Bericht über die Parteikasse

Partels: Die schwere Krise, welche die Partei während des Krieges durchlebte, ist besonders bei der Kassenverwaltung und der Organisation sichtbar gewesen. Zur Zeit des Würzburger Parteitages hatten wir unseren tiefsten Stand in der Mitgliederzahl erreicht. Damals lastete die Wirkung des Krieges schwer auf uns, so nur ist es zu erklären, daß unsere Mitgliederzahl damals unter 300 000 herab sank. Der größte Teil der männlichen Mitglieder, etwa 75 Prozent, war zum Heere eingezogen. Darunter waren zahlreiche unserer rührigsten und tüchtigsten Agitatoren und Organisatoren. Die Stimmung der Zurückgebliebenen war gedrückt, ihr Eifer und ihre Opferfreudigkeit waren gelähmt. Dazu kamen noch die Wirkungen der Spaltung. Die vorausgegangenen Streitigkeiten haben nicht werdend bewirkt, sondern manchen noch abgehoßen. Das alles zusammen bewirkte, daß wir 1917 nur ein Fünftel der männlichen Mitglieder des letzten Jahres vor dem Kriege hatten, und auch die weibliche Mitgliederziffer um die Hälfte kleiner war.

Nur langsam gelang es uns im darauffolgenden Jahre, eine Besserung zu erzielen. Eine völlige Veränderung der Verhältnisse trat mit der Revolution 1919.

volution und der Demobilisierung ein. In einem nicht bezweifelbaren Maße erfolgten die Eintritte in die Partei. Bisher politisch völlig indifferenten Kreise kamen zum Erwachen. Kräfte wurden frei, denen es vorher nicht möglich war, sich politisch zu betätigen, wenigstens nicht in einem der früheren Regierung genehmen Sinne. In den entscheidenden Novemberwochen zeigten unsere Verwaltungseinrichtungen kaum aus, um den ungeheuren Ansturm zu bewältigen. Er verstärkte sich durch den Wiedereintritt der Heeresdienstklassen; auch die Verärgerten lehrten vielfach zurück. Die Mitgliederzahlen der Parteiorganisationen, die Sie als Druckfahne erhalten haben, geben leider über das Anwachsen keinen vollständigen Aufschluß. Einige Bezirke fehlen, und aus den Bezirken, die berichtet haben, fehlen wieder einige Kreise. Das ist ein Uebelstand aus der Kriegszeit, der hoffentlich recht bald behoben sein wird. Zum Teil ist das Ausbleiben der Berichte erklärlich; so ist es verständlich, wenn besetzte Gebiete, wie Posen, mit ihren Berichten ausgeblieben sind. Weiter oben sind auch Berichte aus Bezirken unvollständig, für die solche Erklärungsgründe nicht geltend gemacht werden können. Abgesehen von Absatzstörungen, was zurzeit durch die Besetzung und leider auch wohl dauernd von uns abgeschlossen ist, haben 83 Kreise nicht berichtet. Ohne diese beträgt die Mitgliederzahl unserer Partei 1 012 299 gegen 249 411 im Vorjahre. Für die Beurteilung dieses Zuwachses muß beachtet werden, daß auch die vorjährigen Berichte nicht vollständig waren. Der Zuwachs beträgt gegenüber dem Vorjahre 306 Prozent. Das ist selbstverständlich eine anomale Ziffer, die zu Vergleichen nicht geeignet ist. Mit den fehlenden Kreisen und den unvollständig vorliegenden Berichten ist der Stand des Jahres 1914 ungefähr wieder erreicht. Wenn man aber den Zuwachs und den gegenwärtigen Bestand in den einzelnen Bezirken miteinander vergleicht, gewinnt man ein völlig verschiedenes Bild. In den Bezirken, wo die Unabhängigen und Kommunisten über den größten Anhang verfügen, und wo bei der Spaltung die Parteiorganisationen so gut wie vollständig zu ihnen übergegangen sind, bleiben wir trotz des starken Wachstums noch wesentlich hinter 1914 zurück. Ich verweise auf Groß-Berlin, wo wir 1914 121 000 Mitglieder zählten, während wir heute mit über 50 000 Mitgliedern noch nicht einmal die Hälfte des damaligen Bestandes wieder erreicht haben. Ferner verweise ich auf Halle, Erfurt, Braunschweig, Leipzig und ähnliche Bezirke.

In einigen anderen Bezirken dagegen, darunter auch solchen Gebieten mit überwiegend ländlicher und kleinstädtlicher Bevölkerung, hat dagegen die Mitgliederbewegung einen geradezu glänzenden Aufschwung genommen. (Hört, hört!)

Ich verweise auf den Bezirk Ostpreußen, in dem wir eine Mitgliederzahl von 52 581 am 31. März 1919 hatten, gegen 10 488 im letzten Jahre vor dem Kriege. Ähnliche Zahlen haben wir auch aus Pommern zu verzeichnen und aus verschiedenen anderen Bezirken. Eine erfreuliche Steigerung hat auch die Zahl der weiblichen Mitglieder erfahren. Sie stieg von 70 695 im Vorjahre auf 206 854 in diesem Jahre, was eine Steigerung von 192 Prozent bedeutet. Das ist die größte Zahl an organisierten Genossinnen, die wir je gehabt haben. Im Jahre 1914 betrug die Zahl der organisierten Genossinnen 174 754. Der letzte Friedensstand ist also heute um etwa 32 000 überschritten. Das ist besonders deshalb erfreulich, weil heute, wo die politische Gleichberechtigung durchgeführt ist, die Zahl der weiblichen Mitglieder wesentlich anders in Betracht zu ziehen ist als früher.

Das Anschwellen der Organisation legt der Partei besondere Verpflichtungen auf für den weiteren Ausbau unserer Parteiorganisation. Die alten Agitationsmethoden und die alten Organisationsrichtungen reichen heute nicht mehr aus. Man muß diese den neuen Verhältnissen entsprechend umformen und ausbauen. Es genügt nicht mehr, wie es früher der Fall war und auch heute noch vereinzelt anzutreffen ist, daß alle vier Wochen ein Jahlabend und alle Vierteljahr eine Mitgliederversammlung abgehalten wird. Es muß mehr auf dem Gebiete der Aufklärung und des Zusammenhalts der Mitglieder geschehen. In dieser Zeit politischer Gärung, wo ein neues Problem das andere jagt, da dürfen wir es nicht fehlen lassen an der gründlichsten und unermüdblichsten Aufklärungsarbeit bei den neu gewonnenen Mitgliedern. Nur so wird es möglich sein, die neuen Anhänger an die Partei zu fesseln, nur so wird man verhindern, daß sie aller möglichen demagogischen Gegenströmungen unterliegen. Die neuen Mitglieder sind zum großen Teil mit großen Hoffnungen und weitgehendsten Erwartungen zu uns gekommen. Manche von diesen Hoffnungen werden in dieser Zeit des Nieherbruchs unrealisierbar sein. Darüber müssen unsere Anhänger aufgeklärt werden. Was aber von diesen Wünschen und Hoffnungen erstrebenswert und durchführbar ist, das werden und müssen wir mit Hilfe unserer Organisation durchzusetzen versuchen. Wir würden unsere neuen Anhänger enttäuschen, wenn wir nicht mit ganzer Kraft in diesem Sinne wirken würden.

Ueber die Grenzen des Durchführbaren gehen aber in unserer bewegten Zeit die Meinungen natürlich oft auseinander; nicht weniger auch über die Taten und Unterlassungen der von uns gestifteten Regierung. Dagegen bedarf es einer unausgesetzten Aufklärungsarbeit, wenn wir nicht zulassen wollen, daß ein Abfall größerer Teile unseres Zuwachses eintritt. Die unabhängige Presse liebt es bekanntlich in letzter Zeit, davon zu reden, daß eine Massenflucht aus unserer Partei eingetreten habe. Das ist natürlich ein Agitationsstreich. Es ist richtig, daß bei der herrschenden Gärung und bei dem Zug nach links, der nun einmal vorhanden ist, manche von unseren neuen Anhängern abgefallen sind und zum Teil auch zu den Unabhängigen übergetreten sind. Das ist aber eine Erscheinung, wie sie die unabhängige Partei genau ebenso zu verzeichnen hat. Denn in demselben Grade gehen deren Mitglieder nach links zu den Kommunisten. Um Massen handelt es sich aber bei uns durchaus nicht. Das möchte ich ausdrücklich feststellen. Es ist uns von verschiedenen Seiten berichtet worden, daß diese Abgänge durch neue Beitritte ausgeglichen sind.

Hemmend für den Ausbau unserer Organisation ist gegenwärtig, daß viele unserer Organisatoren und Agitatoren durch Mandate und Regierungsämter ihrem bisherigen Wirkungskreis ganz oder teilweise entzogen sind. Bei der gegenwärtigen Stellung unserer Partei ist dies unvermeidlich. Unsere Aufgabe wird es sein, für Ersatz zu sorgen. Es ist erklärlich, daß unter diesen Umständen das Verlangen nach Anstellung neuer Sekretäre stark ist. Wo die Berechtigung dazu vorhanden ist, ist dies geschehen, meistens mit finanzieller Beihilfe des Parteivorstandes.

Damit allein aber ist es nicht getan. Wir müssen unsere neuen Mitglieder erziehen zur Mitarbeit und zu der Opferwilligkeit, die früher in unseren Reihen so stark war und die die Partei groß und unüberwindlich gemacht hat. Daran fehlt es heute vielfach, und da muß der Bedarf zur Besserung angeleitet werden.

Ueber unsere gewaltigen Wahlerfolge ist in dem schriftlichen Bericht des Vorbesitzes gesagt. Ich will nur erwähnen, daß neben den Wählern

im Reich und in den einzelnen Freistaaten besonders groß unsere Erfolge bei den Kommunalwahlen waren. Ich muß allerdings auch da leider konstatieren, daß wir ausreichende Berichte nur aus 147 Kreisen, also etwa der Hälfte der in Betracht kommenden Kreise, bekommen haben. Aber trotz dieser mangelhaften Berichterstattung läßt sich feststellen, daß die Zahl der Mandate, die wir jetzt in den kommunalen Körperschaften haben, eine ganz gewaltige Steigerung erfahren hat. Wir hatten im Jahre 1914 in 523 Städten 2821 Stadtverordnete. Jetzt sind in den 147 Kreisen, die berichtet haben, in 945 Städten 7272 Stadtverordnete vorhanden. Bei den Landgemeinden liegt es so, daß wir 1914 in 3082 Gemeinden 9059 Gemeindevertreter hatten; jetzt sind diese Ziffern: 4528 Gemeinden mit 18 569 Vertretern. Magistratsmitglieder hatten wir 1914 in 60 Städten 154, jetzt in 212 Städten 448. Ich erwähne, daß das ein unvollständiger Bericht ist, und daß nur die Hälfte der Kreise berichtet haben. Aber er gibt von der Steigerung unserer kommunalen Mandate einen ungefähren Anhalt. Wir haben vielfach jetzt in den Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen die Mehrheit der Mandate. Es ist selbstverständlich, daß diese Position uns auch eine größere Verantwortlichkeit auferlegt, als es früher der Fall war, wo wir in der Minderheit waren. Dazu kommt, daß wir auch in den Kreisräten und Provinzialvertretungen stark vertreten sind. Es sind also eine große Zahl von Parteigenossen auf verantwortliche Posten gestellt, und wir müssen gestehen, daß nicht alle die nötige Erfahrung besitzen, die für diese Posten erforderlich ist. Wenn deshalb in verschiedenen Kreisen verlangt wird, daß die Organisationen Vorkehrungen treffen für die Schulung dieser neuen Vertreter, so ist das nur erklärlich und findet unsere volle Billigung und Unterstützung.

Es ist selbstverständlich, daß die gesteigerten Aufgaben der Partei sich nicht mit den bisher üblichen niedrigen Beiträgen erfüllen lassen. In dem vorliegenden Organisationsstatutenentwurf finden Sie eine wesentliche Erhöhung des bisherigen Mindestbeitrages. Auch jetzt schon haben Wahlkreise und Bezirke die früheren Beiträge zum großen Teil wesentlich erhöht. Während wir im vorigen Jahr als höchste Beiträge zu verzeichnen hatten bei den Männern in neun Kreisen 50 Pf., und in nur sieben Kreisen 60 Pf. monatlich, steht es gegenwärtig so, daß die Monatsbeiträge in 43 Kreisen 50 Pf., in 60 Kreisen 60 Pf. und darüber hinaus, in drei Kreisen 70 Pf., in acht Kreisen 80 Pf. betragen. An wöchentlichen Beiträgen für die männlichen Mitglieder hatten wir als höchstes im vorigen Jahre in 22 Kreisen 15 Pf., jetzt wird in 92 Kreisen 15 Pf. und darüber hinaus in 23 Kreisen 20 Pf. wöchentlich erhoben. Mehrfach steht es bei den weiblichen Mitgliedern. Im vorigen Jahre hatten wir als höchste Beitragsleistung in 20 Kreisen 30 Pf., und in nur einem Kreise 35 Pf. monatlich. Jetzt haben wir in 61 Kreisen 30 Pf., in einem Kreise 35 Pf., in 15 Kreisen 40 Pf., in einem Kreise 50 Pf. und in zwei Kreisen einen Monatsbeitrag von 55 Pf. Wenn die Parteioorganisationen den an sie gestellten notwendigen Aufgaben sich gewachsen zeigen sollen, dann ist es dringend nötig, daß der neu vorgeschlagene Mindestbeitrag beschlossen wird.

Ueber den Stand und den Ausbau unserer Parteipresse, worüber früher in der Regel beim Kassenericht mitberichtet wurde, werden Sie einen besonderen Bericht hören. Ich habe deshalb nicht nötig, darüber viel Worte zu machen. Ich will nur ein paar allgemeine Sätze dazu sagen. Wie hatten schon im letzten Kriegsjahre eine erfreuliche Aufwärtsbewegung

in der Leserschaft unserer Presse. Die Revolution brachte auch hier einen sprunghaften Aufstieg der Abonnentenziffern. Dieser wäre noch größer gewesen, wenn nicht Demunisse, wie die Papiernot und anderes, die Auflagen künstlich herabgedrückt hätten. Es haben nicht berichtet fünf Parteigeschäfte, und wir haben bei diesen fünf die alte Ziffer des vorigen Jahres eingesezt. Unter dieser Berücksichtigung hatten unsere 74 Zeitungen, die im vorigen Jahre bestanden, am 31. März 1918 eine Abonnentenzahl von 847 881, am 31. März dieses Jahres dagegen eine Abonnentenzahl von 1 706 262. Das ist also eine Steigerung um reichlich 100 Prozent, also Verdoppelung. Bei der Ausdehnung und der politischen Bedeutung unserer Partei ist es erklärlich, daß an vielen Orten das Verlangen nach eigenen Presseorganen jetzt laut wird. Das ist begreiflich und in vielen Fällen auch berechtigt. Sobald die Grundlagen dafür nur einigermaßen vorhanden waren, ist der Parteivorstand auch stets bereit gewesen, finanziell und auch sonst helfend einzugreifen.

Nun noch einige Ausführungen zu unseren Kassenverhältnissen. Ich bin leider nicht in der Lage, viel Erfreuliches darüber sagen zu können. Wichtig ist, daß in letzter Zeit eine Besserung zu verspüren ist. Aber das hilft uns über die Tatsache nicht hinweg, daß unsere Finanzen durch den Krieg sehr gelitten haben. Wie unsere Abschlüsse zeigen, arbeiten wir seit sechs Jahren mit erheblichem Defizit. Auch schon im letzten Jahre vor dem Kriege schlossen wir mit einem Minus ab. Wir haben in diesen sechs Jahren dem Parteivermögen etwa 1½ Millionen Mark entnommen müssen. Wenn für den letzten Abfluß in Betracht gezogen wird, daß wir im letzten Jahre erhebliche Wahlkosten hatten, dann haben wir noch einen verhältnismäßig günstigen Abschluß. Stark gesunken sind erklärlicherweise in den Kriegsjahren die Beiträge der Organisationen. Während wir im Jahre 1913/14 die respektable Summe von 786 567,28 Mk. verzeichnen konnten, war dieser Betrag im Vorjahre gesunken auf 134 656 Mk., und er beträgt im letzten Geschäftsjahre 298 546,13 Mk., wobei ich bemerken will, daß diese Steigerung in der Hauptsache auf das letzte Quartal des Geschäftsjahres entfällt. Während wir vor dem Kriege verzeichnen konnten, daß verschiedene größere Organisationen wesentlich mehr als die 20 Prozent, zu denen sie verpflichtet waren, an die Hauptkasse abführten, ist das während des Krieges völlig unterblieben. In Wegfall sind auch die Ueberflüsse von Geschäften gekommen, die früher mit größeren Beiträgen in unsere Einnahmen erschienen. Durch diese beiden Tatsachen sind natürlich unsere Einnahmen stark herabgedrückt. Gesteigert hat sich im letzten Jahre die Einnahme aus den Darlehensrückzahlungen, ein Beweis von zunehmenden finanziellen Kräftigung mancher unserer Geschäfte. Ferner hat sich auch der Posten „sonstige Einnahmen“ gesteigert. Es ist das auf Sammlungen und auf Wahlbeiträge zurückzuführen, die von Parteigeschäften und auch von Parteifreunden geleistet wurden.

Wir haben während des Krieges die Ausgaben auf den verschiedensten Gebieten einschränken müssen. Ich erwähne da die Bildungsarbeit, das frühere Rheinisch-westfälische Bureau, das Pressebureau, die Parteikorrespondenz und anderes.

Jetzt aber wird erforderlich sein, daß wir auch für diesen Zweck wieder größere Aufwendungen machen. Mit Rücksicht auf die Teuerung haben wir selbstverständlich auch die Gehälter unserer Angestellten steigern müssen. Wir zahlen jetzt eine Teuerungszulage zu den Grundgehältern in Höhe von 45 Prozent für Verheiratete, 30 Prozent für die Ledigen und für die Angestellten, die ein Grundgehalt von über 4000 Mk. im Jahre beziehen.

Zußerdem haben wir die Grundgehälter um 20 Prozent erhöht, haben weiter die 1914 gemachten Abzüge zurückgezahlt und zweimal eine Teuerungszulage in Höhe eines Monatsgehältes gegeben. Trotzdem bleiben die Gehälter unserer Angestellten vielfach unter dem Einkommen weiterer Arbeiter (Schüler zuzüht). (Sehr wahr!) Es ist deshalb der Wunsch nach weiterer Aufbesserung vorhanden. Der Parteivorstand verhält sich dazu auch keineswegs ablehnend. Wir werden uns dieser Notwendigkeit schon für die aller nächste Zeit nicht entziehen können. — An Wahlaufschüssen sind bis zum Abschluß des Geschäftsjahres gegeben 328 723 M. Es sind aber im neuen Geschäftsjahr noch verschiedene größere Summen bewilligt, und es werden auch jetzt noch zur Deckung von Wahlschulden in den einzelnen Bezirken Beträge bewilligt, die aber erst im nächsten Abschluß in die Erhaltung treten. Inwieweit sind mit Einschluß dieser nachträglich noch bewilligten Beträge die Wahlaufwendungen der Hauptklasse erheblich unter den Aufwendungen von 1912 geblieben. Damals waren die Wahlaufschüsse ungewöhnlich hoch, sie betragen 910 000 M. Diesmal, glaube ich, werden wir mit der Hälfte auskommen. Wir haben schon vor dem Eintritt in die Wahlagitation unsern Bezirken Mitteilung gemacht vom Stand der Hauptklasse und haben ihnen gesagt, daß sie in dem Maße wie 1912 auf Beiträge nicht rechnen könnten. Ich nehme an, daß dadurch die Ansprüche geringer geworden sind, und die Bezirke meistens versucht haben, sich aus eigener Kraft zu helfen. — Eine neue Einnahmequelle schlagen wir im Entwurf unseres Organisationsstatuts vor, indem wir beantragen, daß 20 Prozent der Ueberschüsse unserer Parteigeschäfte der Hauptklasse zugeführt werden sollen. Wir haben bereits im vorigen Jahre in einer Geschäftsführerkonferenz die Notwendigkeit dieser Neueinrichtung gründlich erörtert, und die fast einstimmige Zustimmung der Geschäftsführer gefunden. Das Verlangen selbst rechtfertigt sich ohne weiteres. Das Institut unserer Parteirepäsentanten, das neben den allgemeinen Interessen, vor allem den Interessen unserer Parteigeschäfte dient und von diesen stark in Anspruch genommen wird, erfordert erhebliche Aufwendungen der Parteikasse. Schon dies allein würde eine Gegenleistung rechtfertigen. Dazu kommt, daß ein großer Teil unserer Geschäfte durch finanzielle Beiträge unserer Parteikasse groß geworden ist. Auch dies rechtfertigt, daß sie in ihren besseren Tagen verpflichtet sind, auch etwas an die Parteikasse zu denken. Wir hoffen daher, daß diese Neuerung auch die Zustimmung des Parteitages finden wird.

Auf die außerordentlich schwierige Lage der Partei in der gegenwärtigen Zeit weiß schon hingewiesen. Die Partei hat während des Krieges das Beste verloren, was die deutsche Sozialdemokratie früher vor anderen aufwies, die Einigkeit der Partei. Die deutsche Arbeiterbewegung ist jetzt in drei Teile gespalten, und der Kampf gegen die Partei wird von links nicht weniger scharf geführt wie von rechts. In der Art ihrer Kampfmittel sind unsere ehemaligen Genossen auf der linken Seite beinahe nicht wählbar. Das hierin in absehbarer Zeit eine Aenderung eintritt, ist kaum anzunehmen. Das immer weitere Abwanden unserer linksstehenden Klassengenossen vom Boden der Demokratie erleichtert ein Überkommen nicht, es macht ein solches mit dem am weitesten linksstehenden Element zur glatten Unmöglichkeit. Die Lage der Partei ist aber auch deshalb schwierig, weil die Zukunft unseres Landes und Volfes dunkel und trübe ist. Das Schicksal unseres Landes, das sich in diesen Tagen entscheiden soll, wird auf die weitere Entwicklung unserer Partei nicht ohne Einfluß sein. Wie immer über sich die Zukunft gehalten wird, nicht entgehen können wir eine starke, leistungsfähige Parteiorganisation.

Sie ist unter den veränderten politischen Verhältnissen nicht weniger nötig als früher. Im Gegenteil: sie hat heute als der Unterbau unserer politischen Machtstellung eine größere Bedeutung als je. Darüber dürfte es unter uns kaum Meinungsverschiedenheiten geben. Sorgen Sie deshalb dafür, daß in Ihrem Wirkungskreis noch mehr als bisher in tätiger Weise an dem Ausbau unserer Organisationen und an der Stärkung unserer Parteifinanzen gearbeitet wird. Sie helfen damit den Weg ebnen, der uns zum vollen und endgültigen Sieg des Sozialismus führen wird. (Beifälliger Beifall.)

Den

Bericht über die kulturpolitischen Aufgaben der Partei

erstattet Helmut Schulz: Als der Parteivorstand am 28. März gemeinsam mit der Kontrollkommission, der Fraktion der Nationalversammlung und dem Parteiausschuß versammelt war, um sich über die Lage der Partei Rechenschaft zu geben und die nächsten Aufgaben der Partei zu besprechen, war man sich sehr bald einig über die Notwendigkeit, wieder mehr als in letzter Zeit für unsere kulturpolitischen Aufgaben tun zu müssen. Sie waren durch den Krieg in arge Bedrängnis geraten. Unsere Bildungsbewegung war im Stillstand, teilweise zum völligen Zusammenbruch gekommen. Die Lehrer und Schüler unserer Bildungsarbeit wurden gleich zu Beginn des Krieges in Massen einberufen. Mit der Länge des Krieges steigerten sich die Einberufenen, die Zurückbleibenden fanden in der Fron des Hindenburgprogramms weder Zeit noch Stimmung zur Tätigkeit an sich selbst, zur Bildungsarbeit. Ganz ähnlich ging es der Zentrale in Berlin, dem Zentralbildungsausschuß, der auch allmählich von seinen gesamten männlichen Kräften entleert wurde, so daß er schließlich seine Tätigkeit einstellen mußte.

Nicht ganz so schlimm war es mit der Jugendbewegung. Sie hatte vor der Bildungsbewegung voraus, daß ihr von unten her immer die neuen Generationen von Jugendlichen zufließen. Zwar wurden auch der Jugendbewegung zahlreiche Funktionäre genommen, aber wir behielten doch immer einen gewissen Stamm von Mitarbeitern, so daß wir das organisatorische Leben der Jugendbewegung aufrechterhalten konnten.

Durch die Revolution wurde eine neue Lage geschaffen. Es strömten uns über Nacht Hunderttausende, vielleicht Millionen neuer Anhänger zu, aber zumeist nur gefühlsmäßig und unter dem Zwang unmittelbarer äußerer und innerer Erlebnislie. Für diese große Masse neuer Anhänger war eine umfassende Bildungs- und Aufklärungsarbeit sehr dringend notwendig, aber es fand sich dazu in den ersten Monaten der Revolution weder die Zeit noch die Möglichkeit. Die revolutionären Ereignisse überstürzten sich. Die parteiliche Bewegung führte immer wieder das Bestreben der Partei, die revolutionären Errungenschaften zu konsolidieren. Dazu kam, daß alle verfügbaren Männer der Partei vom Parteivorstand bis zum letzten Funktionär in einem entfernten Dorf, in irgendeinem wichtigen Amt, sei es des Reichs, des Staats, der Gemeinden, der Verwaltung, der Arbeiterräte oder sonstwo tätig waren. Mit dieser Lage beschäftigte sich die Fraktion der Nationalversammlung mehrfach, nachdem in den ersten Wochen ihres Bestehens eine ordnungsmäßige Regierung eingesetzt, eine Notverfassung geschaffen und dadurch eine gewisse Bürgschaft für eine verhältnismäßig ruhige und geordnete Entwicklung der politischen Verhältnisse geschaffen worden war.

Die erwähnte gemeinsame Sitzung vom 23. März ergänzte den Parteivorstand und entsandte auch mich hinein mit dem besonderen Auftrag, eine Art kulturpolitisches Ressort im Parteivorstand zu schaffen und dadurch die Wiederaufrichtung des Bildungswesens und die Wiederbelebung unserer kulturpolitischen Arbeiten in die Wege zu leiten. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß der Parteivorstand durch die Anstellung sachlich geschulter Hilfskräfte beweglicher und leistungsfähiger gemacht werden solle. Das ist geschehen, und wir haben seitdem auf dieser Grundlage gearbeitet. Auch in der Bildungsarbeit. Wir haben zunächst ein Mitteilungsblatt herausgegeben, das an alle uns erreichbaren Adressen geschickt worden und auf Grund einer Mitteilung von uns in der Parteipresse auch sonst reichlich verlangt worden ist. In diesem Mitteilungsblatt ist unter Anknüpfung an das Frühere dargelegt worden, nach welcher neuen Methoden unsere Bildungsarbeit jetzt in die Hand genommen werden muß.

Unter anderem führten wir darin aus: Wenn die Bildungsarbeit niemals in der Partei notwendig gewesen ist, so jetzt, wo uns ungezählte Massen neuer Bekenner des Sozialismus zufließen, die aber größtenteils vorläufig mehr Hörer als Täter des Wortes sind und sein können, die also erst innerlich für den Sozialismus gewonnen und gefestigt werden müssen. Unter diesen vielen neuen in unsere Reihen eingetretenen Bekennern des Sozialismus gibt es erfreulicherweise zahlreiche Intellektuelle, die besonders starkes Interesse für die geistige Seite unserer Parteibewegung haben und auch mancherlei Voraussetzungen mitbringen, die sie sehr schnell in den Stand setzen, nun ihrerseits wieder tätige Mitarbeiter in der Bildungsarbeit zu sein. Gerade für diese besonderen Kreise in der Partei müssen möglichst schnell Einrichtungen geschaffen werden, durch die sie in die wissenschaftliche Literatur des Sozialismus eingeführt werden. Wir haben die Absicht, für diesen Zweck besondere Parteischulen auch innerhalb der Bezirke zu schaffen und schriftliche Einführungen in den wissenschaftlichen Sozialismus. Eine eindringliche Bildungsarbeit ist ferner notwendig, weil durch die Neuordnung unseres öffentlichen Lebens im Zeichen der Demokratisierung und der Sozialisierung viele neue Aufgaben für die Partei erwachsen sind, für die nicht nur die neuen Parteiangehörigen, sondern auch die alten sich erst geistig neu einstellen müssen. Es kommt noch hinzu, daß die Zerstückelung der Sozialisten in drei Parteien es für die Anhänger der einzelnen Parteien, jedenfalls für unsere Partei, zur Pflicht macht, sich mit den Grundlagen und Richtlinien des Sozialismus ganz besonders vertraut zu machen. Je mehr das geschieht, um so mehr wird zwar einerseits auch von uns einzugestehen sein, daß mancherlei Korrektur und Ergänzung unserer bisherigen theoretischen Orientierung notwendig ist; aber andererseits können wir, glaube ich, vom Standpunkt unserer Partei, je mehr wir unsere theoretischen Grundlagen daraufhin prüfen, ruhig erklären, daß unsere Partei seit dem Kriegsausbruch im wesentlichen durchaus auf dem richtigen Wege gewesen ist und sich dabei im Einklang mit den geistigen Wegebereitern des Sozialismus, mit Marx und Engels, befunden hat. (Sehr richtig!) Nur durch die Politik unserer Partei ist eine Sicherung der revolutionären Errungenschaften und die innere und äußere Erneuerung des deutschen Volkes und damit auch die Wiederaufrichtung der Aktionsfähigkeit der Internationale zu erwarten.

Zahlreiche Anträge zur Bildungsfrage zeugen von dem regen Interesse der Parteigenossen für die Neuorganisation unseres Bildungswesens. Am besten scheint mir der Antrag Dittmer und Genossen als das, was in

den andern Anträgen vereinzelt zum Ausdruck kommt, zusammenzufassen. Wir empfehlen Ihnen deshalb in erster Linie diesen Antrag.

Auch in der Jugendbewegung zeigte sich in den letzten Monaten frisches Leben. Die zentrale Leitung litt in den ersten Revolutionsmonaten dadurch, daß der langjährige Vorsitzende unserer Jugendbewegung, Ebert, an eine andere Stelle berufen worden war und seine Aufmerksamkeit der Jugendbewegung nicht mehr in dem früheren Umfange widmen konnte. Bei der Neuorganisation am 23. März bin ich als sein Nachfolger gewählt worden. Wir haben versucht, das in der Zeit Versäumte wieder in Bewegung zu bringen. Wir haben eine Reihe Sitzungen der Zentralkasse für die arbeitende Jugend veranstaltet und auch eine Reichskonferenz der Bezirksleiter der Jugendbewegung abgehalten, die u. a. auch neue Richtlinien für die Jugendbewegung ausgearbeitet hat. Ich nehme an, daß diese Richtlinien sich bereits in Ihren Händen befinden. Es ist meine Pflicht, Ihnen als Leiter der Zentralkasse für die arbeitende Jugend diese Richtlinien, die auch die Billigung des Parteivorstandes und des Reorganisationsausschusses gefunden haben, in erster Linie zu empfehlen.

Ein kurzes Wort über die Beweggründe, die uns bei Aufstellung der Richtlinien geleitet haben. Durch die Revolution sind alle äußeren Hemmnisse für eine ersprießliche Jugendarbeit gefallen, Verbote über Verhinderung der Jugendorganisationen gibt es nicht mehr. Wo noch behdrbliche Verfolgungen stattfinden, sind sie nur möglich infolge mangelnder Wachsamkeit unserer Parteigenossen. Eine Unterdrückung der Politisierung der Jugendlichen ist heute nicht mehr denkbar. Obwohl wir nunmehr frei sind und tun und lassen können, was wir für notwendig halten, obwohl wir jetzt so arbeiten könnten, wie es uns von unseren Gegnern immer unterstellt worden ist: daß wir gleich mit der Politisierung der Bierzehnjährigen begännen und sie zu Parteirekruten machen wollten, so wenig Anlaß haben wir, das zu tun. An der Zielsetzung für unsere Jugendarbeit haben wir grundsätzlich nichts zu ändern. Unsere Jugendbewegung ist nach wie vor eine Angelegenheit der Erziehung; natürlich Erziehung nicht im Sinne kleinlicher Schulmeistererei. Der leitende Grundgedanke für unsere Arbeit muß sein, daß der Jugendliche bis zum 20. Jahre noch ein werdender ist und der Erziehung bedarf. Aber Erziehung und Erziehung ist nicht immer das gleiche. Die neue Erziehung geht im Gegensatz zur alten, in der der Erwachsene die Jugendlichen von seinem Standpunkte aus gängelte, vom Kinde aus, und gestaltet von ihm aus die Erziehungsmaßnahmen. Die Selbsterziehung ist von vornherein einzuschalten und hat immer mehr zum entscheidenden Prinzip zu werden. Unsere Jugendorganisationen dürfen gewissermaßen nur der äußeren Rahmen für die Selbsterziehung unserer Jugendlichen sein. Selbsterständlich soll der Einfluß der Erwachsenen nicht ausgeschaltet sein. Die Jugendlichen brauchen ihre Mithilfe, ihre Erfahrungen und ihre finanzielle Unterstützung. Die Arbeit der Erwachsenen soll aber lediglich um der Jugend willen geschehen. Die Erwachsenen dürfen nicht mitwirken, um Dank von den Jugendlichen zu ernten, sie müssen alle selbstständigen Regungen zurückstellen. Die Sache, für die wir die Jugendlichen erziehen wollen, ist der Sozialismus. Wir wollen in ihnen ferner die Fähigkeit und die Kraft zu selbständiger politischer Betätigung heranzüchten. Die alte Organisation unserer Jugendbewegung ist überholt. Unter Aufhebung der bisherigen Jugendausschüsse muß die Jugend überall zu Vereinen zusammengefaßt werden, die sich untereinander wieder zum Verbande der deutschen Arbeiter-Jugendvereine ver-

einen. Innerhalb des Jugendvereins selbst muß aber eine Teilung eintreten. Wir bemühen uns um die Jugendlichen von der Schulentlassung oder richtiger vom 14. Lebensjahre an, da die Jugendvereine ja auch Jugendliche der höheren Lehranstalten umschließen werden und wir auch den Schluß der heutigen Schule vom 14. auf das 15. Lebensjahr verschieben wollen. Unsere Jugendarbeit umfaßt die Jugendlichen vom 14. Jahr an bis zu den Zwanzigjährigen. Das bedeutet eine Erweiterung, da wir bisher nur die Jugendlichen vom 14. bis zum 18. Lebensjahre in der Jugendbewegung zusammenfaßten. Da das wahlfähige Alter auf das zwanzigste Lebensjahr herabgesetzt ist, erfordern verschiedene Rücksichten, unsere Jugendorganisationen in diesem Sinne auszudehnen. In dem Zeitraum von 14 bis 20 Jahren macht aber der jugendliche Mensch große Wandlungen durch. Nicht alle Altersklassen dürfen daher in einen Topf geworfen werden. Wir müssen eine Jugendabteilung in engerem Sinne bilden für die 14- bis 17jährigen und eine Altersabteilung für die 17- bis 20jährigen. Bis zum 17. Lebensjahre hängt der jugendliche Mensch noch immer mit der Kindheit zusammen. Er ist allerdings im Begriff, sie zu verlassen, aber er kann sich doch nicht ganz von ihr befreien. Aus physiologischen Gründen ist seine ganze Natur mehr auf das Körperliche eingestellt, er bestrebt sich im Pubertätsalter, in dem große Veränderungen mit ihm vorgehen, alles quillt und wächst innerlich in ihm. Die Jugendlichen im Alter von 17 bis 20 Jahren dagegen sind vorwärts gerichtet; sie wollen den Erwachsenen gleich werden, sie suchen eine Weltanschauung, sie wollen bestimmte politische Grundsätze gewinnen. Aus diesen Gründen ist eine Gliederung unserer Jugendbewegung nötig. Dabei halten wir es für durchaus angebracht und wünschenswert, daß die 13jährigen männlichen und weiblichen Jugendlichen sich bereits den Gewerkschaften anschließen und auch in die Partei eintreten. Der Eintritt in die Partei muß aber aus freiem Willen erfolgen. Wir werden die auf Grund eines freien Entschlusses in die Partei eintretenden jugendlichen Menschen freudig begrüßen. Der Eintritt darf aber nicht mit doppelten Beiträgen für die Jugendlichen verbunden sein. Deshalb bringen wir in Vorschlag, daß sie der Partei mit ermäßigten Beiträgen angehören können. Wenn wir wie bisher unsere Jugendarbeit mit dem 18. Jahre abschließen wollten, so würde eine verhängnisvolle Lücke entstehen. Erst mit 20 Jahren würde dann für die Jugendlichen der moralische Zwang bestehen, sich politisch zu orientieren. Wenn sie aber auch wirklich schon vom 18. Jahre der Partei angehören würden, so würden sie sich doch als Jugendliche doch ziemlich hilflos und verlassen vorfinden und erdrückt fühlen durch das Übergewicht der Erwachsenen. (Geheime Zustimmung.) Es würde in ihnen keine rechte Freude an der Partei entstehen können. Darum müssen wir die Jugendlichen bis zum 20. Jahre noch in der Jugendbewegung zusammenhalten. Die Bildungsvereine haben die Pflicht, besondere Bildungsmaßnahmen und Veranstaltungen zur Aufklärung der Jugendlichen zu schaffen. Innerhalb der Jugendvereine muß aber der Grundgedanke der Selbsterhaltung durchgeführt werden. Die Erwachsenen sollen immer nur da eingreifen, wo es unbedingt nötig ist, am besten nur dann, wenn die Jugendlichen sie selber darum bitten. (Sehr richtig!) Andererseits ist es Aufgabe der Erwachsenen, in ihren eigenen Reihen Aufklärung über die hohe Bedeutung der Jugendbewegung zu schaffen. Der Jugend gehört die Zukunft. Sie sieht für Deutschland wenig hoffnungsvoll aus. Aber sie braucht nicht hoffnungslos zu sein; je willenskräftiger und geistig stärker wir die Jugend machen, desto weniger haben wir uns auch vor der Zukunft zu fürchten. Der Krieg

hat die Jugendlichen brutalisch heruntergebracht und sittlich verdoibert. Um so mehr ist es unsere Pflicht, unser bestes Wollen und unsere besten Kräfte für sie einzusetzen.

Für diese Aufgabe und einige andere erhoffen wir besondere Hilfe durch die sozialdemokratischen Lehrer zu erhalten; sie sind über das ganze Land verteilt und können uns wertvolle Dienste leisten. Ihre Tätigkeit kam bisher nur den bürgerlichen Parteien zugute. Bis zur Revolution konnten sie, obwohl sie nach Herkunft und Neigung stets stark oppositionell gerichtet waren, nur für die bürgerlichen Parteien wirken, ihre aufgekauften revolutionäre Energie kam fast ausschließlich den liberalen Kreisen zugute. Die Revolution hat die Ketten gesprengt. Wir begrüßen es, daß die Lehrer in hellen Scharen zu uns gekommen sind. Leider war es in den ersten Monaten der Revolution der Partei, die dringendere Pflichten hatte, nicht möglich, die zuströmenden Lehrer zweckmäßig zu organisieren. Diese sind auf eigene Faust dazu geschritten, Vereinigungen zu bilden. Im Laufe der Zeit entstanden dadurch Organisationen auf partitatischer Grundlage aller drei sozialistischen Parteien. Die Lehrer gingen dabei von dem ideologischen Gesichtspunkt aus, daß es in der Kulturpolitik keine Gegensätze geben könne, daß für dieses Gebiet die Zusammenarbeit erforderlich sei und von hier aus sogar die Einigung der Parteien erfolgen könne. Diese Meinung ist ideal, aber leider wirkungslos. Die Lehrer begehen da einen ähnlichen Trugschluß, wie der bekannte Kathedersozialist Schmoller, der die soziale Frage durch die Lösung der Bildungsfrage beseitigen wollte. Er ging von der falschen Erwägung aus, daß bei Beseitigung der Bildungsgegensätze auch die sozialen Gegensätze fallen würden. Diese Argumentation ist grundfalsch. Wir Sozialdemokraten verlangen umgekehrt, daß erst die soziale Frage gelöst wird, dann werden die Bildungsgegensätze ganz von selbst verschwinden. Die Revolution hat uns Recht gegeben. Die Revolution hat den Klassengegensatz zum großen Teil beseitigt, sie hat eine neue soziale Lage geschaffen, und dadurch ist auch die Bahn frei geworden für die Beseitigung der Bildungsgegensätze.

Genau so steht es mit der Lehrerbewegung. Die Lehrer glauben, sie könnten als Ideologen die Parteigegensätze überbrücken, und in der Kulturpolitik gebe es überhaupt keine Gegensätze. Das ist eine irdliche Auffassung. Sobald irgendeine kulturpolitische Idee aus dem Reich der Idee heruntergeholt wird und zur politischen Wirklichkeit, zu einem politischen Geschehnis gestaltet werden soll, werden auch sofort die politischen Gegensätze auftauchen. Die Unabhängigen leben ja gewissermaßen davon, daß sie grundsätzlich alle Handlungen unserer Partei negieren und bei jeder Handlung unserer Partei erklären: so muß es nicht sein, sondern anders. Indem sie nachweisen wollen, daß jeder Schritt, den wir getan haben, falsch ist, wollen sie die Berechtigung ihrer Partei erweisen. Und glauben Sie etwa, wenn wir eine kulturpolitische Frage in die konkrete Form eines Gesetzes bringen würden, die Unabhängigen würden sagen: so ist es gut? Sie würden im Gegenteil sofort nachzuweisen suchen, daß wir keine Sozialisten, sondern traurige Rückwärtler sind. Als alte Politiker glauben wir voraussetzen zu können, daß die schönen idealen Bemühungen, die Kulturpolitiker auf einer partitatischen Basis zusammenzufassen, in der Partei Schiffbruch leiden werden. Im übrigen glauben wir auch, daß die parteigegensätzlichen Lehrer, die zu unserer Partei, der Mehrheitssozialdemokratie, gehören, uns als Parteigenossen nur nähern können, wenn sie sich schlicht und recht mit ihrer Arbeitskraft in den Dienst unserer Parteiaufgaben stellen. (Sehr richtig!)

Zu diesem Zweck haben wir die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen gegründet. Nicht als eine Sonderorganisation, nicht als eine Partei in der Partei, nicht als den Anfang einer beruflichen Gliederung unserer Parteigenossen. Das lehnt die Parteileitung entschieden ab. Wir wünschen nicht, daß innerhalb der Partei Berufsorganisationen entstehen. Wir haben mit den Lehrern nur eine Ausnahme gemacht, weil sich die Lehrer durch ihre berufliche Ausbildung für besondere bestimmte Parteiaufgaben in besonderem Maße eignen. Das ist bei der Gründungskonferenz der Arbeitsgemeinschaft zu Ostern auch mit aller Deutlichkeit ausgesprochen worden, und noch bestimmter in der ersten Sitzung des Hauptausschusses der Arbeitsgemeinschaft am Dimmelfahrtstage in Berlin.

In den Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft heißt es: „Mitglied kann nur werden, wer sich zum Programm unserer Partei bekennt, und Mitglied der Parteiorganisation seines Wohnortes ist.“ Man muß also ein offener und rückhaltloser Bekenner zum Programm unserer Partei sein, und man muß selbstverständlich an seinem Wohnorte auch seiner Partei angehören. Ferner haben wir in der Satzung die Bestimmung: „Alle Organe der Arbeitsgemeinschaft sind ihrerseits an die Entscheidungen der sozialdemokratischen Parteitage gebunden“, mit anderen Worten: Wir unterstellen uns rektlos den Beschlüssen unserer Parteitage, der höchsten Parteinstanz; was eine paritätische Organisation selbstverständlich nicht kann, so daß unsere Genossen darin sehr oft in Gewissenskonflikte kommen werden. Als Haupttätigkeit der Arbeitsgemeinschaft sehen wir an: die Beratung der Parteigenossen in schulpolitischen Angelegenheiten, also unserer Schuldeputationen und sonstigen Einrichtungen und Körperschaften in Reich, Staat und Gemeinde; ferner die Verbreitung von erzieherischen Kenntnissen und Fähigkeiten in den Kreisen der Arbeiter, dann die Mithilfe der Lehrer in der parteigenössischen Bildungs- und Jugendarbeit und ihre Mitarbeit bei Fassung populärer Schriften über unsere Theorie und Praxis.

Wir glauben, daß die Arbeitsgemeinschaft besonders wichtig ist für die Lehrer auf dem Lande. Sie neigen zum großen Teil zur Sozialdemokratie. Sie kamen im November begeistert zu uns. Aber die Begeisterung ist schon merklich abgeklübt, teils weil ihnen die ganze Entwicklung nicht schnell genug ging, teils weil sie fühlen, daß die örtlichen Autoritäten schon wieder übermächtig zu werden beginnen (sehr richtig!) und daß sie von den Kultusministerien nicht immer in genügender Weise gestützt werden. (Sehr richtig!) Da kann unsere Arbeitsgemeinschaft viel nützen. Sie kann den Landlehrern den Rücken stärken gegen ihre örtlichen Autoritäten. Wenn der Landlehrer diese parteigenössische Berufsvereinigung hinter sich fühlt, wenn er weiß, eine Beschwerde von ihm wird durch diese Organisation an die richtige Stelle geführt, dann wird er sich seinen örtlichen Autoritäten gegenüber doch etwas fester und fester fühlen. Die Arbeitsgemeinschaft kann die Interessen der Lehrer auf dem Lande bis zum Kultusministerium mit dem nötigen Nachdruck führen, wie das übrigens in mehreren Fällen, besonders in einem ganz krassen Fall bereits geschehen ist, wo es unserem Eingreifen auch gelang, dem Lehrer zu dem ihm zustehenden Recht zu verhelfen und damit die Position der Partei zu stärken. Wir glauben, wenn der Lehrer auf dem Lande fühlt, daß die Partei, zunächst in der Form seiner parteigenössischen Kollegen, hinter ihm steht, er dadurch für die Partei erhalten wird. Wir stärken die Landlehrer dadurch in ihrem Eintreten für die Sozialdemokratie, und das ist doch für die Ausbreitung der Sozialdemokratie auf dem Lande von größter Wichtigkeit. Wir wollen

den Lehrern bei ihrer Arbeit zu Hilfe kommen durch eine wöchentlich erscheinende Zeitung „Der freie Lehrer“, die alle die von mir gekennzeichneten Aufgaben den Lehrern unterbreiten soll.

Die Lehrerbewegung ist noch ganz jung. Sie wird Hindernisse mancher Art noch durchzumachen haben. Wir wollen keineswegs unseren Lehrer genossen verwehren, Mitglieder anderer Lehrerorganisationen zu werden. Wir halten es sogar für ihre Pflicht, Mitglied des alten deutschen Lehrervereins zu sein, weil wir ihn für die neutrale, mehr gewerkschaftliche Organisation der deutschen Lehrer halten. Die Tätigkeit unserer Genossen darin kann höchstens darin bestehen, darauf hinzuwirken, daß er auch gewerkschaftliche Formen annimmt und der Generalkommission beiträgt. Aber wir haben auch nichts dagegen, daß die Mitglieder unserer Arbeitsgemeinschaft anderen Lehrervereinigungen, auch den sozialistisch-paritätischen, beitreten. Wir glauben aber, daß der Parteitag den parteigenössischen Lehrern, die Veranlagung und Neigung zu besonderer Mitarbeit innerhalb der Partei haben, den Wunsch nahelegen sollte, in erster Linie unserer Arbeitsgemeinschaft beizutreten, damit sie eine wertvolle und leistungsfähige Mitarbeiterin bei der Erfüllung der wichtigsten kulturpolitischen Aufgaben der Partei werde.

Nun noch ein kurzes Wort. Es gibt noch eine Reihe zahlreicher anderer Aufgaben der Kulturpolitik, die die Partei zu erfüllen hätte. Wir müßten zahlreiche wissenschaftliche Literatur neu schaffen. Wir müssen wertvolle alte Literatur neu herausgeben. Wir müssen bemüht sein, neue Mittel und Wege zu finden, um die Literatur in die breiten Massen, auch besonders derjenigen, die für wissenschaftliche Literatur interessiert sind, heranzubringen. Es ist in einem Antrag die Anregung gegeben, eine Zentral-Ausleiherstelle einzurichten. Das ist ein Gedanke, der erwägenswert ist. Einrichtungen wie Wandersbibliotheken und andere Aufgaben muß der Zentral-Bildungsausschuß in der nächsten Zeit seine Aufmerksamkeit widmen müssen. Es kann natürlich nicht alles mit einemmal geschehen. Wir müssen erst abwarten, wie sich die politische Zukunft Deutschlands, und damit auch die Zukunft unserer Partei gestalten wird. Aber, Parteigenossen, darin sind wir ja wohl einig: wenn Deutschland sich jemals wieder aus dem gegenwärtigen Tiefstand herausarbeiten soll, so ist das nur möglich durch den Sozialismus als wirtschaftliches und durch die Demokratie als politisches Prinzip, ferner durch Leistungen Deutschlands auf dem Gebiete der Kultur. Durch kulturelle Taten ist Deutschland schon früher in der Welt vorangeschritten. Damals, als Deutschland tief gebeugt am Boden lag und politisch keine Bedeutung hatte, in jener Zeit konnte Goethe zu seinem Vertrauten Eckermann sagen:

„Wählen Sie Weimar zu Ihrem Wohnort, es gehen von dort die Tore und Straßen nach allen Enden der Welt.“ Möge Weimar auch jetzt das Zukunftssymbol für die neue Zeit werden. Möge unser Weimarer Parteitag den Sozialismus und die deutsche Sozialdemokratie stärken, damit sie Deutschland wieder stark, frei und arbeitsfähig machen, damit durch sie, durch die Arbeit der deutschen Sozialdemokratie und des deutschen Sozialismus, Deutschland wieder ein freudig begrüßter Mitarbeiter an der Weltkultur werde. Möge in diesem Sinne von unserm Weimar aus, zu dem wir hier versammelt sind, wieder die Tore und Straßen nach allen Enden der Welt gehen. (Lebhafter Beifall.)

Bericht der Kontrollkommission.

Berichterstatter Fr. Brähne: Genossen und Genossinnen! Ich bin in der glücklichen Lage, Ihnen einen sehr kurzen Bericht zu geben. Seit dem Parteitag in Würzburg sind bei der Kontrollkommission zwei Beschwerden

eingegangen. Die eine Beschwerde war von Angestellten des Berliner Parteigeschäftes und verlangte die Rückzahlung der von dem Genossen Bartels schon erwähnten Abzüge, die 1914 an den Gehältern der Parteibeamten gemacht wurden, sowie 20 Prozent Gehaltserhöhung. Diese Beschwerde ist durch den Parteivorstand im Sinne der Beschwerdeführer erledigt. Die Kontrollkommission brauchte keine Entscheidung zu treffen. Die zweite Beschwerde war von dem Genossen Fischer in Greiz und verlangte einen Zuschuß zu dem neu gegründeten Parteiblatt von 4000 M. Auch diese Beschwerde ist durch den Parteivorstand erledigt. Auch hier brauchte die Kontrollkommission keine Stellung zu nehmen.

Die Kontrollkommission hat seit dem Parteitag in Würzburg die Parteigeschäfte in Berlin kontrolliert: Vorwärts, Parteikasse und Buchhandlung und Nebenläden, und zwar vierteljährlich. Leider war es uns im letzten Jahre nicht möglich, immer die vierteljährliche Revision einzuhalten; einmal deswegen nicht, weil die Eisenbahn nach Berlin gestört war, wir mußten die Sitzung abbestellen und das zweitemal war es nicht mehr möglich, weil die Unruhen in Berlin waren. Wir haben dann zum letztenmal die Revision von mehreren Quartalen vornehmen müssen. In der Kontrollkommission war es auch mehreremal nicht möglich, alle Mitglieder nach Berlin zu bekommen. Genosse Gradnauer ist, wie Sie wissen, ins sächsische Ministerium berufen, auch Genosse Timm hat in Bayern eine Beilanz dem Ministerium angehört, so daß wir bei der letzten Revision nur sechs Mitglieder anwesend waren. Wir haben die Kasse geprüft und alles in Ordnung befunden.

Das Parteigeschäft in Stuttgart wurde in jedem Jahre durch einige Mitglieder der Kontrollkommission revidiert, und es wurde alles für richtig befunden. Genosse Bartels hat schon darauf hingewiesen, daß unser Parteigeschäft auch in Stuttgart im letzten Jahre keine guten Geschäfte gemacht hat. An die Parteikasse sind von Stuttgart im letzten Jahre keine Ueberschüsse abgeliefert worden. Wir wollen hoffen, daß es in Zukunft wieder besser wird. Ähnlich ging es mit der Parteibuchhandlung in Berlin und mit dem „Vorwärts“, der im letzten Jahre wieder Ueberschüsse abgeliefert hat.

Im übrigen wurde, wie gesagt, alles in vollster Ordnung befunden, und ich beantrage namens der Kontrollkommission, dem Parteivorstand Entlastung zu erteilen. (Bravo!)

Bericht der Kommission zur Beratung der Presseangelegenheiten.

Berichterstatter Adolf Schulz: Parteigenossinnen und Genossen! Die Verhandlungen über die Presse haben auf fast allen Parteitagungen einen breiten Raum eingenommen, um so mehr muß es der Fall sein in einem Augenblick, wo uns die Revolution vor eine Fülle neuer Aufgaben gestellt hat. Schon aus dem Vorstandsbericht haben Sie entnehmen können, daß wir eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung unserer Presse zu verzeichnen haben. Wir haben heute 95 Tageszeitungen und wir haben seit der Revolution 24 neue Zeitungen gegründet. Einschließlich dieser neuen Blätter werden wir heute ungefähr 2 Millionen Abonnenten müßern können. Das ist ungefähr eine Steigerung gegenüber der Zeit vor dem Kriege von etwa 100 Prozent, gegenüber dem Vorjahr von 125 Prozent. Das erfreulichste Moment bei dieser Aufwärtsentwicklung ist aber zweifellos, daß unsere Parteipresse erheblichen Einfluß und Eingang dort gefunden hat, wo sie wenig oder gar nicht gelesen wurde, ich meine auf dem ländlichen Lande und in Gegenden mit vorwiegend agrarischen Verhältnissen. Trotzdem aber darf uns diese an und für sich erfreuliche Aufwärtsentwicklung

nicht reflexlos bejubeln angesichts der Tatsache, daß wir bei den Nationalwahlen dieses Jahres im Januar 11¼ Millionen Stimmen auf unsere Partei vereinigten, also 89 Prozent, und angesichts der weiteren Tatsache, daß wir heute 713 Vertreter in den Landtagen sitzen haben, daß Tausend und Abertausend unserer Vertreter in den kommunalen Körperschaften sitzen, und daß in einer ganzen Reihe von städtischen und dörflichen Parlamenten unsere Partei die überwiegende Mehrheit bildet.

Angesichts der weiteren Tatsache, daß im Verhältnis zu den Tageszeitungen in Deutschland überhaupt die sozialdemokratische Presse nur etwa 3 Prozent hat gegenüber den Tausenden bürgerlicher Zeitungen, liegt uns die Verpflichtung ob, nach Wegen und Mitteln zu suchen, mehr als bisher an die breiten Massen der Volksgenossen heranzukommen. Aber ein anderer Gesichtspunkt legt uns weiter diese Verpflichtung auf. Wir wissen alle: Unter dem Einfluß der ersten Revolutionstage hat eine ganze Anzahl von bürgerlichen Blättern, namentlich in der Provinz, eine freundliche Haltung gegenüber unserer Presse und unserer Partei eingenommen. Nach dem sich diese Blätter jetzt aber quasi vom ersten Schreden erholt haben, werden sie wieder aggressiver. Der alte reaktionäre Landratsgeist, dieser Spiritus rector der Kreisblattpresse, treibt wieder in vermehrtem Maße sein Unwesen. (Sehr richtig!) Deshalb liegt uns in größerem Maße die Pflicht ob, diese Spekulation auf die politische Indifferenz der Massen zu durchbrechen und die Millionen von Volksgenossen in unserem sozialistischen Sinn aufzuklären.

Die wichtigste Frage, die uns hierbei beschäftigt, wenn wir uns über den Ausbau der Presse unterhalten, muß deshalb dahin lauten: Wie können wir am wirksamsten ihre Entwicklung fördern, wie kommen wir besser und wirksamer an die breite Masse heran. Diese Frage müssen wir zu lösen versuchen, wenn wir unsere politische Position im Lande nicht nur erhalten, sondern erweitern wollen, trotz aller Schwierigkeiten, mit denen heute das Zeitungsgewerbe zu kämpfen hat.

Son diesen schier unüberwindlichen Schwierigkeiten macht sich jemand, der nicht mitten drin im Zeitungswesen steht, kaum eine Vorstellung. Die wahnsinnig und sprunghaft gestiegenen Preise für Maschinen und Schriften, für alles Rohmaterial, für Papier, die durch die ebenso ahnstandslos gestiegenen Schleißhandelspreise für alle Lebensmittel bedingte Erhöhung der Löhne und Gehälter, absorbieren in vollem Maße die gesteigerten Einnahmen durch die Vermehrung der Abonnements und der Inserate, ja sie zwingen die Geschäftsleitungen, immer wieder die Einnahmen zu steigern. Eine Verringerung dieses Zustandes ist in absehbarer Zeit nicht abzusehen. Im Gegenteil, wir haben bereits wieder mit einer neuen Steigerung ab 1. Juli dieses Jahres für alles Rohmaterial, für Maschinen und Papier zu rechnen. Eine Schraube ohne Ende! Gebrauchte Rotationsmaschinen — eine Rotationsmaschine ist eine wesentliche Voraussetzung für eine leistungsfähige Zeitungsdrukerei — sind zu einem hervorragenden Spekulationsobjekt geworden infolge der geringen Produktion neuer Maschinen wegen des fehlenden Rohmaterials. Die Lieferungsstrafen für neue Maschinen sind ungeheuer weit gesteckt und durchaus unverbindlich. Gebrauchte Satz- und Rotationsmaschinen sind aber heute durch die Spekulationswut geschäftsgewandter Händler und Agenten so gut wie vom Erdboden verschwunden, und dazu kommt, daß die Angst vor einer allgemeinen Vermögensabgabe eine Anzahl bürgerlicher Druckereibesitzer bestimmt, sich so schnell und reich wie möglich mit Maschinen einzubeden. Eine gebrauchte 16seitige Rotations-

maschine z. B., die man früher für ein Butterbrot haben konnte, aber mit Recht nicht wollte, kostet heute 55 bis 60 000 Mk. Eine neue Maschine, die vor dem Kriege mit kompletter Ausrüstung für 25 bis 29 000 Mk. zu haben war, kostet heute ungefähr 90 000 Mk. und wird nach dem 1. Juli vielleicht 100 000 Mk. und darüber kosten.

Das dunkelste und traurigste Kapitel aber, mit dem man heute im Zeitungsgewerbe zu rechnen hat, ist zweifellos die Papierfrage (sehr richtig!), die sich für das Zeitungsgewerbe geradezu zu einer Katastrophe auswächst. (Sehr wahr!) Abgesehen von den auch hier fortgesetzt steigenden Preisen — vom 1. Juli ab werden die Preise wieder um 24 Mk. pro 100 Kilogramm steigen —, ist über eine gänzlich unzureichende Versorgung und eine durch nichts gerechtfertigte Verteilung des Papiers zu klagen. (Sehr wahr!) Hierin liegt ein großes Hemmnis für die Entwicklung gerade unserer Parteipresse. (Sehr richtig!) Würde sie über genügend große Mengen Papier verfügen, so könnten wir Ihnen in unserm Vorstandsbericht mit einigen Hunderttausenden Abonnenten mehr aufwarten. (Zuruf: Sozialisierung der Papiersfabriken!) So aber sehen sich die einzelnen Geschäftsleitungen gezwungen, im täglichen aufreibenden Kampf um jedes Gramm Papier den Umfang des Blattes auf das äußerste Maß einzuschränken und zahlreiche Neubestellungen von Abonnements und Inserate abzuweisen. Einzelne größere Blätter haben sechs bis zehn Anzeigenseiten pro Woche zurückweisen müssen. Dieser Zustand wirkt ruhmlos auf die Entwicklung der Presse, und wir müssen die Frage aufwerfen, ob wir einen solchen Zustand im Selbsthaltungsinteresse uns noch länger gefallen lassen dürfen. (Sehr wahr!) Wir haben uns fortgesetzt bemüht, auf eine bessere Belieferung unserer Zeitungen bei den amtlichen Stellen hinzuwirken. Wenn man uns auch in der ersten Zeit soweit wie möglich entgegengekommen ist seitens der Beamten, so ist das in letzter Zeit immer schwieriger geworden. (Hört! hört!) Würde mir doch neulich in der Kriegswirtschaftsstelle erklärt, wir sind nicht mehr in der Lage, für irgendwelche neue Zeitung auch nur noch ein Gramm Papier freizugeben und möchten Sie dringend bitten, von Neugründung von Zeitungen abzuraten. (Rufe: Die Unabhängigen haben Papier!) Natürlich müssen wir eine solche Zumutung ablehnen. Aus welchen Quellen die Unabhängigen ihr Papier haben, darauf komme ich vielleicht noch. Nach unserer Meinung, die wir doch auch etwas von den Dingen verstehen, haben die amtlichen Stellen noch längst nicht alle Wege erschöpft, um eine bessere Verteilung des vorhandenen Papiers und eine wirksamere Erfassung der Produktion zu erzielen, und darauf kommt es doch an.

Gegen das Prinzip der Rationierung ist von unserm Standpunkt aus kein Wort zu sagen, wohl aber gegen die Handhabung dieses Prinzips. Noch heute wird der gesamten Papierkontingenterung das Stichtjahr 1915 zugrunde gelegt, obwohl sich namentlich seit dem Ausbruch der Revolution die Dinge völlig verschoben haben. 1915 hatte unsere Presse einen erheblichen Rückgang zu verzeichnen. Die damals künstlich entfachte nationalsozialistisch-chawinskische Strömung und die zahlreichen Einberufungen, unter denen gerade unsere Leserschaft zu leiden hatte, wirkten lähmend auf die Entwicklung unserer Presse. Heute aber, wo die Schranken der politischen Hörigkeit gefallen sind, wo sich die Kriegspolitik der früher herrschenden Kreise, die von der Abwiegenden Mehrheit der bürgerlichen Presse verteidigt wurde, so unheilvoll in ihren Folgen bemerkbar macht, erleben wir, daß die Leser sich in Haufen der bürgerlichen Presse ab- und unserer Presse zuwenden

möchten. Dem trägt die Beibehaltung des Stichtjahres 1915 in keiner Weise Rechnung. Wir haben, um eine bessere Verteilung des Papiers zu erzielen, vom Vorstand aus eine Eingabe an das Reichswirtschaftsamt gemacht mit bestimmten Vorschlägen. Wir haben eine Abänderung des Stichtjahres verlangt und haben vorge schlagen, abermals eine Rationierung des allgemeinen Kontingents für alle Zeitungen vorzunehmen, und das dadurch ersparte Papier vor allem der parteipolitischen Presse, die nachweislich eine Steigerung ihrer Auflagen zu verzeichnen hat, zuzuwenden. Beide Vorschläge sind abgelehnt worden. (Hört! hört!) Der erste mit der Begründung, daß so wie ja die Anhebung der Kontingenterung erwogen werde. Dieser Standpunkt ist aber vom Reichswirtschaftsamt inzwischen wieder verlassen, und wir haben noch längere Zeit mit der Aufrechterhaltung der Kontingenterung zu rechnen. Wir wollen auch durchaus nicht verkennen, daß die Kontingenterung immerhin eine wilde Spekulation und Preissteigerung verhindert hat. Der zweite Vorschlag ist zurückgewiesen mit der Begründung, eine Verfüzung des Kontingents der bürgerlichen Zeitungen würde Arbeiterentlassungen hervorrufen. Das Argument ist zweifellos sozial gemeint, aber es trifft im gegenwärtigen Fall nicht zu, ganz abgesehen davon, daß man uns durch die nicht genügende Abgabe von Papier hindert, neue Zeitungen ins Leben zu rufen und damit neue Arbeitsmöglichkeit für das Buchdruckgewerbe zu schaffen. (Sehr richtig!) Im übrigen ist es mit der Papierknappheit so eine eigene Sache. Einer unserer Geschäftsführer, der die Dinge genau kennt, behauptet, es gibt eine Papiernot überhaupt nicht. Es fehlt nur an der richtigen Verteilung. Und wenn man sich die oftmals unterbetenen Haufen an Propagandaschriften von mehr aber weniger zweifelhaftem Wert, die in unsern Bureaus herumliegen, vergegenwärtigt, kommt man auf derartige Gedanken. (Sehr wahr!) Pfeifen doch heute die Späzen von den Dächern, daß man nicht nur Eier und Butter im Schleichhandel bekommen kann, sondern auch Papier, wenn man nur über den genügend großen Geldbeutel verfügt. Unsere Leute draußen verstehen es einfach nicht, daß unsere Presse ihren Umfang in kaum noch möglicher Weise einschränken und Abonnenten und Anzeigen zurückweisen muß, während namentlich die Generalanzeigerpresse fortgesetzt prahlt mit ihrem großen Papierbestand und betont, daß sie noch weit größere Inserate aufnehmen könne. Demgegenüber hört für unsere Parteipresse jede Konkurrenzmöglichkeit auf. Wir haben die amtlichen Stellen auf den Schleichhandel hingewiesen, dem man leider anfangs nicht die genügende Bedeutung beigemessen hat. Heute bemühen sich allerdings die amtlichen Stellen, dem Schleichhandel die Kanäle zu verstopfen. Mit Staatsanwalt und Polizei geht man ihnen energisch zuleibe, und nach meiner Information sind schon eine ganze Reihe von Beschlagnahmen erfolgt. Aber abgesehen davon, daß das gegenwärtige System geradezu den Anreiz bietet, das Gesetz zu übertreten, kommen auch diese Maßnahmen viel zu spät. Die kapitalkräftigen bürgerlichen Verleger haben ihren Bedarf auf lange Zeit hinaus gedeckt. Man spottet ja darüber, daß die großen Böse oft nicht groß genug sind, um die vielen Notationsrollen zu bergen. Andererseits scheinen uns die Wege der Kontrolle durchaus noch nicht erschöpft. Man gibt ja amtlicherseits zu, daß der große Umfang der bürgerlichen Presse zum Teil daher kommt, weil, obwohl ihre Auflage gesunken ist, sie doch das alte Kontingent noch fordert. Da hat man vor kurzem in Baden interessante Feststellungen gemacht. Es wurden an einem beliebigen Tage ganz unvermutet Beamte der Regierung in die Druckereien geschickt, und

sie müßten an Hand der Zähler der Rotationsmaschinen feststellen, ob Auflage und Kontingent mit den Angaben übereinstimmen. Man soll dabei in einer ganzen Reihe von Fällen gefunden haben, daß die Auflage weit unter dem geforderten Kontingent geblieben war. Vielleicht prohibiert man das auch einmal im übrigen Reich. Wenn es nicht hilft, dann schadet es ja auch nichts. Dann aber muß es möglich sein, den Schleißhandel auch auf andere Weise durch eine wirksame Kontrolle der Papierfabriken zu unterbinden und mehr Papier auf reguläre Weise zu gewinnen. Bei den paar Duzend Fabriken müßte es doch seltsam zugehen, wenn man sie nicht in entsprechender Weise erfassen könnte. Man muß auch hier an der richtigen Stelle einsetzen und nicht den Konsumenten allein strafen, sondern beim Produzenten einsetzen. Wir müssen eine durchgreifende Menderung fordern. Es handelt sich für uns um eine Lebensfrage. Der jetzige Zustand ist eine schreiende Ungerechtigkeit und eine unerschütterliche Bevorzugung der bürgerlichen großkapitalistischen Presse zu ungunsten der Parteipresse. (Sehr richtig!) Es ist unvereinbar mit der Tatsache, daß wir uns heute bis zu einem gewissen Grade im Besitze der politischen Macht befinden.

Das Stichjahr muß also geändert werden. Entweder in der Richtung des Antrags Hamburg Nr. 128, daß der Papierverteilung das Stimmverhältnis der Wahlen zur Nationalversammlung zugrunde gelegt wird, oder daß das Stichjahr von Jahr zu Jahr oder mindestens in kürzerer Frist abgeändert wird. Vor allen Dingen müssen, wenn die Papierknappheit wirklich vorhanden und eine größere Förderung der Kohlenproduktion fürs erste nicht zu erwarten ist, die parteipolitischen Zeitungen in erster Linie berücksichtigt werden und dann erst die farblose Generalanzeigerpresse.

Angehts dieser ungeheuren Schwierigkeiten in unserem Zeitungswesen haben wir in all den Fällen, wo Neugründungen von Zeitungen durch unsere Genossen gefordert wurden, auf diese Schwierigkeiten hingewiesen. So wünschenswert es ist, aus politischen und agitatorischen Gesichtspunkten auf dem platten Lande Parteiorgane ins Leben zu rufen, so sehr müssen wir davor warnen, leichtfertige Projekte ins Leben zu rufen, die der Partei mehr schaden als nützen. Diese Warnung möchte ich noch einmal von dieser Stelle aus einschneiden unterstreichen. Vor allem dürfen bei Neugründungen von Zeitungen nur sachliche Gesichtspunkte und nicht persönliche Eifersüchtligkeiten maßgebend sein. Selbstverständlich muß man sich aber vorher rechtzeitig mit den maßgebenden Instanzen ins Einvernehmen setzen, damit keine Mißverständnisse eintreten.

Das Bedürfnis nach einer besseren lokalen Presse ist heute im Lande vorhanden. (Sehr richtig!) Und wenn irgendwie die Voraussetzungen vorhanden sind, gebietet es die politische Notwendigkeit und Klugheit, dieses Bedürfnis nach Kräften zu fördern. Es ist Tatsache, daß heute die Bezirkspresse nicht mehr in der Lage ist, der lokalen Presse in ausreichendem Maße den lokalen Bedürfnissen entsprechend in genügender Weise entgegenzukommen. Der steigende Einfluß unsererseits in der kommunalen Gesetzgebung, die Häufung der Lebensmittelanzeigen, die vielerlei gekünstelten lokalen Vorgänge, die unvollkommenen Bahnverbindungen, mit denen wir auf lange hinaus zu rechnen haben, bringen es, mit sich, daß man mit der bisher gebotenen Bezirkspresse mehr und mehr unzufrieden ist und nach Mitteln und Wegen sucht, durch Gründung lokaler Blätter Abhilfe zu schaffen. Wir müssen versuchen, eine sog. Partei-Kreisblattpresse ins Leben zu rufen. Die in dieser Richtung stehenden Anträge Nr. 122, 124 und 127 treffen daher m. E. durchaus ins Schwarze.

Wir sind nun seit der Revolution bereits eine Reihe von Wegen gegangen, um diesem Bedürfnis gerecht zu werden, und ich will einige Wege zeigen. In vielen Fällen ist von uns verlangt worden, den Genossen draußen eine Druckerlei für und fertig hinzustellen. Das ist heute, wie ich oben borgelegt, unmöglich, und das kann sich nur der noch leisten, der über genügend große Geldmittel verfügt. Dieser Weg ist für uns in den meisten Fällen also ungangbar. Wir müssen da bessere Zeiten abwarten. Auch der Lohnbruch, der hin und wieder bei der Neugründung beliebt worden ist, ist keineswegs ideal und kann nur als Notbehelf in Frage kommen. Bei den heutigen Schwierigkeiten im Zeitungsgewerbe ist er vollständig unrentabel, und wir müssen ihn soviel wie möglich vermeiden. Es gibt bessere Wege. Am besten wird man die Frage der Neugründung von Parteiblättern lösen, entweder durch Uebernahme bürgerlicher Druckereien (sehr richtig!), oder durch die Uebertragung des Druckes in eigene Regie auf bürgerliche Drucker, oder durch Umwandlung des meist parteiloien Blattes in ein sozialdemokratisches Organ ohne Menderung des Besitztitels. Ich meine nicht etwa die gewaltsame Unterdrückung des bürgerlichen Betriebs, sondern nur die friedliche Verkündigung und Vereinbarung. (Weiterheit.) Zu einer Reihe von Fällen, wo wir den letzteren Weg gegangen sind, haben wir gute Resultate erzielt, und beide Teile sind auf ihre Rechnung gekommen. Es liegen uns im Parteivorhand eine ganze Reihe Offerten vor, worin uns bürgerliche Druckereien angeboten werden. Die Leute sehen infolge der veränderten politischen Verhältnisse ihre Abonnenten schwinden, sehen sich in ihrer Existenz bedroht, andererseits sagen sie sich, daß früher oder später die Partei doch am Orte ein eigenes Organ ins Leben rufen werde. Deshalb wählen sie das kleinere Uebel und bieten sich uns an aus geschäftlichem Kalkül.

Ein weiterer gangbarer Weg ist die Herausgabe von Kopfblättern. Davon will man heute nicht viel wissen. Erschwerend sind dabei die schlechten Bahnverbindungen. Man glaubt dabei auch nicht die genügende Selbständigkeit in der Bearbeitung des Organs zu haben. Man muß aber klein anfangen, um nicht notwendig zu haben, groß aufzuhören. Wir haben immer mit unseren Parteiblättern vorichtig und klein angefangen und sorgfältig aufgebaut. So muß es bleiben. Man mag gegen die Kopfblätter sagen, was man will, sie bieten zweifellos den besten Ausweg, um eine Lösung herbeizuführen. Vor allem hat man bei der Gründung von Kopfblättern mit dem geringsten Risiko zu rechnen. Dabei ist ein weiteres möglich. Man kann den politischen Teil in Form von Matern oder fertigen Blättern von seinem Mutterblatt beziehen. Man kommt dadurch in die angenehme Lage, eine halbwegs gute politische Redaktion zu haben, die man sich mit den bescheidenen Mitteln auf dem platten Lande aus Eigenem im Anfang nicht leisten kann. Im übrigen ist man durchaus selbständig auf dem Gebiete des lokalen Teils, und wir wissen, daß es mehr als bisher notwendig ist, ganz speziellen Wert auf die Ausgestaltung des lokalen Teils zu legen. (Sehr richtig!) Das ist mit ein Geheimnis unseres Erfolges auf dem Gebiete der Entwicklung der Parteipresse.

Damit sind die Mittel und Wege, die lokale Presse zu fördern, keineswegs erschöpft. Es ist selbstverständlich, daß unsere Parteipresse in erster Linie politischen Kampf- und Auffklärungsmittel bleiben muß. Sie ist nicht dazu da, ein ordinäres Sensationsbedürfnis zu fördern und zu befriedigen. Ihre vornehmste Aufgabe muß sein, die Schulung und Beeinflussung der Massen im Sinne der sozialistischen Weltanschauung. (Bravo!)

Aber darüber hinaus muß sich unsere Parteipresse mehr als bisher betreiben, in größerem Maße Nachrichtenorgan zu sein. Sie muß den Ereignissen des Tages auf den Gebieten der Kunst, Wissenschaft, Erziehung, Unterhaltung, Politik, größere Beachtung schenken als bisher. Aber es kommt nicht nur auf eine Mannigfaltigkeit der Nachrichtenvermittlung an, sondern darauf, in welcher Form das am besten und zweckmäßigsten geschieht. Auf diesem Gebiete liegt es nach unseren Erfahrungen bei unserer Presse noch sehr im argen. Allein die redaktionelle und technische Aufmachung läßt noch sehr zu wünschen übrig. Man werfe nur einmal einen Blick auf die großen bürgerlichen Tageszeitungen. Der sehr geschickten Wahl und Anwendung ihrer sog. Schlagzeilen verdanken sie einen wesentlichen Teil ihres Erfolgs und der Verbreitung, und wir müssen das Gute da nehmen, wo wir es finden. Eine geschickte Aufmachung ist noch längst nicht eine Förderung des Senationsbedürfnisses.

Weiter steht unsere Presse auch inhaltlich noch hinter der bürgerlichen Presse oftmals zurück. (Sehr richtig!) Es fehlt nicht nur an einer guten, sondern auch an einer schnellen Nachrichtenvermittlung. Wir haben uns bereits in der Kommission und im Parteivorstand speziell mit dieser Frage beschäftigt. Wir wissen ja, daß das frühere Pressebureau nicht immer in dieser Richtung befriedigt hat, und es ist deshalb vorgeschlagen worden, die Nachrichtenvermittlung gewissermaßen zu dezentralisieren in der Weise, daß man in einigen größeren Orten, im Osten, Süden, Westen und Norden, Pressebureaus einrichtet, die etwa von einer Berliner Zentrale gespeist werden, die aber andererseits die speziellen Nachrichten für die für ihren Bezirk in Frage kommende Presse weitergeben. Dadurch wird eine Schematisierung der Nachrichten vermieden und nur das gebracht, was für den speziellen Bezirk besonders gebraucht wird. Also diese Anregung ist durchaus wertvoll, und wir werden zweifellos diesen Weg gehen müssen.

Aber es muß nach meinem Dafürhalten auch ein größerer Wert auf die feuilletonistische Ausgestaltung der Parteipresse gelegt werden. Es ist bereits die Schaffung einer Feuilletonzentrale erwogen worden. Die Anträge 120 und 123 bewegen sich ebenfalls in dieser Richtung. Es muß möglich sein, hier einem tiefgefühlten Bedürfnis zu entsprechen. In etwas wird man diesem Bedürfnis entsprechen durch Herausgabe der illustrierten Wochenchrift „Volk und Zeit“, die heute von dem Sozialwissenschaftlichen Verlag geplant und vorbereitet wird, und die am 1. Juli einer Reihe von Blättern beigelegt werden soll. Der Keinen Parteipresse muß ein gutes und billiges Feuilletonmaterial zur Verfügung gestellt werden. Ein Material, das frei von aller Gelehrtheit, flott, flüssig und gemeinverständlich gehalten ist, und das vor allem den Weg zu den Herzen und Seelen der Frauen und der Jugend findet. Die „Gleichheit“ wird von jetzt ab auch mit einer Modebeilage „Die Frau und ihr Haus“ herauskommen. Die Probenummer hat auf uns, wie ich zu meiner Freude feststellen kann, einen sehr guten Eindruck gemacht. Wir hoffen, daß die „Gleichheit“ dadurch für unsere Frauen ansprechender und eifriger gelesen werden wird. Es gibt auch noch andere Wege zur Förderung dieser Art der Parteiarbeit. Für Fachleute ist es kein Geheimnis mehr, daß eine große Anzahl kleinerer Buchdruckereien trotz der Schwierigkeiten infolge der Kriegsteuerung ihren Betrieb aufrechterhalten durch Zuhilfenahme der Maternokorrespondenzen. Wir müssen uns die Frage vorlegen, wenn es bei den bürgerlichen möglich ist, auf diese Weise durchzukommen, weshalb beschreiten wir dann nicht denselben Weg? Das Bedürfnis nach einer lokalen Presse muß gestillt

werden. Durch die Verwendung von Matern ist eine Uniformierung nicht zu befürchten. Den unbestreitbaren Nachteilen stehen wesentliche Vorteile entgegen. Der politische Teil würde zweifellos gewinnen. Dazu käme die Verringerung der Herstellungskosten.

Die unbedingte Voraussetzung für das Gelingen unserer Parteizeitungsunternehmen ist aber die Schreibweise. Es ist der Ton, der die Kritik macht. Unsere Redaktionen sind noch zu wenig auf Massenpsychologie eingestellt, der einzelne schreibt immer noch viel zu viel für sich selbst und viel zu wenig für die Leser. Der Antrag 127 fordert mit einem gewissen Recht die Vermeidung der Fremdwörter. Wenn wir uns auch vor Sprachferereien zu hüten haben, so kann nicht bestritten werden, daß Fremdwörter unbedingt zu vermeiden sind, die kein Heimatsrecht in der deutschen Sprache haben; die anderen soll man möglichst vermeiden. Das ist auch ein Weg, um die Bildungsausgaben der Presse durchzuführen. Vor allem mögen unsere Redakteure an das Wort denken: in der Beschränkung zeigt sich der Meister. Man vermeide die „Bandwürmer“, die doch kein Mensch liest. Die Beiträge unserer Parteipresse müßten knapp, kurz und gemeinverständlich gehalten sein. Der Redakteur beachte, daß auch für den Zeitungsleser das Wort gilt: Zeit ist Geld.

Kun könnten Sie sagen: wir danken Ihnen für all die schönen Ratschläge, aber wie sind sie praktisch durchzuführen, zumal sie doch nicht neu sind, worauf ich auch keinen Anspruch mache. Aber wir müssen es hier mit Laßalle halten: das, was nötig ist, immer wieder zu sagen.

Es ist nicht zu bestreiten, daß die Partei keinen Ueberfluß an brauchbaren Redakteuren hat. Weiter wissen wir, daß die Parteiredaktionen noch unvollkommen besetzt und die Redakteure oft zum Raubbau mit ihrer Arbeitskraft gezwungen waren, speziell während der Kriegszeit. Das ist eine Finanzfrage, die aber gelöst werden muß. Gute Redaktionen und gute Geschäftsleitungen sind die Voraussetzung für den Erfolg. Wie ist nun dem Mangel abzuhelfen? Der Parteivorstand hat eine Rundfrage an die Zeitungsverlage gerichtet, wie sie über die Einstellung von Volontären denken, und welche Möglichkeiten für ihre Einstellung bestehen. Die Frage ist leichter gestellt, als beantwortet. Auch hier haben wir uns Beschränkungen aufzuerlegen, die für die bürgerliche Presse nicht in Frage kommen. Besonders haben wir uns zu hüten vor einer Lehrlingsgücherei.

Ein Teil der Parteizeitungen hat sich zu der Einstellung von Volontären bereit erklärt. Es ist nicht unbekannt, daß unter den neuen Parteigenossen zahlreiche geeignete Kräfte sind. Zur Fruchtbarmachung ihrer Arbeitskraft ist es notwendig, daß wir uns von dem Schlagwort: „Novembersozialist“ etwas emanzipieren. Gewiß muß Vorsicht geübt werden, und gewiß ist eine Prüfung von Fall zu Fall notwendig. Für die Einstellung von Volontären sind den einzelnen Geschäften von dem Parteivorstand namhafte Zuschüsse in Aussicht gestellt. Hoffen wir, daß sich die Hoffnungen auf diesem Gebiete erfüllen. Noch ein Wort über die Spezialpresse. Ich trete mit besonderem Nachdruck für die weitere Ausgestaltung der „Kommunalen Praxis“ ein, denn angesichts der gewaltigen Aufgaben, die unseren Genossen seit Eintritt der Revolution in die Kommunalverwaltung auferlegt worden sind, müssen wir für eine gebiegene Kommunal-literatur sorgen, um sie in der Lösung ihrer Aufgaben zweckmäßig zu unterstützen. Ueber die „Arbeiter-Jugend“ hat bereits Genosse Schulz gesprochen. Ebenso habe ich schon gesagt, daß die „Gleichheit“ nicht nur volkstümlicher, sondern auch

vielfachertiger werden soll. Sie haben eine Reihe Maßnahmen für den besseren Ausbau unserer Parteipresse gehört. Als gute Sozialisten und gute Demokraten halten wir es für einen selbstverständlichen Grundgedanke, daß der Kampf um die Weltanschauung nur mit geistigen Waffen geführt werden darf. (Lebhafter Beifall.) Die Parteipresse ist eine unserer wichtigsten Weisheitswaffen, die wir so scharf und schnell wie möglich ausgestalten müssen. Getreu den Worten unseres Sozialistenideals; daß wir nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren kämpfen; nicht mit Schwert und Speer, sondern daß unser Kampf mit dem Schwert des Geistes und dem Banner des Rechts geführt werden muß. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Ich habe dem Parteitag einige Mittelungen zu machen. Von einem Genossen aus Berlin liegt ein Antrag ohne Unterschrift vor. Der Genosse möge die Unterschrift nachholen. Die Genossen Lindiger und Passauer lassen wegen der Wahlen, die in ihrem Bezirk stattfinden, ihr Fehlen auf dem Parteitage entschuldigen. Genosse Rudolph, Staatsrat in Sachsen-Weimar, hat mitgeteilt, daß die Legitimationskarten der Delegierten zur freien Besichtigung der Weimarschen Sehenswürdigkeiten berechtigen, soweit sie dem Staat unterliegen. (Beifall.) Der Bayerische Laubhummel-Delegiertentag hat uns ein Begrüßungsprogramm geschickt. Es liegt noch ein Geschäftsordnungsantrag Waser (München) vor. Er lautet: „Angesichts der Tatsache, daß der Parteitag infolge des Zusammentritts der Nationalversammlung im gleichen Lokal seine Tagesordnung nicht ordnungsmäßig erledigen kann, eine Durchpfeilung der Tagesordnung aber die Partei auf das allerschwerste schädigt, wird der Parteivorstand ersucht, für die Beschaffung eines andern Einigungslokales rechtzeitig Sorge zu tragen. Ist dieses nicht möglich, so wird der Parteitag auf kurze Zeit verlagert, bis ein geeignetes Lokal hier oder auch in den Nachbarstädten, z. B. Jena, zur Verfügung steht.“

Dazu muß ich bemerken, daß der Antrag von der vollständig falschen Voraussetzung ausgeht, wir könnten die Tagesordnung nicht in der uns zur Verfügung stehenden Zeit hier erledigen. Das steht noch keineswegs fest. Möglichenfalls könnten wir in diesem Räume am Sonntag weiter tagen. Selbstverständlich hat es der Parteitag allein in der Hand, die Erledigung der Geschäfte zu bestimmen. Aber selbst wenn Schwierigkeiten außerpolitischer Art auftauchen (Jurist: Dann bleiben wir hier!), dann werden selbstverständlich die nötigen Schritte vom Parteivorstand getan, um einen Ersatz für dieses Lokal zu schaffen. Für die Erledigung der Aussprache über die bisher geleisteten Berichte, in die wir nunmehr eintreten, empfehle ich, daß wir eine Teilung nach folgenden Grundfragen vornehmen: Erst eine Aussprache allgemeinen politischen Inhalts, also über die Fragen, die im Bericht des Parteivorstandes durch den Genossen Weis aufgeworfen worden sind; aber die Stellung zur Regierung, über Schulfrage, Freiwilligenkorps usw., da alle diese Punkte innerlich in Verbindung miteinander stehen. Sollte es sich im Verlauf der Debatte herausstellen, daß es zweckmäßig ist, irgendeinen Punkt herauszuheben, so kann immer noch eine besondere Debatte eingerichtet werden. In zweiter Linie lassen Sie uns dann alle Fragen behandeln, die Gegenstände der Berichte im engeren Sinne gewesen sind, also Agitation, Organisation, Bildungsarbeit, Pressearbeit. Ich bitte um Annahme dieser Zweiteilung, zumal dadurch die Debatte in keiner Weise beeinträchtigt wird. Ich höre keinen Widerspruch. Wir schreiten nun zur Feststellung der Anträge, die bei der politischen Debatte behandelt werden sollen.

Ich habe diese Anträge nach Materien, nach ihrer inneren Zusammengehörigkeit, gruppiert und möchte sie Ihnen in dieser Reihenfolge vorlesen. Zunächst die Anträge, die sich auf die Einigung der Partei beziehen. Das sind folgende: Nr. 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Eine zweite Gruppe von Anträgen beschäftigt sich mit der Reform der Verwaltung, der Demokratisierung der Verwaltung, der Beseitigung reaktionärer Beamter. Hierzu gehören: Nr. 12, 25, 60, 96, 117, 181, 208.

Dann kommt eine Gruppe von Anträgen, die sich auf die Freiwilligenkorps beziehen. Das sind: Nr. 68, 74, 82, 166, 167, 158, 169, 175, 185, 186, Absatz 8, 193, 194, 208.

Ich schlage vor, daß wir diese Anträge insgesamt als genügend unterstützt betrachten. Es ist dann aber natürlich völlig unmöglich, daß wir jedem Antragsteller dieser toleранterweise als genügend unterstützt angesehenen Anträge eine Redezeit von 20 Minuten einräumen. Wir können höchstens zulassen, daß von jeder Gruppe Anträge je ein Genosse die verlängerte Redezeit bekommt.

Wir treten nunmehr in die Aussprache ein.

Groger (Frankfurt): Die Wahlen zur Nationalversammlung und der Geschäftsbericht haben uns den Ausschweifung der Partei in recht erfreulicher Weise demonstriert. Aber die Dinge, die nach den Wahlen sich ereignet haben, müssen uns zur strengsten Selbstkritik führen. Der Stimmenrückgang bei den späteren Wahlen, die Unzufriedenheit, die zweifellos in den Reihen der Parteigenossen vorhanden ist, zwingt uns, uns die Frage vorzulegen, welches die Ursachen dieser Erscheinung sein mögen. Es wurde bereits mit Recht betont, daß nicht alle die, die jetzt zu uns gehören, den sozialdemokratischen und sozialistischen Gedanken in sich aufgenommen haben. Sie zu Sozialisten und Sozialdemokraten zu machen, wird vorwiegend unsere Aufgabe sein. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß auch Fehler bei uns gemacht worden sind, vor denen wir die Augen nicht verschließen dürfen. Schulz sagte, die Debattanten legten zu wenig Gewicht auf die Massenfrage. Das trifft auch auf eine Reihe anderer Funktionäre zu, nicht nur der Partei, sondern auch auf Genossen, die in anderen Kreisen sitzen, die sie im Auftrage der Partei verwalten. (Sehr richtig!) Ich hebe nur einige Punkte hervor. Nach der Revolution sollte sicher ein großer Teil unserer Parteigenossen, daß es uns gelingen würde, eine einheitliche deutsche Republik zustande zu bringen. Statt dessen sahen wir, daß überall der Kantonalgeist aufblühte, daß es unmöglich war, mit der Kleinstaaterei so aufzuräumen, wie es unser aller sehnlichster Wunsch war. Dieser Kantonalgeist hat uns unendlich viel geschadet; das sehen wir am deutlichsten, wenn wir die Politik der Einzelstaaten verfolgen. Da möchte ich mich zunächst mit Preußen befassen. Die unglückselige Politik, die seitens des Ministeriums des Innern in Preußen verfolgt worden ist, sie hat uns die Genossen in hellen Haufen davon gelaßt. (Sehr wahr!) Es ist unverantwortlich und launig zu verfahren, wie der Gedanke der Demokratisierung in dieser Weise durch das Ministerium des Innern verpönt werden konnte. (Sehr wahr!) Wir brauchen uns nur die Tatsache vor Augen zu führen, wie unmittelbar nach der Revolution und nach den Wahlen an die Demokratisierung der Gemeinverwaltungen herangegangen wurde. Die Gemeinverwaltungen wurden aufgelöst und Neuwahlen vorgenommen. Unsere Genossen hofften,

daß es Ihnen gelingen werde, die Mehrheit zu bekommen, die Bürgermeister zu befechtigen und den Geist der Demokratie und des Sozialismus in die Gemeindeverwaltungen hineinplanken zu können. Wir haben in unendlich vielen Gemeinden die Mehrheit bekommen, zu sagen haben wir trotzdem herzlich wenig. (Sehr wahr!) Die Schöffen und Bürgermeister sind geblieben, und sie kommandieren heute die Mehrheit der Gemeindevertretung. (Zuruf: Sie sind bestätigt worden vom Ministerium!) Welches Maß von Ingrimm ist damit unter unseren Leuten erzeugt worden, wie hoffnungslos sind sie geworden! Der Glaube, daß an die Demokratisierung endlich herangegangen werden kann, ist geschwunden, man hat den Eindruck, daß die ganze Demokratisierung nichts anderes ist, als eine Scheindemokratie, in der die Genossen zur Einflußlosigkeit verurteilt sind. (Zuruf.) Damit ist der Gedanke des Rätesystems weiter gefördert worden. Dann ist man an die Demokratisierung der Kreisräte herangegangen; es sind auf Grund dieser Zusammensetzung der Gemeindevertretung die Wahlen zu den Kreisräten vorgenommen. Aber auch dort, wo wir bei den Wahlen zur Landesversammlung die übergroße Mehrheit bekommen haben, sind wir bei den Kreisräteauswahlen zur Untätigkeit verurteilt gewesen. Wels hat mit Recht betont, daß die Einigkeit der Partei sich nur auf der Grundlage der Demokratie vollziehen kann. Dann sollten aber auch unsere Genossen an verantwortlicher Stelle es sich angelegen sein lassen, diesen Geist der Demokratie in der Verwaltung überall voll zur Durchführung zu bringen. Bis heute haben Sie eine Karikatur der Demokratie, und dagegen macht sich selbstverständlich überall eine Empörung im Lande geltend und das Vertrauen ist geschwunden. Die alte Landrats Herrschaft ist geblieben, die Landräte versuchen geradezu, den Sozialismus und die Demokratie dadurch zu kompromittieren, daß sie alle ihre niederträchtigen reaktionären Streiche auf das Konto der demokratischen und sozialistischen Regierung zu setzen versuchen. (Sehr wahr!) Wenn dagegen nicht von der Regierung aus der notwendige Riegel vorgeschoben wird und diese Gesellschaft so schnell zum Teufel gejagt wird, wie sie es verdient, dann wird von dieser Stelle aus in unverantwortlicher Weise gesündigt. (Sehr wahr!) Ich wünsche nur, daß die Genossen, die an dieser Stelle sitzen, endlich mit dem Zustande aufräumen wollen. Dazu kommt noch ein anderes. Wir sehen die Schwierigkeiten in der Ernährungsfrage, im Schleichhandel. Auch hier sind wieder die maßgebenden Persönlichkeiten, die darauf achten sollen, daß wir zu geordneten Verhältnissen kommen, die Landräte! (Sehr wahr!) Sie müssen also, wenn wir überhaupt zu geordneten politischen und wirtschaftspolitischen Verhältnissen gelangen sollen, auf das allererschleueste befehtigt werden. Heute ist es so: die Leute gehen und als Vertreter kommt irgendein feindlicher oder großindustrieller Herr, der als erster Kreisdeputierter die Tätigkeit des Landrats ausübt, selbstherrlich nach dem alten System. Also hier muß gründlich Wandel geschaffen werden. Wenn schon manche Schwierigkeiten, die wir nicht verkennen wollen, auf das Konto der Tatsache gesetzt werden müssen, daß wir nun einmal eine Koalitionsregierung haben, dann müssen wir aber auch die Tatsache nicht vergessen, daß zweifellos die Genossen, die bisher das Amt des Ministers des Innern innehatten, nicht von der genügenden Entschlossenheit durchdrungen waren, hier gründlich den Wandel zur völligen Demokratisierung herbeizuführen. Wir müssen Ihnen sagen, daß, wenn sie glauben, die Demokratisierung nicht in der Weise durchzuführen zu können, wie wir dies für notwendig erachten, sie gehen mögen, und wollen sie das nicht, dann müssen sie gehen. (Sehr richtig!) Und weil es schließlich Genossen gibt, die glauben, daß sie als

Regierungsmitglieder nicht der Partei verantwortlich sind, sondern nur ihrer Regierung, so bitte ich Sie, heute gemäß dem Antrag 207 zu beschließen, daß der Parteitag erklärt, daß Genossen, die Regierungsdämter innehaben, der Partei verantwortlich sind. (Sehr gut!) Dann haben wir die Möglichkeit, diejenigen, die da glauben, sich im hohen Olymp zu befinden, daß sie die Menschenkinder kaum noch sehen, zur geeigneten Zeit abzuberkeln, und es wird dann hoffentlich gelingen, die Demokratisierung in dem Tempo durchzuführen, wie es den berechtigten Anforderungen der Parteigenossen im Lande entspricht. (Beifall!)

Krell (Vord.): Das zentrale Problem der gegenwärtigen parteipolitischen Situation ist nach meinem Dafürhalten die Stellung unserer Partei und ihrer Vertreter in der Regierung zum Sozialismus, nicht in dem Sinne, ob wir ihn überhaupt wollen, sondern, ob wir ihn jetzt haben wollen und wollen müssen.

Der eine Teil unserer Parteigenossen erklärt:

1. Der Sozialismus als praktische Wirklichkeit könne nur aus Überflutungen des Reichums geboren werden. Deutschlands Wirtschaft sei aber total verarmt und zerrüttet. Deshalb sei die Sozialisierung seiner Produktionskräfte unmöglich.

2. Es sei ein Unsin, Selbstmord eines Volkes, allein inmitten einer privatkapitalistisch produzierenden Welt den Sozialismus verwirklichen zu wollen. Deutschland könne konkurrenzfähig, seine Wirtschaft nur rentabel sein bei privatkapitalistischer Wirtschaftsform. Diese Ueberlegung ist mangelhaft und einseitig, sie bleibt in einigen wirtschaftlichen Betrachtungen stecken und bringt nicht bis zur psychologischen Tiefe des Problems vor.

Gewiß ist es angenehmer und wirtschaftlich leichter, den Sozialismus durchzuführen, wenn nicht Not und Mangel, sondern Ueberfluß herrschen. Aber auch im Zustande des Ueberflusses würde nicht dieser, sondern nur der Druck, die Unträglichkeit gewisser Verhältnisse, eine gewisse Not, die Not sozialer Ungerechtigkeit es sein, die zum Sozialismus treiben. Wenn dieser Druck, diese Unträglichkeit, diese Not so schreiend geworden sind, daß ihre Stimme nicht mehr überhört werden kann, dann ist die Notwendigkeit des Uebergangs zum Sozialismus eingetreten. Dieser psychologische Moment ist jetzt eingetreten, wie zu keiner Zeit, und wird auch nie mehr so eintreten. Der Krieg hat uns diese Notwendigkeit ins Ohr gebrüllt. Er hat uns das Medusenantlitz des Kapitalismus in seiner ganzen Schrecklichkeit gezeigt. Er hat uns gezeigt, wie dieser, sich mit dem Schimmer nationaler Romantik bekleidend, im Schafspelz des Patriotismus aufstretend, seiner unersättlichen Machtgier Hetatomben von Menschenleben opferte, wie er, einerseits die Menschen zur letzten rasanten Anstrengung des Kampfes aufpeitschend, andererseits die Widerstandskraft des Volkes zernagte, oder wie er torumpierend in alle Verhältnisse staatlicher Organisation drang, sie mit dem Gift selbstthätiger Interessenwirtschaft verseufend. Durch den Krieg ist er sich selbst zum Venter geworden und hat das ganze Volk in seinen Ruin mit hineingezogen.

Und nun soll den Arbeitern, dem Volke zugemutet werden, daß es sich selbst seinen Venter wiederaufrichtet? Um, wenn er wieder erkrankt ist, den Kampf gegen ihn, das mißsinnige Werk seiner Zerstörung, von neuem zu beginnen. Welcher Widerstand! Man wird darauf erwidern: wenn der Privatkapitalismus jetzt wieder ausgerichtet werde, werde man ihm schon Fesseln anlegen, so daß er so schrankenloses Unheil nicht mehr anrichten könne. (Unruhe.)

Vorsitzender Oskar Schult: Ich möchte den Parteilag bitten, mehr Ruhe zu bewahren. (Rufe: Nicht vorlesen!) In anderer Geschäftsordnung steht nicht, was in der Geschäftsordnung des Reichstags steht, daß man nicht auch Neben vorlesen darf. Sie haben also kein Recht, dem Redner einen Vorwurf daraus zu machen, daß er sich wesentliche Notizen für sein Referat gemacht hat. (Rufe:) Ich wäre aber aus den Zwischenrufen, daß der Redner nicht verstanden wird und möchte darum an ihn die Bitte richten, lauter und langsamer zu sprechen.

Krell (Dd., fortfahrend): Der Kapitalismus des privaten Unternehmers ist ein Proteus; verschleht bu ihm diese Tür, findet er zehn andere Ausgänge, willst du ihn in dieser Gestalt fangen, verwandelt er sich in zehn andere. Gewiß, Kriege wird er bei uns nicht mehr entfachen. Aber nie wird es gelingen, ihn mit seiner ganzen Leistung reiflos in den Dienst am Allgemeinwohl einzuspannen. Er wird dem Allgemeinwohl stets nur widerwillig opfern. Der einzelne wird danach trachten, der Leistung für das Ganze sich soweit wie möglich zu entziehen, möglichst an einer Stelle immer den anderen die Lasten tragen zu lassen. Die Kapitalsucht ins Ausland, die Verschlebung und Verdeckung von Vermögen, die Verschönerungsbestrebungen vom Reich und das Viebängeln mit dem Anschluß an Länder der Alliierten kennzeichnen am besten, was man von diesem Geist des privaten Kapitalismus für die Aufopferungsfähigkeit zur Tilgung der unermesslichen Lasten zu erwarten hat. Da soll die Arbeiterschaft zum Kapitalismus und zum kapitalistischen Unternehmer das Vertrauen haben, daß er sich seinen gerechten Anteil an der Mittragung dieses Riesendebüts, mit dem der Krieg für uns abschließt, und an der Tilgung dieses ungeheuren Schuldborstrages auf der Passivseite unseres Wirtschaftskontos nicht entziehen wird? Das Vertrauen hat der Kapitalismus, dieser Großschieber und Staatsbetrüger, reiflos eingebüßt.

Zeigen diese Ausführungen, wie schon subjektiv das Verharren bei der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise eine Unmöglichkeit ist, so ergibt sich diese Unmöglichkeit auch objektiv; die Notwendigkeit des Sozialismus im Zustande des Ueberflusses folgt aus der Notwendigkeit einer sozialen, gerechten Verteilung der durch diesen Ueberfluß zugänglichen Vorteile. Die Notwendigkeit des Sozialismus im Zustande des Mangels und der Not wird durch die Notwendigkeit einer sozial gerechten Verteilung dieses Mangels und der Not gefordert. Dieses letztere Bedürfnis wird sich stets mit noch elementarer Gewalt Geltung zu verschaffen suchen, als das nach gerechter Verteilung der mit dem Ueberfluß verbundenen Vorteile möglich ist. Denn in Zeiten der Not und des Mangels wirkt soziale Ungerechtigkeit immer viel aufbettender. Das haben wir im Kriege gesehen. Der Versuch einer sozial gerechten Verteilung der Kriegsgüter muß schmächtig scheitern an dem Privatkapitalismus. Nur der Sozialismus gewährleistet die soziale Gerechtigkeit.

8. Der Krieg schließt für uns ab mit der Notwendigkeit der Arbeitung einer uns alle belastenden Solidarschuld. Diese Arbeit muß daher auch eine solche solidarischer Gemeinamkeit sein. Diese Solidartät der Arbeit ist aber nur denkbar im Sozialismus. Nur die sozialistische Arbeitsmethode, nicht die privatkapitalistische ist zu solcher Arbeitsgemeinschaft tauglich. Das Arbeiten für die eigene Tasche, das es im übrigen dem Staat überläßt, selbst zusehen, was er aus diesen Taschen herausholen will, wie er für seine Bedürfnisse sorgt, ist keine dafür brauchbare Methode. Der Privatkapitalismus macht zwischen sich und dem Staat eine Scharung, sieht im Staat sogar seinen Feind, der ihm das „Seintige“ nehmen

will, jetzt aber brauchen wir ein Arbeiten, das sich unmittelbar in den Dienst des Staatsganges stellt. Das ist beim Privatkapitalismus undenkbar.

Die Notwendigkeit des Sozialismus ist danach zwingend. Es bleibt die Frage, ob seine Verwirklichung scheitern muß an der wirtschaftlichen Unmöglichkeit seiner Durchführung. Wichtig ist, daß bei einem Vergleich zwischen der praktisch erprobten und eingespielten privatkapitalistischen Wirtschaftsweise und der noch unprobierten und erst aufzubauenen sozialistischen Wirtschaftsweise dieser Vergleich, was Rentabilität und Konkurrenzfähigkeit anlangt, an sich zu Ungunsten der sozialistischen Wirtschaftsweise ausfällt. Bei diesem Vergleich legt man aber eine normal funktionierende und intakte kapitalistische Wirtschaft zugrunde. Dieses Ergebnis ändert sich aber sofort, wenn man berücksichtigt, daß diese Wirtschaft aus dem nicht mehr zu beseitigenden Drange der Arbeiterschaft nach Sozialismus ständig durch Arbeitsmangel, Streiks, Unruhen usw. beeinträchtigt und erschüttert sein wird. Eine ständig bedrängte leidende kapitalistische Wirtschaftsweise wird noch schlechter arbeiten, als eine sozialistische; letztere wird, wenn ihr Aufbau vorsichtig und in kluger Anpassung an die aufmerksam zu beobachtenden praktischen Erfahrungen erfolgt, zweifellos immer noch rentabler und wettbewerbsfähiger sein, als eine ruinierte privatkapitalistische Wirtschaft, die von revolutionären Anstrengungen der Arbeiterschaft fortgesetzt erschüttert wird. Auch wird der sozialistische Arbeiter unter dem Zwang der Not streben, wettbewerbsfähiger zu werden. Die Entbehrungen und Einschränkungen, die er sich selbst auferlegen wird, um sich im Wettbewerb zu behaupten, wird er leichter ertragen als die, die ihm ein privatkapitalistischer Unternehmer — sei es auch notgedrungen — auferlegt.

Wir kommen also, wenn wir unsere Wirtschaft wieder in Gang bringen wollen, mit zwingender Notwendigkeit zu sozialistischer Arbeits- und Wirtschaftsweise. Der Zwang der Not wird unser Zuchtmittel zum Sozialismus sein. Die Arbeit wird unser Geld sein, was uns retten kann. Sie ist unser einziges Kapital, unser einziges Attribut. Die Arbeitskraft ist unser Wertvollstes und Wichtigstes, das wir besitzen. Da ist es natürlich selbstverständlich, wenn die Bedeutung der Arbeit ihren sinnfälligen und geistlichen Ausdruck erhält durch die Schaffung eines Parlamentes der Arbeit, eines Wirtschaftsparlamentes, zu dem im Prinzip auch alles, was arbeitet, ohne eigener Unternehmer zu sein, Wahlrecht hat, und in dem der Aufbau der Arbeit zur Wiederaufrichtung deutscher Wirtschaft, der Aufbau des sozialistischen Staates beraten und beschloffen wird.

Redner muß, da die Nebzeit abgelaufen war, auf weitere Ausführungen verzichten.

Geuerich (Hamburg): Parteigenossen und Parteigenossen! Die Deutsche Revolution litt vom ersten Tage her an dem unheilvollen Schicksal des Druckkrieges. Wir Jungen, die wir nach vier Jahren aus dem Kriege zurückkamen, fanden, daß in Deutschland der Druckkampf nicht wie es früher Sitte war, mit geistigen Mitteln ausgetragen wurde, sondern durch Anwendung von Mitteln der Gewalt. Die eine Gruppe versuchte die andere mit Gewalt von der Regierung abzuhalten, sie mit Gewalt um ihre Presse und um ihre Organisationseinrichtungen zu bringen. In diesem Druckkampf hat die demokratisch organisierte und geschulte Arbeiterschaft insofernmäßig das getan, was ihre geschichtliche Aufgabe war. Ich sage insofernmäßig. Die Dinge lagen so, daß vielerorts und im ganzen Reich eigentlich gar keine Führung vorhanden war. Der Parteivorstand, unsere Genossen an der Spitze, hatten in vielen Fällen andere zu tun, als sich

um die Föhrung zu bestimmen. Trotzdem aber sind unsere Genossen im Lande infinktümlich den richtigen Weg gegangen. Sie haben zunächst die selbstverständlichen Freiheiten eines freien Landes geschüßt, die Pressefreiheit n/ho. Dann haben sie mit allen Mitteln einen Kampf geführt für das gleiche Recht aller und gegen die Diktatur. Wir in Hamburg sind am ersten Tage der Revolution schon vergewaltigt worden. Man nahm uns unsere Zeitung weg. Den Gewerkschaften wurde verboten, irgendwie aktiv tätig zu sein. Das war am 6. und 7. November. Am 9. Januar war der zweite Tag der Vergewaltigung. Man verbot seitens des Arbeiterrats, der von kommunistischen Diktatoren beherrscht wurde, das „Hamburger Echo“, und am 9. Januar versiegelte man den Gewerkschaften ihre Rassen und wollte sie so aus der Welt schaffen. (Hört, hört!) Ohne daß die Arbeiter von irgendeiner Seite dazu gerufen wurden, haben sie auch da rein infinktümlich die Betriebe verlassen, sind vor das Rathaus gezogen und haben gefordert, daß alles wieder freigegeben wird, und die Buchdrucker der unabhängigen Zeitung kamen zu uns und erklärten: Wir machen nicht mit, es wird auch keine andere Zeitung gedruckt, wenn das sozialdemokratische Organ nicht gedruckt werden darf. (Bravo!) Das war der Weg, den wir gehen mußten. Das war unsere historische Aufgabe, die Deutsche Revolution vor der Selbstvernichtung zu schützen, (sehr richtig!), vor der Selbstvernichtung durch den Radikalismus. (Sehr richtig!) Inwiefern ist der Sieg, der der sozialdemokratischen Arbeiterchaft in diesem Kampfe zugefallen ist, der Sieg des Willens zur Gleichberechtigung gegenüber dem Willen zur Diktatur, und entsprechend diesem Siege und diesem Willen, der sich als der stärkere durchgesetzt hat, sollte auch dieser Parteitag ein unzweideutiges und entschlossenes Bekenntnis zur Demokratie ablegen. (Sehr richtig!) So weit stimme ich auch dem Genossen Wels zu, der das gleichfalls in seinem Referat sagte. Aber was uns jetzt mangelt, ist, daß wir nunmehr innerhalb der Demokratie auch mit dem richtigen Draufgängergeist an das gehen, was wir unbedingt noch als Vollziehung der Revolution ansehen müssen. (Sehr richtig!) Als erstes ist hier die Demokratisierung der Verwaltung genannt worden, mit Recht. Ich habe gehört, daß die Zentrumsparlei immerfort mit allen Mitteln sich stützend auf die Demokratie Beamtenstellen verlangt, Regierungspräsidenten, Landräte, daß sie sagt: in dieser Gegend haben wir die Mehrheit, hier müssen wir die Beamten stellen. Andere bürgerliche Parteien machen das genau so. Nun wohl, auch wir müssen das tun, und müssen es ganz besonders tun, gestützt auf das Ergebnis der Willensstundgebung der Wähler im ganzen Reich. Wir müssen sagen: Wir haben 42 und mehr Prozent aller Stimmen erhalten, also müssen wir auch so und soviel Stimmen in der obersten Verwaltung haben, und das müßte besonders den Genossen in der Regierung Grundlage und Leitfaden sein, die die Beamter zu vergeben haben. Natürlich kann nicht nach dieser Methode in der Weise verfahren werden, daß, wenn das Zentrum in einer Provinz die Mehrheit hat, es dann unbedingt die Beamtenstellen haben muß. So ist Demokratie nicht aufzufassen. Dann bekommen wir Zentrumsprovinzen, konservative Provinzen. (Zurufe: Haben wir bereits!) — Gewiß, die haben wir, aber dagegen muß eben vorgegangen werden. Ich halte es gerade für zweckmäßig, daß in Zentrumsprovinzen sozialistische Regierungspräsidenten sitzen, während Zentrumsregierungsräte in sozialdemokratischen Provinzen sicher kein Urheil anrichten können. Die Demokratie schießt die gegenseitige Durchdringung aller Volksteile nicht aus, vor allem darf sie nicht der gegenseitigen Abgrenzung dienen.

Wenn unsere Genossen infolge der Koalition zu Maßnahmen gezwungen werden sollen, die ihrem Gewissen als Sozialisten widerstreben, dann verlangen wir, daß sie rund heraus erklären, wir machen nicht mehr mit. (Lebhafte Sehr richtig!) Das Bürgertum bedient sich ja jedes Mittels. Beispielsweise haben wir in Hamburg die Mehrheit, und es ist selbstverständlich unsere Pflicht, für den Sozialismus herauszuholen, was herauszuholen ist. Da kommen aber die bürgerlichen Parteien und sagen, wir machen nicht mehr mit (Zuruf: Sollen sie tun.) Ich bin der gleichen Meinung, wie der Zwischenrufer. Wir dürfen solchen Drohungen ruhig ins Auge sehen, nicht ängstlich werden. Denn das Bürgertum wird nicht so leicht den Machtbereich, den es nun einmal innehat, preisgeben. Aber unsere Regierungsvertreter sollen in Fällen, wo man ihnen zumutet, gegen ihr Gewissen zu handeln, mit dem Verzicht drohen. Sie sollen den Bürgerlichen erklären, versucht, Deutschland ohne uns zu regieren, dann werdet ihr erkennen, daß ihr ohne uns nicht fertig werden könnt. (Lebhafte Beifall.)

Zur Einigungsfrage trete ich der Auffassung bei, daß das Bekenntnis zur Demokratie die beste Grundlage für die Einigung ist. Dem Einigungsrundmel, man kann leider davon sprechen, muß mit absoluter Klarheit begegnet werden. Sagen wir unseren Gegnern, wir sind bereit, auch die Hand zu reichen, wenn ihr fest auf dem Boden der Demokratie stehen wollt. Innerhalb der Sozialdemokratie verlangen wir dann frisches Draufgängerium, damit wir den Kampf für die Arbeiterchaft, für den Sozialismus und Internationalismus mit aller Entschiedenheit durchführen. (Lebhafte Beifall.)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Das Wort erhält nunmehr Genosse Adolf Braun zur Begründung des Antrages 202. Er hat nach der Geschäftsordnung das Recht auf eine Redezeit von 20 Minuten.

Adolf Braun: Für die Fortdauer der Spaltung innerhalb des Sozialismus gibt es keine Entschuldigun mehr. Ich halte es allerdings für einen Fehler, unsere Kriegspolitik als durch die Ergebnisse gerechtfertigt hinzustellen, wie es Genosse Wels getan hat. Es ist durchaus nicht mehr notwendig, daß wir uns über den 4. August 1914 unterhalten, denn in den Novembertagen 1918 ist die neue Grundlage für die Arbeit der Partei gefunden. Die Berufung auf das Jahr 1914 können wir uns nicht mehr leisten, denn die entscheidenden Tage für unsere Partei, in denen sie ihre Stärke zeigen muß, liegen nicht im Jahre 1914.

Ich freue mich der nationalen Töne, die Genosse Wels angeschlagen hat. Wir müssen mit aller Entschiedenheit kraftvoll den nationalen Standpunkt betreten, der in unserer internationalen Auffassung verankert ist. Die nationale Welle aus dem wilhelminischen Zeitalter, der Nationalismus der alldeutschen und nationalliberalen Imperialisten und Kapitalisten soll an unserem Nationalismus zerbrechen. Unser Nationalismus steht nicht im Widerspruch mit dem Internationalismus. Ihr Zusammenhang muß gerade an dem wahrheitlichen Vorabend des Friedensdiktates betont werden. Sitten wir uns, vom 4. August 1914 mit Beziehung auf den Frieden von Versailles zu sprechen. Wer das sagt, der steht zu, daß der Friede von Brest-Litowsk die Mobilisierung der russischen Streitmacht im Sommer 1914 als berechtigt erwiesen habe. Der müßte auch die Revandepolitik Clemenceaus als berechtigt ansehen dank der sinnlosen Forderung des kaiserlichen Deutschlands, als Gewähr für die Neutralität Frankreichs die Festungen Louv und Verdun durch deutsche Truppen be-

legen zu lassen. Neben wir nicht mehr über die Ursachen des Krieges von 1914, diese Erörterungen fänden nicht die Partei und erleichtern nicht die gewünschte Einigungsaktion. Was wir getan haben, ist von der Besichtigung und nicht von den Politikern von heute zu wertem; wir sollten nicht mehr darauf zurückkommen. (Lebhafte Sehr richtig!)

Bei unsern Einigungswünschen lassen Sie uns nur über das sprechen, was tatsächlich ist. Stellen wir die berechtigten Bitternis, die wir über die Angriffe der Unabhängigen empfinden können, zurück und geben wir unseren Mißstimmungen keinen Ausdruck. Wir wollen die Einigung, lassen Sie uns alles aus dem Wege räumen, was sie hindern könnte. Es ist Ihnen bekannt, daß ich von Anfang an für den Wiederausammenbruch der Partei eingetreten bin. Ich sehe aber jetzt den Einigungshoffnungen sehr kühl gegenüber. Verstandesmäßig betrachtet, erscheint sie jetzt kaum erreichbar angesichts der Tatsache, daß die Unabhängigen erst in jüngster Zeit die Besichtigung der Einigungskonferenz abgelehnt haben. Die Unabhängigen sagen ferner, die Einigung wäre nur auf dem Boden der Unabhängigen möglich. Was ist aber der Standpunkt der U.S.P.D.? Kein Mensch weiß das. (Lebhafte Beifall.) Aus diesem Grunde halte ich den Antrag Jena, der die Einigung aller drei Parteien verlangt, für praktisch undurchführbar. (Zuruf: Neue Partei. — Weiterlekt und Unruhe.) Ja, gründen wir neue Parteien von Leuten, die während des Krieges ausgetreten sind (Beifall), die während des Krieges zu feige zur Durchführung politischer Ziele gewesen sind. (Lebhafte Beifall.) (Auf: Akademische Neulinge.)

Ich bin kein akademischer Neuling. (Zuruf: Der Zwischenrufer ist gemeint.) Man darf wohl erwarten, daß hier, wo jeder allerdings seine Meinung sagen darf, ein gewisser Takt der Bescheidenheit gewahrt bleibt. (Lebhafte Beifall; im oberen Teil des Saales entwickelt sich lebhafter Unruhe infolge eines erregten Wortwechsels zwischen dem Zwischenrufer und dem Delegierten, die nach dem oberen Teil des Saales streben. Ruf: Raus!)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Ich bitte die Delegierten, ruhig ihre Plätze einzunehmen und ferner durch Zwischenrufe den Parteitag nicht zu behindern. Wer sich hier im Saal nicht wohl fühlt, mag ihn verlassen. (Lebhafte Beifall.)

Adolf Braun (fortfahrend): Begreifen können wir schließlich die Spaltung, aber wir können es nicht lassen, daß die Leute, die sie fördern oder aufrechterhalten wollen, glauben können, sie nähren damit der Arbeiterkraft. Ohne unsere Partei gäbe es trotz allen Geredes doch keine Republik, kein Frauenwahlrecht, kein gleiches Wahlrecht in Preußen, und ohne uns wäre der Weg zum Sozialismus nicht geöffnet worden. An diesen Tatsachen müssen alle Vorurteile abprallen. Ohne uns sähen die Unabhängigen in Schutzhaft. Sie würden dann allerdings nicht so großmäulig sein, wie sie sich jetzt geben. (Lebhafte Beifall.) Das Unheil der Spaltung hat sich bitter gerächt an den Zerstückelern. Sie sind die Heloten der R.P.D. geworden. Sie können sich keinen festen Standpunkt leisten, denn sie haben keinen Willen. (Lebhafte Beifall.) Die R.P.D., auf die sie so weitgehende Rücksichten nehmen, ist wieder nur ein Konglomerat von verschiedenen Gruppen. Gibt es doch beispielsweise in der kommunistischen Partei Milnerbergs vier Gruppen, die gegeneinander wirken. Der Antrag Jena sieht völlig von der Tatsache ab, daß sich in jenen Parteien Anarchisten und Syndikalisten zusammengefunden haben und ihre Sonderbestre-

hungen verfolgen. Es gibt nur ein negatives Moment, das sie eint. Aber auf negative Momente allein läßt sich keine Partei aufbauen. Unsere Gegner werden geeint durch den Haß gegen uns. Der Haß ist aber kein parteibildendes Moment. Sie predigen ja jeden Tag: hängt Schweidemann, Görtz und Kosske auf, und alles ist im besten Glück. Diese Leute nennen sich Marxisten. Diese Leute, die die traurigsten Verwirrungen unter der Arbeiterkraft verursacht haben, wollen uns sagen, wie man für die Sozialdemokratie zu arbeiten hat. (Zuruf: Ich denke, Sie sprechen für die Einigung.) Ich spreche für die Einigung aller derer, die auf dem Boden des Erfurter Programms stehen. (Beifall.) Ich spreche aber gegen die Einigung mit Leuten, die uns nachsagen, daß wir das Erfurter Programm verraten haben, die aber den wichtigsten ersten Punkt desselben mit Füßen treten. (Sehr richtig!) Ich bin für die Einigung mit den Unabhängigen, aber unbedingt gegen die Einigung mit Kommunisten, Syndikalisten und Anarchisten. (Sehr wahr!) Ich leugne nicht, daß unter den Kommunisten Leute mit edler Ueberzeugung und Opfermut sind. Aber an die Kommunisten schließen sich Elemente an, die nicht aus dem Klassenbewußten Proletariat hervorgegangen sind; der ganze Schwanz des Lumpenproletariats, mit dem wir nichts gemein haben und gemein haben dürfen. (Beifall.) Es gibt einzelne Kommunisten, die gewagt haben, gegen die Lumpenproletarische Tätigkeit in ihrer Partei Einspruch zu erheben, aber sie sind zur Seite gedrängt worden. Die Solidarität mit dem Lumpenproletariat haben die Kommunisten nicht weit von sich gewiesen. Solange das der Fall ist, können wir mit den Kommunisten nicht zusammengehen. Wir können nur bei den Arbeiterschichten wirken, die auf dem Boden des Erfurter Programms und des modernen Sozialismus stehen, von dem die Unabhängigen bisher theoretisch noch nicht abgewichen sind.

Wir sind nicht für eine allgemeine Einigung, weil sie nicht möglich ist, und wir sind auch nicht dafür, wie es in dem Antrag von Oberfeld-Darmen heißt, mit allen Mitteln die Einigung zu erzielen. Das ist sofort zu erreichen, indem wir uns Mitgliedsbücher der U.S.P. kaufen. Wir sind nicht für eine Einigung mit allen Mitteln. Wir sind für Einigung mit allem Willen und aller Freudigkeit, wir wollen aber unsere Geschichte und Tradition ebensowenig wie unsere Grundsätze aufgeben. Das einzige Volk, von dem Schäffer spricht, ist eine Ideologie. Das haben wir in diesen Tagen gesehen, wo uns trotz der unerhörten Friedensbedingungen die Deutschnationalen die größten Schwierigkeiten machen. Ebenso ist diese volle Einigung undenkbar mit der kommunistischen Partei Deutschlands. Es ist nur eine Einigung mit der U.S.P. möglich. Aber sie hat ihre großen Schwierigkeiten, weil die U.S.P. selbst in sich nicht einig ist; das weiß jeder, der sich mit diesen Dingen beschäftigt. Auch bei uns gibt es sehr verschiedene Meinungen. Aber wir sind doch, wenn wir mit anderen Parteien verhandeln, eine Geschlossenheit und Einheit. Das ist bei der U.S.P. nicht der Fall. Ein großer Teil der U.S.P. steht auf dem Prinzip der Diktatur, der Herrschaft der Minderheit, während wir die Herrschaft einer Minderheit, ob sie von Wilhelm II. oder von Mümmig geführt wird, in gleicher Weise verurteilen. Wir sind überzeugt, daß es eine große Reihe von Unabhängigen gibt, die voll Sehnsucht nach Einigung mit uns erfüllt sind. Aber leider ist das nur ein kleiner Flügel, und wenn er zu uns kommt, wird wahrscheinlich ein anderer Teil zu den Kommunisten gehen. Die U.S.P. ist in harter Zerkleinerung begriffen, während wir uns zusammenfassen und immer geschlossener aufzutreten in der Lage sind. (Widerspruch.) Deswegen wird es sehr schwierig sein, zu einer

Einigung mit der U.S.P. zu kommen. Wenn uns auch verständnisvollig vieles die Einigung erschwert, so ist doch bei uns allen das Gefühl und der Wunsch lebendig, die Einigung des Klassenbewußten Proletariats zu erleben. Deswegen wollen wir alles daransetzen, soweit die Möglichkeit vorhanden ist, zur Einigung zu gelangen. Aus diesem Grunde habe ich mich im Einverständnis mit vielen Parteigenossen aus allen Landesstellen erlaubt, Ihnen den Antrag 202 vorzulegen. Wir wissen von unserem Parteivorstand, daß er die gute Gelegenheit zur Einigung des Proletariats gern erfassen wird, während wir dies von dem Parteivorstand der Unabhängigen leider nicht erwarten können. (Beifall.)

Doerschmann: Wenn wir so weiter Politik treiben müssen, wie wir es bisher getan haben, verlieren wir immer mehr den Boden unter den Füßen, verlieren immer mehr die Errungenschaften der Revolution und fangen an, das Grab zu schaufeln für den Sozialismus. Die beiden Wästen hier im Saal — mögen sie uns von neuem entflammen, in Begeisterung für die hohen, idealen Ziele des Sozialismus zu kämpfen, denn ein Kampf ist es immer noch, ein erster, schwerer Kampf; wir dürfen nicht erlahmen in diesem Kampf, sonst wird das Ideal der Menschheit wieder in nebelhafte Ferne gerückt.

Widen wir umher, so sehen wir überall Unzufriedenheit, Unsicherheit, Ziellosigkeit, Angst vor der Zukunft, trassen Egoismus; gefährliches Nachlassen des Solidaritätsgefühls herrscht überall. Niemand scheint mehr Achtung vor den Gesetzen des Staates zu haben, mögen sie die alten oder die neuen sein, und das Verantwortlichkeitsgefühl ist in weiten Kreisen in unmoralischem Sumpf versunken. Mit solchen Menschen auf solchem sittlichen Niveau soll nun eine Staatsform gebildet werden, unter dem Banner des Sozialismus, die besser sein soll, als die frühere, die veredelnd auf die Volksgenossen und auf die ganze Menschheit wirken soll — fürwahr, auf den ersten Blick eine unerfüllbare Aufgabe, aber sie läßt sich lösen und wird gelöst werden eben unter dem Banner des Sozialismus. Eine Art Lähmung scheint die führenden Geister Deutschlands, auch die sozialistischen, ergriffen zu haben, ein gewisser Grad von Fatalismus macht sich bemerkbar. Woher kommt das? Wir befinden uns unter dem imperialistischen Druck unserer Feinde, die mit ihren unerhörten Friedensbedingungen auch den Sozialismus vernichten wollen. Das Erfurter Programm war nicht eingestellt auf eine revolutionäre Entwicklung, man konnte den Weltkrieg und die Revolution nicht voraussehen, und soweit waren auch die Arbeit und die Aufgaben der Partei vor der Revolution andere als heute. Auf Grund der äußeren Sorge, auf Grund des Druckes der Feinde konnte deshalb auch die Politik der Genossen in der Regierung nichts anderes sein, als eine Politik von heute auf morgen, und damit verbundene ist das hellschickende Ziel, das Ziel des Sozialismus. Unendlich schwer ist es, in Zeiten, in denen Imperialismus und Kapitalismus, durch besondere Verhältnisse zur höchsten Blüte und zur höchsten Macht entwickelt, dem Sozialismus den Todesstoß zu versetzen drohen, die sozialistische Idee am Leben zu erhalten und zu fördern. Vor allem ist es sehr schwer, auch nur dafür zu sorgen, daß der sozialistische Gedanke nicht untergeht in kleinlichen, egoistischen Überlegungen, in der leicht verständlichen Angst vor der Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz und vor geistiger Knebelung. Unsere Genossen in der Regierung haben in ephemerer Überzeugung versucht, für den Sozialismus zu retten, was zu retten ist. Dafür müssen wir ihnen Dank wissen.

Um nun aber weiterzukommen, ist es doch jetzt notwendig, die sozialistische Sonne von dem Nebel der Rebellion zu befreien, sich wieder einmal das Ziel klarzumachen, nach dem wir streben. Wir wollen wirtschaftliche Zufriedenstellung und freie geistige Entwicklung für das ganze deutsche Volk, Sicherung seiner Stellung und seiner Aufgaben im Völkerverbande im Sinne der Entwicklung der Menschheit überhaupt. Dieses Ziel müssen wir jetzt fest ins Auge fassen und unentwegt darauf zu feuern, trotz des Druckes der imperialistisch regierten Feinde, trotz aller Gegenströmungen unter unseren Volksgenossen im reaktionären oder im zu aktivistischen Sinne. Daraus ergibt sich ohne weiteres unser politisches Verhalten. Vor allem heißt es: „Sich lösen vom Feinde.“ Ich möchte nicht sagen: „Koste es, was es kostet“; wir haben verhandelt und wollen verhandeln, aber wir brauchen das Fundament, auf dem wir aufbauen können, sobald als möglich, und sei es noch so klein. Die Verhältnisse liegen so, daß wir berechtigt sind, anzunehmen: dieses Fundament wird sich ganz von selbst durch die internationale sozialistische Bewegung vergrößern und befestigen, wir müssen nur den Mut haben, endlich einmal einen großen Punkt hinter der Vergangenheit zu machen und den starken Willen zeigen, in sozialistischem Sinne unsere Arbeit weiterzuführen. Nur dadurch gewinnen wir die Sympathie unserer Genossen in den feindlichen Ländern und bereiten den letzten Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus, die Weltrevolution, vor. Heute sind die Sympathien der Genossen in den Ententeändern auf Seiten der Völker, welche sich reiflos der sozialistischen Idee opferten, der Russen und Ungarn. Ich will hier nicht sprechen für ein reiflos durchgeführtes Rätesystem. Wir könnten es auch anders machen, aber wir müssen die Genossen der Entente auf die eine oder die andere Art von unserer Ehrlichkeit überzeugen; wir müssen sie davon überzeugen, daß wir ernsthaft gewillt sind, mitzuarbeiten, um das große Ziel des Sozialismus zu erreichen. Wir brauchen nicht alles erst zu zerschmettern, zu vernichten, aber wir können doch ganz bestimmt, zielbewußt und energisch endlich einmal den notwendigen Reinigungsprozeß vornehmen und alles das befeitigen, was der Entwicklung der sozialistischen Idee hemmend entgegensteht: imperialistische, kapitalistische Formen im Wirtschaftsleben, in der Verwaltung, in der Gesetzgebung, im Rechtsleben, imperialistische, kapitalistische Formen in der Wissenschaft, in der Technik und auf ethischem Gebiet; wir müssen aber auch die Personen entfernen, welche der sozialistischen Entwicklung nicht Rechnung tragen können.

Einen Fehler begehen wir heute, und dieser setzt uns leicht dem Vorwurf der Ziellosigkeit aus. Wir betonen zu sehr das Prinzip der Demokratie und vergessen ganz, daß Demokratie für den Sozialismus nur Mittel zum Zweck sein kann, und daß individuelle, persönliche Demokratie in vollem Umfange angewandt, letzten Endes zur Anarchie führt. Nur in Verbindung mit dem Sozialismus ist für uns die Demokratie in einem Atem zu nennen. Diese Unterlassungssünde gibt auch gerade den unabhängigen Sozialdemokraten den besten Angriffspunkt, sie betrachten die Mehrheitssozialisten nicht mehr als Sozialisten, sie sagen: die Mehrheitssozialisten sind bereits im Fahrwasser der Reaktion. Es ist für uns ein weiterer Fehler, daß wir in fast fatalistischer Weise auf die Entwicklung an sich bauen und uns nicht, wie es unsere Aufgabe ist, in dem Räuberwerk der Entwicklung der Völker in der uns vorgezeichneten und von vornherein von uns in Aussicht genommenen Form betätigen. Wir müssen also aktivistischer sein, wenn wir nicht ins Hintertreffen kommen und den Zusammenhalt in der Internationale verlieren wollen.

Aus diesen Gründen schon empfiehlt sich eine Verständigung mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, abgesehen davon, daß die eigentlich zu leistende Arbeit, der Kampf gegen die Vergewaltigung durch den Imperialismus und Kapitalismus bei vollständiger Einheitsfront sämtlicher sozialistischer Parteien, womöglich der ganzen Welt, viel leichter zu führen ist und einen baldigen siegreichen Abschluß finden dürfte.

Und so rufen wir den Genossen in der Regierung zu: Wir brauchen freie Bahn für den Sozialismus, bereitet diese Bahn vor; das ist eure Aufgabe! Wir wollen eine mehr sozialistische als demokratische Politik. Wir wollen einen möglichst baldigen Abschluß der jetzigen labilen, aufreibenden Verhältnisse, welche die wirtschaftlichen und geistigen Kräfte des deutschen Volkes gänzlich zu vernichten drohen, durch einen baldigen Frieden, der, sei er ist, den aufgeschöpften, fast erledigten Nerven unserer Volksgenossen wieder Ruhe verschafft und die Vorbedingung bringt, für die Genesung unseres Volkes an Leib und Seele. Wir erstreben eine politische Verständigung mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, zum mindesten aber ein gemeinsames Vorgehen bei dem Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus, sowie bei der Ausschaltung der auf dieser Weltanschauung aufgebauten Prinzipien, Organisationen und der sie leitenden Persönlichkeiten.

Parteilgenossen! Begeistert sind am 9. November Millionen von Volksgenossen unter die Fahnen des Sozialismus geeilt. Es befeuerte sie der Idealismus, welcher die alten Kämpfer der Sozialdemokratie, von denen heute noch eine stattliche Anzahl hier anwesend ist, in erstem, schwerem Ringen ihren Zielen entgegenführte. Genossen, erhaltet diesen Idealismus, erhaltet euch die neuen Genossen, erhaltet euch namentlich die intelligenten, intellektuellen Kräfte unter ihnen und laßt sie mitarbeiten bei den hohen Aufgaben, die euch gestellt sind. Ihre Begeisterung für die heilige Sache ist echt und wahr, legt ihrem Temperament keine Fägel an; es sind frische Truppen im Kampf gegen den Imperialismus und Kapitalismus, und frische Truppen kann die Partei brauchen.

Brüht sie kurz auf Herz und Nieren, sind sie tatsächlich Idealisten und frei von egoistischen Motiven, dann laßt sie wirken und gebt ihnen Arbeit. Keine Zeit war günstiger für die Entwicklung der sozialistischen Idee, wie die heutige, und es wird niemals eine günstigere kommen. Also rufe ich der Partei zu: „Carpe diem!“ Nutze den Tag!

Der Sozialist strebt nach Recht und Gerechtigkeit, er strebt nach Wahrheit. Die Wahrheit geht immer langsamer wie die Lüge. Es ist so viel gelogen worden vor dem Kriege und auch nach dem Kriege, jetzt ist die Zeit der Wahrheit gekommen. Seien wir wahr gegen uns, wahr gegen unsere Volksgenossen, gegen die ganze Menschheit. Nur in diesem Zeichen werden wir siegen! (Beifall.)

Dritter Berlin: Es ist zweifellos harte Unzufriedenheit und Unruhe in den Reihen der Parteilgenossen vorhanden, und der Parteitag soll das Ventil sein, um dafür zu sorgen, daß wir wieder eine planmäßige, gesunde Entwicklung des Parteikörpers bekommen, die wir gegenwärtig nicht haben. Wir wollen deshalb heute lieber mit verstärkter Kritik anrücken, anstatt daß wir näher dem härtesten Unmut im Lande ausgesetzt sind und unsere Partei weiter abböckelt, wie in den letzten Wochen und Monaten. Von dem Gesichtspunkt aus sind ja die Ausführungen des Genossen Wels über die verflüssigte Berichtsperiode auch zu bewerten. Wir müssen uns hier darüber werden, nachdem die große Masse zu uns herüberkam, war es unsere Aufgabe, alles zu tun, um das, was berechtigt an ihren

Wünschen war, berechtigt im Sinne unseres Parteiprogramms und im Sinne der möglichen Realitäten, zur Durchführung zu bringen. Aber nach der ersten Zeit verlegte sich allmählich der Wille derjenigen, die dazu berufen waren, den Gedanken des Sozialismus durchzuführen. Darunter haben wir besonders in dem ersten Vierteljahr der Revolution zu leiden gehabt, daß die ganze Organisation keinen rechten Kopf mehr hatte, daß wir besonders in Berlin nicht ein noch aus wußten. Aus diesem Chaos, das in den Organisationen entstanden war, erklärte sich zum Teil auch die politische Situation im Zentrum des politischen Lebens, in Berlin. Wenn die Genossen der Provinz mitunter vielleicht die Köpfe geschüttelt haben über manche Beschlüsse der Arbeiterräte usw., so werden Sie das verstehen können, wenn Sie die Schwierigkeiten erkennen, die in der Großstadt gegeben sind, besonders durch den unerhörten, ungeheuerlichen Terrorismus, der von anderer Seite ausgeübt worden ist. Darin hatte allerdings Wels vollkommen recht: Nach der Richtung hin sind die Unabhängigen, sind weite Kreise unserer früheren Arbeiterbrüder so über das Ziel hinauskgeschossen, daß es schwer fällt, ihren Auffassungen gerecht zu werden. (Sehr wahr!) Bei alledem muß ich aber sagen: wie ein roter Faden hat sich durch die Ausführungen von Wels die Polemik gegen die Unabhängigen gezogen. Ob das unbedingt notwendig war (vielsache Ausrufe: Jawohl!), erscheint mir zweifelhaft, wo er doch weiß, daß wir in allen größeren Städten die Einigungsbestrebungen haben, und wo wir doch wirklich daran gehen müssen, uns eines Tages wieder mit ihnen zu verständigen, um aus dieser schwierigen Lage herauszukommen, in der wir stecken. Ich sehe in diesen fürchterlich schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen nur einen Ausweg, das ist das Wiedererwachen der Verantwortlichkeit auf jener Seite. (Sehr wahr!) Das müssen wir versuchen, zu erzielen. Wir haben auch in Berlin im Roten Hauje alles daran gesetzt, um zu diesem Ziel zu kommen, ohne uns etwas zu vergeben. Und ich muß sagen, nachdem nun eine ungeheure Verteuerung der Nahrungsmittel eine Notwendigkeit sein wird, um die 20—30 Millionen für Beamtengehältererhöhungen, sowie für die Hilfskräfte herauszuholen, da hämmert es selbst den Unabhängigen, wie unverantwortlich sie gehandelt haben, und sie sind auf dem Wege zur Umkehr. Ob sie vorhält, weiß ich nicht.

Wir müssen sagen: Die Regierung hat in früherer Zeit oft recht spät eingegriffen. Es ist wie in einer Art Fatalismus in der Ernährungsfrage dahin gekommen, daß man überhaupt nicht mehr glaubt, es könne überhaupt etwas geändert werden, auch bei unseren Parteilgenossen. (Sehr richtig!) Daraus erklärt es sich, daß die Kontrolle, anstatt allmählich besser, immer schlechter wird. Dagegen müssen wir uns auch vom Parteistandpunkt aus wenden. Wir haben in Berlin ja so viel unerfreuliche Erscheinungen, auch unter dem neuen Polizeipräsidenten, bis in die neueste Zeit, diese fürchterlichen Dinge in der Klingstraße mit ihrer erschrecklichen Demokratisierung weiter Waffnen — dem kann man kein anderes Ende machen, als daß man fest zapakt. Und das ist erst sehr spät geschehen. Das hemmt zweifellos die Agitationskraft unserer Partei. Was soll man aber sagen, wenn Dinge, die doch eigentlich auch vom sozialistischen Gesichtspunkt aus zu betrachten sind, so behandelt werden, wie beispielsweise der Belagerungszustand. Hunderte von Berliner Funktionären haben einstimmig beschlossen, die Aufhebung des Belagerungszustandes zu fordern. Wir waren mit einer Deputation bei Noske und Helldorf und haben in mehrstündiger Auseinandersetzung ihnen den Standpunkt erklärt, den

die Berliner Parteigenossen einnehmen, daß nach Möglichkeit vermieden werden muß, in der heutigen Zeit mit dem Belagerungszustand zu regieren. Es ist uns eine wenig erfreuliche Antwort geworden. Man hat uns die Schwierigkeiten erklärt, die wir auch kennen, aber man hat uns nicht klarmachen können, daß, nachdem, wochenlang nichts Besonderes geschehen ist, kein Anlaß vorliegt, den Regierungstruppen, die doch nachweislich noch immer unzulässige Uebergriffe vornehmen, wenigstens eine Beschränkung dadurch aufzuerlegen, daß man ihnen nicht noch die besondere Handhabe des Belagerungszustandes bietet. Wenn wir auch dafür sind, in dem Moment zugegriffen wird, wo die Gewalt von links hereinbricht, so brauchen wir doch nicht dauernd mit der Gewalt zu prunken, möchte ich sagen. (Sehr richtig!) Nach dieser Richtung hin sollte der Wille des Parteitag zum Ausdruck kommen. Das ist auch richtig vom Standpunkt des Sozialismus aus, wie wir ihn früher stets vertreten haben.

Auch in bezug auf die geistigen Leistungen unserer Partei haben wir keinerlei Veranlassung, auf die Unabhängigen herabzublicken. Wir müssen feststellen, daß unsere Parteiministerien, wie z. B. die „Vorwärts“-Buchhandlung, sehr viel, wenn nicht alles, zu wünschen übrig lassen. Da haben sich Privatinitiate aufgemacht, die einen großen Verschleiß mit sozialistischen Schriften treiben. Es ist eigentümlich, warum sie bestehen können, und es bei uns an diesem Unternehmungsgeist fehlt. Während der ganzen Revolutionszeit haben wir wenig zu sehen bekommen von Aufklärungsliteratur der neueren Zeit. Man begnügt sich mit der Wiedergabe von älteren Werken, die ja auch wertvoll sind, aber der Jetztzeit nicht genügend entsprechen.

Beim „Vorwärts“ ist auch vieles unzulänglich. Gewiß sind die Redaktionsfragen auch Personenfragen. Aber nach der Richtung haben wir uns oft genug selber die Schuld zuzuschreiben, daß die Dinge nicht so sind, wie sie sein sollen.

Ich möchte Ihnen kurz den Antrag 181 begründen. Ich war vier Monate (ehrenamtlich) in der Post tätig, darunter sechs Wochen als Beigeordneter im Postministerium, und kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen, daß unsere Bureaucratie wahrhaftig noch alle Köpfe beibehalten hat. (Sehr wahr!) Die Beschwerden gehen ihren weiten Weg, ehe sie irgendwelches Ziel erreichen, die dann natürlich oftmals schon hinfällig geworden sind. Der Genosse Heine sollte sich die Dinge, die in den vielen Anträgen beklagt werden, doch einmal ernstlicher durch den Kopf gehen lassen, ob denn wirklich die Verwaltungsreform in dem Sinne gemeint ist, daß sie auf den Sanft Nimmerleinstag verschoben wird. Oder ob man nicht doch daran gehen kann, die Dinge schneller umzugestalten. Man sollte sich auch nicht so kräuben gegen Forderungen, wie das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei Anstellungen, Beförderungen und Entlassungen in Reichsbetrieben. (Sehr richtig!) Gerade das erhöht das Verantwortlichkeitsgefühl. Da bekommen wir viel besser die Arbeitslust wieder, die uns jetzt allgemein fehlt. Vor allem müssen die reaktionären Elemente möglichst entfernt werden. All diese Leute müssen ersetzt werden, wenn man auch zehnmal sagt: Wir haben in den Reihen der Partei nicht genügend geeignete Personen.

Im übrigen ist zu sagen, daß wir besser für die Bildungseinrichtungen sorgen müssen. Die Fortbildungsschulpflicht kann bis zum 18. Jahre durchgeführt werden. Wir haben bereits in der Gewerbolensfürsorge in Berlin solche Einrichtungen mit gutem Erfolge getroffen,

und es muß die Verpflichtung zur Fortbildungsschule allgemein festgesetzt werden. Auch scheint es mir notwendig, daß der Parteitag den Genossen in der Regierung ans Herz legt, daß die hohen Gehälter und Pensionen der Staatsbeamten, Generale usw. einer Revision unterzogen werden. (Besetzte Zustimmung.) Viele dieser Herren haben eine Stellung in der Privatindustrie angenommen und beziehen doppeltes Gehalt. In einer Zeit, wo Sparsamkeit am Plage ist, sollte man nach dieser Richtung hin anfangen zu sparen. Gerade das ist ein Punkt, der Wasser auf die Mühlen der Unabhängigen liefert.

Auch den Symbolen hätte man in dieser revolutionären Zeit etwas mehr Beachtung schenken sollen. Orden und Medaillen sind zwar so weit abgeschafft, daß kein besonderes Privilegium mehr mit ihnen verbunden ist, aber auch das äußerliche Merkmal sollte beseitigt werden. Das ist eine Forderung unserer Zeit und ist die Empfindung der breiten Volksmasse. Titel sollten lediglich zur Bezeichnung der Amtstätigkeit dienen, aber sie sollten nicht beliebig verliehen werden, wie Sie das selbst noch in unseren Zeitungen finden. Deswegen muß der Parteitag den Willen bekunden, daß eine Verwaltungsreform in der Weise eintritt, daß eine Verminderung der vielen Zwischenfunktionen im Beamtenkörper eintritt, und daß der Arbeitsprozeß kaufmännisch gestaltet wird. Alles das läßt sich bei systematischer Kontrolle sehr wohl ermöglichen, und doch sehen wir so wenig davon. (Sehr richtig!) Dieser Parteitag soll vor der Geschichte nicht nur dastehen als ein solcher, der Rückblicke gibt, sondern auch, um festzustellen, wie die Dinge vor sich gegangen sind, und um zu zeigen, daß in der Tat nicht die Unabhängigen die Revolutionsmacher sind, sondern daß wir uns alle Zeit hindurch im besten Sinne bemüht haben, das, was nach einer Fortentwicklung drängt, auch in der Tat vorwärts zu führen. Wir müssen die Dinge so gestalten, daß wir vor der Geschichte bestehen können, daß wir die rückwärtigen Betrachtungen zurückstellen zugunsten einer neuen Aktivität. Das ist das Entscheidende. Ich bin kein Besimist, auch nicht in bezug auf die zukünftige Entwicklung unserer Partei. Ich bin sicher, daß der gesunde Sinn der deutschen Arbeiterschaft, von dem wir alle die Jahrzehnte hindurch gesprochen haben, wieder erwachen wird, sobald die außenpolitische Lage und die innerpolitische schwierige Ernährungslage sich einigermaßen gebessert haben wird. Darum wollen wir nicht fatalistisch sagen, es geht doch so, wie es geht, sondern wir müssen alles daran setzen, und müssen von unsern Genossen in der Regierung fordern, daß sie uns die Handhabe dafür geben, daß den widerstrebenden bürgerlichen Elementen klar gemacht wird, daß wir dem Abgrund entgegengehen, wenn wir nicht in der Richtung des Sozialismus vorwärts treiben, und daß wir die Verantwortlichkeit des einzelnen nur haben und den Arbeitswillen der Menschen nur stärken können, wenn auch von unserer Seite das Nötige zur Umgestaltung der Verhältnisse geleistet wird. Ich bitte Sie, Genossen, auf diesem Parteitag Ihren Willen in dieser Richtung zu bekunden, und unsere Genossen in der Regierung haben die Pflicht, entsprechend der Auffassung dieses Parteitags ihr Bestes daran zu setzen, um in der Richtung des Sozialismus zu wirken.

Vorsitzender **Heinrich Schulz**: Ich schlage nun vor, die Mittagspause eintreten zu lassen. Ich möchte noch bekanntgeben, daß der Antrag 227 mit zur Debatte steht.

Die Sitzung wird hierauf auf 3 Uhr nachmittags vertagt.

Schluß 1 Uhr 7 Min.

Nachmittagsführung.

Vorsitzender Heinrich Schütz eröffnet die Nachmittagsführung um 8 Uhr. Das Wort hat

Das Wort: Die Einigungsfrage ist von den Genossen Braun und Wels als Führerfrage behandelt worden. Das ist falsch. Die Arbeiter selbst sehen diese Frage nicht als Führerfrage an. Nicht eine neue Partei wird von ihnen verlangt, wie ein Zwischenschüler meinte, sondern die alte Partei mit gleichen Rechten und Pflichten für alle, für Genossen und Führer, die Partei, in der allem Programm und Disziplin und die Verantwortung vor dem Parteitag die Richtlinien für Führer und Genossen gegeben haben. Die Arbeiter haben genug an einem 19. Januar. Mit Wangen sehen sie der nächsten Reichstagswahl entgegen. Lawende stehen jetzt Gewehr bei Fuß, um zu sehen, was bei diesem Parteitag herauskommt. Und danach wollen sie die ihnen geboten erscheinende Richtung einschlagen. (Lebhafte Zustimmung.) Dieser Lage dürfen wir nicht mit beschränkten Armen gegenübersehen. Weder hüten noch drücken darf es sich um eine Führerfrage handeln. Führer sterben und manche verderben, und wenn wir schon längst alle vermodert sind, wird die Partei noch nötig sein. Denn die Entwicklung gegen den Kapitalismus vollzieht sich eben sehr langsam. Der Kapitalismus streckt überall dazwischen und hat seine Schlupfwinkel selbst noch in unseren Reihen. Ebenso unannehmbar aber, wie ein Diktat der Unabhängigen für die Einigung, ebenso unerträglich ist auch der von Wels vertretene Standpunkt, daß wir nicht einen einsigen Vertrauensmann fallen lassen dürfen. Da müssen wir die Frage aufwerfen: Soll eher die Partei fallen, als daß wir auf den einen oder den andern Vertrauensmann verzichten? Wir haben in den letzten Monaten gerade genug von Meberei an Aemtern erlebt. Der Partei sind daraus beträchtliche Nachteile erwachsen. Das mögen sich alle gesagt sein lassen, die es angeht. Nur so kann der Antrag Jena, den Wels bekämpft hat, aufgefaßt werden, nur so verstehe ich die Wendung „eventuell über die Köpfe der heiderseitigen Führer hinweg“. Wenn es durchaus nicht anders geht, dann ist es besser, daß die Führer fallen, als daß die Partei zugrunde geht. Wenn die Frage z. B. zugespitzt wird, Nothe, vor dem ich das zweifelhafte Vergnügen habe, sprechen zu müssen, oder die Partei, dann ist es besser, daß Nothe geht. Blut ist dicke als Wasser. Das hat Winnig kürzlich so ausgedrückt, daß das Blut der Arbeiter in den getrennten Lagern sich rücksichtslos zum Wiederausammenschluß seht.

Au dem Erfurter Programm wollen wir festhalten. Verräter sind wir nicht, und haben nicht die Absicht, es zu werden. Der positiven Liste des Erreichens, so verstehe ich den Antrag 197, können die Arbeiter aber die lange Liste des noch nicht Erreichens entgegenstellen, Forderungen, zu deren Erfüllung es leider noch immer nicht gekommen ist. Schweigen wir einmal von dem Heereswesen und beschäftigten wir den Umstand, daß wir uns in einem Ubergangsstadium befinden. Aber denken Sie an die Todesstrafe, denken Sie an die weltliche Schule — wo ist Genosse Paenisch? Ich sehe ihn nicht in diesem Saale. In den Zeitungen müssen wir lesen, daß er sich gerade mit der wichtigen Frage des Religionsunterrichts beschäftigt. Denken Sie ferner an die Wahl der Behörden durchs Volk und die Frage der Haftbarkeit, an die Steuerfragen usw. Vor allem aber an das Reaktionsrecht! Dann werden Sie auch begreifen, woher es kommt, daß so weite Arbeiterkreise bedenklich geworden sind.

Simmer noch haben wir das Bestätigungswesen. Das Bestätigungswesen ist gänzlich den Staatsanwälten ausgeliefert. Denken Sie an das Titelwesen. Es fehlt nur noch eins, ein Ober-Orden. Denken Sie an das Ausweisungswesen, an das Einbürgerungswesen. Bei der Ausmittlung der Beamtenhierarchie würde sich allerdings manche Lücke ergeben. Man veresse aber nicht, daß die Dinge so gelagert sind, daß der heutige Zustand unerträglich ist als der Zwang, vorübergehend allerlei Lücken im Beamtenkörper in Kauf zu nehmen.

Nun zum Belagerungszustand. Es ist eine sehr kitzliche Sache. Hier befinden wir uns beim Nerv der Dinge. Ich habe vor mir die Nummer 30 des Armeeverordnungsblattes vom 4. April 1919. Da heißt es auf Seite 268 in der Gebährnisordnung, Anlage zu den Ausführungsbestimmungen über die vorläufige Reichswehr, unter Böhnung:

„Untersoffiziere und Mannschaften erhalten eine mobile Böhnung nach Dienstgraden, eine Reichswehruzulage von täglich drei Mark, Böhnungszuschläge, soweit sie verheiratet sind. Dazu tritt bei den im Grenzschutz thätigen Untersoffizieren und Mannschaften eine tägliche Kampfzulage von 2 Mk. Nun aber weiter: „Die zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern des Reiches besonders herangezogenen Untersoffiziere und Mannschaften erhalten für die Zeit ihrer Tätigkeit zu diesem Zweck ebenfalls die Kampfzulage von täglich 2 Mk. Wie lange und für welche Teile der Reichswehr die Zulage zu zahlen ist, bestimmt auf Antrag des Reichswehrbrigadefeldkommandeurs das Kriegsministerium.“ (Lebhafte Hört! Hört!) Dann müssen Sie sich nicht wundern, wenn Mißtrauen entsteht, wenn die Meinung auskommt, daß es Widerstände gibt gegen die Aufhebung des Belagerungszustandes, die stärker sind als die stärksten amtlichen Stellen.

Nun zum Kapitel Novembersozialisten. Auch da ist wieder zu sagen: es gibt solche und solche. Wir müssen von den Parteigenossen, die neu in die Partei eintreten, verlangen, daß sie zunächst einmal Rekrutendienst tun. (Lebhaftes Sehr richtig!) Sagen wir ihnen: Führt euch erst einmal ein in die Partei und tretet nicht von vornherein danach, ältere Genossen von Plätzen zu drängen, auf die sie durch das Vertrauen der Partei gestellt sind. Ich erinnere den Genossen Wels daran, wie er mich betrachtet hat, als ich vor rund 20 Jahren in die Partei aufgenommen wurde. Damals mag Genosse Wels gedacht haben: das ist auch so einer, der einen Brief wie jenen schreiben kann: Ich bin bereit, in die sozialdemokratische Partei einzutreten und ein Reichstagsmandat zu übernehmen. Neuzugewandelt würde der Brief heute lauten: ... bereit, einen Posten als Regierungspräsident, Oberpräsident oder Minister zu übernehmen. Wenn Beamte, Redaktoren, Richter und ähnliche Berufsgruppen sich bis zum 9. November geigert haben, offen in die Partei einzutreten, dann können wir das verstehen, aber wenn Leute aus den freien Berufen so plötzlich ihre Liebe für die Partei entdeckt haben, Leute, die schon längst in unseren Reihen hätten sein müssen, dann ist schon eine gewisse Vorsicht am Plage.

Wels und Braun haben die Frage der Diktatur in die Debatte geworfen. So wie sie die Sache dargestellt haben, war das sehr unvorsichtig. Haben wir nicht im Februar zusammen mit den Unabhängigen die „Diktatur“ ausüben wollen? (Stoche des Präsidenten.) Ich bin lieber am Ende meiner Ausführungen. Nur noch ein Wort. Genosse Wels hat gesagt: Nichts wird die Sozialdemokratie trennen von der Arbeiterkraft. Das ist gewiß sehr hübsch. Aber wichtiger ist das Umgekehrte: alles zu

vermeiden, daß die Arbeiterschaft sich etwa trennt von der Sozialdemokratie! (Lebhafter Beifall.)

Roske: Genosse Davidsohn sprach davon, es werde an Beamten gelehrt. Ich sage, wir in der Regierung machen die Erfahrung, daß in einem geradezu entsetzlichen Umfang nach Beamten gekrebt wird. (Sehr richtig!) Auf welche Art und von wem, das ist ein Kapitel, über das ich Bücher schreiben ließen. Davidsohn hat in seiner Rede wenigstens kurz meinen Namen erwähnt. Das gibt mir Anlaß, mit einem Wort zu antworten. Ich habe nicht zu denen gehört, die sich in die Reichsregierung zu drängen suchten, sondern mir ist mit allen Mitteln zugehört worden, dieses unerfreuliche Amt zu übernehmen. (Zustimmung des Genossen Müller-Berlin.) Mir ist es auch jetzt kein Vergnügen, meinen anständigen, ehrlichen Namen durch alle Gassen Deutschlands schleifen zu lassen. (Sehr richtig!)

Genosse Dittmer sprach von der Unruhe und dem Unwillen, der innerhalb der Arbeiterschaft besteht. Das ist zu begreifen. Millionen von Arbeitern sind durch den Verlauf und die Resultate der Revolution enttäuscht. Große Früchte der Revolution auf wirtschaftlichem Gebiete reifen nicht in vier Wochen, auch nicht in vier Monaten. Vieles ist erreicht, was die deutschen Arbeiter zum Teil vor einem Jahr kaum für die nächsten 25 Jahre zu erträumen wagten. (Sehr richtig!) Aber das freieste Wahlrecht kann nicht alle acht Tage angewandt werden, und für die großen wirtschaftlichen Umgestaltungen brauchen wir Zeit, mehr Zeit, als wir bisher gehabt haben, wo uns alle möglichen Schwierigkeiten und Angelegenheiten im Innern des Reiches noch das höchste Arbeitskraft, das uns blieb, weggenommen haben. Unser Unglück ist, daß wir die Regierung oder doch die Verantwortung in der Regierung übernommen haben in einem Zeitpunkt, wo Millionen von Menschen nicht satt zu machen sind. Wir können auch nicht die zum Teil unglaublichen Forderungen bewilligen, die jetzt von allen Seiten an uns herangetragen werden. Es ist ein glattes Ding der Unmöglichkeit, zum Beispiel die Forderungen zu bewilligen, die zum Teil von den Kriegsbeschädigten, nach meiner Ueberzeugung an sich mit Recht, gestellt werden. Aber Deutschland ist bankrott, verfügt nicht über Mittel, wird sich in wenigen Wochen oder Monaten eine weitgehende Kontrolle über seine Finanzen gefallen lassen müssen. Infolgedessen ist derjenige ein Dummkopf oder schamloser Demagoge, der jetzt noch den Mut hat, Forderungen immer weiter und weiter zu treiben und neue Ansprüche wachzurufen. (Zustimmung.) Ich vermisste bei einer großen Zahl von unseren Parteigenossen den Mut, die Dinge beim rechten Namen zu nennen (Sehr richtig!) und bei sehr vielen leider das Verständnis für das, was möglich ist. Wie man nicht reden soll, dafür hat Genosse Dittmer vorhin einen Beweis erbracht. Er mahnt die Regierung, Sorge dafür zu tragen, daß hohe Gehälter gekürzt werden, daß nicht zu hohe Pensionen gezahlt werden. Auch auf dem Gebiete habe ich meine Erfahrungen in den letzten sechs Monaten gemacht. Ich wurde eines Tages im Marinematrattadiert, weil ich einem akademisch gebildeten Beamten mit zwanzigjähriger Dienstzeit und etwa 7200 Mk. Jahresgehalt eine Teuerungszulage von 600 Mk. bewilligen wollte. Das hieß die Träger des alten Regimes stützen. Dieselben Leute, die mich damals attadierten, saßen zu 53 im Marinematratt aus revolutionärem Recht und hatten sich aus eigenem Recht ein Jahresgehalt von 14 500 Mk. bewilligt. (Hört, hört!)

Wir sollen die Gehälter heruntersetzen. Ein Beispiel aus der allerletzten Zeit. Die Werftarbeiter haben mir einen Vertreter ins Marinematratt geschickt. Dem habe ich 18 Mk. Tagegelber neben seinem vollen Lohn, der zu Hause weiterläuft, bewilligt. Darauf machte er mir klar, das sei ein Bettelgeld, er sei Vertreter der Massen, er habe andere Ansprache. Als ich ihm klar machte, daß ein Kapitän zur See im Range eines Obersten unter gleichen Verhältnissen mit 12 Mk. Tagegelber jetzt noch auskommen muß, erklärte er, das ginge ihn nichts an, da solle ich dafür sorgen, daß die Leute besser bezahlt werden. Wie sollen wir denn jetzt daran gehen, Gehälter herunterzusetzen? Wie viele Reichs- und Staatsbeamte gibt es denn, die mehr als 7400 Mk. und 8000 Mk. erhalten? Die Werftarbeiter haben in den letzten Tagen eine Konferenz abgehalten und einen Stundenlohn von 3 Mk. gefordert. Das macht bei 300 Arbeitstagen 7200 Mk. Jahresverdienst. Wollen Sie denn, daß wir in unsern Ministerien die Ministerialdirektoren schlechter als die Portiers bezahlen sollen? Wenn man von uns die Bewilligung höherer Löhne fordert — ich rede kein Wort über die Berechtigung oder Nichtberechtigung und die Erfüllungbarkeit oder Nichterfüllbarkeit dieser Forderungen —, dann soll man uns nicht mit solchen Agitationsphrasen kommen, daß wir dafür sorgen müssen, hohe Gehälter und Pensionen herunterzusetzen. Ich bedaure, daß diese Phrase auch in dieser Versammlung Beifall auslösen konnte.

Der Genosse aus Vnd und Genosse Boermann haben uns ein paar nette Reden gehalten. Ich habe vor vielen Jahren auf demselben Gebiete, auf dem sie heute tätig sind, in Ostpreußen auch Agitationsreden gehalten. Da sagte ich mir heute, als ich diese beiden sehr gelehrten Reden hörte, was für ein dummes Luder ich damals gewesen sein mußte. Aber ich bin überzeugt, daß damals die ostpreussischen Landarbeiter meine Rede besser verstanden haben. Wenn man so auf die Ostpreußen losgeht, — kommen sie sich vor, als wenn ihnen nicht ein, sondern zwei Mühlräder im Kopfe herumgehen. (Weiterkeit.)

Es ist ein Jammer, daß Proletarier jetzt gegeneinander die Waffen führen und geführt haben. Wenn darüber Betrachtungen angestellt und Vorwürfe erhoben werden, dann ist jedesmal die Tatsache voranzustellen, daß die Liebsteht, Ledebour und Genossen es waren, die ihre Anhänger bewaffnet auf die Berliner Straßen schickten in den Tagen, als wir nicht einen Mann zu unserer Verfügung hatten. (Sehr richtig!) Das zettigte dann Belagerungszustand und Blutergießen. Genosse Dittmer wettet jetzt gegen den Belagerungszustand. Ach, wenn unsere Berliner Parteigenossen sich doch nicht durch den Spektakel der Unabhängigen fortgesetzt ins Vorhorn jagen lassen und lieber Courage zeigen wollten. Wo die Unabhängigen wirtschafteten, gab es nur ihren Willen. In Duzenden von Fällen haben sie den Belagerungszustand verhängt, Geiseln festgesetzt, eine Zeitung nach der anderen ist uns gestohlen worden, in Duzenden von Fällen sind die bürgerlichen Zeitungen unterdrückt worden. Dieselben Leute schlagen einen Mordskärm, wenn es in der Abwehr ihnen einmal irgendwo an den Krügen geht. Unsere Parteigenossen in ihrer Schwachmütigkeit häßten immer wieder auf den Beim und besorgen ihre Geschäfte. (Lebhafte Zustimmung.) Berlin mit seiner Massenansammlung von zum Teil verzweifelten, zum Teil ählichen Elementen ist eine dauernde Gefahr in der jetzigen Situation. Ich kann es verstehen, wenn die preussische Regierung, deren Werkzeug bei der Ausübung des Belagerungszustandes ich ja nur bin, Wert darauf legt, an gewissen Vorbeugungsmaßnahmen

festzuhalten. Wenn irgendwo die Fenster-scheiben eingeschlagen sind, kommen unsere Parteigenossen und machen auch der Regierung Vorwürfe, daß sie nicht besser aufgepaßt und nicht rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen getroffen habe. Darüber rede ich nun schon gar nicht, daß Genosse Davidsohn den Belagerungszustand und die Gebühnrisfrage in einem Atem nennt. In einer ganzen Anzahl von Fällen ist der Belagerungszustand lediglich verhängt worden auf Grund einer Verfügung der Reichsregierung, gegengezeichnet von den Genossen Ebert, Scheidemann und mir. Ich glaube, daß wir über den Verdacht erhaben sind, daß wir uns von gebühnrislasteren Offizieren einwickeln lassen. In den übrigen Fällen, wo der Belagerungszustand verhängt wurde, ist es entweder nach vorheriger Rücksprache mit mir geschähen oder die Sachlage ist schnell nachgeprüft, und wenn es notwendig war, ist Remedur geschäffen worden. (Zuruf: Aufhebung.) Die Aufhebung des Belagerungszustandes ist in jedem Falle erfolgt, wo ich es für erforderlich gehalten habe oder unsere Parteigenossen gekommen sind und erklärt haben, daß die erforderlichen Voraussetzungen dafür gegeben seien. (Lach des Vorsitzenden. — Lebhaftes Rufe: Weiter reden!)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Der Parteitag gibt zu erkennen, daß der Genosse Koste weiterreden soll. Ich glaube, diesem Wunsche müssen wir schon deshalb Folge leisten, weil gerade er hier und draußen in der Öffentlichkeit vielleicht der am meisten angegriffene Parteigenosse ist. Er muß Gelegenheit haben, sich ausgiebig verteidigen zu können. Ich frage, ob Widerspruch erhoben wird. — Das ist nicht der Fall. Ich bitte den Genossen, fortzufahren.

Koste (fortfahrend): Mir ist gestern gesagt worden, ich würde wahrscheinlich auf dem Parteitag einen besonders schweren Stand haben. Ich habe nicht eine Sekunde das Gefühl gehabt, daß ich hier als Angeklagter zur Verteidigung das Wort zu nehmen habe. Um sich gegenseitig Vorwürfe zu machen, soll der Parteitag nicht da sein. Aber wenn hier jemand Beschwärde führen will oder darf, so glaube ich ein Recht dazu zu haben, weil mir die eigenen Parteigenossen immer wieder in den Rücken fallen und mir die Arbeit unendlich schwer gemacht haben. (Sehr richtig!) Das ist in keinem Fall, wie ich zugeben muß, aus bösem Willen geschähen, wohl aber oft aus Mangel an Kenntnis der Sachlage und infolge ungenügender Ueberlegung. Es sind namentlich viele Klagen über die Freiwilligen-Truppen erhoben worden. Dabei wird vielfach verallgemeinert. Es sind zahlreiche unerfreuliche, in einigen Fällen außerordentlich böse und verurteilungswürdige Dinge vorgekommen. Das verteidigt niemand. Der Wiederholung ist mit allem Nachdruck vorgebeugt. Wer Gelegenheit hatte, die Truppen in den letzten Monaten zu beobachten, muß mir zustimmen, daß sie beinahe von Woche zu Woche besser, disziplinierter, manierter geworden sind. (Sehr wahr!) Mißstände sind zu kritisieren, damit sie beseitigt werden. Aber über der Kritik, die unsere Parteigenossen an den Freiwilligen-Truppen üben, dürfen Sie nicht vergessen, daß die unter meiner verantwortlichen Leitung organisierten Freiwilligen das große Verdienst haben, Deutschland vor dem Chaos bewahrt zu haben. Dafür verdienen die Truppen und dafür verdienen ihre Führer Dank und Anerkennung. (Sehr richtig!) Mancher Mann hat dabei sein Leben lassen müssen. Die Gesamtverluste der Truppen in Bremen, Düsseldorf, Berlin und München sind nicht unbeträchtlich. Noch nicht einem einzigen dieser Orte sind die Truppen gekommen, ohne auf ausdrückliches Verlangen

unserer Parteigenossen, ohne auf den ausdrücklichen Wunsch der dortigen zuständigen Stellen. (Zuruf.) Die Truppen haben nicht aus Jena abziehen müssen, sondern auch dort haben unsere Parteigenossen sich von den Unabhängigen an den Karren schirren lassen. Die Truppen sind nach Jena gekommen, weil sie auf dem Marsche nach Leipzig waren. (Unruhe und Zurufe.)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Ich bitte den Genossen Dr. Eschimmer, sich zum Wort zu melden und nicht durch fortgesetzte Zwischenrufe zu stören.

Koste (fortfahrend): Ich gebe Ihnen die Zusicherung, daß die Proteste, die aus Jena wegen der Anwesenheit der Truppen kamen, mich nicht bewegt haben, auch nur um eine Sekunde die Truppen früher abmarschieren zu lassen als geplant war. Das fehlte noch gerade, wenn die Reichsregierung, so wie es bei Leipzig der Fall war, auf Anforderung der sächsischen Regierung, auf dringendes Verlangen der großen Masse der sächsischen Parteigenossen, dafür Sorge tragen will, daß in einer so wichtigen Stadt Ordnung geschäffen wird, daß dann der Protest einer mehr oder weniger großen Anzahl von mehr oder weniger gut unterrichteten Parteigenossen irgendwo in einer Stadt die Möglichkeit haben soll, eine solche Aktion zu fördern. Wenn Sie das unter modernem Sozialismus verstehen, dann gebe ich Ihnen allerdings die Zusicherung, daß mir dafür das Verständnis abgeht (Sehr gut!), und daß ein solches Maß von Amorganisiertheit und Undiszipliniertheit nicht plagreifen wird. (Bravo.)

Die Mißstände! Der lange Krieg, Not, Elend, und auch die Revolution haben alle alten Bande der Ordnung und der Disziplin im Lande gesprengt. Die alte Truppe ist im November und Dezember verfallen oder war doch fast gänzlich unbrauchbar geworden. Ich weiß, es hat in einigen Orten Ausnahmen gegeben, aber in Berlin und anderen großen Städten war die Sachlage so, wie ich sie schilderte. Ich hatte mich an Berlin. In den ersten Januar Tagen gab es zwar dort noch Tausende von Soldaten, aber sie spielten neutral, als der „Vorwärts“ besetzt wurde (hört, hört!), und als die Zeitungen der Reiche nach besetzt wurden; sie spielten neutral, während wir in der Reichsanzlei saßen, in der schwersten Zeit das Reich in neue Bahnen lenken sollten, während Tag und Nacht beinahe vor unseren Fenstern Maschinengewehre und Handgranaten knatterten. Die Soldaten waren neutral! (Zuruf: In Bezug auf Wohnung waren sie nicht neutral!) Nein. Damals waren es die Berliner Parteigenossen, die mich fortgesetzt bestürmt und gedrängt haben, rasch und gründlich zuzuschlagen. (hört, hört!) Diefelben, die jetzt wieder in Berliner Versammlungen diese Töne der Kritik reden, sind es gewesen, die damals zu mir gekommen sind, die zum Teil zum Ausdruck gebracht haben, daß meine Kollegen nicht genügend Courage haben, nicht den rechten Mut hätten, zuzupacken. Mir trauten sie das zu, ich sollte doch endlich einmal ein Ende machen. Was für mich dabei herauskommen würde, habe ich an jenem Montag, den 6. Januar, in der Reichsanzlei, als mir der Zentralkrat seine bekannten weitestgehenden Vollmachten erteilte, vollständig klar erkannt. Damals habe ich gesagt: einer muß ja die Geschichte machen, ich bin mir aber darüber klar, daß das für mich bedeutet, daß ich als Bluthund durch die Deutsche Revolution weiche laufen müssen. (Bewegung.) Dessen war ich mir am ersten Tage bewußt, und nicht aus Vergnügen und nicht aus Despotentum, sondern lediglich aus ernstem Pflichtbewußtsein habe ich mich veranlaßt gesehen, diese Blutarbeit im Interesse des deutschen Volkes zu leisten. (Bravo!) In größter

Hast sind im Januar die Neuformationen tatsächlich aus dem Boden gestampft worden. Weil in Berlin keine Hand zu rühren war, mußte ich mich außerhalb Berlins hinsetzen. Von der Reichskanzlei, von den Berliner Parteigenossen wurde ich Tag für Tag bestärmt: Du mußt kommen, mußt rasch helfen, sonst geht alles in Berlin drunter und drüber. Dann ist geholfen worden. Nach dem Parteimitgliedsbuch der Leute, die damals mit mir nach Berlin einmarchierten, habe ich allerdings nicht fragen können. Ich mußte zufrieden sein, daß sie überhaupt ein Gewehr mitbrachten und sich mir zur Verfügung stellten. Natürlich hat es in Berlin im Januar und noch mehr im März Spähne gegeben, hat es bedauerenswerte Opfer gekostet. Aber wenn ich damals nicht hätte zuschlagen lassen, dann slog die Regierung und dann tagte die Nationalversammlung nicht, dann tagte auch dieser Parteitag heute nicht. (Lebhaftes sehr wahr!) Und nun lamentieren die Berliner und nebenher eine Anzahl Parteigenossen sonst noch am lautesten über die Truppen und über mich. Ich sage: Auf jeden Spektakel der Unabhängigen fallen unsere Leute herein, (sehr wahr!) wenn aber Auer niedergegeschossen wird, dann nehmen sie mit Bedauern Kenntnis, aber reden nach zwei Tagen nicht mehr davon. Der Nordstube läuft noch heute frei herum. (Hört, hört!) Wo sind denn da die Artikel voll flammender Entrüstung über Ungerechtigkeiten und mangelnde Ordnung der Justiz! Drei Tage, nachdem Neuring hingschachtet wurde, war die Parteipresse wieder verstummt. Wenn in einer Stadt nach der anderen Gesängnisse gestürmt wurden, wobei Duzende von Schwerverbrechern wieder auf die Menschheit losgelassen werden, dann gibt es eine kleine Notiz unter „Vermischtes“. (Heiterkeit und sehr wahr!) Daß Vogel und Marloh fliehen konnten, bringt unsere Parteipresse in hellste Entrüstung und läßt die Redaktionen tagelang nicht schlafen. (Sehr gut!) Ich entschuldige diese Vorkommnisse nicht, habe das entschiedenste Vorgehen gefordert und durchgeführt. Leider finde ich dabei auch bei denen, die am lautesten klagen, nicht die erforderliche Unterstützung. Das Blatt der Unabhängigen hat halb verhüllt allerlei Andeutungen darüber gemacht, was es in bezug auf die Flucht der Offiziere wisse. Sofort ist der verantwortliche Redakteur von dem Kriegsgerichtsrat vorgeladen und gebeten worden, er möge mit seiner Kenntnis nicht zurückhalten und helfen, der Flüchtigen habhaft zu werden. Die Antwort war, der Redakteur habe die Sachen bloß von der strafrechtlichen Seite anzusehen, er schreibe die Sache nicht, er kenne sie nicht. (Hört, hört!) In aller Form ist daraufhin das Ersuchen gestellt worden, die „Freiheit“-Redakteure möchten doch mit ihren Angaben herauskommen. Das war am Montag. Am Sonnabend hat mir der Kriegsgerichtsrat auf mein Ersuchen Bericht erstattet: bis zum Sonnabend hatte sich kein Redakteur der „Freiheit“ gemeldet, um dem Kriegsgerichtsrat seine Arbeit zu erleichtern. (Hört, hört! — Zurufe: Das ist kennzeichnend, dann hätte die „Freiheit“ kein Geschäft mehr damit machen können!) Draußen im Lande ist, das wissen Sie aus eigener Erfahrung, an vielen Stellen noch allerlei außer Rand und Band. Wie können Sie nur von mir verlangen, daß ich ausgerechnet auf militärischem Gebiet ganz allein Zustände schaffen soll, an denen keinerlei Tadel mehr auszuüben ist, Zustände, die es ermöglichen, Ihnen und mir die Freude zu bereiten, daß keinerlei Kritik mehr an den Freiwilligen-Truppen geübt werden kann. Nach 4½ Jahren Krieg und nach einer Revolution, da macht man nicht in vier Wochen aus dem Soldaten ein Gemisch von einem sozialdemokratischen Parteischüler und einem Engel. (Große Heiterkeit.) Was ich tun konnte, ist geschehen. Es ist ausgedrückt worden, es sind

Offiziere zu Duzenden entlassen worden, es sind Mannschaften zu Hunderten aus den Verbänden Hals über Kopf hinausgeworfen worden, weil sie unredliches Gut sich angeeignet, weil sie über die Stränge geschlagen haben. Es ist mit radikaler Entschlossenheit durchgegriffen worden. Aber wenn bei einer Gelegenheit wirklich zugefaßt wird, und harte Strafen gegen die Leute, die z. B. plündern oder meutern, ausgesprochen werden, wenn auf eiserne Disziplin in den Freiwilligen-Verbänden gesehen wird, dann schreit die sozialdemokratische Presse Beter und Morbio; das alte militaristische System sei noch da. (Sehr gut!)

Die Truppe soll reaktionär sein. Ich halte enge Fühlung mit der Truppe, soweit es meine Zeit einigermaßen möglich macht. Ich habe in Hunderten von Fällen zu Soldaten gesprochen. Die Leute, die in den Januar Tagen zu mir kamen, haben zum Teil gewußt, um was es sich handelt; eine Anzahl aber auch nicht. An manchen Tagen habe ich mir bis zu sechs Formationen der Reihe nach vorgenommen, um ihnen klar zu machen, was auf dem Spiele stand. In Hunderten von Ansprachen, die ich an Soldaten gehalten habe, habe ich den Leuten gesagt, daß ich als Sozialdemokrat vor ihnen stehe, daß es ihre vornehmste Pflicht sei, Rechte und Pflichten des Volkes unter allen Umständen zu schützen, daß sie mit ihren Leibern für die neue Freiheit in Deutschland sich hinzustellen haben. Das ist die Art, in der ich Tag für Tag die Truppen inspiriert habe und dann kommt, ich weiß nicht welcher Ort, und glaubt, hier den guten Geschmack entwickeln zu dürfen, mich daran zu erinnern, daß ich die Pflicht eines Sozialdemokraten zu erfüllen habe. (Hört, hört!) Das neue Heer wird demokratisch, das läßt sich aber doch heute auf morgen auch nicht machen. Am Tage vor Pfingsten habe ich in Berlin eine ganze Anzahl von Unteroffizieren um mich versammeln können, um ihnen mitzuteilen, daß ich an einem einzigen Tage 75 Unteroffiziere zu Offizieren befördert habe. Dabei ist nicht zu übersehen, daß nicht jeder Offizier aus dem Mannschaftsstande eine zuverlässigere Stütze für uns ist. (Sehr gut!) Besonders eine zuverlässigere Stütze als eine ganze Anzahl von Offizieren, deren hohes Staatsgefühl und Pflichtgefühl ich schätzen und respektieren gelernt habe. Gesehigte Demokraten oder Sozialdemokraten können viele der Soldaten von früher nicht sein. Sie sind Soldaten von Beruf, und sie stellen auch heute die Geldfrage manchmal sehr stark in den Vordergrund. (Sehr richtig.) Ich will nur daran erinnern, daß inaktive Unteroffiziere, die jetzt noch dienen, vor wenigen Tagen von mir Zulagen forderten, von denen sie selber zugeben, daß die Erfüllung einen Kostenaufwand von 2½ Milliarden Mark erfordern würde. Ja, wenn ich das ablehne und ablehnen muß, dann wird natürlich wieder der Spektakel losgehen, daß bei mir nicht das erforderliche Verständnis für die neuzeitlichen Ideen vorhanden ist, daß wir zwar für die Offiziere sorgen, aber für all gebiente Unteroffiziere kein Herz haben. — Die Vorarbeiten für die fast restlose Beseitigung der Militärjustiz sind beendet. Wenn die Nationalversammlung in den nächsten Tagen zusammentritt, wird sie auch dies Problem lösen können. (Bravo!)

Bei aller Kritik sollen unsere Genossen nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Eine Menge von Nachrichten, die gebracht werden, sind falsch. Der „Vorwärts“ muß sich auch heute wieder berechtigen, weil er wieder mal eine Notiz über eine angebliche Schieberrei gebracht hat, bei der Freiwillige über die Stränge geschlagen hätten, während es in diesem Falle, wie in andern Fällen, so war, daß die Leute, die doch schließlich kein Schlemmerbafem führen, die ihr Leben einzuweisen haben, wenn die Re-

gierung sie irgendwo hinschickt, bei jeder Gelegenheit, wo sie sich zeigen lassen, in der unflätigsten und unmanierlichsten Weise beschimpft oder gar tödlich angegriffen werden. Ja, das kann ich den Leuten nicht beibringen, daß sie, wenn sie über die Strafe gehen, sich von jedem Möglichen Mordbuben schimpfen lassen oder Bluthund, daß sie sich den Kopf bespudden lassen sollen und dann wie ein steinerner Gast ruhig ihres Weges gehen. Nein, wenn dann ein solch junger, temperamentvoller Kerl sich umdreht und zuschlägt, denn ist das durchaus menschlich verständlich, und man soll bezwungen keinen Spektakel machen, sondern soll die andern dazu erziehen, daß sie die ehrliche Ueberzeugung auch in diesen Leuten respektieren, die jetzt den Soldatenrod anhaben. (Sehr gut!) Eisen, Hamburg und Frankfurt beantragen die Auflösung der Freiwilligenverbände und Schaffung einer Volkswehr gemäß dem Erfurter Programm. Diese Anträge sind wohl beschloffen worden, ehe die Friedensbedingungen bekannt waren, die uns auferlegt werden sollen, sonst könnten doch so gut gekulte Parteigenossen, wie die dieser Großstädte, nicht mit Anträgen kommen, die absolut undiskutierbar sind, weil sie unerfüllbar sind. Nach dem Frieden, den, ganz gleich, welche Regierung abschließen wird, wird es für Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht, die uns die Anwendung unserer Erfurter Grundsätze auf das Militärwesen ermöglichen, nicht mehr geben. Wir werden wohl oder übel genötigt sein, beim Wehrsystem zu bleiben. Daß dabei eingehendste Rücksicht auf die Allgemeininteressen zu nehmen ist, ist eine Selbstverständlichkeit.

Zu den Anträgen, die uns sonst noch vorliegen, will ich mich nur mit wenigen Worten äußern. Es wird bemängelt, die angeblich zu reiche Verpflegung der Truppen. Die Truppen haben mobile Verpflegung. Die Leute, die Dienst tun sollen, müssen jetzt nach Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt geworben werden. Der Lohn ist nicht übermäßig. Was die Leute zieht, ist, daß das Stück Brot etwas reichlicher ist. Aber wenn ich den Leuten in den Grenzbezirken dieses reichlichere Stück Brot nicht gebe, dann kommen die Klagen darüber, daß sie hamstern oder kaufen, noch zahlreicher als bisher. Also, wird an dieser mobilen Verpflegung nichts geändert werden können. Im übrigen wird darauf gesehen, daß die Truppe wirklich im modernen staatsbürgerlichen Sinne erzogen wird. Wenn aber in dem Zusatzantrag 68 gefordert wird, daß die Sozialdemokratische Partei innerhalb der Truppenverbände Aufklärungsarbeit leistet, so möchte ich darauf hinweisen, daß eine Partei allein nicht das Recht hat, Agitationsarbeit zu treiben. Wir haben es unter dem alten konservativen Regime mit allem Nachdruck bekämpft, daß die herrschende Partei allein die Möglichkeit hatte, an die Leute heranzukommen. Ich meine, es ist gescheiter, jedem Soldaten zu sagen: was du außerhalb deines Dienstes auf parteipolitischen Gebiete machst, ist ausschließlich deine Sache. Jede Partei mag werden, soviel sie will, das ist ihr gutes Recht; aber ich kann mir die Kavalerie nicht zum Agitationsplatz für die verschiedenen Parteien machen lassen. (Sehr richtig!) Wie gefährlich das war, haben uns die letzten Monate gelehrt. In einer freiwilligen, geworbenen Truppe aber den Versuch zu machen, abwechselnd den Parteien Gelegenheit zu geben, diese Truppe für sich einzufangen, hieße den Staat und die Allgemeinheit zum Spielball einer Prätorianerbande machen. (Sehr richtig!) Ich warne auch hier, Argumente, die früher ihre Berechtigung hatten, auf Verhältnisse zu übertragen, die total anders geworden sind.

Daß der Belagerungszustand nur verhängt wird, wenn unsere Parteigenossen gehört worden sind, ist selbstverständlich. In der Regel ist

so verfahren worden, wenn nicht Gefahr im Verzuge war, und ebenso ist jetzt ausnahmslos, wenn Aktionen unternommen worden sind, Wert von mir darauf gelegt worden, daß der eine oder andere unserer führenden Parteigenossen sofort zum Stabe der betreffenden Armeeabteilung gekooptiert ist. Das war war in Bremen so und auch in München, das war in Leipzig, in Halle und in einer ganzen Reihe anderer Orte so.

Wenn unsere Parteigenossen aber bezweifeln wollen, daß sie die Freiwilligen brauchen, dann sollen sie von den Unabhängigen lernen. Auch die prominentesten Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie haben inzwischen einsehen gelernt, daß man die Freiwilligen haben muß, wenn man regieren will. (Hört, hört!) Während unsere Parteigenossen in den letzten Wochen durch verallgemeinernde Kritik mir die Freiwilligen zu verpfeifen suchten, bemühten sich namhafteste Führer der Unabhängigen durch die führenden Offiziere die Truppen für ihre politischen Bestrebungen zu gewinnen. (Beifalles Hört, hört!) Hier wird heute und morgen über die Einigung diskutiert, die hauptsächlich eines Tages kommen wird. Vorher aber soll unsere Partei zerstückelt und die jetzige Regierung von den Unabhängigen geführt werden. Am Ruber aber wollen sich die Unabhängigen mit Hilfe der Freiwilligen halten. (Hört, hört!) Mit meiner Kenntnis haben Gespräche zwischen Offizieren in leitender Stellung und unabhängigen Führern in den letzten Wochen stattgefunden (beifalles Hört, hört!), bei denen der Truppe klar gemacht werden sollte, daß sie eine patriotische Pflicht erfülle, wenn sie mit den Unabhängigen gehen. (Bewegung.) (Beifalles Aufste: Hört, hört! Zurufe: Namen nennen!) — Natürlich bekommen Sie Namen. Es sind die Führer der Garde-Kavalerie-Schützen-Division in Berlin (beifalles Hört, hört!), die von den Unabhängigen gekooptiert werden sollten. (Heiterkeit.) Herr Barth, der ehemalige Volksbeauftragte, hat zu seinen Pistolen kein rechtes Vertrauen mehr (Heiterkeit), es gekooptiert ihn jetzt nach meinen Kanonen. (Große Heiterkeit.) Am letzten Sonnabend hat er drei Stunden darauf verwandt, um den General der Garde-Kavalerie-Schützen-Division davon zu überzeugen, daß er mit den Truppen den Unabhängigen dienen müsse, wenn dennächst die jetzige Regierung gekooptiert sei. (Große Bewegung.)

Ich ersuche meine Parteigenossen, sich doch an politischer Einsicht nicht gar zu sehr von den Unabhängigen übertreffen zu lassen und ihre Schlussfolgerungen zu ziehen. (Sehr richtig!) Noch sind wir im Amse, nicht, weil es Vergnügen macht. Aber wir geben die Hoffnung nicht auf, daß es mit Hilfe unserer Arbeit gelingen kann, das deutsche Volk aus dem Elend herauszuführen. Deswegen harren wir aus! (Stürmischer anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Stellung-Wädel: Es ist bedauerlich, daß wir heute auf dem Sozialdemokratischen Parteitag, gezwungen durch die Verhältnisse, eine Rede anhören mußten, wie die Rede des Genossen Noske, ich sage gezwungen durch die Verhältnisse. Niemand von uns hat vielleicht vor einer Reihe von Jahren daran gedacht, daß jemals auf einem Parteitag derartige Ausführungen gemacht werden mußten, wie es heute der Fall gewesen ist. Aber auch niemand von uns wird sich nach den Ausführungen Noskes der Einsicht verschließen können, daß das, was uns hier dargelegt worden ist, nach keiner Richtung der Stichhaltigkeit entbehrt. Wir müssen uns alle darüber klar sein, daß trotz aller Mängel, trotz aller Schwierigkeiten, die hier und dort in Erscheinung treten, trotzdem für die Re-

gierung leider kein anderer Weg übrig bleibt, als der, der jetzt beschritten wird und beschritten werden muß. Trotz allem aber muß es die Pflicht der maßgebenden Stellen sein, mit allen Mitteln weiter darauf zu dringen, die außerordentlich vielen Unzuträglichkeiten, die sich heute mehr denn je herausstellen, beseitigt werden. Ich denke hier daran, was ja gerade wieder die auch vom Genossen Koste zum Teil so sehr verpönten sozialdemokratischen Redakteure wiederholt gesagt haben, daß man sich nie und nimmer allzu sehr auf das militärische System der Freiwilligenkorps stützen dürfe, auf das System, mit dem wir heute nun einmal nach Lage der Sache leider noch rechnen müssen. Wir wissen, daß in der Tat von mancher Seite der Versuch gemacht wird, dieses militärische System mehr oder weniger in das alte Fahrwasser hineinanzuziehen, und wenn ich daran denke, daß gestern morgen, als die Truppe hier abgelöst wurde, zu meinem nicht geringen Erstaunen gespielt wurde: „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen“ (hört, hört!), so steigt mir die Borneßerde ins Gesicht, daß das heute noch möglich ist. (Sehr richtig!) Etwas derartiges muß zu Koste's Ohren kommen, und es muß versucht werden, daß man mit diesen Zuständen aufräumt. Man soll auch nicht sagen, von jener Seite drohe uns keine Reaktion. Ich bin überzeugt, wenn heute die Freiwilligentruppen Gelegenheit bekämen, einem Ludendorff oder vielleicht einem andern, Lettow-Vorbeck, Folge zu leisten, sie werden es tun. Deshalb scheint es mir dringend notwendig, daß immer wieder die Frage geprüft wird, ob nicht irgendein Sicherheitsventil geschaffen werden kann. Ich persönlich traue allen denen, die heute als Stütze der Regierung dienen, nicht, diese Ueberzeugung habe ich auf Grund bestimmter Vorkommnisse, auf Grund von Forderungen erhalten, die gestellt worden sind, und die nach Lage der Sache nicht erfüllt werden konnten. Es gibt Leute, die alles versprechen und damit diese Personen an sich reißen.

Zweifellos hat die Unzufriedenheit, von der wiederholt heute gesprochen worden ist, einen berechtigten Kern. Leider ist man in Deutschland noch nicht so weit, die Todesstrafe zu beseitigen. Es ist bedauerlich, daß in einer sozialistischen Republik ein Todesurteil gefällt und vollzogen werden konnte, wie das gegen Levine. (Sehr richtig!) Ich möchte die Regierung dringend bitten, alles daran zu setzen, daß Toller nicht dasselbe Schicksal erfährt. (Sehr richtig! und Bravo!) Wir würden damit dem Faß den Boden ausschlagen. Bekanntlich hat der Genosse Scheidemann einen Versuch, die Vollstreckung der Todesstrafe an Levine zu inhibieren, unternommen. (Zuruf.) Ja, jetzt auch bei Toller. Es ist bedauerlich genug, daß, wenn auch Genosse Hoffmann nicht in München anwesend war, doch noch andere Sozialdemokraten in der Regierung von Bayern sitzen, sie nicht bewirken konnten, daß die Urteilsvollstreckung inhibiert wurde. (Zuruf: Fragen Sie die Bayern!) — Es haben sich ja Bayern zum Worte gemeldet, und sie werden ja vielleicht ihre Meinung zum Ausdruck bringen. Jedenfalls besteht bei uns Sozialdemokraten keine Meinungsverschiedenheit, daß wir die Todesstrafe unter allen Umständen verwerfen (lebhaftes Sehr richtig!), und wenn wir das tun, ist ein anderes Urteil der Bayern für mich auch nicht maßgebend.

Nun ist über die Einigung viel gesprochen worden, und ich würde mich auch freuen, wenn recht bald der Tag kommen würde, wo die Einigung vollzogen werden kann. Allerdings sind die Schwierigkeiten im gegenwärtigen Moment außerordentlich groß, und da erscheint mir der vom Genossen Dr. Braun vorgeschlagene Weg der gangbarste. Wir

werden ihn beschreiten müssen. Wir müssen letzten Endes als die Partei, die maßgebend ist, die Hand bieten, und ich hoffe, daß es schließlich doch von Erfolg gekrönt sein wird. Wenn aber mit Recht gesagt wird, daß die Unzufriedenheit immer weiter um sich greift, dann darf auf der andern Seite nicht vergessen werden, daß recht viele Kreise unserer Bevölkerung und unserer Arbeiter die Revolution als eine große Lohnbewegung betrachten (sehr richtig!), und nicht nur die Arbeiter, auch andere Leute. Ich denke da an das, was die Bankbeamten auf ihrer letzten Tagung in Berlin beschlossen haben. Sie wollen, sagen sie, der Regierung folgen, die ihre Forderungen bewilligt. Jede andere Regierung wird unter allen Umständen von ihnen bekämpft, sei es, welche es ist. (Zuruf.) Gewiß, die Unabhängigen machen sich das zumute, sie sind es, die in Verbindung mit den Kommunisten dadurch, daß sie den unberechtigten oder heute leider undurchführbaren Forderungen der Arbeiter Rechnung tragen, vielfach die große Masse der Leute an sich heranziehen.

Nun wird sich ja die ganze Situation für uns politisch in dem Moment bessern, wo sich die Lebensverhältnisse bessern. Dann wird es auch möglich sein, daß wir uns wieder zusammenfinden, und dann werden auch weite Kreise der Arbeiter wieder zur Vernunft kommen.

Es ist mit Recht betont worden, daß eine Reform der Verwaltung in Preußen und auch anderswo eintreten möchte. Ich möchte mir da eine bescheidene Frage gestatten: Haben wir denn auch Leute, um alle die Posten besetzen zu können? (Sehr richtig!) Wenn wir uns einmal ernstlich prüfen, dann müssen wir die Frage verneinen. Man hat mir, als ich mit einem Genossen darüber sprach, gesagt: Ach, setzen wir doch mehrere Leute dorthin, sie werden schon reiten. Ja, vielleicht reiten sie uns dann hinein. Man muß da sehr vorsichtig zu Werke gehen. Uebers Anie brechen können wir das alles nicht.

Inwiefern wir vorwärts gekommen sind oder nicht, darüber wird noch bei andern Punkten der Tagesordnung, z. B. bei dem Bericht über die Nationalversammlung zu sprechen sein. Unsere Aufgabe ist es, draußen im Lande die Massen darüber aufzuklären, was geleistet worden ist, dann wird man auch den Schwierigkeiten, die unseren Parteigenossen in der Regierung entgegenstehen, Verständnis entgegenbringen.

Nur einige Worte zum Antrag auf Ausschluß Koste's. Wie wir auch immer stehen mögen, eines müssen wir zugeben, daß unsere Genossen in der Regierung bemüht sind, ihre Pflicht zu erfüllen zum Wohle Deutschlands und auch der Partei. Unter keinen Umständen darf man sie aber so behandeln, wie es durch den angeführten Antrag geschehen ist. Als ich diesen Antrag las, da habe ich mich geschämt, einer Partei anzugehören, in der das möglich ist. Im übrigen, meine ich, haben wir keine Ursache zu verzagen. Bestimmen wir uns auf uns selbst. Halten wir an unseren Grundsätzen fest, damit werden wir vorwärts kommen, dann wird es uns auch gelingen, im Kampfe der Parteien untereinander weiterhin den Sieg an unsere Fahne zu heften.

Hoff: Durchweg haben sämtliche Redner gesagt, daß im Lande über die Maßnahmen der Regierung, der Fraktion und des Parteivorstandes Unzufriedenheit herrscht. Man hat eben viel zu viel erwartet von dem Umsturz. Gerade viele derjenigen, die erst in jüngster Zeit ihr sozialdemokratisches Herz entdeckt haben, befinden sich im Lager der Unzufriedenen, weil sie sozusagen nicht zu ihrem Rechte gekommen sind, keinen Ministerposten erwischt haben. Ferner ist die Unzufriedenheit eine logische Folge der früheren Politik der Partei. Es gibt eben viele unerfüllte Hoff-

nungen. Manches ist ja anders geworden, viel ist beseitigt, das uns früher gebrückt und geknechtet hat. Manches aber ist doch noch nicht anders geworden. Es ist schwer, den Genossen im Lande klarzumachen, daß wir ja noch keine sozialistische Regierung haben. Das erste, was uns darauf geantwortet wird, ist der Einwand, wir haben doch aber eine so große Zahl von Genossen innerhalb der Regierung. Deshalb sollten wir uns besinnen, den Sozialismus dort einzuführen, wo er am meisten fähig ist, in der Kommune. Durch kommunale Sozialisierungsmassnahmen, die z. B. das Besatzungsweien, die Apotheken, das Verkehrsweien betreffen, können wir den Genossen im Lande fähig zum Bewußtsein bringen, daß eine andere Zeit angebrochen ist. Den Einwand, daß man zurzeit mit Arbeit überlastet sei, weise ich zurück. Man hat ja selbst Zeit gehabt, über Grababzeichen für die neuen Uniformen nachzudenken. Nebenbei bemerkt, richtet sich ja kein Mensch danach. Die Offiziere sieht man noch immer mit anderen Abzeichen als den jetzt gültigen umherlaufen.

Mit der Einführung der Sozialisierung in der Kommune muß die Demokratisierung der Verwaltung Schritt halten. Wenn behauptet wird, daß wir nicht fähig sein sollen, die Posten der Landräte und Bürgermeister zu besetzen, dann ist das einfach eine Prankung für die Partei. (Aebhafter: Sehr richtig!) In jahrelanger Kampfarbeit haben wir doch Führer herangebildet, die unter den schwierigsten Verhältnissen Tüchtiges geleistet haben. Weshalb sollten sie nun nicht für Verwaltungsposten in Frage kommen. Besser, daß einmal ein Verwaltungsführer gemacht wird, als daß ein reaktionärer Landrat die gutgemeinten Maßnahmen der Regierung durchkreuzt. (Sehr richtig.) Und wenn tatsächlich niemand gefunden werden könnte, dann muß man diesen Herren, die alles andere sind, als geeignete Ausführungsorgane für eine sozialistische Regierung, Kontrollorgane zur Seite stellen, die wenigstens darauf achten, daß das durchgeführt wird, was die Regierung will. Diese reaktionären Regierungsorgane üben ganz einfach passiven Widerstand und sind demnach unsere Feinde. Ihnen sage ich hiermit den schärfsten Kampf an. (Beifall.)

Stube-Hamburg: Wir würden Vogel-Strauß-Politik treiben, wenn wir uns der Tatsache verschließen wollten, daß im Lande unter unsern Genossen eine große Unzufriedenheit herrscht. Im wesentlichen entspringt sie daraus, daß wir das Kriegselend nicht beseitigen können. Viele berechnigte Wünsche konnten nicht erfüllt werden. Ich bedaure, daß Wels wieder auf die Kriegspolitik von 1914 zurückgekommen ist. Jeder Streit darüber ist jetzt müßig. Sparen wir uns die Ausdrücke darüber für einen andern Augenblick auf. Heute heißt es in erster Linie die Regierung sichern, damit die Errungenschaften der Revolution erhalten bleiben. Auch im letzten Aufruf des Parteivorstandes wurde wieder einmal darauf hingewiesen, daß die letzten Ereignisse die Richtigkeit der Kriegspolitik beweisen. Ein großer Teil der Genossen sind darüber anderer Ansicht. In den letzten Monaten haben wir eine große Anzahl neuer Parteigenossen gewonnen, die der Meinung waren, daß jetzt die Sozialisierung beginnen würde. Ihre weitgehenden Hoffnungen wurden noch angepornt durch Versprechungen in Versammlungen. Man kann es ja verstehen, wenn in Versammlungen weitgehende Versprechungen gemacht werden. Es ist aber doch entscheidend zur Vorsicht zu raten, damit die geweckten Hoffnungen nicht zu schmerzlichen Enttäuschungen führen.

Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß in dem Augenblick, wo es sich darum handelt, die Regierungs- und Verwaltungsstellen zu be-

setzen, die dazu geeigneten Parteigenossen fehlten. Ein gut Teil tragen wir selbst daran die Schuld. Ich erinnere daran, daß wir uns in früheren Jahren oft genug damit beschäftigt haben, ob unsere Parteigenossen in die Regierung eintreten dürften, als die Bürgerlichen noch die Mehrheit hatten. Ein großer Teil von uns hat dies stets verneint. Sie glaubten, wir müßten solange aus der Regierung fern bleiben, solange wir nicht die Mehrheit in der Volksvertretung hätten. Hätten wir diesen negierenden Standpunkt früher nicht eingenommen, wären wir heute über eine größere Zahl von Genossen verfügen, die in der Lage gewesen wären, nach Ausbruch der Revolution die erforderlichen Stellen in der Regierung zu besetzen. Wenn erklärt wurde, wir hätten genügend Genossen, man möchte sie nur in den Sattel setzen, sie würden dann schon reiten lernen, so möchte ich darauf hinweisen, daß wir gezwungen waren, den größten Teil unserer Genossen aus den leitenden Stellen in den Parteiorganisationen herauszunehmen. Das durfte eigentlich nicht geschehen in dem Augenblick, wo die Organisation neu aufgebaut werden mußte.

Wenn Genosse Wels den sozialdemokratischen Mitgliedern in den Freistaaten den Vorwurf machte, daß sie nicht darauf bedacht gewesen wären, die Verfassung der einzelnen Freistaaten in demokratischem Geiste auszubauen, so muß ich diesen Vorwurf zurückweisen. Soweit ich von den Arbeiten der einzelnen Freistaaten unterrichtet bin, ist es bisher nicht möglich gewesen, die Verfassungen auszuarbeiten, weil die Reichsverfassung noch nicht endgültig beschossen ist. In die Reichsverfassung werden Bestimmungen aufgenommen, wonach sich die einzelnen Freistaaten zu richten haben. Genosse Wels wird die Zeit abwarten müssen, ob die Genossen in den Freistaaten ihre Pflicht erfüllen werden.

Wir dürfen heute auch nicht bloß Kritik üben. Manches könnte besser sein und würde besser sein, wenn die Parteigenossen ihre Pflicht erfüllen. In erster Linie ist es notwendig, daß die Einigung der Partei wieder hergestellt wird. Im großen und ganzen ist alles gegeben, um die Einigung herbeizuführen, aber die breiten Massen unserer Parteigenossen glauben, daß manches von uns veräußt worden ist, und sie verlangen, daß alles geschieht, um die Partei wieder zusammenzubringen. Die Unabhängigen sind es, die gerade diese Stimmung unserer Parteigenossen verstehen, für sich auszunutzen, die immer wieder die Meinung in den Vordergrund schieben, daß die leitenden Personen in der Partei schuld sind, daß es zu einer Einigung nicht kommt. So liegen in Wirklichkeit die Dinge nicht. Ich würde nicht eine einzige Person von den leitenden Parteigenossen, die einer Einigung entgegengestanden hätte. Ich glaube vielmehr, wenn man bei den Unabhängigen und Kommunisten genau Umschau halten würde, könnte man eine ganze Anzahl finden, die sich einer Einigung bisher entgegenstellen haben. Es ist schon darauf hingewiesen worden, welche Anstrengungen in einzelnen Orten gemacht worden sind, um eine Einigung herbeizuführen, die aber immer fehlschlagen ist, weil Unabhängige und Kommunisten niemals mitmachen wollten. Diejenigen, die feinerzeit die Organisation gebalten haben, und andere, die damit einverstanden gewesen sind, die wollen nicht wieder zu einer Einigung kommen. Es ist geradezu unverkündlich, daß man sich nicht in einer Organisation zusammenfinden kann, wo die Unabhängigen genau so wie wir erklären, daß sie das Erfurter Programm anerkennen.

Wenn mein Korredner sagte, wenn die Führer nicht mitmachen wollen, müssen sie abtreten, so möchte ich fragen, ob in dem Augenblick, wo alle Führer abtreten würden, eine Einigung herbeigeführt würde? (Aufe:

Rein!) Ich beweise dies sehr. Damit wird die Einigung nicht erzielt. Sie wird nur erreicht werden, wenn wir die Massen unserer Parteigenossen und der Arbeiterschaft davon überzeugen, daß nicht wir die Schuldigen sind, die eine Einigung unmöglich machen. Sorgen wir dafür, daß die Hindernisse beseitigt werden, die bisher der Vereinigung der Parteigenossen entgegenstanden. (Beifall.)

Krüger (Lettow-Beeskow): Die Ausführungen Noskes über die Freiwilligentruppen kann ich in allen wesentlichen Punkten Wort für Wort unterschreiben. Ich stelle ausdrücklich fest, daß ich mich mit dieser Stellungnahme in Uebereinstimmung mit der überwältigenden Mehrheit der Berliner Parteigenossen befinde. Es ist ein Irrtum, wenn Noske sagt, daß auch die Berliner Parteigenossen in diese allgemeine Hege gegen ihn und die Freiwilligentruppen einstimmen. Wir sind uns allerdings einig und auch einig mit dem Genossen Noske darin, daß den Uebergriffen der Freiwilligentruppen mit aller Schärfe entgegengetreten werden muß. Es ist nur eine ganz verschwindende Minderheit von Berliner Parteigenossen, die sich leider immer wieder von den Unabhängigen mißbrauchen lassen. Ich möchte sogar weiter feststellen, daß die Berliner Parteigenossen es gewesen sind, die im Dezember und Januar den schärfsten Druck auf unsere Genossen in der Regierung ausgeübt haben, um sie zu veranlassen, militärische Machtmittel gegen den Gewaltterror anzuwenden. Als im Dezember bei den ersten Unruhen die damaligen Volksbeauftragten von den Führern der Volksmarine division gefangen genommen wurden, als Angehörige der aus dem Felde zurückgeführten Truppen zu Hilfe gerufen wurden, und als sich zeigte, daß diese Truppen nicht imstande waren, die Regierung zu schützen, haben wir in Berlin von der Regierung verlangt, daß sie sich ausreichende Machtmittel zum Schutz der sozialistischen Regierung schaffen sollte. Unsere Parteigenossen Ebert, Scheidemann und Landsberg haben damals abgelehnt und erklärt, daß man auf dem Wege der Verständigung diese Schwierigkeiten aus dem Wege räumen müsse. Als wir dann daran gingen, durch öffentliche Versammlungen und Straßenumzüge gegen die Unabhängigen-Treibereien zu demonstrieren, wurde uns von unseren Genossen in der Regierung abgeraten, weil man alles vermeiden wollte, was zu gewalttätigen Zusammenstößen führen könnte. Man kann also nicht sagen, daß unsere Parteigenossen in der Regierung irgend etwas getan haben, um die Anwendung von Zwangs- und militärischen Machtmitteln herbeizuführen, sondern daß sie im Gegenteil nach Auffassung der Berliner Parteigenossen allzu lange gezögert haben, diese Mittel anzuwenden.

Wenn wir uns über die Uebergriffe der Freiwilligentruppen beschweren, haben wir ein Recht dazu, nicht aber die Unabhängigen und Kommunisten, die uns in die Zwangslage gebracht haben, derartige Truppen aufzustellen. Wir stehen auch heute noch auf dem Standpunkt, daß die gegenwärtige Regierung ebenso wenig wie eine rein sozialistische oder rein unabhängige oder kommunistische Regierung bestehen kann, ohne sich auf ausreichende militärische Machtmittel zu stützen, daß jede Regierung in den heutigen aufgeregten Zeiten und bei der außerordentlich starken Parteierkämpfung und den Gegenjahren in der Bevölkerung sich nur halten und erhalten kann, wenn sie imstande ist, sich gegenüber Uebergriffen einer Minderheit zu schützen. Es ist eine ganz falsche Schlussfolgerung, wenn von Ledebour und anderen Führern der Unabhängigen die Putzche im Januar usw. verstanden werden mit der Revolution am 9. November, und wenn man für sich das Recht in Anspruch nimmt, im Januar oder März genau so Revolu-

tion zu freiben, wie im November. Es ist doch ein kleiner Unterschied, ob eine Revolution vor sich geht, die getragen wird von der überwältigenden Mehrheit des Volkes gegen eine regierende Minderheit, oder ein Putzch, der getragen wird von einer lediglich gut bewaffneten Minderheit gegen eine Regierung, die sich auf die große Volksmehrheit stützen kann.

Wir können auch zurzeit nicht den Anträgen zustimmen, die eine allgemeine demokratische Volkswehr verlangen; denn ich möchte nicht, ob, ganz abgesehen von den Friedensbedingungen, eine Volkswehr, in die man vielleicht sogar auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht, Leute aus allen Parteierrichtungen aufnehmen würde, unter den heutigen Verhältnissen irgendwelchen praktischen Wert hätte.

Deshalb begrüße ich es, daß in dem Antrag 203 die ausdrückliche Aufforderung an die Arbeiterschaft ergeht, sich in größerem Maße den Freiwilligentruppen zur Verfügung zu stellen. Wenn man sich heute über den mangelnden sozialistischen Geist der Freiwilligentruppen beschwert, möchte ich auch hier feststellen, daß, als wir im Januar in Berlin von Seiten der Parteio rganisation den Aufruf erließen zur Bildung einer republikanischen Schutztruppe, die nur aus Parteigenossen bestehen sollte, sich nicht genügend Parteigenossen fanden, um ausreichende Truppenmassen aufzustellen, und daß auch unsere Parteigenossen damals der Meinung waren, daß man in dieser Situation nehmen müsse, was man kriegen kann, auch bürgerliche Elemente, wenn man nur die Ueberzeugung haben kann, daß sie ehrlich auf dem Boden der heutigen Staatsordnung stehen. Deshalb glaube ich, daß man eine andere Gestaltung der Freiwilligentruppen nur erzielen kann, wenn man ihnen eine andere Zusammensetzung gibt und die Parteigenossen sich freiwillig zur Verfügung stellen.

Wir müssen immer wieder darauf hinweisen, welcher unerhörter Schwindel bei den Klagen und Beschwerden über die Freiwilligentruppen von den Zeitungen der Unabhängigen getrieben wird. Wir haben die schlimmsten Erfahrungen nach dieser Richtung mit der Berliner „Freiheit“ gemacht, die jedesmal, wenn sie besondere Mittel zur Aufpeitschung braucht, mit solchem Schwindel herausrückt. Das war Anfang April der Fall, als die „Freiheit“ an ihrer Spitze die Nachricht brachte, daß einer der Führer der Freiwilligentruppen, der Major Stochhausen, eine Rede an die versammelten Offiziere gehalten hätte, daß sie sich nur freuen könnten, wenn immer wieder Unruhen entständen, dadurch belämen sie Gelegenheit, tüchtig zuzufassen und auf dem Boden der Unruhen würde der Reigen der Reaktionsäre blühen. Diese Rede wurde sehr schnell als ein Schwindel entpuppt. Die „Freiheit“ ist dann mit verlegenem Schweigen darüber hinweggegangen. Aber in den Tagen damals hat die Schwindelnachricht gewirkt. Genau so war es am 1. Mai, als man die Nachricht brachte, daß Offiziere der Freiwilligentruppen sich in Zivil verkleidet unter die Matfeierden gemischt hätten, um da provozierend zu wirken.

Auch diese Nachricht konnte mit keinem Beweis belegt werden. Sie wurde dementiert, hat aber natürlich am 1. Mai den willkommenen Anlaß zur Aufputschung der Berliner Arbeiterschaft gegen die Freiwilligentruppen geliefert. In der heute hier verteilten Nummer des „Vorwärts“ ist ein ähnlicher Schwindel wieder aufgedeckt, wo man zunächst freiwillige Truppen beschuldigt hat, aus einem Zuge auf Bahnarbeiter geschossen zu haben, während nun festgestellt ist, daß es sich ziemlich umgekehrt verhalten hat. Wenn Sie dazu nehmen, was Noske über das Verhältnis von Führern der Unabhängigen zu den Freiwilligentruppen gesagt hat, so kann man diese ganze Beschwerde nur als elende Deuschel betrachten.

Es ist ja auch klar, daß die Freiwilligentruppen nicht deshalb bekämpft werden, weil sie sich Übergriffe zuschulden kommen lassen, sondern auch jeder ausländische und nur aus Mehrheitssozialisten bestehende Truppe würde genau so bekämpft werden, weil sie eben die gegenwärtige Regierung stützt und die Unabhängigen daran hindert, zur Herrschaft zu kommen. (Sehr wahr!) Noske hat mit Recht betont, daß die Leute, die heute noch den Attentäter Auerk frei herumlaufen lassen und ebenso den früheren Vizepräsidenten Eichhorn, der zum großen Teil die Opfer der Januarunruhen auf dem Gewissen hat, sich nicht darüber beschweren dürfen, wenn auch andere Kreise daran gehen, Verbrecher aus den Gefängnissen zu befreien. Wir müssen all diesen Beschwerden auf den Grund gehen und soweit sie berechtigt sind, für Abstellung sorgen, müssen aber auch verhindern, daß unsere Parteigenossen mit helfen, den Akt abzusetzen, auf dem unsere Herrschaft gegenwärtig noch ruht, daß sie gedankenlos in die Schimpfereien der Unabhängigen und Kommunisten einstimmen, die lediglich deren Parteinteressen dienen. Ich bitte deshalb, dem Antrag 203 zuzustimmen, weil er mir als die einzig mögliche Stellungnahme der Partei zu den Freiwilligentruppen erscheint.

Noch ein Wort zur Frage der Einigung. Es sind hier Zwischenrufe gefallen: Ich denke, Sie wollen für die Einigung sprechen. Zunächst einmal wollen wir aber doch alle erst einmal über die Einigung sprechen, um uns ein Bild darüber zu machen, ob wir für die Einigung im gegenwärtigen Moment eintreten können. Es handelt sich auch nicht darum, daß der Parteitag unbedingt ein Bekenntnis zur Einigung um jeden Preis abzugeben hat. Ich würde mich jedenfalls dagegen wehren; sondern es kann sich nur darum handeln, daß wir uns darüber klar werden, welche Voraussetzungen für die Einigung vorhanden sind und ob sie heute möglich ist. Da glaube ich, können wir für die Führer unserer Partei in Anspruch nehmen, daß wir jederzeit für die Einigung eingetreten sind. Aber ich unterschreibe alles, was Müller und Weis über die Voraussetzungen der Vereinigung gesagt haben, daß wir zunächst verlangen müssen, daß die Unabhängigen, von den Kommunisten ganz zu schweigen, den Standpunkt der Demokratie anerkennen, daß wir uns nicht darauf einlassen können, den Standpunkt einer gewalttätigen Diktatur der Minderheit zu vertreten. Auch die Führer, die man noch als gemäßigt bei den Unabhängigen ansieht, vertreten diesen Standpunkt. Ich verweise darauf, daß Dr. Oscar Cohn im Januar dieses Jahres, als in Berlin von den revolutionären Obleuten gelegentlich der Unruhen Einigungsvorhandlungen eingeleitet wurden, als Vorbedingung dafür die Forderung aufstellte, daß die damalige Regierung Ebert-Scheidemann zurücktreten müsse. Er begründete das damit, daß es nicht genüge, daß eine Regierung die Mehrheit des Volkes hinter sich habe, sondern, daß eine Regierung ebenfalls auch dann schon zurücktreten müsse, wenn sie nur eine erhebliche Minderheit gegen sich habe. Er vertrat dabei den für einen Sozialdemokraten grandiosen Grundgedanken, daß man die Stimmen nicht nur zählen, sondern auch wägen müsse, daß es nicht nur darauf ankomme, festzustellen, wieviel Leute die Regierung hinter sich hat, sondern auch, was das für Leute sind, welche wirtschaftlichen Werte sie schaffen, um danach ihren Wert für die gesamte Volkswirtschaft zu beurteilen. Das sind Grundbegriffe, die man früher nur bei Heubehrand und ähnlichen Leuten vertreten finden konnte. Damit wird allerdings eine Versöhnung über eine gemeinsame Arbeitsgrundlage außerordentlich erleichtert. Wenn hier gesagt wurde, daß zwar ein Teil der Führer der Unabhängigen die Einigung nicht wolle, daß aber

die Masse bei den Unabhängigen die Einigung wolle, so sage ich, das ist nicht wahr. Seht doch nach den Hochburgen der Unabhängigen, nach Berlin, Leipzig usw. Ist denn da der Wille zur Einigung zu sehen, wenn man aus den Gewerkschaften bewährte Leute, gegen die man sonst nichts sagen kann, nur deshalb hinauswirft, weil sie Mehrheitssozialisten sind? Wenn man in die Sportvereine hineingeht und beinahe den letzten Raucherklub zu spalten verliert, während man Mehrheitssozialisten für unwürdig erklärt, irgendwelche Ehrenämter in den Vereinen zu bekleiden? Die Massen sind von den Unabhängigen, die ja anders ihre Existenzberechtigung nicht beweisen konnten, so aufgepeitscht und aufgehetzt, daß es nach meiner Ueberzeugung heute gar nicht möglich ist, ein Zusammenarbeiten auf gemeinjamer Grundlage herbeizuführen. Wenn man die Notwendigkeit der Einigung damit begründet hat, daß man dem Zuge nach links innerhalb der Arbeiterschaft Rechnung tragen müsse, so frage ich, worin besteht denn dieser Zug nach links? Ist das etwa ein Zug grundsätzlich links gerichteter Politik, ein Zug nach links, der grundsätzlich andere Wege gehen will? Ach, nein, Parteigenossen, diejenigen, die uns verlassen, um zu den Unabhängigen zu gehen oder auch gleich zu den Kommunisten, das sind Leute, die größtenteils aus augenblicklicher Unzufriedenheit mit irgendwelchen Dingen den Abmarsch nach links vollziehen. Weil jemand aus seiner Arbeitsstelle entlassen wird und nicht die nötige Unterstützung bei irgendeiner amtlichen oder Parteistelle findet, wird er Unabhängiger. Weil er mit irgendeiner Behörde eine Differenz hat, und die sozialdemokratische Regierung noch immer nicht den Landrat oder Bürgermeister entfernt hat, wird er Unabhängiger. (Sehr richtig!) Weil die sozialdemokratische Regierung es noch immer nicht fertig gebracht hat, bessere Ernährungsverhältnisse zu schaffen, wird er Unabhängiger. Das sind doch zum großen Teil die Dinge, die maßgebend sind für den Abmarsch nach links, ganz abgesehen von der großen Zahl von Leuten unter den Eisenbahnen und ähnlichen Kategorien, die sich überhaupt erst seit dem 9. November in den Reihen der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft befinden und die nun zum Teil allzu leicht in ihrer politischen Unauferklärtheit den Reben der Kommunisten und Unabhängigen auf den Seim gehen. Dieser Stimmung zum Abmarsch nach links sollen wir nicht Rechnung tragen, sondern ihr entgegen treten. Wir sollen den Mut haben, unsere Parteigenossen auf die Schwierigkeiten, die in all diesen Fragen bestehen, aufmerksam zu machen, und ihnen klar machen, daß in all diesen Fragen die Unabhängigen da, wo sie die Möglichkeit haben, auch nicht den leinsten Beweis geliefert haben, daß sie es besser machen können als wir, und daß die Unabhängigen auch nicht im geringsten ein Programm bisher entwickelt haben, aus dem hervorgeht, daß sie imstande sind, es besser zu machen, als wir es bisher gemacht haben. Wir müssen den Unabhängigen trotz aller Bereitwilligkeit zur Einigung, solange die gegenwärtigen Gegensätze bestehen, immer wieder vor Augen halten, daß ihre ganze Politik nichts weiter ist, als die Spekulation auf die Unzufriedenheit, auf die augenblickliche Mißstimmung — weiter Volkstreife. Glaubt denn ein Mensch, daß die heutige Friedenspolitik der Unabhängigen von grundsätzlichen Erwägungen getragen ist? Ich bin überzeugt, daß, wenn wir uns auf den Standpunkt gestellt hätten, den heute die Unabhängigen einnehmen, daß der Friedensvertrag unter allen Umständen unterzeichnet werden muß, die Unabhängigen dann in höchster Entrüstung erklären würden, niemals darf dieser Gewaltfrieden von uns unterschrieben werden. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb dürfen wir bei aller Bereit-

willigkeit zur Einigung doch nicht vergessen, den Unterschied zwischen unserer von den Grundfragen des alten Programms getragenen Politik und der Politik der Unabhängigen, die lediglich spekulieren auf die augenblickliche Mißstimmung und Unzufriedenheit, hervorzuheben. Wir werden den Abmarsch nach links nicht dadurch aufhalten, daß wir diesen Gegensatz verschleiern, weil wir dadurch lediglich unsere Parteigenossen verwirren und irre machen an der eigenen Partei. (Zustimmung.)

Franz-Waldenburg: Mehr oder weniger temperamentvoll ist bereits von jedem Redner auf das Unglück hingewiesen worden, das durch die Spaltung entstanden ist. Wir alle hatten wohl von der Revolution etwas anderes erwartet. Was hat mit guten Worten betont, daß wir die Wege finden müßten, um die Einigung herbeizuführen. Das ist unser aller Wunsch. Aber bis jetzt sind Wege nicht gezeigt worden, die auch nur einigermaßen in kurzer Zeit zu einer Einigung führen könnten. Dadurch, daß der eine oder andere Führer abtritt, wird die Einigung nie und nimmer erreicht werden. Nur, wenn auf beiden Seiten andere Taten gezeigt werden, werden wir die Einigung herbeiführen können. Was ist denn von Taten bisher viel zu sehen gewesen? Wir wollen durchaus anerkennen, daß uns die Revolution so manches Gute gebracht hat, was wir uns vor dem Kriege nicht im entferntesten erträumt haben. Aber es sind auch bis in die letzte Zeit hin immerhin noch von unsern leitenden Männern ziemlich Böse geschossen worden. Das zu verhindern muß unsere Aufgabe sein. Bekommen wir das fertig, dann graben wir am allerbesten den Beschüttern das Wasser ab, dann werden die, die sich jetzt von uns getrennt haben, wieder zu uns kommen. Ich bin überzeugt, wenn unsere Mitglieder in Massen von uns wegläufen, sie würden in ganz kurzer Zeit einsehen, daß, wenn sie erst einmal bei einer anderen Partei zur Mehrheit gelangt sind, sie es nicht ein Jota anders machen könnten, daß sie genau so viel Fehler in der Regierung machen würden und vielleicht noch mehr als sie jetzt gemacht werden. Aber sollen wir erst warten, bis die Massen zu der Erkenntnis gekommen sind, daß unser Weg doch der richtige war? Darüber würde zu viel kostbare Zeit vergehen. Zeit, in der die Reaktion eventuell Gelegenheit finden würde, uns ganz um die Errungenschaften der Revolution zu bringen.

Das dürfen wir nicht wollen. Deshalb möchte ich unsere führenden Genossen bitten, alles zu unterlassen, was auch nur als ein leiser Fehler draußen aufgefaßt werden könnte. Angelegenheiten, wie die Flucht Vogels, die Erschießung Levinés usw. werden von vielen draußen nicht verstanden. Es ist öfter hier gesagt worden, daß wir uns nur auf dem Boden der Demokratie wieder vereinigen können, nur auf dem Boden unseres Programms. Mit derselben Konsequenz müßten wir sagen, daß Leute, die in unsern Reihen sind und sich nicht reiflos auf unser Programm stellen, nicht mehr zu uns gehören. Wenn wir seit 50 Jahren die Abschaffung der Todesstrafe gefordert haben und jetzt Sozialdemokraten innerhalb der Regierung ein Todesurteil vollstrecken lassen, so verstößt das gegen das Programm — und auch diese Leute gehörten nicht mehr zu uns. Die Unabhängigen wie die Kommunisten leben heute nur von den Fehlern, die in unsern Reihen gemacht werden. (Sehr richtig.)

Ein Redner hat ausgeführt, wir hätten zu wenig Taten gesehen, die dem Proletariat beweisen, daß wir jetzt die Macht in Händen haben. Wenn wir uns z. B. die Ernährungsfrage betrachten, so stehen wir hier vor einem Bankrott. Wir haben nichts getan, was wir hätten tun müssen. Ich will einige Fingerzeige geben, die unbedingt hätten befolgt

werden können. Es ist der agrarischen Kommission, die im Ministerium war, u. a. gesagt worden, daß von den 21 Millionen Tonnen Kartoffeln nur 10 Millionen Tonnen erfaßt werden konnten, die anderen 11 Millionen seien im Schleichhandel verschwunden. Warum sagt man da nicht zu? Das wäre eine revolutionäre Tat, die uns Abertausende neue Anhänger gebracht hätte. Derartige Taten sind leider sehr wenig zu verzeichnen. (Zuruf: Vorschläge!) — Die kommen gleich. Wenn solche Experimente nicht schon praktisch durchgeführt worden wären, könnte man sagen, sie seien undurchführbar. Wenn Sie aber in den von uns besetzt gewesenen belgischen oder französischen Gebieten gewesen sind, werden Sie gesehen haben, wie sich diese Projekte wundervoll durchführen lassen. Einen Bauern, der seine Eier nicht regelmäßig abgeliefert hat, dem wurden die Eihner weggenommen, und so ging es weiter. (Zurufe.) Dort ist zugegriffen worden, und so muß man auch bei uns zugreifen.

Wir reden hier andauernd davon, daß uns nur Belehrung über die schweren Zeiten hinweghelfen wird. Es kommen zahllose Schriften heraus. Lesen Sie diese Schriften und lesen Sie unsere Zeitungen durch, Sie werden finden, daß alle die guten Ratschläge immer nur den Arbeitern gegeben werden. (Sehr gut!) Warum gibt man solche guten Ratschläge nicht auch an die Intelligenz? Da liegt es im argen. Da soll man den Nebel einsehen und der Intelligenz zeigen, daß ein sozialdemokratisches Staatswesen bestehen kann. Leider ist in dieser Beziehung zu wenig geschehen. Es wird auch durch Belehrungen allein nicht möglich sein, die Intelligenz auf unsere Seite zu bringen. Es wird notwendig sein, daß ab und zu etwas fest zugegriffen wird. Ich möchte den Genossen Roste bitten, seine Allgenak auch dort etwas spielen zu lassen. (Sehr richtig!) Es ist unerbört, wenn man sieht, wie im Laufe des Krieges Millionäre wie Pilze aus der Erde gewachsen sind, wie Wucherer und Schleichhändler groß geworden sind, wie man es nie geahnt hätte. Diese Leute sind es gewesen, die der Allgemeinheit die Nahrungsmittel entzogen haben, die unser Unglück mit verschuldet haben. Von dieser Intelligenz verlangen wir heute, daß sie dem Vaterlande gegenüber ihre Pflicht erfüllt, und daß sie die Nahrungsmittel reiflos abliefern. Der Schleichhandel blüht heute mehr als je, ohne daß dagegen mit der nötigen Schärfe eingeschritten wird. Wir müssen auf diesem Gebiete zeigen, daß wir eine sozialistische Regierung haben, dann wird das Volk wieder Vertrauen zu uns gewinnen, und die Unabhängigen mögen Agitation treiben, soviel sie wollen, sie werden dem Volke nicht zeigen können, daß es sich bei ihnen besser stehen würde. Es wurde mehrmals gesagt, wir müssen die Regierung schügen. Die Regierung hat soviel Machtmittel in der Hand, daß sie sich selbst schügen kann. Die Regierung soll dafür sorgen, daß wirklich Taten geschehen, die das Proletariat versteht. Das ist für sie der beste Schutz, dann kommen die Massen zu uns, dann werden wir siegen. (Bravo!)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Ich möchte die nachfolgenden Redner bitten, nicht auf das Thema Schleichhandel und Ernährungsfrage einzugehen. Das steht beim Punkt: „Parlamentarisches“ zur Erörterung.

Schiller-Damburg: Wir klagen in der alten Partei sehr viel darüber, daß es die Unzulässigkeit bei den Unabhängigen ist, die eine Ausprägung, eine Verbindung hindert. Aber ich habe in den letzten Wochen das Gefühl gehabt, daß diese Unzulässigkeit auch in der alten Partei wieder gegen die Genossen zu erwachen beginnt, die nach den Lehren vom 6. Februar nicht mehr alles reiflos unterschreiben können, was von Weimar aus geschieht. (Bravo!) Wir kommen so langsam dahin, daß man uns, die

wir beginnen Kritik zu üben, sagt, wir neigen dazu, der Masse nach dem Mund zu reden. Genossen, das ist sehr billig, und ich will hier erklären, daß ich zu den Genossen gehöre, die die Arbeit unserer Vertrauensleute in der Regierung anerkennen. Ich weiß, daß diese Arbeit das ist, was man menschenmöglich überhaupt nur leisten kann; aber ich weiß auch, daß in dem Maße unserer Vertrauensmänner in der Regierung auch Ansichten vertreten sind, die sich nicht allzu stark von den Parteienansichten unterscheiden, die man beim radikalen Bürgertum findet. Es sind dabei Parteienansichten vertreten, die wir früher als revisionistische Ansichten bezeichneten, und diese Ansichten treiben dahin, daß die Initiative, Angriffspläne, auch bei den besten der Partei, vor deren Leistung wir am meisten Hochachtung haben, geschwächt werden.

Was ist denn der Sinn unserer Kritik? Der Sinn ist der, die Partei und ein sozialistisches Ergebnis der Revolution in irgendeiner Form zu retten. Wir haben das Gefühl, als ob wir, je länger wir in der Revolution stehen, das Elementarste nicht mehr retten können. Genosse Kautsky hat in seinem Vorschlag über die soziale Revolution einmal gesagt, daß das Verlagen der revolutionären Schicht dann durchaus wahrscheinlich ist, wenn ein verlorener Krieg das Proletariat, die revolutionäre Klasse, vor Aufgaben stellt, die sie nicht ganz gewachsen ist, oder für die sie durch den Krieg geschwächt worden ist. Wenn Kautsky jemals eine richtige Prophezeiung gemacht hat, dann ist es diese. Die Revolution war im Anfang entstanden aus Verzweiflung, aus Hunger, aus Haß gegen den Militarismus. (Sehr richtig!) Es hat ihr aber der große leidenschaftliche Sinn für den Sozialismus gefehlt. (Sehr richtig!) Und nun sind wir jetzt im siebenten Monat daran, diesen leidenschaftlichen Sinn für den Sozialismus zu bekommen. Genossen, er ist enthalten in dem Worte: Sozialisierung. Das Wort Sozialisierung ist kein Schlagwort, sondern ist der Ausdruck der leidenschaftlichen, heimlichen Sehnsucht der Millionen Proletarier, die, wenn sie seit November erst zu uns gekommen sind, doch das Gefühl haben, es müsse für sie eine andere Zukunft, ein anderes Leben beginnen, und das drückt sich aus in der Forderung nach Sozialisierung. Angesichts dieses dunklen Dranges der Massen nach diesem großen Ziel muß aus der Führerschaft eine stärkere Resonanz kommen. Hier hätte die Führerschaft zum Teil nicht verlagern dürfen. Eine Befähigung für diese Befahrung ist die Anlage Wissens an seine Kollegen im Kabinett (sehr gut!), die ja eigentlich einen vertraulichen Charakter hatte, die aber durch die Schandenfreude der bürgerlichen Demokratie ans Tageslicht gekommen ist. In dieser Anlage sagt Wissell an einer Stelle:

„Aber ebenso gewiß läßt sich auch sagen, daß das Volk zu der Klage berechtigt ist, von der Regierung sei nicht jede Gelegenheit ausgenutzt worden, um das jeweils Erreichbare im Staate durchzuführen.“

Und an einer andern Stelle sagt er:

„Hinter den Kompetenzen stehen vielmehr grundsätzliche Übergrenzen in der wirtschaftspolitischen Auffassung der einzelnen Ressorts und ihrer Leiter.“

Das ist eine Anklage, die nicht nur gegen die bürgerlich-kapitalistische Auffassung geht, sondern auch gegen die sozialistisch-reformerische Auffassung im Wirtschaftsleben in der Frage der Sozialisierung, und wenn der Genosse Wissell, dessen schwere Arbeit ich rückhaltlos anerkenne, keinen andern Rat weiß, als diesen Ratschrei auszustößen, dann beweist das,

daß sehr vieles in der Regierung nicht stimmt. Dann muß es aber auch uns nicht verwehrt sein, diese Klagen in die Form der Kritik zu kleiden.

Die Behandlung der Sozialisierungsfrage hat nach außen hin nicht nur Kopfschütteln erregt, sondern auch Verwirrung und Unzufriedenheit hervorgerufen. Als beim Kohlengesetz die Entschädigungsfrage zur Debatte stand, haben wir wegen des unglückseligen Umstandes, daß eine Reihe von unseren Leuten bei der Abstimmung nicht da war (Aufe: Leider!) die Entschädigungsfrage im bürgerlichen Sinne schließen müssen. Trotzdem war aber noch nicht alles verloren. Gerade in dieser Entschädigungsfrage hätten wir von unseren Vertrauensleuten in der Regierung ein starkes und leidenschaftliches Bekenntnis zu den elementarsten Grundsätzen der sozialistischen Auffassung erhalten müssen. (Sehr wahr!) Und dieses Bekenntnis hätte dahin lauten müssen: nur ohne Entschädigung der Großindustrie können wir auf dem Wege der Sozialisierung weiter arbeiten. (Sehr wahr!) Denn wo es sich um das Armaterial aller Rohstoffe in unserer Wirtschaft handelt, darf man nicht gleich am Anfang die erste unheilvolle Konzeption machen. In dem Augenblick, wo der bürgerliche Antrag geschluckt werden mußte, hätten unsere Vertrauensleute im Kabinett sagen müssen: jetzt machen wir nicht mehr mit. (Sehr richtig!) Sie hätten die Kabinettsfrage stellen müssen (sehr richtig!) und hätten dann an das gesamte sozialistische Proletariat appellieren müssen. (Sehr richtig! und Bravo!) Glauben Sie nicht, daß die bürgerliche Welt diese Kabinettsfrage bis zum äußersten getrieben hätte. (Sehr richtig!) Die bürgerliche Welt ist nicht stark genug, den Karren allein aus dem Dreck zu fahren. Da wäre die erste Möglichkeit gewesen, dem Proletariat zu zeigen, wie lebensfähig und stark und gut unser sozialistischer Wille ist, und das wäre ein Akt gewesen, der der Einigungsfrage außerordentlich gute Dienste geleistet hätte. (Zurufe: Weiter reden! Abstimmen!)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Wir haben vorhin im Falle des Genossen Koste eine Ausnahme der Beschränkung der Redezeit gemacht, weil besondere Gründe dafür vorlagen. Zu dem gleichen Vorgehen dürfen wir uns aber nicht veranlaßt fühlen, nur weil ein Redner besonders interessant spricht. Ich empfehle daher keine Verlängerung der Redezeit, zumal Genosse Schiller aber Punkte spricht, die eigentlich zum Bericht über die Tätigkeit der Fraktionen in der Nationalversammlung gehören. Er hat ja später Gelegenheit, die Ausführungen, die er jetzt vor hat, an der richtigen Stelle zu machen.

Schiller-Hamburg (fortfahrend): Ich will als guter Demokrat nicht wider den Stachel löden und mich der Geschäftsordnung fügen. Aber gestatten Sie mir noch eine Bemerkung. Wenn Genosse Wolff Schulz vorhin über den Mangel an Zeitungspapier geklagt hat, so hätte ich nur gewünscht, daß er sich umgedreht und die Regierung gefragt hätte, wo ist denn euer Einfluß geblieben, bei diesen Standal für uns hätte beseitigen können. (Lebhafte Zustimmung.)

Nun noch ein letztes Wort: Es ist hier mehrfach von der Geheimratswirtschaft geredet worden, die wir uns vorläufig noch gefallen lassen müssen. Wir Hamburger haben einen besonders trassen Fall erlebt. Man hat nach Versailles als Mitglied der Wirtschaftskommission einen Vertreter des Großhandels geschickt, von dem man wahrlich nicht verlangen kann, daß er für die Neuordnung des Wirtschaftslebens in unserem Sinne eintritt. Dieser Mann wurde nach Versailles geschickt, obwohl das „Hamburger Echo“ 14 Tage vorher Enthüllungen über die standalöse Wirt-

schaft des Pfifferkönigs Witthöft brachte, der es verstanden hat, von der alten Regierung ein Pfiffermonopol zu erhalten, das ihm einen Gewinn von 200 Millionen einbringt. Man hat allerdings keine Verdienstmöglichkeit jetzt erheblich beschritten; aber er wird immerhin noch einige Duzend Millionen zu verdienen vermögen. Diese Enthüllungen sind doch vermutlich der Regierung auch nicht unbekannt geblieben. Trotzdem hat man den Mann nach Versailles geschickt. So etwas darf nicht vorkommen.

Der Einigungsantrag Braun ist in der vorliegenden Fassung nicht ganz glücklich. Neben den zentralen Einigungsmöglichkeiten muß auch etwas zur Stützung der Einigung von unten herauf geschehen. Das ist möglich innerhalb der Betriebsräte, der Urzelle, in der der Arbeiter lernt, mit tiefstem Ernst für sich und die Gemeinschaft zu arbeiten und zu wirken. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Gummel-Holba: Die Entschließung Adolf Braun sagt uns in der vorliegenden Form nicht zu. Im Einverständnis mit den Vertretern Groß-Thüringens habe ich vorzuschlagen, daß die Entschließung durch Streichung des dritten Absatzes geändert werde. Die dort aufgestellten Behauptungen sind zweifellos richtig. Unsere Absicht ist es nicht, sie zu bestreiten. Wenn wir sie aber in den Vordergrund schieben, dann dienen wir nicht dem Einigungszwang. Sie können ohne Not fallen. Ihre Annahme würde eher den Unabhängigen einen formalen Grund zur Ablehnung unserer Einigungsvorschläge bieten. Also nochmals: wir halten die dort angeführten Tatsachen nicht für falsch, glauben aber, daß sie nicht besonders hervorgehoben werden sollten. Es ist ein Fehler, wenn wir in der Einigungsfrage Dinge sagen, die nicht unbedingt angeführt werden müssen. Ferner halten wir es nicht für ratsam, daß der Vorstand selber die Verhandlungen führt. Das bedeutet nicht Mißtrauen in dem Parteivorstand. Wir wünschen eine besondere Kommission zur Führung der Einigungsverhandlungen, um auch dadurch wieder allen formalen Ablehnungsgründen aus dem Weg zu gehen. Auch das ist notwendig im Interesse der Einigkeit. Andern wir deshalb die Entschließung in der von mir angedeuteten Weise. Krügers Standpunkt über die Zusammenarbeit der einzelnen Personen teile ich nicht. Es muß auch mit der Masse zusammen gearbeitet werden. Bemerkenswerte Zusammenarbeit geschieht ja jetzt schon in den Gemeinderäten und Arbeiterräten. Wenn von allen Seiten guter Wille gezeigt wird, dann ist die Zusammenarbeit auch durchaus möglich.

Die Frage Groß-Thüringens beschäftigt uns natürlich ganz besonders. Wir haben in dieser Sache kürzlich bei Verhandlungen in Erfurt einen eigentümlichen Eindruck von dem Parteigenossen Dirsch, dem Preussischen Ministerpräsidenten, bekommen. Er hat dort die Frage aufgeworfen: was bietet ihr Thüringer für die Abtretung in Thüringen hinsbringender Teile als Ausgleich? Ist es menschenmöglich, eine derartige Forderung aufzustellen, ist es menschenmöglich, daß ein Sozialist sich ängstlich an die Grenzen klammert, die aus dynastischen Gründen entstanden sind, für die gar keine vernünftigen Erwägungen vorgelegen haben. Wenn die durchaus vernünftige Forderung erhoben wird, solche Uebelstände zu beseitigen, sollte man es da für möglich halten, daß noch die Frage nach Gegenleistungen aufgeworfen wird? Ich habe mich bei der Nachricht über diesen Vorgang an die Stirn gefaßt und mich gefragt, wird denn ein Sozialdemokrat in dem Augenblick, in dem er Minister wird, völlig verwandelt? Muß er alle Untugenden der früheren Inhaber seines Amtes mit übernehmen? Nein, ein Sozialdemokrat muß sich von anderen Gesichtspunkten leiten lassen.

(Lebhafte Zustimmung.) Er darf keinen Menschen- und Völkerverkehr betreiben. Nur wirtschaftliche Gründe dürfen für ihn maßgebend sein. Wir erheben deshalb gegen das bezeichnete Auftreten des Genossen Dirsch energischen Protest. (Lebhafte Beifall.) Alle schlechten Eigenschaften des Erfurter Regierungspräsidenten von Bädler schämen schon auf ihn abgefärbt zu haben.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch die Frage der Behandlung der vertriebenen Elßaß-Lothringer aufwerfen. Beamte, Angestellte usw. müssen bekanntlich ihren jetzigen Aufenthaltsort verlassen und werden nach Deutschland abgehoben. Nun ist allerdings eine Hilfsaktion für sie in die Wege geleitet. Sie entspricht leider in keiner Hinsicht den Bedürfnissen. Die Hauptarbeit hat man dem Roten Kreuz überlassen, das in durchaus unglücklicher Weise in dieser Angelegenheit tätig ist. Weiter hat man den Ausweg beschritten, daß die Einzelstaaten die Beamten und Angestellten, die früher ihre Staatsangehörigen gewesen sind und nun wegen ihrer deutschen Gesinnung aus dem Elßaß vertrieben werden, von diesen Einzelstaaten übernommen werden. Das ist aber völlig unzureichend. Denn auch Mi-Elßässer müssen ihre Heimat verlassen, weil sie sich als Deutsche fühlten und betätigten. Sie befinden sich in einer unhaltbaren, schwierigen Lage. Die Beamten sind ihnen insoweit voraus, als sie wenigstens noch ihre Gehälter fortbezahlt erhalten, aber für die vielen anderen muß doch auch irgend etwas geschehen. Denken wir doch daran, daß sie ihre Möbel, ihren ganzen Besitz bis auf einen geringen Rest zurücklassen mußten und nun völlig hilflos dastehen. Mit den Unterstützungen des Roten Kreuzes werden sie zwar einigermaßen über Wasser gehalten, aber das ist doch keine ausreichende Fürsorge. Hier muß unter allen Umständen schnelligst eingegriffen werden, damit eine Besserung der Angelegenheit herbeigeführt wird. (Hochzeichen des Vorsitzenden.) Ich muß noch eine andere Frage ansprechen, das ist ja nur das erste Hochzeichen. (Heiterkeit.)

Vorsitzender **Heinrich Schulz:** Ja, Sie haben noch eine Minute.

Gummel: Es ist dann über die Reformen in der Verwaltung gesprochen worden. Die Geheimwirtschaft ist sicher ein sehr übles Ding, und ich begreife nicht, daß die Regierung im Reich und in den Bundesstaaten nicht besser mit den Verfassungen aufgeräumt hat. Nach all den Dingen, die in den letzten Monaten passiert sind, muß man zu der Auffassung kommen, daß ein ganzer Teil dieser Geheimräte direkte Sabotage treibt an dem, was die Regierung haben will. (Sehr richtig!) Das trifft zu auf dem Gebiete des Ernährungswezens und auf einer ganzen Reihe anderer Gebiete, nicht nur im Reich, sondern auch in den Bundesstaaten. Ich nehme da Weimar nicht aus. In allen Bundesstaaten sieht man mehr und mehr, daß diese Geheimratscliquen sich ihre Macht neu festigen wollen. Dadurch wird erreicht, daß die Unzufriedenheit mit der Regierung immer größer wird. Die Regierung verkündet öffentlich: das und das wollen wir, und die Geheimräte tun das Gegenteil. Wenn gesagt worden ist, daß man die Leute nicht dazu habe, so sollten diejenigen, die an leitender Stelle stehen, sich vergegenwärtigen, daß sie nicht nur Vertrauen in sich selbst, sondern auch Vertrauen in die Parteigenossen haben dürfen, mit denen sie früher Hand in Hand gearbeitet haben. Es ist nicht genug damit, daß die an leitender Stelle stehenden Personen sich auf den Standpunkt stellen: ich bin zu allem fähig, die anderen Parteigenossen sind aber zu nichts fähig. (Einzelter Beifall.)

Gromig-Breslau: Das Mißtrauen gegen den Parteivorstand und die neue Regierung im ganzen Lande hat seine tiefen Gründe. Ich weise darauf hin, was uns vor den Wahlen von Seiten der neuen Regierung alles versprochen wurde. Ich weise hin auf die Einverleibung der Gutsbezirke. Noch jetzt sind die Leute der Gutsbezirke minderen Rechts. Bei den Gemeindevorwahlen durften diese Leute nicht mitwählen. Wir haben uns deswegen an das Ministerium gewandt. Wir haben keine zufagende Antwort bekommen. Bis jetzt ist noch nichts erfolgt. Ich weise darauf hin, daß endlich einmal die Amtsvorsteher ergänzt werden sollten. Die Amtsvorsteher üben draußen auf dem Lande noch die größte Macht in altem, reaktionärem Geiste aus. Ein Verständnis findet man dafür bei der neuen Regierung nicht. Die Kreisstagswahlen haben stattgefunden, aber man hat schnell noch ein Bleigewicht angehängt. Kreis-ausschüsse dürfen ergänzt und neu gewählt werden, dann noch zwei oder drei Kommissionen, aber die wichtigsten Kommissionen, vor allem die Gebäudesteuer- und Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommissionen bleiben im alten Amt. Darin wurzelt das Mißtrauen, das wir bei unseren Mitgliedern fortgesetzt antreffen. Wir sind die Bängelungen draußen auf dem Dorf. Wir müssen uns gefallen lassen, daß unsere Minister einfach als Beisetzer hingestellt werden. Die Herrschaften haben Angst vor ihrer neuen Courage. Daher haben wir uns auch bemüht gefühlt, den Herren einmal zu sagen, was wir darüber denken. Als die Kreisstagswahlen vorbei waren, hatten manche Landräte dem neuen Zeitgeist Rechnung getragen, indem sie die Kreis-Kommissionen neu wählen ließen. Allgemein ist das nicht geschehen. Bei uns in Schlesien waren es nur zehn Landräte, die einen neuen Geist in die Kommissionen hineingebracht haben. Was sagte dazu Minister Heine?

Er sagte: ja, Ihre Einwendungen sind stichhaltig. Als er aber wieder nach Berlin kam, stand er wieder unter dem Einfluß der alten reaktionären Ministerialdirektoren und Unterstaatssekretäre. Denn in Berlin gab er eine Verfügung heraus, wonach die alten Kreis-Kommissionen und auch die Kreisdeputierten im Amte bleiben sollten. Draußen ist man darüber informiert, daß die meiste Arbeit in den Kommissionen geleistet wird, und der Reichstag nur eine Fagmaschine ist. Deswegen verlangten wir, daß endlich einmal tabula rasa gemacht würde. Aber Minister Heine hat dafür kein Verständnis. Wir hatten in Schlesien eine Kreisstagskonferenz aller Abgeordneten unserer Partei. Die hatten mich beauftragt, eine andere Stimmwendung des Genossen Heine herbeizuführen. Ich habe diesen Auftrag ausgeführt, und das Erbe vom Liebe war Null. Nichts konnte er uns zulegen. Es bleibt immer noch beim Alten. Erst nachdem ihm von der Fraktion etwas der Boden heiß gemacht worden ist, hat er sich bereit erklärt, etwas in Aussicht zu stellen. Wann das eintreten wird, ist eine andere Frage.

Wenn man glaubt, man hätte nicht genügend Leute, die als Landräte tätig sein können, soll man mindestens Kontrollorgane einsehen, aber heute läßt man sie auf und sagt: sie sind überflüssig. Da müssen wir endlich einmal den neuen Geist spüren. Das wird uns Vertrauen auch in den Kreisen bringen, die bisher so etwas vorübergehend in unseren Reihen gewesen sind. Wir haben in unserem Reichstag mit überwiegender Mehrheit Beschlüsse gefaßt, die der neuen Zeit Rechnung tragen; aber der alte Landrat beantwortet die Beschlüsse. Und nun verweist uns das Ministerium des Innern auf das Verwaltungsstellenverfahren. (Hört, hört!) In zwei

Jahren ist dann vielleicht dieser Klageweg beendet, und das Ende vom Liebe ist eine Abgabe. Beachten Sie: der Bezirksausschuß hat darüber in erster Linie zu entscheiden, und da sitzen die alten reaktionären Junker drin, die vom Provinziallandtag hineingewählt sind. Der Provinziallandtag ist auch noch nicht aufgelöst. Wenn man dann glaubt, daß das Oberverwaltungsge.icht einen anderen Geist hineinbringen wird, so hat die Vergangenheit bewiesen, daß auch diese alten Herren von der neuen Zeit nichts wissen wollen. Darum sage ich: wenn nicht Genosse Heine einen neuen Geist hineinbringen kann, soll er abtreten. (Sehr richtig!) Wenn er seinen Einfluß bei seinen Ministerialdirektoren nicht durchsetzen kann, soll er sie zum Teufel jagen. Aber wir wollen von den Leuten sozialdemokratische Politik und nicht diese Hänge- und Wärgelpolitik. (Beifall.)

Heine: Ihr Beifall zu der Rede des Genossen Gromig ist für ihn eine ebenso große Freundlichkeit, wie für mich eine Unfreundlichkeit, was mich aber absolut nicht hindern wird, mit Ihnen freundlich, aber deutlich, zu reden. Der Genosse Grogger hat mich heute früh aufgefordert, so schnell wie möglich aus meinem Amte auszuscheiden. (Sehr gut!) Ich habe den Genossen Grogger immer für meinen persönlichen Freund gehalten, und ich sehe, er bewährt sich auch darin als solcher; denn nur ein Freund kann mir den Rat geben, dieses dornenvolle Amt aufzugeben. Als ich gezwungen gegen meinen Wunsch und meine dringendste Bitte von der Landesversammlung dieses Amt übernahm, habe ich gewußt, was mir bevorstand, daß jeder mich persönlich als Feind ansehen würde, dem ich entweder ein Amt abschlage oder ein sonstiges Verlangen abschlagen muß.

Genosse Wels hat heute früh gesagt, die Demokratisierung der Verwaltung in Preußen sei noch nicht genug vorgeschritten. Das ist vollkommen meine Ansicht, wenn das als Ziel und Tatsache hingestellt wird; wenn es aber als Vorwurf gegen die preussische Regierung ausgebrochen wird, so ist das von keiner Sachkenntnis getrübt. Die preussische Regierung hat ein höchst umfangreiches Programm der Reform, der inneren Verwaltung aufgestellt. Ich habe dieses Programm der sozialdemokratischen Landtagsfraktion und der sozialdemokratischen Fraktion des Räte-Kongresses vorgetragen. Von beiden ist es gebilligt worden. Ich kann es hier nicht eingehend vortragen, ich kann nur Stichworte anführen: Bereinigung der Gutsbezirke mit den Landgemeinden — demokratisches Landgemeindegewaltrecht — Umbau der Amtsbezirke zu größeren Landgemeinbezirken nach Art der rheinischen Landbürgermeistereien zur Schaffung leistungsfähiger Landgemeinverbände — Umbau der Kreisverwaltung. Der Landrat soll der vom Reichstage auf Zeit erwählte Kommunalbeamte werden. — Ich übergehe die Frage der Oberpräsidenten, weil sie zum Teil von der noch ungewissen Entwicklung des Verfassungswerks abhängt. — Eine weitgehende Selbstverwaltung soll den Provinzen gegeben werden. Die Bezirkspräsidenten müssen dagegen erhalten werden als die einzige Stelle, durch die die Zentralinstanz die Verwaltung leiten kann. Wenn Kreis und Provinz reine Selbstverwaltungskörper sind, muß die Zentralinstanz ein Verwaltungsorgan in der Hand behalten. Der durch das allgemeine Wahlrecht im Parlament verkörperte Wille der Gesamtheit der Nation, der durch die Regierung vollstreckt wird, muß irgendein Organ behalten, um sich in der Verwaltung einheitlich zur Geltung zu bringen. Sonst steht der Einheitssinn auf dem Papier. Diese Regierungspräsidenten müssen eine reine Verwaltungsbehörde, rein ausführende Organe sein und sich jeder Regierung zur Verfügung stellen und dauernd bleiben. Man kann

in der Verwaltung nicht jeden Tag, je nachdem der politische Wind weht, andere Leute an so wichtige Plätze setzen.

Das ist das Programm, das gebilligt worden ist von der Fraktion der Landesversammlung sowohl wie von dem Rätekollegium. Ich habe dies Programm auch unzählige Male öffentlich ausgesprochen und nirgends Widerspruch erfahren. Aber ich habe erklärt und erkläre noch, daß ein solches Riesenwerk sich nicht im Pandumbrehen ausführen läßt. Die Schwierigkeiten liegen darin: wir haben die verschiedensten Städteordnungen und Landgemeindeordnungen in Preußen. Diese alle müssen unter einen Hut gebracht werden. Jede gesetzliche Bestimmung wirkt wieder zurück auf sechs oder acht andere, die mit geändert, die angepaßt werden müssen. Ich hatte versprochen, im Juli die Städteordnung vorzulegen, im Herbst die übrigen Gesetze, Kreis- und Landgemeindeordnungen. An all diesen Dingen wird gearbeitet, und jetzt, nachdem ich gerade zwei Monate auf diesem Stuhl sitze, schreit mich alles an, ich täte nichts. Ich warne die Genossen dringend vor Ueberstürzung, vor halb durchgearbeiteten Gesetzen. Wir haben viele Erfahrungen damit gemacht bei der aufstrotzenden Verordnung über die vorläufigen Gemeinde- und Kreiswahlen im Februar und März. Das war, ehe ich Minister des Innern war. Diese Gesetze sind erlassen worden auf das Drängen des Zentralrats, der verlangte, es müsse sofort irgend etwas geschehen. Ich habe damals erwartet und habe gesagt, man solle dies Gesetz in aller Ruhe durch die Landesversammlung durchberaten lassen, das könne nicht gut gehen. Ich bin dabei aber in der Ueberzeugung geblieben, man hat nachgegeben und hat nun im Pandumbrehen die Wahlgesetze geschaffen. Ich gebe jeder Kritik an diesen Gesetzen recht, sie sind in jeder Beziehung unvollkommen. Das ist aber nicht die Folge bösen Willens, sondern lediglich der überhasteten Arbeit. Es sind auch sofort ein paar Nachtragsverordnungen erlassen worden. Trotzdem sind noch eine Menge Dinge nicht ausreichend berücksichtigt, z. B. der Begriff des Bürgerrechts. Als die Wahlen fertig waren, merkten wir zu unserm Schrecken, daß die Frauen zum Magistrat nicht wählbar waren. Dazu kommen dazu die altertümlichen Bestimmungen mancher Gemeindeverfassungen. Ferner ein Punkt, den vorher der Genosse Sromig erwähnte. Es gibt verschiedene Arten von Kommissionen bei den Kreistagen. Kommissionen der Kreis-Kommunalverwaltungen, die ohne weiteres von den Neuwahlen erlaßt wurden, und Kommissionen der allgemeinen Landesverwaltung, auf die das Gesetz keine Anwendung finden konnte. Das sind schwierige und komplizierte juristische Fragen. Ganz unzulänglich ist die Anpassung des Proportional-Wahlrechts an die Bedürfnisse der Kreiswahlen. Als ich im März 1919 mein Amt übernahm, hatte ich auch zunächst einige Wochen gebraucht, um mich in die ganze Materie und die Berechtigung der Beschwerden einzuarbeiten. Als Sromig mir in Breslau die Frage der verschiedenen Kreis-Kommissionen vortrug, war ich auch im Augenblick nicht im Bilde. Ich habe sofort studiert, ob man das Gesetz nicht so auslegen könnte, wie es Sromig wollte. Aber ich kam zu dem Ergebnis, daß es nicht ginge. Darauf habe ich sofort dem Landtag ein Gesetz vorgelegt, daß erstens das Wahlrecht der Frauen zu den Magistraten sichert und zweitens die Unebenheit bei den Kommissionen der Kreistage ändert. Das weiß Sromig und trotzdem stellt er sich hierher und bezieht mich, ich täte nichts. (Zuruf.) Ja, Sie haben gesagt, ich hätte erst auf Ihre Drängen nachgegeben. Nein, ich habe die Initiative zu dem Gesetz ergriffen und Sie brauchen mit diesem ganzen Wortwurf nicht

mehr zu kommen, wenn Sie nicht unaufrichtige Demagogie damit treiben wollten. Es ist noch ein anderes Notgesetz in Arbeit. Ich habe es mit der Gemeindefraktion der Landesversammlung verabredet, und es wird in den nächsten Tagen der Landesversammlung zugehen. Das weiß Sromig auch. Das Notgesetz soll noch weitere Unstimmigkeiten schon jetzt beseitigen. Aber das gesamte Reformwerk kann erst in einem Guß geschaffen werden. — Die Genossen sind sich nicht klar über die Grenzen meiner Befugnisse. Sie fordern mich alle Augenblick auf, ich soll dies oder jenes „anordnen“. Die Genossen vergessen, daß das Verordnungsrecht der Regierung mit dem Zusammentritt der Landesversammlung erloschen ist, und daß wir nicht einmal mehr ein gesetzgebender, sondern nur ein beratender und ausführender Faktor sind. Man fragt mich, weshalb ich die Gutsbezirke nicht auflöse usw. Ich soll ein altes Haus umbauen, soll Stodwerke aufhessen, einen neuen Dachstuhl herstellen usw. Da fange ich damit an, daß ich die Fundamente unterfahre und verstärke, die äußeren Umfassungsmauern revidiere, den neuen Dachstuhl draufsetze, und dann werde ich mit der Arbeit im Innern beginnen. Aber ich kann mich nicht mitten in der grundlegenden Arbeit damit unterbrechen, daß ich plötzlich eine Wand neu tapeziere, die vielleicht in vier Wochen durchbrochen oder abgebrochen werden muß. So bin ich nicht in der Lage, jetzt mit allen möglichen Einzelreformen herauszukommen, während die ganze große Arbeit noch bevorsteht.

Nun bitte ich aber, mich richtig zu verstehen: ich weiß, daß sehr viel geändert werden muß, bin auch ganz darauf gefaßt, daß im Laufe der Arbeit sich noch vieles als Änderungsbedürftig herausstellt, wovon wir jetzt noch gar nichts wissen. Aber zu solcher Arbeit gehört Sorgfalt und Konzentration. Man kommt nie mit der Arbeit zu Ende, wenn man fortwährend öffentlich angeschrien wird: „Ihr tut ja nichts!“ Ich habe mich fortwährend dagegen zu verteidigen, habe Briefe zu schreiben, in denen ich den Genossen das alles auseinandersetze. Dem Genossen Sromig habe ich einen ausführlichen Bericht darüber geschrieben. Es hilft nichts, es kommen immer wieder dieselben Beschwerden. Damit vergeube ich meine Zeit und meine Arbeitskraft, anstatt sie zu wirklicher Arbeit verwenden zu können.

Dann noch zu der Personenfrage. Als die auch aus unabhängigen Sozialdemokraten bestehende erste Regierung die Geschäfte übernahm, ist es ihr nicht eingefallen, das zu tun, was man jetzt von mir verlangt, nämlich sämtliche Landräte und Regierungspräsidenten abzusetzen. Und zwar hat sie das aus sehr guten Gründen unterlassen. Es wäre nämlich damit die ganze Arbeit, die die Verwaltung leistet, vor allem die ganze Lebensmittelversorgung und ihre Organisation in Frage gestellt worden. (Zuruf: Das machen die so wie so nicht!) Ich gebe Ihnen gern zu, es gibt eine Anzahl Landräte, die sich wenig oder nicht genügend um die Lebensmittelversorgung gekümmert haben. Es gibt aber ebenso eine große Zahl von Landräten, die auf diesem Gebiete völlig ihre Schuldigkeit tun. Wo die Lebensmittelversorgung sich am besten vollzieht, da vollzieht sie sich freiwillig, ohne Zwang, in Kreisen, wo der Landrat sich mit den Leuten gut zu stellen weiß und durch persönliche Einwirkung die gütliche Ablieferung zustande bringt. (Zuruf: Die sollen ja auch bleiben.) Also, es muß eine ganze Anzahl bleiben. Es müßte überhaupt zunächst einmal der Apparat bleiben, wir konnten ihn nicht ohne weiteres

zerstüßeln. Dasselbe gilt von den Regierungspräsidenten, die auch eine Unmenge Arbeit zu leisten haben. Sie sehen nicht die Arbeit, die dort geleistet wird, damit die Verwaltungsarbeit weiter vor sich geht. Ich habe ja die Erfolge erlebt, wo ich so vorging, wie es gewöhnlich wird. Ich habe als Landratsverweser einen sozialdemokratischen Kaufmann in einem Kreise eingesetzt. Das Ergebnis war, daß am nächsten Tage die Bauern streikten und keine Rahrmittel mehr abliefern wollten. Ich habe in einem andern Kreise einen unmöglichen reaktionären Landrat entfernt. Ergebnis: der Kreis, der bis dahin glänzend geliefert hatte, lieferte nicht mehr eine Kartoffel ab. (Große Unruhe! Rufe: Koste! Kartoffeln holen!) Das ist nun natürlich für mich nicht etwa ein Grund, die Landräte dort zu lassen und keine sozialdemokratischen einzusetzen. Aber es ist ein Grund, sich solche Dinge zu überlegen und nicht im Eilzugtempo vorzugehen, sondern mit reiflicher Überlegung. Ich habe eine große Anzahl von Landräten abberufen und auch von Regierungspräsidenten. Ich werde dafür in der konservativen Presse als der jüdische Landratsjäger beschimpft. (Seufzert.) Das läßt mich sehr kalt, aber ich wünsche nun nicht, von meinen Parteigenossen als Reaktionsär an den Pranger gestellt zu werden, der gar nichts täte. Es sind gegenwärtig von etwa 470 Landratsposten in Preußen rund 100 vakant, nicht fest besetzt, sondern nur vertretungsweise oder durch Kommissare verwaltet. Es werden noch mehr dazu kommen. Es ist an sich nicht gut, so viel Stellen nur vertretungsweise verwalten zu lassen, weil unter der Unsicherheit der Stellung das Weitz die Arbeitsleistung leidet. Aber es geht doch mit den Landräten so. Ich habe den Grundriß aufgestellt, daß der neue Landrat vom Kreistag gewählt, von der Regierung nur bekräftigt werden soll. Ich habe ihn aufgestellt für die neu gewählten Kreistage. Von den alten Kreistagen habe ich keine Präsentationsvor schläge angenommen, sondern habe sie, wenn sie kamen, ad acta gelegt. Ich habe die Neuwahlen abgewartet. Sie sind am 4. Mai gewesen. Am 3. Juni sind die meisten Kreistage erst zusammengetreten. Jetzt erwarte ich die Präsentationen der Kreistage. (Zuruf: Davon wissen doch die Kreistagsvertreter nichts.) Aber, mein lieber Genosse, wenn man sich in den Kreistag wählen läßt, so muß man doch das Geiz über die Neuwahlen zum Kreistag lesen, wo das ausdrücklich drinsteht. (Lebhafte Zustimmung.) (Die Redezeit wird verlängert mit Rücksicht darauf, daß der Redner, ebenso wie Genosse Koste, Gegenstand besonders zahlreicher Angriffe gewesen ist und die preussische Regierung vertritt.) In vielen Kreisen ist eine Mehrheit in dem Kreistag nur zu erreichen, durch das Zusammenwirken der Demokraten und der Sozialdemokraten. Ja, dazu müssen die Genossen die Initiative ergreifen. Ich habe es aber erlebt, daß die Genossen das gar nicht taten, daß ich es ihnen erst sagen mußte. Also, Parteigenossen, ich bitte mir keinen Vorwurf zu machen, wenn bis jetzt noch nicht genug sozialdemokratische Landräte ernannt sind. Es sind hier einige Genossen unter Ihnen, die mit mir in Verhandlungen eingetreten sind. Wo die Kreise von ihrem Recht zur Präsentation Gebrauch gemacht haben, habe ich die betreffenden Genossen als Landratsverweser bestellt, um dann im Herbst, wenn die Kreisversammlung neu geschaffen ist und die neuen Kreistage nach neuen Prinzipien gewählt sind, den Genossen das Recht zu geben, nun endgültig zu wählen. Aber diese Vorschläge muß ich abwarten.

Ich bin nicht der Ansicht, daß ich nun jeden mir zum Landrat präsentierten Herren erneuern möchte. Ich kann nur Beamte brauchen,

die ehrlieh mit der Regierung arbeiten wollen, natürlich unbeschadet ihrer persönlichen politischen Überzeugung außer dem Dienste.

Wenn es Landräte gibt, die die Regierung verhöhen, die den hilfesuchenden Leuten erklären: „besagt auch bei Seidenmann, von dem kommt das Unglück“, oder die der Regierung bemüht unter Mißbrauch ihrer Amtsgevalt entgegenarbeiten, dann werde ich solche Landräte absetzen und solche Kommissare, wenn sie zu Landräten vorge schlagen sind, nicht ernennen. Ich habe bereits in einem solchen Falle von diesem Absetzungsrecht Gebrauch gemacht. Aber ich muß doch die Parteigenossen bitten, mir darüber greifbare Angaben zu machen. Der Genosse Groger sprach davon, „die“ Landräte machten es so. Dieses Lied höre ich schon seit acht Wochen und immer schreibe ich an den betreffenden Genossen: Bitte geben Sie mir an, welcher Beamte sich so gegen die Regierung geäußert, was und wo er es gesagt hat, was für Zeugnisse dafür da sind. Bis jetzt habe ich noch keine Antwort bekommen. (Hört, hört!)

Genau so geht es mit den Gemeindeversammlungen. Gewiß, es gibt eine ganze Anzahl Gemeindeversammlungen und Kreistage, die in ungesetzlicher Weise zustande gekommen sind. Ich habe öffentlich in der Landesversammlung und in den Zeitungen erklären lassen, ich würde in solchen Fällen, sobald man es mir nachweise, die Auflösung dieser Versammlungen und Kreistage herbeiführen. Ich habe gebeten, mir Material zuzuschicken. Es ist eine verschwindende Zahl von Fällen, in denen man mir überhaupt derartige Anträge in begründeter Weise unterbreitet hat. Es sind, glaube ich, nicht mehr als acht Fälle. In drei solcher Fälle habe ich bereits die Auflösung der betreffenden Organisation bei der Staatsregierung beantragt. Natürlich kann ich nicht auf bloße Behauptungen hin solche Entscheidung treffen. Aber ich prüfe jede Beschwerde dementsprechend und handle danach.

Hier muß ich nun den Spieß umdrehen und Ihnen sagen: wollen die Genossen, daß das Ministerium demokratische Politik macht, dann müssen Sie selbst dabei mithelfen. Die Genossen sind noch viel zu sehr daran gewöhnt, daß alles von oben geschieht. (Sehr richtig!) Früher wurde von oben gegen sie gehandelt. Jetzt verlangen Sie, daß man von oben für sie handelt. (Sehr richtig!) Man kann aber wohl von oben her unterdrücken, aber man kann nicht von oben her die Freiheit aufziehen, das muß von unten geschehen. (Sehr richtig!)

Es ist nicht wahr, daß nichts erreicht wäre. Dank dem gleichen Wahlrecht sitzen Parteigenossen in allen möglichen kommunalen Körperschaften, in denen zu sitzen sie früher nie denken konnten. Sie nehmen leitende Stellen ein. Jeder hat die Möglichkeit, unmittelbar an die zentrale Stelle, an mich, den Minister, sich zu wenden. Ich prüfe jede Beschwerde sehr genau. Leider aber sind die wenigsten Beschwerden so, daß sie überhaupt Tatsachen enthalten. Der Genosse Scholich hat mir eine Liste von 30 oder 40 Beschwerden aus Schlesien geschickt. Darunter waren solche: In dem Kreise ist ein Amtsvorsteher, der die Arbeiterräte schlecht behandelt. Nicht einmal der Name und Wohnort war genannt. Was kann ich mit solchen Sachen anfangen? Was prüfbar ist, prüfe ich auf der Stelle.

In vielen Kreisen werden die Genossen noch lange nicht zur Mehrheit kommen. Das ist nicht Schuld der Regierung, und auch nicht Schuld der Parteigenossen, sondern es ist die Schuld der ökonomischen und politischen Entwicklung. Die Genossen müssen sich da selber helfen, genau so gut,

wie sich die Partei einer furchtbaren Unterdrückung gegenüber 50 Jahre selber geholfen hat. Sie müssen die Massen zu Sozialdemokraten erziehen, und müssen sich selbst zur Selbstverwaltung erziehen. Das ist natürlich unmöglich, was mir neulich einer schrieb: „die Demokratie ist sehr gut, wenn wir überall die Mehrheit haben“. (Weiterkeit.) Demokratie ist etwas, das auch für die anderen gilt. (Sehr richtig!)

Ich bin weit entfernt davon, den Genossen im Lande aus ihrer Stellung einen Vorwurf zu machen. Ich weiß, sie sind von Gegnern umgeben, werden unterdrückt und schlecht behandelt. Sie wissen sich nicht zu helfen, sie haben nicht die formelle Gewandtheit, stets sofort eine ordentliche, sachlich begründete Beschwerde aufzusetzen. Da gibt es nur ein Mittel: sie müssen ihre Organisation aufbauen. Dabei wird Ihnen der Parteitag helfen. Das törichte aber wäre, wenn diese Genossen sagten: „wir wollen zu den Unabhängigen laufen“. Damit schafft man nicht Wandel, daß man zu einer andern Partei geht. (Zurufe: Das wollen wir nicht, im Gegenteil!)

Sie wollen es nicht, aber viele der Genossen draußen. Und nun sage ich: draußen im Lande tun auch unsere leitenden Genossen, und namentlich unsere Presse in diesen Dingen vielfach nicht ihre Schuldigkeit. Wenn ein Landrat oder anderer Beamter etwas tut, was sie mißbilligen, so wird, anstatt es bei mir zu melden und sich zu beschweren, zunächst in das betreffende Blatt des Bezirks ein Artikel geschrieben mit der Ueberschrift: „Es bleibt alles beim alten, die Regierung tut nichts“, und aus diesen Zeitungen erfahre ich dann nach Wochen und Monaten, daß da etwas geschehen ist, wo ich hätte eingreifen können, wenn man mir es rechtzeitig unterbreitet hätte. Unter den Genossen aber wird der Glaube erweckt, ich wolle nichts tun, die Regierung täte überhaupt nichts.

Eine solche Taktik, die sich ausschließlich auf Kritik beschränkt, und nicht mitarbeitet, muß jede parlamentarische Regierung tot machen. Wir Minister sind der Landessversammlung verantwortlich. Das zu erklären, brauchte ich keine Aufforderung. Das ist selbstverständlich und steht in der Preussischen Verfassung. Aber die Genossen wollten sich sagen, sie sind vor dem Volke und vor der Weltgeschichte mit dafür verantwortlich, daß die demokratische und sozialistische Herrschaft nicht zusammenbricht. Fallen aber die Genossen fortwährend den von ihnen selbst gewählten Ministern in den Rücken, beschuldigen sie sie fortwährend öffentlich, sie täten nichts, dann kann diese Regierung nichts durchführen, dann ist sie untergraben.

Es wird mir eben eine Frage vorgelegt: „wie ist es mit dem Befähigungsrecht, es dauert ja Monate, bis ein Stadtrat, eventuell ein Landrat von der Regierung befristet wird“. Ich bedauere, wenn in einzelnen Fällen es so lange dauert. Ich pflege jedesmal, wenn mir ein Parteigenosse schreibt, daß der und der gewählt worden ist, ich solle dafür sorgen, daß die Befähigung recht schnell gehe, diese selbst in die Hand zu nehmen. Dann geht sie natürlich von dem Tage an sehr schnell. Aber ich mache darauf aufmerksam, daß der Weg zum Regierungspräsidenten, und erst von diesem zu mir geht, daß ich nicht wissen kann, wie lange solche Sachen beim Regierungspräsidenten liegen bleiben (Zuruf.) Sie brauchen nicht zu denken, daß das immer Absicht ist. Unsere Behörden sind in einer unerhörten Weise mit Arbeit überlastet. Die Hilfskräfte sind äußerst schwach an Zahl, und durch die Einführung der sechsständigen Arbeitszeit

in den Bureaus wird die Arbeit auch nicht gerade beschleunigt. Was ich tun kann, um diesem Uebelstand und anderem abzuwehren, tue ich. Ich habe keine sechsständige Arbeitszeit, sondern arbeite jede Nacht bis 2 und 3 Uhr. Es ist unmöglich, daß ich eine Verwaltung mit 470 Landräten, 36 Regierungspräsidenten und 12 Oberpräsidenten in ein paar Monaten auch den Personen nach auskenne. Dazu gehört ebenfalls Zeit. Ich denke durchaus nicht, mich auf bloße Informationen meiner Räte zu verlassen, sondern beabsichtige, mich selber zu überzeugen; aber wo in der Welt soll ich in den zwei Monaten in dieser Zeit entscheidender schwerster Probleme, unaufhörlicher Sitzungen und Deputationen die Zeit für dies alles hernehmen?

Ich sage wie Wels: wir müssen die Partei zu dem Gefühl der Verantwortlichkeit erziehen. Ich lehne die Verantwortung nicht ab, und bin jeden Augenblick bereit, die Bürde dieses Amtes, das wahrhaftig das unerschwerteste und schwerste ist, das es geben kann, einem anderen abzutreten. Ich habe mich nicht dazu gedrängt, ich habe es jederzeit abgelehnt, die Genossen haben mich, unter Berufung auf meine parteigenössliche Pflicht, dazu gezwungen. Aber ich habe nicht Lust, auf mir herumprügeln zu lassen ohne Grund und ohne daß die Betreffenden, die diesen Prügel schwingen, sich die nötige Sachkenntnis angeeignet haben. Es ist nicht wahr, daß nichts geschieht. Es wird gearbeitet in dem schnellsten Tempo, in dem es irgend möglich ist, und ich werde die berechtigten Forderungen der Genossen erfüllen, wenn man mir die Möglichkeit gründlicher Arbeit läßt. Wenn nicht, gut, mögen die Genossen sich einen anderen suchen. (Dehftes Bravo.)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Genosse Heine hat in seiner Rede gegen einen seiner Vorredner die Wendung gebraucht, aus der der Vorwurf herauszukelen war, daß der betreffende Genosse sich der Demagogie schuldig gemacht hat. Ich muß diesen Ausdruck zurückweisen. — Ich schläge dem Parteitag vor, für heute diese Debatte nicht fortzusetzen, wohl aber jetzt noch den Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegenzunehmen, von dem mir gesagt worden ist, daß er uns nicht lange aufhalten wird. Zu einer persönlichen Bemerkung hat zuvor noch das Wort Genosse Scholich.

Scholich (zur persönlichen Bemerkung): Ich bin überrascht, einen derartigen Angriff heute von dem Genossen Heine zu hören. Er greift einen Fall heraus, von dem ich jetzt nicht weiß, ob er wirklich darin steht. Ich stelle zunächst fest, daß der Genosse Heine es mit der Wahrheit nicht genau genommen hat; denn ich habe ihm sehr viel Material schon unterbreitet. In dem Schriftstück, das er angezogen hat, sind eine ganze Menge von Fällen enthalten. Er greift einen Fall heraus, ich weiß im Augenblick nicht den genauen Sachverhalt, ich werde die Sache dem Parteitag vielleicht morgen noch unterbreiten und beweisen, daß der Genosse Heine es fertig bringt, hier in aller Öffentlichkeit eine unwahre Behauptung aufzustellen, um Parteigenossen herunterzusetzen. (Sehr gut!)

Heine (persönlich): Es ist ganz so wie ich gesagt habe. Es ist eine sehr lange Liste von Beschwerden des Genossen Scholich, und darunter befinden sich auch solche von dieser Qualität, Angaben, wo nicht der Ort und der Name genannt war, auf die ich gar nichts veranlassen kann. Ich habe dem Genossen Scholich vorher schon zugerufen: Auf alles, wo Angaben gemacht sind, lasse ich Ermittlungen anstellen, das wird geprüft. Wenn man mir aber auf einmal einige Hundert solcher Beschwerden

bringt, Dinge, die zum Teil weit zurückliegen, muß ich Ruhe dazu haben. Genosse Schlich, an Ihrem Schreibtisch arbeitet ein Assessor unaufhörlich, zieht die einzelnen greifbaren Punkte heraus und legt sie mir vor. Alles mögliche wird geschehen.

Vorsitzender **Heinrich Schulz**: Nunmehr hat das Wort Genosse Brückner als Berichterstatter der Mandatsprüfungskommission.

Brückner: Es sind 434 Mandate abgegeben worden. Davon 370 als Delegie von denen die Mandatsprüfungskommission vorschlägt, alle 370 für gültig zu erklären. Außerdem sind anwesend 48 Mitglieder der Nationalversammlung, sieben Mitglieder des Parteivorstandes, fünf Mitglieder der Kontrollkommission, dann der Vertreter des „Vorwärts“, der Vertreter der „Neuen Zeit“, und ein Vertreter der Organisationskommission. (Zuruf: Wo ist der Zentralrat?) Von den Mitgliedern, die hier anwesend sind, sind 45 weibliche Vertreter. Ein Mandat ist angefochten, und zwar liegen für den Wahlkreis Eichstädt-Weihenburg in Bayern zwei Mandate vor. Der Wahlkreis hat das Recht auf einen Delegierten. Durch Urabstimmung ist bei drei Kandidaten der Genosse Wurzel mit Mehrheit gewählt worden; er ist leider verhindert gewesen, das Mandat auszuüben. An Stelle dessen ist der Genosse getreten, der die nächsthöchste Stimmenzahl hatte, nämlich der Genosse Kiebelhauch. Neben diesem ordnungsgemäß von der Kreisvertretung ausgeschickten Mandat liegt noch ein Mandat für den Genossen Dr. Löwenfeld aus München vor. Dieses Mandat ist von der Ortsgruppe Eichstädt ohne Nachrichtigung des Genossenvorstandes ausgestellt. Nach unserem Organisationsstatut hat aber eine einzelne Ortsgruppe nicht das Recht zur Abernennung eines Vertreters für den Parteitag. Die Ortsgruppe war ja auch schon durch das Mandat des Kreises, das dem Genossen Wurzel war, im Falle seiner Verhinderung dem Genossen Kiebelhauch zugewiesen und ordnungsgemäß vertreten. Lediglich das von dem Kreis belegte Mandat ist gültig. Die Mandatsprüfungskommission schlägt deshalb vor, das von der Ortsgruppe ausgesetzte Mandat für ungültig zu erklären. Der Antrag der Mandatsprüfungskommission geht also dahin: 370 Mandate für gültig und das Mandat Löwenfeld für ungültig zu erklären. Außerdem mache ich darauf aufmerksam, daß zur Vermeidung von Zurückweisungen die nunmehr ausgesetzten Legitimationskarten bei mir oben in Empfang genommen werden können. (Unruhe! Sollen verteilt werden!) Und zwar durch die Vorsitzenden der Landmannschaften, die die Karten für ihre Gruppen in Empfang nehmen mögen. Für den nächsten Parteitag möchte ich wünschen, daß die Teilnehmer ihre Mandate möglichst sofort abgeben und Legitimationskarten erhalten, da nach dem Beginn der Tagung die Prüfung immer schwerer möglich ist, wenn die Abgabe verspätet erfolgt.

Vorsitzender **Heinrich Schulz**: Ich stelle den Antrag der Mandatsprüfungskommission, der dahin geht, sämtliche Mandate außer dem von der Ortsgruppe Eichstädt ausgesetzten Mandat Dr. Löwenfelds für gültig zu erklären zur Debatte. Es kommen keine Wortmeldungen. Ich bitte die Delegierten, die dem Antrage der Mandatsprüfungskommission zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Das ist die große Mehrheit. Der Antrag ist angenommen. Das Wort hat noch einmal

Brückner: Ich werde von dem Genossen Brähne darauf aufmerksam gemacht, daß nicht fünf, sondern sechs Mitglieder der Kontrollkommission anwesend sind. Ich möchte das hierdurch berichtigt haben.

Vorsitzender **Heinrich Schulz**: Ich habe Ihnen einen Vorschlag für den Fortgang der Verhandlungen zu machen. Genosse Scheidemann ist hier anwesend und hat den bringenden Wunsch, seinen Bericht sobald wie möglich zu erstatten, da er jeden Augenblick mit der Möglichkeit rechnen muß, nach Berlin zurückgerufen zu werden. Ich schlage deshalb vor, daß die Genossen Scheidemann als Referent, und Bernstein als Korreferent morgen früh zu Beginn der Verhandlungen ihre Referate halten.

Hoch (zur Geschäftsordnung): Ich nehme an, daß die Besprechungen über beide Referate getrennt werden sollen.

Vorsitzender **Heinrich Schulz**: Lieber den Wunsch des Genossen Hoch lassen Sie uns entscheiden, wenn die Referate erstattet sind. Dann läßt sich am besten beurteilen, ob eine Trennung notwendig ist oder nicht. (Zuruf des Genossen Hoch: Damit bin ich einverstanden!) Ich stelle fest, daß niemand Widerspruch dagegen erhebt, daß wir so verfahren. Die morgige Sitzung beginnt also um 9 Uhr pünktlich. (Zahlreiche Delegierte erheben sich zum Verlassen des Saales.)

Wir sind noch nicht fertig. Es treffen fortgesetzt Wortmeldungen ein zu Punkten der Tagesordnung, über die noch gar kein Bericht erstattet worden ist. (Große Heiterkeit. Ruf: Sie wollen sich gern reden hören!) Ich bitte um Aufmerksamkeit, gerade wenn es sich um geschäftsordnungsmäßige Mitteilungen handelt. Es ist unzulässig, daß zu noch nicht zur Verhandlung stehenden Punkten schon Wortmeldungen eingereicht werden. Die Genossen müssen sich gedulden, bis der Referent das Wort genommen hat.

Es ist dann noch ein Telegramm eingegangen, das ich dem Parteitag mitteilen möchte. Es lautet:

Deuthen-Obererschlesien. Dem in schwersten Tagen zusammentretenden Parteitag brüderlichen Gruß. Möge Brudergeist den Parteitag befähigen, dem Proletariat und der Partei die neuen Wege zu weisen. Dankend für die bisherige Unterstützung, erwartet das obererschlesische Proletariat die Hilfe der Genossen aller Gauen in Abwehr des Gewaltfriedens und der Verschäkerung an ein uns wesenstrenndes Volk; denn nur in engstem Anschluß an eine freie deutsche Republik ist der Aufstieg der obererschlesischen Arbeiterklasse gewährleistet. (Bravorufe, lebhafter Beifall.)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß 6 Uhr 8 Minuten.

Dritter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 12. Juni 1919. — Vormittagsitzung.

Vorsitzender **Heinrich Schulz** eröffnet die Sitzung um 9 Uhr. Es ist ein schleuniger Antrag eingegangen:

Der Parteitag ersucht den Genossen Scheidemann, vor Erstattung seines Referats über die Aufgaben der Partei und der Republik darüber Bericht zu erstatten oder erstatten zu lassen, daß deutsche Truppen, darunter die eiserne Division, gegen die Esten und Letten im Kampfe stehen.

Der Antrag wird genügend unterstützt und steht zunächst zur geschäftsordnungsmäßigen Besprechung.

Scheidemann: Parteigenossen! Ich verstehe nicht recht, wie man in dieser Weise überhaupt den Versuch machen kann, eine Frage vor Eintritt in die

Tagesordnung lösen zu wollen, die von so großer Bedeutung ist. Wie stellt sich denn Genosse Davidsohn oder einer der Mitunterzeichner überhaupt die Möglichkeit vor für einen Genossen, der an so verantwortungsvoller Stelle steht, wie ich, in letzter Sekunde, wo ich im Begriff bin, mein Referat zu erstatten, die Frage zu beantworten: was geht in England vor? Als gewissenhafter Mann kann ich darauf nur sagen: ich weiß nicht, was richtig ist von den Behauptungen, die in der Frage aufgestellt werden.

Davidsohn: Gerade weil es sich um eine Frage von ungeheurer Tragweite handelt, halte ich es für nötig, daß Genosse Scheidemann entweder in einer kurzen, vorstehenden Erklärung oder im Laufe seines Referates uns irgendeine Beruhigung über diese Angelegenheit zuteil werden läßt. (Unruhe und Schlußrufe.) Wir schweben nicht erst seit heute und gestern in Angst und Unruhe um diese Dinge. Vor zwei Monaten, als die Fraktion auseinanderging, hat sie sich mit der Reichsregierung über diese Dinge auseinandergesetzt. Also, von einer letzten Sekunde kann keine Rede sein. Wenn Genosse Scheidemann bei der Fülle von Arbeiten, die ihm aufgesteckt sind, selber nicht in der Lage ist, uns Beruhigung zu verschaffen, so kann er uns doch, wie es in dem Antrag heißt, Bericht erstatten lassen. Es handelt sich doch nicht um einen Quark, sondern um Dinge, die irgendeiner, sei es der Reichswehrminister oder sonst einer, verfolgt haben muß.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Wenn es dem Genossen Davidsohn auf eine Beruhigung angekommen wäre, so hätte er die Möglichkeit gehabt, von seiner Anfrage dem Parteivorstand und der Regierung Kenntnis zu geben, damit sie in der Lage waren, sich zu unterrichten und zu gegebener Stunde die Angelegenheit vorzutragen.

Kantekin: Als Mitunterzeichner des Antrags halte ich es für notwendig, daß, nachdem die Frage gestellt ist, sie beantwortet wird. Das kann ja im Laufe des Referats geschehen. Die Schlußrufe gegen Davidsohn beweisen, daß zahlreiche Genossen nicht wissen, welche Tragweite diese Sache hat. Sie hat eine große Bedeutung in unserm Verhältnis zu Rußland und zur Internationale. Seit Monaten hat diese Frage große Wellen aufgeworfen. Nachdem nun eine neue Zuspitzung eingetreten ist, müssen wir Aufklärung erhalten.

Scheidemann: Sie verkennen die Situation vollkommen, wenn Sie sich einbilden, daß ich im Rahmen meines Referats eine derartige Frage aus dem Handgelenk behandeln soll. Vielleicht ist seit gestern ein Kampf im Gange, von dem ich noch nichts wissen kann. Die anscheinend informierten Genossen mußten mir gestern Abend oder diese Nacht Gelegenheit geben, davon Kenntnis zu nehmen, damit ich nach Berlin telegraphieren konnte, um Auskunft zu bekommen.

Kräbig: Ich bin überzeugt, daß Genosse Scheidemann von den Dingen, die da vorgehen, keine Kenntnis haben kann, aber ich bin doch verpflichtet, zu sagen, daß die Regierung, zum mindesten der Reichswehrminister Noske, Kenntnis von den Dingen hat. (Hört, hört!) Ich habe nämlich vorgestern aus Kopenhagen ein Telegramm von dem Vertreter der Regierung Veltlands, Schneider, bekommen, in dem er sehr ausführlich mitteilt, was dort oben vorgeht, und ich habe mich für verpflichtet gehalten, vorgestern dem Genossen Noske sofort dieses Telegramm zu übergeben, (Hört, hört!) mit der Bitte, sofort einmal nachzugehen, was da vorgeht. Also man ist an der Stelle, die sich darum zu kümmern hat, über die Dinge informiert, und es wäre die Möglichkeit gegeben, zum mindesten in der Debatte darauf zurückzukommen.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Selbst wenn Genosse Noske vorgestern das Telegramm bekommen hat, so weiß doch Genosse Kräbig nicht, ob nicht Noske seitdem die notwendigen Schritte eingeleitet hat? (Zurufe: Das wollen wir wissen!) Sie wissen ja nicht, ob Noske nicht die Absicht hat, Ihnen das mitzuteilen. Wir wenden uns gegen den Zwang, daß der Parteitag vor dem Referat Scheidemanns in diesem Augenblick einen Bericht darüber entgegennehmen soll. Das halten wir mit den Grundsätzen unserer Geschäftsführung nicht vereinbar. Es läßt sich der Zweck des Antrages auch auf andere Weise erreichen.

Wer für den Antrag Davidsohn ist, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Sie erfolgt.)

Der Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

(In einer Ecke des Saales entsteht große Unruhe. Es ertönen gegen einen Genossen lebhafte Rufe: Klaus! — Erst nach andauerndem Klingeln des Vorsitzenden wird die Ruhe wieder hergestellt.)

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Das Wort erhält zu seinem Referat:

Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Deutschen Republik

Scheidemann: Genossen und Genossinnen! Lassen Sie mich an den Anfang meiner Ausführungen einige Worte stellen, die vielleicht geeignet sind, die Streitigkeiten, die wir untereinander und noch mehr nach außen hin zu führen haben, ein wenig zu entgiften. Was ich hier sage, sage ich, um auszusprechen, was ich für richtig halte, nicht aber, um mich persönlich zu rechtfertigen, oder, um Ihnen zu beweisen, daß es keiner besser machen könnte als ich. In den Märztagen, die weit hinter uns liegen, soll es Minister gegeben haben, die sich an ihr Portfeuille klammerten und an ihren Ministern klebten. Ich jage mir oft, was müssen das für merkwürdige Zeiten gewesen sein, was für ein schönes Leben müssen diese Minister gehabt haben, daß sie sich kein anderes Dasein mehr vorstellen konnten als ein Ministerdasein. Sie trankten da auf den weichen Stühlen der Macht und saßen in jedem, der sie von da herunterstießen wollte, ihren persönlichen Feind. Aus jener Zeit stammt auch die Vorstellung, man müsse Minister, die man loswerden wolle, mit dem Aufgebot aller Mittel zu stürzen suchen, da gutwillig ja keiner seinen Platz verlassen wolle. Diese Psychologie der Ministerstürzerei stammt aus einer Vorstellungswelt, die in Wirklichkeit nicht mehr besteht, denn ich möchte den Minister sehen, der heutzutage nicht bereit wäre, jederzeit mit einem Iff der Erleichterung seine hiesigen Sachen zu packen, wenn man ihm kameradschaftlich zu verstehen gibt, daß er überflüssig geworden sei. Darum empfinde ich es als sinnlos, ja geradezu lächerlich, wenn der Kampf gegen die Regierungspolitik in einer Stimmung persönlicher Erbitterung geführt wird, gerade so, als ob der Eigensinn von einzelnen Personen, die durchaus Minister bleiben wollen, an allem Unglück die Schuld trüge. Ach, Parteigenossen, wenn alles Unglück nur davon käme, daß sich die gegenwärtige Regierung am Ruder hält, wie leicht wäre es dann, unser Volk glücklich zu machen. Die Glücklichen aber — das dürfen Sie mir glauben — wären dabei wir Minister selber. Glauben Sie mir also, wir werden den Augenblick, in dem wir gehen dürfen, ohne unsere Pflicht zu verletzen, nicht verjäumen, wir fürchten ihn nicht, und es wäre nur menschlich, wenn wir ihn geradezu herbeisehnten. Ganz falsch ist die Vorstellung, die man in linksradikalen Kreisen hat, wir Sozialdemokraten hätten uns mit Gewalt in die Macht gesetzt. Nein, Parteigenossen, solche Eitel sind wir nicht gewesen. Wir haben uns weder mit Gewalt in die

Macht gedrängt, noch beabsichtigen wir, uns mit Gewalt in ihr zu behaupten. Als der geschichtliche Perestroich von 1918 die alten Mannschaften von Bord gefegt hatte, da holte man uns heran, weil niemand anders da war, um das Steuer zu führen, und dann haben wir es geführt, so gut wir konnten. Keinen Augenblick wollten wir den Glauben aufkommen lassen, wir hätten die Macht an uns gerissen, wie ein Räuber die Beute, um sie zu behalten. Nein, noch am Abend des 9. November setzten wir die Demokratie in ihr volles Recht ein und kündigten wir die Einberufung der Nationalversammlung an. Von ihrer Entscheidung wollten wir es abhängig machen, ob wir blieben oder nicht. Wir müssen es mit aller Entschiedenheit ablehnen, wenn jeder Phantast, der einen Putsch versucht, erklärt, er tue dasselbe, was Ebert und ich am 9. November getan haben. Nein, dieser Phantast tut genau das Gegenteil von dem, was wir getan haben, denn wir haben die Macht nur an uns genommen, um sie der Demokratie zu geben. Sie aber wollen der Demokratie die Macht wieder entreißen, um sie selbstherrlich auszuüben. (Sehr wahr!) Ich sage also, die erste und nächste Aufgabe, die wir zu erfüllen haben, ist die Verteidigung, Befestigung und der Ausbau der Demokratie. Nicht zufällig nennen wir uns von altersher Sozialdemokraten. Wir haben uns niemals die Verwirklichung des Sozialismus anders vorstellen können als auf dem Wege der Demokratie. Die volle Gleichberechtigung aller, das war der Grundsatz, den wir in den Mittelpunkt unseres Programms stellten, für den wir in den Kampf gingen, die Verfolgungen des Sozialistengesetzes auf uns nahmen und ertrugen, in den Kämpfen um das gleiche Preußenwahlrecht den Schutzmannsfädel herausforderten. Ich kann es nicht verstehen, daß jemand, der an dem Grundsatz der politischen Gleichberechtigung rüttelt, sich noch Sozialdemokrat nennen kann. (Lebhafte Zustimmung.) Ich bin der äußersten Linken dafür dankbar, daß sie auf diesen Namen verzichtet, daß sie sich Kommunisten nennen, und ich wünsche den gleichen Besenmut allen, die da glauben, die Demokratie, das gleiche Recht aller, sei eine abgetane Sache und von der Revolution zum alten Eisen geworfen. Betrachten wir aber die Partei, die sich offiziell noch immer die Unabhängige Sozialdemokratie nennt, so finden wir in ihr neben echten Sozialdemokraten, die nur in faktischen Dingen mit uns uneins sind, andere, die das Recht bewirkt haben, sich Sozialdemokraten zu nennen (Lebhafte Zustimmung), weil sie den Grundsatz der politischen Gleichberechtigung aller aufgegeben haben. (Sehr wahr!) Mögen auch diese Leute den Mut ihrer Meinung haben und zu scheinen wagen, was sie sind. Kein Sozialdemokrat ist, wer an die Stelle der allgemeinen Volksherrschaft eine politische Räteherrschaft setzen will. Mit dieser Räteherrschaft hat es seine eigene Bewandnis, denn kein Mensch vermag uns zu sagen, wie sie eigentlich aussehen soll. In den Blättern der Unabhängigen streiten sich ihre Anhänger über ihre Grundlagen, ohne zu einem festen Ergebnis zu kommen. Da kam erst Crispian und sagte: alles soll das Wahlrecht zu den Räten haben, nur die eigentlichen Kapitalisten nicht, und selbst die sollen es bekommen, wenn sie sich zu einer sozialrevolutionären Partei bekennen. (Seiterkeit.) Das Wahlrecht soll aber jeder verlieren, auch der Arbeiter, dem von einem sozialistischen Gericht die sozialistischen Ehrenrechte abgesprochen werden. (Seiterkeit.) Genossen, da dürften wir wahrhaftig alles erleben. (Lebhafte Zustimmung.) Jemandem beliebiger Schieber, der sich Rätekind gemacht hat, würde das Wahlrecht besäßen, der ehrliche Arbeiter aber, der seit Jahrzehnten für die Befreiung seiner Klasse gekämpft hat, würde recht- und ehrlos gemacht werden, wenn seine Methoden den augenblicklichen Machthabern nicht gefallen. — Dann kommt aber Max Sieberz und bewirft die Crispianischen Ansichten, schlägt aber dafür vor, alle vom Wahlrecht aus-

zuschließen, die in irgendeiner Form Arbeiter beschäftigen, also auch Bauern, Handwerker, kleine Geschäftsleute, Wirte usw. Es läßt sich gar nicht absehen, wie viel berechnigte Erbtirler durch ein solches neues Privilegienwahlrecht geschaffen würde. (Sehr wahr!) Übrigens, Parteigenossen, nicht ein einziger dieser jetzt so rabiaten Sozialrevolutionäre, die mich und meine Freunde beschimpfen und verdächtigen, als Dummköpfe bezeichnen, weil wir nicht auf jedes neue Schlagwort hereinfallen, keiner von all diesen tapferen Männern hat auch nur einen einzigen neuen Gedanken produziert. (Lebhafte Zustimmung.) Alles, was sie vortragen, all diese Schlagworte, all diese Redereien haben sie der russischen Terminologie entlehnt. Es ist gar nichts Neues darin. Wir können doch nicht mit beiden Füßen aus der kapitalistischen Gesellschaft herauspringen, können nicht alles bis zum letzten Freisearladen auf einmal sozialisieren. Welches Recht haben wir also, jedem die Staatsbürgerrechte abzuspreden, der auf irgendeine Weise Arbeitgeber geworden ist? Ja, wenn es sich darum handelte, den wirklichen Drohnen der Gesellschaft, den arbeitsscheuen Ausbeutern fremder Arbeit die Bürgerrechte abzuspreden, darüber würde vielleicht zu reden sein. Aber zu diesem Zweck wären die kompliziertesten Gesetze, die umständlichsten Feststellungen, die peinlichsten Rechtsverfahren notwendig, um schließlich ein paar tausend Menschen aus der Wählerliste zu streichen, die zahlenmäßig doch so gut wie gar nicht in Betracht kommen (Sehr richtig!), und wir kämen schließlich zu einem politischen Rätesystem, das sich praktisch von dem verfeimten Parlamentarismus in keiner Weise unterscheiden würde. (Sehr wahr!) Ich bitte also die Anhänger des politischen Rätesystems, sich erst einmal über die Grundlagen ihres Systems selbst klarzuerden. Bis jetzt scheinen sie mir zu den Leuten zu gehören, von denen unser verehrtester Freund Victor Adler zu sagen pflegte: sie wissen zwar nicht recht, was sie wollen, aber sie wollen es ganz entschieden. (Große Seiterkeit.) Ich bitte also um ein klares Programm, dann kann erst unsere klare Stellungnahme erfolgen. Am allerentschiedensten aber müssen wir uns gegen den Versuch wehren, ein System, von dem man noch nicht einmal genau weiß, wie es aussieht, unserem Volke aufzuzwingen. Sie mögen in die Regierung hineinsetzen, wen Sie wollen, jede Regierung wird genötigt sein, sich gegen solche Versuche zu wehren und die Gewalt, wenn solche angewandt wird, mit Gewalt zu bekämpfen.

Ich komme damit auf ein heißes Thema, das uns allen schon die schlimmsten Schmerzen bereitet hat, das gestern auch mein Kollege Noske hier schon behandelt hat, auf das Thema der bewaffneten Macht, die dazu berufen ist, die demokratische Staatsordnung gegen jeden gewalttätigen Umsturzversuch von rechts oder von links zu schützen.

Wir alle haben ein klares Bild von dieser Macht. Sie soll aus lauter überzeugten Anhängern der neuen Ordnung bestehen, aus Männern, die genau wissen, wofür sie ihre Haut zu Marke tragen, aus untadeligen Rittern der Freiheit, die jede Willkürmacht verabscheuen und nur dort eingreifen, wo es die Verteidigung des Rechts gebietet. Dieses Ideal schwebt uns allen vor Augen. Wir sind alle einig in dem Bestreben, es zu verwirklichen, aber auch alle einig in der Erkenntnis, daß wir von ihm noch sehr weit entfernt sind. (Sehr wahr!) Aber auch darüber wollen wir uns alle klar sein, das schwerste Hindernis auf diesem Wege ist der Bruderkampf unter den Arbeitern selbst. (Lebhafte Zustimmung.) Mit einer Truppe, die zu einem Drittel aus Sozialdemokraten, zu einem Drittel aus Unabhängigen und zu einem Drittel aus Kommunisten besteht, ist absolut nichts anzufangen. (Sehr richtig!) Wir sind nach Kräften bestrebt, jeden reaktionären Geist, jede zu Ausschreitungen verleitende Willkürmacht aus den noch bestehenden Verbänden auszuwitten,

und ich gebe zu, daß es uns gar nichts schaden kann, wenn uns in diesem Kampfe der Rücken gesteuert wird. Aber soweit von Vorurteilen die Rede ist, die die Reaktion errungen hat, so sind sie nur errungen worden durch die Uneinigkeit des Proletariats (Sehr wahr!) und die schauerliche Verwirrung, die in seinen Kreisen eingerissen ist. (Sehr richtig!) Die sozialdemokratische Partei muß aber auf der Wacht bleiben zur Verteidigung der teuer erkauften Demokratie nicht nur gegen links, sondern auch gegen rechts. (Sehr richtig!) Es fehlt nicht an Zeichen, daß die alten Mächte wieder die Gewalt an sich zu reißen versuchen werden. Ich will diese Gefahr für den Augenblick nicht übertreiben, denn der Mann müßte von Sinnen sein, der heute ein putzschütziges Abenteuer von rechts wagen würde, es müßte fürchterlich für ihn enden. In so aufgewühlten Zeiten wie den gegenwärtigen wechseln eben die Wälder rasch, und wenn der Spartakismus so, wie er es bisher getan hat, die Reaktion die Heine in die Küche treibt, dann kann man nie wissen, was eines Tages wird. (Sehr richtig!)

Ich rufe Euch allen also zu, seid auf der Hut. Wenn die Reaktion es noch einmal wagt, ihr Haupt zu erheben, wenn sie versuchen sollte, uns das einzige zu nehmen, was wir aus diesem entsetzlichen Elend als Gewinn, als kostbares Gut der Zukunft erworben haben, wenn sie das gleiche Recht des Volksstaates antastet, dann soll sie abgefertigt werden, daß sie für ewige Zeiten das Wiedererzählen vergißt. (Bravo!) Wir wollen nicht zurück, sondern vorwärts in die Freiheit, darum sehnen wir den Tag herbei, der uns der peinlichen Pflicht entbindet, Maßnahmen des Zwangs anzuwenden, die uns in tiefster Seele zuwider sind und zu denen wir uns erst nach schwersten inneren Kämpfen entschieden haben, als wir erkannten, daß uns gar nichts anderes übrig blieb, wenn wir unser Werk nicht in den Fluten des Wahnsinns untergehen lassen, das Leben von Hunderttausenden preisgeben wollten. (Sehr wahr!) Ich sage mit voller Ueberzeugung, nieder mit dem Belagerungszustand! In dem Augenblick, in dem der Spartakismus darauf verzichtet, seine Gewaltherrschaft auf den Belagerungszustand zu begründen, wird der Belagerungszustand von der anderen Seite erledigt sein. (Bravo.) Dann werden wir endlich den inneren Krieg beenden und einen ehrlichen Frieden erringen können, in dem alle Teile ihre gegenseitigen Freiheitsrechte anerkennen und alle Teile sich freiwillig dem Willen des Volkes unterordnen. Diesen Frieden herbeizuführen, muß das Ziel aller ehrlichen Freunde der Arbeiterklasse sein, in welchen Lagen immer sie sich befinden, und jeder muß bereit sein, für dieses Ziel, wenn es sein muß, seine Person zum Opfer zu bringen. Ich spreche für mich diese Bereitwilligkeit aus. (Bravo.) Aber nie würde ich dafür zu haben sein, daß der demokratische Kern unseres sozialistischen Programms in feiger Fahnenstucht verloren wird. (Sehr richtig!) daß Kompromisse über Grundsätze geschlossen würden, über die Kompromisse unmöglich sind. (Lebhafte Zustimmung.) Als Parteigenosse in Reich und Glied würde ich dann weiterkämpfen für unser altes Programm.

Liegen auf solche Weise die Dinge für uns völlig klar auf politischem Gebiete, so häufen sich die Probleme um so verwirrender auf wirtschaftlichem, und das ist wahrhaftig kein Wunder; denn die Demokratie ist eine albekannte Staatsform, wenn sie auch nirgends sonst in der Welt so klar durchgeführt und konsequent ausgeprägt ist wie in unserer jungen deutschen Republik. (Sehr richtig!) Der Sozialismus dagegen ist vollkommen Neuland. Dazu kommt noch vieles andere. Zunächst ist die Staatsform eine so vollständig innere Angelegenheit eines Staates, daß selbst ein geschlagenes Volk sie frei wählen kann, während die Wirtschaftsordnung etwas mit dem ganzen Weltwirtschaftsbetriebe Zusammenhängendes ist. (Sehr richtig!)

Der tiefste Sinn der uns vorgelegten Friedensbedingungen ist nun der, daß der siegreiche Kapitalismus Deutschland seine Wirtschaftsreform aufzwingen will. Das ganze deutsche Volk soll zu einem Lohnarbeiter Volk gemacht werden, das in fremdem Kapitalsdienst für Hungerlohn bis zur Erschöpfung arbeiten muß. Der Kampf geht jetzt nicht mehr gegen den deutschen „Nationalismus“, sondern gegen den deutschen Sozialismus. (Sehr richtig!) Dieser ist für den westlichen Kapitalismus ein um so schlimmerer Feind, als er von ihm fürchtet muß, er würde nicht so dilettantisch-braufgängerisch wirtschaften wie der russische Bolschewismus, der als abschreckendes Beispiel dient, sondern er könnte durch seine methodische Arbeit und seine praktischen Erfolge bahnbrechend werden. (Sehr richtig!) Da also ist der äußere Gegensatz und die äußere Schwierigkeit.

Dazu kommt als innere Schwierigkeit die Tatsache, daß es wohl schon in zahlreichen großen Gemeinden aber nur in wenigen kleinen Einzelstaaten und nicht im Reichsparlament eine sozialistische Mehrheit gibt. Alles, was durch Reichsgewalt an sozialistischen Maßnahmen geschaffen werden soll, muß mindestens die Zustimmung eines Teils der bürgerlichen Parteien finden, und Sie können sich denken, daß da viel Wasser in den Wein gegossen werden muß.

Dazu kommt aber schließlich die Schwierigkeit, die in der Sache selbst liegt, das unerhörte Neue, das in ihr liegt. Alle Wirtschaftsordnungen, die es bisher gegeben hat, sind natürlich dem Menschen unbewußt gewachsen, und zwar in der Weise, daß sie sich gegenseitig durchdrangen und gegenseitig verdrängten, bis im Laufe der Entwicklung schließlich aus etwas Altem etwas Neues geworden ist. Die Geschichte der Volkswirtschaft vermag kein Datum anzugeben, an dem die Naturalwirtschaft durch die Geldwirtschaft verdrängt wurde. Reste der Naturalwirtschaft haben sich bis in das hochkapitalistische Zeitalter hineingerettet oder sind während des Krieges direkt wieder lebendig gemacht worden. (Sehr richtig!) Keine standesamtliche Urkunde verzeichnet die Geburtsstunde des Kapitalismus, und ich glaube, keine wird auch die Sterbestunde des Kapitalismus verzeichnen. (Sehr gut!) Denn die aufeinanderfolgenden Wirtschaftsordnungen folgen einander nicht in genauer zeitlicher Begrenzung, sondern sie überdecken sich teilweise gegenseitig. Kann es diesmal anders sein? Schon vor dem Kriege hatten wir über die Frage lebhaft Auseinandersetzungen. Die eine Richtung glaubte, das Proletariat würde nach der Erringung der politischen Macht das Ganze der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit einem Male nach dem neuen regulativen Prinzip des Sozialismus umordnen können, gleichsam, wie man mit einem Ruck am Schalter die ganze Gattung eines Mechanismus umstellt. Die andere war dagegen der Ueberzeugung, daß der Weg zur vollen Verwirklichung des Sozialismus nur durch organische Entwicklung und empirisches Vorwärtsschreiten gefunden werden könne. Ich weise in diesem Zusammenhange auf die von mir schon in Würzburg erwähnte Kennersche Theorie von der Durchstaatlichung der Wirtschaft hin, aber auch auf das inzwischen erschienene Buch des Genossen Edmund Fischer: „Das sozialistische Werden“, in dem gezeigt wird, wie sich auf dem Boden des Kapitalismus die sozialistische Zukunft in hundertfältiger Form zu entwickeln beginnt. In Arbeiterschutz und Sozialversicherung, in Verstaatlichung, Kommunalisierungen, im Aufblühen des Genossenschaftswesens usw. An diesen scheinbaren Zufälligkeiten, über denen doch eine große gemeinsame Notwendigkeit walte, soll sich nach Fischers und anderer Meinung unter der bewußten Führung der sozialistischen Wissenschaft ein harmonisches Ganzes gestalten, das die Vollendung des Sozialismus darstellt. Ich meine nun: selbst eine rein sozialistische Regierung, wie wir sie im Reiche noch nicht

bleiben, muß durch die schwere Verantwortung, die sie trägt, auf den Weg eines ruhigen empirischen Fortwärtsschreitens gedrängt werden, und sie wird immer trübe Erfahrungen machen, wenn sie glaubt, die wirtschaftlichen Dinge durch eigenfönnige Gewalt meistern zu können. (Sehr richtig!) Sie wird nie mit zu großen Risiken experimentieren dürfen, denn ein Fehlschlag würde sie um das Vertrauen der Massen bringen und ihr damit die Grundlagen ihres weiteren Wirkens entziehen. Ich habe in diesem Sinne schon in Würzburg gesagt — in Vorahnung der ungeheuren Schwierigkeiten, die ich kommen sah und die nun eingetreten sind —, wir müßten in Zukunft jede Maßnahme darauf ansehn, nicht nur, ob sie sozialistisch, sondern darauf, ob sie praktisch ist, und wir müßten uns nur für solche Maßnahmen entscheiden, von denen wir mit ruhiger Zuversicht eine Förderung des Volkes, des arbeitenden Volkes, erwarten dürfen.

Für eine solche Politik haben meine Gegner von links das Wort „Scheinsozialismus“ geprägt. Genossinnen und Genossen, die Zukunft wird erweisen müssen, wo wirklich der Scheinsozialismus zu finden ist. (Sehr gut!) Vielleicht ist er dort, wo es nur prinzipielle Schaulagerie gibt, die mit keinen wirtschaftlichen Vorteilen für die Arbeiterklasse, sondern sogar nur mit Schädigungen verbunden sind, und wahrscheinlich wird sich der Sozialismus als der echte erweisen, der den Massen greifbaren Nutzen bietet, wenn er ihnen auch nicht alles auf einmal gibt, was mit dem Rande sehr leicht ist, mit der Hand aber sehr schwer. (Sehr richtig!) Jetzt ist noch alles Gärung und Vermirrung. Hunderttausende, die vor kurzem vom Sozialismus noch gar nichts wußten, sind erst in die W.G.-Schule des primitivsten Utopismus eingetreten. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Sie haben den Sozialismus wie einen neuen Glauben gewonnen. — Not lehrte beten! — Und hängen an ihm mit religiöser Leidenschaft. Das ist eine Entwicklung, die wir begrüßen dürfen, ist Saat für die Zukunft. Aber der alte Stand der Arbeiterklasse darf sich die Führung nicht entwinden lassen von Elementen, die vom neuen Licht noch geblendet sind und mit unklarem Drang ihre Bahn vorwärts hürmen. (Lebhafte Zustimmung.)

Parteigenossen, daß unter diesen Elementen auch recht viele unsympathische Erscheinungen sind, die uns Allen in heftigster Weise beschimpfen und verdächtigen, sei nebenher bemerkt. Es hat sich da geradezu ein besonderer Typus bemerklich gemacht (Sehr richtig!), den Kautsky im „Sozialist“ in vorzüglicher Weise gekennzeichnet hat. Kautsky schreibt u. a. gegen einen Mitarbeiter Däumigs namens Wille folgendes:

„Es ist einfach ein Skandal, daß derartiges Analphabetentum sich unter Däumigs Führung in der Zeitschrift für die vorwärts strebenden Kopf- und Handarbeiter überheblich blähen darf. (Hört, hört!) Man könnte Wille ruhig laufen lassen, wenn er eine vereinzelt Erscheinung darstellte. Aber er ist ein Typus, und zwar einer, der groß gezogen wird. Ehemaligen waren Marx und Engels stolz auf den theoretischen Sinn des deutschen Proletariats, auf seinen Respekt vor wissenschaftlicher Einsicht. Heute dagegen wird den Massen die Selbstsicherheit der Unwissenheit gepredigt (Sehr richtig!), die Ueberlegenheit ihrer dunklen Instinkte über klaren wissenschaftlichen Erkenntnis. Und gerade die Richtung, die Däumig vertritt, ist am meisten in diesem Sinne tätig.“

Die sozialdemokratische Partei muß die Demokratie festhalten und nach allen Seiten verteidigen, sie muß die praktische Interessenvertretung aller Körperlich und geistig Arbeitenden sein, sie muß also eine solche Interessenvertretung, eine sozialistische Partei sein, die den Sozialismus nicht gewaltsam von außen in die Wirtschaftsordnung hineinzupressen sucht, sondern ihn von

innen heraus mit methodischer Empirie entwickelt. (Lebhafte Beifall.) Nicht aus prinzipieller Rechthaberei, sondern aus Liebe zum arbeitenden Volk zu seinem praktischen Nutzen. (Lebhafte Beifall.)

Denn der Sozialismus ist nicht Zweck an sich, sondern er soll ein Mittel sein der leidenden Menschheit zu helfen. (Allgemeine Zustimmung.) In diesem Sinne müssen wir die Massen aufklären und im übrigen die Zeit arbeiten lassen, — sie arbeitet für uns. (Lebhafte Beifall.)

Aber alle diese Aufgaben unserer inneren Politik können wir nur erfüllen, wenn in der äußeren die Voraussetzungen dazu gegeben sind. (Sehr richtig!) Die ganze Welt, nicht nur das deutsche Volk, schreit heute nach einem dauernden gerechten Frieden, und die ganze Welt ist sich darüber einig, daß er in den Beschlüssen des Viererrats nicht zu finden ist. (Allseitige Zustimmung.) Es wird nicht als der Lohnsklave fremder Kapitalisten, sondern als Gleicher unter Gleichen der Welt dienen durch seine Arbeit. Das ist es, was wir wollen, und was zu erreichen uns keine Macht der Welt verhindern kann. (Starker Beifall.) Wir haben Verhandlungen in Versailles gesucht, Mann gegen Mann, und vor der Öffentlichkeit des Völkereopags, nicht um zu handeln und zu feilschen, sondern um Verständigung und Versöhnung zu suchen.

Wir waren und sind bereit, dafür jedes Opfer aus unserer Volkskraft herauszuholen, das wir bringen können, ohne sie selbst von Grund auf zu zerstören. Man hat geglaubt, uns mit Nachgeboten entgegenzutreten zu können, genau wie es unsere inneren Gegner, die deutschen Generalspolitiker, Aufstand gegenüber tun zu können glaubten, bis sie erfuhren, daß Macht etwas Vergänglich ist. (Lebhafte Beifall.) Macht vergeht, Recht besteht, das muß unser Grundtag sein. (Lebhafte Beifall.) Sie werden es begreifen, daß es für mich nicht leicht ist, in diesem Augenblick über Versailles ausführlich zu reden. Aber das möchte ich doch sagen: wir haben unser Friedensangebot gemacht, nicht weil wir uns zu der Erkenntnis durchgerungen hatten, daß nicht alle Forderungen unserer Gegner unberechtigt sind. (Sehr richtig!) Ich stelle nicht an hier zu erklären: hätten die Gegner keinen Soldaten mehr auf den Beinen, und keine Kugel mehr in ihrem Lauf stecken, dann hieße es für uns erst recht, das zerstörte Frankreich und Belgien wieder aufzubauen. (Lebhafte Zustimmung.) Und die Freiheit, die wir unseren nationalfremden Grenzbevölkerungen zugestanden haben, sich ihr Vaterland selbst zu wählen, könnten wir ihnen die je wieder nehmen? (Lebhafte Zustimmung.) Wir ruhen denen drüber zu: Wir sind bereit, mit Euch einen heiligen Vertrag zu schließen, einen Vertrag, den uns nicht Gewalt aufzwingt, sondern in den uns unser freier Wille führt. Dieser Vertrag soll Euch alle Rechte geben, die Ihr vor dem Gewissen der Welt für Euch beanspruchen könnt, er soll Euch jede Sicherheit eines dauernden Friedens bieten, er soll als der erste aufrichtige Friedensvertrag der Geschichte den letzten Krieg der Welt beschließen. (Lebhafte Beifall.) Eure Waffengewalt kann nicht mehr Recht schaffen, sie kann nur noch Unrecht tun. Selber waffenlos und machtlos, auf nichts als unser Recht gestützt, stehen wir vor Euch und rufen Euch zu: Die Waffen nieder! Kein Völkerring! Kein Bürgerkrieg! Gleiches Recht den Völkern, gleiches Recht den Volksgenossen! Zurück zur friedlichen Arbeit, zur Arbeitsfreude, zum vorausschauend planmäßigen Aufbau. (Langanhaltender Beifall.) Es war ein Krieg aller gegen alle, aber jetzt heißt es, nicht alle gegeneinander, sondern alle miteinander, alle füreinander — so wird der Friede des Sozialismus, wird aus dem Chaos die neue Welt. (Starker Beifall.)

Dieses ungeheure Ringen kann nicht damit enden, daß ein Militarismus dem andern in den Nacken tritt, daß ein Kapitalismus dem andern die Peitsche aus der Hand reißt, um sie selber zu schwingen, sondern nur damit, daß alle

als falsch erkannte Prinzipien durch richtige ersetzt werden, daß die Politik der Arbeiterklasse die Oberhand gewinnt über die Politik der bisher herrschenden Klasse, daß alle Machtverhältnisse umgestürzt werden und neue Rechtsverhältnisse an ihre Stelle treten. (Lebhafter Beifall.)

Das ist der Kampf, den wir deutschen Sozialdemokraten auch im Frieden mit friedlichen Mitteln fortzusetzen gedenken. In diesem Sinne heißt es für uns: wir sind geschlagen, jawohl — —, nun aber auf, und vorwärts, vorwärts zum Sieg! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Bernstein: Wenn es sich nur darum handelte, die allgemeine Grundlage für eine sozialistische auswärtige Politik festzustellen, dann könnte ich nach Scheidemanns Ausführungen auf mein Referat verzichten. Was er zuletzt gesagt hat, unterschreibt wohl jeder Parteigenosse. (Beifall.) Aber die Welt ist kompliziert, und die Fragen, die zur Entscheidung stehen, sind sehr verschiedenartig. So leicht wird es uns nicht gemacht, daß wir uns mit allgemein gehaltenen grundsätzlichen Erklärungen weiterhelfen könnten. Zwei Fragen haben wir uns vorzulegen, wenn wir die auswärtige Politik der deutschen Republik in ihrem großen Zusammenhang betrachten. Wir haben eine Untersuchung anzustellen über die Einwirkung der Partei auf die Politik der deutschen Republik, und über die Stellung der deutschen Sozialdemokratie — worauf auch Scheidemann hingewiesen hat — innerhalb der sozialistischen Internationale. Die Partei wird in erster Hinsicht für die Politik der Republik verantwortlich gemacht. Da entsteht die Frage, wie weit ist das tatsächlich der Fall? Die deutsche Regierung, in der unsere Genossen sitzen, ist eine Koalitionsregierung, und die Entscheidungen, die in ihr getroffen werden, sind Kompromisse. Auch darauf hat Scheidemann bereits hingewiesen. Er sagte, wenn auch in einem anderen Zusammenhang, wir sind zuweilen genötigt, Wasser in den Wein zu gießen. Ja, in der auswärtigen Politik steht es sogar so, daß der Minister, der Staatssekretär, der speziell sie zu führen hat, kein Mitglied der Sozialdemokratie, kein Sozialdemokrat ist. Ich bin nicht blind gegen die Vorzüge des Grafen von Brockdorff-Rantzau. Ich erkenne gern an, daß er in verschiedenen Punkten sich wohlthätig unterscheidet von anderen nichtsozialdemokratischen Staatsmännern. Aber ich tue ihm kein Unrecht, wenn ich sage: internationaler Sozialist ist er nicht. (Große Heiterkeit.) Ich will gar nicht von anderen Persönlichkeiten sprechen, die in der auswärtigen Politik der Deutschen Republik zurzeit hineinspielen. Ich will nicht auf die Persönlichkeit des sehr betriebamen und wandlungsfähigen Matthias Erzberger hinweisen. Aber aus ganz anderen Gründen allerdings, als ein Teil seiner bürgerlichen Kritiker will ich sagen, daß ich seinen Einfluß, seine Rolle in der deutschen Auslandspolitik schon verschiedentlich zu bedauern Anlaß hatte. Indes die Dinge liegen nun einmal so. Nicht in jedem Augenblick kann die Republik ihr Personal wechseln. Ich erkenne das an. Aber weiß dem so ist, kann die Sozialdemokratische Partei um so weniger auf das Recht der Kritik der auswärtigen Politik gegenüber verzichten.

Es handelt sich in Deutschland um die Auffklärung unseres Volkes und draußen eben um die Stellung unserer Partei in der sozialistischen Internationale, um die Frage des Vertrauens dieser in unsere Partei, welches ja darüber können wir uns gar nicht täuschen, in weiten Kreisen der sozialistischen Welt schwer erschüttert und noch nicht wiederhergestellt ist. Das ist nun eine wichtigere Frage als die meisten von ihnen es sich vorstellen. Kurt Eisner sprach auf der Internationalen sozialistischen Konferenz, die im Frühjahr dieses Jahres getagt hat, ein sehr wahres Wort, als er sagte: die Internationale ist ein wertloses Werkzeug, wenn sie nicht auf sicherem gegenseitigen

Vertrauen beruht. Und von welcher Bedeutung die Internationale für die praktische Politik ist, das erleben wir gerade im gegenwärtigen Augenblick. Genossen, weshalb die Sozialdemokratische Partei Deutschlands das früher genoßene große Vertrauen, ich kamf weiter geben und sagen: die große Liebe eingebüßt hat, das ist ja allgemein bekannt. Ich würde daher nicht heute darauf zurückkommen, wenn nicht der Genosse Wels vorgeitern in seinen Ausführungen verschiedene Bemerkungen gemacht hätte, die mir der Antwort nicht nur wert, sondern auch bedürftig erschienen. Ich will es so kurz, wie nur möglich, tun. Wir wollen alle vorwärts und nach Möglichkeit das Rückblicken vermeiden. Ganz zu umgehen ist es freilich nicht.

Wels meinte, was man jetzt sehe, das heißt die Friedensforderungen, die von den Gegenmächten an Deutschland gestellt werden, die bewiesen die Nichtigkeit der Politik des 4. August. Nein, wer te Genossen, wenn für diese Politik keine besseren Argumente geltend gemacht werden können, dann steht es recht schlimm um sie. Was wir jetzt vor uns sehen, das ist das Ergebnis von 4½ Jahren Krieg, der geführt wurde mit Mitteln, welche die Partei zum Teil selbst verdammt hat, und von dem die Partei selbst zugibt, daß die deutschen Regierer im Jahre 1914 zum mindesten im hohen Grade für sie verantwortlich sind. Was wir heute vor uns sehen, das konnte niemand am 4. August 1914 voraussehen, und wenn er den berühmten Fernblick des Wunderabbl von Wink besessen hätte. Und wenn man es vorausgesehen hätte, wäre es erst recht ein Grund gewesen, damals nein zu sagen. Ich will niemand zu nahe treten. Ich will vor allen Dingen, und habe es niemals getan, niemandem, der anders darüber denkt als ich, den guten Glauben bestreiten. Aber für meine Person kann ich heute nur wiederholen, was ich schon im Herbst 1914 in einer Vertrauensmännerversammlung in Berlin erklärt habe: für mich ist der 3. und 4. August 1914 der schwärzeste Tag meines ganzen politischen Lebens. (Vereingeltes Brau!) Nach meiner Auffassung war unsere Abtimmung damals ein Unheil, ein Unheil für unser Volk, ein Unheil für die Kulturwelt. Hätten wir nein gesagt, wozu wir das gute Recht gehabt hätten nach allem, was wir sahen, oder hätten wir uns, worauf die damalige Regierung vorbereitet war, der Stimme enthalten, wäre es dem deutschen Volke wahrhaftig nicht schlechter gegangen, als es ihm heute geht. Nur wären Millionen Menschen weniger gefallen und Millionen weniger verkrüppelt worden. (Große Unruhe und Beifall.)

Werte Genossen! Es ist mir seinerzeit gesagt worden, daß, als Sir Edward Grey die deutsche Regierung durch den englischen Botschafter Edward Goschen und den deutschen Botschafter Riknowsky wissen ließ, daß England nicht fernbleiben könne, wenn Frankreich angegriffen werde — daß damals Herr von Bethmann Hollweg an dem verhängnisvollen 31. Juli den Kaiser kniefällig gebeten habe, den Krieg nicht zu erklären. Das macht vielleicht dem guten Herzen des Herrn von Bethmann Hollweg alle Ehre, aber wenn er ein Mann von Festigkeit und Charakter gewesen wäre, dann hätte er sagen müssen: dann gehe ich, wenn dieser Krieg gemacht wird.

Wie sah es aber 1914 aus? In Frankreich war eine Friedensregierung am Ruder. Im Juni 1914 hatten die Wahlen eine Niederlage der Kriegspartei ergeben. An der Spitze der französischen Republik als Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen stand Viviani, der Freund von Jaurès, der Mann, der trotz des Konflikts mit der Partei . . . (Rufe: Poincaré!) — Genossen! Was Poincaré anbetrifft, so lest seinen Brief, den er am 31. Juli an den König von England geschrieben hat, wo er ihn beantwortet hat, im Interesse des Friedens einzutreten. Aber die Viviani, die Abel, Ferry und Rabot, die wollten den Krieg nicht. Und wer stand in England an der Spitze

der Regierung! Asquith, Grey, Salome, die Leute, die heute für das deutsche Recht noch eintreten gegen die Friedensbedingungen, die Leute, von denen selbst Jagow zugibt, daß sie den Krieg nicht wollten. Der Friede war zu erhalten. Es waren ganz andere Elemente, die auf den Krieg hindrängten, die die Macht in die Hand bekamen. Jagow hat es Goshen gesagt: Die Generale haben die Sache in der Hand, und wir sind jetzt ohnmächtig. Das haben wir am 4. August allerdings nicht gewußt. Aber die Frage ist, warum man, als man etwas näher informiert war, an dieser Politik festgehalten hat. Wer ist heute in Frankreich am Ruder? Clemenceau und die Nationalisten! Wer ist heute in England am Ruder? Lloyd George, Bonar Law, die Unionisten, die Tories. Und durch den Krieg, nicht vorher!

Genossen! Die Friedensbedingungen, die uns von den Alliierten auferlegt werden, sind hart, sehr hart und zum Teil — das sage ich offen und habe ich in englischen Blättern, in dem „Daily Herald“ gesagt — einfach unmöglich. Aber auch Scheidemann hat das anerkannt: die Notwendigkeit eines großen Teils davon, der auch sehr schwer ist, erkennen wir an. Neun Zehntel davon sind Notwendigkeiten. (Stärkter Widerspruch.) Neun Zehntel davon sind unabwiesbare Notwendigkeiten. (Stürmischer anhaltender Widerspruch und große Unruhe. Rufe: Stand!.) Werte Genossen! Dann desavouieren Sie ja das Anerbieten der deutschen Regierung selbst, das neun Zehntel davon zugibt (erneuter lebhafter Widerspruch); das Anerbieten der deutschen Regierung selbst empfiehlt einen großen Teil der Bedingungen, ja, wir acht Zehntel, aber es ist ein großer Teil. Vergessen Sie eins nicht: Frankreich ist unter den Wirkungen dieses Krieges schwerer getroffen worden als Deutschland. Das wird Euch jeder Fachmann sagen. (Fortgesetzte Unruhe.) Denkt daran, was in Belgien geschehen ist. (Rufe: Denken Sie an Ostpreußen!) Das muß ich zurückweisen. Als die Russen in Ostpreußen eindringen, gab es noch keine unabhängige Sozialdemokratie, da waren wir gegen den Krieg, aber nicht gegen die Bewilligung, gegen die Mitverantwortung. Und wer hat denn Ostpreußen preisgegeben? Uns hat man gesagt: der Krieg geht gegen Rußland. Und wo war die größte Kraft Deutschlands? Die größte Kraft Deutschlands wurde gegen Westen, gegen Belgien und Frankreich geworfen.

Werte Genossen, hört doch ruhig zu; ich spreche nicht zu dem Zweck, die Uneinigkeit in unsere Reihen zu tragen. (Zuruf: Damit doch!) Ja, Meinungsverschiedenheiten werden sein (Sehr richtig!), sie können wir nicht aus der Welt schaffen und es ist gut, daß sie da sind (Sehr richtig!), daß nicht alle sich der Parole fügen. Ihr zwingt mich nun durch Eure Unterbrechungen, noch einen Punkt zu erörtern, auf den ich nicht eingehen wollte. Was mich einigermaßen entschuldigen könnte, das war, daß ich am 3. und 4. August der Meinung war, Deutschland würde sich nach Westen hin auf seine starke Defensivstellung stützen und seine ganze Kraft nach Osten wenden. Als ich etwas später das schrieb, bin ich von einem, der für Hindenburg schwärmt, verhöhnt worden. Ich habe aber nachträglich erfahren, und das ist auch in die Öffentlichkeit gekommen, daß sehr einflußreiche, sehr kenntnisreiche Leute im Generalkstab derselben Meinung waren. (Hört, hört!) Ich bin kein Militär, aber ich glaube etwas von der Politik zu verstehen, und die Tatsachen, die uns seitdem bekannt geworden sind, haben das bekräftigt: Es wäre für Frankreich beinahe unmöglich gewesen, bei der Haltung der Sozialisten, den Krieg zu machen, wenn Deutschland nicht den Krieg erklärt hätte und ins Land eingedrungen wäre. Jedenfalls wäre die Stimmung eine andere gewesen. Wels spricht so, als ob es drüben nur Imperialisten gäbe. Ich möchte daher warnen, mit dem Wort Imperialismus in einer Weise herumzuspringen, daß es jede

Bedeutung verliert. Imperialisten gibt es drüben sehr, einflußreiche Imperialisten gibt es in allen Ländern, aber wenn wir die Situation richtig erfassen wollen, dann müssen wir auch wissen und berücksichtigen, daß es drüben noch andere Parteien, daß es große Klassen gibt, die nicht von dem Gift angesteckt sind. Diese Worte werden heute teilweise in einer Weise gebraucht, daß sie nichts mehr erklären, daß sie anfangen zu verkommen. Man glaubt, wenn man auf etwas ein marxistisches Wort aufklebt, man habe dann die Wahrheit. Die Bolschewisten nennen jeden Imperialist, der für nationale Zusammenfassung eintritt. Sie nennen auch Scheidemann, auch die heutige Regierung der Republik Imperialisten, und Kadel hat noch ein schöneres Wort geprägt (Zuruf: Der ist überhaupt der schönste! — Heiterkeit), das Wort „Sozialpatrioten“ — ein sinnloses Wort, das gar nichts sagt und das jedem nach Belieben angehängt wird. (Sehr wahr!) Patriotismus ist an sich nichts Verwerfliches, es kann etwas sehr Anerkennenswertes sein, und unsere Haltung, auch die meine ist wahrhaftig nicht diktiert durch Mangel an patriotischem Empfinden. (Bravo.) Die Forderungen, die an Deutschland gestellt werden, und die zum Teil sehr harter Natur sind, haben zu einem großen Teil mit Imperialismus wenig zu tun.

Genossen, nehmt eine praktische Frage heraus, die Frage der Bestimmung der deutschen Grenzen. Was fordert das Friedensprogramm der Alliierten? Die Wiederherstellung Polens in den Grenzen von 1772 vor der ersten polnischen Teilung. Parteigenossen, diese Forderung haben Karl Marx und Friedrich Engels noch in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts gestellt (Otto Braun: In dem Umfange nicht!) In dem Umfange vor 1772, das kann ich Ihnen beweisen. Lesen Sie nach in den Aufsätzen von Stajanoff im Archiv des Sozialismus von Grünberg über Marx und Engels zur polnischen Frage. (Braun: Maßuren hat in der Zeit nie zu Polen gehört.) Auch Lassalle selbst hat 1863 dieselbe Forderung gestellt, nur mit einer Ausnahme. Er erklärte: Die Gebiete, die germanisiert sind, sollen deutsch bleiben. (Zuruf: Na also!) Wir wollen ruhig darüber sprechen, hören Sie nur zu. (Zuruf: Oberschlesien!) Wir kommen auch darauf. Was Lassalle damals sagte, halte ich für grundsätzlich richtig. Unser Prinzip kann nicht sein, das alte historische Recht, das Jahrhunderte alt ist, nun neu zu beleben, wenn es mit dem Recht der Lebenden nicht übereinstimmt. Das Recht der lebenden Generation ist für uns Sozialdemokraten entscheidend, muß entscheidend sein, bei unserer Stellung zur auswärtigen Politik. (Sehr richtig!) Wie sieht es aber mit der Frage der Germanisierung? Nehmen Sie Sprachenkarten zur Hand, André oder Pieper, dann werden Sie finden, daß diese Karten mit wenigen Unterschieden dieselben Linien geben, wie die Demarkationslinie der Entente. (Widerspruch.) Ich habe sie doch auch, ich kenne sie, wir wollen nur darüber sprechen, hört nur weiter. Ihr werdet schon hören, auch was Ihr gern wollt. Ähnlich liegt es mit Oberschlesien. Ich habe die Karte nicht mitgebracht, die der nationalliberale Geheimrat Sering jetzt für die Friedensbedingungen herausgegeben hat. Seht sie Euch an, dann werdet Ihr dasselbe finden. Oberschlesien ist 80 Jahre früher zu Preußen gekommen. Aber Genossen, auch die Sprache entscheidet nicht allein, ist nicht maßgebend für die nationale Zusammengehörigkeit. Wichtiger ist der politische Wille, die politische Gesinnung. (Sehr wahr!) Nun zeigt zwar auch die Karte der Reichstagswahlen, daß fast durchgängig dieselben Gebiete auch in Oberschlesien polnisch gewählt haben, die durch die Sprachkarte als polnisch gekennzeichnet werden. Dabei ist es jedoch sehr fraglich, ob alle diejenigen, die bei den Reichstagswahlen polnisch gewählt haben, damit einverstanden sein würden, zu Polen zu gehören. (Rufe: Aha! Niemand!) Darüber

wollen wir nicht streiten, das kann sein, ein Teil wird so denken, ein anderer Teil wird anders denken. Ich betone ja: wobei es sehr fraglich ist. (Zuruf: Der Redner Oberchlesens!) Genossen, hört mich doch ruhig an. Ist Eure Sache so schwach, daß Ihr bei jeder Gelegenheit dazwischenrufen müßt, ohne anzuhören, worauf ich hinaus will?! Eins kann ich Euch sagen: zu einem Verständnis auch über diese Fragen werden wir nur kommen, wenn wir den Dingen objektiv ins Gesicht sehen und auch das betonen und uns klar machen, was die anderen für ihre Forderungen geltend machen können. (Sehr richtig!) Es gibt sehr viele Leute in Deutschland, die die Dinge sehr genau kennen. Ich habe ja Gelegenheit, mit solchen Leuten zusammenzukommen, die sogar eine recht verantwortliche Stellung im Augenblick für die Friedensfrage, die da sagen: nur keine Volksabstimmung, sie könnte sehr schief ausgehen! (Murmur. Zuruf: Weißbrötchen-Abstimmung!) Aber es sind bei dieser wichtigen Frage noch andere Momente zu berücksichtigen. Da ist die Frage der Kultur, die Frage der wirtschaftlichen Zusammenhänge, da ist die Frage — Genosse Braun, jetzt kommen Sie zu Ihrem Recht — der örtlichen Gliederung der Bevölkerung. Es gibt Gebiete, die anscheinend der Sprache nach polnisch sind, wo in der Tat die Mehrheit polnisch spricht, in denen aber Städte ganzer Enklaven von Nichtpolen sind. All diese Tatsachen und Gesichtspunkte verlangen Berücksichtigung und beweisen, daß die Frage nicht auf eine Formel hin entschieden werden kann. Sie kann nicht formalistisch weder nach der einen noch nach der anderen Seite hin, sie kann nur gelöst werden auf Grund einer vernünftigen Auseinandersetzung, um erträgliche Zustände an der deutschen Ostgrenze zu schaffen. Das Interesse der Deutschen Republik ist, in ein gutes Verhältnis mit dem werdenden polnischen Staat zu kommen, nicht nur aus Friedensgründen, sondern auch aus einer ganzen Reihe wirtschaftlicher Gründe. Wir wollen keine polnische, wir wollen keine deutsche Irredentia an unserer Ostgrenze haben, und darum fordern wir eine friedliche Lösung dieser Frage auf der Grundlage einer Verständigung unter Berücksichtigung der Umstände, die ich hier entwickelt habe. Das ist die Außenpolitik, welche in dieser Frage die Sozialdemokratie sich zur Aufgabe machen muß. Das zeigt aber auch, wie notwendig es ist, daß unsere Partei sich freihält von der Phraseologie und der Kampfesweise, der wir in der bürgerlichen Presse und von bürgerlicher Seite begegnen. Scheidemann, und ich glaube, auch Wels sagten: Was die da drüben wollen, das richtet sich gegen den Sozialismus, das frist Deutschland, weil es sozialistisch ist. Täuscht Euch darüber nicht. Wir haben nicht nur noch Kapitalisten und werden sie noch eine Weile haben, wir haben auch Nationalisten, wir haben noch große Parteien, die heute den Mund wieder sehr voll nehmen und von denen man drüben noch nicht sicher weiß, ob sie so ohnmächtig in der deutschen Politik sind, wie wir alle wünschen, daß sie es sein müßten. Die Politik der Sozialdemokratie ist nicht gleichgültig gegen nationale Interessen des deutschen Volkes, darf es nicht sein, und kein vernünftiger Mensch drüben verlangt es von uns. Deswegen ist unsere Politik aber noch lange nicht nationalistisch, und noch viel weniger Imperialismus. Unsere Außenpolitik heißt Völkerpolitik, und auch die muß rationell betrieben werden. Wir müssen uns enthalten, in allen den großen Fragen ins Blaue hinein zu urteilen nach dem Anschein. In der polnischen Frage werden gerade die extremen Forderungen der polnischen Nationalisten hartnäckig von Wilson verteidigt, der sich auf diese Fragen festgebissen hat, obwohl er doch die genauen örtlichen Verhältnisse dort nicht kennt, obwohl er nicht weiß, wieviel von einer vernünftigen Lösung der oberchlesischen Frage für das wirtschaftliche Leben des deutschen Volkes abhängt. (Sehr richtig!) Keine

Benignität, die doch ein gewisses Vertrauen genießt, ist nicht stumm gewesen, das der anderen Seite auseinanderzusetzen.

Wir können Wilson nicht den Vorwurf machen, daß er über Dinge urteilt, die er nicht kennt, wenn man bei uns denselben Fehler nicht vermeidet. Im „Vorwärts“ habe ich einen begeisterten Bericht über eine Versammlung gelesen, die am vorigen Sonnabend in Berlin gegen Völkerverflechtung stattgefunden hat. Als ich die Anzeige zu der Versammlung las, jagte ich mir: wenn unsere Regierung sich ihrer Aufgabe bewußt ist, sagt sie den Leuten: Werte Herren, lassen Sie das, es nützt Ihnen nichts, und es kann Deutschland nur schaden. Was war das für eine gemischte Gesellschaft! Da sollte Rudo Hartmann sprechen, er hat sich zuletzt vertreten lassen, und Herr Chatterton-Hill. Die Deutschösterreicher wendeten sich in bezug auf Deutschböhmen gegen das historische Recht, das die Tschechen für sich anrufen, wenn sie Deutschböhmen behalten wollen. Chatterton-Hill tritt ein für die Aufrechterhaltung des historischen Rechts in bezug auf Nordirland, das nicht bei dem nationalistischen Irland bleiben will. Beide Leute aber protestieren in derselben Versammlung, gewiß eine merkwürdige Sache. Dann trat in der Versammlung auf Herr Bogarts, der Flame, für das angeblich unterdrückte Flandern. Unsere flämischen Parteigenossen Anjele, Guzmans, Wandervelde wollen von diesen Leuten nichts wissen, sie verachten sie. Nicht, daß sie gegen flämische Interessen blind sind. Im „Vorwärts“-Bericht werden diese Leute gepriesen. Was soll es für unsere Partei in der Welt bedeuten, wenn wir so kritisch in diesen Dingen vorgehen? Ist das die Außenpolitik der Sozialdemokratie? Unsere Presse sollte sich diesen Bewegungen gegenüber etwas kritischer verhalten. Ich bin in unserer Presse auf diesem Gebiete vielfach auf Artikel gestoßen, die nur Wasser auf die Mühle der Nationalisten sind. Ich teile durchaus den Wunsch, das Unheil, das Deutschland von den Friedensbedingungen droht, nach Möglichkeit von unserem Volke abzuwenden. Ich verlange aber, daß diese Bewegung auf intelligente Weise betrieben wird, daß man unserm Volke die Tatsachen vorführt, auf die sich die Forderungen gründen und nicht das Schreien der bürgerlichen Presse mitmacht.

Ich war im Februar dieses Jahres bei Gelegenheit der Internationalen Sozialistenkonferenz in der Schweiz und habe dort mit angesehenen Angehörigen der feindlichen Länder, namentlich mit Amerikanern, die es mit Deutschland wirklich wohl meinen, gesprochen. Sie haben mir erklärt: die Stellung Wilsons in der Entente sei ungemein geschwächt durch Reden und Erklärungen, die in Deutschland erfolgen; auf diese Dinge gestützt sagten die Franzosen zu Wilson: „Sehen Sie, Präsident, das ist noch das alte Deutschland, nur die Fassade ist geändert.“ Kurz vor seiner Rückreise nach Amerika hat Wilson in der Tat amerikanischen Journalisten gegenüber erklärt, er habe sich überzeugt, daß dieses neue Deutschland in wesentlichen Beziehungen noch gar nicht anders sei, als das alte Deutschland. (Zurufe.) Ich teile Euch das mit, damit Ihr wißt, was vertrieben werden muß, und was zu geschehen hat. Es zeigt auch, wie eng die innere Politik mit der auswärtigen Politik verbunden ist. Daher kann der Strich, der die Deutsche Republik von dem früheren System trennt, nicht stark und deutlich genug gezogen werden.

Das führt zu der Frage der Schuld und der Verantwortung. (Zuruf: Im Gottes Willen!) Warum das Zögern? Warum das Verschleppen der Feststellung, das Herumreden um die Kernfragen? Wels sagte vorgestern: ja, da macht man aus Nikolaus dem Zweiten einen Engel. Das tut kein Mensch, darum handelt es sich nicht. Es handelt sich um die hiesige Verantwortung. (Zuruf von Wels: Wenn ich von der Internationale spreche, spreche

ich auch von der internationalen Verantwortung, nicht nur von der deutschen! — Darauf werde ich gleich zu sprechen kommen. Wenn Ihr aber glaubt, die entscheidenden Schritte zu tun, dann zeigt Ihr dadurch, daß schließlich doch Eure Kritik gelähmt ist, wie sie im Kriege durch die Abstimmungen gelähmt war, daß Ihr zum Teil noch heute die Gefangenen der damaligen Abstimmung seid, und ich möchte Euch zurufen: Heraus aus diesem Turm, werdet endlich frei auch in dieser Sache. Was will die Internationale von Euch; sie ist nicht hart, sie ist nicht ungerecht gegen die deutsche Sozialdemokratie. (Weiterkeit.) (Zuruf von Wels: Sie ist nicht unjere Richterin!) Nicht Vandervelde, nicht Thomas, nicht Renaudel sind hart gegen Euch. (Zuruf: Alles Engel!) — Redet solche Worte nicht. Es sind Menschen wie wir alle. (Sehr richtig!) Vandervelde hat im Winter 1914/15 geschrieben: Ich mache den Deutschen keinen Vorwurf aus ihrer Abstimmung, sie haben geglaubt, bedroht zu sein, von Rußland angegriffen zu sein. Aus allen Neben, die in Bern gehalten worden sind, selbst aus allen Anklagen, könnte doch immer der kameradschaftliche Geist hindurch, der da sagte: Kommt heraus, und dann wollen wir zusammen wirken. Das war ja die ganze Stimmung auf der Berner Konferenz, und Genosse Müller wird nicht bestreiten, daß man Euch kollegialisch und freundschaftlich entgegengetreten ist und gesucht hat, die Vermittlungslinie zu finden. (Müller-Breslau: Mit wenigen Ausnahmen!) Mit ein paar Ausnahmen, aber doch im allgemeinen, und darauf kommt es an. Wie objektiv die Genossen in den feindlichen Ländern unsere Politik und unsere Lage beurteilt haben, das hat sich bereits gezeigt auf der Konferenz der Sozialisten der alliierten Länder, die im Jahre 1915 in London stattgefunden hat. Was ist dort über die Kriegfrage gesagt? Ich will es Ihnen vorlesen.

„Die Konferenz denkt nicht daran, die allgemeinen und tiefen Ursachen des europäischen Konflikts zu verkennen, der das ungeheureste Produkt ist der Europäer, welche die kapitalistische Gesellschaft gereißt, sowie der aggressiven Kolonial- und imperialistischen Politik, die der internationale Sozialismus nie unterlassen hat, zu bekämpfen, und an der alle Regierungen ihr Teil der Verantwortlichkeit tragen. Aber der Einfall der deutschen Armee in Frankreich und Belgien bedroht die Existenz der Nationen und untergräbt den Glauben an Verträge.“

Diese Erklärung haben sie 1917 in einer Denkschrift an die Konferenz in Stockholm wiederholt. Sagt doch nicht, daß sie uns eine Schuld aufladen wollen. Erkennt an, daß sie gerechter sind als wir.

Welche Resolution hat man ferner in Bern beschlossen? Ich will auch sie Ihnen vorlesen:

„Die Konferenz von Bern erkennt an, daß für sie die Frage der unmittelbaren Verantwortlichkeit des Krieges geklärt ist, sowohl durch die Aussprache, als auch durch die Erklärung der deutschen Mehrheit, die den revolutionären Geist des neuen Deutschland und dessen völlige Loslösung von dem für den Krieg verantwortlichen alten System befundet hat. Indem die Konferenz die deutsche Revolution begrüßt und die Entwicklung der demokratischen und sozialistischen Einrichtungen, die sie herbeiführte, sieht sie die Bahn frei für die gemeinsame Arbeit der Internationale.“

Die weiteren Erklärungen, die die deutschen Delegierten in der Debatte über den Völkerbund abgegeben haben, überzeugen die Konferenz, daß von nun an die vereinigten Arbeiterklassen der ganzen Welt die stärkste Macht zur Niederhaltung jedes Militarismus und aller Versuche, die internationale Demokratie zu vernichten, verbürgen und bewahren werden.

Die Konferenz steht in den auf ihr geführten Debatten eine fruchtbare Vorarbeit und überläßt es einem künftigen internationalen Kongreß, dessen Einberufung unter normalen Bedingungen erfolgen kann, über die weltgeschichtliche Frage der Verantwortlichkeiten das Urteil der Internationale zu fällen.“

Man wird zugeben, es ist durchaus kameradschaftlicher Geist, der aus dieser Resolution spricht. Wir müssen sie begrüßen. Ich hoffe, daß Sie die von mir beantragte Resolution annehmen werden, die sich gegenwärtig noch im Druck befindet, und die diesem Geist Rechnung zu tragen sucht. Was hat die Berner Konferenz getan, um die Resolution durchzuführen? Sie hat einen Ausschuß gewählt, der ihre Durchführung in den Ländern der Entente übernehmen soll. Am letzten Tage der Berner Konferenz hat diese Kommission, der Renaudel, Branting, Troelstra und der all die anderen Führer angehören, getagt. Ich habe bedeutet, daß die Delegation der S. P. D. bei dieser Sitzung nicht anwesend gewesen ist. Ich war als Gast zugegen und habe die Verhandlungen mit gehobenem Gefühl verfolgen dürfen. Ich war ergriffen von dem Ernst der Debatte, wie unsere Genossen der feindlichen Länder überlegen, was sie tun können und wollten, um den gegnerischen Machthabern in der Frage der Friedensbedingungen auf die Finger zu setzen. Der ganze Verlauf dieser Sitzung war einfach großartig. Amsterdam und Paris haben dann auch gezeigt, daß durchzuführen versucht wurde, was in Bern beschlossen worden war. Selbst in Belgien, wo der Haß gegen uns naturgemäß am stärksten war, haben sich verständlich gesinnte Genossen gefunden. Vandervelde und Ansele sind für die gemeinschaftlichen Beratungen in Bern eingetreten, aber die Konferenz der belgischen Partei hat es abgelehnt, die Berner Konferenz zu beschiden, weil die deutsche Mehrheitspartei dort vertreten sei. Sie werfen ihr vor, daß sie zu den in Belgien begangenen Gewalttaten geschwiegen. Offentlich hat die Fraktion ja auch geschwiegen zu vielen, was Deutschland vorzuwerfen war. Ich verleihe dieses Schweigen; in den Ausschüssen hat man darüber natürlich gesprochen und Remedur gefordert. Das Schweigen war auch eine Folge Eurer Abstimmung.

Die Resolution, die wir Ihnen vorlegen, verlangt nichts Unbilliges von der deutschen Sozialdemokratie. Es ist keine Zumutung, wenn man von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verlangt, zu bekennen, was von deutscher Seite gescheit ist. (Zuruf Otto Braun: Geschicht!) Genosse Braun, es geschieht, aber es geschieht nur halb. Machen wir uns doch frei von den Ehrgegriffen der Bourgeoisie, nur die Wahrheit, die volle Wahrheit kann uns nützen. Vermeiden wir vor allen Dingen auch die Winkelzüge bei den Beratungen über die Friedensbedingungen in Versailles.

Noch ein paar Worte über eine Frage, in der die Politik der Sozialdemokratischen Partei auch unglücklich gewesen ist: die elsass-lothringische Frage. Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei während des Krieges in dieser Frage ist sehr, sehr kritikbedürftig, hat man doch sogar das nationale Selbstbestimmungsrecht Elsaß-Lothringens verleugnet, Babel und Liebknecht desavouiert. Jetzt kreißt die Bourgeoisie damit und verlangt die Volksabstimmung. Das zeigt, was für schlechte Politiker die Herren sind. Eins ist sicher: je mehr sie durchblicken lassen, daß sie von diesem Verlangen nicht absteigen, desto zerblicher werden sie die Franzosen machen und desto mehr Schädigung werden sie uns an der deutschen Ostgrenze zufügen. Vergessen wir nicht, was geschehen ist, als die Regierung des Prinzen Max von Baden die Autonomie für Elsaß-Lothringen beantragte. Damals trat der Führer der elsässischen Fraktion Ricklin auf die Tribüne des Reichstages und sagte in hitrigen Worten: das ist nur zu spät. Das gleiche hörten wir von Haegi, und als ich

dann in der Wandelhalle zu einem elsässischen Arbeiter, den mir der Genosse Fuchs vorstellte, sagte: wir müssen die Volksabstimmung verlangen, da rief er aus: Ach, wozu noch Volksabstimmung? Der elsässisch-lothringische Landtag hat sich für Frankreich entschieden. (Zuruf des Genossen Emmel: Nur diejenigen, die da waren!) Während des Friedens haben wir in diesem Sinne gekämpft, daß Elsaß-Lothringen nicht zum Gegenstand eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland gemacht werden dürfe. In diesem Sinne haben auch die elsäß-lothringischen Genossen gearbeitet. Während des Krieges ist dann in Elsaß-Lothringen eine ganz andere Stimmung entstanden. Nicht nur der Landtag, sondern auch die Stadtvertretungen, ja auch die elsässischen Sozialdemokraten haben sich auf ihrer Landeskonferenz für Frankreich entschieden. Trotzdem verlange ich auch jetzt noch die Volksabstimmung, ebenso wie sie auch die französischen Genossen verlangen. Warum? Weil wir wollen, daß in der elsäß-lothringischen Frage endlich Klarheit auf beiden Seiten geschaffen werde. Hier liegt die Entscheidung. Die Volksabstimmung ist das einzige Mittel, um diese Streitfrage aus der Welt zu schaffen. Wir müssen versuchen, mit Frankreich in ein denkbar bestes Verhältnis zu kommen. (Zuruf: Mit allen Völkern!) Jawohl, mit allen Völkern, auch darauf komme ich noch zu sprechen.

Man wird mich das Zeugnis ausstellen, daß ich alles, was in meinen Kräften und in meinem Können steht, tue, um ein freundliches Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland herbeizuführen. Aber dennoch betrachte ich mich mit Erlaunen die neue Gruppe, die sich jetzt in unserer Partei gebildet hat, ich glaube, ihre Wortführer nennen sich Aktivisten. (Zuruf: Neu-Revisionisten! — Große Heiterkeit.) Die kontinentale Politik gegen die angelsächsische Welt, die von ihnen verlangt wird, würde ich vielleicht verwerflich finden, wenn sie einigermaßen Aussicht auf Erfolg hätte. Ich muß sie aber als jü dümm bezeichnen, wie mir seit langem nichts vorgekommen ist. (Weißall und Unruhe.)

Etwas dergleichen hat ja die deutsche Regierung während des Krieges versucht. Bald, nachdem England in den Krieg eingetreten war, im Jahre 1915, hat man den Franzosen quasi auf die Schulter geklopft und gesagt: Ihr seid ja die armen Verführten, John Bull hat Euch verführt.“ Ich habe wirklich gelacht, als ich dergleichen Zeug zu lesen bekam. Wie schlecht kennen diejenigen, die so operieren, die Seele des französischen Volkes, insbesondere die Seele der französischen Bourgeoisie. Die Franzosen wollen nicht bejammert sein, sie leben in dem Gefühl, zum Teil sogar übertriebenen Gefühl von der Größe ihrer Geschichte. Sie wollen anerkannt sein und eine maßgebende Rolle spielen. Uebertreibungen dieses Gefühls kann man nur stärken durch eine solche aktivistische Politik, die ich für wahnsinnig halte. Gewiß sind Gegensätze heute da in dem anderen Lager. Es ist ja allgemein bekannt, daß a. W. Lloyd George für Zugehörnisse an Deutschland in der ober-schleischischen Frage eintritt und die Franzosen sich den Polen gegenüber für gebunden halten. Aber auseinanderreiben werden wir die Alliierten nicht. Das ist einfach Unsin, solches Spiel darf nicht unsere Politik sein. Diese Art von Westentischen-Machiavellismus sollte man Georg Bernhard und seiner „Rösischen Zeitung“ überlassen und nicht die sozialdemokratische Presse damit bezungieren. (Sehr gut!)

Wir wollen auch und müssen wollen ein gutes Verhältnis mit Rußland. Wir müssen es haben aus einer ganzen Reihe auch wirtschaftlicher Gründe. Wir wollen keine Einmischung der Republik in die inneren Verhältnisse Rußlands, es soll sich selbst entwickeln. Wir wollen das denkbar beste Verhältnis herstellen, aber wir müssen eins von jeder russischen Regie-

rung verlangen, ob sie demokratisch, menschenwürdig oder bolschewistisch ist, wir müssen Gegenseitigkeit verlangen. (Sehr richtig!) Keine Intrigen, keine Geheimagenten ins andere Land geschickt, keine Zettelungen verursacht! Das ist ein Kapitel, über das sehr viel zu sagen wäre. Das abgelöste System in Deutschland hat auch da kein sehr reines Gewissen, und wenn es darauf ankommt, die Frage zu unteruchen, warum man Deutschland haßt und mißtraut, dann legt einmal die Prozesse, die drüben in Amerika usw. gegen die Agenten der Deutschen Republik geführt sind, die Prozesse von San Francisco, wo festgestellt wurde, daß Millionen und Abermillionen ausgegeben sind an gewisse Agenten, um drüben Fabriken und Brücken in die Luft zu sprengen, zur Zeit, als noch Friede zwischen Amerika und Deutschland herrschte. (Zuruf: Und die Agenten der anderen?) Ich habe es mit der deutschen Politik zu tun. (Zuruf: Das ist doch kein Ding an sich!) Genossen, damit kann man jede Schweinerei rechtfertigen. Soviel ist drüben nicht geschehen. Wir verwerfen das ganze System, und wir wollen uns dagegen erklären. In der Schweiz fand jetzt Anfang März der Kongreß der Pazifisten statt. Da hat unser Wortführer Adolf Müller die deutschen Delegierten zu einer Besprechung eingeladen und hat ihnen auseinandergelegt, warum die Sympathien für Deutschland, die in der deutschen Schweiz zu Anfang des Krieges sehr stark waren, ins Gegenteil umgeschlagen sind. Und was hat er u. a. angeführt? Die Armeen von Agenten, die Deutschland, deutsche Heerführer usw. in der Schweiz unterhalten haben, und die sich in einer Weise aufgeführt haben, die in weiten Kreisen des Schweizer Volkes große Erbitterung hervorgerufen hat. Ich glaube, ein Teil dieser Herren — Müller ist darangegangen, auszumitteln — treibt jetzt das lukrative Geschäft von Agenten für die Kapitalflucht ins Ausland. (Hört, hört!)

Von diesem System müssen wir uns deutlich lossagen. Wir wollen — darin sind wir alle einig — eine ehrliche und reine Politik der deutschen Republik, und wir wollen das auch in unserer Resolution zum Ausdruck bringen. Als sozialistische Partei, als Partei der Internationale, wollen wir die Gegenseitigkeit der sozialistischen Parteien, in Unterstützungen, in gegenseitiger Hilfe. Aber wie wir es bisher gehalten haben: offen am Tage, am Lichte der Sonne. (Sehr wahr!) Wir verwarfen uns aber auch dagegen, was da von anderer Seite jetzt geschieht. Da muß ich ein Wort aussprechen, was ich nicht gern in den Mund nehme. Ich muß sagen: die Deutsche Republik verbittet es sich, daß eine Regierung eines Landes Agenten in ein anderes Land schickt, um Unruhen und Aufstände herbeizuführen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wollen austräumen mit all dem Klunder der alten Diplomatie, des alten Systems. Unsere Außenpolitik muß eine rückhaltlose internationale Politik sein. Das wird die beste Politik sein für unser Volk. Es wird die beste Politik sein für Europa, für die große Familie der Völker, der ganzen Kulturwelt. (Weißall.)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Wir haben jetzt darüber zu entscheiden, wie wir weiter verhandeln wollen. Es scheint mir, als ob die beiden eben gehörten Referate sich sachlich von der Hauptlinie unserer gestrigen Debatte nicht entfernt haben. Es haben sich aber 16 Genossen gemeldet, die unter dem Eindruck der beiden Referate das Wort haben wollen. Es fragt sich, ob wir die gestrige Debatte fortsetzen oder getrennt davon über die heutigen Referate verhandeln wollen.

Hoch: Wir müssen die Außenpolitik gesondert behandeln. Dazu geben die beiden Referate die beste Unterlage. Ich empfehle eine getrennte Diskussion.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Auswärtiges und Inneres ist in der gestrigen und heutigen Debatte unlösbar verknüpft. Ich bitte, diese sachliche Trennung nicht vorzunehmen.

Kräger: Ich bitte, sofort in eine gemeinsame Debatte über die heute gehörten Referate einzutreten. Wir können die Stellungnahme zu diesen Fragen nicht dem Zufall der Rednerliste überlassen.

Adolph Braun: Ich möchte dringend bitten, daß wir die Debatte anzuknüpfen an die Referate Scheidemanns und Bernsteins. Eine Überzeigung, so daß wir, nachdem Scheidemann weg ist, erst morgen oder übermorgen darüber verhandeln, scheint mir unmöglich. Wir können nur im Zusammenhang über die auswärtige und allgemeine Politik sprechen.

Grelling-Göttingen: Es liegen noch eine Reihe von Anträgen zur allgemeinen Debatte vor, die dann auch berücksichtigt werden müssen. (Vorsitzender Heinrich Schulz: Selbstverständlich!)

Rosenfeld-Charlottenburg: Ich bin mit den Vorschlägen unter der Voraussetzung einverstanden, daß die Debatte sich nur auf die auswärtige Politik beschränkt. Soweit Scheidemann die allgemeinen Fragen der Sozialisierung und der inneren Politik behandelt hat, fallen sie in das Gebiet der allgemeinen Diskussion.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Ich habe eben schon gesagt, daß diese Trennung sich sachlich nicht durchführen läßt und bitte Sie nochmals, sich auf diesen Boden nicht zu stellen. Es stehen die beiden Referate zur Diskussion.

Fauser-Michendorf: Ich möchte fragen, mit welchem Recht die 18 Genossen, die sich nachträglich zum Wort gemeldet haben, jetzt zum Wort kommen sollen, während der Vorsitzende selbst erklärt, daß eine sachliche Trennung dieser Referate von dem früheren gar nicht durchführbar ist. Es ist also ein und dieselbe Sache, und die Redner, die sich erst gemeldet haben, haben das selbe Recht zum Wort zu kommen.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Wir kommen zur Abstimmung. Diejenigen, die dafür sind, daß wir zunächst in die Debatte über die soeben gehörten Referate mit der dafür vorliegenden neuen Rednerfolge eintreten, bitte ich die Hand zu erheben. Das ist die große Mehrheit.

Scholz-Neukölln: Ich habe nicht etwa die Absicht, irgendwie nach einer Seite die Kritik einzuschränken. Aber ich hätte doch gewünscht, daß in dem Moment, wo die deutschen Friedensbedingungen unmittelbar vor der Vollendung stehen, an diesem Platze nicht Ausführungen gemacht werden, die eventuell zum Schaden des deutschen Volkes ausschlagen könnten. (Sehr wahr!) Ich hätte gewünscht, wenn man sich von dem Grundsatz leiten läßt, daß man lediglich die Wahrheit sucht, daß man dann auch ein Wort der Kritik darüber findet, was auf der anderen Seite gesundigt worden ist, und daß man nicht den Standpunkt vertritt, nur wir allein sind die Sünder, während drüben allem Anschein nach alles Engel sind. (Bernstein: Das ist nicht gesagt worden!) Nein, es ist aber unterlassen worden, ein Wort von der Schuld der andern zu sagen, und deshalb führe ich das an. (Bernstein: Es handelt sich doch hier um die Außenpolitik der Partei!) Ich bedaure außerordentlich, daß Genosse Bernstein in diesem Zusammenhang davon gesprochen hat, daß unser altes System so und so viele Sünden hinter sich hat, eine Frage, die wir im jetzigen Moment gar nicht mehr zu unteruchen haben. Genosse Scheidemann hat durchaus mit Recht ausgeführt: wir werden in der deutschen Politik eine Politik des Rechts vertreten und nicht mehr eine Politik

der alten Machtverhältnisse. Daher war es meiner Auffassung nach ziemlich überflüssig, daß wir all die Fragen, die uns früher einmal getrennt haben, oder über die Meinungsverschiedenheiten in der Partei vorhanden waren, schließlich noch einmal vom 4. August an, hier erneut aufzuwerfen. Ich hätte im Gegenteil gewünscht, Genosse Bernstein hätte seine Ausführungen über die Außenpolitik da angefangen, wo er sein Referat beendet hat. (Sehr gut!) Er hat nämlich zum Ausdruck gebracht, die Deutsche Republik könne nur eine international einwandfreie Politik führen. Das ist so selbstverständlich wie nur etwas. Das hat Genosse Scheidemann ebenfalls zum Ausdruck gebracht, und ich hätte gewünscht, Bernstein hätte da eingeseht und hätte zum Ausdruck gebracht, welche wirtschaftlichen Umwälzungen während des Krieges vor sich gegangen sind und welche Verpflichtungen zum Teil der Internationale bleiben, um im Sinne der neuen wirtschaftlichen Umwälzungen ihre Politik zu treiben. Ich will zugeben, daß ich von vornherein ein sehr problematischer Versuch, aber wir haben natürlich angenommen, das würde Bernstein tun. Ich glaube kaum, daß die Generalversammlung des Kreises Lettow, wenn sie die heutigen Ausführungen Bernsteins gehört hätte, den Antrag angenommen hätte, ihn als Referenten über die Außenpolitik dem Parteitag zu empfehlen. (Bernstein: Das hat sie getan, nachdem ich gesprochen hatte, Widerspruch.) Ich bin der Auffassung, daß von diesem Platze aus wohl irgendein Redner, der sonst weiter in der Partei nicht bekannt ist, derartige Ausführungen wie Bernstein machen konnte, aber der Genosse Bernstein selbst, der in der sozialistischen Internationale einen sehr guten Ruf besitzt, solche Ausführungen nicht machen durfte. (Sehr richtig!) Und zwar deshalb nicht, weil die französischen Friedensbedingungen jedenfalls auf die Rede Bernsteins mehr oder weniger reagieren werden. (Unruhe.) Ueberlegen Sie doch eins: die deutsche Regierung, und zwar unsere Parteigenossen in der Regierung, scheudern denen drüben das „Unannehmbar“ in bezug auf diese Friedensbedingungen entgegen, und ein Referent auf dem Parteitag stellt sich hin und erklärt: Nein! Beinhaltet der Friedensbedingungen sind berechtigt. (Hört, hört!) In demselben Moment müssen Sie doch erklären, daß wegen des einen Beinhaltens, das noch übrig bleibt, das Unannehmbar der Regierung wirklich nicht notwendig gewesen wäre. (Sehr richtig!) Und das ist die Pointe, die meiner Auffassung nach von diesem Platze nicht gezogen werden durfte.

Nun ein paar Worte über die Politik, die jetzt in Berlin eine bestimmte Stütze gefunden hat. Bernstein hat sich schon gegen die Politik der sogenannten Aktivisten oder, wie man bei uns zu sagen pflegt, der Kontinentalpolitik, gewandt, meiner Auffassung nach durchaus mit Recht. (Sehr wahr!) Ich kann Ihnen im Auftrage der Berliner Genossen erklären, daß sie nicht die Absicht und Neigung haben, nach irgendeiner Seite diese Politik zu unterstützen, sondern daß wir uns mit allen Kräften gegen diese Politik wehren werden, für die eine Gruppe jetzt in Berlin Stimmung zu machen sucht. Die Dinge haben sich allerdings so weit entwickelt, daß man schon glaubt in Berlin, innerhalb der Organisation kleine Organisationen gründen zu können, in denen speziell diese Grundfrage zum Ausdruck gebracht werden können. (Zuruf: Unter geistiger Führung von Bernhardt!) Es ist schon gesagt worden: In Zukunft soll das deutsche Proletariat internationale Politik treiben, nicht nur mit Frankreich, sondern ebenfalls mit England, Amerika und vor allem Rußland. Vor allem müssen wir uns energisch verbitten, daß die Kräfte in unsere inneren Verhältnisse eingreifen, um irgendwie auf die Verfassungseinrichtungen des deutschen Volkes einzuwirken. Ich halte es für selbstverständlich, daß wir insofern die Regimen des alten Regimes aufs schärfste

verurteilen, und daß es nicht sein darf, daß derartige Grundsätze etwa von Sozialdemokraten vertreten werden. (Sehr gut!) Ich bin aber ferner der Auffassung, daß die Engländer viel zu gute Kaufleute sein werden, um auf die Dauer das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterschaft dadurch vor den Kopf zu stoßen, daß sie etwa die Deutschen vom Weltmarkt und überhaupt von der Aufnahme ihrer Wirtschaftsbeziehungen ausschließen werden. Ich glaube, auch im neuen Völkerbund wird es Fraktionen oder Landmannschaften geben, wie an anderen Stellen; wir sind ja auch nicht davon frei. Und man wird auch in Zukunft im neuen Völkerbund auf die Mitwirkung der deutschen Arbeiterschaft nicht verzichten können. Es wird gerade England sein, das in Zukunft, um gegenüber Amerika ein genügendes Gegengewicht in die Waagschale werfen zu können, die deutschen Arbeiter schnell heranziehen wird, um den Weltwirtschaftsmarkt wiedererobern zu können. Deswegen bin ich der Meinung, haben wir schon von vornherein die bringende Verpflichtung, nicht etwa einseitige Politik nach irgendeiner Richtung zu treiben, sondern wir haben internationale Politik zu treiben, die darauf hinausläuft, daß wir mit allen Ländern versuchen, in ein gutes Arbeits- und Wirtschaftsverhältnis zu kommen.

Wenn wir diese Politik der Aktivisten verfolgen würden, würden wir damit nur Ueberreste der alten wilhelminischen Politik verfolgen (Sehr richtig!), und das ist unmöglich.

Ich möchte zum Schluß die Regierung bitten, dazu überzugehen, von dem, was sie noch nicht durchführen kann, rechtzeitig das deutsche Volk zu benachrichtigen. (Sehr richtig!) Ein großer Teil der Arbeiterschaft ist ungehalten, weil er über die Bestrebungen der Regierung nicht offen auf dem Laufenden gehalten wurde, wie es notwendig gewesen wäre. Hätte man das getan, so wäre ein großer Teil des Mißtrauens beseitigt worden. (Bravo!)

Otto Braun: Ich halte es für sehr müßig, in der jetzigen Zeit so eingehend, wie es Genosse Bernstein getan hat, über die Politik der Partei während des Krieges, und insbesondere über ihre Haltung zu den Kriegskrediten zu sprechen. So müßig das ist, so ungeeignet war der Genosse Bernstein, hier vor dem Parteitag diese Kritik auszuüben. (Sehr richtig!) Er war der Allerungeeignteste, denn man weiß ja heute noch nicht, ob er mit beiden Füßen in der Partei steht oder nur mit einem Fuße und mit dem andern noch drüben. (Sehr richtig!) Zuruf: Derartige Argumente sollten vom Vorstandsstich gebraucht werden! — Unruhe.) Wenn Genosse Bernstein es für geschmackvoll hält, nach seiner Hin und herschwankenden Haltung während der Kriegszeit hier den Stab über die Politik der Partei zu brechen, so muß er es sich gefallen lassen, daß ihm in dieser Weise geantwortet wird. (Lebhafte Zustimmung.) Genosse Bernstein war es, der mit Begeisterung für die Kriegskredite eingetreten ist (Sehr richtig!), und erst in dem Augenblick, als Ostpreußen, für das er nie ein Wort gesagt hat, während er bittere Tränen über Belgien geweint hat, von den Russen befreit wurde, als das falsche Gerücht durch die Presse ging, daß Hunderttausende von russischen Soldaten in die masurischen Seen getrieben worden seien, da erklärte Genosse Bernstein, jetzt könne er es vor seinem Gewissen nicht mehr verantworten, für die Kriegskredite einzutreten, jetzt ändere er seine Politik. (Hört, hört!) Solange Ostpreußen unter der Russenherrschaft schmachtete, fand Genosse Bernstein kein Wort, für dasselbe einzutreten. (Hört, hört!) Das ist bezeichnend. Genosse Bernstein, für Ihre Politik. Deswegen verstehe ich es auch, wenn Sie jetzt leichten Herzens die östlichen Teile unseres Landes aufgeben, wie Sie sagen, auf Grund eines historischen Rechts. Bernstein: Das

Gegenteil habe ich gesagt!) Sie haben erklärt, für die Inanspruchnahme dieser östlichen Teile für Polen hätte man auf der anderen Seite ein historisches Recht geltend machen können, da diese Teile 1772 zu Polen gehört hätten. Auch das ist falsch, und es ist nur zu verstehen, weil Sie sich, Genosse Bernstein, in Ihrem Vaterlande nicht zurechtfinden, insbesondere, soweit östliche Teile in Frage kommen. (Sehr gut!) Oberschlesien, Masurien, die Teile Polens haben 1772 nicht zu Polen gehört, da besteht kein historisches Recht. (Sehr richtig!) Memel hat nie dazu gehört, auch die ganzen Teile nördlich der Memel nicht. Da besteht nicht das geringste historische Recht. (Zustimmung.) Aber auch dieses sogenannte historische Recht erkenne ich nicht an, wenn es im Gegensatz zum Selbstbestimmungsrecht der Völker steht. (Sehr richtig!) und das steht es in diesem Falle. Wollten wir das historische Recht anerkennen, dann müßte Genosse Bernstein auch das Recht Deutschlands auf Elsaß-Lothringen anerkennen. (Sehr richtig!)

Genosse Bernstein hat die Haltung der Partei in der Elsaß-Lothringischen Frage kritisiert. Er war es, der seinerzeit, vor etwa 2 bis 3 Jahren, in einer Besprechung der Reichstagsfraktion und des Parteiaussschusses für die Abstimmung der Elsaß-Lothringischen Bevölkerung eintrat. Damals stellte sein früherer Parteigenosse Ledebour diese Forderung als „Spieß des Blödsinns“ hin. (Zuruf von Bernstein.) Damals nahm die Partei die Haltung ein, die in der gegebenen Situation die einzig richtige war. Wenn jetzt von bürgerlichen Kreisen die Abstimmung verlangt wird, so ist das doch für den Genossen Bernstein kein Grund, diese Frage nebensächlich zu behandeln, sondern es wäre seine Pflicht, daß er mit allem Nachdruck auf seinem früheren Standpunkt beharrt und ihn nicht so leicht preisgibt, wie er es getan hat. (Bernstein: Habe ich nicht getan!)

Genosse Bernstein hat verlangt, wir sollten das Bekenntnis zur Schuld Deutschlands voll und ganz abgeben, das Bekenntnis sollte nicht halb kommen, hat er in einem Zwischerruf gemeint, und er hat weiter erklärt, wir müßten den Mut haben, die ganze Wahrheit jetzt zu sagen. Nun, dann möchte ich den Genossen Bernstein bitten, auch seinerseits die ganze Wahrheit zu sagen und nicht auch in Halbheiten stecken zu bleiben, nicht nur immer die Schuld Deutschlands zu sehen und sich über all das, was drüben gemacht worden ist, mit einer leichten Handbewegung hinwegzusetzen. Damit wird man unserem Volke nicht gerecht, und diese Pflicht haben wir auch als Partei dem Volke gegenüber. (Sehr richtig!)

Der Friedensvertrag, der uns jetzt droht, rechtfertigt nach meiner Auffassung glänzend die Haltung, die die Partei während der Kriegszeit eingenommen hat. (Lebhafte Zustimmung.) Denn weil die Partei das Unheil fürchtete, das jetzt über uns kommt, weil sie nicht der Auffassung Bernsteins war, daß drüben die pazifistischen Kämme die Oberhand haben, sondern daß dort genau so gut der raubgierige Imperialismus herrscht, wie er vor der Revolution bei uns geherrscht hat. Deshalb haben wir unsere Haltung eingenommen, um dieses Unheil von unserem Volke fernzuhalten.

Wenn Genosse Bernstein in der jetzigen Situation, wo uns in wenigen Tagen ein unerhörter Gewaltfriede dilliert werden soll, sagt, daß neun Zehntel dieser Friedensbedingungen berechtigt seien, dann habe ich kein Wort, um diese Haltung zu charakterisieren. (Lebhafte Zustimmung.) Selbst wenn Genosse Bernstein in der Weltfremdheit, mit der er solche Dinge behandelt, überzeugt wäre, daß dem so ist, hätte er in der jetzigen Situation kein Recht, das hier öffentlich zu erklären. (Stürmische Zustimmung.) Durch diese Erklärung hat er nicht nur dem deutschen Volke einen schlechten Dienst geleistet, nein, er ist auch unseren Parteigenossen in Frankreich und England

in den Rücken gefallen. (Wiederholte stürmische Zustimmung.) Wie fallen unsere Parteigenossen, die jetzt unter der Faust Clemenceaus schmachten, gleichwohl alles daransetzen, um diesen Erdrosselungsstrieden zu Fall zu bringen, mit Erfolg kämpfen, wenn die Imperialisten drüben sagen können: Bernstein hat erklärt, neun Zehntel der Bedingungen seien berechtigt?

Genosse Bernstein meinte, die Herrschenden drüben wollten nicht den Sozialismus in Deutschland treffen, sondern sie fürchteten noch den Nationalismus und Imperialismus Deutschlands. Ach nein, für solche Kinder halte ich die Clemenceau, Lloyd George und Wilson nicht, die haben ein besseres Urteil über die politischen Machtverhältnisse in Deutschland, die wissen genau, daß der Imperialismus und Militarismus bei uns sein Haupt nicht mehr erheben kann. Sie wollen aber den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands unterbinden, weil sie wissen, daß nur in einem wirtschaftlich aufstrebenden Deutschland die schleunige Sozialisierung möglich ist. Deswegen belege ich, daß gerade Genosse Bernstein, wenn auch ungewollt, aber doch im Effekt, diesen auf die Erdrosselung und dauernde Niederhaltung Deutschlands gerichteten Friedensbedingungen das Wort geredet hat. Nein, Parteigenossen, wenn wir die Macht der Demokratie, die uns in die Hände gegeben worden ist, auch wirtschaftlich für die Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens ausnützen wollen, dann gibt es für uns in den nächsten Tagen nichts Wichtigeres, als mit aller Energie gemeinsam mit unseren Parteigenossen drüben, die ebenfalls gegen diesen Imperialismus Sturm laufen, diese Friedensbedingungen zu bekämpfen. Deswegen möchte ich bitten, in der weiteren Debatte auf keinen Fall mehr in die Kerbe des Genossen Bernstein zu hauen, sondern zum Ausdruck zu bringen, daß Bernstein in dieser Frage im deutschen Volk, wie in der Partei ein Eingänger ist, der keinen Resonanzboden, nichts hinter sich hat. (Stürmischer Beifall.)

Schirmer-Kürsch: Ueberblicken wir das Ergebnis der Debatten, so werden wir wohl in dem Urteil uns alle zusammensinden, daß der diesmalige Parteitag eine absolute Notwendigkeit war. Eine ganze Reihe von Unstimmigkeiten und Mißverständnissen, die in weiten Kreisen der Parteigenossen und Arbeiterschaft vorhanden sind, sind durch die Debatten und Referate geklärt worden. Das löst aber Konsequenzen aus, und in dieser Beziehung möchte ich mich dem ersten Redner anschließen, der gefordert hat, daß man mehr den Weg der Aufklärung zu den Arbeitern und Parteigenossen im Lande draußen findet. In dieser Beziehung hat es während des Krieges und jetzt gefehlt. Aber man müßte jetzt die Notwendigkeit erkennen und sich auf den gleichen Weg besonders seitens der Parteigenossen in der Regierung hegeben, wie es beispielsweise der Ministerpräsident Hoffmann in Bayern macht, der zu den Arbeitern geht und ihnen Klarheit über gewisse Dinge gibt, die zu einer Verständigung zwischen den Arbeitern und der Regierung führen muß.

Ich habe keine Veranlassung, die Kriegspolitik auszurufen. Aber wenn der Genosse Scheidemann mit wohlthuender Klarheit gesagt hat: hätten die Franzosen und die Engländer heute keine Kugel mehr im Lauf, so würde ich es als meine Pflicht betrachten, das vollständig zerhörte Frankreich und Belgien wieder aufzubauen, so bin ich der Meinung, daß diese klaren und entschiedenen Worte heute leider etwas zu spät kommen. Während des Krieges wäre eine derartige Klarheit und Konsequenz seitens der Sozialdemokratie viel besser angewandt gewesen. (Sehr richtig!) Der Friede von Dreßditzow und die Abstimmungsfrage in Elßaß-Lothringen geben uns Anhaltspunkte dafür, wie das Mißtrauen entstanden ist. Ich wünsche nur, daß fortan die auswärtige Politik mit der Entschiedenheit und Klarheit geführt wird, mit der der Genosse Scheidemann hier aufgetreten ist, dann werden

wir bald auf einen gesunden Boden kommen. — Ich wende mich nun zu der inneren Politik. Wo stehen wir jetzt? Diese Frage müssen wir beantworten, weil sie der Ausgangspunkt für unsere Entscheidungen für die Zukunft sein muß. Politisch sind wir unseren im Erfurter Programm niedergelegten Bestrebungen am nächsten gekommen, auch auf wirtschaftspolitischen und verwaltungstechnischem Gebiete usw. sind Reformen begonnen worden. Aber das sind eben nur erste Anfänge. Nun heißt es: weitergehen. Die Demokratie muß mit voller Entschiedenheit auch auf wirtschaftlichem, verwaltungstechnischem Wege usw. durchgeführt werden, wir dürfen den Sozialismus nicht vergessen. In erster Linie müssen wir die Demokratie auf militärischem Gebiete zur Durchführung bringen. (Zuruf: Auslandspolitik.) Ich habe gesagt, daß ich jetzt über die innere Politik sprechen werde. Die Fälle Vogel und Marloh geben uns zu denken, verhüten wir schlimmere Dinge! Widerstände gegen die Demokratisierung der Verwaltung usw. werden nicht von links, sondern von rechts kommen. Von links haben wir so gut wie nichts zu befürchten, weil die Arbeiterschaft sich dahin einig ist, daß in den abgeschlachten Kadaver des kapitalistischen Staates nicht tief genug hineingeschnitten werden kann. Je tatkräftiger sich die Regierung auf diesem Gebiete zeigt, desto einmütiger wird die Arbeiterschaft hinter ihr stehen. Aber desto weniger wird sie auf das Wohlgefallen der Rechten rechnen können. Die von hier kommenden Widerstände müssen niedergeschlagen werden, und ich empfehle sowohl den Ressortministern wie auch dem Ministerpräsidenten, daß sie hier gegen rechts so entschieden durchgreifen, wie Moske das gegen links getan hat. (Unruhe, vereingelter Beifall.) Die Regierung darf nicht vergessen, daß sie auch kulturgeschichtliche Missionen zu erfüllen hat. Wenn hier behauptet worden ist, daß die Arbeiterschaft am 18. Januar durch ihre Abstimmung ein Urteil für die Richtigkeit der Kriegspolitik abgegeben habe, so ist das ganz einfach falsch. Wir haben die Stimmen der Arbeiterschaft auf unsere Kandidaten vereinigt, weil die Arbeiterschaft von der Mehrheitssozialdemokratie erwartet hat, daß sie das Erfurter Programm zur Durchführung bringen würde, und es wäre ein schmachlicher Verrat an der Arbeiterschaft, wenn unsere Genossen in der Regierung nicht alle Kraft daransetzten, diese Hoffnungen wahrzumachen. Denken wir daran, daß wir Demokraten sind, aber vergessen wir nicht, daß wir in erster Linie Sozialdemokraten sind. (Beifall.)

Wolff Braun: Es ist sich wohl niemand mehr im Zweifel, daß die Rede des Genossen Bernstein nicht das gewünschte Referat über die auswärtige Politik war. (Beifall.) Es war eine über alle Maßen unzeitgemäße Rede, die gerade in diesem Augenblick, wo wir die vernichtenden Friedensbedingungen zu erwarten haben, überaus friedenserschwerend und schädlich für das deutsche Volk und ganz besonders für die Arbeiterschaft wirken muß. Wir kennen allerdings den Genossen Bernstein und wissen, daß er eigentlich kein praktischer Politiker ist. (Zuruf Bernstein: Die auswärtige Politik kenne ich doch einigermaßen.) Genosse Bernstein, Sie müssen uns schon gestatten, daß wir Ihnen jetzt einmal ganz offen sagen, was wir von der Art Ihres Wesens denken. Sie müssen einmal hören, daß wir Ihnen in der launubstigen Methode Ihrer Politik nicht folgen können. (Lebhafter Beifall.) Ich bin kein Anhänger der Kriegspolitik der sozialdemokratischen Partei gewesen, desto entschiedener muß ich mich aber gegen diese Rede wenden, die so unglücklich, so unsozialdemokratisch wie irgend denkbar war, die nichts anderes war als kleinliche Rechthaberei. Gerade heute hält es der Genosse Bernstein für richtig, uns alle Schuld aufzuladen, dabei steht es doch für jeden Politiker fest, daß wir nicht die Alleinschuldigen sind, gerade wir wissen ja, wie verkehrt und unsinnig es ist, einzelne Personen für den Ausbruch des Weltkrieges, den man

mit seiner Auslösung verwechselt, verantwortlich zu machen. Wir, die wir gegen das Referat Bernstein gestimmt haben, sind im Recht geblieben. Gestern habe ich gegen Wels polemisiert, weil er die Frage der Schuld überhaupt aufgeworfen hat. Der Fehler, den ich Wels zum Vorwurf gemacht habe, ist von Bernstein jedoch vertauschelt. Er ist um so schlimmer, als wir nach den Ausführungen des Genossen Wels noch mit einem Verzicht auf eine Auseinandersetzung über die Schuldfrage rechnen konnten; durch die unzeitgemäße Rede Bernsteins sind wir aber gerade dazu gezwungen worden. Nicht auf 1914 sollten wir zurückblicken, sondern uns mit dem Jahre 1919, 1920 und der Folgezeit beschäftigen. Es kann sich für uns doch nicht darum handeln, alle Bemerkungen über die Frage zu überlegen, welche Aufgaben Deutschland und die deutsche Arbeiterschaft bei den Friedensbedingungen zu lösen hat.

Annehmen oder ablehnen, verhandeln und dann ablehnen, von einer neuen Regierung annehmen zu lassen usw., das sind Fragen, über die gesprochen werden muß. Aber ich will noch auf einen ganz anderen Standpunkt aufmerksam machen. Wir müssen sagen, wenn uns die ungeheuerlichen Friedensbedingungen aufgezwungen werden sollen: es gibt in Deutschland keine Staatsmänner für die Durchführung dieser Friedensbedingungen. Das zu sagen ist die Aufgabe, die wir haben. Wenn wir nicht unterzeichnen und Ebert und Scheidemann im Amte bleiben, dann werden wir in ganz kurzer Zeit Opfer eines grauenhaften Terrorismus werden, dann werden die Weiber, deren Kinder der Not und dem Hunger zum Opfer fallen, uns vorhalten: wir müssen so leiden, weil Ihr nicht unterschrieben habt. Wenn wir jedoch der Entente sagen, Eure Staatsmänner sollen die Friedensbedingungen in Deutschland durchführen, dann wird es ihr sehr bald klar werden, daß sie Unmögliches verlangt. Solange wir aber, wie es durch den Genossen Bernstein in so unzeitgemäßer Art geschehen ist, den Glauben erwecken, daß wir unterschreiben müssen, uns Schuld und Sühne auferlegen lassen wollen, dann verhindern wir die Parteigenossen und die Pazifisten in den gegnerischen Ländern, uns in unserm Kampf gegen die unerhörten Friedensbedingungen zu unterstützen. Wenn wir sagen, es gibt kein Parlament und kein Kabinett in Deutschland, die die Friedensbedingungen durchführen können, dann werden wir auf die Entente wirken. Solchen Vorstellungen könnten sich Lloyd George und Wilson nicht entziehen, weil sie Widerhall finden würden bei den Wählern der Gegner. Auf diesem Wege läßt sich erreichen, daß die Gegner erkennen: ihre Friedensbedingungen lassen sich nicht durchführen. So kommen wir weiter, nicht aber, wenn wir alles, abgedroschenes Zeug immer wieder von neuem aufsitzen. (Beifall.)

Germann Müller: Auch ich gehöre zu denen, die dagegen gestimmt haben, daß das Referat des Genossen Bernstein gehalten werden sollte. Nach den Reden von Otto und Adolf Braun brauche ich mich mit dem Grundproblem nicht mehr so ausführlich zu beschäftigen, wie ich ursprünglich vorhatte. Auch ich war überzeugt, daß aus einem Referat des Genossen Bernstein nichts Nützliches herauskommen würde. Er hat sich über die schlechten bürgerlichen Politiker beschwert, aber er hat wohl den Beweis erbracht, daß es auch bei uns nicht lauter gute Politiker gibt. (Geisterzeit und Zustimmung.) Ich unterstelle ihm ohne weiteres die besten Absichten. Allein der Genosse Bernstein hätte sich sagen müssen, daß er nicht durchführen konnte, was er wollte.

Man darf eben nicht alle Dinge unter dem Gesichtspunkte des Rabbiners von Winstl behandeln, wenn man aktuelle Politik zu machen hat. Ich habe vom Genossen Bernstein allerdings doch mehr erwartet. Ich hätte nicht geglaubt, daß sein Referat eine solche Verfassungheit zeigen würde. Wenn er

über die sozialistische Auslandspolitik reden wollte, hätte er die Berner Resolution zur Hand nehmen und prüfen müssen, ob wir damit einverstanden sein können, und er hätte den Frieden, der uns angedroht wird, messen müssen an dem Maßstab, den sich die Internationale in Bern gegeben hat. Dann hätte er Punkt für Punkt nachweisen müssen, daß das, was uns heute als Wilsonfrieden präsentiert wird, das gerade Gegenteil von dem ist, was die Internationale als Wilsonfrieden bezeichnet. Ich kann in den zehn Minuten, die mir zur Verfügung stehen, das nicht alles nachweisen. Ich weise nur kurz darauf hin, daß die Internationale in Bern das Recht des Siegers auf Beute verwirft, daß sie verwirft die Festsetzung von Grenzen nach strategischen Gesichtspunkten, gewaltsame oder verschleierte Annexionen auf Grund sogenannter historischer Ansprüche oder angeblicher ökonomischer Notwendigkeiten, die Schaffung von völkergenen Tatsachen durch vorgehende militärische Besetzung kritischer Gebiete. Gegen alle diese Dinge ist in schlimmster Weise gehandelt worden, und ich begreife nicht, daß Genosse Bernstein wie ein Hofenhandler herkommt und jagt, erst neun Zehntel und dann acht Zehntel vom dem Friedensvertrag seien annehmbar. (Bernstein: Das habt Ihr selbst vorgeschlagen.) Nein, das ist nicht in den deutschen Gegenentwürfen enthalten. Die haben einen ganz andern Sinn und stehen im Gegensatz zu dem, was die Entente uns anbietet und das Enotuden in England als Schurkerei bezeichnet hat. Wir denken nicht daran, zu neun Zehnteln einen schurkischen Vertrag anzunehmen.

Nun zu ein paar Einzelheiten. Genosse Bernstein hat über Elsaß-Lothringen gesprochen, über unsere Politik dazu, und sich auf Bebel berufen. Auch das ist er zu Unrecht. Es ist richtig, daß Bebel und Liebknecht 1871 gegen die Annexion ohne vorherige Befragung der Bevölkerung protestiert haben. Aber Bebel hat später eine elsass-lothringische Frage nicht anerkannt. Als in Basel die bekannte lange Resolution beschlossen wurde, als damals schon ein Weltkrieg drohte, war von einem französischen Delegierten mir gegenüber der Wunsch geäußert worden, daß man auch einen Passus über Elsaß-Lothringen aufnehmen möge. Ich habe sofort mit Bebel darüber gesprochen, und er hat gemeint: Für uns existiert heute eine elsass-lothringische Frage nicht mehr. Das war auch die Auffassung, die die Partei in Konsequenz der Haltung Bebels eingenommen hat. Aber das wollen wir mit aller Deutlichkeit sagen: wir wollen unter keinen Umständen einen neuen Krieg um Elsaß-Lothringen, wie wir überhaupt keinen neuen Krieg mehr wollen für alle Zukunft.

Genosse Bernstein ist auf die Flamenfrage eingegangen. Ich möchte feststellen, daß die sozialdemokratische Partei in ihrer offiziellen Politik niemals etwas mit diesen Flamenbestrebungen zu tun gehabt hat, von denen er gesprochen hat. Ich bin es gewesen, der in Würzburg vor dem Parteitag in der Parteiauswahlsitzung gesagt hat: wenn wir für die Flamen etwas tun können, ist es das, im Friedensvertrag dafür zu sorgen, daß diejenigen, die sich so weit hervorgewagt haben, nicht noch hingerichtet werden, wie das Bismarck 1866 für Kreischke und seine Freunde im Preussisch-Sächsischen Friedensvertrag durchgesetzt hat. Mit all den aktivistischen Bestrebungen haben wir nichts zu tun gehabt.

Genosse Bernstein hat auf die wirtschaftliche Lage Frankreichs hingewiesen. Er hat darin recht; die wirtschaftliche Lage Frankreichs ist furchtbar. Das erklärt ja so manches in Frankreich. Auch wir werden noch manche unangenehme Ueberreizung erleben, wenn uns alle die Einzelheiten bekannt werden über Maßnahmen, die, ohne daß sie Kriegsnotwendigkeiten waren, in den letzten Jahren in Frankreich getroffen wurden. Wir werden die Rechnung noch präsentiert bekommen, und ich habe die Hoffnung, daß diejenige vor

den Staatsgerichtshof kommen, die dafür verantwortlich sind, daß das Volk jetzt das alles zu bezahlen hat.

Wir haben selbstverständlich das größte Interesse daran, daß aus dem Völkerverbund etwas wird. Aber wenn wir jetzt zur Auslandspolitik Stellung zu nehmen haben, haben wir auch mit aller Deutlichkeit zu sagen, daß das, was uns heute als Völkerverbund präsentiert wird, kein Völkerverbund ist, sondern schamloser Humbug. Erst durch Hilfe der Internationale hoffen wir, daß aus diesem Bunde der Kabinette in Zukunft der Völkerverbund hervorgehen wird, den wir haben wollen und den wir in Uebereinstimmung mit der ganzen Internationale verlangen. Dazu brauchen wir natürlich die Hilfe unserer Parteigenossen in den anderen Ländern. Genosse Bernstein hat auf die Vorgänge in Bern hingewiesen. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß wir in durchaus freundschaftlicher Weise mit den Genossen aus den bisher mit uns Krieg führenden Ländern verhandelt haben, mit wenigen Ausnahmen.

Es war nur der rechte Flügel der französischen Partei, der sich ungenügend erwies. Aber ich bin überzeugt, wenn wir wieder zusammenkommen werden, werden die auch etwas vernünftiger geworden und nicht mehr so laut sein, wie sie bisher gewesen sind. Denn wir können ja nachher auch eine Liste von Uebergreifen präsentieren, die inwischen in unseren besetzten Gebieten stattgefunden haben, und die gegenseitigen Vorwürfe doch in etwas kompensieren. Das müssen wir auch feststellen, nachdem u. a. von den französischen Machthabern fortwährend Vertreter von Partei und Gewerkschaften ausgewiesen werden, nicht nur aus Elßas-Lothringen, sondern auch aus dem Saargebiet und den anderen besetzten Gebieten. Wir werden dafür sorgen, daß diese Beschwerden der Internationale übermittelt werden. Im übrigen wollen wir uns klar darüber sein: auf die Hilfe der Internationale dürfen wir nicht allzu viel hoffen. Sie hat dazu nicht die Macht. Es ist in Bern beschlossen worden, daß die Internationale Kommission, von der Genosse Bernstein gesprochen hat, permanent zusammenbleiben müsse, um einen Druck auf die Staatsmänner des Ententeimperialismus auszuüben. Von diesem Druck merkt man verhältnismäßig wenig. Ich kann das begreifen. Denn die big four, die vier starken Männer, die da sitzen: Clemenceau, Lloyd George, Wilson und Orlando, die haben ihnen nicht einmal die Tür aufgemacht zu Verhandlungen. Sie haben die Internationale behandelt wie sie Deutschland behandelt. Sie haben ihren Diktatfrieden fertig, der wird diktiert, und der kann meiner Meinung nach erst im künftigen Völkerverbund gemildert werden, wenn die Arbeiterinternationale wirklich dort Einfluß bekommen wird.

Nun ist die Frage der Richtigkeit unserer Politik während des Krieges angeschnitten worden. Wels und Braun sind schon darauf eingegangen. Ich stehe nicht an zu erklären, daß ich im ganzen unsere Politik auch heute noch für durchaus richtig halte, und daß auch mir der Frieden, der uns jetzt droht, der beste Beweis dafür zu sein scheint. Denn wir wußten, daß wenn erst einmal diese beiden großen Koalitionen aufeinander losgingen, das kaum enden würde, ohne daß die eine oder die andere Partei Führerliches zu erwarten hätte. Das war nicht nur unsere Auffassung, das war auch die Auffassung, die schon in den 90er Jahren im Reichstag Politik sehr deutlich ausgesprochen hat. Wir haben nun im Kriege jahrelang geglaubt, daß die Partee remis ausgehen würde. Darauf war zum Teil unsere Politik eingestellt. Leider ist das nicht so gekommen. Wir wußten immer, welcher Gewaltfrieden uns droht. Deshalb standen wir zu unserem Bunde, und dessen werden wir uns noch oft später zu erinnern haben, wenn wir in kommenden Kämpfen auch mit den bürgerlichen Parteien uns darüber auseinandersetzen haben. Aber daß natürlich in einer solchen Zeit auch hier und da Beschlüsse gefaßt

werden, die nicht mehr gefaßt würden, wenn man sie später zu fassen hätte, das ist doch selbstverständlich. Es sind die Frieden von Brüst-Litowak und Bufarest angegangen worden. Der Friede von Bufarest ist in der Fraktion beraten worden, und wenn ich mich recht erinnere hat die Fraktion ihm mit einer Stimme Mehrheit zugestimmt. Zum Frieden von Brüst-Litowak wurde mit Mehrheit beschlossen, daß die Fraktion sich enthalten sollte. Ich erinnere aber daran, daß es kein geringerer als Scheidemann war, der in der Fraktion für die Ablehnung eintrat. Es ist zweifelhaft, ob alle diese Beschlüsse richtig waren. Aber vergessen Sie doch das eine nicht: die ungeheure Verantwortung, die während des Krieges auf uns gelastet hat. Ich gehe jetzt 13 Jahre dem Parteivorstand an. Ich habe noch mit unseren Ältern zusammengearbeitet, mit Bebel, mit Auer, mit Singer. Ich kenne die Friedenspolitik der Partei, und ich kenne die Politik in der Kriegszeit und während der Revolution. Ich habe gewiß viel übrig für unsere Ältern und will ihre Verdienste in keiner Weise verkleinern, aber die Verantwortung, die wir zu tragen und die Aufgaben, die wir Epigonen in den letzten Jahren zu lösen hatten, das waren Dinge, die unseren Ältern erspart geblieben sind. Ich bin überzeugt: wenn die Geschichte einmal zu unserer Epigonenarbeit Stellung nehmen wird, werden wir nicht ganz schlecht dabei abschneiden. (Beifälliger Beifall.)

Frau Fräulein Franz-Breslau: Zur Eröffnung des Parteitagcs ist uns der gute Rat gegeben, uns wohlweislich zu überlegen, was wir reden, und was in die Öffentlichkeit und dann in die weite Welt hinauskommt. Ich wünschte, daß jeder diesen wohlmeinenden Rat befolgt hätte. Obwohl ich noch ein ganz dummes Frauenmenschkind bin, die in die hohe Politik erst eingeführt werden will, so meine ich doch, es hätte manches erspart werden können, wenn dieser wohlmeinende Rat befolgt worden wäre.

Was mich veranlaßt, hier zu reden, ist eine Aeußerung des Genossen Bernstein. Ich will nicht, wie er, rechten, ob der jener schuld war an dem Kriege, ich will nicht fragen, wem wir dieses grenzenlose Unglück zu verdanken haben, und ob unsere Parteiführer es hätten verhindern können. Aber ich spreche auch dem Genossen Bernstein das Recht ab, unsere Partei zur Verantwortung zu ziehen, weil er mit dem Moment, wo er das tut, selbst Unverantwortliches in die Welt hinausgeschleudert hat. Und was war dieses Unverantwortliche? Er gab zu, neun Punkte der Friedensbedingungen, die uns die Entente auferlegt, bestehen zu Recht. (Bernstein: Das ist eine Lüge, das habe ich nicht gesagt!)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Genosse Bernstein bezeichnet es in der Erregung als eine Lüge, was ihm vorgeworfen wird. Ich nehme an, daß er es nicht so kraft meint.

Frau Fräulein Franz (fortfahrend): Genosse Bernstein legt mir eben einen Zettel vor, daß er gesagt hat: Es sind Notwendigkeiten, die uns die Entente auferlegt hat. Auch das können wir nicht zugeben. Wir Frauen können es vor allen Dingen nicht zugeben, daß wir schließlich auf Jahre dafür leiden sollen, was die Männer verschuldet haben. Wir Frauen wurden nicht gefragt, ob wir den Krieg haben wollen oder nicht. Wir und unsere Kinder sollen für alle Zeiten verdammt sein, vielleicht im Elend zu leben und umzukommen. Dagegen müssen wir uns mit aller Gewalt wenden und dagegen protestieren. Ich möchte dem Genossen Bernstein auch raten, einmal in das oberösterreichische Revier zu gehen und die Stimmung der Bevölkerung dort kennen zu lernen. Nicht einer, ob Pole oder Deutscher — ich kenne Leute, ich bin selbst aus Stodpolen — nicht einer aus dem Proletariat will zu Kongregpolen, nicht einer hat die Absicht; alle wissen sie genau, daß sie, wenn

es dazu kommen würde, der Unkultur ausgeliefert sind, und daß sie die Freiheit, die wir heute durch unsere Regierung erreicht haben, niemals erlangen werden, im Gegenteil, es wird ihnen alles genommen werden, was sie bis jetzt erlångt haben. Deswegen gibt es nur eins: Flammennden Protest gegen den Friedensvertrag, den uns die Entente auferlegen will, damit das, was sie von uns verlangt, nicht zur Durchführung kommt. (Lebhafter Beifall.)

Gesetz-Neuz: Ich kann wie Bernstein sagen, daß ich die Rede Scheidemanns nahezu in allen Punkten unterzeichnen kann. Aber ich darf darauf aufmerksam machen, daß diese Rede nichts anderes war, als eine Prinzipien-erklärung. Die Schwierigkeiten beginnen erst da, wo man praktisch zeigen soll, wie diese Prinzipien in die Tat umgesetzt werden. Es ist daher natürlich, daß wir mit dieser Deklaration der Prinzipien nahezu alle einverstanden sind. — Auf die Bemerkung Scheidemanns über die innerpolitischen Dinge werde ich bei meinem Referat über die Arbeiterräte zurückkommen, kann aber heute schon sagen, daß ich auch einen Teil dieser Ausführungen vollkommen unterschreibe.

Ich will mich jetzt beschränken auf ein paar außenpolitische Bemerkungen. Da muß ich, so leid es mir tut, auch zuerst ein paar Worte gegen den Genossen Bernstein sagen. Was die Politik betrifft, die die Partei im Kriege getrieben hat, so glaube ich auch heute noch, daß die Bewilligung der Kriegskredite richtig war. Die Fehler, die wir begangen haben, fanden auf einem ganz anderen Blatt. Der Hauptfehler der Sozialdemokratie war, daß sie nicht die von der deutschen Regierung betriebene Zerschlagung Rußlands bekämpfte hat, daß ein Teil der deutschen Parteigenossen die Polenproklamation, die der Anfang vom Ende war, nicht nur gebilligt, sondern eifrig betrieben hat. Damit begaben wir uns des einzig möglichen Rückfalls im Kampf gegen Westen. Wir standen doch nun einmal im Kampf gegen Westen, und eine Verständigung mit dem die Entente kommandierenden England war nur möglich, wenn wir die russische Rückendeckung hatten. Es gibt, glaube ich, heute kaum einen einzigen normalen Politiker mehr, der nicht diese Zerschlagung Rußlands, die unter dem Patronat der deutschen Sozialdemokratie vor sich gegangen ist, bedauerte. Ich kann im einzelnen nicht darauf eingehen, aber ich muß sagen: es wäre die Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie gewesen, zu sehen, daß die Regierung, soweit es sich um die Randstaatenpolitik in Rußland handelte, eine Komödie mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker trieb, daß von einem wirklichen Selbstbestimmungsrecht nicht die Rede sein konnte.

Bei dieser Gelegenheit muß ich auf die Äußerung Bernsteins antworten, der darauf hinwies, daß Marx und Engels sogar die Wiederherstellung Polens in den Grenzen von 1772 vorge schlagen hätten. Na, das heute einfach nachzubeten, bedeutet doch eine Wortgläubigkeit, die ich gerade dem Genossen Bernstein nicht zugetraut hätte. (Bernstein: Das tue ich doch gar nicht!) Dann weiß ich nicht, was das bedeuten soll. Wenn Marx und Engels heute noch lebten und das neue Deutsche Reich gekannt hätten, würden sie wahrscheinlich gesagt haben: die einzige Form einer Selbständigkeit für kleinere Völker ist nur möglich im gesamtstaatlichen Rahmen eines großen Wirtschaftsgebiets. Wenn wir auf der Landkarte eine Fülle von kleinen, vollkommen selbständigen Einzelstaaten haben, so ist diese Selbständigkeit nur Schein, denn sie sind abhängig vom nächsten starken Nachbarn. Die einzige Art der Selbständigkeit, die eine kleine Nation haben kann, ist im Rahmen eines großen Wirtschaftsgebiets, einer staatlichen Organisation, die in der Lage ist, sie einigermassen zu schützen. Das galt damals für Polen und für die ganzen russischen Randstaaten, und das ist auch vom sozialistischen

Standpunkte aus richtig. Wir mit unserem Ziel der sozialistischen Wirtschaft können nicht eine bunte Karte von allen möglichen kleinen, vollkommen selbständigen Staaten wünschen, sondern müssen ihnen sagen: Ihr könnt kulturelle Autonomie im großen Rahmen haben, dann habt Ihr das, was an Selbständigkeit für Euch möglich ist. Die formale Selbständigkeit ist nur Einbildung, Ihr werdet unterdrückt und geknechtet von den großen Nachbarn, nach deren Befehlen Ihr handeln müßt. Deshalb brauchen wir also große, einheitliche Wirtschaftsgebiete, und deshalb wären Marx und Engels nicht für die Wiederherstellung Polens als völlig politisch selbständigen Staat eingetreten, sondern nur für die kulturelle Autonomie im Rahmen Rußlands.

Genosse Bernstein hat dann eine Bemerkung gemacht über die Berechtigung der Forderungen der Entente. Ich halte diese Bemerkung auch für unglücklich und für sachlich falsch, aber ich kann nicht zugeben, daß er damit ein so fürchterliches Verbrechen begangen hätte, wie Braun das hinstellt. Die Entente ist um Argumente nicht verlegen, und die Entente weiß, was sie will. (Zuruf: Aber wir brauchen keine Argumente zu geben!) Das sage ich ja auch, aber die Entente weiß, was sie will, mit oder ohne die Bemerkung Bernsteins. (Zuruf: Es wird ihr nur leichter gemacht!) Glauben Sie doch nicht, daß Leute von dem Format eines Wilson, Lloyd George und Clemenceau eine solche Bemerkung nötig hätten. (Zuruf: Aber die Völker der Entente!) In der Beurteilung der Sache sind wir uns ja einig, aber ich glaube nicht, daß das so große Bedeutung hat. Mir scheint das, was die deutsche Regierung der Entente angeboten hat, das alleräußerste Bessere zu sein, was möglich ist. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ein so radikaler Unabhängiger, wie Professor Ballod, ausgerechnet hat, daß es sich höchstens um 65 bis 70 Milliarden handeln könne, wenn man alle Schäden wieder gut machen sollte, nicht um 100 Milliarden.

Nun hat Bernstein sich mit einer nicht gerade liebenswürdigen Bemerkung gegen die Kontinentalpolitik gewandt (Zuruf: Und mit Recht!), die von meinen Freunden und mir vertreten wird. Lassen Sie mich erst einmal sagen, was Kontinentalpolitik ist und halten Sie Ihr Urteil bis dahin zurück. Ich brauche es nicht tragisch zu nehmen, daß Bernstein sie als kapitale Dummheit bezeichnet hat; aber es gab einmal im Kriege einen Augenblick, wo eine solche Kontinentalpolitik, die die Verständigung mit Rußland erbeicht hätte, unsere einzige Rettung bedeutete. Heute steht ja schon längst fest, daß sie möglich war, denn man weiß, daß es einen Geheimvertrag gab, der zwischen Rußland und Japan geschlossen war, und der sich sehr deutlich gegen die mit ihnen verbündeten Angelsachsen richtete. Man hätte also die Situation ausnützen und begreifen sollen, daß sich Rußland und Japan sicherlich nicht darüber gegrämt hätten, wenn Deutschland der Dritte im Bunde gegen das Angelsachsentum gewesen wäre, denn damals hatten wir, da wir im Kriege waren, ja wohl das Recht, uns gegen Großbritannien zu wehren. Heute aber spricht niemand von uns von Kontinental-Europa als von einem Bund gegen das Angelsachsentum. Das ist eine Unterstellung, die ich zurückweise; davon ist kein Wort in meinen vielen Auffäßen zu finden. (Zuruf: Kaliski!) Kaliski hat etwas ganz anderes gesagt. Kontinentalpolitik bedeutet heute lediglich, daß wir uns aus guten Gründen bemühen, zuerst einmal Streitigkeiten zwischen den europäischen Völkern zu beseitigen, um bewußten, weil doch gerade diese immer und immer wieder die Kriegsgefahr heraufbeschwören. In dem Augenblick, wo diese Streitigkeiten beseitigt werden, sind wir in Europa die Kriegsgefahr los. Und nun möchte ich die Parteigenossen, die sich mit der ganzen Welt verbrüdern wollen, einmütig fragen: darf man sich denn nicht zuerst mit einem nächsten Nachbarn ver-

händigen, weil von dieser Verständigung sehr viel mehr abhängt als von einer Verständigung mit allen möglichen entfernteren liegenden Staaten? Da liegt das Unglück, das wieder kommen kann, und deshalb müssen wir nicht mit platonischen Liebeserklärungen unsere Bereitwilligkeit zur Verbrüderung mit allen Völkern der Welt immer wieder in die Welt hinauszuwerfen, sondern wir müssen praktisch da anfangen, wo der Schuh uns am meisten brüht und wo die größte Gefahr ist. Das ist Kontinentalpolitik. Will dagegen noch irgend jemand etwas sagen? Will man etwas dagegen einwenden, wenn wir dafür eintreten, daß die innere Solidarität, die Interessengemeinschaft der europäischen Völker sehr viel stärker ist als ihre Zwistigkeiten. Und wenn es der Fall sein sollte, daß England aus irgendwelchen Gründen in der Tatsache der Verständigung der europäischen Völker untereinander eine Spitze gegen sich erblicken würde, dann müssen wir das eben tragen, dann müssen wir aber trotzdem für eine europäische Verständigung sein. Aber ich habe die Überzeugung, daß der Weg zur Freundschaft mit England, die auch ich wünsche, nur über Europa führt. Bevor sich die europäischen Völker untereinander nicht einig geworden sind, gibt es keine Freundschaft mit England. Für diese Tatsache ist die Geschichte hundertfacher Beweis; vor ihr die Augen zu verschließen, scheint mir nicht praktische Politik zu sein, sondern das heißt einfach, den Kopf in den Sand stecken. (Die Redezeit ist abgelaufen.) — Ich würde gern noch ein paar Worte zu den Unterlassungssünden gesagt haben, die die deutsche Regierung in ihren Verhandlungen mit der Entente begangen hat. Das ist aber leider nicht möglich, aber das eine möchte ich noch sagen: ich bin durchaus mit der deutschen Regierung darin einverstanden, daß sie jetzt alles daran setzt, durch sachliche und nützlichere Verhandlungen die Bedingungen zu mildern. Ich möchte nur eine Frage an Sie richten: weshalb hat man, als Lloyd George, Wilson, Clemenceau und Orlando sich noch nicht auf diese Bedingungen festgelegt hatten, nicht den Versuch zur Verständigung gemacht, anstatt Herrn Erzberger zu erlauben, in der Waffenstillstandskommission höfliche Deklamationen und Proteste loszulassen. Damals hätte man schon mit diesen Vorschlägen kommen müssen, dann wäre mehr dabei herausgekommen als jetzt, nachdem nach großen Schwierigkeiten die Staatsmänner der Entente sich einmal darauf geeinigt haben. (Zuruf.) Bei den Staatsmännern der Entente herrschten sehr viele Meinungsverschiedenheiten, und wenn die nach monatelangen Verhandlungen sich einmal einig geworden ist, dann ist das sehr viel schwerer, einen Stein herauszubringen, als wenn man vorher wenigstens den Versuch gemacht hätte, das Band, von dem wir wissen mußten, daß es die größten Rechtsansprüche an uns hatte, Frankreich, durch vernünftige Vorschläge, wie sie ja jetzt gemacht worden sind, zu befreien. Das veräumt zu haben und Herrn Erzberger nicht auf die Finger gesehen zu haben, ist eine große Schuld der deutschen Regierung. (Bravo!)

Knauer-Sonneberg: Gegenüber dem Redner sehe ich auch auf dem Standpunkt, daß wir Kontinentalpolitik treiben und uns zunächst mit den Völkern Europas verständigen müssen, wenn wir zu einer Verständigung mit England und den übrigen Völkern kommen wollen. Darüber dürfte in den Reihen unserer Partei kein Zweifel bestehen. Uebrigens billige ich nicht die Richtung der Kontinentalpolitik, der der Redner angehört. — Weiter möchte ich gegenüber der Abschwächung, die mein Redner hat eintreten lassen, zu den Worten des Genossen Bernstein über die Friedensbedingungen noch betonen, daß durch diese Darlegungen Bernsteins die Bestrebungen der Arbeiterschaft in den Ententeländern, einen Verständigungsfrieden herbeizuführen zu helfen, zweifellos beeinträchtigt worden sind. (Sehr wahr!) Wenn

Bernstein jetzt sagt, er habe es nicht in dem Sinne gemeint, nun gut, so wollen wir nicht weiter darüber rechten.

Das was Scheidemann über den inneren Frieden gesagt hat, möchte ich unterstreichen. Das Bedürfnis brauchen im Lande nach der Verständigung ist groß. Es ist aber notwendig, daß wir auch den Bekennermut besitzen, zu unseren Grundsätzen zu stehen. Den hat man vielfach draußen im Lande vermisst. Es gibt in Sitzungen und Versammlungen, wo wir Auseinandersetzungen mit den Unabhängigen haben, sehr oft Parteigenossen, die dabei sitzen und sich innerlich freuen, wenn der eine oder der andere verbannt wird. Das nächstmal kommen sie natürlich an die Reihe. Also etwas mehr Bekennermut zu unseren Grundsätzen ist notwendig. Eine Einigung unter Aufgabe unserer Grundsätze kommt nicht in Frage. Im übrigen waren die Ausführungen Scheidemanns über die wirtschaftlichen Zusammenhänge außerordentlich klar und ich wünsche nur, daß man draußen diese Rede recht aufmerksam liest. Denn unsere Genossen vergessen vielfach, daß man zwar von heute auf morgen einen Staat umwenden kann, daß man aber unmöglich das Wirtschaftsleben von heute auf morgen völlig umgestalten kann. Dazu gehört etwas mehr als eine kadavere Rede in irgendeiner Versammlung.

Ebenso richtig hat Scheidemann gesagt, der Sozialismus solle uns nur Mittel zum Zwecke sein. Auch das muß noch einmal hier unterstrichen werden.

Einige Worte zur Auslandspolitik. Es wird so viel von der Schuldfrage gesprochen. Man muß da doch folgendes feststellen. Es ist bekannt, daß sich unsere alten Machthaber in der Hauptsache auf das deutsche Schwert gestützt haben und in zweiter Linie auf den Dreibund. Wir wissen, daß der Mißbrauch der deutschen Volkskraft die erste Stütze vernichtet hat. Wir wissen aber auch, daß der Dreibund schon längst morisch und faul war. Das Erwachen der Völker Oesterreichs hat das alte Oesterreich außerordentlich in Gefahr gebracht und die Entente war andererseits schon längst bereit, die Interessen Italiens wahrzunehmen. Die deutsche Politik in der Türkei, in Kleinasien schob dem russischen Ausdrang einen Kiesel vor, und der Jahrhunderte alte Drang Rußlands nach Konstantinopel war dadurch verhindert. Genau so war es nach Westen und nach der Ostsee abgesperrt. Dort war Deutschland ein unüberwindliches Bollwerk. Dem zaristischen Rußland war im Kriege mit Japan auf die Finger geklopft worden. Durch Indien und Persien verperrte ihm England den Weg. War es da ein Wunder, wenn das zaristische Rußland den Lockungen französischer Milliarden, der französischen Revanche und der französischen Kultur verfallen ist? Daß England zu unseren Feinden überging, ist in erster Linie daraus zu erklären, daß das deutsche Geistesleben, verbunden mit der politischen Macht und dem deutschen Fortschritt auf dem Weltmarkt, England erkennen ließen, welche Gefahren seiner Weltmachtstellung drohen. Angesichts dieser Verhältnisse sollte man nicht immer davon reden, daß die Machthaber eines Landes die alleinige Schuld am Kriege tragen. Wenn dann unsere preußischen Gamaschenknöpfe, unsere preußischen Generale und Politiker der alten Schule geklaut haben, mit der ganzen Welt fertig zu werden, so haben sie eben die Welt draußen nicht gekannt. Mit welcher Leichtfertigkeit hat man Amerika als Feind begriffen, ein Volk mit 100 Millionen Einwohnern, technisch auf der Höhe. Da brauchte man sich nicht zu wundern, wenn der Zusammenbruch nicht mehr lange auf sich warten ließ. Die Katastrophe reifte naturgemäß heran. Persönliche Schuldfragen haben für mich eine untergeordnete Bedeutung.

Was nun die Auslandspolitik anlangt, so ist ihre Behandlung insofern von großer Schwierigkeit, weil wir noch nicht genau wissen, wie der Friede

aussehen wird. Wir können erst dann in unserer Auslandspolitik klar sehen, wenn wir den Frieden haben. Die Lehren des Krieges, die veränderte Struktur Deutschlands, wird uns eine Auslandspolitik aufweisen, die ganz verschieden von der sein wird, die bisher getrieben wurde. Wir müssen in erster Linie für die Völkerverständigung und für den Austausch der Kulturwerte eintreten und dann müssen wir der Arbeiterbewegung in allen Ländern eine viel größere Aufmerksamkeit schenken, als es bisher der Fall war. Wir müssen die Verbindungen mit den Völkern wieder aufnehmen. Wollen wir aber bestehen, so muß unsere neu zu schaffende Wirtschaftsordnung vom Pulsschlag des Weltbetriebes durchflutet sein. In dieser Beziehung hat auch unsere Presse noch vieles nachzuholen. Unsere Parteipresse versagt nach dieser Richtung vollständig, vor dem Kriege, während des Krieges und jetzt erst recht. Hier muß eingegriffen werden und wir müssen hier die Unterstützung des Parteivorstandes verlangen.

Vorsitzender Heinrich Schulz teilt mit, daß Antrag 244 eingegangen ist. Dieser Antrag und Antrag 242 stehen mit zur Debatte.

Dr. David: Parteigenossen! Der Genosse Cohen ist den Spuren des Genossen Bernstein gefolgt. Er hat sich ebenfalls mit der Vergangenheit beschäftigt statt mit den dringenden Aufgaben der Gegenwart und hat den Beweis erbringen wollen, daß nicht die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, sondern er recht gehabt hat. Er hat, wie er behauptet, in erster Linie in der Ostpolitik recht gehabt. Er wirft der sozialdemokratischen Fraktion vor, sie sei „für die Zerstückelung Rußlands“ eingetreten. Dieser Vorwurf ist sachlich durchaus unberechtigt. Die Sozialdemokratie hat in der Randstaatenpolitik streng den Standpunkt vertreten, das Schicksal dieser Randstaatenbevölkerungen ist von den Bevölkerungen dieser Gebiete selbst zu entscheiden. Jeder haben wir ein Recht, unsererseits diesen Randstaatenbevölkerungen vorzuschreiben, was sie zu tun haben, noch haben die Großrussen ein Recht, diesen Randstaatenbevölkerungen gegen ihren Willen ihr staatliches Schicksal aufzuzwingen. In der Fraktion hat der Genosse Cohen demgegenüber den Ausdruck gebraucht: Ach was, mit dieser Phrase des Selbstbestimmungsrechts solle man ihm zu Hause bleiben. (Hört, hört!) Hier hat er von der Komödie des Selbstbestimmungsrechts gesprochen. Er wollte die Partei veranlassen, die Politik, die sich auf der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts gründete, preiszugeben; den Polen, den Finnen, den Letten, den Litauern sollten wir befehlen: Jurid in die großrussische Zwangsgemeinschaft, nicht Euer Wille entscheidet, sondern unser Wille entscheidet. Das war seine Politik. (Hört, hört!) Diese Politik war nicht nur im höchsten Grade unpraktisch und ungerecht, sie lief auch alledem entgegen, was wir als Sozialdemokraten zum Grundgesetz unserer internationalen Politik gemacht hatten: dem nationalen Selbstbestimmungsrecht jedes Volkes.

Was Polen anlangt, so ist in der Geburtsstunde der Internationale im Jahre 1888 zugleich auch eine Beschlußfassung der Internationale vor sich gegangen, die den Polen das Recht auf Wiedererlangung ihrer Selbstständigkeit zusprach. Das war die Richtschnur der sozialdemokratischen Politik all die Jahrzehnte hindurch, nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Internationale. Was wollte Cohen? Er wollte schon, als der Zar noch regierte, die Selbstständigkeitsbewegung der Polen niederschlagen, er wollte unsern Militarismus gegen sie mobil machen und die Polen wieder in das Joch des Zaren zurückführen. (Hört, hört!) Daß wir das nicht mitmachten, ist selbstverständlich. Die Polen haben zu Beginn des Krieges Regionen gebildet, haben ihren alten Freiheitskampf wieder aufgenommen, und wer war das

in Polen? Nicht zuletzt waren es unsere eigenen Parteigenossen, die die Führung dabei hatten, Hilfsjudi und andere. Als Cohen als Vertreter der Fraktion im Hauptausschuß seinen Standpunkt gegen die Selbstständigkeit Polens vertrat, man müsse Polen den Russen zurückgeben, stützte er damit die Politik Rudendorffs, Westjars usw., die sagten: natürlich schneiden wir für uns dabei noch ein gut Stück von Polen ab. (Zuruf: Das hat er damals in seinem Namen gesagt!) Ja in seinem Namen. Da rief ihm ein Pole in der höchsten Erregung zu: So, Sie wollen den Russen das Maul mit polnischen Fesseln stopfen? Auf diese Politik sollten wir uns festlegen. Das haben wir abgelehnt, und ich glaube, wir haben dabei im Sinne der Partei gehandelt, und in Anerkennung der Rechte der in Betracht kommenden Randstaaten. Wir weisen es also nochmals zurück, wenn man daraus macht, wir hätten eine Zerstückelungspolitik betrieben. Das haben wir nicht getan. Nach West-Jitomski haben wir verlangt, daß mit dem Selbstbestimmungsrecht dieser Randstaaten Ernst gemacht wird. Dafür haben wir gekämpft gegen Rudendorff und die Leute, die sich dabei der Unterstützung von Cohen und seiner Freunde in der „Rostischen Zeitung“ zu erfreuen hatten. Die Sache liegt so, daß die Cohen'sche Politik nach Osten völlig illusorisch, völlig undurchführbar war. Wir hätten einmal versuchen sollen, den Esten, Letten, Litauern, Georgiern und den anderen Randvölkern das Selbstbestimmungsrecht zu unterbinden. Was wäre daraus entstanden? Wer sollte das tun? Die Cohen'sche Politik war hier ganz einfach eine Politik des Wahnsinns.

Ich muß noch auf den Ausfall Cohens gegen Erzberger zurückkommen. Er hat gegen die Regierung den Vorwurf erhoben, sie habe Erzberger bei den Waffenstillstandsbedingungen gewähren lassen. Weil ich die Vorgänge hinter den Kulissen kenne, weil ich die Schwierigkeiten kenne, die der Tätigkeit Erzbergers entgegenstanden, halte ich es für meine Pflicht, festzustellen, daß er ihnen mit unbestreitbarer Energie und häufig glücklichem taktischen Geschick entgegenzutreten mußte. Ich wende mich gegen die Erzberger-Hebe und weise darauf hin, daß sie von Leuten ausgeht, denen gar nicht bekannt ist, und gar nicht bekannt sein kann, mit welchen Schwierigkeiten die Waffenstillstandskommission zu kämpfen hatte. Auch was Cohen von der Waffenstillstandskommission gefordert hat, ist nichts anderes als gottverlassene Illusion. Es ist eine naive Auffassung, zu behaupten, man hätte die Franzosen nur streicheln sollen, dann wären sie schon liebenswürdig geworden. Das widerspricht schnurstracks allen Tatsachen. Man soll doch nicht vergessen, daß wir gerade mit Hoch und den Imperialisten und Monarchisten zu verhandeln hatten, den erbittertesten Gegnern Deutschlands, die seine Zerstückelung und Wehrlosmachung als unerbittlich festgehaltenes Ziel verfolgten. Sie sagten sich, jetzt ist die Gelegenheit günstig, jetzt muß das linke Rheinufer fallen. Ich erinnere an das Saarbeden, an die seit Monaten festzustellende Forderung der Abtrennungsbefreiungen im Rheinland, an seine wirtschaftliche Absperrung. Hier erkennt man eine ganz überlegte und rücksichtslos verfolgte Politik der Zertrümmerung Deutschlands. Alles das besteht für Cohen nicht. Alles das soll Erzbergers Schwandel sein. Erzberger soll dem deutschen Volk weisgemacht haben, daß die französischen Imperialisten uns klein machen wollen. Auf der andern Seite soll es nur verständigheitsbezogene Politik geben. Soll man darauf ernstlich antworten? (Zahlreiche Rufe: Nein!) Ich betundere nur die Kühnheit Cohens, mit der er diese offenbar falsche Auffassung immer noch vertritt.

Cohen hatte noch einen andern Konflikt mit der Fraktion, der schließlich dahin geführt hat, ihm die Vertretung der auswärtigen Politik der Fraktion im Hauptausschuß zu entziehen. (Hört! hört!) Ich erinnere daran, daß

Cohen zu den Leuten um Bernhard von der „Vossischen Zeitung“ gehörte. Den Leuten, die für den unbeschränkten U-Boot-Krieg eingetreten sind. Er war Anhänger und machte Stimmung für die Tirpitz-Politik. Er gehörte zu denen, die mitwirkten, um die U-Boot-Kriegserklärung durchzuführen. (Zuruf: Keine Nummer!) Er versuchte auch die Reichstagsfraktion für seine Auffassung zu gewinnen. Dabei ist er böse abgefallen. Die Fraktion hat damals den Schluß gezogen, daß Cohen infolge seiner Unterstützung dieser Politik nicht geeignet sei, die auswärtige Politik der Partei im Hauptauschuß zu vertreten. Cohen hat sich dann an die „Vossische Zeitung“ gehalten, die ja noch mehrere solcher gekränkten Leberwürste um sich versammelt hat. (Große Heiterkeit und Zustimmung.)

Genosse Bernstein hat wieder in dem Sinne gesprochen, daß Deutschland allein am Kriege schuldig sei. Diese Auffassung entspricht nicht der Wahrheit. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß auch die deutsche Diplomatie einen Teil der Schuld trägt, und einen nicht kleinen Teil. Aber allein ist Deutschland nicht schuldig. Wer das jetzt behauptet, der durchkreuzt die Protestpolitik in Frankreich und England, der verhindert unsere Gesinnungsgenossen in den feindlichen Ländern, für uns einzutreten. Und nicht nur das: er stellt sich auch in Gegensatz zu Laurès. Laurès ist gefallen, weil er die gefährliche Rolle erkannt hat, die Rußland damals spielte, weil er von den französischen Ministern verlangt hat, daß sie rücksichtslos mit Rußland brechen sollten. Marcel Cachin erklärt in der Nummer der „Humanité“ vom 1. August 1914, die Schwarz umrandet ist, in einem Aufruf für Laurès, daß Laurès bei seiner Unterhaltung mit den „ohnmächtigen oder verblendeten Ministern“ kein Verständnis gefunden habe und dann entschlossen war, sich in der „Humanité“ mit aller Offenheit an das französische Volk zu wenden. Bevor er das ausführen konnte, traf ihn die Kugel des Mörders.

Was die elsaß-lothringische Frage betrifft, so hat Bernstein auch das Verhalten der Partei in dieser Angelegenheit nicht genau wiedergegeben. Die elsaß-lothringische Politik der deutschen Sozialdemokratie stützte sich auf die Beschlüsse, die in Chemnitz, in Paris, in Bern und Basel (1914) gefaßt worden sind, und in der Forderung gipfelten: demokratische Autonomie innerhalb des Rahmens des Deutschen Reiches. Hiermit war den Elsaß-Lothringern Selbstbestimmung in weitestgehendem Maße zugestimmt. Diese Vereinbarung, für die auch die französischen Genossen gewonnen waren, soll durch den Weltkrieg aufgehoben worden sein, weil Deutschland die Franzosen angegriffen überfallen hat. Diesen Standpunkt konnten wir uns selbstverständlich nicht zu eigen machen. Nach 1917 haben sich die elsaßischen Reichs- und Landtagsabgeordneten für die demokratische Autonomie im Rahmen des Deutschen Reiches eingesetzt und die Fraktion entsprechende Schritte bei der Reichsregierung getan.

Genosse Bernstein hat weiter von der praktischen Bedeutung der Internationale gesprochen. Sie hat eine praktische Bedeutung. Das steht außer Frage. Aber in der Geschichte des Krieges wird eine Darstellung der Ohnmacht der Internationale viel umfangreicher sein, als die ihrer praktischen Bedeutung. (Lebhafter Beifall.) Ich erinnere an die Körperverletzung für Stockholm. Dieser Vorgang wirkt schlaglichtartig. (Lebhafter Beifall.) Ich brauche nicht weiter darüber zu sprechen. Auch der Streik in Frankreich wird in erster Linie für die Interessen der französischen Arbeiterschaft geführt. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb sprechen wir den französischen Genossen keineswegs ihre Empfindung für ihre internationalen Pflichten ab. Sie sind aber nicht stark genug, sich damit durchzusetzen. Man beachte den Ausschluß der Gewerkschaftsinternationale von den Friedensverhandlungen, ferner

die Behandlung der Berner Beschlüsse. Man beachte ferner, daß die Kommission, die in Amsterdam zusammentrat, und wegen deren Beschlüsse Bernsteins Herz höher schlug, von dem mächtigen Rat der Vier nicht einmal empfangen wurde. Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit ferner auf die Geheimdiplomatie, gegen die sich unsere Genossen in den feindlichen Ländern vergebens wehren. Nicht einmal die Friedensbedingungen werden in ihrem eigenen Lande veröffentlicht! Die Arbeiterschaft kann dagegen nichts machen. Trotzdem erwartet Bernstein alles von ihrer Hilfe. Den Willen zur Hilfe hat sie, aber die Macht fehlt. Damit müssen wir rechnen. Die Internationale wird ihre Kraft erst entfalten können, wenn die Sozialdemokraten in den gegnerischen Ländern es erst einmal so weit gebracht haben, wie die Sozialdemokraten im Deutschen Reich. (Lebhafter Beifall.) In dieser Zwangslage muß unsere ganze Kraft darauf gerichtet sein, die Sachwalter der Rechte der deutschen Arbeiterschaft und der Interessen des deutschen Volkes zu sein. (Lebhafter Beifall.) Wer soll denn diese Aufgabe übernehmen für unser geschlagenes Volk, wenn nicht wir? (Lebhafter Beifall.) Von der Internationale drüben können wir das nicht erwarten. Das sind die Parteien in den freigelegten Ländern. Wir müssen unserem armen Volk diesen Dienst leisten, und dagegen hat Genosse Bernstein sich ungerne vergangen, indem er gesagt hat, daß diese Friedensbedingungen zu neun Zehnteln berechtigt seien. (Bernstein: Das habe ich nicht gesagt!) Es sollte mich sehr freuen, wenn Sie das ausüben können. Hoffentlich ist es möglich. Ich will nur sagen, diesen Vertrag hat Wolf Hoffmann im Preussischen Landtag als einen Fallsabjahnungsvertrag bezeichnet und Smoloden hat ihn kürzlich als die reinste Schutzerei bezeichnet.

Unser Volk ist in höchster Lebensgefahr. Die deutsche Arbeiterschaft ist bedroht mit dem Untergang ihrer Kultur. Wir sind an erster Stelle berufen, ihre Interessen wahrzunehmen und mit unserer ganzen Kraft uns dafür einzusetzen. Die Sozialdemokratie trägt das Schicksal des deutschen Volkes in der Hand. Das ist eine gewaltige Aufgabe, das ist eine gewaltige Verantwortung vor der Geschichte. Seien wir uns dessen bei jedem Wort, das wir sprechen, bei jeder Handlung, die wir tun, bewußt. (Stürmischer Beifall.)

Die Fortsetzung der Debatte wird auf Nachmittag vertagt. Zu einer Erklärung erhält noch das Wort der Reichswehrminister Noske.

Reichswehrminister Noske: Die Genossen Davidsohn, Krätzig und andere haben heute morgen gefragt, ob es richtig ist, daß deutsche Truppen, darunter die Eiserne Division, gegen die Esten und Letten im Kampf stehen, und der Genosse Krätzig hat, wie mir mitgeteilt worden ist — ich war heute morgen nicht da — erklärt, er habe die Reichsregierung, und zwar mich, vor zwei Tagen auf diese Vorgänge schon besonders aufmerksam gemacht. Der Genosse Krätzig hätte hinzufügen müssen, daß er damals auch schon von mir eine erschöpfende Antwort auf diese Frage, die jetzt vor dem Parteitag wiederholt worden ist, erhalten hat. (Hört, hört!) Die Sachlage in Kurland und Lettland ist durch wiederholte Erklärungen der Reichsregierung, u. a. durch eine Erklärung des Reichsministers Erzberger an die Entente, die heute oder gestern morgen erst in der Presse erschienen ist, erneut klargestellt. Im Gegensatz zu den Ententestaaten vertritt die Reichsregierung die Auffassung, daß wir nicht nötig haben, dem Gebot zu folgen und deutsche Truppen in Litauen und in Kurland weiter stehen zu lassen. Infolgedessen ist vor Wochen schon von der Reichsregierung der Befehl erteilt worden, mit dem Abtransport der Truppen aus Kurland und der Zurückverlegung der Front in Litauen zu beginnen. Diese Operationen sind eingeleitet. Es sind aus Kurland 2 Divisionen zurückgezogen, die wir zum Schutze der bedrohten Provinzen, be-

sonders Posen'scher Distrikte und westpreussischer Distrikte eingeseht haben. Der Abtransport kann nur langsam vor sich gehen, weil die Bahnverbindung ungünstig, das rollende Material außerordentlich gering ist. Aber es stehen nirgends deutsche Truppen in Kampfhandlung mit Esten oder Letten. (Hört, hört!) Wichtig ist — das ist Ihnen bekannt —, daß im November, Dezember oder auch noch bis in dieses Jahr hinein eine ganze Anzahl von deutschen Leuten für die baltische Landeswehr geworben worden sind, daß daneben einzelne Formationen sich aus Freiwilligen rekrutierten. Nach Kurland sind eine ganze Anzahl von Leuten gegangen, nachdem die damalige kurländisch-lettische Regierung das Versprechen abgegeben hat, nach der Sicherung der Selbstständigkeit des Landes werde diesen deutschen Soldaten die Möglichkeit der Ansiedlung in Kurland gewährt werden. Auf diese Zusicherung hin sind Tausende von Leuten nach Kurland gegangen. Sie haben das Recht, bei Innehaltung der Kündigungsfrist, die, wie Sie wissen, jetzt für die Freiwilligenverbände sehr kurz bemessen ist, aus ihren Formationen auszuscheiden. Beim Rückzug der deutschen Divisionen haben eine Anzahl von Leuten erklärt, daß sie aus dem deutschen Heeresverband ausscheiden und in die baltische Landeswehr übertreten. Darauf kann die Regierung einen Zwang nicht ausüben. Die Leute sind aber darauf aufmerksam gemacht worden, daß alles, was sie dort tun, was ihnen geschieht, ausschließlich auf eigene Rechnung und Gefahr geht, und keiner der Leute, die jetzt in die baltische Landeswehr eintreten, hat Anspruch auf deutschen Schutz und deutsche Unterstützung, sondern mit dem Augenblick des Austritts aus den deutschen Formationen und dem Augenblick des Uebertritts in die baltischen Formationen verlieren alle diese Leute die deutsche Staatsangehörigkeit.

Diese Mitteilungen sind, wie gesagt, zum Teil früher von mir, zum Beispiel im Friedensauschuß gemacht worden, in Gegenwart des Genossen Präsig, und diese Mitteilungen sind, vielleicht in etwas gekürzter Form, vor zwei Tagen von mir ihm abermals vorgetragen worden. Danach glaube ich die Frage erneut dahin beantworten zu können: es ist nicht richtig, daß deutsche Truppen, darunter die Eiserne Division gegen Esten und Letten in den Kampf gehen. (Beifall.)

Hierauf tritt die Mittagspause ein; Schluß 1 Uhr 12 Minuten.

Nachmittags-Sitzung.

Den Vorsitz führt Heinrich Schulz.

Die Debatte über die Referate Scheidemanns und Bernsteins wird fortgesetzt.

Schlich (Dreslau): In die auswärtige Politik im allgemeinen will ich mich nicht hineinmengen, da ich deren Erörterung für zurzeit nicht praktisch gehalten habe, und die Debatte hat ja auch bereits ergeben, daß ich damit recht habe. Bernstein ist allerdings anderer Meinung. Nach der Art, wie er heute aufgetreten ist, dürfte er freilich nicht den Sitz gebrauchen, daß Graf Rankau kein internationaler Sozialist sei. Bernstein ist noch mehr als internationaler Sozialist, er ist nach seiner heutigen Rede antinationaler Sozialist. (Widerspruch.) Er nimmt ja verschiedenes von dem, was er gesagt hat, anscheinend wieder zurück. Das beweist mir, daß er immer noch der alte Geblieben ist, wie wir ihn schon seit längeren Jahren gekannt haben, daß er manches schreibt und spricht, was er nachher nicht beantworten will. Er hat zweifellos die Wendung von den neunzig Prozent gebraucht. Wenn er das in seinen schriftlichen Aufzeichnungen anders gesagt hat, so wird er es

ja nachher richtigstellen können; ob es noch zurechtkommt, ist eine andere Frage. Aber wenn Bernstein bei Erzberger die Verwandlungsfähigkeit rühmt, so habe ich dabei doch so eigene Gedanken gehabt, daß Bernstein jedenfalls am wenigsten dazu berufen war, in dieser Frage etwas zu sagen. Ich hatte bei seinen Ausführungen die Auffassung, daß Bernstein bei seiner letzten Wandlung die Tür vertrocknet hat: zu uns ist er gekommen und zu den Kommunisten wollte er wahrscheinlich. Wir haben Bernstein ja lange bei uns in Breslau als Abgeordneten gehabt, er hat einen erheblichen Teil des schlesischen Volkes vertreten, und ich muß bedauern, daß er heute einen recht erheblichen Teil der Schlesier einfach preisgegeben wollte, noch dazu mit keiner Berechtigung.

Genosse Scheidemann führte aus, daß er an eine Gegenrevolution nicht recht glaube, aber trotzdem die Genossen warnen und sie auffordern, wachsam zu sein. Das war sehr berechtigt, und es wird draußen im Lande auch richtig verstanden werden. Trotzdem aber meine ich, ist manches hier nicht geschehen, was hätte geschehen können von seiten unserer Genossen in den Forderungen, um der Partei draußen nicht nur größeres Wachstum zu sichern, sondern auch die Stabilität der Partei zu erhalten. Es ist doch kein Geheimnis, daß viele auf den Parteitag gekommen sind, um hier einmal laut und deutlich die Forderungen der Genossen zu vertreten, damit nicht immer draußen etwas erwartet wird, was nachher nicht geschieht. Es ist zweifellos richtig, es ist ein Unglück für die Partei, daß wir heute eine Regierungspartei sind. Unsere Genossen erwarten daher von den Genossen in der Regierung, daß sie nun ganz schnell das durchführen, was sie angeündigt haben. In der Frage der Sozialisierung, der Ernährungsfrage und der Demokratisierung hat man die Forderungen recht weit gespannt und sie sind leider bisher wenig erfüllt worden. Durch die Presse ging neulich eine Notiz, daß auf eine Forderung, ich glaube der brandenburgischen Landwirte, der Ernährungsminister eine Antwort erteilt hat, die sich, wie man zu sagen pflegt, gemächlich hat, die jedenfalls ganz berechtigt war. Aber in dieser Antwort ist ein Satz enthalten: wenn wir nicht durchbringen, werden wir erst einmal sämtliche Landräte hinaus-schmeißen, die allein dafür verantwortlich zu machen sind. In diesem Satz ist das ausgesprochen, was wir ja alle wünschen, und da sind wir überrascht über manche Tätigkeit unserer Genossen, insbesondere in der preussischen Regierung.

Heine hat gesagt, er habe nur acht Fälle erhalten, die sich gegen Gemeindevorstände, Landräte usw. richten. Ich allein habe ihm 49 Beschwerden gegen Amts- und Gemeindevorsteher sowie Landräte übergeben. Das Material ist hier. Ebenso ist hier das Material, gegen das Heine gestern in seiner Rede glaubte polemisieren zu müssen, indem er sagte, es seien Namen und Wohnort vielfach nicht genannt worden. Ich gebe den Kollegen, die Interesse daran haben, Einsicht in das Schriftstück. Heines Behauptung war also unrichtig. Beschwerden gegen Gemeindevorstände sind ihm 80 zugegangen; wegen Absetzung von Landräten 7, das alles in einem einzigen Bezirk. So wird es auch in den übrigen Bezirken liegen. Aber Heine weiß nicht, was alles in seinem Ministerium vorliegt. Daher ist es der lebhafteste Wunsch der Parteigenossen, daß er Parteigenossen heranzieht, die an seiner Stelle die Sachen prüfen. Dann werden solche Fehler nicht mehr vorkommen. Die Fraktion in der Preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß bei der Entlassung von Landratsposten usw. auch die Parteinstanzen gefragt werden. Genosse Heine richtet sich leider nicht danach, er bestimmt diejenigen Leute, die er für richtig hält, selbstständig. Im Gemeindeauschuß sind wir dafür eingetreten, daß die Anstellung und Entlassung der Beamten dem Staats-

minister verbleibt. Seine hat das den Kreistagen überlassen. Er selbst hat aber die Kreistage als abschreckendes Beispiel hingestellt, wie es nicht gemacht werden soll. Wenn er nun weiß, daß diese Kreistage heute nicht demokratisch zusammengesetzt sind, so darf man diesen Kreistagen auch diese Macht nicht einräumen. Wir haben heute in Preußen erst einen sozialdemokratischen Landrat, einen sozialdemokratischen Regierungspräsidenten und zwei sozialdemokratische Oberpräsidenten. Das ist die ganze Demokratisierung. Auf diesem Gebiete verlangen wir bald bedeutend mehr. Da sollte sich Seine die Keden ersipaten, die er gegen die Novembersozialisten, Freiherren von Meibitz und andere immerfort vom Stapel läßt, er sollte lieber auf diesem Gebiete einmal etwas Durchgreifendes tun, damit unsere Genossen sehen, daß hier auch wirklich etwas geschieht, sonst stehen wir vor einem Schiffbruch der ganzen Partei. (Sehr richtig!)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Ein Teil der Ausführungen des Redners gehörten zwar nicht streng in die Debatte über auswärtige Politik, aber ich hoffe, daß er daraufhin in der weiteren Debatte nicht mehr zu reden braucht.

Frau Bloß: Man hat diesen Parteitag den Parteitag der Verantwortung genannt; aber ich habe das Gefühl, daß die Begriffe der Verantwortlichkeit recht wandelbar sind, und daß der Genosse Bernstein sich nicht bewußt ist, wie verantwortungslos er gehandelt hat. Er hat der Fraktion vorgeworfen, daß sie am 4. August die Kredite bewilligt hat. Wenn ich mich recht erinnere, hat der Genosse Bernstein zu denen gehört, die die Kredite damals bewilligt haben. Er hat also sein Maß der Verantwortung auf sich genommen, und wer von uns erlebt hat, wie die Parteigenossen damals mit sich gerungen haben, wie sie das Gefühl der Verantwortung so unendlich schwer genommen haben, ob sie die Kredite bewilligen sollen oder nicht, der weiß, daß sie gewußt haben: wir tragen eine ungeheure Verantwortung, und wir übernehmen diese Verantwortung, weil wir unsere Heimat schützen wollen, weil wir unsere Frauen und Kinder davor schützen wollen, daß der Feind ins Land bricht, sonst wäre Deutschland demselben Schicksal verfallen wie Frankreich und Belgien. Wir Frauen lieben unsere Heimat und haben ein Recht, sie zu lieben, und wir begreifen wohl, was die Frauen unserer Feinde durchgemacht haben. Und wir wollen ihnen helfen, indem wir Brüdern der Verständigung errichten. Aber wir Frauen haben auch im Kriege unser Teil Verantwortlichkeit getragen. Wir haben so gut wir konnten denen geholfen, die durch den Krieg so unendlich schwer haben leiden müssen. Wir scheint, es ist ein ungeheurer Fehler, daß immer wieder gesagt wird, Deutschland sei allein schuldig, Schuld an diesem Kriege sind alle Mächte, die 40 Jahre lang nur für den Krieg gerufen haben. Ist aber Deutschland allein schuldig, so würde das heißen, daß wir gar keinen Rechtsfrieden verlangen können, sondern nur einen Straffrieden. (Sehr richtig!) Es wird immer davon gesprochen: wir wollen den Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit haben. Wir sind in Deutschland bereit, nach Kräften gut zu machen, was in diesem Kriege gesündigt worden ist, aber wir wollen nicht als Strafobjekt für die ganze Welt gelten. Unsere Fraktion hat nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt, als sie die Heimat schützte, und als sie die schwere Verantwortung auf sich nahm. Es ist sehr viel einfacher unverantwortlich zu sein, wie es gewisse Leute tun, als verantwortlich sein.

Nun sagt Bernstein, er erkenne neun Zehntel der Friedensbedingungen als berechtigt an. Welches Zehntel ist unberechtigt? Darüber hat er uns nichts gesagt. Ich bin aber überzeugt, daß neun Zehntel anerkennen für Deutschland bedeutet: Hunger, Arbeitslosigkeit, Vernichtung aller Arbeiter-

schafsgesetze, aller Arbeiterversicherungsgesetze, aller Bohntarife, den Untergang der Arbeiterklasse. (Sehr richtig!) Aber wie werden nicht nur Hunger und Arbeitslosigkeit bekommen, wir werden gleichzeitig alles verlieren, was wir an Gleichheit, Freiheit und Würderlichkeit von ganzem Herzen erstrebt haben, es würde bedeuten, daß wir in Deutschland die Anarchie haben, nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt, und davor wollen wir als Frauen künftige Geschlechter bewahren, indem wir uns dagegen auflehnen, daß gesagt wird, Deutschland allein sei schuld und müsse den Straffrieden auf sich nehmen. (Beifall.)

Sammer-Leipzig: Es mag paradox klingen, wenn ich sage, ich habe gegen den Antrag, die Auslandspolitik auf die Tagesordnung zu setzen, gestimmt, weil ich dafür bin, daß sie behandelt wird. Aber nicht im gegenwärtigen Zeitpunkt. Die Auslandspolitik ist von uns von jeher vernachlässigt worden. (Sehr richtig!) Es muß deshalb eine ausgiebige Erörterung dieser Frage Platz greifen, aber nicht im Augenblick, wo die Vorbereitungen dazu fehlen. Wir sind von der ganzen Welt abgeschnitten. Wir sind für unsere Kenntnis des Auslands auf die englischen und französischen Zeitungen angewiesen, die unter dem Eindruck einer streng gehandhabten Zensur geschrieben sind. Nun steht aber die Sache einmal auf der Tagesordnung und wir müssen uns dazu äußern. Der Genosse Bernstein hat mit seiner Meinung keine große Gegenliebe gefunden, und ich habe auch kein Verständnis für seine Ausführungen. Es geht ihm, wie dem Genossen Eisner. Für diese einseitige Wahrheits-sucherei werden wir deutschen Arbeiter niemals Verständnis haben können. (Sehr richtig!) Als ich in den französischen Zeitungen las, wie auf einmal der Genosse Eisner zu einem Staatsmann von Mammuthgröße empor-schnellte, sagte ich zu mir, auf Eisners Grab muß geschrieben werden: er litt arg am Wahheitsstimmel. Dieser Wahheitsstimmel nützt nur den weststaatlichen Regierungen und den ihre Politik stützenden Abgeordneten, ist aber sehr schädlich für unsere Genossen in Frankreich und England, die da gegen ihre eigenen Reaktionen auftreten. Ich will damit nicht sagen, daß die Schuld unserer Reaktionen besonders gering sei, aber die Schuld ist bei den ausländischen Regierungen mindestens ebenso groß wie bei uns. Das sage ich auf Grund eines 20jährigen Aufenthaltes im Ausland. Ich kann die Haltung der französischen und englischen Genossen im Anfang des Krieges verstehen, weil die ganze Welt die Sache unter einer fremden Brille betrachtete. Es kann niemand aus seiner Haut heraus, und auch der Genosse Bernstein nicht. Dank des Nachrichtenmonopols war die englische Presse imlande, die ganze übrige Presse, auch die Arbeiterpresse, zu beeinflussen. Wenn ich manchmal im Ausland den außenpolitischen Artikel im „Vorwärts“ las, glaubte ich ähnlicher Sätze aus den „Daily News“ zu finden, mit anderen Worten, die Internationale Partei hatte keine eigene kraftvolle internationale Politik. (Sehr richtig!) So kam es, dank diesem Nachrichtenmonopol Englands, daß aus der französischen Defensang auf einmal eine französische Wiedergeburt wurde, aus dem blutledenden russischen Wären wurde der christlich schlichte Petros, aus den Rosakenhorben, die die ganze Welt bedrohten, wurden preußische Wänenhorben und aus dem Zarismus wurde der Kaiserismus. Diese Wandlung des Geistes haben wir während des Krieges bei unseren französischen und englischen Genossen gesehen.

Nun hat Genosse Bernstein eine ganze Menge Beschlüsse der englischen und französischen Genossen zu unseren Gunsten als Beweise ihrer guten internationalen Gesinnung zitiert. Das bestreite ich nicht, aber ebenso leicht wäre es, ebenso viele Neben oder Beschlüsse dagegen anzuführen. Im großen und ganzen waren es nur Worte, die durch Beschlüsse, Tätigkeit oder Unter-

lassungen geschwächt, ja aufgehoben worden sind. Wir hätten von jeher dem Ausland etwas kritischer gegenüberstehen müssen. Unsere Parteipresse hat sich bisher das Ausland verchlammt auf Kosten unserer eigenen Bewegung. (Sehr richtig!) Und ich habe mich als Arbeiter im Ausland oft bemüht, in der deutschen Parteipresse eine andere Meinung zu machen, und bin deswegen oft sehr angefeindet worden. So konnte es kommen, daß unsere Genossen in Frankreich und England zu Beginn des Krieges unter dem Einflusse dieser Meinungs-mache daran waren, alle Schandtatzen, die uns zur Last gelegt wurden, restlos zu glauben; sie glaubten sogar die Verleumdungen zu Fetzbereitung und die Sandabhaderei. Es war uns unverständlich, daß die Genossen uns für so schlecht hielten, die wir doch jederzeit die internationalen Pflichten erfüllt haben, und gerade die internationale Pflichterfüllung ist uns teilweise zum Strick geworden. Die Genossen im Ausland haben sich selbst unserer Opferwilligkeit nicht erinnert. Sie ließen sich so stark von der feindlichen Presse beeinflussen, daß für eine uns günstige Meinung kein Platz mehr blieb. Das ist im wesentlichen auch unsere Schuld. Denn uns fehlte ein zweitägiger Nachrichtendienst im Ausland. Dieses Uebel muß unter allen Umständen beseitigt werden. Wir müssen unseren ausländischen Nachrichtendienst verbessern. Die finanzielle Beschränkung auf diesem Gebiete, die die Wurzel alles Übels ist, muß verschwinden. Die siebente Großmacht muß mehr in den Dienst unserer Interessen auch im Ausland gestellt werden. Was muß geschehen zur Beeinflussung des Auslandes? Die paar Auslands-korrespondenten, die wir in Paris und London gehabt haben, waren so schlecht bezahlt, daß sie sich nicht rühren konnten. Sie sind als Proletariat geboren und wurden wie Proleten bezahlt. Als ich 1912 Kötting, den Berichtshalter des Weltblattes „Vorwärts“ aufforderte, mit mir in das Bergarbeiterrevier zu reisen, um den Streik zu beobachten, sagte er mir, er müsse deswegen erst nach Berlin schreiben, ob es dort gewünscht werde. Nach einigen Tagen sagte er mir dann auch, daß die Zustimmung aus Berlin eingetroffen sei. Unter solchen Umständen ist natürlich eine gründliche und nützliche Arbeit nicht möglich. Machen wir die Auslands-korrespondenten in finanzieller Beziehung unabhängig, dann gewinnen wir vermuthlich vorzügliche Kräfte im Dienste unserer Auslandspolitik, und können durch Austausch immer wieder für Nachwuchs sorgen. Sachleute für die Auslandspolitik haben uns gefehlt. Nebels Reden beim Etat des Auswärtigen Amtes waren zweifelsohne schöne Agitationsreden, sonst aber nicht viel mehr, jedenfalls fanden sie in der Welt wenig Beachtung, noch weniger Einfluß haben sie auf die auswärtige Politik der Regierung gehabt. (Glockenzeichen.) Ich höre schon den Großglockner und werde mich beilen. (Weiterleit.) Ich habe einen Antrag gestellt über die Aufstellung eines Planes für das ausländische Nachrichtenwesen. Nehmen Sie die Sache sehr ernst, denken Sie daran, daß der Krieg für uns noch nicht beendet ist, denn wir haben die große Aufgabe, den Krieg gegen die kapitalistische Gesellschaft der ganzen Welt zu führen. Wir können sicher sein, daß die internationale Kapitalistenpresse alle Register ziehen wird, um unser Streben herabzusetzen, Mißgriffe übertreiben wird, um die große Idee, die der deutschen Revolution zugrunde liegt, die wirtschaftliche Verkeimung, lächerlich zu machen, zu unterdrücken. Darum wünsche ich den Ausbau im ausländischen Nachrichtenwesen. Er gehört mit dazu, um den Sieg des Sozialismus herbeizuführen. (Beifall.)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Gegenwärtig wird die Resolution zur auswärtigen Politik, Drucksache 244, verlesen.

Dr. Ludwigsburg: So ökonomisch unser Parteitag auch mit seiner Zeit umgehen muß, es läßt sich doch nicht vermeiden, daß alle Redner den Protest

wiederholen, den die ersten Diskussionsredner gegen das dumme, unglückselige gemeinschaftliche Wort Bernsteins von der Neutral-Berechtigung der feindlichen Friedensbedingungen erhoben haben. Das Wort ist schädlich nicht nur für Deutschland, sondern auch für den Internationalismus, für den Bernstein eingetreten ist. Die Genossin Bloss hatte recht zu fragen: Welche neun Zehntel der feindlichen Friedensforderungen sind berechtigt und welches Zehntel lehnt Bernstein ab. Die Wegnahme des Saargebietes, die 16jährige Besetzung der Rheinlande, die Abtrennung Oberschlesiens, die Abtrennung anderer reinduischer westlicher Gebiete, der Versuch, rein deutsche Gebiete Schlesiens an Dänemark aufzugewinnen, die Wegnahme der Kolonien, der Kabel, die Ueberwachung der Funkentelegraphie, die Handelskontrolle durch den Feind, das alles sind Forderungen, von denen alle zehn Zehntel unbedeutend und unmöglich sind. Sie verstoßen nicht nur gegen Bohns 14 Punkte, sondern auch gegen die Grundanschauungen des Sozialismus und des Internationalismus. (Lebhafter Beifall.) Unsere Hauptaufgabe ist es in diesem Augenblick, alle Kraft und Wucht gegen die feindlichen Friedensbedingungen einzusetzen zur Vermeidung der Schrecknisse, die ihre unausbleiblichen Folgen sein würden. Damit leisten wir dem Vaterlande den größten Dienst. Das ist unendlich viel wichtiger als rückwärtige Kritik über die Taktik der Partei während des Krieges.

Ein Wort nur zur Kreditbewilligung. Soweit darüber unter uns Meinungsverschiedenheiten bestehen, werden wir uns gegenseitig nicht überzeugen. Wir wissen aber, daß die Volkstimmung wandelbar ist. Dafür haben wir in den letzten Monaten Beispiele genug erlebt. (Sehr richtig!) Es können auch Zeiten kommen, in denen der chauvinistische Nationalismus wieder einen stärkeren Rejonanzboden findet. Gestern ist hier von Links-abmarsch gesprochen worden, der sich von uns zu den Unabhängigen, von da zu den Kommunisten vollzogen hat. Diese Entwicklung schlägt bei den Kommunisten wieder um. Die Wirtsköpfe, die rasch ins kommunistische Lager übergegangen sind, setzen zum Teil schon jetzt den Linksabmarsch in einer merkwürdigen Kurve fort und fahren in das allduische Lager zurück. (Zuruf: Das ist der Fall!) Ja, das ist der Fall. Es wird uns künftig von großem Vorteil sein, wenn wir beweiskräftig nachweisen können, daß uns nicht der Schein eines Verschuldens am Unheil unseres Volkes trifft. Schon jetzt wird von gewissen Kreisen behauptet, die Revolution sei schuld an dem Zusammenbruch. Jedes Kind weiß, daß mit dieser Behauptung die Dinge auf den Kopf gestellt werden. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wie leicht hätten wir aber den nationallistischen Demagogen die Arbeit gemacht, wenn wir z. B. im Sommer 1918 die Kredite nicht bewilligt hätten. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Mit wenig Nutzen kann auch die persönliche Schuld am Kriege erörtert werden. Das ist heute ganz unmöglich, da uns ja gar nicht das ganze Tatsachenmaterial vorliegt. Auf die tiefen Ursachen des Krieges hat Bernstein selbst in seiner Resolution hingewiesen. Es ist unhistorisch und unmargistisch, wenn wir uns jetzt auf die Erörterung des persönlichen Anteils der Staatsgewaltigen von 1914 an dem Kriegsausbruch einlassen. Es wäre außerdem einseitig und ungerecht, darüber zu urteilen, ehe alles Aktenmaterial bekannt ist. Was Bernstein gegen die sogenannte Kontinentalpolitik vorgebracht hat, unterschreibe ich vollständig. Es handelt sich hier um eine fixe Idee. (Beifall.) Cohen und seine Anhänger gehen dabei von der falschen Spekulation aus, die auch die frühere deutsche Regierung zu falschen Schritten verleitet hat. Diese bildete sich ein, durch Zettelreien und dunkle Einflüsse die Gegner auseinanderbringen zu können. Mit dieser falschen Spekulation hat sie die übelsten Erfahrungen gemacht. Die Gegner haben sich

während des Krieges nicht auseinanderbringen lassen, und es wird mindestens so lange nicht geschehen, als sie mit Deutschland Abrechnung halten wollen. Unsere Politik darf nicht darauf gerichtet sein, Konfliktstoffe zwischen die gegnerischen Staatenlenker zu werfen. Die Politik einer deutschen Regierung, an der die Sozialdemokratie führend beteiligt ist, muß so geartet sein, daß sie in jedem Augenblick vor dem gesunden Urteil aller Völker ohne Unterschied bestehen kann.

Wir haben in dieser Debatte und in den Resoraten von Scheidemann und Bernstein fast ausschließlich unseren Blick gen Westen gerichtet. Wir sprechen über die Haltung der Entente, der Ententevölker, der Sozialisten der Weststaaten. Wir dürfen aber auf diesem Parteitag auch unsere Freunde in Südosten nicht vergessen. Sie sind auf den Parteitagen vor dem Kriege regelmäßig unsere gern gesehenen und freudig willkommengeheißenen Gäste gewesen. Heute fehlen sie. Ich meine unsere Brüder in Deutschösterreich. Ihre Vereinigung mit dem Deutschen Reich, mit ihren Stammesgenossen, soll ihnen verboten werden durch den Frieden, den die Entente den Reichsfrieden nennt. Die „böllige Unabhängigkeit“, die der Friedensvertrag für Deutschland scheinbar Österreich-Ungarn zuspricht, muß nach dem gesunden Menschenverstand das Recht des Anschlusses Deutschösterreichs an Deutschland in sich schließen. Und so hoffen wir, daß trotz des Versuches, diesen Anschluß unmöglich zu machen, unsere deutschösterreichischen Brüder binnen kurzem mit Deutschland vereinigt sein werden. Wir wenden sie dann in unserem Kreise begrüßen nicht nur als unsere Stammesbrüder, sondern auch als unsere Mitkämpfer, die mit uns die Bannerträger des internationalen Sozialismus sein wollen. (Beifall.)

Sod: Genosse Bernstein hat der Wirkung seiner Rede sehr dadurch geschadet, daß er sich verleiten ließ, dem schlechten Beispiel des Genossen Wels zu folgen und auf die Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und der großen Mehrheit der alten Partei eingugehen. Wir alle, die wir Bernstein näher kennen, wissen, daß er sicher bestrbt gewesen ist, auch in diesem Teil seiner Rede gerecht zu sein. Er hat aber eins übersehen: wir können gegeneinander noch nicht gerecht sein, weil wir den Tatsachen noch zu leidenschaftlich gegenüberstehen. Genosse Bernstein ist denn auch in der Tat hier nicht dem gerecht geworden, worauf die Genossen der alten Partei Anspruch machen können.

Aber die, die deswegen über Bernstein zu Gericht sitzen, sind ihm gegenüber erst nicht gerecht gewesen. Genosse Bernstein ist von einem Mann, wie Braun aus dem Parteivorstand, also nicht dem ersten besten, der freilich auch unter dem augenblicklichen Eindruck der Bernsteinischen Rede gesprochen hat, so dargestellt worden, als wenn er kein Herz für die Leiden unserer Volksgenossen in Ostpreußen gehabt habe. Und ein anderer Redner hat sogar gesagt, Bernstein wäre antinational. Das ist ganz unbegründet. Was Bernstein tut, tut er aus heißer Liebe für sein Volk. (Sehr richtig!) Er sieht ein Stück seiner Lebensaufgabe gerade darin, für sein Volk in der Internationale zu wirken. (Sehr richtig!) Und weil er das unermüdet und immer geleitet von den Grundsätzen der Sozialdemokratie getan hat, hat er ein großes Ansehen in der ganzen Internationale, und deshalb bedeutet Bernstein etwas für die Welt und unsere eigene Partei. (Zustimmung.)

Die bestandenen Parteimitglieder aus der Rede des Genossen Bernstein sind falsch aufgefaßt worden. Man hat dem Genossen Bernstein seine Ausführungen über die Schuldfrage vorgehalten, und wie schon so oft, getan, als ob die, die an die Schuld der Imperialisten in unserem Lande erinnern, damit die Schuld der Imperialisten in den andern Ländern heruntersetzen wollten. Da-

von kann aber in Wahrheit keine Rede sein, Jeder von uns weiß, daß Schuldige in allen Ländern, also auch in den Ländern der gegnerischen Regierungen sind. Daß es aber unsere Pflicht ist, an die Schuld unserer Imperialisten zu erinnern, das ergibt sich aus der Rücksicht auf die Internationale; und die müssen wir im Auge behalten.

Mein Vorgesetzter, Genosse Keil, hat ausgeführt, daß wir alle Kraft einsetzen müssen, um uns gegen diesen fürchterlichen Frieden zu wehren. Wir alle tun das. Wir alle hoffen, daß diese Bemühungen einen Erfolg haben werden. Aber wir sind uns doch auch darüber klar: selbst bei dem größten Erfolg jener Bemühungen wird der Friede, den wir bekommen werden, noch so hart sein, daß er gar nicht auf die Dauer bestehen kann. Unsere Zukunftshoffnung baut sich auf der Internationale auf, darauf, daß durch die Hilfe der Internationale dereinst die schlimmsten Bedingungen gemindert werden.

Mit Recht ist ausgeführt worden: wir bestreiten nicht, daß die Genossen der Internationale sich bemühen, jetzt für uns einzutreten, aber sie sind ohnmächtig, sie haben keinen Erfolg. Ganz richtig. Genau so, wie wir bei dem Frieden von Brest-Litowsk trotz all unserer Bemühungen ohnmächtig waren. (Sehr richtig!) Gerade Genosse David hat im Auftrage der Fraktion in schärfster Weise im Reichstag die Ungerechtigkeiten des Friedens von Brest-Litowsk bekämpft. Wir konnten es aber nicht ändern. Jetzt können es unsere Genossen im Auslande ebenfalls nicht ändern. Heute hat sich das Blättchen bei uns gewandt. Können wir nicht hoffen, daß sich das Blättchen auch in anderen Ländern wenden wird, und daß dann die Internationale kräftig genug sein wird, das, was in dem Friedensvertrag undurchführbar ist, zu beseitigen. Daran müssen wir arbeiten. Das können wir jedoch nur dadurch, daß wir uns auf den Boden der internationalen sozialdemokratischen Grundsätze stellen. Deshalb müssen wir — ich will den Genossen Cohen nicht noch einmal erschlagen, Tote soll man in Ruhe lassen — eine zwar ganz kurze, aber auch ganz klare Abfrage ihm gegenüber aussprechen. Denn er ist der Vertreter der grundsatzlosen Politik. Er will die alte Pfänderhändlerdiplomatie, die bei den Bürgerlichen geschiebert ist, bei der Sozialdemokratie wieder ansprechen. Wir müssen nach unseren Grundsätzen die Schuldfrage behandeln.

In diesem Zusammenhang hat die Schuldfrage eine andre Bedeutung, als Genossin Bloss hier auseinandergelegt hat. Die Vorwürfe gegen Bernstein in dieser Sache sind deshalb so ungerecht, weil Bernstein wohl am meisten im Auslande gegen die undurchführbaren Friedensbedingungen aufgetreten ist. Ich glaube, es war in den letzten Tagen wieder im „Daily Herald“, wo er ausdrücklich erklärt hat: Wir können solchen Frieden nicht freiwillig unterschreiben. Genosse Bernstein hat immer darauf hingewiesen, daß es eine Ungerechtigkeit ist, uns solchen Frieden zugumuten.

In der Schuldfrage müssen wir ferner dazu beitragen, die wirklichen Ursachen, die uns in den Krieg getrieben haben, aufzudecken. In der Resolution, die hierzu eingebracht ist, steht es ja ausdrücklich. Demgemäß müssen wir eine Mahnung an unsere Regierung aussprechen: das erste, was in der Schuldfrage geschehen muß, ist, daß die geheimen Berichte und Verträge veröffentlicht werden. (Zustimmung.) Ich begreife ja, weshalb die Regierung das noch nicht getan hat. Aber jetzt ist die Zeit für die Veröffentlichung gekommen. Darum so schnell wie möglich heraus damit an die Öffentlichkeit.

Auch in bezug auf unsere Bemühungen, die Friedensbedingungen möglicherweise zu mildern, haben Sie dem Genossen Bernstein wirklich himmelschreiendes Unrecht getan; nicht aus bösem Willen, sondern weil wir noch zu auf-

geregt sind. Wer sich den Gehaltengang von Bernstein mit Ruhe vergegenwärtigt, wer seine Wortklaubereien mit dem unglücklichen Ausdruck von den neun Zehnteln treibt, der wird finden, daß Genosse Bernstein gesagt hat: das deutsche Volk muß sich darüber klar sein, daß der Frieden ungeheure Härten haben wird, auch wenn er den Grundrissen von Wilson, den Geboten der Gerechtigkeit entspricht, wie es ja auch unsere eigene Regierung anerkannt hat, durch ihre Gegenvorschläge, die ungeheure Lasten dem deutschen Volke auferlegen. Er hat dabei ausdrücklich auf die deutsche Antwort hingewiesen und gesagt: es sind Notwendigkeiten, mit denen sich das deutsche Volk abfinden muß, und dabei hat er den unglückseligen Ausdruck von den neun Zehnteln gebraucht.

Wenn man hiervon absteht, ist Genosse Bernstein kein Eingänger in der Friedensfrage. In seinem Bestreben, ein internationales brüderliches Zusammengehen aller Völker herbeizuführen, sind wir doch alle einig.

Ich komme nun zu dem, weshalb ich mich eigentlich zum Wort gemeldet habe. Wir stehen jetzt vor der Entscheidung der Friedensfrage. Die Fraktion hat beschlossen, daß wir die Friedensforderungen in dieser Form nicht unterschreiben können und daß das Volk selbst zur Abstimmung darüber aufgerufen werden soll. Wenn der Parteitag keinen Einspruch gegen diese Beschlüsse der Fraktion erhebt, muß daraus geschlossen werden, daß er die Stellung der Fraktion billigt. Genosse Braun-Nürnberg hat heute vormittag ausgeführt, mit welchen furchtbaren Folgen wir auch in dem Falle zu rechnen haben, wenn wir nicht die Friedensbedingungen unterschreiben. Genosse Scheidemann hatte im Hauptauschluß unmittelbar unter dem ersten Eindruck das wahre Wort gesprochen: Ob wir so oder so entscheiden — unendlich schwer wird das sein, was wir zu tragen haben. Ich habe in bezug darauf, ob wir die Friedensbedingungen schließlich doch unterzeichnen sollen, eine andere Stellung als die Fraktionsmehrheit eingenommen. Wer wir alle waren einig darin, daß die Friedensbedingungen, wie sie vorliegen, unter keinen Umständen durchgeführt werden können, daß es keine deutsche Regierung geben kann, die diese unmöglichen Friedensbedingungen durchführen könnte. Und wenn es zur Abstimmung kommt, — an der Forderung muß unbedingt festgehalten werden, daß das deutsche Volk selbst diese Schicksalsfrage entscheidet —, dann haben wir eine Pflicht zu erfüllen; dann haben wir nach allen Seiten das Volk aufzuklären. Wir haben mit der großen Gefahr zu rechnen, daß eine nationalistische Strömung über uns kommt, was unsagbares Unglück gerade für die Arbeiterschaft, für die sozialistische Republik bedeuten würde. Aber in unsere Hand ist es gegeben: Wenn wir hier tatkräftig eingreifen, mit allem Nachdruck, rücksichtslos und schonungslos, ohne Scheu nach irgendeiner Seite, der Wahrheit die Ehre geben, wenn der Wahrheitsfimmel, Genosse Kummer, bei uns vollkommen zum Durchbruch kommt, überall bis in die kleinste Hütte, dann brauchen wir eine nationalistiche Strömung nicht zu fürchten, dann wird diese schwere Zeit zwar eine Zeit unsagbaren Elends sein, aber zugleich auch der Vorbote eines neuen Glücks für unser Volk. (Lebhafter Beifall.)

Es ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen.

Für den Antrag erhält das Wort

Mitt-Magdeburg: Es wäre zweckmäßiger gewesen, schon heute früh die Debatte zu schließen unmittelbar unter dem Eindruck der trefflichen Ausführungen Adolf Brauns gegen Bernstein. Ich hatte damals schon den Antrag gestellt, die Geschäftsleitung hat mich aber gebeten, ihn einstweilen zurück-

zustellen, damit auch Gegenredner zum Wort kommen. Nachdem aber jetzt Genosse Hoch die Sache Bernsteins geführt hat, könnte wohl Schluß der Debatte eintreten, weil doch der Kern der Dinge erschöpft ist und die große Debatte sich schließlich in Kleinigkeiten verlieren könnte, ganz abgesehen von der Rücksicht auf die Geschäftslage.

Hiesler-Hamburg: Ich bin der Meinung, daß durch die letzte Mitteilung von dem Beschluß der Fraktion ein wesentliches Moment in die Debatte geworfen ist, das wohl noch der Klärung bedarf.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Bevor ich über den Schlußantrag abstimmen lasse, teile ich mit, daß ein genügend unterstützter Änderungsantrag zum Antrag 249 eingegangen ist, über den jetzt ebenfalls zu entscheiden ist.

Der Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Wir kommen zu den Schlußworten. Ich darf wohl als Wunsch des Parteitages die Bitte an beide Referenten richten, die Schlußworte so knapp wie möglich zu halten.

Bernstein: Werte Genossen! Ihr habt mich gründlich Spießruten laufen lassen. Aber eins will ich Euch sagen: Ich bin alt genug in der Partei, es zu ertragen, wenn auf mich losgeschlagen wird, aber nicht alt genug, um es zu ertragen, wenn einer nach dem andern austritt und gestützt auf eine Bemerkung, die nicht wahr ist, auf mich losschlägt. Ich habe hier das unkorrigierte Stenogramm meines Referats. Sie werden kein Wort darin finden, daß ich die Forderungen schlechthin oder einen großen Teil derselben, neun Zehntel kurzweg als gerecht anerkannt hätte. Gestatten Sie mir, meine Worte zu verlesen?

Die Friedensbedingungen, die uns von den Alliierten auferlegt werden, sind hart, sehr hart und zum Teil — das sage ich offen und habe ich in englischen Blättern, im „Daily Herald“ gesagt — einfach unmöglich. Aber auch Scheidemann hat das anerkannt: Die Notwendigkeiten eines großen Teils davon, die auch sehr schwer sind, erkennen wir an. Neun Zehntel davon sind Notwendigkeiten, neun Zehntel davon sind unabweisbare Notwendigkeiten... (Aufe: Na also, Anruhe.) Aber, um Himmelswillen, könnt Ihr nicht eine ruhige Debatte führen? Ich habe in der Rede selbst gesagt, Ihr könnt die Proportion bemängeln, sagt meinethwegen acht Zehntel. Ich wollte nur sagen: Ein Teil davon sind unabweisbare Notwendigkeiten, ja, ich könnte noch mehr sagen, Hoch hat gesagt, ein großer, ein schwerer Teil davon wird gedeckt durch die Wilsonschen 14 Punkte. Das wollen wir uns auch nicht verhehlen, daß ein großer Teil von dem, was die Regierung selbst zu erfüllen angeboten hat — ich selbst habe das Wort gebraucht von dem Angebot —, daß es außerordentlich schwer, beinahe unmöglich ist durchzuführen.

Ich will bei der Gelegenheit eins sagen: Genosse Hoch hat schon darauf hingewiesen, daß meine ganze Tätigkeit seit dem 9. November nur in einem bestand — daß ich mir sagte, wie jeder Sozialist sich sagen mußte: Jetzt gilt es, zusammenzustehen, die ganze Sozialdemokratie (sehr richtig!), jetzt gilt es, die Streitzeit zu begraben, alles zu vergessen, was vorher zwischen uns vorgefallen ist, zusammenzustehen, um die Deutsche Republik festzustellen. (Sehr richtig.) Dazu gehörte doch selbstverständlich auch die Erreichung möglichst günstiger Friedensbedingungen für das deutsche Volk (sehr richtig!); darum habe ich es allerdings sehr bedauerlich gefunden, daß man gezaubert hat, den Strich, der uns von dem alten System trennt, so dick wie nur möglich zu ziehen. Wenn ich die Schuld des alten Systems feststelle, dann sage ich nicht, wir, das deutsche Volk, sind schuld, sondern dann sage ich, diejenigen

sind schuld, die das deutsche Volk damals belogen und betrogen haben. (Sehr richtig!) Dann wälze ich die Schuld ab vom deutschen Volke. So ist meine Tätigkeit, soweit sie mir möglich war, in der ausländischen Presse bezw. ausländischen Fragern gegenüber gewesen. Gerade der „Daily Herald“, das neugegründete sozialistische Tageblatt der englischen Genossen, hatte mich gebeten, für die erste Nummer einen Artikel zu schreiben über die Kriegsbedingungen. Auf die Frage: Werden wir unterschreiben können? erwiderte ich: „Wie kann ich das unterschreiben, ohne den Grundrissen der Internationale untreu zu werden und ohne Hunderttausende und Überhunderttausende meiner eigenen Landsleute zu verraten.“ Das habe ich in einem englischen Blatte geschrieben. (Bravo.)

Vor einer Woche wurde ich von einem Amerikaner für die Presse, „Daily Mail“ oder „Times“ interviewt — der Frager, heilfäufig ein Mann, der es mit Deutschland recht gut meint, Mr. White Williams, der ein Telegramm an die „Daily Mail“ geschickt hat, das auch aufgenommen ist, daß Oberösterreich überwiegend deutsch ist und deutsch bleiben sollte. Dieser Herr hat sich auch an mich gewandt. Ich habe gesagt, gut, schreiben Sie mir Ihre Fragen nieder — die Vorichtsmaßregel gebrauche ich — dann werde ich Ihnen schriftlich Antwort geben. Ich weiß dann, was ich gesagt habe und bin sicher, daß kein Irrtum vorkommt. Da war nun die erste Frage: Wird Deutschland unterschreiben? Was war meine Antwort: „Wenn Deutschland nur eine Spur von dem hat, was man freien Willen nennt, nein.“ Die zweite Frage war: Wird Deutschland unterschreiben, wenn Oberösterreich deutsch bleibt? Darauf habe ich geantwortet: Wenn Oberösterreich bei Deutschland bleibt, wird Deutschland zweifelsohne in der Lage sein, eine Anzahl Forderungen zu erfüllen, die es sonst nicht erfüllen kann. (Sehr gut!) Ich zweifle aber, ob Deutschland dafür zu haben sein wird, für Oberösterreich die Rechte Westpreußens wegzuschächern.“ Seid doch sicher: Ich bin nahezu 50 Jahre im politischen Leben, ich weiß, was ich tue, und weiß auch, was ich sagen kann. Es haben mir verschiedene gesagt, ich hätte unseren englischen und französischen Genossen die größten Schwierigkeiten bereitet. Nun, ich will Ihnen sagen: Ich bin in der glücklichen Lage, mit den englischen Sozialisten beider Richtungen befreundet zu sein, mit dem radikalen Flügel und mit dem gemäßigten Flügel. Und ebenso in Frankreich genieße ich das Vertrauen der Genossen Thomas und Renaudel, aber auch des Genossen Louquet. Die haben mir noch nie einen solchen Vorwurf gemacht. Wenn gesagt wird, Snowden habe den Friedensvertrag als Schurkenstreich bezeichnet, nun, Snowden liebt es, sich etwas stark auszudrücken, und in England hat er vielleicht auch recht. Aber er weiß ganz gut, wenn ich zu meinem Volke in dieser ersten Situation spreche, dann habe ich auch ein abwägendes Wort darüber zu sprechen, was möglich ist und was nicht. Genosse Wolf Braun hat mir in seiner lebenswichtigen Art vorgeworfen, daß ich nicht auf die Einzelheiten der Friedensbedingungen eingegangen bin. Ich habe aus folgendem Grunde davon Abstand genommen. Ich weiß nicht, zu welchem Entschluß die Regierung in dem letzten Augenblick kommt, ob sie zu dem Entschluß kommt, nein zu sagen, oder in dem Bewußtsein der großen Verantwortung, die dieses Nein mit sich bringt, der ungeheuren Leiden, die unserm Volke bevorstehen, selbst wenn die Entente ruhig bleibt und nichts tut, wenn es bleibt, wie es jetzt ist, ob sie schließlich doch unter Verwahrung unterschreiben will. Und weil ich ihr da nicht in die Suppe spucken wollte, darum bin ich nicht auf Einzelheiten eingegangen.

Nun hat ein Teil der Genossen eine sehr lebenswürdige Art, zu diskutieren. Wenn ich sage: Omg hat den Kung überfallen, dann sagen Sie: Ach,

du sagst, der Kung sei ein Engel gewesen. Das habe ich aber gar nicht gesagt. Darum handelt es sich gar nicht, sondern darum, wer in jenen verhängnisvollen Tagen das Verbrechen begangen hat, die Lunte an das Pulverfaß zu legen. Es ist nicht richtig, wenn man sagt, es sei unmoralisch, die persönliche Frage zu stellen. So hat Marx niemals gehandelt. Wer seinen „18. Brumaire“ und andere politische Schriften gelesen hat, wird wissen, daß Marx sehr wohl unterschrieben hat zwischen den sozialen und politischen allgemeinen treibenden Ursachen und der Verantwortlichkeit der Persönlichkeiten. Eine Eigenschaft liegt mir durchaus fern: Ich bin noch nie in meinem Leben nachsüchtig gewesen, auch nicht gegen diejenigen, die damals die großen Verbrechen begangen haben. Es ist in der Resolution von Kagenstein die Forderung eines internationalen neutralen Schiedsgerichtshofs gestellt worden. Für mich ist das nichts Neues. Im Dezember 1916, als die Frage brennend war, ob Amerika in den Krieg eintreten werde, bin ich aufgefordert worden, eine Denkschrift zu verfassen, die dem Präsidenten Wilson vorgelegt werden sollte: Was Amerika für Europa tun kann. Die Denkschrift ist, ohne daß mein Name genannt wurde, von dem amerikanischen Gesandten Gérard in seinem Buche über das deutsche Kaiserthum abgedruckt worden. Ich habe damals gesagt: Was in diesem Augenblick, damals, aber auch heute noch, von größter Wichtigkeit für die Herstellung guter Verhältnisse zwischen den Völkern ist, ist, einmal die Frage der Verantwortungen vor einem neutralen Tribunal festzustellen, und ich habe dann bestimmte Vorschläge in dieser Richtung gemacht. In jener Zeit, wo der Haß auf beiden Seiten am stärksten war, wäre es von größter Wichtigkeit für die Völker gewesen, wenn sie von einem unparteiischen Tribunal ein Gutachten bekommen hätten, worin gesagt worden wäre, wo die Hauptverantwortung liegt. Nach meinem Erachten und meinem Wissen liegt sie allerdings bei denen, die damals Deutschland regiert haben und glücklicherweise nicht mehr hier sind.

Darum meine ich, kann der Trennungskrieg jenen gegenüber nicht stark genug sein. Wir würden nicht nur unseren Parteigenossen drüben, wir würden unserm eigenen Volke den größten Gefallen tun, wenn wir die Verantwortungen einmal feststellen würden. Eisner hat dem deutschen Volke keinen Schaden getan, als er die bayerischen Papiere veröffentlichte. Im Gegenteil. Außerdem habe ich hier eine Nummer der „Wiener Arbeiterzeitung“ vom 3. Juni, unmitttelbar vor der Uebergabe der Friedensbedingungen. Sie schreibt da ganz offen:

Mag in anderen Ländern Maß und Verteilung der Schuld strittig sein: — was Oesterreich-Ungarn in den Krieg trieb, was des Weltkrieges erster Unlach und tiefste Ursache war, das steht über allem Zweifel hinaus fest: es war die Gasarbeurpolitik der Habsburger, die bewußt und mit kaltem Zynismus das hohe Spiel um das Leben ihrer Untertanen eingingen, um ihre wankende Herrschaft in letzter Stunde vielleicht noch zu retten.

Das Kaiserthum und seine Diener hatten dessen auch kein Hehl. Offen wurde ausgesprochen, man müsse Serbien demüthigen, um den seit dem Balkankrieg in Bosnien und in Kroatien schwelenden Brand zu ersticken. Die Ermordung Franz Ferdinands war bloß der gern ergriffene Vorwand. Schon vorher stand die Absicht fest, Serbien zu günstiger Stunde niederzuschlagen, schon während des Balkankrieges hat uns der Uebermut des Wiener Kabinetts zweimal hart an den Abgrund des Krieges gedrängt. Wie wenig aber Verstand und Genossen daran zweifeln, daß der Krieg mit Serbien zugleich der Krieg mit Rußland bedeute, darüber legt der Despatcheswechsel mit dem Zaren deutliche Zeugnis ab. Man wagte

die Wahnsinnigkeit, weil man den inneren Zerfall der Monarchie als unaufhaltsam ansah, weil man glaubte, man habe ohnehin nichts mehr zu verlieren und könne doch vielleicht dank der militärischen Kraft Deutschlands dem lebensunfähigen und lebensunwürdigen Habsburgerstaat eine Salgenfrist von einigen Jahrzehnten gewinnen. Zur Spielerfreiheit gesellte sich der Spielerleichtsin.

Das schrieb die „Wiener Arbeiterzeitung“, dessen gewiß, daß sie dadurch das österreichische Volk nicht schädigte. Im Gegenteil, sie war sich dessen bewußt, daß sie dadurch dem österreichischen Volk einen Dienst erwies. Ich verstehe nicht, wie die Aussprache der Wahrheit in diesen Dingen eine Schädigung des deutschen Volkes bedeuten soll. Bedauerlicherweise hat sich noch eine Sprachgewohnheit aus den Zeiten der Kabinettsdiplomatie erhalten, die viel Mißverstehen verursacht. Man spricht von Ländern wie von Persönlichkeiten, und wenn man von seinem Lande spricht, sagt man ohne weiteres „Wir“. Aber ein Land besteht aus Parteien, Klassen, Schichten der verschiedensten Art. Wenn ich sage, die damalige deutsche Regierung ist schuld, sage ich nicht: das deutsche Volk ist schuld, am wenigsten die deutsche Arbeiterklasse. Im Gegenteil, ich wälze die Schuld von ihr ab.

Wenn gesagt worden ist, ich stehe mit dieser Auffassung im deutschen Volke allein — die das sagen, sind nicht das deutsche Volk. Es sind nicht Zehntausende, es sind Hunderttausende im deutschen Volke, die so denken wie ich. Auch eine große Zahl von Arbeitern und Sozialisten, die der Partei angehören, denken gleichfalls so wie ich. Ich habe zufällig heute wieder den Brief eines Arbeiters aus Hamburg erhalten, der dasselbe sagt, was ich ausführte. Ich bin aber auch Manns genug, unter Umständen mit meiner Auffassung allein dazustehen. Ich bedauere nur im Interesse der Gesamtpartei, daß ich hier fast isoliert dastehe.

Meine Resolution, die ich beantragt habe, soll zusammengestrichen und mit neuen Anträgen des Genossen Katzenstein verbrämt werden. Ich kann noch nicht übersehen, ob ich mich unter diesen Umständen damit einverstanden erklären kann. Gegen die Form, wie sie die Genossen Braun, Löbe usw. zusammengestrichen haben, hätte ich nichts einzuwenden. Es sind dieselben Gedanken ausgedrückt, nur ein Teil ist weggeblieben. Wir kam es vor allem auf die Stellung zur Internationale an. Ich bedauere nur, daß die Bedeutung der Internationale von verschiedenen Rednern so gering angeschlagen worden ist. Gewiß, die Nachfrage liegt so, daß im Augenblick unsere Genossen in Frankreich und England nichts Endgültiges gegen diese Friedensbedingungen aussprechen können. Wenn gesagt worden ist, sie sind nicht einmal vorgelassen worden, so habe ich Grund, so sagen, Wachsen den man nicht durch die Vordertür einläßt, hört man im Hinterzimmer. Entscheidend ist aber folgendes: In diesen Ländern ist eine starke Bewegung der Opposition. In ein, zwei Jahren gibt es dort Neuwahlen, und was England anbetrifft, so ist die Meinung sehr stark vertreten, daß die Neuwahlen dort einen Umschwung im Parteileben bringen werden. Alle die Nachwahlen deuten darauf hin, es ist deshalb sehr möglich und wahrscheinlich, daß in England eine andere Regierung ans Ruder kommt, und zwar eine Koalitionsregierung aus Liberalen und Arbeitern. Ich erinnere daran, daß im Jahre 1906, als die Liberalen zur Regierung kamen, ihre erste Tat die Umstößung des Friedens mit den Buren gewesen ist; die Buren erhielten durch Umstößung des Friedens — ich weiß im Augenblick nicht, bei dem Namen — ihre volle Selbstregierung zurück; ähnliches könnte sich auch bei dem jetzigen Friedensschluß ereignen. Was Frankreich betrifft, so weiß ich von sehr einflußreichen Politikern, die vor dem Kriege in der auswärtigen Politik Frankreichs eine Rolle gespielt haben, daß dort mit einem ähnlichen

Umschwung zu rechnen ist. Deshalb braucht man diese Zusammenarbeit nicht gar so pessimistisch zu beurteilen, wenngleich man sich auch noch nicht Illusionen hingeben braucht. Die Fragen, mit denen wir uns beschäftigen, sind so wichtiger Art, daß wir kein Casardspiel damit treiben dürfen, sondern uns iragen müssen, was gewinnen wir beim Ja, was verlieren wir beim Nein. Ich habe der Entscheidung nicht vorgreifen wollen, sondern wollte nur dahin wirken, daß Verhältnisse geschaffen werden, daß die deutsche Sozialdemokratie in der Welt dasteht rein von allem Vorwurf, als bester Wahrnehmer der Interessen des deutschen Volkes. (Lebhafte Beifall eines Teiles des Parteitage.)

Scheidemann: Sie werden am Schluß dieser Aussprache noch besser verstehen als vorher, warum ich mich nur ganz kurz über die auswärtige Politik ausgelassen habe. (Beifall.) Es ist hier im Augenblick besser, zu wenig zu sagen, als zu viel. (Lebhaftes Sehr richtig!) Sie haben von dem Genossen Bernstein gehört, daß er in einer höchst unglücklichen Bemerkung über die Friedensbedingungen mißverstanden sein will, daß er sie nicht so gemeint haben will. Genosse Bernstein hat damit einen Unfall erlitten, der keinem erspart bleibt, der in seiner Art verfährt. Was er dem „Daily Herald“ geschrieben hat, ist gewiß vernünftig und verständig, aber was glauben Sie, daß man in England von dem Genossen Bernstein denken wird, wenn man hört, daß er auf dem Parteitage genau das Gegenteil über die Friedensbedingungen gesagt hat. (Lebhaftes Zustimmung.) Das versteht doch kein Mensch. Bernstein bemüht sich als internationaler Sozialist mit Recht, die Gegner zu verstehen. Das wollen wir ja alle! (Sehr richtig!) Aber Bernstein geht doch in diesem Bestreben bis zu einem Punkt, wo er — verzeihen Sie mir das Wort — geradezu in Verwirrung umschlägt. Bernstein ist in der Beurteilung der Gegner geradezu ein Engel der internationalen Gerechtigkeit. Gleichzeitig ist er aber für uns ein Abotat des Teufels. Er stellt uns schlämmer dar, als das durch unsere schlammigen Feinde geschehen könnte. Ich achte die Genügnung, aus der Bernstein zu seinen unglückseligen Gedankengängen gekommen ist. Ich möchte aber wünschen, daß auch nur eine Spur dieser Genügnung bei den Sozialisten der Entente zu erkennen wäre. (Lebhaftes Sehr richtig!) Dann würden wir kein Wort des Vorwurfs über unsere Haltung hören. (Lebhafte Beifall.) Bernstein spricht aber nicht zugunsten der Internationale, sondern verteidigt in seiner Uebergerechtigkeit sogar schon die feindlichen Imperialisten. (Lebhafte Beifall.)

Nun zu Cohen und seiner Kontinentalpolitik. Er hat sich hier sehr harmlos gegeben. So verhalten sich die Kontinentalpolitiker aber nicht, wenn sie unter sich sind. Wer hat von uns nicht den Wunsch, in ein möglichst gutes Verhältnis zu den Polen und zu den Franzosen zu kommen! Wo sind hier die Feinde des polnischen oder des französischen Volkes? Wenn wir uns gegen die feindlichen Imperialisten wenden, so geschieht das, weil diese doch ganz einfach die Feinde ihrer eigenen Völker sind. (Lebhaftes Zustimmung.) Was die Kontinentalpolitik immer beschweigen, ist die Tatsache, daß ihre Gedankengänge genau dem Programm des Münchener Bundes zur raschen Niedertwerfung Englands entsprechen, daß sie übereinstimmen mit den Gedankengängen Bernhards in der „Rösischen Zeitung“ und des Grafen Reventlow, dessen Geistesverwandtschaft mit Reventlow ihm während des Krieges seitens der Antifemiten — ich bin kein Antifemite! — den Beinamen Reventlow eingetragen hat. (Geisteskeit.) Wenn wir die Liste der Kontinentalpolitiker genauer durchsehen, so können wir feststellen, daß sich sämtliche Vertreter des unbeschränkten U-Bootkrieges zu Lande dort ein Stellchlein gegeben haben. Das ist im höchsten Grade bedächtig. (Lebhaftes Zustimmung.) Ich bedauere, daß Genosse

Cohen sich hier so zurückhaltend gegeben hat; so verhält er sich gewöhnlich nicht. Der Führer dieser Gruppe, der sozialdemokratischen Aktivistin oder der Revisionisten, wie sie sich nennen, hat an anderer Stelle, beispielsweise in dem neuesten Heft der mir vorliegenden „Sozialistischen Monatshefte“ viel weniger Zurückhaltung geübt. Der Führer der Kontinentalpolitiker, der Genosse Cohen, schreibt dort u. a.: „Die sozialdemokratische Partei befindet sich in einer üblen Lage. Sie ist auf dem besten Wege, geistig und politisch zu erstarren. Die kräftigsten Elemente laufen ihr davon, und die Zurückbleibenden gehen nur schwer und ungerne an die politische Arbeit.“ Und weiter heißt es: „Der Partei muß von innen heraus neues Leben gebracht werden, von innen heraus muß sie umgestaltet werden,“ und weiter: „Geschieht das nicht, dann werden die sozialistischen Aktivistin energisch weiterarbeiten und die Partei aus der Stagnation herauszuführen.“ (Lebhafte Bewegung. — Hört, hört!) Was wir zu erwarten hätten, wenn die Politik des Genossen Cohen von der Partei aufgenommen werden würde, darüber kann bei niemand Zweifel bestehen. Der Führer der Kontinentalpolitiker, eben der Genosse Cohen, war aber nicht nur ein U-Boot-Maffabäer, sondern er hat unsere Arbeit in der schwierigsten Zeit der Geschichte der letzten Monate noch in anderer Weise schwer geschädigt; er ist es gewesen, der in der schwierigsten Zeit die preussischen Arbeiter mit dem Pluralwahlrecht abspesen wollte. (Große Bewegung, lebhafteste Entrüstungskrufe.) Wenn wir in der Reichskanzlei vortraden und das gleiche Wahlrecht für Preußen verlangen, dann mußten wir uns sagen lassen: Sie können es uns doch nicht verübeln, wenn wir nicht so sehr überzeugt sind von der Notwendigkeit des Reichstagswahlrechts in Preußen. Die Arbeiterschaft steht ja nicht einmal geschlossen hinter Ihnen. Ebenso vertritt man innerhalb Ihrer Fraktion ja die Auffassung, daß die Arbeiter auch mit einem Pluralwahlrecht zufrieden sind. Auf der einen Seite der U-Boot-Krieg, auf der anderen Seite das Pluralwahlrecht für die Arbeiter — so steht der Aktivismus aus, der die Partei mit sich reißen will (Anhaltende starke Bewegung.) Davon kann keine Rede sein. Wir haben an dem ersten Punischen Kriege genug und wollen keine diplomatische Vorbereitung des zweiten Punischen Krieges. Was wir wollen, ist ein ehrlicher Friede, der im Interesse der deutschen Arbeiter liegt. (Lebhafte Beifall.) Nichts ist unsozialistischer als die Kontinentalpolitik. Wir treten ein für internationale sozialistische Politik! Wir verlangen gleiches Recht für unser Volk mit allen Völkern. Der Weg dahin ist noch nicht frei. Deshalb rufe ich Euch zu: Genossen, haltet Euch bereit! (Lebhafte Beifall und Gändeflatschen.)

Vors. Heinrich Schulz: Die Debatte ist geschlossen. Zur persönlichen Bemerkung hat das Wort Genosse

Otto Braun: Ich habe meine persönliche Bemerkung schon zu Beginn der Mittagspause machen wollen. Es handelt sich lediglich um eine Nichtigkeitsklärung. Mir ist heute vormittag ein Lappus unterlaufen, als ich im Hinblick auf Vernsteins Ausführungen über die historische Berechtigung der Angleberung deutschen Gebiets an Polen gesagt habe, sie hätten nie zu Polen gehört. Das ist falsch. Ich habe sagen wollen, daß Oberschlesien und die sonst erwähnten Gebiete 1772 und später nicht zu Polen gehört haben.

Cohen (persönlich): Genosse Scheidemann hat mir den persönlichen Vorwurf gemacht, ich sei zurückhaltend gewesen. In zehn Minuten muß man zurückhaltend sein. Ich würde mich freuen, wenn ich einmal Gelegenheit hätte, mich mit ihm ausführlich auseinanderzusetzen. Er hat mir dann vorgeworfen, ich hätte irgendwo geäußert, die Arbeiterschaft wäre mit einem Pluralwahlrecht zufrieden. (Scheidemann: Das haben Sie uns berichtet!) Das habe ich

ihnen niemals berichtet. Ich habe einmal mit einem Mitglied der Reichsregierung eine Unterredung gehabt, in der ich dieses Mitglied der Reichsregierung darauf aufmerksam gemacht habe, daß es vom Standpunkte der Regierung aus richtig sei, wenn sie mit Vorschlägen für die Umänderung des Wahlrechts beginne und nicht warte, bis die Arbeiter es sich durch irgendwelche Umwälzungen selbst erringen, ein Standpunkt, der immer von uns innegehalten worden ist. (Widerspruch.) Wenn dabei der betreffende Herr, was ich heute nicht mehr genau weiß, seinerseits den Vorschlag gemacht hat, dann könne man ein Pluralwahlrecht bringen, dann habe ich mit Bestimmtheit darauf gesagt, daß ich das nicht für richtig halten würde, daß man aber auf alle Fälle einen Anfang machen müsse.

Die Fülle der unrichtigen Angaben, die Genosse David gegen mich vorgebracht hat, kann ich unmöglich im Rahmen einer persönlichen Bemerkung berichtigen; ein paar der größten Anschuldigungen muß ich aber berichtigen. Genosse David hat es so dargestellt, als ob ich hier oder irgendwo den Vorschlag gemacht hätte, man brauchte den Franzosen nur Vorschläge zu machen, dann würden sie die Liebenswürdigkeit haben, diese Vorschläge anzunehmen. Es ist mir nicht eine Sekunde eingefallen, eine so phantastische, naive Vorstellung zu haben.

Ich habe im Gegenteil fast wörtlich gesagt: Wir wußten, daß Frankreich, das am meisten durch den Krieg betroffen war, die größten Ansprüche für die Wiedergutmachung an uns stellen würde; insgedessen war es nötig, daß wir nicht sechs Monate warteten, bis der Friedensvertrag unter großen Mühen fertig wurde, sondern daß wir schon vorher Frankreich Mittel und Wege wiesen, mit deren Hilfe die Wiedergutmachung am besten möglich sei. Ich habe gesagt, dasselbe tue ja heute unsere Delegation. Weshalb haben wir gewartet und sechs Monate lang nichts getan?

Dann hat Genosse David mir vorgeworfen, ich hätte in einer Hauptauschuss-sitzung des Reichstages Polen an das zaristische Rußland ausliefern wollen. Davon ist nicht ein Wort wahr. In jener Sitzung war von der Selbständigkeit Polens die Rede, und da habe ich gefordert, daß diese Selbständigkeit nicht nur durch die Sieger Deutschland und Oesterreich entschieden werden könne, sondern nur im Einverständnis mit Rußland dem Mutterland von Polen. Dasselbe verlangen wir ja jetzt für unsere Ostprovinzen. Es ist bezeichnend, daß Genosse David diese objektive Haltung dadurch zu vermindern sucht, daß er die Aeußerung eines chaubinnischen polnischen Abgeordneten dazu benutzt, um gegen mich Stimmung zu machen. Die Genossen David und Scheidemann haben mich als einen Anhänger des U-Bootkrieges hingestellt. David hat so getan, als ob ich Propaganda dafür gemacht hätte. Das ist nicht wahr. Wahr ist, daß ich genau wie die sozialdemokratische Partei den U-Bootkrieg grundsätzlich aus ethischen Bedenken abgelehnt habe und daß ich weitergehend als die Fraktion, gesagt habe: Der U-Bootkrieg könne gemacht werden und sei vernünftig, wenn vorher durch eine Verständigung mit dem Osten die russische Küstenbedeutung vorhanden sei. (Lachen und Zurufe.) Ich meine, ein U-Bootkrieg unter bestimmten Voraussetzungen ist dieselbe Haltung, die die sozialdemokratische Fraktion eingenommen hat, die ihn auch nicht grundsätzlich für alle Zeiten abgelehnt hat.

Dann hat Genosse David es dargestellt, als ob ich von dem Selbstbestimmungsrecht als von einer Phrase gesprochen hätte. Das tut derselbe David, dem die Erluchtung über das Selbstbestimmungsrecht erst in Stockholm gekommen ist. Ich habe David darauf aufmerksam gemacht, daß es bei der russischen Mandatsstaatenpolitik Leute gäbe, die eine vollständige Abrennung wünschten, und ich habe gesagt, das ist die Minderheit, und es ist falsch,

wenn wir diese Minderheit unterstützen, weil wir uns dadurch Rußland zu unserm Lobfeinde machen. Weil nur mit Unterstützung Rußlands überhaupt ein einigermaßen guter Ausgang des Krieges für uns möglich war, habe ich in dem Zusammenhang gesagt: Ich steife unter Umständen auf das Selbstbestimmungsrecht all dieser Randländer, wenn dabei das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes zugrunde geht. Das halte ich auch heute noch aufrecht.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Ich bitte, bei den persönlichen Bemerkungen sich streng daran zu halten, daß nur die für unrichtig gehaltenen Behauptungen zurückgewiesen werden.

Schreibemann (persönlich): Die Auseinandersetzung mit Genossen Cohen, die sich leider im Rahmen persönlicher Bemerkungen bewegen muß, da er heute nachmittag von allen diesen Dingen geschwiegen hat, ist doch von großer Bedeutung. Ich hätte darauf verzichtet, aber nach seiner Bestreitung muß ich folgendes sagen: Cohen wirft mir gegenüber die Frage auf, ob ich mich aller privaten Unterredungen erinnere, die ich im Laufe des Jahres gehabt hätte. Diese Frage kann ich natürlich nur mit einem Nein beantworten. Bei den zahllosen Unterredungen, die wir Tag für Tag an amtlichen und privaten Stellen hatten, wäre das ein Ding der Unmöglichkeit. Aber die Unterredung, auf die ich mich hier beziehe, steht nicht nur in meinem Gedächtnis, als wenn sie vor 10 Minuten in mein Ohr geklungen wäre, sondern diese Unterredung ist sofort, nachdem der Genosse Cohen dem Genossen Ebert und mir den Bericht über seine politische Tätigkeit in der Reichsanzlei erstattet hatte, niedergelegt worden. Dieser Bericht, den uns Cohen darüber erstattete, war für uns so empörend, daß wir gewaltsam an uns halten mußten, weil wir die Meinung hatten, den Genossen Cohen zur Tür hinauszuwerfen. (Hört, hört!) Cohen kam und sagte — das Protokoll steht, wie gesagt, einwandfrei da, und Genosse Cohen wird, wenn er es liest, auch nicht die Dreistigkeit haben, seine Nichtigkeit zu bestreiten —: Es war am 3. Oktober des Jahres 1914 zwischen 2 und 3 Uhr. Da kam Genosse Cohen in unser Bureau, um uns zu erzählen: Ihr dürft es mir nicht übelnehmen, wenn ich Euch ein wenig in die Politik hineinpusche. In einer solchen Zeit wie jetzt dürft Ihr nicht etwa Euch als Instanz ansehen, neben der niemand anders an amtlichen Stellen politische Fortschritte zu erringen versuchen dürfe. Ich war überzeugt, jetzt kommt etwas ganz Phänomenales, denn ich hatte im Laufe der Zeit die Erfahrung mit Cohen gemacht: was er politisch angefaßt hat, war nichts — ich will kein häßliches Wort gebrauchen — es war nichts. Alles zerfließt dem Mann unter den Fingern, was er politisch tut, weil er einer der unglücklichsten Menschen ist, die in die Politik hineingeweicht sind, ohne daß sie ihnen liegt. — Er erzählt also weiter: Durch seine familiären Beziehungen, an die wir auch heute noch nicht glauben, zum Staatssekretär Goss, sei er in die Möglichkeit versetzt worden, mit dem Chef der Reichsanzlei, Herrn Wahnschaffe, in Verbindung zu treten. Er habe Wahnschaffe in der Reichsanzlei aufgesucht, um mit ihm zu reden über das, was jetzt innerpolitisch geschehen müsse. Wir hätten doch die Kriegskredite bewilligt, was würde danach nun eigentlich im Innern? Darauf hat ihn der Herr Wahnschaffe sehr verständig geantwortet: Erlauben Sie mal, Sie haben doch wohl die Kriegskredite nicht bewilligt, um dafür etwas einzutauschen. (Zurufe von Cohen.) Bitte, ich zitiere nach dem Bericht, dessen Inhalt später von dem Chef der Reichsanzlei bekräftigt worden ist. — Darauf Cohen: Immerhin, Wahlrecht usw., in Preußen muß was geschehen. — Darauf Wahnschaffe: Na, erlauben Sie. Sie müssen es doch verstehen, wenn ich Ihnen ehrlicherweife sage, daß weder der Reichsanzler noch ich das Reichstagswahlrecht für Preußen für richtig

halten, wir sind Gegner dieses Wahlrechts. — Darauf Cohen: Das verstehe ich durchaus, aber ich bin jetzt überzeugt, Sie können auch die deutschen Arbeiter zufriedensstellen mit einem Ruralwahlrecht. (Hört, hört!) Nichts anderes, als was ich vorher gesagt habe. Als neulich Cohen in irgendeiner allwissigen Versammlung die Gruppen, deren Organ die „Kosmische Zeitung“ ist, um sich versammelt hatte, da redete er von der Heuchelei und der angeleglichen Zweideutigkeit der Regierung. Deshalb halte ich mich für verpflichtet, heute zu sagen, daß es sich die deutsche Arbeiterschaft nicht gefallen lassen soll, daß Leute, die derartig hinter den Kulissen Politik gemacht haben, die uns abspießen wollten mit einem Ruralwahlrecht, jetzt kommen als die großen Regeneratoren der sozialdemokratischen Partei. Nein, wenn die Partei etwas gebraucht, dann ist es Einigkeit und feste Entschlossenheit, aber was sie nicht gebrauchen kann, das ist die politische Zweideutigkeit, das ist das Arbeiten hinter den Kulissen der Cohen und Konforten. (Stürmischer Beifall.)

Dr. David (persönlich): Genosse Cohen hat in seinen persönlichen Bemerkungen gesagt, seit wann ich denn für das Selbstbestimmungsrecht sei, in Stockholm sei ich es noch nicht gewesen. Wenn Sie das Memorandum von Stockholm nachlesen wollen, so werden Sie finden, daß es aufgebaut ist auf der Grundlage der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts, daß dort insbesondere schon das Selbstbestimmungsrecht der Finnen und Polen ausdrücklich genannt ist. Er meint jetzt, das seien doch nur wenige Leute in den Randstaaten gewesen, die das Selbstbestimmungsrecht im Sinne der Loslösung von Rußland gewollt hätten. Die ganze nachfolgende Entwicklung und die heutigen nationalen Kämpfe unserer Parteigenossen überall dort zeigen, daß es nicht wenige sind, sondern daß die Bevölkerung in ihrem Gros für nationale Unabhängigkeit kämpft.

Er hat mir weiter vorgeworfen, ich hätte mich in einem diametralen Gegensatz zur Wahrheit gesetzt in folgenden Punkten. Er habe nicht gesagt, daß die Franzosen so liebenswürdige Leute seien, denen man bloß ein zärtliches Wort zu sagen brauche, und dann seien sie gleich bereit, mit uns Frieden und Freundschaft zu schließen.

Er griff Erzberger an, weil er in der Waffenstillstandskommission eine ganz verkehrte Politik getrieben habe und so daran schuld sei, daß die Franzosen uns gegenüber so exorbitant harte Forderungen gestellt haben. Darauf habe ich darauf hingewiesen, daß das den Tatsachen ganz widerspricht, daß es Illusion ist, zu glauben, daß die Franzosen bereit gewesen wären, uns irgendwie annehmbare Bedingungen zu stellen, wenn man schon während der Waffenstillstandsverhandlungen ihnen irgendwie so oder so etwas Liebenswürdiges gesagt hätte. Die Tatsache, daß Cohen seine Politik aufbaut auf eine ganz unhaltbare illusionäre Anschauung über die Absichten der französischen Imperialisten und Militaristen bleibt bestehen. Zweitens: er habe im Anschluß nicht gegen die Unabhängigkeit der Polen gesprochen, sondern er habe nur verlangt, daß man die Russen dabei auch fragen solle. Er hat uns heute früh selbst entwickelt, daß er gegen die Unabhängigkeit Polens gewesen sei, und noch heute es für den schwersten Fehler der Reichsregierung halte, daß man die nationale Unabhängigkeitsbewegung der Polen anerkannt habe. Ich sehe also wirklich nicht ein, wo der Widerspruch liegen soll. Er gibt dann selbst zu, er habe im Hauptausschuß allerdings gegen die Selbständigkeit der Polen gesprochen, und dort habe ihm der polnische Abgeordnete den Widerspruch gemacht. Ich glaube, damit sind die Tatsachen doch von ihm selber erhärtet, wie ich sie heute mitgeteilt habe. Schließlich soll ich auch in Bezug auf den U-Boot-Krieg das diametrale Gegenteil der Wahrheit gesagt haben. Sie haben ja selber keine Auslegung gehört. Erst habe man die Rücken-

bedung gegen Rußland haben müssen, um dann mit dem U-Boot-Krieg gegen England vorzugehen. In der Fraktion hat er ja auch immer diese Rückenbedingung politisch dargelegt. Aber als die Entscheidung kam, war sie ja nicht da, und trotzdem trat er für den rücksichtslosen U-Boot-Krieg ein und wollte die Fraktion auf diesen Weg führen.

Damit glaube ich genügend bewiesen zu haben, daß nicht das, was ich gesagt habe, diametral der Wahrheit entgegengesetzt war.

Cohen-Reuß: Ich überlasse es dem Parteitag zu entscheiden, ob das, was David zuletzt festgesetzt hat, dasselbe war wie das, was er vorher gesagt hat. Jeder, der sich eine Spur von Objektivität bewahrt hat, wird mir zustimmen, daß er eine ganze Menge Dinge dabei verschwiegen hat, z. B. den Umstand, der für mich die Voraussetzung eines U-Boot-Krieges, die Verständigung mit Rußland. (Brücker: Wiederbelebungsversuche erfolglos! Große Heiterkeit.) Es ist noch nicht aller Tage Abend, warten Sie ruhig einmal ab.

Bu den Bemerkungen Scheidemanns muß ich das Folgende sagen: Ich will mich jedes Urteils darüber enthalten, welche besondere Art es ist, von einer Unterredung, die man mit jemand gehabt hat, eine Denkschrift anzufertigen und sie gelegentlich einmal zu benutzen, ohne dem Betreffenden vorzulegen, was man hineingeschrieben hat. Ich überlasse die Beurteilung dieser Art der Kampfesweise ganz ruhig Ihnen. Ich habe mit solchen Mitteln noch nicht gekämpft. Wie unrichtig aber die Denkschrift sein muß, wie sie von Fehlern wimmeln muß, geht aus Folgendem hervor. — Wenn der Chef der Reichslanglei den Inhalt der Niederschrift bestätigt hat, so muß doch Scheidemann mit ihm darüber gesprochen haben. Jedenfalls kann der Chef der Reichslanglei den Inhalt einer mit mir gehaltenen Unterredung, den Scheidemann niedergeschrieben hat, ihm nur bestätigen, wenn sie ihm Scheidemann vorgelegt hat, aber wenn Scheidemann mit ihm darüber gesprochen hat. Wie falsch der Inhalt aber ist, geht daraus hervor, daß ich gesagt haben soll, ich hätte familiäre Beziehungen zu Herrn Solf. Nun weiß ich genau, daß das nicht der Fall ist. Ich habe nicht familiäre Beziehungen zu Herrn Solf. Gesagt habe ich, ich habe Beziehungen zu Herrn Solf, mit dem ich durch meinen Bekannten zusammenkam. (Große Heiterkeit.) Sie scheinen sich doch die Sache zu leicht zu machen. Beziehungen zu Herrn Solf hat auch Scheidemann, das haben sehr viele von uns, aber das sind keine familiären Beziehungen, familiäre Beziehungen sind verwandtschaftliche Beziehungen. Aus dieser Tatsache geht hervor, wie leicht man dadurch, daß man einen Begriff in einen ähnlichen verwandelt, die Sache umfälschen kann. Daher können Sie ersehen, welchen Wert überhaupt diese Denkschrift hat, die man mir nicht einmal vorgelegt hat.

Scheidemann: Sie haben die Art des Genossen Cohen erlebt, der hier einfach die Behauptung aufstellte, ich hätte erklärt, daß die Aufzeichnungen Herrn Wahnschaffe vorgelegen hätten. Ich habe in Wirklichkeit gesagt, daß das, was Cohen Ebert und mir, den Vorsitzenden der Partei und der Fraktion offiziell damals berichtete, uns von so ungeheurer Wichtigkeit erschien, daß es von uns pflichtgemäß niedergeschrieben werden mußte. In einer späteren Unterhaltung mit Herrn Wahnschaffe kamen wir durchaus nicht auf diese Unterredung zurück, aber aus dem ganzen Inhalt jener Unterredung gewannen wir die felsenfeste Ueberzeugung, daß Cohen uns ganz wahrheitsgemäß berichtet hatte über das, was er mit Wahnschaffe erlebt hatte. Genau dieselben Worte, die er damals bei uns gebraucht hatte und die wir niedergeschrieben hatten, wiederholten sich bei Herrn Wahnschaffe in der Unterredung mit uns. Als wir nämlich später hingingen und innere Reformen im Reich verlangten,

da sagte uns Herr Wahnschaffe, er verstehe gar nicht die Heftigkeit und Nachdrücklichkeit, mit der wir das gleiche Wahlrecht für Preußen verlangten, wir könnten doch nicht etwa die Behauptung aufstellen, daß die ganze Fraktion dabei hinter uns stände, denn aus der Fraktion heraus sei ihm doch gesagt worden, daß man mit dem Pluralwahlrecht die Arbeiter schließlich zufriedustellen werde! Wenn Cohen sich darüber empört hat, daß wir eine Niederschrift machten, so frage ich Sie alle: ist es nicht in einer solchen kritischen Situation, in der wir damals lebten, geradezu ein Akt absoluter politischer Notwendigkeit, das zu tun? (Lebhafte Zustimmung.) Das wäre aber niemals an die Öffentlichkeit gekommen, wäre unter uns geblieben, wenn Genosse Cohen nicht fortgesetzt draußen herumreden würde in allen Berliner Versammlungen und uns der Zweideutigkeit bezichtigte.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Anträge 242 und 244. Dem äußeren Eindruck nach ist 242 der weitergehende, weil er viel länger ist, inhaltlich aber ist der Antrag 244 weitergehend, weil er als neu den Protest gegen den Gewaltfrieden enthält. Ich schlage deshalb vor, daß wir zuerst über den Antrag 244 abstimmen. — Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Zu diesem Antrag gehören die Abänderungsanträge Kapfenstein (249).

Antrag 249 wird angenommen, ebenso einstimmig die so veränderte Resolution 244. Damit ist die Resolution 242 erledigt.

Hierauf wird die gestern abend abgebrochene Debatte über den Bericht des Parteivorstandes fortgesetzt.

Tietemann-Düsseldorf: Durch den Vorstandsbericht ging ein frischer Zug. Es war gut, daß er selbst auf die schwärenden Stellen unserer Politik hinwies. Genosse Wels hat mit Recht auf die Schwierigkeiten unserer Politik hingewiesen und hat manches gesagt, was neu war und zweifellos den Weisfall der Genossen im Lande finden wird. Wir müssen aber hierbei auf die Unterlassungen des Parteivorstandes zurückkommen. Die Genossen im Lande rufen, nein, schreien förmlich nach Material, um sich in den Betrieben gegen die Verleumdungen der Unabhängigen wehren zu können. Mit diesem Aufklärungsmaterial über die schwierige Stellung unserer Partei unter den heutigen Verhältnissen ist das Land im Stiche gelassen worden. Ich erkenne gern an, daß es verständlich ist, in dieser Zeit das Vaterland über die Partei zu stellen. Wenn uns aber die Massen dadurch nach links entgleiten, so ist dem Vaterlande auch nicht gebient.

Genosse Wels hat auch eine Warnungstafel für die Ministergenossen errichtet. Das hätte schon früher geschehen müssen, und wenn der Vorstand beifügt, daß in den Freistaaten — hier wird hauptsächlich Preußen zu nennen sein — noch zu viel Moberlust vorhanden ist, so muß man fragen: was trägt die Schuld? Meines Erachtens vor allem das, daß wir in Preußen drei Minister haben, die ganz auf dem rechten Flügel unserer Partei stehen. Zwei standen immer da, und der eine ist schnell von links nach rechts gefollet. Man wird auch den Eindruck nicht los, daß nicht immer bei den Ministern Hand in Hand gearbeitet wird, und daß dadurch unsere Tätigkeit im Lande sehr erschwert wird. Dort, wo sich die Minister von den Verhältnissen meißern lassen und nicht verstehen, etwas Geschickte zu machen, muß ihnen vom Parteivorstand nahegelegt werden, die üblichen Gesandtschaftsbesuchen vorzuschicken.

Der Parteivorstand muß also dafür sorgen, daß auch nach außen in die Erscheinung tritt, daß wir als Sozialdemokraten die alten geblieben sind.

Es darf nicht mehr vorkommen, daß ein Rathenau uns kühn verhöhnen konnte über die angebliche Sozialisierung, die marschiere. (Sehr richtig!) Der Eindruck muß verändert werden, daß unseren Ministern von ihren Geheimräten auf der Nase herumgetanzt wird.

Nach einige Worte zur Einigung. Die U. S. P. hat nichts gelernt und nichts vergessen und dreht sich im Kreise herum wie ein dreschender Esel. Die Politik, die sie auf die wilhelminische Regierung anwenden, wenden sie heute auch auf das demokratischste Staatswesen der Welt an, auf Deutschland. An und für sich gibt es zwischen uns und ihnen keine prinzipielle Meinungsverschiedenheit, und wenn es gelänge, die U. S. P. zu einer Einigung mit uns zu bringen, würde es genau so gehen, wie auf der Götthar Einigungskonferenz. Man müßte nach Erledigung der Einigungsverhandlungen feststellen, daß keiner von seinen prinzipiellen Grundfäden etwas abgegeben hätte.

Nun etwas zur Frage der Freiwilligenkorps. Es liegt ja ein Antrag vor, daß der Genosse Roste ausgeschlossen werden soll. Er geht von dem Grundsatz aus, daß ein Sozialdemokrat unter den heutigen Verhältnissen kein Reichswehrminister sein kann. Wir wissen aber auch, daß das verkehrt ist. Es wird heute immer wieder die Befürchtung ausgesprochen, daß die Freiwilligenkorps letzten Endes das Sprungbrett für die Reaktion bilden könnten. Um so gefährlicher wäre dann die Einrichtung, wenn an Stelle eines Sozialisten ein bürgerlicher Minister säße. (Sehr wahr!) Wir müssen dieser Einrichtung die Giftzähne ausbrechen. Es kann nicht so weitergehen, daß durch die Tapferkeit, durch die Brutalität dieser Leute unsere Mitglieder förmlich in das linke Lager hineingepreßt werden. Es ist auch verständlich, wenn selbst in den Orten, wo die Freiwilligenkorps herangezogen werden, um uns dem Druck von links zu entziehen, nach kurzer Zeit gerufen wird: Fort mit den Truppen. Es ist eben bisher nicht so gewesen, wie Roste gesagt hat, daß immer in Verbindung mit uns gearbeitet wird, daß Vertrauensleute in den Orten sind, wo die Truppen einmarschieren. Nein, die Vertrauensleute werden gewissermaßen schematisch an die Seite gedrückt, sie werden nicht benutzt oder bald wieder abgesetzt. Wir sehen vor allem das unmotivierte Vorgehen der Regierungssoldaten darin, daß es an der richtigen Aufklärung fehlt, daß ihnen gewissermaßen von ihren Aufklärungsstellen eingepreßt wird, daß jeder Mensch, der auch die Straße geht, wo die Regierungstruppen einrücken, ein Spionist ist. Diese verkehrte Aufklärung hat uns vielleicht Hunderttausende von Mitgliedern gekostet. Da muß von unserer Seite die Aufklärung einsetzen. Durch den ersten Absatz unseres Zusatzantrages soll keineswegs die Politik in die Heeresverbände hineingetragen werden, sondern wir wollen nur erreichen, daß eine vernünftige Aufklärung über die staatsbürgerlichen Rechte und die heutigen politischen Verhältnisse unter den Truppen verbreitet wird, daß nicht eine Aufklärung kommt, wie sie von den Generalkommandos gemacht wird. (Sehr richtig!) Wir verlangen auch, daß der Belagerungszustand nur verhängt und Truppen erst dann eingesetzt werden dürfen, wenn die zuständigen Parteiorganisationen gehört worden sind. Heute liegt es so, daß, wenn über den Kopf der Organisationen hinweg etwas gemacht wird, unsere Mitglieder selbst zur offenen Empörung getrieben werden und selbst in den Streik eintreten. So darf der linken Seite nicht mehr in die Hände gearbeitet werden. Das bekannte Schweineglück der Sozialdemokratie, das wir früher immer hatten, ist schon längst auf die U. S. P. übergegangen infolge der Tapferkeit der militärischen Stellen. Wenn nicht Vertrauensleute überall da herangezogen werden, wo Truppen nötig sind, sind wir letzten Endes die Totengräber unserer Partei. Von diesem Gesichtspunkt aus müssen Sie unserem Antrag zustimmen. Falls an Stelle des Antrages 68 der Antrag 208 angenommen werden wird,

dann bitte ich, den Zusatzantrag, den wir gestellt haben, auch bei dem Antrag 208 zur Abstimmung zu bringen, denn es ist unbedingt notwendig, daß dieser Zusatzantrag mit angenommen wird, sonst ist auch die Resolution König nicht sich noch Fleisch. Es hieße das Kind mit dem Bade ausschütten, wenn man verlangen wollte, daß die Freiwilligenkorps unter den heutigen Verhältnissen aufgelöst werden. Das kann nicht geschehen, weil auch von der linken Seite nicht mit geistigen Waffen gearbeitet wird, sondern mit Handgranaten und anderen Kugeln. Ich bitte Sie deshalb, unseren Antrag anzunehmen.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Es ist von zwei Seiten Schluß der Debatte beantragt worden. Wünscht jemand für Schluß der Debatte das Wort?

Brennide: Wir haben eine ganze Anzahl Redner gehört, die ihre Angelegenheiten besprochen haben, die streng genommen zum Vorstandsbericht gehören. Wir haben weiter noch den Bericht der Fraktion der Nationalversammlung auf der Tagesordnung, und die vielen Beschlüsse, die noch vorgebracht werden sollen, können ebensogut dort vorgebracht werden. Wir müssen dann noch versuchen, die Frage der Arbeiterräte sachlich und ruhig zu behandeln, und ich bitte darum, jetzt Schluß zu machen und die Anträge noch zu erledigen.

Gegen den Schluß der Debatte erhält das Wort

Dieser-Hamburg: Die Sache liegt so — (Zuruf: Von Euch aus Hamburg haben schon vier gesprochen!) — Es handelt sich nicht um Hamburg, es handelt sich darum, daß zwei Strömungen auf dem Parteitag sind. (Zuruf.) Die erste Strömung ist reichlich zu Worte gekommen, die zweite Strömung derjenigen, die weiter links stehen, nicht. Wir haben auch noch ein Wort dazu zu sagen. (Sehr richtig!) Vor allem zu dem, was der Genosse Roste gestern gesagt hat. Wir glauben, ein Recht dazu zu haben. Ich bitte Sie daher, den Antrag auf Schluß der Debatte abzuschließen und zu gestatten, daß der linke Flügel noch zum Wort kommt. (Sehr richtig! — Zuruf: Er hat ja schon gesprochen!)

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird darauf abgelehnt.

König-Dortmund: Im Laufe der Debatte ist verschiedentlich Kritik an unserem militärischen System zum Teil mit Recht geübt worden. Der Belagerungszustand darf nur im äußersten Notfall verhängt werden. Die außerordentlichen Kriegsgerichte müssen verschwinden, da wir grundsätzlich die Entscheidungen an Volkstrichter bringen wollen. Wir haben auch Anlaß, nicht immer mit der Arbeit der Freiwilligenverbände zufrieden zu sein. Die Vorfälle in Stettin, Bromberg und Berlin, sowie die Flucht der Leutnants Vogel und Marloth haben Unzufriedenheit in weiten Parteikreisen hervorgerufen. Wir haben es daher freudig begrüßt, daß Genosse Roste mit Entschiedenheit gegen militärische Ausschreitungen vorgegangen ist. Wir verlangen von ihm in allen Fällen, wo die Freiwilligenverbände Handlungen begehen, die nicht gutzuheißen sind, entschlossenes und rücksichtsloses Eingreifen. Wir wünschen aber auch, daß, wenn er eingreifen muß, die Öffentlichkeit unterrichtet wird über Entlassung von Offizieren oder Mannschaften, Sie brauchen ja nicht mit Namen genannt zu werden. Im Falle des Generals von der Goltz, der aus Miga abgerufen werden mußte, hat der Parteivorstand erst die Anregung geben müssen. Das dürfte nicht sein. Das ist bedauerlich. Sicher, die Verhältnisse erklären uns ja vieles und vieles werden wir verzeihen müssen. Gewiß, wir erkennen an, daß aus den demoralisierten Reihen eines kaiserlichen Heeres nicht im Handumdrehen eine republikanische Mustertruppe geschaffen werden kann. Unliebsame Eingeleseheunungen lassen sich in diesem Überbergungsstadium nicht vermeiden. Viele Angriffe, die Roste gassen, sind deshalb

falsch! Lassen Sie uns gerecht sein gegen ihn. (Beifall.) Seine Energie und Mannhaftigkeit ist aller Anerkennung wert. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wenn alle Minister auf ihrem Sondergebiete so viel Kraft entwickeln würden wie Roste, dann wären wir mit der Durchführung der Demokratie und des Sozialismus schon einen tüchtigen Schritt weitergekommen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Auch in der Durchführung unseres Kulturprogramms. Nach Ausbruch der Revolution hat sich viel Gefindel in den Vordergrund gedrängt, das sich durch die Revolution gesund machen wollte. Gegen dieses Morgengefindel, das uns mit einem unerträglichen Terrorismus bedrohte, mußte mit einer leistungsfähigen militärischen Macht durchgegriffen werden, um so mehr, als wir uns in den schwersten Stunden befanden, Brot brauchten und den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens vornehmen mußten. Vor den schlimmsten Folgen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs mußten wir uns ebenso schützen wie vor dem Terrorismus und dem Raubgefindel. Es geht nicht an, daß bei Streiks, wie es durch die Spartakisten gesehen ist, wirtschaftliche und politische Forderungen durcheinander geworfen werden. Haben doch die Wortführer der Spartakisten im Industriegebiet gesagt: „Wenn unsere Industrie ruiniert ist, dann bauen wir sie auf dem Trümmerhaufen wieder neu auf. Die Sabotage der produktiven Arbeit war unerträglich und durfte nicht geduldet werden. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Wir haben gelernt, daß Sozialismus nicht heißt umstürzen, sondern aufbauen. Marx und Engels lehrten uns an das Gewordene anzuknüpfen. Ich erinnere mich, daß der alte Liebknecht uns jungen Sozialisten auf dem Parteitag in Halle auseinandergelegt hat, daß wir in den sozialistischen Staat „hineinwachsen“ mußten. Wir wissen ja zur Genüge, wie der Bolschewismus zu Hause aussieht. In dem Aktionsprogramm der bolschewistischen Organisation des Auslandes vom 18. November 1918 heißt es u. a., daß überall der Generalstreik, Zerstörung von Maschinen und Oesen, ferner mögliche Erregung der Eisenbahner, Sprengung von Eisenbahnen usw. zur Desorganisation des Verkehrs, Attentate usw. durchgeführt werden sollten. Da diese Pläne auch in Deutschland durchzuführen versucht wurde, war aus Staats- und Volksinteresse ein kräftiger Zugriff notwendig. Dabei kommen Fehler und Uebergreife vor. Das bedauern wir, können es aber nicht verhindern. Was die Kommunisten und Spartakisten bei uns schaffen wollen, haben wir in München gesehen. Ihr Ziel sind terroristische Republiken, dem muß mit Entschiedenheit entgegengearbeitet werden. Nehmen Sie den Antrag 203 betreffs Freiwilligenverbände an. Wenn die dort geforderten demokratischen Reformen durchgeführt werden und viele Sozialdemokraten eintreten werden, dann wird uns der Aufbau eines demokratischen Volkskorps gelingen. Das wird uns den Volksstaat stützen und wir werden mit der Tätigkeit der Reichswehr dann zufrieden sein können. (Wabow!)

Stoll-Attenfen: Ich muß sagen, daß ich über das Referat des Genossen Wels keine ungemischte Freude empfunden habe. Dieser Eindruck ist durch die nationalitätlichen Arabesten, mit denen Wels sein Referat befasste, nur noch verstärkt worden. Wels gab uns den dringenden Rat, daß wir lernen sollten, deutsch zu fühlen. So wie die Bemerkung aus dem Munde von Wels gefallen ist, kann sie zu Mißdeutungen Anlaß geben. Gewiß ist es richtig, daß wir in den Kreisen der Arbeiter ein anderes Staatsgefühl zu entwickeln haben. Wir müssen ihnen zeigen, daß die Revolution uns große staatsbürgerliche Freiheiten gebracht hat, wie sie in keinem anderen Lande der Welt bestehen. Wir befinden uns aber erst auf dem Wege zur vollen Eroberung und Befestigung des Erreichten. (Sehr richtig!) Jedenfalls ist dieser Staat aber nicht mehr der Junker- und Kapitalistenstaat von früher, sondern jetzt muß es uns ge-

lingen, aus dem einst so viel geschmähten Preußen und aus Deutschland ein Vaterland der Arbeit und der Freiheit zu entwickeln. (Beifall.) Dazu sind die Ansätze zwar schon vorhanden. Wir müssen aber wünschen, daß mehr geleistet wird. Hier ist viel Kritik an der Regierung geübt worden, insbesondere an den Genossen Roste und Heime. Ein Mensch ohne Fehler wäre eine höchst langweilige Einrichtung. (Lebhaftes Sehr richtig!) Diese alte Spezies ist ja nun allerdings auch nur in Arabinschriften vertreten. (Geisterf.) Genosse Heime hat uns auseinandergesetzt, wie außerordentlich schwierig die Verwaltungsreform ist. Wir müssen dennoch dringend um ihre Beschleunigung bitten. Allerdings können wir es ruhig aussprechen, daß wir keinen Ueberschuß an Intelligenzen für leitende Stellen haben. Wir müssen es uns abgewöhnen, die Menschen danach zu beurteilen, ob sie sich auf die Veranstaltung akustischer Geräusche verstehen. Nebnergabe ist ja auch für den Verwaltungsbeamten eine schätzenswerte Eigenschaft. Die Hauptfrage ist sie aber nicht. Es bedarf doch ganz anderer Voraussetzungen für die wünschenswerte Leistungsfähigkeit. (Sehr richtig!) Manche Beigeordnete, die ich kennen gelernt habe, scheinen mir keine hervorragende Garantie für die Sicherung der revolutionären Errungenschaften zu bieten. In den ersten Revolutionstagen ist die Auswahl der geeigneten Persönlichkeiten nicht mit der genügenden Sorgfalt vorgenommen worden. Jetzt muß um so genauer auf die Voraussetzungen für die Uebernahme eines Amtes geachtet werden. Die maßgebenden Stellen müssen ein engeres Zusammenarbeiten mit dem Parteiapparat herbeiführen. (Sehr richtig.) In dieser Beziehung wird manchmal schwer gesündigt. Genosse Heime erklärte zu der Vakanz zahlreicher Landratsposten, er bitte um Vorschläge. Manchmal scheint die Bestätigung sich aber doch zu lange hinzuziehen. (Davidsohn: Monate.) Der Hinweis des Genossen Heime auf die mit Arbeiten überlasteten Regierungspräsidenten ist zur Erklärung dieser Erscheinung denn doch nicht ausreichend.

Ich meine, es wäre die Verpflichtung des Ministeriums, anzuordnen, daß in allen diesen Dingen ein beschleunigtes Tempo beobachtet wird. Denn das können wir uns nicht gefallen lassen, daß in dem früheren alten Stil solche Angelegenheiten Wochen und Monate lang auf die lange Bank geschoben werden. In dieser Beziehung könnte man zweifellos etwas Besseres von der nunmehrigen Verwaltung verlangen. In der Provinz Schleswig-Holstein haben wir uns außerordentlich gewundert, daß einer der reaktionärsten Typen unter den altpreussischen Landräten, der bei dem ersten Revolutionsturm zu unserer Freude hinweggesetzt wurde, wieder Unterschluß gefunden hat beim Oberpräsident in Münster. (Sörtl! Hör!) Ich kann Ihnen berichten, wenn im Kreise Pinneberg Versammlungen abgehalten werden, dann wird uns immer gerade dieser Fall vorgehalten. Ich weiß wirklich nicht, von wem der Minister des Innern beraten worden ist. Hätte er im Kreise selber Erkundigungen eingezogen, er hätte niemals die Hand dazu bieten können, daß dieser so außerordentlich belastete Mann wieder aufgenommen wurde in die neue preussische Verwaltung, nachdem die Verwaltungsreform ja doch wohl schon eingeseht hat.

Ein paar Worte zu den vielen Angriffen, die gegen den Genossen Roste gerichtet worden sind. Wir dürfen alle den Eindruck haben, daß Genosse Roste von der Notwendigkeit aller Maßnahmen, die er getroffen hat, überzeugt war. Ich sage dennoch, die sogenannten Roste-Gardisten sind ein Uebel, aber leider immer noch ein sehr notwendiges Uebel. Wenn es a. B. richtig ist, daß für viele von den Leuten, die in diese Freiwilligenverbände eintreten, die besondere Bestätigung den Hauptreiz bietet, dann kann es um den Geist dieser Freiwilligenverbände nicht besonders vorbildlich bestellt sein. Aber Genosse Roste hat ja darauf hingewiesen, daß in den Kreisen unserer eigenen Partei-

genossen eine allzu große Begeisterung, sich für die Wehrmacht zur Verfügung zu stellen, nicht besteht. Darin hat er recht. Wir sind antimilitaristisch bis auf die Knochen. Es müssen erst große sichtbare Notwendigkeiten hervortreten, bevor der Andrang aus den Kreisen unserer Partei größer wird. Die meisten unserer Parteigenossen haben jahrelang in den Schützengräben gelegen und den Tag begrüßt, an dem sie den Schießprügel an die Wand stellen konnten. Ich muß zum Schluß kommen. Ich will nur sagen, die beste Förderung unserer Agitation draußen im Lande wäre, wenn namentlich die preussische Regierung etwas schleuniger in ihrem Tempo bei den verschiedenen Reformen sein würde. Es ist eine sonderbare Ironie des Schicksals, daß man jetzt den Leuten in der preussischen Regierung, die früher selbst immer an eine andere Adresse diese Worte gerichtet haben, sagen muß: mehr Dampf, Ihr Herren Minister!

Vorsitzender Heinrich Schulz: Es liegt wieder ein Antrag auf Schluß der Debatte vor.

Vorher möchte ich mitteilen, daß eine Reihe weiterer Anträge ihrem Inhalt nach mit zu den Gruppen gehören, über die wir in dieser Debatte gesprochen haben. Es sind die Anträge 178, 223, Abf. 2 und 5, 227, 228, 231, 233, 234, 239, 241 und 243.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Wess (Schlußwort): Die Debatte, die sich an meinen Bericht geknüpft hat, hat keinerlei Ausstellung an der Arbeit des Parteivorstandes selbst ergeben. Alle Redner richteten ihre Kritik nicht gegen den Parteivorstand, sondern gegen die Reichsregierung und äußerten ihre Wünsche vor allen Dingen auf die Einheit der Partei. Aber daraufhin haben wir vom Parteivorstand, glaube ich, keinerlei Anlaß zu Zweifeln gegeben, daß der Einheitswille, die Einheitssehnsucht im Parteivorstand weniger stark verortet war als bei irgendeinem derer, die für die Einigung selbst gewedet haben. Allerdings, über die Art und Weise, wie man zur Einigung kommen könne, bestehen Meinungsverschiedenheiten zwischen uns im Parteivorstand und einigen, die zur Einigungsfrage gesprochen haben.

Es ist der Antrag 202 eingegangen, den ich Sie bitte anzunehmen. Er enthält in zusammenfassendster Form alles das, was in vielen Resolutionen über die Frage der Einigung der Partei gesagt ist. Ich bitte aber dringend darum, dem Antrag die Zustimmung zu verweigern, der dahin geht, eine besondere Kommission einzusetzen und den Abschluß aus der Resolution zu streichen, daß die Verhandlungen zur Einigung zentral geführt werden sollen. Es mag gesagt werden, wie es von Eimmel geschehen ist, daß in der Einsetzung einer Kommission ein Mißtrauensvotum für den neuzuwählenden Parteivorstand sich nicht ausdrücken soll. Aber niemand draußen wird es anders auffassen. Sie stehen ja erst vor der Wahl des Parteivorstandes. Wenn Sie aber jetzt schon erklären: den Parteivorstand, den wir wählen wollen, beauftragen wir nicht mit der Aufgabe eventueller Einigungsverhandlungen, dann sprechen Sie diesem Parteivorstand schon vorher das Vertrauen ab, das notwendig ist, um ihm die Kraft zu geben, sich in den ungeheuerlichen Kämpfen, die die Partei nach allen Seiten zu bestehen hat, zu belätigen.

Die Tatsache ist doch nicht zu verkennen, auch von denen nicht, die die Kommissionseinsetzung befürworten, daß der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, der jetzt tagt, wohl zurzeit eine Kommission einsetzen kann, aber der unabhängige Parteitag tagt nicht. Er ist erst vor kurzem vorübergegangen, ohne eine solche Kommission einzusetzen. Räme eine solche Kommission, dann würde sie die Aufgabe haben, mit dem unabhängigen Parteivorstand zu ver-

handeln, also doch mit der Zentralinstanz, während Ihr Parteivorstand von den Verhandlungen ausgeschlossen ist. Das ist ein unmwürdiger Zustand, und der Parteitag kann unmöglich eine Körperschaft als Parteivorstand an die Spitze stellen, mit der ganzen Last der Verantwortung, die in der Weise von vornherein in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt wird. Ich bitte also dringend, den Antrag auf Einsetzung einer Kommission abzulehnen und den Antrag Nr. 202 anzunehmen.

Der Antrag 202 nimmt Stellung zu den Freiwilligen-Organisationen. Sie haben Koske Beifall gezollt, weil sie unter dem Eindruck seiner Ausführungen standen, aber auch weil Sie alle überzeugt waren von der Notwendigkeit des Schutzes der Demokratie durch eine bewaffnete Macht, solange wie eine bewaffnete Minderheit bereit ist, in Deutschland die Gewalt an sich zu reißen und die Mehrheit zu vergeralten. Wir können ohne die Freiwilligentruppen nicht auskommen. Es ist aber falsch, wenn wir dann dazu übergehen, die Freiwilligentruppen zu diskreditieren und in der Resolution unser Mißtrauen auszusprechen. Aenderung und Demokratisierung auch dieser Truppen ist es, was der Parteitag aussprechen und die Regierung als Richtschnur geben muß. Das drücken wir in dem Antrag 203 aus. Betrachten Sie damit alles andere als erledigt.

Der Antrag 208 behandelt die Demokratisierung. Er behandelt alle die Fragen, die namentlich in bezug auf die preussische Verwaltungsreform zum Ausdruck gekommen sind. Ich will nicht die Gelegenheit vorübergehen lassen, um zu betonen, daß ich die Vorwürfe, die gegen den Genossen Heine erhoben worden sind, zum großen Teil als ungerecht empfinde. Ich habe Heine nicht genannt, weil ich weiß, daß Heine erst acht Wochen in seinem Amt ist. Fünf Monate liegen vor Heines Tätigkeit, in der die Gesetze vorbereitet wurden, die hier kritisiert wurden und für deren Anwendung sich Heine verteidigen mußte.

Der Parteitag hat der preussischen Regierung deutlich den Willen kundgegeben: schnelle Demokratisierung, Ausräumen mit den politischen Beamten des alten Regimes. Die preussische Regierung hat diesen Wunsch gehört. Nehmen Sie den Antrag an, die Genossen in der preussischen Regierung werden den Wunsch zu respektieren haben.

Damit könnte ich meine Ausführungen schließen. Auf die auswärtige Politik brauche ich nicht einzugehen, weil durch Scheidemann das gesagt worden ist im Schlußwort gegen Bernstein, was ich zu sagen gehabt hätte. Bernstein hat sich aber gegen mich persönlich gewandt. Da gestatten Sie mir, Ihnen zu sagen, daß ich im Parteivorstand keinen weiß, der sich an Kreus zum internationalen Sozialismus von Bernstein übertrifften lassen möchte. Ich weiß aber auch, daß wir bei den Kämpfen, die wir in Bern zu führen hatten, von den Parteigenossen der Internationale und gerade von den von Bernstein genannten Genossen Thomas und Renaudel nicht mit freundlichen Gefühlen empfangen wurden, und daß wir mit der Unterwerfung unter deren Diktat das Ansehen der deutschen Sozialdemokratischen Partei nicht gewahrt hätten. Nein, wir mußten damals den Standpunkt so wahren, wie wir ihn eingenommen haben: die Schuldfrage am Arlege der späteren Unterwerfung zugunsten und den Internationalen Kongress in der gegenwärtigen Situation der Spannung und der Unklarheit als Richter als besungen abzulehnen. Diesen Standpunkt halten wir aufrecht, und er ist in der Resolution, die Sie angenommen haben, auch zum Ausdruck gebracht.

Kun könnte ich noch gegen vieles von dem, was Davidsohn und Schiller gesagt haben, polemisieren. Aber ich glaube, daß die Ausführungen, daß die Einigung über die Köpfe der Führer hinweg erfolgen müßte, doch schließlich die Gemeinplätze sind, mit denen man Stimmung macht, aber nicht auf einem

deutschen Parteitag. Hier sind doch die Parteigenossen, die sämtlich zu den führenden Leuten der Organisation gehören, die in ihren einzelnen Orten doch ein Stück des Kampfes gegen die Unabhängigen zu führen haben, und die alle wissen, wie sehr es auf den einen Mann an der Spitze ankommt. Warum hört man bei den Unabhängigen und bei den Kommunisten nicht einen solchen Ruf? Nein, wir brauchen Treue zur Partei, Treue zu den Leuten, die in Vertrauensämter gesetzt worden sind, Treue zu den Männern in der Regierung, denn ohne diese Treue ist die Regierung nicht imstande, ihre schwere Pflicht zu erfüllen, ebensowenig, wie der Parteivorstand dazu in der Lage gewesen wäre, wenn wir das Gefühl gehabt hätten, die Genossen warten nur darauf, bis die Führung zurücktritt. Auch der Genosse Schüller gäbe mir manche Veranlassung zu kritischen Bemerkungen. Aber ich will darüber hinweggehen, weil leicht findet sich dazu noch später Gelegenheit. Unwahr ist es jedenfalls, wenn er sagte, daß der Geist der Unduldsamkeit in der Partei aufs neue sein Haupt erhebt. Ich habe die Ueberzeugung, daß nirgends solche Freiheit in der Presse wie in der Rede geübt werden kann als in unserer Partei. Unsere deutsche Parteipresse — das beflage ich aufs tiefste — hat vielmehr Platz für Angriffe gegen die eigenen Genossen in der Regierung als gegen das Treiben der Nationalisten, der Kreis von der „Deutschen Tageszeitung“, die Tag für Tag aufs schmähschste unsere Regierung angreift. Die läßt man wählen, die läßt man agilitieren, die läßt man den Boden bereiten für die Konterrevolution, die man sonst so sehr fürchtet.

Man hat in der Presse ein Gallo darüber geschlagen, wie bei einzelnen Abstimmungen im Parlament unsere Genossen in größerer Zahl fehlten. Daran hat der Parteivorstand einen Teil der Schuld. Wir haben die Genossen in der Fraktion wiederholt aufgefordert, Weimar zu verlassen und in ihre Heimatbezirke zu gehen, als in Oberschlesien alles brannte, als Gefahr in Ost- und Westpreußen drohte, als in Rheinland-Westfalen die Streikbewegung war und ebenso in Mitteleutschland. Da haben wir den Genossen gesagt, jetzt macht, daß Ihr in Eure Bezirke kommt und sorgt dort für Ordnung. Aus den Bezirken kamen fortgesetzt Telegramme, die ihre Abgeordneten zurückriefen, weil sie die Führer notwendig zum Kampf brauchten. Auf der einen Seite sagt man, wir überschätzen den Parlamentarismus, und auf der anderen Seite sagen dieselben Leute, im Parlament muß jeder jeden Augenblick präsent sein. Andererseits sagen wieder dieselben Leute, in solchen Gefahren, die der ganzen Arbeiterschaft drohen, gehört der Abgeordnete als gewählter Vertrauensmann des Bezirks in den Bezirk selbst hinein. Also daran hat der Parteivorstand selbst einen Teil Schuld. Wir haben aber keinen Grund, deswegen Anklagen zu fürchten.

Nun sind Anträge gestellt worden, daß, sagen wir mal, so ein Stellennachweis für politische Beamtenposten geschaffen werden soll, daß Listen aufgestellt werden, nach denen die Organisationen Personen benennen, die für die Uebernahme politischer Beamtenposten befähigt und willens wären. Ich habe gegen solche Bitten an sich nichts einzunenden; wenn Sie dem Antrag zustimmen, mag es sein. Aber als Organisationsmensch möchte ich Ihnen doch eins dringend sagen: Glauben Sie, daß wir in der Lage wären, auch nur etwa ein Viertel der Beamtenposten im Reich und in den Bundesstaaten wirklich mit Parteigenossen zu besetzen, die diese Posten in der Tat so ausfüllen können, wie das im Interesse der Verwaltung und einer besseren Verwaltung, wie der bisserigen, notwendig wäre? Dann überschätzen Sie die Kräfte der Partei. Ich sage Ihnen: Wenn Sie 25 Proz. der Stellen besetzten, würden Sie die Parteiorganisation aufgelöst haben, dann wären alle fähigen Kräfte aus unseren Organisationen heraus, und diese kämen notwendig ins Wanken. Das

ist das Unglück der Kerenski-Regierung in Rußland gewesen, daß sie alle Beamten- und Regierungsposten besetzte und die Organisationen lahmlegte. Sollten wir unsere besten Leute in alle möglichen Oberbürgermeister-, Regierungspräsidenten- und Landratsposten entsenden, dann würde die Organisation schwersten Schaden erleiden. Die Organisation ist der Zement und der Untergrund, auf dem das ganze Gebäude aufgerichtet ist. Geht der Untergrund auseinander, so fällt die Spitze nach. Sorgen Sie deshalb dafür, daß die Organisationen intakt bleiben. Wir haben viele unserer hervorragenden Genossen davon abgehalten, Landratsposten und Regierungsposten anzunehmen, und wir sind ihnen dankbar, daß sie unseren Forderungen im Interesse der Partei gefolgt sind. Sie leisten dem Proletariat vorderhand mehr Dienste, als wenn sie in die Verwaltungsstuben hineingehen. Wir müssen Genossen dort hineinbringen, soweit wir können, aber wir müssen vor allem dafür sorgen, daß die Organisation der Partei intakt bleibt, denn die ist unsere Kraft und unsere Stärke. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Die vorliegenden Anträge lassen sich in vier Gruppen zusammenstellen.

Die erste Gruppe beschäftigt sich mit der Stellung zur Regierung. Der Antrag 228 spricht der Regierung die Zustimmung der Parteigenossen aus, der Antrag 178 wünscht das Gegenteil.

Die zweite Gruppe beschäftigt sich mit der Einigung. Zu den hier schon am ersten Tage genannten Anträgen kommen die Anträge 202, 215, 233, 239.

Die dritte Gruppe beschäftigt sich mit der Demokratisierung der Verwaltung und der Beseitigung reaktionärer Beamter. Hier ist hinzugekommen Antrag 208.

Die vierte Gruppe beschäftigt sich mit den Freiwilligenkorps, zum Teil auch mit dem Belagerungszustand. Manche Anträge sind so formuliert, daß sie in mehrere Gruppen hineingehören; ich habe mich in solchen Fällen nach dem Schwergewicht der Anträge richten müssen. Bei der vierten Gruppe kommen hinzu die Anträge 209, 228, Absätze 2 und 5, 227, 231, 234, 241 und 243.

Ich schlage vor, zunächst über die beiden Anträge abzustimmen, die ein Vertrauensvotum beziehungsweise ein Mißtrauensvotum gegenüber der Regierung zum Ausdruck bringen.

Grelling: Ich erhebe Einspruch gegen die Abstimmung über den Antrag 178, ehe Gelegenheit gegeben ist, ihn zu begründen. Der Antrag gehört auch mehr zum Bericht der Fraktion der Nationalversammlung. Ich bitte, die Abstimmung bis dahin zurückzustellen.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Der Antrag enthält Ausführungen, die sich auf fast sämtliche Punkte der Tagesordnung beziehen. Der Genosse Grelling hat heute morgen selber verlangt, der Antrag solle hier zur Debatte gestellt werden. Ich habe diesen Wunsch erfüllt, jetzt will er ihn wieder nochmals hinhaben. Ich bitte, den Antrag hier abstimmen zu lassen, weil er im Gegensatz zum Antrag 228 die Forderung der Demission der Mitglieder der Reichsregierung scharf zum Ausdruck bringt.

Grelling: Ich habe gebeten, den Antrag hier zur Debatte zu stellen im Vertrauen darauf, daß mir Gelegenheit gegeben wird, ihn zu begründen. Nachdem durch Schluß der Debatte mir diese Möglichkeit genommen ist, halte ich es für sinnlos, über einen so schwerwiegenden Antrag abzustimmen, ohne daß er begründet ist. Ich bitte also den Parteitag, aus Willigkeitsgründen darauf zu verzichten, daß über den Antrag jetzt abgestimmt wird.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Wenn sämtliche Anträge einzeln hier begründet werden sollten und noch dazu Anträge nach Art des Antrags 178, der allein eine Begründung nicht nur von Stunden, sondern von Tagen verlangt (Weiterleit), würden wir uns in Permanenz erklären müssen. Wenn Anträge eingereicht werden, die soviel zusammenpacken, müssen es sich die Antragsteller schon gefallen lassen, daß sie geschäftsordnungsmäßig an der geeigneten Stelle behandelt werden.

Wessel-Berlin: Da unter den genannten Anträgen sich solche befinden, die von großer Bedeutung sind, schlage ich vor, die Abstimmung heute auszusetzen und morgen früh vorzunehmen. Die Landsmannschaften werden zum Teil heute noch nach Schluß der Sitzung zusammenkommen, um zu den Anträgen Stellung zu nehmen. Angesichts der Tragweite der Angelegenheit und der Verantwortung, die wir auf diesem Parteitag haben, möchte ich Sie bitten, die Abstimmung morgen früh vorzunehmen.

Engelke: Ich möchte ebenfalls dagegen protestieren, daß jetzt über die Anträge abgestimmt wird. Erstens steht der Punkt „Anträge“ unter Nr. 8 (Widerspruch und Zurufe.), zweitens habe ich eben gehört, daß es sich um eine Generaldebatte handelt. Es ist selbstverständlich, daß hinter jeder Generaldebatte noch eine Spezialdebatte kommt. (Widerspruch und Weiterleit.) Ich warne davor, jetzt in dieser Stimmung eine Abstimmung vorzunehmen und einer ganzen Anzahl von Genossen, die von ihren Mandataren hierher geschickt worden sind, um die Stimmung im Volke zu kennzeichnen, das Wort abzuschneiden.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Ich muß Einspruch dagegen erheben, daß irgend jemand das Wort abgeschnitten worden ist. Es ist selbstverständlich, daß der Parteitag schließlich einmal zum Schluß kommen muß. Wenn sämtliche 400 Delegierte zu sämtlichen Punkten sprechen wollten, würden wir zuerst Haupt nicht vorwärts kommen. (Sehr richtig!) und es ist eine Selbstverständlichkeit in jedem parlamentarischen Betrieb, daß zu einem bestimmten Zeitpunkt Schluß beantragt wird, und wenn dann die Mehrheit in diesem Sinne beschließt, so darf das keine als Vergewaltigung betrachtet.

Engelke (fortfahrend): Ich habe mir keine Kritik an der Geschäftsführung des Herrn Präsidenten erlauben wollen, sondern lediglich die Tatsache konstatiert, daß einer großen Zahl von Rednern, und zwar meist solchen, die nicht auf dem Boden der ersten Redner stehen, das Wort abgeschnitten worden ist. (Widerspruch und Unruhe.) Ich bitte mir Redefreiheit zu gestatten. Ich möchte das bloß konstatieren, damit nicht nachher, wenn wir nach Hause kommen, uns von unseren Genossen gesagt wird, Ihr habt die Leute sprechen lassen, die die bisherige Auffassung vertraten, und die Genossen, die die entgegengesetzte Auffassung vertraten, sind nicht zu Worte gekommen. (Widerspruch und Zurufe.) Ich möchte bitten, daß, nachdem jetzt eine Generaldiskussion gewesen ist, jetzt eine Spezialdiskussion über diese Anträge einsetzt (Widerspruch), und daß die Redezeit auf 5 Minuten pro Redner beschränkt wird. Ich betone noch einmal, wir sind von unseren Mandataren hierher geschickt worden, um aufklärend zu wirken und ich warne davor, jemand das Wort abzuschneiden.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Ich muß im Namen des Parteitages gegen diese letzte vom Herrn Vorredner wiederholt aufgestellte Bemerkung den entschiedensten Einspruch erheben (Sehr richtig!), als ob irgendjemand vom Parteitag vergewaltigt würde oder als ob irgendwelche besondere Rücksicht bei der Aufstellung der Rednerliste genommen worden wäre. Die Rednerliste

hat hier ausgelegen, die Genossen haben sich eingetragen, es ist keiner gefragt worden: Willst Du für oder gegen die Parteileitung sprechen? Sie sind eingetragen worden, wie sie kamen. Wir können nicht dafür, wenn der eine oder andere nicht zum Worte gekommen ist. Es tut uns leid, wir können es aber nicht ändern. Aber der Legendenbildung muß ich entschieden entgegen treten, als ob von irgendeiner Seite verhindert worden wäre, daß abweichende Meinungen im ausreichenden Maße zur Äußerung gekommen sind.

Geßler: Es ist selbstverständlich ausgeschlossen, daß wir jetzt noch in eine Spezialdebatte eintreten können. Aber ebenso ausgeschlossen ist auch, daß wir heute abend in der Eile über diese wichtigen Anträge alle abstimmen. (Sehr richtig!) Aus diesem Grunde bitte ich den Vorstehenden, noch einmal die Ziffern der Anträge zu verlesen, damit jeder Delegierte sie aufschreiben und zu Hause heute abend überlegen kann und damit sich eventuell die Landsmannschaften darüber beraten können.

Bießer-Hamburg: Die Art der Abstimmung, wie sie jetzt vorgenommen werden soll, ist nicht in Einklang zu bringen mit dem soviel erwähnten Verantwortungsgesühl. (Sehr richtig!) Wir müssen diese wichtigen Dinge, namentlich, wo es sich um die Stellung zum Parteivorstand handelt, vor der Abstimmung noch einmal überlegen. Ferner besteht die Tatsache, daß wir auf dem linken Flügel nicht zum Worte gekommen sind. (Lebhafter Widerspruch.) Genossen und Genossinnen, Sie zwingen uns dazu, daß wir uns geschlossen zu einer Arbeitsgruppe auf dem Parteitag vereinigen. (Unruhe und Zwischenrufe.) Wir müssen wünschen, daß beide Richtungen zum Worte kommen. (Zuruf: Ist ja geschehen!) Wir sind nicht zum Worte gekommen (Widerspruch), weil wir die geschäftlichen Gegebenheiten noch nicht recht kennen. (Weiterleit.) Sonst ist es geschäftsordnungsmäßig gewesen, daß die Wortmeldungen erfolgen, wenn die Debatte beginnt und hier auf dem Parteitag ist es geschäftsordnungsmäßig, daß die Meldungen erfolgen, wenn . . . (Unruhe.) Das haben wir nicht gewußt und wir müssen verlangen, daß mindestens Vertagung eintritt. (Weiterleit und Zurufe.)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Ich muß zunächst einige Dinge klarstellen, bevor ich der Geschäftsordnungsdebatte ihren weiteren Lauf lasse. Ich habe vorausgesehen, daß der Umstand, daß eine große Reihe von Delegierten zum ersten Male auf einem Parteitag sind, unsere Geschäftsführung etwas erschweren würde. (Zuruf: Ist ein Zeichen der Zeit! — Weiterleit.) Es ist natürlich gar nichts dagegen einzuwenden, daß Neulinge da sind, wir freuen uns darüber. Ich habe nur den Tatbestand konstatiert, daß dadurch die Geschäftsführung erschwert wird, weil eine ganze Reihe von Genossen nicht weiß, wie der Lauf der Geschäftsordnung sein muß, wenn wir unsere Geschäfte einigermaßen in Ordnung erledigen wollen, und darauf ist eine Reihe der Einsprüche, besonders der letzten Redner, zurückzuführen. Der letzte Redner hat davon gesprochen, daß er nicht Gelegenheit hatte, die Anträge kennen zu lernen. Die Anträge sind vorher gedruckt worden und sind ihnen gedruckt zugegangen. Jeder hätte nicht nur Gelegenheit, sondern auch die Pflicht (sehr richtig!), die Anträge vorher zu lesen, um sich darüber klar zu werden. Dann sind von mir bei Beginn der Debatte sämtliche Anträge, die zu dieser Debatte gehören, und keine anderen, namentlich durch ihre Ziffern Ihnen mitgeteilt worden. (Unruhe und Zwischenrufe.) Ich bitte zuzuhören. Parteigenossen! Ich habe Ihnen die Nummern genau verlesen, damit Sie die Gelegenheit hatten, nun vorläufig, abgesehen von anderen Anträgen, sich mit denen zu beschäftigen, auf die sich diese Debatte konzentriert. Das war Ihre Pflicht seit gestern morgen. Sie haben die Debatte gehabt, durch die Debatte sind

Ihnen die Anträge weiterhin erläutert worden, es ist das Für und Wider dargelegt worden. Es ist ein selbstverständlicher Brauch jeder Geschäftsführung, daß nach Erledigung der Debatte über die Anträge abgestimmt wird, und das Präsidium muß voraussetzen, daß bis zum Schluß der Debatte jeder Teilnehmer klar darüber geworden ist, wie er abstimmen will und worüber. (Sehr richtig!) Aus diesem Grunde habe ich es für selbstverständlich gehalten, noch heute am Schluß der Debatte die Abstimmung vorzunehmen. Es ist zwar über unsere Zeit hinaus, aber ich habe als Vorsitzender auch die Verpflichtung, die Geschäfte zu fördern. Wir möchten möglichst bis Sonntag fertig werden. Dabei müssen Sie mich unterstützen und nicht durch unnötige Einsprüche die Geschäftsführung erschweren. Wir haben noch ungefähr 200 Anträge außer diesen, die auch erledigt werden sollen, und wenn wir uns bei allen diesen erst mit den Elementen der Geschäftsführung beschäftigen wollten, wie jetzt, so kämen wir überhaupt nicht vorwärts. Ich bitte Sie, mir zu vertrauen, daß ich jedem Antrag sein Recht lassen will; Sie aber haben die Möglichkeit jeden Antrag durchzusehen und danach Ihr Verhalten einzurichten. Ich sehe wirklich nicht ein, warum wir nicht heute zur Abstimmung kommen können. Hat der Parteitag aber im Hinblick auf die vielen Genossen, denen diese Dinge noch neu sind, den Wunsch, die Abstimmung bis morgen zu vertagen, so will ich dem nicht widersprechen, obwohl ich es lebhaft bedauere. Aber ich möchte dann jetzt schon die Bitte aussprechen, daß in Zukunft nicht wieder solche Rücksicht genommen wird, sondern daß sich die Genossen bei späteren Punkten der Tagesordnung von vornherein mit dem Mobus vertraut machen, daß, wenn die Debatte zu Ende ist, die Abstimmung über die Anträge kommt.

Ich darf wohl jetzt eine Abstimmung des Parteitages darüber herbeiführen, ob wir heute noch in die Abstimmung eintreten wollen oder nicht. Ich bitte diejenigen Delegierten, die noch heute die Abstimmung vornehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Anruufe und erregte Zurufe.) — Ich bitte diejenigen Delegierten, die die Abstimmung über die Anträge noch heute vornehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschlecht.) Jetzt bitte ich diejenigen, die dagegen sind, die erst morgen früh abstimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschlecht.) Das ist zweifellos die Mehrheit. Ich darf aber wohl vielleicht auch als die Meinung dieser Mehrheit annehmen, daß dieses Entgegenkommen, von dem ich vorher gesprochen habe, für die Zukunft nicht wieder eingeräumt wird.

Wird noch gewünscht, daß die Anträge noch einmal verlesen werden? (Zurufe: Ja!) Dann bitte ich Sie, die Nummern der Anträge aufzuschreiben. Die erste Gruppe, die Anträge in der Stellungnahme zur Regierung sind: 178, 191 und 192 und 228.

Die zweite Gruppe betrifft die Einigungsfrage. Hierher gehören die Anträge: 18 bis 24, 26 bis 28, 178 und 177, 191 und 192, 195 bis 197, 202, 215, 233, 239.

Die nächste Gruppe von Anträgen beschäftigt sich mit der Demokratisierung der Verwaltung. Es sind die Anträge 12, 25, 60, 96, 117, 181, zum Teil 197, 208.

Die vierte Gruppe bilden die Anträge über die Freiwilligenkorps und den Belagerungszustand: 68, 74, 82, 156 bis 159, 175, 185, 186 zum Teil, 193, 194, 203, 223 Absatz 2 und 5, 227, 231, 234, 241 und 243.

Die Parteiredakteure werden gebeten, unmittelbar nach der Sitzung nach dem Arbeitszimmer der sozialdemokratischen Fraktion zu kommen. Genosse Abbe hat Ihnen noch eine Mitteilung zu machen.

Vorsitzender Abbe: Die Abgeordneten der Nationalversammlung mache ich darauf aufmerksam, daß voraussichtlich am Montag früh die Nationalversammlung zu den Friedensvorschlägen Stellung zu nehmen hat. Die sozialdemokratische Fraktion muß sich am Sonntag zu einer Sitzung bereit halten, die von außerordentlicher Wichtigkeit ist. Es ist möglich, daß der Parteitag am Sonntag noch zusammenbleibt. In diesem Falle wird eine Abend- und Nachtsitzung abgehalten, zu der alle Abgeordneten unbedingt erscheinen müssen.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß 6 Uhr 34 Minuten.

Vierter Verhandlungstag.

Freitag, den 13. Juni 1919. — Vormittagsitzung.

Vorsitzender Heinrich Schulz eröffnet die Sitzung um 9 Uhr.

Wir fahren in der Beratung des ersten Punktes der Tagesordnung fort und wollen zur Abstimmung scheitern. Da Mißverständnisse über die Erledigung des bisherigen Beratungstoffes obwalten, stelle ich fest: bei der Eröffnung des Parteitags und der Festsetzung der Tagesordnung hatten wir uns dahin geeinigt, die Punkte 1, 2 und 4 der provisorischen Tagesordnung zusammenzuziehen. Ueber diese Punkte sind sämtliche Berichte erstattet worden. Die Aussprache wurde aber zunächst beschränkt auf den allgemeinen politischen Teil, ausgeschlossen wurde vorläufig alles Technisch-Organisatorische. Die politische Debatte ist jetzt erledigt. Die Abstimmung erstreckt sich auf alle hierzu vorliegenden Anträge allgemein politischen Charakters. Nach der Abstimmung folgt der zweite Teil der Beratungen, der das Bildungswesen, die Presse, die Frauenfrage, die Jugendbewegung und ähnliches umfaßt. Vielleicht beruhigt diese Klarstellung die Genossen, die da glaubten, daß die vielen einschlägigen Anträge jetzt schon erledigt seien. Im übrigen haben Sie nun den Abend, die Nacht und den Vormittag zur Durchsicht der Anträge zur Verfügung gehabt (Seiterkeit) und werden nun die weitere Erledigung der Dinge mit größerer Ruhe vornehmen können. Ich möchte mir noch die kurze Vorbemerkung erlauben, daß wir zu unseren Parteitagen stets eine Fülle von Anträgen vorliegen hatten, die wir als Beweis reger Arbeit innerhalb der Parteioorganisationen stets lebhaft begrüßt haben. Dem heutigen Parteitag liegen nun noch viel mehr Anträge vor, als das früher der Fall war. Das ist begreiflich angesichts der gewaltigen politischen Erregung, in der wir uns befinden. Im Gegensatz zu früheren Zeiten liegen aber auch eine große Anzahl Anträge vor, die aus dem gewöhnlichen Rahmen eigentlich herausfallen. Auch das ist auf die allgemeine Unruhe, die die von uns allen freudig begrüßte Revolution in das politische Leben gebracht hat, zurückzuführen. Bei Erledigung der Anträge bitte ich den Parteitag aber zu beachten, daß er kein Konzil von Kirchenvätern ist und der Fortgang der Beratungen nicht durch umständliche Einzelberatung und durch Spitzfindigkeiten aufgehalten werden darf. Wir sind eine politische Körperschaft und müssen zu klaren eindeutigen Beschlüssen kommen, die von den Massen im Lande verstanden werden und nach denen sie sich in ihrem politischen Verhalten richten können. Damit dienen wir am besten unserer Sache. (Beifall.)

Pager-Nichendorf (zur Geschäftsordnung): Am Schluß der gestrigen Sitzung erklärte Genosse Löbe, daß hier am Montag die Nationalversammlung zusammentrete und wir mit einer Sonntags- und Sonntagsnachtsitzung zu rechnen hätten, wenn die Geschäfte nicht rechtzeitig erledigt würden. Das erweckt in jedem Genossen den Wunsch, den Parteitag so schnell wie möglich zum Schluß zu bringen.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Genosse Löbe hat nicht von einer Nachsitzung gesprochen, sondern nur von einer Wendeitzung der Fraktion.

Pager: Ich habe im Anfang des Parteitags den Antrag gestellt, im Fall unsere ordnungsmäßige Sitzung gestört würde, eine anderweitige Regelung zu treffen, eventuell durch Fortsetzung in einem anderen Lokal. Der Vorstand hat dies als selbstverständlich erklärt. Nach der jetzigen Lage glaube ich nicht, daß diese Selbstverständlichkeit durchgeführt wird.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Wenn Sie uns sagen wollen, daß wir den Parteitag ordnungsmäßig zu Ende führen müssen, so ist das jetzt so selbstverständlich wie vorgestern. Aber durch überflüssige Geschäftsordnungsdebatten wird die Erledigung der Tagesordnung nur aufgehalten. (Zustimmung.)

Pager: Wir haben uns von Anfang an dagegen gewehrt, daß eine Diskussion so weit geht, die ganze Beschlusfassung in einem großen Kreis zusammenzufassen und dann zu versuchen, die Diskussion abzumürgen. (Unruhe.)

Emmel: Ich kann mich dem Vorredner insofern anschließen, als ich es auch für zweckmäßig halte, wenn der Parteitag sich am Sonnabend, selbst wenn die Geschäfte in der Hauptsache erledigt sein sollten, nur verlagert, damit er noch Stellung dazu nehmen kann, was die Nationalversammlung in bezug auf die Friedensbedingungen beschließt. Da eventuell noch eine Volksabstimmung in Frage kommt, muß dem nationalen Parlament auch das Parlament der Arbeit in seiner Beschlusfassung folgen können.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Ich glaube, es ist verfrüht, in diesem Zeitpunkt in dieser Richtung einen Beschluß zu fassen.

Es wird nunmehr zur Abstimmung geschritten.

Zur ersten Gruppe von Anträgen gehören 178 und 228. Der Antrag 178 wird zurückgezogen. (Bravol) Der Antrag 228 wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgen die Anträge, die sich mit der Einigung beschäftigen. In dem Antrag 202 ist mehr oder weniger alles zusammengefaßt. Er wird mit den Abänderungsanträgen 18 und 230 zuerst zur Abstimmung gestellt. Ein genügend unterstützter Antrag verlangt über den gesamten Antrag 202 eine namentliche Abstimmung.

Es wird über 202 getrennt abgestimmt. Die Absätze 1 und 2 werden gegen zwei Stimmen angenommen. Die Absätze 3, 4, 5 bis zum Worte „treten“, der Rest des Absatzes 5 und Absatz 6 werden nacheinander mit großer Mehrheit angenommen.

Der Vorsitzende erklärt damit den Abänderungsantrag 230 für erledigt.

Emmel (zur Geschäftsordnung): Die Auffassung des Vorsitzenden ist falsch. Auch eine gewählte Zentralkommission kann die Verhandlungen zentral führen, genau so gut, wie der Parteivorstand.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Meine Auffassung stützt sich darauf, daß, wenn die Einigungen zentral geführt werden, diese Kommission der Partei-

vorstand sein muß, den dieser Parteitag einsetzt. Der Parteivorstand, den Sie zu wählen haben, bildet die Leitung der Partei, und ihm muß auch eine derartige wichtige Funktion überwiesen werden. Es kann nicht neben dem gewählten Parteivorstand eine Kommission gesetzt werden. (Unruhe bei einem Teil der Delegierten. — Hoch: Das ist doch nicht zur Abstimmung, das ist Diskussion!) Von dieser Erwägung ausgehend, habe ich angenommen, daß der Antrag 230 erledigt ist. Es steht durchaus beim Parteitag, meine Auffassung zu korrigieren. (Lebhafte Unruhe bei einem Teil der Delegierten.) Wenn der Parteitag entgegen meiner Auffassung wünscht, daß über den Antrag 230 abgestimmt werden soll, so stelle ich das dem Parteitag anheim.

Emmel: Ich möchte zur Geschäftsordnung dagegen protestieren, daß der Vorsitzende die Diskussion für sich wieder eröffnet und gegen einen Antrag spricht, der in der Diskussion behandelt worden ist. (Vielfache Sehr richtig!) Das ist keine Art der Geschäftsführung. (Andauernde Unruhe.)

Hermann Müller: Ich glaube, die Erregung ist doch nicht ganz am Platze. Es war eine Anklage darüber entstanden, ob der Antrag 230 durch den Antrag 202 erledigt ist oder nicht. Da sie während der Abstimmung entstanden war, so war es durchaus am Platze, auch etwas darüber zu reden. Nur liegen meiner Auffassung nach die Dinge so. Ich glaube, das muß klargestellt werden, weil es Konsequenzen haben kann nicht nur für die Einigungsverhandlungen, sondern für das ganze künftige Parteileben. Man kann sehr wohl eine besondere Kommission einsehen, die diese Verhandlungen führt. Aber darüber sind Sie sich doch klar, daß diese Kommission dann wahrscheinlich gleichzeitig der künftige Parteivorstand sein wird, von dem ich ja nicht weiß, wie er zusammengesetzt sein wird. Ich kann mir wenigstens nicht vorstellen, daß Sie eine Parteileitung wählen und zu den für die Gesamtpartei wichtigsten Unterhandlungen noch eine Kommission einsehen, die etwas zu beschließen hat, was der künftige Parteivorstand annehmen hat. (Sehr richtig!) Also darüber sollten Sie sich ganz klar sein. (Rufe: Abstimmen!)

Emmel: Bitte zur Geschäftsordnung zu kommen. (Erneute vielfache Rufe: Abstimmen!)

Rosenstein: Der Absatz 6 bestimmt: „Die Verhandlungen können nur zentral geführt werden.“ Der Abänderungsantrag beauftragt den Parteivorstand, auf die Einsetzung einer gemischten Kommission hinzuwirken. Er gibt also unserer Zentrale den Fingerzeig, wie die Verhandlungen geführt werden sollen. (Widerspruch und Unruhe.) Die Verhandlungen sollen nach dem Antrag so geführt werden, daß der Parteivorstand auf die Einsetzung einer paritätischen Kommission hinwirkt, die keine andere Aufgabe hat, als die Einigung herbeizuführen.

Weinheber: In dem Antrag 202 steht, daß die Verhandlungen nur zentral geführt werden können. Er setzt also voraus, daß unsererseits von einer Zentralkommission aus und ebenso von den Unabhängigen von einer Zentralkommission aus die Verhandlungen geführt werden sollen. Nun setzt man doch voraus, daß das die wichtigsten Verhandlungen in Zukunft werden, und daß man mit diesen wichtigen Verhandlungen lediglich die Körperschaften betrauen soll, die an der Spitze der jeweiligen Organisation stehen. Weil das so ist, können wir da nichts anderes machen, als den neu zu wählenden Parteivorstand mit der Leitung dieser Verhandlungen zu beauftragen, weil von der anderen Seite aus die zentralen Verhandlungen nur vom Vorstand der unabhängigen Partei mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei geführt werden. (Rufe: Abstimmen! Schluß!)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Es gibt kein geschäftsordnungsmäßiges Mittel, eine Geschäftsordnungsdebatte durch Schluß zu beenden. Ich kann nur an die Selbsttätigkeit des Parteitags appellieren.

Emmel: Ich möchte doch darauf hinweisen, daß dieser Antrag zur Diskussion gestanden hat und eingehend von mir begründet worden ist. Man hätte sich früher dagegen wenden können, wenn man das Bedürfnis gehabt hätte. Weiter steht dem ja nichts im Wege, daß Mitglieder des Parteivorstandes in diese Kommission gewählt werden. (Unruhe.) Aber ich habe zur Begründung des Antrags ausdrücklich betont, daß alles getan werden muß, um formale Einwände gegen die Einigungsverhandlungen aus dem Wege zu räumen, habe auch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Antrag kein Misstrauensvotum gegen den Parteivorstand darstellen soll. Ich halte es aber im Interesse der Einigkeit für notwendig, daß der Parteitag eine besondere Kommission wählt, damit nicht gerade die Leute, die vielleicht bei der Abspaltung besonders hervorgetreten sind, den Auftrag erhalten, Einigungsverhandlungen zu führen. Deshalb ist es ganz ungehörig, jetzt in dieser Weise vorzugehen.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Ich bitte diejenigen Genossen, die wünschen, daß mit der Führung der Einigungsverhandlungen eine besondere Kommission beauftragt wird, also nicht ohne weiteres der Parteivorstand, sich zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das letztere ist die übergroße Mehrheit.

Jetzt sünnde der Antrag insgesamt zur Abstimmung. Falls die Genossen, die namentliche Abstimmung beantragt haben, sich entschließen könnten, diesen Antrag zurückzuziehen. (Rufe: Nein!) Der Antrag auf namentliche Abstimmung ist gestellt von: Soops-Danzig, Dörge-Roccum, Beder-Thorn, Schirmer-Fürth, G. Rudolph-Eisenach, Maschhoff, Bürgel (Thr.), Bentz-Breslau, Franz-Kraenzel, Gering-Gelle, Wiesler-Gamburg, Grelting-Göttingen, Krell-Byd, Engländer-Stallupönen, M. Vertschus-Memel, Davidsohn, Raß-Hannover, Schäblich-Gelle, Schulze-Wittenberg, Born.

Der Vorsitzende fragt die Unterzeichner des Antrags nach der Reihe, ob sie den Antrag zurückziehen. Da von einem der Unterzeichner die Frage bejaht wird, hat der Antrag nicht mehr die genügende Unterstützung.

Der Antrag 202 wird hierauf im ganzen gegen eine kleine Minderheit angenommen.

Damit sind folgende Anträge erledigt: 13 bis 24, 26, 27, 28, 176, 177, 191, 192, 195, 197 zum Teil, 215, 233.

Von den Anträgen, die sich auf die Demokratisierung der Verwaltung beziehen, wird der Antrag 208 einstimmig angenommen. Damit sind die Anträge 117 und 181 erledigt.

Die Anträge 12, 25, 60, 98 werden auf Antrag Krüger-Potsdam dem Parteivorstand überwiesen.

Von den Anträgen, die sich auf die Freiwilligenkorps und auf Belagerungszustand und Pressfreiheit beziehen, wird der Antrag 208 gegen wenige Stimmen angenommen. Ebenso wird der hierzu gehörige Zusatzantrag (ursprünglich zum Antrag 68 gestellt) Nr. 227 angenommen. Der Zusatzantrag 248 wird abgelehnt.

Gegen wenige Stimmen abgelehnt wird auch der Antrag 158; dadurch ist der Antrag 198 erledigt. Ferner wird abgelehnt der Antrag 185.

Angenommen wird Antrag 223, Absatz 2.

Der Antrag 231 ist zum Teil erledigt; soweit er wünscht, daß der Belagerungszustand im ganzen aufgehoben wird, wird er abgelehnt.

Erledigt sind damit die Anträge 68, 74, 82, 158, 157, 175, 188 Abs. 8, 194, 198, 234.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Der Antrag 199 ist statutenmäßig unzulässig; ebenso kann über den Antrag 241 hier nicht abgestimmt werden, da er einem ordnungsgemäßen Verfahren vorbehalten würde.

Es folgt nun die Beratung einer Reihe von Anträgen, die sich beziehen auf Agitation, auf Bildung und Jugendarbeit, ferner der Anträge 181, 188 Abs. 9, 201 Abs. 7, 205 und 218, weiter der Anträge zur Lehrerbewegung, auf Einziehung einer Agrarkommission und Revision des Parteiprogramms: Anträge 9, 10, 11, 54, 69, 81, 160, 165, 167, 187 und 189; ferner der Anträge, die sich auf die Presse beziehen: 120, 121, 129, 172, 232 und 238; ferner eine Reihe einzelner Anträge: Nr. 29, 50, 51, 58, 61, 68, 207 und 270. Sämtliche Anträge werden genügend unterstützt. Nicht unterstützt werden die Anträge 52 und 55.

Die Unterstützung reicht für die Anträge 62 und 108 aus. Es folgt die Besprechung.

Wolff Braun: Durch die Anträge, die Sie soeben unterstützt haben, wird eine Fülle von Problemen aufgeworfen, sie alle umschlingt das geistige Band unserer Parteipresse. Nichts ist so bedauerlich und so schädlich, wie der Zustand unserer Parteipresse. Ich darf es in so harter Form sagen, da ich ja selbst Redakteur bin. Ihre Höherentwicklung ist eine ganz außerordentlich wichtige Aufgabe. (Es herrscht große Unruhe wegen der Verteilung des „Vorwärts“, so daß der Redner sich nicht verständlich machen kann.)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Ich bitte die Delegierten, die nicht im Saale bleiben wollen, ganz lautlos hinauszugehen. So läßt sich nicht verhandeln. (Zurufe: Der „Vorwärts“ wird verteilt!) Auch diese Verteilung kann durchaus lautlos geschehen, wenn Sie sich nicht alle so drängen wollen.

Wolff Braun: Auch ich bin nicht dagegen, daß der „Vorwärts“ verteilt wird, im Gegenteil wünsche ich ihm die allerweiteste Verbreitung. (Heiterkeit.) Wir sind aus den Wahlen als die stärkste Partei hervorgegangen. Um so erstaunlicher ist es, daß unter 4000 bis 5000 politischen deutschen Zeitungen noch nicht 100 sozialdemokratische sind. Es ist ein günstiges Zeichen für uns, daß wir trotz des Mangels an Zeitungen die größte Partei geworden sind. Die zahlreichen Mitglieder, die wir neu gewonnen haben, müssen nun aber von uns auch mit besonderem Nachdruck geistig gestützt werden, damit sie ihre politische Anschauung auch verstandesmäßig zur Anschauung bringen und für uns werden können. Wir als größte Partei müssen auch die am meisten verbreitete Presse haben. (Die Unruhe ist noch immer nicht wiederhergestellt.)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Ich muß noch einmal dringend ersuchen, endlich Ruhe zu bewahren. Wir können so nicht weiter verhandeln. (Die Unruhe legt sich.)

Wolff Braun (fortfahrend): Wir müßten nach der Meinung vieler die Zahl der Zeitungen vermehren, doch stehen dem nicht nur finanzielle, sondern auch ideale Schwierigkeiten entgegen. Sprechen wir es ruhig aus, daß es uns nicht nur an der genügenden Zahl, sondern auch an der nötigen Qualität sozialdemokratischer Redakteure zur Ausgestaltung unserer Parteipresse fehlt. Verschließen wir uns nicht der Tatsache, daß wir im Wettbewerb mit der bürgerlichen Presse im Hintertreffen stehen. Unsere unleugbaren Erfolge verdanken wir in erster Linie dem schönen Eifer der Parteigenossen. Der reicht aber nicht mehr aus, wir müssen ihn sichern und entwickeln durch Schulung. Wir müssen erreichen, daß wir die besten Zeitungen bieten. Wir haben viel zu wenig Redakteure. Von diesen verlangen wir außerordentliche Arbeitsleistungen und treiben Glaubensbau mit ihrer geistigen Leistungsfähigkeit;

unter den gegenwärtigen Umständen müssen unsere Redakteure naturgemäß an Frische und Leistungsfähigkeit verlieren. Der Mangel an Redakteuren ist in erster Linie auf den Mangel an Nachwuchs zurückzuführen. Die Ursache dafür ist aber die schlechte Bezahlung unserer Redakteure. Ich sage das nicht für mich persönlich; denn ich gehöre zu den bestbezahlten Redakteuren der Parteipresse. Ich sage es nicht, weil die schlechte Entlohnung den Redakteuren un bequem ist, ich sage es, weil die Parteipresse unter diesen Umständen leidet. Die Bezahlung unserer Redakteure bleibt weit zurück hinter der Bezahlung der Redakteure der bürgerlichen Presse. (Sehr richtig!) Ich sage noch einmal ausbrüchlich, daß ich zu den wenigen anständig bezahlten Redakteuren gehöre. Wenn wir unsere Redakteurgehälter vergleichen mit den Einkommen der Aus-trägerinnen, der ungelerten Arbeiter, der Buchdrucker und Schriftsetzer, so müssen wir feststellen, daß das Einkommen dieser Arbeitergruppen in ungleich höherem Maße gestiegen ist, als das Gehalt der Redakteure. Das ist eine beschämende Erscheinung. Die Ursache dafür liegt in dem Umstande, daß die ge-werkschaftliche Organisation allein die Gehälter erhöht hat. Für die Aus-trägerinnen sorgt der Transportarbeiterverband, für die in der Expedition Beschäftigten der Zentralverband der Handlungsgehilfen und für die Buch-drucker die Buchdruckerorganisation. Diese Organisationen haben für ihre Angehörigen Lohn- und Gehaltserhöhungen herbeigeführt, nach denen sich die erwähnten Arbeitergruppen erfreulicherweise oft doppelt, ja noch höher stehen wie früher. Nur weil die Redakteure nicht organisiert sind, blieben sie mit ihren Gehältern zurück. Es ist ein Armutszeugnis für unsere Partei, daß wir die Kopfarbeiter schlechter bezahlen als die Handarbeiter. Nun sagen uns die Schriftsetzer, die meist besser bezahlt sind als die Redakteure, daß sie erit an der dreizehnten Stelle in der Gehaltskala für Handarbeiter stehen. Dar-aus erwächst für unsere Parteipresse eine höchst bedenkliche Notlage. Woher soll sie den Nachwuchs bekommen? Unter diesen Umständen gewinnt sie weder aus den akademischen, noch aus den Arbeiterkreisen brauchbaren Nachwuchs, zumal die Regierungen, Verwaltungsorgane, Kommunen, Arbeiterräte uns in so großer Zahl die leistungsfähigen Kräfte rauben. Es steht also fest, daß uns Redakteure fehlen, nicht zuletzt, weil wir sie nicht ausreichend be-zahlen. (Sehr richtig!) Das ist nicht in erster Linie eine ökonomische Frage der Redakteure, sondern eine Frage für die geistige Fortentwicklung unserer Partei. Wir müssen den Redakteuren die gleichen finanziellen Möglichkeiten bieten wie die bürgerliche Presse, sonst bekommen wir nicht die notwendigen Kräfte. Den Nachwuchs können wir vielleicht durch planmäßige Heranbildung von Volontären erreichen. Dabei müssen wir uns hüten, Lehrlingszuchterei zu pflegen. Die Ausbildung der Volontäre ist eine sehr verantwortungsvolle und schwierige Aufgabe für ältere Parteiredakteure. Der Zweck der Ein-stellung von Volontären darf nicht in der Entlastung des Redakteurs erblickt werden, es kommt in erster Linie nicht auf die Arbeit des Volontärs für die Zeitung an, seine Ausbildung hat zum Nutzen der Partei zu geschehen. (Deb-attante Zustimmung.)

Sie ahnen nicht, mit wie schlechtem Handwerkzeug unsere Redakteure ausgerüstet sind. Den wenigsten stehen ausreichende Bibliotheken, Archive, Registraturen, Schreibmaschinen und ähnliche Einrichtungen und Hilfsmittel zur Verfügung. Eine Besserung in dieser Hinsicht würde auch die Nachrichten-übermittlung erheblich erleichtern; das Wichtigste ist aber eine Reorganisa-tion des Nachrichtendienstes. Wir müssen Nachrichtenquellen haben, die unsere Parteipresse mit selbständigem politischen Inhalt bereichern, keinerlei Privatinteressen dienen und der bürgerlichen Presse nicht zugänglich sind.

(Lebhaftes Sehr richtig!) — Die Redezeit ist abgelaufen. Als der Redner die Tribüne verläßt, erhebt sich nochmals Weisfall.)

Gebrmann - Harburg: Genosse Braun hat recht, wenn er ausgeführt hat, daß der Zustrom an Redakteuren für unsere Parteipresse nicht ausreicht. Das liegt aber weniger an den Besoldungsverhältnissen als an der Stellung, die wir bisher den intellektuellen Kreisen gegenüber eingenommen haben. Ich weise die Behauptung Brauns zurück, daß unsere Redakteure schlechter bezahlt sein sollen als die Schriftsetzer. (Widerpruch.) Es wäre für eine Blamage für unsere Partei, wenn wir unsere geistigen Arbeiter schlechter bezahlten als die Handarbeiter. So schlimm, wie es Genosse Braun dargestellt hat, ist es denn doch nicht. (Widerpruch.) Allerdings besteht in der Bezahlung der Chef-redakteure der bürgerlichen Zeitungen und der politischen Redakteure der sozialdemokratischen Presse ein ganz erheblicher Unterschied. Darin erblicke ich auch die Ursache dafür, daß die Intellektuellen sich lieber den bürgerlichen Blättern zuwenden. Im allgemeinen muß doch aber gesagt werden, daß unsere Redakteure immer noch besser bezahlt sind, als die große Mehrzahl der bürgerlichen Redakteure.

Worunter wir aber heute in der Presse am meisten leiden, und was uns bei der Aufklärungsarbeit so ungeheure Hemmnisse in den Weg legt, das ist die leidige Papierfrage. Wir müssen bebauern, daß die Parteipresse es immer fertiggebracht hat, ziemlich erheblich bei Angabe ihrer Abonnentenzahl zu bleiben. Die bürgerliche Presse, die mit 5000 bis 6000 Abonnenten dagestanden hat und in der Reklame mit 12 000 bis 15 000 herausgetreten ist, hat heute Papier in Fülle und Fülle. Ich erinnere an den unhaltbaren Zustand wäh-rend der Wahlbewegung. Es war kaum möglich, Flugblätter hinauszuworfen, wenn wir die Parteipresse nicht am Erscheinen verhindern wollten. Bei uns in Harburg mußten wir eine Zeitung unsere Parteipresse 4 Seiten stark herausgeben, damit wir in der Wahlzeit drei Flugblätter in den Kreis werfen konnten. Unsere Anforderungen bei der Papierverteilungstelle sind immer zurückgewiesen worden. Im Gegenteil, es wurde uns noch abgezogen. Wie dagegen vom Wirtschaftsamt, in der Heimatsaufklärung usw. mit Papier-massen gewütet worden ist, das ist ein Skandal. Der Antrag Hamburg trifft das, was wir zum Ausdruck bringen wollen, daß hier unsere regierenden Ge-nossen auf das Verteilungsamt einen solchen Einfluß ausüben, daß die Parteipresse zu dem Recht kommt, das ihr zusteht.

Ich bedaure, daß die Agrarkommission nicht endlich zu ersprießlicher Ar-beit kommt. Diejenigen, die draußen in ländlichen Kreisen zu tun gehabt haben, haben namentlich bei den Nationalwahlen den Mangel eines Agrar-programms empfunden. Wir stehen den kleinen Landwirten ohne Material gegenüber, wenn sie fragen: Was wollt und könnt Ihr für uns tun? Die Revolution hat der Industriearbeiterschaft gewiß Vorteile gebracht. Aber was hat sie eigentlich den kleinen Landwirten gebracht, hauptsächlich denjenigen, die verdammt sind, in der Nähe der großen Güter zu liegen. Sie sind voll-ständig leer ausgegangen. Ueberall kommt das Drängen: Was wird nun mit uns geschehen? Es muß endlich ernst gemacht werden mit der Schaffung des Agrarprogramms.

Genosse Bartels beschwerte sich, daß die Berichte nicht so eingegangen sind, wie es hätte sein müssen. Er hätte berichtigungen müssen, daß gerade für die Kreise, die verzweigt sind, es fast unmöglich war, innerhalb 20 Tagen einen abschließenden Bericht dem Parteivorstand zu übermitteln. Es geht doch zu-nächst die Zeit verloren, die die Vereine brauchen, um an die Zentrale des Kreises selbst zu berichten. Bei unserer heutigen Organisationsform haben wir

solche Vergewaltigungen, daß wir bei den Wahlen vollkommen auseinandergerissen werden. Da war es nicht möglich, den Bericht in dieser Zeit zu erledigen. Ich will nicht sagen, daß das Schuld des Parteivorstandes ist. Das Drängen nach dem Parteitag hat es eben mit sich gebracht, daß man hier etwas haben wollte. Aber diejenigen, die nach dem Parteitag gedrängt haben, haben wirklich nicht nach einem Parteitag gedrängt, wo schließlich nur ein Situationsbericht über die Partei gegeben werden sollte, sondern nach einem Parteitag, der in grundsätzlichen Fragen verhandeln sollte.

Nun hat unser Parteikassierer eine Erbschaft des Genossen Gerisch angetreten. Da muß man sagen, daß er mit der Ehrlichkeit des Genossen Gerisch auch dessen Klageleit mitübernommen hat. Es ist ja stets über die Kasse geklagt worden. Aber die Anforderungen, die Bartels an die Kreise erwählte, werden nicht so erfüllt werden können. Wenn 25 Proz. der Beiträge an die Zentrale abgeführt werden, ist es selbstverständlich, daß das, was in den Kreisen bleibt, zurückgehen muß. Wie sollen die Kreise all den Anforderungen bei den Wahlen, beim Bildungswesen gerecht werden, wenn dem Vorschlag von Bartels Folge geleistet wird? Wenn Genosse Bartels konstatieren konnte, daß die Anforderungen an die Zentralkasse bei der Nationalwahl nicht in dem Maße hoch gewesen sind wie früher, so ist das nur darauf zurückzuführen, daß es möglich war, in den Kreisen Gelder anzusammeln, um den Wahlkampf führen zu können. Wir haben vom Harburger Wahlkreis 3000 M. ausgegeben, die sonst der Parteivorstand zu bezahlen hätte. Man soll es lassen, wie es gewesen ist, damit kann auch der Parteivorstand auskommen.

Sellmann - Hamburg: Ich empfehle die möglichst allseitige Annahme des Antrags 206 betreffend die Lehrerbewegung.

Sie wissen alle, die deutschen Volksschullehrer haben sich seit jeher des ehrenden Mißtrauens des alten Klassen- und Obrigkeitstaates zu erziehen gehabt. Dieser alte Staat hatte einen sehr sicheren und berechtigten Instinkt. Diejenigen, die berufsmäßig mit den Kindern des Volkes sich zu beschäftigen haben, und den besten und persönlichsten, ich möchte sagen menschlichsten Einfluß in die soziale, wirtschaftliche Not der breiten Massen hatten und namentlich beobachten konnten, wie diese Not die junge Generation überall hemmte und aufsteht und berelendete, die wurden lange, ehe ihr Klare politisches Bewußtsein erwachen konnte, schon durch diese Erfahrungen, durch ihr Gefühl zu denselben Forderungen geleitet, die wir auf politischem Gebiete vertreten. Das große, der Wirklichkeit weit, um Jahrhunderte, vorausgreifende organisatorische Genie eines Comenius, die Utopien eines Rousseau, die glühende Menschen- und Kinderliebe Pestalozzi, die fühne Prophezeiung eines Fröchte, all diese großen fühnen Gedanken münden zuletzt, wenn sie auf die Verwirklichung drängen und dringen, in den Sozialismus.

Der Lehrer braucht jetzt gerade nach der Revolution die Partei, und die Partei braucht die Lehrer, alle Lehrer vom Volksgärtner bis zur Hochschule. Wir brauchen die Partei, um die politische Freiheit auch wirklich auszunutzen, festzuhalten, zu bewahren. Namentlich aber die draußen vereinzelt stehenden Landlehrer. Das bezeugen zahlreiche Briefe, Notschreie, Bitten um Ratsschläge in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Diese vereinzelt dastehenden Landlehrer, die sich im hohen Schwunge der Revolution, nachdem ihnen gewissermaßen der Deckel vom Herzen genommen war, unserer Bewegung angeschlossen, die sich mit beiden Armen in den großen, neuen, erschreckenden Strom hineingeworfen haben, sie sind einzelne Punkte eines losen Worttrupp. Sorgen wir dafür — viel mehr noch in unserem Parteinteresse als in dem Einzelinteresse dieser Persönlichkeiten —, daß dieser weit vor-

gedrungenen Hause kein verlorener Hause ist, sondern daß ihm der große helle Hause der gesamten Lehrerschaft mehr und mehr nachkommt, daß wir diese Vorposten befähigen, innerlich und wirtschaftlich auszuhalten gegenüber der großen Zahl von Einkläufern wirtschaftlicher Art, von politischen Anbelagerungsversuchen, die sich schon wieder auf sie herabzulassen beginnen. Sie haben schon heute wieder zu leiden wegen ihres offenen Bekenntnisses, wegen ihrer Wahl- und Agitationsarbeit von Großbauern und Großgrundbesitzern, von der noch im Amte befindlichen Schulbureaucratie der mittleren und unteren Instanzen, sie haben zu leiden unter der Fremdbheit der ganzen Situation, sie haben nicht zum wenigsten zu leiden an der Neuheit ihrer jetzigen politischen Stellungnahme. Eine Menge von Eigenbrötlei, Versteiegenheit, Heißspornum macht sich geltend. Wir müssen diese jungen Menschen, diese besonders nützliche und wertvolle Schicht von heranwachsenden Parteigenossen fest an uns fetten. Das können wir nur durch eine geistige Organisation, durch eine besondere Organisation, dadurch, daß wir ihnen Gelegenheit geben, sie dafür schulen, sich in Reich und Lieb mit der ringenden und vorwärts drängenden Arbeiterschaft zu stellen.

Ebenso wie die Lehrer uns brauchen, braucht die Partei sie. Natürlich soll der sozialdemokratische Lehrer nicht etwa parteipolitischen Jugenddrill treiben. Das ist sowohl der Partei und ihrer hohen Weltanschauung, als der pädagogischen Tätigkeit eines Erziehers unwürdig. Und darüber hinaus auch vollständig unnütz. Aber diese Lehrer stehen auf einem Posten, wo sie isoliert sind. Schon durch ihr Leben, durch ihr Wirken auf die Erwachsenen sind sie die geborenen Vertrauenspersonen der Eltern, des ganzen Volkes. Sie sind die immanenten Vorbilder und Führer, die Zeugen einer sozialistischen Scharf- und Lebensauffassung für jung und alt. Sie können Axiomatisierungspunkte bilden auch in denjenigen Gebieten unseres Volkslebens, wohin bisher unsere Organisation, namentlich in geistiger Beziehung, nicht reichen konnte. Es muß uns als Ziel vorstehen, daß der sozialistische Lehrer, namentlich in der einflussigen Schule, gewissermaßen am äußersten Rande des deutschen Kulturlebens, ein Mann wird, der so wirkt, wie bisher etwa nach dem alten kirchlichen Ideal der Geistesliche, der eigentlich die einzige Person dort war, von der Geistesleben ausströmte. Das ist jetzt in der neuen Welt, die heraufzieht, der Posten, auf dem der Lehrer steht. Da wird der Volksschullehrer wirklich zum Volklehrer. Diese Bewegungen sind erst im Beginn. Die Lehrerschaft, soweit sie erwacht ist, gleicht gewissermaßen einer lagernden Truppe, die eben erst aufgeweckt wird durch die Fanfaren zum Aufbruch; aber erst die vordersten marschieren dem Licht des Morgens entgegen, das Gros reckt sich und dehnt sich noch, das ist erst dabei, zu packen und die Mäntel zu rollen. Doch die Vorhut marschiert bereits. Und auf sie werden sich mehr und mehr in der nächsten Zeit die Blicke richten. Helfen Sie, diese Vorhut zu schützen und zu stärken. Aber wir müssen diesen neuen Parteigenossen in Schulleben auch sagen: Eure Kritik an dem, was noch fehlt, Eure Ungebuld mit einer wirklichen Durchführung der Einheitschule, einer demokratisierten Schulverwaltung, all diese edle Ungebuld, möchte ich sagen, dieses Aufschäumen gegen die Hindernisse, dieses Nichtgeithaben, bis Genosse Haenisch wirklich durchgreifen kann, all das ist erfreulich und berechtigt. Es lagert sich wirklich bereits eine Fülle von Zweifeln und Unsicherheit über diese Leute. Aber die Hauptsache, die müßt Ihr tun, von unten auf. Es genügt nicht, einmal die Art an die Wurzel zu legen. Die Geduld haben wir alle erst gelernt. Wir müssen diesen neuen politischen Menschen Gelegenheit geben, das auch zu lernen.

Die sozialdemokratische Lehrgemeinschaft soll kein Organ für sich sein. Sie soll einen Zweigverband innerhalb des Parteilebens bilden. Unsere Lehrgenossen sollen sich schulen, nicht für eigene Zwecke, nicht für Sonderzwecke, sondern für uns, für unsere Ziele, für unser Parteileben und seinen Fortschritt. Sie müssen allmählich lernen, daß man wirken kann für das Volk und seine Kultur nur durch die Organisation, durch den großen Kanal der Partei, daß man nicht die Einheitschule etwa verwirklichen kann durch eine Lehrerbewegung, sondern lediglich durch die große Volksbewegung, die große Massenbewegung, die die Sozialdemokratische Partei darstellt. Aber es ist sehr nötig, daß ihnen der Glaube gestärkt wird, der Glaube an die Zukunft, der Glaube, daß ihnen Hilfe wird, der Glaube, daß die ganze große Partei hinter ihnen steht, und daß sie auf jenen fernem, vorgeschobenen Posten nicht verlassen sind. Diesen Glauben wollen wir ihnen bringen, indem wir die Resolution annehmen. Der Parteitag grüßt sie auf diesem neu eroberten Gebiet, diese jungen Anfänger, er reicht ihnen die Hand, er wünscht, daß die Bewegung auch auf diesem neuen Boden sich kräftig fortpflanzen, er erklärt durch die Annahme dieser Resolution, daß er nicht ablassen wird, diesen Keim zu pflegen und zu fördern. Ich bitte Sie, in diesem Sinne die Entschliebung anzunehmen. (Lebhafte Beifall.)

Genossin Juchacz: Unter den vielen Anträgen, die dem Parteitag diesmal zugegangen, sind verhältnismäßig wenige, die sich mit der Ausgestaltung der Presse befassen. Und doch haben wir besonders während des Krieges kennen gelernt, daß wir die Presse brauchen, und daß sie eine Macht darstellt zur Aufklärung der Massen. Unter den Presseanträgen hat es mir besonders der Antrag 120 aus Niederbarnim angetan, der verlangt, daß schleunigst eine Beuileton-Zentrale geschaffen wird, und weiter Beilagen für die Frauen und Jugendlichen. Die Frauen haben jetzt das Wahlrecht bekommen. Wir in der Partei, die wir immer für die Gleichberechtigung der Geschlechter eingetreten sind, stehen jetzt aus Selbsterhaltungstrieb vor der Aufgabe, die Frauen möglichst für unsere Ideen zu schulen als Wählerinnen und als Agitatorinnen. Bei dieser großen Aufgabe dürfen wir auf die Presse nicht verzichten. Wenn hier verlangt wird, daß besondere Frauenbeilagen geschaffen werden, so darf es sich dabei nicht darum handeln, daß man, wie bisher bei einzelnen Parteiblättern, eine Art Unterhaltungsbeilage für die Frauen schafft, wo kleine Geschichten und kleine Vorkommnisse, von denen man annimmt, daß sie die Frauen besonders interessieren, abgedruckt werden. Bei der Ausgestaltung der Presse für die Pflege der Frauenbewegung innerhalb unserer Reihen kommt etwas anderes in Betracht. Unser ganzes politisches Leben bekommt durch die Mitwirkung der Frauen einen ganz anderen Einschlag. Zur Erörterung sozialer Fragen, zur Vorbereitung unserer ganzen Sozialgesetzgebung und zur Vorbereitung der Arbeiten, die mit Hilfe der Frauen in den einzelnen Kommunalverbänden vorgenommen werden, brauchen wir in der Tagespresse, die dauernde Erörterung solcher sozialen Fragen und Mißstände, und es ist unsere Aufgabe, daß nicht nur die Männer, sondern auch eine größere Zahl von Frauen, die die Feder zu führen verstehen, dazu gewonnen werden, dauernd für die Parteipresse zu schreiben. Die Aufgabe unserer Redaktionen aber muß es sein, Artikel an die richtige Stelle zu setzen. Als wir im Oktober 1917 den Werbemonat für die Frauenbewegung hatten, wurden auf meine Veranlassung durch eine größere Anzahl von Frauen Artikel für die Presse geliefert. Da haben einzelne Zeitungen die besten dieser Arbeiten im Laufe des Monats als Leitartikel gebracht, und ich habe auch eine ganze Anzahl von männlichen Parteigenossen gesprochen, die

sagten, daß sie das als eine sehr angenehme Abwechslung empfunden haben, einmal einen Leitartikel zu lesen, der herausfiel aus dem allgemeinen Rahmen der sonstigen großen politischen Leitartikel, die unsere Zeitungen bringen. Also auch in diesem Sinne müssen wir unsere Zeitungen ausgestalten. Wir müssen auch die Männerwelt dazu erziehen, durch einen derartigen Ausbau unserer Parteizeitungen, daß sie ein Interesse bekommen an den sozialen Problemen der jetzigen Zeit. Ich weiß, daß das jetzt schwer fällt, daß uns die Papierknappheit hindert, daß die drängenden politischen Fragen des Tages uns immer wieder für derartige Dinge den Raum in der Zeitung wegnehmen. Ich weiß, daß während der Wahlzeit nicht immer Zeit und Platz gewesen ist zur Erörterung besonderer Frauenfragen. Ich weiß auch, daß die Fragen der Sozialisierung, das Mätesystem, die Aufdeckung sozialer Mißstände aller Art, es nicht zugelassen haben, alle unsere Wünsche zu erfüllen. Trotzdem ist dieser Ausbau eine ganz bringende Notwendigkeit, wenn wir die Frauen zu Wählerinnen in unserem Sinne heranbilden wollen. Das ist eine Lebensnotwendigkeit für die Partei, das ist die große Kulturaufgabe, die Männer und Frauen gemeinsam zu erfüllen haben. Es werden besondere Beilagen unserer Zeitungen für alle möglichen Dinge verlangt, und zweifellos auch mit Recht. Die Landwirtschaft will nicht zu kurz kommen; die Fische der Leute da draußen außerhalb der Grenzen der Großstadtbezirke ist wieder eine andere, und die Lektüre, die sie bekommen, muß darauf zugeschnitten werden. Ebenso sollen die Jugendlichen berücksichtigt werden, die Beamten, die Lehrer, wie Sie eben gehört haben. Die Kommunalpolitik soll in ganz besonderer Weise durch die Presse gepflegt werden. Aber das eine muß ich immer wieder betonen: alles das, was notwendig ist, darf die letzten Notwendigkeiten nicht verdrängen, unsere Zeitungen müssen den Einschlag bekommen, von dem ich soeben gesprochen habe. Es ist in dem Pressebericht, den Genosse Schulz gegeben hat, wohl nicht von vielen gehört worden, daß auch der Parteivorstand es sich angelegen sein lassen will, die „Gleichheit“, das langjährige Organ der Genossinnen, auszubauen nach den Bedürfnissen der Zeitzeit. Die „Gleichheit“ soll ab 1. Juli achttägig erscheinen, und als Beilage eine Frauenkulturzeitschrift erhalten, die alle 14 Tage erscheint. Die Genossen und Genossinnen, die schon lange in der Bewegung stehen, wissen, daß wir um eine solche Kulturzeitschrift innerhalb der Partei gekämpft und gebettelt haben. (Sehr wahr!) Jetzt endlich ist es so weit. Ich hoffe, daß sie ihre Aufgabe erfüllen wird, wenn sie die nötige Unterstützung aus dem Lande erhält. Die beste Zeitschrift versteht ihren Beruf, wenn sie keine Leser hat. Und aus diesem Grunde muß es die Aufgabe der Parteiorganisationen im Lande sein, der „Gleichheit“ einen größeren Verbreitungsbezirk zu sichern, größer noch, als er in früherer Zeit gewesen ist; er ist jetzt recht klein geworden. Das ist ein Appell, den ich unter dem Druck der Notwendigkeit noch einmal ganz besonders an den Parteitag richten möchte. Sorgen wir alle dafür, daß die Frauen vollbewußte und zielklare Wählerinnen werden. Nur dann können wir dem Sozialismus zum Siege verhelfen. (Lebhafte Beifall.)

Ruben-Effen: Von einer Reihe engerer Parteifreunde bin ich beauftragt, Ihnen die Annahme des Antrags 240 dringend zu empfehlen. Er behandelt die Schaffung einer Zentralstelle beim Parteivorstand zur Förderung der politischen Aufklärung und Organisation der Beamten in sozialistischem Sinne. Ich darf wohl im Namen aller sozialistischen Beamten der Freude Ausdruck geben, daß wir uns nunmehr offen zur demokratischen Republik und zum Sozialismus bekennen dürfen. Der Dank dafür gebührt der Partei, der wir treu zu dienen bereit sind. (Zuruf des Genossen Landsberg: Bravo!) Ja

der Leitung der inneren Parteigeschäfte fügen wir uns vorerst den älteren Parteigenossen. Aber wir verlangen, daß der Grundsatz der Demokratie auch zu unseren Gunsten innerhalb der Partei verwirklicht wird. Unter uns sind manche, die vielleicht in dieser oder jener Frage sachverständiger sind als ältere Genossen, die mit den Schlichen der Bureaucratie etwas vertrauter sind, und wir hoffen insbesondere in dem Kampfe gegen die Geheimratswirtschaft des ancien régime nützlich leisten zu können. Wir sind uns nach dieser Richtung der Bedeutung innerhalb der Partei und für die Partei bewußt, und alle Angriffe und Schmähungen, die ein recht unzulässiger Teil der Partei in den letzten Tagen gegen die akademischen Keullinge und Beserwässer für nötig hielt, werden uns nicht anstecken. Gerade die haben dies am lautesten gerufen, die den Grundsatz der Demokratie immer im Munde führen. Sorgen Sie auch nach der Richtung für die Verwirklichung der Demokratie innerhalb der Partei. Wir werden uns nicht aus der Partei herauskeln und in das rabulale Lager treiben lassen, und wenn es not tut, ein offenes Wort gegen kurzfristige Beschränktheit mancher Parteiböden, wie es bei uns heißt, nicht scheuen. Wir drängen uns auch nicht an die Parteitrippe, da es für uns ein undankbares Geschäft ist, uns im Dienste der Partei von eigenen Parteigenossen beschimpfen zu lassen. Auch der Vorwurf der Feigheit seitens des Genossen Adolf Braun scheidet uns nicht an; denn gerade unter uns Richtern sind manche, die schon vor der Revolution für die richterliche Unabhängigkeit einen schweren Kampf haben führen müssen ohne den Rückhalt an der Partei.

Aber um eins bitten wir: helfen Sie uns bei der Förderung der politischen Auffklärung und der Organisation der sozialistischen Beamten. Wir wollen nicht nur zu agitatorischen Wahlreden gut genug sein, und wir wollen nicht nur Renommierbeamte im Parlament und Parteitag haben, sondern wollen uns dauernd in die Partei einreihen. Nach dieser Richtung waren die sozialistischen Beamten bisher so gut wie ganz auf sich angewiesen, und die Folge war eine vollständige Verwirrenheit. In Düsseldorf gründeten die sozialistischen Postbeamten einen Verein, anderwärts die Feuerwehrlente; dann organisieren sich wieder in manchen Städten die sozialistischen Beamten, gleichgültig, welcher sozialdemokratischen Partei sie angehören, zentral in einer Gesamtvereinigung. Dann werden Bezirks- und sogar Lehrer- und Lehrerinnenvereinigungen für das ganze Reich gegründet. In Essen haben wir innerhalb der wenigen Monate in höchem Kampfe gegen den Ultramontanismus etwa 300 bis 400 Beamte vereinigt, und vorerst haben wir alle Beamten aufgenommen, gleichgültig, ob sie organisiert waren, auch wenn sie bei den Unabhängigen organisiert waren. Wir haben den Nichtorganisierten eine gewisse Bewährungsfrist gelassen und sie erst nach einer gewissen Zeit der Partei zugeführt. Wir haben uns genötigt gesehen, für die einzelnen Behörden Vertrauensleute einzusetzen. Sofort bildete sich nun ein ultramontaner katholischer Beamtenverein, aber mit einer ganz anderen Organisationskraft und gestützt auf eine zentrale Leitung und unterstützt von der Gesamtpartei, so daß der Kampf für uns von Tag zu Tag immer schwerer wurde. Sie werden es richtig auffassen, wenn ich sage, daß die Parteivorstände der einzelnen Kreise doch bisher wesentlich auf die Fabrikarbeiter eingerichtet waren und das Verständnis für die besonders schwierige Lage des Kampfes der Beamten nicht haben. Denn so geht wir innerhalb der Partei erst um unsere Gleichberechtigung kämpfen müssen, so geht und schwer ist auch heute noch für uns der Kampf nach außen, namentlich in den Provinzen, wohin die Macht der Zentralregierung noch immer nicht reicht, wie in Rheinland-Westfalen.

Da hat sich nun das Bedürfnis herausgestellt nach Errichtung einer

Zentralstelle in Berlin, wie sie der Antrag 240 vorsieht. Die Gefahr liegt vor, daß sonst die Beamtenorganisationen in ein falsches Fahrwasser gelangen. Eine tut not. Noch ist alles im Fluß, und es kann dem Parteivorstand gelingen, wenn mit sachverständiger Beamtenschaft eine solche Zentralstelle in Berlin eingerichtet wird, dadurch einen Einfluß darauf zu bekommen, daß sich nicht Organisationsformen einmischen, die eine Gefahr für die Partei bilden können. Es muß die Frage geklärt werden, ob nur Genossen aufgenommen werden, auch solche, die erst allmählich oder nach einer gewissen Bewährungsfrist der Partei zugeführt werden, ferner die Frage des Verhältnisses zu den Gewerkschaften, einheitliche Leitfäden im Kampfe um die Vertretung in den Beamtenschaftsausschüssen und in den Berufsvereinigungen. Wir müssen diese Berufsvereinigungen allmählich mit sozialistischem Geist erfüllen. Weiter muß eine allmähliche Einarbeitung in die Parteiarbeit selbst stattfinden, und zwar vom Zettelverteiler aufwärts. Sachkundige Hilfe im Kampfe gegen reaktionäre Vorgesetzte muß auch von dieser Zentralstelle gewährt werden. Der Parteivorstand ist geneigt, auf diese Anregung einzugehen. Er will aber den Parteitag bitten, diesem Antrag vielleicht nur als eine Anregung ihm vorzulegen. Formell ist dagegen nichts einzuwenden, sachlich besteht aber das Bedenken, daß sich die sozialistischen Beamten doch organisieren, und wenn nicht der Parteivorstand rechtzeitig die Führung in die Hand nimmt, namentlich durch Gründung einer Presse für die sozialistischen Beamten, ist nach meiner Information eine Gefahr vorhanden. Also nehmen Sie den Antrag 240 an, und Sie werden vielleicht schon auf dem nächsten oder übernächsten Parteitag geschultere Genossen haben, und der Mangel an sozialistischen Beamten, über den der Genosse Heine sich beklagt, wird beseitigt werden. Auch der moralische Fehler, der uns Beamten anklebt, daß wir nicht genügend Beitragsmarken bisher bezahlt haben, wird ja mit der Zeit immer geringer.

Zum Schluß möchte ich darauf aufmerksam machen, daß im § 2 des Organisationsstatutes etwas Ähnliches vorgesehen ist. Es ist nämlich dort von Organisationseinrichtungen für private und staatliche Betriebe die Rede. Diese Sache müßte aber noch klarer gestellt werden.

Weiter bin ich noch von dem Landesverband Hamburg gebeten worden, den Antrag Nr. 187 zu begründen. Die Aufhebung des Anwaltszwanges ist aber eine so schwierige Frage, daß sie nur durch enge Fühlungnahme mit den leitenden Stellen gelöst werden kann. Aber ich als Richter muß dringend bitten, daß alsbald die Ersetzung der Glaubhaftmachung durch Sicherstellungsleistungen zur gesetzgeberischen Erwägung gestellt wird, ferner vor allem die Aufhebung des Erlasses von einseitigen Verfügungen, ohne daß der Antragsteller sich vor Erlaß derselben dagegen äußern kann. Diese zwei Punkte sind für die praktische Arbeit in den Zivilkammern äußerst wichtig.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Es ist Antrag 252 eingegangen. Der Antrag wird genügend unterstützt und steht mit zur Debatte.

Begier-Hamburg: Zunächst einige Worte über das Bildungswesen. Es ist sehr erfreulich, daß wir das Bildungswesen weiter ausbauen wollen. Ich wünsche nur, daß diese Bestrebungen noch weit mehr als bisher in allen Orten sich durchsetzen. Was wir bisher hatten, genügt nicht. Ich möchte daher bitten, alle Anträge, die auf eine Förderung der Bildungsarbeit hingingen, nach Kräften zu unterstützen.

Was die Jugendfrage anlangt, so hat unser Zentralausschuß einen umfangreichen Vorschlag zur Jugendbewegung unterbreitet. Nach diesem Vorschlag soll die Jugendbewegung sämtliche Jugendlichen von 14 bis 20 Jahren umfassen. Ich halte diese Grenze für zu weit auf Grund der Erfahrungen,

die wir in Hamburg in der Jugendbewegung gemacht haben. Ich halte vielmehr den zuletzt verlesenen Antrag für den richtigeren, wonach die Jugendbewegung nur die Jugend vom 14. bis zum 18. Jahre umfassen soll. (Sehr richtig!) Selbstverständlich müssen für die älteren besondere Veranstaltungen getroffen werden, damit sie sich in der Partei wohlfühlen. Aber ich möchte bitten, dem letztgenannten Antrage zugestimmen.

Zur Frage der Presse hat uns der Genosse Schulz erfreulicherweise eine Reihe von Vorschlägen zur Verbesserung unseres Pressewesens gemacht. Ich hätte gewünscht, daß uns auch diese Vorschläge gedruckt überreicht worden wären, dann hätten wir eventuell noch neue Anregungen dazu geben können. Daß die Papierverteilungsfrage ein Skandal ist, ist schon ausgesprochen worden. Allerdings erscheint es mir nicht so, als wenn unser Zentralvorstand in Berlin von Anfang an die richtige Energie entwickelt hätte, um die ungerechte Papierverteilung zu inhibieren. Es sind zwar Eingaben an die Reichswirtschaftsstelle gerichtet worden, aber wer weiß, wie in der ersten Zeit der Revolution regiert worden ist, wird mir zustimmen, wenn ich sage, unser Parteivorstand hätte die Pflicht gehabt, dafür zu sorgen, daß auf dem Verordnungswege durch die Volksbeauftragten dieser Verteilungsplan geändert worden wäre. Heute ist das nicht mehr möglich und wir müssen versuchen, durch unsere Fraktion die leitenden Stellen zu bestimmen, diesen Verteilungsschlüssel zu ändern. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, den Antrag 128 Hamburg anzunehmen. Er spricht das, was durchgeführt werden muß, wohl in schärfster Form aus. Er dringt auf schleunige Abänderung des Papierverteilungsplanes in der Form, daß das Stimmverhältnis zur Nationalversammlung als maßgebend aufgestellt wird. Das ist eine Forderung, die durchaus den Grundfragen der Demokratie entspricht. Wir haben seit dem 9. November häufig erlebt, daß die Demokratie auch ihre Schattenseiten für uns hat. In diesem Falle ist sie für uns vorteilhaft und wir haben nicht die allgeringste Veranlassung, sie nicht in unserem Sinne anzuwenden. Der Papierverteilungsplan muß aber auch so eingerichtet sein, daß die politische Presse vor der Generalanzeigerpresse bevorzugt wird. Hamburg hat ferner einen Antrag über die Notwendigkeit von Jugendbeilagen eingebracht, der sich inhaltlich deckt mit dem Antrag 120, den die Genossin Zuchacz bereits begründet hat und der außerdem solche Beilagen für die Frauen verlangt. Ich glaube, daß sich auch dagegen gar nichts sagen läßt und unterschreibe alles, was die Genossin angefragt hat. Unser Antrag 127 gegen die Fremdwörter ist zum Teil schon durch den Genossen Adolf Schulz erläutert worden. Unterschätzen Sie die Bedeutung dieses Antrages nicht, denken Sie vor allem an die ländliche Bevölkerung. Vermeidbare Fremdwörter sollen unterlassen werden, und wenn irgendwelche Fremdwörter gebraucht werden müssen, dann muß in Klammern sofort die deutsche Uebersetzung beigelegt werden.

Die Partei muß sich ferner nicht nur um die Gründung neuer Blätter bemühen, sondern sollte namentlich auch die Gewerkschaftspresse dafür gewinnen, noch mehr politische Aufklärung unter die Arbeitermassen zu tragen. Das ist wichtig, weil die Gewerkschaftspresse auch in kleinere Orte kommt, die von unserer großen Parteipresse nicht erreicht werden.

Um ganz besondere Aufmerksamkeit erjuche ich Sie für unseren Antrag 129. Ich will ihn vorlesen, er lautet: „Die Fraktion wird beauftragt, noch vor Inangriffnahme der Sozialisierung der gesamten Presse einen Gesetzentwurf über ein Anzeigenmonopol einzubringen. Dieses Anzeigenmonopol, das sowohl im Interesse der Reichsfinanzen als auch einer allgemeinen Gesundung des Zeitungswesens dringend nötig erscheint, ist unter engerer Führung

inangnahme mit den Fachorganisationen der Arbeiterschaft in die Wege zu leiten.“ Ich weiß als Buchdrucker, daß nicht einmal alle Fachgenossen mit mir einig sein werden, weil sie befürchten, daß bei der Durchführung dieses Antrages eine Anzahl Arbeiter ihren Posten verlieren können. Große Fragen darf man aber nicht nach den Interessen einzelner Arbeitergruppen entscheiden, sondern das Allgemeininteresse, in diesem Falle das Interesse für unsere Partei, muß ausschlaggebend bei der Entscheidung sein. Der Antrag ist mit einer Reihe Fachgenossen durchgesprochen worden und soll in erster Linie als Anregung dienen. Nehmen wir den bürgerlichen Zeitungen ihre Anzeigenplantage, dann ist einem großen Teil der Leser mit diesen Zeitungen, mit denen viel Papier ins Haus kommt, nicht mehr gebiet; weil sie sich dann dem Inhalt zuwenden, und von ihm kaum befriedigt sein können. Ganz besonders würde die großstädtische Generalanzeigerpresse nur wenig beachtet werden, wenn ihr die Anzeigen fehlten. Die Durchführung des Monopols ist allerdings schwierig. Wir denken sie uns so: In den größeren Städten müßte ein Blatt erscheinen, das nur Anzeigen enthält. In großen Orten müßte dieses Anzeigenblatt natürlich in Sonderausgaben zerlegt werden; denn jemand, der nach Vergnügungsanzeigen sucht, dem liegt nichts daran, daß er beispielsweise in dem Anzeigenblatt auch noch Wohnungsanzeigen finden kann. Hier muß also eine Spezialisierung erfolgen. Wir wünschen, daß der Parteivorstand sich mit dem Antrage ernstlich befaßt. Schwierigkeiten sind da, aber sie müssen überwunden werden, weil daraus erhebliche Vorteile für unsere Partei erwachsen werden. Die Annahme keines Antrages von der Gruppe, die jetzt zur Besprechung steht, würde ein solches Wutgeschrei der bürgerlichen Presse auslösen, wie die Annahme dieses Antrages 129. Das ist auch erklärlich, denn sie träge die bürgerliche Presse damit an der empfindlichsten Stelle, am Geldbeutel. Zur Schonung der bürgerlichen Presse haben wir aber nicht die geringste Veranlassung, wenn sie sich in der ersten Revolutionszeit auch ein wenig sanft gegeben hat. Heute ist das schon wieder anders geworden. In der neueren Zeit wird sie sogar recht übermütig und überschüttet uns mit den gewohnten Anwürfen. Hören Sie nur, was die hier erscheinende Thüringer Tageszeitung in ihrer Nr. 148 vom 12. Juni über uns sagt. Unter der Ueberschrift „Roter Parteitag“ heißt es u. a.: „Die Sozialdemokratie weiß nichts Neues. Sie hat das Alte, auch alles Gute und Bewährte darunter, in Trümmer geschlagen und steht noch heute schimpfend vor den Trümmern, schimpfend und unfähig etwas anderes an der Stelle zu errichten.“ Dann heißt es über die Rede Müllers: „Der rote Müller braucht Weisfall unter den immer stiller werdenden Genossen. So quält er ihn denn herbei, indem er die alte Leier schlägt und wider die „Reub- und Annegionspolitik“ wettert.“ Weiter: „Die Weltgeschichte ein Parteitag. Die roten, die ewig Grünen. Und Hermann Müller aus Breslau ein verlegener Stotterer.“ Und ferner: „Dieses Sammelsurium einer Eröffnungsrede, in der sich von irgendeinem „Geist“, und sei es dem von Erfurt, überhaupt keine Spur mehr findet, zeigt, daß die Sozialdemokratie mit ihrem Witz am Ende ist. Sie steht vor dem harten Augenbild, da das immer noch andächtig wartende Publikum die Scheidemänner auf der Bühne, diese erbärmlichsten aller weltgeschichtlichen Komödianten, ausspeift und mit handfesten Gegenständen bombardiert.“ Und weiter: „Wie lange dauert es noch, bis die Gauller da-heron gejagt sein werden? Das hängt im wesentlichen davon ab, daß endlich einmal Licht in die Finsternis der roigblendeten und verduimten Masse kommt; daß die nicht sozialdemokratischen Parteien ihre Pflicht tun.“ Und zum Schluß: „Noch glauben die Massen, gewalttätige Betrüger hätten früher

das Heft bei uns in Händen gehabt; aber es drängt sich ihnen auch unruhig ins Bewußtsein, daß heute schließlich Erottiel das Deutsche Reich verwaltet. Nicht nur verwaltet, sondern auch verwüsten."

Wenn heute schon ein bezartiger Ton eingerissen ist, dann haben wir gar keine Ursache zur Zurückhaltung mehr. Vor allem, wenn wir bedenken, daß 96 sozialdemokratische Zeitungen gegen tausende bürgerliche stehen. (Weifall.)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Ehe wir in die Debatte weiterschreiten, habe ich eine Mitteilung zu machen. In dem Bericht des „Vorwärts“ über die gestrige Tagung heißt es: „Der Delegierte Dr. Bschimmer-Jena, der alle bisherigen Verhandlungen andauernd durch linksradikale Zurufe gestört hat, wird von den Delegierten aus dem Saal gewiesen.“ Ich höre, daß ein ähnliches Verdict auch in Jena verbreitet wird. Soweit ich den Vorgang von hier aus verfolgen konnte, ist die Darstellung falsch. Nach meiner Beobachtung war Dr. Bschimmer von Anfang an in einer großen persönlichen Erregung. Er hat ihr oft durch Zwischenrufe und Zwiesgespräche Luft verschafft. (Zuruf: Er war übergeschnappt!) Gestern nachmittag hat er sich infolge eines Wortwechsels aus dem SitzungsSaal entfernt. Offiziell ist er von niemandem dazu aufgefordert worden. (Zuruf: Er hat gerufen, ich lege mein Mandat nieder.) Jedenfalls ist der Austritt nicht in der dargestellten Form geschehen. Genosse Bschimmer hat den Saal vollkommen freiwillig auf eigenen Entschluß hin verlassen. Das sei gesagt zur Verhütung falscher Auffassungen im Lande.

Artur Hoffmann (zur Geschäftsordnung): Dr. Bschimmer ist von niemandem hinausgewiesen worden. Er hat nach einem Streit seine Altemappe genommen und erklärt: „Ich lege mein Mandat nieder.“ (Beifällige Zustimmung der Delegierten in der Umgebung des Platzes von Dr. Bschimmer.)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Der Leitung des Parteitagss ist von der Mandatsüberlegung noch keine Mitteilung gemacht worden.

Eben wird eine Gruppe von Anträgen verteilt, die leider nicht früher ausgegeben werden konnten. Davon sind die Anträge 248 und 47 erledigt, 248 steht jetzt mit zur Debatte.

Steinfeld-Hamburg: Einzelne Redner sind bereits auf die Jugendfrage eingegangen. Es ist vorgeschlagen worden, daß die Jugendlichen in Gruppen bis zum 17. und vom 17. bis zum 20. Jahre untergebracht werden sollen. Ich bin von der Jugendorganisation in Hamburg beauftragt, gegen diesen Vorschlag zu sprechen, weil er organisatorisch äußerst schwierig durchzuführen ist. Er würde uns die Einrichtung von einer ganzen Anzahl neuer Abteilungen aufzwingen und die Organisation dadurch belasten und erschweren. Die Vierzehnjährigen haben nach unserer Auffassung in die Partei einzutreten. Das hat ja schließlich auch Genosse Schulz nicht abgelehnt. Aber er will es den Jugendlichen überlassen. Damit wäre uns aber herzlich wenig gedient. Wir sollten sie darauf aufmerksam machen und verpflichten, in die Partei einzutreten. Deshalb möchte ich den Antrag Hamburg empfehlen, der genau so wie der eben eingereichte Antrag verlangt, daß die Jugendorganisation nur bis zum 18. Lebensjahr gelten soll, und die Partei verpflichtet wird, eine Jugendgruppe einzurichten. Den Absatz 3 der Richtlinien für die Jugendbewegung in dem Antrag 208 bitte ich abzulehnen. Nach Absatz 4 dieser Richtlinien soll überall ein Vorstand gebildet werden, der zur Hälfte aus den Vertretern der Jugendabteilungen und zur Hälfte aus erwachsenen Parteimitgliedern besteht. Ich bin der Meinung, daß auch die Jugendorganisation ihren Vorstand selbstständig wählen kann. Es ist in der Praxis immer so gewesen, daß man als Geschäftsführer, der die Organisation nach außen vertritt, und

als Kassierer Erwähnung nimmt. Ich begreife nicht, warum der Vorstand noch zur Hälfte von dem Ortsverein gebildet werden soll. Bei uns hat sich der Parteivorstand auf einen anderen Standpunkt gestellt. Um die Verbindung herzustellen, hat er ein Mitglied der Jugendorganisation in den Parteivorstand mit beratender Stimme aufgenommen. Es kann doch kein Fehler für die Partei daraus entstehen, weil die Genossen, die in der Jugendbewegung als Helfer und Leiter tätig sind, selbstverständlich ohne weiteres Parteigenossen sind. Deshalb will man da noch von dem Parteivorstand oder dem Ortsverein die Hälfte in den Vorstand wählen. Wenn man die Jugendbewegung selbständig machen will, sollte man sie sich auch den Vorstand selber wählen lassen.

Ich möchte Ihnen dann den Antrag 150 von der Landesorganisation Hamburg empfehlen. Es ist dringend notwendig, daß dieser Antrag, der ja eigentlich etwas Selbstverständliches ist, angenommen wird, damit unsere Parteigenossen sich mehr als bisher darum kümmern. Wer in der Jugendbewegung als Leiter tätig ist, wird wir zugeben müssen, daß durch den Krieg nicht nur die Moral insgesamt gelitten hat, sondern vor allem auch die Jugend. Dem soll entgegen gewirkt werden. Wir können nicht von der Jugendorganisation in diesem Sinne allein arbeiten, da wir nicht alle Jugendlichen erfassen können. Nach dieser Richtung müßte von der Gemeinde etwas getan werden. Bei uns haben wir schon einen Jugendlesesaal und andere Dinge eingerichtet. Wir müssen in diesem Sinne die geistige und die körperliche Erhebung der Jugendlichen besonders fördern.

Ich bitte Sie nochmals, lehnen Sie die Absätze 3 und 4 der Richtlinien von Nr. 208 ab und nehmen Sie dafür den Antrag von Hamburg Nr. 148 und ferner den Antrag 150 an.

Dreger-Lübeck: Auch ich möchte Sie bitten, die Richtlinien, wie sie Genosse Schulz vorgelegt hat, abzulehnen. Es ist nicht möglich, heute noch, wo sowieso schon in der Jugendbewegung die verschiedensten Strömungen an Boden gewonnen haben, noch Experimente mit Altersklassen zu machen. Es würde zu unübersehbaren Konsequenzen führen, wenn wir zwei Gruppen in der Jugendbewegung schaffen würden. Die über Vierzehnjährigen gehören ohne weiteres in die Partei hinein. Wenn es nicht gelungen ist, sie davon zu überzeugen, daß sie Parteigenossen sein müssen, gelingt es auch nicht von 18 bis 20 Jahren. Dort muß gerade unsere Arbeit einsetzen. Ich möchte Sie aber bitten, dahin zu wirken, daß die Parteioorganisationen der einzelnen Orte bestrebt sind, Bildungsgelegenheiten für diese jungen Parteigenossen innerhalb der Parteioorganisation zu schaffen. Nicht in der Jugendbewegung, das gibt Stänkereien, wie wir sie leider in letzter Zeit in allen Orten zu verzeichnen gehabt haben. Das sind die empfindlichsten Elemente für die radikalen Redensarten, die leider auch schon in unserer Jugendbewegung Boden gefast haben.

Dem Genossen vom Hamburg möchte ich insofern entgegenzutreten, als ich nicht wünsche, daß der Vorstand in der Jugendorganisation ganz allein mit Ausnahme des Kassierers und Vorsitzenden aus Jugendlichen zusammengesetzt wird. Auch dies ist ein Experiment, was man nicht machen sollte.

Ich möchte Sie ferner auf den Antrag von Lübeck verweisen und den Parteivorstand ersuchen, daß er möglichst bald nicht nur für die Jungen, sondern auch für uns Ältere Bildungsgelegenheiten schafft. Wir vermissen dringend die Kräfte in dieser Zeit, um einen schnellen Nachwuchs und Ersatz für die in wichtige Ämter eintretenden Genossen zu schaffen. Dazu ist notwendig, daß die Parteischule und die Wanderturse in irgendeiner Form, natürlich gegen früher verbessert, wieder aufgenommen werden, damit Partei

und Organisationsarbeit florieren, wie es der heiligen Zeit entspricht. Es ist ganz richtig, wie Genosse Wels sagt: auf der Organisation ruht das ganze Staatsgebäude und auch die Zukunft des ganzen deutschen Volkes. Wenn die unten angehabert und angefaßt ist und wenn ihr die Kräfte entzogen werden, so ist das gefährlich. Ich bitte dringend, überall, wo es nötig ist, Ertrag und neue Kräfte hinzusetzen, damit die Partei ihre Aufgaben erfüllen kann.

Ich möchte auch ferner die Parteitagsglieder bitten, in ihrer Organisation dahin zu wirken, daß den Jugendorganisationen mehr Gelder zur Verfügung gestellt werden, als es bisher geschehen ist. Ein großer Teil der Sorgen war stets die Beschaffung von Geldern. Das muß in Zukunft aufgehört, und ich bitte Sie, nicht mehr den Kleinlichen und Krauserigen Standpunkt in bezug auf die Jugendbewegung einzunehmen, der bis dahin vielfach in Verkennung der Aufgaben eingenommen wurde. Ich bitte, hier den Daumen nicht zu fest auf den Geldbeutel zu halten, aber Sie lehnen es ab, Experimente zu machen. Lassen Sie es für diejenigen, die das 18. Jahr erreicht haben, als Pflicht erscheinen, in die Partei einzutreten. Es sind diejenigen, die uns gerade die ganz Jungen verderben können. Wir können gerade in Lübeck ein Lied davon singen. Die sollen hinein in unsere Organisation und dort die Bildungsanstalten vorfinden, wo sie sich weiterbilden können. Aber die Jugendlichen von 14 bis 18 Jahren sollen allein in der Jugendorganisation verbunden sein, da fühlen sie sich wohl, da verstehen sie sich auch besser. Deshalb bitte ich, lehnen Sie die Nichtstimmen für die Jugendbewegung, wie sie der Genosse Schulz vorgelegt hat, in dieser Form ab und lassen Sie sich nicht darauf ein, daß wir jetzt irgendwelche Experimente in der Jugendbewegung vornehmen.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Die Frage, ob Jugendliche bis zum 20. Jahre der Jugendbewegung angehören sollen, ist eng verwachsen mit dem neu zu beschließenden Organisationsstatut. Ich empfehle deshalb, daß wir diese Frage, soweit sie das Organisationsstatut berührt, also auch den vorher eingebrachten Antrag Eng-Schulz, jetzt nicht verhandeln, sondern erst beim Organisationsstatut und jetzt aus der Jugendbewegung nur die anderen allgemeinen grundsätzlichen Fragen besprechen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, den Fritsch-Diegnitz begründet und gegen den sich Schilde wendet, wird angenommen.

Hetztes-Drier: Ich möchte dann aber bitten, daß der Antrag 288, der eine rein organisatorische Frage der Genossen vom Lande betrifft, besonders verhandelt wird.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Wir können dem Wunsche dadurch Rechnung tragen, daß wir den Antrag unter den sonstigen Anträgen unter Punkt 8 der Tagesordnung verhandeln.

Wir kommen nun zu den Schlusworten.

Parteil: Soweit es sich um die Organisationsfragen handelt, sind recht wenig Bemängelungen in der Debatte erhoben worden. Was die Anträge anbelangt, bitte ich Sie, den Antrag 50 und 51, der finanzielle Unterstützung schwacher Organisationen will, dem Parteivorstand zu überweisen. Es kann sich dabei nur um eine Anregung handeln, denn das, was die Anträge wünschen, ist von uns auch bisher jederzeit geschehen. Daß dieser und jener glaubt, nicht genügend berücksichtigt zu sein, gebe ich zu. Aber nach Möglichkeit ist stets in dem Sinne vorzugehen worden. — Einige weitere Anträge wünschen eine regere Agitation unter den Privatbeamten, und daß eine Zentralkasse für politische Aufklärung für Beamte beim Parteivorstande geschaffen werden soll. Wir

stehen diesen Anträgen durchaus sympathisch gegenüber. Ich bitte, sie dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen. — Ein Redner sagte bezüglich meines Kassenberichts, daß Klagen über die Finanzen seitens der Kassierer ja etwas Mitgebrachtes seien, und daß ich wahrscheinlich nur im gleichen Sinne unsere Finanzfrage behandelt habe. Ich wünschte, der Genosse hätte recht. Aber leider ist es Tatsache, daß unsere Finanzen nach diesem langen Kriege außerordentlich schlecht stehen. Ich hoffe aber, daß allseitig das Bestreben vorhanden sein wird, die so notwendige Stärkung unserer Parteifinanzen zu fördern. Wenn ich das mit meinen Ausführungen erreicht haben sollte, bin ich durchaus zufrieden. Im übrigen sind wir wohl alle darin einig, daß wir bestrebt sein müssen, die Festigung und den Ausbau unserer Organisation in der energischsten Weise zu betreiben, weil dies ein absolut notwendige Vorbedingung für das weitere Fortschreiten unserer Partei ist. (Beifall.)

Abolf Schulz: Meine Ausführungen haben in der Debatte fast reißlose Unterfütterung erfahren. Auf die Gehaltsfrage unserer Redakteure bin ich absichtlich nicht eingegangen, und viellecht wäre es besser gewesen, wenn auch Genosse Braun darauf nicht eingegangen wäre. — Den Antrag 128 von Hamburg habe ich bereits gestreift, aber seine praktische Durchführbarkeit deucht mir insofern unmöglich, als er die Papierverteilung nach dem Stimmverhältnis verlangt. Was wir fordern müssen, ist, in erster Linie, wenn das Papier wirklich so knapp ist, daß die parteipolitische Presse vor allem berücksichtigt wird. (Lebhafteste Zustimmung.) Dem Antrag 129, der ein Monopol der Anzeigen verlangt, stehe ich nicht freundlich gegenüber. Er scheint mir ungeheuer schwierig durchzuführen zu sein, ich habe auch bei der Begründung durch den Antragsteller Ausführungen darüber vermisst, wie er sich die praktische Möglichkeit denkt. (Zuruf: Das kann man in zehn Minuten nicht!) Doch, wenn man anderes auszuführen vermeidet.

Damit könnte ich eigentlich schließen, aber einer der Diskussionsredner, ich glaube Genosse Begier-Hamburg, hat auf ein bürgerliches Geistesprodukt hingewiesen in der „Thüringer Tageszeitung“. Ich habe den Artikel soeben gelesen. Wer im öffentlichen Leben steht, muß sich die Kritik seiner Handlungen gefallen lassen. Das ist für uns eine Selbstverständlichkeit, und wir sind auch durchaus nicht zimperlich, wenn diese Kritik etwas dech ausfällt. Wir halten den Grundsatz der weitesten Meinungsfreiheit für eine Selbstverständlichkeit, er bildet für uns ein Postulat. Aber ich muß doch sagen: mir ist selten ein ähnliches Produkt journalistischer Schmutzfinckerei vor die Augen gekommen (Sehr gut!), wie dieser Artikel. Er fällt in einer so ordinären Weise über unsere Genossen Müller und Scheidemann her, daß einem die Worte zur Charakterisierung fehlen. Nun kann man sich allerdings auf den Standpunkt stellen: Unsere Genossen, um die es sich handelt, stehen viel zu erhaben, als daß sie dieser Dred irgendwie erreichen könnte. (Sehr gut!) Und als Partei könnten wir uns auf den Standpunkt stellen: Was kümmert es den Mond, wenn ihn der Wops anbellt. (Lebhafteste Zustimmung. — Zuruf: Deutsch-nationaler Mist!) Aber, Parteigenossen, dieser Artikel ist für mich ein Symptom (Sehr richtig!) dafür, daß wir, wie das ja auch vielfach hier zum Ausdruck gekommen ist, eine rückwärtslose Beseitigung der Landratswirtschaft fordern müssen. Dieser alte reaktionäre Geist in der Kreisblattpresse glaubt wieder von neuem Morgenluft zu wittern. (Sehr wahr!) Unsere Aufgabe muß es sein, nun erst recht diesen Leuten ganz gründlich das Konzept dadurch zu verderben, daß wir uns noch einmal heute an dieser Stelle geloben, wenn der Parteitag zu Ende ist, erst recht an die Arbeit zu gehen, unsere hervorragendste geistige Waffe, unsere Parteipresse, auszubauen, zu erweitern,

immer mehr in die Volksmassen hineinzubringen, trotz alledem! (Lebhafter Beifall!)

Heinrich Schulz: Zur Bildungsarbeit ist kaum ein Widerspruch auf dem Parteitag laut geworden. Ich möchte Ihnen empfehlen, die zusammenfassende Resolution 209 anzunehmen. In der Jugendbewegung besteht ein Gegensatz über die Altersgruppierung. Ich würde Ihnen auch als Berichterstatter empfehlen, daß Sie den von mir vorhin genannten Absatz jetzt auscheiden. Das übrige aber können wir jetzt annehmen. Dadurch würden eine Reihe Anträge, 135, 142, 143, 146, erledigt. Den Antrag 150 Hamburg würde ich empfehlen neben der Resolution, die die Zentralstelle vorlegt, ebenfalls anzunehmen; ferner empfehle ich, Antrag 155 anzunehmen. Die Anträge 188 und 218 bitte ich der Fraktion zu überweisen. Zur Lehrerbewegung bitte ich, den Antrag 206 anzunehmen. Zur Frage der Jugendbewegung fühle ich mich grundsätzlich veranlaßt, auch für den vorläufig nicht zur Abstimmung stehenden Teil der Resolution der Zentralstelle einzutreten.

Es wird nun über die Anträge abgestimmt. — Zur Bildungsarbeit wird der Antrag 209 einstimmig angenommen. Damit sind die übrigen Anträge zur Bildungsfrage erledigt.

Zur Jugendbewegung wird nach kurzer Debatte beschlossen, Diskussion und Abstimmung über den Absatz 3 des Antrags 205 jetzt auscheiden und bei der Frage der Reorganisation zu behandeln.

Die Absätze 1, 2, 4, 5 und 6 des Antrags 205 werden mit großer Mehrheit angenommen. Damit sind die Anträge 135, 142, 143, 144, 146 und 153 erledigt.

Der Antrag 150 wird einstimmig angenommen.

Die Anträge 155, 186, letzter Absatz betr. die Jugendbeschwerden und Antrag 218 werden der Fraktion der Deutschen Nationalversammlung überwiesen.

Zur Lehrerbewegung wird Antrag 206 einstimmig angenommen.

Die Anträge auf Einsetzung einer Agrarkommission (Nr. 9, 54, 60, 81, 170, 187 Teil 1, 189) und zur Programmrevision (Nr. 10, 11, 160, 165 und 167) werden dem Parteivorstand überwiesen, ebenso die gesamten auf die Presse sich beziehenden Anträge, Nr. 120 bis 129, ergänzt durch die Anträge 172, 232 und 246.

Es folgen eine Reihe von Anträgen, über die einzeln abgestimmt wird. Die Anträge 29, 51, 53, 61 und 207 werden angenommen, die Anträge Nr. 50, 63 und 240 dem Parteivorstand überwiesen.

Zur Frauenbewegung wird der Antrag 62 einstimmig angenommen. Antrag 106 ist durch diesen Antrag erledigt.

Damit sind sämtliche Anträge, die sich auf den Bericht des Parteivorstands Punkt 1, 2 und 4 der Tagesordnung beziehen, erledigt.

Obbe-Preßlau übernimmt den Vorsitz.

Es folgt Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht der Organisationskommission.

Berichterstatter Böhm: Mir hat die Organisationskommission den Auftrag gegeben, das Organisationsstatut, wie es jetzt von uns vorgelegt wird, zu begründen. Ich will versuchen, dieses trodene Thema in möglichst kurzer Zeit zu erledigen. Seit dem Chemnitzer Parteitag im Jahre 1912 haben wir eine wesentliche Veränderung an unserem Parteiorganisationsstatut nicht vornehmen können. Den gewaltigen Umwälzungen seit jener Zeit auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet müssen wir Rechnung tragen, indem wir eine durch-

greifende Reform an unserem Organisationsstatut vornehmen. Neue Verhältnisse sind geschaffen worden, denen wir unsere Organisation anpassen müssen. Wir haben geglaubt, das nicht tun zu müssen, indem wir ein ganzes neues Organisationsstatut schaffen, sondern wir haben ausgebaut. Nicht Neubau, sondern Ausbau unseres Organisationsstatuts ist unsere Aufgabe. Wir haben das, was sich bemüht hat, gehalten und nur neues hinzugebaut, dort, wo wir glaubten, daß eine dringende Notwendigkeit vorliegt.

Der Kernpunkt unserer Arbeit gipfelt in folgenden Forderungen. Wir müssen zunächst versuchen, unsere Organisation straffer als bisher zu gestalten, um Gebiete bedern zu können, die uns bisher fernegelegen haben. Wir müssen unserer Organisation aber auch mehr wie bisher einen zentralistischen Charakter geben, um schnell, einheitlich und sparsam arbeiten zu können. Unsere Organisation ist nach der Revolution gewaltig angewachsen. Aber die Hunderttausende neuer Mitglieder müssen erst zu richtigen Sozialdemokraten erzogen werden. Die Zeitverhältnisse nötigen uns täglich zu neuen Aufgaben. Gegenwärtig wird der Friedensabschluß wieder besondere Handlungen notwendig machen. Ich will Ihnen nun an der Hand der Paragrafen die Bestimmungen des neuen Organisationsentwurfes erläutern. Der

§ 1

lautet:

Zur Partei gehört jede Person, die sich zu den Grundfragen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ist.

Zum § 1 muß ich sagen, daß wir abschließend nicht das Eintrittsalter festgesetzt haben. Es ist eben über die Jugendbewegung gesprochen und dabei auch die Altersfrage berührt worden. Die gesetzlichen Grenzen für die politische Betätigung sind ja fortgefallen. Wir im Reorganisationsausschuß waren nun der Auffassung, daß die Jugendlichen vom 17. Lebensjahre ab Mitglieder unserer Partei werden können. Die Richtlinien für die Organisation der Jugendlichen, die von diesen selbst beschlossen sind, sehen zwei Kategorien vor, die die Altersgruppen von 14—17 und von 17—20 umfassen sollen. Man kann darüber streiten, ob diese Einteilung zweckmäßig ist oder nicht. Wir glaubten auf die Festsetzung einer Altersgrenze verzichten zu können, nachdem die Vertreter der Jugendbewegung die angeführte Gruppeneinteilung gefordert hatten. Wir müssen nur darauf bringen, daß es den Jugendlichen von 17—20 Jahren in der Jugendorganisation zur Pflicht gemacht wird, sich der Partei anzuschließen. Die wichtigste Neugestaltung des Organisationsstatuts behandelt im wesentlichen der

§ 2

Abf. I. Dort heißt es:

Die Grundlage der Organisation bildet der sozialdemokratische Bezirksverband, der vom Parteivorstand nach politischer Zweckmäßigkeit abgegrenzt wird. Er ist umstritten worden, sofern überhaupt von Streit die Rede sein kann. Wir haben ungern die alte Organisationsform verlassen, aber die Verhältnisse zwangen uns dazu. Die Reichstagswahlkreise waren bisher die Grundlage für unsere politische Organisation. Nur ungern gaben wir die alte „historisch gewordene“ Form auf. Es muß aber aus Zweckmäßigkeitsgründen geschehen. Die bisherigen Funktionen der Wahlkreise wollen wir mehr den Bezirken überweisen. Der Antrag Vor-Halle fordert den Parteibereich als Grundlage. Das ist ein unsicherer Boden. Der Antrag Frankfurt fordert, daß wir die „politischen Gemeinden“ als unterste Grundlage für den Aufbau der Partei

einführen. Das wollen wir in der Regel auch. Aber es gibt zwingende Gründe und einleuchtende Einwände dagegen. Darum verlegen wir das Schwergewicht der Wahlkreise in die Bezirke. In den Bezirken soll sich fortan die Haupt- und Stoßkraft der Partei vereinigen. Bei ihnen soll während der Wahlen das Schwergewicht ruhen. Ihnen soll die Sorge für die Einheitslichkeit der Aktionen anvertraut werden. Von hier aus soll Einheit im Verwaltungsapparat und eine korrekte Abrechnungsform durchgeführt werden. Ebenso soll ein Ausgleich mit den agitatorischen und jüngeren Kräften erfolgen. Die Einheitslichkeit in diesen Dingen kann nur gewahrt werden, wenn die Fäden durch die Bezirke laufen. Hier soll das Agitationsmaterial und die Verteilung der agitatorischen Kräfte vorgenommen werden. Dazu benötigen die Bezirke mehr Bewegungsfreiheit als bisher. Jahrzehnte hindurch haben die großen Wahlkreise die Parteiarbeit besorgt; und sie haben vortrefflich gearbeitet; bei den Wahlen wurden auch die letzten Stimmen für die sozialdemokratische Partei herausgeholt. Da sind auch die finanziellen Kräfte ausgespart. Verkennen wir nicht, daß viel Geld für die Bewegung dort tot liegt. Nur wenige leistungsfähige Kreise haben in den letzten schweren Wahlkämpfen den Bezirken mehr Mittel zugewandt, als sie statutenmäßig verpflichtet waren. Die Bezirke müssen leistungsfähiger gemacht werden, damit sie namentlich auch in den ländlichen Wahlkreisen höhere Leistungen und Erfolge für die Partei erzielen können.

Die Bildung der Bezirke wird demnächst durch den Parteivorstand vorgenommen. Das geschieht auch wieder aus Zweckmäßigkeitsgründen. Wir haben jetzt 37 große Wahlbezirke und wissen noch nicht, ob diese Wahlbezirke durch die Nationalversammlung nicht verändert werden. Sie hat darüber ihr letztes Wort noch nicht gesprochen. Vielleicht ist doch eine Veränderung der Wahlbezirke erforderlich. Unter den 37 Wahlbezirken ist der dichtestbesetzte der 18., der Bezirk Arnberg. Er zählte schon 1910 2,4 Millionen Einwohner und hat heute noch mehr; der kleinste ist der 34. Bezirk, der Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Lübeck umfaßt. Er zählte 1910 nur 862 000 Einwohner. Der erstgenannte Bezirk stellt 16, der zuletztgenannte nur 6 Abgeordnete. Dieser Gliederung können wir den Aufbau unserer Organisation nicht anpassen, das wäre nicht glücklich, nicht praktisch, nicht zweckmäßig, zumal sich aus dem Gesagten schon ergibt, daß eine Aenderung der Wahlbezirke so gut wie außer Zweifel steht. Wir dürfen uns also auf den augenblicklichen Zustand nicht festlegen; daher das Vorbehaltsrecht des Parteivorstandes für die Bildung der Bezirke, für das neben geographischen Rücksichten auch die Größenverhältnisse sprechen. Gatten doch 12 der Wahlbezirke über 2 Millionen, 14 über 1½ Millionen, 31 bis 1 Million Einnahme.

Aber wir müssen auch die politische und wirtschaftliche Konstellation bei der Bildung der Bezirksverbände berücksichtigen. Ich verweise nur auf den 17. und 18. Wahlbezirk. Wenn wir die Bezirke so gliedern würden, wie wir die Wahlbezirke zur Nationalversammlung hatten, würden wir bei Entfaltung der Agitation doch auf Schwierigkeiten stoßen.

Ferner kommt in Betracht die Leistungsfähigkeit der einzelnen Wahlkreise und Bezirke. Das alles spielt mit eine Rolle, so daß wir sagen müssen: für uns bleibt zurzeit kein anderer Ausweg übrig, als es in das Ermessen des Parteivorstandes zu legen, die Bezirke neu zu gliedern und abzugrenzen nach Gesichtspunkten, wie ich sie kurz skizziert habe, nach der geographischen Lage, der politischen und wirtschaftlichen Konstellation, also nach reinen Zweckmäßigkeitsgründen.

Es ist ausgesprochen, daß, wenn die Bezirksverbände in dieser Form gegründet würden, die Landesorganisation in ihrer Existenz gefährdet wird.

Das ist richtig, aber nicht nachteilig für die Partei. Wenn wir uns Preußen ansehen, so hat eigentlich die Landesorganisation für die Sozialdemokratie da in der Praxis aufgehört zu bestehen. Sie wurde gemindert zu dem Zweck, das allgemeine Wahlrecht in Preußen zu erkämpfen. Das haben wir; eine andere wesentliche Mission hat die preussische Landesorganisation nicht gehabt. Württemberg und Baden haben eigene Landesorganisationen, die jedoch völlig identisch sind mit der Bezirkseinteilung. Sachsen hat allerdings noch seine Landesorganisation, aber die Sachsen sind bereit, sie zugunsten der neu zu schaffenden Bezirksorganisation aufzugeben. Bayern hat auch seine Landesorganisation. Auch da will man darauf verzichten, wenn man den Bezirken das Recht einräumt, zur Erledigung ihrer Aufgaben im Lande zu Landesversammlungen zusammenzutreten zu dürfen. Das sieht das Statut vor. Wir als Sozialdemokraten haben immer politisch den Standpunkt vertreten, an dem unitarischen Standpunkt für das Reich festzuhalten. Parteiorganisatorisch ist die Zentralisation eine dringende Notwendigkeit, und wir müssen unsere Organisation auf dem Wege zur strammen Zentralisation aufbauen.

Was ich hier in bezug auf die Bezirke ausgesprochen habe, trifft auch für die Unterbezirke zu. Sie sollen im wesentlichen die früheren Reichstagswahlkreise darstellen. Es soll aber auch hier nicht schablonenmäßig vorgegangen werden. Wir wollen prüfen, ob es zweckmäßig ist, sich an diese Form zu halten, und wenn nicht, sollen wir nicht davor zurückweichen, ein neues Parteigeßbilde zu schaffen. Immer müssen wir im Auge behalten, daß auch die Unterbezirke den Zweck haben sollen, die höchste Leistungsfähigkeit für die Organisation zu entfalten. Uebrigens entscheidet ja der Bezirksverband mit dem Unterbezirk über die Abgrenzung der Unterbezirke. Da dürfte sich leicht volles Einverständnis erzielen.

Ich komme zu Absatz II des § 2, der lautet:

Der Bezirksverband gliedert sich in Ortsvereine, die durch den Bezirksverband in Unterbezirke zusammengelegt werden können.

Der Ortsverein wird in Zukunft ganz andere Aufgaben zu erfüllen haben als in vergangenen Zeiten. Da war er in den meisten Reichstagswahlen im wesentlichen lediglich ein Instrument zur Hebung und Förderung der Agitation für die Partei. Heute werden in den Ortsgruppen ganz andere Aufgaben erledigt werden müssen. Man wird mehr als bisher Rücksicht auf die lokalen Bedürfnisse zu legen haben. Durch die Revolution haben wir in den Gemeinden einen viel größeren Einfluß erlangt als bisher, es muß viel praktische Arbeit geleistet werden. Unseren tatsächlichen Einfluß in der Gemeinde und im Kreis müssen wir in unserem Ortsverein umzumünzen suchen. Wir brauchen in unserem Ortsverein daher auch andere Mittel und Kräfte als bisher. Wir stellen uns die Sache so vor, daß die Eingehung der Parteiträge wie bisher durch die Hauskassierer, Fabrikassierer, Viertelfassierer erfolgt. Sie werden in einem Orte gesammelt, aber direkt der Bezirksorganisation zugeführt. Die Kreisorganisation bzw. Unterverbände werden demnächst finanzielle Aufgaben und Verpflichtungen nicht mehr in dem Maße zu erledigen haben, wie es früher gewesen ist. Sinegen wird im Bezirk eine wesentliche Erweiterung eintreten müssen. Alle Abrechnungen aus den einzelnen Orten gehen direkt an den Bezirk. Der Bezirk gibt die Marken aus, er wird verpflichtet, innerhalb zweier Monate nach Quartalschluß mit dem Parteikassierer und dem Zentralvorstand abzurechnen. Wenn in einem Ort ein Verein im Rückstand bleibt, müssen wir vom Bezirk eingreifen. Dadurch wird aber auch eine andere Verteilung der Geldsummen eintreten müssen, die bisher den einzelnen Instituten-

nen geblieben sind. Wie Sie aus § 4 ersehen, wünscht der Parteivorstand höhere Prozentabführungen als bisher. Das ist auch dringend notwendig, wenn wir sehen, was für große Verpflichtungen er in der Zukunft erfüllen soll. Eine ganze Reihe von Beschlüssen, die Sie gefaßt haben, erfordern für den Parteivorstand wesentlich höhere Aufwendungen finanzieller Natur. Wir werden aber auch den Parteivorstand noch zu anderen Gelbtausgaben veranlassen müssen. Zudem hat er für einheitliches Verwaltungsmaterial zu sorgen, damit wir klare Ein- und Uebersicht der Massen- und Parteigeschäfte bekommen. Wir glauben nicht nur, der Parteivorstand braucht höhere Beiträge, sondern auch die Ortsgruppen. Nach den einzelnen Provinz- und Bezirksstatuten werden 3, 5 bis 10 Prozent der vereinnahmten Beiträge den Ortsgruppen befallen. Das erscheint für die Zukunft etwas knapp. Wir werden wesentlich höher geben müssen, damit sie mehr Selbständigkeit entwickeln können, damit sie in der Lage sind, auch aus eigenen finanziellen Mitteln das zu tragen, was notwendig ist.

Wir würden die Beiträge etwa so zu gliedern haben: von den Beiträgen werden mindestens 15 Proz., vielleicht auch 20 Proz. am Ort verbleiben müssen, 25 Proz. werden nach Berlin gehen, in dem Bezirk werden jedenfalls 50 oder mehr Prozent verbleiben müssen, damit der Bezirk mehr als bisher arbeiten kann, um seine Pflichten zu erfüllen. Wir haben in den letzten Jahrzehnten manche kleinen Wahlkreise wenig besaßern können oder ganz unbesaßert liegen lassen müssen, weil der Bezirk nicht die finanzielle Kraft hatte, um die Gelder zur Bearbeitung auszubringen. Die großen Wahlkreise hatten sich abgeschlossen. Jetzt sind aber die Verhältnisse anders geworden. Jetzt bilden viele Wahlkreise, große und kleine, zusammen einen Wahlbezirk. Jetzt haben wir die doppelte Verpflichtung, hinaus auf das Land zu gehen und das Versäumte gutzumachen. Dazu brauchen wir Kräfte finanzieller Art, rechtliche Kräfte usw. Die neue Organisationsform wird uns das ermöglichen.

Wir haben weiter in § 2 Abs. III einen neuen Satz stehen, dessen erster Teil heißt:

Zur Durchführung der Organisationsarbeit kann das Gebiet jedes Ortsvereins in Agitationsgruppen gegliedert werden.

Hierunter haben vielfach die Genossen verstanden, wir wollten den gewissenen Berufsgruppen und Kategorien der Angestellten und Beamten Konzeptionen machen, so daß sie sich in einer besonderen Berufsbezugsgruppe zusammenschließen könnten. Nein, wir haben hier im wesentlichen daran gedacht, daß das territoriale Gebiet der Ortsvereine gegliedert werden kann, ähnlich, wie wir es bisher in Sektionen, Distrikten und Bezirken gegliedert haben. Wir schlagen daher auch zur Klärung der Sache vor, hinter dem Wort: „Agitationsgruppen“ in Parenthese anzuführen: „Sektionen, Distrikte, Bezirke“, damit unsere Mitglieder brauchen wissen, was mit diesem Satz gesagt sein soll. Uns erscheint diese Gliederung notwendig und praktisch.

Der Satz lautet weiter:

Daneben sind für industrielle Betriebe, private und staatliche Werke und Anstalten Organisationseinrichtungen zu treffen.

Was wollen wir damit sagen? Wir haben bisher in den einzelnen Werkstätten und Betrieben Fabrik- und Werkstattvertrauensleute gehabt. Dieses System wollen wir jetzt in das Organisationsstatut eingegliedert wissen. Wir wissen, daß sich demnächst die Betriebsräte bekommen werden. Das politische Leben wird sich später mehr oder weniger doch in der Fabrik oder in der Werkstatt abspielen. Wir müssen darauf Rücksicht nehmen, weil dann die großen

Aktionen in den Fabriken und Werkstätten Gegenstand eingehender Förderung werden. Wir müssen versuchen, in unserem Statut niederzulegen, daß unsere Anhängerschaft in industriellen Werken, Staatsbetrieben, Banken usw. die Rechte haben, und gleichzeitig verpflichtet werden sollen, in ihren Betrieben besondere Vertrauensmänner zu ernennen. Ob man sie revolutionäre Betriebs-Vertrauensleute oder einfach Betriebs-Obleute nennt, ist eine untergeordnete Frage. Die Hauptsache ist, daß sie ihre Pflicht erfüllen, die darin liegt, einmal die Werbetrommel für die Partei zu schlagen, dafür zu sorgen, daß die Parteibeiträge einkommen und weiter, wenn irgendwelche Parteiarbeiten und Verpflichtungen zu erledigen sind, darauf zu halten, daß die Massen dieser Betriebe ihre Schußdigkeit tun. Das erscheint uns dringend notwendig, wenn wir unser Organisationsstatut so modernisieren wollen, daß wir den Verhältnissen der Zukunft Rechnung tragen.

Im Schluß des § 2 ist ausdrücklich ausgesprochen, daß jedes Mitglied dort organisiert sein muß, wo es den Wohnsitz hat. Außerdem haben wir dem Antrag, der gestellt worden ist, schon vorher Rechnung getragen, indem wir ausgesprochen: Doppelmittelgliedschaften sind unzulässig. Wir scheint, daß wir dem § 2 mit gutem Gewissen zustimmen können, denn er ist auf die Verhältnisse zugeschnitten, denen wir entgegengehen.

In

§ 3

haben wir ausgesprochen, daß die Bezirksverbände die Parteigeschäfte selbständig nach eigenen Statuten zu führen haben, die allerdings mit dem Gesamtorganisationsstatut der Partei nicht in Widerspruch stehen dürfen. Das ist eine Sache, die uns selbstverständlich erscheint, die wir aber festgelegt wissen wollen. In Ländern mit mehreren Bezirksverbänden können diese zur Erledigung landespolitischer Fragen zusammenarbeiten.

Der

§ 4,

der die Beitragsfrage betrifft, ist Gegenstand der Kritik gewesen. Daß wir ein einheitliches Eintrittsgeld haben müssen, ergibt sich von selbst, weil wir den zentralistischen Charakter unserer Organisation zum Ausdruck bringen wollen. Der Beitrag in Höhe von 50 Pf. scheint so angemessen zu sein, daß er dem allgemeinen Wunsch der Parteimitglieder entspricht. Dieses Eintrittsgeld soll in den Bezirken bleiben, davon wollen wir nichts an den Parteivorstand abführen. Was nun den Beitrag anlangt, so müssen wir grundsätzlich aussprechen, daß wir einheitliche wöchentliche Beiträge haben wollen. Der Wochenbeitrag ist Bedürfnis für die meisten Kreise und Bezirke, und bei einigermaßen gutem Willen wird er sich auch durchführen lassen. In Bezug auf die Höhe der Beiträge gehen die Ansichten auseinander. Die Kommission hat vorgeschlagen, daß von männlichen Parteimitgliedern wöchentlich 20 Pfennig erhoben werden sollen, von weiblichen 15 Pfennig. Hier liegen Gegenanträge vor. Ich möchte folgendes sagen. Wenn die Partei höhere Verpflichtungen hat, müssen wir auch dafür sorgen, daß mehr Geld einkommt. Dabei müssen wir berücksichtigen, daß der Wert des Geldes heute viel geringer ist als vor 6, 7 Jahren, als wir zuletzt das Organisationsstatut geändert haben. Weiter müssen wir darauf Rücksicht nehmen, daß eine ganze Reihe von Wahlkreisen bereits das leisten, was wir fordern bzw. sie haben die Grenze schon überschritten. Bei einer Berechnung, die ich an Hand einer Aufstellung, die mir Genosse Partels gegeben hat, gemacht habe, bin ich zu dem Ergebnis gekommen, daß von uns um rund 400 Reichstagswahlkreisen bereits 135 den Beitrag für männliche Mitglieder erheben, den wir im Statutenentwurf fordern, und daß weitere 102 Wahlkreise von weiblichen Mitgliedern

bereits mehr als 10 Pfennig Beitrag erheben. Wir können unser Statut nicht rückwärts regieren, sondern müssen auch hier weitgehendst fortschrittlich gesonnen sein. (Geisterzeit.) Wir glauben daher unter Würdigung aller Verhältnisse, Ihnen mit guten Gründen unsern Vorschlag von 20 und 15 Pfennig Beitrag empfehlen zu können. Das schließt nicht aus, daß die Bezirksverbände berechtigt sind, für ihren Bezirk oder für einzelne Ortsgruppen, je nachdem sich die Notwendigkeit ergibt, höhere Beiträge zu erheben. Eine Reihe von Kreisen haben Sondereinrichtungen, die höhere Beiträge bedingen. Wir haben weiter ausgesprochen, daß den inaktiven Parteimitgliedern auf ihren Antrag durch den Bezirksvorstand Beitragsvermäßigung oder Befreiung gewährt werden kann. Ich möchte einschalten, daß die Jugendlichen in ihren Richtlinien ausgesprochen haben, sie möchten nur die Hälfte des Beitrags zahlen. Wir sind bei Prüfung dieser Frage zu dem Ergebnis gekommen, daß es technisch undurchführbar ist, eine geordnete Buchführung zu schaffen, wenn die Jugendlichen, die in den Jugendvereinen organisiert sind, also vom 17. bis 20. Lebensjahr, nur die Hälfte des Beitrags zahlen. Wir haben daher den Ausweg gesucht, der natürlich auch nur ein Notausweg ist, daß wir sagen: Mitglieder der Jugendorganisation, inaktive Parteimitglieder usw. können auf ihren Antrag von der Beitragspflicht entbunden werden, hzw. der Beitrag kann ihnen erniedrigt werden. Wir denken dabei auch an die Kriegsbeschädigten, die, je nach Notwendigkeit als inaktive Parteimitglieder berücksichtigt werden können. Wir haben weiter im letzten Absatz des § 4 zum Ausdruck gebracht, daß zur Deckung der Unkosten zentraler Einrichtungen für die Parteipresse, alle Parteiunternehmungen geschäftlicher Art verpflichtet sein sollen, von ihrem Reingewinn 20 Prozent an die Rentenkasse abzuführen. Sie wissen, daß der Parteivorstand früher in hohem Maße seine finanziellen Verpflichtungen erfüllen konnte, weil eine Reihe von Parteigeschäften freiwillig große Opfer für die Partei gebracht haben, indem sie erhebliche Beträge an den Parteivorstand abgeführt haben. Das hat während des Krieges und auch jetzt nachgelassen. Wir müssen an Stelle der früheren Freiwilligkeit daher jetzt zu einer bestimmten Verpflichtung kommen. Die Partei hat ja auch für die Parteigeschäfte aller Art erhebliche Opfer gebracht; ungeheuerer Summen hat der Parteivorstand allein in der Parteipresse angelegt. Daher haben wir ein Anrecht darauf, daß, wenn die Geschäfte jetzt wesentliche Ueberschüsse machen, wir an diesen Ueberschüssen beteiligt sind.

Der

§ 5

ist neu geschmiedet. Ich will auf die Einzelheiten nicht eingehen, er spricht für sich selbst. Dagegen muß ich näher erläutern, was die Kommission mit dem neuen Vorschlägen im § 6 beabsichtigt. Er behandelt die Zulassung der Delegierten aus den einzelnen Bezirksverbänden zum Parteitag. Wir haben da eine neue Staffellung vorgesehen. Wir geben unumwunden zu, daß sie Härten und Ungleichheiten aufweist, wir haben aber die möglichste Rücksicht genommen auf die große Zahl der Wahlkreise, die ich Durchschnittswahlkreise nennen möchte. Wir glauben, daß die vorgelegte Staffellung den allgemeinen Wünschen entsprechen wird. Vor allem kam es uns darauf an, den Parteitag arbeitsfähig zu erhalten, und das ist nur möglich, wenn die Teilnehmerzahl einer bestimmten Beschränkung unterworfen wird. Der diesmalige Parteitag ist wohl in dieser Beziehung gerade an der Grenze der Arbeitsfähigkeit. Ein Parteitag, der 600 oder gar 800 Delegierte zählen würde, wäre nicht mehr arbeitsfähig. Der diesjährige Parteitag zählt 270 Delegierte, wozu noch die anderen Vertreter kommen, insgesamt 450 Vertreter. Wir haben die Staffellung so vorgenommen, daß wir ungefähr auf 400—420 Delegierte und Vertreter kommen

werden. Wir rechnen dabei mit weiterer Mitgliederzunahme der Organisationen. Es ist der Vorschlag gemacht worden, man müßte mehr die kleinen Wahlkreise berücksichtigen. Diese Tendenz liegt in der vorgeschlagenen Staffellung. Es mag zugegeben werden, daß die Stala weiter geändert werden könnte. Aber damit würden wir der Allgemeinheit auch nicht gerecht. Ein gerechter Ausgleich würde vielleicht darin zu finden sein, wenn der Parteivorstand besondere Wahlbezirke, ohne Rücksicht auf die Agitationsgebiete, über ganz Deutschland bilden könnte. Das wäre für uns aber technisch unmöglich. Daher sind wir der Meinung, daß wir mit der vorgeschlagenen Staffellung wohl annähernd das Richtige getroffen haben. Die Kommission hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, die Bestimmung zu streichen, daß die Bezirke nicht mehr als 12 Delegierte entsenden können, die Zahl der Delegierten soll vielmehr unbegrenzt entsprechend der Mitgliederzahl des Bezirks steigen können.

Weiter hat man Einwand erhoben gegen unsern Vorschlag in § 6, Absatz 2, der die Vertretung der Reichstagsfraktion regelt. Wir gingen auch hier von dem Gesichtspunkt aus, daß der Parteitag arbeitsfähig erhalten werden muß. Wenn wir die 165 sozialdemokratischen Fraktionsmitglieder der Nationalversammlung hier zugelassen haben (abwesend sind 48, also stark ein Viertel der Fraktion), so mußten wir das, weil es nach dem Statut zulässig war und weil uns hier außerordentlich günstige Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Bei andern Tagungen wird das nicht so leicht möglich sein. Wir sind aber auch der Meinung, daß die Reichstagsfraktion heute nicht mehr in dem Maße wie früher die Trägerin der ganzen sozialdemokratischen Bewegung ist. Wir haben jetzt auch in Einzelstaaten starke sozialdemokratische Fraktionen, die unter Umständen auf Parteitag ebenfalls Gegenstand eingehender Kritik sein können wie die Reichstagsfraktion.

Wir sehen es auf diesem Parteitag. Wir haben viele wichtige Arbeiten zu erledigen, ehe wir vielleicht in letzter Stunde dazu kommen, den Fraktionsbericht entgegennehmen zu können. Wir glauben daher, wenn die Fraktion mit einem Fünftel der Zahl ihrer Mitglieder vertreten ist, daß das genügen wird, um alle die Parteigenossen, deren Arbeit in der Fraktion und im Parlament Gegenstand einer Kritik geworden ist, vor das Forum der Parteitag zu bringen, um diesen auf einem Parteitag die Möglichkeit zu geben, sich über ihre Tätigkeit zu verantworten. Sie wissen, daß auf den früheren Parteitag viel darüber gestritten worden ist, ob man die ganze Fraktion zulassen soll oder nicht, und auch auf diesem Parteitag werden sich vielleicht solche Fehden darüber entspinnen. Wir müssen uns mit dem Gedanken vertraut machen, daß, wenn in dem neuen demokratischen Staatswesen unsere sozialdemokratische Partei weiter an Mitgliedern zunimmt, auch die Zahl der Abgeordneten zunehmen wird. Wir müssen daher die Frage aufwerfen, ob hier nicht endlich einmal eine Begrenzung eintreten muß. Da wir diesmal eine größere Reform des Organisationsstatuts vornehmen müssen, schlagen wir Ihnen heute vor, was in Uebereinstimmung in den früheren Verhandlungen auf den Parteitag schon öfter als Wunsch zum Ausdruck gebracht wurde, die Zahl der Reichstagsmitglieder, die berechtigt sein sollen, auf dem Parteitag als Vertreter zu erscheinen, auf ein Fünftel zu beschränken. Im Absatz 3 haben wir eine dementsprechende Neuerung hineingebracht, dahingehend, daß die Mitglieder des Parteiausschusses berechtigt sein sollen, neben dem Parteivorstand und der Kontrollkommission auf dem Parteitag mitzuwirken. Die Parteiausschussmitglieder, die jahraus, jahrein die Parteigeschäfte mit erledigen, und namentlich in hochpolitischen Fragen durch die Gutachten, die sie abgeben, auf die Haltung und Tätigkeit des Parteivorstandes einwirken, müssen Gelegenheit haben, auf den Parteitag zu kommen.

Es kommt dabei in Betracht, daß gegen den Parteiaussschuß in der Fassung, wie wir ihn bisher haben, und gegen seine Tätigkeit Bedenken nicht erhoben wurden. Das sogenannte Recht „Entsachen abzugeben“, hat sich bewährt. Aus diesen Gründen schlagen wir Ihnen vor, den Parteiaussschuß auf den Parteitag als „berechtigt“ zuzulassen.

Es ist Antrag 236 verteilt worden, der die Einsetzung eines Frauenbeirats verlangt. Dazu möchte ich einiges sagen.

Die Genossinnen wünschen also die Einsetzung eines besonderen Frauenbeirats. Genossinnen und Genossen! Obwohl ich Verständnis für die Forderungen unserer Genossinnen habe, möchte ich Sie doch dringend vor der Annahme dieses Antrags warnen. (Sehr richtig!) Wir haben heute den Frauen im politischen Leben die Gleichberechtigung erkämpft. (Sehr richtig!) Die Frauen haben auch bei uns die Gleichberechtigung in der Organisation und im ganzen Parteileben. Wir sind nicht schuld, wenn die Frauen nicht zahlreicher auf unseren Kongressen und Parteitagungen vertreten sind. Wir sind auch nicht schuld, wenn unsere Genossinnen bisher im Parteiaussschuß noch nicht entsprechend vertreten sind. Sie müssen und werden sich auch hier als gleichberechtigter Faktor mit der Zeit durchsetzen. Wir selbst stehen auf dem Standpunkt, daß wir grundsätzlich keinen Unterschied zwischen Frau und Mann machen wollen. Je mehr tüchtige und mit reichem Wissen ausgestattete Genossinnen in unseren Reihen sind, die wir in führende Stellen hineinsetzen können, desto lieber ist es uns (Sehr richtig!), weil wir wissen, daß die große Zahl der Frauen noch für unsere Bewegung gewonnen werden muß. Und wir glauben den Frauen aufs Wort, daß sie noch geeigneter dazu sind, wie wir Männer. Wir begrüßen es daher, wenn wir den Frauen überall Rechte und Freiheiten geben können. Aber wozu soll es praktisch führen, wenn wir einen besonderen Frauenbeirat schaffen. Es ist das zunächst eine Kopie des Instruments, das sich die Unabhängigen geschaffen haben. Ob das nun immer gerade das Ideal ist, was diese haben, ist eine andere Frage. Wir sind vielmehr der Meinung, wir müssen alles nach Zweckmäßigkeitsgründen beurteilen, und da meine ich, wenn wir diesem Antrag der Frauen stattgeben, so bekommen wir schließlich eine Kompliziertheit, ein Gegeneinander, das ein gesundes Parteileben unträglich macht. (Sehr richtig!)

Ich möchte Sie daher dringend bitten, diesen Antrag abzulehnen. Wir sind aber bereit, unseren Genossinnen die weitesten Konzessionen zu machen. Wir geben Ihnen nicht schuld, daß Sie in den Institutionen nicht überall ober entsprechend ihrer Stärke vertreten sind. Sie sind bisher politisch einrechter gewesen und haben sich politisch noch nicht so betätigen können, wie wir es wünschen. Wir sind bereit, Ihnen Konzessionen zu machen, so weit es möglich ist, und schlagen Ihnen daher vor, Möglichkeiten zu schaffen, daß die Frauen mehr als bisher im Parteiaussschuß vertreten sein werden. Wir denken uns die Sache so, daß die einzelnen Bezirke, die mehr als 10 000 weibliche Mitglieder zählen, extra eine Vertreterin in den Parteiaussschuß entsenden. Dann werden wir eine Reihe tüchtiger Frauen in den Parteiaussschuß bekommen, die ihrer und der Parteisache Dienst leisten können. Der Parteiaussschuß wird arbeiten können in Gemeinschaft mit den Frauen, und wir hoffen, daß es zum Wohle der Partei geschehen wird.

Ein Wort zu

§ 13

betreffend die Zusammensetzung des Parteivorstandes. Wir haben da eine kleine Aenderung einbringen lassen, indem wir sagen, daß die Leitung der Partei dem Parteivorstand obliegen soll, der aus zwei Vorsitzenden, zwei, statt bisher einem Richter und einem vom Parteitag festzusetzenden Zahl von Partei-

mitglieder und unbesoldeten Beisitzern bestehen soll. Der Parteitag ist souverän. Er kann bestimmen, wieviel Parteivorstandsmitglieder und unbesoldete Beisitzer wir haben sollen. Das wird Gegenstand besonderer Verhandlungen sein. Auf Einzelheiten will ich nicht eingehen. Es liegen auch Anträge vor die wünschen, daß Angekündigte, Bezirkssekretäre oder Abgeordnete kein Mandat im Parteiaussschuß oder in den einzelnen Parteiminstitutionen haben sollen. Das halten wir für falsch und für ebenso unrichtig wie den Antrag, daß Genossen, die Regierungsräte bekleiden, im Parteivorstand oder Bezirksvorstand oder sonstwo nicht mehr tätig sein dürfen. (Zuruf: Besteres ist ja abgelehnt worden!) — So, dann brauche ich nicht weiter darauf einzugehen.

Genossen, ich bin daher der Meinung, daß die Formulierung, die wir dem § 13 gegeben haben, allen Bedürfnissen gerecht wird. Sie können ihm getrost zustimmen.

Eine Neuerung ist der

§ 14.

Die Verhältnisse haben es notwendig gemacht, daß wir eine Bestimmung in das Organisationsstatut hineinbringen, die ausspricht, wie es mit unseren Vermögensstücken usw. steht. Es heißt hier:

Der jeweilige Parteivorstand ist Eigentümer aller vorhandenen Gelder und sonstigen Vermögensstücke.

Er ist insbesondere berechtigt, im eigenen Namen und aus eigenem Recht alle der sozialdemokratischen Partei zugehenden Ansprüche gegen die Schuldner geltend zu machen.

Ich möchte Sie bitten, dieser Formulierung zuzustimmen. Die Formulierung ist gewählt auf Grund praktischer Erfahrungen auf diesem Gebiete und auf juristischen Rat.

Der

§ 17

regelt die Vertretung der Bezirksverbände im Parteiaussschuß. Die Vertreter sollen von den Bezirksvorständen für die Dauer eines Jahres durch die Bezirksvorstände gewählt werden. Wir halten das für zweckmäßig und nützlich, um nicht wegen eines einzelnen Vertreters in einem Bezirksverband eine Urabstimmung, wie es ein Antrag will, vorzunehmen. Wir haben sehr oft mit den Urabstimmungen keine guten Erfahrungen gemacht. Wir halten es für weit zweckmäßiger, wenn wir die Parteiaussschußmitglieder aus dem Bezirksvorstand selbst wählen lassen, weil der Bezirksvorstand eigentlich erst Leben in die Organisation hineinbringt, der versucht, alles organisch zu regeln usw. In den Parteiaussschuß müssen Leute hinein, die in intensivem Kontakt mit unserer Bewegung, mitten in der Organisation und Leitung der einzelnen Bezirke stehen.

Genossinnen und Genossen! Die wesentlichen Aenderungen, die wir am Organisationsstatut vorgenommen, habe ich Ihnen vorgetragen. Ich möchte Sie bitten, zu prüfen und zu urteilen. Ich glaube sagen zu können, daß sich gegen unsere Vorschläge, die wir in unserem Entwurf gemacht haben, draußen im Lande ein Widerspruch nicht eingestellt hat. Man hat nur versucht, einige Unebenheiten zu beseitigen. Das werden wir tun, und ich glaube, daß wir dann ein Statut geschaffen haben, das den jetzigen und künftigen Ansprüchen der Partei genügt.

Genossen und Genossinnen! Ich komme zum Schluß. Durch die nach unserer Bearbeitung abgeänderte Organisation hoffen wir den neuen Verhältnissen Rechnung getragen und allen Bedürfnissen entsprochen zu haben. In einer Part geschlossenen Organisation liegt das Geheimnis aller Erfolge, und eine

gute, weitsehende Presse ist und bleibt die beste Waffe in allen Kämpfen, die die Organisation im Interesse des arbeitenden Volkes zu führen hat. Wir wollen hoffen, daß durch das neue Organisationsgebilde, das wir jetzt schaffen, die Organisation neu auf- und ausgebaut wird, und daß wir sie intakt halten, damit wir die schwereren Aufgaben der Zukunft lösen können. Wir hoffen, unsere Parteiorganisation weiter auf die Höhe zu bringen, die notwendig ist, damit wir die großen Kämpfe der Zukunft schlagen können. Gemäß, Wachstum und Bestand unserer Partei, so sehr sie uns am Herzen liegen, können nicht das alleinige höchste Ziel sein. Das Höchste ist die Rettung unseres unglücklichen Volkes und die Zukunft des Sozialismus. Stimmen Sie unserem Entwurf zu, dann tragen Sie nach Möglichkeit dazu bei, die Organisation zu fördern, damit allen berechtigten Ansprüchen im Interesse der Partei zu genügen. (Lebhafte Bravo.)

Stellvertreter der Vorsitzender Lbbe-Breslau verlagte hierauf die Sitzung auf nachmittags 3 Uhr.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittagsitzung.

Lbbe eröffnet die Sitzung 3 Uhr 13 Minuten:

Wir fahren in der Beratung des 3. Punktes der Tagesordnung fort. Als Unterlage dienen uns der Bericht der Organisationskommission, der Organisationsentwurf und rund 25 Anträge und Resolutionen.

Die Unterstützung für den Antrag 31 reicht nicht aus, 32 wird genügend unterstützt; die Antragsgruppen 33 bis 41 habe ich wegen der Zahl der Unterschriften ohne weiteres für genügend unterstützt. Antrag 42 wird nicht genügend unterstützt. Die Unterstützung reicht ferner nicht aus für den Antrag 217.

Zur Beratung stehen die Anträge 32 bis 41, 43 bis 45, 48, 214, 219 bis 221, 235 bis 238. Ein Teil der Resolution Göttingen steht ebenfalls mit zur Debatte. Außerdem noch der vorher zurückgestellte Antrag der Jugendbewegung 205, Absatz 5.

Körner-Ludwigshafen (zur Geschäftsordnung): Ich bitte um Wiederholung der Unterstützungsfrage für den Antrag 31, da die Unterstützungsfrage nicht verstanden worden ist.

Vorsitzender Lbbe: Wegen Unaufmerksamkeit von Delegierten können wir eigentlich Abstimmungen nicht wiederholen. Ausnahmeweise stelle ich noch einmal die Unterstützungsfrage für den Antrag 31, der die Gliederung der Parteiorganisation betrifft. (Die Abstimmung erfolgt.) Der Antrag wird genügend unterstützt. Wir treten nun in die Besprechung ein.

Mübiger-Berlin: Im Jahre 1908, als die Neuregelung der Jugendbewegung beraten wurde, richteten sich die Augen der Jugend nach dem Parteitag. Mit dem gleichen Interesse verfolgt auch unsere Jugend, die hinter unserer Organisation steht, die Verhandlungen dieses Parteitages, weil sie dadurch eine generelle Regelung der Frage der Jugendbewegung erwartet. Es liegt vor aller Augen, daß der Zustand, in den die Jugendbewegung durch den Krieg und die Revolution gekommen ist, unhaltbar ist. Es ist klar, daß das Jugendauswahlsystem, das wir als Schutz gegen die Eskalation der Behörden notgedrungen einrichten mußten, nur vorübergehend sein konnte. Daraus ergibt sich von selbst, daß die Festsetzung der Altersgrenze nur bis 18 Jahren ein willkürlicher Griff war. Weil die Behörden uns verboten, die Jugend früher in die Organisation aufzunehmen oder am politischen Leben teilnehmen zu lassen, kamen

mir zu dieser Grenze. Heute liegt keine Ursache mehr vor, von Seiten der Partei eine Altersgrenze festzusetzen. Es ist nur wünschenswert, wenn schon jüngere Parteimitglieder werden, soweit sie das nötige Verständnis haben. Aber augenblicklich, wo unsere Volksschule noch im argen liegt und auch die Fortbildungsschulen nicht so sind, wie sie sein sollen, können wir nicht erwarten, daß dieses politische Verständnis bei der Jugend schon vorhanden ist, wie wir es wünschten. Aus diesem Grunde haben wir Ihnen als Grenze für die Jugendbewegung das 20. Lebensjahr vorgeschlagen. Mit Abschluß des 20. Jahres tritt der Jugendliche in das wahlfähige Alter ein. Er gehört von diesem Zeitpunkt an unweigerlich den politischen Parteien. Bis dahin aber ist er Erziehungsgegenstand, und die Jugendbewegung als solche hat die Erziehung der Jugend vorzunehmen. Deshalb gehört bis zu diesem Zeitpunkte die Jugend in die Jugendbewegung hinein. Man muß einen Uebergang von der Jugendbewegung bis zur Politik schaffen. Das soll dadurch geschehen, daß vom 17. Lebensjahre an durch unsere Jugendorganisation die Jugend unserer Partei eingeführt wird. Wenn wir da eine Beitragermäßigung vorsehen, dürfen wir versichert sein, daß wir die richtige Mitte wählen. Ueberall im Lande ist das Bestreben, für die Jugend von 18 bis 24 Jahren besondere Vereinigungen zu schaffen. Wir wollen doch nicht annehmen, daß das lediglich Vereinsmeierei und Willkür ist; wir wollen überzeugt sein, daß die Jugend nicht nur gelehrt sein, sondern auch über ihre eigenen Dinge selbst mitreden will. Diese Möglichkeit ist ihr in der Partei nicht gegeben. Darum müssen wir etwas finden, um den Wünschen der Jugend gerecht zu werden. Wir haben auch in früheren Jahren immer betont, die Partei soll den Wünschen der jüngeren Parteigenossen entgegenkommen. Der Chemnitzer Parteitag hat dies den Bildungsausschüssen zugewiesen. Wie wenig die Jugend dadurch befriedigt ist, zeigt sich darin, daß wir nur in geringem Umfange die Jugend bekommen haben, daß die Jüngeren wieder aus der Partei entflohen sind. Die Jugend will, wie gesagt, nicht belehrt werden, sondern auch selbst etwas zu sagen haben. Das kann innerhalb der Partei ihren Wünschen entsprechend nicht geschehen. Wir dürfen dieselben Fehler, die wir früher gemacht haben, nicht noch einmal machen. Eine Konferenz der Bezirksleitungen hat sich kürzlich in Berlin in ihrer großen Mehrheit dafür ausgesprochen, daß die Regelung in dieser Weise vorgenommen werden soll. (Widerspruch.) Es war eine große Mehrheit. Ich warne Sie darum, setzen Sie sich nicht in Widerspruch mit der Jugend. Wir sollen uns auch durch das Beispiel der bürgerlichen Parteien belehren lassen. Keine sieht voraus, daß die Erziehung der Jugend mit 18 Jahren beendet ist. Ob Sie das Zentrum, die Demokraten oder die Deutsch-Nationalen nehmen, alle sehen in ihrem Programm vor, daß die Jugend bis zum 20., ja bis zum 24. Jahre innerhalb der Jugendbewegung verbleibt. Man hat richtig erkannt, daß die Jugend in jüngeren Jahrgängen noch nicht das genügende Verständnis für politische Arbeit hat.

Stimmen Sie dem Vorschlag, der von Seiten des Genossen Heinrich Schulz gemacht worden ist, zu, machen Sie den Absatz 3 des Vorschlags zu dem Ihrigen. Ich bin sicher, daß nicht nur unsere Jugendbewegung dann Fortschritte machen wird, sondern daß es auch für die Partei eine wesentliche Förderung sein wird. (Beifall.)

Schlegel-Berlin: Mit dem uns vorgelegten Statut kann man im allgemeinen einverstanden sein, vor allem, weil der straffe centralistische Charakter mehr als bisher zum Ausdruck kommt. Gerade das tut uns bitter not. Aber einige Dinge bedürfen doch einer kleinen Aenderung. Zunächst einige Worte zum § 2, mit dem wir uns von Berlin durchaus einverstanden erklären, wobei wir aber bemerken möchten, daß die Organisationseinrichtungen für die

duzierte Betriebe usw. sich unter allen Umständen dem genauen Charakter der Organisation des Bezirkes einliefern müssen. Sonst könnte die Gefahr einer politischen Verwirrung daraus erwachsen. (Wels: Nur Vertrauensmänner der Betriebe!) Wenn durch diesen Vorwurf die Auslegung dahin erfolgen soll, daß nur Vertrauensmänner der Betriebe gemeint sind, so bin ich damit einverstanden. Das müßte dann aber etwas klarer im Statut zum Ausdruck gebracht werden.

Was die Beitragssfrage betrifft, so sind wir nicht für Anträge, die den Beitrag noch niedriger stellen wollen, als vorgeschlagen ist. Aber ich möchte doch eins beantworten haben. Wir haben vor kurzem für den Bezirk Groß-Berlin die Beiträge geregelt und beschlossen, 1 Mk. für männliche und 80 Pf. für weibliche Mitglieder zu erheben. Wir haben diese Neuordnung gerade erst vor wenigen Wochen getroffen, und es dürfte wohl nichts dagegen zu erinnern sein, wenn die Beiträge wöchentlich umgerechnet, diesen Mindestsatz erreichen, daß auch eine Bezirksorganisation Monatsbeiträge erheben kann. Oder soll dieser Wochenbeitrag zwingender Natur sein? Das bitte ich zu klären.

Ueber die 25 Proz. Abführung ist nichts zu sagen.

Was den § 6 betrifft, so hat der Berichterstatter bereits den Vorschlag, daß keinem Bezirk mehr als 12 Delegierte zustehen dürfen, als gestrichen erklärt. Sonst wäre ich verpflichtet gewesen, für Streichung einzutreten. Teltow-Beeskow und Berlin haben nun weiter den Antrag gestellt, daß in dem Paragraphen nicht fortgeführt wird: „Für jede weiteren 15 000 Mitglieder ein Delegierter mehr“, sondern: „Für jede weiteren 10 000 Mitglieder ein Delegierter mehr“. Der ganze Aufbau geht darauf hinaus, daß progressiv eine Steigerung stattfindet. Wenn Sie sich die Liste der Mitgliederzahlen zur Hand nehmen und das als Grundlage für die Verteilung der Mandate nehmen, so werden Sie finden, daß unter Umständen Bezirke mit 2000—4000 Mitgliedern 5 Delegierte entsenden. Dann ist es doch ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit, wenn man für je 10 000 weitere Mitglieder einen Delegierten zuläßt. Man möchte dann auch die Restzahlen berücksichtigen und beispielsweise sagen: wenn die Restzahl mehr als 5000 beträgt, steht dem Bezirk ein weiterer Delegierter zu. Man kann auch 8000 oder zwei Drittel sagen, aber irgendeine Restzahl, die etwas über die Hälfte liegt, muß Berücksichtigung finden.

Dann noch ein Wort zu unserem Antrag betr. § 11 Abs. 1 und 2. Wir beantragen, daß ein außerordentlicher Parteitag auch einzuberufen ist auf einen mit Dreiviertel-Mehrheit gestellten Antrag. Bei der bisherigen Fassung ist es möglich, daß einer, sagen wir in der Kontrollkommission, die ganze Geschichte sabotieren kann. Wenn acht Mitglieder der Kontrollkommission dafür sind und nur einer dagegen, so ist zwar die überwältigende Mehrheit dieser Institution dafür, daß unter allen Umständen etwas geschehen muß, aber wenn einer dabei ist, der sich aus irgendwelchen Gründen dem nicht anschließt, ist es unmöglich, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen. (Zuruf von Wels.) Die Bestimmung der 15 Bezirke ist ja außerdem noch vorhanden. Wir haben uns gesagt, es ist nicht erforderlich, daß nur die Mehrheit beschließt, eine Dreiviertelmehrheit sollte aber durchaus genügen.

Bezüglich § 13 mache ich darauf aufmerksam, daß auch wir einen Antrag gestellt haben, daß zu den Weisikern mindestens auch 2 Frauen gehören sollen. Wir müssen, glaube ich, diesem Wunsch der Frauen nachkommen, wobei es nicht darauf ankommt, ob die Frauen als besoldete oder unbesoldete Weisikerinnen hineinkommen. Den Antrag 214, der von der Verhältniswahl des Vorstandes spricht, bitte ich abzulehnen. Es ist zwar hier gesagt worden: Überall den o- traktieren wir, nur nicht in der Partei. Ich weiß nicht recht, was die Wahl des Vorstandes mit Demokratie zu tun hat. Der Vorstand soll gemäß der

hier gefaßten Beschlüsse arbeiten, da weiß ich wirklich nicht, wie eigentlich die Verhältniswahl gemacht werden soll.

Bay-Sannover: Die Beschlüsse, die wir in diesen Tagen gefaßt haben, sind nicht alle geeignet, um uns in der Arbeiterschaft viele neue Mitglieder zu gewinnen. Da ist es unbedingt notwendig, daß wir wenigstens in unser Organisationsstatut alles hineinzutragen versuchen, was den demokratischen Strömungen in der Arbeitermasse weitgehend Rechnung trägt. Es ist außerordentlich erfreulich, daß sich der Entwurf zum Organisationsstatut mit einer weitgehenden Dezentralisation der Aufgaben in den einzelnen Gebieten befreundet, und daß er eine der wesentlichsten Agitationsgruppen in Unter- teilung der örtlichen Kreise in die Betriebe hineinverlegt. In einzelnen großen Städten ist das schon der Fall gewesen. Es liegt ein großes Bedürfnis vor, auch in den Betrieben Kristallisationspunkte für die Beitragsstaffierung usw. zu haben.

Bei der Gliederung im § 4 möchte ich meine Bedenken dagegen geltend machen, daß man für die Zentralen ermäßigte Beiträge zuläßt. Da liegt die Gefahr vor, daß auch andere Kreise, Arbeitslose usw., von den gleichen Rechten Gebrauch machen wollen. Wenn man den Grundsatz einmal aufgestellt hat, könnte es zu weitgehenden, unerfreulichen Konsequenzen führen.

Zu der Art der Einteilung in bezug auf das Delegationsrecht möchte ich sagen, daß die wieder geplante, immer noch beibehaltene Bevorzugung der kleineren Bezirksverbände eine Ermäuerung in den größeren Bezirksverbänden bei der Bescheidung insofern darstellt, als jetzt die größere Zahl für die kleineren Gruppen nicht mehr den ländlichen Gemeinden innerhalb der großen Verbände zugute kommt, sondern den zufällig abgegrenzten kleinen Gesamtgebieten. Da nach § 2 der Parteivorstand das Recht hat, die Bezirksverbände abzugrenzen, ist er in der Lage, Zweigbezirke zu vermeiden. Sonst können unter Umständen kleinere Bezirke entstehen, bei denen schon auf einige 100 ein Delegierter kommt, während für die größeren Bezirke erst auf 4000, ungünstigstenfalls sogar erst auf 8000 Mitglieder ein Delegierter entfallen würde. Das ist eine unerträgliche Härte gegenüber den großen Bezirken, die mit den demokratischen Grundsätzen und dem gleichen Wahlrecht nicht vereinbar ist.

Im § 11 ist die Rede davon, daß der Antrag von mindestens 15 Bezirks- vorständen gestellt werden muß. Ich halte diese Festlegung auf 15 für unglücklich, da wir noch nicht wissen, wieviel Bezirksvorstände wir haben werden. Im § 2 ist festgelegt, daß der Vorstand das Recht hat, die Zahl und den Umfang der Bezirke zu bestimmen. Es ist daher möglich, daß die Gesamtzahl der Bezirksvorstände nicht erheblich höher ist als 15. Ich schlage vor, irgendeine Bruchzahl anzugeben und zu sagen: „Auf Antrag von mindestens einem Viertel oder der Hälfte“.

Ich möchte auch bitten, daß man dem Wunsche der Parteigenossen in weiten Kreisen Rechnung trägt, das Latenelement innerhalb der Parteigenossenschaft mehr zur Mitwirkung heranzuziehen. Es sind eine Reihe von Anträgen abgelehnt, die wollten, daß Mitglieder der Regierung nicht auch gleichzeitig Parteibeamte oder Parteivorstandsmitglieder sein können. Ich bitte, nun wenigstens zu bestimmen, daß die unbesoldeten Weisiker, die der § 18 aufführt, nicht Parteibeamte sein dürfen.

Der § 14, der auf Grund juristischer Notwendigkeiten eingefügt werden soll und besagt, daß der jeweilige Parteivorstand Eigentümer aller vorhandenen Gelder und sonstiger Vermögensstücke ist, ist unter normalen Verhältnissen unbedenklich, kann aber in Fällen erregter politischer Zustände zu bedenklichen Folgen führen. Wenn dem Parteivorstand aus eigenem Recht Geld und sonstiges Vermögen, also auch die „Neue Zeit“ usw. gehört, so kann es von

sich aus auch die Politik und die Schreibweise der Parteiorgane bestimmen. Ich möchte bitten, daß wir nicht sagen: „aus eigenem Recht“, sondern „als Kreuzhänder der Partei“. Damit ist juristisch daselbe erzielt und sachlich dem Wunsch der Parteigenossen auf Vermeidung einer völligen Autokratie in gewissen Fällen Rechnung getragen.

Formell möchte ich sagen, daß mehrfach von „Reichstagskandidaten“ die Rede ist. Wir wissen noch nicht, ob die Nationalversammlung sich „Reichstags“ nennen wird. Es ist vielleicht zweckmäßiger, im § 16 zu sagen: „Kandidaten für die gesetzgebende Körperschaft des Reiches.“

Vor allem möchte ich über den Antrag betreffend die Jugend sprechen, zu Punkt 3 des Antrags 205. Ich verstehe die Erregung derjenigen Genossen nicht, die sich gegen den Antrag Schulz wenden. Wer in der Großstadt mit der Jugendbewegung zu tun hat, weiß, wie nötig es ist, gerade die Jugendlichen zwischen 17 und 20 Jahren zu gewinnen. Dafür muß unbedingt etwas getan werden. In diesem Alter werden die Jugendlichen durch alle möglichen gesellschaftlichen und persönlichen Ablenkungen verleitet, sich wenig mit Parteipolitik zu befassen. Andererseits besteht in diesem Alter die größte Beeinflussungsmöglichkeit durch andere Parteien. Ich bitte dringend, auf keinen Fall auf die Durchführung des Abs. 3 des Antrags 205 zu verzichten. Wollen wir die Jugend gewinnen, so müssen wir etwas Besonderes für sie leisten. Stimmen Sie deshalb für den Absatz 3 und sehen Sie zu, daß auch die sonst im einzelnen hervorgehobenen Änderungsnotwendigkeiten des Organisationsstatuts zur Annahme kommen.

Franz Berlin: Die Genossen von Köln, Stadt und Land, haben einen Antrag gestellt, daß der § 22 des Organisationsstatuts eine andere Fassung bezüglich der Preßkommission des „Vorwärts“ erhalten soll, daß nämlich zu den Mitgliedern der Preßkommission noch zehn Vertreter aus dem Reich hinzugezogen werden. Ich möchte mich im Einverständnis mit den hier anwesenden Mitgliedern der Preßkommission des „Vorwärts“ und auch der Berliner Delegation gegen diesen Antrag wenden. Wir sehen durchaus nicht ein, daß hierzu eine Notwendigkeit vorliegt. Wenn die Genossen der Auffassung sind, daß die Haltung des „Vorwärts“ auch von den Genossen im Reich bestimmt werden soll, so wird dies durch den Parteivorstand genügend geschehen, da dieser ja gemeinschaftlich mit der Preßkommission die Haltung des „Vorwärts“ bestimmt.

Ich möchte aber hierbei auf eine andere große Gefahr hinweisen, ganz abgesehen davon, daß es aus formalen Rücksichten gar nicht möglich ist, die Preßkommission so zusammenzusetzen, weil wir ja keine bestimmten Tage für die Sitzungen dieser Kommission haben, sondern die Kommission jederzeit vögllich zusammentreten muß. In Berlin ist schon seit vielen Jahren das Bestreben, den „Vorwärts“ als örtliches Berliner Organ zu behalten und an Stelle des Zentralorgans ein Korrespondenzblatt für die in Frage kommenden Parteifunktionäre herauszugeben. Ein solcher Antrag ist auch in der letzten Berliner Generalversammlung gestellt und gegen eine große Widerheit abgelehnt worden. Das beweist, daß, sobald ein derartiger Antrag hier angenommen würde, wir damit zu rechnen haben, daß die Berliner glauben, ein eigenes Organ für sich reklamieren zu müssen. Wir hatten diese Bestrebungen auch während des Krieges. Im Jahre 1916 wurde bei dem „Vorwärts“-Konflikt auch von seiten des Parteivorstands eine Lösung insofern angeboten, daß aus derselben Druckerei, mit teilweise denselben Redakteuren, ein Blatt herauskommen sollte, einmal als Lokalorgan, zum anderen als Zentralorgan.

Wir haben dann von Berlin weiter einen Antrag zu § 13 des Parteistatuts gestellt, der verlangt, daß im Parteivorstand mindestens zwei weibliche Mitglieder vorhanden sein müssen. Sie haben ja aus dem Bericht der Reorganisationskommission gesehen, daß auch diese damit einverstanden ist. Ich möchte Sie ersuchen, dem Antrag zuzustimmen. Durch die Revolution ist ja auch für die Frauen die Gleichberechtigung hergestellt. Die Frauen sind aber bezüglich der politischen Aufklärung noch weit zurück, und für unsere Agitation und Organisation ergibt sich hier ein sehr weites Feld. Es wird unsere Aufgabe sein müssen, überall in den Organisationen, auch im Parteivorstand dafür zu sorgen, daß genügend Vertreterinnen der Frauen vorhanden sind. Außerdem müssen wir auch verlangen, daß durch Sekretärinnen und durch Zuführung von Mitteln der Agitation unter den Frauen möglichst Rechnung getragen wird. Aus diesen Gründen ersuchen wir, möglichst einmütig für den Antrag zu § 13 einzutreten.

Emanuel Apolda: Ich kann nicht einsehen, warum das Verhältniswahlrecht, das bei der Neuordnung der Dinge im Reich sofort für das Reich, die Bundesstaaten und die Gemeinden geschaffen worden ist, nicht auch gut sein soll für die Wahl des Parteivorstandes. Ein Redner hat sich dagegen gewandt mit der Begründung, daß er nicht wüßte, wie das gemacht werden sollte. (Zuruf: Richtungsahlen!) Gerade weil es Richtungen in der Partei gibt, soll die Möglichkeit bestehen, auf Grund des Verhältniswahlrechts zu wählen. Wenn keine Richtungen vorhanden wären, so wäre die Sache ja sehr einfach, dann würde es nur eine Liste geben. (Zuruf: So werden die verschiedenen Richtungen aber gefördert!) Das ist ein Irrtum. Die Verhältniswahl ist lediglich dazu angetan, den Richtungen, die vorhanden sind und naturgemäß vorhanden sein müssen, die gerechte Vertretung zu schaffen. Die Partei könnte sich nicht mehr vorwärts entwickeln ohne die Richtungen. Es wäre ein Ankläud für die Partei, wenn alles über einen Kamm geschoren wäre. Deshalb soll jeder Gruppe, die die verhältnismäßige Stärke besitzt, auch die Möglichkeit gegeben werden, die entsprechende Zahl von Mitgliedern in den Parteivorstand zu delegieren. Die Gründe, mit denen wir das Verhältniswahlrecht für alle politischen Wahlen propagiert haben, treffen genau so auf die Partei zu. Wir haben immer gesagt, die öffentlichen Körperschaften und Verwaltungskörper sollen ein genaues Bild der tatsächlich vorhandenen Strömungen in der Bevölkerung sein. So müssen wir auch verlangen, daß der Parteivorstand ein genaues Bild der Strömungen in der Partei wiedergibt. Der Genosse, der vorher sagte, er sei neugierig, wie das gemacht werden soll, kann sich wohl nicht vorstellen, daß man bei den Wahlen zum Parteivorstand ganz davon absieht, daß einer Schriftführer, Kassierer oder Vorsitzender sein muß. Das ist nicht die Hauptsache bei den zu wählenden Personen. Bei dem Parteivorstand ist die Hauptsache die politische Qualität, daß er eine der verschiedenen Richtungen in der Partei vertritt (Wahl-Rufe), Jede Richtung, die stark genug ist, hat ein Recht auf Vertretung im Parteivorstand. Ich werde auch noch nachträglich beantragen, daß die Verhältniswahl auch eingeführt werden soll für die Wahl des fünftels der Fraktion des Reichstags oder der Nationalversammlung, das die Vertretung auf dem Parteitage darstellt, denn es geht nicht an, daß eventuell mit geringer Mehrheit nur die eine Richtung auf dem Parteitage vertreten ist. Es wird auch niemand bestreiten, daß es in der Fraktion von jeder Richtung gegeben hat und auch in Zukunft geben wird. Es muß also auch die Möglichkeit bestehen, daß jede Gruppe der Fraktion, die stark genug ist, um auch nur ein Mitglied auf Grund der Verhältniswahl zu entsenden, auf dem Parteitage vertreten ist. Wir müssen das Verhältniswahlrecht, das wir überall für richtig gehalten und eingeführt haben, auch als berechtigt in der eigenen

Partei aberkennen. Ich gebe zu, daß bei der Kontrollkommission und beim Parteiausschuß, wo die Handmannschaften sich über Kandidaten aus einem Bezirk einigen, die Sache anders liegt. Aber dort, wo eine bezirkweise Wahl nicht möglich ist, wo es allein auf die politische Qualität der zu wählenden Personen ankommt, ist das Verhältniswahlrecht das allein geeignete Mittel für die Zusammensetzung dieser Körperschaft. Ich möchte deshalb dringend bitten, das Wahlrecht, das wir sonst überall als das beste zur Bildung politischer Körperschaften anerkannt haben, auch in der Partei selbst zur Durchführung bringen. (Zuruf: Der Parteivorstand ist keine politische Körperschaft!)

Waldes-Teier: Nachdem es uns trotz der feindlichen Besetzung gelungen ist, persönlich bei Euch zu erscheinen, will ich Euch auch persönlich die Wünsche und Hilferufe unserer Parteigenossen im Besetzten Gebiet vortragen, und bitte Euch, vor allem den Antrag 238 zu beherzigen. Der Antrag lautet:

„Unsere Parteigenossen vom Lande bitten den Parteitag, dahin zu wirken, daß der Parteivorstand Mittel und Wege findet, einen Sozialdemokratischen Bauernverein ins Leben zu rufen; denn unsere Genossen sehen in dieser Vereinigung ihre einzige Interessvertretung für die Beschaffung von Düng, Saat und landwirtschaftlichen Gerätschaften. Sie können es nicht mehr mit ansehen, daß die Verteilung dieser Gegenstände nur einseitig nach dem alten Regierungssystem gehandhabt wird. Auch müßte der Vereinigung bei der Reichsvertretungsstelle durch die Partei Einfluß verschafft werden.“

In Bayern ist bereits ein „Freier Bauernbund“, Zentralstelle Walthert, Kaufmannshof bei Nürnberg, begründet worden.“

Und auch bei uns ist das heilige Verlangen nach einer derartigen Vereinigung an uns heranzutreten. Die Regierung hat uns in den letzten Tagen mit Klammenschrift an Herz gelegt, wir müssen arbeiten, wir müssen wirtschaften, damit das deutsche Volk wirtschaftlich nicht zugrunde geht. Da dringt der Hilferuf der kleinen Bauern an uns heran: Womit arbeiten, womit wirtschaften, damit das Wirtschaftsleben des deutschen Volkes erblühen kann? Es heißt uns an allem, hier muß Rat geschaffen werden, damit wir tatkräftig mitarbeiten können. Von den Zentrumsgenossenschaften werden unseren Genossen die wichtigsten Mittel zur Produktionsfähigkeit vorenthalten. Es müssen Wege gefunden werden, dem zu begegnen. Wir sehen, daß unsere Genossen gewillt sind mit uns zu arbeiten, nachdem sie erkannt haben, daß aus der Zentrale der Merkmalen ihnen nicht mehr das Glück und das Seelenheil erblühen kann. Wir sehen aus ihrem Hilferuf, daß unsere Genossen auf dem Lande gewillt sind, mit uns gemeinsam zu arbeiten. Ich möchte deshalb der Partei ans Herz legen, daß sie endlich einmal mehr das flache Land berück-sichtigen, nachdem die Großstädte genug berücksichtigt worden sind. Wir sind verpflichtet, jetzt auch einmal das flache Land mit der Fülle unseres Guten zu be-glücken, um dem Volke zu zeigen, daß wir auch zu halten vermögen, was wir versprochen haben. Ich bin beauftragt von den Parteigenossen und -genossinnen des Reichslandes, Euch nochmals den klammenden Protest gegen die Restren-zungsbestrebungen, die sich bei uns gezeigt haben, vorzutragen. Wir erklären nochmals unsere Empörung und Entzückung über diese scheußlichen Willkür der Zentrumsjunker. Wir sind deutsch und wollen deutsch bleiben. Wir erkennen auch eine freie Republik Rheinland nicht an, sondern wir wollen an Deutschland angeschlossen bleiben in alle Ewigkeit. (Beifall: Weifall.)

Vorsitzender Abge: Wir freuen uns, daß der Genosse den Weg aus dem Besetzten Gebiet zu unserem Parteitag gefunden hat. — Die Begründung seines Antrags befähigt unsere Beschlüsse, daß wir diesen Antrag nicht beim Organisationsstatut beraten können, sondern unter Punkt 2.

Waldes-Teier: Ich muß zunächst den Vorwurf des Genossen Schulz zu-rückweisen, den er gegen die Delegierten erhoben hat, die zum erstenmal hier erschienen sind. (Zuruf: Schulz hat sie ja freundlich begrüßt!) Man sollte sich darüber freuen, daß eine ganze Reihe von Kreisen zum erstenmal hier mit Delegierten vertreten sind (Zuruf: Ist von Schulz ja auch geschöhen!) und nicht bei jeder Gelegenheit den neuen Delegierten Vorwürfe wegen ihrer jungen Mitgliedschaft an den Kopf schleudern. (Zurufe: Ist ja gar nicht der Fall gewesen!) Dem § 1 des Organisationsentwurfes stimmen wir zu. Im besonderen treten wir dafür ein, daß gemäß dem Vorschlage des Genossen Schulz der Eintritt in die Partei im 20. Lebensjahre erfolgt, damit dann die Mitglieder in den Organisationen der Jugendlichen ausgebildeten Genossen in der Partei aktiv mitarbeiten können. Auch den ersten Teil des § 4 unterstützen wir. Wir wenden uns aber gegen die im zweiten Teil vorgeschlagene Beitrags-erhöhung. Es muß Rücksicht genommen werden auf die geringe finanzielle Leistungsfähigkeit der ländlichen Kreise. Die Landbevölkerung lebt nun ein-mal an jedem Pfennig, deshalb sollte man es den Ortsvereinen überlassen, die Beiträge zu erhöhen. Wenn man anders verfährt, gefährdet man die agitatorische Leistungsfähigkeit solcher stark ländlichen Kreise, den § 4. Absatz 2, begrüßen wir wegen der durch ihn herbeigeführten Stärkung der Parteilasse. Der Antrag 220 ist doch nicht so ganz widersinnig, wie ihn einer meiner Vor-reder gefunden hat. Wenn wir dort verlangen, daß nur 20 Prozent aller erhobenen Beiträge abgegeben werden, so geschieht das, weil wir Geldmittel für die dringliche Agitation brauchen. Zu dem § 11 will ich noch sagen, daß wir für die Dreiviertelmehrheit eintreten werden.

Es hat soeben ein Rheinländer gesprochen. Gestatten Sie mir, als Westpreuße einige Ausführungen zu machen, denn wir Westpreußen sind bisher leider noch nicht zu Worte gekommen. Gerade wir befinden uns aber in der allererschlimmsten Lage. Uns droht das harte Schicksal, Polen zu werden. Aus tiefstem Herzen richten wir an Sie den Hilferuf: Verlassen Sie uns nicht, wenn wir Polen werden! Helfen Sie uns, es nicht zu werden! (Zuruf: Hören Sie, Genosse Bernstein!) Genosse Bernstein hat gesagt, wir hätten die Volksabstimmung zu fürchten. Das ist nicht richtig! Wir brauchen sie gang und gar nicht zu fürchten. (Zurufe: Stimmt!) Wenn wir sie zu fürchten hätten, so läge das nur an der preußischen Regierung. Sie hat leider unter-lassen, genügend Aufklärung auch unter der polnischen Bevölkerung darüber zu verbreiten, was ihr droht, wenn Westpreußen zu Polen kommt. Uns selbst war eine großzügige Aufklärung unter der Arbeiter-schaft, auch unter der polnischen Arbeiter-schaft, der wir gern erzählt hätten, was uns in Polen blüht, aus Mangel an Geldmitteln nicht möglich. In Westpreußen ist eine unge-heure Erbitterung gegen die Friedensbedingungen vorhanden. Das gilt auch von der polnischen Arbeiter-schaft. Viele einsichtige polnische Arbeiter haben erklärt: Wir werden ja alles verlieren, was wir an politischer Freiheit errungen haben, wenn wir zu Polen kommen. (Beifalles sehr richtig!) Tritt dieser fürchterliche Fall ein, dann stützen Sie uns auch, wenn wir Polen werden müssen. Gerade in diesem Falle verlangen Sie uns Ihre Hilfe nicht! Geben Sie uns durch finanzielle Unterstützung die Möglichkeit zum Ausdruck des sozialistischen Gedankens in den neuen Polen. Denken Sie nicht, daß wir schon auf eigenen Füßen stehen können. Wir sind leider noch zu schwach, innerhalb Polens für den sozialistischen Gedanken einzutreten. Helfen Sie uns, dann werden wir den Kampf durchsetzen, dann werden wir leistungs-fähig sein, auch außerhalb des Deutschen Reiches für die Weiterverbreitung unserer sozialistischen Ideen zu sorgen. Noch ist es ja nicht soweit, stützen Sie uns daher besonders in der nächsten Zeit, wir wollen und können nicht Polen

werden. Wirkt dahin, daß wir es nicht zu werden brauchen! (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Abgeordneter: Auch diesen Redner habe ich nicht unterbrochen, trotzdem er eigentlich im letzten Teil seiner Ausführungen nicht ganz zur Sache gesprochen hat. Ich dachte daran, daß er einer unserer Freunde ist, die wir vielleicht hier zum letztenmal begrüßen. Wird diese Befürchtung zur Tatsache, dann geben wir die Hoffnung nicht auf, die Zeit möge nicht fern sein, in der wir sie wieder bei uns sehen. (Lebhafte Zustimmung.) In einem Punkte muß ich dem Genossen aber doch entgegenkommen. Er hat gegen unseren Vorsitzenden Schulz die Beschwerde vorgebracht, daß er die Keullinge unfreundlich behandelt habe. Ich will die von ihm beanstandeten Ausführungen aus dem unkorrigierten Stenogramm verlesen. (Geschieht.) Sie sehen, daß Genosse Grün die Ausführungen des Genossen Schulz falsch aufgefaßt hat. Genosse Schulz hat sein Wort der Unfreundlichkeit gesagt, sondern in der verbindlichsten Form nur eine Tatsache festgestellt.

Genossin Ege-Frankfurt a. M.: Der Entwurf des neuen Organisationsstatus ist den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßt. Nur in einem Punkte berücksichtigt er sie nicht. Die Frauenfrage ist vernachlässigt. Der Parteivorstand und der Parteivorstand mögen sich an das Wahlergebnis vom 19. Januar erinnern lassen, das ja noch lange in uns nachhallen wird. Die damals erfolgte Abgabe vieler weiblicher Stimmen für unsere Partei kommt nicht ganz allein auf ihr Versehen. Von den 21 Millionen weiblichen Wählern, die wir in Deutschland zählten, sind nur erst 207 000 Mitglieder in der Partei. (Zuruf: Weiber!) Wir haben also alle Ursache, den Frauen mehr Beachtung zu schenken, als es bis jetzt geschehen ist. Der vorliegende Organisationsentwurf geht aber gar nicht auf die Frauenfrage ein. Nun fühlen wir Frauen in den größeren Städten uns als völlig gleichberechtigt mit den Männern. Wir sind bereit, die gleichen Pflichten zu erfüllen, auch in finanzieller Hinsicht (Lebhafte Widerspruch einer Anzahl weiblicher Delegierter. — Zuruf des Genossen Davidsohn: Und auf dem Lande.); wir wollen aber auch die gleichen Rechte haben. Wir lassen uns gern belehren, daß die politische Schulung bei den Männern in der Partei besser ist, als bei den Frauen. Das liegt in erster Linie daran, daß die Frauen viel später in die Parteibewegung eingetreten sind. Diese Feststellung sollte aber nur zur Verstärkung der Gründe dienen für eine nachdrücklichere Berücksichtigung der Frauenfrage. So wie heute kann es nicht weitergehen. (Zustimmung.) Wenn wir dem Antrag, der von Hamburg gestellt worden ist, zustimmen sollten, würden wir wiederum alle diese Punkte, die wir in dem Antrag 236 verlangen, weniger berühren. Wir verlangen zur Förderung der Frauenbewegung einen über das ganze Reich sich erstreckenden Frauenbeirat. Der Genosse König hat vorhin mit wenigen Worten dieses Antrages gedacht und ihm ein Begrüßungsgeben. Wir Frauen Frankfurts, die wir den Antrag gestellt haben, wollen die Förderung der Frauenbewegung, und da kann der Genosse König sicher nicht sagen, daß wir mit dem Antrag eine Extrabehandlung für die Frauen haben wollten. Durchaus nicht. Wir haben aber von allen Parteien Genossen bis jetzt noch nicht gehört, es sei notwendig, daß für die Frauen etwas Besonderes geplant werde. Wenn wir da verlangen, daß in diesem Frauenbeirat nur reine Frauenfragen erledigt werden sollen, so verlangen wir damit gar nichts Besonderes. In einem Parteiauschuß ist ja gar nicht so viel Zeit vorhanden, alle diese Fragen, die augenblicklich uns ganz besonders angehen, zu berühren. Und wenn wirklich die Frauen im Ausschusse vertreten sind, so werden so viele Parteiangelegenheiten zu erledigen sein, daß es schließlich wieder unmöglich wird, alle die ureigensten Frauenfragen dort zu erledigen. Wir sind natürlich belehrbar, aber so, wie es heute ist,

läßt es nicht mehr weitergehen. Wir brauchen doch die Vertretung aus allen Provinzen Deutschlands und das ganz besonders deshalb, weil in den Provinzen die Agitation in der einen oder anderen Weise gelegen ist als in der anderen. Da sollen im Frauenbeirat die Frauen aus den Provinzen ihre Wünsche zur Geltung bringen. Sie sollen im Frauenbeirat das sagen und ausführen, was bis jetzt fehlt.

Seitdem wir Frauen mit im Parlament tätig sein dürfen, haben wir es erst recht empfunden, daß eine Leitung für uns Frauen fehlt. So sehr viele Fragen kommen an uns heran und immer wieder fehlt die Leitung. Es ist nicht möglich, daß die einzige Frau im Parteivorstand über alles informiert sein kann. Sie kann nicht alle Fragen, die in dem großen Reich passieren, alleinständig erledigen. Sie kann auch nicht wissen, wenn in dieser oder jener Provinz ein Frauenreferat errichtet wird oder in diesem oder jenem Ministerium eine Referentin gebraucht wird. — Dann kann sie nicht allein bestimmen: Diese oder jene Genossin aus Berlin ist fähig, das Amt zu bekleiden. Der Frauenbeirat soll uns aber sagen, er soll darüber sprechen. Der Frauenbeirat bekommt aus jeder Provinz die Mitteilung: Wir haben diese oder jene Frau, die wir fördern können, die fähig ist, dieses Amt zu bekleiden. Da soll der Frauenbeirat sich zusammensetzen und diese Genossinnen in die Ämter hineindringen, die von Genossinnen besetzt werden müssen.

Wie verhält es sich denn heute? Beim Staatshaushalt wurde uns vom Minister des Innern erklärt: Ich bin bereit, alle Frauenreferate, die bis heute bestehen, bestehen zu lassen, ich bin aber ferner bereit, noch viel mehr Frauenreferate einzurichten. Wir sind nun ganz wenige im Parlament. Wir sind nicht in der Lage, aus allen Provinzen die Tüchtigen aus dem Reich vorzuschlagen. Da wäre der Beirat besetzt, dieses auszuführen. Und wenn dann, wie es heute erst wieder gewesen ist, in das Arbeitsministerium ein, ohne die Genossinnen zu fragen, eine bürgerliche Frau hineingesetzt wird, so müssen wir uns denn doch sagen: es geht nicht recht zu. Wenn wir zu einer sozialistischen Frauenkonferenz zum Referat über Arbeiterinnenschutz eine bürgerliche Frau bestimmen, so ist das wieder nicht das, was wir zur Förderung brauchen. Auf jeden Fall müssen wir dafür sorgen, daß diese Körperschaft, zum Beispiel der Frauenbeirat, sich immer zu solchen Konferenzen zusammenfindet und die Genossinnen bestimmt, die alt in der Bewegung geworden sind und auch in der Bewegung schon Tüchtiges geleistet haben. Wir haben solche Genossinnen und brauchen nicht zu solchen zu greifen, die schließlich vom Arbeiterinnenschutz weniger verstehen als solche, die praktisch darin tätig waren.

Ich möchte deshalb dem Parteitag empfehlen, uns beizustehen. Wir wollen nur die Förderung der Frauenbewegung und gar nichts anderes. Die heutige Bewegung verlangt es, daß wir Frauen uns zusammensuchen und in diesem Beirat die ureigensten Frauenfragen besprechen. Ich erinnere nur an die Erwerbslosenfrage, an unsere Berufsfragen. Wir haben schon in vielen Städten erlebt müssen, daß die Frauen wieder als Lohnarbeiterinnen auftraten, nur um ihre Stellungen zu behalten, bieten sie sich unter dem Lohn an. Wenn wir solche Verhältnisse wieder aufkommen lassen, ist es nicht unser Schade, sondern der Schaden für uns alle. Gerade wir in der sozialdemokratischen Partei sollten dafür sorgen, daß die Frauen als gleichberechtigt bei ihnen tätig sind. Wir fördern darin nur die Parteibewegung.

Sollte man so kurzschichtig sein und diesen Antrag ablehnen, dann möchte ich dringend bitten, dem Antrag Hamburg zuzustimmen, aber mit dem Zusatz, daß nicht nur bis zu 10 000 Mitgliedern eine Vertretung im Parteiauschuß gestattet, sondern daß man die Zahl etwas heruntersetzt. Sonst würden solche Provinzen forfallen, die ganz besonders einen Delegierten zur Vertretung

ihrer Interessen haben müssen. Gerade die Provingen auf dem flachen Lande brauchen eine Vertretung im Parteivorstand. Also, nehmen Sie unsere Anträge an. (Beifall.)

Mele-Hartroupe: Es ist erfreulich, daß wir endlich in der deutschen Partei einmal zu einer stärkeren Organisation kommen, als es bis jetzt der Fall war. Besonders wir aus Süddeutschland begrüßen das. Wir begrüßen auch, daß für die gesamte Partei der Wochenbeitrag eingeführt wird, und zwar auf einseitiger Grundlage. Mit der Höhe sind wir einverstanden, aber wir beantragen, den Beitrag für die weiblichen Mitglieder auf die gleiche Höhe wie für die männlichen zu bringen. Unseren Frauen ist sehr rasch das Geschenk der gleichen staatsbürgerlichen Rechte, wie wir Männer sie haben, zugestanden worden. Wenn sie nunmehr im Staat und in der Organisation das gleiche Recht haben sollen, so denken wir — und ich weiß, daß eine ganze Reihe von Frauenorganisationen damit einverstanden sind —, daß sie auch die gleichen Pflichten haben sollen. Schon darum wird es gut sein, daß wir den gleichen Beitrag für die Frauen einführen. Es ist verwaltungstechnisch von Vorteil, und die Parteikassen werden dadurch außerordentlich gestärkt werden. Ich bitte Sie also, dem Antrag 221 zuzustimmen.

Im übrigen sind wir, besonders die badische Delegation, der Auffassung, daß man im großen und ganzen dem Organisationsstatut, wie es vorgelegt ist, zustimmen kann.

Ich komme zur Frage der Jugendorganisation. Wir sind der Auffassung, daß die Jugendorganisation so ausgebildet sein soll, daß zwar die Jugend selbst zum Teil mit zu den Verwaltungsgeschäften der Organisation herangezogen wird. Aber man kann nicht von der Jugendorganisation verlangen, daß ihre Jugendleiter beigegeben werden, die zwar die Arbeiten für die Jugend zum großen Teil machen sollen, die Jugend belehren sollen und im Vorstand sitzen sollen, die aber irgendein Stimmrecht nicht haben sollen. Wir wollen es doch keim alten lassen, daß die Jugendorganisation ihren Vorstand zwar selbst wählt, daß aber die Jugendleiter der Jugendausschüsse bei ihren Beratungen mitstimmen.

Wetress' der Frauenorganisationen weiß ich, daß eine große Zahl von Frauen unserer Partei der Auffassung sind, daß diese keine Sonderbündeletreiben sollen. Was erreichen wir damit, wenn wir neben dem Parteiausschuß der Männer einen Frauenausschuß errichten? Wir bitten Sie, den Antrag abzulehnen. Erweitern wir vielleicht die Rechte der Frauen dahingehend, daß wir eine Vertretung der Frauen in den Parteiausschuß hineinbringen. Wir fördern dadurch das Zusammenarbeiten der weiblichen wie der männlichen Mitglieder in der Partei. Unsere Interessen sind alle sozialistisch, die Frauen haben dieselben Interessen wie die Männer. Wozu also eine Nebenorganisation schaffen, die schließlich neben der anderen vorbearbeitet? Wir wollen lieber die Rechte der Frauen etwas erweitern, indem sie eine größere Vertretung in dem Parteiausschuß bekommen.

Zum Schluß bitte ich Sie, den Antrag Emmel abzulehnen, der eine Wahl in den Parteivorstand nach den Grundätzen der Verhältniswahl verlangt. Wenn wir diese Verhältniswahl einführen wollten, so müßten wir sie für jede Organisation im Ort durchführen, und das gäbe ein Durcheinander- und Gegeneinanderarbeiten innerhalb der kleineren und etwas größeren Organisationen, das es jedem Funktionär und Vorstehenden der Partei unmöglich machen würde, die Geschäfte zu führen. Wir haben kein Interesse daran, noch mehr Zwietracht unter die Arbeiterchaft zu tragen, wie es schon von außen her geschieht. Durch die Einführung der Verhältniswahl würden wir nur eine ganze Reihe von Gruppen in jedem einzelnen Vereine bilden. Die

Gruppen haben die Möglichkeit, bei der Wahl des Vorstandes schon ihre Vor schläge zu machen, und unterliegen sie dort, so haben sie sich als gute Sozialdemokraten der Mehrheit zu fügen.

Ich bitte zum Schluß noch einmal, den Antrag 221 anzunehmen, der die Beiträge für Männer und Frauen auf die gleiche Höhe setzt und den Frauen gleiche Pflichten und Rechte gibt.

Zu dem Antrag, die Jugendorganisationen schon mit einem Lebensalter von 18 Jahren in die Parteiorganisation aufzunehmen, möchte ich noch daran erinnern, daß wir eine große Reihe kleiner Gemeinden haben, in denen heute schon der Parteiorganisation nicht nur 18jährige, sondern 17jährige angehören. Wollten wir das 20. Lebensjahr für den Eintritt in die Partei festlegen, so würden wir den kleinen Organisationen, insbesondere auf dem Lande, eine ganze Reihe von Mitgliedern absperrig machen. Deshalb ist es gut, die Parteigenossen möglichst mit dem 18. Lebensjahre zu der großen Parteiorganisation aufzunehmen.

Im übrigen ersuche ich Sie, den Antrag Emmel im Interesse unserer Organisation abzulehnen. (Beifall.)

Frau Köhler: Wir haben in der Nachmittags-Sitzung manch treffliches Wort gehört, das gerade für die Frauenbewegung von unschätzbarem Wert sein kann, wenn es in die Praxis umgesetzt wird. Allerdings kann ich mich auch mit diesem nicht einverstanden erklären. So bin ich der Meinung, daß der von Frankfurt empfohlene Frauenbetrie nicht das Allheilmittel für eine gute Frauenbewegung ist. Wir Frauen müssen vielmehr versuchen, in allen Distrikten möglichst in die Leitungen hineinzukommen. (Sehr richtig!) Ohne Zweifel brauchen wir in der heutigen Zeit weit mehr geschulte Frauen zur Agitation, als je vorher. Wir haben nicht nur den Kampf nach rechts zu führen, sondern müssen leider auch oft den Kampf nach links führen. Und müssen dazu geschulte Genossinnen haben, die mit unseren Grundrissen völlig vertraut sind.

Wir haben nun einen Antrag eingebracht, der den Parteivorstand ersucht, die Anstellung und Schulung von Frauen in den Bezirksvorständen mehr als bisher zu fördern und nötigenfalls finanziell zu unterstützen. Wenn wir Beamtinnen einsetzen, die sich unter Schulung der Männer in diesen Körperchaften mit dem nötigen Wissen ausstatten und damit befähigt werden, als Sekretärinnen in größeren Bezirken tätig zu sein, so wird das von großem Vorteil sein. Vielleicht wird daran gedacht, daß Frauen, die in die Bureaus kommen, als stenotypistinnen oder dergleichen tätig sein könnten, also eine Hilfskraft des Sekretärs bilden. Dagegen haben wir uns mit aller Entschiedenheit auszusprechen. Die Genossinnen, die in die Körperchaften hineingesetzt werden, sollen mit der Agitation und mit der Organisation beschäftigt werden, nicht aber mit rein technischen Arbeiten. Wenn dergestalt gearbeitet wird, so haben wir in kurzer Zeit eine Anzahl von guten Genossinnen, die Sekretärposten ausfüllen können und in der Agitation arbeiten können. Wir alle wissen, daß mit öffentlichen Versammlungen keine Frauenbewegung aufzubauen ist. Wohl können wir durch öffentliche Versammlungen die Frauen aufrütteln, können sie auch zu Mitgliedern gewinnen, aber damit sind sie noch keine wirklichen Sozialdemokratinnen und gehen noch keine Beiträge. Früher wurden die öffentlichen Versammlungen danach eingeschätzt, wieviel weibliche Mitglieder wir bekommen haben. Dadurch sind wir enorm in die Breite gegangen, aber die Schulung der Frauen hat gefehlt, und an mancher Stelle war das Strohhalm, das in den Frauen entzündet worden ist, sofort wieder erloschen, wenn der Referent den Ort wieder verlassen hatte. Wir brauchen also Genossinnen, die sich vornehmlich der Kleinarbeit widmen, um die Neugeworbenen auch zu erhalten und zu schulen, und sie zu tüchtigen Sozialdemokratinnen zu machen.

Wenn der Parteitag also den Antrag annimmt, und der Parteivorstand demnach handelt, so haben wir in kurzer Zeit diejenigen Leute, die wir brauchen, um eine gesunde, kräftige Frauenbewegung in die Wege zu leiten. (Bravo!)

Weiter könnte es auch nichts schaden, wenn die größeren Zeitungen den Versuch machten, weibliche Hilfskräfte in ihren Redaktionen einzustellen. Heute morgen ist viel davon gesprochen worden, daß den Frauen auch dadurch Rechnung getragen werden müsse, daß ihre Interessen in den Tageszeitungen mehr zum Ausdruck kommen. Dem kann man dadurch dienen, daß man neben männlichen Redakteuren auch eine Genossin in größeren Zeitungen einstellt, die sich vornehmlich mit der schriftlichen Aufklärung der Frauen beschäftigt. Wenn dies durchgeführt wird, so werden wir auch nicht mehr den Mangel an Referentinnen haben, wie er heute besteht. Die letzte Wahlbewegung in Berlin hat gezeigt, daß wir dort mit 5 oder 6 Referentinnen die ganze Wahlagitiation bestreiten mußten. Auch aus der Provinz war der Schrei nach Referentinnen sehr laut. Schaffen wir aber solche Einrichtungen bei den Zeitungen, dann werden wir auch tüchtige und geschulte Referentinnen bekommen, die den Männern in jeder Hinsicht gleichwertig sind. Anfang der 90er Jahre war es sehr schwer, solche Anträge zu stellen, da wagte man es einfach nicht. Aber heute, wo wir Frauen ganz anders bewertet werden, wo wir das Wahlrecht haben, wird es vielleicht gelingen, solche Einrichtungen zu schaffen, damit wir wirklich gute und befähigte Parteigenossinnen bekommen.

Ich bitte Sie deshalb, diesem Antrage zuzustimmen und damit zu beweisen, daß Sie wie die Antragsteller gefonnen sind, in jeder Weise die Frauenbewegung zu fördern. Der Worte haben wir auf allen Parteitagen genug gewechselt, an uns allen ist es, endlich durch Taten zu beweisen, daß es uns ernst ist, daß wir etwas schaffen wollen. (Lebhafter Beifall.)

Eng-Barmen: Mir liegt die Jugendbewegung ganz besonders am Herzen. Ich bin seit Anfang unserer Jugendbewegung sehr aktiv in ihr tätig. Deshalb bringe ich auch der Neugestaltung unserer Jugendorganisation ein außerordentliches Interesse entgegen. Unsere Jugendorganisation muß eine andere Form bekommen. Bisher sind wir von den gesetzlichen Bestimmungen abhängig gewesen, die uns außerordentlich hinderlich im Wege standen. Diese sind nun gefallen, und wir können uns frei eine Jugendorganisation schaffen, wie wir sie brauchen.

Da sind uns nun eine ganze Reihe Vorschläge gemacht worden. Genosse Schulz hat uns einen Antrag unterbreitet, dessen Absatz 3 zurückgestellt worden ist. Ich habe zu diesem Absatz 3 einen Abänderungsantrag eingebracht, der dahin geht, daß wir die Jugendlichen nicht in der Jugendorganisation bis zum 20. Lebensjahre festhalten sollen, sondern versuchen müssen, die Jugendlichen so früh, wie es ihr psychologischer Zustand erlaubt, der Parteioorganisation zuzuführen, damit die Parteioorganisation sie auch in der praktischen Meinarbeit ausbilden kann. (Sehr richtig!) Mein Antrag, der darauf hinausläuft, die Jugendlichen vom 18. Lebensjahre an der Partei zu überweisen, ging von der Voraussetzung aus, daß wir, wie bisher, Jugendliche vom 18. Jahre an in die Partei aufnehmen. Nachdem wir aber aus dem Referat des Genossen König gehört haben, daß in Zukunft die Jugendlichen schon vom 17. Lebensjahre an in der Regel der Partei zugeführt werden sollen, möchte ich meinen Antrag dahin abändern, daß die Jugendlichen schon vom 17. Lebensjahre an der Partei überwiesen werden.

Die Partei soll für diese Jugendlichen beiderlei Geschlechts gesonderte Veranstaltungen, die dem Bildungsgrad und der Bildungsmöglichkeit entsprechen, veranstalten. Zwei außerordentlich wichtige Gründe veranlassen mich, diesen Vorschlag zu machen. Der erste ist rein parteipolitisch. Er geht von der

Voraussetzung aus, daß die Jugendlichen im Alter von 18 und 19 Jahren sich meist schon sehr lebhaft politisch betätigen. Diese politische Betätigung führt dazu, daß wir, wenn wir sie in der Jugendbewegung behalten, allmählich aus der Jugendorganisation eine jungsozialistische Bewegung bekommen. (Sehr richtig!) Diese Gefahr ist gar nicht klein, und ich möchte sie mit meinem Antrag verhindern. Die Jugendlichen gehören im Alter von 17 Jahren in die Partei, und soweit sie sich politisch betätigen, sollen sie das im Rahmen der Parteioorganisation. Sie sollen dort lernen, sollen sich bilden, und die Partei hat heute glücklicherweise die Möglichkeit für die Jugendlichen gesonderte Veranstaltungen zu treffen.

Der andere Grund ist psychologischer Art. Wer etwas pädagogisch geschult ist, weiß, daß bei den Jugendlichen in der Regel mit dem 17. Lebensjahre die geistige Reife beginnt.

Während die Jugendlichen im Alter von 14, 15 und 16 Jahren sich mehr mit Spiel und Unterhaltung beschäftigen wollen, suchen die älteren Jahrgänge mehr geistige Aufklärung. Dem müssen wir Rechnung tragen. Das können wir aber nicht im Rahmen unserer Jugendorganisation. Wenn wir diese mit den älteren Jahrgängen belasten, beschränken wir außerordentlich die Betätigung für die jugendlichen Jahrgänge und hängen dieser ein Bleigewicht an. Alle, die in der Jugendbewegung bisher tätig waren, wissen, daß die ungeheuren Schwierigkeiten, die wir bei unseren Veranstaltungen in Jugendheimen, bei Wanderungen usw. gehabt haben, daher rühren, daß die älteren Jahrgänge mit den jüngeren Jahrgängen zusammen gewesen sind. Die älteren Jahrgänge haben eben andere Bedürfnisse als die jüngeren, und die Veranstaltungen können nie so getroffen werden, daß beiden Rechnung getragen wird. Eine Gruppe ist dann immer unbefriedigt, und das stört die Wirkung der Veranstaltung. Es kommt dazu, daß die älteren Jahrgänge gegenüber den jüngeren distanziert auftreten. Das führt zu Zusammenstößen und dient nicht der Entwicklung unserer Jugendorganisation. Wenn wir also jetzt eine neue Jugendorganisation schaffen, so müssen wir sie so schaffen, daß sie wirklich geeignet ist, die Jugendlichen zu bilden, so daß sie für die Parteioorganisation aufnahmefähig sind.

Ein Mangel im Organisationsstatut ist auch, daß nicht festgestellt ist, von welchem Alter an Jugendliche in die Partei aufgenommen werden sollen. Bisher konnten wir auf Grund des Gesetzes nur Jugendliche vom 18. Jahre an aufnehmen. Nachdem dies Gesetz gefallen ist, müssen wir im Statut darüber eine Bestimmung treffen; es könnten ja Fälle vorkommen, wo Jugendliche schon mit 14 Jahren in die Partei eintreten können. Ich möchte daher den Genossen König um Auskunft bitten, wie man sich da zu verhalten hat. — In einer Reihe von Parteibezirken ist bisher den Genossinnen „Die Gleichheit“ unentgeltlich geliefert worden. Nun soll die Gleichheit in Zukunft achttäglich erscheinen, und nach dem, was wir bisher gehört haben, wird sie dadurch so teuer werden, daß die Bezirke kaum in der Lage sein werden, sie weiter unentgeltlich zu liefern.

Ferner ist nötig, einen Beschluß darüber zu fassen, von wann an das Organisationsstatut in Kraft treten soll.

Zum Schluß möchte ich Sie auch, wie einer meiner Korredner, dringend bitten, den Antrag Emmel abzulehnen. (Sehr richtig!) Es ist ein Übel, daß wir so verfahren. Aber noch viel mehr muß der Antrag 254 von Kummer abgelehnt werden. Der ist ja noch viel beträchtlicher, als der Antrag Emmel. (Seitertzeit.)

Vorsitzender Vöbe: Die letzte Bemerkung war nicht ganz parlamentarisches (Weiterkeit.)

Frage: Aber treffend!

Genossin Sappe-Berlin: Gätte der Parteiaussschuß uns die Ablehnung des Antrags Frankfurt nicht empfohlen, so wären wir, glaube ich, doch alle zur Ablehnung gekommen, weil die Fassung des Antrags leider den Anschein erwecken kann, als hätten die Antragstellerinnen beabsichtigt, neben dem Parteiaussschuß noch eine besondere Instanz zu errichten. Das lag aber zweifellos nicht in der Absicht der Antragstellerinnen. Selbstverständlich ist es unsere Aufgabe, soviel Kräfte als möglich heranzubilden. Zur Förderung und Hebung der Frauenbewegung, zur Schulung der weiblichen Massen wird unbedingt die Mitarbeit und Anstellung weiterer Personen notwendig sein, aber es ist nicht notwendig, daß man eine ganz besondere Körperschaft einrichtet, sondern man muß im Rahmen der bisher bestehenden Körperschaften Vorkehrungen treffen, damit auch Frauen in diesen Körperschaften tätig sein und mit der Verantwortung übernehmen können. Nach dieser Richtung bewegt sich der Antrag Hamburg. Daß die Schulung der Frauen notwendig ist, darüber sind wir uns seit Jahren einig. Wenn auch schon unendlich viel für die Schulung der Frauen getan worden ist, so muß gerade jetzt noch viel mehr geschehen, nachdem die Frauen die politische Gleichberechtigung erhalten haben. Die politische Schulung der Frauen muß mit aller Energie betrieben werden, da sie als Wählerin schon ein außerordentlich starker Faktor für die Partei sind. Es gilt, die Frauen zu bemutigten Sozialdemokraten zu erziehen, da von der bemutigten Beteiligung der Millionen Proletariatsfrauen die Stärke der Partei abhängt. Dem kommt der Antrag Hamburg entgegen und auch der Antrag Berlin, der verlangt, daß der Parteivorstand um eine stimmberechtigte Genossin erweitert wird. Er sieht vor, daß im Parteivorstand mindestens zwei Genossinnen vertreten sein müssen; da wir bereits eine Genossin im Parteivorstand haben, so ist der Antrag dahin zu verstehen, daß noch eine unbefohlene Weisßerin hinzugewählt werden soll, wobei es natürlich nicht ausgeschlossen erscheinen darf, daß entsprechend der wachsenden Arbeit, die sich herausstellen wird, wenn die Frauenagitation und Schulung so betrieben wird, wie wir das wünschen, noch an die Anstellung einer weiteren befohlenen Sekretärin gedacht werden kann. Ge wisz haben wir schon eine ganze Anzahl tätiger Frauen, aber die Zahl ist bei weitem nicht genügend bei der Fülle von Arbeit, die vor uns liegt. Wir brauchen dazu die Mitarbeit aller Genossinnen im Reich. Dem Wunsch der Genossinnen im Lande an verantwortlicher Stelle mitzubringen, wird auch durch den Antrag Hamburg Rechnung getragen, daß in den Parteiaussschuß Frauen hineingewählt werden sollen. Diesen Frauen wird nun die Obliegenheit zufallen, die Agitation in ihrem Bezirk zu beleben, innerhalb des Bezirks weiter Frauen heranzubilden und sie in die Bezirksagitationskörperschaften hineinzubringen, damit auch dort Kräfte für die Frauenbewegung tätig sind. In Berlin haben wir das schon in die Tat umzusetzen versucht. Wir haben in all unseren Abteilungen in die Vorstände Frauen hineingewählt, die die Agitation zu fördern haben. Nun hat die Genossin Köhler den Antrag eingebracht, daß vom Parteivorstand Mittel zur Verfügung gestellt werden, um aus den Kreisen der tätigen Genossinnen Kräfte heranzubilden, die befähigt sind, Sekretärposten anzunehmen. Das halte ich für unumgänglich notwendig. Natürlich hat die Genossin Köhler mit dem Antrag nicht zum Ausdruck bringen wollen, daß es an befähigten Genossinnen im Lande fehlt. Wir haben in Wirklichkeit eine ganze Anzahl Genossinnen im Lande, mehr als wir vielleicht ahnen, die außerordentliche Gaben für die Agitation haben, weil sie noch nicht so aus sich herausgehen

konnten. Ich bitte also, neben den Anträgen Berlin und Hamburg auch den Antrag Köhler zu unterstützen, damit die Sekretärinnen herangezogen werden, die wir im weiteren Verlauf der Frauenbewegung dringend brauchen. Mit Recht hat die Genossin Köhler darauf hingewiesen, daß während des Wahlkampfes ein überaus fühlbarer Mangel an weiblichen Referenten zu verzeichnen war. Es sind überall zunächst Frauen angefordert worden von den Veranstaltern von Versammlungen, und erst, wenn man keine Frau als Referentin stellen konnte, begnügten sich die Veranstalter mit einem männlichen Referenten. Es scheint also im Zuge der Zeit zu liegen, daß die Frauen mehr als bisher in der Lage sind, auf Frauen einzuwirken. Alle Genossinnen, die heute hier anwesend sind, werden mit mir einig sein, daß die Delegierten auf dem Parteitag zur Förderung der Frauenbewegung außerordentlich viel persönlich dadurch beitragen können, daß sie in ihrem Familienkreise dahin wirken, daß unsere Frauenversammlungen auch von den Angehörigen unserer männlichen Parteimitglieder rege besucht werden. Mann und Frau können sich dann über die politischen Ereignisse besser ausdrücken; das wäre für die Familienbeziehungen und auch für die Aufklärung der Frauen von großem Nutzen. (Wabolo)

Vorsitzender Vöbe: Es liegen viele Schlußanträge vor. Ich brauche also die Unterstützungsfra ge nicht zu stellen. (Es spricht ein Redner gegen den Schluß.)

Der Schlußantrag wird mit großer Mehrtheit angenommen.

Jetzt hat Genosse König das Schlußwort. Ich empfehle ihm, den Wert des soeben angenommenen Schlußantrags gebührend zu schätzen. (Große Heiterkeit.)

König: Ich werde der Anregung des Vorsitzenden entsprechen. In der Kürze liegt die Würze. (Weiterkeit und Zustimmung.) Ich gehe ganz kurz auf die gegen das Organisationsstatut gemachten Einwände ein. Es ist gefragt, ob die Wochenbeiträge unter allen Umständen erhoben werden müssen. Wir fassen die Frage so auf, daß im allgemeinen nach unserem Vorschlage zu verfahren ist. Wo es sich ganz ausnahmsweise noch nicht empfiehlt, Wochenbeiträge einzuführen, wollen wir gern eine Uebergangszeit zulassen, in der noch Monatsbeiträge erhoben werden können. Sie ist aber möglichst kurz zu halten.

Für die Erfüllung des zum Ausdruck gebrachten Wunsches auf gleiche Beiträge für männliche und weibliche Mitglieder ist die Zeit wohl noch nicht gekommen. (Lebhafte Sehr richtig!) Später werden wir einmal daran denken müssen, gleiche Beiträge für beide Geschlechter einzuführen.

Die gewünschten Beitragsermäßigungen wollen wir doch besser nicht zulassen; wir können die Folgen nicht übersehen. Die bisher bestehende Ausnahme für Invaliden wird aufrechterhalten und selbstverständlich auch auf die Kriegsbefähigten ausgedehnt. (Beifall.)

Bzüglich des Verlangens nach Einführung des Verhältniswahlsystems bei den Wahlen der Parteisekretäre usw. bitte ich diese nicht zu akzeptieren, denn er würde den von uns gemachten Wahlvorschlag umstoßen. Die darauf zielenden Anträge Emmel und Kummer sind in der Aussprache schon so gründlich totgeschlagen, daß ich mich damit nicht mehr beschäftigen will. (Zuruf Emmel: Dann lassen Sie uns doch endlich zur Abstimmung kommen.)

Der Antrag 256 zum Organisationsstatut, der verlangt, im § 2 hinter Unterbezirke einzufügen „in der Regel die Kreise usw.“ ist überflüssig, weil es Regel sein wird. Die Erläuterungen zum Organisationsstatut werden dazu das Weitere sagen.

Eine Reihe Redner hat die Befürchtung ausgesprochen, daß der Parteivorstand vielleicht zuviel Bezirke bilden würde. Unsere Absicht ist aber, möglichst wenige, dafür aber leistungsfähige Bezirke zu schaffen. Der Parteiausschuß wird dann nicht umfangreicher werden, sondern behält selbst unter Zugiehung der Frauen ungefähr die jetzige Stärke.

Im Hinblick auf den Vorschlag, schon für jede 10 000 Mitglieder einen Delegierten zum Parteitag mehr zuzulassen, möchte ich sagen, daß man über Zahlengrenze streiten kann, sie aber unwesentlich ist. Wir wollen uns nicht auf 15 000 verweisen, halten diese Ziffer aber für genügend.

Der Frauenantrag auf Schaffung eines Frauenbeirats, dessen geistige Urheberin wohl die Genossin Ege ist, halte ich nicht für angebracht. Die eine Genossin verlangt in der Diskussion besondere Instanzen, die andere will keine Extraabgaben. Ein besonderer Frauenbeirat würde aber doch Bewirung in die Parteigeschäfte tragen. Ihm eine Entscheidung bei der Besetzung von Ämtern usw. zu überlassen, wie es eine Rednerin wünscht, ist nicht angängig. Auch wir Männer haben vielfach ähnliche Wünsche und können sie oft nicht erreichen, weil die Instanzen sie nicht berücksichtigen. Die beste Lösung der Frauenfrage scheint mir der Hamburger Antrag zu sein, der Bezirksorganisationen von über 10 000 Mitgliedern das Recht zur Entsendung einer Genossin in den Parteiausschuß einräumt. Nehmen Sie den Hamburger Antrag an und lehnen Sie den Antrag Frankfurt ab im Interesse der Förderung der Partei. Den Antrag der Genossin Köhler auf vermehrte Ausbildungseinrichtungen für die Frauen überweisen Sie bitte dem Parteivorstand zur Berücksichtigung. Im übrigen stelle ich fest, daß die Kritik an dem Entwurf keine neuen Momente zutage gefördert hat. Alle Wünsche zu berücksichtigen, ist natürlich unmöglich. Sie dienen der Sache am besten, wenn Sie dem Entwurf ihre einmütige Zustimmung geben. (Bravo!)

Vorsitzender Lübe: Wir kommen zur Abstimmung über das Organisationsstatut. § 1 ist nicht angefochten.

§ 2 wird nach dem Entwurf angenommen. Die Anträge 31, 32 und 219 sind damit erledigt. Antrag 258 wird abgelehnt.

§ 3 ist nicht angefochten.

§ 4 wird nach dem Entwurf angenommen. Die Anträge 33, 34, 221 werden abgelehnt. Die Anträge 35, 36, 37 und 235 sind damit erledigt.

Der Satz: „Die Bezirksverbände sind berechtigt, für ihren Bezirk oder einzelne Ortsvereine höhere Beiträge zu erheben,“ ist nicht angefochten. Der dazu gestellte Antrag 258 wird angenommen.

Das Eintrittsgeld wird nach dem Entwurf angenommen.

Der Antrag, daß Mitgliedern der Jugendorganisation der Beitrag ermäßigt werden kann, wird angenommen.

Die Bemessung des abzuführenden Beitrages auf 25 Proz. wird nach dem Entwurf angenommen. Antrag 220 ist damit erledigt.

§ 5 ist nicht angefochten.

§ 6 wird nach dem Entwurf in Ziffer 1 angenommen. Die Anträge 39, 40 und 41 Abj. 1 sind damit erledigt.

Der zweite Satz ist gestrichen.

Antrag 38, Absatz 1, wird abgelehnt. § 40 wird abgelehnt. Der nachträglich eingegangene Antrag Schlegel ist als erledigt anzusehen. Ziffer 2 vom § 8 des Entwurfs wird angenommen. Antrag 38, Absatz 2, wird abgelehnt. Der Zusatzantrag Emmel, daß die Delegation der Reichstagsfraktion auf Grund des Verhältniswahlsystems gewählt wird, wird abgelehnt.

Antrag 38, Absatz 3, wird abgelehnt. Die Fassung des Entwurfs in bezug auf das Stimmrecht wird angenommen.

Zu § 11 des Entwurfs liegt der Abänderungsantrag 42 vor. Dieser Antrag wird angenommen.

Zu § 13 liegt Antrag 43 vor. Dieser Zusatz wird angenommen. Antrag Emmel 214 wird abgelehnt. Antrag Nummer 254 wird abgelehnt.

Wir kommen zu § 15.

Der dazu vorliegende redaktionelle Antrag Nr. 41, Abj. 2, wird abgelehnt; es bleibt also bei der alten Fassung.

§ 17, Bildung des Parteiausschusses.

In der Abstimmung werden die Anträge Nr. 44 und 45 abgelehnt.

Der Antrag Nr. 237 wird angenommen.

Wir kommen nunmehr, da die anderen Paragraphen nicht angefochten sind, zu dem § 22 des Statuts.

In der Abstimmung wird der Antrag Nr. 217 abgelehnt.

Zum § 23 liegt der Antrag Nr. 46 vor, der dem Statut den Satz hinzuzufügen will:

Zur Partei kann ferner nicht gehören, wer einer anderen politischen Partei als Mitglied angehört oder eine solche finanziell oder moralisch unterstützt.

Hoch-Hanau: beantragt, getrennte Abstimmung über die einzelnen Bedingungen.

Vorsitzender Lübe stellt die einzelnen Fragen getrennt zur Abstimmung:

Die Bedingung, daß der Partei nicht angehören kann, wer einer anderen Partei als Mitglied angehört, wird einstimmig angenommen.

Die Bedingung, daß der Partei nicht angehören kann, wer eine andere Partei finanziell unterstützt, wird gegen eine Stimme angenommen.

Zu der Frage, ob der Partei angehören kann, wer eine andere Partei moralisch unterstützt, beantragt Schlegel-Berlin Uebergang zur Tagesordnung.

Bromme-Lübeck: Wir haben einen sehr konkreten Fall aus Lübeck. Wir kennen alle den alten Genossen Schwarz, der im alten Reichstag der Fraktion der Unabhängigen angehörte. Schwarz ist heute noch Mitglied unserer Partei, er hat die Beiträge im voraus bezahlt. Sie können bei dem Verdienst, das er hat, nicht verlangen, daß wir ihn aus unserer Partei ausschließen. Er hat die Unabhängigen dadurch moralisch unterstützt, daß er ihrer Fraktion angehört hat.

Braun-Berlin: Wir kommen um alle Schwierigkeiten herum, wenn wir einfach sagen: Der Partei kann nicht angehören, wer eine andere Partei unterstützt. Die Worte „moralisch“ und „finanziell“ können weggelassen werden.

Vorsitzender Lübe stellt den Antrag Schlegel auf Uebergang zur Tagesordnung zur Abstimmung.

Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Der Antrag Köhler Nr. 250 wird mit großer Mehrheit angenommen.

Der Absatz 3 des Antrags 205 wird mit der Aenderung angenommen, daß an Stelle des 20. Lebensjahres das 18. Lebensjahr gesetzt wird.

In der GesamtAbstimmung wird der neue Entwurf entsprechend den vorher gefaßten Beschlüssen einstimmig angenommen.

Den Vorsitz übernimmt!

Volontär Schulz: Genosse Löbe ist noch bereit, sein Referat über die parlamentarische Tätigkeit zu erstatten, das ungefähr eine halbe Stunde in Anspruch nehmen wird. Ich empfehle dem Parteitag, das Referat noch entgegenzunehmen. (Zustimmung.)

Verichtshaber Löbe-Dreslau: Werte Genossen und Genossinnen! Sie waren so freundlich, einen großen Teil der Fragen, die eigentlich zum parlamentarischen Bericht gehören, bereits in der großen politischen Aussprache zu würdigen, die wir in den ersten Tagen unseres Parteitags abgehalten haben, und einen großen Teil der Schläge, die uns zugebracht waren, haben Sie in paritätischer Gerechtigkeit bereits auf die anderen Instanzen verteilt, die noch dafür in Frage kamen. Ich glaube trotzdem, daß noch genug übriggeblieben ist, um den Bedürfnissen der Fraktion zu genügen, will mich aber auf wenige erläuternde Bemerkungen zu dem Ihnen gedruckt vorliegenden Bericht der Fraktion beschränken. Als wir im Anfang Februar mit großen Hoffnungen in Weimar eintrafen und unsere Reihen musterten, konnten wir feststellen, daß die 166 Köpfe zählende Fraktion 67 Männer umfaßt, die der früheren Reichstagsfraktion angehört hatten, denen die große Zahl von 108 parlamentarischen Neulingen gegenüberstand. Aber die Zahl aller Fachmänner für die Fraktion wurde noch dadurch vermindert, daß eine wachsende Anzahl von ihnen in Regierungsämtern einrückten mußten. Dieser Umstand hat uns mehr als die Frage der Doppelmandate geschmerzt. (Sehr richtig!) Doppelmandate sind z. B. im Augenblick zwischen der großen preussischen sozialdemokratischen Fraktion und der Nationalversammlung nur vier vorhanden; dagegen hat unsere Fraktion allein zehn Mitglieder in Regierungsämtern im Reich und in Preußen abgegeben. Dazu kommen Vertreter der Regierung in Bayern, wie Hoffmann-Kaiserslautern und Enders, in Sachsen Grabnauer und Bud. Und dies fehlt über das ganze Reich fort, bis zu dem Staatsministerium von Mecklenburg, zu dem Bürgermeister von Hamburg und auch zu dem Ort, wo wir tagen, wo ja unser Reichstagskollege Bauerz auch Staatsminister, Staatsrat oder etwas dergleichen (Seiterzeit) ist. Es sind fast immer die alten Parlamentarier, die dadurch der regelmäßigen und dauernden Mitarbeit in der Fraktion entzogen werden. Das vermindert nicht nur unsere Frequenz, sondern, wie wir oft gemerkt haben, auch unsere Aktionkraft. Es sind ja deshalb auch gegen die Fraktion Vorwürfe erhoben, und es sind eine Anzahl Anträge gestellt, welche diesem Uebelstand begegnen möchten. Die Fraktion selbst hat sich mehrmals mit diesem Mißstand beschäftigt und hat ungewisshaltig ihrer Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß Parteigenossen, die dauernd behindert sind, ihr Abgeordnetenmandat auszuüben, verpflichtet sind, es niederzulegen. (Sehr richtig), um so mehr deshalb, als ja Neuwahlen jetzt nicht mehr abgehalten zu werden brauchen, sondern die Vertreter ohne erhebliche Unbequemlichkeiten und Kosten einrücken können. Wenn dieser Rat nicht in vollem Umfang befolgt worden ist, so ist das daraus mit zurechnen, daß in den letzten zwei Monaten die Nationalversammlung kaum in der Lage war, regelmäßig Sitzungen abzuhalten. Zum Teil ist der Rat der Fraktion befolgt worden. Grabnauer und Bud haben auf ihr Mandat verzichtet, Jug-Oldenburg hat dasselbe getan. Wir dürfen aber auch hier das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Die Fraktion hat sich auf der anderen Seite der Einsicht nicht verschließen können, daß eine vorübergehende oder längere Anwesenheit ihrer Mitglieder in deren Heimat manchmal wichtiger war als die Anwesenheit im Parlament. Wenn es in Bayern in allen Kreisen heißt, wenn das deutsche Wirtschaftsleben durch umfassende Aufstrebens in Gefahr gebracht wurde, wenn in Bremen und Braunschweig keine staatliche Ordnung gegründet werden konnte ohne das Eingreifen unserer Ge-

nosser, dann haben wir ihnen oft und gern Urlaub erteilt in dem Bewußtsein, daß sie im Augenblick dort nötiger waren. Viele Auffassung hat auch im Lande Zustimmung gefunden. Die Genossen Dr. Braun und Vogel, die es mit der Erfüllung ihrer parlamentarischen Aufgaben sehr genau nehmen, haben in Nürnberg ihren Parteigenossen das Mandat zur Verfügung gestellt, weil sie nicht in der Lage seien, es in jeder Sitzung auszuüben und haben sie gefragt, ob sie nicht andere an ihrer Stelle nach Weimar entsenden wollten. Die Parteiverammlung ist mit großer Mehrheit oder sogar einstimmig der Meinung gewesen, daß die Genossen das Mandat behalten sollten. Ich finde, sie haben damit recht getan. Gerade diese beiden Genossen sind uns trotz ihrer heimatlischen Behinderung wertvolle Mitarbeiter in der Fraktion gewesen.

Es ist hieran der Vorwurf geknüpft worden, meines Wissens zuerst im „Vorwärts“, und er hat dann die Kunde durch die Parteipresse gemacht, als ob im Sozialisierungsgesetz ein uns unympathischer Paragraph, der Entschädigungsparagraph, dadurch zur Annahme gekommen sei, daß auf der linken Seite des Hauses ein großer Teil der Abgeordneten gestimmt hätte. Dieser Vorwurf ist in dieser Form unrichtig. Die Abstimmung ist nicht deshalb zu unseren Ungunsten ausgefallen, sondern es haben damals auf beiden Seiten der Nationalversammlung gleich viel Abgeordnete gestimmt, so daß, wie man im parlamentarischen Leben sagt, eine Abpaarung stattgefunden hat. Das Ergebnis war nämlich, daß für die Entschädigung 164 gestimmt haben, gegen die Entschädigung 187, darunter 13 Unabhängige von 22. Bei vollständigem Hause hätten aber auch für die Entschädigung 226 und gegen die Entschädigung 187 gestimmt, so daß also das Ergebnis das gleiche gewesen wäre. Man hätte nur einen Augenblickersorgfältig vielleicht herbeiführen können, wenn zufällig die linke Seite voll besetzt und die rechte Seite leer gewesen wäre, ein Zufall, der praktisch nie eintritt, wenn er nicht absichtlich herbeigeführt werden kann. Weiter ist zu betonen, daß diese Abstimmung dem deutschen Volke nicht einen Pfennig gekostet hat, daß es sich überhaupt um keinen praktischen Gesetzgebungsparagraphen gehandelt hat. Schiller hat vorgetreten ausgeführt: Als beim Kohlengesetz die Entschädigungsfrage zur Debatte stand, haben wir wegen des unglückseligen Umstandes, daß eine Reihe von unseren Leuten bei der Abstimmung fehlten, die Entschädigungsfrage im bürgerlichen Sinne schließen müssen. So ist es nicht. Im Kohlenwirtschaftsgesetz, wo die Sache hätte praktisch werden können, steht überhaupt kein Wort von Entschädigungen. Das hätte man sich vor dieser Kritik ansehen sollen. Es handelt sich hierbei um das Rahmengesetz, was die Sozialisierung im allgemeinen festlegt. Da heißt es im § 2: Das Reich ist befugt, im Wege der Gesetzgebung gegen angemessene Entschädigung folgendes zu tun, und er endigt damit: die näheren Vorschriften über die Entschädigung bleiben dem Erlaß besonderer Reichsgesetze vorbehalten. Es ist noch kein Reichsgesetz ergangen, das irgend jemand eine Entschädigung bei Sozialisierungen zuspräche. Also ist nichts veräußert worden. Es ist im Gegenteil nicht nur die Meinung der Sozialdemokraten, sondern auch der Bürgerlichen, bis in die Reihen der Deutschnationalen, daß niemand daran denkt, die alten Vergewaltiger der bisherigen Klassenbesitzer zu entschädigen. Dafür wird in der Nationalversammlung, wie sie jetzt zusammengesetzt ist, keine Mehrheit zu finden sein.

Bei der Beurteilung der Tätigkeit der Nationalversammlung wollen Sie bitte zweitens berücksichtigen, daß wir von den vier Monaten, die hinter uns liegen, nur zwei Monate ununterbrochen der Arbeit widmen konnten. Das Plenum hat nur 39 Sitzungen abgehalten, dann kam die Unterbrechung durch den gegnerischen Friedensvorschlag, der ungefähr in der Obergerpause eintrat und es zunächst ganz unmöglich machte, wichtiger Fragen zu besprechen oder zu

Schlüsse zu fassen, ehe wir über den Umfang des Reiches, über die Finanzen des Reiches und über andere grundlegende Fragen unserer zukünftigen Gestaltung Anhaltspunkte hatten. Von diesem Tage an hat die Nationalversammlung nur noch einzelne Sitzungen, ich glaube nur eine, abgehalten, die sich mit der auswärtigen Frage beschäftigen mußte. Die Ausschüsse haben natürlich fleißiger getagt, besonders der Verfassungsausschuß, aber zu einem gewissen Abschluß konnten nur Dinge gebracht werden, die schon in den ersten zwei Monaten dafür reif geworden waren.

Als wir zusammentraten, lagen zwei große Aufgaben vor uns, die Regierungsbildung und die Bestimmung des Programms, sowie die Festlegung der Verfassung des neuen Deutschen Reiches. Verfassungsgebende Nationalversammlung ist ja der Name des Parlaments; das sollte ursprünglich seine einzige oder seine Hauptaufgabe sein. Die Regierungsbildung war nicht einfach. Die Wahlen hatten uns eine Mehrheit nicht gegeben. Da eine demokratische Regierung sich aber nur auf die Mehrheit aufbauen kann, mußten wir diese Mehrheit suchen. Trotz allem Haß und trotz allem Streit, der vorhergegangen war, klopfen wir zuerst bei den Unabhängigen an und fragten, ob sie bereit seien, gemeinsam mit uns eine Regierung zu bilden. Sie wiesen die Hand zurück (Hört! hört!) und sagten, daß sie daran überhaupt nicht denken könnten, solange nicht die gegenwärtige Gewalt Herrschaft abgeschafft sei. Sie verzagten, hinzuzufügen, daß diese Gewalt hervorgerufen wurde, um die gewalttätigen Angriffe abzuwehren, die gegenüber der aus der Revolution hervorgegangenen Regierung geübt wurden, verzagten darauf hinzuweisen, daß auch sie, wenn sie zur Regierung gelangen, jeden Versuch, sie gewalttätig zu beseitigen, auch mit Gewalt abgewiesen haben würden und abgewiesen werden, wenn sie jemals in die Lage kommen, eine Regierung zu bilden. — Nachdem die Unabhängigen abgelehnt hatten, wandten wir uns an die Demokraten und fragten sie, ob sie bereit seien, mit uns eine gemeinsame Regierung zu bilden, auf Grund von drei Bedingungen: 1. rückhaltlose Anerkennung der republikanischen Staatsform, 2. eine Finanzpolitik mit scharfer Heranziehung der Vermögen und des Besitzes und 3. eine tiefgehende Sozialpolitik mit Sozialisierung der hierzu geeigneten Betriebe. Sie erklärten sich mit diesen Bedingungen einverstanden, machten aber den Vorschlag, für diese Regierungsbildung auch das Zentrum heranzuziehen, einmal, weil man nach außen hin — wir erwarteten damals neue Waffenstillstandsbedingungen und die Friedensbedingungen — bekunden müßten, daß Deutschland eine Regierung habe, die sich auf dem Vertrauen der breiten Mehrheit des deutschen Volkes aufbaut, und weil nach innen die Arbeitsfähigkeit der Regierung so nicht durch einzelne wenige Dissidenten gefährdet werden sollte, da ja Demokraten und Sozialdemokraten zusammen nur eine sehr schwache Mehrheit im Parlament besaßen hätten. So wurden dem Zentrum dieselben Bedingungen unterbreitet, und auch das Zentrum erkannte diese drei Bedingungen als Grundlage der gemeinsamen Regierungsbildung an. Dieser Ausweg ist in der Fraktion nicht unumstritten gewesen, aber schließlich hat sich die Fraktion in Betracht der Sachlage mit großer Mehrheit dafür entschieden und hat dann die Regierung gebildet, die sieben und sieben umfaßte, sieben Bürgerliche, drei von jeder Partei, drei Demokraten und drei vom Zentrum und einen neutralen Bürgerlichen, den Grafen Ramkau. Bei der Kritik wolle man also immer beachten: Wir haben keine Regierung Ebert-Scheidemann, sondern wir haben eine Regierung Scheidemann-Dernburg-Erdbergerl Wir haben eine Koalitionsregierung. Daran ist unsere ganze Tätigkeit gebunden.

Auf die Bestimmungen des Verfassungswerkes will ich nicht ausführlich zu sprechen kommen, da Genosse Ragenstein eine gedruckte Uebersicht der Bes-

chlüsse vorgelegt hat, die in Ihren Händen ist und auf Wunsch auch noch in der Aussprache weitere Erläuterungen geben will.

Die Frage der Arbeiter räte brauchen wir bei dieser Gelegenheit auch kaum zu behandeln, da sie ausführlich noch bei dem nächsten Punkt der Tagesordnung besprochen wird. Die Arbeiterräte sind in einem Paragraphen der Verfassung behandelt, und ein besonderes Gesetz wird ihn noch weiter ausbauen. Ueber diese Frage konnte nicht immer eine einheitliche und feste Auffassung in der Fraktion herrschen. Nur ein Vorkämpfer kann bezwungen worden. Die Auffassungen haben gerade in dieser Frage erheblich geschwankt. Ich rufe in Ihre Erinnerung zurück, daß noch im Januar und Dezember selbst die „Freiheit“ die Räterepublik entschieden ablehnte, ferner daß Gaase und Cohn ein nebeneordnetes Räteparlament forderten, Däumig und Ledebour dagegen für die Alleinregierung der Räte eintraten. Ich halte es nicht für ganz sicher, daß durch den erwähnten Verfassungsparagraphen die Frage schon zu einer endgültigen Lösung gebracht ist. (Waidlohn: Sehr gut!) In der Fraktion bestehen zwei Auffassungen. Ein Teil wünscht ein Räteparlament als beratende Körperschaft, ein anderer verlangt es als gleichberechtigte Instanz neben der Nationalversammlung. Beachten Sie bitte, daß wir den Regierungsapparat nicht unnötig komplizieren dürfen. Weder gibt es noch immer das Staatenhaus, in dem die Einzelstaaten ihre Rechte wahren zu müssen glauben. Possenilich führen wir bei der Entscheidung über die Rätefrage gleichzeitig den Argwohn gegen die Kleinstaaterei. (Weißall und Gändelatschen.) Es ist einfach ein Jammer, daß die Revolution nicht damit wenigstens aufgeräumt hat, daß man heute noch beispielsweise über die Anhaltische Verfassung beraten will und mit solchen Dingen ganz unnötig Zeit totschlägt. (Lebhafte Weißall.) Es ist aber ein noch viel größerer Jammer, daß die Bürgerlichen mit einigem Recht sagen können: Eure eigenen Parteigenossen sind ja die schlimmsten Partikularisten! (Zahlreiche Zurufe: Schlimmer als die anderen! Lebhaftes Zwischenruf des Genossen Reil.) Genosse Reil, wir können jetzt nicht entscheiden, wer die größere Schuld hat. Wir wissen auch, daß das erste Signal für die Kleinstaaterei von Eisner ausgegangen ist. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wir wissen, daß gerade die bayerischen Räteradikalen den Ober-Nieder-Wurzel-Sepp-Stammpunkt herausgelehrt haben. (Lebhaftes Sehr richtig!) Jetzt muß endlich einmütig überall der Ruf erklingen: Schluß mit der Einzelstaaterei! (Sanganhaltender Weißall und Gändelatschen.) Kämpfen wir einmütig für die Einheitsrepublik, dann gewinnen wir auch Platz für ein wirtschaftliches Institut in der Verfassung. Wie notwendig wir es brauchen, haben die Versuche zur Lösung der Sozialierungsfrage wohl schlagend genug bewiesen. Die politischen Abgeordneten sind nicht die Sachverständigen, die wir für die Sozialisierungsarbeit brauchen. Die Verhandlungen in der Nationalversammlung haben klar ergeben, daß es auf allen Seiten an Sachverständigen fehlt. Die ganze Rechte war auf Hugenberg, Döglar und ähnliche Leute angewiesen, die ganze Linke mußte sich fürchten auf die wenigen ausgezeichneten Sachverständigen wie Hue, Sachs, Bredt und andere wenige. Es fehlte an Abgeordneten, die sich ein Urteil in Spezialfragen bilden können, z. B. den nötigen Einblick in solche Gebiete wie Kohle und Kali haben. Damit hängt es zusammen, daß nur ein so schwacher Anlauf für die Sozialisierung gemacht werden konnte. Darüber hat die lebhafteste Kritik eingeseht. Aber man sollte sich doch nicht wundern, daß so wenig geschehen ist. Ich will nicht so bemerkenswerte Zeugen wie Kautsky und Hilferding über die Schwierigkeiten einer plötzlichen Sozialisierung heranziehen. Aber gerade in diesem Augenblick werden Sie einen Hinweis auf die Tatsache begreifen, daß fremde Kapitalisten dabei sind, ihre Hand auf unsere Staatsbetriebe zu legen.

LÖBE

(Lebhafte Zustimmung.) Berücksichtigen Sie ferner den abgenutzten Zustand unserer Eisenbahnen und die Lage des Wirtschaftsmarktes. Dann werden Sie doch verstehen können, daß keine unüberwindliche Begeisterung für eine plötzliche Sozialisierung herrschen konnte. (Lebhafte Zustimmung.) Dazu kommt noch, daß es im Parlament auch außerdem an erheblichen Widerständen nicht gefehlt hat. Dabei möchte ich feststellen, daß in der Koalition die Demokraten und die größten Schwierigkeiten bereitet haben (lebhaftes Gähnen, Hören!) und der Sozialisierung noch größeren Widerstand entgegenstellten als das Zentrum. (Lebhafte Entrüstungsgrufe.) Auch über die Reichswehrordnung will ich nicht mehr ausführlich sprechen. Ueber diese Angelegenheit haben wir uns unterhalten bei der Aussprache über die Freiwilligenkorps und den Belagerungszustand. Die Debatte darüber braucht wohl nicht wieder aufzuleben. (Zustimmung.) Unsere Fraktion sah sich in dem Augenblick, als sich bewaffnete Heere gegen die Regierung auftrieten, gezwungen, der Regierung militärische Macht in die Hände zu legen. Unser Beschluß war auf eine demokratische Organisation gerichtet. Als wir ihn annahmen, konnten wir nicht voraussehen, daß fast nur adreliche Offiziere, deren Namen beim Volke keinen guten Klang haben, an die hervorragenden Stellen berufen werden müßten. Wir brauchen auch nicht damit zu rechnen, daß die neue Heeresorganisation mangelnd einer starken Beteiligung der Arbeiterkassen an ihr eine so einseitige Zusammensetzung erfahren würde. Daraus erklären sich im großen und ganzen die Ausschreitungen. Es ist doch nicht zu bestreiten, daß ihre Spitze zumißt gegen die Arbeiter gerichtet war. Die Fraktion hat sich immer mit Entschiedenheit den persönlichen Vorwürfen entgegengestellt, die auf den Genossen Koste gemünzt waren. Die Fraktion sagte sich, daß Koste sein schwieriges Amt in einer unglücklichen Zeit antreten mußte, in einer Zeit, in der das ganze Volk der Regierung die Frage vorhielt: wann greift Ihr denn einmal feste zu? (Lebhafte Zustimmung.) Wann endlich werdet Ihr Ordnung schaffen! (Lebhafte Zustimmung.) Die Fraktion hat sich deswegen für verpflichtet gefühlt, die Beschimpfungen Kostes stets mit besonderem Nachdruck zurückzuweisen, obgleich ich persönlich und mit mir andere Fraktionsgenossen auch heute noch die Ueberzeugung haben, daß eine gegenrevolutionäre Militärlaste ein militärisches Nebenregiment auszubilden beginnt. Diese Gefahr muß bei der Ausführung der Friedensbedingungen, soweit sie sich auf das künftige Heer beziehen, gründlich beseitigt werden. (Lebhafter Beifall und Händeclatschen.)

Seit dem Ihnen vorliegenden schriftlichen Bericht sind von der Fraktion noch eine Reihe Interpellationen eingebracht worden, und zwar erstens eine Interpellation des Genossen Keil, die einen Erlaß über die Vermögensbesteuerung verlangt und Vorschläge für eine tatkraftige Verhinderung der Vermögensflucht nach dem Auslande bringt. (Lebhafter Beifall.) Zweitens ein Antrag des Genossen Heilmann auf Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit, und drittens eine Interpellation Meyer über die Heraussetzung der Renten für Invaliden, Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene. (Lebhafter Beifall.)

Ueber die Stellungnahme der Fraktion zu den Friedensbedingungen will ich ebenfalls nicht ausführlich sprechen, weil sie noch in Ihrer aller Erinnerung liegt, und weil Sie vermutlich noch während Ihrer Anwesenheit die Stellungnahme der Fraktion bei den letzten Entscheidungen über die Friedensbedingungen beobachten können. Unter den Genossen, die andauernd lebhafteste Beschwerden gegen die Haltung der Fraktion in der Nationalversammlung erheben, sind auch eine ganze Reihe, die auf der Kandidatenliste stehen und, wenn sie nachrücken, selber nachsprühen können. Inwiefern berechtigt ihre Einwürfe gegen unsere Haltung sind, aus ganz natürlichen Gründen müssen wir jetzt eine schwere Belastungsprobe aushalten. Denken Sie daran, daß wir

50 Jahre in der Opposition gestanden haben, 50 Jahre uneingeschränkte Kritik üben konnten, 50 Jahre hindurch so gut wie gar keine Verantwortung für die Regierung zu tragen hatten, nun aber als Regierungspartei alle Dinge von der anderen Seite ansehen müssen! Das ist eine Umstellung, der nicht alle Genossen im Augenblick folgen können. Das mußte unsere Partei schon unter normalen Verhältnissen erschüttern, wieviel mehr heute, wo wir als Koalitionspartei gar nicht in der Lage sind, jeden Punkt unseres Programms durchzuführen, weil wir nicht allein maßgebend sind, und wieviel mehr in einer Zeit, wo wir kein Vermögen, sondern eine Konfuzmasse zu verwalten übernommen haben.

Unter diesen ungünstigen Umständen wird jede Fraktion und vor allem jede Regierung, der diese Fraktion ihr Vertrauen auspricht, nicht ohne schwere Angriffe im Lande bleiben. Und wenn die kuesten Genossen, die wir ins Reichsministerium entsandt haben, am Schluß unserer Beratungen zu Ihnen sagen würden: Wir haben eingesehen, daß wir für unser Amt nicht taugen, wir legen es in die Hände der Partei zurück, nehmt Sieben andere — glauben Sie, daß die nach einem Vierteljahr einen anderen Stand hätten als die, die heute auf diesem Platz sitzen? (Lebhaftes Gähnen richtig!) Ja, nicht nur andere Personen, auch jede andere Partei, die in diesem Augenblick die Regierung übernehmen würde, würde keine anderen Erfahrungen machen. Wir wissen ja nicht, ob Deutschland einmal eine einheitliche, rein sozialistische Koalitionsregierung bekommt, ob es etwa mal eine unabhängige Regierung bekommt; aber das wissen wir, wenn das kommt, werden sich dieselben Vorwürfe gegen die Leute richten, die dann auf den Ministerbänken sitzen. Wenn wir keinen anderen Beweis hätten, hätten wir das russische Beispiel. Trotz hielt auf dem Sowjetkongreß eine einzige Rede gegen die Resolutionen seiner Parteigenossen, die seine Regierungsweise nicht verstanden, die Anklagen wegen der Kommunistengewalt, der Beförderung der alten Offiziere, der Wiedereinsetzung der alten Beamten und Betriebsleiter erheben. Auch die Sowjetrepublik konnte das nicht erfüllen, was viele von ihr erwarteten.

Unter diesem Gesichtspunkt üben Sie, bitte, Ihre Kritik. Wir haben das Bewußtsein, daß wir allgemein bewundrende Arbeit nicht haben leisten können. Aber wir wissen, daß die durch den Krieg hervorgerufenen Umstände die Ursache waren, nicht unzer Wille, und wir hoffen, daß es recht bald dem deutschen Volke sowohl wie jenem Parlament möglich sein möge, nützlichere Arbeit zu leisten, als das in den letzten 4 Monaten möglich war. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Ich schlage dem Parteitag vor, nicht mehr in die Besprechung über diesen Bericht eintreten zu wollen, aber noch den Bericht der Mandatsprüfungskommission über einige Beschwerden entgegenzunehmen.

Der Parteitag ist damit einberstanden.

Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Berichterstatter Brüdner-Berlin: Der Genosse Gustav Schirmer war in Dortmund-Hörde Mitglied der Partei und wurde 1909 wegen sozialistischer Propaganda aus derselben ausgeschlossen. Der Genosse Schirmer hat sich nunmehr wiederum an die Partei in dem dortigen Kreise mit der Bitte gewandt, ihm den Zutritt zur Partei wieder zu gestatten. Die dortige Parteiführung sowohl wie auch die Bezirkföhrung haben der Aufnahme zugestimmt. Ein Antrag aber an den Parteitag entsprechend dem Organisationsstatut ist zu stellen unterlassen worden. Die Beschwerde, resp. Mandatsprüfungskommission ist der Ansicht, daß trotz des formalen Fehlers der Wiedereinsetzung des Genossen

Gustav Schirmer nichts in den Weg gelegt werden sollte. Wir beantragen daher beim Parteitag, der Wiederaufnahme des Genossen Gustav Schirmer die Zustimmung zu geben.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Wortmeldungen liegen nicht vor. Wenn kein Widerspruch erfolgt, nehme ich an, daß der Parteitag mit dem Antrag einverstanden ist. Ich stelle das fest.

Berichterstatter Brückner: Der Genosse Robert Conrath ist Mitte der Vier Jahre auf Grund des damals herrschenden Schandgesetzes aus Berlin ausgewiesen worden. Er ist nach Breslau gegangen und dort im Interesse der Partei tätig gewesen. Nach dem großen Sozialistenprozeß im Jahre 1887, in welchem die Hälfte der Angeklagten, darunter Bruno Geiser und Robert Conrath, wegen Mangel an Beweisen freigesprochen werden mußten, ist der Genosse Robert Conrath von dem damaligen Mitangeklagten Abg. Kräder und dem späteren Abgeordneten Kühn-Langenbielau des Verrats bezichtigt worden. Der Genosse Kräder hat auch im damaligen „Sozialdemokrat“ den Genossen Robert Conrath des Verrats bezichtigt, während der Genosse Kühn die Mitteilung des Verrats im „Sozialdemokrat“ in einer Provingialkonferenz bei Freiburg bekanntgegeben hatte. Die „Breslauer Morgenzeitung“ hatte damals die Notiz aus dem „Sozialdemokrat“ abgedruckt und ist von dem Genossen Robert Conrath auf Grund dieser Mitteilung wegen Verleumdung verklagt worden. In diesem Prozeß ist der verantwortliche Redakteur zu 500 M. Geldstrafe verurteilt worden. Ein Zigarrenarbeiter, der gleichfalls diesen Vorwurf des Verrats auf Grund der Notiz im „Sozialdemokrat“ gegen den Genossen Conrath erhoben hatte, ist gleichfalls von demselben wegen Verleumdung verklagt worden und zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt worden. In beiden Prozessen hat der Genosse Robert Conrath nicht anders als durch die vor seine Anschuld beweisbar können. Der Genosse Conrath ist dann nach wie er — er ist von Breslau nach Köln übergesiedelt — Mitglied der Partei geblieben, hat sich aber aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen. Der Genosse Conrath, der vielen der Alten bekannt sein dürfte und auch aus der Parteigeschichte bekannt ist, richtet nun an den Parteitag das Ersuchen, da ja die Regierung anders zusammengesetzt sei, ihm die Wege zu ebnen, daß er sich wieder rehabilitieren kann. Obwohl im Organisationsstatut ein derartiger Weg nicht vorgeschrieben ist, glaubt die Mandatsprüfungskommission trotzdem, dem Parteitag vorschlagen zu sollen, diese Angelegenheit dem Parteivorstand zu überweisen mit dem Ersuchen, die notwendigen Schritte zur Aufhebung des Sachverhalts, sofern dies nach 31 Jahren überhaupt noch möglich ist, zu tun. Wir beantragen daher, diese Angelegenheit dem Parteivorstand zur weiteren Erledigung zu überweisen.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Anträge hierzu liegen nicht vor. Wenn kein Widerspruch erhoben wird, nehme ich an, daß der Parteitag dem Antrag der Mandatsprüfungskommission zustimmt. Das ist der Fall.

Berichterstatter Brückner: Ein dritter Fall. Der erste pfälzische Wahlkreis Ludwigshafen resp. dessen Ortsgruppe Oppau hat gegen ein Schiedsgerichtsurteil vom 18. November 1917, das in Sachen der Genossen Valentin Jacoby III, Heinrich Collignon und Georg Schwarz in Oppau ergangen war, an den Parteitag Berufung eingelegt.

In dieser Berufung ist beantragt worden, das Urteil aufzuheben und auf Ausschluß gegen die drei genannten Genossen zu erkennen.

Der Inhalt der Akten ergab, daß die drei Genossen Gemeinderatsmitglieder in Oppau waren. Im November 1914 beschloß der Verein Oppau, mit vier bürgerlichen Parteien gemeinsam eine Liste aufzustellen. Die drei Ge-

Genannten wurden ebenso wie der größte Teil der bisherigen sozialdemokratischen Fraktionsmitglieder nicht wieder aufgestellt.

Von parteiloser Seite wurde gegen die gemeinsame Liste des Vereins Oppau eine andere Liste, auf der sich die Namen der Genossen J., G., Sch. befanden, aufgestellt.

Die genannten Genossen unternahmen nichts gegen dieses Vorgehen. Ihr Verhalten charakterisierte sich demnach als parteischädlich. Der Bezirksvorstand schloß daraufhin die drei Genannten von der Partei aus. — Auf eingelegte Berufung wurde entsprechend den Bestimmungen des Organisationsstatuts der Partei ein Schiedsgericht eingesetzt, welches am 18. November 1917 den Ausschluß aufhob und den drei Genossen eine scharfe Rüge erteilte.

Die Beschwerdef Kommission schlägt nach erfolgter Untersuchung dem Parteitag vor, die Berufung des Vereins Oppau zurückzuweisen und die Entscheidung des Schiedsgerichts vom 18. November 1917 zu bestätigen und es bei der scharfen Rüge zu belassen.

Wir verkennen nicht, daß in dem Verfahren der genannten Drei ein Verfahren zu erblicken sei, das unter feigen Umständen zu billigen ist und parteischädigend wirken mußte. Angesichts des Umstandes jedoch, daß seit dem Vorgang im November 1914 nahezu 5 Jahre verstrichen sind, ehe der Fall zur Erledigung hier vor den Parteitag kommen konnte, sind wir der Ansicht, daß es bei dem Urteil des Schiedsgerichts sein Bewenden haben kann. Denn wenn damals das Verfahren im Jahre 1915 zum Abschluß gekommen wäre, wäre den Genossen vielleicht, wenn sie sich einwandfrei geführt hätten, heute nach vier Jahren bereits die Möglichkeit des Wiedereintritts gegeben. Da itzdwelche Bedenken seitens der Bezirksleitung gegen den Beschluß der Mandatsprüfungskommission nicht vorgebracht wurden, bitten auch wir den Parteitag, unserem Beschluß beizutreten und damit die Sache für erledigt zu erklären.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Die Mandatsprüfungskommission beantragt, daß der Parteitag die von ihr ausgesprochene Rüge auch zu der seinigen macht. Ich bitte diejenigen, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschloß.) Das ist die Mehrheit. Damit ist der Bericht der Mandatsprüfungskommission erledigt.

Nach geschäftlichen Mitteilungen wird die Sitzung auf Sonnabend, 9 Uhr, pünktlich, vertagt.

Schluß 6 Uhr 32 Minuten.

Fünfter Verhandlungstag.

Sonnabend, den 14. Juni 1919. — Vormittagsitzung.

Vorsitzender Heinrich Schulz eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 15 Minuten. Es ist folgende Erklärung zum Protokoll eingegangen:

„Die Unterzeichneten erklären hiermit, daß sie dem Antrage 202 bei der Gesamtabstimmung deswegen nicht zugestimmt haben, weil bei der Abstimmung über die einzelnen Absätze es nicht gelungen ist, die Absätze 3 und 4 sowie den 2. Teil von Absatz 6 auszumergen. Die Unterzeichneten haben die Überzeugung, daß diese Absätze dazu angetan sind, die erstrebte Einigung mit der U. S. P. zu erschweren.“

Bayer-Bezirk, Maschhoff-Büchel, Loops-Danzig, Wieser-Hamburg, Weder-Thorn, Stelling-Göttingen, R. Vertikus, Schäblich-Celle, Böse, Engländer-Stallupönen, Davidsohn, Zell-Opf.“

Genosse Bernstein wünscht zu Protokoll zu erklären, daß er sich bei der Abstimmung über den Antrag 244 nebst Zusatzantrag Stagenstein der Stimme enthalten habe. Bernstein möchte außerdem beantragen, über den Antrag 242, der durch jene Abstimmung nach seiner Auffassung nicht erledigt ist, bei gegebener Gelegenheit ohne Debatte abzustimmen. Ich halte es an sich für geschäftsordnungsmäßig nicht zulässig, daß wir jetzt auf einen erledigten Punkt der Tagesordnung und einen sachlich erledigten Antrag noch einmal zurückkommen. (Sehr richtig!) Ich bitte, daß der Parteitag sich dieser Auffassung anschließt.

Bernstein (zur Geschäftsordnung): Ob ein Antrag erledigt ist oder nicht durch die Annahme eines andern Antrags, der einen ganz andern Charakter trägt, darüber kann man verschiedener Meinung sein. Ich wünsche die Entscheidung dem Parteitag zu überlassen, nachdem er noch einmal die beiden Resolutionen verglichen hat. Er wird dann finden, daß beide einen ganz verschiedenen Charakter tragen. Die eine ist ein Protest gegen die Friedensbedingungen mit einigen Sätzen aus der andern Resolution, die kaum zu einander passen, die andere ist eine grundsätzliche Erklärung zur sozialdemokratischen Außenpolitik. Ich will, wie gesagt, keine Debatte, ich will nur, daß Ihnen Zeit gelassen wird, die beiden Anträge noch einmal zu vergleichen, und daß dann über die Resolution 242 noch einmal abgestimmt wird. Das wünsche ich nicht meinetwegen, sondern der Partei wegen. Ueberlegen Sie es sich sehr genau. Es ist 1915 in der Fraktion ein ähnlicher Irrtum begangen worden, der nicht mir damals geschadet hat, sondern eben der Fraktion. Der Antrag enthält die grundsätzliche Stellungnahme der Partei zur Außenpolitik, und diese ist nicht zur Abstimmung gelangt. Es liegt aber im Interesse der Partei, daß das geschieht.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Einen Antrag hat Genosse Bernstein nicht gestellt. Wir können also jetzt vorläufig in der Tagesordnung weitergehen.

Löbe teilt mit, daß fast alle bayrischen Abgeordneten mittags abreisen müssen, weil am Sonntag in Bayern Gemeindevahlen stattfinden, und bittet deshalb, sich darauf einzurichten, daß die Vorstandswahlen bis dahin erledigt sein können.

Auf den Wunsch des Genossen Hoch berliest der Vorsitzende Heinrich Schulz die bisher eingegangene Vorschlagsliste, die lautet:

Gerhard Müller, Otto Wels, Vorsitzende. Friedrich Bartels, Otto Braun, Kassierer. Weitere Mitglieder des Vorstandes: Scheibemann, Mollenhuth, Pfannkuch, Heinrich Schulz, Frau Juchacz. Beisitzer: Adolf Ritter-Berlin, Otto Frank-Berlin, Frau Thaed-Berlin-Treptom.

Das Wort zur Geschäftsordnung erhält:

Lili-Gersfeld: Das außerordentlich unästhetische Bild, das sich gestern durch den Anstrich auf die Rednerliste abspielte, als Löbe sein Referat halten wollte, ist nicht geeignet gewesen, den Parteitag in seinem Ansehen zu heben. (Lebhafte Zustimmung.) Dabei hat doch nicht die Sache eine Rolle gespielt, sondern die Person. Es handelt sich um ein Thema, zu dem sich außerordentlich viel sagen ließe, aber nach dem großzügigen Referat Löbes auch außerordentlich wenig, wenn man die Sachlage überhaut. Daher ist es ein Anflug, was da getrieben worden ist. Man kann sich zum Wort melden, wenn ein Referat begonnen hat oder fertig ist, aber es scheint, als ob eine ganze Reihe von Genossen unbedingt einsteigen wollen (Lebhafte Zustimmung), daß es ihnen eben nicht auf die Sache ankommt, sondern auf die Person. Dem muß entgegengetreten werden, damit schließlich auch mal Genossen zu Wort kommen, die tatsächlich etwas zu sagen haben. (Sehr gut! — Zuruf: Ich beantrage, daß die

Rednerliste zur Abwechslung einmal von hinten begonnen wird statt von vorn! — Große Heiterkeit.)

Dr. Gresting-Göttingen: Sie alle werden mit mir den Eindruck gewonnen haben, daß es auf unserm Parteitag eine Opposition gegen die herrschende Richtung gibt. Sie ist klein an Zahl, aber es wäre von der Mehrheit der Partei meiner Ansicht nicht loyal, diese Opposition durch ihre bloße zahlenmäßige Mehrheit zum Schweigen zu bringen. Nun liegt die Sache so, daß die Diskussion über das Referat des Genossen Löbe die einzige Gelegenheit gibt, die überhaupt noch auf dem Parteitag vorhanden ist, sich über die allgemeinen politischen Fragen zu äußern. Ich möchte deshalb einen Appell an die Lokalität des Parteitags richten und den Antrag stellen, daß bei der Diskussion abwechselnd ein Redner, der im großen und ganzen für die Politik der Fraktion sprechen will, zu Wort kommt und dann einer dagegen. Unruhe und Widerspruch.) Ich sage noch einmal, ich richte einen Appell an die Lokalität der Mehrheit des Parteitags, und ich möchte Ihnen auch raten, im Interesse des Ansehens des Parteitags vor der Arbeiterkraft diesen Antrag anzunehmen, damit nicht der Eindruck entsteht, als ob hier eine Opposition mundtot gemacht werden soll. (Anbauende Unruhe. — Ruf: Unsinn!)

Löbe: Die Mitteilung des Genossen Gresting überrascht mich außerordentlich. Von einer Opposition, die, wie es nach seinem Vorschlag erscheinen will, fast wie eine organisierte Opposition aussieht, war bei den Beratungen in der Fraktion und bei unserem Verkehr mit den Genossen bisher keine Rede. Auch dort, wo unsere Meinungen getrennt waren, gab es niemals eine einheitliche Opposition. In der Rätefrage, in der Sozialisierungsfrage, in der Verfassungsfrage standen die einzelnen Genossen bald auf dieser, bald auf jener Seite. Nun bemühen wir uns, auf diesem Parteitag eine Einigung der deutschen Sozialdemokratie herbeizuführen, eine einheitliche Republik, und diesen Parteitag benutzen einige Neulinge (Lebhafte Zustimmung) verbunden mit solchen, denen wir es nie recht machen können (erneute lebhafte Zustimmung), um Sonderkonferenzen abzurufen, um sich abends besonders zusammenzufinden, und wenn dann 12 bis 20 von 400 Delegierten des Parteitages sich zu diesem Zweck zusammengefunden haben, dann beanspruchen sie, daß ihnen auf der Rednerliste dasselbe Recht eingeräumt wird, wie den übrigen 380 Delegierten. Ich glaube, das Ansehen der Partei und die Förderung unserer Arbeit verbietet, daß wir in dieser Weise verfahren. (Lebhafte Zustimmung.)

Schiller-Gumburg: Sie werden aus meinen Ausführungen am Mittwoch entnommen haben, daß ich auch zur Opposition in dem Sinne gehöre . . . (Zurufe des Genossen Brühme) — man könnte doch auch von alten Genossen erwarten, daß sie den Redner seine Meinung aussprechen lassen — daß ich auch mit der Politik unserer Vertrauensmänner in der Regierung nicht einverstanden bin. Aber ich habe doch zum Ausdruck gebracht, und stehe noch heute auf dem Standpunkt, daß wir nicht hier den Anfang machen sollen zur neuen Spaltung. Wir dürfen nicht in dem Augenblick, wo wir die allgemeine sozialistische Spaltung aus der Welt schaffen wollen, durch Sonderkonferenzen und Fraktionsbesprechungen die neue Spaltung vorbereiten. Wir werden nicht zu einer Einigung kommen, wenn wir hier eine Generalprobe für eine neue Spaltung machen. (Zuruf: Die hat schon halb begonnen.) Mag sein, aber dann dürfen wir zu dem äußersten Mittel, das die Dinge hier in die Luft sprengt, erst dann greifen, wenn wir den positiven Beweis haben, daß es sich hier um eine wirklich organisierte Mundtotmachung der Minderheit handelt, und diese Auffassung habe ich noch nicht. Es ist mangelndes Selbstvertrauen,

wenn wir glauben, wir sind zu schwach, um unsere abweichende Meinung in irgendwelchen Dingen ohne eine solche Organisation durchzusetzen. Ich wenigstens halte mich für stark genug, meine Meinung hier in der Gesamtpartei ohne Fraktionsvorbereitung sagen zu können. Ich lehne eine Beteiligung an solchen Sonderkonferenzen ab.

Davidsohn (zur Geschäftsordnung): (Als der Redner die Tribüne betritt, ruft der Delegierte Brüdner ihm zu: Haben wir weiter nichts zu tun? — Zustimmung.) Auch ich will die Zeit des Parteitagcs nicht unnütz in Anspruch nehmen und auf die gereizten Ausführungen Löbes nicht näher eingehen. Feststellen muß ich aber, daß seit der guten alten Zeit bis vor etwa einer Woche sich Dinge ereignet haben und noch täglich ereignen, die uns den Wunsch aufbrängen, zum Nutzen unserer Sache einmal das Für und Wider organisiert wirken zu lassen. Dieser Parteitag bedeutet doch eine Epoche. Folgen Sie also dem Antrage Grelling, dann werden Sie sehen, daß Sie damit der Partei am besten dienen. (Widerpruch und Beifall.)

Kagenhein (zur Geschäftsordnung): Ich gehöre nicht zur Opposition. Gerade deshalb halte ich es für richtig, wenn wir der Minderheit erweiterte Redebelegenheit entsprechend ihrer Stärke zukommen lassen. (Zuruf: Sie besteht ja nur aus wenigen Mitgliedern!) Eine Spaltungsbewegung ist deswegen nicht zu befürchten. Wir haben in ähnlichen Fällen bei früheren Gelegenheiten wiederholt eine solche Regelung der Debatte, wie sie Grelling wünscht, getroffen, ohne daß Spaltungsbewegungen davon ausgegangen sind. Gehen Sie der Opposition reichliche Gelegenheit zur Aussprache, damit man uns später nicht entgehenhalten kann, wir hätten sie behindert. Lassen Sie bei den Genossen der Opposition keinen Stachel zurück. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Ich halte es für notwendig, von der Geschäftsführung aus festzustellen, daß wir keine Hand gerührt haben zur Bevorzugung oder Benachteiligung irgendeines Redners. Unbeeinträchtigt von uns gehen die Meinungen hier ein, wir kennen die Redner teilweise gar nicht, wissen vor allen Dingen nicht, was sie sagen wollen, so daß von hier aus eine Gruppierung einfach unmöglich ist. Vom Standpunkt einer gerechten Geschäftsführung aus haben wir selbstverständlich auch keine Anordnung über die Reihenfolge der Redner getroffen. Die Mitglieder der Opposition haben es sämtlich in der Hand, sich zu melden, und werden der Reihenfolge ihrer Meldung entsprechend in der Rednerliste verzeichnet. Ein Blick auf die Rednerliste zeigt mir, daß der Genosse Wiester an dritter Stelle steht. Von dem Genossen Wiester darf ich wohl annehmen, daß er zur Opposition gehört. (Geisterheil und Zustimmung.) Ich darf Ihnen also sagen, (zu Wiester) daß Sie sehr frühzeitig zu Worte kommen werden. Im übrigen kann ich die Meinungen, die die späteren Redner äußern werden, vorher nicht beurteilen, und hebe nur noch einmal ausdrücklich hervor, daß von hier aus keinerlei Beschränkung der Opposition erfolgt.

Mühle: Ich weise darauf hin, daß eine größere Anzahl von Mitgliedern des Parteitages wieder heimreisen muß. Die Genossen werden dort zu bringenden politischen Geschäften gewünscht. Darauf müssen wir Rücksicht nehmen. Folgen wir aber dem Antrage Grelling, dann werden wir am Montag und Dienstag noch hier sein. (Widerpruch und Zustimmung.) Ich beantrage Uebertag zur Tagesordnung. (Davidsohn: Wollen Sie denn überhaupt nicht debattieren?)

Riß-Magdeburg: Ich fordere den Vorsitzenden auf, doch einmal festzustellen, wer sich denn überhaupt zur Opposition rechnet. (Geisterheil.)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Es liegt kein Antrag des Genossen Müß vor. (Zuruf Davidsohn: Sie brauchen ja nur noch einmal in so schöner Art wie gestern die Namen der 20 Delegierten zu verlesen!) Gestern war ich zu der Verlesung aus geschäftsordnungsmäßigen Gründen gezwungen und verlese daher den gereizten Zuruf des Genossen Davidsohn nicht. (Davidsohn: Lassen Sie sich diese famosere Erfindung patentieren!) Wir schreiten in der Tagesordnung weiter. Ich habe zunächst die Unterstützungsfrage für die Anträge zu stellen, die sich auf den Bericht der Fraktion der verfassunggebenden Rationalversammlung beziehen. Einige dieser Anträge sind schon durch vorhergehende Beschlüsse erledigt worden.

Der Antrag 109 durch Annahme des Antrages 228, der Antrag 115 durch Annahme des Antrages 223, Absatz 2. Durch frühere Beschlüsse erledigt ist der Antrag 183 und durch eine Regierungsabwage ist sachlich erledigt der Antrag 184, endlich sind noch Antrag 229 und Antrag 253 erledigt durch Antrag 231. Die weiteren zahlreichen Anträge werden wir am besten wieder gruppieren. Eine Anzahl Anträge beschäftigt sich mit der Einheitsrepublik. Dahin gehören: 101, 110, 113, 210 und 213. Eine weitere Reihe betrifft die Doppelmandate: 30, 47, 48, 49, 56 bis 59, 64, 71 und 204. Fragen der Beamtenschaft betreffen die Anträge: 97, 107/108 und 237. Ernährungsfragen im weitesten Sinne behandeln die Anträge 72, 75, 78—80, 95, 168/169, 201, 6, 212, 230, 248 und 255. Die nächste Gruppe betrifft die Sozialisierung: 89, 91, 164, 186, 1—7, 188, 231. Fragen der sozialen Gesetzgebung betreffen die Anträge 83—88, 92, 98, 211, 222. Gemäß dem bisherigen Brauche stelle ich die Unterstützungsfrage für diese Anträge nicht, weil sie wegen ihrer Zahl verunmüßigt genügend unterstützt sind. Der Parteitag ist damit einberufen. Für jede der genannten Gruppen können wir nunmehr aber nur je einem Redner die erweiterte Redezeit gewähren. Auch damit ist der Parteitag einberufen.

Genossin Juchacz (zur Geschäftsordnung): Der Vorsitzende hat den Antrag 106 irrtümlich als erledigt bezeichnet durch Annahme des Antrages 62. Der Antrag 106 gehört aber zu dieser Gruppe. Ich bitte ihn mit zur Verhandlung zu stellen.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Wir werden dem Wunsch der Genossin Juchacz gern entsprechen.

Zhielemann-Düffeldorf: Auch hier ist ein Irrtum passiert, indem durch den Antrag 231 auch der Antrag 253 als erledigt erklärt worden ist. 253 will etwas ganz anderes als 231.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Wir können den Antrag mit zur Diskussion stellen. Jetzt kommt eine Reihe von Anträgen, die nicht zu den Gruppen gehören, bei denen ich die Unterstützungsfrage einzeln stelle. Die Anträge Nr. 65, 66, 67, 70, 73, 76, 77, 90, 93, 94, 99, 100, 103, 104, 105, 111, 112, 114, 116, 118, 119, 166, 174, 179, 180, 181. Absatz 7, 196, 200, 223, Absatz 1 und 3, 226 finden sämtlich ausreichende Unterstützung. Damit sind, soweit ich es übersehen kann, sämtliche zum Fraktionsbericht gehörigen Anträge erledigt worden, und sie stehen sämtlich mit zur Debatte. Wir treten nunmehr in die Debatte ein.

Schnecker-Damburg: Ich glaube, meine Pflicht als Delegierter nicht zu erfüllen, wenn ich nicht zum Ausdruck bringe, daß große Teile unserer Mitgliedschaft mit der Arbeit unserer Fraktion in der Rationalversammlung außerordentlich unzufrieden, zum Teil recht verärgert sind, weil ihnen die

Resultate dieser Arbeit nicht genügen, weil sie der Meinung sind, daß auf manchen Gebieten schon etwas geleistet werden können, auf deren noch nichts geleistet ist, und auf manchen Gebieten die Fraktion und die Regierung allzu zaghaft an die Dinge herangegangen sind. Ich will damit sagen, insofern gehören wir und gehören auch ich zur Opposition. Aber wer nicht nur agitatorisch tätig ist, und wenn es nicht nur auf die Agitation ankommt, sondern wer die Pflicht und die Möglichkeit hat, praktisch daran mitzuarbeiten, den bisherigen Staat umzuwandeln in einen demokratischen, wer daran mitzuarbeiten hat, die bisherige kapitalistische Wirtschaft in eine sozialistische umzuwandeln, der wird zugeben müssen, daß eine ganze Reihe Schwierigkeiten nicht nur in den äußeren Parteiverhältnissen begründet liegen, in der Zusammensetzung der Nationalversammlung, sondern daß eine ganze Reihe Schwierigkeiten in den Dingen selbst liegen, und daß diese Schwierigkeiten auch dort bestehen, wo, wie es bei uns in Hamburg der Fall ist, wir die glatte Mehrheit in unserer gleichgebenden Körperschaft haben.

Ich will auf diese Schwierigkeiten nicht weiter eingehen. Indessen unterliegt es keinem Zweifel, daß wir bei den Konzeptionen, die wir innerhalb der Koalitionsregierung und vielleicht zum Teil schon gelaufen sind, das Vertrauen der großen Masse unserer Anhänger zu verlieren. (Hört, hört!) Ich fürchte nicht, daß die bürgerlichen Parteien leichtens Herzens diese Koalition von ihrer Seite aufgeben, und ich glaube deshalb, daß wir manches Mal doch etwas Kühner an diese Parteien herangehen könnten, ihnen manches Mal etwas energischer auf den Leib rücken sollten, und die Frage, ob die Koalition unter allen Umständen bestehen bleiben soll, von ihnen beantwortet werden muß. Inwiefern Kompromisse in der Reichsgesetzgebung die einzelnen Gliedstaaten hindern können, mehr zu leisten, als sie ohne das Reich zu leisten imstande wären, dafür möchte ich nur ein Beispiel anführen.

Es ist uns ein Entwurf der neu zu schaffenden Verfassung überreicht worden. In diesem Entwurf verweise ich nur auf die Bestimmungen, die die Schulfraße und die Kirchenangelegenheiten regeln sollen. An sich ist es ja ein riesiger Fortschritt, daß zunächst einmal auf dem Gebiete des Schulwesens überhaupt reichsgesetzlich etwas geregelt werden soll, und ich bin überzeugt, daß in manchen Gebieten Deutschlands durch das, was hier niedergelegt worden ist, erhebliche Fortschritte erzielt werden. Aber was hier niedergelegt worden ist, wird, wenn wir beispielsweise in Hamburg diese Verfassung für uns als maßgebend anerkennen müssen — und das müssen wir ja —, für uns unter den heutigen Verhältnissen schon in mehr als einer Beziehung ein Rückschritt sein. Es würde für uns eine Pessel sein, wenn wir jetzt daran gehen, ein neues Unterrichtsgesetz für Hamburg zu schaffen.

Mir ist als Mitglied der Hamburger Oberschulbehörde die Aufgabe geworden, mitzuarbeiten, ein neues Unterrichtsgesetz zu schaffen. Aber was wir dort zu bewerkstelligen und vorgekommen haben, wird uns unumöglich gemacht durch einzelne Bestimmungen, die in der Reichsverfassung niedergelegt worden sind. So steht in der Verfassung, daß für die Volksschulen ein achtklassiger Lehrgang maßgebend sein soll. Das ist für manche Landesteile zweifellos ein Fortschritt. Es würde aber in Hamburg möglich sein, den neunjährigen Lehrgang durchzusetzen. Wenn die Bestimmungen wenigstens so lauten würden, daß „mindestens“ ein achtklassiger Lehrgang für die Volksschule maßgebend ist, so würden unsere Bedenken ja hinfällig sein. Ich weiß nicht, ob diese Auslegung zulässig ist.

Weiter sollen nach dem Entwurf die Privatschulen aufrecht erhalten werden können. Ich bin der Meinung, daß wir das Privatschulsystem, wenn

auch nicht mit einem Male, so doch allmählich abbauen müssen, weil die Privatschulen den einheitlichen Aufbau des Einheitschulsystems erheblich zu fördern geeignet sind. (Sehr richtig!)

Was die Religionsfrage anlangt, so haben wir in Hamburg durch Verordnung des Arbeiter- und Soldatenrats die Abschaffung des Religionsunterrichts als Lehrgegenstand in der Schule erreicht. (Bravo!) Wir könnten ohne große Schwierigkeiten in unserem neuen Unterrichtsgesetz bestimmen, daß der Religionsunterricht kein Lehrgegenstand der allgemeinen Volksschule ist. Durch die Bestimmung der neuen Reichsverfassung gewinnt das Zentrum, das bei uns keine Bedeutung hat, Einfluß auch auf diese Dinge, und deshalb müssen wir von unserer Fraktion verlangen, daß sie alles daran setzt, daß diese Bestimmung so formuliert wird, daß in den Einzelstaaten die Möglichkeit besteht, daß über das, was hier als Mindestforderung in der Verfassung festgelegt ist, hinausgehendes werden kann, so daß wir nicht gehindert werden, dort, wo es möglich ist, durch die Gesetzgebung in den einzelnen Ländern den Religionsunterricht als Lehrgegenstand aus der Schule auszuschalten.

Wir wünschen ferner, daß die Fraktionen sich energisch dafür einsetzen, daß das Beschulungswesen baldigst neu geordnet und mit dem Einjährig-privileg ausgeräumt wird, damit wir in den Einzelstaaten daran gehen können, unser Unterrichtswesen neu zu ordnen. Denn die Massen stehen hinter uns und verlangen, daß wir Resultate zeitigen. (Bravo!)

Nähe-Näherungen: Genosse Löbe hat es in seinem Referat als Janner bezeichnet, daß wir nicht schon zu Beginn dieses Jahres zu einer einheitlichen deutschen Republik gekommen sind und hat den Parteitag aufgefordert, einen lauten Ruf ins Land erschallen zu lassen, daß wir Sozialdemokraten auf alle Fälle für die einheitliche deutsche Republik sind. In der Tat, es ist eine Unterlassungsünde, daß wir nicht schon in der Begeisterung der Novembertage zu der Einheitsrepublik gekommen sind. Diesen Fehler müssen wir gutmachen und alles daran setzen um dieses Ziel zu bewerkstelligen. Wir müssen diesen Gedanken so viel wie möglich propagieren, besonders in den einzelnen Gliedstaaten, die jetzt schon wirtschaftlich oder geographisch miteinander verbunden sind, daß sie sich jetzt schon nach dem Vorbilde Großbüdingens zusammenschließen. Ein Moment der Ablehnung aus wirtschaftlichen Gründen ist wohl kaum vorhanden, vielmehr bin ich der Meinung, daß es häufig eine finanzielle oder gesellschaftliche Kründe einzelner Minister oder höherer Beamten ist, die sie einem solchen Zusammenschluß mit Vorurteilen gegenüberstellen läßt. So ergänzen sich z. B. Oldenburg und Bremen sehr gut, Bremen ist ein Industrie-land, Oldenburg ein Agrarland. Bremen ist ohne weiteres bereit zu einer Verschmelzung mit Oldenburg, in Oldenburg wollen zwar unsere Parteigenossen zum größten Teil diese Vereinigung, aber nicht die deutschen Demokraten und das Zentrum. Letzteres macht keinen Hehl daraus, daß es deshalb dagegen ist, weil nach einem Zusammenschluß die Sozialdemokraten die Mehrheit hätten. Der Parteitag muß also allenfalls unseren Genossen in den Regierungen und in den Parlamenten zur Pflicht machen, in diesem Sinne zu wirken. Ich bitte Sie, eine Entschliebung anzunehmen, wie sie der Antrag 101 vorsteht.

Ich habe ferner die nicht gerade dankbare Aufgabe, ein Wort für die Welsprache zu sprechen. Es wäre gewiß sehr gut gewesen, wenn die Soldaten in den Schützengräben eine einheitliche Sprache gesprochen hätten, manches Unheil wäre dadurch vermieden worden, und der Krieg hätte vielleicht sehr abgekürzt werden können. Daher bitte ich Sie, dem Antrag 102 freundlich gegenüberstehen zu wollen.

Weiter ein Wort zu den Anträgen 99 und 100, die die Fraktion der Nationalversammlung auffordern, dafür einzutreten, daß die fiskalischen Eigenschaften, Flugplätze, Exerzierplätze, Kasernen, Festungsstrazons usw. nicht der privaten Spekulation ausgeliefert, sondern dem Allgemeinwohl in erster Linie, vielleicht zu einem Vorkaufrecht den Kommunen überwiehen werden. Wir denken uns, daß die Exerzier- und Flugplätze in erster Linie als billiges Baugelände, als Gemüse- und Kartoffelland dienen können. Deshalb sind diese Anträge wohl berechtigt. Wir haben in Wilhelmshaven-Rüstringen eine ganze Anzahl von Kasernen, die leer stehen, weil das Militär bedeutend reduziert ist. Die Marine hat aber ihre Bureaus nicht in diesen Kasernen, sondern in privaten Mietshäusern, für die der Staat eine hohe Pachtsumme zahlen muß. Das ist ein Widerjinn. Dazu kommt, daß in Rüstringen-Wilhelmshaven eine traffe Wohnungsnot ist. Hunderte von Familien haben kein menschenwürdiges Obdach. Es darf aber niemand in die Kasernen ziehen. Alle Schritte gegen diese Zustände haben bisher nichts genützt. Ich möchte die Aufforderung an den Reichswehrminister richten, daß er diese Gesellschaft aus den Käufern hinauswirft, in die sie nicht gehört. Auch die Fraktion bitte ich, in diesem Sinne zu wirken. Dann wird es gelingen, den Unabhängigen manches Wasser von den Mühlen zu nehmen, und manches Weh und Ach, das uns in den letzten Monaten geplagt hat, wäre in diesem Punkte zu kurieren.

Bietter-Hamburg: Ich weiß, daß ein großer Teil der Versammlung mit einer Stimmung der inneren Abwehr entgegenseht. (Zuruf: Einbindung!) Ich weiß auch, nach den Vorgängen, daß das nicht der Grund ist, auf dem eine Verandigung in irgendeiner Weise erfolgen kann. Ich weiß auch, daß der Ruf zur Sammlung, der von mir ausging, nicht dazu beigetragen hat, diese Stimmung der inneren Abwehr zu beseitigen. (Unruhe. Zuruf: Großmach!) Ich bitte Sie, mich ruhig ausreden zu lassen. Ich weiß auch, daß es in solchen Punkten eine Grenze gibt, die Grenze, wo die innere Ueberzeugung einen Menschen zwingt, für eine Sache, die er für gefahrlieh hält, auch das Letzte zu tun. (Bravo! und Sehr richtig!) Ich bitte Sie, das nicht zu vergessen. Ich möchte ferner etwas richtigstellen. Es ist mir wiederholt der Vorwurf gemacht worden, ich hätte im November vorigen Jahres meinen Anschluß bezogen und sei in eine bestimmte Partei gekommen. (Sehr richtig!) Das ist nicht sehr richtig. Ich stehe seit 1909 als Lehrer mit der Parteiarbeit in Verbindung und bin seit 1912, zu einer Zeit, als es wohl gefahrlieh war, für die Partei zu arbeiten (Lachen) und sich offen dazu zu bekennen, Mitglied der Partei. Ich muß das sagen, um einer Vegenendbildung vorzubeugen. Ich halte es für leichtfertig, wenn man mit dem Wort: Gehen Sie doch! so leicht umgeht. (Sehr wahr!) Die Zeiten, in denen wir Leute gebrauchen, die aufrechten Mutes zu ihrer Partei stehen und zu dem, was sie für richtig erkennen, die werden kommen. Schwere Zeiten stehen uns bevor. Wollen Sie, daß die, die aufrechten Mutes zu ihrer Ueberzeugung und zu der Partei stehen, obwohl sie eine andere Auffassung innerhalb der Partei haben, wollen Sie zu denen leichten Herzens sagen: Gehen Sie nach links? (Rufe: Nein!) Ich sage, das wäre leichtfertig. Und damit sollen wir uns vorsehen. Ich habe es für nötig erachtet, diese Dinge zu sagen. Ich würde jedem Zusammenschluß entgegenstehen, der unsere Partei zersplittern würde. (Bravo!) Wenn das nicht der Fall wäre, dann wäre ich doch längst gegangen. Wenn nicht, die Partei mich hielte, zu der ich in der Zeit der Not gehörte, dann ginge ich doch. Wir haben uns zusammengeschlossen, um unsere Stimmung hier zum Ausdruck zu bringen, die in weiten Kreisen Stimmung der Waffe ist, und das müssen Sie uns gestatten, dazu mussen Sie uns auch Zeit geben. (Rufe: Zur Sache!) Der Genosse Löbe hat sein Referat sachlich klar, deutlich und ohne

jede agitatorische Spitze gehalten. Wären solche Referate hier von Anfang an gehalten worden, dieser Streit wäre nicht gekommen. Was wir beklagt haben, ist, daß in den Referaten nicht die Sachlichkeit, sondern eine Empfindlichkeit, eine Erregung, eine Gefahlsstimmung war. Gegen diese Gefahlsstimmung wandten sich auch die, die uns beauftragt haben, hier zu sprechen. Aus den Ausführungen des Genossen Löbe ging hervor, daß auch in der Fraktion der Kampf ist, der draußen im Lande unter den Genossen ist, daß die Fraktion ein Bild unserer Partei gibt, daß es auch da ein Gülden und Trubden gibt, daß dieselben Streitpunkte wie draußen eine Rolle spielen, diese Streitpunkte nämlich der absoluten Demokratie oder der Machterhaltung, der Machterweiterung zur Durchsetzung der politischen Rechte. Und hier mächte ich Stellung nehmen zu den Freiwilligenkorps. Wir stehen nicht grundsätzlich gegen die Organisierung der militärischen Macht. Wir stehen grundsätzlich auf dem Boden von Marx, daß in der Uebergangszeit die staatliche Gewalt eine Rolle spielen wird. Wogegen wir uns wenden, ist, daß diese Maschinerie sich mehr nach links als nach rechts wendet (Bravo!), daß diese reaktionären Streitkorps für uns eine Gefahr bedeuten in dem entscheidenden Moment, da wir abzurechnen haben mit denen von rechts. Ich befinde mich in guter Gesellschaft, wenn ich diese Gefahr klar und deutlich sehe, in der Gesellschaft des Genossen Scheidemann, dessen Wortruf: Seid bereit! und dessen Anlage und klare Gegnerjchaft gegen die Reaktion so prächtig und deutlich zum Ausdruck kam. (Pfeiflu: Ha! ha!) Diese Gegnerjchaft hat sich aber nicht in den Referaten der ersten Zeit so gezeigt. Die Sache liegt so: es gibt bestimmte Dinge, die zwangsläufig sind in der Entwicklung, und zu diesen zwangsläufigen Dingen gehört, daß wir die Organisierung der Arbeit in immer weiterem Maße betreiben mussen. Diese Zwangsläufigkeit besagt ferner, daß diese organisierte Arbeit ernsthaft unbedingt darauf drängen muß und daß es der organisierten Arbeiterjchaft gesichert werden muß durch Machterhaltung zur Sicherung der wirtschaftlichen Demokratie. Injsofern stehen wir auf dem Boden, die Machtmittel des Militärs, wie Koske das auch will, nicht aus unseren Händen zu geben. Aber wir fürchten, daß sie schon längst in anderen Händen sind. (Sehr richtig!) Sie sehen die Tatsache einer ungeheuren Unzufriedenheit draußen im Lande, einer Unzufriedenheit, der vielleicht aus Verantwortlichkeitsgefühl hier nicht so klar und deutlich Ausdruck gegeben worden ist, ein wachsender Glaube an die Notwendigkeit, der politischen Demokratie die Sicherung zu geben, durch Anwendung der Gewalt, unserer Macht. Das ist es, was draußen ist. Dies Wachsen ist unaufhaltbar. Es wird jeden niederkampfen, der sich ihm entgegenstellt, und die Genossen aus der Werkjatt sind es, und nicht wir, die wir nicht Arbeiter sind, die diese Entwicklung tragen werden. Es handelt sich nun, die Wege festzustellen und zu beschreiten, die in das Land der sozialen Gesellschaft führen, um den Urtgrund aller Leiden der Arbeiterklasse, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen. Da liegt der Widerspruch. Draußen gart und brodet und kocht es, die Masse ist unruhig. Nach wissen wir nicht, was die nächste Zeit bringt. (Sehr richtig!) Dunkel liegt sie vor uns, wir können nicht alle Bahnen abschneiden, um im gegebenen Moment bereit zu sein. Die Arbeiterjchaft erlebt täglich Dinge, die ihr unfassbar erscheinen, und weil die Koalitionsregierung nicht in der Lage ist, weil sie mit gebundenen Händen und Füßen insofern der Koalition keine berufsgebende Wirkung schaffen kann, so taucht — sehen Sie doch mal die Zeitungen außer dem „Vorwärts“ an — in allen wirklich bedeutenden sozialistischen Zeitungen der Glaube an die Notwendigkeit eines rein sozialistischen Ministeriums auf. Ich weiß, solange wir keine Einigung haben, ist dies sozialistische Ministerium un-

das Bedürfnis der Bevölkerung nach einer höheren Lebensform, das hinter möglich. Und daher bedauere ich so unendlich tief, daß die vom Parteilager angenommene Resolution zwar nicht die Einigung unmöglich macht, aber gefährliche Felsblöcke in den Weg der Einigung gewälzt hat. (Stimme des Präfibenten.) Ich habe 20 Minuten Redezeit, da ich einen Antrag begründe.

Vorsitzender Abgeordneter: Es ist richtig, der Genosse Biesler hat 20 Minuten Redezeit, weil er einen Antrag begründen will, er hat aber zu dem Antrag noch kein Wort gesagt.

Biesler (fortfahrend): Das ist die Schläge, die sich besonders auch in der Ernährungsfrage gezeigt hat. Während der Hunger durch die Arbeitslosigkeit geht, die Kindersterblichkeit, Tuberkulose, diese echte Proletarierkrankheit, zunehmen, lebt man in den Vierteln der Reichen nach wie vor aus dem Vollen. Das sieht der Arbeiter; während Not und Elend in seinen Reizen trotz der höheren Löhne wachsen, nehmen auf der anderen Seite Samstags-, Ausbeutung, Wucher zu. Das sieht der Arbeiter, und die Regierung hat nicht Kraft genug, dagegen eine soziale Gesetzgebung durchzuführen. Der Antrag Braun kann hier wohl nach meiner Auffassung die Grundlage bilden, auf der wir uns einigen können. Ich bin Bauernsohn und habe noch Verbindung mit dem Lande. Ich kann deshalb die Verhältnisse aus eigener Anschauung beurteilen. Die Kernfrage ist: wie erfassen wir die Lebensmittel, beinträchtigen aber dennoch nicht die Arbeitsfreudigkeit? Bedenken Sie, daß ein Teil der Bauern auf dem Lande seine Haupteinnahme aus der Verwertung seiner Arbeitskraft zieht. Wie weit dürfen wir ihn dabei unterstützen, wo müssen wir ihm entgegengetreten, da, wo er sich als Ausbeuter durch Kauf der Arbeitskraft zeigt. Danach müssen wir auch die Bestimmung der Preise messen. Denn in gewissem Sinne ist auch er Ausbeuter. Die Polizeimaßnahmen zur Erfassung der Lebensmittel haben völlig versagt. Das System der Selbstversorgung ist völlig zusammengebrochen, auch das Rationierungssystem auf dem Lande hat sich als völlig untauglich erwiesen. Der Bauer, der sich an die Rationierungsvorschriften gebunden hätte, wäre innerhalb dreier Wochen zur Schließung seines Betriebes gezwungen gewesen. (Beifall.) Der Bauer, der die Versorgungsvorschriften für das Getreide beachtet hätte, wäre gezwungen gewesen, seine Pferde auf die Weide zu treiben und seinen Acker brach liegen zu lassen. (Beifall.) Die Regierungsvorschriften sind einfach aus Notwendigkeit überschritten worden. Daraus sind alle die anderen Unrichtigkeiten erwachsen. Keine Erfassung durch die Kostgarde, wie sie hier jemand verlangt hat, keine Landespolizei kann uns aus der Notlage herausbringen. Rettung ergibt allein die Organisation. Deshalb schlage ich vor: die Lebensmittelerfassung darf nicht mehr in der bisherigen Weise vorgenommen werden. Aber man darf auch nichts drunter und drüber gehen lassen, wie das jetzt der Ernährungsminister tut. Das ist empörend; läßt man, wie jetzt, den Dingen freien Lauf, dann ist der sozialistische Bauer und Landarbeiter in seinem Willen, eifrig zur Volksernährung beitragen zu helfen, völlig aufgefressen. Ich lebe in einer Landgemeinde, in der bereits die sozialistischen Bauern und Landarbeiter auf der einen Seite, die Großbauern auf der anderen stehen. Aber niemand magt, gegen den Stachel zu läden, weil er den Populart befürchtet. (Hört, hört!) Wir verlangen die Aufhebung der Selbstversorgung und eine gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel für Stadt und Land. Wenn der Bauer nicht folgen will, dann gibt es nur eine Strafe für ihn, mit der man ihn wirklich treffen kann: Enteignung. Wer seine Pflicht durch Bewahrung seines Bodens und Herausgabe der Ernte im Interesse der Allgemeinheit nicht erfüllt, dem müssen wir den Boden, sein Produktionsmittel, ent-

eignen. Lassen Sie sich nicht über die Stimmung auf dem Lande und stimmen Sie meiner Resolution zu. Genossen und Genossinnen, wir mußten uns hier von den Genossen Heine und Moskale als Dummköpfe hinstellen lassen, die die Dinge nicht übersehen. Aber wenn die Genossen hier so demonstrativ zum Ausdruck brachten, daß nur von ihnen die Hilfe kommen kann, daß sie nur wissen, wie es recht zu machen ist, uns geradezu den Stuhl vor die Tür setzten, so sollten wir doch sagen: bitte sehr, reisende Leute soll man nicht aufhalten. (Vereinzelter Beifall.)

Vorsitzender Abgeordneter: Es ist der Geschäftsführung nicht bekannt, daß hier gegen den Genossen Biesler oder gegen irgendeinen anderen Genossen das Wort Dummkopf gefallen ist. Diese Bemängelung des Genossen Biesler ist also unstatthaft.

Beifall: Sie werden es verstehen, daß es mich drängt, zu sagen, weshalb wir wirtschaftlich nicht das erreicht haben, was bei Ausbruch der Revolution erwartet wurde. Es wird behauptet, daß gerade die Nichterfüllung unseres Wirtschaftsprogramms den Linksmarsch verursacht hätte. (Sehr richtig!) Deshalb halte ich mich für verpflichtet, einmal eingehend die Ursachen für den langsamen Vortritt der Wirtschaftsreform darzulegen. Das geht natürlich nicht innerhalb der Redezeit von zehn Minuten. Sie müssen mir schon gestatten, daß ich länger spreche, sonst läßt sich keine gründliche Untersuchung anstellen. (Lebhafte sehr richtig!) Politische, wirtschaftliche und ethische Momente haben die Durchsetzung der Sozialisierung verhindert. Meine Ausführungen darüber mache ich natürlich nicht in amtlicher Eigenschaft. Diese soll mich nicht abhalten, die Dinge so darzustellen, wie sie sind. Ich spreche als Parteigenosse und will sagen, was ist. (Lebhafte Beifall.)

Ich wende mich zu den Geminnissen politischer Natur

Wir verlegten die Nationalversammlung nach Weimar, weil wir nach außen und innen zum Ausdruck bringen wollten, daß Deutschlands Politik fortan von dem Geist Weimars erfüllt sein würde. Ich will nicht untersuchen, in welchen Taten die Nationalversammlung dem Weimarer Geist gerecht geworden ist. Aber ich muß doch feststellen, daß das Ansehen der Nationalversammlung im Volke deswegen geringer geworden ist, weil sie den Erwartungen des Volkes nicht entsprochen hat. (Lebhafte Beifall.) Ich glaube, daß die Nationalversammlung in der Geschichte bereinigt fortleben wird als die zweite Auflage der Nationalversammlung von 1848. (Zustimmung.) Der Geist von 1848 hat wenigstens später die deutsche Politik befruchtet. Hoffen wir, daß man das auch einmal von der jetzigen Nationalversammlung sagen kann. (Zustimmung.)

Was hat die Regierung getan, was hat sie überhaupt tun können? Das ist die Hauptfrage. Es ist im Februar ein Programm vereinbart worden, aber es ist ein Kompromißprogramm mit allen Schwächen (Lebhafte sehr richtig!) und macht in den entscheidenden, namentlich in den für mich in Betracht kommenden Fragen wirtschaftlicher Art die Koalitionsregierung oft fast handlungsunfähig. (Lebhafte Hört, hört!) Trotz der Revolution sieht sich das Volk in seinen Erwartungen enttäuscht. Es ist nicht das geschehen, was das Volk von der Regierung erwartet hat. Wir haben die formale politische Demokratie weiter ausgebaut. Gewiß! Aber wir haben doch nichts anderes getan, als das Programm fortgeführt, das von der Kaiserlich Deutschen Regierung des Prinzen Max von Baden schon begonnen worden war. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben die Verfassung fertiggestellt ohne tiefere Anteilnahme der Bevölkerung. (Zuruf: Gebt ihr was zu essen!) Wir konnten

dem dumpfen Grollen der Massen steht, nicht befriedigen, weil wir kein richtiges Programm hatten. Das sage ich auch für die Partei; auch heute fehlt es uns.

Was ich hier sage, trifft mich natürlich in dem gleichen Maße wie jedes andere der Regierungsmitglieder auch. Es ist Selbstkritik, die ich hier übe. Wer gerade weil ich mich von dieser Kritik nicht ausschließe, kann ich um so offener aussprechen, daß es uns an dem Geist und an den Ideen gekehrt hat, mit denen wir Herz und Seele des Volkes wecken konnten. (Beifall.) Wir haben im wesentlichen in den alten Formen unseres staatlichen Lebens regiert. Neuen Geist haben wir diesen Formen nur wenig einhauchen können. Wir haben die Revolution nicht so beeinflusst können, als das Deutschland von einem neuen Geist erfüllt erschiene. Das innere Wesen der deutschen Kultur, das gesellschaftliche Leben erscheint wenig verändert. Vielsach nicht zum Besseren. (Lebhafte Zustimmung.) Und das Volk glaubt, daß die Erregungseigenschaften der Revolution lediglich negativen Charakter haben, daß an die Stelle einer militärischen und bürokratischen Herrschaft einzelner nur eine andere getreten ist, und daß sich die Regierungsmagazine im Wesen nicht von denen des alten Regimes unterscheiden. (Sehr richtig!)

Das liegt zum Teil an der Koalition. Sie bewirkt Hemmungen und mangelnde Einheitlichkeit und das läßt auch die Regierung, in ihrer Gesamtheit betrachtet, trotz des ehrlichen Willens jedes einzelnen in der Regierung, nach außen hin vielfach zweideutig erscheinen, oft mehr sogar noch als die früheren Gewalten zweideutig erschienen sind. Uns fehlt die innere Geschlossenheit. Das Volk steht nicht geschlossen hinter der Regierung.

Ich glaube, die Geschichte wird wie über die Nationalversammlung auch über uns in der Regierung hart und bitter urteilen. (Sehr richtig!)

Ich habe noch nicht den Glauben verloren, daß es uns gelingen könnte, innerhalb Deutschlands die Geschlossenheit herzustellen, deren es in einer solchen Schicksalsstunde bedarf. Wenn es nicht gelingt, die heute, ich möchte sagen, mehr denn je, auf das Materielle gerichteten Anschauungen aller Kreise des Volkes zurückzudrängen, dann werden wir schweren und ersten und bitteren Zeiten entgegengehen. (Zustimmung.)

Daß bisher unser ganzes wirtschaftliches Leben vom Profitstreben beherrscht war, ist ja jedem klar, und es mehrten sich die Kräfte, die Erwerbstrieb und Eigennutz auch für die Zukunft für unser inneres Leben entscheidend sein lassen wollen. Es ist doch wahrlich kein Zufall, wenn die Anhänger der alten Wirtschaft sich stärker als je regen, wenn sich hinter den Kulissen ein Kampf abspielt, von dem die wenigsten etwas ahnen, der sich in der Gegenüberstellung weniger Namen ausdrückt, der nicht die private Meinungsverschiedenheit einzelner über wirtschaftliche Dinge widerspiegelt, sondern der emporschlendernde Gegensatz zwischen gemeinwirtschaftlich-sozialistischer Wirtschaft und der alten Wirtschaft des freien Spiels der Kräfte ist. Mit allen Mitteln wird in diesen Kampf einzugreifen versucht. Jetzt oder nie, so heißt es heute in der bürgerlichen Presse. (Sehr wahr!)

Tauschen wir uns über unsere Macht und über das, was wir erreichen können, nicht. Nur unter dem Eindruck der Berliner Straßenkämpfe haben wir das Sozialistengesetz durchgebrückt. (Lebhafte Zustimmung.) Und jetzt, nach dem Zusammenbruch der Münchener Regierung, da holen die Anhänger der alten Wirtschaft zum neuen entscheidenden Wortstoß aus. (Zustimmung.) Und dieser Kampf — und da übe ich auch Kritik an unseren Arbeitern, ich scheue mich auch nicht, Ihnen das zu sagen, was Ihnen gesagt werden muß — dieser Kampf wird diesen Kräften erleichtert, weil auch breite

Massen der Arbeiterschaft vom Profitstreben angezogen sind (Lebhafte Zustimmung), weil sie im Sozialismus nur die ökonomische Besserstellung, nicht aber auch das sittliche Prinzip erkennen. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Daran sind wir auch mit schuld. (Sehr wahr!) Wir haben in unserer ganzen Agitation ausschließlich die ökonomischen Triebkräfte des Sozialismus betont, nicht aber die Elemente der Ethik, die doch auch in ihm liegen. Ich sage, wir sind mit schuld, wir sind nicht allein schuld.

Wenn heute die sittlichen Prinzipien so in den Hintergrund gedrängt werden, wenn so sehr das auf das Materielle gerichtete Streben in den Vordergrund tritt, so durch die ausschließliche Betonung des Erwerbstriebs in der Kriegsarbeit der Heimat. An der Moral mit doppeltem Boden lag es, die sich als die Regierungsmagazine im Kriege herausgebildet hat. Wo es sich um Leib und Leben gehandelt hat, da galt der Sozialismus, da forderte die Gesamtheit das Eintreten des einzelnen für die Gesamtheit; und wo es sich im Innern des Landes um Geld und Gut handelte, da galt der Individualismus, da meinte man, mit Gewinnanreiz den einzelnen betraffen zu müssen, in der Heimat die Pflichten dem Volke gegenüber zu erfüllen. (Sehr richtig!) Dort Pflichterfüllung und hier Erwerbstrieb! Dort Altruismus und auf der anderen Seite Egoismus als Grundlage der Kriegsbetätigung!

Den Krieg, der bei so vielen Hunderttausenden zum Tode geführt hat, der unsagbares Elend über weite Teile der Bevölkerung gebracht hat, den hat man für andere zu einer glänzenden geschäftlichen Konjunktur im Innern werden lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Und wer will es denn da den Arbeitern verübeln, wenn sie das tun, was die Unternehmer die ganze Kriegszeit hindurch treiben durften? Profitgier und Gewinnstreben waren während der Kriegszeit sorgsam behütete Triebfedern zum wirtschaftlichen Handeln. Warum soll es denn nun heute, wo es sich um die Arbeiter handelt, anders sein?

Und doch glaube ich an den guten Kern im Volke. Wir sehen es gerade jetzt wieder im Rheinland. Die Arbeiter stehen auf unserer Seite, die wollen zum Reich gehören, die haben das Gefühl der Zusammengehörigkeit, und diejenigen, die im West sind, die fliehen und wollen fort.

Ich sagte schon, daß hinter dem dumpfen Grollen der Massen ein instinktives Drängen nach höheren Lebensformen steht. Hinter diesem dumpfen Grollen, da wirken Ideen, noch unausgesprochen, da wirken geistige Kräfte, die sich selbst noch unbewußt, einem höheren Menschentum zustreben. Und wer hören will mit seinen Ohren, der kann, glaube ich, auch diesen Geist schon spüren und ihn hören. Wir finden ihn schon angebeutet in dem, was unsere Dichter heute schreiben, die feinfühlig voraussehen, was noch im Unbewußtsein des Volkes schlummert, was demnächst kommen muß, die die Ideen der neuen Zeit in sich aufnehmen und sie gestalten, denen die Gegenwart schon ein hoffnungsvolles Erleben ist, der Vorabend der kommenden sozialen und der geistigen Revolution.

Wer die Formulierung des Programms dafür findet, daß neben den bei keinem Menschen auszuscheidenden Egoismus auch sittliche und geistige Kräfte im einzelnen und im ganzen Volke wirksam sein müssen, der, glaube ich, hat die Zukunft an seine Fahnen geheftet. (Beifall.) Und wir sollten sie finden. Denn es handelt sich ja da um die in unserer Agitation bisher vernachlässigten Seiten des Sozialismus. Wir haben diese Formulierung bisher nicht gefunden, und das hat große Massen des Volkes nach links abgetrieben. Nicht weil etwa dort die Formulierung gefunden wäre — nein, weil dort unter Umschmeihlung den Massen vorgegaukelt wird, die Diktatur des Proletariats werde alle Räte der Massen beisehen.

Ich glaube nicht, daß diese Massen uns dauernd ernüßten sind. Denn die Unabhängigen können den Massen nicht die Erfüllung des Sehens bringen, das die Massen erfüllt. (Lebhafte Zustimmung.) Dieser Aufgabe sind sie geistig nicht gewachsen. Denn dort werden ja dem Volke nur Rechte versprochen, aber niemals hat man den Mut, dem Volke auch zu sagen, daß es Pflichten der Allgemeinheit gegenüber zu erfüllen hat. (Stürmischer Beifall.)

Ich frage mich aber, weshalb hatten die Unabhängigen Erfolge? Und ich sehe die Schuld auch mit bei uns. So wenig wie ein Land, das fürchtbares erleben muß, die Ursachen seines Verhängnisses nur außerhalb seiner selbst suchen darf, so wenig darf auch eine Partei, die ihre Anhänger in immer größere Anzuehmenheit und Parteiverbrossenheit hineingeleitet sieht, die Schuld daran nur in äußeren Momenten suchen. (Sehr richtig!) Sie hat sich zu fragen, was ist die Ursache? Und ich sehe sie eben mit darin, daß wir das Bedürfnis der Massen nach einem tieferen Lebensinhalt nicht betriebligen konnten. Ich glaube an dieses Bedürfnis. Ich lasse mich durch die allgemeine Demoralisation des Volkes nicht darüber hinwegtäuschen. Ja, ich möchte sogar sagen, daß das Volk selbst, je unerträglicher die stillosen Zustände werden, mit um so größerem Verlangen nach dem Panier ausschaut, das den Weg weist, wie es aus dem Wirrsal herauskommen kann. Und die Regierung, die dieses Panier entrollt, kann hoffen, daß sich das Volk, die noch guten, innerlich starken Kräfte desselben, hinter diese Regierung stellt.

Das innere Programm dieser Regierung müßte in dem Willen bestehen, in Deutschland nicht nur eine neue politische Ordnung durchzuführen, sondern auch eine sozialwirtschaftliche, bei der jeder einzelne an der Bildung des Gesamtwillens organisch mitarbeitet, bei der er zu seinem Teil an der Verantwortlichkeit für das Schicksal unseres Volkes teilmimmt. Klar und deutlich muß es zum Ausdruck gebracht werden, daß in Zukunft ein soziales und wirtschaftliches Leben nur im Geiste der Unterordnung des einzelnen unter das Ganze möglich ist. (Beifall.)

Das Volk vermehrt den Geist sozialer Gerechtigkeit, den Geist planmäßiger Einordnung der Persönlichkeit des einzelnen in das Ganze. Darum bedauere ich es auch, daß es uns bisher noch nicht möglich war, über jeden Zweifel klarzustellen, welche Wirtschaftsführung für uns als Sozialdemokraten gelten soll. (Sehr wahr!)

Der laute Lärm der Anhänger des freien Spiels der Kräfte in den letzten Wochen läßt, wie ich glaube, in den Massen die Befürchtung hochkommen, daß es uns nicht ernst sei mit der Verwirklichung sozialistischer Grundätze. (Sehr wahr!) Freilich, auch das müssen wir sagen, die Massen erwarten mehr als man erfüllen kann. Daß unser Wirtschaftsleben heute nicht gleich sozialisiert werden kann, das werden sie wahrscheinlich alle in der Mehrzahl eingesehen haben. Aber, so höre ich immer und immer wieder die Frage: warum nicht wenigstens dort, wo die Vorbedingungen dazu gegeben sind, warum nicht beim Bergbau? Dein Kohlengeld ist doch keine Sozialisierung in dem Sinne wie wir es meinen, das Eigentum an den Produktionsstätten ist doch den privaten Besitzern verblieben. Hier hätte man es doch in den Staatsbesitz überführen können. (Sehr richtig!) Sie rufen mir zu: Sehr richtig! Ich sehe ganz davon ab, ob es möglich gewesen wäre, das hier in der Nationalversammlung, in diesem Hause durchzuführen. Ich habe nach allen Seiten überlegt, ob es richtig sei, wenigstens den Versuch zu machen, so vorzugehen. Ich habe mich nicht von meinen Wünschen leiten lassen, ich habe rein verstandesmäßig geprüft, und ich bin zu dem Ergebnis gekommen, daß wir dem Gebanken des Sozialismus mit der heute erfolgenden Sozialisierung des Bergbaus den schwersten Schaden zugefügt hätten, den wir ihm hätten zufügen können. Sehen wir uns doch

einmal die Tatsachen an. Zunächst beim Bergbau. Lassen Sie mich rein ziffernmäßig Ihnen nur in ganz wenigen Zahlen die Sache darstellen.

Der Jahresverkaufswert der Kohlenproduktion des Jahres 1918 betrug ohne die Steuer auf der Basis der Verkaufspreise vom 30. September 1918: 3333 Millionen Mark, und diese selbe Menge von Kohlen, die im Jahre 1918 gefördert wurde, stellt einen Wert dar nach den Preisen vom Mai dieses Jahres von 7982 Millionen Mark. Mit anderen Worten, die seit dem 30. September eingetretene Preiserhöhung beträgt 4 099 000 000 Mark, das heißt die innerhalb sieben Monaten vorgenommene Preiserhöhungen übersteigen weit den Gesamtwert der deutschen Kohle vor der Revolution. Und eine weitere Steigerung wird bis 15. Juni wegen der Lohnheraufsetzungen eintreten. Die prozentuale Kohlensteuer wird dann infolge der Preiserhöhungen seit dem September 1918 das Volk mit mehr denn eine Milliarde belasten. Nur die Kohlensteuer allein!

Hätten wir den Bergbau sozialisiert, was wäre die Folge gewesen? Die Behauptung der Gegner des Sozialismus, daß sich ja jetzt erlöstet erwiesen habe, zu welcher wahnwitzigen Verteuerung der Kohle die Sozialisierung geführt habe. Man kann nicht mit dem Einwand kommen, daß bei gegebener Sozialisierung die Lohnforderungen nicht in dieser Höhe gekommen wären. Die wären doch gekommen wegen der Preissteigerung der Lebenshaltung, und ich glaube, daß wir in noch höhere Lohnaufbesserungen hätten einwilligen müssen; denn vom Staate meint man ja alles fordern zu müssen. (Sehr richtig!) Pflichten gegenüber dem Staate, davon spricht man heute nicht. (Zuruf: Siehe Spandau!)

Aber von diesen besonderen Verhältnissen im Bergbau abgesehen: eine Vollsozialisierung, das heißt also die Übernahme der wirtschaftlichen Unternehmungen in das Eigentum des Reichs würde dem Reich Mittel kosten, die heute aufzubringen keiner verantwortlich kann, der an verantwortlicher Stelle steht. Das Reich muß bei Enteignungen nach allgemeiner und auch von extremen Sozialisten, wie Kautsky, Giffenberg und anderen, vertretener Auffassung den bisherigen Eigentümer entschädigen. Ich sehe ab von den Bergregalen, den Berggerechtigkeiten usw. Aber den realen Wert, der da ist, die Gruben, Bergwerke, Bauten, müssen wir entschädigen, und da das Reich heute bares Geld dazu nicht hat, kann es nur durch eine Verpflichtung zur Zahlung, durch Banknoten und Schuldscheine geschehen. Würde das Reich diese Entschädigungen nach dem zurzeit bestehenden geringen Geldwert auf sich nehmen, es müßte sie übermäßig hoch bemerten. Was wir heute kaufen, Genossen, müssen wir dreimal so hoch bezahlen als in der Vorkriegszeit, nicht weil etwa der Wert an sich gestiegen ist, sondern weil der Wert unserer papierernen Zahlungsmittel so gesunken ist, und den teuren Realwert, die Gruben, das, was wir sozialisieren wollen, müßten wir jetzt mit einem zurzeit spottbilligen Nominalwert, eben der Banknote oder dem Schuldschein bezahlen. Dieser Nominalwert wird aber wieder steigen, d. h. der Wert des Geldes wird wieder größer werden. Wer heute eine Schuld aus der Vorkriegszeit abträgt, zahlt zwar nominal, wenn sie tausend Mark betrug, auch tausend Mark, aber faktisch gibt er nur ein Drittel des Werts, den er in der Vorkriegszeit empfangen hat, und wer heute eine Schuld aufnimmt, der muß mehr zurückzahlen, wenn unsere Markta wieder besser geworden ist. (Sehr richtig!) Der Staat muß sich aber mit allen Mitteln bemühen, den Geldwert wieder zu heben, um die Zerrüttung des Geldmarktes infolge der Geldbewertung zu beseitigen.

Ich will nur in Form einer Anmerkung davon sprechen, daß die Übernahme einzelner Wirtschaftsunternehmen oder einzelner Gruppen in das Eigentum des Staates die wirtschaftliche Gesamtproduktion ja nicht ändert, sie

nicht in eine sozialistische verwandelt. Die Wirtschaft als solche würde damit ihre rein kapitalistische Struktur behalten. Aber trotzdem bin ich auch bereit, diesen Weg zu gehen, wenn wir die erforderlichen Grundlagen dazu schaffen, und diese Grundlagen scheinen mir gegeben zu sein in einer wirklich durchgreifenden Vermögensabgabe (Sehr richtig!), die ja kommen muß, und in der dem Staat ein Optionsrecht auf die einzelnen Vermögensobjekte eingeräumt wird, die in der Vermögensdeklaration aufgeführt sind. (Sehr richtig!) Es müßte daneben bestimmt sein, daß, was in dieser Deklaration nicht angegeben ist, dem Staate überhaupt verfällt. (Sehr richtig!) Dann hätte das Reich die Möglichkeit, die Werte herauszunehmen, die es braucht, die Aktien dieses oder jenes Unternehmens. Dann könnte es sich zum wesentlichen Teil in den Besitz jener Produktionsstätten setzen, die für unsere Gesamtproduktion von Bedeutung sind. Auf diesem Wege mache ich auch eine Volksozialisierung mit; ich mache sie aber nicht mit auf dem Wege, daß ich heute dem Unternehmer ein geringwertiges Zahlungsmittel gebe, das, wie wir hoffen, nach drei oder fünf oder zehn Jahren um das Doppelte oder das Dreifache in die Höhe gegangen ist. (Zuruf von Davidsohn: Und das ins Ausland entschleifte Vermögen?) Ich spreche über die Vermögenssteuer als solche nicht, ich erörtere die Sache nur im Zusammenhang mit der Sozialisierung.

Es mag vielleicht nicht leicht sein, den Massen plausibel zu machen, daß die Verhältnisse heute ganz andere sind als jene, unter denen wir uns feinerzeit die Entwicklung zum Sozialismus vorstellten. Was ist die Regierung, was ist das Wirtschaftsministerium angegriffen worden von den früheren Mitgliedern der Sozialisierungskommission! Jetzt schreibt Professor Leberer, der Mitglied unserer Sozialisierungskommission war und jetzt Sozialisierungsminister in Oesterreich geworden ist:

„Es müssen erst wieder die wirtschaftlichen Trümmer, welche sich auf jenem (Oesterreichs) Boden befinden, zu einem sinnvollen Ganzen zusammengefaßt werden, seine Industrie muß wieder in Gang gesetzt werden. . . . Je schwieriger die wirtschaftliche Lage eines Landes ist, desto schwieriger ist auch die Sozialisierung. Sollen wir heute Industrien sozialisieren, die vor dem Kriege größtenteils vom Absatz für Konsumentenkreise lebten, welchen jetzt der Boden unter den Füßen weggezogen wurde? . . . Wir dürfen nie einen Moment vergessen, daß jeder falsche Schritt auf dem Wege zur Sozialisierung uns in den Abgrund treiben kann. Es ist weitaus besser, wenn sich einige Sozialisten in den Augen ungebildiger Massen oder kenntnisloser Literaten diskreditieren, als wenn Mißerfolg die Idee diskreditiert. Ein Mißerfolg aber könnte nicht ausbleiben, wenn mehr geschähe als wirtschaftlich möglich ist.“

Das schreibt in diesen Tagen ein Mann, der der Sozialisierungskommission angehört, aus der heraus uns Vorwürfe gemacht wurden, daß wir unsere sozialistische Idee nicht diskreditieren wollten durch irgendwelche Schritte, die zum Verhängnis für unser Land geworden wären.

Unsere Theoretiker haben alle vorausgesehen, und Marx und Engels vor allem, daß die wirtschaftlichen Unternehmungen auf dem Wege zunehmender Konzentration zur Uebernahme für die Gesamtheit reif würden, und sie glaubten, daß sich gewissermaßen aus der immer größeren Steigerung des Kapitalismus schließlich der Sozialismus von selbst entwickeln würde. In einer Zeit der Hochproduktion, einer Ueberfülle der Güter, würde die Ueberführung der durch und für den Staat betriebenen Produktion aus dem Kapitalismus von selbst einsehen. Heute haben wir keine Ueberfülle von Gütern, sondern wir stehen vor einer Verarmung unseres Landes, wie sie keiner für möglich gehalten hat (Sehr richtig!), und ich halte mich für verpflichtet, es hier wiederum in

die Öffentlichkeit hinauszurufen: Viel größer und viel schlimmer ist diese Verarmung, als sie die große Masse und auch mancher von Ihnen wohl ahnt. (Sehr wahr!) Mag es im einzelnen vielleicht auch besser werden, Schwabens wird auf lange Zeit bei uns Rückenmeister bleiben. (Sehr richtig!) Wie wollen wir die 19 Milliarden Jahre für Jahr aufbringen, die wir nur im Inland ohne die Auslandsverpflichtungen, die uns der Friedensvertrag auferlegt wird, zu leisten haben würden? Das macht pro Kopf, den Greis und den Säugling eingerechnet, 300 Mk. im Jahre. (Hört, hört!) Das ist für eine Familie von fünf Köpfen eine Belastung von 1500 Mk. Meinen Sie, daß Sie das vom Arbeiter bekommen können? Eine Verschuldung gegenüber dem Ausland besteht, und der Friede, mag er aussehen wie er will, wird eine weitere Erhöhung bringen. Die Uebertragung dieser Schulden können wir aber nur durch die Produkte unserer Arbeit möglich machen. (Sehr richtig!) Heute schon gehen wir von dem, was wir im nächsten Jahre erst produzieren sollen. (Hört, hört!) Mein größtes Sorgenkind ist Robert Schmidt. (Weiterleit.) Das, was wir auf Kredit einführen, um jetzt die Not zu lindern, das werden wir bezahlen müssen mit den Waren, die wir erst im nächsten Jahre erzeugen. (Zuruf des Genossen Koch: Er muß es aber einführen!) — Gewiß, ich sage es nicht im Sinne eines Vorwurfs, er kann ja gar nicht anders. (Sehr wahr! — Zuruf des Genossen Robert Schmidt.) — Gewiß doch, aber man kann es den Massen nicht oft genug sagen (lebhafteste Zustimmung), daß sie heute schon von dem gehen, was im nächsten Jahre erst produziert wird. (Erneute lebhafteste Zustimmung.) Darauf kam es mir doch an, das ist es, was ich sagen will, und es wird eine bittere Enttäuschung für denjenigen geben, der da meint, daß mit dem Frieden etwa die Verhältnisse besser werden würden.

Wenn aber so die Verhältnisse sind, was müssen wir tun, und die Produktivität unserer Arbeit aufs Höchste zu steigern? Soll etwa heute noch der schalten und walten, wie er es für notwendig hält? Mag der Frieden werden wie er will, wir werden nur existieren können, wenn wir unsere Wirtschaft in planmäßiger Weise ausgestalten. (Sehr wahr!) Nicht das Privatinteresse einzelner, die Allgemeininteressen müssen ausschlaggebend sein. (Bravo!) Keine Privat-, Gemeinwirtschaft müssen wir treiben. (Sehr richtig!) Die Gemeinwirtschaft bezweckt eine Durchbringung der gesamten Produktion mit sozialistischen Prinzipien. Die Gemeinwirtschaft, wie sie mir vorschwebt, ermöglicht das allmähliche Fortschreiten zum Sozialismus. Für alle Zweige der Wirtschaft vollzieht sich ziemlich gleichmäßig ein Vorschreiten der sozialistischen Prinzipien durch organische gemeinwirtschaftliche Zusammenfassung, die von unten nach oben immer mehr und mehr ansteigt. Ist es ein Wunder, Gewissen, daß der Sturm gegen diese Gemeinwirtschaft so heftig und intensiv ist, heftiger und intensiver als etwa gegen die Volksozialisierung auf dem einen oder anderen Gebiet? Mit den persönlichsten Unterstellungen wird heute gearbeitet, eine Bauwirtschaft sei diese Planwirtschaft. Etwas Wahres ist in der Tat daran; den Wahn sieht nämlich mancher schon zerfallen, daß er in der Weise, wie in der Vorkriegszeit, die eigenen Taschen auf Kosten der Allgemeinheit werfen können. Man schreibt, das sei eine Verewigung der Kriegswirtschaft. Ich will auch hier keinen Zweifel darüber lassen, daß wir uns von den bisherigen Methoden der Kriegswirtschaft so gründlich und so schnell als möglich abwenden wollen. Wir wollen diese bürokratische polizeistaatliche Betätigung der Kriegswirtschaft nicht mitmachen, wir wollen an die Stelle dieser Methoden das Prinzip der Selbstverwaltung stellen. Das wirtschaftliche Leben ist eben zu diffus, um durch Gesetze und Verordnungen im einzelnen geregelt werden zu können. Dieser lebendige liberale Organismus kann nicht in Fesseln gefesselt werden.

Das Wirtschaftsleben ist zu flüchtig, als daß man es in feste Formen pressen könnte, und deshalb meinen wir, mit dem Prinzip der Selbstverwaltung unserem Wirtschaftsleben die beste Bürgschaft der freien Gestaltung geben zu können. Aber noch haben wir diesen Selbstverwaltungslörper nicht, und so lange wir den nicht haben, können wir nicht das, was bisher unsere Wirtschaft ordnete, ganz lockern und freigegeben, denn dann würde ein wildes Tobwutleben entstehen (Sehr richtig!), ein Zusammenbrechen unseres ganzen Wirtschaftslebens. Es sind nämlich keine Theorien, denen wir nachjagen, sondern es ist die Erfüllung der aus dem Gebot der Not sich ergebenden Bedürfnisse. Wir können in den Zeiten der Not, die uns bevorstehen, den wirtschaftlichen Dingen nicht ohne weiteres ihren Lauf lassen und die Versorgung unserer Bevölkerung in den Zeiten der Not nicht dem freien Spiel der Kräfte anheimgelassen. (Sehr wahr!) Diese Zeiten der Not müssen Zeiten der Pflichtenbundenheit sein. (Sehr gut!) Das wirtschaftliche Leben darf seinen Antrieb nicht nur von dem Profitstreben des einzelnen erhalten, sondern auch die wirtschaftlichen Vorgänge müssen sozial beeinflusst sein, müssen den Geboten sittlicher Gesetze unterstellt sein. (Sehr richtig!) Diesen Plänen strebe ich zu, und nur nach diesen Richtlinien kann ich das mir anvertraute Amt führen.

Daher stimme ich dem Antrag 231 des Genossen Hoch zu. Stellen Sie sich auf den Boden dieses Antrags, Sie geben damit unseren Genossen in der Regierung die Rückenstützung, deren sie auf wirtschaftlichem Gebiet für die Erfüllung ihrer Aufgaben bedürfen. Sie verhindern dann auch faule Kompromisse, die ich dahingehend kommen sehe, daß man uns vielleicht einige Vollsozialisierungen zugestcht, dafür aber auf anderen Gebieten das freie Spiel der Kräfte einkaufsen will.

Ich bin überzeugt, für ein solches Programm, wie es in dem Antrag Braun niedergelegt ist, werden wir durch alle Parteien der Nationalversammlung hindurch Anhänger und Vertreter finden, auch bei den Demokraten. Und wenn das wider Erwarten nicht der Fall sein sollte, dann meine ich, müßten die Bürgerlichen die Verantwortung dafür tragen (Sehr richtig!), was eintreten wird, wenn wir dann in der Regierung nicht mehr mitmachen würden. (Lebhafte Sehr richtig! und Bravo!) Ich glaube, sie werden sich scheuen, diese Verantwortung auf sich zu nehmen. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Möglich, daß auch der eine oder andere Genosse hier sich noch nicht in diese Gedankengänge ganz glatt hineinfinden wird. Ich bin überzeugt, daß, wenn die Geschichte demaleinst über uns urteilen wird, wenn unsere Kinder und Enkelkinder ihr Urteil abgeben werden über die Wirtschaftspolitik, die wir in dieser schwersten Zeit, die über unser Land gekommen ist, haben führen wollen, dann werden sie sagen, daß wir den richtigen Weg haben beschritten wollen, und dann werden wir uns auch — davon bin ich überzeugt, und damit will ich zum Schluß kommen —, vor der Geschichte der Aufgabe gewachsen gezeigt haben, die die höchste Not des Landes uns auferlegt hat. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Abgeordneter: Wir konnten das Einverständnis des Parteitag ohne weiteres voraussetzen, daß eine Ueberschreitung der Redezeit in diesem Falle erfolge. (Sehr richtig!) Wir wollen aber doch in wiederkehrenden Fällen nach Ablauf der Redezeit immer erst die Frage an den Parteitag stellen, damit das keine ständige Einrichtung wird.

Im übrigen bitte ich die Genossen, sich einzurichten auf eine Abend-sitzung heute oder einen Arbeitstag morgen oder auch beides, wenn wir unsere Tagesordnung ordentlich erledigen wollen. Soweit wir hören, wird es möglich sein, daß wir den Raum hier noch weitere Zeit benutzen können.

Es sind zwei Anträge eingegangen, die eine Drudlegung der Rede Wissells beabsichtigen. Wir werden sie später zur Abstimmung bringen.

Bogel-Fürth: Die harte Zeit, in der wir leben und die noch viel härter über uns hereinbrechen wird, erfordert es, daß wir uns einander mehr als bisher verstehen lernen. Deshalb möchte ich, bevor ich zur Begründung des Antrags 210 komme, einige allgemeine Bemerkungen voranzugehen lassen. Wenn Genosse Lbbe gestern in seinem Bericht darauf hinwies, daß die Tätigkeit der Nationalversammlung und auch die unserer Fraktion draußen bei den Massen keine besondere Befriedigung auslöse, so kann der, der ständig in Versammlungen oder sonst unter dem Volke zu tun hat, dieser Auffassung wohl nur beipflichten. Allein es scheint, daß bei dieser wenig erfreulichen Beurteilung der Tätigkeit unserer Fraktion doch zum guten Teil auch die miserable Berichterstattung unserer Presse mitspielt (Sehr richtig!), die an und für sich wieder begründet ist durch den außerordentlich großen Papiermangel. Am meisten wird gegen die Tätigkeit der Nationalversammlung eingewandt, daß sie es an dem nötigen Schwung und der revolutionären Begeisterung habe fehlen lassen, ein Einwand, den ich bis zu einem gewissen Grade gelten lassen kann, denn man zu oft fühlt man sich bei den Beratungen der Nationalversammlung in den alten Reichstag zurückversetzt. Im großen und ganzen wird aber auch der schärfste Kritiker die Tätigkeit unserer Fraktion anerkennen müssen, daß sie in rastloser Arbeit verfuhr hat, das für das Volk herauszuschlagen, was unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist. Auch bei der Kritik der Fraktion darf es doch nicht übersehen werden, daß sie in ihren Entschlüssen nicht vollkommen frei ist, daß sie wesentlich beeinflusst wird von den Verhältnissen, unter denen wir hier in der Nationalversammlung zu arbeiten haben. Die Hauptkritiker der Fraktionstätigkeit überschätzen viel zu viel, daß wir heute nicht mehr die Oppositionspartei sind, die wir vor fünf Jahrzehnten gewesen sind, daß wir Vertreter in der Regierung zu sitzen haben, denen ein entscheidender Einfluß zusteht, daß wir Regierungspartei geworden sind. Es wäre für die Partei als solche sicher viel leichter und bequemer gewesen, aus der Regierung herauszutreten, die bürgerlichen Parteien allein die Regierung bilden zu lassen und uns weiter in dem Geis zu bewegen, in dem wir uns über vier Jahrzehnte hindurch bewegt haben, und ich rechne auch damit, wie Genosse Wissell, daß einmal die Zeit kommen kann, wo wir direkt vor die Frage gestellt sind, ob wir die Befreiungsprobe unserer Mitwirkung in der Regierung weiterhin ertragen können. Aber ganz unumgänglich erschien es mir bei der Neubildung der Regierung, daß wir aus der Regierung fernblieben, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil wir doch schon ein sehr großes Interesse daran haben, bei den künftigen Friedensverhandlungen den Grundrissen der Internationale mit Rednung zu tragen, die doch keinesfalls von den kapitalistischen Regierungen der Entente vertreten werden würden. Ich habe bei den Beratungen der Fraktion selbst den Standpunkt vertreten, die Regierung allein aus Sozialdemokraten zu bilden, unter keinen Umständen den Eintritt des Zentrum mit in den Kauf zu nehmen. Wenn ich mir heute die Friedensbedingungen der Entente ansehe, so muß ich sagen, es wäre geradezu verhängnisvoll, wenn dieser Friede allein von einer sozialistischen Regierung geschlossen werden müßte, wenn die Verantwortung für diesen Frieden nicht auch auf die bürgerlichen Parteien übertragen werden würde. (Sehr richtig!) Gäßen wir eine sozialistische Mehrheit und damit auch eine sozialistische Regierung, dann bin ich überzeugt, manche Arbeit wäre anders ausgefallen und manche Arbeit, die noch aussteht, wäre schon längst durchgeführt. Daß aber in dem gegenwärtigen Zeitpunkt, wo die ganze Wirtschaft Deutschlands daniederliegt, eine sozialistische Regierung und eine sozialistische Mehrheit imstande gewesen wäre oder sein würde, den Sozialismus mit einem Schlage voll zu verwirklichen, völlig neue Produktionsverhältnisse zu schaffen, die doch letzten Endes entscheidend sind bei der Umgestaltung

der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaft, das wird wohl nur der annehmen können, der ganz oberflächlich in die Gedankengänge eingedrungen ist, wie sie uns Marx und Engels gelehrt haben und auf deren Erkenntnis wir bisher immer so stolz waren. Bei der Zusammenfassung der Nationalversammlung, in der wir Sozialdemokraten im Verhältnis zu den bürgerlichen Parteien die Minderheit bilden, ist jedenfalls das eine bedauerlich, daß die Uebergangszeit, die Zeit vom Tage des Umsturzes bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung, nicht genügend ausgenutzt worden ist zur Festigung des Sozialismus. Davan krankt jetzt unsere ganze Bewegung. Es ist das ein Verhängnis, das für das Reich so gut gilt wie für die Einzelstaaten und das in. E., solange wir uns auf den Standpunkt der Demokratie stellen, auch nicht leicht wieder wettgemacht werden kann. Vielleicht waren es auch hier wieder besondere Verhältnisse, die schuld daran haben. Die immer erneuten Anrufen liegen ja unsere Leute in der Regierung nicht zum praktischen Arbeiten kommen. (Sehr wahr!) Wenn man schon von einer Schulfrage sprechen will, trifft dann nicht die Schuld im gleichen Maße auch die Unabhängigen, die Monate hindurch während der Uebergangszeit mit in der Regierung als Volksbeauftragte gesessen haben? (Sehr richtig!) Es ist ja sehr billig, sich an den verhältnismäßig leichten Erfolgen der Revolution in den Novembertagen zu berauschen. Ungleich viel schwerer erweist sich die Aufgabe, die damaligen Augenblickserfolge in dauernde umzugestalten, die Erfolge der Revolution vom November gesetzmäßig zu verankern. Genosse Löbe hat in seinem Bericht mit Recht hervorgehoben, daß es der Revolution leider nicht gelungen ist, im ersten Ansturm die Kleinstaaterien hinwegzuführen. Der Verfassungsentwurf bringt zwar einen bedeutsamen Fortschritt gegenüber der durch die Revolution überwindenden Staatsform, er bringt die Einheitlichkeit im Verkehrsweisen und auf anderen Gebieten, staatlich aber läßt er Deutschland doch auf föderalistischer Grundlage. Das bedauerlichste ist, daß die Einzellandtage und Einzelregierungen nicht immer die Einheitsrepublik vertreten haben, ja ihre Einführung vielfach gehemmt haben. Hier trifft uns nicht allein die Schuld, sondern im gleichen Maßstabe oder noch viel mehr die Unabhängigen. (Sehr richtig!) Löbe hat ganz mit Recht hervorgehoben, daß gerade der Unabhängige Eisner sich zum Bannerträger des Partikularismus ausgeworfen hat. Von der Mehrheit des deutschen Volkes und von der Arbeiterschaft kann ich sagen, daß sie den Partikularismus entschieden ablehnt. (Zustimmung.) Das gilt ganz besonders auch von den Mitgliedern der Nationalversammlung. Die Einzelstaaten werden durch die Einheitsrepublik zwar befristungen ihrer Selbständigkeit erfahren. Die können sie aber ruhig hinnehmen, denn sie werden wettgemacht durch ihre Teilnahme an der Gestaltung der Geschichte des gesamten Volkes. Die Einheitsrepublik ist besonders auch aus außenpolitischen Gründen notwendig. Das muß gerade im Hinblick auf den Versuch der Entente gesagt werden, die Zersplitterung als Friedensziel hinzustellen, und auf die Versuche kapitalistischer Gruppen in den Rheinländern, große Stüde des Deutschen Reiches loszureißen. In diesem Kreise bedarf es keiner eingehenden Darlegung, daß die Einzelstaaten, auf sich allein gestellt, in der hohen Politik zur Bedeutungslosigkeit, Hilflosigkeit, ja zur wirtschaftlichen Abschmürung verurteilt wären. Diese Erkenntnis bricht sich in den letzten Wochen in der gesamten Arbeiterschaft des Rheinlands und Oberpfälzens Bahn. Wie ich aus Mitteilungen unserer Parteifreunde weiß, bekennen sich auch die christlich organisierten Arbeiter in eigenem Maße zum Nationalismus. (Glodengehehen.) Ich höre das Glodengehehen und muß zum Schluß kommen. Allein ich will doch noch sagen, daß auch im Innern die freie Entwicklung gehemmt wird, solange noch so viele staatliche Zwerggebilde bestehen. Wir haben in diesem Falle nicht nur den Widerstand einer einzigen

Stelle gegen notwendige Reformen zu bekämpfen, sondern müssen uns gleichzeitig gegen 26 Stellen wenden. Das bedeutet selbstverständlich eine bedeutende Erschwerung. (Lebhafte Zustimmung.) Auch im Hinblick auf die Frage der Kriegsentlastung und die Verteilung der Kosten würde die Einheitsrepublik uns wesentliche Erleichterungen und Verbilligungen der ganzen Verwaltung ermöglichen. Auch aus vielen andern Gründen, die ich jetzt nicht mehr anführen kann, ist die Annahme des Antrags 210 notwendig. Ausdrücklich stelle ich fest, daß die Antragsteller nicht wünschen, daß dadurch unsere Fraktion in der Nationalversammlung eine gebundene Marschroute mit auf den Weg erhält, sondern daß die Genossen der Einzellandtage und der Regierungen dadurch bestimmt werden sollen, ihren Widerstand gegen die Einheitsrepublik einzustellen. (Lebhafte Beifall.)

Vorsitzender Löbe: Die Mandatsprüfungskommission teilt mit, daß sie jetzt die Stimmzettel für die Wahlen des Parteivorstandes und der Kontrollkommission eingiehet wird. Um 12 Uhr wird die Abstimmung geschlossen.

Eggerstedt-Riel: Wir haben schon eine ganze Anzahl Ministerreden gehört. Die bürgerliche Presse hat es nun für nötig befunden zu erklären, daß man nur über einige rhetorische Begabung verfügen müsse, um Anhang beim Parteitag zu finden, um sein Vertrauen zu erhalten. Vielleicht erkennt sie jetzt an, daß doch etwas mehr nötig ist als nur rednerische Begabung. Das hat die Rede des Genossen Wiffell gezeigt. Sie ist bisher der Höhepunkt des Parteitags. (Lebhafte Beifall und Gänkeklatschen.) Er hat nicht durch rednerische Kunststücke gewirkt, sondern durch die Ehrlichkeit, mit der er ohne Beschönigung ausgesprochen hat, was die Massen bewegt. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist nicht wahr, daß Schönredner ein Vertrauensvotum erreichen können. Und wäre es der Fall, dann würde für uns der Parteienjammer im Lande sehr bald hinterher kommen. (Lebhaftes Gehr richtig!) Die Arbeiterschaft erwartet von dem Parteitag Klärung und die Grundlage für eine zielbewusste Politik, auf der sich weiter arbeiten läßt. Begien hat einmal ausgeführt: die sozialdemokratische Partei bietet jetzt ein merkwürdiges Bild. Die Massen liegen directionslos hinter den Parteigenossen her, die jetzt Minister geworden sind. So darf das natürlich nicht sein. Im Gegenteil, wir wollen, daß der Parteivorstand und die Fraktion die Richtung angeben, die die Regierungen für ihre Arbeit einzuschlagen haben. Was Löbe über die Konstitutionsregierung und ihre Mängel gesagt hat, stimmt. Gerade deswegen verlangen wir, daß die sozialdemokratischen Genossen in den Regierungen ihre eigene Politik stärker betonen. Der Mangel an einheitlichen Richtlinien ist jetzt ja aufgehoben durch das uns gedruckt vorliegende Arbeitsprogramm. Wir begrüßen es, und möchten in diesem Zusammenhange dem Genossen Drey zurufen, daß er sich irrt, wenn er glaubt, daß man die Arbeiterschaft allein mit Lebensmitteln zufrieden machen könne. Sein Zwischenruf bei der Rede Wiffells: „Geben Sie dem Volke Brot!“ war so deplaziert wie irgend möglich und muß eine Zurückweisung erfahren. Die Arbeiterschaft verlangt doch mehr als zu essen, das lassen Sie sich gesagt sein, Genosse Drey. (Lebhafte Beifall.) Es ist viel über die Demokratisierung gesprochen worden. Wenn Genosse Heine von 100 vakanten Landratsstellen gesprochen hat, so soll er doch sagen, mit wieviel Parteigenossen er sie besetzen wird. (Zuruf: Mit gar keinen.) Legen wir doch nicht so viel Wert auf die formale Geschicklichkeit! Es kommt auf den guten Geist an, den bringen die Arbeitervertreter mit, während er der alten Beamtenschaft sehr häufig gefehlt hat. (Zustimmung.) Es ist die Frage aufgeworfen worden, weshalb so wenig Parteigenossen in das Volkshcer eingetreten sind. Ja, wenn man die Rechte, die sich die Co-

daten in der Resolution errungen haben, abmürkt, dann kann man doch nicht erwarten, daß sie in die Freiwilligenkorps einreten sollen. Gerade jetzt herrscht bedenkliche Empörung in der Reichsmarine über das sie betreffende neue Gesetz. Danach müßten unsere Genossen den Admiral Meurer erst fragen, ob sie zusammenkommen dürfen. Die Soldatenräte, die Werftarbeitermänner, werden abgemürkt, die Grußpflicht wieder eingeführt. Kein Wunder, daß es die Arbeiterschaft ablehnt, in solche militärischen Verbände einzutreten. (Zustimmung.) Koske sollte den Offizieren mehr auf die Finger sehen: Wenn er dieselbe Energie, mit der er hier aufgetreten ist (Zuruf: Hier!), gegen die Offiziere angewendet hätte, dann wären die Fälle Macloch und Vogel nicht möglich gewesen. Wir verstehen auch nicht Koskes Ablehnung der Kontrollorgane aus dem Mannschafsstande. Er hat auf die Schwierigkeiten für eine uns befriedigende Bildung der Reichswehr hingewiesen angesichts des Umstandes, daß es drei verschiedene sozialistische Parteien gäbe und sich daraus keine zuverlässige Truppe zusammenstellen lasse. Sind denn die Offiziere, die sich ihm zur Verfügung stellten, zuverlässiger? (Zuruf: Im Gegenteil!) Ich glaube sagen zu dürfen, daß er nicht sie, sondern sie ihn in der Hand haben. (Beifall.) Er sollte alles tun, um das recht bald zu ändern. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Lebensmittelbetriebe nicht von der Kommunalisierung ausgeschlossen sind. Es wundern mich auch nicht, daß es so gekommen ist. Denn als man darüber beraten hat, hat man wohl die Organisation der Arbeitgeber, aber nicht die der Arbeitnehmer gehört. Ein Wiederaufbau der Arbeit ist nur möglich durch ein praktisch durchgeführtes Räteystem. Ich will darauf jetzt nicht eingehen. Aber die Abwürgung der kommunalen Arbeiterräte hat sehr viel Mißstimmung im Lande ausgeleitet. Man hätte solange warten müssen, bis die neuen Arbeiterräte im Sinne der Richtlinien des zweiten Rätekongresses gewählt worden wären.

Ein anderer Punkt, wo ich der Fraktion einen Vorwurf nicht ersparen kann, ist die Erfassung der Kriegsgewinne und der Vermögensabgabe. Es soll ja ein Entwurf in Vorbereitung sein. Aber die Gewinne sind inzwischen ja doch längst über die Grenze gegangen. Wir haben beantragt, daß die Invaliden- und Altersrenten erhöht werden. Früher hat man sich immer damit entschuldigen können, daß man nicht die nötige Macht hätte, das durchzuführen. Damit kann man jetzt nicht mehr kommen.

Genosse Löbe hat erklärt, daß sie auch an die Fraktion der U. C. P. herangetreten wären, um eine Arbeitsgemeinschaft zu schaffen. Ich gebe zu, daß es nicht leicht ist, zu einer Einigung zu kommen. Aber es schadet nichts, wenn wir immer wieder betonen, daß wir bereit sind zur Einigung. Sie müssen sehen, daß wir, auch wenn die Führer es nicht wollen, zur Einigung bereit sind. Interessant ist es zu beobachten, daß sobald ein Genosse hier Kritik übt, er nachher vollständig von den Ministern zugebedt wird. Wir achten die Ueberzeugung der Genossen in der Regierung, aber wir verlangen, daß sie auch unsere Ueberzeugung achten, wir wollen durch unsere Kritik die Partei vorwärts treiben.

Dr. David: Der Genosse Wissell hat Kritik geübt an der Regierung, der er selber angehört. Selbstkritik ist ja nun gewiß eine gute Sache, aber wir Kollegen des Genossen Wissell in der Regierung sind doch berechtigt, die Frage an den Genossen Wissell zu stellen: welche Anregung hat er im Kabinett gegeben, der nicht Folge geleistet worden wäre? Welchen Antrag hat er in Bezug auf Sozialisierung usw. gestellt, der abgelehnt worden wäre? Da würde die Antwort zu geben sein. Nichts, keine! (Zuruf: Ja der Presse hat es gestanden!)

Die Denkschrift, die vom Genossen Wissell verfaßt oder wohl in erster Linie verfaßt ist von dem früheren Ingenieur der U. C. P., seinem Unterstaatssekretär von Müllendorf . . . (Zurufe.) Lassen Sie mich doch aussprechen, es ist doch kein Vorwurf, aber ich muß doch den Autor nennen. Diese Denkschrift ist im Kabinett noch nicht beraten worden. Sie ist auch nicht durch eine Indiskretion der bürgerlichen Presse herausgekommen, sondern durch eine Indiskretion im Ministerium des Genossen Wissell. Also die ganze Sache ist nicht abgeschlossen, sie ist nicht beraten; wir konnten sie nicht beraten, da die Friedensdinge die ganze Arbeitkraft des Kabinetts in Anspruch nahmen und wir vor allem die neuen Grundlagen, die der Friede bringt, haben müssen, bevor wir ein wirtschaftliches Programm aufstellen können.

Das Urteil, das Genosse Wissell an Nationalversammlung und Regierung gefällt hat, war herb. Ich bin überzeugt, daß die Geschichte ein gerechteres Urteil fällen wird. Der künftige Geschichtsforscher wird sagen: dieses Parlament hat eine ungeheure Leistung vollbracht. Es hat es fertig gebracht, das Chaos, das das zusammengebrochene frühere System hinterlassen hatte, die vollkommene wirtschaftliche und moralische Zerrüttung innerhalb unseres Volkes infolge des Krieges doch einigermaßen zu meistern. Es hat es fertig gebracht, während von außen durch den Waffenstillstand die Dinge noch immer schlimmer wurden und im Innern fortgesetzt soziale Erdbeben stattfanden, den politischen Verhältnissen feste Formen zu geben und zu verhüten, daß alles in blutigen Bürgerkrieg und einen wirtschaftlichen Trümmerhaufen sich verwandelte. Wenn die große Aufgabe der Konsolidierung mit ihren ungeheuren Schwierigkeiten zum Abschluß kommt, so steht dieses Parlament, diese Nationalversammlung, und ich glaube auch ihr Vertrauensauschuß in der Regierung, vor der Geschichte gerechtfertigt da. (Zustimmung.)

Man sagt nun freilich: Was ist es denn, was sie geleistet haben? Die Formaldemokratie! Ich bedauere, daß dieses Wort von einem Minister hier ausgesprochen ist. Was wir durch die Jahrzehnte hindurch als unser politisches Ziel im Volk vertreten haben, was wir als die Voraussetzung jedes weiteren Fortschrittes hingestellt haben, das wird jetzt mit der Geste „Formaldemokratie“ betruttet. Ja, wenn man dem Volke, nachdem es eine so gewaltige Errungenschaft erobert hat, sagt: ach, das ist ja eigentlich nichts, wie soll man sich denn wundern, wenn das Volk keine Begeisterung für das Errungene empfindet. (Sehr richtig!) Ist es wirklich nichts, der Zusammenbruch des alten absolutistischen Systems und seine Ersetzung durch eine Demokratie, wie sie kein Volk hat? (Zurufe: Daran hat die Regierung keine Schuld!) Die Regierung hat das Chaos übernommen und sofort diese Dinge verfassungsmäßig fixiert. (Erneute Zurufe.) So leicht war ja das doch wahrhaftig auch nicht. Diese Formaldemokratie gibt der Masse des Volkes, den Arbeitern, den 80 bis 90 Proz., die politische Gewalt in die Hand in Gemeinde, Staat und Reich, vorausgesetzt, daß diese arbeitende Masse in sich einig ist, daß sie politisch erzogen ist, daß sie das Instrument richtig benützt, was sie in die Hand bekommen hat.

Daß sie es noch nicht genügend benützt hat, liegt nicht an Regierung und Nationalversammlung, das liegt doch wohl an der politischen Rückständigkeit des Volkes selber. (Lebhafte Zustimmung.) Dagegen richte man also die Kritik. Nun sagt man, das Volk sei enttäuscht, weil kein neuer Geist von Nationalversammlung und Regierung ausgegangen sei. O doch, der neue Geist, der Appell an das demokratische und soziale Pflichtbewußtsein ist wiederholt ins Volk hinausgegangen. Ich erinnere an das Wort Oberis: Sozialismus ist Arbeit! Es wurde darauf hingewiesen, daß nur die pflichttreue Arbeit jetzt

unser Volk aus den inneren Nöten retten könne. Was war die Antwort? Eine Streikpöhsel! Eine weitere Zerrüttung des Wirtschaftslebens, weil große Gruppen des arbeitenden Volkes in der Revolution nur eine große Lebensbewegung sahen, wie Emil Barsh es treffend ausgedrückt hat. (Sehr wahr!) Man dachte gar nicht daran, aus sozialem Pflichtbewußtsein dem Interesse des Ganzen zu dienen und, um die Nöte zu heben, jetzt intensiver und gewissenhafter zu arbeiten als früher, weil man nur daran dachte, die Geldlöhne möglichst rasch in die Höhe zu treiben, die Arbeitszeit noch weiter zu verkürzen und, das war das Schlimmste, in der gegebenen Arbeitszeit nicht intensiver, nicht gewissenhafter zu arbeiten, sondern schlechter und weniger. (Zurufe: Der Hunger!) Der Hunger wird eingeworfen, aber diese intensivere, gewissenhaftere, von sozialem Pflichtgefühl erfüllte Arbeit war ja das einzige Mittel, um dem Hunger zu entgehen.

Was hat es uns denn unmöglich gemacht, während der Waffenstillstandszeit schon Lebensmittel ins Land hereinzubringen? Die Streiks, der Mangel an Kohle, der Mangel an Kali, mit denen wir Brot hätten hereinlaufen können, der Mangel an anderen Exportwaren für Industrien, in denen wir Rohmaterial hatten, in denen aber nicht gearbeitet wurde. So ist der Appell an das Pflichtgefühl des Volkes beantwortet worden. Und da liegt ja auch heute noch die Grundursache dafür, daß wir uns noch immer in diesem Tiefstand befinden.

Also wenn das Volk mit der Regierung unzufrieden ist, so sage ich, die Regierung, die Nationalversammlung hat auch allen Grund, mit großen Teilen des Volkes unzufrieden zu sein. (Sehr wahr!) Und wenn die Wahrheit ausgesprochen werden muß und soll, so sagen Sie das auch draußen sehr deutlich und sehr scharf, daß es Rettung nicht gibt, bevor nicht dieses soziale Pflichtbewußtsein in den Arbeitermassen einkehrt, bevor man nicht einsieht, daß wir ohne dieses in den Untergang hineingehen. . . (Lebhafte Zurufe.) Ich habe nur kurze Redezeit, sonst würde ich selbstverständlich das ganze Bild aufrollen, aber ich muß voraussetzen, daß Sie nicht von mir annehmen, daß ich nicht auch noch andere Gründe von der anderen Seite im kapitalistischen Lager sehe. Aber es ist gut, auch einmal hier hervorzuheben, was von Arbeiterseite verfehlt wird, wenn erklärt worden ist: der neue Geist sei dem Volke nicht verbündet worden, er sei nicht verkündet worden von Regierung und Nationalversammlung.

Das kapitalistische System hatte die große Springsfeder, die die Produktion zu ungeheurer Höhe steigerte in dem Eigeninteresse des einzelnen, des kapitalistischen Unternehmers, aber auch des Arbeiters, den eventuell die Hungerpeitsche traf, wenn er nicht genügend arbeitete. Diese Springsfeder des Wirtschaftslebens ist entspannt. Der Sozialismus will eine andere Springsfeder einsetzen, nämlich das soziale Pflichtbewußtsein. Aber diese Springsfeder ist noch nicht da. Das ist der Kernpunkt der ganzen Schwierigkeit, in der wir uns befinden. (Zustimmung.)

Genosse Wiffell appelliert ja auch, und da bin ich vollkommen mit ihm einverstanden, an dieses Pflichtbewußtsein. Aber was haben die Appelle bis jetzt für einen Erfolg gehabt, und was dürfen wir weiter von ihnen erwarten? Wir müssen Idealisten sein, wir müssen erwarten, daß die Arbeiterschaft sich mehr und mehr auf diesen höheren sozialen Pflichtenstandpunkt hinaufarbeitet. Aber wir müssen mit dem Gegebenen rechnen und müssen uns hüten, Dinge jetzt für möglich zu halten, die unmöglich sind, solange diese neue Springsfeder nicht mit der nötigen Kraft arbeitet.

(Auf Beschluß des Parteitags wird die Redezeit für den Redner um weitere zehn Minuten verlängert.)

Deshalb ist auch der Gedanke einer rein sozialistischen Regierung, von dem einige Genossen die Erlösung erwarten, ein Trugschluß. Auch eine rein sozialistische Regierung könnte das nicht machen. Der Kollege Wiffell hat ja selbst gesagt: eine Vollsozialisierung im Handumdrehen ist unmöglich, und die rein sozialistische Regierung würde nicht nur in den kapitalistischen Kreisen sehr schwer zu überwindende Gegenkräfte haben, sondern auch in der Masse der Arbeiterschaft würden ihr die größten Schwierigkeiten erwachsen, eben, weil jenes soziale Arbeitsspflichtgefühl noch nicht entwickelt ist.

Darum ist es falsch, die Koalitionsregierung als den eigentlichen Hemmschuh hinzustellen. Es ist auch nicht so; ich konstatiere hier vor der Öffentlichkeit, daß uns aus den Reihen der nichtsozialistischen Kabinettsmitglieder Hemmnisse auf diesem Gebiete nicht gekommen sind. (Zurufe: Hört, hört! und Na, na!) Wir haben ein gemeinsames Programm aufgestellt und vom ersten Tage an in der Linie dieses Programms gearbeitet. (Zuruf vom Genossen Davidsohn: Und Gotheim mit den Militäerwerkstätten?) — Gotheim hat die Militäerwerkstätten in die Zivilverwaltung übergeführt. (Davidsohn: An die Kapitalisten verramscht!) — Das müßten Sie erst nachweisen! (Zuruf: Ja wohl!) Im Kabinett ist beschlossen worden, diese Betriebe aus der Militärverwaltung in die Zivilverwaltung überzuführen, sie möglichst auf Zivilproduktion einzustellen nach den Gesichtspunkten von sozial verwalteten Staatsbetrieben, und wenn nun bei der Ausführung irgendwelche Mißstände vorkommen, bitten wir sehr, die uns zur Kenntnis zu geben, damit wir in der Lage sind, da nach dem Rechte zu sehen. Im Kabinett sind die Beschlüsse über das Nächsthem und über die Gesamtkriterien der Sozialisierung usw. einmütig gefaßt worden. Hemmnisse waren dort nicht vorhanden.

Parteilgenossen! Ich meine also, eine rein sozialistische Regierung kann auf diesem Gebiete auch nicht springen, sondern muß langsam gehen, immer Schritt für Schritt nach den gegebenen Möglichkeiten. Aber eins müssen die Arbeiter einsehen: Lohnvermehrung, einseitig erzwungen von einzelnen Gruppen, weiteres In-die-Höhe-Treiben der Geldlöhne kann uns nicht retten, wenn nicht zugleich eine Gütervermehrung stattfindet. Das hat ja alles nur zur Folge, daß der Geldwert immer mehr sinkt. (Sehr richtig!) Wenn nicht die Warenmassen, die gekauft werden sollen, vermehrt werden durch vermehrte Produktion, so kommen wir aus dem Elend gar nicht heraus. (Sehr richtig!) Das muß jedem draußen largemacht werden.

Der Genosse Wiffell meinte nun, dadurch, daß man den Arbeitern das Mitverantwortlichkeitsgefühl an der Wirtschaft gebe, dadurch, daß man eine planmäßige Einordnung des einzelnen in die Gesamtwirtschaft durchführt, werde dieses Arbeitsgefühl erzeugt, die Intensität der Arbeitsleistung gesteigert. Genieß, Parteilgenossen, dieses Verantwortlichkeitsgefühl für das Ganze, das Bewußtsein, nicht für den Kapitalisten, sondern für die Gesamtheit zu arbeiten, nicht durch die Intensität der Arbeit den Mehrerwerb irgendeines privaten Profitmachers zu heigern, sondern dem Wohle der Gesamtheit zu dienen, wirkt stark ergebend und arbeitsfördernd bei allen Arbeitern. Die idealen Erwägungen zugänglich sind. Das ist zweifellos und ist auch das, was uns zu Sozialisten macht. Aber es darf nicht vergessen werden, was wir heute erleben, daß die Mehrheit der Arbeiter noch nicht durch solche Erwägungen geleitet wird. Wir haben sozialistische Betriebe, die früher staatssozialistische Betriebe waren. Nachdem die Regierung demokratisiert ist, nachdem an der Spitze der Regierung Sozialdemokraten stehen, nachdem für Mitbeteiligung und Heranziehung der Arbeiter auch in den Staatsbetrieben Sorge getragen ist und immer mehr Sorge

getragen werden muß, haben wir in Eisenbahn, Post und Telegraphie usw. sozialistische Betriebe. Und was müssen wir erleben? Wir müssen erleben, daß die Arbeitsintensität, die Arbeitsleistung immer mehr sank und daß die Lohnforderungen nur immer gehöhert wurden, obgleich die preussischen Eisenbahnen zum Beispiel, die früher Hunderte von Millionen Mark Rente für den Staat abwarfen, heute mit Defizit arbeiten und noch einer Angabe des Ministers Dejer in diesem Jahre mit einem Milliardendefizit rechnen müssen. (Hört, hört!) Diese Lohnhöhungen wurden also herausgeholt auf Kosten der Gesamtheit. (Zuruf: Wohin fliehen die Einnahmen?) In die Staatskassen, wo die Demokratie und ihre Minister sie zu verwalten haben und das demokratische preussische Parlament Gelder und Pfennig zu kontrollieren hat. (Bravo!) Und wenn sie dort nicht hineinkommen, sondern wenn ein Defizit gedeckt werden muß, muß es aus den Steuern der Gesamtheit aufgebracht werden. (Sehr richtig!) Es handelt sich also nicht um einen Kampf gegen den Geldsak der Kapitalisten, sondern um einen Kampf gegen den Besitz der Gesamtheit. (Sehr richtig!) Das Hauptproblem ist also: Steigerung der Produktivität, das allein kann uns retten.

Und nun, Parteigenossen, möchte ich Sie — das ist besser als noch viele Worte — auf ein Büchlein: „Die Bilanz des russischen Bolschewismus“ aufmerksam machen von dem russischen Sozialdemokraten Dimitri Gornowski, der von der russischen Sozialdemokratie zur Berner Konferenz delegiert war. Er schildert darin den Verlauf der russischen Revolution und deckt dabei den eigentlichen Grund des Scheiterns des Sozialismus dort auf. Da finden Sie ein treues Spiegelbild unserer Verhältnisse, ein großer Hauch im Anfang und dann ein Verlangen der Arbeiterschaft in ihrer Masse in bezug auf die Arbeitsleistung. Kerensti, sagt er, ging daran zugrunde; er war ein Steuermann, der das Schiff dirigierte, aber die Maschinen gingen nicht, die Schrauben drehten sich nicht, und so war es ein Spielball der Winde. Dann haben die Bolschewisten ihn bei der Arbeiterschaft dadurch aus dem Sattel gehoben, daß sie sagten: Ja, es gibt noch zuviel Kapitalisten, wir müssen alles sozialisieren, wir müssen den privaten Profitmacher sofort und auf der ganzen Linie ausschalten; dann erst wird die Arbeiterschaft mit Feuerkraft arbeiten und die Wirtschaft zur höchsten Entwicklung bringen. Sie bekommen die Herrschaft, und was geschah dann? Die Arbeitsintensität sank noch viel mehr, sie sank geradezu schauderhaft, so daß schließlich die Bolschewisten, nachdem alles Appellieren an den neuen Geist nichts half, mit brutalen Strafen gegen jeden Streikenden vorgegangen sind (Hört, hört!), daß sie in den Betrieben den Stücklohn wieder einführen und schließlich große Kapitalisten des Auslands heranzogen, um kapitalistische Betriebsunternehmungen usw. wieder auszugleichen, um so aus dem schlimmsten Chaos wieder herauszukommen. Hier haben Sie das warnende Beispiel!

Und nun das Positive! Was haben wir zu tun. Unser Programm muß sein: erstens im Volke das Bewußtsein der Demokratie, ihres Wesens, zu verbreiten, ihnen klarzumachen, welche gewaltigen Errungenschaften es erlangt hat und wie notwendig es ist, daß es selber sie nicht gefährdet, sondern bewahrt. Zweitens Sozialismus. Einmal ist der Weg der Staatsmonopole gegeben auf all den Gebieten, wo die Arbeit hinreichend kontrolliert werden kann, in allen Betrieben, die ihrer Natur nach eine zentrale klare Organisation zulassen. Ferner Enteignung des Staates. Das ganze Kabinett ist sich einig in einer höheren Vermögensabgabe, die ganz von selbst zu einem weitgehenden Eigentumsrecht des Staates führt und dadurch auch zu einem weitgehenden Steuerungsrecht. Weiter: Der Staat, der in das Privateigentum kommt, wird in vielen Fällen die Gemeinwirtschaft als Übergangsstufe pflegen müssen, als die einzige, die unter den gegebenen Verhältnissen zurzeit möglich ist.

Schließlich — wer soll die Klärung über die einzuschlagenden Wege schaffen? Das kann weder das Kabinett noch der Parteitag, noch eine politische Partei, sondern dafür wollen wir eben als die Hilfsorgane die Wirtschaftsräte schaffen. Das ist das Organ, das die neue Wirtschaftsorganisation, die allmähliche Entwicklung zu höherer Zweckmäßigkeit nach Maßgabe des Möglichen unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse und Menschen Schritt für Schritt weiter zu entwickeln hat.

Deshalb kommen wir mit großen Schlagworten nicht weiter (Sehr richtig!), sondern das erste ist, jetzt einmal das Organ zu schaffen und dann diesem Organ die schwierige Aufgabe zu überlassen, dem Ziele der Umbildung unserer Wirtschaft zuzustreben, das wir für das richtige halten. Würden wir anders verfahren, würden wir dem Volke Illusionen machen, die wir nicht erfüllen können, so würden wir nur zu einem Fiasko des Sozialismus gelangen. (Sehr richtig!) Das aber muß verhindert werden. Deshalb sage ich, auf diesem Gebiete ist die höchste und nächsternste Betrachtung nötig; hier können wir nicht springen, sondern müssen auf der Linie der Zweckmäßigkeit Schritt für Schritt prüfend vorwärts gehen. Dieses Schritt für Schritt heute wird im Laufe der Zeit die große Entwicklung darstellen. Der Übergang von einem Wirtschaftssystem zu einem anderen ist nicht so leicht wie der Übergang von einem politischen System zu einem anderen. (Sehr richtig!) Schon bei letzterem ist es schwer, daß sich der neue Geist rasch überall durchsetzt. Aber im Wirtschaftsleben ist es unendlich viel schwieriger, und jedes Fiasko durch Ueberstürzung muß die Masse des Volkes hühen. Wir müssen verhindern, daß ein solches Fiasko entsteht. Und darum: Schritt für Schritt vorwärts, Schritt für Schritt aufwärts einer schöneren, herrlicheren Zukunft entgegen. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Raemmerer-Leonhard-Hamburg: Ich glaube, daß die letzten Sätze, die Genosse David aussprach, sich vollkommen mit den Ausführungen des Genossen Bissell decken (Sehr wahr!) und daß die überwältigende Mehrheit der Parteimitglieder ganz und gar hinter den Ausführungen des Genossen Bissell steht (Lebhaftes Sehr richtig!), daß wir alle nur sein energisches Bekenntnis zur Gemeinwirtschaft begrüßen können (Sehr wahr!), und ebenso das Bekenntnis, das Genosse Braun in der uns vorliegenden Resolution zur Gemeinwirtschaft abgelegt hat. Was die Sozialisierung anlangt, so gilt ja für sie doppelt und dreifach, was heute für die Partei im allgemeinen gilt, nämlich: daß es jetzt nicht mehr darauf ankommt, viele schöne Worte zu machen oder neue Ideen zu finden, sondern das, was von den alten Ideen dafür reif ist, in die Wirklichkeit zu überführen (Sehr wahr!), daß es heute nicht mehr unsere Aufgabe ist, von der Utopie zur Wissenschaft, sondern von der Wissenschaft zur Praxis. (Sehr gut!) Die Ansicht, daß wir die Durchführung der Sozialisierung verlagern müßten, weil die Wirtschaftslage heute eine so schwierige ist, diese Ansicht birgt in sich selbst einen gewissen Widerspruch. (Sehr richtig!) Genosse Bissell hat gewiß mit dem größten Recht gesagt: je schwieriger die wirtschaftliche Lage ist, desto schwieriger ist die Sozialisierung durchzuführen, aber desto notwendiger ist sie auch. (Sehr richtig!) Wenn es stimmt, wovon wir alle überzeugt sind, daß der Sozialismus, die sozialistische Wirtschaftsordnung die überlegene, bessere Ordnung darstellt, daß die Sozialisierung die Produktivität erhöht, wenn das stimmt, dann haben wir doch heute noch nicht weniger, sondern mehr Grund als sonst, sie einzuführen. (Sehr wahr!) Gerade die Not zwingt, das beste System anzuwenden. Es ist ja auch die Not und nicht der eigene Wille gewesen, der die alte reaktionäre Regierung gezwungen hat, mitten im Kriege noch den sogenannten Kriegs-

sozialismus einzuführen. Wir sind uns alle darin einig, daß man die Sozialisierung nicht von heute auf morgen durchführen kann. Aber wir können es nicht länger hinausschieben, die Vorbereitungen zu schaffen, die für ihre Durchführung notwendig sind. (Sehr wahr!)

Ich möchte nur auf drei Vorbereitungen hinweisen, die hier noch nicht eingehend behandelt sind. Das erste ist die Durchführung der Demokratie in den Betrieben. Genau so wie der sozialistische Staat sich entwickelt aus dem demokratischen und parlamentarischen Staat, so muß der Sozialisierung in der Wirtschaft die Demokratisierung und Parlamentarisierung vorangehen. (Sehr wahr!) Wie früher die Vertretungen des Volkes, die Parlamente, im Staat die Alleinherrschaft der Fürsten gebrochen haben, so muß jetzt durch die Vertretung der Arbeiter, die Arbeiterräte, die Alleinherrschaft der Unternehmer in den Betrieben gebrochen werden. (Sehr richtig!) So wie die Parlamente früher den Fürsten, so werden jetzt die Arbeiterräte den Unternehmern ein Recht nach dem anderen abnehmen, werden sie die Unternehmer langsam zerschlagen, bis sie schließlich überflüssig werden, wie heute die Fürsten im Staat, damit die Sozialisierung sich vollendet. Ganz gewiß kommt neben diesem Weg der Sozialisierung auch der Weg über die Kommunisierung und Verstaatlichung in Betracht. Aber im Gegensatz zu diesem Weg von oben herunter, zu diesem Weg der Verordnungen und Befehle, wird der Weg der Sozialisierung von unten herauf durch die Arbeiterparlamente, die Arbeiterräte (Sehr richtig!) ganz gewiß der allgemeinere, der organischere Weg bleiben. Aber es genügt nicht, wenn die Arbeiter die Macht in den Betrieben erlangen, sie müssen dazu auch die Fähigkeit erhalten, diese Macht richtig auszunutzen. (Sehr richtig!) Das Wissen, die Bildung muß in ganz anderer Weise wie bisher gefördert werden. Neben der praktischen Bildung, die den Arbeitern durch die Einsicht in die Betriebe, die sich den Arbeiterräten jetzt eröffnet, zuteil wird, neben den Kursen, die Gewerkschaften und Partei im allergrößten Maßstabe für die Arbeiterräte einrichten sollten, ist auch die Bildungspolitik der Fraktion, die Schulreform, in diesem Sinne ein Stück praktischer Sozialisierung. Als dritte wichtigste Vorbedingung für die Sozialisierung kommt die Internationalisierung in Betracht. Kein Argument der Sozialisierungsgegner ist so unüberleglich wie dies, daß die Sozialisierung nur international durchführbar ist. Aber ich glaube, daß diese Tatsache, anstatt von der Sozialisierung abzuschrecken, uns nur antreiben sollte, die Internationalisierung noch energischer als bisher zu fördern. Ich glaube, daß auf diesem Gebiet manches verläumt ist, und daß die Rechtfertigung der Fraktion und des Parteivorstandes in bezug auf die äußere Politik nicht ganz so überzeugend ausgefallen ist, wie in bezug auf die innere Politik. Es ist nicht ganz unverständlich, wenn unsere Genossen in den anderen Ländern, die mehr noch als wir nach den äußeren Tatsachen urteilen müssen, manchmal Zweifel an der Echtheit einer Revolution hegen, die in Heer, Staat und Parlament die allein missgünstigen Führer, die Hindenburg, Dernburg, Erzberger und Fehrenbach an erster Stelle läßt, einer Revolution, die die Könige laufen läßt und die Revolutionäre erntet. (Sehr gut!) Wir kaufen heute Gefahr, daß das sozialistische Deutschland in der sozialistischen Internationale genau so isoliert dasteht, wie früher das kapitalistische Deutschland in der alten Welt. Wir sollten nicht die Fehler begehen, die Weltrevolution, wie früher die deutsche Revolution, solange als Utopie von der Hand zu weisen, bis sie eines Tages da ist und uns unvorherbereitet findet. Die Weltrevolution ist ganz gewiß eine Utopie in dem Sinne, wie die Kommunisten sie auffassen, als ein verzögerter Straßenputz, aber sie ist keine Utopie in dem Sinne wirtschaftlicher Umwälzungen, der Wende-

rung der Besitzverhältnisse, der internationalen Sozialisierung. Ich möchte nur, um das zu beweisen, einige Sätze von 8 Genossen aus anderen Ländern anführen, die uns allen bekannt sind als besonnene und vernünftige Genossen, als Genossen, die auf dem rechten Flügel der Partei stehen. So sagt Branting: „Dem Kriege muß eine umfassende Wandlung der Besitzverhältnisse folgen, damit das Nationalvermögen, das jetzt in den Händen der Privatkapitalisten ist, für nationale Zwecke verwendet werden kann.“ Genau dasselbe sagte Gachin vor einiger Zeit in der „Humanité“ und genau dasselbe sagt Henderson, wenn er ausspricht: „Die Hauptursache der immer wachsenden Unruhen unter den Arbeitern ist der Einfluß der Arbeiter, die ganze gegenwärtige Struktur der kapitalistischen Wirtschaft in Frage zu stellen.“ Die Hauptursache ist der Niederbruch des herrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystems in dem Sinne, daß die Masse der Arbeiter zu der festen Ueberzeugung gelangt ist, daß die Produktion für den privaten Profit keine gerechte Grundlage mehr für die Wirtschaftsordnung bildet. Ich möchte zusammenfassend sagen, daß ich glaube, die Partei und die Fraktion im allgemeinen muß sich mehr noch als bisher dem Problem der Sozialisierung und Internationalisierung als Hauptproblem zuwenden. Jede Zeit, jede Revolution hat ihre Aufgabe, die sie vor allen anderen Aufgaben zu lösen berufen ist. Wie die Aufgabe der Revolution des vergangenen Jahrhunderts die politische, wie hier gesagt worden ist, die formale Demokratie war, so ist die Aufgabe der jetzigen Revolution die Sozialisierung, die wirtschaftliche Umwälzung. Nur dadurch können wir das Vertrauen der Arbeiter in den anderen Ländern und hier bei uns wiedergewinnen. Nur durch radikale Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiete können wir auch die Einigung wieder herbeiführen, nicht durch Konferenzen oder Resolutionen. Ich glaube deshalb, daß die besten Kräfte der Fraktion diesen Problemen gewidmet werden müssen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Löbe: Es ist noch Antrag 275 eingegangen, der zu diesem Punkt der Tagesordnung gehört.

Brennede-Frankfurt a. M.: Nachdem unsere eigene Regierung während der Wochen und Monate vor der Nationalversammlung kein rechtliches Vertrauen zu den Arbeiterräten, den Treuhändern der Revolution, hatte, waren die Hoffnungen, die von unserer Anhängerschaft auf das Wirken der Nationalversammlung gesetzt wurden, natürlich sehr groß. Aber schon nach wenigen Wochen wurden diese Hoffnungen arg enttäuscht, und an ihre Stelle ist geradezu eine Erbitterung gegen die Nationalversammlung getreten. Es ist notwendig, zu untersuchen, ob diese Erbitterung berechtigt ist, und ob alles so hätte kommen müssen, wie es nun einmal gekommen ist. Es ist ja unbedingt richtig, daß eine Koalitionsregierung Nach nehmen mußte, nachdem unsere Genossen von den Unabhängigen es ablehnten, mit uns gemeinsam die Regierung zu führen. Aber daß es nicht möglich war, während der Tagung der Nationalversammlung noch mehr für unsere Ideale zu erwirken, das muß doch bestritten werden. Schon die eine Tatsache, daß der Präsident des alten Reichstages, Herr Fehrenbach, derselbe, der im Dezember vorigen Jahres den Reichstag zusammenberufen wollte, als Instrument der Gegenrevolution, auch wieder auf den Präsidienstuhl des neuen Hauses gesetzt wurde, hat Enttäuschung und Erbitterung bei unsern Anhängern hervorgerufen. Dann aber vor allem das praktische Ergebnis im Ministerium und der Nationalversammlung. Obwohl die Not des Volkes täglich stieg und obwohl alles nach Tätigkeit schrie, mußten wir sehen, daß man sehr lange darüber diskutieren konnte, welche Platte in Zukunft das Deutsche Reich führen sollte. Man hörte auch davon, daß wieder ein Staatsanmarsch eingeleitet wurde, und man sah nicht, daß man endlich einmütig

erzucht gemacht wurde mit der alten Forderung der Einheitspolitik, sondern an Stelle der gestürzten Fürsten wurden, man möchte beinahe sagen, rote Fürsten gesetzt, die ebenso fest in ihrem Sattel saßen wie die alten. (Zuruf: Jaun-Häutige!) Sehr richtig! Darum müssen wir hier ganz besonders die Forderung erheben, daß mit diesen Staatengebilden endlich Schluss gemacht wird, daß man unsere eigenen Genossen ganz energisch den Stuhl vor die Tür setzt, wenn nicht mit diesem Anflug bald aufgehört wird. (Sehr richtig!) Ebenso sind die Hoffnungen auf die Nationalversammlung in den Fragen der inneren Reform zum großen Teil zerschanden geworden. Wo ist mit der Einheitschule der Anfang gemacht worden? Man streitet sich in den Bundesstaaten, in den einzelnen Städten herum, aber an das Grundübel magt man sich nicht heran. (Zuruf: Und das Wahlergebnis?) Dann vor allem die Frage der Lebensmittelversorgung. Ich bedaure, daß wir es nicht fertig bekommen haben, die Lebensmittelversorgung, vor allem die Lebensmittelbezugsung in anderer Weise zu regeln. Man hätte doch unbedingt eine Preisstaffelung einführen müssen, aber man wollte, daß das Reich unter seinen Umständen Geld darauflegen sollte. Ich muß mich auch wenden gegen die Anschauung, die aus den Worten des Genossen David hervorgeht, daß die Arbeiterchaft rein mutwillig nur immer Lohnbewegungen gemacht habe. Nein, die Lohnbewegungen sind immer erst gekommen, wenn die Lebensmittel und Wohnungen dauernd im Preise hinaufgingen. (Sehr richtig!) Was David anführte, ist nichts anderes, als was uns heute von den Unternehmern jeden Tag entgegengehalten wird, die Theorie: „Ihr müßt erst mit den Löhnen heruntergehen, dann können die Preise heruntergehen.“ (Zuruf: Das ist nicht ausgeführt worden.) Nein, aber wer sein Hören kann, muß sagen, daß das eine ganz natürliche Folgerung von dem war, was er gesagt hat.

Nun haben wir aus Frankfurt a. M. einige Anträge gestellt. So fordern wir, daß der Zinsfuß der Kriegsanleihe wesentlich herabgesetzt werde, und wir hoffen, daß man gegenüber den Besitzern der großen und hohen Kriegsanleihen nicht nur den Zinsfuß herabsetzt, sondern bei der Vermögensabgabe steueros diese Kriegsanleihe einzieht. Was da bisher geschehen ist, kann uns nicht befriedigen, das sieht nicht nach dem Wort Scheidemanns aus, daß nicht einer an diesem Kriege Verdienste haben dürfe. Die Steuerfrage ist durchaus nicht in unserem Sinne gelöst worden. Mit Wissells Richtlinien sind wir einverstanden. Sie haben auch den Beifall des ganzen Parteitag gefunden. Deshalb verstehen wir nicht, daß ein anderer Minister, Genosse David, gleich hinter Wissell auftritt und den Finger zur Warnung erhebt. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wissells Rede ist uns wie ein Schrei an die Öffentlichkeit erschienen. (Starke Zustimmung.) Wir wollen jetzt wissen, wie die anderen Minister zu ihm stehen. Wir wollen wissen, ob in dem Kampf zwischen Dernburg und Wissell der Manchestermann Dernburg den Sieg davontrug. Wir stehen einmütig hinter Wissell, wenn uns auch manche seiner Ausführungen nicht gefallen haben. Sein Grundprogramm ist aber unser wirtschaftliches Zukunftsprogramm und muß durchgeführt werden. Die Schwereigkeiten der Koalitionspolitik sind eine Folge unserer Einigung mit den Bürgerlichen schon während des Krieges. Wenn jetzt aber die Bürgerlichen in reaktionärem Sinne ihre Köpfe erheben, dann sollten wir ihnen endlich sagen: bis hierher und nicht weiter! Wir weichen nicht ab von Wissells Programm! Mit der Amtsbesetzung sind unsere Forderungen wahrlich nicht erschöpft, das muß den Bürgerlichen immer wieder gesagt werden. Das Hauptstück unserer Arbeit liegt auf wirtschaftlichem Gebiete.

Zu kurz gekommen ist in der Nationalversammlung auch das Wohnungs-wesen. Es ist sehr viel über Siedlungsgesetze und Siedlungsfragen geschrieben

worden. Aber jetzt, wo es gilt, die Worte in die Taten umzusetzen, versagt die Nationalversammlung. (Hermann Müller: Soll sie Kohlen machen?) Nein, sie soll Grund und Boden enteignen. (Zuruf: Damit haben wir noch keine Häuser! Zuruf Hermann Müllers: Die Wohnungsfrage ist nichts weiter als eine Kohlenfrage!) Wir können uns nicht davon überzeugen, daß in der Sozialisierung nicht mehr hätte geschehen können. Ich stimme Wissell zu und gehe noch weiter als er: Was bisher gemacht worden ist, kann man schwerlich als Sozialisierung bezeichnen. Das gilt besonders von der Kohlenfrage. Werben wir wieder, was wir früher gewesen sind. (Beifall.)

Robert Schmidt: Wir können Wissell dafür dankbar sein, daß er volkswirtschaftliche Probleme erörtert hat, die für die Partei und die politische Konstellation von ganz besonderer Bedeutung sind. Als Ernährungsminister habe ich natürlich ein besonderes großes Interesse an seinen Ausführungen, aber ich muß mich doch sehr entschieden gegen die Kritik Wissells wenden. Er hat überhaupt, wir hätten kein Programm gehabt; demgegenüber muß ich feststellen, daß wir ein ganz bestimmtes Programm der Sozialisierung gehabt haben. Das Programm aber macht es nicht, sondern der Inhalt und die praktische Durchführung. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wenn Sie den ersten und den zweiten Teil der Rede Wissells miteinander vergleichen, so werden Sie zugehen müssen, daß er Ihnen sehr viel Wasser in den Wein der Sozialisierung gegossen hat. (Bereinigtes Sehr richtig!) Und ich bedaure nur den Mangel an Kritik, den der Parteitag in der Beurteilung des Unterschiedes zwischen Leben und Taten beweist. Wissell ist es doch gewesen, der die Sozialisationskommission hochfliegen ließ, weil er glaubte, auf seinem Gebiet für die volle Sozialisierung arbeiten zu können. Das Reichswirtschaftsamt ist der Brennpunkt für die Sozialisierung gewesen, mit seinem Bureaukraten und seinem Bureaukratismus, so erklärte damals die aufgelöste Kommission, und zwar auch unsere Parteigenossen, die der Kommission angehören. Die Unabhängigen in der Kommission haben vielfach durchaus verständige Anschauungen vertreten. So wenig ich Hilferding in seiner politischen Auffassung folgen kann, in so weitgehendem Maße kann ich ihm in der Frage der Sozialisierung zustimmen. Was ist denn nun an Sozialisierung geleistet worden? Die Kohलगemeinschaft ist ja ein Stück der großen Planwirtschaft, aber sie ist doch nur ein sehr schwächerer Weg zur Sozialisierung. (Beifall.) Wenn das Sozialisierung ist, dann danke ich dafür. (Zustimmung.) Bisher ist die ganze Kohलगemeinschaft doch nichts weiter als eine Gesellschaft zur Bestimmung der Preise, und zwar bisher für eine erhebliche Höherhebung der Preise. Wenn das Sozialisierung sein soll, dann wird doch sehr bald, wenn die Planwirtschaft sich erst vollständig eingelebt hat und erkannt worden ist, eine lebhaftere Enttäuschung darüber einsehen.

Nun hat Wissell behauptet, er habe von bürgerlicher Seite mit außerordentlichem Widerstand zu kämpfen gehabt. Das gibt mir Veranlassung zu dem Hinweis, daß zur Zeit der Einbringung des Kaltegesetzes durch Wissell, das sich nur mit der Preisregelung befahte, gerade ein Bürgerlicher gefragt hat: wo bleibt denn die Sozialisierung? Da hat der Wirtschaftsminister Wissell gesagt: So schnell geht das nicht mit der Sozialisierung, wir müssen erst einmal eine Preisregelung eintreten lassen. Erst durch den Druck des Kabinetts und des bürgerlichen Vertreters ist es gelungen, Wissell zur Regelung der Kaltefrage entsprechend der Kohलगemeinschaft zu bestimmen. (Lebhaftes Hört, hört!)

Ich komme zu einem anderen Punkte. In der bekannten Schrift des Reichswirtschaftsamts über die Planwirtschaft verlangt Wissell 5 Milliarden für die Industrie zur Begünstigung der Ausfuhr. Ich danke dafür, daß die

Industrie, nachdem sie während des Krieges Milliarden eingestrichen hat, nun noch weitere 5 Milliarden zugesichert erhalten soll. Ich verlange, daß die Industrie zur Wiederbelebung der Ausfuhr aus ihren eigenen Mitteln schöpft. Der Völkern ihr ebenfalls Staatszuschüsse zuwenden, wie wir sie der Landwirtschaft bewilligen können.

Es ist weiter behauptet worden, wir hätten uns zu den Sozialisierungsmassnahmen unter der Einwirkung der Berliner Straßenkämpfe entschlossen. Demgegenüber muß ich feststellen, daß wir vor den Berliner Straßenkämpfen die Sozialisierungsfrage bereits in Angriff genommen hatten und sie ohne Einwirkung der Straßenkämpfe zum Abschluß gebracht haben. Weiter! Bissell mußte wissen, daß auch in der Frage der Kohलगemeinschaft keine Einwirkung von außen mitgespielt hat. (Große Bewegung. Zuruf: Weshalb hat er es denn gesagt?)

Bei den Verhandlungen mit den Arbeitern, in der Kommission und im Plenum der Nationalversammlung hat er ja auch selbst immer wieder darauf hingewiesen, daß das Gesetz unabhängig von den Straßenkämpfen entstanden ist.

Wir dürfen an der vollen Sozialisierung nicht vorübergehen. Ich glaube, daß mehrere Industrien für die Sozialisierung reif sind. (Lebhaftes Hört. Hört!) Ich vermiee aber die Unterstützung des Reichswirtschaftsamts. Im besonderen ist die Einführung des Getreidemonopols sofort möglich. Bissell hat gesagt, ich sei sein Sorgenkind. In der Tat hat er dann auch verschiedene Male versucht, mich in seine väterliche Obhut zu nehmen. Ich habe mich nur sehr entschieden dagegen wenden müssen. Wie sieht seine Fürsorge aus? Wir haben bis gegenwärtig 1054 Millionen Mark Gold nach dem Auslande geschickt, um unsere Lebensmitteleinfuhr zu finanzieren. Keine Summe von dieser Milliarde 54 Millionen ist hinausgegangen, ohne daß vom Reichswirtschaftsministerium Widerspruch gegen die Mittel, die zur Verfügung gestellt wurden für die Lebensmitteleinfuhr, erhoben wurde. (Hört, hört!) Zu meinem großen Bedauern. Ich kann konstatieren, im Hinblick auf die ganz unbegründeten Angriffe, die hier gegen die bürgerlichen Mitglieder des Kabinetts geschleudert wurden, daß kein einziges Mitglied der bürgerlichen Parteien auf die Seite des Wirtschaftsministeriums getreten ist. Und weshalb? Weil Bissell von der Idee geplagt wird, wir führten zu viel Lebensmittel ein. (Hört, hört! und Bewegung.) Ich bin geradezu entsetzt gewesen, wenn ich solche Reden gehört habe. Da habe ich natürlich sehr große Bedenken gegen dieses Wirtschaftsprogramm und gegen diese Auffassung von Sozialisierung und Volksozialisierung. (Zuruf: Die soll wohl auch begraben werden!) Ich konstatiere hier Tatsachen, und wenn sie Ihnen unangenehm sind, dann ist es dauernd, wenn Sie dagegen Einspruch erheben. Wenn solche Angriffe gegen die Partei und ihre Tätigkeit geschleudert werden, dann muß sich der Kritiker auch schließlich gefallen lassen, daß ihm gesagt wird, wie es mit seiner Praxis aussieht.

(Auf Beschluß des Parteitag's wird dem Redner die Redezeit verlängert.)

Wir sollen zur Landwirtschaft übergehen. Sehr schon, alle diese Organisationsbestrebungen usw. Aber ich sage Ihnen, wer sich mit volkswirtschaftlichen Fragen beschäftigt hat, weit, daß diese Landwirtschaft auch die große Gefahr in sich birgt, die Grundlagen der Sozialdemokratie und Trustutz außerordentlich zu stärken. Die Rückkehr zum uneingeschränkten despotischen Kapitalismus ist bei dieser Organisation leichter als die Weiterentwicklung zum Sozialismus. Deshalb habe ich auch gegen diese Landwirtschaft meine sehr großen Bedenken und bin kein begeisteter Anhänger.

Das Vertrauen im Volke schwindet zur Regierung. Parteigenossen, eine Regierung, die solche Erbschaft angetreten und mit diesen Widerständen im Reichsstaatsleben, in Arbeiterschaft, im Unternehmertum, in allen Schichten der Bevölkerung zu rechnen hat, die hat diesen Widerstände zu überwinden. Denn politische Arbeit finde ich doch nur bei sehr wenigen, bei einem kleinen Teil unserer Bevölkerung. Die große Masse, die die Anhänger bei uns ausmacht, das sind doch alle die, die neu zu uns gekommen sind, und sie fragen: Was bringt es uns ein, wenn wir zur Partei kommen. Da kommen wir mit unserem Idealismus nicht aus. Eindringen können wir ungeheuer wenig, weil nichts da ist, weil es an Schaffenstrafe fehlt. Das muß jeder, der die Dinge heute ansieht, sich selbst sagen. Das, was wir an materiellen Vorteilen dem Einzelnen bieten können, ist gering und wird für absehbare Zeit nicht groß werden, weil die Aufgaben, die wir zu erfüllen haben, enorm groß sind.

Wenn Bissell sagt, wir werden damit rechnen müssen, daß Schmalhans Ruchenmeier ist, so wird er damit auch keine Begeisterung beim Volke auslösen, denn dagegen richtet sich ja der ganze Kampf. Es ist nicht mit Unrecht gesagt worden, daß eine Besserung unserer Lebensmittelversorgung sehr viel zur Zufriedenheit und auch vielleicht zum Vertrauen zur heutigen Regierung beitragen würde. (Sehr richtig!)

Ich bin deshalb der Meinung, daß man die von Bissell vorgetragenen Pläne sehr kritisch betrachten muß. Es ist doch auch sehr fraglich, wenn weiterhin das Reichswirtschaftsamt, worauf Bissell nicht zu sprechen gekommen ist, für einen gewissen Zeitraum für eine Anzahl von Gewerben vollständig das Streikrecht ausschließen will, ob wir da allgemeine Zustimmung in der Arbeiterschaft auslösen. Da möchte ich die Meinung des Parteitag's und meiner verehrten Vorrednerin hören. Die Vorschläge sind in der Presse erschienen. Sie wollen doch das Programm vollständig unterschreiben. Ich kann mir vorstellen, daß man unter Umständen dazu gezwungen wird, irgendwelche Sicherungen für den ruhigen Fortschritt der Arbeit einzusetzen. Aber mit großer Begeisterung wähle ich den Weg nicht, und ich glaube, daß in der Arbeiterschaft dagegen wahrscheinlich eine sehr lebhaftige Opposition einsetzen wird.

Ich bin deshalb der Meinung, die Sozialisierung muß zur Volksozialisierung der Berufe gehen, die eine günstige Entwicklung dafür aufweisen. Sie muß das Tempo anslagen, das möglich ist in Anbetracht unserer heute sehr heruntergekommenen wirtschaftlichen Verhältnisse. Sie darf vor allen Dingen nicht darauf hinausgehen, Formen zu schaffen, die die privatkapitalistische Produktionsweise aufs neue stärken, ihr Machtmittel zuführen, die sich gegen die Arbeiterklasse richten können. Die Demokratie genügt nicht allein in der Sozialisierung, sondern es handelt sich darum, den Kapitalismus durch die Gemeinschaft an Produktionsmitteln abzulösen. Das ist die Aufgabe des Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Reuter-Zuruf: Es hat wohl in der Geschichte unserer Partei noch nie eine Zeit gegeben, wo die Fraktion eine bezartig schwere Verantwortung übernommen hat wie heute. Wir müssen das einsehen und gestehen, daß sie ein übles Erbe angetreten hat. Sie muß gewissermaßen den deutschen wirtschaftlichen Bankrott liquidieren und sie hat die Aufgabe, das Volk aus diesem Elend in eine bessere Zukunft hinarbeitenzufuhren.

Ich möchte mich gegen das wenden, was in dem Untergrund der Ausführungen des Genossen David lag. Er richtet den Appell an das Pflichtgefühl, immer nur allein an die Arbeiter. Ich hätte es für richtig gehalten, das Pflichtgefühl und die Liebe zum Volke auch einmal der anderen Seite zuzugewenden.

zufen. Das ist nicht der Fall gewesen. Wir haben vier Jahre im Graben als Habenichtse dafür gesorgt, daß der bestehende Gesellschaft der Kote Haßn nicht aufs Dach gesetzt worden ist. Dafür hat man unsere Frauen und Kinder halb verhungern lassen. Und das wird jetzt noch fortgesetzt. (Zuruf: Von Arbeiterführern!) Das ist nicht wahr, Genossen. Aber, was unser Volk brauchen bewegt, ist die Tatsache, daß das Volk weiß, daß wir arm sind, aber es kann nicht begreifen, daß trotz dieser Armut ein kleiner Teil doch noch imstande ist, genau wie vor dem Kriege bis an die Nase im Fett zu sitzen. Die Abstellung dieser Sache fordert man von unserer Partei. Und in dem Maße, wie es gelingt, diese Zustände zu ändern, steigt das Vertrauen zu Parlament und Partei.

Alle Tage zeigen uns von neuem, das Wort Vaterland und Liebe zum Volk existiert nur immer im Volk, in der Arbeiterschaft, aber niemals in der bestehenden Gesellschaft. Sonst könnte sie es nicht mitansehen, daß dem Arbeiter und dem Schwindeldum, dem Schiebertum nicht endlich mal das Genid gebrochen wird. Der Arbeiter kann nicht schieben, das können nur die Kapitalisten. Wundern wir uns doch nicht, wenn der Arbeiter streikt und mehr Lohn haben will, um für das Pfund Butter auch 80 Mk. zahlen zu können. Daran müssen wir die Axt legen. Ich komme aus einem rein häuerlichen Bezirk, aus Ostfriesland, wo gewissermaßen eine Zeitquelle ist. Da können Sie in bezug auf Hamsteret und Schieben von Lebensmitteln etwas gewahr werden.

Wir müssen zu einer planmäßigen Erfassung der Lebensmittel kommen. Das ist die Aufgabe unseres Genossen Schmidt. Ich weiß wohl, daß er nicht alles allein machen kann. Da soll er sich bei der Auswahl seiner Mitarbeiter an die Organisation seiner Bezirke wenden. Dagegen sollen sich nicht Leute als Berater des Ernährungsministers aufspielen, von denen feststeht, daß sie, als die Eier freigegeben wurden, 1 Mk. im Einkauf für ein Ei gezahlt haben.

Zu übrigen bin ich sehr einverstanden mit dem Getreidemonopol. Wir müssen sofort von dem Erzeuger zum Verbraucher kommen können. Den Zwischenhandel müssen wir ausschalten. Die Viehverwertungsgesellschaften haben Millionenverdienste gemacht. Positive Arbeit haben sie nicht geleistet. Alle diese Kriegsverwertungsgesellschaften arbeiten nach diesem Schema. Die ostfriesischen Fischer, die schwer um ihre Existenz unter Lebensgefahr ringen müssen, haben als Zwischenorganisation eine Gesellschaft, die es fertig bringt, die Produkte um drei Viertel zu verteuern. Solche Organisationen müssen heraus.

In bezug auf das Sozialisierungsgesetz muß ich auch Einwendungen machen. Es ist lange nicht das, was wir als Sozialismus ansehen können. Wie will man entschädigen? Wer einmal in kapitalistische Betriebe und Buchführungen hineingeleuchtet hat, wird sehen, daß neben Ausschüttung der Dividenden mit gewaltigen Abschreibungen vorgegangen wird. Der Staat muß sagen: der Buchwert ist der gegebene Wert, oder bei den Bergwerken, die Dividenden, ja Ueberdividenden eingezahlt haben! Da hat der Aktionär das hineingesteckte Aktienkapital mehr als dreimal herausgeholt, und da gebührt ihm gar keine Entschädigung. Wenn wir arbeitslos geworden sind, hat uns auch niemand etwas gegeben. Die Werte sind auch mit Hilfe des gesamten Volkes geschaffen worden. Was der Unternehmer hat, hat er durch das gesamte Volk bekommen, und das gehört letzten Endes wieder dem gesamten Volk. Wenn die Fraktion einmal ernsthaft mit dem Plane einer hohen Vermögenssteuer vorgeht, so daß die Massen sehen, daß das Reich gewillt ist, den Besitzenden das zu nehmen, was sie dem Volke abgenommen haben, dann ist der Kontakt mit den Massen wiederhergestellt. Ich möchte also den führenden Genossen in der Re-

gierung zuzurufen: verliert den Kontakt mit den Massen nicht, dann verliert ihn die Masse auch mit Euch nicht. (Bravo!)

Vorsitzender Abge.: Es ist zum letzten Punkt der Tagesordnung der Antrag gestellt worden, eine Reumwahl des Zentralkomitees auszusprechen. Nachdem die Arbeiten des Ausschusses wieder aufgenommen worden sind, wird der Beschluß des Mannheimer Parteitagges ausgeführt werden müssen. Es liegt nur eine Vorschlagsliste vor, die die bisherigen Mitglieder des Zentralkomitees, Heimann, Korn, Schulz und Löbe, und als neue Mitglieder Frau Bohm-Schuch, Professor Cunow, Dr. Franz Dieberich, Hellmann (Hamburg) und Schred (Wieselfeld) enthält. Ich gebe einstweilen davon Kenntnis.

Schluß 1 Uhr 6 Minuten.

Nachmittags-sitzung.

Vorsitzender Löbe teilt mit, daß zu dem Antrag 251 ein Änderungsantrag Lesche eingegangen ist, im vierten resp. sechsten Absatz hinter den Worten „die“ resp. „Arbeitgeber“ in der letzten Zeile jedes dieser Absätze einzufügen: „unter Zuzugleichung von Vertretern der organisierten Verbraucher.“

Die Debatte über das Referat Löbe wird fortgesetzt.

Düggel-Docum: Genossinnen und Genossen! In dieser Anrede liegt, glaube ich, der edelste Kern des Sozialismus. Genossinnen und Genossen wollen wir sein, zusammenwachsen zu inniger Gemeinschaft, zu inniger Kräfte- und Willensliebe. Aber ich glaube kaum, daß das möglich ist allein in der formalen Demokratie. Dies erblicke, was uns der Sozialismus bringen soll, die Verbrüderung des Menschengeschlechts, nach dem Sie sich mit ganzem Herzen sehnen, das ist auf diesem Parteitag zweimal zum Ausdruck gekommen, einmal von dem Genossen Scheidemann, als er sagte, nicht Selbstgewalt ist der Sozialismus, sondern der große Wille, den der Sozialismus in sich birgt, der Wille zur Menschheitsbeglückung, der Wille zum großen Kampf um Ideale der Nächstenliebe, der Menschenverbrüderung. Und noch höher und herrlicher, noch edler ist dieser Ton hier angeschlagen von unserm Genossen Wissell. Ich glaube, wohl in allen Herzen der Delegierten hat die Rede des Genossen Wissell einen Anklang und Zustimmung gefunden. Gab er doch die Stimmung wieder, die uns Delegierte hier auf dem Parteitag bewegt und trägt, und die wir zusammengehört und getragen haben von all den Genossen, die uns hierher beordert haben auf dem Parteitag, um für dies Ziel einzutreten, ein Gemeinschaftsleben zu führen. Dieser Widerhall, den die Rede des Genossen Wissell in uns ausgelöst hat, wird auch nicht abgeschwächt durch die Ausführungen der Genossen Dabw und Schmidt. Denn wenn wir auch wohl anerkennen, daß die Lohnforderungen der Arbeiterschaft zu Unrecht bestanden (Auf: Manu!), müssen wir doch sagen: noch vier Blutzahren, nach vier Jahren schwersten Ertragens kommt der Arbeiter zurück, und da soll er mit wenig Geld die hohen Auslagen tragen, diese gewaltigen Anforderungen des Tages bestreiten. Das war unmöglich. Und als er zurückkehrte, sah er auch, daß der alte Kapitalismus unbehirtet weiter wirtschaftete, daß er ohne Rücksicht auf das Blutopfer der Gesamtarbeiterschaft seine gewaltigen Krallen in das Herz der Arbeiterschaft schlägt. Wenn der Arbeiter überall steht, wie Geld zusammengegrast worden ist, soll ihm denn da nicht auch der Gedanke nach Geld kommen. Das ist doch psychologisch sehr leicht zu erklären. Um so weniger kann ich es verstehen, daß David den Arbeitern ihre berechtigten Ansprüche vorenthalten wissen will. (Große Unruhe. — Rufe: Sie haben ja David gar nicht verstanden! Sie haben schlecht zugehört!

Sozialdemokratische Partei

Deutschlands

Partei Vorstand

— Vorsitzender Löbe: Das Wort hat der Redner.) Wenn Sie auch behaupten, ich hätte schlecht zugehört, so muß ich doch sagen, der Arbeiter verlangt mehr nach dem Sozialismus als nach der Demokratie. Am bedauerlichsten ist es, daß der Sozialismus in der Landwirtschaft noch so wenig Beachtung gefunden hat. Auch die Landwirte stehen unter der Krone des Kapitalismus, des Bodenkapitalismus der Junker, von denen sie maßlos geknebelt und geknebelt werden. Auf dem Lande hat man noch nicht das richtige Gefühl für den Sozialismus. Das hat sich erwiesen in dem Verfahren der häuerlichen Bevölkerung mit den Lebensmitteln. Viele von Ihnen haben wohl erlebt, wie man die Stadtbefölkerung gemein betrogen hat. (Große Unruhe. Zuruf: Man hat uns herausgepeitscht! Sagen Sie doch das auf dem Lande! Wir wissen das ja alles!) Ich sehe wohl, daß ich mit meinen Ausführungen Widerspruch erwecke. Ich muß aber doch sagen, man hätte mit der Arbeit auf dem Lande schon vor Jahrzehnten beginnen müssen. (Zurufe: Das haben wir ja getan!) Aber wie! (Neue Zurufe: Man hat uns mit dem Knüttel davon gesagt!) Ach, reden Sie nur. (Die Unruhe dauert an. — Vorsitzender Löbe: Sprechen Sie doch ruhig weiter.) Ich bitte Sie jedenfalls, die Anträge 248 und 255 anzunehmen. Sie werden der Aufklärung der Bauernschaft damit dienen. Ebenso bitte ich um Annahme des Antrages 251. Es muß uns gelingen, der Bauernschaft mehr Gefühl für wahres Menschentum und den Sozialismus beizubringen.

Gen.-Genau: Ich bitte dringend, den von Wissell begründeten Antrag 251 anzunehmen.

Es ist nicht richtig, wenn Genosse Schmidt behauptet, daß dadurch ein neuer Wirtschaftsplän aufgestellt werden soll. Der Antrag soll vielmehr die Durchführung der Vereinbarungen der Mehrheitsparteien mit der Reichsregierung sichern.

Schmidt hat auch nicht recht, wenn er die Pläne des Genossen Wissell für gefährlich erklärt. Der Einwand, Wissells Pläne könnten nach einem politischen Umsturz zu einer rücksichtslosen Gewaltwirtschaft des Großkapitalismus ausgenutzt werden, wirkt wenig überzeugend. Denn wenn die Demokratie im Kampfe mit der Reaktion wirklich wieder unterliegt, dann werden viele Errungenschaften der Revolution beseitigt oder in ungünstiger Weise gegen uns ausgenutzt werden. (Sehr richtig!)

Ebensomenig teile ich Schmidts Bedenken gegen die Kohlenwirtschaft, weil sie zunächst zur Festsetzung höherer Preise geführt hat. Genosse Schmidt möge doch an seine eigene Eierwirtschaft denken! (Lebhafte Zustimmung.) Die Preissteigerung auf so vielen Gebieten liegt eben in den jetzigen Verhältnissen. Gerade deswegen ist es Zeit, hier endlich regelnd und ordnend einzugreifen, um weitere Preissteigerungen zu vermeiden.

David hat in auffallender Weise gegen Wissell gesprochen. Er machte ihm den Vorwurf, gegen die Solidarität des Kabinetts verstoßen zu haben. Was soll mehr gelten, die Solidarität mit den Bürgerlichen in der Koalitionsregierung oder die Solidarität mit der Partei? Ich glaube, daß die Solidarität mit der Partei höher stehen muß als die Solidarität mit den bürgerlichen Regierungsmitgliedern. (Lebhafte Zustimmung.) Hier möglichst Klarheit zu schaffen, ist ja gerade eine der wesentlichsten Aufgaben des Parteitagcs. Es ist einfach Pflicht der Parteigenossen, hier alles, was zur Förderung unserer Bestrebungen notwendig ist, vorzubringen ohne Rücksicht auf die bürgerlichen Minister.

Inhaber hat Wissell gar nicht gegen die bürgerlichen Minister gesprochen. Ich habe seine Ausführungen nicht so aufgefaßt. Was

Wissell gesagt hat, halte ich für durchaus zutreffend auf die bürgerlichen Parteien in der Nationalversammlung. Diese haben dem Sozialisierungsgesetz keineswegs freudig zugestimmt. Ihre Billigung des Gesetzes wäre ganz sicher nicht ohne die Straßenkämpfe zu erreichen gewesen. Die Herren haben uns rund herauf erklärt, daß sie das ganze Gesetz fallen lassen wollen, wenn wir in der Entschädigungsfrage nicht nachgeben würden. Bürgerliche verlangten sogar, daß wir nicht einmal unsern Antrag auf Streichung der Entschädigungs-pflicht einbringen sollten, denn sie hatten Angst, daß es vielleicht mit Hilfe der Unabhängigen zur Annahme kommen würde. Dies zeugt doch nicht von großem Eifer. (Zustimmung.)

Das Mittel der Straßenkämpfe, das hier zweifellos zum Erfolge beigetragen hat, ist freilich verfehlt, weil es viel mehr schämut als gute Folgen hat. Aber wir dürfen nicht darauf verzichten, daß die Arbeiterchaft ihren Willen, wenn auch ohne Waffengewalt, so doch möglichst klar und nachdrücklich kundgibt.

David hat behauptet: Wissell hätte die „formale Demokratie“ in schlechten Ruf gebracht, Wissell hätte die Fortschritte gelehnet, die auf demokratischem Gebiet erreicht worden seien. Das sei zu beurteilen, denn solche demokratischen Errungenschaften hätte man noch vor ganz kurzer Zeit für undurchführbar gehalten. Was ist das für ein Maßstab! Inzwischen ist doch die Revolution gekommen. Deshalb können wir die Fortschritte nicht mehr mit dem Maßstabe messen, der angebracht war, als es sich um die Feststellung der Fortschritte von einer Reichstagswahl zur andern handelte. (Lebhafte Zustimmung.) Wir stehen nicht der Frage gegenüber: was haben wir erreicht, sondern der andern: was fehlt noch bis zur Durchführung der grundsätzlichen Forderungen der sozialdemokratischen Arbeiterchaft! (Beifall.) Es sind politische Fortschritte erreicht, und es sind auch wirtschaftliche Fortschritte erreicht; aber hier stehen wir erst ganz am Anfang, und es muß noch viel mehr geschehen.

Dabei werde ich mich einschließen gegen die Art, wie Genosse David gegen die Lohnforderung der Arbeiterchaft gesprochen hat. Gewiß jagt eine Lohnforderung die andere! Aber was sollen die Arbeiter denn machen! Wir bewegen uns ja andauernd in einem Kreise: Sobald eine Lohnbewegung durchgeführt ist, steigen die Lebensmittelpreise. Die ganz natürliche Folge ist, selbstverständlich, daß auch wieder neue Lohnforderungen erhoben werden. (Beifall.) Unter den gegenwärtigen Verhältnissen bleibt doch gar nichts anderes übrig. Wir sehen uns deshalb genötigt, diese Verhältnisse von Grund auf zu ändern. Das geschieht aber nicht durch Hinweise wie die des Genossen David auf Ausland mit seinen scharfen Strafen gegen streikende Arbeiter. Solche Maßnahmen können bei uns nicht zum Ziele führen. Wir müssen vielmehr, auch selbst mit großen Opfern — darin unterscheide ich mich von dem Genossen Schmidt — aus diesen Schwierigkeiten herauskommen, und es muß damit bei den Lebensmitteln angefangen werden, dadurch, daß ihre Preise heruntergesetzt werden. Das ist leider bei den ausländischen Lebensmitteln versäumt worden. Wer weiß, ob wir nicht doch noch unter viel größeren Opfern diesen Weg beschreiten müssen.

Genosse David hat ferner gesagt, daß unser Antrag Illusionen erwecke, die wir nicht erfüllen können. Das bestreite ich. Was in dem Antrag gesagt ist, kann ohne Bedenken und muß geschehen. Der Antrag verlangt in erster Linie die Sozialisierung. Damit soll eingegriffen werden, wo immer es geht. Wo die Sozialisierung nicht durchgeführt werden kann, soll eine planmäßige Regelung durch die Beteiligten selbst, die Arbeiter und Unternehmer und auch die Verbraucher, durchgeführt werden. Das ist ein Ausweg, der unter keinen

Umständen unbeachtet bleiben darf. Jeder Versuch, auf anderem Wege hervorzugehen, muß unerträgliche Folgen haben. Das mußte Genosse Schmidt wissen.

Genosse Schmidt hat eine Reihe von Anklagen gegen den Genossen Wisfell erhoben. Ich will mir kein Urteil darüber erlauben, ob das die Arbeit der Genossen untereinander erleichtert. Ich habe hier den Antrag zu begründen, weshalb eine Regelung unseres Wirtschaftslebens im allgemeinen durchgeführt werden soll. Genosse Schmidt hat dem Genossen Wisfell vorgeworfen, er leiste nicht genug auf dem Gebiete der Sozialisierung, er habe sich dagegen gesträubt, daß Geldmittel für die Einfuhr von Lebensmitteln aufgewandt werden, wogegen er 5 Milliarden für die Industrie verlange; er habe sich von den anderen sagen lassen müssen, daß das Kaligesez nicht nur die Preise erhöhe, sondern auch die Realwirtschaft regeln müsse. Ich will nicht auf alle Einzelheiten eingehen. Aber vom Standpunkte des Genossen Schmidt muß ich doch sagen: es wäre die Pflicht unserer Genossen in der Regierung gewesen, den Genossen Wisfell zu beseitigen, wenn er ganz unfähig für seinen Posten wäre. Weshalb läßt man ihn dann an so wichtiger Stelle? (Hermann Müller: Wer hat denn gesagt, er sei ganz unfähig?) Wenn der Mann, der für Sozialisierung bestimmt ist, nichts auf dem Gebiete leistet, nur einseitig für die Industrie gegen die Versorgung der Arbeiter ist, so nenne ich das unfähig. (Robert Schmidt: Das hat kein Mensch behauptet.)

Notwendig ist, daß endlich ein klarer wirtschaftlicher Plan aufgestellt und mehr geleistet wird, als bisher gesehen ist. Die Sozialisierung hat Schwierigkeiten, aber sie muß schneller durchgeführt werden. Solche Auseinandersetzungen wie hier haben wir wiederholt in der Fraktion der Nationalversammlung gehabt. Wir haben uns immer wieder an die Genossen in der Regierung gewandt und verlangt, daß mit allem Nachdruck auf diesem Gebiete gearbeitet wird. Auch in der Grund- und Bodenfrage muß den Forderungen nach Sozialisierung Rechnung getragen werden. Unser Antrag soll daher ein Ruf an die Regierung und an die Öffentlichkeit sein, damit planmäßig durchgeführt wird.

Wir müssen schwierige Aufgaben lösen. Wir wissen, daß die Parteigenossen in der Regierung den guten Willen haben, wir wissen aber auch, daß wir nicht die Mehrheit in der Nationalversammlung sind. Darum müssen wir alle Kraft zusammennehmen, um auf die bürgerliche Welt einzuwirken. Wir müssen auf diesem Parteitag hinausdrufen: Es muß weitergearbeitet und alles das muß durchgeführt werden, was zur Regelung unseres Wirtschaftslebens notwendig ist. (Beifall.)

Frau Wegner-München: Da die Antragsteller des Antrags 228 den Parteitag bereits verlassen mußten, wurde mir der Auftrag erteilt, den Antrag zu vertreten. Aus Pressenotizen war ersichtlich, daß der Reichssekretär Dernburg beabsichtigt, zur Deduktion der Kriegsschulden eine sog. Reichsüberfunde einzuführen, ohne bis jetzt von der Regierung eine Erwiderung gefunden zu haben. Mit welcher großen Opferung wurde alle Nacht am 1. Mai der Achtstundentag gefordert, und nun, da uns die Revolution den Achtstundentag gebracht hat, sollte er uns wieder so ohne weiteres genommen werden? Die Regierung möge eingreifen: härtere Erfassung des Privatkapitals, der großen Vermögen, Konfiszierung der Kriegsgewinne. Wenn das erreicht ist, ist auch die Arbeiterschaft schuldig, daß wir dies hier an dieser Stelle zum Ausdruck bringen und mit allen Mitteln dagegen Front machen, daß wieder eine Verschlechterung der Verhältnisse eingeführt wird. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag 228 zu unterstützen. (Bravo!)

Ruben-Offen: Mitten hinein in die Debatte über die Wirtschaftspolitik nach die Nachrich, daß das Kohlenhydrat in der letzten Sitzung am Mittwoch wiederum beschlossen hat, die Kohlenpreise um 10 Mk. pro Tonne zu erhöhen. Die Schamrote steigt einem ins Gesicht, wenn man daran denkt, mit welcher Kühnheit noch immer diese Herren, aber schon wieder diese Herren, es wagen, gestützt auf angebliche Lohnerschönungen, die in gar keinem Verhältnis dazu stehen, immer wieder die Kohlenpreise in die Höhe zu treiben. Es war einmal anders. Im Januar, als das gesamte Proletariat des Bezirks von Wiesbaden als bis zu den Kommunistenführern sich einmütig hinter uns stellte und die Sozialisierung forderte, hat man das nicht gewagt. Damals war die Regierung genötigt, unter dem Druck der Nationalwahlen, um deren Unterstützung Verlauf in unserem Bezirk zu ermöglichen, am 18. Januar 1919 eine Verordnung zu erlassen, in der zum erstenmal das Wort Sozialisierung fiel. Ich meine, wenn eine solche Idee in die Massen geworfen wird, wird sie besser für die Einheit des Proletariats wirken als die Annahme der Resolution 202. Weshalb die Bewegung in Offen seinerzeit nicht angefaßt hat, ist eine andere Sache. Aber meine Forderungen hinsichtlich der Sozialisierung sind sehr nötig. Ich habe Anfang Dezember auf Verlangen des Delegierten im Reichswirtschaftskamrat ausgesprochen, daß zum mindesten eine objektive Prüfung erforderlich sei, ob wirklich die Gestehungskosten bei den Bergwerksunternehmungen die Höhe seien, wie behauptet wird. Man könnte dann eine etwaige Beschneidung der Unternehmergewinne vornehmen, wie es in England die Großunternehmer freiwillig während des Krieges getan haben. Wenn diese mächtigen Bedingungen durchgeführt worden wären, hätte auch die Sanarabewegung nicht solchen Umfang annehmen können. Als ich dem betreffenden Delegierten vorhielt, daß es nötig wäre, an die Sache heranzugehen, meinte er, im Laufe des Januar würde er darauf zurückkommen. Ich erkläre ihm, daß nach meiner Kenntnis auch in der rechtsstehenden Arbeiterschaft die Geduld so lange nicht mehr vorhanden wäre. Da sagte er, er könnte nichts machen, ich müßte ja, die neuen Herren hätten noch keine Vorlage gemacht, und er habe keine Veranlassung, sich mit der Sache zu beschäftigen. Ich warnte ihn damals, und als die Regierung im Januar in Berlin im Kampfe gegen Spartakus stand, brachte auch bei uns diese Bewegung. Wer weiß, was gekommen wäre, wenn es nicht gelungen wäre, durch den Gedanken der Sozialisierung das Proletariat zu bereinigen. Dadurch ist es uns binnen zwei Tagen gelungen, die Arbeiterschaft, ohne daß irgendeine der unerhörten Lohnbedingungen erfüllt wurde, zur Wiederaufnahme der Arbeit bedingungslos zu veranlassen. Das ist nicht durch Demagogie geschehen, sondern, Herr Oberbeher wird es bestätigen, daß ich selbst bei Übernahme des Amtes als Volkskommissar gesprochen habe: seid überzeugt, daß die Sozialisierung keine Lohnerschöpfung bringt, sondern voraussetzlich, wenn wir sie von unparteiischen Sachmännern nachprüfen lassen, eine Lohnermäßigung. Das ist durchaus den Arbeitern klar offenbart worden. Aber selbst die Arbeiter von den Christlich-Demokratischen und christlichen Gewerkschaften, die dabei waren, konnten sich dem Einbruch nicht entziehen, daß es endlich Zeit war, etwas zu tun. So kam die Beschlusse vom 18. Januar zustande.

Wie die Dinge weiter gelaufen sind, wissen Sie. Heute hat der Reichswirtschaftsminister offen ausgesprochen, daß auch im Februar der Entwurf nicht eingebracht worden wäre, wenn nicht inzwischen in Berlin neue Unruhen entstanden wären. Das ist auch nach meiner Kenntnis der Sachlage durchaus richtig. Ich habe im Januar bei den Sitzungen, die unter Vorsitz von Oberbeher stattfanden, absolut nicht das Gefühl gehabt, als wenn man, bevor wir nach

Berlin kamen, überhaupt ernsthaft an diese Sache herangegangen wäre. Es ist hier von einem Genossen aus Hamburg das Wort gefallen, daß die Sozialdemokratie keine neue Idee hervorbringen könne. Wir haben heute eine neue Idee gehört, die wenigstens im Rahmen des bisherigen Programms für die nächste Zeit eine Idee in die Massen wirft. Ich stehe auch nicht hinter dem Wiffellschen Programm. Aber es wird getragen von einer tiefen ethischen Idee, und die ist es, die das Proletariat allein wieder einigen kann, nicht kleinliche Verhandlungen, die zentral von Vorstand zu Vorstand geführt werden. Diesen Eindruck habe ich in Essen gewonnen. Gleichzeitig ist damals den Arbeitern gesagt worden, daß, wenn es gelingen sollte, die Legalisierung dieser Ziele durchzuführen, ein Streik in dem alten Sinne voraussichtlich nicht mehr erfolgen würde. Und so verstehe ich die Ausführungen des Reichswirtschaftsministers, die durchaus mißverstanden werden; denn wenn sein Plan durchgeführt wird, bleibt kein Raum mehr für einen Streik wegen Lohnerrhöhung; denn dann wird sachlich genau geprüft, in welchem Umfang Lohnerrhöhungen bewilligt werden können. Diese Idee ist durchaus nicht so absurd, wie sie hingestellt worden ist. Gerade in einem demokratisch regierten Lande ist es Pflicht der Selbstachtung des Parteitag, mögen wir in Einzelheiten von dem Minister abweichen, hinter ihn zu treten. (Sehr wahr!) Und obwohl ich Neuling in der Partei bin, so gebietet es doch mein Gerechtigkeitsgefühl, gegen diese Polemik, wie sie seitens zweier Minister gegen Genossen Wiffell geführt worden ist, aufzutreten. (Sehr wahr!) Ist das eine Polemik gegen einen Plan, wie der Minister David sie geführt hat, wenn er sagt, ja, Genosse Wiffell hat die und die anderen Fehler gemacht? Das besagt nichts dafür, daß der Plan, den er jetzt vorlegt, unzulänglich ist. (Sehr richtig!) Das ist keine Art der logischen Dispositionen. Ferner, wenn der Minister David sagte, wir haben schon sozialisierte Betriebe, die Staatsbetriebe, so denkt er vielleicht an die verstaatlichten Bergwerke. Ja, weiß er nicht, daß das längst überholt ist, daß das nach den Gedanken, die in den letzten Monaten allenthalben erörtert worden sind, weiter nichts ist als die Ersetzung des Produzentenkapitalismus durch den Konsumentkapitalismus? Das wird durchaus bekannt. Dann wird auch nicht recht verstanden, wie genial diese Idee des Kohlenwirtschaftsgesetzes ist, wie sie ein Ausgleich zwischen dem Konsumentensozialismus des Staates und dem Produzentensozialismus der Arbeiterchaft ist. Darum handelt es sich. Ich bin also überzeugt, daß gegen den Genossen Wiffell nicht mit der erforderlichen Sachkenntnis polemisiert worden ist.

Genosse David hat weiter gesagt, die Antwort auf Oberis Idee: Sozialismus ist Arbeit, sei der Streik gewesen. Nein, das war der Streik im Herrerevier mit. Er ist deshalb ausgebrochen, weil nichts geschehen ist. Die Herren sind gewarnt worden. Ich erwähnte schon von mir selbst im Dezember, die Arbeiter wollten nicht mehr warten, sie wollten nicht unbedingt Lohnerrhöhungen haben, sie wollten nur nicht mehr in der alten Weise arbeiten, sondern wissen, für wen sie arbeiten.

Der Genosse Wiffell legte seinen Ausführungen Zahlen zugrunde. Wenn ich recht unterrichtet bin, beruhen diese Zahlen auf Angaben der Leiter der Bergwerksunternehmungen in dem Bergwerksverein. (Zuruf des Ministers Wiffell: Nein!) Dann würde ich mich freuen. Ich habe schon in der Sozialisierungskommission gefordert, daß unparteiische Sachverständige mit den Nachbefugnissen eines Untersuchungsrichters hinausgeschickt werden und prüfen sollen, ob es richtig ist, daß wirklich, wie Kiborff vor einigen Tagen wieder gesagt hat, eine Viertelmilliarde Verluste infolge der sozialistischen „Wästelereien“ eingetreten sind, ob wirklich tausend Prozent von der Kohlenhandels-

gesellschaft ausgegütet worden sind, ob es richtig ist, daß 50 Milliarden ins Ausland gebracht worden sind. (Hört, hört!) Dabei werden Namen der ersten Korporationen unseres Unternehmertums genannt. Ich muß leider abbrechen. Ich möchte nur bitten, daß sich der Parteitag im Interesse seiner Selbstachtung hinter das Programm Wiffells stellt und es nicht duldet, daß er seitens seiner Ministerkollegen angegriffen und hinausgeekelt wird. (Lebhafter Beifall.)

Steinlopf: Der Genosse Brenneke hat heute morgen gegen die Fraktion der Nationalversammlung polemisiert. Er hat aber einen Umstand vergessen, nämlich das Ergebnis der Wahlen vom 19. Januar. Nach diesem Ergebnis kann es nicht anders sein, als es augenblicklich geworden ist. Es ist kein besonderes Vergnügen, mit dem Zentrum zusammenarbeiten zu müssen, aber so lange wir auf dem Boden der Demokratie stehen, müssen wir uns dieser Notwendigkeit fügen.

Einige Worte zur Frage der Beamenschaft. Die ganze Beamenschaft Deutschlands sieht heute auf den Parteitag und erwartet von ihm eine Stellungnahme, die auf dem Verständnis für die besondere Lage der Beamenschaft beruht. Die Lage nach der Revolution hat die Beamenschaft in eine große Unruhe gebracht. Man bestürzte die Volksbeauftragten und wollte von ihnen Garantien für die Zukunft haben. Man hätte ihnen ja nun, wie es andere Parteien taten, das Blaue vom Himmel versprechen können. Aber Unerschlichkeit war nicht unsere Sache. So konnten wir eine klare Stellungnahme gegenüber der Beamenschaft nicht finden, weil wir die künftige Entwicklung nicht vorher wissen konnten. Die Folge war eine maßlose Demagogie seitens der bürgerlichen Parteien. Es ist deshalb dringend erforderlich, daß der Parteitag jetzt zu einer klaren Stellungnahme kommt. Das Verhalten der Beamenschaft während der Revolution war mufertgültig. Hätte die Beamenschaft auch nur einen Augenblick versagt, so wäre die Umwälzung nicht so schnell und unblutig verlaufen. Ich glaube im Sinne des Parteitages zu sprechen, wenn ich der Beamenschaft als großem Ganzen, und hauptsächlich den Beamten, die die Träger der Behörden sind, den mittleren und unteren Beamten, die Anerkennung und den Dank ausspreche. (Bravol) Es ist bedauerlich, daß der Genosse David es so hingestellt hat, als seien die Forderungen der Eisenbahnbeamten schuld, daß die Eisenbahnen mit einem Defizit arbeiten. Ich weiß das im Namen der Beamten zurück. Wenn es eines Beweises bedürfte, daß auch im sozialistischen Staat ein Berufsbeamtentum bestehen muß, so hat die Beamenschaft diesen Beweis bei und nach der Revolution erbracht. Es ist dringend erforderlich, daß ein von politischen Ereignissen unbeeinflusster Beamtentand ruhig seinen Aufgaben nachgeht. Nicht zum Wohle einer Partei, sondern der Allgemeinheit. Wir verlangen auch von dem Beamtentand die Pflichttreue, nicht die Knute, sondern, die, die empornwächst unter der freigestellten Verantwortung gegenüber dem Volksganzen. Wir müssen dann aber auch diesen Beamtentand zufriedenstellen, was nur dann möglich ist, wenn den Beamten ihre Rechte belassen werden. Diese Rechte sind ein Teil der Besoldung, die mit Rücksicht darauf gekürzt ist. Außerdem gibt der Beamte auch einen Teil von der persönlichen Freiheit hin, er untersteht strengen Disziplinarbestimmungen. Diese Rechte der Beamten liegen aber auch im Interesse des Staates, der dadurch die guten Kräfte für ein verhältnismäßig geringes Entgelt an sich festhält. Die Abwanderung der fähigen Köpfe aus der Beamenschaft, die heute schon erschreckend ist, wie Minister Schiffer sagte, würde noch zunehmen, wenn diese Rechte ihnen nicht mehr gewährleistet würden. Außerdem macht sich der Staat dadurch, daß die Beamten dauernd in seinem Dienst bleiben, die Kenntnisse nutzbar, die die Beamten infolge ihrer dauernden

Arbeit in der Verwaltung erlangen. Diese Rechte der Beamten sollen ja nun auch in der Verfassung verankert werden.

Was die politischen Rechte der Beamten betrifft, so sind ja die Beamten früher als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt worden. Hauptsächlich war es das Recht der freien Meinungsäußerung und das Koalitionsrecht, das man ihnen nicht zugestand. Wir haben den Beamten während der Wahlkämpfe diesen Umstand dauernd vor Augen geführt und haben ihnen so und so oft das Streikrecht versprochen. Allerdings haben wir das unter ganz anderen Umständen getan als diejenigen sind, die heute vorliegen.

Und dieser Grundsatz ist nicht wegzuleugnen, auch wenn dem Streikrecht und der festen Anstellung der Beamten ein innerer Widerspruch, auf den ich noch komme, anhaftet. Infolge dieses Grundsatzes, den wir vertreten haben, und auch, weil die Generalkommission der Gewerkschaften und dem deutschen Beamtenbund Klipp und Klar verlangt hat, daß er den Streik nicht als Kampfmittel in seine Satzungen aufnimmt, können wir nicht umhin, anzuerkennen: Solange es ein Streikrecht gibt, solange das Streikrecht ein integrierender Bestandteil des Koalitionsrechts ist, solange dies Recht allen Staatsbürgern zusteht, müssen wir es auch den Beamten uneingeschränkt gewähren. Es ist aber ein Übel, wie es die andern Parteien machen, den Beamten dies Recht in einem Falle zu gewähren, wenn es ihnen paßt, im andern Falle zu verweigern. Ich denke da z. B. an die sogenannten Abwehrstreiks in den verschiedenen Städten, wie sie von den bürgerlichen Parteien organisiert worden sind. Gewöhnlich ist das gar kein Abwehrstreik gewesen gegen die U. S. B., sondern ich möchte sagen: eine Probe auf die Organisation der Bürgerlichen zum Gegenpuß. Sie wollten versuchen, wie die Sache, wenn es mal ernst werden sollte, wirklich klappen würde. Ich möchte von dieser Stelle die Beamten und besonders die sozialistischen Beamten warnen, sich zu solchen Abwehrstreiks nicht drängen zu lassen. Es ist verständlich, daß es Bedauerliche Erscheinungen bei diesen Streiks gegeben hat. Früher, als der Beamtenstreik überhaupt verboten war, war es für die Beamten manchmal direkt notwendig, einen Streik zu inszenieren, weil die Beamten damals dem geizigen kapitalistischen Staat gegenüberstanden, der ihnen keine ausreichende Befoldung gab. Jetzt, nachdem die Regierung anerkanntermaßen in einem halben Jahre mehr getan hat für die Beamten als die frühere kapitalistische Regierung in zehn Jahren, ist ein solcher Streik nicht mehr notwendig. Aber wir haben leider gesehen, daß hier und dort wilde Beamtenstreiks aufflatterten, die von unverantwortlichen Köpfen geführt und geschützt wurden, und das sind gerade früher die größten Dummköpfe gewesen, die überhaupt nicht wagten, den Mund aufzumachen. Es ist ein psychologisch interessanter Zug, daß gerade diese heute jetzt die größten Schreier vor dem Herrn sind. In Anbetracht der katastrophalen verdrücklichen Folgen, die ein Beamtenstreik hat, muß unter allen Umständen darauf gedrungen werden, daß die Beamten nicht etwa, wenn sie etwas nicht erreicht haben, sofort in den Streik eintreten, sondern es muß verlangt werden, daß ein Schlichtungsverfahren eingerichtet wird und daß, bevor sie den Dienst niederlegen, alle Mittel erschöpft sind, um durch Verhandlungen usw. die Gründe zum Streik zu beseitigen. — Was nun den inneren Widerspruch anbelangt, so ist er unauflösbar vorhanden. Die feste Anstellung hat ja in der Tat nicht mehr die isolierte Bedeutung wie früher, nachdem die Angestellten das Mitbestimmungsrecht haben, nachdem sie die Angestelltenversicherung haben, die der Pension der Beamten entspricht. Aber der Widerspruch, der darin liegt, daß auf der einen Seite das Streikrecht gewährt wird und auf der andern Seite feste Anstellung besteht, läßt sich im Augenblick

noch nicht lösen. Es haben sich schon viele die Köpfe darüber zerbrochen. Aber zu einer schöpferischen Lösung ist man beim besten Willen nicht gekommen. Diese Lösung muß einer nahen Zukunft überlassen bleiben, und zwar soll sie erfolgen mit der Generalkommission der Gewerkschaften und den Beamtenorganisationen und auch bei Schaffung des neuen Beamtenrechts. Die beste Lösung wäre allerdings die Erziehung der Beamten zum Sozialismus. Es ist ja ein entsprechender Antrag eingebracht, den ich unterstützen möchte, denn je mehr Sozialismus in die Beamtenklasse getragen wird und das Streikrecht sich im Sozialismus zur Arbeitspflicht verschiebt, um so weniger werden natürlich die Beamten streiken. — Was nun die Mitwirkung der Beamten beim Aufbau des neuen Rechts, entweder eines besonderen Beamtenrechts oder, wenn es nach mir ginge, innerhalb des großen Gesamtarbeiterrechts, das wir zu schaffen beabsichtigen, anbetrifft, so handelt es sich dabei zunächst um den Ausbau der Demokratie in der Verwaltung. Man hat hier immer wieder von der Demokratisierung der Verwaltung gesprochen, man hat aber das naheliegende Mittel vergessen, die Heranziehung der Beamten zur Demokratisierung der Verwaltung. Denn von niemand wird die Demokratisierung schneller erwartet als von den Beamten selbst. Die Unterdrückung, die die Beamtenenschaft sich jetzt wieder gefallen lassen muß, schreit zum Himmel. Es ist ein Skandal, daß unter den jetzigen Verhältnissen die sozialistischen Beamten noch schlimmer drangaliert werden als früher. (Sehr wahr!) Die jetzige Verwaltung hat den Beamten außerordentliche Enttäuschung bereitet. Die Hunderttausende sozialistischen Beamten, die darauf gewartet haben, daß, nachdem die Volksbeauftragten ihren Einfluß geltend gemacht haben, man ihnen in jeder Verwaltung einen sichtbaren Vertrauensposten geben würde, an den sie sich wenden können, versehen nicht, warum man sie dem Zentrum, den Demokraten und zum Teil auch andern Parteien ausgeliefert hat. Man sagt, wir müssen uns hüten, die Parteiwirtschaft bei den Behörden einzuführen. Wie war es denn früher? Gaben die andern nicht die Parteiwirtschaft eingeführt? Und wie ist es jetzt? Dem Zentrum werden dauernd Zentrumsleute herangezogen aus allen Richtungen, um den Einfluß des Zentrums für alle Zeit zu sichern. Man sagt, Ihr habt Beamtenauschüsse, damit könnt Ihr Eure Wünsche zur Kenntnis der Behörden bringen. Teilweise arbeiten sie gut, aber größtenteils sind sie nichts als Puppen; einem reaktionären energischen Leiter einer Behörde gegenüber können sie absolut nichts ausrichten. Ich erwähne nur einen Fall, der typisch ist. Der Beamtenauschuß im Auswärtigen Amt ist heute noch nicht anerkannt, obgleich er schon mehrere Monate besteht. Ich bin überzeugt, daß der Reichsminister des Auswärtigen von diesen Dingen gar nichts weiß, da er andere Sachen zu tun hat.

Die beste Lösung für all diese Sachen ist folgende. Wir müssen darauf dringen, daß Genossen in leitende Stellen aller Behörden hineintommen, dann werden sie sich dort ohne weiteres ihre Mitarbeiter aussuchen und erziehen, da sind genug jüngere Beamte, die anpassungsfähig und gewillt sind, sich tatsächlich auf den Boden der neuen Regierung zu stellen. Heute ist im „III“ ein vorzüglicher Wit. Da ist ein Herr Regierungsrat Soundso, der auf dem Boden der neuen Regierung steht, als Chineser mit langem Zopf abgebildet und darunter steht: „der Zopf, der hängt ihr hinten“. Das Bild ist für die ganze Situation bezeichnend. Es ist ausgeschlossen, daß die alten Herren, die am kräftigsten gehalten haben, den Karren in den Arret zu fahren, sich jemals innerlich wandeln, auch wenn sie es tausendmal befehlen. Dann noch eins: Ich bin für die Offenlegung der Personalakten auch in meiner Resolution eingetreten. Man ist drauf und dran, diese Sache zu verflischen. Die

Beamten müssen das Recht haben, in die Akten im Originalzustand Einblick zu nehmen, so wie sie jetzt vorhanden sind. Man geht nämlich von reaktionärer Seite mit dem Gedanken um, diese Akten überhaupt verschwinden zu lassen oder sie erst zu revidieren, damit all die Wiederträchtigkeiten, die von böswilligen Vorgesetzten hineingekommen sind, daraus verschwinden, bevor sie die Beamten zu Gesicht bekommen, und den Leuten nicht mehr an den Krügen gegangen werden kann. Und noch etwas: Freie Bahn dem Tüchtigen! Nichts hat solchen Wirrwarr angerichtet wie dieses böse Wort. Gewiß, soll dem Tüchtigen der Aufstieg eröffnet werden. Man darf nicht von einem Menschen, der sich jahrzehntelang als fähiger Beamter bewährt hat, jetzt tausend Examina verlangen, bevor er in höhere Stellen aufrücken kann. Aber jetzt betrachtet sich jeder als Tüchtiger, jetzt will jeder bis oben hinauf. Das kann unmöglich durchgeführt werden. Es ist bezeichnend für die Stimmung in weiten Kreisen der Beamten, daß Freiherr von Merzbach ein Schreiben loslassen kann, wo er sagt: „Meinen früheren Berufsgeossen in der preussischen Verwaltung, besonders aber den jüngeren, rufe ich zu: „Ich warne vor Zuzug! Wem sein trotz allem liebgeordneter Beruf höher steht als seine politische Ueberzeugung, der hüte sich, den Sozialismus zu betreten oder gar für ihn zu wirken.“ Es ist bedauerlich, daß es soweit gekommen ist, daß ein preussischer Beamter in leitender Stellung das sagen kann. Aber Sie können überzeugt sein, er hat vielen aus dem Herzen gesprochen. (Bravo! — Beifall.)

Hermann Müller: Ich hatte eigentlich nicht die Absicht, mich bei diesem Punkt zu sozialen und wirtschaftspolitischen Fragen zu äußern. Aber die Debatte von heute morgen bringt mich doch dazu, einiges Allgemeine zu sagen. Es hat viele Parteigenossen gewiß nicht angenehm berührt, daß wir diese Ministerauseinandersetzungen heute morgen hier gehabt haben. (Sehr richtig!) Auf viele hat es wie eine Sensation gewirkt. Wir in der Fraktion — darauf hat doch schon hingewiesen — kennen die Schwierigkeiten und haben Debatten in ähnlicher Form schon öfter gehört. Ich glaube, darüber kann kein Zweifel sein: wenn uns auf dem Parteitag ein Antrag vorliegt, nach dem wir uns für Gemeinwirtschaft zu erklären haben, dann haben wir das zu tun, weil wir eben Sozialisten sind. Aber wir wollen uns doch nicht darüber täuschen, daß so, wie die Dinge einmal liegen, mit der Annahme eines solchen Antrages noch nicht viel geschehen ist. Das Programm Wissells ist meines Wissens im Kabinett eingehend nicht diskutiert worden. In der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung ist es überhaupt noch nicht diskutiert. Ich sehe darin nicht den größten Fehler, denn mir scheint es doch noch etwas verfrüht, zu diesen Dingen Stellung zu nehmen. Es wird sich ja erst in der nächsten Woche entscheiden, wieweit überhaupt Gemeinwirtschaft von uns in Zukunft getrieben werden kann. Wir wissen noch nicht, inwieweit die Commission des Reparations in diese Dinge in Zukunft hineinzureden haben wird auch in Deutschland. Das ist nur ein Gesichtspunkt. Um zu zeigen, wie schwierig die Dinge in der Praxis liegen, will ich noch auf etwas anderes hinweisen. Von allergrößter Bedeutung wird es sein, wie sich in den nächsten Jahren die Verhältnisse in den jetzt besetzten linksrheinischen Gebieten gestalten. Da haben sich Zustände entwickelt, die die ganze Ein- und Ausfuhrpolitik der planmäßigen Wirtschaft über den Haufen werfen können. Wenn die Franzosen und Engländer dort mit Rohstoffen und Fertigfabrikaten einrücken, ist unsere ganze Devisenpolitik der Reichsbank über den Haufen geworfen. So liegen die harten Tatsachen. Gewiß, Wissell hat recht, wenn wir die Wirtschaft wieder aufrichten sollen, brauchen wir Rohstoffe, aber Schmidt hat auch recht, wir brauchen auch Mittel, um Nahrungsmittel einzuführen.

So sind zwei da, die Mittel haben wollen, und die Dede ist zu hoch für alle beide; daher kommen die Schwierigkeiten, und diese Schwierigkeiten werden sobald nicht überwunden werden. Ich möchte Sie vor Illusionen warnen. Rußen hat gemeint, daß dies Wissellsche Programm der Boden für die Einigung der Arbeiter sein kann. Er hat deshalb seinen eifrigen Wert besonders geprüft. Soweit ich die Presse der Unabhängigen verfolgt habe, kann ich nicht finden, daß die für dieses Gemeinwirtschaftsprogramm besonders begeistert wären. Heute morgen steht in der „Freiheit“:

„Ein Zeugnis der vollendeten Ideen- und Stolligkeit“, — das bezieht sich zunächst auf Scheidemann —

„eine völlige Preisgabe des Sozialismus — natürlich unter allerlei glitzernden Redensarten verstedt —, die Empfehlung des geheimrätlichen Bakars, die Wissellsche Planwirtschaft, die den Kapitalismus bereuigt und ihn mit kriegszwangswirtschaftlichen Maßnahmen verbindet — das ist der Scheidemannsche Sozialisierungsbesatz.“

Also auf diesem Boden werden wir uns nicht näherkommen. (Scheidemann lehnt mit einer Handbewegung die Beteiligung an dem Plan Wissells ab.) Wenn der Genosse Wissell aus innerem Drang die Frucht in die Öffentlichkeit ergriffen hat, so darf man sich doch nicht darüber wundern, daß andere Minister, und namentlich der Genosse Schmidt, der besonders betroffen war, sich dagegen wehren. Wenn hier der Antrag eingebracht worden ist, Wissells Referat zu drucken, dann hat es doch nur Sinn, entweder die ganze Debatte zu drucken oder wenigstens die Reden der anderen Minister gleichzeitig mit zu veröffentlichen, damit man einen tatsächlichen Ueberblick über die berührten Probleme gewinnen kann. (Lebhafte Zustimmung.)

Einige Bemerkungen über die lettische Frage, weil wir zu ihrer Klärung von lettischen und estnischen Parteigenossen immer wieder aufgefordert werden. Ich meine, daß die Klärung dieser Angelegenheit restlos erfolgen muß. Die Einreiseerlaubnis für eine lettische Deputation ist jetzt von der Regierung genehmigt; hoffen wir, daß wir mit den Letten selbst bald über die Sache ausführlich sprechen können. Feststellen muß ich aber jetzt schon, daß schwere Uebergreife gegen die rechtmäßige lettische Regierung vorgekommen sein müssen. Wir haben den Eindruck, daß die dortigen Offiziere die Aufklärungsarbeit und Stimmungsmache für die Bevölkerung Deutschlands genau so fortsetzen, wie das während des Kriegs geschehen ist. Ich erkenne deshalb auch die Schwierigkeiten nicht, die die Regierung findet, wenn sie sich Aufklärung verschaffen will. Nachdrücklich sei hervorgehoben, daß wir in dieser Sache auch Pflichten der Internationale gegenüber aufrechtzuerhalten haben. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wir dulden unter keinen Umständen eine Antastung des Selbstbestimmungsrechts. In diesem Sinne war die Erklärung des Parteivorstandes vom 31. Mai abgefaßt, die inzwischen auch die Zustimmung der Fraktion gefunden hat.

Wir müssen an die Zukunft denken. Wenn nur ein Teil aller Beschwerden aus dem Osten zutrifft, dann müssen wir ernstlich mit dem Haß der dortigen Bevölkerung rechnen, wenn die deutschen Truppen dort einmal herausgezogen worden sind. Haß im Osten können wir uns noch weniger leisten als im Westen, weil jene östlichen Völker die Brücke nach Rußland bilden. (Lebhaftes Zustimmung.) Es muß ferner unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß kein Tropfen deutschen Blutes mehr dort oben fließt; es ist gerade schon genug vergossen. (Zustimmung und Händeklatschen.) Was wir von den deutschen Truppen dort oben hören, löst alles andere als angenehme Gefühle in uns aus. Arbeiter- und Bauernsöhne sind durch Landbesprechungen gewonnen worden, sich der baltischen Landeswehr anzuschließen. Wir warnen

die deutschen Truppen davor, diesen Bedingungen zu folgen. Abgesehen davon, daß die Versprechungen gar nicht gehalten werden können, denn die Letzten haben selbst Landlose genug, haben wir selbst doch die Arbeitskräfte in der Landwirtschaft gerade nötig genug. (Lebhafte Zustimmung.)

In diesem Zusammenhange gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen über die Befürchtungen der leitenden Genossen, die glauben, daß die baltischen Truppen dazu benutzt werden könnten, als Interrevolutionäre Truppe die Hohenzollernherrschaft wieder in Deutschland aufzurichten. So etwas wird nicht nur in den baltischen Provinzen geglaubt, sondern sogar auch unter den französischen und englischen Sozialisten diskutiert. Obwohl Scheidemann in seinen Darlegungen und ich in meiner Begrüßungsrede den Gedanken schon ausgeführt haben, will ich noch einmal ausdrücklich feststellen, daß gar nicht daran zu denken ist, daß sich eine Mehrheit des deutschen Volkes noch einmal für die Aufrichtung eines Hohenzollernthrons begeistern würde, es sei denn über das Chaos durch den Bolschewismus! Massen, die auch von den Kommunisten enttäuscht wären, weil diese ihre Versprechungen nicht erfüllen konnten, würden dann vielleicht Monarchisten nachlaufen, die dann noch mehr versprechen würden. Sonst glaube ich nicht, daß sich noch einmal eine monarchistische Mehrheit in Deutschland finden wird. Die Schuld der Hohenzollern ist so ungeheuer groß, daß sie niemals wieder eine Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich bekommen werden. Ueber die Schulfrage kann man im einzelnen erst sprechen, wenn die Akten des Auswärtigen Amtes veröffentlicht sind. Das wird, wie ich weiß, durch die Regierung in Kürze geschehen. Die persönliche Schuld Wilhelms II. steht aber schon dadurch fest, daß wir infolge seiner dreißigjährigen Regierungszeit in dieses Elend hineingeraten sind. (Lebhafte Beifall.) Seine Reden und seine Schwäche haben hauptsächlich mit zu dem internationalen Mißtrauen gegen uns geführt. (Lebhafte Beifall.) Die Schuld dieses Mannes steht infolgedessen zweifellos fest. Allein bei der historischen Beurteilung seiner Persönlichkeit wird man auch den Pathologen hinzuziehen müssen. Ich erinnere an den Brief seines Vaters an Bismarck, in dem Wilhelm II. als unweiser Mensch geschildert wird. Er ist eine pathologische, geistig minderwertige Erscheinung! Gemeinlich ist er nur deshalb geworden, weil er auf den Thron gekommen ist. Wäre er der Sohn eines Kostümschneiders gewesen, dann hätte er mit seinen Redereien höchstens ab und zu einen Stammtischtraktat verursacht. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe mich hier auch deshalb sehr deutlich ausgesprochen, weil in der Presse Bemerkungen darüber zu finden sind, daß die preussische Regierung an einer Vorlage über die Abfindungsfordernungen der Hohenzollern arbeiten würde. Das scheint mir denn doch nicht von großer Eile zu sein. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb warne ich die preussische Regierung davor, sich durch Beschlüsse auf diesen Reim locken zu lassen; das Volk würde das nicht verstehen. Die Mehrheit des Volkes ist der Ueberzeugung, daß wir den Hohenzollern keinen Dank schuldig sind. (Lebhafte Beifall und Gänkeklatschen.)

Mallenbuhr-Berlin: Es gibt keinen Sozialdemokraten, dessen feste Ueberzeugung nicht dahin geht, daß die Sozialisierung der Produktion mit Entschiedenheit in Angriff genommen werden muß. Wir gewinnen mit Sicherheit an Macht, sobald wir diesem Ziele ernstlich zutreiben. Gerade in dieser Zeit, wo wir einig zusammenstehen müßten, entwickelt sich nun ein heftiger Streit in unseren Reihen. Einige Leute treten mit einem fertigen Sozialisierungsprogramm auf, versammeln eine Gruppe von Anhängern um sich und erklären alle Zweifler an der Wichtigkeit des von ihnen gefundenen Weges als schlechte Sozialisten oder als Verräter des Sozialismus, die überhaupt keinen Sozialismus wollen. Was augenblicklich an Sozialisierungsprogrammen erzeugt wird,

ist geradezu erkennlich. Unter den meist genannten Schriften führe ich die von dem Professor Wallob an, der ja auch eine ziemliche Gemeinde um sich versammelt hat. Sein Buch wirkt auf viele durch den Umfang und die Zahlenmenge. Alles scheint bei ihm wissenschaftlich fest begründet zu sein. Weil er ein Professor ist, werden ihm seine Phantasieereien in weiten Kreisen ernstlich geglaubt. Jeder Arbeiter, der nun aber Wallob's Behauptungen auf seinem eigenen Arbeitsgebiet, das er kennt, genauer nachprüft, wird finden, daß er sich zu den allertollsten Behauptungen versteigt. Ich bin Tabakarbeiter und habe seine Behauptungen nachgeprüft, daß er anstatt der 1907 beschäftigten 208 000 Arbeitskräfte die Tabakproduktion mit nur 80 000 Arbeitern bewältigen will durch Einführung einer Maschine, die nebenbei in einigen Großbetrieben schon eingeführt ist. Wäre das auch nicht der Fall, so spart Wallob in Betrieben mit 200 Beschäftigten von je 50 nach seinen eigenen Behauptungen 22 Arbeiter. Er beschäftigt also von 200 immer noch 178, so daß seine Schlußfolgerungen nicht zutreffend sind. Zu ähnlichen Ergebnissen wird jeder Arbeiter kommen, der auf seinem eigenen Arbeitsfeld die Angaben Wallob's nachprüft. Nun einige Bemerkungen zur Tatsache, daß Deutschland die Anebelung durch den Entente-Kapitalismus bevorzieht.

Bei derartigen Kämpfen kann man nicht immer voraussetzen, das und das werde ich übermorgen oder nach einem biertel oder nach einem halben Jahre tun. Da muß man sich regelmäßig dazu einrichten. Wie heute der Angriff, so wird morgen pariert werden. Wir hatten doch auch einmal eine Zeit, wo wir als Partei vernichtet werden sollten, wo wir auch ein Aktionsprogramm hatten, das wesentlich einfacher war. Als das Sozialistengesetz erlassen wurde, hat uns damals im Reichstag Bracke das Programm gegeben, das in den Satz zusammengefaßt war: wir streifen auf dieses Gesetz. Die Taktik dagegen wurde von Tag zu Tag entschieden, und wir wissen, daß dies Programm siegreich durchgeführt wurde. In ähnlicher Weise steht das deutsche Volk heute dem Entente-Kapitalismus gegenüber.

Wir müssen den Sozialismus zum Siege führen und die Taktik danach einrichten, wie wir am ersten zu diesem Ziele kommen können. Sobald wir dieses Ziel im Auge behalten, werden wir Schulter an Schulter mit den Proletariern der anderen Völker stehen, und dann wird bei der Befreiung der anderen Völker gegen den Imperialismus die deutsche Sozialdemokratie die Führung haben. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß es nicht nur gelingen wird, den Sozialismus in Deutschland durchzuführen, sondern den internationalen Sozialismus durchzuführen, den Kapitalismus der Entente, den Kapitalismus aller Länder einmal zu Fall zu bringen. Das Proletariat wird triumphieren um so eher, je ernster wir in diesem Sinne geschlossen vorgehen und nicht um kleine Abweichungen hier und da große Kämpfe in den eigenen Reihen entfallen, bei denen regelmäßig die Kapitalisten siegen. Wir wollen aber den Sieg des Proletariats. Darum geschlossen nur dem einen Ziel zutreiben und nicht jeden verdächtigen, wenn man glaubt, daß er in diesem oder jenem Falle nicht das tut, was nach seiner Auffassung das Richtige ist. (Lebhafte Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Stahl-Brandau (zur Geschäftsordnung): Ich bedauere lebhaft, daß ich nicht Gelegenheit hatte, in der Frage der Sozialisierung hier Ausführungen über die Verhandlungen einzelner Minister im Reichskabmet über die Frage der Sozialisierung in den Staatsbetrieben zu machen.

Dr. Uexküll-Göttingen (persönlich): In dem zurückgezogenen Antrag 178 finden sich unter anderem Namen von Personen, die nach Ansicht der Antragsteller eventuell ihre Ämter niederlegen sollen. Darunter auch der Name

Wissell. Ich möchte hier erklären, daß bei Abfassung dieses Programms sich die Verfasser im Irrtum über die Person des Ministers Wissell befunden haben. (Große Heiterkeit.) Sie können ja darüber lachen, aber ich fühle mich doch dem Parteigenossen Wissell gegenüber verpflichtet, hier zu erklären, daß ich nach seiner heutigen Rede und nach Veröffentlichung der Denkschrift, mit der ich durchaus nicht in allen Punkten übereinstimme, vor allem nicht mit dem zweiten Teil, doch der Eindruck eines so starken und großen Idealismus und einer so durchaus sozialistischen Grundgesinnung gewonnen habe, daß ich es nicht verankommen könnte, in irgendeiner Weise gegen den Genossen Wissell aufzutreten. Das glaube ich dem Genossen Wissell schuldig zu sein.

Berichterstatter Löbe (Schlußwort): Ich werde mich, da wir noch zwei wichtige Referate vor uns haben, nicht auf den weiten Komplex großer politischer Fragen einlassen und auch nicht die ausgebreiteten Differenzen der Minister besprechen, deren Motive Genosse Müller eben richtig angedeutet hat, deren Kenntnis für den Parteitag vielleicht sehr wichtig ist, die er aber kaum wird entscheiden können, die, wenn sie nicht im Schoße des Kabinetts selbst entschieden werden, wahrscheinlich der Fraktion zur weiteren Beratung übergeben werden müssen. Ich werde mich deshalb darauf beschränken, zu einigen der Anträge Stellung zu nehmen in der Erkenntnis, daß es weder dem Ansehen des Parteitags noch der Klarheit der Entschlüsse dienen kann, wenn wir 65 bis 70 Anträge annehmen, wie sie bei jedem Punkt der Tagesordnung vorliegen — übrigens ein geschäftsordnungsmäßiger Mißstand, den wir später beschränken müssen.

Zur Frage der Sozialisierung würde ich Ihnen die Annahme der vom Genossen Wissell empfohlenen Resolution Braun-Voch empfehlen und davon ausgehen, die übrigen zu dieser Materie vorliegenden Anträge als erledigt zu erklären, wobei auch ich der Meinung bin, daß, wenn der Antrag zur Annahme kommen sollte, einen der hier gehaltenen Vorträge im Druck zu veröffentlichen, man dann neben dem Referat Wissells natürlich auch die beiden wesentlichen Erwidierungen mit abdrucken müßte.

Die Anträge zur sozialen Gesetzgebung enthalten eine ganze Menge sehr wertvoller Anregungen. Ich würde Ihnen empfehlen, dieselben alle der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen.

Anwidersprochen ist die Anregung geblieben, daß wir uns vom Parteitag aus für die deutsche Einheitsrepublik einsetzen wollen. Deshalb empfehle ich Ihnen in Zusammenfassung der vorliegenden Beschlüsse die Resolution 210. Dann liegt eine ganze Gruppe von Anträgen vor, die Doppelmandate betreffen. Ich habe mich im Anfang dahin ausgesprochen, daß sie nicht das Grundübel mangelnder Frequenz sind, und ich möchte das dahin ergänzen, daß eine gewisse Verbindung großer parlamentarischer Fraktionen, solange wir sie überhaupt noch haben, wünschenswert sind. Es sind z. B. in der Verfassungsfrage zwischen Preußen und Deutschland Differenzen entstanden auch unter unseren eigenen Genossen, die leichter beigelegt würden, wenn eine Anzahl Vermittler zwischen beiden Fraktionen vorhanden sind. Aber ich erkenne an, daß Mißstände vorliegen, und empfehle Ihnen die Resolution 204.

In der Beamtenfrage wird der Parteitag im großen und ganzen die Richtlinien beherzigen, welche Genosse Steinkopf zum Ausdruck gebracht hat. Von ihm rührt wohl auch die Resolution 257 her, die ich empfehlen möchte.

Von allen Beschlüssen und Anträgen zur Ernährungsfrage scheint mir die beste Zusammenfassung in dem Antrag 212 zu liegen, den ich Ihnen empfehle.

Zu den erledigten Anträgen würde dann auch der Antrag 76 gehören, der die Einstellung der Zuderbäckerei und der Bombonfabrikation empfiehlt. Auch

ich möchte Ihnen die Erledigung dieses Antrages anheim geben, bin aber nachträglich von dem Vorsitzenden des Bäderverbandes darauf aufmerksam gemacht worden, daß uns die in der Zudererarbeitungsindustrie beschäftigten Arbeiter, die nach Zehntausenden zählen, bitten, daß wir diesen Antrag glatt ablehnen, da er ihnen jede Erwerbsmöglichkeit beschneiden würde. Unter den Anträgen, die einer bestimmten Gruppe nicht eingeweiht sind, scheint mir der Antrag 99 über die Verwendung von Flugplätzen, Ergerzierplätzen, Kasernen usw. beachtenswert zu sein, ebenso die Resolution 100, die über die Werften, Gewehr- und Munitionsfabriken spricht und sich dagegen wendet, daß diese an das private Kapital zur Spekulation überlassen werden.

Vielleicht darf ich gleich im Anschluß hieran erwähnen, daß ich auch die Annahme der Resolution Stöckl empfehle über die Ueberweisung der Munitionsfabriken, die in Zivilverwaltung überführt worden sind, aus dem Reichschatzamt ins Reichswirtschaftsamt.

Antrag 225 ist eine Resolution über die Wohnungsverhältnisse, die wahrscheinlich den Wünschen des Parteitages entsprechen wird; wahrscheinlich auch 244, welche den Einigungsbestrebungen Thüringens das Wort redet.

Daß wir Nr. 268 für Esten und Büländer annehmen, ist wohl selbstverständlich.

Der Fraktion zu überweisen wären die Anträge über die Sozialisierung der Papierfabrikation, Nr. 265, der über die Abschaffung der Todesstrafe handelt. Zu den zu erledigenden würde gehören der Antrag 260.

Antrag 70 will den Genossen eine Klüge erteilen, die bei der Abstimmung über das Sozialisierungs-gesetz nicht anwesend waren. Ich würde bedauern, wenn das so summarisch geschähe, denn ich weiß als Fraktionsvorsitzender, daß ein Teil der Genossen aus berechtigten Gründen nicht da war. Wir können den Genossen Auer, Quessel und anderen zwangsweise Verbindertag ebenso wenig eine Klüge aussprechen als denen, die mit Wunsch und Willen der Fraktion in bedrohte Gebiete gegangen sind. Die allgemeine Klüge ist jedfalls unangebracht, und diejenigen, die sie mit Recht treffen soll, werden sie sich auch zu Herzen nehmen, nachdem sie Kenntnis von dieser Debatte erhalten haben.

Ich würde empfehlen, den Antrag 90 über die Einführung von Moralunterricht, nationalökonomischem Unterricht u. dgl. im Lehrplan unserer Schulen als Arbeitsmaterial der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer zu überweisen und der Fraktion als weiteres Material zu übergeben.

Es wird sich vielleicht auch nicht empfehlen, den Antrag 93 anzunehmen, der den Parteivorstand beauftragt, den Warenmarkt zu beobachten und darüber in der Arbeiterklasse Aufklärungen zu verbreiten. Das wird Aufgabe der Generalkommission der Gewerkschaften, der einzelnen Gewerkschaften, auch Aufgabe gewisser Zweige der von uns beeinflussten Regierung sein.

Der Antrag 108 nennt offene Türen ein, wenn er verlangt, daß der Schulzwang für Kinder unter 14 Jahren eingeführt werden soll. Der Schulzwang besteht. Es kann sich höchstens darum handeln, daß er hier und da während des Krieges nicht ordentlich beachtet worden ist.

Ich halte es auch für bedenklich, den Antrag 111 der Annahme des Parteitags zu empfehlen, nämlich die Kriegsanzleihegremien auf 3½ Proz. herabzusetzen. Wir würden die kleinen Sparner vor den Kopf stoßen, und das scheint mir nicht gerade die Aufgabe des Parteitags zu sein.

Der Antrag 73 will der Fraktion Vorchriften in Steuerfragen geben. Ob wir heute imstande sind, uns schon an bestimmte Richtlinien zu binden, bezweifle ich. Wir haben keine Ahnung, wie der zukünftige Etat aussehen wird.

Doch wie soviel als möglich in der Richtung gehen werden, die bisher durch unser Parteiprogramm bezeichnet ist, ist selbstverständlich.

Ich beschränke mich auf diese Bemerkung. Nicht alle Wünsche wird die Regierung und die Fraktion erfüllen können. Ein Redner hat pathetisch in den Saal gerufen: „Es ist Pflicht der Fraktion, Baumaterialien heranzuschaffen.“ (Seiterzeit.) Von ähnlicher Güte waren andere freundliche Aufforderungen an uns. Mit welcher Gewissenhaftigkeit sie manchmal erhoben wurden, sehen Sie im Antrag 178, der eine Reihe sozialdemokratischer Minister abschlächert und aus Versehen den einen oder anderen mit unter das Fallbeil genommen hat. Nachdem er dann eine schöne Rede gehalten, hat man ihn davon ausgenommen. (Seiterzeit.) Nach solchen Motiven sollte das Urteil der Genossen draußen im Lande nicht gefällt werden. Wenn Sie an uns die Mahnung richten, fleißig auf dem Posten zu sein, so seien Sie auch auf dem Posten, den Genossen zu sagen, daß sie in ihrer Kritik gegen ihre Vertrauensleute auch Gewissenhaftigkeit an den Tag legen. (Waboo)

Wiffell (zu einer persönlichen Bemerkung): Ich war heute morgen einer um 12 Uhr beginnenden Kabinettsitzung wegen verhindert, die Ausführungen der Kollegen David und Schmidt anzuhören. Aber selbst wenn ich sie angehört hätte, würde ich sachlich auf sie nicht haben eingehen können, weil die Debatte geschlossen ist. Im Rahmen einer persönlichen Bemerkung jedoch muß ich die Schiefheiten richtigstellen, die der Kollege Schmidt mitgeteilt hat, Unrichtigkeiten in der Hinsicht: Kohle, Kali, Lebensmittel und Streikverbot. Genosse Schmidt hat gesagt, ich hätte ein kurzes Gedächtnis. Ich müßte wissen, daß die Kohlen Gesetze schon vorgearbeitet worden seien, ehe es in Berlin zu den Unruhen kam. Genossen! Ich habe gesagt: Unter der Nachwirkung der Berliner Straßenkämpfe haben wir nur das Sozialisierungsgesetz durchgedrückt. (Sehr richtig!) Das hätte ich aufrecht. (Sehr richtig!) Seit November ist im Wirtschaftsministerium am Kohlengesetz gearbeitet worden im Rahmen eines Energiegesetzes. Schmidt hat durchblicken lassen, daß erst ein bürgerlicher Abgeordneter mich zur Vorlage dieses Gesetzes habe veranlassen müssen. Fallsches mit Wahren gemischt! Unter dem Eindruck der aus der politischen Situation sich ergebenden Stimmung hat im Kabinett ein Bürgerlicher gesagt: Nun sozialisiert doch wenigstens das Kohlenmonopol. Schön, habe ich gesagt, dann nehmen wir aus dem Energiegesetz die Kohlenfrage heraus.

Schmidt hat weiter gesagt: Bezüglich des Kaligesetzes hätten die Bürgerlichen mich zur Sozialisierung zwingen müssen. Ich habe vor mir das Stenogramm meiner Rede vom 7. März dieses Jahres aus Anlaß der Einbringung des Sozialisierungsgesetzes. Da sagte ich ausdrücklich:

Die Regierung hat die Absicht gehabt, mit diesem Gesetz — Anfangs März! — auch ein die gemeinwirtschaftliche Regelung des Kalis in Betracht nehmendes Gesetz vorzulegen.

Es ist damals nicht geschahen, weil die Regierung meinte, mit Rücksicht auf das bestehende Kaligesetz sollte man grundlegend das Gesamtgesetz aufarbeiten. Ehe es geschah, hatten die Bergarbeiter sich mit den Unternehmern im Kalilübergbau über höhere Preise und Löhne verständigt unter der Voraussetzung einer Erhöhung der Kalipreise. Diese Preiserhöhung sollte vorweg vor der Durchführung der gemeinwirtschaftlichen Regelung des Kaligesetzes erfolgen. Das hielt man nicht für zweckmäßig ohne die gemeinwirtschaftliche Regelung. Zur Sozialisierung ist alles vorbereitet gewesen und es hat keines Anstoßes irgendeines Bürgerlichen bedurft.

Schmidt hat gesagt, die Summe von 1 Milliarde 58 Millionen in Gold sei gegen meinen Willen ausgegeben worden. Das mußte den Einbruch er-

wecken, als wenn ich überhaupt gegen die Lebensmittelversorgung gewesen sei. (Sehr richtig!) Und so ist es auch offenbar von Ihnen aufgefaßt. Ich habe mich dagegen gewandt, daß man, ohne im einzelnen die Gesamtsummen anzugeben, planlos einläuft, und daß man dafür unsere Goldbede in Anspruch nimmt. Ich habe gefordert, daß man die Bedürfnisse des wirtschaftlichen Lebens nach Einführung von Rohstoffen nicht außer acht lassen soll. Wir haben erreicht, daß die ursprüngliche Menge wesentlich herabgesetzt ist. Die Tatsachen haben bewiesen, daß weniger gebraucht wird. (Zuruf.) Wir können nicht immer leben auf Kosten der Zukunft, wir müssen auch den Augenblick im Betracht ziehen. Das waren meine Motive.

Es ist mir vorgeworfen worden, ich hätte ein Gesetz über den Erlass eines Streikverbots gefordert. Wer die Denkschrift liest, wird wissen, was ich da gefordert habe. Von einem Streikverbot werden Sie nichts finden. (Waboo)

Robert Schmidt (persönlich): Meine Absicht war bei meiner Polemik gegenüber der Auffassung Wiffells, daß das Kabinett und die sozialdemokratischen Mitglieder im Kabinett auf dem Gebiete der Sozialisierung nicht ihre Pflicht getan haben, den Nachweis zu führen, daß er wiederholt gebrängt wurde, auf dem Gebiete der Sozialisierung zu Taten überzugehen (Minister Bauer: Sehr richtig!), ansatz Reden zu halten. Er hat ausdrücklich in seiner Rede am 8. März hier gesagt:

Erst seit 3 Wochen ist die Regierung gebildet. Nach 3 Wochen bietet sie hier dem deutschen Volke zwei Gesetzesvorlagen, zu deren Ausarbeitung in früherer Zeit mindestens drei Vierteljahre erforderlich gewesen wären.

Derselbe Redner sagt heute: Ihr habt zu lange gezögert mit diesen sozialen Gesetzen, während er im Parlament sagt, drei Vierteljahre hätten zu anderer Zeit damit gewartet werden müssen. Ich habe ihm keinen Vorwurf gemacht, daß das Kohlengesetz so spät gekommen ist, ich habe nur gesagt, und das hat er bestätigt: Als er die Kalk-Novelle einbrachte, mußte ihm erst ein bürgerlicher Abgeordneter sagen: Bitte, nun auch Sozialisierung, wenn Sie die Preise erhöhen. Das habe ich unterstrichen, weil es ungerecht ist zu sagen, daß wir auf diesem Gebiete auf unüberwindliche Hindernisse bei den bürgerlichen Abgeordneten gestoßen sind, wenn die Tatsache feststeht, daß die bürgerlichen Abgeordneten den Minister des Reichswirtschaftsministeriums erst sagen müssen, was er auf sozialem Gebiet zu tun hat.

Was die Finanzierung der Lebensmittel anlangt, so hören Sie ja, daß Wiffell glaubt, wir haben zuviel eingeführt. Wir haben viel zu wenig eingeführt. (Sehr richtig!) Und wenn ich noch mehr einführen könnte, würde ich mit beiden Händen zugreifen, und ich hätte gar kein Bedenken, auch unsere Goldbede noch mehr in Anspruch zu nehmen. Wie kann ein Minister des Reichswirtschaftsministeriums es vertreten, sich schüßend vor die Goldbede zu stellen und zu sagen: führt keine Lebensmittel mehr ein, wenn nicht der Schutz dieser Goldbede versagen soll. Lebensmittel brauchen wir zunächst, wenn wir unser Wirtschaftsleben und unser gesamtes Volkleben auf eine gesunde Grundlage bringen wollen. Wenn aber bei jeder Million, die gefordert wird für Lebensmittel, Widerspruch erhoben wird, ist das unverständlich nicht nur vom sozialen Standpunkt aus, sondern auch vom demokratischen. (Waboo)

Es wird nun zunächst abgestimmt über die Anträge zur Einheitsrepublik. Dabei wird festgestellt, daß Abgeordnete zwar nicht mitzuzstimmen haben, wenn es sich um den Bericht über die bisherige Tätigkeit der Fraktion handelt, daß sie aber das Recht der Abstimmung haben, wo es sich um Aufträge für die Fraktion in Zukunft handelt.

Auf Vorschlag von Heinrich Schulz wird beschlossen, an Stelle des ersten Absatzes von Antrag 210 den Antrag 213 zu setzen, wofür der letzte Absatz des Antrages 210 fällt.

Mit dieser Veränderung wird der Antrag 210 mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Ich bitte, es mir nicht als Ueberrüß auszuliegen, wenn ich angesichts dieses fast einmütigen Botums des deutschen Parteitags für die deutsche Einheitsrepublik meine lebhafteste Freude zum Ausdruck bringe. (Lebhafter Beifall.)

Die Anträge 101, 110 und 113 werden durch diese Abstimmung für erledigt erklärt.

Von den Anträgen in bezug auf die Doppelmandate wird der Antrag 204 angenommen. Damit sind erledigt die Anträge 80, 47, 48, 49, 56, 57, 58, 59, 64, 71.

In bezug auf die Anträge zur Beamtenfrage wird der Antrag 267 (in dem es im Absatz 4 statt Reichs heißt) angenommen. Damit sind die Anträge 97, 107, 108 erledigt.

Zur Ernährungsfrage wird der Antrag 212 mit großer Mehrheit angenommen. Dadurch sind die Anträge 72, 73, 78, 80, 95, 188, 189, 201 Abs. 6, 280 erledigt.

Antrag 248 wird mit der Ergänzung des Antrages 255, der als dritter Absatz anzufügen ist, angenommen.

Zur Sozialisierung wird der Antrag 251 mit dem Amendement Seiche in abschließender Abstimmung angenommen. Damit sind die Anträge 89, 91, 164, 188 Abs. 1 bis 7, 187, 188 erledigt. Antrag 260, über den auf Wunsch Grellings besonders abgestimmt wird, wird abgelehnt.

Die Anträge zur sozialen Gesetzgebung werden der Fraktion überwiesen, es sind das die Anträge 83—88, 92, 98, 211, 222.

Angenommen werden die Anträge 94, 99, 100.

Antrag 228 wird angenommen.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag 247 Abs. 3, der wünscht, daß Preußen Groß-Thüringen keine Schwierigkeiten macht. (Die Abstimmung ist zweifelhaft. Unruhe.) Der Vorsitzende erklärt, daß der Antrag dem soeben ausgesprochenen Bekenntnis des Parteitags zur Einheitsrepublik nicht widerspreche, da er als Schritt auf dem Wege zum Einheitsstaat die Zusammenschließung der vielen kleinen Staaten in Thüringen wünscht. Eine erneute Abstimmung ergibt die Annahme des Antrages mit großer Mehrheit. Die Annahme des Antrages 268 erfolgt einstimmig. (Bravo!)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Es folgen nun einige Anträge, die der Berichterstatter der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen sehen möchte. Dem entsprechend erfolgt Beschlußfassung über die Anträge 65 bis 67, 75 bis 77, 104, 105, 114, 116, 118, 119, 166, 174, 179, 180, 187, 198, 200, 223 Abs. 1 bis 3, 224, 225, 228, 264, 265, 269. Antrag 94 wird dem Parteivorstand überwiesen. Ueber Antrag 265 wird eine nochmalige Abstimmung vorgenommen, da der Berichterstatter nachträglich seine Annahme wünscht. Der Antrag wird nunmehr einstimmig angenommen. Der Antrag 90 wird auf Wunsch des Berichterstatters der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen zur Durchberatung überwiesen.

Antrag 70 soll auf Wunsch des Referenten abgelehnt werden.

Agordnete dürfen nicht mitstimmen. Der Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ebenso die Anträge 73, 93, 103, 111.

Eine Geschäftsordnungsdebatte entwickelt sich über die während der Abstimmung infolge des Druckes noch nicht fertig gewordenen und nachträglich verteilten Anträge 272 und 273. Da der Antragsteller einer Anregung von Hoch, die Anträge zurückzuziehen, nicht entspricht, stellt der Vorsitzende die Unterstufungsfrage. Die Unterstufung reicht nicht aus.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Es ist dann der Antrag gestellt worden, die Rede des Genossen Biffell in Brochürenform herauszugeben. Der Berichterstatter hat schon darauf hingewiesen, daß dann auch die Reden der Genossen Schmidt und David mit abgedruckt werden müßten oder besser wohl noch die ganze Debatte. Ich möchte den Genossen empfehlen, den Antrag mit der Begründung des Berichterstatters dem Parteivorstand zu überweisen.

Dreger-Lübeck (zur Geschäftsordnung): Die Kahlhalgerei zwischen den Mitarbeitern war ein wenig erhebendes Bild. Wenn das nun noch gedruckt herauskommt, so wird uns das nicht von Nutzen sein. Ich bitte deshalb, den Antrag abzulehnen.

Payer-Michendorf: Als Antragsteller bitte ich den Antrag, so wie er ist, anzunehmen. Der Zweck war, daß die Rede, die auf der geistigen Höhe stand, auf die der Parteitag durch diese Rede endlich mal gekommen ist, in der der Wille und der ganze Gedanke des deutschen arbeitenden Volkes zum Ausdruck gekommen ist und dem Volke Aufklärung über die Sozialisierungsfrage gegeben wird — daß diese Rede auch ins Volk hinauskommt. Wir wollen da keine Polemik anfügen.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Als Vorsitzender muß ich gegen die Behauptung des Redners Einspruch erheben, als ob erst durch die Rede des Genossen Biffell bei aller Achtung vor ihrem Wert ein etwaiger sonstiger Tiefstand des Parteitages überwunden worden wäre. Dagegen lege ich den schärfsten Einspruch ein.

Der Antrag Payer-Michendorf wird abgelehnt.

Es liegt noch der Antrag 275 vor. Er wird mit großer Mehrheit angenommen.

Damit sind sämtliche Anträge zum Bericht der Fraktion erledigt.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden nimmt der Parteitag nunmehr noch die beiden Referate zum Nähestem entgegen. Vorher wird noch das Resultat der Vorstandswahlen verkündet.

Bücker-Berlin: Bei der Wahl des Vorstandes wurden 378 gültige Stimmzettel abgegeben. Davon haben erhalten:

Hermann Müller 373, Otto Wels als Vorsitzende 291, Friedrich Bartels 374, Otto Braun als Kassierer 361, Scheidemann 352, Mollenhuth 372, Pfannkuch 369, Heinrich Schulz 347, Frau Luchacz 371, Adolf Ritter 372, Otto Frank 369, Frau Hned 358.

Diese Vorgenannten sind somit gewählt. Außerdem haben an Stimmen erhalten: Abbe 26, Hoch 16, Scholz-Meufälln 11, Biffell 8, Bernstein 8, Groger 6, Davidsohn 6, Kähler 4, Emmel 2, Schred 2, Bogel 2, Raizenstein 2, Genossin Grünberg 2, je eine Stimme haben erhalten: Adolf Braun, Vießer, Nummer, Frau Ege, Weinschild, Müller-Hamburg, Richard Fischer und außerdem als Beisitzer, nicht als Sekretär oder als Vorsitzender oder als Kassierer: Wels 3, Martha Hoppe 4, Frau Kähler 2; je eine Stimme: Frau Rixe, Frau Reibe.

Bernstein, Pauline Grünberg, Sieding, Schmidt-Berlin, Frau Schim-Schuch, Krähig und Schiller.

Bei der Wahl der Kontrollkommission wurden 351 Stimmen abgegeben. Davon waren ungültig 2, mithin gültige Stimmzettel 349. Es haben erhalten: Wühme 81, Frey 96, Pfister-Stuttgart 818, Grünwald 810, Hengsbach 800, Rabe 815, Müller-Potsdam 801, Pirtau 804, Genosfin Grünberg 802. Diese neun Genossen sind gewählt.

Es haben weiter Stimmen erhalten: Vogel-Mürnberg 171, Steiner 8, Ruggaber 2, und je eine Stimme: Gummel, Wels, Sibow, Laubadel, Schiller, König, Frau Dr. Wegscheider, Robert Schmidt, Gitzig.

Räteystem und Reichsverfassung.

Berichterstatter Dr. Fuchs Einzelner! Parteigenossen! Ich kann mir denken, daß das Erhebungsbedürfnis der Versammlung nach den Kämpfen des heutigen Tages groß ist. Vielleicht darf ich aber gerade deswegen hoffen, daß Sie den Ausführungen, die sachliche Fragen leidenschaftslos hören wollen, doch noch trotz der vorgerückten Zeit folgen werden. Es kommt heute nicht darauf an, alle Einzelheiten, die mit der Rätefrage zusammenhängen, zu behandeln. Es kann sich heute nur darum handeln, das Wesentliche zu erfassen und die Grundvorstellungen über das Räteystem zu entwickeln. Dies setzt voraus, daß wir die Rätebewegung, die in den letzten Monaten so mächtig angeschwollen ist, zunächst zu verstehen suchen.

Es wäre falsch, anzunehmen, daß diese Bewegung eine künstliche Mache und eine äußerliche Nachahmung des russischen Beispiels sei. Die Rätebewegung hat in Wirklichkeit bestimmte innere Gründe und Quellen. Was sie ins Leben gerufen und ihr eine so weite Verbreitung gegeben hat, war in erster Linie eine gewisse Enttäuschung, die die Masse ergriff, nachdem die volle Demokratie erungen war. Die politischen Herrschaftsformen waren zusammengefallen. Eine neue politische Demokratie war errichtet worden. Aber die Massen empfanden, daß trotz dieses Umstümpfens in politischer Beziehung ihr sozialer Lebensinhalt sich nicht gewandelt hatte. Der alte soziale Apparat war derselbe geblieben. Zu dieser Enttäuschung kam eine große Sehnsucht, die der Schauer über den Krieg und die Erregung der Revolution hervorgerufen hatten. Wie ein unabweikbares Schicksal war der Krieg über die Welt dahingegritten und Millionen Menschen hatte er zerrissen. In der Hand dieser dunklen Gewalt war der Mensch ein Röhrl, ein lebensloser Spielball geworden. Der Mensch bäumte sich auf gegen diese fürchterliche Menschenlosigkeit. Er fühlte im Innersten, daß er einen ungerichtbaren Selbstzweck in sich trägt, daß die objektiven Gewalten des Lebens ihn nicht beherrschen sollen, daß er im Gegenteil dazu berufen ist, sie nach den Gesetzen der Vernunft zu beherrschen. Er will sein Leben selbst gestalten und eine neue Lebensordnung schaffen, in der der Mensch sich selbst gehört und nicht für fremde Zwecke verbraucht wird. Die Kräfte, die das Lebensschicksal bestimmen, selbsttätig auf allen Gebieten in der Hand zu haben und zu lenken, ist der innerste Drang, der einen großen Teil der Masse bezieht, die dem Rätegedanken folgt.

Soweit diese Bewegung zu der Forderung nach der Errichtung einer Räte diktatur führt, lehnen wir sie ab. Das Wesen einer solchen Diktatur besteht darin, die politische Demokratie, die allen Staatsbürgern gleiches Recht gibt, zu ersetzen durch die Herrschaft einer Klasse, die sich zu diesem Zwecke besondere Herrschaftsorgane, nämlich die Räte, schafft. Eine solche Diktatur wäre nur durch Gewalt zu erreichen und nur durch Gewalt zu er-

halten. Man kann politische Revolutionen mit Gewalt durchführen, aber nicht eine soziale Revolution. Soziale Revolutionen zielen auf eine neue Wirtschaftsweise. Neue Wirtschaftswesen hängen aber nicht nur von Gesetzen ab, die man ändern kann, sondern von Wirtschaftstätigkeiten, die zu entwickeln sind. Solche Tätigkeiten können nicht das Werk der Gewalt, sondern nur das Ergebnis mühseliger organisatorischer Arbeit sein. Gewalt kann eine alte Wirtschaftsweise niederreißen, nicht eine neue Wirtschaftsweise aufbauen. Deswegen will die Sozialdemokratie den Sozialismus im Wege der Demokratie verwirklichen. Die Demokratie zwingt zur Auseinandersetzung mit allen gegnerischen Kräften. Dies führt zur kritischen Prüfung der eigenen Leistung, die nicht möglich wäre, wenn die Herrschaft einer Klasse durch Gewalt und Unterdrückung gesichert wäre. Die Demokratie läßt nur die Herrschaft der Mehrheit des Volkes zu. Dies zwingt dazu, die höchsten und besten Kräfte einzusetzen, um diese Mehrheit zu gewinnen. Eine Diktatur würde diese Kräfte nicht fördern, sondern ausschalten. Nur die Demokratie entwickelt deswegen wahrhaft die Mächte des Fortschritts und sichert sie. Gewiß ist eine „bürgerliche“ Demokratie eine Feindin des Sozialismus. Aber die bürgerliche Demokratie von heute kann die sozialistische Demokratie von morgen sein, wenn die Arbeiterklasse die Mehrheit erungen hat. Das Wirken der Demokratie hängt ab von den Mächten, die sie beherrschen. Die herrschende Macht der Zukunft wird die Arbeiterklasse sein. Die vielen Angriffe der letzten Zeit auf die Demokratie treffen nur eine historische Erscheinungsform der Demokratie, nicht das Wesen der Demokratie.

Wenn wir hiernach unbedingt an der Grundlage der politischen Demokratie festhalten, so dürfen wir doch nicht unkritisch in bezug auf die Leistungsfähigkeit der reinen politischen Demokratie sein. Ich will nicht sprechen von den persönlichen Herrschaftstendenzen, die sich auch in der vollsten politischen Demokratie entwickeln und dazu führen können, daß die Herrschaft des Volkes nur auf dem Papier steht, nicht aber zur tatsächlichen Wirklichkeit wird. Ich will auch davon nicht sprechen, daß eine Demokratie noch lange nicht gesichert ist, wenn ein demokratisches Recht besteht. Zu einer wahrhaften Demokratie gehört nicht nur eine demokratische Verfassung, sondern auch demokratischer Geist und demokratische Gesinnung. Wir sehen, daß es in Deutschland gerade in diesem letzten Punkt noch sehr an wahrhafter Demokratie fehlt. (Bravo!) Daraufes in diesem Zusammenhang allein ankommt, ist die Tatsache, daß auch in der vollkommensten politischen Demokratie, die wir rechtlich zweifellos haben, immer noch die Möglichkeit einer gefährlichen Spannung zwischen der Entwicklung der sozialen Verhältnisse und der politischen Ordnung vorhanden ist.

Die reine politische Demokratie kann auf die sozialen Verhältnisse nur durch Gesetz und staatliche Verwaltung einwirken. Beides aber ist unzureichend, um der sozialen Entwicklung so dienlich zu sein, wie wir es als Sozialdemokraten wünschen müssen. Die ganze Art des gesellschaftlichen Lebens, besonders des wirtschaftlichen Lebens, entzieht sich der nur staatlichen Behandlung. Das gesellschaftliche Leben ist zu differenziert, als daß es befriedigend ausschließlich durch das staatliche Gesetz geregelt werden könnte, daß seinem Wesen nach viel zu schematisch, bürokratisch, allgemein und spärlich ist. Der staatliche Eingriff kommt auch oft zu spät, weil die Staatsmaschine zu schwerfällig arbeitet. Deswegen stehen das Tempo der sozialen

Erziehung und die politische Arbeitsmethode nicht immer im rechten Verhältnis zueinander. Es kommt dazu, daß die staatliche Regelung von oben naturgemäß den gerade für unsere Zeit so eigentümlichen Krieg nach Selbstbestätigung, nach dem Aufbau der Verhältnisse durch die Beteiligten selbst unzufrieden lassen muß. Es genügt dem Menschen von heute nicht mehr, daß er zum Parlament wählen und in Versammlungen Kritik üben darf. Er will alle Kreise seines Lebens, die sein persönliches Geschick bestimmen, unmittelbar beeinflussen. Schließlich können in der reinen politischen Demokratie sehr oft nicht die tatsächlichen gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu einem entsprechenden Ausdruck und einer entsprechenden Geltung kommen. Politische Tendenzen durchkreuzen die gesellschaftlichen Interessen. Man denke zum Beispiel nur daran, wie die Interessen der Arbeiterklasse oft durch nationalstaatliche Bestrebungen politischer Art zurückgedrängt worden sind. Deshalb ist die Annahme unbegründet, daß notwendigerweise die Zusammenfassung des Parlaments die Macht der gesellschaftlichen Gruppen ohne weiteres anzeigt.

Daraus ergibt sich, daß die politische Demokratie notwendig einer Ergänzung bedarf. Die gesellschaftlichen, namentlich die wirtschaftlichen Interessen bedürfen besonderer Formen, in denen sie sich unmittelbar und selbständig auswirken können. Die politische Demokratie selbst muß diese Formen schaffen. Sie werden geschaffen, wenn in dem Staat neben der politischen Verfassung eine eigene Wirtschaftsverfassung begründet wird, die durch die wirtschaftlichen Kräfte selbst auf dem Grunde staatlicher Grundnormen die wirtschaftlich-organisatorischen Aufgaben zur Erledigung bringt. (Sehr richtig!) Der Ruf nach den Räten ist die Bewegung nach einer solchen eigenen Wirtschaftsverfassung, die neben der Staatsverfassung stehen soll. (Sehr richtig!) Die gesellschaftliche Entwicklung soll eigene selbsttätige Organe finden, damit nicht mehr auf dem Umweg über Staat und Parlament die Regelung der wirtschaftlichen Lebensverhältnisse zustande kommt, sondern direkt aus dem wirtschaftlichen Leben heraus die Ausbauformen durch die Beteiligten selbst für das wirtschaftliche Leben geschaffen werden. Das Parlament ist und bleibt das Organ der politischen Demokratie, in der die höchste Herrschaft und die letzte Entscheidung im Staate getroffen wird. Die Räte sind die Organe der wirtschaftlichen Demokratie. Der Staat zerlegt sich in dieser Verfassung in besondere Funktionen, die ein eigenes Leben führen. Es tritt eine Arbeitsteilung zwischen politischer und wirtschaftlicher Demokratie ein.

Besteht ein Bedürfnis nach einer solchen eigenen Wirtschaftsverfassung neben der Staatsverfassung? Die Frage ist identisch mit der Frage, ob ein Bedürfnis nach einer organisatorischen Zusammenfassung des wirtschaftlichen Lebens vorhanden ist. Ich darf diese Frage in diesem Zusammenhang freieren, obwohl sie bereits heute morgen in ausführlicher Weise behandelt worden ist und ein Streit über die prinzipielle Antwort in unseren Reihen kaum besteht. Wir dürfen es wohl mit aller Bestimmtheit und Sicherheit aussprechen: Die Zeit der „freien Wirtschaft“ ist vorbei. (Sehr richtig!) Wir können es nicht mehr dem Belieben des einzelnen überlassen, ob und wie die Versorgung des Volkes mit wirtschaftlichen Gütern stattfinden soll. Die Wirtschaft ist keine Privatangelegenheit, sondern Gemeinschaftssache. Auch das Wirtschaften der Menschen muß unter bestimmten sozialen Zweckgedanken stehen (Bravo!) und darf nicht dem Zufall überlassen werden. Es muß durch die gesellschaftlichen Bedürfnisse, nicht durch die Profitinteressen der einzelnen

bestimmt werden. Eine solche Auffassung schließt die „Freiheit“ nicht absolut und überall an. Sie erkennt nur diese Freiheit nicht als ein absolutes, unverletzbares Gut an. Sie läßt die Freiheit nur dann gelten, wenn sie einen sozialen Wert hat, das heißt, wenn sie sozial nützlich wirkt. Ist dies nicht der Fall, so muß sie eingeschränkt werden zugunsten des gesellschaftlichen Nutzens, der allein auf wirtschaftlichem Gebiete entscheiden darf. Man mag über die Formen, in denen eine solche soziale Wirtschaft lebendig werden soll, verschiedener Meinung sein. Alle Formen sind technische Behelfe, um bestimmte Zwecke zu verwirklichen. Was technisch das Beste ist, darüber läßt sich im einzelnen streiten. Jedenfalls muß für alle künftige Wirtschaftspolitik im Innern der Grundgedanke leitend sein, daß die Wirtschaft Sache der Gemeinschaft, nicht Sache des einzelnen ist. Möge das Bürgertum sich für im einzelnen streiten. Jedenfalls muß für alle künftige Wirtschaftspolitik im Innern der Grundgedanke leitend sein, daß die Wirtschaft Sache der Gemeinschaft, nicht Sache des einzelnen ist. Möge das Bürgertum sich für im einzelnen streiten. Es ist keine theoretische Forderung, die wir erheben. Es ist ein Gebot elementarer Not, aus der der neue soziale Geist für die Wirtschaft herankommt. Die Not fordert die höchste Produktivität der Wirtschaft. Die Not fordert die möglichst größte Verbilligung der Produktionskosten. Die Not fordert eine Produktion, die das für die Masse notwendige dem mehr oder weniger Ueberflüssigen voranzieht. Dies alles kann nur geschehen, wenn durch organisatorische Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Kräfte eine Gesamtwirtschaftsleistung ins Auge gefaßt wird, hinter der die Einzelinteressen zurückzutreten haben. Schaffenskraft und Unternehmungslust werden dadurch nicht ausgezehrt. Diese wertvollen Grundtriebe menschlicher Leistungsfähigkeit erhalten nur einen neuen Sinn und eine neue Richtung, wenn sie auf ein großes organisatorisches Ganzes, wenn sie nicht mehr nur auf die Rentabilität des Betriebs, sondern auf eine erstfolgende soziale Politik organisatorisch eingestellt werden. Das Bürgertum verlangt von der Arbeiterklasse höchste Unterordnung unter volkswirtschaftliche Gesichtspunkte und mit Recht. Dasselbe müssen wir aber auch vom Bürgerbun verlangen. (Sehr richtig!) Das Bürgertum möge acht haben! Wehe ihm, wenn es nicht den Weg zum Wirtschaftsgeist der neuen Wirtschaftsgemeinschaft findet! Der neue Aufbau Deutschlands, der vor uns liegt, sieht sein Ziel nicht in der Vergangenheit einer reinen kapitalistisch-wirtschaftlichen Kultur, deren Ungebundenheit und Ziellosigkeit die kriegerische Anarchie heraufbeschworen hat. Wir müssen ein neues Deutschland wollen mit Zielen, die in der Zukunft liegen, auf neuen Grundlagen, die dem Leben dienen und nicht in der Tod der Millionen führen. Darum ist die Errichtung einer eigenen Wirtschaftsverfassung ein Gebot unserer Zeit.

Und nun handelt es sich um zwei Grundfragen: Wie denken wir uns den Aufbau einer solchen Wirtschaftsverfassung? Wie denken wir uns das Verhältnis der Organe einer solchen Wirtschaftsverfassung zu den Organen der staatlichen Verfassung? Um beide Fragen zu beantworten, gehe ich von den Grundlagen aus, welche der Entwurf einer Verfassung für das Deutsche Reich bietet.

Der in Frage kommende Artikel 162 dieses Entwurfs, der das Programm für die Errichtung einer Räteverfassung enthält, besagt das Folgende:

Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt.

Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen Vertretungen in Betriebsarbeiterräten sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat.

Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialgesetzgebung mit den Vertretungen der Unternehmer und sonst beteiligter Volksteile zu Bezirkswirtschaftsräten und zu einem Reichswirtschaftsrat zusammen. Die Bezirkswirtschaftsräte und der Reichswirtschaftsrat sind so zu gestalten, daß die wichtigsten Berufsgruppen entsprechend ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung darin vertreten sind.

Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetze beim Reichstag zu beantragen, die gleich Vorlagen der Reichsregierung zu behandeln sind. Er kann dazu Vertreter abordnen, die wie Vertreter des Reichsrats an den Verhandlungen des Reichstags teilnehmen können.

Den Arbeiter- und Wirtschaftsräten können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden.

Aufbau und Aufgabe der Arbeiter- und Wirtschaftsräte sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern zu regeln, ist ausschließlich Sache des Reichs.

Zu diesem Artikel 162 ist hinzuzunehmen der zweite Absatz des Artikels 163, der folgenden Inhalt hat:

Das Reich kann im Falle dringenden Bedürfnisses zum Zwecke der Gesamtwirtschaft durch Gesetz wirtschaftliche Unternehmungen und Verbände auf der Grundlage der Selbstverwaltung zusammenschließen mit dem Ziel, die Mitwirkung aller schaffenden Volksteile zu sichern, Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Verwaltung zu beteiligen und Erzeugung, Herstellung, Verteilung, Verwendung, Preisgestaltung sowie Ein- und Ausfuhr der Wirtschaftsgüter nach gemeinschaftlichen Grundsätzen zu regeln.

Um hiernach zunächst den Aufbau der Wirtschaftsverfassung zu verstehen, ist es notwendig, die Eigenart des Wirtschaftslebens ins Auge zu fassen. Es heuzen sich in ihm zwei Tendenzen.

Die eine Tendenz ist ein Gegensatz, der uns wohlbekannte Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Dieser Gegensatz kann nicht verschleiert, er muß anerkannt werden. Eine wirtschaftliche Verfassung hat deswegen in erster Linie die Organe dieses Gegensatzes auszubilden. Für die Arbeiterseite heißt dies, daß für die Arbeiterinteressen als solche besondere Organe zu errichten sind, in denen die Interessen der Arbeiterklasse gegenüber den Interessen des Kapitals zu einem selbständigen Ausdruck und zu einer selbständigen Wirksamkeit gelangen sollen. Diesen Interessen der Arbeiterklasse im weitesten Sinne dienen die Arbeiterräte.

Die Wirtschaft bleibt bei diesem Gegensatz nicht stehen. Eine andere Tendenz ergibt sich aus einer von und nicht immer wahrgenommenen Gemeinsamkeit. Diese Gemeinsamkeit wird begründet durch die Produktionsinteressen. Sie sind gemeinsame Interessen aller an der Produktion beteiligten Kräfte. (Sehr wichtig!) Daß bisher diese gemeinsamen Produktionsinteressen nicht genügend berücksichtigt worden sind, beruht darauf, daß die gesamte Arbeiterpolitik im wesentlichen eingepreßt war auf den Gegensatz von Kapital und Arbeit.

Die Zeit ist gekommen, in der wir auch das Gemeinschaftsinteresse in der Wirtschaft, das Produktionsinteresse anerkennen und zur Geltung bringen müssen. Diesen gemeinschaftlichen Produktionsinteressen dienen die Wirtschaftsräte.

Die Wirtschaftsverfassung ruht daher auf zwei verschiedenen Organen: den Arbeiterräten und den Wirtschaftsräten. Nur wenn wir die beiden Funktionen, welche diese Räte zu erfüllen haben, auseinander halten, können wir die Grundlage verstehen, auf die ein Räteystem in der politischen Demokratie gestellt sein kann. Der Entwurf der Reichsverfassung geht von dieser Grundlage aus.

Wir beschäftigen uns in der weiteren Betrachtung des Aufbaus einer Wirtschaftsverfassung zuerst mit den Arbeiterräten. In ihnen lebt ein Gedanke wieder auf, der uns wohl bekannt ist. Es ist der Gedanke der Arbeiterkammern. Seine Verwirklichung wurde insbesondere auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß im Jahre 1905 lebhaft diskutiert und besonders von Gué nachdrücklich vertreten. Der Gewerkschaftskongreß entschied sich damals für das Institut der Arbeitskammern, die auf der Parität von Arbeitgebern und Arbeitnehmern beruht. In der Rätebewegung ist nun das Bedürfnis nach eigener Interessenvertretung in der Arbeiterschaft neu erwacht und die Gesetzgebung wird diesem Bedürfnis Rechnung tragen müssen. Die Gewerkschaften allein können dieses Bedürfnis nicht befriedigen, denn in ihnen sind nur die organisierten Arbeiter vertreten und ein Organ, das alle Richtungen der Gewerkschaften zusammenfaßt, ist nicht vorhanden. Es kommt aber gerade darauf an, die gesamte Arbeiterschaft, einerlei, ob sie organisiert ist oder nicht, ohne Rücksicht darauf, welcher Richtung sie angehört, einheitlich zusammenzufassen. Arbeiter und Angestellte haben an einem solchen Organ ein gleiches Interesse. Auch die Arbeiter und Angestellten des Staates, wenn sie nicht Beamte im eigentlichen Sinne sind, müssen beteiligt sein. Besondere Interessen der Arbeiter und Angestellten oder einzelner Berufe können in der einheitlichen Organisation in besonderen Abteilungen besondere Berücksichtigung finden. Ein solches öffentlich-rechtliches Vertretungsorgan der gesamten Arbeiterschaft im weitesten Sinne ist geeignet, die gesellschaftliche Macht der abhängigen Arbeit zu befestigen, zu erhöhen und zu erweitern. (Vehemente Zustimmung!) Die gesamte abhängige Arbeit würde organisierten zusammengefaßt einheitlich den Interessen des Kapitals gegenüberzutreten und die eigenen Interessen in wirksamer Weise zur Geltung bringen können. Die Wirksamkeit solcher Arbeiterräte müßte sich auf alle sozialen und wirtschaftlichen Interessen der abhängigen Arbeit erstrecken. Nach dem Entwurf der Reichsverfassung sind die Arbeitervertretungen so gebaut, daß sie zunächst als Betriebsarbeiterräte den Betrieben eingegliedert, im übrigen die Arbeiter und Angestellten bestimmter Bezirke in Bezirksarbeiterräten zusammengefaßt werden sollen, um schließlich für das ganze Reich in einem Reichsarbeiterrat ein höchstes Organ zu finden.

Was die Wirtschaftsräte anlangt, so treten in ihnen alle Kräfte zusammen, die an der Regelung der Produktion beteiligt sind. Das für uns wichtige ist, daß in ihnen die Arbeiter an der Leitung der Produktion beteiligt werden sollen. In ihnen hört der Arbeiter auf, nur als Lohnempfänger zu existieren. Er tritt aus der Arbeiterphäre und wird Miteiner der Produktion als Produzent. Das Wirtschaftliche, das bisher über ihn von fremder Hand gestaltet worden ist, wird in den Wirtschaftsräten mit ihm und durch ihn gestaltet. Nicht mehr nur der Lohn, die gesamte Wirtschaft wird sein Interessengebiet und Tätigkeitsfeld. Die Welt der Wirtschaft soll sich seinem

Auge, seiner Kenntnis und seiner Verantwortung erschließen. Nach dem Entwurf der Reichsverfassung wird eine doppelte Gliederung dieser Wirtschaftsräte ins Auge gefaßt. Nach Artikel 153 Absatz 2 des Verfassungsentwurfs kann zunächst eine Gliederung nach Berufen, in Form von sozialen Selbstverwaltungskörpern, an denen die Arbeiterschaft beteiligt ist, stattfinden. Es ist dies die Gliederung nach vertikalem Gesichtspunkt. Daneben ist in Artikel 162 eine territoriale Gliederung in Bezirkswirtschaftsräten und einem Reichswirtschaftsrat vorgesehen. Es ist dies die horizontale Gliederung. In dieser doppelten Weise können die Produktionsinteressen zur Geltung gelangen, in sich ihren Ausdruck suchen und nach gemeinwirtschaftlichem Gesichtspunkte ihre Regelung finden. Der Verfassungsentwurf sieht davon ab, im einzelnen die Zusammensetzung, die Aufgaben, die Rechte und Pflichten dieser Räte auszusprechen und abzugrenzen. Er zeigt uns nur das allgemeine Gerüst, den Bauplan, der für die künftige Gesetzgebung auf diesem Gebiet maßgebend sein soll. Deswegen setze auch ich heute von der Darlegung weiterer Einzelheiten ab. Wichtig ist nur hervorzuheben, daß nach dem Plane des Verfassungsentwurfs die Wirtschaftsräte nicht im Sinne der früheren Arbeitskammern nur als Körperschaften gedacht sind, in denen Unternehmer und Arbeiter paritätisch vertreten sind. Es sollen vielmehr in ihnen alle an der Produktion beteiligten Kreise, also auch die Verbraucher, ihre gemeinsame Vertretung finden. Damit wird die Produktionsstätigkeit dem Interessenspiel einzelner Gruppen entzogen und eine Aufgabe, an dessen Lösung alle Interessenträgerungen beteiligt sind.

Es ist mir daher übergehe, das Verhältnis dieser Organe der Reichsverfassung zu den Organen der Staatsverfassung zu besprechen, ist es notwendig, noch drei wichtige Beziehungen zu betrachten, in denen die Räte zu bestimmten wirtschaftlichen Bestrebungen stehen.

Da drängt sich uns zunächst die Frage nach dem Verhältnis der Räte zu den freien Berufsverbänden auf. Ich betrachte zunächst das Verhältnis zwischen den Arbeiterräten und den freien Berufsverbänden. Die freien Berufsverbände betätigen sich auf einem der wichtigsten Interessengebiete der Arbeiterschaft, indem sie auf eine günstige Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiterschaft hinwirken. Die Bearbeitung dieses Interessengebiete muß nach wie vor den freien Berufsverbänden überlassen werden. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen setzt bis auf weiteres das Bestehen von Kampforganisationen mit Kampffonds voraus. Die Arbeiterräte sind ihrer Natur nach nicht dafür eingestellt, Lohnkämpfe zu führen und die dazu nötigen Mittel aufzubringen. Es kommt dazu, daß die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen die höchste Anpassungsfähigkeit an besondere Verhältnisse der Betriebe und Berufe voraussetzt. Die Arbeiterräte als behördlich organisierte Vertretungsorgane besitzen eine solche Anpassungsfähigkeit viel weniger als freie Berufsverbände, die aus sich selbst heraus tätig sind. In besonderem Maße gilt diese Auffassung den Betriebsarbeiterräten gegenüber. Es wäre eine höchst gefährliche Entwicklung, wenn die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen von den freien Berufsverbänden auf die Betriebsarbeiterräte übergehen würde. Die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen muß grundsätzlich Sache der Berufsorganisationen sein und bleiben. Nur solche über den Betrieben stehende Organisationen, die nicht nur die wirtschaftliche Lage der Betriebe, sondern die Lage des ganzen Berufs überschauen, können eine den sozialen Bedürfnissen entsprechende Lohnpolitik treiben. Würden die Betriebsarbeiterräte unter dem Gesichtspunkte der Leistungsfähigkeit der einzelnen Betriebe die Regelung der Lohn- und Arbeits-

Bedingungen von sich aus betreiben, so könnte vielleicht vorübergehend einmal eine Besserung der Lage für die Betriebsarbeiterschaft eintreten. Von Dauer aber würde eine solche Besserung nicht sein können und die Besserung einzelner Arbeiterschichten in den Betrieben würde alsbald die Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterschaft in anderen Betrieben nach sich ziehen können. Die Uebertragung von Aufgaben, die bisher die Berufsverbände erfüllt haben, auf die Betriebsarbeiterräte wäre daher kein Fortschritt in der Richtung des Sozialismus, sondern ein Rückfall in vorsozialistische Zeiten. Nicht der sozialistische Geist der Arbeiterschaft würde gestärkt, wenn die Betriebsarbeiterräte die Herrschaft in der Lohnpolitik an sich rissen, gestärkt würde der kapitalistische Instinkt der Masse, für die die Verjudung nahe liegen würde, die Preise in den Betrieben zu steigern, um möglichst hohen Lohn und Gewinnbeteiligung aus den Betriebsergebnissen auf Kosten der Gesamtheit herauszuschlagen. Dies schließt nicht aus, daß die Betriebsarbeiterräte auch auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsverhältnisse segensreich wirken können. Sie können die durch die Berufsverbände getroffenen Tarifvereinbarungen kontrollieren, alle ergehenden Maßnahmen vornehmen, die der Tarifvertrag offen läßt, und die Arbeiterschaft vor Leberverteilung und Verdrückung in den Betrieben schützen. Sie sollen vor allem bei der Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten mitwirken. Wird hiernach die bisherige Tätigkeit der freien Berufsverbände in keiner Weise durch die Einführung von Arbeiterräten beschränkt, so wird auch bei der Einrichtung von Wirtschaftsräten die Tätigkeit der freien Berufsverbände nicht überflüssig. In der letzten Zeit sind die freien Berufsverbände dazu übergegangen, nicht nur diejenigen Fragen zu regeln, die sich aus dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ergeben, sondern auch Fragen der Wirtschaft zu behandeln, die dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam sind. Die sogenannten „Arbeitsgemeinschaften“ sind ein Zeichen dafür, daß auch die freien Berufsverbände den Bedürfnissen der Arbeiterschaft, an der Leitung der Produktion mitbeteiligt zu werden, nachzukommen versuchen, denn diese Arbeitsgemeinschaften haben es nicht nur mit sozialistischen, sondern auch mit wirtschaftspolitischen Funktionen zu tun. Solche Arbeitsgemeinschaften machen indessen die Wirtschaftsräte nicht überflüssig. Die Wirtschaftsräte beruhen auf öffentlich-rechtlicher Zwangsorganisation, die alle Beteiligten ergreift und nicht nur auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer beschränkt ist. Blankolle Produktion ist deswegen nur in den Wirtschaftsräten möglich. Andererseits würde der Bestand von Wirtschaftsräten die frei gewachsene, bewegliche und anpassungsfähige Arbeitsgemeinschaft durchaus nicht überflüssig machen. Solche freiwilligen Arbeitsgemeinschaften können auch im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Organisation Spezialaufgaben lösen, selbständig Grundröße ausführen, welche die Wirtschaftsräte aufstellen, Regelungen treffen, soweit sie die Wirtschaftsräte nicht getroffen haben, und in freier Pionierarbeit die Tätigkeit der Wirtschaftsräte anregen und weiter treiben.

Eine weitere Frage, die der besonderen Bedeutung bedarf, bezieht sich auf die wirtschaftlichen Funktionen der Betriebsarbeiterräte. Die Betriebsarbeiterräte gehen in ihrer Bedeutung über die bisherigen Arbeiter- und Angestelltenausschüsse hinaus. Die Funktionen dieser Arbeiter- und Angestelltenausschüsse waren im wesentlichen nur sozialpolitischer Art, d. h. die Gegenstände, auf die ihre Tätigkeit abzielte, waren in der Hauptsache Gegenstände des Arbeitsverhältnisses. Die Entwicklung ist über diese Funktionen hinausgedrungen. Der Arbeiter strebt auch im Betriebe nach einer Beteiligung an der Wirtschaftsführung. Die Frage ist die, ob und inwieweit die Betriebsarbeiterräte in Erfüllung dieser wirtschaftlichen Aufgabe

frei oder gebunden sein sollen. Völlige Freiheit würde dem Gedanken einer sozialeren Wirtschaft entgegengesetzt sein. Denn: die Wirtschaft ist nicht Privatsache der einzelnen, die Wirtschaft ist Gemeinwirtschaftsfrage! Trifft dieses Wort zu, so kann die wirtschaftliche Entscheidung nicht von den Betriebsarbeiterräten ausgehen, sie muß vielmehr, soweit sie gemeinwirtschaftlich ist, von höheren Organen getroffen werden, die das wirtschaftliche Gemeinwirtschaftsinteresse zu vertreten haben. Nicht die Interessen der Betriebsarbeiterschaft können bei der wirtschaftlichen Gestaltung der Betriebe entscheidend sein. Entscheidend müssen die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Gesamtheit sein. Verlangt zum Beispiel dieses wirtschaftliche Gesamtinteresse, daß statt spezialisierter Luxusmöbel typisierte Durchschnittsmöbel hergestellt werden, so können die Interessen der Betriebsarbeiterschaften ein solches gemeinwirtschaftliches Interesse ebensowenig durchkreuzen, wie dies seitens der Betriebsinhaber geschehen soll. Deswegen wird auch in Zukunft der Schwerpunkt der gemeinwirtschaftlichen Entwicklung in den Wirtschaftsräten als den Organen der Wirtschaftsverfassung liegen müssen. Wenn also die Betriebsarbeiterräte im sozialistischen Geiste arbeiten wollen, so müssen auch sie, soweit nicht reine Betriebsinteressen in Betracht kommen, Organe der Wirtschaftsverfassung und nicht Organe der Betriebe sein. Wie im einzelnen hierbei reine Betriebsinteressen und gemeinwirtschaftliche Interessen abgegrenzt werden können, soll heute nicht weiter ausgeführt werden. Ich wollte nur das Problem zeigen, um das es sich beim Aufbau der Betriebsarbeiterräte, soweit wirtschaftliche Funktionen in Betracht kommen, handelt.

Die dritte und letzte Frage in diesem Zusammenhang ist die Frage nach dem Verhältnis der Räte zur Sozialisierung. Man hört es oft sagen, daß die Räte ein Mittel der Sozialisierung sein sollen. Dieser Satz beweist, wie unklar heute noch in vielen Beziehungen das Räteproblem ist, wie dilettantisch oft mit schillernden Worten gearbeitet wird, statt mit klaren objektiven Vorstellungen. Die Räte können nicht sozialisieren. Sozialisieren kann nur der Staat. Sozialisierung ist die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln zugunsten eines Gemeineigentums, das dem Staate, einer öffentlichen Körperschaft oder einer Genossenschaft zusteht. Sozialisierung ist also eine Aenderung der Eigentumsordnung. Eine solche Aenderung kann nur vom Staate ausgehen und nur durch Gesetzgebungssatz erfolgen. Wenn heute sämtliche Betriebe von ihren Arbeitern in Besitz und Verwaltung genommen würden, so wäre damit noch keineswegs eine Sozialisierung erfolgt, denn das Privateigentum an den Produktionsmitteln, dieses Rechtsinstitut des Privatrechts, bliebe bestehen, und geändert hätte sich nur der Besitzer, nicht aber das Privateigentum als solches. Die Arbeiter der Betriebe wären Kapitalisten geworden. Der Kapitalismus wäre geblieben. Es ist eine Irreführung der Arbeiter, wenn ihnen von mancher Seite gepredigt wird, sie könnten den Sozialismus verwirklichen, indem sie sich an die Stelle des Betriebsherrn setzen. Nur in einer kranken Zeit, die jede Denkdisciplin verloren hat, konnten solche Ausschreitungen als Sozialismus angesehen werden. Darum muß mit aller Strenge an dem Grundsatz festgehalten werden, daß das allein berufene Organ zur Sozialisierung der Staat ist, der die Fähigkeit hat, durch Aenderung der Eigentumsordnung eine wirkliche Sozialisierung vorzunehmen und die Gewähr dafür bietet, daß durch die Sozialisierung ihr Grundgedanke verwirklicht wird, der in der Produktion der Gesamtheit für die Gesamtheit besteht. Wenn man daher die Räte mit der Sozialisierung in Verbindung bringt, so kann dies nur in folgender Weise geschehen: Man kann sagen, daß sie gewisse Voraus-

setzungen für eine Sozialisierung bieten. Denn sie stellen die private wirtschaftliche Tätigkeit unter Kontrolle und schulen den Geist einer sozialistischen Verwaltung durch gemeinwirtschaftliche Betätigung der Arbeiter. Man kann auch davon sprechen, daß die Räte den Übergang zur Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln erleichtern, indem sie die private Betätigung des Eigentümers zugunsten gesellschaftlicher Organe immer mehr beschränken. Man kann schließlich sagen, daß sie die Ausführungs- und Verwaltungorgane einer durch den Staat vollzogenen Sozialisierung und die bevorzugten Träger sozialistischer Wirtschaft sein können, wenn und insofern der Staat die Sozialisierung vorgenommen hat, da wir uns die sozialistische Wirtschaft nicht als Staatswirtschaft denken, sondern als Gemeinwirtschaft, die von lebendigen wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern getragen wird. Insofern sind die Räte im kapitalistischen Staat heranwachsende Organe einer künftigen sozialistischen Wirtschaft. Im ganzen aber ergibt sich: Die Sozialisierung muß neben der Schaffung eines Räteystems selbständig einhergehen durch fortlaufende Aenderung des Wirtschaftsrechts im sozialistischen Sinne durch den Staat. Die Wirtschaftsverfassung selbst kann das Wirtschaftsrecht nicht ändern. Seine Aenderung ist Aufgabe der politischen Demokratie, die der Wirtschaftsverfassung ihre Wirkungsmöglichkeit vorschreibt.

Damit bin ich zur Erörterung der zweiten Grundfrage gelangt, nämlich zu der Frage, in welchem Verhältnis die Organe der Wirtschaftsverfassung zu den Organen der Staatsverfassung stehen sollen.

Die Hauptaufgabe der Wirtschaftsverfassung besteht darin, die Tätigkeit des Staats auf bestimmten wirtschaftlichen Gebieten abzulösen, staatliche Tätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet zu übernehmen, die Organisation des Wirtschaftslebens dem staatlichen Gesetz unter staatlicher Verwaltung zu unterstellen. Dies setzt voraus, daß der Staat durch Gesetze staatliche Macht auf die Wirtschaftsverfassung überträgt, damit sie auf wirtschaftlichem Gebiet organisieren kann. Im Rahmen dieser staatlichen Ermächtigungsmüssen die Organe der Wirtschaftsverfassung die obrigkeitliche Gewalt gewinnen, Verordnungen zu erlassen und Verwaltungsakte vorzunehmen. (Sehr gut!) Die Hauptbedeutung des Problems der Wirtschaftsverfassung besteht deswegen darin, ihre Organe von den Organen der Staatsverfassung abzutrennen und ihr die Freiheit zu eigener Betätigung zu verleihen, nicht aber darin, die Organe der Wirtschaftsverfassung in die Staatsverfassung einzugliedern und damit die staatliche Tätigkeit nur weiter zu komplizieren und zu beschweren. Es ist der Grundfehler der Richtung, die sich an die Namen der Genossen Cohen und Kallist knüpft, daß sie die Wirtschaftsorgane in den Staat einbauen will, statt sie von ihm zu trennen. Nicht um einen neuen Aufbau der staatlichen Organe handelt es sich bei den Räten, sondern um die Errichtung eines selbständigen Nebensbaus mit selbständigen Einrichtungen und eigenen Formen. Die Errichtung einer solchen Wirtschaftsverfassung wird nicht das Werk eines Gesetzes sein können. Es wird sich bei ihrer Errichtung um eine langwierige Entwicklung und eine Neugruppierung staatlicher Macht von Fall zu Fall handeln. Die Hauptsache ist, daß wir uns der Grundrichtung der neuen Entwicklung bewußt sind. Um so leichter wird dann die notwendige Entwicklung stattfinden sehen.

Trotz dieser Selbständigkeit der Wirtschaftsverfassung neben der Staatsverfassung lehnen wir den Gedanken nicht ab, den Organen der Wirtschaftsverfassung auf die staatliche Gesetzgebung und die staatliche Verwaltung Einfluß zu geben. Es fragt sich nur, wie dieser Einfluß gehalten sein soll.

Ich fasse zunächst die Beziehungen der Räte zur staatlichen Gesetzgebung ins Auge und habe mich nunmehr mit den Gedanken auseinandersetzen, die auf dem zweiten Rätekongress unter Führung von Cohen und Kallisti zum Siege gelangt sind. Hiernach soll gleichberechtigt neben dem politischen Parlament eine „Kammer der Arbeit“ errichtet werden, ohne deren Zustimmung kein Gesetz zustande kommen kann. Ich halte diese Forderung für falsch und gefährlich (Sehr richtig!) und habe das Gefühl, als ob der zweite Rätekongress sich über die Bedeutung seines Beschlusses nicht ganz im klaren gewesen sei. Ich habe soeben ausgeführt, daß es von vornherein falsch ist, die Räteverfassung in die Staatsverfassung einbauen zu wollen, statt sie als eine eigene Verfassungsform aus dem Staatsgebäude in einer neuen eigenen Gemeinschaft herauszuschälen. Auch davon abgesehen, ist die „Kammer der Arbeit“ grundsätzlich verfehlt und praktisch-politisch vom Standpunkt der Demokratie aus gefährlich. Wir begrüßen in diesem angeblich so neuen Gedanken einen alten Bekannten. Es ist die Idee der berufsständischen Kammer. Wir haben diese Idee immer bekämpft. Wenn ich sie aber heute bekämpfe, so geschieht dies nicht, um diese Tradition festzuhalten, denn manches, was wir früher bekämpften, kann heute doch richtig sein. Es sind innere Gründe, die zu ihrer Ablehnung führen. Die „Kammer der Arbeit“ will die Kammer der wirtschaftlichen Interessenten sein. Diese Kammer der Interessenten will bei allen Gesetzgebungsfragen entscheidend mitsprechen. Es ist grundsätzlich falsch, einer Kammer von wirtschaftlichen Interessenten die Macht zu verleihen, unter wirtschaftlichem Gesichtspunkt die gesamte Politik entscheidend mitzubestimmen. Es gibt eine Reihe von politischen Fragen, die nicht nach dem wirtschaftlichen Gesichtspunkt orientiert werden können. Dahin gehören vor allem die großen Fragen der Kulturpolitik. Aber auch soweit politische Fragen direkt wirtschaftliche Interessen berühren, ist es nicht richtig, das wirtschaftliche Sachmenschen-tum entscheiden zu lassen. Denn auch wirtschaftliche Fragen müssen eingeordnet werden in den großen Zusammenhang aller Dinge, sind politische Fragen im höchsten Sinne. Das was wirtschaftlich richtig sein kann, braucht noch nicht politisch richtig zu sein. Selbst wenn zum Beispiel die sogenannte Kontinentalpolitik wirtschaftlich gerechtfertigt wäre, wäre sie politisch doch eine Gefahr. Es ist kein Zufall, daß die Anhänger der „Kammer der Arbeit“ zugleich die eifrigen Verfechter der „Kontinentalpolitik“ sind. Sie rechtfertigen diese Kontinentalpolitik mit wirtschaftlichen Gründen und beweisen damit, zu welcher Gefahr eine nur wirtschaftlich orientierte Politik führen kann. Die „Kammer der Arbeit“ würde zu einer Materialisierung der gesamten Politik führen, die wir nicht wünschen können. (Sehr richtig!) Der Geist der Politik würde durch eine solche „Kammer der Arbeit“ verfallt. Doch auch praktisch-politisch ist die berufsständische Kammer der Arbeit eine Gefahr für den Aufstieg der Arbeiterklasse in der politischen Demokratie. (Sehr richtig!) Die politische Demokratie ist für uns ein Mittel, die Arbeiterklasse als die Mehrheit der Bevölkerung zur politischen Macht zu führen. Nun denken Sie sich, daß wir nach mühseligem Kampf die Mehrheit im politischen Parlament errungen haben. Sollen wir uns nun selbst eine berufsständische Kammer aufsetzen, die es nach ihrer Zusammensetzung verhindern kann, daß diese Mehrheit ihre politische Macht ausübt? Die Vertreter der „Kammer der Arbeit“ haben bis heute sich noch nicht klar über ihre Zusammensetzung und ihren Abstimmungsmodus ausgesprochen. Können die Vertreter der Arbeiterklasse in der „Kammer der Arbeit“ überstimmt werden oder nicht? Ist dies der Fall, so kann tatsächlich eine solche „Kammer der Arbeit“ ein Hemmschuh werden für die freie politische Entwicklung der Arbeiterklasse. Es ist kein Zufall, daß ge-

rade die Vertreter der Konservativen eine geheime und offene Sympathie für die berufsständische Kammer haben. Sie haben sofort erfaßt, daß in einer solchen „Kammer der Arbeit“ eine willkommene Bremse der politischen Demokratie liegen kann. (Lebhafte Zustimmung!) In der Tat haben sich im Verfassungsausschuß nur konservative Vertreter für den Gedanken einer solchen berufsständischen Kammer ausgesprochen. Kein, nicht darauf kommt es an, in den Staatsorganismus ein neues berufsständisches Parlament einzubauen. Den Einfluß der wirtschaftlichen Kräfte auf den Gang der politischen Geschäfte können und wollen wir auf anderem Wege sichern. Einen Weg gibt der Entwurf der Reichsverfassung an. Er gibt dem Hauptorgan der Wirtschaftsverfassung, nämlich dem Reichswirtschaftsrat, das Recht zur Initiative, d. h. das Recht, im Reichstag Gesetzesanträge zu stellen, mit der Verpflichtung des Reichstags, diese Gesetzesanträge wie Gesetzesvorlagen der Reichsregierung zu behandeln. Dieses Recht soll in der Weise praktisch ausgeübt werden, daß Vertreter des Reichswirtschaftsrats befugt sein sollen, persönlich den Gesetzesantrag zu vertreten und sich an den Verhandlungen über ihn im Reichstag zu beteiligen. Damit wird eine Verbindungsbrücke zwischen der Wirtschaftsverfassung und der Staatsverfassung gebaut, die notwendig und wertvoll ist, ohne daß das Parlament in seiner höchsten Entscheidungsmacht beschränkt wird. Diese Gestaltung ist ein Vorteil für das Parlament und die Organisationen der Wirtschaftskräfte. Das Parlament kann die frische Luft brauchen, die unmittelbar von dem wirtschaftlichen Leben ausströmt, das der Reichswirtschaftsrat vertritt. Auch das Parlament neigt zur Bürokratie, zur eigenwilligen Abschließung gegenüber den Bewegungen des Lebens. Da ist es eine belebende Kraft, wenn von einer außenstehenden Institution eingegriffen wird, um die parlamentarische Versammlung unmittelbar vor die Probleme des Lebens zu stellen. (Sehr richtig!) Die politische Demokratie wird wirksamer, wenn sie in unmittelbarer Verbindung mit den Aufgaben der wirtschaftlichen Demokratie steht. Der Reichswirtschaftsrat seinerseits erschöpft sich nicht in leeren Protestaktionen, wenn ihm Gelegenheit gegeben wird, seine Wünsche unmittelbar vor das Parlament zu bringen. Die wirtschaftlichen Probleme kommen rascher und sachgemäßer zur Erledigung, wenn die Organisationen der wirtschaftlichen Kräfte selbst ihre politische Entscheidung fördern können. Wie im einzelnen dieses Recht der Initiative auszugestalten ist, muß der weiteren gesetzlichen Entwicklung vorbehalten werden. Von unserem Standpunkt aus müssen wir fordern, daß, wenn etwa die Vertreter der Arbeiterklasse im Reichswirtschaftsrat nicht durchgedrungen sein sollten, sie als Minderheitsgruppe das Recht haben müssen, ihren Minderheitsstandpunkt selbstständig im Parlament zu vertreten. Im Grunde ist die Herstellung einer solchen Verbindung zwischen dem politischen und wirtschaftlichen Leben nichts weiter, als die gesetzliche Anerkennung dessen, was bisher hinterherum, geheim und indirekt bereits geschehen ist. (Sehr richtig!) Es ist besser, daß sich die wirtschaftlichen Kräfte, die Einfluß auf die politische Entscheidung gewinnen wollen, offen auseinandersetzen, als daß sie durch ihre Vertreter im geheimen Regierung und Parlamentarier für ihre Interessen bearbeiten.

Nun noch ein Wort über das Verhältnis der Organe der Wirtschaftsverfassung zur Staatsverwaltung. Eine politische Demokratie ist erst dann voll wirksam, wenn nicht nur die Gesetzgebung, sondern auch die Verwaltung demokratisiert ist. (Sehr richtig!) Eine wirkliche Demokratisierung der Verwaltung herzustellen, ist eines der schwierigsten Probleme einer aufstrebenden Demokratie. Wünschen wir uns nicht! Diese Demokratisierung haben wir nicht schon dann erreicht, wenn Parlamentarier an die Spitze der

Verwaltung treten und „neue Männer“ an die Stelle der alten Männer berufen werden. Auch Parlamentarier können Bureaufreier sein und sie sind es sehr oft (Heiterkeit!), die neuen Männer aber sind nicht ohne weiteres Verantwortungsvolle demokratische Verwaltungsbeamte. Die Kontrolle der Verwaltung durch das Parlament ist keine ausreichende Garantie für die demokratische Funktion der Verwaltung. Ja, ich behaupte, daß unter Umständen gerade das parlamentarische System eine wirksame Kontrolle der Verwaltung durch das Parlament gefährden und hindern kann. Wir dürfen uns das offen eingestehen, weil wir nicht gewillt sind, an Dogmen zu glauben, und bereit sein müssen, auch kritisch dem Parlamentarismus gegenüber zu stehen, um ihn fortzubilden, wenn seine Fortbildung nötig ist. Das parlamentarische System besteht in der Herrschaft der parlamentarischen Mehrheit. Wenn die führenden Verwaltungsbeamten dieser Mehrheit oder Freunden dieser Mehrheit entnommen werden, so besteht zweifellos die Gefahr, daß die parlamentarische Mehrheit ihre Anhänger und Freunde zu bedrücken sucht. Dieser Gefahr können wir nur begegnen, wenn wir der Kontrolle von oben eine Kontrolle von unten entgegensetzen. Die Räte sind die Organe einer solchen Verwaltungskontrolle von unten. Sie müssen das Recht haben, in allen Verwaltungszweigen sich über die Verwaltungshorgänge zu informieren, Einsicht in sie zu nehmen und, wenn es nötig ist, Beschwerden zu führen an besonders eingerichtete Stellen, die eine Gewähr für ihre objektive Prüfung bieten. Ich weiß, wo die Schwierigkeit dieses Problems liegt. Sie besteht in der Frage, welche Räte befugt sein sollen, eine solche Kontrolle auszuüben. Ich bekenne mich unumwunden zu dem Grundgedanken der Parität, so daß nicht nur die Arbeiterräte zu einer solchen Kontrolle berufen sein sollen, sondern alle Vertretungen gesellschaftlicher Organisationen, die als solche vom Staate anerkannt sind. Die Hauptsache ist, daß grundsätzlich das Bedürfnis nach einer solchen Kontrolle durch die gesellschaftlichen Kräfte selbst anerkannt wird. Der Parlamentarismus braucht des Schutzes vor sich selbst. Er findet ihn in der Kontrolle durch die Räte. Wenn wir eine künftige Verwaltungsreform durchgreifend gestalten wollen, so müssen wir die Räte als Stützen der Verwaltung einbauen. Nur dann ist eine wirkliche Demokratisierung der Verwaltung gewährleistet. Auch hier erweisen sich also die Räte als Träger einer aufbauenden Kraft und einer organisatorischen Fortentwicklung des demokratischen Gedankens, der nur gesichert ist, wenn sich nicht nur die demokratische Form, sondern auch die demokratische Wirklichkeit ändert.

So tritt durch die Errichtung einer eigenen Wirtschaftsverfassung neben der Staatsverfassung ein wechselseitiges Leben und Nehmen des politischen und wirtschaftlichen Lebenskreises ein, das nicht nur für die Wirtschaft, die einen organisatorischen Eigenbau erhält, sondern auch für den Staat von umwälzender Bedeutung ist. Durch die Abgabe von staatlicher Macht an einen sich selbständig bildenden Wirtschaftskörper im Staate und durch die Ausstrahlung des Lebens dieses Wirtschaftskörpers auf die staatlichen Funktionen wird das Wesen des Staates zweifellos in den Fluß einer neuen Entwicklung gestellt. Neben die durch die politische Selbstverwaltung herbeigeführte Zentralisierung der staatlichen Gewalt tritt durch die Idee der sozialen Selbstverwaltung, die in der Errichtung einer eignen Wirtschaftsverfassung ihre erste Verwirklichung zu finden sucht, eine neue Differenzierung der Staatsgewalt, die besondere Lebenskreise aus dem allgemeinen politischen Lebenskreis abweigt und ihnen auf Grund des Staatsgesetzes eine selbständige organisatorische Entwicklung freigibt. Nach alter geschichtlicher Erfahrung treiben solche Differenzierungen nicht nur zu einem neuen

Leben des Staates, dem der neue Zweig entwächst, sondern auch zu Bewegungen, die zu einer neuen Organisierung d. h. einer neuen Lebensform der differenzierten Kreise hinführen, die schließlich den Ursprung selbst einer neuen Staatsordnung eingiebert. Die Räteentwicklung wird auf Deutschland nicht beschränkt bleiben. Die Kräfte, die in ihr wirken, sind von internationaler, unübergeschätzlicher Bedeutung, die zu gleichmäßigen Erscheinungen in allen Staaten führen werden oder schon geführt haben. Wir werden bald mit eigenen gesellschaftlichen Verfassungen im Rahmen ihrer Staaten in der Völkerverwelt rechnen können. Alle diese neuen Lebensordnungen werden durch die gleichen besonderen Sachinteressen zusammengehalten und belebt. Diese gleichen Sachgemeinschaften tragen eine viel größere Verbindungs- und Verschmelzungskraft in sich als die Staaten, denen ureigener Daseinswille der Wille zur Macht, die Herrschaft, gewesen ist und noch lange sein wird, wenn nicht elementare Kräfte ihn innerlich umbilden. Wir können uns daher für die nächste Zeit nur schwer eine wirkliche und dauernde Gemeinschaft der Staaten denken, wohl aber, durch das gleiche besondere Interesse getrieben, eine Gemeinschaft jener neuen Sachverbände, die nicht durch politische Herrschaftsinteressen auseinandergerissen werden und die ihr Leben steigern, wenn sie sich verbinden. Und darum sage ich: Es ist kein Traum, wenn wir über den neuen Lebensgemeinschaften in den Staaten die Umwöbung durch eine neue Gesamtgemeinschaft ahnen, die über den Staaten sich erheben und ihren alten Herrschaftsgeist binden wird.

Ich bin am Schluß. Es würde mich freuen, wenn meine Ausführungen dazu beigetragen hätten, Sie von der Bedeutung des Räteystems auf der Grundlage der politischen Demokratie zu überzeugen. Das Räteystem ist eine notwendige Ergänzung der politischen Demokratie, um die gesellschaftlichen Interessen neben den politischen Interessen zur vollen Geltung zu bringen. Die Arbeiterklasse gewinnt durch das Räteystem eine Erweiterung ihrer sozialen Lebensphäre. Diese Erweiterung wird geschaffen durch die Arbeiterräte, die den gesellschaftlichen Einfluß der Arbeiter als solcher verfesten, und durch die Wirtschaftsräte, die den Arbeiter aus seiner Arbeitnehmersstellung in die Sphäre der Produktionsleitung emporheben. Zugleich gewinnt das politische Leben durch die Räte eine Erneuerung. Sowohl die staatliche Gesetzgebung, wie die staatliche Verwaltung werden in eine lebendige Verbindung mit den gesellschaftlichen Kräften gebracht, welche die Gesetzgebung und Verwaltung fördern und ihre Zweckmäßigkeit verbürgen. Darüber hinaus bahnen die Räte den Weg zu neuen Gemeinschaften überstaatlicher Art, denen die wirkliche Bindkraft unter den Völkern innewohnt. Der große Gedanke des Sozialismus, der in der Organisation der gesellschaftlichen Kräfte besteht, erhält durch das Räteystem neue Nahrung und Kraft. Durch die Räte werden die gesellschaftlichen Kontrollinstanzen geschaffen, die notwendig sind, um die private Eigenmacht auf wirtschaftlichem Gebiet zu beseitigen und dafür die Möglichkeit eines zweckvollen wirtschaftlichen Handelns zu schaffen. Und mehr noch: Nicht nur die äußeren Voraussetzungen der sozialistischen Entwicklung werden durch die Räte begründet, auch die inneren Voraussetzungen des Sozialismus werden durch sie gefördert. Damit die sozialistische Wirtschaft sich entwickeln kann, sind nicht nur neue organisatorische Formen erforderlich. Erforderlich ist auch ein neuer sozialistischer Geist und ein wirklich sozialistisches Können. Ein solcher Geist und ein solches Können werden durch die Erfüllung der Aufgaben geschult, die die Räteorganisation der Arbeiterklasse in den Arbeiterräten und vor allem in den Wirtschaftsräten stellt. In den Wirtschaftsräten gewinnt die Arbeiter-

klasse den Ueberblick über das Wirtschaftslieben, der notwendig ist, um organisatorisch wirksam in seine Gestaltung einzugreifen.

Der Weg ist frei! Ob er zu dem Ziele führt, das wir alle herbeiwünschen, hängt von dem Willen und der Fähigkeit der Arbeiterklasse selbst ab. Der Sozialismus wird nicht geschenkt, er will erarbeitet sein. Die Räte werden leisten, was die Arbeiterklasse aus ihnen machen wird. Möge die Arbeiterklasse ihrer Aufgabe bewußt bleiben! Die Arbeiterklasse wird die Aufgabe lösen, wenn sie an die großen Traditionen anknüpft, welche die Geschichte der Sozialdemokratie ihr überliefert hat. Diese Traditionen bestehen in dem Geiste der Wissenschaftlichkeit und der Solidarität. Die Arbeiterklasse muß sich bewußt machen, daß nicht ein impulsives Wollen sie vorwärts bringen kann, sondern nur die klare Einsicht in den gesellschaftlichen Zusammenhang der Dinge. Verachtet die Theorie nicht! Sie ist der Quell aller wirksamen Praxis. Glaubt nicht, daß Ihr den Lehren unserer großen Denker entwachsen seid. Gerade unsere Zeit, die so viele Irrgänge der Arbeiterbewegung zeigt, ruft uns von neuem das strenge Wort zu: „Zurück zu Marx!“ Seine Grundlehre von der Einheit der Arbeiterbewegung und ihres Befreiungskampfes ist unerschütterlich, wenn wir sie auch mit neuem idealistischen Geiste erfüllen können und wollen. Wir dürfen den Typus des grübelnden, lernenden und forschenden Proletariats, der ein Stolz der deutschen Arbeiterbewegung war, nicht verlieren. Zugleich aber muß das Band des großen ethischen Gedankens der Solidarität von neuem um alle geschlungen werden, die der Zukunft des Sozialismus entgegenstreiten. Der brutale Egoismus, den der Krieg auch in der Arbeiterklasse entfesselt hat, hat das Bewußtsein getrübt, daß der Aufstieg des Arbeiters nur möglich ist im Aufstieg der ganzen Arbeiterklasse. Der alte Geist der Zusammengehörigkeit aller arbeitenden Menschen muß sich wieder von neuem regen und lebendige Kraft werden. Nur dann kann die Arbeiterklasse hoffen, nicht nur eine Welt zu ändern, sondern auch zu bessern, indem sie die Welt mit einer reineren, höheren Kultur beschenkt. (Stürmischer Beifall!)

Die weiteren Beratungen werden auf Sonntag, 8 Uhr, vertagt.

Schluß 7¼ Uhr.

Sechster Verhandlungstag.

Sonntag, den 15. Juni 1919, 8 Uhr 15 Minuten.

Vorsitzender über: Die Kontrollkommission hat sich konstituiert und den Genossen Brühne zum Vorsitzenden, Hengsbach zum stellvertretenden Vorsitzenden und Hermann Müller (Potsdam) zum Schriftführer gewählt. Beschwerden und Mitteilungen sind an den Genossen Friedrich Brühne in Frankfurt a. M. zu richten.

Denker erklärt im Anschluß an die gestern erhobene Beschuldigung, daß eine organisierte Opposition auf dem Parteitag vorhanden sei, daß ihm durch die Unterschreibung des Antrags auf namentliche Abstimmung nichts ferner gelegen habe, als Opposition zu treiben, und daß er nur der Einigung habe breiten wollen. — Ich nehme das auch von einer ganzen Reihe anderer Unterzeichner an. (Zustimmung.)

Wir treten nunmehr in die Fortführung der Tagesordnung ein: Räteystem und Reichsverfassung.

Mitberichterstatler Cohen: Parteigenossinnen und Genossen! In seinem gestrigen Referat hat Genosse Singheimer die allgemeine Seite der Frage der Arbeiterräte und ihre Bedeutung für die Arbeit und für die Arbeiter in so vorzuefflicher Weise dargestellt, daß mir für diese Seite der Sache kaum noch etwas zu sagen übrig bleibt. Ich kann mich daher darauf beschränken, die rein praktische Seite, die Frage des organisatorischen Aufbaus und des Verhältnisses zu den übrigen Staatseinrichtungen herporzubringen. Ich muß aber mein Bedauern darüber aussprechen, daß die Idee, die Singheimer hier unter so starkem Beifall der Parteigenossen vertrat, bei unsern führenden Parteigenossen vor Monaten keinerlei Anklang fand. Ich habe oft mit den Parteigenossen darüber verhandelt und kann die dübigensten dokumentarischen Beweise für diese Behauptung bringen. Wenn man der Idee der Arbeiterräte früher die Beachtung bei den führenden Genossen gewollt hätte, wie es jetzt auf dem Parteitag geschieht, dann würde manches in der Partei anders stehen. (Sehr richtig!) Dann würden nicht Scharen von Parteigenossen die Partei verlassen haben, dann würde manche Schärfe unterblieben sein. Wenn die führenden Parteigenossen rechtzeitig begriffen hätten, daß die Arbeiterpartei in den Räten ein Symbol sei, das nicht nur die unmittelbaren Interessen der Arbeiter in den Betrieben vertreten sollte, sondern das ihnen auch dazu verhelfen sollte, die Produktion in sozialistischem Sinne umzugestalten, dann würden wir manche Kämpfe in der Partei uns haben sparen können. Wer früher so wie Singheimer gesprochen hat, wurde bei uns als halber Spartaist verächtlich. Nicht in den Arbeiterkreisen selbst! Zu uns kommen Deputationen aus dem ganzen Lande, und die Mandatsträger in der Frage der Arbeiterräte sind meist die eigenen Parteigenossen. Die führenden Genossen haben aber in den Räten meist nur eine aus dem holländischen Ausland importierte Krankheit gesehen und haben deshalb gar keinen Versuch gemacht, die Idee der Arbeiterräte zu gestalten und den gesunden Kern zu benutzen, um mit seiner Hilfe die Arbeiter zu Mitträgern der Produktion zu machen. Man beging den ungeheuerlichen Fehler, das Unpolitischste, was Politiker tun können: man ließ die Dinge laufen und wartete, ob, wie es wohl gehen würde. Man hatte keinen einzigen Plan für die Eingliederung der Arbeiterräte, bis die Streikbewegung in Mitteldeutschland und in Berlin der Regierung die Konzessionen abtrotzte. Diese Konzessionen befriedigten aber weder die Forderungen noch genügten sie den berechtigten Ansprüchen. Wäre man aus eigener Einsicht den Arbeitern in der Idee der Arbeiterräte rechtzeitig entgegengekommen, dann würde man nicht so viel Vertrauen eingebüßt haben, wie es heute geschehen ist, und dann würden nicht so viele Genossen zur U. S. P. oder zur kommunistischen Partei gewandert sein. Wir hatten bei den Genossen in der Regierung kein wegweisendes und führendes Vorgehen, was doch ihre Aufgabe gewesen wäre, und wenn ich auch die großen Schwierigkeiten nicht verkenne, so muß ich doch sagen: dieses Sichretreibenlassen erinnert doch ganz bedenklich an die Zeiten der früher von uns so scharf bekämpften Regierungen, die auch niemals den Kern einer großen Massenbewegung begreifen konnten. Ich glaube, wenn die führenden Genossen den Kern der Rätebewegung rechtzeitig begriffen hätten, dann wäre auch die richtige Gestaltung der Räteidee ein Damm gewesen, der nicht nur den Ueberrabikalisierung, sondern auch die Rätebittatur aufhalten könnte, nicht nur in dem Sinne, als ob es darauf ankommen könnte, den linken Flügel der Unabhängigen oder Kommunisten zu befriedigen — denn die wollen auf die Rätebittatur nicht verzichten —, sondern man würde durch Ausgestaltung des

Rätegedanken den Zutrom zur Unabhängigen Partei und zu den Kommunisten aus unseren Reihen abtömmen, um den eigenen Genossen, die ja alle Anhänger der Rätebewegung sind, zu zeigen, daß auch die alte Partei in der Lage sei, den Arbeiterräten ein Tätigkeitsgebiet zu eröffnen, auf dem sie wirken könnten.

Der eigentliche Zweck der Arbeiterräte ist nun nach meiner Ueberzeugung der, daß sie der Arbeit selbst und damit auch den Arbeitern die Stellung und den Einfluß in der Produktion erringen, der der Arbeit zukommt. Die Arbeiterräte sollen durch Umformung der Produktion den Weg zum Sozialismus öffnen. All die großen Worte, mit denen man sich bemüht, Sozialisierungen zu schaffen, bleiben so lange leere Worte, bis man nicht das geeignete Instrument schafft, mit dem die Sozialisierung zu bringen ist, bis man nicht den Boden hat, auf dem man überhaupt in sachgemäßer Weise darüber diskutieren kann, was Sozialisierung ist. Nur wenn wir das tun, können wir verhindern, was mit Bezug auf die Entwicklung zum Sozialismus als der größte Anflug bezeichnet worden ist: nämlich die sogenannte Sozialisierung von Einzelbetrieben. Man kann keinen einzelnen Betrieb sozialisieren; das ist Phantastik. Auch die Räte können das nicht. Die Räte sollen in anderer Form, wie es auch Singheimer hier dargestellt hat, zur Sozialisierung beitragen; aber man muß sich erst darüber klar sein, wie das geschieht. Da behaupte ich es, daß der Genosse Singheimer auch an einem wichtigen Punkt das war, was er mir vorgeworfen hat, ein wenig zu libertarisch. Er sagte ganz richtig: auch für die Sozialisierung sollen die Räte das Mittel sein, und sagte dann das Wesen der Sozialisierung in die Worte zusammen: Ueberführung in Gemeineigentum, was aber nur geschehen kann durch einen Rechtsakt des Staates. Das ist in der Sache ganz richtig, aber das ist die prinzipielle allgemeine Deklaration, über die wir uns alle klar sind, über die es keine Meinungsverschiedenheit in der Sozialdemokratie gibt. Worauf es ankommt, ist dies: es müssen eine ganze Reihe von Vorfragen gelöst werden, bevor man dazu kommt, dann erst kann dieser letzte Akt vor sich gehen. Denn der Akt der Ueberführung in die Gemeinwirtschaft hat heute gar keine Bedeutung. Es sei denn, man wolle sich mit der bloßen Verstaatlichung begnügen. In diesem Zweck sollen die Arbeiterräte mit ein Hilfsmittel sein. Gegenüber der Auffassung, gegen die ich mich schon wandte, daß Einzelbetriebe zu sozialisieren seien, sage ich, man kann überhaupt die Frage der Sozialisierung, die Frage der Schaffung neuer Produktionsformen nicht für Einzelbetriebe, sondern nur für das gesamte Gewerbe stellen. Ein ganzes Gewerbe kann in neue Produktionsformen überführt werden, aber nicht der Einzelbetrieb. Deshalb ist die erste Vorfrage für eine solche Umformung der Produktion die Zusammenfassung ganzer Gewerbe auf kleineren, größeren Territorien und nächster im ganzen Reich. Nur wenn wir die Gewerbe zusammenfassen, können wir uns einen Begriff davon machen, in welcher Weise innerhalb der Gewerbe bestimmte Umformungen stattfinden können, die uns auf dem Weg der Sozialisierung dieses Gewerbes führen.

Die wichtigsten Umformungen werden die Erhöhung der Produktion zum Zweck haben müssen. Die wesentliche Voraussetzung für jeden Sozialismus ist Erhöhung der Produktivität. Sozialismus ist nicht zuletzt Verteilung von Gütern, möglichst gleichmäßige Verteilung der Verbrauchsgüter. Aber alle Verteilung von Verbrauchsgütern nicht uns nichts, wenn nicht vorher eine ungeheure Steigerung der Produktion hatgefunden hat. Und über die Steigerung von Produktion kann man nicht in einzelnen Betrieben reden. Man kann einen einzelnen Betrieb rational gestalten, aber die Frage der Erzielung, der technischen Verbesserung, der Verschiebung von Arbeitskräften

kann man nur feststellen, indem man die Situation des ganzen Gewerbes überblickt. Nur das ganze Gewerbe kann die Grundlage für Sozialisierung sein.

Aus diesem Grunde haben meine Freunde und ich in dem Antrag 100 den Produktionsrat vorgeschlagen. Er soll die Körperschaft sein, die zuerst gutachtend über die Maßnahmen berät und Vorschläge macht, die für die Umformung der Produktionsformen, für die Hebung der Produktion in den Gewerben erforderlich sind. Dieser Produktionsrat soll aus all den Kategorien, den Arbeitergruppen bestehen, die es in den einzelnen Gewerben gibt, d. h. in der Regel aus den Arbeitern, aus den Angestellten und aus den Unternehmern, den Betriebsleitern. Ich muß die Auffassung zurückweisen, daß Arbeiter allein in der Lage wären, ein ganzes Gewerbe zu übersehen. (Sehr richtig!) Das ist nicht der Fall. Deshalb lasse ich mich nicht durch die scharfe Agitation und die Vorwürfe, die von kommunistischer und unabhängiger Seite wie Hagel auf mein Haupt niedergegangen sind, davon abbringen, zu sagen: es ist unmöglich, daß wir die Unternehmer als Kenner und Sachverständige entbehren können. (Sehr gut!) Die Unternehmer müssen beteiligt werden als Monopolisten des Kapitals und des Besitzes der Produktionsmittel, aber als industriell führende können wir sie nicht ohne weiteres aus der Masse ersehen. (Sehr richtig!) Dazu ist der Mechanismus viel zu kompliziert, dazu ist eine viel zu große Schulung und Vorbildung notwendig. Was wir erreichen müssen, ist nur, daß aus der Masse die sachlich Besten so schnell wie möglich aufsteigen. Wir können aber den Betriebsleiter, den Unternehmer am wenigsten entbehren, wenn wir begriffen haben, daß es sich nicht darum handeln kann, einen Betrieb zu sozialisieren, sondern ein Gewerbe. Bei der Sozialisierung ganzer Gewerbe, bei dem Versuch, für ganze Gewerbe neue Entwicklungsformen zu schaffen, — und kein Mensch kann heute sagen, wie diese Entwicklungsformen im einzelnen aussehen — da kann nur der etwas Maßgebendes sagen, der an leitender Stelle steht, schon bisher ein solches Gewerbe übersehen konnte. (Zuruf: Dann müssen Sie nicht Arbeiter, sondern Arbeitsräte sagen!) Sie scheinen nicht verstanden zu haben, daß ich gesagt habe: in diesen Produktionsräten sollen die Arbeiter, Unternehmer und Angestellte gleichmäßig sitzen. — Ich sage also: ohne diese Betriebsleiter geht es nicht. Und nur in Gemeinsamkeit mit ihnen können wir die neuen Produktionsformen finden. Aus solcher gemeinsamen Arbeit erwächst auch die Solidarität für die Produktion an sich und nicht das Kennende beiseite geschafft.

Ich muß sagen, die Sozialisierung ist nicht die einzige der Maßnahmen, die uns zum Sozialismus, zur höchsten Stufe der Hebung der Produktion, bringen kann. Die Sozialisierung muß eine der Maßnahmen sein, die sich in die übrigen Maßnahmen einordnet, die zur Hebung der Produktion notwendig sind. Sie ist nicht Mittel zum Zweck, und man ist nicht deshalb Sozialist, weil man sozialisieren will, sondern weil man die Produktion heben will, um dann die gehobene Produktion möglichst gleichmäßig verteilen zu können. Ich kann mir wohl vorstellen, daß infolge der Abhängigkeit mancher Gewerbe von der Weltwirtschaft, die Sozialisierung im einzelnen Fall nicht zur Hebung der Produktivität, sondern zum Gegenteil führen könnte. In diesem Fall muß die Sozialisierung unterbleiben. Dann dürfen wir uns nicht durch ein Schlagwort treiben lassen. Denn Sozialisierung ist, wie ich schon sagte, nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck, infolgedessen muß sie sich unter die Maßnahmen einordnen, die bei der Schaffung neuer Entwicklungs- und Produktionsformen die Hebung der Produktivität zum Ziel haben. Nur auf diese Weise können wir auch den außerordentlich gefährlichen Betriebsegoismus der allerradikalsten Elemente bannen.

Es mögen manche unter Ihnen sein, die glauben, daß, wenn die Unternehmer paritätisch in diesen Produktionsräten vertreten seien, eine Entwicklung zum Sozialismus unmöglich sei. Ich möchte darauf kurz eingehen. Wenn auch die Zusammensetzung paritätisch sein soll, so ist rein materiell meist der Arbeiter in der Ueberzahl, da auf seiner Seite in der Regel die Angestellten und auch die meisten Vertreter von freien Berufen sein werden. Würde in diesem Produktionsrat der Unternehmer versuchen, die Entwicklung wieder in die Bahnen rein privatkapitalistischer Produktion zu drängen, so würde er, glaube ich, daran durch die Arbeiter, die neben ihm sitzen, verhindert werden. Auf der anderen Seite aber würde dadurch, daß der Arbeiter im Produktionsrat Einsicht in die technischen Voraussetzungen der Produktion, in die Schwierigkeiten, in die Verknüpfung der Produktion mit der übrigen Weltwirtschaft bekommt, die Arbeiterschaft abgehalten werden von wilden Sozialisierungen. Es ist also hier die Stelle, an der weder der Unternehmer im Sinne der privatkapitalistischen Entwicklung seine Sache allein führen und durchsetzen kann, noch der Arbeiter etwa im Sinne einer wilden und schnellen Sozialisierung, sondern wir würden, wenn wir überhaupt zu sachgemäßen Umformungen kommen können, es nur in ruhiger und vernünftiger Weise tun können.

Die Produktionsräte sollen nun für jedes Gewerbe zusammengefaßt werden, in der Gemeinde, im Kreis, im Bezirk, in der Provinz und zuletzt im ganzen Reich. Nur so hat man den Ueberblick über die Entwicklungsmöglichkeit jedes einzelnen Gewerbes. So kann man sehen, auf welche Weise wir in einzelnen Gewerben vorwärts kommen und die Entwicklungsformen durchsetzen können, die uns den Sozialismus bringen sollen.

Aus diesen Produktionsräten heraus sollen nun die sogenannten Kammern der Arbeit gewählt werden. Der Genosse Singheimer hat gestern die Bemerkung gemacht, die, er mag mir das nicht übelnehmen, auch mehr literarisch als richtig war: Kammer der Arbeit, Kontinentalpolitik und Ruralwahlrecht, das gehöre zusammen. Aber ich muß sagen, wenn jemand soviel richtige Bemerkungen macht, so schenkt man ihm auch eine weniger richtige wie diese. Ich will auf die Sache nicht weiter eingehen, wie ich auch in Sachen des Ruralwahlrechts mich nur in einer knappen persönlichen Bemerkung wehren konnte. Ich werde das, sobald ich zurückgekommen bin, in der Presse tun. Ich habe ja die Hoffnung, daß Sie es alle lesen und dann zu einer ganz anderen Auffassung kommen werden, als aus der Stimmung heraus, die vor zwei Tagen Genosse Scheidemann zu erreichen vermochte.

Aus diesen Produktionsräten soll die Kammer der Arbeit gewählt werden in der Form, daß die Produktionsräte selber die Kammer der Arbeit bescheiden. Die wählen die Vertreter. Und so sehr die Produktionsräte paritätisch besetzt sein müssen, so wenig liegt ein Grund vor, die paritätische Besetzung der Kammer der Arbeit zu verlangen. Sie soll besetzt werden aus den sachlich tüchtigsten Leuten. Das wird man so wenig, wie bei dem parlamentarisch-politischen System schnell erreichen können; aber es wird auch da möglich sein. Nirgends ist man so gründlich orientiert über die Besten und Leistungsfähigen, als innerhalb eines Gewerbes, eines Berufes. Da weiß man viel besser als auf dem weit verzweigten politischen Gebiet, wer der Leistungsfähigste ist. Sie werden auch wissen, daß in der berufsständischen Vertretung viel leichter die Besten an die Spitze kommen als im parlamentarischen Leben. Es hängen da viele andere Dinge mit zusammen, die es erschweren. Ich will in einzelnen nicht darauf eingehen.

Nun muß ich mich mit den Vorwürfen auseinandersetzen, die gegen die Kammer der Arbeit gerichtet sind. Genosse Singheimer hat gleich mit der Behauptung aufgestellt, daß durch das politische Parlament allein wichtige wirtschaftliche Entwicklungsbedürfnisse zurückgebrängt werden könnten, und daß infolgedessen neben diesem Parlament eine Institution bestehen müsse, die in der Lage wäre, dagegen zu arbeiten, und zwar eine Institution, die unmittelbar aus den Beteiligten hervorginge. Damit hat er vollkommen recht. Aber dann muß man dieser Institution weitgehende Rechte geben und sie außerordentlich fest fundieren. Wollte man das nur in der Form tun, wie Genosse Singheimer angeführt hat — er will gerade den Arbeiterräten die Aufgabe weitgehender Kontrolltätigkeit zuschieben —, so wird man diese feste Fundierung nicht erreichen. Wer die Praxis der Kontrolltätigkeit der Arbeiterräte kennt, und ich glaube, daß ich zu diesen gehöre, der weiß, daß die Kontrolltätigkeit bisher nur ein äußerster Nothelfer war und daß alle Arbeiterräte froh sind, wenn sie erst mal aus dieser Kontrolltätigkeit herauskommen und ihre Arbeit einen festeren Boden hat. Jeder, der das Material darüber kennt, wird zu der Erkenntnis kommen, daß jemand, der die Behörden kontrolliert, in der Regel die Dinge sehr viel besser kennen muß als der, den er kontrolliert. Der Kontrollierende guckt hier und da einmal hinein, kann aber das ganze zu wenig übersehen und den inneren Gang der Geschäfte gar nicht beherrschen. Alle Arbeiterräte wünschen ja, daß man ihnen die Möglichkeit gibt, hier besser anpanden zu können, die bloße Kontrolle wollen sie ja auch ausführen, aber sie ist ein Nothelfer. Und so wird es immer sein, es hat daher wenig Zweck, so großen Wert auf die Kontrolle zu legen. Wir müssen daher verlangen, daß die Vertreter dieser zweiten Kammer ganz andere Wirkungsmöglichkeiten und Rechte erhalten. Man hat mir vorgeworfen, eine zweite Kammer widerspreche dem Parteiprogramm. Das wird besonders von den konservativen Elementen der Sozialdemokratie (Aufe: Oho:), die es sehr zahlreich gibt, gesagt. Aber ich sehe nicht ein, weshalb gerade das Parteiprogramm der deutschen Sozialdemokratie aus den Schwärmen der Revolution ganz unberührt hervorgehen soll. Ich glaube, auch das Parteiprogramm bedarf weitgehender Abänderungen.

Wenn also die zweite Kammer scheinbar ein Verstoß gegen das Parteiprogramm ist, so ist sie doch kein Verstoß gegen die sogenannte reine Demokratie. Singheimer weiß sehr gut, daß es keinerlei Beweis dafür gibt, wonach das alleinige Vertretersystem der Demokratie das Einkammersystem sei. Ich mache darauf aufmerksam, daß das Wort „Sozialdemokratie“ aus zwei Begriffen besteht, nicht nur aus dem Begriff Demokratie, sondern auch aus dem Begriff Sozialismus, und daß heute vielleicht der Begriff Sozialismus wichtiger ist, als der der Demokratie, besonders nachdem das letztere erreicht ist. Wenn wir also eine Kammer schaffen, die uns zum Sozialismus verhelfen soll, so kann eine solche zweite Kammer unmöglich im Gegensatz zu dem Begriff Sozialdemokratie stehen, sondern sie ist die Ergänzung der Demokratie.

Nun ein paar Worte darüber, daß die zweite Kammer durchaus nicht der Demokratie widerspricht. Das Zweikammersystem ist in viel besserem Maße das Vertretersystem der vollen Demokratie als das Einkammersystem, und es ist kein Zufall, daß in allen demokratischen Ländern der Welt Zweikammersysteme bestehen. Singheimer hat selbst gesagt, daß die parlamentarische Mehrheit, die ihre Vertreter in der Regel wählt, zu sehr bösen Konsequenzen führen könnte. Wenn das die parlamentarische Mehrheit tut, um so mehr tut es die Partei, die allzu geneigt ist, die Arbeit ihrer Vertreter unter dem Gesichtswinkel der kollegialen Solidarität zu betrachten. Das ist menschlich sehr ehrenhaft, aber politisch sehr unrichtig. Wenn das also richtig ist, so glaube ich, daß die

daß sie einen Entwurf überhaupt nicht bekommen. Ich glaube also, daß man mit dieser Innehaltung der Reihenfolge sehr viel leichter zu Rande kommt und allen Konfliktmöglichkeiten aus dem Wege geht.

Nun noch ein paar Bemerkungen zu den Leitfragen des Genossen Singheimer und zu den Leitfragen des Genossen Kagenstein, die sich im übrigen an dieser Stelle auch mit den Leitfragen der Regierung decken. Ich glaube zwar, daß die Regierung an diesem wichtigen Punkte bereits umgelehrt hat; denn wir haben vom Zentralrat aus ihr so oft in Rede und Schrift dargelegt, daß es sich hier um eine ungeheuer wichtige Frage handelt, daß ich hoffe: sie nimmt ihre Stellungnahme zurück. Wichtig unterscheiden alle drei Entwürfe zwischen den Betriebsräten, die lediglich die Sonderinteressen der Arbeiter in den einzelnen Betrieben wahrnehmen, also Funktionäre der Gewerkschaften sein sollen, und zwischen den Arbeiterräten, den Wirtschaftsräten, die die Arbeiter in der Produktion vertreten sollen. Aber die Regierungsvorlage sowohl wie der Genosse Singheimer und der Genosse Kagenstein begehen den Fehler, daß sie die Betriebsarbeiterräte, die sie selbst als Funktionäre der Gewerkschaften ansehen, in Bezirksbetriebsräte, in Kreisbetriebsräte und sogar in Reichsbetriebsräte zusammenfassen wollen. Das bedeutet aber die Schaffung einer neuen Konkurrenz für die Gewerkschaften, und deshalb hat auch die Generalkommission der Gewerkschaften mit Recht diese Zusammenfassung bekämpft. Es heißt in dem Entwurf der Regierung: Sie sollen bestehen aus den Arbeiterräten, d. h. den Betriebsarbeiterräten, Bezirksarbeiterräten, Reichsarbeiterräten. Ja, Parteigenossen, in den Bezirken, in den größeren Territorien sind ja die Gewerkschaften die Vertreter der Sonderinteressen, und wir dürfen ihre Tätigkeit nicht hemmen dadurch, daß man nun noch andere Organisationen außerhalb der Betriebe entstehen läßt, die den Gewerkschaften ins Handwerk pfeifen. Deshalb sagt auch mein Vorschlag an dieser Stelle mit ungewöhnlicher Klarheit, daß die Gewerkschaften die Vertreter der Arbeiter eines jeden Berufes sind.

Die ausführenden Organe der Gewerkschaften in dem Betriebe sind die Betriebsräte; sie haben die bisherige erweiterte Aufgabe der Arbeiter-, Gewerkschafts- und Angestelltenausschüsse zu erfüllen, die Regelung der Arbeitsbedingungen eines Gewerbes- oder eines Berufsgebietes erfolgt von Organisation zu Organisation. Infolgedessen müssen die Betriebsräte beschränkt bleiben auf den Betrieb, denn sonst bilden sie eine Nebenorganisation gegenüber der Gewerkschaft, wodurch ungeheure Reibungsmöglichkeiten entstehen. An diesem Grundsatz muß unter allen Umständen festgehalten werden. Man mag über die Gewerkschaften heute denken, wie man will, man mag der Meinung sein, daß sie verbesserungsfähig sind, das ist Sache der Arbeiter, aber sie müssen die Stelle sein, die die Interessen der Arbeiter des ganzen Berufes vertreten, ihre Funktionäre in dem Betrieb sind die Betriebsarbeiterräte. Damit müssen die Betriebsarbeiterräte, die natürlich weitere Rechte als die bisherigen Ausschüsse haben sollen, erlobigt sein, sie dürfen nicht noch einmal zusammengefaßt werden. Aus diesem Grunde haben sich sowohl das Korrespondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands als auch Begien und seine Vertreter mit Energie gegen eine Zusammenfassung der Betriebsräte gewendet. In finde in der Denkschrift des Reichswirtschaftsamts einen Satz, der — wie mir scheint — eine sehr gute Begründung der berufsständischen Vertretung ist. Es heißt in dieser Denkschrift: „Es ist kein Zufall, daß schon in den Jahrzehnten vor dem Krieg das Solidaritätsgefühl innerhalb der einzelnen Berufsgruppen sich als stärkste gesellschaftsbildende Kraft erwiesen hat.“ Ich glaube, das ist richtig. Das zeigen uns auch die deutschen Gewerkschaften. Wenn wir die berufsständische Kammer schaffen, so schaffen wir damit für das Volksparlament etwas Gutes insofern, als wir die Vertretungen der Berufsinteressen, die im Volksparlament

ja auch heraufbringen, dort herausbringen, und als wir die politischen Fragen von den Berufsfragen säubern. Es ist ja nicht so, daß wenn wir die berufsständische Kammer nicht schaffen, die berufsständischen Interessen nicht zur Geltung kämen; nur verjäten sie uns die große politische Linie. Die politischen Interessen werden — das wissen wir ja alle aus dem parlamentarischen Leben — dadurch verjätet, daß man Berufsinteressen hineinmengt und die großen politischen Fragen, insbesondere die kulturpolitischen Fragen, werden in der Regel verkürzt, kommen nicht voll zur Geltung, weil die Berufsinteressen meist sehr viel mächtiger sind und sich durchsetzen. Das sehen wir ja am besten an der deutschen Bauernschaft. Die deutsche Bauernschaft ist — ich sehe von dem Großgrundbesitz östlich der Elbe ab — von Hause aus durchaus nicht konservativ, sondern liberal gewesen. Aber sie hat zu den kulturpolitischen Fragen nicht unverjätet Stellung nehmen können, weil ihre Berufsinteressen ihr wichtiger waren. Deshalb hat sie dann die Vertretung ihrer politischen Interessen auch der agrarkonservativen Elite überlassen, weil diese ihre Berufsinteressen vertrat, da Demokratie und Sozialdemokratie bisher immer nur eine reine Konjunkturpolitik getrieben haben. Gerade dieses Beispiel zeigt, wie wichtig es ist, daß wir eine Stelle haben, wo man ganz ehrlich für die reinen Berufsinteressen eintreten kann. Diese Stelle soll die berufsständische Kammer sein. Auf diese Weise halten wir das Volksparlament vollkommen frei von allen verjätenden Einflüssen der Bewufe, die an der anderen Stelle zur Geltung kommen, und wir können mit viel größerer Klarheit, Offenheit und Stärke die allgemeinpolitisch kulturellen Fragen vertreten.

Das Initiativrecht, das dem Reichswirtschaftsrat zugestanden werden soll, scheint mir von geringerer Bedeutung zu sein, auch wenn man ihm gestattet, durch seine Vertreter im Volksparlament die Sache zu führen. In der Regel wird die Initiative, die zu Vorlagen an das Volksparlament führen kann, nur dann von irgendwelcher Bedeutung sein, wenn die Regierung mit dem Inhalte dieses Gesetzesvorschlages einverstanden ist. Ist sie das nicht, dann wird sie auch die Macht über das Volksparlament haben und der Reichswirtschaftsrat wird in der Regel nichts anderes sein, als die erste Beschwerde- und Petitionsinstanz für das Reich; er wird aber, falls die Regierung anderer Meinung ist, nur in ganz wenigen Ausnahmefällen seine Auffassung im Volksparlament durchdrücken können; deshalb muß seine Stellung viel fester fundiert sein, sie muß gleichberechtigt sein neben dem allgemeinen Volksparlament.

Parbeigeossen! Die deutschen Arbeiter haben sich jetzt alle die Rechte erungen, die sie brauchen, um politisch arbeiten zu können. Es handelt sich jetzt nicht mehr darum, noch mehr formale Rechte zu erringen, sondern darum, der sozialdemokratischen Politik den richtigen Inhalt zu geben. Meine Freunde und ich haben mit unseren Vorschlägen — Sie mögen diese Vorschläge im einzelnen ablehnen, darauf kommt es nicht an — nichts anderes tun wollen, als mit dazu beizutragen, daß die sozialdemokratische Politik den richtigen Inhalt bekommt. Wir haben ja alle das größte Interesse daran, daß die alte sozialdemokratische Partei an führender Stelle das neue deutsche Haus mit aufbaut, daß diese führende Stelle nicht von einer anderen Partei eingenommen wird. Ich glaube, daß bisher zur Erreichung dieses Zweckes sehr viel Tatsaches geschehen und manches unterlassen worden ist; aber ich habe die Hoffnung, daß der Parteitag hier eingreifen wird. In welchem Sinne er auch rein organisatorisch die Rätefrage lösen wird — ich habe gesehen, daß er dem Gehirnen des Räteystems zustimmt, und daß er sich von der bisher innegehaltenen Linie der Partei entfernt hat und das Parteischiff einen anderen Kurs führen wird — ich wünsche nur, daß er auch auf anderen politischen

Gebieten das läßt. Ich glaube nicht, daß das der Fall sein wird, und deshalb fürchte ich, wird dieser Parteitag nicht die Parteikräfte bedeuten, die man brauchen im Lande erhofft. Ich sage ganz offen, daß ich das ganz außerordentlich bedaure. Ich mache kein Hehl daraus, daß ich die allgemeinen politischen Schwierigkeiten ständig wachsen sehe, und ich fürchte, daß uns die nächsten Monate das zeigen werden. (Zustimmung.) Auch wenn dieser Parteitag in der Rätefrage eine sehr viel erfreulichere Stellung einnimmt — und dafür bin ich ihm schon dankbar —, so wird er doch nicht hindern können, daß unsere Partei noch sehr viel böse Erfahrungen macht und vielleicht in eine ganz andere Stellung hineingedrängt wird. Niemand von uns wünscht das, aber ich befürchte es leider. Es wäre ein großer Fortschritt, wenn in dieser wichtigsten innerpolitischen Frage, von deren guter Lösung in der Tat das Leben und Sterben der deutschen Wirtschaft abhängt, der Parteitag dafür sorgt, daß die Partei einen anderen Weg nimmt. Darüber dürfen wir uns nicht täuschen: Kommen wir nicht zu großen Zugeständnissen an die Idee der Arbeiterräte, dann werden die Arbeiter nicht mehr zur Produktion zurückkehren. Damit ist natürlich die Streitfrage nicht gelöst.

Ich glaube, man darf von dieser Stelle aus nicht unterlassen, zu sagen, daß es vollkommen unmöglich ist, mit irgendeiner proletarischen Diktatur die Lösung der Sozialisierung erzwingen zu wollen. Bei dem Aufbau, den ich Ihnen vorgeschlagen habe, wird dem gefunden Kern des Rätegedankens Rechnung getragen, aber es findet sich bei diesem Aufbau kein Anlaß an den verwirrenden und betörenden Ruf nach der Rätebittatur, obgleich man nicht verkennen kann, daß der Gedanke der Rätebittatur — leider auch nicht ohne Schuld der alten Partei — stark an Anhängern gewonnen hat.

Gerade mit der Rätebittatur, mit der man in Rußland die besten Erfahrungen gemacht hat, ist es unmöglich, irgendwelche sozialistischen Formen zu bringen. Gerade weil man mit der Rätebittatur hoffte, die neue Wirtschaft an die Stelle der alten setzen zu können, hat man Schiffbruch gelitten. Es ist nicht richtig, daß die Anhänger der Rätebittatur aus Rußland erzählen, daß die Rätebittatur lediglich deswegen Schiffbruch gelitten hätte, weil ihr von ihren Gegnern ungeheure Schwierigkeiten gemacht worden seien. Nein, auch der innere Gedanke der Diktatur ist falsch. Aber es ist nicht zu leugnen, daß die Beschläge nicht nur an den Maßnahmen der bolschewistischen Regierung lagen. Aber selbstverständlich sind in Deutschland sehr viel mehr Widerstände gegen die Rätebittatur vorhanden als in Rußland. In Deutschland haben wir eine viel stärkere Bourgeoisie. Wir haben ein flaches Land, das nicht nur antibolschewistisch, sondern auch antisozialistisch ist, während man sich in Rußland auf einen großen Teil des armen Bauernums stützen konnte. Weil aber die Schwierigkeiten in Deutschland so groß sind, kann niemals an eine Durchführung des Sozialismus mittels der Diktatur gedacht werden.

Ich möchte zusammenfassend aussprechen: Der proletarische Diktaturgedanke hat, wie das russische Beispiel zeigt, dadurch, daß er den wirtschaftlichen Aufbau nicht zu fördern vermochte und dadurch die Grundlagen des Staats nicht zu schaffen imstande war, um so mehr Schiffbruch erlitten, als er, was in keinem Lande der Welt sich wieder ereignen wird, wie in Rußland, alle Macht besaß, eine militärische Macht, wie sie eine proletarische Diktatur nie mehr haben wird. Mir scheint der umfassende Beweis dafür zu sein, daß es mit dem proletarischen Diktaturgedanken nicht geht. Aber es wird nötig sein, an die Stelle dieser Diktatur ein System zu setzen, das auch die Befreiung, die der Räteidee selbst weitgehende Befugnisse zugesprochen mögen-

Von verschiedenen Seiten ist ein solcher organisatorischer Aufbau entworfen worden, und es liegt in Ihrer Hand, sich für einen der Gedanken zu entscheiden. Wenn der Parteitag ungewieventig seinen Willen dahin kundgibt, daß dem gefunden Kern der Räteidee sehr viel mehr Rechnung getragen werden muß als bisher, besonders von den führenden Genossen in der Regierung, dann wird vielleicht gerade dieser Parteitag zu einer Entscheidung kommen, die nicht nur der Partei zum Heile gereicht, sondern die auch zum Heile ist für Deutschland, dem ja unsere ganze Liebe und unsere ganze Arbeit gilt. (Beifall und Handklatschen.)

Vorsitzender Abge: Für die nun beginnende Debatte sind folgende Anträge mit als Grundlage zu nehmen: Nr. 182, 2. Teil, Nr. 184, 190, 198, 199, 201, 8. und 9. Absatz, 216, 223, Abs. 4, 233.

Es ist ein weiterer Antrag eingegangen, den Vortrag des Genossen Singheimer als Aufklärungsbroschüre herauszugeben; ein zweiter Antrag lautet dahin, die Vorträge der Genossen Singheimer und Cohen mit der anschließenden Debatte als Broschüre zu drucken. — Die Beschlußfassung wird bis zum Schluß der Debatte vorbehalten.

Gestern wurde eine Vorschlagsliste für den Zentralbildungsausschuß verlesen. Wenn weitere Vorschläge nicht gemacht werden, werde ich sie nachher zur Abstimmung stellen.

Zur Begründung seines Antrags erteile ich das Wort dem Genossen

Rosenstein: Wir haben gestern in den Ausführungen des Genossen Singheimer, die so überaus tiefgründig und feinsinnig waren, die Gedanken eines verdienten Kämpfers des Arbeiterrechts gehört, und in den heutigen Darlegungen des Genossen Cohen die eines Praktikers des Arbeiterratswesens, der sich in dieser Tätigkeit das Vertrauen vieler Arbeiterschichten erworben hat. Auf dieser Grundlage ist es nicht schwer, die Fragen, die noch zur Erörterung stehen, darzulegen. Ich kann gleich in die einzelnen Kernfragen eintreten.

Die drei Zusammenstellungen, die Ihnen vorgelegt sind, unterscheiden sich grundsätzlich nur wenig voneinander. Es sind praktische Fragen. Auch die Stellungnahme des Genossen Cohen zu der Schaffung einer Berufskammer ist nicht so absolut entgegengesetzt zu alledem, was sonst in der Partei gedacht wird. Aber es sind dennoch eine ganze Reihe von Einzelfragen, größtenteils wichtigster Bedeutung, vorhanden, die es nötig machen, diese Dinge näher zu betrachten.

In meiner ersten These habe ich versucht, Stellung zu dem Problem der Rätebittatur zu nehmen, die uns solange als Heilmittel für die sozialen Schäden angepriesen worden ist. Die Genossen Cohen und Singheimer haben diesen Gedanken zurückgewiesen. Ich tue dasselbe, vornehmlich aus der Erwägung heraus, daß wir als Uebergang zu einer klassenlosen Gesellschaft, in der jede Klassenherrschaft beseitigt ist, nicht eine neue Klassendiktatur errichten können, die eine neue Arbeiterherrschaft und ein neues Ausbeutungssystem aufzurichten wird. In dem Augenblick, wo die Massen der Bevölkerung die Gemeinschaft ihrer Interessen erkennen und ihren Willen auf dem Boden der Demokratie zum Ausdruck gebracht haben, bedarf es keiner Minderheitsherrschaft, da haben sie die Mehrheit und können auf dem Boden der Demokratie ihre Forderungen erfüllen. Auch dann wird es sich nicht darum handeln können, nach bolschewistischem Muster ausschließlich das Interesse der einen Klasse anzuerkennen. Außerhalb der Arbeiterklasse gibt es auch Menschen, die ihre Bedeutung für die Gesellschaft haben. Es ist daher sehr wohl möglich, daß auch diese Klassen durch eine Herrschaft, sei es selbst

eine Mehrheits Herrschaft, ausgebeutet werden. Wir wollen die Ausbeutung in jeder Form, auf jedem Gebiet beseitigen. Das ist aber nur dadurch möglich, daß alle mitwirken und zur Geltung kommen. Das wird auch notwendig werden gegenüber der von dem Genossen Cohen dargestellten Gefahr einer absoluten Herrschaft der Volksvertretung. Auch ein Parlament kann der Korruption verfallen. Ich möchte behaupten, jede Herrschaft, die unbegrenzt ist, der keine genügende Kontrolle gegenübersteht, muß zur Korruption und Ausbeutung führen. (Sehr richtig!) Darum ist es nötig, daß auch das Parlament den allgemeinen sozialen und politischen Interessen untergeordnet sei. Das muß dadurch erreicht werden, daß man die Minderheit in ihrer Kraft vollkommen zum Ausdruck bringt, wie das in einem richtig durchgeführten System der Verhältniswahl gilt, daß man den einzelnen Gruppen und Bezirken eine möglichst weite Selbstverwaltung einräumt, und daß man über das Parlament, das das Volk vertreten soll, den Willen des Volkes selbst stellt, der durch die Volksabstimmung zum Ausdruck kommt. Genosse Cohen hat gar nicht davon gesprochen, daß in der neuen Verfassung die Möglichkeit gegeben sein wird, daß das Volk dadurch, daß ein Zehntel in der Volksabstimmung für die Schaffung neuer Gesetze eintreten kann, die Möglichkeit besitzt, seinen Willen als höchster Souverän zur Geltung zu bringen. Dem kann sich dann keine Macht im Staate widersetzen.

Aber wir wollen das alles auf dem Boden der Demokratie. Wir lehnen ein System ab, das sich gegen die Demokratie stellt, das sich demgemäß nur mit Gewalt behaupten kann, demgemäß auch zu den Brutalitäten der Gewaltanwendungen führen und den Gefahren unterliegen muß, die aus der Unzulänglichkeit, der mangelhaften wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und aus der Korruption sich ergeben.

In dieser Richtung gab es, das ist dem Genossen Cohen zuzugeben, gewisse Schwankungen bei uns — der Sprung aus der politischen Demokratie, neben der eine wirtschaftliche Organisation geht, in ein System, in dem Wirtschaft und Politik miteinander verflochten sind, ist nicht so einfach. Es ist gar keine Schande für einige unserer Minister, wenn sie zugeben, daß sie den Standpunkt, auf dem sie heute stehen und vielleicht auch schon vor einem Vierteljahre standen, vor einem halben Jahre noch nicht eingenommen hatten. Man lernt und muß in Zeiten der Revolution rascher lernen als sonst. (Sehr richtig!) Damit knüpfen wir allerdings nur an das an, was bereits in der früheren Tätigkeit unserer Partei angebahnt worden ist. In den alten Arbeiterschutzwürfen, deren ersten schon Schweizer vor einem halben Jahrhundert vorgelegt hat, finden wir von einer Arbeitervertretung nichts, aber in dem großen Gesetzentwurf vom Frühjahr 1886, dem später eine ganze Reihe anderer gefolgt sind, ist ein Grundriß gezeichnet: Arbeiterausschüsse, Arbeitskammern mit Arbeitsämtern, ein Reichsarbeitsamt. Diese Arbeitsämter sollen Mindestlöhne festsetzen, den Arbeitsnachweis regeln, Erhebungen veranstalten, Gutachten abgeben über sozialpolitische Gesetze, Zölle usw. Sie sehen, da haben Sie ein ganzes Stück der Tätigkeit, die nunmehr den Wirtschaftsräten eingeräumt werden soll. Wir können also sagen, daß das, was uns jetzt geboten wird, soweit es gesund und berechtigt ist, nicht vollständig neu ist, sondern es ist bloß eine Entwidlung dessen, was in der Partei schon von jeher anerkannt worden ist.

In der Partei hat man aber zu verschiedenen Zeiten eine ganz verschiedene Stellung eingenommen zu der Frage der Gliederung der Arbeitervertretung, den Arbeits- und Arbeitskammern. Genosse Einzelmeier hat die Stellungnahme des Kölner Gewerkschaftskongresses von 1906 dargelegt. Da stellte man sich auf den Boden, Arbeiterkammern zu verlangen, weil man die

reinen Arbeiterfragen rein als Arbeiter behandeln wollte. Genosse Umbreit hatte demgegenüber Arbeitskammern verlangt mit weit größeren Befugnissen. Sie sollten Behörden sein, denen weitgehende Rechte eingeräumt würden. Demgemäß wollte er sie auch paritätisch zusammengesetzt haben. Auf den Boden hatte die Fraktion sich gestellt. Sie hatte immer Arbeitskammern verlangt, bis sie schließlich, dem Wunsch der Gewerkschaften Rechnung tragend, Arbeiterkammern verlangte. Aber man mußte sich klar sein, daß diese Arbeiterkammern unzulänglich waren.

Man spricht von der Industrie, von der Landwirtschaft und dem Handel und denkt dabei immer nur an die Unternehmer. Rein, Industrie und Landwirtschaft sind ebensoviele die Millionen, die darin arbeiten, die Arbeiter und Angestellten. Es muß die Forderung gestellt werden, soweit sie nicht durch die Schaffung der Wirtschaftsräte nunmehr überholt ist, daß auch in den Berufsvertretungen, in den Landwirtschafts-, Handels- und Gewerkschaften die Arbeiter und Angestellten gleichberechtigt mitwirken können.

Die beiden Genossen haben mit Recht betont, daß man den Betriebsräten nicht eine Stellung einräumen könne, die ihnen gewissermaßen die Schaffung eines autonomen Betriebssozialismus in den Werkstätten zulässig ist, eine von der Allgemeinheit unabhängige Betriebsorganisation gestattete. Solche Bestrebungen sind vorhanden gewesen. Ich erinnere mich, daß vor einigen Monaten die Berliner Betriebsräte einen Beschluß faßten, in dem sie erklärten, nur die Betriebsräte anzuerkennen, über denen keine höhere Instanz stehen dürfe. Sie sehen, das wäre ganz einfach ein Stück Schabakalismus, das wäre die Anarchie der Betriebe, eine Abschüttung der einzelnen Betriebe von der gesamten Volkswirtschaft, bei denen die gegenwärtigsten Interessen zutage kommen würden. Es kann sich bei den Betriebsarbeiterräten, soweit sie ihre Tätigkeit über die persönlichen Angelegenheiten der Arbeiter und Angestellten und über die Kenntnisnahme der Betriebsvorgänge hinaus erstrecken, nur darum handeln, daß sie als Organe der allgemeinen, umfassenden Organisationen fungieren, daß sie mitwirken bei der Vertretung des Arbeiterschutzes, der Unfallversicherung, der Vertretung der Tarifvereinbarungen, die von den Gewerkschaften abgeschlossen worden sind.

Genosse Cohen macht mir sowohl wie dem Genossen Einzelmeier und der Regierungsvorlage den Vorwurf, daß wir über den Betrieb hinaus den Arbeiterräten auch eine größere bezirkliche Vertretung einräumen wollen. Er meint, Arbeiterräte dürfe es nur im Betriebe geben, darüber hinaus nur die paritätisch zusammengesetzten Wirtschaftsräte. Aber mit unserer Haltung stehen wir durchaus nicht im Gegensatz zu den Gewerkschaften. Diese haben sich auf den Standpunkt gestellt, die sozialpolitischen Aufgaben, die bisher die Gewerkschaftskarteile erfüllt haben, den örtlichen Arbeiterräten zu überlassen. Sie müssen also doch die Geltung solcher Körperschaften anerkennen. Und in meiner These wird gesagt, es sollen diese umfassenden Arbeiterräte als Organe der Gewerkschaften fungieren. Ich weiß wohl, das läßt sich organisatorisch nicht leicht zum Ausdruck bringen. Aber ebensoviele die Fassung des Genossen Cohen, daß die Betriebsräte als Organe der Gewerkschaft zu wirken haben. Es hat sich ja zwischen den Gewerkschaften und den Arbeiterräten in der neueren Zeit eine gewisse Ausgleichung vollzogen. Die Gegensätze sind zurückgetreten. Diese Gegensätze waren nicht zu vermeiden. Die Arbeiterrätebewegung trat ja auf in schärfstem Gegensatz zu den Gewerkschaften, die man beiseite schieben wollte. Man hat nicht nur den Geist der alten Gewerkschaften demangelt, man glaubte, ihnen nach der Heilslehre der alleinseligmachenden Räteverfassung gar keine Bedeutung mehr beizumessen zu dürfen. Das ist verfehlt. Gewerkschaften sind und bleiben

unentbehrlich. Durch die Uebersicht über das ganze Gewerbe, durch die Kenntnis der umfassenden Beziehungen zum Unternehmertum und der ganzen Volkswirtschaft leisten sie etwas, was die Betriebsräte nicht leisten können. Aber etwas haben wieder die Arbeiterräte vor den Gewerkschaften voraus: die enge, ungebrückte Beziehung zu dem Produktionsvorgang selbst. Die Vertrauensleute der Gewerkschaften sind noch Arbeiter, sie sitzen unter ihren Kollegen, während die Gewerkschaftsorgane darauf angewiesen sind, sich Bericht erlassen zu lassen. Außerdem sind die Gewerkschaften beruflich gegliedert, während ein moderner Großbetrieb manchmal Dutzende von Berufsabweigen zusammenfaßt.

Das sind zwei Vorteile der Arbeiterräte, die aber durchaus nicht darüber hinwegtäuschen dürfen, daß das entscheidende Organ, namentlich für die Vereinbarung umfassender Arbeits- und Lohnbedingungen die Gewerkschaften sind und bleiben müssen.

Nun zur Frage der politischen Aufgaben der Arbeiterräte. Das ist ja die entscheidende Streitfrage. Man hat auf radikaler Seite für die Arbeiterräte alle Macht in Anspruch genommen. Man hat ihnen die Ueberwachung aller Behörden, der Gemeinde-, Kreis- und schließlich der Landesorgane übertragen wollen. Es ist dabei gelegentlich zu geradezu komischen Ergebnissen gekommen, wie wenn man den Generalklub durch Ordonnanzgen überwachen wollte. Aber solange wir die volle Demokratie in der Verwaltung noch nicht haben, solange haben wir tatsächlich noch Klassenherrschaft der Besitzenden. (Sehr richtig!) Und diese Klassenherrschaft der Besitzenden muß überwacht werden. Ihr Gegengewicht findet sie in dem Klassenorgan der Arbeiter, den Arbeiterräten. Darum ist es auch scharf zu bekämpfen, wenn in neuerer Zeit die Behörden und namentlich die preussische Regierung, alles getan haben, um diese Aufgabe der Arbeiterräte einzuschränken. (Sehr richtig!) Dort, wo die Demokratie wirklich durchgeführt ist, wo wir eine Gemeindevertretung haben, die dem Willen des Volkes vollkommen entspricht, und wo diese Gemeindevertretung auch den Magistrat, den Ortsvorsteher, die Schöffen und den Landrat usw. nach ihrem Willen bestellt hat, da scheint allerdings eine eigentliche Tätigkeit für den Arbeiterrat nicht mehr gegeben. Aber das ist in einem großen Teile der Gemeinden noch gar nicht der Fall. Wir haben überall auf dem flachen Lande, in den Gemeinde- und Kreisverwaltungen die Arbeiterräte noch nötig. Ich kenne die Verhältnisse in Rommern, und sie werden in dem übrigen Ostelbien nicht anders sein. Dort besteht die Herrschaft der Junker im wesentlichen unbermindert fort. Man fühlt sich dort wieder mehr als in den ersten Monaten nach der Revolution als die Herren, man glaubt, daß die Arbeiterräte sozusagen keinen Boden mehr unter den Füßen haben und daß man deshalb so weiterwirtschaften könne wie bisher. Die preussische Regierung hat angeordnet, daß es den Kreis- und Gemeindevertretungen überlassen bleiben soll, zu beschließen, ob sie die Kontrolle durch die Arbeiterräte für notwendig halten. (Hört, hört!) Das ist ein merkwürdiges Verfahren: den zu Kontrollierenden überläßt man die Entscheidung, ob sie kontrolliert werden sollen. Das hat zur Folge gehabt, daß in einer Reihe von Fällen sozialdemokratische oder sonst wenigstens gut demokratisch gesinnte Vertretungen diese Ueberwachung zugelassen haben, während gerade reaktionäre Vertretungen, für die es vor allem notwendig wäre, sie abgeschafft und die Vergabe von Geldmitteln dafür eingestellt haben. Sollten Sie vielleicht über die vorliegenden Vorkräge im einzelnen nicht zum Beschluß kommen, so halte ich es doch für dringend notwendig, daß in diesem speziellen Fall der Parteitag seinen klaren Willen ausdrückt, daß er bis zur vollen Durchführung der Demokratie, namentlich auf dem Lande, von der

preussischen Regierung die Anerkennung und Förderung der Tätigkeit der Arbeiterräte verlangt. (Beifolte Zustimmung.)

Nun die Frage der Wirtschaftsräte. Ich habe ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sie nicht notwendig paritätisch zusammengesetzt werden müssen. Wer die volle paritätische Vertretung verlangt, würde zurückbleiben hinter der Haltung selbst des Verfassungsausschusses mit seiner bürgerlichen Mehrheit.

Auf die Frage des Initiativrechts usw. kann ich nicht weiter eingehen. Ich möchte nur gegenüber Cohen eins bemerken: er hat nicht behauptet, daß die eine Kammer, wenn sie mit ihrem Willen nicht durchdringt, die Möglichkeit hat, auf dem Wege der Volksabstimmung durch Beschaffung der nötigen Arbeitskräfte die Sache in Bewegung zu bringen, und weiter, daß, wenn zwei gleichberechtigte Kammern vorhanden sind, die eine Kammer auch nicht die Möglichkeit hat, gegen den Willen der anderen ihren Willen durchzusetzen. So ganz unsozialistisch ist ja diese berufständische Kammer nicht. Ich erinnere mich, daß in einer der ersten Schriften Wilhelm Liebknecht, ich glaube, in „Zu Schutz und Trutz“ erklärt wird, in einer sozialistischen Gesellschaft werde man nicht mehr ein aus Nichtfachleuten zusammengesetztes Parlament haben, sondern eine Vertretung der verschiedenen Berufe auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet sollte man deshalb dieser Kammer einen gewissen Umfang nicht bloß von der Verwaltung, sondern auch von Verordnungsrechten einräumen. Auf diese Weise sollte eine gewisse Selbständigkeit der Wirtschaftsorganisation gegenüber dem Staate geschaffen werden, wie Friedrich Engels schon gegenüber den Anarchisten gesagt hat: der Staat wird nicht abgeschafft, er stirbt ab. Die Kulturinteressen werden mit der Zeit auch auf freie Verbände übergehen. Das wird um so mehr für die Wirtschaftsorganisation der Fall sein müssen. (Bravo!)

Sollmann-Röh: Es hat sich bisher auf dem Parteitag keine Stimme erhoben, die die Forderung: alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten zu der ihrigen gemacht hätte. Das ist erfreulich, denn nichts hat in den letzten Monaten unserer Partei mehr geschadet, als die auch von manchen unseren Anhängern mißverstandene Lösung von der Diktatur des Proletariats. In weiten Kreisen wird das nicht anders aufgefaßt, als die Diktatur der Faust über das Gehirn. Hoffentlich bringt die jetzige Debatte über diese Frage einige Klarheit. An unseren Anhängern wird es sein, die Nichttätigen, die der Parteitag getroffen hat, auch draußen zu vertreten.

Es ist ein Irrtum, wenn Genosse Cohen glaubt, daß nur das Treibenlassen der Regierung bei gewissen Fragen uns so geschadet habe. Nein, was uns am meisten geschadet hat, war die geistige Unsicherheit unserer Vertrauensleute und der Mangel an Mut, den sie gegen links gezeigt haben. (Sehr richtig!) Wir können hier beschließen, was wir wollen, wenn unsere Genossen, namentlich unsere führenden Genossen draußen im Lande nicht wieder den Glauben gewinnen an die Verunft und Nichtigkeit unserer Politik, geht die Welle von links über uns hinweg. Viele unserer Genossen bringen den Mut auf, täglich das gesamte Reichsministerium und die Nationalversammlung zum Frühstück zu verzehren. (Sehr richtig!) aber sie sinken als elende Feiglinge in die Knie, wenn sie einem Kanne von der U. S. P. gegenüber stehen und die Politik der Partei vertreten sollen. (Sehr gut! — Rufe: Ha, na!) Wenn dieser Mut überall vorhanden gewesen wäre, wäre es in manchen Städten nicht so weit gekommen, wie es gekommen ist.

Wir sehen in einem berrünftig ausgebauten Räteystem eines der wichtigsten Mittel zur Erzeugung der wirtschaftlichen Macht durch die Arbeiter-

klasse. Das Räteystem kann die soziale Umwälzung in den Massen organischer Entwicklung halten helfen. Wir müssen aber von vornherein das Räteystem so gestalten, daß es nicht zu neuen Ursachen politischer und sozialer Stürme und Verwirrung wird.

Die schwächste Stelle der Ausführungen des Genossen Cohen war die These, mit der er die Gleichberechtigung beider Kammern vertat. Er sagte, manche Genossen befürchten einen Vorstoß gegen das Parteiprogramm. Dieses ist für mich nicht so wichtig, es ist durch die Revolution und durch die Jahrzehnte vorher so durchlöchert, daß ich mich in einer so wichtigen Frage nicht auf das Parteiprogramm stützen möchte. Die praktischen Bedenken, die gegen eine Gleichberechtigung beider Kammern sprechen, hat Genosse Cohen allzu flüchtig behandelt. Er hat immer davon gesprochen, daß wahrscheinlich und vorausichtlich beide Kammern sachlich zusammenarbeiten werden, und es hat mich besonders erheitert als er meinte, daß die vernünftigen Menschen in beiden Kammern mit einander arbeiten würden. Ich bin noch jung im politischen Parlament, möchte aber bestreiten, daß lauter vernünftige Menschen in das politische Parlament gewählt werden. (Sehr richtig!) Ich glaube auch keineswegs, daß lauter vernünftige Menschen in eine berufständische Kammer gewählt werden. Einstweilen sehe ich in zwei gleichberechtigten Kammern, wo jede Kammer den Beschluß der andern verworfen und jede zur Volksabstimmung schreiten kann, nichts als ein Element dauernder Unruhe. (Sehr richtig!)

Daß ein Wirtschaftsparlament notwendig ist als Ergänzung des politischen Parlaments, hat für mich nichts mehr bewiesen als die Beratung über das Sozialisierungsgesetz. Sowohl die Ausschüßberatungen wie die Beratungen im Plenum haben nach meinen Beobachtungen nicht die wirtschaftspraktischen Erfahrungen. Der Ausbau des Räteystems ist für die Arbeiterklasse viel wichtiger als 10 Rahmengesetze für die Sozialisierung, aus denen uns nur mißlungene Fragen angingen. Aber auch die Räte werden nur etwas, wenn die Menschen, die in diesen Räten vertreten sind, wenn sie durch die Schule sozialistischer Wissenschaft und Ethik gegangen sind. Da wollen wir uns und unsere Anhänger ständig fragen, wie viele solcher wissenschaftlich und ethisch geschulter Sozialisten wir in Wirklichkeit jetzt schon haben. Es herrscht in der Arbeiterklasse viel mehr Verwirrung als Wissenschaft, (sehr richtig!) und es herrscht auch unter den sozialistischen Führern eine solche teuflische Gefäßigkeit, daß auch nicht das A B C sozialistischer Ethik begriffen ist. (Sehr richtig!) Wir müssen ehrlich und mutig zu unserem Volke sprechen, weil ein großer Teil der Massen unserer Anhänger von diesem neuen Gedanken des Räteystems Wunderwirkungen erwartet, die niemals eintreten können. (Sehr richtig!) Wir müssen unsere Parteigenossen im Lande auch zu dieser Frage zur sachlichen Mäßigkeit erziehen. Gelingt uns das, retten wir die Partei. Geben wir den wilden Trieben nach, zerstören wir selbst das Werk unserer Väter, treiben wir die Partei in den Abgrund. Das quält uns ja jetzt so, daß große Massen der Arbeiterklasse von einer Art politischen und wirtschaftlichen Wunderglaubens besessen sind. Sie glauben nicht mehr an die biblischen Wunder, aber sie glauben, daß im Räteystem oder in irgendeinem andern System ein Heiland kommt, der sie plötzlich von aller Not und allem Elend erlösen könne. Deswegen müssen wir von Anfang an vor übertriebenen Erwartungen in bezug auf das Räteystem warnen. Es gehen Propheeten durch das Land, die auch in unseren Reihen Anhänger finden, die unsere alte Erkenntnis verlassen, daß die Sozialisierung sich nur allmählich vollziehen kann, und es gibt eine große Anzahl von Arbeitern, die auf das

Räteystem nur deshalb schwören, weil sie eine unmittelbare und rasche Verbesserung ihrer Lage davon erwarten. Das wird und kann nicht eintreten. Es besteht Gefahr, daß, wenn wir gerade auf dem sozialistischen Gebiet nicht unsere Pflicht tun, die Räte der Kummelplatz von Phantasten werden, anstatt daß die tüchtigsten Leute organisatorisch arbeiten. Wir haben einen Ueberfluß an rednerischer, aber einen Mangel an organisatorischer Begabung. Die Räte sollen uns wirtschaftlich raten und nicht reden, wir wollen ein Räteystem kein Räteystem.

Ich habe über die Rätefrage wiederholt mit hervorragenden Vertretern der rheinisch-westfälischen Industrie gesprochen und gefunden, daß diese Herren diesem System eigentlich weniger Widerstand entgegensetzen, als ich erwartet hatte. Sie gehen von der Erwägung aus, daß uns in der Arbeiterklasse vollkommen die Kräfte fehlen, die zu einer wirksamen Kontrolle und Beeinflussung der Produktion nötig sind. Ich bin nicht mit den Maßnahmen der Regierung gegen die Arbeiterräte einverstanden. Wenn aber die Arbeiterräte da und dort Fiasco erlitten haben, so nicht deshalb, weil sie von oben gehindert worden wären, sondern weil sie sich selbst in ihrer Unberufenheit unmöglich gemacht haben gegenüber den Leuten, die sie kontrollieren sollen. (Sehr richtig!) Die großen Industriekapitäne haben die Hoffnung, daß auch diese neuen Räte ihnen nicht gemacht sein werden.

Deswegen muß mit dem Räteystem eine großzügige Erziehungsarbeit bei denjenigen Genossen einsetzen, die in diese Räte hineingewählt werden sollen. Unsere Literatur ist gerade auf diesem Gebiet, auf die wir jetzt unsere Arbeitskraft einstellen sollen, sehr dürftig. Da wird noch viel Arbeit geleistet werden müssen.

Ich bin dagegen, daß der Kern der Cohenschen Leitsätze, der die Gleichberechtigung beider Kammern verlangt, angenommen wird. Vielleicht, ist aber eine Verbindung und Ergänzung der Leitsätze von Singheimer und Katzenstein möglich. Ich finde, daß die Leitsätze Katzensteins und Singheimers den Grundfäden unserer Partei gerecht werden. Sie sind für jeden annehmbar, der überhaupt noch Sozialdemokrat ist. Zu Beginn der Revolution haben wir der Demokratie in Deutschland zum Siege verholfen. Mag nun der Sozialismus siegen durch die Demokratie. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Mitte-Berlin. Namens meiner Berliner Freunde habe ich die Erklärung abgegeben, daß wir für die Resolution Katzenstein stimmen werden. Die Entschließung des Genossen Singheimer, dessen vorzügliches Referat wir ja gehört haben, scheint uns zu schwerfällig, auch zu wenig positiv zu sein. Ein Teil meiner Freunde vermischt darin auch vor allem ein näheres Eingehen auf die kommunalen Arbeiterräte.

Der Referent Singheimer hat im Anfange seiner Ausführungen gesagt, daß die Arbeiterräte an sich keine künstliche Sache seien, wie das häufig behauptet worden ist. Natürlich sind sie keine künstliche Sache, aber sie sind nach meiner Auffassung eine verhältnismäßig nicht angenehme Nachahmung von Zuständen, die für Deutschland nicht zutreffen. (Sehr richtig!) Der Genosse Katzenstein hat schon darauf hingewiesen, daß sich durch das deutsche Arbeiterrecht wie ein roter Faden die Tatsache zieht, daß unsere Altvordern bereits in den 70er Jahren — wenn ich nicht irre — die Ausgestaltung eines konstitutionellen Fabriksystems gefordert haben. Ich selbst habe in meiner zwanzigjährigen Tätigkeit in Vorträgen vor Arbeitern über die Gewerkschaften, über die Aufgaben der Arbeiterauschüsse und dgl. immer die These vertreten, daß die politische Macht der Arbeiter ein Mitbestimmungs-

recht in erweitertem Maßstabe den Arbeitern gewährleistet. Gerade das war es, was den überflüssigen Bekämpfer der Arbeiterbewegung, den seligen Herrn von Stamm, zu dem geflügelten Wort von dem „Herrn im eigenen Hause“ verleitet hat. Er hat sehr wohl gewußt, daß, wenn das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter gesetzlich verankert ist, das „Herr im Hause sein“ für den Unternehmer ein Ende hat. Deswegen ist auch die Frage der Arbeiterräte nicht etwas ganz Neues, wie es namentlich von unabhängiger Seite behauptet wird. Die Arbeiterräte haben ihren Weg über Rußland genommen. Vor einigen Wochen hat in Berlin eine Buchdruckerversammlung stattgefunden, die sich mit der Frage der Arbeiterräte befaßte. Nach einer sehr ausgiebigen Diskussion ist ein russischer Parteigenosse, ein Buchdrucker aufgetreten und hat in gebrochenem Deutsch gesagt: Leute, was redet Ihr denn eigentlich? Ihr habt von den russischen Verhältnissen keine Ahnung! Wenn das russische Proletariat die Gewerkschaftsbewegung gehabt hätte, wie Deutschland seit 1899, dann wäre es zu dem System der Arbeiterräte überhaupt nicht gekommen. (Lebhafte Zustimmung.) Man hat sich natürlich von der Tätigkeit der Arbeiterräte verschiedenartige Vorstellungen gemacht. Wenn man die Tätigkeit gerade eines Arbeiterrates darin sieht, die stillen Reserven eines Unternehmens im Geldschrank zu suchen, oder andere Dummheiten zu machen, dann muß natürlich die Bedeutung der Arbeiterräte in jenen Kreisen, auf die sie wirken sollen, nämlich in den Unternehmerkreisen gar keinen Anklang finden. (Sehr richtig!) Wir müssen die Dinge nicht nur immer von dem Gesichtspunkte aus beurteilen, wie wir sie haben wollen, sondern von dem Gesichtspunkte aus, wie die Verhältnisse sich gestalten, und wie weit wir dazu in der Lage sind, auf die Verhältnisse zu wirken. In den Berliner Versammlungen haben die Freunde des Genossen Cohen für die Thesen des Genossen Cohen gewirkt. Das ist ihr gutes Recht. Wir stehen aber in Berlin auf dem Standpunkte, daß das Zweikammersystem eine Gefährdung der Demokratie bedeutet. Staatsauschuß, Arbeiterratskammer und die Nationalversammlung in der Mitte sind ein so schwerfälliger Apparat, daß dabei nichts Gutes herauskommen kann. (Zustimmung.) Ich will nebenbei bemerken, daß meine Berliner Freunde sogar soweit gegangen sind, daß sie keine Delegierten zum Parteitag schicken wollten, die nicht gegen diese Thesen waren.

Wir sind der Auffassung, daß es sich bei den Vertretern dieser Thesen um eine kleine Gruppe von Intellektuellen handelt, die sicherlich von dem guten Glauben ausgehen, der Sache zu nützen, die aber tatsächlich mit den Dingen nicht so bewandert sind, wie es wünschenswert wäre. Beispielsweise finde ich hier unter II in der Resolution des Korreferenten den Satz: „Die Gewerkschaften sind die Vertreter der Arbeiter eines jeden Betufa.“ Das ist richtig. Nun heißt es aber weiter: „Die ausführenden Organe der Gewerkschaften in den Betrieben sind die Betriebsräte.“ Ob das richtig ist, kann man schon bezweifeln; meiner Ansicht nach ist es nicht richtig. Leider bin ich mit Rücksicht auf die Zeit nicht in der Lage, näher darauf einzugehen.

Ich möchte mich aber noch etwas näher mit den kommunalen Arbeiterräten befassen. Ich bedauere auch, daß die Regierung einen klaren Standpunkt zu dieser Frage nicht eingenommen hat. Ich halte es nicht für gut, diese Sache den Gemeindeverwaltungen zu überlassen und die Bügel am Boden schleifen zu lassen. Ich bin der letzte, der den Arbeiterräten auf kommunaler Grundlage die Anerkennung dafür versagt, daß sie vor allem in den Gemeinden, wo bisher die bürgerlichen Oligarchen ein Herz und eine Seele waren, wo Gebirgen usw. vorliefen, außerordentlich gut gewirkt haben. Aber man soll nicht das Kind mit dem Bade ausschütten; in den Gemeinden, wo bereits eine

erhebliche sozialdemokratische Gemeindevertretung vorhanden ist, ist die Frage anders zu beurteilen. Wir müssen doch auch einmal darauf zu sprechen kommen, ob denn das heutige System, wonach ganz unbewanderte Leute als kommunale Arbeiterräte, als Kontrollorgane gegenüber Stadtverordneten tätig sind, die vielleicht schon Dutzende von Jahren in den Gemeindeverwaltungen sitzen, richtig ist. (Sehr richtig!) Das sind alles Angelegenheiten, die natürlich nicht innerhalb zehn Minuten ausgiebig erörtert werden können. Vielleicht hat ein Genosse von mir, der sich zum Worte gemeldet hat, noch Gelegenheit, auf die Frage der Produktionsräte einzugehen.

Vorsitzender Abge.: Es ist ein Antrag Niemeyer eingegangen:

Der Parteitag wolle beschließen, daß die Genossen in Partei und Regierung dafür Sorge tragen, daß in den Staatsbetrieben, vor allem bei der Eisenbahn, das Räteystem schnellstens eingeführt wird nach dem Beschluß des Verbandstages des Deutschen Eisenbahner-Verbandes.

Stromer-Rübed: Man kann ein Anhänger des Räteystems sein, und man kann doch aus partei- und finanzpolitischen Gründen die Räte, soweit sie kommunaler Art sind und soweit sie der Genosse Cohen im Zweikammersystem geschildert hat, wenigstens überall dort vermeiden, wo wir in einem Willehntum eine sozialdemokratische Mehrheit erlangt haben, und zwar in erster Linie aus dem Grunde, weil wir als Mitglieder der Volkammer und der Wirtschaftskammer dann unsere eigenen Kontrollinstanzen wären. Außerdem wäre es auch in diesem Augenblick eine Kräfteerspaltung und eine Geldberührung. Diese Erkenntnis nützt uns nun freilich nichts. Die Revolution hat die Räte gebracht, und die Arbeiterschaft verlangt von uns, daß wir an ihnen festhalten, weil sie eben die reinen Vertretungsorgane der Arbeiter sind. Wir müssen nur ein Tätigkeitsfeld für die Räte abgrenzen und müssen vor allen Dingen uns selbst darin betätigen. Das ist dann zugleich ein ausgezeichnetes Mittel, den Unkrautstücken, vor allem den Spartakisten entgegenzuwirken. Ich spreche ausdrücklich nicht von Kommunisten, weil sie meines Erachtens nichts anderes sind als die deutsche Söldnertruppe des russischen Sowjet-Volkswismus. Wir haben auch in Rübed erfahren, daß noch heute Geld über Skandinavien aus Rußland an bekannte Kommunistenführer kommt.

Wohl kann es uns bei unserer Tätigkeit in den Räten manchmal übel werden, wenn wir die Reden der Spartakisten anhören müssen, aber wir haben wenigstens Gelegenheit, ihnen doch auf die Finger sehen zu können. Das wird auch in den Betriebsräten der Fall sein.

Genosse Singheimer hob hervor, daß die Arbeiter durch die Betriebsräte in die Produktionsphäre gehoben werden. Das ist gewiß der Fall, wenn wir nur genügend einschikwolle Köpfe unter der Arbeiterschaft finden, die das zu wädigen wissen. Denn so wie heute, wo in manchen Betrieben die Produktion um 50 und mehr Prozent zurückgegangen ist, kann es nicht mehr fortgehen; dann würden wir auf dieselben Verhältnisse wie in Rußland kommen. Wenn hat ja in seiner Broschüre über die Aufgaben der Sowjetmacht zugestanden, daß die Unternehmer und Betriebsleiter wieder herangezogen werden müssen, hat ihnen Gehälter von 20 000 Rubeln und mehr eingeräumt, um die daniederliegende Industrie wieder in die Höhe zu bringen. Vor allem fehlt bis jetzt bei dem ganzen Aufschwung die Abgrenzung des Tätigkeitsgebietes der Räte. Biswell habe sehr recht, als er auf dem zweiten Rätekongreß die Worte aus sprach, daß wohl Jahre vergehen würden, ehe das Räteystem den deutschen Arbeitern in Fleisch und Blut übergegangen ist. Biswell ist übrigens von Cohen falsch gitiert worden. Cohen behauptete, Biswell habe gesagt: erst unter dem Druck der Berliner Streikämpfe sei die Sozialisierung angefaßt worden. Das

trifft nicht zu. Bisfell brauchte nur die Worte: „Unter dem Eindruck der Berliner Straßenkämpfe haben wir das Sozialisierungsgesetz durchgedrückt.“

Am meisten auf Widerstand stößt in der Arbeiterschaft die Einbegleichung der Arbeitgeber. Aber Sie haben aus den Referaten gehört, und das Beispiel Auslands hat es uns bewiesen, daß es in diesem Augenblicke noch nicht möglich ist, in der Produktion auf die Arbeitgeber zu verzichten. Die fortschreitende Sozialisierung wird ja sowieso die Arbeitgeber nach und nach aus dem Prozeß ausschleiden. Deshalb können wir die Bedenken, diese Pläne anzunehmen, ruhig fallen lassen. Und doch hat der Aufbau der Betriebsräte, wie er von dem Referenten und in Bisfells Plan festgelegt ist, einen Haken. Das ist zwar dort, wo größere industrielle Werke vorhanden sind, leicht durchzuführen, nicht aber in ländlichen Gebieten, wo nur Zwergebetriebe vorhanden sind. Wie sollen dort die Betriebsräte zustande kommen? Da kann ich nur das befürworten, was der Zentralrat für die Wahlen zum zweiten Rätekongreß ausgegeben hat: das Regionale System. Dort können wir nicht den einzelnen Betrieben die Wahl der Betriebsräte überlassen, dann würde keine geeignete Vertretung der Arbeiter und Angehörigen zustande kommen. Dort muß das regionale System beibehalten werden.

Die beiden Referate haben eine Fülle von Anregungen und Aufregung gegeben. Die aller nächste Zukunft wird die Erfüllung und die Nützlichkeit beweisen müssen. Auch ich möchte mich im übrigen auf den Standpunkt stellen, daß wir eine Form finden müssen, die die Sätze Singheimers und Kopensteins miteinander zu verbinden. Diese Verbindung würde die glücklichste Lösung bedeuten.

Samann-Dresden: Der Genosse Cohen hat in seinem Referat über Nationalversammlung oder Räteystem auf dem Rätekongreß in Berlin das hohe Lied auf die Tätigkeit der Nationalversammlung gesungen. Er hat von ihr die politische, wirtschaftliche und finanzielle Gefundung des Deutschen Reiches erwartet. Jeder einsichtige Politiker war sich darüber klar, daß diese Hoffnung sich nicht so bald erfüllen konnte, wenigstens so lange nicht, als nicht dem deutschen Volk ein Frieden unter leidlich ertäglichen Verhältnissen gegeben war. Die Masse des deutschen Volkes lebte der Hoffnung, daß die Revolution dem Volke die Erlösung aus dem wirtschaftlichen Elend bringen würde, und mußte natürlich in ihrer Hoffnung außerordentlich getäuscht werden. Die Revolutionsregierung konnte die großen wirtschaftlichen Räte beim besten Willen nicht bezeitigen. Deshalb schwankte ein Teil des Volkes, der im November hinter den stiegenden Fahnen der Revolutionäre getreten war, nach rechts, der überaus größte Teil des Volkes aber stellte sich auf den Boden wahrer Demokratie und verlangte die Nationalversammlung, weil es von ihr schnelle Hilfe in der großen Not erwartete. Aber auch für die neue Regierung und die Nationalversammlung fehlten die Voraussetzungen zur Beseitigung der großen wirtschaftlichen Räte, und deshalb wuchs die Zahl der Ungläubigen, und demzufolge auch die Opposition gegen unsere Partei. Ein großer Teil schwankte nach rechts, ein erheblicher Teil über die Unabhängigen nach dem linken Flügel. In dem Augenblicke, wo eine Abwanderung nach der linken Seite erfolgte, wurden die beiden Worte: „Sozialisierung“, und „Räteystem“ Schlagworte in der Politik. Mit diesen Schlagworten glaubte eine Anzahl Führer dem Abwandernden Einhalt gebieten können. Ein Teil der Masse des Volkes greift nach diesen neu hingeworfenen Heilbotschaften. Zu den neuen Köpfern gesellte sich auch Max Cohen, der dann auch auf dem zweiten Rätekongreß in Berlin im April dieses Jahres einen großen Erfolg hatte. Es möchte für ihn außerordentlich schmeichelhaft sein, daß sein Freund Oehme

schrieb: der zweite Rätekongreß habe mit dem Beschluß über die Rätefrage an einem Tage mehr geleistet, als die Nationalversammlung in hundert Jahren zu leisten vermag. Aber der Apostel Cohen wird auch in dieser Frage dieselbe Enttäuschung erleben, wie er sie in der Frage seiner Prophezeiung des unbefchränkten U-Boottkrieges und der Kontinentalpolitik bereits erlebt hat. Seine Politik war immer weiter nichts als eine einzige große Färrung. Er betrieb eine Politik der verpackten Gelegenheiten. Er war einer derjenigen, der immer hinterher genau wachte, wie es hätte gemacht werden müssen. Obwohl er manchmal Neigung gehabt hat, die Führung mit zu übernehmen, war er nicht derjenige, der der Regierung die Wege zeigen konnte, die eingeschlagen werden mußten, der den großen geistigen genialen Schwung in die Regierungsgeschäfte hineinzubringen vermocht hätte, den er jetzt vermisst.

Ich bestreite nicht, daß die Stimmung vor zwei Monaten beim Zusammentritt des Rätekongresses außerordentlich kritisch war. Damals tobte im ganzen deutschen Volkkörper das Massenstreikfieber; wir rüdten damals nahe an den Abgrund des russischen Bolschewismus. Damals trat Max Cohen beschwörend vor den Rätekongreß, über dessen geistigen Tiefstand nur eine einzige Meinung herrscht (Sehr wahr!), und über den sich der deutsche sozialdemokratische Parteitag himmelhoch erhebt, — damals sagte er beschwörend: vielleicht ist es noch Zeit, das große Unglück vom deutschen Volke fernzuhalten, wenn ihr die Max Cohenschen und Kalkischen Thesen annehmt; ich zweifle, daß es noch Zeit ist, aber versucht es, waagt es, mit meinen Ideen das Volk zu retten!

Heute ist Genosse Cohen schon viel bescheidener gegenüber seinem damaligen Auftreten geworden. Heute gibt er sich mit den von dem Genossen Singheimer vorgebrachten Ideen zufrieden, die doch zweifellos nichts mehr und weniger sind, als ein vollständiges Begraben seiner eigenen Auffassung. Das Cohensche Räteystem schlummert und wird weiter schlummern. Man bedenke nur, daß Cohen nichts mehr und nichts weniger will, als in jeder Gemeinde eine zweite Kammer zur Einführung zu bringen, die letzten Endes nichts weiter im Gefolge hat, als daß sich unsere Parteifreunde im politischen und wirtschaftlichen Komplex vollständig zerstreuen. In den Cohenschen Ideen liegt die Gefahr der Zerstörung unjeres Wirtschaftslebens. Darin liegen die Keime der Versenkung der Volkskraft, die zwar geschwächt, aber nicht gebrochen ist.

Die Gefahr, die vor dem 2. Rätekongreß uns bedroht hat, ist abgewehrt. Die Forderungen nach dem Cohenschen und Däumigischen Räteystem sind heute nichts weiter als ein großartiges Gewitter, das sich im raschen Woggen befindet. Genosse Singheimer hat mit Lebenskräftigen Argumenten, die uns in dem Zukunftskampf, den wir zu führen haben werden, große Dienste leisten werden, die Schattengedanken Cohens ohne weiteres verschüttet. Es wäre aber falsch, aus reinen Opportunitätsgründen der Masse Konzessionen zu machen, sondern wir haben die Aufgabe, die Masse auf die großen Schwierigkeiten hinzuweisen, die von ihr zu lösen sind, wenn wir an die Erledigung dieser großen Aufgabe herangehen. Genosse Singheimer hat gezeigt, wo die idealen und materiellen Kräfte schlummern, die wir zur Erreichung des Sozialismus brauchen. Um diese Aufgabe zu lösen, benötigen wir in hohem Maße die geistigen Kräfte der besten Arbeiter und der Beamten. Dazu brauchen wir das Pflichtgefühl, das in den Worten gipfelt: „Einer für Alle, und Alle für Einen“, das scheinbar in dem Meer von Egoismus unterzugehen droht. Dieses Pflichtgefühl muß wieder an festes Land gebracht werden

und dem Kolbe wieder als Evangelium in Fleisch und Blut übergeben. Wir wissen, daß die Heranziehung zur Verantwortung und Mitarbeit Wunder ge-
 lübt hat und die Menschen geistig beträchtlich wachsen ließ. In den Gewerkschaften, Versicherungsanstalten usw. haben wir unsere Freunde und Genossen geistig aufwachen sehen, und manchmal sind Rabibale, die schon weit über das Ziel schossen, zu Realpolitikern geworden. Ich zweifle nicht daran, daß es uns auch gelangt, wenn wir die große Masse, die zu den Arbeiterräten herangezogen werden muß, aufziehen und ausbilden für die Idee des Sozialismus, für die Befreiung der Arbeiter ein wesentlicher Schritt nach vorwärts getan ist. (Beifall.)

Vorsitzender Petrich Schulz: Es ist folgender Antrag Raß-Hammovors eingegangen, der von beiden Berichterstattern unterstützt wird:

„In Anbetracht der Wichtigkeit guter Fabrikations-, Betriebs- und Bilanzkenntnisse für das geordnete Wirken der Arbeiter- und Betriebsräte fordert der Parteitag die örtlichen Organisationen auf, mit tunlichster Beschleunigung Kurse über Produktionslehre, Buchführung und Bilanzkunde einzurichten, für die Betriebsingenieure und Handelslehrer heranzuziehen sind.“

Häffmeier-Hamburg: Die deutsche Arbeiterschaft sieht heute auf den Parteitag, um etwas Erfrischendes für die Richtlinien der Arbeiterräte zu bekommen. Die Arbeiterräte, die nach der Revolution die politische Macht erlangt hatten, stehen heute vielfach so da, daß sie nicht wissen, welche Aufgaben sie zu erfüllen haben. Die Arbeit auf kommunalem Gebiete ist verschwunden. Man hat in den verschiedenen Landtagen versucht, etwas zu schaffen, um den Arbeiterräten Aufgaben zuzumessen zu lassen. Wir haben in Hamburg schon im Januar 1918 einen Arbeiterrat gehabt, der seinerzeit gegründet wurde durch die Unabhängigen, um einen Generalstreik in Deutschland zu inszenieren, damit der Krieg beendet würde. Sie haben ja gelesen, daß in Hamburg damals ein Streik der Werftarbeiter ausbrach. Dieser Arbeiterrat hatte nur die Aufgabe, den Streik entweder zu erweitern oder so schnell wie möglich zu beenden. Der Streik hat ja beendet werden müssen, weil die militärische Gewalt einwirkte. Aber nach der Revolution bekamen wir wieder einen Arbeiterrat, und in der Hamburger Bürgerschaft bekamen wir, die Mehrheitssozialisten, die Mehrheit in dem Arbeiterrat. Als die Bürgerschaft die politische Macht übernahm, war die Aufgabe des Arbeiterrats verschwunden. Es ist nun so wie an anderen Stellen, daß man nicht weiß, welche Aufgaben und Macht eigentlich der Arbeiterrat nach hat. Durch den Vorentwurf der Regierung über die Betriebsräte ist eine Erbitterung entstanden. Man weiß nicht, was ist Aufgabe der Betriebsräte, was ist Aufgabe der Arbeiterräte. Es ist ein Wettstreit in der Arbeiterschaft vorhanden. Die Richtlinien, die die Genossen Singheimmer und Kähenstein vorgelegt haben, sind fast die gleichen, wie sie der Hamburger Arbeiterrat morgen beschließen will. Es heißt bei uns an der Spitze: Der Arbeiterrat Groß-Hamburg ist eine parlamentarische Vertretung der werktätigen Bevölkerung zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Interessen.

Ueber die Sozialisierung will ich nicht weiter reden. Aber ich muß sagen, wie haben in Hamburg Betriebe, wo eine Sozialisierung von den Arbeitern in dem Sinne betrachtet wird, daß sie soviel Macht in dem Betrieb sich aneignen, daß sie ihre Meister selbst wählen, ohne daß der Unternehmer über die Fähigkeit des Meisters mitreden soll. Das ist ein Betrieb, der rein kommunalistisch befaßt ist. Was nötig ist vor allem, ist, daß jetzt die Arbeiter angehalten werden müssen, auch ihr nötiges Arbeitsquantum, für die Entlohnung, die sie

bedürfen, zu liefern. (Sechste Zustimmung.) Wenn man den Leuten Vorwürfe macht, bekommt man ja immer die Antwort: Wir würden mehr schaffen, wenn wir mehr für die Ernährung erhielten. Aber dabei wird immer das Streben nach sicherer Entlohnung damit begründet, daß man im Geschlechtshandel kaufen müsse. Auch den Notstandsarbeitern müssen wir sagen, daß sie auch ein gewisses Quantum liefern müssen, damit der Staat damit aufstehen kann. In einem sozialistischen Staat muß jeder leisten, was er hergeben kann. Das Wort Sozialisierung ist so ein Wort geworden, von dem der Arbeiter meint, daß er damit in den Himmel kommt. Wir stehen in Hamburg auch auf dem Standpunkt, der in den beiden Richtlinien von den Genossen Singheimmer und Kähenstein niedergelegt ist.

Bauer: Parteigenossen! Der Genosse Cohen hat der Regierung vorgeworfen, daß sie nicht rechtzeitig dem Märkischen Kongressen gemacht habe und er meinte, daß auch durch die Schuld der Partei die Rätebittaker Anhänger gewonnen habe. Diese Auffassung ist nicht begründet. In den ersten Wochen und Monaten der Revolution ist bekanntlich sofort von kommunistischer Seite der Ruf erschallt: alle Macht den Arbeitern und Soldatenräten. (Sehr richtig!) Und bereits im Dezember und Januar haben sich die wüsten Kämpfe in Berlin abgespielt, weil ein Teil der Arbeiterschaft, insbesondere die sogenannten revolutionären Obleute aus den Betrieben, der kommunistischen Idee nach der Rätebittatur durch Gewalt zum Siege verhelfen wollten. (Zuruf: Schon im Dezember auf dem ersten Rätekongress!) Gegen diese Bestrebungen mußte sich die Partei wenden und wandte sich auch die damalige Regierung, die zur Hälfte aus Unabhängigen bestand. Wenn jemand in der Frage ungerne hat, dann sind es die Unabhängigen, die sich lange Zeit gegen die Forderung der Diktatur der Räte wandten und die später, gedrängt durch die Kommunisten, immer mehr dieser Auffassung entgegengekommen sind, während die sozialdemokratische Partei stets an der Demokratie festgehalten hat.

Die Regierung hat auch von vornherein den neuen Verhältnissen Rechnung getragen und eine Gesetzgebung in diesem Sinne vorbereitet. Bereits im Januar bei den Verhandlungen mit den Vertretern der Bergarbeiter aus dem Ruhrrevier konnte die Erklärung abgegeben werden, daß es die Meinung der Volksbeauftragten sei, daß eine gesetzliche Festlegung der Rechte der Arbeitervertretung zu erfolgen habe, und daß insbesondere auch für die Betriebe Arbeitervertretungen geschaffen werden sollten mit viel weitgehenderen Rechten und Aufgaben als bisher. Bei den Verhandlungen mit den Vertretern der streikenden Arbeiter des mitteldeutschen Industriegebietes sind dieselben Erklärungen in spezifizierter Form abgegeben worden. Damals bereits sind unter meiner Leitung Vereinbarungen über die Aufgaben der Betriebsräte zustande gekommen, die im wesentlichen die Grundlage für unsere Gesetzgebung bilden werden. Es ist also durchaus unrichtig, wenn behauptet wird, von Regierungsseite sei nichts getan.

Uebrigens ist es nicht möglich, solche schwierigen wirtschaftlichen Probleme im Handumdrehen zu lösen. Alle diese Fragen müssen gründlich vorbereitet werden, und die gesetzgeberischen Arbeiten sind nicht von heute auf morgen fertigzustellen. Die Arbeit könnte ja weiter gefördert sein, wenn nicht durch den Unersand weiter Arbeitermassen die Behörden, insbesondere die Reichsministerien und vor allem das Reichsarbeitsministerium fortgesetzt mit einer Ansammlung von unproduktiven, überflüssigen Arbeiten überhäuft würden. (Sehr richtig!) Die uns verhindern, wirklich produktive Arbeit zu leisten. (Sehr richtig!) Es beruht kein Tag, in dem nicht dieser oder jener Arbeiterrat, diese oder jene Streikvertretung empfangen werden muß, und die Leute verlangen alle, daß ich mit ihnen verhandle, sonst fühlen sie sich zurückgesetzt.

Darunter leidet natürlich die praktische Arbeit. Stunden über Stunden werden einem wegen ganz unverantwortlicher Forderungen geköpft. Deswegen kann die gesetzgeberische Arbeit nicht mit der Schnelligkeit gefördert werden, wie ich es selbst aufs innigste wünsche.

Es soll also unsere ganze Wirtschaftsvertretung in einem einheitlichen Gesetz geregelt werden. Die Grundlage sollen die sogenannten Betriebsräte bilden. Dann soll eine Zusammenfassung für die einzelnen Bezirke in den Bezirksarbeiterräten erfolgen. Diese sollen aus allgemeinen geheimen Wahlen aller Arbeiter und Angestellten des Bezirks hervorgehen. Die Bezirksarbeiterräte werden den Reichsarbeiterrat zu wählen haben. Hier würde ein indirektes Wahlsystem Platz greifen. Aber es wird ja allseitig als nicht praktisch anerkannt, den Reichsarbeiterrat durch allgemeine Wahlen im ganzen Deutschen Reich zu lassen. Der reinen Arbeitervertretung, den Bezirksarbeiterräten und dem Reichsarbeiterrat soll die Vertretung der Unternehmer gegenübergestellt werden. Die Referenten haben den Standpunkt vertreten, daß die Wirtschaftsvertretung nicht allein aus den Interessenten bestehen soll, aus Arbeitgebern und Arbeitern, sondern auch aus den freien Berufen, Sozialpolitikern und Konsumenten usw. Eine solche Regelung würde ich nicht für glücklich halten. Ich meine, es könnte viel mehr praktische Arbeit geleistet werden durch eine reine Vertretung der Interessenten. Die Frage der Preisbildung liegt auf einem anderen Gebiet. Die Bezirksarbeiterräte und der Reichswirtschaftsrat sollen die Selbstverwaltungsgorgane unserer Wirtschaft werden. Wenn der Reichswirtschaftsrat oder der Bezirkswirtschaftsrat, der z. B. für die ganze sächsische Textilindustrie Beschlüsse zu fassen hat, über die Regelung der Textilindustrie, darüber, ob Betriebe zusammengelegt werden sollen usw., dann können doch nur Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Textilindustrie die Entscheidung treffen. Die Konsumenten können diese Frage gar nicht beurteilen.

Der Reichswirtschaftsrat wird in bestimmte Fachgruppen gegliedert sein müssen, und das Richtige wird sein, daß man alle diese Organisationen als Selbstverwaltungskörper der Industrie aufsieht und für Konsumenten und sonstige Kreise eine andere Vertretung schafft. Ich bitte, sehr zu überlegen, ob man nicht einen falschen Weg einschlägt, wenn man auch andere Kreise in die Selbstverwaltungskörper hineinnimmt. Ein Redner meint, daß dieser Standpunkt rückständig wäre, denn selbst die Bürgerlichen hätten sich im Verfassungsausschuß dafür erklärt, daß auch andere Kreise in diese Selbstverwaltungskörper hineinkommen sollen. Das ist für mich kein Beweis, daß das die bessere Auffassung ist. Im Gegenteil, es kann unter Umständen die Selbstverwaltung der Wirtschaft dadurch sehr zuungunsten der Arbeiter beeinflusst werden. (Sehr richtig!) Ich möchte also anheimgeben, ob es nicht richtig wäre, die Resolution Ragenstein und Einzelheimer dem Parteivorstand zu überweisen, ohne daß über alle diese Einzelfragen eine definitive Entscheidung getroffen wird. Dadurch, daß wir in dem Reichswirtschaftsrat Vertreter der Verbraucher und der freien Berufe hineinbringen, wird dieser Reichswirtschaftsrat ja zu einem Wirtschaftsparlament, und es nähert sich diese Organisation wesentlich dem, was der Genosse Cohen vertritt. Dieses Wirtschaftsparlament hat dann die Entwicklung zur berufständischen Kammer in sich, und einer solchen Entwicklung sollten wir die Wege nicht ebnen.

Einige Worte zu den Aufgaben der Betriebsräte. Der letzte Redner hat dargelegt, welche unzeitigen Auffassungen in weiten Arbeiterkreisen, besonders bei den Hamburger Betriebsräten, über die Rechte und Aufgaben der Betriebsräte vorhanden sind. Die Kommunisten und ein Teil der Unabhängigen verlangen offen, daß die Arbeiterschaft in den Betrieben die Verwaltung der

Betriebe zu übernehmen habe. Das ist keine Sozialisierung, sondern ein Massenkapitalismus. Die Unternehmer sollen enteignet werden, die Arbeiter und Angestellten setzen sich in den Besitz der Betriebe und nehmen die Verwaltung in die Hand. Auch in Unabhängigenkreisen findet diese Idee Anhänger, aber leider auch in Arbeiterkreisen, die sich zur Reichssozialdemokratie rechnen.

Das ist leider darauf zurückzuführen, daß ein erheblicher Teil unserer jetzigen Parteianhänger noch vor wenigen Monaten sich um politische und wirtschaftliche Dinge überhaupt nicht gekümmert hat. Jede gewerkschaftliche und politische Erziehung fehlt den Leuten, und deshalb fallen sie auf die unglaublichsten Forderungen herein. (Zustimmung.) Die Wirkungen dieser Forderungen überlegen sich die Leute natürlich nicht. Würden wir die Betriebe einfach den Arbeitern und Angestellten ausliefern, wie das in Rußland geschehen ist, dann hätten wir in Deutschland eben viel größeren Zusammenbruch als in Rußland, eine unerhörte wirtschaftliche Not würde entstehen. Das wäre aber der böllige Bankrott unseres Wirtschaftslebens. Es ist eben nicht so, wie man heute vielfach den Arbeitern vorredet und wie es viele von den Arbeitern glauben, wie es vor allen Dingen auch in den Kreisen der Angestellten geglaubt wird. Die Angestellten, die bis zur Revolution in ihrem großen Glauben zu feige waren, um den Kampf für ihre Menschenrechte aufzunehmen (Sehr richtig!), haben jetzt gar kein Augenmaß mehr für das, was sie fordern und durchsetzen können. (Sehr richtige Zustimmung.) Gerade aus den Kreisen der Angestellten kommen häufig ganz unzeitige Menschen zu mir, die mir auseinandersetzen wollen, was wir doch für bezahlten und verheirateten Menschen seien, wir seien Menschen, die kein Verständnis für die Neuzeit besäßen; die Angestellten, und ganz besonders der junge Mann, der diese Auffassung vertritt, seien die geborenen Betriebsleiter; man brauche sie nur an die Stelle der bisherigen Betriebsleiter zu setzen, und die ganze Wirtschaft würde noch einmal so gut gehen. Nein, so kann die Entwicklung nicht gehen. Die Sozialisierung kann nur durch die Gesetzgebung erfolgen, nur dadurch, daß die Gesamtheit die Betriebe in Besitz nimmt, niemals aber dadurch, daß die Arbeiter, die zufällig in dem Betriebe arbeiten, sich den Betrieb aneignen und nach ihrem Ermessen verwalten. Deshalb müssen wir auch bei allen Reden, die die Arbeiter zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen haben sollen, daran festhalten, daß die Leitung des Betriebes in der Hand des verantwortlichen Betriebsleiters bleiben muß (Sehr richtig!), auch wenn noch so weite irreführende Kreise etwas anderes verlangen.

Der Genosse Giffmeier hat darauf hingewiesen, daß sich der Arbeiterrat in Hamburg morgen mit dieser Frage beschäftigen wird. Vor nicht langer Zeit war eine Deputation der Hamburger Betriebsräte bei mir. In Hamburg besteht ja leider die Krankheit, daß man immer auf Einigung der Parteien und auf Parität der Vertretung hält, trotzdem die Kommunisten und Unabhängigen bei allen Wahlen nur eine sehr geringfügige Stimmengahl aufgebracht haben. Da rücken wir also ein Kommunist, ein Unabhängiger und ein Mehrheitssozialist auf das Feld, und die Herren haben mir auch zweieinhalb Stunde lang Vorträge gehalten, in denen ein solcher Unsinn verzapft wurde, daß einem wirklich die Verzweiflung überkommen muß. (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit.) Sie haben mir erklärt, daß in Hamburg die Betriebe schon völlig durch die Arbeiter vermarktet würden; anders würde es nicht gehen, als daß die Betriebsleitung zwischen Arbeitern und Unternehmern geteilt würde; der Betriebsrat müsse in allen geschäftlichen Fragen, in allen Fragen der Betriebsleitung das gleiche Recht haben. Parteigenossen, stellen Sie sich einmal vor, wie ein solcher Betrieb dann geleitet werden soll. Auf der

einen Seite der Betriebsinhaber oder, wenn es sich um eine Aktiengesellschaft handelt, das Direktorium, auf der anderen Seite der Betriebsrat. Und nun wird erst Stundenlang über Tagelang darüber verhandelt, ob irgendwo Einkäufe an Rohmaterial gemacht werden sollen, die schließlich Millionen kosten. Und wo, wenn man nicht in einer Stunde darüber entscheidet, unter Umständen ein Verlust von Millionen herbeigerufen werden kann. Ich glaube, einen größeren Unsinn kann man sich nicht vorstellen. Jeder Mensch, der Einkäufe in einen Betrieb genommen hat, wird mir das zugeben müssen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir würden auf diese Weise nur den Keim dazu legen, die Entwicklung unserer Wirtschaft für alle Zeiten unmöglich zu machen. Auch in den sozialisierten Betrieben können wir nicht so wirtschaften. Auch da müssen wir eine Betriebsleitung haben, die von der Gemeinde oder von sich eingesetzt ist und die die Verantwortung und die Entscheidung hat. Natürlich sollen die Arbeiter einen Einblick in alle diese Dinge bekommen; aber es geht nicht an, daß sie in Fragen der Betriebsleitung selbst, soweit es sich um geschäftliche und technische Dinge handelt, mitzubestimmen haben. Wohl aber sollen sie mit zu entscheiden haben in allen Fragen, die sich auf das Arbeitsverhältnis beziehen, und sie sollen auch Einblick bekommen in die Betriebsführung. Die Unternehmer sollen verpflichtet sein, Bücher vorzulegen, über das wirtschaftliche Ergebnis Aufschluß zu geben, die Bilanz vorzulegen. Es ist ja wohl auch kein Zufall, daß das österreichische Gesetz vom 15. Mai d. J., dessen Urheber der Genosse Dr. Otto Bauer ist, der ja, wie Sie alle wissen, zu dem radikalen Flügel gehört und wohl mehr den Unabhängigen angehört als der Mehrheitssozialdemokratie, auch zu demselben Ergebnis kommt, und daß der § 10 dort lebendig bestimmt: „Der Betriebsinhaber ist berechtigt und auf Verlangen des Betriebsrats verpflichtet, gemeinsame Beratungen über Verbesserungen der Betriebseinrichtung und über allgemeine Grundlagen der Betriebsführung allmonatlich abzuhalten.“ Das ist alles, was den Betriebsräten in Oesterreich an Mitbestimmungsrecht bei der Betriebsführung eingeräumt wird. Das ist kein Zufall, sondern das sind eben wirtschaftliche Notwendigkeiten, die dahin drängen, diese Stellung einzunehmen. Genossen, ich glaube, es ist nötig, daß man gerade diese praktischen Fragen in den Kreis der Erörterung rückt, weil sie in der aller nächsten Zeit zur Entscheidung stehen. Sie wissen, um gerade die Regelung der Frage der Betriebsräte nicht noch länger hinauszuziehen, habe ich mich dazu entschlossen, den ersten Teil aus dem Gesamtwerk, das die Arbeiterratsfrage, die Wirtschaftsratsfrage regeln soll, herauszunehmen und einen Vorentwurf zur öffentlichen Diskussion zu stellen. Dieser Vorentwurf hat nun schwere Anfechtungen besonders deswegen erfahren, weil der Betriebsrat nicht mehr leitender Faktor des Betriebes und weil auch das Mitbestimmungsrecht bei der Einstellung und Entlassung nicht weit genug geben soll. Auch hier sind die Forderungen in erster Linie von den Angestellten, nicht von den Arbeitern, erhoben worden, und zwar sind diese Forderungen von Monat zu Monat, von Woche zu Woche gewachsen. Bei den Verhandlungen mit streitenden Angestellten, die im Januar und Februar stattfanden, hat noch kein Mensch von diesem Mitbestimmungsrecht geredet. Dann war es auf einmal im März ganz selbstverständlich, daß kein Angestellter eingestellt und entlassen werden sollte, wenn nicht der Betriebsrat oder der Angestelltenausschuß seine Zustimmung gibt. Auch hier vertrat ich mit der gesamten Regierung den Standpunkt, daß selbstverständlich der weitgehende Schutz der berechtigten Interessen der Arbeiter und Angestellten in Zukunft erfolgen muß, und daß ein wesentliches Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats gesetzlich festgelegt werden muß. Über dieses Mitbestimmungsrecht darf nicht dazu führen, daß schließlich die Entwicklung des einzelnen gesamt und die Lebendigkeit und

Beweglichkeit der Betriebsführung gesenkt wird. Es ist selbstverständlich, daß nach den langen Jahren der Unterdrückung und der Rechtlosigkeit während des Krieges derartige hochgespannte Forderungen entstehen, aber es muß doch schließlich einigermaßen Vernunft bei der Prüfung dieser Frage obwalten. Da sagt nun der Entwurf, daß das Einstellungsrecht dem Unternehmer vorbehalten werden soll. Aber von jeder Einstellung ist schon vorher dem Betriebsrat Kenntnis zu geben, und der Betriebsrat kann dann aus Gründen, die im Gesetz fixiert sind, nämlich nur dann, wenn allgemeine wichtige Interessen der Gesamtheit der Angestellten oder des Betriebes berührt würden, gegen die Anstellung Widerspruch erheben. Einigen sich Unternehmer und Betriebsrat nicht, dann entscheidet der Schlichtungsausschuß.

Parteigenossen, Sie werden mir zugeben, daß durch diese Bestimmung alle berechtigten Interessen der Arbeiter und Angestellten gewahrt sind. (Zustimmung.) Zum Schutze der Arbeiter und Angestellten darf man allerdings auch nicht vergehen, in das Gesetz hineinzuschreiben, daß eine politische Betätigung oder eine religiöse Auffassung niemals ein Grund zum Widerspruch bei der Einstellung sein darf. (Sehr gut!) Denn sonst würde der Kampf der Unabhängigen und Kommunisten, der in zahlreichen Betrieben bereits im Gange ist, der Kampf jener Leute, die an Intoleranz, an Verfolgungssucht sich nicht genug tun können (Sehr wahr!) einsetzen. Und es gibt Betriebsräte, die niemals ihre Zustimmung geben würden, daß jemand eingestellt wird, der nicht auf die Fahne der Kommunisten oder Unabhängigen geschworen hat. (Lebhafte Zustimmung.) Gerade die Angestellten sollten sich deshalb überlegen, ob nicht das Vorwärtskommen des einzelnen unter diesen Bestimmungen sehr erschwert wird.

Auch bei der Entlassung muß man der Betriebsleitung zunächst das Kündigungsrecht lassen. Wenn jemand sich fortgesetzt vergeht, muß er gekündigt werden können. Dem Betriebsrat ist nach dem Gesetz vor der Kündigung Kenntnis zu geben; aber der Unternehmer hat, bevor noch eine Verständigung erzielt wird, das Kündigungsrecht, und daran müssen wir festhalten. Der Gekündigte kann den Betriebsrat anrufen, und der Betriebsrat kann der Kündigung widersprechen. Kommt eine Einigung nicht zustande, so entscheidet der Schlichtungsausschuß. Wo keine Kündigungsfrist besteht, kann man der Betriebsleitung auch nicht zumuten, daß sie einen Mann, der überhaupt nichts tut, der passive Resistenz leistet, nach 2 bis 3 Wochen weiter bezahlt, bis der Schlichtungsausschuß dem Unternehmer das Entlassungsrecht gibt. Man soll doch nicht alles Recht für die eine Seite und alle Lasten für die andere Seite in Anspruch nehmen.

Der Entwurf, den ich vorgelegt habe, geht viel weiter als der österreichische. Das österreichische Gesetz sagt lediglich:

Die Betriebsräte können die Kündigung und Entlassung eines Arbeiters oder Angestellten mit der Begründung anfechten, daß sie aus politischen Gründen im Zusammenhange mit der Tätigkeit als Mitglied des Betriebsrats oder bezwogen erfolgt sei, weil der Betroffene vom Vereins- oder Koalitionsrecht Gebrauch gemacht habe. Die Anfechtung hat binnen acht Tagen schriftlich beim Einigungsamt zu erfolgen. Die Tage des Postenlaufs werden nicht eingerechnet. Erachtet das Einigungsamt die Gründe der Anfechtung als gegeben, so ist die Kündigung oder Entlassung ungültig.

Sie sehen also, daß in Oesterreich einer Kündigung nur widersprochen werden kann, wenn politische oder wirtschaftliche Maßregelung anzunehmen ist. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß in dieser Frage so wenig Verständnis auch bei einem großen Teil unserer Parteipresse und der führenden Genossen vorhanden ist und daß diese bei solchen Dingen immer ihre erste

Aufgabe darin sehen, das, was von Regierungsseite geschieht, herunterzukommen und den Unabhängigen möglichst viel Schächeln ins Garn zu treiben. Das ist die Wirkung dieser Tätigkeit, wenn es auch nicht die Absicht ist. Bei der Arbeiterschaft wird durch solche unredlichen Kritiken der Einbruch erwartet: Die Unabhängigen haben ja recht. (Zuruf.) Nein, Genosse Krüger, die Kritik soll nicht aufhören, sondern sie soll nur von Sachkenntnis und Gerechtigkeit geleitet sein, und die ist leider auch bei Dir nicht vorhanden. Auch der Genosse Krüger, der in der Angestelltenbewegung steht und die Dinge genau kennt, fühlt sich berufen, im „Vorwärts“ einen Leitartikel zu schreiben, in dem er den Entwurf herunterreißt, weil einige seiner Spezialwünsche nicht erfüllt sind. Die Differenzen bestehen einmal darin, daß er vor jeder Kündigung die Zustimmung des Betriebsrats haben will und daß das Wahlalter nicht richtig fixiert sei, Dinge, über die man sich sehr wohl sachlich auseinandersetzen kann. Der Entwurf sieht das Wahlrecht vom 20. Lebensjahre ab vor, Krüger bevorzugt das 18. Lebensjahr. Ich habe den Entwurf den Arbeiter- und Unternehmervertretungen usw. vorgelegt, alle Fragen sollen mit den Praktikern eingehend besprochen werden, und auf Grund dieser Erfahrungen wird der endgültige Entwurf zustandekommen. Wenn allgemein die Auffassung besteht, daß schon Achtzehnjährige wählen sollen, wird die Regierung sich nicht dagegen stemmen. Die zweite Frage ist die, ob ein 20jähriger schon in den Betriebsrat gewählt werden kann. Der Entwurf sieht das 24. Lebensjahr vor. Ich bestände mich da in Uebereinstimmung mit allen Arbeitervertretungen, mit denen bisher über die Frage verhandelt wurde. Alle Arbeitervertreter haben erklärt, daß so weitgehende Rechte, wie der Einblick in alle Betriebsvorgänge, die doch schließlich geheimer Natur sind, nicht jedem jungen Menschen schon anvertraut werden können. Wohl kann jemand mit 20 Jahren politisch reif sein, aber zur Leitung eines Wirtschaftsbetriebs gehört doch mehr. Deshalb müssen verständige Leute gewählt werden.

Ueber solche Dinge kann man sehr wohl reden. Der Krebschaden in der Partei ist aber, daß Parteigenossen andere Auffassungen in Wansch und Bogen herunterreißen. Das führt zu der Stimmung in den Massen, daß alles unzulänglich ist und nichts Vernünftiges gemacht wird.

Lehnlich ist es mit der Parteipresse. Das „Hamburger Echo“ hat sich auf diesem Gebiete außerordentliches geleistet. Eine solche Art der Kritik ist nicht zu beanstanden.

Noch ein paar Worte zu der Frage bezüglich der Stellung zu den Gewerkschaften. Ein Redner sagte, es sei nicht richtig, daß die Betriebsräte gewissermaßen Organe der Gewerkschaften seien. Gegenwärtig trifft das nicht ganz zu. Aber der gesunde Zustand ist der, daß die Betriebsvertretung der Arbeiter sich als Organ der Gewerkschaften fühlt und danach handelt. Das ist ja die völlige Verwilderung aller Begriffe, die durch die syndikalistische und kommunistische Agitation hineingetragen ist: die breite Arbeitermasse glaubt, eine gewerkschaftliche Organisation hätte sie gar nicht nötig. Der Andrang in die Organisationen ist ungeheuer, aber trotzdem wird durch die Agitation der Kommunisten und Unabhängigen eine Gewerkschaftsfeindschaft großgezogen, die diese bedauerlichen Auffassungen hervorruft. Man ist der Meinung, durch das Räteystem habe man die Gewerkschaften längst überholt. Während der Monate nach der Revolution war es ja auch möglich, in wildem Aufsturm, häufig durch Terrorismus und Gewalttaten, den Unternehmer zu jedem Zugeständnis zu veranlassen. Wirtschaftliche Kämpfe wurden auf syndikalistischer Manier durch direkte Bedrohung mit Gewalttaten und selbst durch Razzien gegen Unternehmer durchgeführt. Parteigenossen, die deutsche Arbeiterschaft muß sich schämen, daß solche Dinge vorgekommen sind. Das ge-

reicht uns nicht zur Ehre und wir haben alle Kraft einzusetzen, um derartige Auffassungen und Praktiken unmöglich zu machen. Das kann nur durch die gewerkschaftliche und politische Erziehung geschehen. Man muß die Arbeiter lehren, wie wirtschaftliche Kämpfe zu führen sind, daß der Terrorismus, den sie gegen sich nicht haben wollen, auch gegen andere nicht geführt werden soll. (Zustimmung.)

Wir müssen also die Betriebsräte zu Einrichtungen der Gewerkschaften machen. Die Betriebsräte können unmöglich das Recht bekommen, nach eigenem Gutdünken für jeden Betrieb die Arbeits- und Lohnbedingungen festzusetzen; diese Regelung muß für die Gesamtindustrie durch die Arbeiter- und Unternehmerorganisationen durchgeführt werden.

Wir können die jetzige Krankheit nur überwinden, wenn gerade die führenden Parteigenossen und unsere Parteiblätter aufrecht den Angriffen und unbilligen Forderungen von anderer Seite gegenüberstehen, wenn sie den Mut der Ueberzeugungstreue aufbringen. Daran fehlt es jetzt häufig gegenüber dem Geßrei und den Beschimpfungen von der anderen Seite. Da weichen viele zurück, machen immer neue Konzessionen und damit wird immer neue Verwirrung gestiftet. Wenn die Wogen noch so wild branden, wenn wirklich vorübergehend hunderttausend Arbeiter nach links abströmen, Parteigenossen, ich sage dennoch: wir dienen unserem Volke und wir dienen der Arbeiterklasse, wenn wir standhalten und den Arbeitern sagen: auf diese wilde Art geht es nicht. Es geht nur im geordneten Vormarsch durch eine geregelte Organisationsstätigkeit. Dadurch, daß wir uns wirtschaftliche und politische Kernkräfte und Fähigkeiten aneignen, haben wir im demokratischen Staat die Möglichkeit, auch die wirtschaftliche Macht in die Hand zu nehmen. Diese braucht nicht immer darin zu bestehen, daß wir jeden Betrieb enteignen, sondern wir können diese Macht auch durch die Gesetzgebung ausüben und können die Unternehmer dadurch enteignen, daß wir jeden übermäßigen Unternehmergewinn dem Privatunternehmer wegnehmen und ihn der Allgemeinheit, dem Reiche, zuführen.

Das sind doch Wege, die beachtlich sind.

Ich bitte Sie also dringend, gerade in bezug auf die jetzt bevorstehende gesetzgeberische Arbeit in den Organisationen der Arbeiter- und Wirtschaftsräte in größtem Umfange aufklärend zu wirken, damit diese Uebertreibungen, diese falschen Darstellungen, die von unabhängiger und kommunistischer Seite verbreitet werden, um politische Geschäfte zu machen, entgegengetreten wird. Es ist ja bezeichnend, daß gerade in der Angestelltenbewegung fast ausschließlich, soweit die Arbeitsgemeinschaft der freien Angestelltenverbände in Frage kommt, die Führer, die noch während des Krieges zum Wütertum gehörten, mit einem Wupp-Dick zu den Unabhängigen und Kommunisten übergesprungen sind. Und diese Leute haben jetzt die Masse der Angestellten hinter sich, die völlig unerschrocken sind, und denen nun die allerunglaublichsten Dinge aufgeschwatzt werden und die für Forderungen gewonnen werden, die niemals realisierbar sind. Diesem Treiben bitte ich, entgegenzutreten. Wenn Sie berücksichtigen, welche schwierige Position unsere Partei, die Regierung gegenüber diesen Treibern hat, dann sollte jeder Parteigenosse es sich dreimal überlegen, bevor er ohne gewissenhafte Prüfung die gleichen Angriffe erhebt. (Lebhafte Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Mitberichterstatler Cohen (Schlußwort): Zu den Ausführungen in der Diskussion ist nicht viel zu sagen. Ein paar Bemerkungen gegenüber dem Vertreter der Berliner, dem Genossen Ritter. Er war der Einzige, der behauptet hat, daß eine zweite Kammer ein Verstoß gegen die reine Demokratie sei. Einen Beweis hat er dafür nicht erbracht. Und wenn seine Beweisführung

ebenjo durchsicht gewesen wäre, wie die, die er angeführt hat, als er davon sprach, daß die Betriebsräte nicht die Organe der Gewerkschaften in den Betrieben sein dürfen, wäre sie nicht sehr viel wert gewesen. Gerade das ist einer der wichtigsten Punkte, an dem wir festhalten müssen, wenn wir nicht die Gewerkschaften kaputt machen wollen. Die Betriebsräte mögen noch so viele Rechte bekommen, aber sie dürfen praktisch nur als Organe der Gewerkschaftsbewegung arbeiten. Sonst kommen wir zu den unhaltbaren Zuständen, die Genosse Bauer mit Recht zurückgewiesen hat. Dann kommen wir zu Betriebsräte-egoismus und zu wilden Sozialisierungen. Wenn die Betriebsräte bisher diese Organe noch nicht waren, so lag das daran, weil Räte und Gewerkschaften sich noch nicht zusammengefunden hatten. Es wird aber kommen.

Genosse Bauer glaubt, es sei falsch, wenn man die Vertreter von Anspruchslosen in anderen Berufen in die Interessensvertretung hineinnehmen würde. Er hat vollständig recht. An der Stelle, wo es sich darum handelt, für die einzelnen Gewerbe neue Entwicklungsformen zu suchen, müssen vorerst nur die Vertreter des Gewerbes sitzen, weil sie die Dinge überschauen können. Aber er vergißt, daß es auch eine Stelle geben muß, die etwas über den reinen Interessensvertretungen steht, die in der Lage ist, die Rückwirkung auf andere Gewerbe und die gesamte Wirtschaft zu beurteilen. Das soll die Kammer der Arbeit sein.

Mit vielem, was der Genosse Bauer über Betriebsräte gesagt hat, bin ich einverstanden, aber mit seinen Schlussfolgerungen, mit der Kritik so ganz zurückhaltend zu sein, kann ich nicht übereinstimmen. Er sagt, wir müßten an den alten Ueberzeugungen festhalten. Das ist ganz richtig. Ich glaube, es gibt wenige, die sich selbst mit Kommunisten herumschlagen, wie ich. Es darf aber doch dieses Festhalten an der alten Ueberzeugung kein starres Festhalten sein. Wenn Hunderttausende von Arbeitern davonlaufen, so liegt das nicht allein an Schlagwortern, sondern dann hat es seinen guten Sinn. Jede Massenbewegung wird von einem berechtigten Kern getragen, und diesen Kern müssen wir herausfischen und unsere Anschauung danach revidieren.

Nun zur Stellung der zweiten berufsständischen Kammer. Genosse Ragenstein hat nicht recht, wenn er meint, daß die Kontrolle lediglich durch das Referendum ausgeübt werden könnte. Man muß das Volkreferendum so selten wie möglich anwenden, und zwar bei einfachen und klaren Fragen. Bei komplizierter Gesetzgebung ist das Volkreferendum unbrauchbar. Genosse Söllmann hat ähnliche Bedenken gehabt und gemeint, meine Beweisführung für die Notwendigkeit der berufsständischen Kammern sei die schlechteste gewesen. Er hat vielleicht insofern recht, als ich den mathematischen Beweis dafür, daß es gut gehen wird, nicht bringen, ebenso wenig wie er einen unbedingten Beweis bringen kann, daß es schlecht gehen wird, wenn die beiden Kammern da sind. Aber alle Erfahrungen mit zwei Kammern in den großen Demokratien sprechen dafür, daß es gut geht.

Glauben Sie denn, daß ein Wirtschaftsrat, dem Sie nur wirtschaftliche Befugnisse zuweisen, sich auf die Dauer damit begnügen würde? Er würde sich alle politischen Rechte erringen, aber unter so schweren aufreibenden Kämpfen, wie sie noch nicht dagewesen sind. Deshalb soll man das nicht vermeiden, den Gang der Entwicklung voraussehen und den Rätekammern heute schon politische Rechte geben? Die Allgewalt einer einzigen Kammer vermag den staatlichen Organismus leicht lahm legen. Es kann unter Umständen zu untractablen Zuständen führen. Wir brauchen eine Gegengewalt; infolge der sozialen Umwandlung muß diese auf eine andere Grundlage gestellt werden, als in den bürgerlichen Demokratien. Ich weiß nicht, warum wir mit

einer Fähigkeit an der Alleinseligmachenden einen Kammer festhalten, wie früher die Juncker an dem Dreiklassenparlament. Man muß doch den Grundfragen einer neuen Zeit Rechnung tragen, und ich glaube, daß noch einmal der Tag kommen wird, da die berufsständische Vertretung doch erstelt. Ich habe mir nicht eingebildet, daß auf dem sozialdemokratischen Parteitag etwa jetzt schon die Zustimmung zu dieser berufsständischen Kammer erfolgt, aber es ist noch nicht aller Tage Abend, und ich sehe schon, wie eine berufsständische Vertretung auch mit Hilfe der Sozialisten in Deutschland geschaffen wird. Über deshalb ist eine Auffassung nicht schlecht, weil der erste sozialdemokratische Parteitag, der sich damit beschäftigt, sie ablehnt. Also aus der Ablehnung brauchen Sie nicht, wie Genosse Kamann es tut, den Schluß zu ziehen, daß die Schattengebanten des Genossen Cohen verschüttet worden sind.

Genosse Kamann hat mir vorgeworfen, daß meine Vorschläge post festum gekommen seien. Es ist richtig, ich habe auf dem ersten Rätekongreß ein hohes Lied auf die Nationalversammlung gesungen. Ich bin heute noch der Meinung, daß sie an zentraler Stelle die Verfassung zu geben hätte und nicht etwa Rätekommission. Aber ich habe damals schon gesagt, daß die Arbeiterräte in Produktionskammern neu erstehen müßten. Genosse Kamann konnte auch wissen, daß ich Ende Januar in einer Sitzung des Zentralrats mit dem Charakter das vorgebracht habe, was ich heute sagte. Genosse Kamann mußte ferner wissen, daß, als der Zentralrat seine Proklamation an die Nationalversammlung erließ und man in vielen Kreisen der Meinung war, es dürfe von einer Verankerung der Räte in der Verfassung nicht die Rede sein, ich meine ganze Ueberzeugungskraft aufgeboden habe, um das durchzusetzen. Ich habe diese Ideen, wenn auch nicht in der Klarheit, so doch im Prinzip von vornherein verfochten. (Wels: Zur preussischen Landesversammlung haben Sie nicht gewählet!) O ja, ich habe nur nicht zu den Gemeinbewahnen gewählet; aber wenn man soviel zu tun hat, wie ich, dann ist es bei einer Wahl, wo Sozialdemokraten und Bürgerliche Abmachungen getroffen hatten, kein Unglück, wenn man gar nicht wählt.

Ich glaube, daß ich doch eine ganze Reihe von Bedenken gegen das alleinseligmachende Einamtersystem vorgebracht habe. Ob Sie diesen Bedenken Rechnung tragen, darauf kommt es nicht an. Eine Idee braucht längere Zeit, um sich durchzusetzen. Aber die Grundlagen, die die Genossen Ragenstein und Eingheimier ihren Richtlinien geben, scheinen mir kein richtiges Fundament zu sein. Mit Ratschlägen kann man nichts aufhalten, man muß Rechte haben. Nach diesen Richtlinien aber haben die Arbeiterräte keine Rechte, sondern immer nur die Möglichkeit, Ratschläge zu geben. Ich bitte Sie, auch wenn Sie sich meinem Antrag nicht anschließen sollten, sich nicht mit ein paar Nebenarbeiten darüber hinwegzusetzen, sondern zu Hause zu versuchen, darüber nachzudenken, ich bin sicher, daß Sie später darauf zurückkommen werden. (Wabro!)

Zu einer Erklärung erhält das Wort

Salomon-Franckfurt a. M.: Geschatten Sie mir eine kurze Erklärung. Ich würde vor Schluß der Debatte der nachfolgende Redner gewesen. Genosse Eingheimier befindet sich in einem Widerspruch zur Stellungnahme der Frankfurter Vertrauensleute. Wir haben am 9. November gefordert, in völliger Zusammengehörigkeit mit den Hamburger Parteifreunden, daß, wenn das Parlament ein Gesetz ablehnt, das der Zentralrat vorschlägt, der Reichsarbeiterrat das Recht haben soll, ein Referendum herbeizuführen.

Vorsitzender: Die Erklärung konnten Sie zwar abgeben, aber eine weitere Erläuterung und Begründung ist in diesem Stadium der Geschäfts-

führung nicht möglich. Wir begnügen uns mit der Erklärung, die ja zu Protokoll gegeben wird.

Dr. Singheimer (Schlußwort): Parteigenossen! Ich werde mich kurz fassen, weil ich der Ansicht bin, daß gewöhnlich Neues zu dem Thema nicht gesagt zu werden braucht. Ich möchte nur noch einmal unterstreichen, daß wir die „Kammer der Arbeit“ im Sinne der Errichtung einer berufständischen Kammer ablehnen müssen. Was Genosse C o h e n im einzelnen gegen meine Ausführungen vorgebracht hat, war in keiner Weise geeignet, sie zu erschüttern. Ich habe betont, daß die berufständische Kammer Hemmnungen bilde für die freie Entwicklung der politischen Demokratie. Genosse C o h e n hat mich vollständig mißverstanden. Ich sagte, es kann im Parlament eine sozialistische Mehrheit entstehen, die aktionsunfähig gemacht werden kann, weil wir in der Kammer der Arbeit in der Minderheit bleiben. Darauf erwidert C o h e n: Wir werden auch heute überstimmt. Das ist richtig, aber ich sagte ja gerade, daß, wenn wir die Mehrheit im Parlament errungen haben, wir also im Parlament nicht überstimmt werden können, eine berufständische Kammer es hindern wird, von dieser Mehrheit Gebrauch zu machen. Auf dieses Argument hat C o h e n eine Erwiderung nicht gefunden. Es ist ein merkwürdiges Zusammenreffen, daß nach einem Telegramm von heute die Deutschnationalen beschlossen haben, gelegentlich der Beratung über das Räteystem für eine berufständische parlamentarische Vertretung einzutreten. (Gör! hört!) Ich glaube nicht, daß eine politische Veranlassung vorliegt, Hand in Hand mit den Deutschnationalen die Idee der berufständischen Kammer zu vertreten. (Sehr gut!) Gewiß, die politische Demokratie braucht Kontrolle, auch das parlamentarische Regierungssystem. Die Kontrolle wird aber nicht herbeigeführt dadurch, daß man zu den beiden Kammern des Reichstags und Reichsrats noch eine dritte Kammer hinzubaut. Die beste Kontrolle liegt in der Demokratie selbst. Sie heißt, um an ein bekanntes Wort Lassalles anzuknüpfen, die Wunden, die sie selbst geschlagen. Demokratischer Geist, demokratischer Charakter, Selbstbewußtsein und Pflichtbewußtsein sind die besten inneren Kontrollen der Demokratie. Hüten wir uns davor, von äußerlichen Sicherungsmahregeln zu viel zu erwarten! Hüten wir uns vor allem davor, die Führer zu viel zu binden und zu kontrollieren. Das Führerproblem wird von neuem auch in der politischen Demokratie gestellt werden müssen. Das Wesen der Demokratie besteht darin, die besten Menschen, die das Vertrauen der Mehrheit haben, auf die Posten zu bringen, für die sie geeignet sind und ihnen dann Würde und Kraft zu lassen, selbständig und schöpferisch zu handeln. (Sehr richtig!) Unser Parteiprogramm war bisher ein Kampfprogramm für Erringung der Demokratie und des Sozialismus. Jetzt kommen die Probleme der Demokratie und des Sozialismus an uns heran. (Sehr gut!), und an diese neuen Probleme müssen wir mit voller Selbstkritik herangehen. Wir sind aus der Schlacht um Ideen in den Kampf um die organisatorischen Probleme eingetreten. Demokratie und Sozialismus sind keine Räume mehr, sie stehen als praktische Probleme vor uns. Die wirksamste Kontrolle, soweit sie äußerlich geschaffen werden kann, sehe ich für die demokratische Verwaltung in der Kontrolle von unten durch die Räte, wie ich dies in meinem Referat ausgeführt habe. Deswegen begrüße ich besonders die Ausführungen derjenigen Genossen, die den Standpunkt vertreten haben, daß die Arbeiterräte auch der Staatsregierung gegenüber nicht verschwinden dürfen, sondern bestehen bleiben müssen, um von unten herauf diese Kontrolle nach einem geordneten Verfahren und ohne daß die Einheit der staatlichen Verwaltung gefährdet wird, auszuüben. Natürlich können wir zwei Verwaltungsgruppen in einem Staat nicht haben, und es ist ausgeschlossen, daß die ver-

schiedenen Instanzen gegeneinander arbeiten. Aber der Weg ist möglich, daß mit bestimmt formulierten Kontrollrechten und bestimmten Instanzen die Arbeiterräte als Organe der sozialen Kontrolle von unten dem politischen Parlamentarismus gegenüber eingeschoben werden. (Zuruf: Und die kommunalen Arbeiterräte?) In diesem Sinne sind auch die kommunalen Arbeiterräte in der vollen Demokratie der Kommune anzuerkennen. Es kommt darauf an, daß diese Organe jederzeit Gelegenheit haben, sich über die Vorgänge in diesen Verwaltungsbezirken zu unterrichten und gegebenenfalls selbständig Beschwerden an bestimmten Stellen einzulegen. Ich bedaure sehr, daß durch den Erlaß der preussischen Regierung hier ein Niegel vorgehoben worden ist. (Sehr richtig!) Dieser Erlaß ist aus allem bürokratischen Geist heraus erfolgt. Ich hoffe, daß diese Entwicklung wieder zurückgedrängt werden kann und daß wir uns nicht von dem Schlagwort lenken lassen, daß mit der reinen politischen Demokratie alle politischen Freiheitsfragen gelöst seien. (Bravo!) Die Regierung von heute darf nie vergessen, daß sie ein Produkt der Revolution ist, daß sie hervorgegangen ist aus den Arbeiterräten. (Sehr gut!) Genosse C o h e n hat daran erinnert, daß die Regierung dem Gehalten der Arbeiterräte zu spät gegenübergetreten sei. Für mich hat diese Erinnerung nur geschichtliche Bedeutung. Aber ich gebe zu, daß es förderlicher gewesen wäre, die Regierung hätte rechtzeitig die großen bewegenden Grundgedanken der Rätebewegung erkannt. Dann wäre mancher Konflikt vermieden worden. (Sehr richtig!) Die Regierung darf sich nicht immer vor vollendete Tatsachen stellen lassen. (Sehr richtig!) Das Wesen der Politik besteht darin, daß der Politiker etwas weiter sieht als die anderen und danach sein Handeln einrichtet. Die Hauptsache heute ist, daß wir auch zur rechten Zeit die Führung in der Rätebewegung übernehmen können. Wir können und müssen die organisatorischen Fragen lösen, die diese Bewegung aufgeworfen hat. Wir scheitern die Hauptbedeutung unserer heutigen Diskussion darin zu liegen, daß die Partei gezeigt hat, daß sie fähig und willens ist, das Räteystem mit organisatorischem Sinn anzupacken und es in lebendiger Entwicklung zielbewußt zur Lösung zu bringen. Wir sehen jetzt die festen Umrisse, in denen der Rätegedanke bewirkt werden kann, und wir sehen vor allem, daß wir keine Grundzüge aufgeben müssen, um den neuen Bedürfnissen gerecht zu werden und mitzubauen an einer neuen Organisation der wirtschaftlichen Kräfte. Für uns ist die Erkenntnis wichtig, daß das Räteystem die Demokratie nicht ausschließt, sondern ergänzt, ja sie erst zu wahrhaftem Leben bringt. Damit haben wir hoffentlich endgültig den Widerstand mancher Kreise in unseren Reihen gebrochen, der darauf zurückzuführen ist, daß man glaubte, das Räteystem sei nur zu verwirklichen durch Aufgabe des demokratischen Grundgedankens. Räte und Parlament, Wirtschaftsdemokratie und politische Demokratie — so heißt die lebensmögliche Verbindung, die aus dem einen sozialistischen Willen hervorgeht.

Ich würde es begrüßen, wenn Sie nicht nur die Leitätze, die ich gestellt habe, sondern auch die Leitätze, die Genosse R a g e n s t e i n vorgelegt hat, dem Parteivorstand und dem Fraktionsvorstand überweisen wollten. Genosse B a u e r hat meines Erachtens richtig gesagt: Wir können zu allen Einzelheiten heute nicht beschließend Stellung nehmen. Auf Grund der beiden Leitätze können im einzelnen die Richtlinien gewonnen werden, die für uns maßgebend sein sollen. R a g e n s t e i n führt, wie mir scheint, im einzelnen ur näher aus, was im Grundgedanken in meinen Leitätzen bereits enthalten ist. Den Antrag, der auf die Abhaltung von Unterrichtskursen für Mitglieder der Betriebsräte gerichtet ist, möchte ich auf das wärmste unterstützen.

Zum Schluß gehe ich noch auf die Bemerkung ein, die mein Frankfurter Genosse Salomon gemacht hat. Ich bin nicht dafür, daß, wenn ein Initiativantrag des Reichswirtschaftsrats durch das Parlament abgelehnt wird, eine Volksabstimmung herbeigeführt werden muß. Volksabstimmungen auf wirtschaftlichem Gebiet haben, wie manche Beispiele zeigen, große Gefahren. Wenn aber ein ganz dringendes Bedürfnis nach einer solchen Volksabstimmung besteht, so genügen meines Erachtens die Vorschriften des Verfassungsentwurfs über die Herbeiführung eines Referendums, die allgemein für alle Volksteile gelten. Der Reichswirtschaftsrat oder die in ihm vertretene Arbeiterchaft wird leicht in der Lage sein, die zur Herbeiführung eines solchen Referendums erforderliche Stimmenzahl aufzubringen, wenn dies für nötig erachtet wird. Deswegen brauchen wir keine zwingende Vorschrift für den Fall des Widerspruchs zwischen Reichswirtschaftsrat und Parlament in dem Sinne, wie sie Genosse Salomon forderte. (Beifall.)

In der Abstimmung wird darauf folgender Antrag angenommen:

Der Parteitag erklärt sich mit den Leitfäden der Genossen Dr. Singerheimer und Kagenstein einverstanden und beauftragt den Parteivorstand, im Sinne dieser Leitfäden für eine umfassende Aufklärung zu sorgen und die weitere Entwicklung des Mitgedankens zu fördern.

Resolution 199 wird gegen eine Stimme abgelehnt.

Damit sind die Anträge 182, 184, 190 und 196 und Resolutionen Nr. 201 und 228 erledigt.

Die Resolution Niemeyer (Seite 439) wird abgelehnt.

Der Antrag Raß (Seite 442) wird angenommen.

Die beiden Anträge, die Referate zu drucken, werden dem Parteivorstand überwiesen.

In den Zentralbildungsausschuß wählt der Parteitag auf Vorschlag des Vorsitzenden folgende Mitglieder: Genossin Pohn-Schuch, Professor Cunow, Franz Diederich-Berlin, Heimann-Berlin, Korn-Berlin, Heinrich Schulz, Senze-Hamburg, Löbe-Breslau, Schred-Wiesefeld.

Die Wahl des Ortes für den nächsten Parteitag wird dem Parteivorstand übertragen.

Die Anträge 161 und 278 werden nicht ausreichend unterstützt.

Ein handschriftlich vorliegender Antrag, der besondere organisatorische Maßnahmen für Hohenzollern wünscht, wird auf Vorschlag des Vorsitzenden Heinrich Schulz dem Parteivorstand überwiesen.

Anträge 192 und 171 werden mit großer Mehrheit angenommen.

Der Antrag 173 wird auf Vorschlag des Vorsitzenden in folgender Form angenommen:

Unsere Genossen in den Gemeindeverwaltungen sind aufzufordern, für die Beschaffung von Schrebergartenstellen für die minderbemittelten Bewohner der Städte zu wirken.

Antrag 238 wird mit großer Mehrheit dem Parteivorstand überwiesen.

Zu Antrag 270 wird der im Einverständnis mit dem Antragsteller gemachte Vorschlag, den Antrag dem Parteiausschuß zur weiteren Beratung und Erledigung zu überweisen, zum Beschluß erhoben.

Der Vorschlag, die drei zusammengehörigen Anträge 102, 163 und 271 dem Parteivorstand zu überweisen, wird nach Ablehnung eines Antrags Sach, diese drei Anträge abzulehnen, mit großer Mehrheit angenommen.

Die Anträge 259 und 276 werden nach genügender Unterstützung mit großer Mehrheit angenommen.

Antrag 267 wird mit großer Mehrheit zum Beschluß erhoben.

Antrag 261 wird einstimmig angenommen.

Damit sind sämtliche Vorlagen und Anträge erledigt.

Schäfer-Würzburg (zur Geschäftsordnung): Die Reichswehr macht uns soviel Schwierigkeiten, daß wir zu dem Fall, der sich in Graubünden ereignet hat, in bestimmter Form Stellung nehmen müssen. Ich habe inselgedessen einen Antrag auf dem Bureau eingereicht, der noch zu erledigen ist.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Der Antrag ist bei dem Punkt über die Freiwilligenkorps mit erledigt worden. Es ist unmöglich, jetzt auf die Angelegenheit zurückzukommen. Ich darf wohl als Meinung des Parteitags aussprechen, daß die Reichsregierung, in erster Linie der Reichswehrminister Koste, alles tun werden, was zur Sühne dieses Falles geschehen muß. Ich betrachte damit auch diesen Antrag als erledigt.

Wir stehen am Ende unserer Tagung, gestatten Sie mir noch ein kurzes Schlußwort.

Als wir am Dienstag hier zusammentraten, konnte sich mancher einer heimlichen Sorge nicht erwehren, wenn auch zunächst nur wegen der mehr äußerlichen Frage, ob wir einen ungestörten Verlauf des Parteitags haben würden oder ob in der Entscheidung begriffene wichtige politische Vorgänge unsere Tagung unterbrechen könnten. Diese Sorge hat sich erfreulicherweise als unbegründet herausgestellt. Wir konnten unsere Verhandlungen ohne Unterbrechung zu Ende führen, lediglich geleitet von dem Wunsch nach strenger, konzentrierter Erledigung unserer Aufgaben. Wir haben in den 5 Tagen eine Fülle von Arbeiten bewältigt und eine Reihe wertvoller Berichte und gedankenreicher Vorträge gehört. Dazu kamen die ergänzenden und klärenden Aussprachen, die uns in allen Fällen zu einseitigen Entscheidungen führten und mehr als einmal reifliche Einmütigkeit des Parteitags ergaben. Auch der bedrängenden Flut von Anträgen sind wir Herr geworden. Nicht jeder Antrag konnte einzeln besprochen werden, aber er hat doch seinen Zweck nicht verfehlt, er ist durch sein bloßes Dasein in das Bewußtsein des Parteitags gedrungen und hat dadurch mehr oder weniger unsere Entscheidung beeinflusst.

Aber abgesehen von dieser Sorge um den äußeren Verlauf hat manchen unter uns auch wohl die ernstere Frage bewegt, ob der Parteitag seine Arbeiten ohne bedenkliche Störungen zu Ende führen könnte, die aus der ungeheuren Erregung unseres gesamten politischen Lebens leicht hätten herauswachsen können. Es war unser erster Parteitag seit der Revolution. Wenn wir von dem unter den Erschwernissen des Krieges abgehaltenen Würzburger Parteitag absehen, so war es der erste Parteitag seit 1913, also seit 6 Jahren. Welche gewaltigen Veränderungen haben sich in diesen 6 Jahren vollzogen! Die ganze Welt hat sich seitdem grundstürzend verändert. Wir stehen seitdem mitten in der Weltrevolution. Der Krieg war bereits Revolution, er war die gewalttätige Liquidation der Weltperiode des Kapitalismus. Aus dem Winter dieses Krieges und aus den Trümmern der zusammenbrechenden alten Welt aber erhob sich der Sozialismus als der Bringer des Weltfriedens, als der Erlöser der Menschheit von der jahrhundertelangen Anarchie durch den Kapitalismus und seinen Helfershelfer, den Militarismus.

Genossinnen und Genossen! Vielleicht sehen wir alle den Ereignissen noch zu nahe, um genügend zu würdigen, welche ungeheure weltgeschichtliche Be-

deutung die letzten Jahre der Vergangenheit und auch die nächsten Jahre der Zukunft besitzen. Aber wenn wir wirkliche Revolutionäre im Sinne von Karl Marx und nicht nur Putschisten im Geugabelfinn sein wollen, so haben wir Sozialdemokraten die Verpflichtung, die Weltereignisse von diesem höheren historischen Standpunkt aus und mit weitem Blick in die Zukunft zu überschauen und gestalten zu helfen. (Sehr richtig!) Wohl machen die Verhältnisse den Menschen, und darum ist es naiv, wenn einzelne glauben, die Revolution sei ihr Werk. Aber nach unserer materialistischen Geschichtsauffassung gestalten auch die Menschen die Verhältnisse. Gerade darum sind wir ja eine sozialdemokratische Partei, eine Zusammenfassung von Menschen, die gemeinsam wirken und gestalten wollen. Darum sind wir jahrzehntelang in der Vorbereitung der Ereignisse, die sich jetzt abgespielt haben, tätig gewesen. Genossen, auch die bescheidene kleine Arbeit früherer Jahre war ebenso wie die große Arbeit früherer Parteitage im historischen Sinne Vorbereitung der revolutionären Ereignisse, die wir jetzt durchlebt haben und durchleben.

Und darum sind wir am 9. November, als die Zeit erfüllt war, als Sozialdemokratische Partei tätig gewesen und haben unseren organisierten Einfluß zur Geltung gebracht, damit die Revolution weder erstickt noch erzwängt werde, damit sie aber auch nicht durch den Fanatismus ungezügelter oder unklarer Revolutionäre zu Fall gebracht werde, sondern damit die große revolutionäre Bewegung ihren segensbringenden Lauf nehmen und ihr Werk erfüllen bis zu Ende, zum Heile der Menschheit. Und, Parteigenossen und -genossinnen, diesem Zweck hat auch der diesmalige Parteitag dienen sollen, und ich glaube, wir dürfen sagen, er hat diesem Zwecke gedient.

Im Geschäftsbericht des Parteivorstandes haben Sie, unter Einbeziehung des Scheidemannschen Referats über die Arbeit in der Republik, das Gesamtgebiet der Politik unserer Zeit erörtert. Wir haben Krieg und Revolution in ihren Ursachen und Wirkungen zum Gegenstand unserer Besprechungen gemacht. Wir haben uns über die Errichtung des Weltfriedens ausgesprochen, wir haben uns aber auch ausgesprochen über die Wiederaufrichtung unseres eigenen unglücklichen und doch von uns allen so geliebten deutschen Volkes. Wie Fideleio unbekannt und unerkannt dient, um ihren geliebten Gatten zu befreien und wie sie erst alle Masken fallen läßt, als der Mordbube den Stahl auf das Herz des Geliebten rückt, so haben die deutschen Arbeiter jahrzehntelang unerkannt und verkannt um ihre deutsches Land, um ihre deutsches Volk gedient und gelitten. Und auch sie, die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen, sie enthüllen erst jetzt in der Stunde der größten Gefahr wie Fideleio ihres Wesens besten und letzten Kern, als die vereinte Macht siegestrunder Gewalttäter Deutschland das Messer an die Kehle setzt. Jetzt sind es in erster Linie die deutschen Arbeiter, die sozialdemokratisch erzogenen deutschen Arbeiter im Osten und Westen, im Norden und Süden, die für das bedrohte und gefährdete deutsche Land in die Bresche springen. Ohne die deutschen Arbeiter, ohne die deutsche Sozialdemokratie kein Deutschland, in dem zu leben und für das zu wirken sich überhaupt lohnt. (Beifall.)

Darin liegt die große historische Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie, der wir, wie ich glaube, auch auf diesem Parteitag treu gedient haben. Aber wir haben es nicht nur um Deutschlands willen getan, sondern im Sinne Friedrichs, der ein Patriot war, weil er ein Revolutionär war, der ein freies Deutschland wollte, um mit ihm als Werkzeug, als Mittel der Freiheit überhaupt zu dienen. So kämpfen und streiten wir Sozialdemokraten für ein freies Deutschland, weil wir nur durch den Sozialismus dienen können. Nur im freien Deutschland, das seine Gesetze selbst bestimmt, kann die Demokratie fest gegründet werden wie ein Felsen von Erz. Das ist immer und

immer wieder durch unsere Debatten hindurchgegangen, und darum haben wir auch so großen Wert auf die Nationalversammlung und auf die Mitarbeit unserer Parteigenossen in der deutschen Nationalversammlung gelegt.

Nur in einem freien Deutschland können auch die Fundamente einer sozialistischen Wirtschaftsordnung gelegt werden, wie sie in der Sozialisierung bereits anzugehen und wie wir sie durch unsere Beratungen über die Rätefrage weiter gefördert zu haben glauben. Und endlich, Genossen und Genossinnen, nur von einem freien Deutschland aus können wir den sozialistischen Brüdern jenseits der Grenzen, der nationalen und der noch feindlichen die Hände reichen zum Bruderbund, zum gemeinsamen Kampf gegen die Reste kapitalistischer und militaristischer Herrschaft, die Hände reichen zum Wiederaufbau der Arbeit der Internationale, als der Bahnbrecherin und der zuverlässigsten Schützerin des wahren Völkerbundes, der da kommen muß und kommen wird.

Mögen die Verhandlungen unseres Parteitages diesen hohen Zielen genügt haben! Mögen sie den Widerstrebenden im Innern und den Zweifelnden und Zaudernden da draußen gezeigt haben: eine neue Zeit ist da, wir schmieden das Eisen, kommt und schmeidet es mit uns! Mögen sie auch unseren Parteigenossen im Lande die Herzen erwärmen, mögen sie in ihren Herzen neue Liebe, neue Begeisterung für die deutsche Sozialdemokratie entzündet haben! Lassen Sie uns alle diese Entdeckungen, die uns in diesem letzten Augenblick des Parteitages bewegen, zusammenfassen in dem Ruf: Die revolutionäre deutsche Sozialdemokratie als Glied des revolutionären internationalen Sozialismus — sie lebe hoch, hoch und noch einmal hoch! (Die Mitglieder des Parteitages stimmen in den Ruf ein und fangen im Anschluß daran stehend den ersten Vers der Arbeitermarxhymne.)

Der Parteitag ist geschlossen.

Schluß 12 Uhr 40 Minuten.

Bericht über die Frauenkonferenz der Sozial- demokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten am 15. und 16. Juni 1919 in Wetmar.

Erster Verhandlungstag.

Sonntag, den 15. Juni 1919.

Genossin Juchacz eröffnet die Frauenkonferenz um 8 Uhr 26 Minuten und begrüßt die Teilnehmer mit folgender Ansprache:

In diesem Jahre hat der Parteivorstand im Anschluß an den Parteitag wieder einmal eine Frauenkonferenz einberufen. Eine schwere Zeit liegt hinter uns, aber auch noch vor uns. Als Frauen befinden wir uns aber in einer Position, die vor Monaten noch von keiner Seite für möglich gehalten worden wäre. Wir sind nunmehr den Männern gleichberechtigt, sind politisch mündig geworden. Was wir jahrelang ohne die geringste Aussicht auf irgendwelchen Erfolg erstrebt haben, was unter dem alten Regiment niemals möglich schien, ist plötzlich über Nacht gekommen. Wir stehen neben den Männern mit gleichem Recht im politischen Leben, wir wirken mit an der Gestaltung der Verhältnisse unseres Landes. Was sich in einer kurzen Spanne Zeit zugetragen hat, was wir in den letzten Monaten erlebt haben, ist fast märchenhaft, wenn wir einen Rückblick in die Vergangenheit tun. Am Ehrenplatz in unserm Kreise sitzt die Genossin Waaber. Sie gehört zu denen, die für die Frauenrechte gekämpft und gerungen haben, als die Frauen noch gänzlich unmündig waren und nur durch das System der weiblichen Vertretungspersonen mit der sozialdemokratischen Partei Fühlung nehmen konnten, wie es unserer Weltanschauung entsprach. Unter solchen unwürdigen Umständen mußten wir arbeiten, bis im Jahre 1908 infolge des Drängens und Bohrens unserer Partei durch das neue Vereinsgesetz endlich die Schranken für unsere politische Betätigung fielen. Das Reichvereinsgesetz eröffnete uns die Möglichkeit zur politischen Organisation.

Damals wurde in der „Gleichheit“ mit Recht gesagt, daß den Frauen nunmehr eine leider nur stumpfe Waffe für ihren politischen Kampf in die Hand gegeben worden sei. Aber es wurde doch gleichzeitig dringend geraten, daß die Frauen diese Waffe mit aller Kraft für den Kampf zur Erweiterung ihrer politischen Rechte gebrauchen sollten. Um der Wahrheit willen muß man aber sagen, daß die Frauen diese Waffe nicht so schneidig geführt haben, daß das nunmehr errungene Wahlrecht als Erfolg ihrer Arbeit zu betrachten wäre. Das Wahlrecht ist uns geworden durch die Revolution des Volkes und durch die sozialdemokratische Partei. Sie kam durch die Revolution zur Macht und gab ihrer demokratischen Weltanschauung den reinsten Ausdruck durch die Schaffung der politischen Gleichberechtigung für Frauen und Männer.

Seit unserer Frauenkonferenz in Jena im Jahre 1911 ist der Ruf nach einer neuen Tagung der sozialdemokratischen Frauen nicht verstummt, der einer Unterbrechung manche angefangene Arbeit. Inzwischen konnte inbeffen nur einmal, im Juni 1917, als Notbehelf eine provisorische Frauenkonferenz nach Berlin einberufen werden. Die dort geleistete Arbeit war gut, sie gab uns die Richtlinien, die zu einer zielstrebigeren und klaren Arbeit anleiten.

Das so plötzlich gekommene neue Recht legt uns nun aber ganz besondere Pflichten für die Arbeit unter den Frauen, für die Partei, aber nicht zuletzt für die Interessen des ganzen Volkes auf. Unsere Frauenkonferenz muß dafür die geeigneten Grundlagen schaffen. In diesem Sinne begrüße ich Sie und erkläre die Frauenkonferenz für eröffnet.

Wir schreiten zunächst zur Konstituierung der Frauenkonferenz.

Als Vorsitzende werden gewählt Genossin Juchacz und Genossin v. y. n. e. d. Genossin Waaber nimmt als Ehrengast am Vorstandssitz Platz.

Zu Schriftführerinnen wählt die Frauenkonferenz die Genossinnen Schröder, Garder, Kurt und Arning. In die Mandatsprüfungskommission werden gewählt die Genossinnen Lohahl, Bauß, Reije, Hauke und Schilling.

Vorsitzende Genossin Juchacz: Zur Teilnahme an der Frauenkonferenz sind berechtigt die in den einzelnen Bezirken gewählten Delegierten, die weiblichen Parteitagsteilnehmer, die Delegierten der Landesversammlungen und die Mitglieder der verfassunggebenden Nationalversammlung; ferner die vom Parteivorstand gewonnenen Referentinnen. Gäste haben nur als Zuhörer das Recht der Teilnahme.

Nach längerer Aussprache wird beschlossen; auch männliche Parteitagsteilnehmer sind auf besonderen Wunsch vollberechtigte Mitglieder der Frauenkonferenz.

Vorsitzende Genossin Juchacz: Wir treten in die Tagesordnung ein. Sie lautet:

1. Die Aufgaben der sozialdemokratischen Frauenbewegung. Zu diesem Punkt sind als Referentinnen gestellt: Genossin Juchacz und Genossin Bohm-Schuch.

2. Frauenarbeit und Frauenschutz. Referentinnen Gertrud Hanna über Frauenarbeit und Adele Schreiber über Frauenschutz.

Zu dem letzten Referat liegt eine Beschwerde der Ortsgruppe Heilbronn vor, in der gefordert wird, die Genossin Bloss habe zu diesem Punkte ein Referat zu halten, weil sie auf dem letzten Parteitage einen entsprechenden Antrag gestellt habe. Es ist festzustellen, daß der Parteivorstand, wie üblich, die Tagesordnung beschloß und die Referenten bestellt hat. Dabei muß es bleiben. Kritik an diesen Maßnahmen kann in der Debatte geübt werden.

Die Frauenkonferenz schließt sich dem an.

Den Vorsitz übernimmt Genossin Hyned.

Genossin Juchacz hält ihr Referat über:

Die Aufgaben der sozialdemokratischen Frauenbewegung.

Seit der Revolution hat sich unsere Partei zahlenmäßig ganz außerordentlich entwickelt. Wenn Sie der gedruckten Tabelle des Mitgliederverzeichnis Ihre Aufmerksamkeit zuwenden, entsteht in Ihnen doch unwillkürlich die Frage: wie wollen wir den ungeheuren Zustrom an neuen weiblichen Parteimitgliedern in die Parteilätigkeit einführen, wie können wir den Erwartungen, mit denen sie zur Partei kommen, entsprechen? Zahlreiche neue Genossinnen sind schriftlich und persönlich an mich herangetreten mit der Frage: Was können wir für

die Frauenbewegung tun? Alle fühlen sich als Mitkämpferinnen und wollen als tätige Glieder in die Partei eingereiht werden.

Öppreußen z. B. hat im Jahre 1914 2120 weibliche Mitglieder in der Parteio rganisation gehabt. Das war schon ein Höhepunkt. Diese Zahl ist bis zum Jahre 1917 auf 58 zurückgegangen. Sie schnellte dann bis zum Jahre 1919 hoch auf 13 119. Schon diese eine Ziffer macht uns die Größe der uns harrenden Aufgaben klar. Das ganze Leid und die ganze Unzufriedenheit der verflochtenen Zeit prägt sich in dem Anwachsen unserer Frauenbewegung aus. Der Krieg hat den Frauen die Augen geöffnet. Aber sie stehen noch zu einem großen Teil ganz ungeschult und politisch unwissend da. Hier müssen wir aufklärend mit unserer Arbeit einsehen. Die Wahlzeit hat uns gezeigt, wie arm wir an geschulten Agitatorinnen sind. Es war bei der Wahl nicht möglich, das Land mit einer genügend großen Zahl von geschulten Referentinnen zu bescheiden, um allen armen, nach politischem Wissen hungernden Frauen das zu vermitteln, was sie brauchen.

Man könnte nach meinen Worten meinen, ich hiesse das Frauenwahlrecht für verfrüht. Das ist nicht der Fall. Die industrielle Frauenarbeit hat die Frauen sehend und heilhörig gemacht. Aus der Enge der Häuslichkeit traten sie nun auf einmal als verantwortungsvolle Menschen in das Leben. Die Zeit war längst reif für das Frauenwahlrecht, durch die politische Gleichberechtigung wird die weitere Schulung dieser großen Frauenmassen überhaupt erst möglich. Im Jahre 1917 haben wir uns auf der Frauenkonferenz zu einem großen Wahlrechtskampf auf der ganzen Linie gerüstet. Es wurde uns auf dieser Konferenz klar, daß die Arbeit für die Gleichberechtigung der Frauen zum Teil in den Zeitströmungen untergeht, wenn sie sich nur innerhalb der eigenen Partei abspielt. Es ist uns gezeigt worden, daß wir mit den Frauen der bürgerlichen Frauenstimmrechtsvereine zusammengehen müßten, damit die öffentliche Meinung sich gewohnheitsgemäß mit den Frauenforderungen beschäftigen muß. Ich gebe nicht fehl in der Annahme, daß eine große Zahl unserer Genossinnen damals mit dem Gefühl der Ungerechtigkeit und der Nichtbefriedigung auseinanderging, weil der früher von unseren Führerinnen immer abgewiesene Gedanke nicht mehr zur Debatte gestellt werden konnte. Aber in der Folge ist doch hier und da der vorgezeichnete Weg beschritten worden, um das Verlangen eines großen Teils der Frauen nach der Gleichberechtigung in politischen Leben öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Wir haben bis zur Revolution in Berlin und in den großen Städten des Reiches ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Frauenvereinen in der Wahlrechtsfrage gehabt. Am 4. November 1918 sagte der Genosse Hermann Müller in einer solchen Versammlung, daß wohl wenige der im Saale anwesenden Frauen das Frauenwahlrecht nicht erleben würden. Es war 5 Tage vor der Revolution. Die dort Anwesenden haben wohl alle den Sieg des Frauenwahlrechts erlebt.

Heute haben wir diesen gemeinsamen Kampf mit den bürgerlichen Frauen nicht mehr nötig. Wir können das nur begrüßen. Sie werden sicher alle wissen, daß dieses Zusammengehen mit den bürgerlichen Frauenvereinen für die aktiv Beteiligten nicht gerade zu den Unnehmlichkeiten gehörte. Das Zusammenbringen widerstrebbender Elemente verlangte Konzessionen, zu denen wir uns nur widerstrebend durchringen konnten. Aber trotzdem kann ich sagen, daß diese Arbeit nicht vergeblich war.

Ähnlich so ist es auf anderen politischen Gebieten gewesen. So sind wir z. B. gemeinsam gegen die ganz unmoralischen Gesekentwürfe auf dem Gebiete der Bevölkerungspolitik vorgegangen. Diese Art des Zusammenarbeitens wird sich auch in Zukunft noch sehr oft als notwendig erweisen.

Das können wir tun, um die Genossinnen zu schulen, um ihnen das feste Gefühl der Parteigehörigkeit beizubringen? Wie pflegen wir am besten die Frauenbewegung? Aber vorher noch eine Frage: Ist es nicht ganz unlogisch, daß die Frauen, die schon seit Jahrzehnten in der Partei als gleichberechtigt galten, jetzt noch besondere Interessen haben? Ich antworte darauf: Wir müssen die Frauenagitation schon deshalb besonders betreiben, weil durch die Gleichberechtigung beider Teile im öffentlichen Leben die psychologischen Verschiedenheiten zwischen den Geschlechtern durchaus nicht aus der Welt geschafft sind (Sehr richtig!), weil die Frauen doch Interessen haben, die wohl alle die Allgemeinheit angehen, aber die Männer im allgemeinen nicht so stark interessieren, und weil umgekehrt ein großer Teil der Frauen trotz der politischen Gleichberechtigung auch in nächster Zukunft nicht das Interesse für die große Politik haben wird, wie es vielleicht wünschenswert wäre. Was würde überhaupt die politische Gleichberechtigung für unser ganzes öffentliches Leben bedeuten, wenn die Frauen nur die Zahl der Wähler vermehren? Die Frau muß in die Politik hineinwachsen, damit das ganze politische Leben durch die Teilnahme der Frau bereichert wird. Dann müssen wir aber mit Notwendigkeit zu den Konsequenzen kommen, die mit der Bejahung dieser Frage zusammenhängen. Wie Sozialdemokratinnen sind gewöhnt, neben den Männern zu arbeiten. Deshalb fällt es uns leicht, uns bei allen unseren besonderen Frauenbestrebungen in den Rahmen der Partei einzugliedern. Gines stelle ich als feststehenden Grundsatz voran: wir dürfen auch nicht einen Moment vergeffen, daß wir unsere Interessen im Rahmen der Parteio rganisation zu vertreten haben. (Lebhafte Zustimmung.) Eine Sonderorganisation dürfen wir Frauen nicht bilden. Aber wir müssen uns die Grundlagen schaffen, mit Unterstützung und Hilfe der Gesamtpartei zu den von uns verfolgten Zielen zu gelangen.

Es ist selbstverständlich, daß die Frauen an der Parteileitung teilnehmen in allen Körperschaften, die innerhalb der Gesamtbewegung geschaffen werden. Das ist ja bisher zum Teil schon geschehen, aber wohl noch nicht in genügendem Maße. Infolgedessen ist oftmals Mißstimmung entstanden. Die Genossinnen haben gemeint, daß sie doch noch nicht für voll angesehen werden. Aus meiner eigenen Erfahrung kann ich sagen, daß diese Mißstimmung nur zu einem Teil berechtigt ist, und daß es oft genug auch an den Frauen selbst gelegen hat. Jede Frau kann sich im Parteileben auf Grund ihrer Persönlichkeit die Stellung schaffen, zu der sie fähig ist. Gewiß, es ist auch begreiflich, daß die Frauen, die noch nicht im politischen Leben gestanden haben, sich zunächst zurückhalten, und weiter, daß die Männer noch nicht so sehr daran gewöhnt sind, mit den Frauen zusammenzuarbeiten. Das wird aber in Zukunft anders werden, da die Partei schon aus Selbsterhaltungstrieb bei der Befestigung der leitenden Posten auf die Frauen Rücksicht nehmen wird. Was nun die besondere Tätigkeit der Frauen in den Vorständen betrifft, so soll sie in erster Linie bestrebt sein, ihre Ideen zur Förderung der Frauenbewegung in die Tat umzusetzen. Dafür kommt es durchaus nicht auf die Zahl an, sondern darauf, daß Genossinnen vorhanden sind, die das besondere Ziel verfolgen, für die Frauenbewegung zu arbeiten.

Nur im gegenseitigen Gedankenaustausch werden neue Ideen geboren und erhalten diese neuen Ideen eine feste realisierbare Form. Deshalb ist es Pflicht der Genossinnen in den Vorständen, sich Mitarbeiterinnen zu suchen. Hier ist in unserer Frauenbewegung auch heute noch eine Schwäche vorhanden. Die einzelnen Genossinnen glauben noch immer, alles allein für die Bewe-

gang tun zu müssen; sie vergessen, täglich und stündlich Umchau nach Städten zu halten, mit denen sie die Arbeit teilen können. Wenn sich bei dieser Suche nach Mitarbeiterinnen besondere Frauengruppen bilden, die — wie es sich während des Krieges herausgebildet hat — in Ernährungsausschüssen, Kommunalpolitischen Ausschüssen, Sozialkommissionen usw. arbeiten, so braucht man deshalb noch nicht zu fürchten, daß sich da nun besondere Organisationen entwickeln. Es kommt nur darauf an, und das müssen wir uns immer wieder sagen, daß die Genossinnen nach dem Grundsatz arbeiten: wir gehören zur Gesamtpartei und sind ihr mit unserem Tun stets verantwortlich.

Es hat sich im Laufe der Jahre ein Wunsch herausgestellt, der immer wiederholt wird und der auch auf dem Parteitag wieder zum Ausdruck gekommen ist; die Frauen möchten überall in den Bezirken eine Genossin haben, die wirtschaftlich frei ist, die von der Partei als Sekretärin angestellt ist, um die Frauenbewegung zu steuern. Diese Wünsche sind berechtigt, und wir werden sie, wenn wir zielbewußt arbeiten, auch dort erreichen, wo die Vorbedingungen vorhanden sind. Bis jetzt hat die Partei sich auch aus finanziellen Gründen noch nicht damit befassen können, je mehr Frauen wir in die Partei hineinbringen, um so größere Ansprüche werden wir auch materiell erheben können. Es hat sich aber in letzter Zeit herausgestellt, daß selbst dort, wo die Notwendigkeit zur Erfüllung dieses Wunsches dringend wurde, doch Schwierigkeiten insofern entstanden sind, als sich gar keine Genossinnen gefunden haben, die die nötigen Qualitäten für ein solches Amt mitbrachten. Die Arbeiterschaft ist ein sehr kritischer Arbeitgeber, und sie stellt auch an die Frauen ungeheuer hohe Ansprüche. (Zustimmung.) Die Frauen ihrerseits haben den Ehrgeiz, in ihrem Bezirk die allerbesten Genossinnen anzustellen, und die einzelnen Frauen nehmen auch nicht so leicht die Verantwortlichkeit auf sich, die mit einer solchen Stellung verknüpft ist. Die Schlussfolgerung ist, daß wir Genossinnen, die sich betätigen, auf ihre Brauchbarkeit hin ansehen, und daß wir dann alles möglich machen, um einem solchen befähigten Menschenkind zur nötigen Ausbildung zu helfen. Diese Frauen brauchen keine Parteischule zu besuchen, sie müssen aber die Möglichkeit haben, Zeitungen zu lesen und unsere gesamte Frauenliteratur insofern zu verfolgen, sie müssen in der Agitation als Rednerinnen beschäftigt werden.

Sehr häufig bekomme ich ganz laionische Aufforderungen: schicken Sie mir Material für die Agitation. Ich muß darauf immer wieder antworten: Für die allgemeine Agitation muß sich jeder selber Material sammeln. Jeder, der reden will, muß mit seinem Agitationsmaterial innertlich verwachsen sein. (Zustimmung.) Zu dem, was man in den Zeitungen findet, holt man sich aus den zur Verfügung stehenden literarischen Quellen, Parteibibliotheken und Parteischriften das Geeignete zusammen. Der Redner muß auch in der Lage sein, etwas Eigenes zu geben, nur das kann dann für die Werbe- und Aufklärungsarbeit wirkungsvoll angewandt werden. (Zustimmung.) Wir dürfen keine Phonographen ins Land hincarschieben (lebhaft Zustimmung), sondern müssen mit eisernem Willen lernen an uns selbst zu arbeiten und uns durch unermüdete Übung fähig machen, unsere Werbereden aus uns heraus zu schaffen. Nur dann können wir darauf rechnen, daß unsere Arbeit wirkungsvoll und erfolgreich sein wird. (lebhaft Zustimmung.) Etwas ganz anderes ist es mit Wünschen um Sondermaterial. Gardest es sich um ein Spezialgebiet, dann sind Anfragen bei mir über die einschlägige Literatur durchaus angebracht, dann ist es auch möglich, zweckentsprechendes Material anzugeben. Auf solche Anfragen werde ich gern ein-

gehen. Einige Worte über den Verkehr mit dem Frauenbureau des Parteivorstandes. Im Parteivorstand hat jeder sein bestimmtes Arbeitsgebiet. Sie brauchen keinen bestimmten Namen bei Ihren Einfendungen anzugeben, wenn nur der Hinweis auf die Frauenbewegung in Ihren Briefen enthalten ist, dann kommen sie ganz von selbst zu mir. Nach der Konferenz im Jahre 1917 hatte ich auf einen lebhaften Meinungsaustausch zwischen den Führerinnen im Lande und mir gerechnet. Leider habe ich mich getäuscht. Ich habe wohl eine Anzahl Briefe erhalten, aber sie gingen alle von Frauen aus, die aus leidenschaftlichem Drang wissen wollten, wie sie sich im Interesse des Sozialismus betätigen könnten, welche Kurse für ihre Weiterbildung geeignet sei usw. Die Parteifunktionärinnen halten sich leider sehr zurück. Wenn Sie das, zeigen Sie Ihr Interesse an der Partei auch durch Beiträge für die „Gleichheit“. Lassen Sie uns eifern an uns arbeiten und immer zur vollsten Pflichterfüllung für unsere große Bewegung bereit sein.

Einige praktische Winke zur Pflege der Frauenbewegung. Wenn wir auf besondere Versammlungen und Zusammenkünfte für Frauen auch nicht verzichten können, müssen wir doch immer wieder besonders eindringlich darauf hinwirken, daß die allgemeinen Parteiveranstaltungen besucht werden, dienen doch diese erst dem von uns gewünschten Aufklärungszweck. (lebhaft Zustimmung.) Deshalb dürfen wir eine planmäßige Propaganda, in der wir in den Mitgliedern ein Gefühl der Selbstverantwortlichkeit für die Wichtigkeit des Besuches der Parteiveranstaltungen usw. wecken, nicht einschleifen lassen. Nur in diesem Falle erreichen wir, daß die Genossinnen in die Partei hineinwachsen. (lebhaft Zustimmung.)

Nach meinen Beobachtungen haben während der Wahlzeit die Rednerinnen mehr in allgemeinen Volksversammlungen gesprochen. Meine Frauenversammlungen fanden weniger statt. Das ist gut, weil es unserer Stellung als gleichberechtigte Wählerin entspricht. (lebhaft Zustimmung.) Ich für meine Person spreche übrigens lieber in gemischten, also von Männern und Frauen besuchten Versammlungen. (lebhaft Zustimmung.) Dort hat man einen viel besseren Resonanzboden, auch die Teilnehmerinnen haben dort mehr Gewinn.

Während der Wahlzeit mußten wir aber auch feststellen, daß wir viel zu wenig geschulte Rednerinnen haben. Das ist kein Wunder. Die Parteispaltung hat uns vieler Kräfte beraubt, und in fünf langen Jahren fehlte die Möglichkeit, den jungen Nachwuchs heranzubilden. Wo für die lern-eifrigen Genossinnen keine Gelegenheit besteht, sich zur Rednerin zu schulen und zugleich dabei in die Lehren des Sozialismus einzubringen, müssen wir Rednerinnenkurse einrichten, wie wir sie auch schon vor dem Kriege mit Erfolg eingeführt hatten.

Selbstverständlich werden wir auch in Zukunft zur Gewinnung von weiblichen Mitgliedern wieder planmäßige Hausagitation betreiben. Im Augenblick besteht aber die größere Notwendigkeit darin, die neugewonnenen Mitglieder zu wirklichen Genossinnen zu erziehen. Deshalb behandle ich diesen Punkt heute nicht besonders. Zur Schulung dienen uns die Frauenabende und die Frauenleseabende. Ich mache mit Absicht diesen sprachlichen Unterschied. Ich erinnere mich gern unserer früheren Lesende, in denen wir in wöchentlichen Zusammenkünften das Parteiprogramm und unsere grundlegende Parteiliteratur durchgearbeitet haben. Manche unserer besten Agitatorinnen sind aus diesen Lesenden hervorgegangen. Wo es irgend geht, sollen wir sie auch wieder einrichten und fördern. Doch mache ich darauf aufmerksam, daß der Teilnehmerkreis immer klein sein wird. Es ist schwerer, viermal im Monat einen Punkt des Parteiprogramms systema-

tisch zu erörtern, als einen Vortrag zu hören und dann darüber eine Aussprache abzuhalten. Diese Form der Schulung findet bei den Frauenabenden statt, die alle vierzehn Tage veranstaltet werden und einem größeren Frauenkreise zugänglich gemacht werden können.

Die Partei wird in der nächsten Zeit wieder Bildungsmöglichkeiten in großem Umfange schaffen. Außer der Einrichtung von Rednerkursen sind u. a. auch kommunalpolitische Kurse notwendig. (Lebhafte Beifall.) Aufgabe der Funktionärinnen ist es, die Genossinnen zur Teilnahme zu bewegen, die jenseitige Notwendigkeit besteht für den Besuch der Volkshochschulkurse.

In der Ausbildung für praktische kommunalpolitische und soziale Berufsarbeit sind uns die bürgerlichen Frauen weit voran. (Lebhafte Zustimmung.) Wir verkennen nicht, daß zahlreiche bürgerliche Frauen auf sozialem Gebiete Vortreffliches geleistet haben, die sich hineingefunden haben in das Empfinden der Arbeiter und die Bedürfnisse der industriellen Frauenarbeit. Es gibt aber auch zahlreiche sozial tätige bürgerliche Frauen, die hineingepöppelt worden sind in Berufe, für die man geboren sein muß.

Diese Frauen haben in der Regel die bessere Schulbildung voraus. Soziale Frauenschulen, Wohlfahrtskassen und Frauenhochschulen wurden von Stadtverwaltungen und Frauenvereinen ins Leben gerufen. Der Besuch dieser Schulen wird fast immer von der Abzweigungsbildung und einer praktischen Vorbildung in Kranken-, Säuglingspflege und dergleichen abhängig gemacht. Wir können ruhig anerkennen, daß viele dieser Frauen, die mit starker Befähigung zu diesem Beruf kommen, Tüchtiges leisten. Das sind die mit einem angeborenen, gesunden sozialen Gefühl ausgestatteten Frauen, die zu hochwertigen sozialen Leistungen befähigt sind. Aber dieser schöne Beruf ist auch mit einer großen Zahl ganz unfähiger Personen belastet, die ohne inneren Drang zum sozialen Beruf nicht das nötige Verständnis für die sozialen Bedürfnisse der modernen Zeit mit sich bringen.

Wir machen aber den bisherigen regierenden Kreisen einen ganz besonderen Vorwurf daraus, daß sie die Frauen der Arbeiterklasse, die, auf ihre Erfahrungen gestützt, besonders für soziale Betätigung geeignet gewesen wären, jede Auszubildungsmöglichkeit vorenthalten hat. (Lebhafte Beifall.)

Wir schätzen wohl alle den Wert einer guten Schulbildung, aber sie verstehen nicht wohl alle richtig, wenn ich sage: Mathematik und fremde Sprachen sind nicht unbedingt notwendig für die soziale Frauenschule, wohl aber neben guten Elementarkenntnissen ein gesunder Menschenverstand und ein ebenso gesundes soziales Empfinden. Von der persönlichen Veranlagung, von der Liebe zum Beruf hängt es dann ab, ob das erworbene Wissen die richtige Verwendung findet. Solange wir noch unter den Folgen der schlechten Kulturpolitik der Vergangenheit leiden, muß von Staats wegen die Ausgleichsmöglichkeit geschaffen werden. Wir verlangen, daß fortan die wirtschaftlichen Kurse für die soziale Betätigung wirklich Geeigneten durch Einrichtung von Kursen für die praktische soziale Arbeit ausgebildet werden. Die Besetzung von Stellen in der sozialen Arbeit darf nicht mehr abhängig gemacht werden von dem Besuch der Lehrerschule und dem Reifezeugnis. Soziales Gefühl und Verständnis müssen in erster Linie für die Auswahl ausschlaggebend sein. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir haben ja schon früher praktische soziale Arbeit betrieben. Ich erwähne nur die Ferienwanderungen mit unseren Großstadtkindern, eine soziale Arbeit im besten Sinne des Wortes. (Sehr richtig.) Unter großen Opfern an Zeit und Geld ist hier auf sozialem Gebiet von unseren Arbeiterfrauen mit schönstem Erfolge gearbeitet worden. (Zustimmung.) Die Arbeit war schon so umfang-

reich geworden, daß der Parteivorstand sich veranlaßt gesehen hat, für die Hunderttausende von Kindern, die an diesen Wanderungen teilgenommen haben, eine Haftpflichtversicherung abzuschließen. Diese schöne Arbeit ist durch den Krieg leider unterbrochen worden. Sobald es irgend möglich ist, sollten wir diese Ferienwanderungen wieder aufnehmen, mit denen eine weitgehende Jugendpflege ganz von selber verbunden ist. Wir sollten an die Gemeinden herantreten und uns die nötige Hilfe erbitten. Auch die Kinderbeschaukommissionen haben vor dem Kriege außerordentlich wertvolle Arbeit geleistet. In Berlin waren unsere Genossinnen oft schon um 4 Uhr morgens auf den Beinen, um festzustellen, wieviel Kinder in gefährlicher Weise mit dem Austragen von Bräuten und Zeitungen beschäftigt würden. Wir konnten Tausende von Fällen feststellen, in denen Kinderarbeit vorlag, die gesundheitlich war und den Kindern an Leib und Seele Schaden zufügte. Das soziale Elend wird dauernd so groß sein, daß auch diese Arbeit überall wieder aufgenommen werden muß.

Noch ein Wort zu unserer neuen Stellung im öffentlichen Leben. Die Revolution hat Frauen hineingeführt in den Parlamentarismus. Dadurch sind unserer Bewegung wertvolle Kräfte entzogen. Frauen, die sonst in ihrem Kreise mit Erfolg tätig waren, sitzen jetzt wochen-, ja monatelang im Parlament bei angestrengtester Arbeit, wie ich sie mir niemals vorgestellt hätte. Der eigentlichen Frauenbewegung sind sie dadurch mehr oder weniger völlig entzückt. Ich muß sagen, daß ich die Tätigkeit im Parlament doch ganz anders vorgestellt hatte. Ich hatte geglaubt, daß wir produktiv sein würden, daß die Fülle der Ideen wie ein reicher Sommerregen auf uns niederströmen würde. Auf Grund meiner persönlichen Erfahrung muß ich leider sagen, daß das nicht der Fall ist. (Hört, hört!) Man gibt sich im Parlament geistig so aus, daß man nur noch ganz wenig produktiv sein kann. (Hört, hört!) Früher, wenn wir die Zeitung lasen, dann nahmen wir kritisch zu den Ereignissen Stellung und fragten uns, warum es im Parlament so und nicht anders gemacht wurde. Jetzt müßten die Frauen, die draußen geblieben sind, uns mit Anregungen zu Hilfe kommen. Gewiß, es wird viel für den Papierkorb gearbeitet. Aber selbst Eingaben und Anträge, die dieses Schicksal finden, sind nicht immer unnütz. Alle diese Gedanken leben weiter, und in irgendeiner Form nehmen sie eines Tages greifbare Gestalt an. Auch unter einer sozialistischen Regierung wird teilweise für den Papierkorb gearbeitet. Von den Hunderten von Drucksachen, die uns täglich zugehen und die weggeworfen werden, kann nicht alles Gute sofort zur Tat werden. Zum Beispiel verweise ich aus den Kreisen der Genossinnen den Ruf nach der Reichswochenhilfe. Warum haben unsere Genossinnen nicht sofort nach der Revolution die gesetzgeberische Lösung dieser notwendigen Aufgabe gefordert, wir müssen diese Verbesserung des Mutter-schutzes, die wir früher so oft verlangt haben, jetzt festhalten. Die Berliner Genossinnen haben jetzt in einer Eingabe an das Reichsjustizministerium die Heraussetzung der Strafmündigkeit auf das vierzehnte Lebensjahr verlangt und weiter gefordert, daß Jugendliche unter 18 Jahren nicht zu Gefängnisstrafen verurteilt werden dürfen. Ich hoffe, daß diese Anträge die Jugendgesetzgebung, die demnächst in Angriff genommen werden wird, günstig in der gewünschten Richtung beeinflussen werden.

Großes ist erreicht. Wir haben das aktive und passive Wahlrecht. Aber viel bleibt noch zu tun. Einzelner sagte auf dem Parteitag: Zu der politischen muß die wirtschaftliche Demokratie kommen. Und als sozialdemokratische Frau sage ich: Die wirtschaftliche Abhängigkeit der Frau ist noch genau so vorhanden wie früher. Auch wir Frauen müssen uns zur vollen wirtschaftlichen und persönlichen Freiheit durchringen. Das ist nur durch den Sozialismus möglich. Das zu sagen, habe ich für notwendig gehalten. Vielleicht

bin ich etwas zu umfangreich gewesen. Aber ich konnte nicht nur große Worte machen, sondern mußte zeigen, welche Aufgaben im einzelnen unserer Parteien. Ich schließe mit der Hoffnung, daß die neue Zeit auch neue geistig entwickelte Frauen finden möge, damit wir die großen Aufgaben, die uns für die Zukunft bevorstehen, lösen können. (Lebhafter Beifall.)

Frau Bohm-Schuch: Der Erfolg unserer Arbeit sowohl in der Agitation als in der grundsätzlichen Aufklärung wird wesentlich davon abhängen, wie die Presse sich der Frauen annimmt und wie die Presse von den Frauen gelesen wird. Unsere ganze Arbeit ist Stillwerk, wenn sie nicht durch die Presse unterstützt wird, und wenn wir nicht dafür sorgen, daß die sozialistische Presse tatsächlich Eingang in die Frauenwelt findet. Was uns nottut, ist, daß neben dem sozialistischen Fühlen die Grundlage des sozialistischen Denkens geschaffen wird. Dies ist in der mündlichen Agitation bisher leider sehr wenig beachtet worden. Es ist mir aufgefallen, welche Unklarheiten unter unseren Genossinnen vorhanden sind über Begriffe, die seit Jahrzehnten als Schlagworte in die Massen getrieben werden. „Kapitalismus“, „Imperialismus“, „Militarismus“ z. B. sind für Tausende leere Worte, deren Sinn sie nicht verstehen, und in die sie deshalb einen falschen Sinn legen. (Zustimmung.) Ich habe es für meine Aufgabe angesehen, dagegen vorzugehen. (Bravo!) Es hat weder für unsere Parteibewegung, noch für die große Sache der Menschheit, der wir doch alle dienen wollen, einen Zweck, wenn wir Mitglieder gewinnen, die nicht wissen, um was es sich handelt, die nicht in ihrem ganzen Wesen von den hohen und heiligen Idealen des Sozialismus durchglüht sind. Damit können sie aber nur erfüllt werden, wenn sie diese Ideale kennen von Grund auf. Notwendig wäre es im Interesse der Menschheitsentwicklung, wenn die gesamte Presse in ihrem Niveau gehoben würde, aber die bürgerliche Presse interessiert uns wohl als Frauen und Menschen, nicht aber als Sozialdemokratinnen. Als solche haben wir uns heute mit der sozialistischen Presse zu befassen. Jede einzelne unserer Tageszeitungen muß etwas Platz für die Frauenbewegung übrig haben. Entweder es muß in jeder Woche für einen bestimmten Tag eine Spalte „Aus der Frauenbewegung“ eingerichtet werden, oder, wenn das nicht geht, müssen täglich an einem bestimmten Platz kurze Notizen und Artikel erscheinen. Jede Frau soll sich daran gewöhnen, daß an einem bestimmten Tage oder täglich an bestimmter Stelle etwas in der Zeitung steht, was sie unbedingt lesen muß.

Außer den Tageszeitungen kommen natürlich auch die Zeitschriften in Frage, sowie das ganze Material, welches gedruckt hinausgeht. Ich habe bisher gefunden, daß dieses Material immer viel zu sehr auf die agitatorischen Zwecke zugeschnitten ist, aber keine prinzipielle Belehrung über den Sozialismus bietet. Natürlich will ich keine großen, wissenschaftlichen Arbeiten, denn das würde ja nichts nützen, aber Sie alle wissen, daß es an jedem Tage Fragen in jedem Frauenleben gibt, die nur im Sinne des Sozialismus geklärt werden können, und die in ihren Auswirkungen wichtiger sind, als Duzende wissenschaftlicher Abhandlungen zusammen. Eine solche Frage ist u. a. die der Umgestaltung des Erziehungswesens. Wenn der Neuaufbau unseres Vaterlandes, unseres Volkes, des Volkes Genossinnen, das wir alle, Sie und ich, darstellen, gelingen soll, dann haben wir bei den Kindern zu beginnen. Sie allein sind der feste Grund der Zukunft. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben uns gegen den Friedensvorschlag der Entente gewehrt, weil unsere Kinder die Freiheit der Entfaltung behalten sollen und wir damit die Freiheit des Wiederaufbaues.

Wenn wir unsere Aufgabe in dieser Weise auffassen, dann werden wir auch die Menschen zu uns heranziehen und dahin bringen, wo wir sie haben

wollen. Von Fichte gibt es ein wunderschönes Wort: Der sittliche Wille ist die einzige Wirklichkeit. Dieser sittliche Wille zum Sozialismus muß uns allen bewußt sein, er muß die Kraft sein, die in uns lebt, die uns vorwärts treibt, und die wir dann wieder auf andere Menschen übertragen. Dann reihen wir die anderen zu uns empor. Aufgabe unserer Presse muß es sein, uns in diesem Willen zu unterstützen. Nun werden Sie bei sich denken: wir haben in der „Gleichheit“ bisher von diesem hohen Schwingen nicht viel gemerkt. (Zurufe: O doch!) Das ist eben der Unterschied zwischen der rednerischen Agitation und der schriftlichen Aufklärungsarbeit. Die schriftliche Aufklärungsarbeit wird nicht in der betäubenden Form geschehen können, und sie wird auch nicht den Augenblickserfolg haben können, den eine zündende Rede, die man vor Tausenden von Menschen hält, haben wird. Wir müssen uns aber bewußt sein, daß der schwerere Weg für uns unbedingt der Weg der Pflicht ist, und daß wir für die aufklärende Arbeit am Denken und Empfinden unsere beste Kraft einsetzen müssen. Nun ein Wort zu den Vorgängen, die sich um die „Gleichheit“ abspielten. Als die Mehrheitspartei vor zwei Jahren die „Gleichheit“ aus den Händen der Genossin Klara Zetkin nahm, war ein anderer Weg gar nicht möglich, wenn die „Gleichheit“ das Blatt der Frauen bleiben sollte, die in unserer Partei organisiert waren. Ich kann mir nicht vertragen, auch heute zu erklären, daß ich unter dem Schatten dieser großen Frau, die ich verehere, so lange ich atme, stehe. Aber ich muß auch aussprechen, daß sie geradezu das Beispiel dafür gewesen ist, wie wir uns nicht vom Boden der Wirklichkeit entfernen dürfen. Die flammenden, geistreichen Leitartikel der Genossin Zetkin waren in den letzten Jahren so, daß die meisten Leserinnen sie nicht mehr verstanden. Deshalb ist es für jede Genossin, vor allen Dingen aber für mich in meiner neuen Stellung, notwendig, nicht in diesen Fehler zu verfallen, obwohl es natürlich sehr nahe liegt, das, was man sagen möchte, in berauschte Worte zu kleiden. Ich hoffe, mir stets bewußt zu bleiben, daß unsere Zeitung um der Genossinnen willen da ist, daß ich sie so redigieren muß, wie sie für unsere Genossinnen verständlich ist. Dazu ist aber notwendig, sich viel mit praktischen Fragen zu beschäftigen. Dadurch, daß die „Gleichheit“ ab 1. Juli wöchentlich erscheint und der Drucker nach Berlin verlegt ist, wird die Aufgabe wesentlich erleichtert. Selbstverständlich muß die Politik nach wie vor im Vordergrund stehen. Die Genossinnen müssen Stellung nehmen zu der Weltgeschichte, müssen wissen, was in der Weltgeschichte geschieht. Aktuell konnte unsere „Gleichheit“ bisher nicht sein. Viele Genossinnen im Lande haben es als einen Mangel empfunden, wenn zu den brennendsten Gegenwartsfragen nicht schnell genug Stellung genommen werden konnte. Das war aber bei dem vierzehntägigen Erscheinen durch die weite räumliche Trennung des Redaktions- und Druckortes und durch die Schwierigkeiten des Bahntransports nicht zu ändern. Es ist das vielleicht in dieser schnelllebigen Zeit auch manchmal gut gewesen; denn dadurch wurde das geistige Interesse für gewisse Fragen, die man im Laufe der Tage vergessen hatte, wieder erweckt. Ich möchte auch warnen, jetzt unser Blatt als „aktuell“ anzusehen, das ist nicht die Aufgabe der „Gleichheit“. Eine Spanne von 10 Tagen wird auch in der Zukunft noch zwischen den Mitteilungen der „Gleichheit“ liegen.

Neben den Fragen der Politik und Erziehung kommen die nebenpolitischen Gebiete in Betracht, vor allem das der Sozialpolitik. Die Sozialpolitik ist ja leider nicht Reichspolitik in dem Sinne, wie ich es wünschte. Die Revolution hat uns leider nicht das geeinte Reich gebracht. Es ist also notwendig, daß die Verhältnisse aus den verschiedenen Reichsteilen in der „Gleichheit“ behandelt werden, um eine Einheitspolitik in der sozial- und kulturpolitischen Arbeit zu ermöglichen, und dazu brauche ich Mitarbeiterinnen aus allen Staaten.

Wenn es uns gelänge, auf diesem Wege eine geistige Einheit in Deutschland zu schaffen, dann wäre es viel leichter, auch eine wirtschaftliche und politische Einheit herbeizuführen. (Lebhafte Zustimmung.)

Dazu kommt das Gebiet der Kommunalpolitik. Dieser möchte ich einen möglichst breiten Raum in meinem Blatt geben. Die Gemeinden sind mit Recht die Keimzellen des Staates genannt worden. Von hier muß unsere aufbauende und vorwärtswärtende Arbeit ausgehen und sich in Staat und Reich fortsetzen. Es ist bedauerlich, daß sich bisher so wenige Mitarbeiterinnen, welche die Praxis kennen, gefunden haben. Damit soll nicht gesagt sein, daß jeder eingefandte Artikel zum Abdruck kommt, und niemand sollte sich beleidigt fühlen, wenn er eine Arbeit zurückbekommt. Jeder muß lernen; notwendig ist nur, daß jeder sich selbst erkennt und das Ziel nicht über seine Fähigkeiten hinaus setzt. Wir müssen wissen, wo die Grenzen unseres Könnens liegen und dürfen uns nicht selbst überschätzen. Das ist notwendig, um für den Sozialismus schaffen zu können. Besonderen Wert müssen wir auf Berichte aus der Bewegung legen. Es ist bedauerlich, daß so wenige kommen. Sie sind wichtig, weil sie auf den eigenen und auf andere Bezirke anregend wirken. Der Vergleich ergibt, was alles noch getan werden kann, und so wirken gerade die Berichte aus der Bewegung befruchtend.

Während des Krieges ist die Verbindung mit dem Ausland außer mit Oesterreich leider verloren gegangen. Eine Mitarbeiterin haben wir nur noch in Holland. Alle anderen Verbindungen hat der Krieg zerschlagen. Die Wiederknüpfung ist versucht worden, und ich hoffe, daß sie gelingen wird. Vorläufig muß ich mich auf die Wiedergabe kurzer Notizen aus den ausländischen Zeitungen beschränken. Der internationale Zusammenhang muß wiederkehren, weil die Arbeiter der ganzen Welt gemeinsame Interessen haben, und weil die Frauen besonders für den geistigen Wiederaufbau nötig sind. In ihm werden wir noch mehr zur Geltung kommen müssen, als im wirtschaftlichen Leben. Das soll nicht so verstanden sein, als ob ich mich nicht gegen die Strömungen wehren würde, die auf die Verdrängung der Frauen aus dem Wirtschaftsleben hinielen. Die wirtschaftliche Tätigkeit der Frau ist eine Notwendigkeit, in den meisten Fällen eine traurige Notwendigkeit, denn keine verheiratete Frau wird zu ihrem Vergnügen als Arbeiterin tätig sein. Häufig verbirgt sich hinter der Berufstätigkeit der Frauen himmelschreiendes Elend zu Hause. Wir wollen aber, daß unseren Mädchen die Gleichberechtigung auf wirtschaftlichem Gebiet erhalten bleibt, denn nur wirtschaftliche Freiheit garantiert geistige und sittliche Freiheit. Unser Volk aber braucht freie, verantwortliche Menschen. Wir wollen, daß die Mädchen nicht mehr für Ehe und Haus erzogen werden, sondern daß sie in erster Linie eine tüchtige Berufsausbildung erhalten. Ehe und Mutterschaft sind jeder wahren Frau höchstes Glück, das wir auch unseren Töchtern wünschen; aber je mehr wir sie der Notwendigkeit entheben, durch die Heirat eine Versorgung zu suchen, desto höher und edler gestalten wir die Ehe.

Hier handelt es sich nicht nur um Erziehungs- oder Wirtschafts- oder gar Parteifragen, sondern um Menschenfragen. Und wenn wir die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Geschlechter verlangen, so geschieht das, um Mütter heranzuwachsen zu lassen, die freien Menschen das Leben geben, die sich ihrer heiligen Aufgabe voll bewusst sind, die ihre Kinder mit folgendem Lebenswillen und heiligem Menschlichkeitsempfinden schon vor der Geburt erfüllen. Dann kommt nach uns einst ein wahrhaft großes Geschlecht. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Ich hätte noch unendlich viele Eingelstungen zu erörtern, aber ich muß mich an meine Redezeit halten und will nur noch einen Zwischenruf, den ich

bei dem Referat der Genossin Juchacz gemacht habe, des näheren erläutern. Man soll die formale Bildung nicht unterschätzen. Die Schulung des Geistes ist eine gute Grundlage für die eigene Weiterentwicklung, aber man soll sie auch nicht überschätzen. Das würde zur Einbildung und Selbstüberhebung führen. (Lebhafte Zustimmung.) Auch wir selbst müssen uns davor hüten. (Lebhafte Zustimmung.) Nichts ist schlimmer als Einbildung und Halb-
bildung; der wirklich gebildete Mensch wird stets Flug genug sein, sich nichts einzubilden. Keiner möge sich durch diese Bemerkungen gekränkt fühlen. Ich will nur anregen zu der Überlegung, daß alles, was den gebildeten Menschen ausmacht, durch Fleiß und Selbsterziehung erlangen werden kann. Wer nichts vom Leben lernt, dem nützt auch alles formale Wissen nichts, der weiß in Wirklichkeit gar nichts; denn er kann seine Aftmenschen nicht verstehen. (Lebhafter Beifall.) Arbeiten wir an uns selbst, streben wir alle nach dem einen großen Ziel: vollwertige Arbeitskräfte für unsere Sache zu werden. Stellen wir uns selbstlos und rein in den Dienst des Sozialismus. Sozialismus ist höchste und heiligster Menschendienst. (Lebhafter Beifall und Handklatschen.)

Nun noch ein Wort über den Preis der Gleichheit. Da sie fortan wöchentlich erscheinen wird und vom 1. Juni ab mit der Beilage „Die Frau und ihr Haus“ erscheint, muß eine wesentliche Erhöhung des Bezugspreises eintreten. Die Beilage soll ein Mitgeber für die Frauen sein und praktische Anleitungen für die Selbstherstellung der Bekleidung bringen. Sie wird von den Erzeugnissen der bisherigen Modeindustrie erheblich abweichen und daher vielleicht nicht gleich vollen Anflug finden. Die Modebilder werden als Strichzeichnungen erscheinen; das wird manchem ungewohnt erscheinen. Aber dieses Verschauen bietet den Frauen die praktische Möglichkeit zur Selbstanfertigung der Kleidungsstücke. Die Schnittle werden dann durch den Verlag bezogen. Unsere Modebeilage wird der herrschenden Mode nicht unbedingt folgen, sondern in erster Linie gesunde, praktische Rücksichten und solche der natürlichen Schönheit in Rechnung stellen. Sie wird solche Vorschläge machen, die es der arbeitenden Frau ermöglichen, sich und ihre Kinder billig und schön zu kleiden. Ferner wird die Beilage auch Angaben für die Erleichterung der Gaushaltsführung bringen. Diese Neuerung wird den Wert der Gleichheit in den Augen vieler Frauen vermehren und den leitenden Genossinnen einen besonderen Ansporn der Werbearbeit für sie bieten. Der monatliche Preis von 1,20 Mk. ist zwar eine wesentliche Verteuerung. Die Frauen, die aber früher neben der „Gleichheit“ noch eine Modezeitung gehalten haben, werden sich besser dabei stehen. Das Obligatorium für die „Gleichheit“ ist wohl nicht mehr möglich. Ich persönlich halte es noch nicht einmal für wünschenswert. Wenn man ein Blatt umsonst erhält, wendet man ihm nicht die Aufmerksamkeit zu, als wenn man es selbst bezahlt. Sorgen Sie dafür, daß die „Gleichheit“ nunmehr auch wirklich abonniert und gelesen wird; sie bietet so viele Fortbildungsmöglichkeiten in geistiger und wirtschaftlicher Hinsicht. Leider fehlt sie teilweise noch in Bezirken mit Tausenden von weiblichen Mitgliedern. Das kann nicht so bleiben, wenn sich jede führende Genossin dafür einsetzt.

Nunmehr einige Bemerkungen über die Wirtschaftspolitik. Wer die rechtsstehende Presse in den letzten Monaten aufmerksam verfolgt hat, der weiß, daß ihre Parteien unter dem Druck der Verhältnisse sich bequemen werden, auf eine Beeinflussung der großen Politik zu verzichten. Um so größere Aufmerksamkeit wenden jene Kreise der Wirtschaftspolitik zu. Wir hörten schon auf dem Parteitag, daß die Landwirte in der Lebensversorgung oft passive Resistenz üben. Der Schleichhandel steht immer noch in voller Blüte und unendlich viel Zeit und Geld muß für die Herbeischaffung der nötigsten Lebensmittel vergeudet werden. Oft liegen die Angehörigen der Arbeiterklassen

tagelang auf der Eisenbahn, um auch nur wenige Kartoffeln heranzuschaffen. Hier hilft nur festes Zugreifen der Regierung, wenn es nicht anders geht, Beschlagnahme und Enteignung. Im besonderen möchte ich in diesem Zusammenhang Ihre Aufmerksamkeit auf die Darlehnskassen lenken, die sich in den kleinen Orten bilden werden. Die Großgrundbesitzer, die den politischen Einfluß ausüben, halten sich allerdings bei den Gründungen hinter den Kulissen. Aber sie betrachten die Darlehnskassen als Mittel, die kleinen Besitzer und Bauern auf einem Umwege für ihre politischen Zwecke einzufangen. Wer Mitglied der Darlehnskasse wird, ist an sie gebunden, entweder, weil er mit dem Geld der Darlehnskassen arbeitet, ihr Schuldner ist oder weil er sein Kapital in ihnen stecken hat. Mit Hilfe dieses Apparates werden die Großagrarier die Beeinflussung der Wirtschaftspolitik versuchen. Auch zu diesen Dingen soll die „Gleichheit“ Stellung nehmen. Verfehlen dürfen wir uns aber nicht, daß die Friedensbedingungen ein erheblicher Gemütschmerz für die Wiederherstellung erträglicher Ernährungsverhältnisse sein werden. Das muß bei ihrer Beurteilung in den Vordergrund gestellt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Vergessen wir nicht, daß die Entente einen großen Teil der Schuld an dem Lebensmittelschwund und dem Schiebertum, welche die schlimmsten inneren Feinde unseres Volkes sind, trägt. Wäre die Blockade nicht gekommen, dann hätte sich auch nicht der absolute Mangel an Waren eingestellt, der die Grundlage des Schleichhandels bildet. Diese Tatsache müssen wir uns vergegenwärtigen, wenn wir uns die Frage vorlegen: können wir einen solchen Frieden annehmen? Vielfach wird die Frage so gestellt: wollen und können wir auf das wenige Mehl und Fett verzichten, das wir bisher aus Amerika erhalten haben? Die meisten Frauen werden geneigt sein, diese Frage mit Nein zu beantworten; denn wenn es auch wenig war, hat es ihnen doch genützt und die Härten des Hungers gemildert.

Aber denken wir daran, daß diese Friedensbedingungen den Keim zu neuen Kriegen in sich tragen. (Lebhafte Zustimmung.) Sie sind die Vorstufen zu einem neuen Krieg der Mächtigkeiten. Wir aber wollen, daß endlich wieder Gerechtigkeit und Liebe durch die Welt gehen.

Darum sollte die Frage so gestellt werden: wollen wir etwas mehr Fett und Brot oder einen neuen Krieg? Und darauf werden alle Frauen ablehnend antworten. Wir wollen keinen Krieg wieder. Wir wollen uns aber auch vor dem sicheren Ende nicht die Augen verbinden. In dieser Woche soll sich unser Geschick entscheiden. Wenn nun alles zusammenbricht, dann Genossinnen, muß doch unsere Partei aus dem großen Zusammenbruch gerettet werden. Nur der Sozialismus bleibt die Hoffnung der zerquälten Menschheit und ihn müssen wir ihnen durch Treue und Arbeit für unsere Partei. (Lebhafte Beifall und Handklopfen.)

Vors. Rhedek: Ich lege eine Redezeit von 10 Minuten fest. Es erfolgt kein Widerspruch, die Konferenz hat nach meinem Vorschlage entschieden.

Es folgt der

Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Genossin Schilling: Es sind 84 als solche erkennbare Mandate abgegeben; zwei Karten waren unbeschrieben. Die Delegierten müssen in Zukunft Sorge dafür tragen, daß ihre Mandate einwandfrei sind. Für heute beantragen wir Gültigkeitsverklärung der Mandate. Sämtliche Mandate werden für gültig erklärt. Die 84 Mandate verteilen sich auf 20 Bezirke, wie folgt: Groß-Berlin 9; Hamburg 11; Sachsen (4 Bezirke) 7; Magdeburg, Hannover, Rheinprovinz, Westfalen je 6; Schlesien und Brandenburg je 5; Pommern, Schleswig-Holstein, Bayern, Württemberg je 3; Hessen-Nassau, Ostpreußen, West-

preußen je 2; Halle, Baden, Braunschweig je 1. Als Referentinnen sind außerdem am Ende Gertrud Hanna und Adele Schreiber; als Ehrengast nimmt Ottilie Raaber teil; 17 Delegierte gehören der Nationalversammlung und je eine den Landesversammlungen in Preußen, Württemberg und Baden an.

Vorsitzende Rhedek: Die Weitertagung findet morgen, 8 Uhr, im Volkshaus, Buttelfrieder Straße Nr. 8, statt. Die Tagung wird 6½ Uhr geschlossen.

Zweiter Verhandlungstag.

Montag, den 16. Juni 1919 — Vormittags-Sitzung.

Genossin Röhler: Nach den beiden vorzüglichen Referaten, die wir gehört haben und die so viel Anregung geboten haben, bedarf es keiner langen Diskussion mehr. Und auch ich werde mich kurz fassen. Sozialdemokratinnen sind nunmehr in den Parteimitteln in größerer Zahl eingezogen und in allen öffentlichen Körperchaften vertreten. Die neue Zeit hat uns mit einem gewaltigen Ruf vorwärts gebracht, und es wäre noch viel mehr erreicht worden, wenn nicht die Spaltungsbefürchtungen in unserer Partei so unglücklich schwächend gewirkt hätten. Sie haben gerade auch in der Frauenagitation zu höchst unerwünschten Zuständen geführt. (Lebhafte Zustimmung.) Die Frauen haben immer mehr auf dem linken Flügel der Partei gestanden, deshalb erscheint auch heute noch vielen von ihnen die Haltung der U. S. V. D. annehmbarer, als das, was wir ihnen sagen. (Zurufe: Leider!) Diese Tatsache hat auch bei der Wahlbewegung lähmend gewirkt. Wir müssen nun mit ganzer Kraft auf die Füllung der Lücken hinstreben. Stellen wir die jungen Genossinnen in den angelpantesten Dienst der Partei, machen wir sie innerlich reif für den Sozialismus. Genossin Juchacz hat in großem Rahmen über die Einzelheiten der künftigen Arbeit gesprochen. Beherzigen Sie ihre praktischen Wünsche, dann wird Ihnen die Frauenagitation leicht werden. Ich will Ihnen einige Richtlinien vorlegen, die wir früher in der Frauenbewegung angewandt haben und die uns sehr dienlich gewesen sind. Sie sind also nicht neu, aber bewegen nicht weniger wertvoll. Ich will sie Ihnen vorlesen:

1. Die Genossinnen im Parteivorstand müssen mit Unterstützung der Genossinnen, die in den einzelnen Kreisen und Bezirken die Fäden der gesamten großzügigen Frauenagitationen in Händen haben, Maßschläge erteilen und die der Eigenart der Frauen entsprechenden Sonderinteressen, auf die noch heute eine gewisse Rücksicht zu nehmen ist, vertreten.

2. Für die Industriearbeiterinnen haben die Kreis- und Bezirksleiterinnen oder die Sekretarinnen aus jedem Bezirk und jedem Berufsbezirk eine Vertrauensperson herauszuholen. Diese Vertrauenspersonen sind durch gründliche Besprechungen und Anweisungen (Kurse) fähig zu machen, in ihren Kreisen zu wirken, in bestimmten Zwischenräumen, mindestens 14tägig, Zusammenkünfte zu veranstalten, die aber nicht länger als auf 1½ Stunden ausgedehnt sind, da die Frauen sonst allzuleicht gerade zu Anfang ihrer Parteitätigkeit ermüden. Ein Referent oder eine Referentin muß bei dieser Veranstaltung hinzugezogen werden. Jede Gruppenleiterin ist der Parteiorganisation ihres Ortes für ihr Handeln verantwortlich.

An Gruppen sind zu nennen: Heimarbeiterinnen, Hausangestellte, Schauspielerinnen und Kinokünstlerinnen, Lehrkräften, Studentinnen, Post- und Telegraphenbeamten, Handlungsgehilfinnen, weibliche Bureauangestellte sowie sämtliche Industriegruppen, Hausfrauen, Schneiderinnen und Näherinnen sowie überhaupt alle Kopf- und Handarbeiterinnen.

3. Von den Bezirks- und Kreisleiterinnen oder Sekretärinnen sind alle diese Gruppen allmonatlich einmal zusammen zu einer gemeinsamen Versammlung zu laden, in der ein besonderes, für die Frauenaufklärung geeignetes Thema zur Verhandlung steht. Diese Versende können aber auch gelegentlich gesellschaftlichen Veranstaltungen dienen. Durch geselliges Zusammenkommen lernen die Frauen sich kennen und schätzen, und auch dadurch wird die Agitation und die Gewinnung neuer Mitglieder erleichtert werden.

4. Die Kosten, die den Vertrauenspersonen erwachsen (Portoauslagen usw.) müssen ihnen von den Ortsvereinstößen oder Bezirksklassen ersetzt werden; nötigenfalls muß auch für persönliche Mithewaltung eine kleine Entschädigung gezahlt werden.

Handeln Sie nach diesen Richtlinien, sie haben sich bereits vor vielen Jahren bewährt und werden auch heute noch gute Dienste tun. Vor allem aber wirken Sie auf die Frauen zum Abonnement der „Gleichheit“ ein. Es muß uns gelingen, die Bezugszahlen von früher wieder zu erreichen. Auch dafür bedarf es wenig neuer Methoden. Früher wurde in allen öffentlichen Versammlungen auf die „Gleichheit“ hingewiesen. Überall lagen Bestellkästchen aus und überall sah man Frauen, die lebhaft Unterzeichneten leisteten. Und so muß es wieder werden, damit wirklich die „Gleichheit“ das Organ der Frauen wird.

Wenn die größeren Tageszeitungen sich dazu verstehen würden, tüchtige, febergewandte Genossinnen mit in die Redaktion zu nehmen, so würde dies sicher auch die Frauenbewegung beleben und fördern. (Beifall.)

Vors. Mündel: Die Genossin Käbler hat ausnahmsweise etwas länger gesprochen. Von nun ab muß aber die Redezeit streng innegehalten werden. (Beifall.) Es muß uns daran liegen, möglichst alle eingetragenen Rednerinnen zu hören.

Genossin Siller: Ich muß noch einmal auf den Protest der württembergischen Genossinnen gegen die Bestellung der Referentinnen für die diesjährige Frauenkonferenz zurückkommen. Genossin Juchacz hat gestern nur von einem Protest der Ortsgruppe Heilbronn gesprochen; sie hat nicht erwähnt, daß sich ihm auch Göppingen und Stuttgart angeschlossen haben. Ich will Ihnen sagen, wie der Protest entstanden ist. Wir in Süddeutschland haben es einfach nicht verstanden, daß die Referate nur Berliner Genossinnen zugeteilt wurden, während die Provinz unberücksichtigt blieb. Aber auch in der Provinz gibt es auch zahlreiche Genossinnen, die sich um die Parteibewegung und die Frauenbewegung verdient gemacht und sich in ihr bewährt haben. Warum übergeht man sie? Zur Aufrechterhaltung der Führung innerhalb des gesamten Landes hätte zweifellos auch ein süddeutsches Referat gute Dienste getan. Die süddeutschen Organisationen sehen doch den norddeutschen in keiner Beziehung nach. Wenn auch der Parteivorstand über die Auswahl der Referentinnen bestimmt, so hätte doch Genossin Juchacz entsprechende Vorschläge machen müssen. Sie wären vom Parteivorstand ganz zweifellos berücksichtigt worden. Tragen Sie nun, mindestens bei kommenden Konferenzen, dieser von mir zum Ausdruck gebrachten Stimmung Rechnung. Sonst werden Sie den Eindruck, als wollten Sie die süddeutschen Genossinnen brüskieren. Dadurch wird selbstverständlich die Arbeitsfreudigkeit gelähmt.

Die Berliner Konferenz von 1917, über die Genossin Juchacz gestern gesprochen hat, hat uns nicht voll befriedigt. Wir haben konkrete Bedürfnisse vermisst. Allerdings sind wir ja nur ein Glied in der großen Partei. Aber die Frauenagitation ist doch eine besondere Aufgabe. Hätte man das in genügender Weise beachtet, dann wären wir durch das Wahlrecht nicht so außer-

ordentlich überrastet worden. Auf diese unlegbare Überraschung ist der Verlust vieler Mandate zurückzuführen. Die führenden Genossinnen tragen selbst einen großen Teil der Schuld daran, daß wir bei den letzten Wahlen in der Minderheit geblieben sind. Man hat der Frauenagitation zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Das haben wir besonders auf dem Lande gemerkt. Das muß anders werden. Eindringlichere Bearbeitung und Aufklärung der Frauen muß in Zukunft unsere vornehmste Aufgabe sein. (Beifall.)

Aus der Konferenz wird der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß die süddeutschen Genossinnen es bei den bisherigen Protesten belassen, da ihre Wünsche ja nun genügend bekannt seien, und sie sehr wahrscheinlich keine Veranlassung haben, sich zurückgesetzt zu fühlen. (Allseitige Zustimmung.)

Genossin Mündel teilt den Eingang von einigen Anträgen mit, die aber nicht in der nötigen Zahl zur Verteilung vorliegen. Darauf entwickelt sich eine kurze Geschäftsordnungsdebatte, die durch befriedigende Erklärungen der Genossin Juchacz beendet wird.

Genossin Grünberg: Die Frauenagitation muß auf eine völlig neue Grundlage gestellt werden. Bisher sind wir wiederholt mit den bürgerlichen Frauen zur Erringung des Wahlrechts zusammengewandert. Es stimmt nicht ganz, daß das Wahlrecht uns in den Schoß gefallen ist. Unser harter Kampf und unsere unermüdete Arbeit dafür darf nicht vergessen werden. (Zustimmung.) Man verlangt vielerseits eine gleichmäßige Besetzung der Ämter mit den Frauen. Das ist unbillig, denn für die Besetzung der Ämter soll immer die Eignung, nicht aber das Geschlecht entscheiden. Schon Bebel hat versucht, der Voreingenommenheit gegen die politische Betätigung der Frau entgegenzutreten. Sie besteht aber nicht nur bei den Männern, sondern auch bei den Frauen selbst. Das erschwert uns die Agitation. Es kommt jetzt darauf an, auch die Frauen in unseren Reihen mit der Partei verbunden zu lassen. Unsere Mitgliederbesammlungen werden längst noch nicht stark genug von den Frauen besucht. Man hat den Eindruck, daß ihnen doch vieles fremd erscheint. Vielleicht nützen uns Frauen- und Mädchenbildungsabende. Wenn wir dort die Frauen auch innerlich für die Partei gewinnen wollen, so dürfen wir nicht versuchen, sie einseitig als Parteimädchen zu drillen, sondern bei unseren Veranstaltungen alles behandelnd. Wir müssen versuchen, den ganzen Menschen zu bilden, dann werden wir auch gute Sozialistinnen schaffen. (Lebhafte Zustimmung.)

Genossin Juchacz hat verlangt, daß die Bezirksleiterinnen mit ihr lebhafter in Fühlung treten müssen. Das muß die Genossin aber auch von sich aus unterstützen. Wir erwarten Richtlinien von ihr. Wenn ihr einmal Briefe zugehen, die sich mit kleinen Dingen beschäftigen, dann ist es ihre Aufgabe, Antworten in größerem Stil zu geben, von dem Kleinen auf das Große hinzulenken. Das Bindeglied zwischen dem Lande und der Parteileitung muß vorhanden sein, damit unsere Zusammenarbeit erfolgreich sein kann. Arbeiten wir aber auch an uns selbst, denken wir daran, daß wir nicht auslernen können. Wägen Sie einmal auf Goethe. So alt er geworden ist, solange hat er gelernt. Das muß uns ein Beispiel sein. Geben und Nehmen, und alles immer wieder innerlich verarbeiten. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Arbeit für die „Gleichheit“ wird wegen des Geldpunktes allerdings mit außerordentlichen Schwierigkeiten verknüpft sein. Die Frauen sorgen wohl für ihre Männer und Kinder, sorgen für Speise, Trank und Kleidung der anderen, aber denken immer noch zu wenig an sich selbst. Die früheren Bezugsziffern werden wir so leicht nicht wieder erreichen. Die „Gleichheit“

hat einmal über 100 000 weibliche Bezieher gehabt, als die Gewerkschaften sie ihren Mitgliedern kostenfrei aufstellten. Es wird unser Bestreben sein, der „Gleichheit“ neue Leserinnen zu gewinnen, aber wir dürfen doch auf unsere Werbearbeit vorläufig nicht allzu große Hoffnungen setzen.

Die Richtlinien der Genossin Rähler sind gut gemeint, aber unannehmbar, weil sich die Gewerkschaften gegen ihre Verwirklichung wenden würden. Die von der Genossin gewünschten Untergruppen können wir höchstens für die Pflanzarbeit unserer Partei einführen. (Lebhafte Beifall.)

Genossin Mühl: Es ist viel von dem weiblichen Einschlag in der Politik gesprochen worden. Dieser weibliche Einschlag wird in der kommenden Zeit sehr zu spüren sein, und er wird von großer kultureller Bedeutung für uns werden. Die Durchsetzung der Politik mit unserer weiblichen Persönlichkeit muß ein Leitfaden für uns werden. An uns liegt es, die neuen Methoden zu finden, um auf dem Gebiete der Schulung der Frau befruchtend wirken zu können. Ich bedaure deshalb, daß wir über die Frage des weiblichen Vorrats so hinweggegangen sind. Diese Frage wird wieder auftauchen, und wir werden dann nicht daran vorbeikommen, eine Lösung zu finden. Unsere bisherige sozialdemokratische Frauenbewegung ist in gewissem Sinne parteipolitisch gebunden, sie ist starr gewesen und hat sich nicht so fruchtbar ausgestalten können, wie die bürgerliche Frauenbewegung. Die bürgerlichen Frauen sind uns in dieser Beziehung voraus; sie können in viel größerem Maße die ganzen sozialen Einrichtungen mit geschulten Kräften durchsetzen. Es wird deshalb für uns eine Frage der Zeit sein, in systematischer Weise die gesamten sozial-politischen Fragen, überhaupt die Fragen der Kultur von besonderen Gesichtspunkten aus zu behandeln. Wenn wir diesen neuen Weg einschlagen, so braucht er nicht von unserer bisherigen Taktik abzuweichen.

Wir müssen bei unserer Arbeit in der Zukunft auch daran denken, welche besonderen Aufgaben uns bei der Durchführung des Rätegedankens in der Form, wie es Genossin Einzheimer erläutert hat, erwachsen. Ich glaube bestimmt, daß wir in Zukunft in der „Gleichheit“ darüber mancherlei Gedanken finden werden, und ich bitte Sie, diese Gedanken besonders zu beachten. Es ist überhaupt zu bedauern, daß das geistige Leben bei unseren Genossinnen nicht so regt ist, daß es nach der Revolution nicht wie ein Schrei durch die Frauenbewegung gegangen ist: „Nun aber schnell machen mit der bürgerlichen Gleichberechtigung der Frauen, damit vor allen Dingen die Gesetzgebung von den schroffen Bestimmungen, die wir dort noch allemal haben, gereinigt wird.“ Ich habe in einem Artikel von Adele Schreiber in der „Glocke“ den Gedanken bekräftigt gefunden, den wir wohl schon alle empfunden haben, daß es auch heute noch nach dem Gesetz möglich ist, daß der Mann seiner Frau verbieter, sich in ein Parlament wählen zu lassen. Das zeigt, daß wir noch nicht gleichberechtigt sind, und daß wir immer weiterkämpfen müssen für die bürgerliche Gleichberechtigung. Die gesamten Fragen der Moral, der unehelichen Mutterschaft usw. können nicht, wie bisher, im strengen Rahmen der Partei allein behandelt werden; wir werden zu einer ganz anders gearteten weiblichen Arbeit innerhalb der Partei kommen müssen. Die Genossin Dohm-Schuch hat die Fragen der Kindererziehung, der Schulerziehung und die sozialen Fragen berührt. Sie hat von der Gleichberechtigung im Wirtschaftsleben gesprochen. Da ist noch vieles zu sagen. Unsere heutige Frauenbewegung muß den Beweis dafür bringen, daß eine Befruchtung des geistigen Lebens von den Frauen ausgeht.

Was die Beilage, die vom 1. Juli ab neben der „Gleichheit“ erscheinen soll, angeht, so finden Sie in dem Beiratsartikel, den ich geschrieben habe und der in

der Nummer vom 1. Juli stehen wird, das Programm dieser neuen Zeitung. Ich möchte Sie bitten, den Blick unserer Frauen auf den großen Wert unserer Beilage hinzulenken. Es ist ein gewisses Mandat in der Denkweise unserer Frauen im allgemeinen gewesen, daß die großen Kulturaufgaben stiefmütterlich behandelt worden sind; die Sozialdemokratie hatte eben bis zum Kriege nicht die Möglichkeit, sich mit den verschiedensten Einzelfragen eingehend zu befassen. Wir müssen dafür sorgen, daß das kulturelle Leben unter den Frauen, die schon für uns gewonnen sind, sowie das agitatorische unter den Frauen, die wir noch gewinnen wollen, immer mehr gepflegt wird.

Auf eins kommt es aber bei der Ausgestaltung der „Gleichheit“ und der Neueinrichtung der Beilage an: Wenn sich die Genossinnen nicht ganz dafür einsetzen und die Zeitung zu ihrer persönlichen Sache machen, wird der Erfolg ausbleiben.

Aufrecht einer jeden Genossin im Lande wird es daher sein, für die zahlreiche Verbreitung der „Gleichheit“ und somit für die Ausbreitung sozialistischer Ideen zu wirken.

Genossin Plum: Aus dem Referat der Genossin Juchacz haben wir gehört, wie sich die Frauenorganisation während der Revolution gestaltet hat. Während des Krieges sind insbesondere die Frauen in unserem Industriegebiete durch die Kriegsverhältnisse für das politische Leben direkt unfähig gemacht worden, weil sie alle ihre Aufmerksamkeit auf das wirtschaftliche Leben richten mußten. Seit der Revolution ist das anders geworden. Aber während wir früher nur einen Kampf nach rechts zu führen hatten, müssen wir jetzt auch einen schweren Kampf nach links führen. In Essen erklären beispielsweise die Unabhängigen den Frauen: Die „Gleichheit“ erscheine jetzt nicht mehr, es erscheine eine neue Zeitung, die „Kämpferin“. In dem neuen Gebilde, das wir jetzt schaffen wollen, um die Frauen zu gewinnen, müssen wir den Frauen auch etwas bieten, wir müssen Fragen behandeln, um die man sich bisher nur wenig gekümmert hat, namentlich die Fragen der Kommunalpolitik. Die kommunalen Aufgaben, die uns heute in den Stadtparlamenten obliegen, sind für uns von ebenso großer Bedeutung, wie die politischen Aufgaben. Gerade die Proletarierfrauen werden ja in den Verwaltungen auf kommunalem Gebiet eigentlich mehr gebraucht, als wie die Damen der bürgerlichen Gesellschaft. Wir haben in Essen beispielsweise jetzt endlich die Forderung durchgedrückt, daß ein Wächnerinnenamt gegründet wird. Diese und ähnliche Fragen harren der Lösung. Wäher war es uns nicht möglich, in den Gewerkschaften für die politische Agitation zu wirken. Es ist aber gerade für uns Frauen von größter Wichtigkeit, daß wir versuchen, in die Gewerkschaften mit unserer Politik einzudringen. Nur auf diese Weise können wir die Frauen und Mädchen gewinnen und schulen. (Lebhafte Zustimmung.)

Genossin Dohm-Schuch meinte, es empfehle sich nicht, die „Gleichheit“ obligatorisch zu liefern. Diese Einrichtung besteht aber bei uns im Westfälische Essen schon seit 15 Jahren, und wir sind sehr gut dabei gefahren. Heute haben wir nun in der „Gleichheit“ ein geistiges Mittel gewonnen, wodurch wir auch für die zurückstehende Frau Aufklärung schaffen können. Wir müssen daher für die Verbreitung der „Gleichheit“ sorgen und müssen uns für diese Arbeit Mitarbeiterinnen und Helfertinnen heranzüchten.

Bildungsabende haben wir schon vor dem Kriege gehabt. Sie sind aber während des Krieges eingeschlafen. Jetzt sind wir wieder dazu gekommen,

die Frauen monatlich zusammenzurufen und auf diese Weise gegenseitig Aufklärung zu geben.

Auch auf dem Gebiete der Ferienausflüge für unsere Kinder haben wir in dem Bahnbreis Offen schon allerlei Erfolge zu verzeichnen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir durch diese Ausflüge die Frauen zu uns heranziehen, und daß wir so am besten neue Genossinnen werden können. Unser Kampf muß sich richten gegen die Reaktion, und wir müssen ihn führen für die Befreiung des Menschen durch den Menschen.

Genossin Pfaff: Es ist so viel von der Gleichberechtigung der Frauen gesprochen worden, daß ich hier auch einmal über die Gleichberechtigung der Genossinnen untereinander sprechen möchte. Die größte Hemmung in unserem Wirken ist nicht die mangelnde Anerkennung der Frau durch die Genossen, sondern die mangelnde Anerkennung der Genossinnen untereinander. (Lebhafte Zustimmung.) Die Frauen müssen den Grad von Selbstbewußtsein bekommen, der für die Menschenwürde notwendig ist. Das ist ja allerdings sehr schwer; denn wer lange Sklave gewesen ist, wird nicht auf einmal ein freier Mensch. Eine unserer höchsten Aufgaben wird sein, die Menschenwürde in uns selbst zu pflegen, damit wir uns gegenseitig anerkennen und uns die Arbeit erleichtern.

Mit dem Vorschlage der Genossin Kähler auf Teilung der Genossinnen nach ihrer Berufsart kann ich mich nicht befreunden. Gewiß ist es sehr schwer, die Handarbeiterinnen mit dem nötigen Verständnis für die Kopfarbeiterinnen zu erfüllen und umgekehrt. Ich weiß das aus eigener Erfahrung. Aber die Scheidung ist nicht der richtige Weg; man muß die Bezüge vielmehr so oft wie möglich zusammenbringen, denn wir haben uns gegenseitig unendlich viel zu geben. Wenn wir eine Scheidung nach den verschiedenen Berufen vornehmen würden, so würde die Gefahr entstehen, daß jeder nur seinen eigenen egoistischen Interessenkreis berücksichtigt.

Was die Presse angeht, so begrüßen wir es lebhaft, daß endlich wieder eine Frau die Leitung der „Gleichheit“ übernommen hat. Nur eine Frau weiß letzten Endes, was den Frauen nottut. Und wir begrüßen in unserer Genossin Bohm-Schuch eine Frau mit reichem Geiste und reichem Herzen. Aber die gesamte sozialdemokratische Presse muß bereichert werden, und da wünsche ich, daß in den Redaktionen späterhin auch Stellen für weibliche Redakteure geschaffen werden. Denn gerade das ethische Moment, wie es durch die Frauen vertreten wird, muß in Politik und Presse stärker betont werden. (Bravo!)

Genossin Bloss: Es ist eine meiner oft wiederholten Forderungen, daß bezahlte Kräfte eingestellt werden, die die eigentliche Arbeit leisten. Wir wissen ja alle, wie schwer es für die meisten Frauen ist, die nötige Zeit aufzubringen, um die Arbeit zu leisten, die geleistet werden muß, wenn man eine große Parteiorganisation in Zug halten will. Darum bedauere ich auch, daß in die Leitung des Frauenbureaus wieder zwei Mitglieder der Nationalversammlung gewählt worden sind. Von dem Frauenbureau aus müssen die Fäden in das ganze Land gehen. Infolgedessen müssen dort Hilfskräfte eingestellt werden, welche ihm ihre volle Kraft widmen können. Von dort müssen viel mehr kleine Broschüren herausgegeben werden, wie das früher von der Genossin Jitz geschah. Diese Broschüren sind billig, werden gekauft und gelesen. Auch ein zusammenhängender Katalog über die Frauenliteratur (Frauenstimmrecht, Gemeindepolitik usw.) müßte von dort verfaßt werden, wie ich ihn in Württemberg zusammengestellt habe. Die

Bibliotheken müssen viel mehr Frauenliteratur beschaffen. Das kommunistische Manifest, das Erfurter Programm, die Geschichte der Sozialdemokratie von Mehring und die Frauenfrage von Hilli Braun müssen unter den Frauen vielmehr bekannt werden, als das bisher der Fall ist. Diese insbesondere muß ergänzt werden bis in die heutige Zeit. Die Zentrale muß für die Frauenlesende Stoff und Anregungen in alle Bezirke versenden, ebenso Leitfäden für Referate, Flugblätter usw.

Die Volkshochschulen haben nicht den Zweck der Berufsausbildung, sondern vor allem den Zweck, die Lücken zu ergänzen, die in der Volksschule entstanden sind. Wir haben in Stuttgart eine pädagogische Gesellschaft für Schul- und Erziehungsfragen gegründet. In einem solchen Verein gehören vor allen Dingen auch die Mütter hinein, nicht nur die Lehrerinnen. Auf diesem Gebiete kann noch sehr viel geschehen. Wir haben eine Bibliothek, wir haben pädagogische Wochen, wir schicken Redner und Rednerinnen hinaus. In dieser Weise suchen wir Einfluß auf alle Schul- und Erziehungsfragen zu gewinnen. Was die soziale Frauenschule angeht, so hätte ich den Wunsch, daß unseren Genossinnen viel mehr Gelegenheit gegeben wird, dort hinzugehen, und zwar dadurch, daß man ihnen staatliche Mittel zur Verfügung stellt. Aber auch die Art der Prüfung muß eine andere werden; denn es wird dort den Schullehrerinnen ein ungeheurer Ballast aufgebürdet. Man braucht sich doch nur für das eine Fach auszubilden, in dem man tätig sein will und zwar viel mehr praktisch als theoretisch.

Damit habe ich auch schon immer darauf hingewiesen, daß in die Kultusministerien viel mehr Frauen herein müssen. Ich fordere ein Reichsjugendministerium, von dem die gesamten Fragen vom Muttersech für die Frauen bis zur Jugendfürsorge usw. behandelt werden. Das ist ein weites Arbeitsfeld. Was die Presse anbetrifft, so müssen unsere Tageszeitungen mehr Raum für die Frauenfragen freigegeben.

Es ist dann von der Ueberhebung der Genossinnen gesprochen worden, die viel gelernt haben. Ich meine: je mehr der Mensch gelernt hat, desto bescheidener wird er. (Lebhafte Zustimmung.) Die Kopfarbeiterinnen werden mit. E. eher etwas unterschätzt, denn die Handarbeiterinnen bilden die große Mehrzahl, und die Kopfarbeiterinnen sind gewissermaßen immer eine kleine Opposition. Ich muß auch sagen: die geistige ist oft unendlich viel größer als die materielle Not. (Lebh. Zustimmung.) Stohen Sie also diese Frauen, die aus geistiger Not heraus zu uns kommen, nicht zurück. Ich erinnere an Hilli Braun, die sich zurückgezogen hat, weil sie immer gegen das alte Vorurteil kämpfen mußte, das gegen die Generalstochter und gegen die Frau mit einem anderen Bildungsgang bestand, das darf nicht vorkommen; wir wollen alle Frauen unserer Partei heranziehen. Wir wollen Brücken der Verständigung zu den feindlichen Mächten hinüberbauen. Wir müssen aber auch Verständigung und Vertrauen unter den Genossinnen herstellen. Nicht an die Menschen dürfen wir denken, sondern an das große Ziel, das uns alle einen soll.

Genossin Ansforg: Für uns auf dem Lande ist es außerordentlich schwer, in geistiger Beziehung auf die Frauen einzuwirken, und wir würden außerordentlich dankbar sein, wenn es sich die Partei angelegen sein ließe, in dieser Beziehung etwas mehr für die Schulung der Frauen zu tun. Es ist ja auch schon von der Anstellung weiblicher Hilfskräfte gesprochen worden. Wir haben bisher bei der Ausschreibung beratiger Kosten immer bemerkt, daß auch Genossinnen aufgefördert wurden, sich zu melden. Wir würden es begrüßen, wenn Frauen zum mindesten als zweite Sekretäre angestellt würden; wenn das der Fall wäre, dann würde manche Frau viel eher den Weg zur Partei finden. Die Frauen haben alle den Willen zu lernen, aber:

man muß auch Rücksicht auf die Verhältnisse nehmen und die Kostenfrage nicht außer acht lassen. Wir sehen ja, wie überall die Frau als Konkurrenzin des Mannes betrachtet wird. Wie früher in der Fabrik, so ist es heute im politischen und gesellschaftlichen Leben: überall wird die Frau zurückgedrängt. Auf diese Weise verlieren wir eine große Anzahl von Frauen. Wir müssen aber versuchen, uns auch da durchzusetzen. (Zustimmung.) Nachdem wir jetzt auch in die kommunalen Parlamente hereingewählt worden sind, ergibt sich die Möglichkeit, in den vielen Kommissionen, die dort bestehen, mitzuarbeiten. Ich erinnere nur an die Waisenspflege. Gerade in den bisherigen Waisenhäusern herrschen manchmal ganz unerträgliche Zustände. Hier müssen wir helfend eingreifen. In der Jugendbewegung können wir daselbe beobachten. Es ist gerade Aufgabe der Mütter und der Frauen, diejenigen, die in den Waisenhäusern sind, die oft genug in der unheimlichsten Weise ausgebeutet und mißhandelt werden, zu schützen.

In den Ferienwanderungen haben wir Gelegenheit, die Kinder zu uns heranzuziehen und ihnen die Schönheiten der Heimat zu zeigen. Wir haben das in unserem Bezirk den ganzen Krieg hindurch getan und werden es auch weiter tun. Wir könnten manche Kinder davor bewahren, Waisenkinder zu werden, wenn wir auch den Frauen die nötige Hilfe zuteil werden lassen, die sie in Unglücksfällen und in Krankheitsfällen brauchen. Das geschieht in der Frauenhilfe. Wir müssen uns eben gegenseitig in der Not Hilfe leisten, denn wird auch manche Frau das Krankenbett rechtzeitig verlassen können.

Was die „Gleichheit“ anbelangt, so wissen wir in unseren ländlichen Bezirken genau, wie schwer ist es, für die „Gleichheit“ zu wirken, weil die Kostenfrage vom dem Abonnement abhängt. Es wird uns schwer werden, der „Gleichheit“ die Verbreitung zu verschaffen, die wünschenswert wäre. Ich erinnere auch nur an die Kriegesfrauen, die Kriegswitwen, die Knappschäftswidwen usw., die kaum in der Lage sind, sich ihren täglichen Lebensunterhalt zu schaffen. Aber trotzdem werden wir für die Verbreitung der „Gleichheit“ wirken. (Bravo!)

Genossin Leg-Dortmund: Es ist unsere Pflicht, in den einzelnen Bezirken je nach dem Charakter der Bevölkerung zu wirken. In jedem einzelnen Bezirk sind verschiedene Bevölkerungsschichten vorhanden, liegen verschiedene Verhältnisse vor. Im westlichen Westfalen haben wir hauptsächlich mit dem Zentrum zu tun. Wir haben dort eine schwere Arbeit zu leisten, die es uns oft unmöglich macht, in der Agitation so zu wirken, wie wir es eigentlich möchten. Wir brauchen für unsere Arbeit als Bindeglied die Zeitung. Wir haben uns in unserem Bezirk deshalb die „Wahrheit“ und die „Frauenzeitung“ geschaffen. Diese beiden Organe sind für uns ein Mittel geworden, mit dem wir die Frauen zu uns heranzuziehen können. Infolgedessen können wir für die „Gleichheit“ nicht so wirken, wie wir es gern möchten; denn wir brauchen ein solches Organ, namentlich für die Eingliederung der Beiträge. Trotzdem freue ich mich, daß sich die Genossin Bohm-Schuch bereit erklärt hat, die Leitung der „Gleichheit“ zu übernehmen, und ich werde in unserem Bezirk alles daran setzen, um diese Zeitung immer weiter zu verbreiten. (Bravo!) Aber wir dürfen nicht vergessen, daß die Frauen sich auch heute von den Männern noch nicht wirtschaftlich frei gemacht haben. Bei uns sind die Frauen hauptsächlich Hausfrauen und infolgedessen vom Manne wirtschaftlich abhängig. Hier bedarf es noch einer ungeheureren Aufklärung.

Die Einrichtung der Ferienausflüge haben wir im westlichen Westfalen schon lange. Wir sind los gegangen und haben Gelder gesammelt, um unseren Kindern eine Freude zu machen,

Vor allen Dingen kommt es darauf an, Aufklärung zu schaffen. Wir müssen da die Augen offen halten, denn auch die bürgerlichen Frauen sind eifrig an der Arbeit und versuchen, uns die Frauen abspenstig zu machen. Vielleicht wäre uns die Arbeit leichter, wenn dafür gesorgt würde, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse besser werden. Hier sollte auch die Regierung endlich einmal den Schleiß- und Wucherhandel beseitigen; denn solange diese Frage eine berartige Rolle spielt, so lange werden wir mehr zu kämpfen haben gegen die Unaufgeklärtheit der Frauen.

Genossin Endmann-Medlinghausen: Ich möchte vor allen Dingen darum bitten, daß uns vom Parteivorstand aus viel mehr Anregungen zugehen, als das bisher geschehen ist. Es wäre sehr erfreulich, wenn die Genossin Zuchacz sich namentlich mit dem westlichen Westfalen etwas mehr befassen würde; denn gerade dort haben wir fürchtbar mit der Zentrumspartei zu kämpfen. Auch ich muß sagen: die bürgerlichen Frauen sind in dieser Beziehung viel weiter als wir. Das kommt daher, weil wir nicht genügend Kräfte zur Verfügung haben. Wir müssen alles aus eigener Kraft machen. Es kommt vor allen Dingen darauf an, daß wir Selbsterziehung üben, daß wir kollegial zusammenarbeiten.

Der Jugendbewegung müssen wir die größte Aufmerksamkeit schenken. Bei uns ist man jetzt von der Zentrumspartei aus dazu übergegangen, eine Jungmannschaft zu gründen. Auch wir müssen hier mit unserer Arbeit einsehen.

Es ist schon davon gesprochen worden, daß die großen Ernährungs-schwierigkeiten viele Frauen abhalten, zu uns zu kommen, weil sie sich eben sagen, daß auch seit der Revolution nichts besser geworden ist; die Regierung mühte unter allen Umständen schärfer vorgehen, damit wenigstens der Schleißhandel unmöglich gemacht wird, und damit wenigstens auch die Lebensmittel beschlagnahmt werden, die vorhanden sind. In diesem Sinne müssen auch unsere Genossinnen in den Parlamenten arbeiten.

Genossin Schroeder: Bei der sprunghaften Zunahme der Mitglieder besteht in weit höherem Maße als früher die Gefahr, daß unser Parteilieben mehr in die Breite, als in die Tiefe geht. Daher habe ich mich darüber gefreut, daß in der heutigen Diskussion ein so großer Wert auf die Aufklärung unserer Frauen gelegt wird. Es ist notwendig, daß die zu uns gekommenen, aber unseren Ideen noch fremden Frauen aufgeklärt und geschult werden. Das muß geschehen durch die Frauenabende, zu denen die Frauen heranzuziehen alles geschehen muß. Ein Weg zu den Müttern geht über die Kinder; dazu können die Ferienausflüge und überhaupt die Beschäftigung mit den Kindern, vor allem Elternabende dienen. Wo der Hauptweg für die Aufklärung scheint mir der schriftliche zu sein. Auf diesem Gebiet muß mehr geschehen, namentlich mit Hilfe von Flugblättern und kleinen Broschüren. Das kann nicht alles von der Zentrale aus geschehen; denn gerade diese kleinen Broschüren müssen individuell zu den einzelnen Personen sprechen. Auch die Parteipresse muß hier helfend eingreifen. Die Presse muß so ausgestaltet werden, daß jede Frau, wenn sie die Zeitung zur Hand nimmt, das Gefühl hat: hier finde ich etwas für mich; denn nur auf diese Weise kommt sie schließlich auch zu politischen und anderen Artikeln. Dazu ist aber notwendig, daß wir weibliche Redakteure und weibliche Mitglieder der Pressekommisionen haben.

Genossin Zuchacz hat von der Weiterbildung der schon mehr geschulten Genossinnen gesprochen. Das muß in der Hauptsache geschehen zusammen mit

unseren wackeren Genossen. Wir müssen mit den Männern zusammenarbeiten und wissen von ihnen lernen, gerade auf dem Gebiete der Konsumtalsparteikl.

Die Volkshochschule kann natürlich keine Berufsausbildungsstätte sein, aber in ihr sollen die sozialen Probleme in Vorträgen erläutert und den Arbeiterfrauen nähergebracht werden. Wenn wir auf diesem Gebiete nicht aufpassen, werden uns die bürgerlichen Frauen in ganz kurzer Zeit überflügelt haben. (Beifall.) Genossin Bohm-Schuch hat auf den ungeheuren Wert der Kinder für unsere Zukunft hingewiesen; da ist es unerhört, daß immer noch ein großer Teil unserer Volkshochulen nicht wieder dem Unterricht zurückgegeben worden ist. Dadurch leiden die Kinder in unerhörter Weise. Ich bitte Sie deshalb, meiner Resolution zuzustimmen. (Beifall.)

Genossin Bartels: In dem eingehenden Referat der Genossin Juchacz ist nicht über die Fragen gesprochen worden, mit denen man den Genossinnen auf dem flachen Lande und den Frauen, die es werden wollen, gegenüberzutreten soll. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß die Arbeit auf dem flachen Lande die schwerste ist und daß man sich bisher mit dieser Arbeit am allerwenigsten beschäftigt hat. Auch wir haben in unserem Bezirk sehr mit dem Zentrum zu kämpfen. Ich habe Gelegenheit gehabt, in einer Versammlung anwesend zu sein, in der ein katholischer Geistlicher seinen Hörerinnen über die Forderungen der Sozialdemokratie in vollständig entstellter Form berichtete. Gerade hier haben wir gegen viele Verurteile gegen die Sozialdemokratie zu kämpfen, und es wäre sehr erwünscht, wenn man sich von der Parteileitung aus mehr mit dieser Frage beschäftigen würde. Ich habe in meiner Tätigkeit die Realität des Lebens kennengelernt, und ich muß sagen, daß ich nicht die Hoffnungslosigkeit der Genossin Bohm-Schuch teile. Die Selbstfrage spielt doch immer wieder eine große Rolle, und ich verleihe keinen Augenblick die Schwierigkeiten, die uns hier entgegenstehen. Ich möchte aber alle diejenigen, die Erfahrungen auf diesem Gebiete gesammelt haben, bitten, durch die Tagespresse und durch die „Gleichheit“ uns Ratsschläge zukommen zu lassen; denn gerade auf dem flachen Lande muß unsere Parole sein: Kampf gegen die Unkenntnis, aber auch Kampf gegen den Katholizismus, der die Massen verblummt. (Beifall.)

Genossin Schulz: Auch ich kann nur dem Wunsch Ausdruck geben, daß die Genossin Juchacz alles tun möge, um uns auf dem flachen Lande zu helfen.

Was die „Gleichheit“ anbetrifft, so hat die Genossin Bohm-Schuch uns allen aus dem Herzen gesprochen. Aber die „Gleichheit“ mag noch so schön geschrieben sein, was hilft das alles, wenn sie nicht gelesen wird. Ich möchte deshalb anfragen, ob es nicht möglich wäre, daß auch einmal Exemplare der „Gleichheit“ in die Bezirke geschickt werden, die dantelber liegen. Wir müssen bedenken, daß bei uns in Braunschweig die Demokratische Partei sehr viele Mitglieder hat, daß sie alles daran setzt, um neue Mitglieder zu gewinnen und die alten auszubilden. Das ist bei uns nicht in dem Maße der Fall, wie es wünschenswert wäre.

Genossin Lohenhagen-Berlin: Wir wünschen, daß neben der Parteischule auch eine Frauenschule eingerichtet wird. Aber auch diese Frauenschule kann immer nur einen kleinen Kreis von Genossinnen erfassen. Wenn diese dann sich über ganz Deutschland verteilen, dann werden wir überall die Konkurrenz mit den bürgerlichen Frauen aufnehmen können. Wir brauchen Genossinnen für die soziale Wohlfahrtspflege und müssen heute, weil uns befähigte Kräfte fehlen, Frauen aus bürgerlichen Kreisen nehmen. Nun stehe ich gewiß nicht

auf dem Standpunkt, daß es eine bürgerliche Frau unter keinen Umständen sein darf. Wenn sie soziales Empfinden hat, wäre es sogar ein Unrecht, sie auszuscheiden. Aber oft geschieht es doch, daß wir bürgerliche Frauen auch ohne geringendes soziales Empfinden nehmen müssen, weil uns Genossinnen fehlen. Im übrigen stellt sich immer mehr auf politischem Gebiete eine gewisse Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen heraus. (Sehr richtig.) Die soziale Arbeit fällt immer mehr den Frauen zu. Darum dürfen wir uns aber nicht einseitig auf diese Arbeit beschränken. Wenn wir auf sozialem Gebiet erfolgreich arbeiten wollen, müssen wir die wirtschaftlichen Zusammenhänge erkennen und das richtige Augenmaß für alle politischen Fragen gewinnen. Diese Kenntnisse soll uns die soziale Frauenschule vermitteln. Gegen die Richtlinien der Genossin Käbler auf besondere Organisierung der Frauen in Partei und Gewerkschaft habe ich doch Bedenken. Denken Sie an die Erfahrungen, die wir jetzt mit den Lehrern machen. Die sozialistischen Lehrer haben eine besondere Arbeitsgemeinschaft gebildet. Darüber ist einmal der Allgemeine Deutsche Lehrerverein ungehalten und sodann besteht doch vom Standpunkt der Partei die Gefahr, daß diese Arbeitsgemeinschaft gesondert auch zu Fragen Stellung nimmt, die über ihr Arbeitsgebiet hinausgehen. Zu ähnlich ungeunden Verhältnissen würden wir kommen, wenn wir die Frauen besonders organisatorisch erfassen würden. Dann wird es ganz unvermeidlich sein, daß die Frauen innerhalb dieser Sondergruppen ihre besonderen Sorgen und Nöte in den Vordergrund stellen und daß die allgemeinen politischen Gesichtspunkte darunter leiden. Wir sollten dieses Problem zunächst einmal noch gründlich durcharbeiten. Wichtig ist, daß die Frauen durch die Revolution zwar die gleichen politischen Rechte erhalten haben, aber bürgerlich noch nicht gleichberechtigt sind. Wenn sich das einmal besonders trotz erweist, müssen wir darauf immer wieder hinweisen, wie wir Berliner es getan haben, als bei der Verurteilung von Jugendlichen zu langen Gefängnisstrafen in den letzten Unruheprozessen von uns die Heraussetzung des Strafmündigkeitsalters verlangt wurde. Wir müssen stets auf dem Posten sein und für die volle Gleichberechtigung auf allen Gebieten kämpfen. Dieser Kampf wird nicht leicht sein, denn im Augenblick ist ja noch nicht einmal die bürgerliche Gleichberechtigung aller Männer vorhanden. Für die „Gleichheit“ müßte eine lebhaftere Hausagitation entfallen werden.

Genosse Buhl: Ich danke zunächst dafür, daß Sie auch uns Männern hier erlauben zu sprechen. Was die Vorrednerin von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer gesagt hat, ist nicht richtig. Eine solche besondere Organisation für die sozialdemokratischen Lehrer ist dringend notwendig. (Sehr richtig!) Das ist kein Partikularismus der sozialdemokratischen Lehrer. Der Deutsche Lehrerverein ist ein wirtschaftlicher Verband der Lehrer, gewissermaßen die Vorstufe für eine Lehrergewerkschaft. Die sozialdemokratische Lehrergewerkschaft oder Lehrergewerkschaft, die sozialdemokratische Lehrergewerkschaft, diesen wirtschaftlichen Verband, allmählich mit sozialistischem Geist zu durchdringen. In 15jähriger Bildungsarbeit habe ich die Erfahrung gemacht, daß unser ganzes Bildungswesen durch und durch reformbedürftig ist. Wir müssen mit allen Mitteln zur wahren Bildung zu kommen suchen. Wahre Bildung heißt, Männer und Frauen zu sozialdemokratischen Persönlichkeiten und Charakteren zu erziehen. Gätten wir mehr sozialdemokratische Persönlichkeiten und Charakteren zu erziehen. Gätten wir mehr sozialdemokratische Persönlichkeiten, so würde die Massenflucht aus unseren Reihen jetzt nicht erfolgen. Daher bitte ich um Ihre Unterstützung. Gerade die Frauen können hier viel helfen. Eine Bildungsreform aber ist abhängig von einer allgemeinen Lebensreform. Der Mensch erhält seine

ersten Eindrücke schon vor der Geburt, nach dem Gesetz der Vererbung. Wenn wir sozialdemokratische Persönlichkeiten heranbilden wollen, müssen wir auch dafür sorgen, daß sich nur Eltern vereinigen, die geistig und körperlich völlig gesund sind. Ich weiß, wie schwer es ist, dafür eine gesetzliche Form zu finden. Aber helfen wir daran mit, daß ein gesetzliches Eheverbot für geistig und körperlich minderwertige Menschen geschaffen wird. Und sorgen wir dafür, daß bis dahin solche Menschen aus freiem Entschluß auf die Ehe verzichtet. Geistig und körperlich gesunde Eltern werden auch eine geistig und körperlich tüchtige Nachkommenschaft haben. Und dann noch eins: In den Lebensjahren von 14 bis 18 Jahren ist die Anziehungskraft der Geschlechter besonders stark. Das ganze Leben dieser jungen Leute steht unter der Einwirkung des Geschlechts. Warum? Weil die heutige verkehrte Erziehung dafür sorgt, daß dieses Gebiet für das heranwachsende Geschlecht etwas Geheimnisvolles an sich hat. Wenn das Verhältnis der Geschlechter zueinander auf das natürliche Gebiet zurückgeführt wird, dann wird der gegenseitige Drang nicht mehr so stark sein. Darum fordere ich die geschlechtliche Aufklärung schon von frühester Jugend an. Ich bitte um Ihre Unterstützung. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Genossin **Vohm-Schuch**: Ich kann mich in meinem Schlußwort kurz fassen, denn alle Rednerinnen haben mir zugestimmt. Seit zwei Jahren ist die „Gleichheit“ den Bedürfnissen auch einfacher Arbeiterfrauen angepaßt. Was nicht aber der beste Lesestoff, wenn er nicht gelesen wird. (Sehr richtig!) Der Wunsch nach einer besonderen Beilage der „Gleichheit“ für die Landarbeiterinnen ist aus finanziellen Gründen unerfüllbar. Wir haben bisher leider einen sehr kleinen Bezerimentskreis auf dem Lande. Aber selbstverständlich wollen wir nach Möglichkeit die Interessen auch der Landarbeiterinnen und der Landfrauen berücksichtigen. Das wäre leichter möglich, wenn wir mehr Mitarbeiterinnen auf dem Land hätten. Es ist durchaus nicht notwendig, daß die Einblendungen vom Lande gleich druckfertig sind. Ich bin selbst vom Lande und weiß, was gemeint ist, auch wenn eine Genossin sich etwas ungeschickt ausdrückt. Im Sommer ist auf dem Lande nur schwer zu agittieren, aber an den langen Winterabenden könnte man in jedem Dorf einen Lesesaal einrichten. In den letzten Wintern war der Mangel an Licht ein Hindernis. Große Anstalten dürfen die Einrichtungen auf dem Lande natürlich nicht machen, denn das Einkommen ist noch immer gering. Aber wenn zwei bis drei Exemplare der „Gleichheit“ für 10 bis 15 Frauen abonniert werden, dann sind diese Kosten zu tragen. Auch wenn die Frauen nicht alles beim erstenmal verstehen, so werden ihnen doch Anregungen vermittelt und eine Grundlage gegeben zur Weiterentwicklung und zum Denken. Wenn ich zur Mitarbeit an der „Gleichheit“ auffordere, so kann es natürlich doch auch einmal vorkommen, daß ein Artikel nicht Aufnahme findet. Das ist bei jeder Redaktion der Fall. Wenn z. B. zu gleicher Zeit drei oder noch mehr Artikel über eine Frage eingeschickt werden, so können nicht alle drei Artikel Aufnahme finden. Der Beschwerdebeführerin über die Nichtaufnahme eines Artikels zur Kommunalpolitik sei gesagt, daß gerade über kommunale Fragen die „Gleichheit“ in den letzten Monaten viel gebracht hat. (Sehr richtig!) Auf das Land sollten nur die tüchtigsten Rednerinnen geschickt werden. (Sehr richtig!) Ich habe in der Wahlbewegung die Erfahrung gemacht, daß gerade von der Landbevölkerung wichtige Fragen gestellt werden. So bin ich gestraft worden nach dem Ausbau der Unfallversicherung, der Invalidenversicherung, nach der Erfüllung der Rentenansprüche unter einer sozialistischen Regierung, nach der Möglichkeit des Nichtkündentages auf dem Lande usw. Nur vollkommen fattel-

ste Rednerinnen dürfen auf das Land hinausgehen und sie müssen dann in einfachen Worten zu den Frauen dort sprechen, damit sie auch verstanden werden. (Sehr richtig!) Die Hauptarbeit in unserer Bewegung muß nach wie vor von den Frauen geleistet werden, die in den einzelnen Bezirken arbeiten. Von außen können immer nur Anregungen kommen. Ungehobene Opfer persönlicher und finanzieller Art sind von Ihnen allen gefordert worden, ich weiß, was Sie geleistet haben und es gibt keinen anderen Dank als den des Erfolges. Der Segen liegt in der Arbeit selbst. Was Sie tun, tun Sie nicht um äußerer Vorteile wegen, sondern um der Sache willen. (Sehr richtig!) Jeder Wahlkreis in Deutschland müßte eine Frau als Abgeordnete haben. Diese Abgeordnete müßte ständig Fühlung halten mit ihrem Bezirk. Und der Bezirk müßte ständig Anregungen und Wünsche an die Abgeordnete weiterleiten. Wenn so Anregungen aus allen Wahlbezirken bei den Abgeordneten zusammenströmen, dann kann das von reichem Segen sein für die Arbeit des Parlaments. (Beifall.)

Schlußwort der Genossin **Juchacz**: Die Aufstellung der Liste der Referentinnen ist nach rein sachlichen Gesichtspunkten erfolgt. Wir haben allerdings nicht daran gedacht, daß auch hier die einzelnen Landesteile berücksichtigt werden müßten. Ja, wenn es sich um eine Kommission oder um eine Arbeitsgemeinschaft gehandelt hätte, dann hätten auch geographische Gesichtspunkte mitwirken können. Aber bei der Aufstellung der Tagesordnung sind wir rein nach Zweckmäßigkeitserwägungen verfahren. Man sollte soviel Disziplin haben, das eigene Gefühl hier zurückzustellen. Es wird der Sache gar nicht geschadet, wenn die Referentinnen zufällig alle in Berlin und nicht in Süddeutschland wohnen. (Sehr richtig!) Die Genossin **Hiller** hat meine Tätigkeit nicht befriedigt. Sie sagt, es hätte an konkreten Beschlüssen gefehlt, nach denen wir uns hätten richten können. Das ist nicht richtig. Ich habe die Parteientwicklung genau beobachtet und festgestellt können, daß die Frauenbewegung sich genau den Richtlinien angepaßt hat, die die Frauenkonferenz von 1917 ihr gegeben hat. Dazu hat die Genossin **Grünberg** gesagt, daß die Zentralkomitee direkt mit den Genossinnen Fühlung nehmen müßte. Diese Forderung beweist, daß Genossin **Grünberg** das Wesen der Organisation noch immer nicht richtig begriffen hat. Der alte frauenrechtlerische Standpunkt kommt da zum Durchbruch. Wir bilden eine einheitliche Organisation, wobei wir natürlich dafür zu sorgen haben, daß im Rahmen der Gesamtorganisation die Fraueninteressen nicht zu kurz kommen. Unsere Frauenkonferenzen sind auch nur ein Stück des Ganzen, aber keine Körperschaft für sich. Deshalb ist es organisatorisch gar nicht möglich, daß ich mich, wie es die Genossin **Grünberg** verlangt hat, mit Zirkularen an die Genossinnen in den Organisationen wende. Die Grundlagen unserer Organisation sind die Bezirke. Mit Zirkularen, Anregungen, Flugblättern oder Broschüren wendet sich der Vorstand an die Bezirkssekretäre. Was dann mit dem Material geschieht, ist einmal Sache der Bezirkssekretäre, aber auch Sache unserer Genossinnen, die mit dem Bezirkssekretär zusammenarbeiten müssen. Abgesehen von dem persönlichen Briefverkehr kann ich mit den Genossinnen nur indirekt Fühlung halten. Man kann doch gar nicht wissen, welche Genossinnen im Lande Anregung haben wollen. Ich habe hier Gesichter gesehen und Namen gehört, die mir bisher völlig unbekannt waren. Wie kann ich von der Existenz dieser Genossinnen überhaupt eine Ahnung haben! Was ich aber kann und tue, ist, daß ich durch die Tagespresse und durch die „Gleichheit“ auf die Genossinnen Einfluß auszuüben suche. Die Presse soll das Unbeglebte sein. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir uns nach den Beschlüssen des Parteitages zu richten haben. Aus ihnen können wir das Beste für unsere Frauenbewegung herauszuholen suchen. Ich hätte mich gefreut, wenn der Parteitag den Antrag Frank-

furt, vielleicht mit einer reaktionellen Aenderung angenommen hätte. Er wäre ein Instrument gewesen, mit dem wir innerhalb der Parteioorganisationen etwas zur Pflege der Frauenbewegung hätten tun können. Wir kämpfen den gleichen Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Joch des Kapitalismus. In diesem Kampfe müssen wir der Frau die Stellung anweisen, die ihr zukommt. Wir wissen, daß die Frauen gefühlsmäßig sehr leicht zu beeinflussen sind und daß sie deshalb prozentual in viel stärkerem Maße als die Männer zum Radikalismus ausschwenken und den Unabhängigen Gefolgschaft leisten. Es gehört oft viel Mut dazu, gegen diese Entwicklung anzukämpfen. Wir dürfen uns aber vor diesem Kampf nicht fürchten, sondern müssen ihn mutig aufnehmen. Die Genossin Pfüll hat auf den starken Zuwachs aus anderen Kreisen hingewiesen, den wir jetzt zu verzeichnen haben. Es kommen jetzt Personen zu uns aus Kreisen, die sich bisher nicht zur Sozialdemokratie bekannnt haben. Gewiß sind sehr viel wertvolle Kräfte darunter. Aber ist es nicht so, als spräche man hüben und drüben eine ganz andere Sprache? Es gehört viel guter Wille und viel Geduld dazu, um sich gegenseitig zu verstehen. Die Genossinnen aus der sogenannten Intelligenz fühlen sich zum Teil als geistige Wohlthäter. Die klassenbewußte Arbeiterin hat ein feines Gefühl dafür und fühlt sich leicht verletzt. So tritt eine Spannung zwischen beiden Teilen ein, die nicht gut ist und kein gedeihliches Zusammenarbeiten aufkommen läßt. Alle sind willkommen, die sich uns anschließen, aber niemand darf sich erhaben fühlen. (Sehr richtig!) Auf der anderen Seite müssen sich auch die Arbeiterinnen in die Seele der anderen, anders erzogenen Menschen zu verstehen suchen. Wir müssen uns gegenseitig verstehen lernen und mit dem festen Willen zusammen arbeiten, um ohne alle Vorbehalte allein der Sache zu dienen. (Weißfall.) Was die vielen Wünsche anlangt, die hier geäußert worden sind, so muß ich doch sagen, daß ihre Erfüllung früher Hunderte gekostet hat und jetzt Tausende kostet. Der Parteivorstand kann nicht alles machen. Es gibt eben keinen Nürnberger Richter, der jedem einzelnen gibt, was er denken soll. Wir wünschen überhaupt keine Schablone. Die sozialdemokratische Frauenbibliothek sollte mehr benutzt werden. Sie müssen jetzt, wenn Sie in Ihre Bezirke kommen, schleunigst zur Erhöhung des Abonnements auf die „Gleichheit“ Stellung nehmen, damit wir keine Leserinnen verlieren. Es braucht nicht immer besondere Frauenliteratur zu sein, unsere allgemeine Parteiliteratur gibt uns eine Fülle von Stoff. Auf dem Gebiet der Kommunalpolitik haben wir die außerordentlich wertvolle Broschüre der Genossin Blos aus dem Verlag für Sozialwissenschaft. Die Diskussion war für mich außerordentlich interessant, jede Rednerin hat sich meinem Gedächtnis eingepägt. Unsere Frauenbewegung hat durch diese Aussprache eine wertvolle Bereicherung erfahren. (Abhänger Weißfall.)

Helene Grünberg (persönlich): Die Wortwürfe der Genossin Zuchacz sind unberechtigt. Auch ich will ganz selbstverständlich keine besondere Frauenorganisation, sondern hatte nur gewünscht, daß im Rahmen der Gesamtpartei, ähnlich wie bei der Jugendbewegung, Richtlinien und Rundschreiben von der Zentralstelle aus unseren Genossinnen direkt zugesandt werden möchten. In den Großstädten ist das noch nicht einmal so notwendig, wie in den Klein- und Mittelstädten. (Sehr richtig!) Den Vorwurf, den Genossin Zuchacz wohl nicht böse gemeint hat, daß ich einer Sonderorganisation das Wort geredet hätte, kann ich aber wirklich nicht auf mir sitzen lassen.

Genossin Zuchacz: Die Sache wird sich schnell auflären. Ich habe nur klargestellt, daß ich mein Material immer erst an die Bezirke schicken muß und daß die Genossinnen sich dieses Material von den Bezirken erbitten müssen.

Mittagspause.

Sozialdemokratische Partei

Deutschlands
Parteivorstand
Bibliothek

Nachmittags Sitzung.

Vorsitzende Zuchacz eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 45 Minuten.

Genosse Weiss: Im Namen des Parteivorstandes, wenigstens der männlichen Mitglieder des Parteivorstandes, denn der weibliche Teil ist ja hier vertreten, habe ich die Frauenkonferenz herzlich zu begrüßen. Gleichzeitig habe ich um Entschuldigung dafür zu bitten, daß eine ganze Anzahl unserer männlichen Mitglieder hier nicht erscheinen können. Das geschieht nicht aus Mangel an Interesse. Die Geschichte der Partei und das oft bewiesene Interesse des Parteivorstandes für die Frauenbewegung würden einen solchen Vorwurf für nicht berechtigt erscheinen lassen. Wir sind uns der Wichtigkeit der Frauenbewegung bewußt, wissend, daß Sie die größere Hälfte unseres Volkes sind. Wir denken auch daran, daß die Frauen während des Krieges ein wirtschaftlicher und politischer Faktor in dem Leben der Nation von ungewohnter Kraft geworden sind. Diese eine Tatsache zwingt nicht nur uns, der Frauenbewegung ganz besondere Aufmerksamkeit entgegenzubringen. Die erste Tat unserer Parteigenossen in der Regierung ist es gewesen, für die Frauen das Stimmrecht durchzusetzen. Von den Reaktionen ist dieses neue Recht in höchst vorteilhafter Weise durch Stärkung ihrer persönlichen Macht ausgenutzt worden. Zahlreiche Parteigenossen, ja in erster Linie solche, die später zu den Spartakisten abgetrennt sind, haben mir gesagt: Durch das Frauenwahlrecht haben wir die Reaktion gestärkt. Die Wichtigkeit dieser Tatsache kann niemand bezweifeln. Die Klerik hat ihren ganzen Einfluß aufgeboten, um die Frauen vor den Wagen des Zentrums zu spannen und auch die Deutschnationale Volkspartei hat gewaltigen Nutzen aus dem Frauenstimmrecht gezogen. Die Erfolge dieser Parteien sind überhaupt nur in erster Linie aus dem Frauenwahlrecht zu erklären. Und dennoch war die Einführung des Frauenwahlrechts eine revolutionäre Tat. Zugegeben, daß es zunächst reaktionär gewirkt hat. Dennoch ist mit dem Stimmrecht den Frauen eine revolutionäre Waffe in die Hand gegeben. Und wir können ganz sicher damit rechnen, daß diese Waffe, die zunächst den Reaktionen Nutzen gebracht hat, in gar nicht zu langer Zeit, wenn wir die Frauenaufklärung von der richtigen Seite anpacken, im Dienste der Revolution fruchtbar werden wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Gegenwärtig lastet ein noch schwererer Druck auf den Seelen der Frauen als während der Kriegszeit, wo sie ihre Gatten und Söhne im Felde wußten, daran denken: vielleicht wird er in diesem Augenblick von feindlichen Kugeln durchbohrt, vielleicht von feindlichen Granaten zertrümmert, vielleicht verschüttet, vergiftet oder in anderer Form ein Opfer der modernen Kriegstechnik. Ist in dieser Stunde die Not durch die Ueberreichung der Friedensbedingungen zu Ende? Es ist schwer zu sagen. Wir haben wenig zu erhoffen von der Geheimdiplomatie, die jetzt so ungeheure Triumphe feiert, wie noch niemals im Verlauf der Geschichte. Vier Männern ist das Geschick der Welt in die Hände gegeben, und sie spielen so rücksichtslos mit den Völkern, wie es ebenfalls in der Geschichte noch nie erlebt wurde. Auch diesen Druck gilt es, durch die Mithilfe der Frau zu überwinden. Hoffen wir, daß wir zu einem Frieden kommen, der die Weibchen der vielen Hunderttausende, die heute noch in der Kriegsgefangenschaft schmachten, beendigt; hoffen wir, daß wir von dem Druck dieser furchtbaren Zeit frei werden. Noch wissen wir es nicht, aber wir wollen und können hoffen. Wir wollen hoffen, und wir wissen, daß die Regierung alles tun wird, um der Allgemeinheit, um also auch den Frauen alle möglichen Erleichterungen zu erzwingen. Wenn unsere Hoffnungen aber getäuscht werden, dann dürfen die politisch tätigen Frauen nicht zur Seite stehen, dann

müssen sie mitwirken im Kampf als Führerin und Macherin für die Schwachen: denn es handelt sich ja darum, nicht nur uns, sondern in erster Linie auch der heranwachsenden Generation ein besseres Leben zu gewährleisten. (Beifälliger Beifall.)

Diese wenigen Worte habe ich Ihnen im Auftrage des Parteivorstandes zu sagen. Offen wir, daß die Frauenkonferenz zur Stärkung der Frauenbewegung innerhalb der Partei beiträgt; denken Sie aber vor allem daran, daß innerhalb der Parteiorganisation der eigentliche Kampfplatz für die Frau ist, auf dem weitergebaut werden kann. In diesem Sinne wünscht Ihnen der Parteivorstand für Ihre Tätigkeit den allerbesten Erfolg. (Beifälliger Beifall.)

Vorsitzende Zuschag: Wir danken dem Parteivorstand für die Begrüßung und fügen in der Tagesordnung fort.

Genossin Gertrud Hanna erhält das Wort zu ihrem Referat:

Frauenarbeit und Frauenschuß.

Durch den Krieg ist die Frage der Frauenarbeit in den Vordergrund des Interesses gerückt gewesen; noch mehr aber müssen wir dieser Frage wegen der Zustände nach dem Kriege unsere Aufmerksamkeit widmen. Während des Krieges haben wir die Frauenarbeit im wesentlichen nach der Richtung des gesundheitlichen Schutzes der Frauen und Kinder aufgeworfen, ferner der im Vergleich zu der männlichen Ausbildung anders gearteten Berufsschulung der Frauen, endlich auch in der Art ihrer Beschäftigung. Jetzt heißt die Hauptfrage: Wie sichern wir den Frauen ihren Arbeitsplatz, auf den sie Anspruch haben? Wie beschäftigen wir das Riesengeheer der während des Krieges in das Erwerbsleben eingetretenen Frauen? Bei der Beantwortung dieser Frage steht die Art der Beschäftigung der Frauen und ihre Wirkung zunächst im Hintergrunde. Wieviel Frauen während des Krieges beschäftigt worden sind, werden wir wohl niemals erfahren, das wird gar nicht genau festzustellen sein. Mit allen Mitteln sind die Frauen in das Erwerbsleben hineingeföhrt worden. Die Frauenreferate bei den Kriegsdämtern dienten ja nur dem Zwecke, Wege zur Fruchtbarmachung der Frauenarbeit zu schaffen. (Sehr richtig!) Ja, man ist sogar vor einem gewissen Zwang nicht zurückgeschreckt, um die Frauen für die Erwerbstätigkeit zu gewinnen. Ich erinnere daran, daß den Kriegerfrauen die Unterstützung entzogen werden sollte, wenn sie nicht eine Beschäftigung nachweisen konnten. Ja, schon vor dem Erlaß solcher Bestimmungen haben sich einzelne Gemeindevorstände in ganz rücksichtsloser Form in diesem Sinne betätigt. Während des Krieges erregte man die Frauenarbeit mit allen möglichen Mitteln bis in den Kreis der bestgestellten Frauen hinein, die auf Berufstätigkeit nicht angewiesen waren. So nötig brauchte man die Frauenkräfte, um die nötige Arbeit zu leisten, die der Krieg verlangte.

Ich habe schon sehr früh darauf hingewiesen, daß mit dem Ende des Krieges eine Störung im Erwerbsleben eintreten müßte, ganz gleich, ob sein Ausgang für uns günstig oder ungünstig sein würde. Damit habe ich wenig Anlang gefunden und mir besonders auch von Männern immer wieder sagen lassen müssen, daß im Gegenteil nach einem siegreichen Kriege ein ungeheurer Aufschwung der Industrie einsetzen würde, wegen des Verlangens nach solchen Stoffen, die uns im Verlauf des Krieges ausgegangen waren. Aber gerade der Rohstoffmangel und die Umstellung der Betriebe auf Friedensbedarf hätten unter allen Umständen auch in diesem Falle eine Störung im Erwerbsleben herbeiföhren müssen. Ich besand mich nicht im Zweifel darüber, daß die Störung im Erwerbsleben in erster Linie den Frauen fühlbar werden müßte. Auch dafür habe ich nicht das Verständnis in Arbeiter- und Arbeiterinnenkreisen gefunden, das man billigerweise hätte erwarten müssen. Viele Genossen sind mir entgegen-

getreten mit der Bemerkung, ich hätte meine Schilderung des Arbeitsmarktes nach dem Kriege zu schwarz gehalten; nach dem Kriege würden soviel Dinge gebraucht, daß man nicht nur die Heimkehrenden wieder in ihre Stellungen hineinbringen könne, sondern auch alle berufstätigen Frauen ihren Arbeitsplatz behalten würden.

Seither ist es uns in Folge solcher gern gehörten, weil bequemen Auffassungen nicht gelungen, uns mit unserer Warnung bei den Frauen durchzusetzen, auf welcher einer ungehenden Grundlage ihre soziale Stellung ruhe. Durch den Verlauf der Ereignisse sind auch die Annahmen selbst der größten Pessimisten noch weit übertroffen worden. Kein Mensch hat mit einem so plötzlichen Abbruch des Krieges gerechnet. Keiner hat daran gedacht, daß wir dreiviertel Jahre nach Beendigung des Krieges uns immer noch im Waffenstillstand befinden würden, immer noch keine sichere Grundlage für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens gefunden haben würden. (Sehr richtig!) Gerade die Trostlosigkeit der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage läßt uns vermuten, daß die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt, so wie wir sie gegenwärtig sehen, im Grunde nicht so trostlos zu sein brauchen. Wir haben keinen Grund zu besonderem Pessimismus, weil im Augenblick alles über den Haufen geworfen ist, weil wir unter anormalen Verhältnissen leiden, die erträglicheren Platz machen werden. (Beifälliges Sehr richtig!) Die augenblickliche Beurteilung der Frauenarbeit und die Stellung gegen sie entspricht deshalb nicht einer veränderten Ansicht, sondern ist die Folge der trostlosen augenblicklichen Verhältnisse. Andere Auffassungen werden einsetzen, sobald wir nur wieder einigermaßen bessere Verhältnisse haben. Deshalb dürfen wir in unserer Arbeit nicht still stehen, weil die Beurteilung der Frauenarbeit vor dem Kriege mindestens verbesserungsfähig war. Niemand hätte die augenblickliche Lage eintreten können, wenn nicht eine so plötzliche Demobilisierung verwirrend auf unser Wirtschaftsleben eingewirkt hätte. Dazu kamen die Verkehrsstörungen und als deren Folge die Einstellung der Rohstoffzufuhr, dazu kam ferner die veränderte politische Situation, die Nahrung des privaten Interesses, für das die Unternehmer keinen Einsatz von Geld wagten, die Arbeitseinstellungen und Lohnforderungen. Die natürliche Folge solcher Ereignisse war die Entlassung von Arbeitskräften. Dadurch ist die Frauenfrage wieder aufgelebt. (Sehr richtig!)

Wenn ich behauptete, daß die Entlassungen im hohen, nicht normalen Maße eingesetzt haben, so stüße ich mich dabei nicht gänzlich auf meine eigenen Erfahrungen, sondern auf das Urteil der bürgerlichen Kreise. Zum Teil ist das ganz erklärlich, aber selbst wenn aus nachliegenden Gründen die Klagen in den Reihen der Gewerkschaften über eine erstaunliche Menge von Entlassungen nicht besonders stark werden können — denn die Urheber werden sich nicht selbst anlagern, so können wir doch annehmen, daß die Klagen über Entlassungen, die in der öffentlichen Diskussion einen breiten Spielraum einnehmen, wahrscheinlich übertrieben sind. In unseren Versammlungen und in unserer Presse hört man wenig von auffallenden Entlassungen. Auf Grund der Berichte der Arbeitsnachweisverbände, die veröffentlicht sind im Aprilheft des Reichsarbeitsblattes, ist in Ostpreußen beispielsweise eine Vermehrung der Zahl der von Arbeiterinnen besetzten Stellen eingetreten. Auch in Pommern, Sachsen und Anhalt hat sich die Zahl der Stellen für weibliche Arbeitskräfte erhöht. Stellenweise, z. B. in der Berliner Metallindustrie und in der Nürnberger Spielwarenindustrie, konnten offene Stellen für Arbeiterinnen nicht einmal besetzt werden. (Beifälliges Hört, hört!)

Die Frage der Entlassung von Arbeitskräften läßt sich nicht so leicht beurteilen. Auch Frauenvereine und Frauenberufverbände haben seit langem die Forderung vertreten, daß den zurückkehrenden Kriegsteilnehmern Platz

gemacht werden müsse. Nun ist aber nicht einmal für die Kriegsteilnehmer genügend Arbeit vorhanden. Hunderttausende sind von ihnen noch arbeitslos. Wenn aber die Kriegsteilnehmer den Vorkzug genießen sollen, dann bleibt eben nichts anderes übrig, als Frauen zu entlassen.

Nur hört man häufig sagen, man hätte sich zunächst beschränken müssen auf die Frauen, die in Männerstellungen eingerückt sind, ferner auf die, die während des Krieges erst zur Erwerbsarbeit gekommen sind und auf solche Frauen, die nicht unbedingt zur Erwerbsarbeit angewiesen sind. Die Entlassung nach sozialen Gesichtspunkten ist eine Forderung bürgerlicher Vereine. Immer ist von Arbeiterseite bei Besprechung solcher Forderungen darauf hingewiesen worden, daß bei der Durchführung dieser Grundzüge Schwierigkeiten entstehen. Wer will und wer kann denn über die persönlichen Verhältnisse eines anderen Entscheidung treffen. Außerdem haben sich in allen Kreisen die Verhältnisse verändert. Selbst bei verheirateten Frauen kann man nicht immer sagen, sie sind nicht so dringend auf Arbeit angewiesen. Dennoch werden bei der Durchführung der Forderung, zunächst die verheirateten Frauen zu entlassen, noch am ehesten Härten vermieden werden, und eine Anzahl Organisationen hat diese Forderung schon in die örtlichen Tarifabschlüsse aufgenommen. Nur bei den Kriegervitwen werden Ausnahmen gemacht, wodurch auch wieder Härten entstehen, denn die Kriegervitwen haben doch ihre Rechte, während andere Frauen nur auf ihren Verdienst angewiesen sind. Von den Frauen, die während des Krieges in die Erwerbsarbeit eingetreten sind, waren bei Beginn desselben viele noch Kinder. Diese würden erheblich geschädigt werden, wollte man alle neu eingetretenen Frauen entlassen. Und wie steht es bezüglich der Frauen, die in Männerstellungen eingerückt sind? Vor einigen Wochen hat die Leiterin der Frauenabteilung des Arbeitsnachweises der Stadt Berlin über diese Frage einen bemerkenswerten Artikel in der „Vossischen Zeitung“ veröffentlicht, in dem sie daran erinnert, daß die Grenzen dafür, was Männerstellungen sind, nicht so leicht zu finden sind. Nur in den seltensten Fällen sind wenigstens in den gewerblichen Betrieben von den Frauen genau die gleichen Arbeiten verrichtet worden. Meist sind die Betriebe umgestellt worden und ist eine Arbeitsteilung eingetreten. Die Arbeit, die früher von den Männern verrichtet worden ist, ist jetzt nicht mehr zu leisten. In kaufmännischen Betrieben kann man in höherem Maße von der Ersetzung der Männer durch Frauen während des Krieges sprechen, und aus diesen Betrieben kommen denn auch die meisten Klagen wegen Verdrängung der Frauen durch die Männer. Meist aber sind die Urheber der Entlassungen nicht die alten Organisationen, sondern Leute, die über keine großen gewerkschaftlichen Erfahrungen verfügen, z. B. Arbeiter- und Soldatenräte. Auch Demobilisierungsausschüsse zeigen manchmal wenig soziales Verständnis. Auch Lehrerinnen klagen über Verdrängung von ihrem Posten und Studentinnen über Nichtaufnahme in Universitäten. Dagegen sah man in den Kriegsjahren bis vor kurzem noch viele junge Mädchen, die augenscheinlich nicht so dringend auf Erwerbsarbeit angewiesen sind. (Lebhaftes Sehr richtig!) Inzwischen ist ihre Beschäftigung aber mehr eingeschränkt worden, zumal die Keimter ihre Tätigkeit ja überhaupt einschränken und dabei dann für die Männer auch keine neuen Stellen gewonnen werden können.

Bei der Gesamtbetrachtung der Frauenentlassungen erhebt sich die Frage: welches ist das kleinere Uebel, die Arbeitslosigkeit der Frau oder die Arbeitslosigkeit des Mannes? Diese Frage ist ganz außerordentlich schwer zu beantworten. Am dritten Pfingsttage folgte ich einer Einladung von Vertreterinnen bürgerlicher Frauen- und Frauenberufsvereinigungen. Bei dieser Tagung ist für die Frage der Einschränkung der Entlassungen von Frauen

keine Lösung gefunden worden. Bemerkenswertweise äußerte sich aber gerade eine Vertreterin einer Berufsorganisation dahin, daß im Augenblick die Arbeitslosigkeit der Frauen das kleinere Uebel sei. (Lebhaftes Hört! hört! und Zustimmung.) Diesem Schluß braucht man auch nicht auszuweichen in Rücksicht auf die unlugbare Tatsache, daß eine Anzahl der beschäftigungslosen Frauen der Strafe verfallen. Der Wiedereintritt normaler Verhältnisse, das kann nicht oft genug betont werden, wird ja die Unertüchtigkeit dieses Zustandes für die meisten Frauen mildern. Denken wir auch daran, die Frauen wieder in häusliche und ländliche Berufe zurückzuführen, die jetzt hart von ihnen gemieden werden.

Ich möchte Ihnen nicht empfehlen, als Frauenkonferenz sich hinter die Auffassung zu stellen, daß die Frauenbeschäftigung augenblicklich hinter der Männerarbeit zurücktreten muß.

Ich bin als Referentin in der unangenehmen Lage, Ihnen keine Vorschläge vorüber machen zu können, wie die Frauenfrage gegenwärtig zu lösen ist. Darüber werden Sie vielleicht enttäuscht sein. Nur einen Vorschlag kann ich machen: Die Frauen müssen darauf hinarbeiten, mehr Einfluß auf die Einstellungen und Entlassungen zu gewinnen. Vieles haben nämlich die Frauen selber Schuld, wenn die Männer über ihren Kopf hinweg bestimmen, weil sie die Arbeiten in den Organisationen bisher den Männern überlassen haben. Nicht immer hält man die Frauen abseits fern. Der Grund dafür ist neben der doppelten Belastung der Frauen darin zu suchen, daß sie dem Erwerbsleben nicht das nötige Interesse entgegenbringen. Sehr treffend wurde einmal gesagt: Der Mann sucht sich einen Beruf, die Frau nur einen Arbeitsplatz, von dem sie so schnell wie möglich wieder zurücktreten möchte. Die meisten Frauen betrachten die Erwerbsarbeit nur als vorübergehenden Zustand. Deshalb fehlt ihnen das Interesse, sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen einzusetzen. Selbst während des Krieges haben die jungen Mädchen gelacht, wenn ich ihnen in Versammlungen unter Hinweis auf die beschränkten Heiratsaussichten infolge der großen Menschenverluste im Kriege begreiflich machen wollte, daß für sie die Erwerbsarbeit in Zukunft in höherem Maße als bisher ein dauernder Zustand sein wird und sie infolgedessen mehr als bisher sich um ihre Arbeitsbedingungen kümmern müßten. Solange wir sie aber davon nicht überzeugen können, wird es schwer halten, ihnen einen Einfluß im Wirtschaftsleben zu verschaffen. Trotz des allgemeinen Wahlrechts ist die Mitarbeit der Frauen, besonders in den Gewerkschaften, noch immer etwas Seltenes. In den Gewerkschaften haben wir trotz der größeren Mitgliederzahl als in der Partei, ich schätze die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Frauen auf 500 000, weniger tätige Frauen als hier. Es ist dies verständlich. Politisch sind die Frauen in der gleichen Organisation mit ihrem Manne, während sie gewerkschaftlich meist einer anderen Organisation als dieser angehören. Als politisch organisierte Frauen gehen sie mit ihrem Manne in die gleiche Versammlung, und häufig ist erst durch den Versammlungsbesuch das politische Interesse bei ihnen geweckt worden und dadurch zugleich das Interesse an der Mitarbeit in der Partei. (Lebh. Sehr richtig!)

Die Mitarbeit der Frau auf gewerkschaftlichem Gebiet war aber immer schon nötig, und sie ist heute notwendiger als je, weil heute Leute in die Leitung hineingekommen sind, die noch nicht die nötige praktische Erfahrung haben. Ich denke da unter anderem an manche Arbeiterräte. Sie wissen, daß wir für die Arbeiterräte, Betriebsräte, Wirtschaftsräte usw. das Mitspracherecht bei Entlassungen und Einstellungen fordern. So notwendig das ist, so sehr müssen wir uns auf der anderen Seite vor Augen halten, was diese Forderung für die Frauenarbeit bedeuten kann und bedeuten wird.

(Zusammenfassung) Die Gewerkschaften haben an den Gewerkschaftskongress eine Vorlage über die Aufgabe der Betriebsräte gebracht, worin sie auch dieses Recht fordern. Wir dürfen die Schwierigkeiten, die sich daraus für uns Frauen ergeben können, nicht verkennen. Bei den Frauen liegt es aber nun, den Männern zu sagen, wie notwendig auch für die Frau die Erwerbsarbeit ist und wie man durch Entlassung der Frauen die Arbeiterfrage lösen kann. Man hat Anfang der Vier Jahre von Zentrumseite auf geistlichem Wege die Fabrikarbeit verheirateter Frauen aus der Welt schaffen wollen. Dieser Forderung konnte nicht entsprochen werden, weil eine Umfrage ergab, in wie hohem Maße auch die verheiratete Frau auf die Erwerbsarbeit angewiesen ist. Die organisierte Arbeiterschaft hatte schon damals erkannt, daß ihr Kampf sich nicht gegen die Frau richten dürfe, sondern daß sie mit der Frau kämpfen müsse um bessere Arbeitsbedingungen, um die Uebermacht des Unternehmertums zu beschränken. Darum weise ich noch einmal darauf hin, wie notwendig heutzutage die Mitbestimmung der Frau in den wirtschaftlichen Organisationen ist und wie interessiert wir alle, die auf das Erwerbsleben angewiesen sind, bei unserer Agitation an dieser Frage sind. Unsere politische Entwicklung leidet auch darunter, daß die Frauen im Erwerbsleben nicht den Platz bekommen, der ihnen gebührt. Dazu kommt, daß in der Zukunft die Arbeitslosigkeit für die Frau beschränkter sein wird als das früher der Fall war, da ja die Frau für Notstandsarbeiten, Erdarbeiten usw. nicht in Frage kommt. Dennoch müssen wir versuchen, Arbeitsgelegenheiten für die Frauen zu schaffen. Das ist natürlich ungeheuer schwierig, weil wir abwarten müssen, wie sich das Wirtschaftsleben gestaltet, das von den Friedensbedingungen beeinflusst ist. Daher ist es notwendig, daß wir uns über die Schwierigkeiten klar werden, die uns entgegenstehen. Wir müssen uns aber auf den Grundplatz stützen, der ja in Zukunft Geltung haben soll, daß jeder Bewohner das Recht auf Arbeit hat. Der Staat ist infolgedessen auch verpflichtet, alles zu versuchen, um dem weiblichen Teile der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, dieses Recht auch auszunutzen. Allerdings stehen der Regierung auch hier große Schwierigkeiten entgegen. Die Regierung weiß heute noch nicht, wo sie anfangen kann, um den Frauen einen Arbeitsplatz zu sichern; denn auch das hängt von der Gestaltung des Friedensvertrags ab.

Bei der Erschließung von Arbeitsplätzen stehen uns aber auch vielfach Gewohnheiten im Wege. Wir haben verschiedene Berufe, in denen seit Jahrhunderten nur Männer tätig sind. Wir wissen, daß in vielen Berufen die Lehre der vorübergehenden Anlernung Platz gemacht hat, wir wissen aber auch, daß eine ganze Anzahl von Berufen nur nach gründlicher Vorbildung ausgeübt werden kann. Hier heißt es dann immer wieder: für die Frau kommt die Ausbildung garnicht in Frage, die Mädchen arbeiten ja doch nur vorübergehend, dann heiraten sie. Hier müssen wir einsehen und auf die dauernde Erwerbstätigkeit der Frauen hinweisen. Wir müssen dafür sorgen, daß die Frauen in diesen Berufen beschäftigt werden können, aber nur dann, wenn sie eine regelrechte Lehre durchgemacht haben. Daselbe gilt auch von vielen eigentlich weiblichen Berufen: Schneiderei und Putzmacherei. Hier muß die Verleihung des Meistertitels auch von einer gründlichen Ausbildung abhängig gemacht werden. Es darf nicht, wie bisher, der Meistertitel nur verliehen werden, um Gelegenheit zur Beschäftigung von Lehrlingen zu geben.

Es ist unter allen Umständen notwendig, daß wir die verschiedensten Seiten dieser Fragen berücksichtigen, um so wech, als ja auch unter den Genossinnen, die jetzt in die Parlamente hineingefandt worden sind, nicht allzu viele sind, die die wirtschaftlichen Fragen genügend beherrschen. (Zustimmung.) Auch die Lohnfrage muß nun getagelt werden. In absehbarer Zeit bleibt für die Rege-

lung der Lohnfrage nur die berufliche Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen bestehen. Ich hoffe, daß auf diesem Gebiete eine Klärung eintreten wird, die dazu beitragen wird, die Differenzen, die wir augenblicklich auf diesem Gebiete haben, zu beseitigen oder doch erheblich einzuschränken. Die Erörterung dieser Frage soll nicht nur der Information dienen, sondern sie soll auch das Material, das uns zur Verfügung steht, ergänzen, damit wir mit ganz anderem Material als bisher dort einwirken können, wo Schäden vorhanden sind. (Beifall.)

Genossin **Adele Schreiber**: Während des Parteitages ist in manchen Reden die Enttäuschung zutage getreten, die hervorgerufen ist dadurch, daß die Revolution nicht das gehalten habe, was man sich von ihr versprochen hat. Die Erklärung dafür ist, daß die Revolution in einem so unglücklichen Augenblicke gekommen ist, in einer Zeit wie der unrigen, die es nicht ermöglicht, die Forderungen des Sozialismus, die wir vertreten, voll und ganz zur Durchführung zu bringen. (Zustimmung.) Deshalb müssen wir auch immer darauf hinweisen, daß die gegenwärtige Lage keinen Maßstab gibt für das, was der Sozialismus den Menschen bringen kann. Das gilt auch im Hinblick auf die Frau. Wenn gesagt wird: „Die Frau ist nun befreit“, so ist das nur sehr bedingt richtig, denn die Frau ist bei weitem noch nicht befreit (Lebh. Zustimmung), sie hat nur einen Schlüssel zur Freiheit bekommen. Ein kleines Stückchen des Erfurter Programms ist erfüllt: das allgemeine aktive und passive Wahlrecht ist den Frauen gegeben. Aber wesentliche Punkte des Erfurter Programms, vor allen Dingen die Beseitigung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Beziehung dem Manne gegenüber benachteiligen, sind erst zu erkämpfen. Den Begriff „Gleich“ möchte ich allerdings möglichst weit ausgelegt wissen, nicht nur die geschriebenen Gesetze sind zu ändern, sondern auch die ungeschriebenen Gebräuche und Gewohnheiten, die oft noch mehr drücken. Gerechtigkeit für zwei verschiedenartige Geschlechter besteht erst dann, wenn man beiden nicht nur daselbe gibt, sondern auch die Mehrlast ausgleicht, die der eine Teil — die Frau — zu tragen hat. Der Frau wird erst dann Gerechtigkeit, wenn der Mehrleistung der Frau, der Mutterschaft, überall Rechnung getragen wird. Das ist bis jetzt nicht geschehen.

Die Mutterschaft hätte das große Moment sein müssen, um besenntwillen der Frau Verehrung und Freiheit gebührte, aber die Mutterschaft ist es gerade gewesen, die die Frau unfrei machte bei allen Völkern. In keinem Lande hat man der Frau um der Mutterschaft willen eigene Rechte gegeben, obgleich man die Mutterschaft überall mit Worten pries. Rechte hat die Frau erst über den Umweg des Arbeitsmarktes bekommen, als sie in Wettbewerb mit dem Manne trat. Die sozialistische Gesellschaft hat unendlich viel an der Frau gutzumachen, sie hat dieser ganzen Mehrbelastung der Frau volle Berücksichtigung entgegenzustellen. Um das zu erreichen, haben wir auf dem Posten zu sein. wollen wir nicht wieder erleben, daß der Frau die Früchte der Revolution entwendet werden und ihre alle Sörgigkeit bestehen bleibt. Die Mutterschaft, die Quelle der Menschheit, muß die Sorge der Allgemeinheit sein, sie darf nicht die einzelne Frau bedrücken und belasten. Es hat mich immer auf das tiefste empört, daß die Mutterschaft für die Frau ein Grund werden konnte, zu bitten und zu betteln, Almosen zu empfangen. Das ist ein unwürdiger Zustand, der aus Gewohnheit und Gesetz verschwinden muß. Wir müssen die Mutterschaft als Sorge der Allgemeinheit auch darin würdigen, daß wir die einzelne Mutter unabhängig machen von dem guten Willen des einzelnen Mannes, mag es nun der eheliche oder der uneheliche Vater des Kindes sein. (Lebhafte Zustimmung.)

Man hat gegen die Sozialdemokratie so oft den Vorwurf erhoben, sie wolle die Familie auflösen. So oft ich früher, auch ohne der Partei anzugehören, diese Anschauung von der notwendigen wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Frau vertat, habe auch ich diesen Vorwurf von der Zerkünderung der Familie immer und immer wieder zu hören gehabt. Ich habe stets erwidert: „Im Gegenteil, wir wollen einen Aufbau der Familie auf der wahren, inneren, ethischen Grundlage, wenn wir die Frau aus der ökonomischen Abhängigkeit vom Manne befreien.“ Dazu müssen wir zunächst die Frau in der kritischen Zeit der Mutterschaft freimachen, es ihr ermöglichen, sich gleichberechtigt neben dem Mann zu behaupten, dadurch, daß sie das Notwendigste hat, ohne von dem Manne irgend etwas erbitten zu müssen. (Sehr gut!) Dieser Schutz des Staates für die Ehefrau in der kritischen Zeit ebenso wie für die uneheliche Mutter soll sich stützen auf eine großzügige allgemeine reichsgesetzliche Mutterschaftsversicherung.

Der Gedanke der Mutterschaftsversicherung in der Form von Mutterschaftskassen greift weiter zurück. Die ersten größeren Versuche sind 1866 im Elsaß aus privater Initiative gemacht worden, nachdem schon im Jahre 1861 in Italien ein Versuch mit einer kleinen Privatkasse gemacht worden war. Anlässe zu einer weitergehenden Mutterschaftsversicherung haben wir aber erst im Anschluß an den gesetzlichen Arbeiterinnenschutz, der zuerst in der Schweiz im Jahre 1877 für die Frauen eingeführt wurde und der zur Folge hatte, daß andere Staaten sich angeschlossen. Er fand einen Ausbau im Jahre 1890 in Berlin auf der Internationalen Arbeiterschuttkonferenz. Aber diesen ersten Arbeiterinnenschutzgesetzen, die die Frau für eine bestimmte Zeit aus der Fabrik ausschloßen, stand noch keine Entschädigung gegenüber. Erst der Ausbau des Krankentassenwesens in Deutschland — die Krankenversicherung vom Jahre 1883 — führte dann zu einer gewissen Mutterschaftsversicherung, noch lange nicht zu einer allgemeinen Mutterschaftsversicherung. Der Gedanke der Mutterschaftsversicherung in Deutschland wurde namentlich von der verehrten, leider so früh verstorbenen Vorkämpferin Lilli Braun verfochten. Auch in der bürgerlichen Frauenbewegung wurde dafür schon seit langem agitiert. Einen umfassenderen Wöchnerinnenschutz auf dem Wege der Versicherung, weit über den allmählich von den Kassen ausgebauten herausgehend, gab die Kriegswochenhilfe des Reiches. Sie hat für eine sehr breite Schicht von Frauen — aber bei weitem immer noch nicht für alle Frauen — gesorgt. Im gegenwärtigen Augenblick ist allerdings leider diese Reichswochenhilfe in einem Abbrüdelungsprozeß begriffen, was aber nicht geschehen darf, denn gerade jetzt ist der Augenblick gegeben, diesen Gedanken auszubauen, ihn zu erweitern und wirklich allgemein zu machen. So gut auch die lokalen Bestrebungen der Kommunen sind, wir brauchen als gerecht und sparsamer eine einheitliche Lösung durch reichsgesetzliche Versicherung.

Schon vor einer Reihe von Jahren ist die Deutsche Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht mit der Forderung einer allgemeinen Reichswochenhilfe an die damalige Regierung und an den Reichstag herangetreten. Ihre Petition verlangte, daß jede Frau vom 18. bis 45. Lebensjahre verpflichtet sein sollte, Marken in eine eigene Personalkarte für die Mutterschaftsversicherung zu stecken. Der erfahrene Statistiker Geheimrat Kayst vom statistischen Amt berechnete die Beitragsleistungen, die nötig wären, auf etwa 80 Pf. pro Kopf und Woche. Nach dem damals allerdings viel höheren Selbstwert sollte jede Frau bei der Geburt einen Betrag von etwa 123 Mark bekommen, für Entbindung, Wochenbett und Stillhilfe. Dieser Betrag wäre natürlich heute viel zu gering. Die

Deutsche Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht hat vor einigen Tagen eine erweiterte Petition an die Reichsregierung gelangen lassen, die den heutigen Bedürfnissen und Anschauungen angepaßt ist. Wenn wir annehmen, daß nun ein weit höherer Betrag bezahlt werden sollte, sagen wir mehr als das dreifache, dann kommen wir dazu, daß etwa für jede Frau 1 Mk. pro Kopf wöchentlich nötig wäre, um den Schutz auch auf eine längere Zeit ausdehnen zu können. Diese 1 Mk. ließe sich so verteilen, daß ein Drittel der Arbeitgeber zu tragen hätte, bei dem die Frau in Arbeit steht, ein Drittel die Frau selbst, resp. müßte das Familienoberhaupt bei beruflosen Töchtern und Ehefrauen für 2 Drittel aufkommen, das letzte Drittel entfiel auf das Reich. Das Reich ist aber heute bettelarm. Es müssen also besondere Quellen ausfindig gemacht werden, um diesen Reichsanteil aufzubringen. Das ließe sich vielleicht am besten durch eine besondere Junggesellensteuer aufbringen. (Seiterzeit.) Eine solche Junggesellensteuer wäre ganz gerechtfertigt, da wir ja auch von dem Grundbesitz ausgehen, daß alle Frauen, ob sie nun verheiratet sind oder nicht, ob sie jemals in ihrem Leben Kinder zur Welt bringen oder nicht, vom 16. bis 45. Lebensjahre ihre Beiträge entrichten sollen. Wir haben in dieser Petition — an der ich beteiligt bin, — vorgeschlagen, daß zwar die Leistungen, die das Reich der Wöchnerin gibt, für alle gleich sein sollen, daß aber umgekehrt gestaffelte Beiträge bezahlt werden sollen, je nach dem Einkommen, weil natürlich eine Familie oder eine Frau mit höherem Einkommen viel mehr zahlen kann, nachher aber viel weniger darauf angewiesen ist, etwas herauszubekommen, wenn ein Kind geboren wird.

Die große Idee, die uns leitet, ist, die Mutterschaftsversicherung auf eine Basis zu stellen, dergestalt, daß zum ersten Mal die Gesamtheit aller Frauen während der ganzen Zeit ihrer Gebärfähigkeit der Versicherung anzugehören hätten. Eine derartige Regelung hätte weiter die große Bedeutung, daß der entsetzlich depressierende Begriff der Bedürftigkeit überhaupt wegfallen würde (Sehr wahr!), der heute bei den kommunalen Unterstützungen schon wieder eingeführt worden ist. Es würde weiter der große Gedanke der Haftung der Allgemeinheit für die Mutterschaft gesetzlich niedergelegt werden. Die hohen Kosten der Versicherung würden auf anderer Seite erparnt; denn für die Geburt der Kinder müssen auch heute aus anderen Quellen Gelder gezahlt werden. Natürlich könnte man mit den Krankentassen Abkommen treffen, in welcher Weise sie ihrerseits für die Entlastung, die ihnen zuteil wird, der Reichsversicherung ihren Anteil zu vergüten haben. Der große Vorteil der geschäderten Versicherung wäre ferner, wenigstens in bezug auf die Reichshilfe, die Einführung des Begriffs völliger wirtschaftlicher Gleichstellung der unehelichen mit der ehelichen Mutter. Wir kommen hier zu einem der grauamsten Kapitel der Kulturgeschichte, die ja sehr oft eine Geschichte der menschlichen Unkultur und Barbarei genannt werden könnte. (Lebh. Zustimmung.) In die Stelle eines Teiles der Barleistung der Versicherung müßte die Möglichkeit treten, nach Wunsch vor und nach der Entbindung sowie zur Entbindung selbst in Heim oder Klinik aufgenommen zu werden. Für die Ehefrau würde es sich vielfach um die Wahl handeln, ob sie im Heim entbinden will oder zu Hause. Die Ärzte verfechten durchwegs aus hygienischen Gründen die Entbindung auf der Klinik. Viele Frauen werden aber zweifellos das Verbleiben im eigenen Hause aus inneren psychischen Gründen vorziehen; viele werden ihren Mann, ihre Familie in der Nähe haben wollen. Ich glaube, es ist auch für die Seele des Mannes etwas Gutes, wenn er die Geburt miterlebt, wenn er weiß, was die Geburt für die Frau bedeutet. Unter der Voraussetzung einer besseren Wohnung wird man am

besten der Frau die Wahl anheimstellen können. Natürlich muß dann aber alles geschehen, damit die Frau ärztliche Behandlung, Pflege, Hauspflege zuhause erhält.

Dann möchte ich auf ein weiteres Moment des Frauenschutzes hinweisen, das auch dringend des Ausbaues bedarf, auf die Arbeitspause für die Frau vor und nach der Entbindung. Diese Arbeitspause haben wir bis jetzt nur für die gewerblichen Arbeiterinnen. Weite Kreise der Heimarbeiterinnen, besonders der Dienstmädchen, stehen außerhalb dieses Schutzes. Ich weiß aus mitterlebten Fällen, wie dringend wir auch für diese den ganzen Schutz brauchen. Viel zu wenig beachtet wird der Schutz der nicht berufstätigen Hausfrau und Mutter. Auch hier muß der Sozialismus Wandlung schaffen, Normen finden, auf Grund deren wir die Hausfrauenarbeit in unseren Gesellschaftsorganismus so einordnen können, wie es ihr gebührt.

Mit dem Schutze der Frau ist auf das engste verbunden die Hebammenfrage, die dringend der Regelung bedarf; denn der Wöchnerinnenschutz ist insofern der Hebammenfrage, namentlich auf dem Lande, oft erbärmlich schlecht. Im Jahre 1910 haben sich ohne Hebammen vollzogen von je 100 Geburten in Koblenz 1,7, in Lachen 2,2, in Düsseldorf 8, in Berlin 16, in Braunschweig 26, in Allenstein 39,8. Namentlich in Ostpreußen haben wir weite Bezirke, wo auf 66 Quadratkilometer nur eine Hebamme kommt. Während des Krieges ist ferner die Sterblichkeit an Wochenbettfieber wieder außerordentlich in die Höhe gegangen, und zwar unter dem Einfluß der verschlechterten Hilfe, der verschlechterten Hygiene. Die Einführung staatlich besoldeter und gut vorgebildeter Hebammen gehört zu den Forderungen des gesellschaftlichen Schutzes. Gebildete Hebammen sollen nach meiner Ansicht überhaupt im erweiterten Umfang der Mutterfürsorge dienen; aus der heutigen Hebamme muß die beruflich qualifizierte, hoch eingeschätzte Mutterfürsorgerin sich entwickeln.

Die Heimfrage ist von größter Bedeutung, insbesondere für uneheliche Mütter. Für diese Entertten Kämpfe ich seit über 20 Jahren den schweren Kampf mit. Als er begann, gab es allerdings schon Magdalenenhäuser für „Besserungsbedürftige“, Häuser, die ihre Insassen als Gefallene ansahen, die bereuen, ihr ganzes Leben lang für ihren „Fehltritt“ büßen sollten. Und selbst die Gründung solcher Heimstätten ist den ersten Frauen, die dabei von religiösen Gründen geleitet waren, so verübelt worden, daß die meisten mit ihnen nichts weiter zu tun haben wollten. Es ist nicht ganz 20 Jahre her, daß einige krasse Fälle von Kindesmord in Berlin den Ruf nach Findelhäusern erweckten. Ich habe schon damals darauf geantwortet: „Nicht heimliche Mütter, sondern Mütterheime, nicht Findelhäuser, sondern Pfanzstätten der Mutterliebe!“ (Lebhafte Zustimmung.) In jenen Jahren entstand von verschiedenen Seiten ausgehend eine immer größer werdende Bewegung zugunsten der unehelichen Mütter. Sie werden mir nun sagen: „Ja, das hat die Partei doch schon lange anerkannt.“ Gewiß, in dem wunderbaren Buch von Bebel, das ich als junges Mädchen mit brennendem Herzen gelesen habe, ist das alles besser ausgeführt, als es irgendeiner heute sagen kann. Aber vergebens Sie nicht, daß die Stimme der Partei vor 20 Jahren nicht das Ohr der maßgebenden Personen erreichten konnte. Im praktischen Leben fand die unglückliche uneheliche Mutter immer Menschen gegenüber, die durch die Partei nicht erreicht wurden. Die uneheliche Mutter war damals für die meisten in der bürgerlichen Gesellschaft „so eine Person“, und leider war auch die breite Masse der Frauen des Volkes nicht vorurteilslos. Ich habe gesehen, daß in Mütterheimen verheiratete Frauen sich zwängten, neben unehelichen Müttern zu liegen, obwohl doch unsere Statistik beweist, daß ein großer Teil der erstgeborenen ehelichen Kinder auffallend früh nach der Ehe geboren wird (Sehr

richtig), so daß manche dieser Frauen es bloß einem glücklichen Zufall und der Anständigkeit des betreffenden Mannes zu verdanken hatte, daß sie nicht gleichfalls uneheliche Mutter wurde.

Es war unerlässlich, daß auch außerhalb der Partei Bewegungen einsetzten, gegen all diese schmerzhaften Ungerechtigkeiten unserer Gesellschaft, für das Recht von Mutter und Kind, für die freie Selbstverfügung der Frau über ihren Mutterchaftswillen, für die Befreiung der Reglementierung der Prostitution, für die politischen Frauenrechte. All die Frauen, die sich dort betätigten, haben, wenn sie getragen waren von dem gleichen Geist, der uns befeuert, für den Sozialismus gearbeitet. Alle diese Frauen gehören zu uns, schufen für gemeinsame Ziele. Ein Strom, der nur eine Quelle hat, wird nicht stark und groß, er vermag allein das Land nicht zu bewässern, alles zu Blüte und Frucht zu bringen. Aber wenn er unterwegs Nebenflüsse aufnimmt, die ihren eigenen Ursprung hatten, eigene Wege, durch andere Landstriche kamen, aber dem gleichen Ziele aufstrebten, dann wird er stark und tragfähig. So waren all diese Einzelbewegungen und Einzelarbeiten Nebenflüsse, die einmündeten in den großen Strom von Fortschritt und Freiheit.

Es ist heute morgen auf zwei Quellen hingewiesen worden, die zum Sozialismus führen, auf die eigene materielle Not und auf die eigene geistige Not. Aber es gibt auch noch eine andere große Quelle, das brennende Gefühl der Gerechtigkeit. Es gibt Menschen, die selbst weder materielle noch geistige Not gelitten haben, die aber doch zum Sozialismus gekommen sind, weil sie es nicht ertragen können, daß irgend jemand sonst materielle oder geistige Not leidet. Ich habe es immer unerträglich gefunden, daß es Menschen gibt, denen von Geburt an alles offen steht, und daß es auf der anderen Seite Menschen gibt, die von Geburt an ausgeschlossen waren. Aus diesem Rechtsgefühl heraus, aus diesem Gefühl der sozialen Empörung heraus kommt man zum Sozialismus, ohne selbst materielle oder geistige Not gelitten zu haben. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Menschen vermögen sich eben in die Seelen derer hineinzubedenken, die leiden. Sie haben die Gabe der sozialen Einfühlung. Ich habe dafür einmal ein schönes Beispiel in Mailand erlebt, bei einer wunderbaren Frau, einer Kuffin Aleksandrina Rawizza, die eine Schule für geschlechtskrankte Prostituierte im Krankenhaus gegründet hatte. Eine dieser Prostituierten sagte mir in einem Gespräch: „Mit Frau Rawizza verziehen wir uns so, als ob sie selbst eine von uns wäre.“ Das war das größte Lob, das der sozialen Einfühlung dieser Frau, die damals 60 Jahre zählte, zuteil werden konnte, es bewies, daß sie die Prostituierten als ihre Schwestern betrachtete. Weder Mary noch Baffale sind aus eigener materieller oder geistiger Not Sozialisten geworden, sondern aus der wissenschaftlichen Erkenntnis heraus, zu der sie ihr Gerechtigkeitsgefühl führte, als sie fahen, daß die allgemeine Not nur auf dem Wege des Sozialismus behoben werden konnte. Wenn Sie diese Anschauung „Novembersozialismus“ und meine Worte „Bekanntnisse einer Novembersozialistin“ nennen wollen, dann nennen Sie es so! Ich möchte, daß Sie, liebe Genossinnen, im gleichen Geist an die Frauennot und die Frauenprobleme herantreten, von denen ich heute spreche. Nicht, weil wir selbst etwa den Leidensweg der unehelichen Mutter gegangen sind, sondern weil wir Gerechtigkeit für sie fordern, nicht, weil wir selbst eine unglückliche Ehe führen, sondern weil es für andere unglückliche Ehen gibt, verlangen wir die Umgestaltung. Der Mittelpunkt der Welt soll nicht unser eigenes Ich sein, sondern das Wohl der anderen, das nenne ich sozialistisches Denken. Es darf Sie daher auch nicht wunder nehmen, daß vielfach gerade kinderlose Frauen ein so leidenschaftliches Interesse für die Probleme der Mutterchaft haben. Marie von

Süner-Eschenbach hat den Satz geprägt: „Die Kinderlose hat die meisten Kinder.“ In diesem Sinne möchte ich Sie für alle Frauenprobleme interessieren, gleichviel, ob eins oder das andere davon Sie persönlich angeht oder nicht.

Die Frauen, die sich vor Jahrzehnten mit diesen Dingen beschäftigten, fanden es unerträglich, daß die Not des Lebens täglich Mütter zugrunde richtete, daß wir täglich hörten von Selbstmord, von Kindesmord, daß ein offizieller und inoffizieller Zölibatzwang bestand, der Taufende und Hehntausende von Schwestern von Mutterschaft und Ehe ausschloß. Die Agitation dieser Frauen außerhalb der Partei hat sicherlich manche vor Verzweiflung und Untergang bewahrt, sie hat die Ideen erweitert, und darum in allen Kreisen wertvolles geleistet. Freilich unter der Angst der fallenden Geburten haben sich dann die Anschauungen gewandelt, man begann, auch der unehelichen Mutter manches Recht zuzugestehen. Aber auch diese Bevölkerungspolitiker gingen doch von einer ganz falschen Voraussetzung aus. Hat doch wenige Jahre vor dem Krieg ein führender Mann, wie Prof. Gruber, es fertig gebracht, zu sagen: „Die uneheliche Mutter muß diffamiert bleiben im Interesse der deutschen Familie.“ (Lebhaftes Rufen: Hui!) So fielen aus der Notlage der Mütter und Kinder immer wieder die Quellen des direkten und indirekten Kindesmords.

Auch in diesem Augenblick wird zur Erhaltung des Kindes wieder der Ruf nach Findelhäusern erhoben. Es hat sich sogar eine Zeitschrift „Die Drehlade“ gegründet, um auf diese Weise den Kindesmord zu bekämpfen. Aber auch heute sage ich: Anerkennung jeder Mutter in unserer Gesellschaft. Die Schande der Mutterschaft muß abgeschafft werden. Die Idee, durch Findelhäuser die Bevölkerungszahl zu heben, ist grundfalsch. Wir haben einen Weg zu gehen, den gründlichster Beseitigung jedes Schand- und Brandmals, dann brauchen wir keine Findelhäuser, sondern nur einen offenen und vollständig bekannten Schutz, eine Staatshilfe für jede Mutter und ihr Kind. Die falsche Scham der Unverehelichten ist neben der Not und Überlastung der Ehefrauen eine der Hauptursachen der Abtreibung, eine der Ursachen der beabsichtigten Sterilität. Wieder sage ich: Hebung des Mutterwillens durch Fürsorge, Stärkung des Muttergefühls und des Mutterstolzes sind die Wege, um darüber hinwegzukommen. Ich habe glücklicherweise in meinem Leben Hunderte solcher stolzen unehelichen Mütter kennengelernt. Der französische Schriftsteller Bourget schildert in einer kleinen Erzählung einen Geistlichen im Weichfuhl, einen wahren Priester. Die Frau, die neben ihm kniet, flüstert ihm ins Ohr, er möchte sie absolvieren von einer schweren Sünde, die sie begehen will, und er versteht, daß sie sich und ihr noch ungeborenes Kind ertränken will. Dieser Priester sagt ihr nun: „ich absolviere dich unter einer Bedingung: du wirst die Tat zunächst nicht begehen, sondern abwarten, bis das Kind geboren ist und wirst es zuerst an deine Brust legen.“ Der Dichter schildert uns dann, wie die verzweifelte Frau das Neugeborene an die Brust legt und wie in diesem Augenblick der Strom heißer mütterlicher Liebe sie durchquert. Von diesem Moment an ist sie unfähig, dem Kinde etwas anzutun oder selbst aus dem Leben zu gehen. Ich habe ähnliche Fälle viele im Leben kennengelernt.

Der gewaltige Punkt des Mutterschaftsproblems ist die Frage: Mutterschaft und Beruf. Hier befinde ich mich in einem Gegensatz zu Genosfin Böhm-Schuch. Wir bürden nicht die Frage so stellen, daß wir sagen: Ehe und Mutterschaft oder Beruf. Frau Böhm-Schuch hat gestern gesagt: die verheiratete Frau arbeite nur, weil die Not des Lebens sie dazu zwingt. (Zwischenruf: „Das ist ein Mißverständnis.“) Ich frage mich, wenn ich die Neuerung von Frau Böhm-Schuch falsch verstanden habe, denn ich

würde in einer solchen Auffassung eine ungeheure Gefährdung der erst gewonnenen Frauenfreiheit erblicken. Ich weiß, daß es keine restlose Lösung des Konflikts gibt. Wenn wir aber wieder anfangen wollten, die verheiratete Frau auf das Haus zu beschränken, dann bereuen Sie damit den Zustand, daß Mann und Frau in zwei verschiedenen Welten leben. Für uns muß es heißen: Haus und Welt, gemeinsam für Frau und Mann! Wenn Sie die Frauennarbeit als Provisorium ansehen wollen, dann kommen wir wieder zu der Fruchtbareit, die die Genosfin Gamma eben gekennzeichnet hat. Gewiß braucht die Frau Schutz vor Berufsgefahren. Hier müssen die Gesetze eingreifen, aber Gesetze, die nicht von Männern, sondern in erster Linie von Frauen gemacht sind. Wir brauchen auch zur Entlastung der berufstätigen Mutter die Reform des Hauswesens, jede Verbesserung auf diesem Gebiet heißt Frauenschutz. Wir brauchen die vollständig sozialistisch durchgeführte Kinder- und Jugendfürsorge und Kindererziehung auf der Grundlage der Koedukation; denn nur die gemeinsame Erziehung der Geschlechter wird die Frau als gleichberechtigt neben dem Mann erscheinen lassen. Aber so gut man der Jugend in ihrer Arbeitszeit eine gewisse Zeit frei gibt für die Fortbildung, ebenso muß auch der berufstätigen Frau die Zeit, die sie für ihre Mutterschaftsleistung und für ihre Erziehungsleistung braucht, in irgendeiner Form gegeben werden, ohne daß dadurch ihr Einkommen Einbuße erleidet. Erst dadurch würden wir eine wirkliche Lastung für die Mutterschaft durch die Allgemeinheit bekommen, denn der Nichtstundentag bedeutet ja für die Frau, die daneben ein Haus und Kinder zu versorgen hat, keinen Nichtstundentag. Ich gebe zu: es bleibt hier ein Konflikt, aber dieser Konflikt wird aufgewogen durch die höhere Entwicklung der Mutter, die im Berufsleben steht, er wird dadurch aufgewogen, daß die Frau ihre wirtschaftliche Freiheit dem Manne gegenüber auch in der Ehe behält. Die völlige Freisetzung der Ehe von allen sie herabwürdigenden Motiven ist nur durchführbar, wenn die Frau wirtschaftlich unabhängig ist.

Damit kommen wir zu der zivilrechtlichen Stellung der Ehefrau. Es ist schon heute vormittag in der Diskussion gesagt worden, daß der Mann immer noch in der Ehe der Vormund der Frau ist, daß sie seine Einwilligung für jedes Bankkonto und Postsparkonto, jede Vermögensverwaltung, jede Verfügung über ihre Arbeitskraft braucht. Noch immer besteht die bekannte Ungleichheit, daß der Vater die größeren Rechte an dem Kinde hat, daß die Mutter noch nicht ihre vollen Mutterrechte besitzt, daß in allen Fällen der Uneinigkeit dem Mann die entscheidende Stimme bleibt. Unsere ganzen Gesetze sind auf die Unmündigkeit des Mannes, auf die Unmündigkeit der Frau zugeschnitten. Wenn man bedenkt, was das besonders für die Frauen minderwertiger Männer, die Frauen von Trintnern, pathologisch beanlagten usw. bedeutet, dann weiß man, wie bitter nötig wir die Aenderung der Stellung der Frau in einem neuen Deutschland brauchen. Ebenso brauchen wir so schnell wie möglich eine Veränderung der Ehegesetze und der Scheidungsgesetze mit ihrem grauenhaften Begriff der Schuld, der ja an sich schon zu verwerfen ist. Bei der öffentlich-rechtlichen Stellung der Frau muß ich wieder auf das uneheliche Kind und die uneheliche Mutter eingehen, denn Schutz und Recht von Mutter und Kind sind nicht zu trennen. Wir verlangen für das uneheliche Kind volles Anrecht auf den Namen des Vaters, auf das Vermögen des Vaters, auf seine volle Haftung nach seiner sozialen und wirtschaftlichen Stellung, für die Mutter weitgehende Ansprüche auf wirtschaftliche Hilfe durch den Kindesvater. Ich bin aber eine Gegnerin jeder Zwangsbestimmung, die etwa eine Pflicht zur Ehe herbeiführen möchte. In diese persönlichen Dinge soll sich kein Dritter hineinmischen. (Lebhaftes Zustimmung.)

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf einen Punkt verweisen, der ein ungeheures Unrecht an dem Kind und der Frau bedeutet, nämlich die bestehende Festlegung der Empfängniszeit auf 302 Tage. Nach medizinischen Gutachten werden etwa 2 Proz. aller Kinder nach 302 Tagen geboren, so daß diese 2 Proz. in Gefahr sind, wenn es uneheliche Kinder sind, überhaupt nicht anerkannt zu werden, während die Mütter völlig zu Unrecht wirtschaftlich hilflos und moralisch herabgewürdigt werden. In der Ehe kommt dieser Punkt fast nie in Betracht, kann aber unter Umständen zu einer Tragödie führen, wenn irgendein Eifersuchtsverdacht vorliegt.

Zu den weiteren verhängnisvollen Gesetzesparagrafen gehört die Einrede des Mehrverkehrs. Jeder, der mit diesen Dingen zu tun hat, weiß, was auf diese Einrede des Mehrverkehrs hin an Weiraiden geleistet wird. Wir brauchen die unbedingte Haftung desjenigen, der nach dem Ermeßen des Gerichts der vermeintliche Vater ist oder aller Beteiligten gemeinsam. Wir brauchen weiter Frauenschutz im Sinne der Mißhandlung des geistigen Urhebers beim Kindesmord, desjenigen Vaters, der sich seinen Pflichten entzieht und damit eine verlässere Mutter zum Kindesmord treibt, wie dies in Finnland schon gesetzlich bestimmt ist. Aber über den direkten Kindesmord hinaus bedeuten unsere bisherigen unzureichenden Gesetze einen dauernden Mord am unehelichen Kinde, das beweisen Zahlen aus der Zeit vor dem Kriege. Von tausend ehelich Geborenen starben vor dem zwanzigsten Lebensjahr 498, und von tausend unehelich Geborenen 864!

Zu den erwähnten Gesetzen kommen noch viele kleine Nadelstiche, die dazu beitragen, den Müttern das Leben zu verbittern und so weh zu tun, dazu gehört die widersinnige Bezeichnung "Fräulein" für Mütter. Es wäre das Beste, allen denjenigen die Bezeichnung Frau zu gestatten, die es beantragen, und zwar ohne weitere Angabe von Gründen. Dazu gehören ferner auch die Geburtsurkunden. Zum Glück sind jetzt Verfügungen herausgegeben, daß eine verkürzte Urkunde ausgestellt werden kann; solche verkürzte Urkunde, die lediglich Namen, Geburtsort und Datum enthält, sollte allgemein eingeführt werden, um jeden Unterschied der Abstammung aus der Welt zu schaffen. Die Umwälzung in der Stellung der unehelichen Mutter würde auch eine der Wurzeln des verurteilten § 218 unserer Strafgesetze über die Bestrafung der Abtreibung aus der Welt schaffen. Diese Bestrafung der Abtreibung ist ein grausames Ausnahmegesetz gegen die Frau, sie wirkt auch im Sinne einer Klassenjustiz, weil es natürlich in erster Linie die Bestrafung ist, die nicht in der Lage waren, sich so zu schützen, wie es in den bestehenden Kreisen der Fall ist. Vor der Revolution lagen im Reichstag bevölkerungspolitische Gesetzentwürfe vor, die unter dem Deckmantel der Bevölkerungspolitik die Prävention der Empfängnis seitens der Frau, ihren Selbstschutz gegen unerwünschte Mutterschaft so gut wie unmöglich machen sollten. Dagegen haben sich sozialdemokratische und bürgerliche Frauen gleichermaßen gewehrt.

Unsere ganze bisherige Bevölkerungspolitik stand unter dem Zeichen der Vergewandlung der Mutterkraft, man schrieb nach Kindern, aus militäristischen, nationalpolitischen Gründen, und ließ doch einen grenzenlosen Mißbrauch der Mutterkraft in Gewerben zu, die 30, ja 55 und 70 Proz. Fehl- und Totgeburten zur Folge hatten. Dazu kommt der Mißbrauch der Mutterkraft vieler berufloser Frauen in der Ehe durch zu viele, zu rasch wiederholte Geburten, ich verweise auf die Schicksale von Frauen, die 12, 14, ja 16 Schwangerschaften ohne Auspausen durchlitten.

Die Bevölkerungspolitik muß als eine der wichtigsten Aufgaben den Frauenschutz ansehen, muß eingestellt sein auf die Schonung der Frauenkraft. Der

Präventionschutz muß nicht nur freigegeben werden, sondern der Staat müßte es als seine Pflicht ansehen, die Bevölkerungsvermehrung in Bahnen zu lenken, die es gestatten, die Menschenproduktion mit dem möglichst geringen Verbrauch an vergebener Kraft zu erreichen. Ich verlange natürlich kein Taylor-System für Kindererzeugung, keine Bezugskarte für Kinder, aber ich verlange volles Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihre Mutterschaft, ich verlange die volle Aufklärung der Frau über alle diese Fragen. Ich verlange schon seit Jahren Familienberatungsstellen, sozialhygienische Frauenberatungsstellen, die unter gewissenhafter Leitung einer vernunftgemäßen Bevölkerungspolitik dienen. Wir müssen aufsteigen zu einem Qualitätsvolk. Das ist der einzige Weg für uns, um aus der Erbschaft des Krieges herauszukommen. Wenn wir nur eine begrenzte Zahl von Geburten haben, können wir um so besser für jede Mutter, jedes Kind sorgen. Dann kann die Mutterschaft wieder volles Glück und Freude werden, wenn sie von Qual und Sorge befreit ist. Ich weiß es sehr wohl, daß solche Ideen in der Regierung selbst einen mächtigen Feind haben, das Zentrum, das alle diese Dinge immer noch vom Standpunkt der alten Kirchenväter ansieht. Soeben, im Frühjahr 1919, ist eine Schrift des bekannten katholischen Autors, Prof. Maußbach, erschienen, in der wieder die alten Argumente gegen den Frauenschutz vorgebracht werden und die noch immer den Standpunkt vertritt, daß, wenn bei einer Geburt das Leben der Mutter nur unter Preisgabe des Kindeslebens zu retten ist, die Mutter geopfert werden soll. Ich habe gewiß Achtung für wahre Frömmigkeit, ich habe in meinem ganzen Leben nie eine religiöse Ueberzeugung angetastet, aber wir müssen unsere Bevölkerungspolitik nach unseren wissenschaftlichen Erkenntnissen und nicht auf den heiligen Augustinus einstellen!

Ein großer Teil der Forderungen, die ich Ihnen hier vorbrachte, ist nicht neu, es kommt aber auch nicht darauf an, Neues zu verlangen, sondern auf die Umkehrung aller Gedanken in neue Taten. Für unsere Frauensache müssen wir selbst einstehen, wollen wir nicht wieder alles verlieren. Das entspricht dem Grundsatz des Sozialismus.

Demnach wenn der Satz richtig ist, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein kann, dann ist auch der Satz richtig: die Befreiung der Frau kann nur ihr eigenes Werk sein. (Leb's Weifall.) Wir dürfen auch nicht davor zurückscheuen, gerade in der furchtbaren Zeit, in der wir uns befinden, so schnell wie möglich neue Gesetze zu verlangen, wir gehen damit den Weg nicht unfruchtbarer Kritik, sondern wir leisten fruchtbare Mitarbeit zum Ausbau der Revolution. Wir zeigen, wie Glaube und Vertrauen der Massen im Inland zu gewinnen sind, und ich glaube, daß eine freibeständige Gesetzgebung, die ohne unerwünschte Ausgabens durchzuführen ist, auch von Einfluß auf das Ausland sein, dort das Vertrauen in uns stärken wird. Die Freiheit des Geistes kann uns auch der härteste Friede nicht rauben. Wenn die Entente beschloßen hat, daß Deutschland ein großes Gefängnis werden soll, dann wollen wir doch, das Beispiel derjenigen Freiheitskämpfer nachahmen, die noch aus dem Gefängnis heraus die wunderbaren Freiheitslieder hinausjandten und damit das Gewissen der Welt erschütterten. (Stürm. Beifall.)

Auf Antrag der Genossin Reiche wird beschloßen, auf eine Diskussion im Anschluß an die beiden Referate zu verzichten.

In einer persönlichen Bemerkung führt die Genossin Behm-Schuch aus, daß sie sich nicht gegen die Notwendigkeit der Berufsausbildung der Frau gewandt habe, sondern, daß sie es als das Prinzip der Frauenerziehung bezeichnet habe, die Mädchen für den Lebensberuf zu erziehen, und zwar um der höheren Moral der Ehe willen. Allerdings habe sie gesagt, es sei furchtbar schwer für

eine Frau und Mutter, beruflich tätig zu sein. Deshalb müßten die Frauen sich mit aller Kraft dafür einsetzen, daß Verhältnisse geschaffen werden, die der ertverbstätigen Mutter diese fürchterliche moralische Last durch die Schaffung einer genügenden Mutterschaftspflege abnehmen.

Es folgt die Erledigung der eingelaufenen Anträge.

Genossin Juchacz: Zunächst liegen mir zwei Anfragen der Genossin Kuehland vor. Die eine verlangt die unentgeltliche Lieferung von Agitationmaterial für das platte Land. Ich kann dazu im Augenblick nicht endgültig Stellung nehmen, der Parteivorstand muß entscheiden. Die Kostenfrage spielt eine große Rolle. Bedenken Sie, daß jetzt schon jede Nummer der „Gleichheit“ 12 Pf. Herstellungskosten erfordert. Es können da leicht Summen herauskommen, die für die Partei unerträglich sind. Die Genossin Kuehland fragt dann an, warum nicht, ihrem schriftlich geäußerten Wunsch entsprechend, ein Referat über die sozialistische Jugendbewegung auf die Tagesordnung gesetzt worden ist. Ich kann darauf nur antworten, daß ich eine solche Anregung nicht erhalten habe.

Der erste Antrag lautet:

Die am 15. und 16. Juni versammelte Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands protestiert energisch dagegen, daß immer noch in vielen Städten die Volksschulen, die als Kazerette oder Kaserne während des Krieges eingerichtet worden waren, nicht wieder vollzählig freigegeben worden sind. Dadurch wird unserer Arbeiterjugend ein nicht wieder gutzumachender geistiger, moralischer und gesundheitlicher Schaden zugefügt, indem diese Kinder nur einen teiltweisen Schulunterricht erhalten.

Die Frauenkonferenz fordert deshalb, daß von den in Frage kommenden Körperschaften in Staat und Gemeinde sofort alles geschieht, um die Schulen den Kindern zurückzugeben.

Ich empfehle, diese Entschlieung anzunehmen und sie dem Parteivorstand zur Weitergabe an die einzelnen Landesregierungen zu überweisen.

Die Frauenkonferenz beschließt einstimmig in diesem Sinne.

Genossin Juchacz: Der zweite Antrag lautet:

Der Parteivorstand wird ersucht, einige Jahrgänge der Kinderbeilage zur „Gleichheit“ für die Auslage in Kinderlesestuben und der „Arbeiterjugend“ zur Auslage in Jugendlesehallen zusammenstellen zu lassen.

Ich kann im Augenblick nicht übersehen, ob es möglich sein wird, diesem Antrage nachzukommen. Darüber muß erst gesprochen werden. Ich beantrage, den Antrag dem Parteivorstand zu überweisen.

Die Frauenkonferenz schließt sich dem an.

Genossin Juchacz: Wir kommen nun zum dritten Antrag:

„Die weiblichen Vorstandsmitglieder bilden in Gemeinschaft mit den weiblichen Parteiausführungsmitgliedern die Leitung der Frauenbewegung. Sie haben die Aufgabe, in tatkräftiger Weise die Aufklärung unter der weiblichen Bevölkerung zu fördern, einheitliche Vorschläge für die Agitation zu machen und für die Durchführung dieser Vorschläge zu sorgen.“

Der Antrag trägt die Unterschriften von Hamburg und Frankfurt a. M. und keine Grundgedanken decken sich mit dem Antrage Frankfurt auf dem Parteitag. Ich empfehle die Annahme dieses Antrages und glaube bestimmt versprechen zu können, daß in dieser Form auch der Parteivorstand mit ihm einverstanden ist. (Beifall.)

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Genossin Juchacz: Der vierte Antrag lautet:

„Die Frauenkonferenz richtet an den Parteivorstand den Antrag, der Parteischule eine soziale Frauenschule mit ausreichender Ausbildungszeit an-

zugliedern. Der Antrag zu ihr hat nach den für die Parteischule gestellten Zulassungsvoraussetzungen zu erfolgen. Den von der sozialen Frauenschule ausgebildeten Frauen ist die Uebernahme sozialer Kemter in allen Teilen Deutschlands Pflicht zu machen. Garantie für Anstellung nach erfolgter Ausbildung übernimmt die Parteischule nicht.“

Auch hier möchte ich empfehlen, den Antrag dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen. Allerdings habe ich hier starke Bedenken. Die Parteischule ist im Augenblick noch nicht wieder eröffnet und wir wissen nicht, in welcher Form sie wieder aufzuerstehen wird. Ebenfalls werden wir weiblichen Vorstandsmitglieder es als unsere Pflicht betrachten, im Parteivorstand für besondere Schulungsmöglichkeiten der Frauen einzutreten.

Der Antrag wird dem Parteivorstand überwiesen.

Genossin Juchacz: Fünftens wird beantragt, daß die „Gleichheit“ vom 1. Juli ab als einmalige Gratisnummer an alle Genossinnen, vor allem aber an die Genossinnen auf dem Lande und in den Kleinstädten abgegeben werden soll. Auch hier beantrage ich Ueberweisung an den Parteivorstand. Dazu bemerken möchte ich, daß ich nicht weiß, welche Kosten die Durchführung des Antrages erfordert, auch nicht, wie die Papierfrage zurzeit steht.

Die Frauenkonferenz beschließt die Ueberweisung an den Vorstand.

Genossin Juchacz: Der Ortsverein Hannover-Binden beantragt, der Parteivorstand wolle dahin wirken, daß auch Genossinnen die Möglichkeit gegeben wird, leitende Stellen in der Gemeinde zu bekleiden. Der Antrag wird besser als Anregung an jede Genossin aufgefah, in ihrem eigenen Wirkungskreis dafür zu sorgen, daß Frauen solche Stellen eingeräumt werden. (Allseitige Zustimmung.) Dann beantragt die sozialdemokratischen Frauen von Frankfurt a. M. die Schaffung von Frauenreferaten bei Reich, Staat und Gemeinden. Auch diesen Antrag bitte ich als Anregung anzusehen und an die Fraktion der Nationalversammlung zu überweisen.

Die Frauenkonferenz beschließt demgemäß, überweist den Antrag aber auch an die Fraktionen in den einzelnen Landesversammlungen und in den Gemeindevertretungen.

Genossin Juchacz: Als achter Antrag liegt vor:

„Jedes weibliche Vorstandsmitglied einer Bezirksorganisation hat über den Stand der Frauenbewegung vierteljährlich an die Vertreterinnen im Parteivorstand zu berichten.“

Ich bitte, den Antrag nicht nur anzunehmen, sondern auch sofort den Entschluß zu fassen, ihm nachzukommen. (Beifall.)

Der Antrag wird gegen 6 Stimmen angenommen.

Genossin Juchacz: Wir kommen nun zu den Richtlinien der Genossin Käbler; ich würde empfehlen, es mir zu überlassen, mich mit der Genossin Käbler in Verbindung zu setzen und diese Richtlinien einer Durchsicht zu unterziehen. Ich würde dann die Richtlinien in meine Broschüre mitaufnehmen.

Genossin Grünberg: Dagegen habe ich doch Bedenken. Jeder wird bei der Stellung der Genossin Juchacz ihre Broschüre als eine parteiamtliche Veröffentlichung ansehen und ich möchte nicht gern, daß die Richtlinien der Genossin Käbler, mit denen ich nicht übereinstimme, in diese Broschüre aufgenommen werden.

Genossin Juchacz: Natürlich lege ich die ganze Broschüre dem Parteivorstand vor, außerdem erscheint die Broschüre unter meiner persönlichen Verantwortung. Prüfe alles und behalte das Beste! Das gilt auch für die Richtlinien der Genossin Käbler.

Die Konferenz beschließt gegen etwa 8 Uhr im Sinne der Genossin Zuchacz.

Weiter liegt folgender Antrag vor*):

„Die am 15. und 16. Juni in Weimar tagende Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands protestiert energig gegen den in der Verfassungskommission der Deutschen Nationalversammlung gefaßten Beschluß, den Absatz 2 des Art. 22 des Entwurfs einer Verfassung des Deutschen Reiches, lautend:

„Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten“

zu streichen. Die Frauen verlangen, daß in der Verfassung ihre staatsbürgerlichen Rechte in unabweisbarer Weise festgelegt werden.“

Genossin Pfäff: Wir sind in der Verfassungskommission ganz selbstverständlich für die verfassungsmäßige Festlegung der Gleichberechtigung der Frauen eingetreten. Heute ist nun in der zweiten Lesung die grundsätzliche Festlegung dieser Gleichberechtigung gestrichen worden (Hört, hört!). Obwohl uns gesagt worden ist, daß das aus juristischen und anderen Bedenken habe geschehen müssen, weil im juristischen Leben und auf anderen Gebieten eine grundsätzliche Gleichberechtigung unmöglich sei, sehen wir in der Streichung eine wesentliche Verschlechterung, genau so, wie es uns leider nicht gelungen ist, die volle Gleichberechtigung der unehelichen Kinder in die Verfassung aufzunehmen (Hört, hört!). Jedenfalls müssen wir gegen die Streichung Stellung nehmen (Zustimmung).

Genossin Zuchacz: Ich empfehle die Annahme des Antrages und seine Veröffentlichung in der Presse. Außerdem beantrage ich seine Absendung an die Mitglieder des Verfassungsausschusses, der Regierung und der Nationalversammlung zu offizieller Kenntnisnahme (Sehr gut).

Die Frauenkonferenz beschließt so.

Genossin Zuchacz: Wir kommen nun zu folgendem Antrag 11:

„Wir beantragen, daß in nächster Zeit ähnlich der Roten Woche von März 1914 ein Frauentag für das ganze Reich veranstaltet wird. Durch die Gemeinsamkeit der Veranstaltungen soll das Zusammengehörigkeitsgefühl geweckt und die Frauen den Ideen des Sozialismus näher gebracht werden.“

Der Antrag beruht auf zwei Dingen miteinander. Für eine Rote Woche ist die Zeit jetzt nicht geeignet. Aber es wird einmal der Tag kommen, an dem wir die nächsten Aufgaben gelöst haben werden und wir dann nach dem Wunsch dieses Antrages das Zusammengehörigkeitsgefühl pflegen und für die sozialistische Schulung der Frauen wirken können, die die sozialistischen Ideen noch nicht voll in sich aufgenommen haben. In dieser Form müssen wir den Antrag ablehnen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Genossin Zuchacz: Es liegen nun noch drei gleichlautende Anträge vor. Der erste Antrag verlangt die Herausgabe des Referats der Genossin Schreiber in Broschürenform, der zweite die Drucklegung des Vortrages der Genossin Schreiber und Bohn-Schuch, und der dritte die Veröffentlichung der Referate der Genossinnen Hanna und Schreiber als Broschüre. Ich kann Ihnen das feste Versprechen geben, daß ich mich beim Parteivorstand dafür einsetzen werde, daß die

*) Es hat sich später herausgestellt, daß die Annahme, der Verfassungsausschuss habe in zweiter Lesung den betr. Absatz gestrichen, auf einem Irrtum beruhe.

Vorträge der Genossinnen Hanna und Schreiber zusammen in Broschürenform der Öffentlichkeit zugänglich zu machen werde. Die Gedanken der Genossin Bohn-Schuch werden ebenfalls als Broschüre mitverarbeitet.

Die Frauenkonferenz erklärt sich damit einverstanden.

Weiter ist mir noch folgende Entschlieung übergeben worden:

„Die sozialdemokratische Frauenkonferenz, versammelt in Weimar am 16. Juni, richtet an diesem Tage, wo die neuen, uns noch nicht bekannten Friedensbedingungen der Entente nach Deutschland gelangen, einen Ruf an die sozialistischen Genossen und Genossinnen der ganzen Welt, sich unter allen Umständen für die Herausgabe unserer Kriegs- und Zivilgefangenen einzusetzen. Wie immer sich der weitere Gang der Verhandlungen gestaltet, welchem Schicksal immer Deutschland entgegen geht, dürfen diese Männer, deren körperliche und seelische Widerstandskraft nach jahrelanger Gefangenschaft gebrochen ist, nicht geopfert werden. Wir erhoffen von unsern Genossen und Genossinnen, daß sie unsern Appell um Menschlichkeit aus ihrer sozialistischen Ueberzeugung heraus aufnehmen und einen Druck auf ihre Regierungen ausüben werden.“

Ich kann die politische Tragweite dieser Entschlieung im Augenblick nicht übersehen. Vielleicht machen wir eine politische Dummheit, wenn wir die Entschlieung annehmen und veröffentlichen. Aber mit dem Grundgedanken der Entschlieung sind wir alle einverstanden. Ein solcher Appell muß an die Sozialisten der ganzen Welt ergehen und ich würde empfehlen, mir diese Entschlieung zu geben, damit ich sie im Parteivorstand redaktionell umarbeiten und wenn nötig, abfassen kann. An ihrem sachlichen Inhalt wird nichts geändert werden.

Die Frauenkonferenz erklärt sich damit einverstanden.

Genossin Zuchacz: Damit sind wir am Schluß unserer Verhandlungen angekommen. Sie waren außerordentlich fruchtbar. Die beiden Vorträge der Genossinnen Hanna und Schreiber haben uns gezeigt, wie ohnmächtig wir Frauen im Augenblick noch sind. Die Genossin Hanna hat uns unsere wirtschaftliche Ohnmacht gezeigt. Wir haben gesehen, welch weiten Weg wir noch zurückzulegen haben, bis wir durch Leid und Trübsal endlich zu einer wirklichen Befreiung der Frauen gelangen können. Daselbe hat uns, nur in anderer Weise, die Genossin Schreiber gezeigt. Sie hat die Mutterkraft mit vollem Recht als höchstes Glück des Weibes hingestellt. Es ist das edelste und schönste für jede Frau, Mutter zu sein, wenn sie die Möglichkeit hat, sich dieses Mutterglückes zu freuen. Riesengroß sind die Aufgaben, die wir noch zu leisten haben. Uns schwindelt vor dem, was sich vor uns aufstut. Aber die Größe der Aufgabe stärkt auch unseren Willen zur Arbeit. Die Frauen geben ihr Herzblut daran, diese Aufgaben zu lösen, und sie folgen nur ihrem Naturtrieb, wenn sie im schönsten Sinne des Wortes aufbauende Sozialisten sind und die kommende Generation in diesem Geiste erziehen.

So könnten wir unsere Tagung in dem schönen Gefühl schließen, fruchtbar Arbeit geleistet zu haben. Und könnten jetzt mit dem Versprechen auseinandergehen, nicht zu ruhen und nicht zu rasten, um den Boden vorzubereiten für eine glücklichere Zukunft unserer Kinder, unserer Wuben und Mädchen. Aber ganz trocken und sachlich müssen wir doch noch darauf hinweisen, was an beiden Tagen wiederholt ausgesprochen worden ist, daß neben dem Großen, Schönen und Gewaltigen die mühselige Kleinarbeit, die draußen geleistet werden muß, steht, daß man das Große leicht aus den Augen verliert, wenn man mit kleinen und häßlichen Dingen zu tun hat, wenn man von Tür zu Tür gehen muß und die Armut und den Jammer der Arbeiterklasse sieht. Aber wir

wollen daraus den festen Willen schöpfen, dafür zu sorgen, daß allen Menschen die Sonne scheint. (Beifall.) Wir dürfen bei dieser großen Kleinartigkeit den Mut nicht verlieren. Wir wollen die Verpflichtung übernehmen, in diesem Saal mit heraufzunehmen, daß jede Teilnehmerin draußen berichten kann, was sie hier gesehen und gehört hat, was wir hier als Gesamtvertretung der mit Kopf und Hand arbeitenden Frauen Deutschlands zum Wohle nicht nur der Frauen beigeschlossen haben, die schon Sozialistinnen sind, sondern zum Wohle unseres ganzen Volkes und der Zukunft der ganzen Welt. (Beifall.) In einfacher Weise müssen wir das draußen weitergeben, damit es verstanden wird und damit wir hier nicht vergeblich gearbeitet haben.

Wir können die heutige Tagung nicht schließen, ohne wenigstens kurz der allgemeinen politischen Lage zu gedenken, unter deren Druck wir bewußt und unbewußt in jedem Augenblick standen. In Paris ist unseren Vertretern heute die Antwort der Entente übergeben worden. Eine Zeit entsetzlicher Spannung haben wir durchlebt, die jetzt ihren Höhepunkt erreicht hat. Wir wissen ja noch nicht, was unserer harzt. Eine Zeitungsnachricht hob die andere auf, die eine Stimme zur Hoffnung, die andere wirkte niederschmetternd. So haben wir in Gängen und Wangen die Lage zugebracht und gewartet auf die Antwort, die die vier Gewaltigen in Paris für gut befinden würden. Immer haben wir hier in Weimar mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß unsere Verhandlungen durch eine niederschmetternde Nachricht aus Paris unterbrochen werden könnten. Wir kennen in diesem Augenblick die neuen Bedingungen noch nicht. Noch klammern wir uns wie der Ertrinkende an den Strohalm, geben noch nicht alle Hoffnung auf. Aber mögen diese Bedingungen ausfallen wie sie wollen, eins weiß ich bestimmt: wenn man das deutsche Volk wirtschaftlich lösen will, wenn man auch kommende Generationen weiter mit dem Hunger bedroht, man wird es trotzdem nicht fertig bekommen, unser Volk auszurotten und der sozialistische Gedanke, dessen Träger unser Volk geworden ist, wird nicht untergehen. Wie immer der Weltkrieg abgeschlossen wird, wir gehen aus diesem Saal gewappnet heraus, gewappnet für den Kampf der Geister und mit dem festen Willen, trotz alledem für den Sozialismus zu kämpfen. Wir wissen nicht, ob die Bedingungen unterschrieben werden oder nicht, eines aber wissen wir bestimmt, daß es keinen Weltkrieg mehr geben soll und darf. Wir werden für die Verwirklichung des Sozialismus arbeiten und dann wird es auch in der Zukunft keinen Krieg mehr geben. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf schloß die Vorsitzende Knyek die Konferenz.

Wortlaut der auf dem Parteitag angenommenen Anträge.

Tagesordnung des Parteitages.

Der Sozialdemokratische Verein Groß-Frankfurt ersucht den Parteivorstand, der Tagesordnung des Parteitages folgenden Punkt einzufügen: „Die auswärtige Politik der deutschen Republik.“

Den Punkt „Auslandspolitik“ auf die Tagesordnung zu setzen und Genossen Bernstein als Referenten zu bestellen.

Bericht des Parteivorstandes.

Der Parteitag beauftragt den Vorstand, unverzüglich Agitationsmaterial aufklärender undwerbender Inhalts in Massenaufgaben herzustellen und allen Wahlvereinen baldigst zu übermitteln. In Frage kommen hierfür in erster Linie die Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie an Reich, Einzelstaaten und Gemeinden.

Organisationsstatut.

Im § 4 Zeile 4 hinter die Worte „zu erheben“ einzufügen: gleichzeitig sind die Bezirksverbände berechtigt, in Ortsvereinen, die durchaus ländlichen Charakter haben, Wochenbeiträge von 15 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche Mitglieder festzusetzen.“

§ 11 Abs. 1 und 2 zu streichen das Wort „einstimmig“ und dafür zu setzen: in Abs. 1: „Auf mit Dreiviertelmehrheit gefaßt“,

in Abs. 2: „Auf mit Dreiviertelmehrheit gestellten“.

Hinter „und unbesoldeten Besuchern besteht“ ist einzufügen: „Und dem mindestens zwei Frauen angehören müssen“.

Im § 23 als besonderen Absatz einzufügen: Zur Partei kann ferner nicht gehören, wer einer anderen politischen Partei als Mitglied angehört oder eine solche finanziell unterstützt.

In den Parteiauswahlentsenden die Bezirksorganisationen, welche mehr als 10 000 weibliche Parteimitglieder umfassen, außerdem ein weibliches Mitglied.

Organisation und Agitation.

Die Kreise mit rein ländlicher Bevölkerung bedürfen intensiverer Arbeit und sind diese Kreise mehr als bisher agitatorisch und finanziell zu unterstützen.

Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, bei allen wichtigen Fragen und Entscheidungen der inneren und äußeren Politik schnellstens die nötige Aufklärung ins Land zu senden, damit die Mitgliedschaften rechtzeitig orientiert sind und falsche Auffassungen vermieden werden.

Der Parteitag möge beschließen, daß bei Uebertreten von der Unabhängigen Partei die volle Mitgliedsdauer angerechnet wird und durch einen Vermerk zu kennzeichnen ist.

Nachdem die Resolution den Frauen endlich die politische Gleichberechtigung gebracht hat, ist es jetzt Aufgabe der Partei, diese Gleichberechtigung von der Theorie in die Praxis zu überführen.

Nur durch aktive Mitarbeit, nicht allein durch theoretische Bildung, kann die mangelhafte politische und parlamentarische Schulung der Frauen behoben werden. Nur dadurch kann ihre weitverbreitete Teilnahmslosigkeit der Politik und der Partei gegenüber beseitigt, können ihre durch jahrhundertelange politische Unfreiheit und einseitige Erziehung verkümmerten Fähigkeiten auf diesem Gebiet voll entwickelt werden.

Diese politische Einflucht der Frauen zu fördern, ist heute, wo sie das Stimmrecht haben, zur Lebensnotwendigkeit für die Partei geworden.

Ebenso sehr im Interesse der Partei wie in ihrem eigenen sind deshalb die Genossinnen in erhöhtem Maße zu allen Parteiposten und Parteikörperschaften, zu den Parlamenten und Verwaltungsämtern in Reich, Staat und Gemeinde heranzuziehen.

Bericht der Fraktion der verfassungsgebenden Nationalversammlung.

Der Parteitag möge beschließen, daß die wichtigsten Gesetze mit kurzen Erläuterungen in kurz gefaßten Broschüren den Genossen im Lande periodisch zur Verfügung gestellt werden. Desgleichen soll in Broschürenform periodisch über die Tätigkeit der Fraktion unterrichtet werden.

Der Parteitag beauftragt die Genossen, in den gesetzgebenden Körperschaften dafür einzutreten, daß sämtliche fiskalischen Liegenschaften, als Flug-, Erzeugerplätze, Kasernen, Festungsstrahons usw., nicht an Private verkauft werden dürfen, sondern nur an Kommunen, und zwar auch nur unter der Bedingung, daß diese Liegenschaften nur gemeinnützigen Vereinigungen in Erbpacht gegeben werden, soweit die Kommunen dieselben nicht für eigene Zwecke gebrauchen. Kommt ein Verkauf an Kommunen nicht in Frage, so sind dieselben gemeinnützigen Vereinigungen unmittelbar in Erbpacht zu geben, um jede Spekulation auszuschließen.

Der Parteitag beauftragt die Genossen in den gesetzgebenden Körperschaften, dafür einzutreten, daß industrielle fiskalische Anlagen, als Werften, Gewehrfabrik, Munitionsfabriken usw., nicht an das private Kapital zur Spekulation überlassen werden, sondern, soweit sie nicht mehr für Zwecke des Reiches verwendbar sind, nur unter solchen Bedingungen freigegeben werden, bei der jeder etwa entstehende Gewinn an das Reich abzuführen ist.

Jugend und Bildung.

Der Parteitag fordert die in den Vertreterkörperschaften von Staat und Gemeinde tätigen Parteigenossen auf, mit aller Kraft für die kulturelle Hebung der proletarischen Jugend, die der Krieg körperlich, geistig und seelisch vernachlässigt und unterdrückt, einzutreten durch Schaffung alkoholfreier Jugendheime, Bereitstellung von Jugendleseställen und geeigneten Vereinsräumen (in Schulen usw.), Jugendherbergen, Wanderherbergen in den Städten und auf dem Lande, durch materielle und moralische Unterstützung der Arbeiterjugendorganisationen, durch Maßnahmen gegen das Jugend- und Volkleben demoralisierende Kinountersuchen und dergleichen mehr.

Abfindung der Fürsten.

Der Sozialdemokratische Verein Groß-Frankfurt ersucht den Parteitag, beschließen zu wollen, daß alle Fürsten und früheren Kroneninshaber ohne Pensionen von der Reichs- oder den Landesregierungen abgefunden werden.

Kommunalprogramm.

Die sozialdemokratische Parteiorganisation Rüstingen-Wilhelmshaven er sucht den deutschen Parteitag in Weimar, unverzüglich eine Kommission von hervorragend tätigen und bewährten sozialdemokratischen Kommunalpolitikern einzusetzen, um ein der neuen Zeit entsprechendes sozialdemokratisches Kommunalprogramm auszuarbeiten. Vor Durchführung einer einheitlichen Verwaltungsreform über ganz Deutschland sind die sozialdemokratischen Vertreter in den Regierungen und Parlamenten sowie den Kommunen der deutschen Freistaaten zu verpflichten, im Sinne des sozialdemokratischen Kommunalprogramms sich zu betätigen und die Schaffung von in diesem Geiste getragenen Städte- und Gemeindeordnungen anzustreben.

Schreibergärten.

Unsere Genossen in den Gemeindeverwaltungen sind aufzufordern, für die Beschaffung von Schrebergartenstellen für die minderbemittelten Bewohner der Städte zu wirken.

Partei einigung.

Der Parteitag teilt den in vielen Anträgen zum Ausdruck gekommenen Wunsch nach der Einheitsfront des Klassenbewußten Proletariats Deutschlands.

Die Fortdauer der Parteispaltung, die den kraftvollen Vormarsch der Arbeiterklasse aufzuhalten droht, erkennen wir als die größte Gefahr für die Lebenshaltung der Arbeiterklasse wie für die Abwehr gegenrevolutionärer Machenschaften.

Bei allen Versuchen, das Proletariat wieder zur Einheit zusammenzuschweißen, wandten sich die Vertreter der U. S. P. wie der K. P. D. gegen die Grundzüge der Demokratie.

Der Parteitag lehnt das Streben nach einer nur mit den Mitteln des Terrorismus — und auch da nur für kurze Zeit — aufrechtzuerhaltenden Diktatur einer Minderheit ab.

Der Parteitag erklärt seine Bereitschaft, in Verhandlungen zur Einigung mit der U. S. P. auf der Grundlage des Erfurter Programms zu treten, sobald die U. S. P. den Grundsatz der Demokratie rückhaltlos anerkennt und jede Gemeinschaft mit der mit den Mitteln des Putschismus und unter Verwerfung aller demokratischen Grundsätze wirkenden K. P. D. aufgegeben haben wird.

Die Verhandlungen über die Einigung können nur zentral geführt werden.

Freiwilligenkorps.

Der Parteitag würdigt die Beschwerden der Parteigenossen über die Haltung der Freiwilligenkorps und ihrer Führer.

Der Parteitag kann sich aber nicht verhehlen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter an der Unzufriedenheit mit den Freiwilligenkorps nicht unschuldig sind, weil zu wenige Arbeiter in diese Korps eintraten und damit die einseitige Zusammensetzung dieser Truppen verschuldeten.

Durch die Reform der Polizei und der Gendarmerie sind die Freiwilligenkorps von allen laufenden polizeilichen Aufgaben fernzuhalten.

Sollen Regierung und Verfassung nicht jedem willkürlichen Einflusse unterliegen, ist nicht völlig auf militärische Macht zu verzichten. Die unterschiedslose Herabsetzung und die Vorkottierung der Freiwilligentruppen wie der Sicherheits- und Einwohnerwehren durch manche Arbeiter empfindet der Parteitag als eine Ungerechtigkeit.

Der Parteitag fordert die völlige Neutralität der Freiwilligentruppen in allen politischen Fragen, um sie vor jedem Verdachte gegenrevolutionärer und anderer Ausschreitungen zu sichern.

Alle Ausschreitungen von Mitgliedern der Freiwilligentruppen werden vom Parteitag entschieden beurteilt, deshalb erwartet der Parteitag eindeutige und feste Maßnahmen gegen jeden Mißbrauch der militärischen Gewalt. Er erhofft dies vor allem durch die weitestgehende Demokratisierung des Offizierkorps und durch den Eintritt unserer Parteigenossen in die Reichswehr.

Ebenso muß in geeigneter Weise Aufklärungsarbeit innerhalb der Truppenverbände durch Parteigenossen geleistet werden. Zu diesem Zweck hat die Partei Einrichtungen zu schaffen.

Der Belagerungszustand darf nur verhängt und Truppenverbände dürfen nur dann eingesetzt werden, wenn die zuständige Parteiorganisation vorher gehört ist.

In den Orten, in denen Truppen untergebracht sind, und in Orten, die vorübergehend zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung mit Truppen belegt werden müssen, sind den Befehlshabern geeignete Personen aus Parteifreien beizugeben. In allen Fällen, wo die Truppen verwendet werden sollen, haben diese Genossen maßgebendes Mitbestimmungsrecht.

Doppelmandate.

Die Demokratisierung des Wahlrechts in Reich, Staat und Gemeinde hat die Zahl der parlamentarischen Mandate der Partei stark erhöht und zur Uebertragung mehrerer Mandate an einzelne Genossen geführt.

Obwohl es durchaus nicht unerwünscht ist, daß die Verbindung und Zusammenarbeit der einzelnen Fraktionen durch einige Doppelmandatäre inniger gestaltet und gesichert werden, birgt die Uebertragung mehrerer parlamentarischer Mandate an einen Genossen doch die Gefahr in sich, daß jedes Mandat nicht mit der gebotenen Hingabe ausgeübt werden kann.

Da aber die Partei das größte Gewicht darauf legen muß, daß jedes von ihr erteilte Mandat mit Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit ausgeübt wird, empfiehlt der Parteitag, parlamentarische Doppelmandate möglichst zu vermeiden.

Jugendbewegung.

1. Das Ziel der Jugendbewegung ist die Erziehung der Jugend zur sozialistischen Weltanschauung und zur selbständigen politischen Betätigung. Ferner hat sie den Zweck, einen wirksamen Jugendschutz zu fördern. Dagegen ist die Jugendorganisation keine Kampforganisation mit parteipolitischen Zielen; ihre Aufgaben sind vorwiegend erzieherischer Natur.

2. Die Jugend von 14 bis 18 Jahren ist allerorts unter Aufhebung der bisherigen Jugendausschüsse in Vereinen zusammenzufassen, die sich zu Bezirksorganisationen und übers Reich zu einem Verband der deutschen Arbeiterjugendvereine zusammenschließen. Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend bildet bis auf weiteres den Hauptvorstand des Verbandes und hat schnellstens Satzungen und einheitliches Verwaltungsmaterial herauszugeben.

3. Die Leitung der Ortsvereine obliegt einem Vorstand, der zur Hälfte aus Jugendlichen, die von den Mitgliedern selbst zu wählen sind, und zur anderen Hälfte aus erwachsenen Parteimitgliedern gebildet wird. Die gleiche Zusammensetzung gilt für die Bezirksvorstände sowie für den Hauptvorstand in Berlin. Bei der Wahl der Erwachsenen sind Genossen und Genossinnen zu bevorzugen, die erzieherische Befähigung mit besonderem Verständnis für die Jugend und ihre spezifische Eigenart verbinden.

Um dem Grundsatze der Selbstverwaltung der Jugend zu entsprechen, soll die Leitung der Abteilungen der Vereine den Jugendlichen möglichst selbst überlassen bleiben.

4. Von den Mitgliedern ist ein regelmäßiger Beitrag zu erheben. Hierfür ist als Vereinsorgan die „Arbeiter-Jugend“ zu liefern, die ausgestatten und in ihrem Umfang zu erweitern ist.

5. Der Parteitag legt den Parteiorganisationen sowie allen Parteigenossen und -genossinnen die dringende Verpflichtung auf, die erwachsenen Arbeiter in nachhaltiger Weise über Wert und Bedeutung der Jugendbewegung aufzuklären und zur Förderung der Jugendarbeit die notwendigen Mittel und Kräfte zur Verfügung zu stellen.

Lehrerbewegung.

Der Parteitag begrüßt den Zusammenschluß der sozialdemokratischen Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands auf der Grundlage einer Arbeitsgemeinschaft im Dienste der besonderen kulturpolitischen Aufgaben der Partei.

Der Parteitag fordert alle sozialdemokratischen Lehrpersonen auf, sich unbeschadet ihrer Zugehörigkeit zu anderen Lehrervereinigungen der Arbeitsgemeinschaft zum Zwecke reger Mitarbeit anzuschließen.

Genossen in Regierungsämtern.

Der Parteitag erklärt, daß Genossen, die Regierungsämter innehaben, der Partei verantwortlich sind. Er erklärt ferner, daß die Bekleidung eines Regierungsamts kein Grund sein kann, den in Betracht kommenden Genossen das Recht abzurufen, im Parteivorstand, der Kontrollkommission und anderen Parteinstanzen Ämter einzunehmen.

Demokratisierung.

Die Revolution hat die Bahn für die Demokratisierung von Reich, Staat und Gemeinde frei gemacht. Die Demokratie kann sich indes im gesamten Staatsleben nur voll auswirken, wenn alle Träger der Staatsmacht in der Verwaltung von ihren Grundfragen durchdrungen und bereit sind, im demokratischen Sinne zu wirken.

Der Parteitag macht es daher den Parteigenossen in den Regierungen und Parlamenten zur Pflicht, dahin zu wirken, daß alle politischen Beamten besetzt werden, die innerlich noch auf dem Boden des alten Regimes stehen und nicht mit gebotener Eifer die vom Mehrheitswillen des Volkes getragene Politik der Regierung fördern.

Bildungsarbeit.

Der starke Zustrom neuer Anhänger, den die Novemberrevolution der Partei gebracht hat, und die Fülle neuer Aufgaben und Verpflichtungen, die die Demokratisierung und Sozialisierung des öffentlichen Lebens in Deutschland den Parteigenossen auferlegt, machen eine Neuorganisation und Vertiefung unseres Bildungswesens zur dringenden Notwendigkeit.

Mehr als früher muß die Einführung in den Sozialismus als Weltanschauung und in die sozialdemokratische Politik das Kernstück der Bildungsarbeit bilden. Allgemein bildende Veranstaltungen sind dagegen in erster Linie als öffentliche Pflichten von Reich, Staat und Gemeinde zu verlangen; auch kann sich dabei die Zusammenarbeit mit anderen Bildungsorganisationen als zweckmäßig erweisen (Volkshochschulen, Wandertheater und -kino, Konzerte).

In allen Orten sind Bildungsausschüsse zu schaffen, die im engen Zusammenwirken mit der Partei und anderen Arbeiterorganisationen das örtliche Bildungswesen zu leiten haben; innerhalb der Parteibezirke sind Bezirksbildungsausschüsse einzurichten. Die Spitze des parteigenösslichen Bildungswesens bildet der Zentralbildungsausschuß.

Die Bildungsarbeit ist überall sofort tatkräftig in die Hand zu nehmen; insbesondere sind Einzelvorträge und Kurse über Geschichte, Theorie und praktische Arbeit der Sozialdemokratie einzurichten. In einzelnen Bezirken sind im Einvernehmen mit dem Zentralbildungsausschuß und dem Parteivorstand Bezirks-Parteischulen zu schaffen, für die Genossen als Teilnehmer auszuwählen sind, die sich in besonderem Maße zu Lehrkräften eignen. Zu dem gleichen Zwecke ist auch die baldige Wiedereröffnung der Parteischule in Berlin auf neuer Grundlage ins Auge zu fassen.

Die Rückwirkungen der Novemberrevolution auf das geistige Leben der Partei machen es allen Parteigenossen zur ersten Pflicht, sich sowohl zur eigenen theoretischen Aufklärung und Festigung, als auch zur kritischen und menschenbildenden Mitarbeit in der Theorie des Sozialismus mit der grundlegenden wissenschaftlichen Literatur des Sozialismus vertraut zu machen. Zur Einführung sind leichtverständliche Schriften herauszugeben.

Ernährungsfrage.

Der Parteitag macht die in zahlreichen Anträgen der Parteigenossen zum Ausdruck gekommenen Forderungen bezüglich der Ernährungsfragen zu den seinen; insbesondere erklärt der Parteitag die Versorgung der breiten Masse der Bevölkerung für vollständig ungenügend, er verlangt den Abbau der Lebensmittelpreise und betont die Notwendigkeit, daß an die werktätige und minderbemittelte Bevölkerung zu niedrigeren als den Gestehungspreisen Lebensmittel verabsolgt werden, soweit dies die örtlichen Verhältnisse irgend gestatten.

Gegen Preistreibeien, Wucher und Schieberereien ist in der mächtigsten Weise vorzugehen. Mit Aufhebung der Wochende sind rechtzeitig Maßnahmen gegen etwaiges wucherisches Preistreiben zu unternehmen. Jede weitere Verbrauchsabgabe oder Besteuerung der Lebensmittel ist zu vermeiden.

Um den Ertrag des Bodens aufs höchste zu steigern, ist für eine zweckmäßige Bodenverteilung zu sorgen. Ansiedlungen sind durchaus zu begünstigen. Die Einsetzung einer aus Fachmännern bestehenden Agrarkommission ist notwendig, die baldmöglichst ein sozialistisches Agrarprogramm ausarbeitet und es der Parteipflichtigkeit unterbreitet.

Die bisherige Lebensmittelorganisation hat die ausreichende und gleichmäßige Ernährung des Volkes nicht gesichert. Sie steht in der bisherigen Form polizeilicher Zwangsbewirtschaftung nicht die Gewähr für ausreichende Erfassung der Lebensmittel und erwartet von der Regierung eine Neuorganisation auf folgender Grundlage:

Die Erfassung geschieht einheitlich im ganzen Reichsgebiet nach einer von einer Reichszentrale auf Grund der Erntefläche, Bodenklasse und Ernteschätzung festgestellten Viererungspflicht der Gemeinden. Die Verteilung auf die Verbrauchsgemeinden geschieht nach einem einheitlichen Schlüssel.

Die Bedarfsbefriedigung der Erzeugergemeinden erfolgt grundsätzlich aus den Beständen der betreffenden Gemeinden, der Uberschuß wird auf Anweisung der übergeordneten Erfassungsorganisation an die nächsten Bedarfsgebiete abgegeben.

Die Bauernschaft ist mehr als bisher über ihre Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft aufzuklären. Aus dem Bewußtsein sozialer Pflicht wird der Schleichhandel mehr als bisher unterbunden.

Zur Erfassung der Erzeugnisse innerhalb der Gemeinden werden von und aus den Arbeitern, Angestellten und Beamten Erfassungsorgane gebildet. Die Erfassung bei den Erzeugern liegt einzig und allein in den Händen dieser Erfassungsorganisationen.

In Gemeinschaft mit den Verbrauchsgemeinden des Kreises bilden sie Kreisverbände, die aus sich heraus die Provinzialverbände bilden. Die bilden

die Staats- und diese die Reichszentrale. In allen Körperschaften müssen Vertreter der Regierung mit weitgehenden Einspruchsrechten vertreten sein. Den Erfassungs- und Verteilungsorganisationen stehen Eingriffe in den Produktionsprozeß zu, um die Produktion zu sichern und zu fördern. Sie können unbeschadet des Einspruchsrechts des Besitzers landwirtschaftliche Betriebsinhaber, die ihre Pflicht nicht erfüllen, entschädigungslos enteignen und den Betrieb mit dem gesamten Betriebsmaterial weiterführen.

Die Großbetriebe sind zu verschärfen. Zur Durchführung dieser Maßnahme ist die Besetzung der Landratsämter mit Sozialisten erforderlich.

Einheitsrepublik.

Der Parteitag spricht sich mit aller Entschiedenheit für die Schaffung der deutschen Einheitsrepublik aus und fordert die Parteigenossen in der Regierung, in der Nationalversammlung und im ganzen Reich auf, allen partikularistischen Tendenzen wirksam entgegenzutreten.

Die freiheitliche Entwicklung Deutschlands wird jedoch erst gesichert, wenn die Gliederung der Reichs- und Bundesstaaten überwunden sein wird.

Die Wirkungen des Krieges müssen zu einer Verbilligung und damit zur Vereinheitlichung der Verwaltung führen. Aus dem einheitlichen deutschen Wirtschaftsgebiet muß auch das einheitlich geschlossene deutsche Staatswesen erwachsen.

Pressefreiheit.

1. Der Parteitag wolle beschließen, daß die Fraktionen der National- und Landesversammlungen sofort darauf hinwirken, daß die Gerichtsverfassung geändert wird, daß als Laienrichter überall Arbeiter zugezogen werden und die Kriegsgerichte abgeschafft werden.

2. Der Parteitag wolle beschließen, auf die Regierung einzuwirken, daß im ganzen Deutschen Reich die vollständige Rede- und Pressefreiheit, wie sie am 12. November 1918 durch die Volksbeauftragten verkündet worden ist, auch voll und ganz durchgeführt wird.

3. Der Parteitag wolle beschließen, daß die zuständigen sozialdemokratischen Fraktionen auf die Regierung einwirken, daß die Militärwerkstätten (Gewehrfabriken, Bekleidungsämter usw.) vom Kriegsministerium losgelöst und dem Arbeitsministerium zur weiteren Erhaltung und Umstellung auf wichtige Gebrauchsartikel unterstellt werden.

Parteiunabhängigkeit.

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stellt die uneingeschränkte Selbstständigkeit der Partei gegenüber der Regierung und den in ihr wirkenden Parteimitgliedern fest.

Der Parteitag verkennt nicht, daß unter der Regierung manches geschehen ist, was berechtigten Unmut erweckt hat, und daß manches unterblieben ist, was auszuführen dringend nötig gewesen wäre. Aber diese Fehltritte und Unterlassungen sind nicht entsprungen aus dem Mangel an Einsicht, an Tatkraft oder an gutem Willen, sondern sie waren die Folgen schwieriger Verhältnisse, die zu bezwingen bisher nicht gelungen ist.

Der Parteitag spricht deshalb trotz der zu tadelnden Vorkommnisse seinen in der Regierung sitzenden Genossen volles Verzeihen aus. Er erkennt das hohe Maß von Selbstverleugnung an, das sie bewiesen haben durch Übernahme der Regierung in der Zeit höchster Bedrängnis und lähmendster Benommenheit des Reiches nach innen und außen. Er dankt ihnen auch für die Hingabe ans Ganze, mit der sie ausgeharrt haben, obwohl sie selbst durch den Erfolg ihrer Arbeit nicht befriedigt sein konnten.

Der Parteitag sichert der Regierung kräftigste Unterstützung bei Durchführung aller Maßnahmen, die zur Verwirklichung unserer Parteiziele und damit zum Wohle des gesamten Volkes ergriffen werden. Die gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes wird hinter der Regierung stehen, wenn sie ohne Zaudern und Schwanken die Verwaltung allseits und allenthalben demokratisiert, das Verhältnis von Schule und Kirche zum Staate im Sinne unseres Programms ordnet, im Notwendigen die erforderlichen Reformen durchführt und im Wirtschaftsleben die grundlegenden Veränderungen trifft, die den Forderungen und Möglichkeiten der Zeit entsprechen.

An die Parteigenossen im Reich richtet der Parteitag die Mahnung, bei Beurteilung aller Vorkommnisse stets nur von festgestellten Tatsachen auszugehen und den Umwert von Kritiken zu erkennen, die von verantwortungslosen Seiten nur zu dem Zwecke geübt werden, unsere Partei und ihre Vertreter in der Regierung in den Augen des Volkes als unwürdig des Vertrauens erscheinen zu lassen.

Auswärtige Politik.

Der Parteitag spricht seine Enttäuschung über die Zumutungen der Entente aus, dem deutschen Volke einen Gewaltfrieden aufzuzwingen, der die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des deutschen Volkes unterbindet und ein politisches Dasein unmöglich macht.

Diese Friedensbedingungen erklärt der Parteitag für unvereinbar mit den Grundlagen der Wilsonschen Friedensbedingungen. Sie sind ebenso unvereinbar mit den Richtlinien der internationalen Beschlüsse und Konferenzen in Bern und Amsterdam.

Inbesondere stellt er sich rücksichtslos auf den Boden der Beschlüsse der internationalen Sozialistenkonferenz, die im Februar d. J. in Bern getagt hat. Er begrüßt diese Tagung und den Geist, der sie befeuert hat, als ein hocherfreuliches Zeichen der Wiederanknüpfung der durch den Krieg zerrissenen internationalen Beziehungen der Parteien der sozialistischen Proletariats und der Ermöglichung gemeinsamer Aktionen der sozialistischen Parteien für die großen Interessen des Völkerfriedens und des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse. In bezug auf die allgemeinen Ursachen des Weltkriegs haben die Sozialisten der Länder der sogenannten Entente schon im Jahre 1915 folgende Erklärung vereinbart, der sich der Parteitag gern anschließt:

„Die Konferenz denkt nicht daran, die allgemeinen und tiefen Ursachen des europäischen Konflikts zu erkennen, der das ungeheuerliche Produkt ist der Gegensätze, welche die kapitalistische Gesellschaft zerreißt, sowie der aggressiven Kolonial- und imperialistischen Politik, die der internationale Sozialismus nie unterlassen hat zu bekämpfen, und an der alle Regierungen ihr Teil der Verantwortlichkeit haben. Aber der Einfall der deutschen Armeen in Belgien und Frankreich bedroht die Existenz der Nationen und untergräbt den Glauben an Verträge.“

In bezug auf die Feststellung der persönlichen Verantwortungen für den Ausbruch des Krieges und die Art der Kriegsführung fordert der Parteitag der S. P. D. von der Regierung ein rücksichtsloses Vorgehen.

Er wiederholt zugleich den von der Reichsregierung gemachten Vorschlag, zur Aufhellung der Schuldfrage hinsichtlich der Ursachen des Ausbruchs und der Führung des Weltkrieges einen neutralen Gerichtshof einzusetzen, dem alle Beweismittel vorzulegen und alle Angeeschuldigten ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit vorzuführen sind. Eine Auslieferung deutscher Reichsangehöriger an ein einseitig von den Alliierten bestelltes Gericht lehnt der Parteitag als ungerecht und eine unbediente Demütigung Deutschlands ab. Er fordert

ferner, daß in der Frage der Kriegsschäden die verheerende Wirkung des gegen die Nichtkämpfenden, gegen Kranke und Greise, gegen Frauen und Kinder geführten Hungerkrieges gebührend berücksichtigt wird.

Der Parteitag brückt die bestimmte Erwartung aus, daß Deutschlands Erklärung, die Bedingungen des Bundes zu unterzeichnen, für vollwertig angenommen, die deutsche Republik gleichzeitig mit den übrigen Nationen als gleichberechtigtes Mitglied in den Bund aufgenommen und bei der Feststellung der Grenzen das Selbstbestimmungsrecht der Einwohner gewahrt wird.

Inbesondere legt der Parteitag gegen die ohne Befragung der Bevölkerung geplante Losreißung deutscher Gebiete im Osten und Westen, gegen die Verfälschung des Selbstbestimmungsprinzips im Norden sowie gegen die Verhinderung des Anschlusses der Deutschen Oesterreichs mit Einschluß der Sudetenländer und Südtirols an das Mutterland ernste Verwarnung ein.

Die deutsche Sozialdemokratie ruft die Internationale auf zum Protest gegen den unerhörtesten Gewaltfrieden der modernen Geschichte.

Er protestiert gegen jede Errichtung einer Fremdherrschaft in Deutschland durch Einsetzung von militärischen, Strom- und sonstigen Behörden unter maßgebender Mitwirkung fremder Regierungen.

Preussische Gebiete für Großhüringen.

Die Reichsregierung ist aufzufordern, mit allem Nachdruck bei Preußen dahin vorstellig zu werden, daß dieses bei Abtretung preussischer Gebiete, die notwendig sind zur Schaffung eines politisch und wirtschaftlich lebensfähigen Staates Großhüringen, keine Schwierigkeiten bereitet. Der Parteitag hält einen schleunigen Zusammenbruch der hüringischen Kleinstaaten zu einem feinen Aufgaben erwachsenen Staate Großhüringen und damit eine Beseitigung der Zwergstaatengebilde für eine dringende Notwendigkeit.

Frauenagitation.

Der Parteivorstand hat die Anstellung und Schulung weiblicher Kräfte in den Vorständen größerer Agitationsbezirke zu fördern und, wenn notwendig, finanziell zu unterstützen.

Sozialisierung.

Die ungeheure wirtschaftliche Krise, in die der Krieg nicht nur Deutschland, sondern auch alle anderen wirtschaftlich entscheidenden Länder Europas gestürzt hat, kann nur überwunden werden, wenn es durch sozialistische Maßnahmen gelingt, alle schaffenden Kräfte zu einmütiger, das Einzelinteresse dem Gesamtnutzen unterordnender Tätigkeit zu vereinen.

Der Parteitag fordert daher von der parlamentarischen Vertretung der Partei und ihren Regierungsmitgliedern die Sozialisierung, wo sie möglich ist. Wo die Sozialisierung noch nicht möglich ist, ist an Stelle der reinen Privatwirtschaft eine zugunsten der Volksgemeinschaft planmäßig betriebene und gesellschaftlich kontrollierte Volkswirtschaft, (Gemeinwirtschaft) durchzuführen.

Für die allmähliche Ueberführung von Produktionsmitteln in das Eigentum der Gesamtheit empfiehlt sich die Beteiligung des Reichs, die aus Anlaß der Vermögensbesteuerung mit Entschiedenheit durchzuführen ist.

Die Arbeiterchaft muß gleichberechtigt neben dem Unternehmertum mitbestimmend und mitverantwortlich an unserem Wirtschaftsleben mitwirken. Zu diesem Zweck sind außer den regionalen Organisationen (Betriebsarbeiterräte, Bezirkswirtschaftsräte, Reichsarbeiterrat) sachliche Organisationen der deutschen Wirtschaft auf paritätischer Grundlage ins Leben zu rufen, die unter Einbeziehung von Vertretern der organisierten Verbraucher als Selbstverwaltungskörper zugleich Organe der Gemeinwirtschaft sind.

Die folgenschweren wirtschaftspolitischen Entschliefungen, zu denen die allgemeine Wirtschaftnot Deutschlands, der gebotene Abbau der bisherigen Kriegswirtschaft und die Durchführung eines etwaigen Friedensvertrages Anlaß geben werden, bilden keinen Aufschub in der Durchführung der gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftsorganisationen. Der Arbeiterjagat kann nicht zugemutet werden, wirtschaftliche Maßnahmen irgendwelcher Art hinzunehmen, falls ihr nicht ungejäumt ein gleichberechtigender Einfluß auf die Bildung der wirtschaftlichen Entschliefungen eingeräumt wird.

Die Reichsregierung ist zu ermächtigen, in wirtschaftsorganisatorischen Fragen Mehrheitsbeschlüssen der einzelnen Wirtschaftsgruppen verbindliche Kraft für alle zu dieser Wirtschaftsgruppe gehörigen Unternehmungen beizulegen, und ferner zur Vorberatung der paritätischen Selbstverwaltungskörper für alle Wirtschaftsgruppen, für welche dies bisher noch nicht geschehen ist, Sachverständigenräte aus dem Kreise der Arbeitnehmer und Arbeitgeber unter Einziehung von Vertretern der organisierten Verbraucher einzuberufen.

Beamte.

Der Parteitag tritt dafür ein, daß ein zuverlässig arbeitendes Berufsbeamtenum erhalten bleibt, welches uneinzufluß von politischen Ereignissen seine Dienste dem Wohle der Allgemeinheit zu widmen hat. Die wohlverordneten Rechte der Beamten sind deshalb zu gewährleisten.

Ferner verlangt der Parteitag, daß das freie Koalitionsrecht, wie es jedem Staatsbürger zusteht, den Beamten in keiner Weise eingeschränkt werden darf.

In Anbetracht der besonderen Stellung, welche die Beamten im Staatswesen einnehmen, und der verderblichen Wirkungen, die ein Beamtenstreik mehr als jeder andere Streik im Gefolge haben kann, verlangt der Parteitag, daß die Beamten, ehe sie ihre Tätigkeit einstellen, alle Mittel restlos erschöpfen, die zur Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen geeignet sind. Um dies zu erreichen, ist mit Beschleunigung ein entsprechendes Schlichtungs- und Schiedsverfahren zu schaffen.

Beim Aufbau des neuen Rechts, welches bestimmt ist, die dienstlichen, Befolungs- und Disziplinarverhältnisse der Beamten zu regeln, sollen die Beamtenkammern und -ausschüsse und auch die Beamtengewerkschaften zur Mitarbeit herangezogen werden.

Bzüglich der Offenlegung der Personalakten tritt der Parteitag dafür ein, daß es jedem Beamten gestattet wird, die ihn betreffenden Akten im Originalzustand einzusehen. Vor der Einsichtnahme dürfen keine Veränderungen an ihrem Inhalt vorgenommen werden.

Der Parteitag ersucht die Genossen in der Regierung, nachdrücklich dahin zu wirken, daß der Aufstieg fähiger Beamten in höhere Stellen alsbald in die Tat umgesetzt wird. Bureauftragsliche oder kleinliche Bedenken dürfen diese Reform weder verhindern noch erschweren.

Leviné.

Der Parteitag bedauert aufs tiefste, daß es den Parteigenossen im bayerischen Ministerium nicht gelungen ist, die Hinrichtung Levinés zu verhindern, und fordert sie auf, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß dem jungen Toller das gleiche Schicksal erspart bleibt.

Saargebiet.

Für den Fall, daß der Friedensvertrag die Loslösung des Saargebietes von Deutschland auf eine bestimmte Zeit enthält, wird sich für die dortige Partei das jetzige Verhältnis der Zugehörigkeit zur deutschen Gesamtpartei nicht aufrechterhalten lassen.

Die Parteigenossinnen und -genossen im Saargebiet würden sich nur mit dem Gefühl der Trauer in ein derartiges Geschick fügen, von der starken deutschen Mutterpartei losgerissen zu werden, der das deutsche Proletariat seine nach jahrzehntelangem, heißem Ringen endlich erfolgte Befreiung von den Fesseln des Kapitalismus, der Junker- und Polizeiherrschaft dankt.

Ebenjotohl wie dem ganzen deutschen Volke werden die Sozialdemokraten des Saargebietes in diesem schlimmsten Falle der deutschen Partei die Anhänglichkeit im Traue bewahren, in der festen Hoffnung, in ihr auch dann noch den geistigen Nährboden zu haben, aus dem sie die Kraft zu schöpfen vermögen, ihre sozialistische Mission im Sinne und Geiste der deutschen Mutterpartei zu erfüllen.

Wir ersuchen daher den Parteitag, den Parteivorstand zu beauftragen, im Falle der Loslösung des Saargebietes kein Mittel unversucht zu lassen, die organisatorischen Beziehungen mit der Parteiorganisation des Saargebietes nach Möglichkeit aufrechtzuerhalten.

Todesstrafe.

Die Fraktion der Nationalversammlung wird beauftragt, sofort ein Gesetz zu verlangen, welches die Abschaffung der Todesstrafe festsetzt.

Kriegsgefangene.

Der Parteitag der S. R. D. entbietet den deutschen Volksgenossen, die sich in Kriegsgefangenschaft befinden, brüderliche Grüße.

Der Parteivorstand und die Regierung werden beauftragt, alle geeigneten und möglichen Schritte zu unternehmen, um die traurige Lage unierer gefangenen Brüder zu erleichtern und darauf hinzuwirken, daß ihre Freilassung sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrages erfolgt.

Letten und Estland.

Der Parteitag fordert, daß die von den lettischen und estnischen sozialistischen Parteien über die Uebergriffe deutscher Truppenführer und Truppen mitgeteilten Behauptungen schnelligst nachgeprüft und die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden.

Der Parteitag verurteilt alle Uebergriffe gegen die rechtmäßigen Volksregierungen Lettlands und Estlands. Das Selbstbestimmungsrecht des lettischen und estnischen Volkes muß in jeder Weise gewahrt werden.

Er fordert ferner, daß die noch im Baltikum stehenden deutschen Truppen schnelligst zurückgezogen werden. Die Kampfhandlungen sind sofort einzustellen, da für die Zwecke baltischer Junker kein Tropfen deutschen Blutes vergossen werden darf. Gegenüber den Ententeregierungen hat die deutsche Regierung auf der schnelligsten Zurückziehung der deutschen Truppen zu bestehen.

Der Parteitag erwartet weiter, daß die Regierung alle zulässigen Mittel anwendet, um das Ueberlaufen deutscher Soldaten zur baltischen Landwehr zu verhindern, das seit Mitte Mai eingesetzt hat. Offiziere, denen eine Begünstigung dieser Ueberläuferei nachgewiesen werden kann, sind sofort zu entlassen.

Die deutschen Soldaten sind ferner darüber aufzuklären, daß sie sich im Falle des Ueberlaufens nicht nur des Schutzes der deutschen Republik begeben, sondern im Falle späterer Rückkehr auch der Gefahr der Bestrafung wegen Ueberlaufens aussetzen. Die Soldaten sind vor den Landverprechungen zu warnen, da das lettische Volk nach dem Kriege eine Anstielungspolitik nicht dulden wird, die in irgendeiner Form eine Wiederaufrichtung der Vormachtstellung der Junker im Baltikum ermöglichen würde.

Spandauer Heereswerkstätten.

Der Parteitag wolle beschließen: Der Haushaltsausschuß der verfassunggebenden Nationalversammlung hat den Beschluß gefaßt, die Spandauer Heereswerkstätten, soweit sie wieder arbeitsfähig gemacht werden können, auf Friedensarbeit umzustellen und vom Reichsstaatsamt in Betrieb nehmen zu lassen.

Entgegen diesem Beschluß hat das Reichsstaatsamt bisher so gut wie nichts getan, um die erforderlichen Aufträge heranzuziehen, sondern sie fast restlos, einschließlich der Staatsaufträge, der Privatindustrie zufließen lassen.

Der Parteitag nimmt von diesen Vorgängen Kenntnis und fordert die Fraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung auf, alles daranzusetzen, daß die Verwaltung der Heereswerkstätten dem Reichsstaatsamt entzogen und dem Reichswirtschaftsministerium übertragen wird.

Gegen Gewalttaten.

Der Parteitag verurteilt einmütig alle Gewalttaten, ob sie von reaktionärer oder radikaler Seite erfolgen, und verlangt, daß auch gegen die Attentäter und Mörder, denen unsere Genossen Auer und Neuring zum Opfer gefallen sind, rücksichtslos vorgegangen wird.

Rätefrage.

Der Parteitag erklärt sich mit den Leitsätzen der Genossen Dr. Singheimer und Ragenstein einverstanden und beauftragt den Parteivorstand, im Sinne dieser Leitsätze für eine umfassende Aufklärung zu sorgen und die weitere Entwicklung des Rätegedankens zu fördern.

Organisationsstatut**der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.**

Nach den Beschlüssen des Parteitags in Weimar.

Parteizugehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehört jede Person, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ist.

Gliederung.

§ 2. Die Grundlage der Organisation bildet der sozialdemokratische Bezirksverband, der vom Parteivorstand nach politischer Zweckmäßigkeit abgegrenzt wird. Der Bezirksverband gliedert sich in Ortsvereine, die durch den Bezirksverband in Unterbezirke zusammengelegt werden können. Zur Durchführung der Organisationsarbeit und politischer Aktionen kann das Gebiet jedes Ortsvereins in Agitationsgruppen gegliedert werden; daneben sind für industrielle Betriebe, private und staatliche Werke und Anstalten Organisationseinrichtungen zu treffen. Jedes Parteimitglied muß der für seinen Wohnort zuständigen Organisation angehören. Doppelmitgliedschaften sind unzulässig.

§ 3. Die Bezirksverbände haben die Parteigeschäfte selbständig nach eigenen Statuten zu führen, die mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen dürfen. In Ländern mit mehreren Bezirksverbänden können diese zur Erledigung landespolitischer Fragen zusammenarbeiten.

§ 4. Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pf., das voll den Bezirken verbleibt. Der wöchentliche Mindestbeitrag beträgt für männliche Mitglieder 20 Pf. und für weibliche Mitglieder 15 Pf. Die Bezirksverbände sind berechtigt, für ihren Bezirk oder einzelne Ortsvereine höhere Beiträge zu erheben. Mitgliedern der Jugendorganisation und invaliden Parteimitgliedern kann auf Antrag durch den Bezirksvorstand Beitragsermäßigung oder Befreiung gewährt werden. In rein ländlichen Gebieten kann auf Antrag und mit Zustimmung des Parteivorstandes der wöchentliche Beitrag für männliche Mitglieder auf 15 Pf., für weibliche Mitglieder auf 10 Pf. festgesetzt werden. Mindestens 25 Proz. aller erhobenen Mitgliederbeiträge sind quartalsmäßig an die Zentralkasse abzuführen. Die Kassenführung der Organisationen in allen ihren Teilen erfolgt nach einheitlichen Grundsätzen, die vom Parteivorstand festgelegt werden. Die Abrechnung der Bezirksverbände mit dem Parteivorstand muß innerhalb zweier Monate nach Quartalschluß erfolgen.

Zur Deckung der Ankosten zentraler Einrichtungen für die Parteipresse haben alle Parteiunternehmungen geschäftlicher Art jährlich 20 Proz. ihres Reingewinns an die Zentralkasse abzuführen.

Berichterstattung.

§ 5. Das Geschäftsjahr der Partei läuft vom 1. April bis 31. März. Den Jahresbericht über die Tätigkeit, die politische und wirtschaftliche Lage im

Bezirk und die Verwertung der vom Parteivorstand überwiesenen Materialien und Gelder haben die Bezirksverbände nach dem vom Parteivorstand gelieferten Formular bis zum 31. Mai jedes Jahres zu erfüllen.

Parteitag.

§ 6. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Bezirksverbänden. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach der Mitgliederzahl. Es können gewählt werden: in Bezirken bis zu 10 000 Mitgliedern 5 Delegierte, bis zu 13 000 Mitgliedern 6 Delegierte, bis zu 17 000 Mitgliedern 7 Delegierte, bis zu 22 000 Mitgliedern 8 Delegierte, bis zu 28 000 Mitgliedern 9 Delegierte, bis zu 35 000 Mitgliedern 10 Delegierte, bis zu 45 000 Mitgliedern 11 Delegierte; für jede weitere 15 000 Mitglieder ein Delegierter mehr. In Bezirken über 60 000 Mitglieder wird die Restzahl als voll berechnet, wenn sie 10 000 Mitglieder übersteigt;

2. eine Vertretung der Reichstagsfraktion, die ein Fünftel der Zahl ihrer Mitglieder nicht übersteigen darf;

3. die Mitglieder des Parteivorstandes, des Parteausschusses und der Kontrollkommission;

4. die vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes und des Parteausschusses in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Nur beratende Stimme haben auch die vom Parteivorstand hinausgehenden Vertreter von Parteistatuten.

§ 7. Der Parteitag prüft die Legitimationen seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt die Geschäftsordnung.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Anwesenden erforderlich.

§ 8. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstand einberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, oder kann in dem vom Parteitag bestimmten Ort der Parteitag nicht tagen, so hat der Parteivorstand nach Anhörung des Parteausschusses den Ort zu bestimmen.

§ 9. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vorher mit der vorläufigen Tagesordnung im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden. Diese Veröffentlichung ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge von Parteistatuten für die Tagesordnung des Parteitages sind dem Parteivorstand einzureichen, der sie spätestens drei Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen hat.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten;

2. die Bestimmung des Ortes, an dem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat;

3. die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission;

4. die Beschlussfassung über die Parteistatuten und alle das Parteileben berührenden Fragen;

5. die Beschlussfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11. Ein außerordentlicher Parteitag ist einzuberufen:

1. auf mit Dreiviertelmehrheit gefassten Beschluss des Parteivorstandes;

2. auf mit Dreiviertelmehrheit gestellten Antrag der Kontrollkommission;

3. auf Antrag von mindestens 15 Bezirksverbänden.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem nach Ziffer 2 oder 3 gestellten Antrage stattzugeben, ist der Parteitag von den Antragstellern zu berufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens vierzehn Tage vorher im Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung veröffentlicht werden.

Anträge der Parteistatuten sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage. (§§ 6 und 7.)

Parteivorstand.

§ 13. Die Leitung der Partei obliegt dem Parteivorstand, der aus zwei Vorsitzenden, zwei Kassierern, einem vom Parteitag festzusetzenden Zahl von Mitgliedern und unbesoldeten Beisitzern besteht und dem mindestens zwei Frauen angehören müssen. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl des Parteivorstandes erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettels in einem Wahlgang und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf die die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstituierung vorzunehmen und sie im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen.

§ 14. Der jeweilige Parteivorstand ist Eigentümer aller vorhandenen Gelder und sonstigen Vermögensstücke. Er ist insbesondere berechtigt, im eigenen Namen und aus eigenem Recht alle der Sozialdemokratischen Partei zustehenden Ansprüche gegen die Schuldner geltend zu machen.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstand oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

§ 15. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluss des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, des Parteausschusses, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 16. Der Parteivorstand besorgt die Geschäfte der Partei und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteistatuten.

Der Parteivorstand hat das Recht, auf Antrag der beteiligten Organisationen bei Differenzen, die bei Aufstellung von Reichstagskandidaten entstehen, zu entscheiden.

Parteiausschuß.

§ 17. Der Parteiausschuß besteht aus je einem Vertreter der Bezirksverbände. Die Vertreter werden von den Bezirksvorständen für die Dauer eines Jahres gewählt. Im Behinderungsfalle ist ein Stellvertreter zu entsenden. In den Parteiausschuß entsenden die Bezirksorganisationen, welche mehr als 10 000 weibliche Parteimitglieder umfassen, außerdem ein weibliches Mitglied.

§ 18. Der Parteiausschuß berät gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen, über die Einrichtung zentraler Parteiministerien, die die Partei finanziell dauernd erheblich belasten, über die Festsetzung der Tagesordnung des Parteitag sowie die Bestellung der Referenten und gibt durch Beschluß sein Gutachten ab.

§ 19. Regelmäßig alle Vierteljahre und im Bedarfsfalle auch häufiger ist der Parteiausschuß vom Parteivorstand unter Angabe der Tagesordnung zu einer Sitzung zu berufen. Eine außerordentliche Sitzung muß stattfinden, wenn ein Drittel der Bezirksvorstände unter Angabe der Gründe dies beantragt. Weigert sich der Parteivorstand, eine ordnungsmäßig beantragte Sitzung zu berufen, dann kann sie durch die Antragsteller einberufen werden. Die Einberufung des Parteiausschusses soll in der Regel mindestens fünf Tage vor den Sitzungstagen erfolgen.

Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes oder der Kontrollkommission vorzeitig aus, so hat der Parteiausschuß nach Anhörung des Parteivorstandes und der Kontrollkommission eine Ersatzwahl vorzunehmen.

Kontrollkommission.

§ 20. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz für Beschwerden über den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmengahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 21. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts“, Berliner Volksblatt. Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervortragender Stelle des redaktionellen Teils zu veröffentlichen.

§ 22. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie zur Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Pressekommision, die aus höchstens 15 Mitgliedern bestehen darf.

Die Pressekommision entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei Meinungs-

verschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Pressekommision entscheiden die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Pressekommision in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe eine Stimme hat.

Ausschluß.

§ 23. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht.

Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn es durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse seiner Parteiorganisation oder der Parteitage das Parteinteresse schädigt.

Zur Partei kann ferner nicht gehören, wer einer anderen politischen Partei als Mitglied angehört oder eine solche finanziell unterstützt.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet der Vorstand der zuständigen Bezirksorganisation.

Der Ausschluß darf nur von einem Ortsverein — mit Zustimmung des Angeeschuldigten auch vom Vorstand des Ortsvereins — beantragt werden. Die Zustellung des Beschlusses und dessen eventueller Bekanntgabe erfolgt durch den Bezirksvorstand.

§ 24. Gegen die Entscheidung des Vorstandes der Bezirksorganisation können die Beteiligten innerhalb vier Wochen nach Zustellung des Beschlusses beim Parteivorstand die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragen.

Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen. Den Vorsitzenden bezieht der Parteivorstand. Je drei Weisiger wählt der Angeeschuldigte und die antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Angeeschuldigte angehört. Unterläßt es der Angeeschuldigte, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmten Frist, die mindestens vier Wochen betragen muß, Schiedsrichter zu ernennen, so gilt ohne weiteres der Beschluß des Bezirksvorstandes. Erscheint der Angeeschuldigte ohne genügende Entschuldigun nicht zu dem festgesetzten Termin, so haben die Instanzen das Recht, in Abwesenheit des Angeeschuldigten zu beschließen.

Die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Parteivorstand.

Handelt es sich in einer Sache um mehrere Angeeschuldigte aus einer Organisation, so hat der Parteivorstand das Recht, die Sache vor ein Schiedsgericht zu bringen.

§ 25. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten die Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung muß spätestens vier Wochen nach Zustellung des Urteils dem Parteivorstand eingereicht sein.

§ 26. Der Ausschluß aus der Partei in Fällen des § 23 Abs. 1 darf nur im Wege des vorstehend festgesetzten Verfahrens erfolgen. — Alle Instanzen sind berechtigt, sofern sie nicht dauernden Ausschluß aus der Partei aussprechen, auf zeitweise Ausschließung von Vertrauensämtern zu erkennen und Rügen zu erteilen. Auch gegen diese Entscheidungen steht den Beteiligten das Recht der Berufung zu.

Die Organisationen haben das Recht, auch ohne Ausschlußantrag eine Untersuchungskommission gegen ein Mitglied einzusetzen. Gegen die Entscheidungen steht den Beteiligten das Einspruchsrecht nach den Bestimmungen der §§ 24 und 25 zu.

§ 27. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Wieberaufnahme.

§ 28. Der Antrag auf Wieberaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen ist an den Vorstand der Bezirksorganisation des Wohnortes des Ausgeschlossenen zu richten. Vor der Entscheidung ist die Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, zu hören.

Gegen diese Entscheidung steht dem Antragsteller sowohl wie der Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung ist so zeitig beim Parteivorstand anzumelden, daß sie mit den übrigen an den Parteitag gestellten Anträgen veröffentlicht werden kann.

Änderung der Organisation.

§ 20. Änderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Änderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, die die §§ 9 und 10 vorschreiben, veröffentlicht worden sind.

Eine Abweichung von der letzten Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens drei Viertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Präsenzliste des Parteitages.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Abels, August	Karlsruhe	Karlsruhe-Bruchsal
Agos, Gustav	Stolberg i. Harz	Sangerhausen
Alpers, Hugo	Delitzsch	Delitzsch-Bitterfeld
Anderich, Richard	Königsberg i. Pr.	Königsberg i. Pr.
André, Ernst	Hannover	8. hannoverscher Wahlkreis
Anfänge, Marie	Neu-Saigbrunn	Waldenburg i. Sächsen
Abel, Wilhelm	Erfurt	Erfurt-Schleusingen
Arning, Marie	Duisburg	Duisburg-Mülheim
Kuersbad, Karl	Honig, Str. Groß- Warfenberg	Dls
Partels, Friedrich	Berlin	Partei Vorstand
Barth, Adolf	Senftenberg	Kalau-Ludau
Bauer, Albert	Schramberg	Freudenstadt-Horb
Bauer, Gustav	Berlin	Mitglied der Nationalversammlung
Baufinger, Adolf	Hechingen	Hohenzollern
Baur, Frau M.	Hamburg	Hamburg
Bed, Elise	Sleiwitz	Sleiwitz-Lost-Lublinitz
Beders, Hugo	Thorn	Thorn-Gulm-Bielefen
Beders, H.	Sleiwitz	Mitglied der Nationalversammlung
Begier, J.	Hamburg	Hamburg
Beinländer, Friedrich	Brandenburg	Westhavelland
Bender, Ferdinand	Berlin	Mitglied der Nationalversammlung
Benter, Ernst	Breslau	(Stadt)
Berger, Otto	Halberstadt	Dickersieben-Halberstadt
Bernstein, Eduard	Berlin-Schöneberg	Leitow-Weiskow
Bertschuß		Memel
Beuschhausen, W.	Alfeld	Bildesheim, 10 Hannover
Bias, Anton	Deutcher (D.-Schl.)	Mitglied der Nationalversammlung
Bieker, J.	Hamburg-Hoisdüffel	Hamburg-Hoisdüffel
Billan, Albert	Riel	7. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Biale, Theresje	Mannheim	11. badischer Wahlkreis
Blos, Anna	Stuttgart	Mitglied der Nationalversammlung
Böhm-Schuch, Clara	Arnberg	:
Bollmann, Wilma	Magdeburg-Halberstadt	:
Boerschmann, Fr.	Bartenstein (Ohrpr.)	:
Böje, Heinrich	Estorf	Alten-Lüchow
Brandes, Wilhelm	Stendal	Stendal-Osterburg
Brauer, M.	Bremerhaven	Gesamtkreis-Neuhans
Braun, Adolf	Ottensen	6. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Braun, Otto	Nürnberg	Mitglied der Nationalversammlung
Braune, Ernst	Berlin	Partei Vorstand
Brehmer, Karl	Pünenburg	16. hannoverscher Wahlkreis
Bremmer, Theresia	Hannover	Hannover
Brennede, Otto	Frankfurt a. M.	8. hannoverscher Wahlkreis
Bretthorst, Heinrich	Brieg	Frankfurt a. M.
Breh, H.	Hannover	Brieg-Ramstau
Bromme, William	Lübeck	Kontrollkommission
Brückner, Eugen	Berlin	Lübeck
Bubbe, Fr.	Frankfurt a. M.	Friedberg-Arnswalde
Buhl, Karl	Lüdenscheid	Kontrollkommission
Burmann	Leipzig	Witena-Verlohn
	Oreißwald	Leipzig-Stadt
		Oreißwald

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Cohen, Max Cunow, Heinrich	Neu-Babelsberg Berlin	Referent „Neue Zeit“
David, Eduard Davidson, Georg Dehne, S. Dels, Heinrich Dettmann, Friedrich Dewitz, Ernst Diesbach, Wilhelm Dietrich, Otto Dietrich, Karl Dittmer, Emil Doob, Hermann Dörge, Hans Dorweg, Andreas Dreger, Alfred Dröner, Ernst Duaß, Joseph Düren, Emmerich	Berlin Berlin Stadthagen Darmstadt Neustettin Neuwied Wiltrow Falkenberg (Bez. Halle) Breslau Berlin Rüstringen Landshut Lübeck Waldenar Münster i. W.	Mitglied der Nationalversammlung Grünberg-Freystadt Schaaumburg-Lippe Darmstadt-Gr.-Gerau Neustettin Neuwied Wiltrow-Ribitz Lorau-Liebenwerda Mitglied der Nationalversammlung Berlin Parteiausschuß Rienburg a. Weser Landshut Lübeck Parteiausschuß Koblenz-St. Goar Münster-Coesfeld
Eberle, S. Ege, Tina Eggerstedt Ehrent, Paul Ehrenberger, Ludwig Eichenmüller, Mt. Eichholz, Emil Eichenroth, S. Eckermann, Heinrich Emanuel, Leopold Endmann, Frau Tina Engelmann, Rich. Engländer, Dr. Enßlin, Otto Eng, Wilhelm Ernst, Eugen Ewald, Ferdinand	Görlitz Frankfurt a. M. Kiel Dessau Regensburg Mürnberg Glabbeek i. W. Hamburg Magen b. Anna Wpolda Nedlinghausen Nöblich Stallupönen Sonthelm Barmen Berlin Berlin	Bunzlau-Lüben Weßlar 7. sächsisch-holsteinischer Wahlkreis Inhalt 1 Regensburg Mürnberg Vorien-Nedlinghausen Hamburg Samm-Soest Bismar 1 Vorien-Nedlinghausen Schopau Gumbinnen 3. württembergischer Wahlkreis Elberfeld-Barmen Partei-Vorstand Berlin
Feldmann, Franz Feldges, Mathias Feller, S. Fellisch, Alfred Finkel, Julius Finsel, Konrad Fischer, Richard Fischer, Th. Fischer (Hannover) Frank, Otto Franz, Helene Frenz, Karl Fritsch, Otto Frohme, Karl Fugmann, Gustav Führmann, Karl	Oberlangenbühlau Trier Görlitz Chemnitz Herford Erling Berlin Hannover Berlin Breslau Waldenburg i. Schl. Regnitz Hamburg Gera (Neuh) Wigffenburg	Mitglied der Nationalversammlung Berlin-Daum-Bernstorf Görlitz-Lauban 16. sächsischer Wahlkreis Herford-Halle Erling-Marienburg Berlin Parteiausschuß Mitglied der Nationalversammlung Berlin Breslau (Stabs), Ost-West Waldenburg Regnitz-Sprotau Mitglied der Nationalversammlung Reuh Wigffenburg
Ganzer, Jakob Ganz, Heinrich Gaulle, Fritz Gehhardt, Magnus Gehrmann, Karl Giesel, Karl	Gemfeld (Baden) Neuerbach Weßel Burg Hamburg Kottbus	14. badißer Wahlkreis Stuttgart Ndrz-Nees Terschow I, II Hamburg Mitglied der Nationalversammlung

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Gieser, D. Göhrer, Max Goeringer Gompfer, August Groger, Max Göller, Heinrich Göppner, Georg Graf, D. Grelling, Dr., Kurt Grühl, Max Grün, Heinrich Grünberg, Helene Gruenwaldt, L. Günther, Max Günther, Oskar	Gannstatt Rosenberg (Ober- u. Nals) Köln Obertürkheim Frankfurt a. M. Stempfen Worzhelm Göttingen Kirchheim u. L. Graudenz Nürnberg Hamburg Bernburg Bautzen	2. württembergischer Wahlkreis 2. württembergischer Wahlkreis St. Goarshausen Namenstadt 9. badißer Wahlkreis Göttingen Göttingen Graudenz-Strasburg Nürnberg-Altort Kontrollkommission Bernburg-Cöthen 3. sächsischer Wahlkreis
Gahn, Oswald Gahn, Karl Gahnjen, Louis Gammann, Max Gammann, Frau Gänchen, Ernst Gansmann, Heinrich Gansmann, Rudolf Gannig, Martin Gänß, Hermann Garc, Julius Gartstein Gartwig, Theodor Gefenagl, Ludwig Gaulle, Frieda Gaulle, Paul Geider, Adolf Geim, Otto Geimann, Hugo Geimede, Franz Geimich, Otto Geimrich, Robert Geitze, Gustav Geitze, S. Gellers, Rosa Gellmann, C. August Gellinger, Otto Gengsbach M. Gensler, Fritz Gens, Karl Gerling, Wilhelm Germes Gerwig, Richard Gerschlag, Karl Gierl, Michael Gildenbrand, Karl Gilge, Jakob Goh, Gustav Gohmann Göts, Else Goin, Richard Goppe, Martha Gopfbach, Friedrich Göbner, Albert Göfmeier, C. Güßle, Karl	Neugersdorf (Sachsen) Mannheim Magdeburg Dresden Witten Guben Eichlingshofen Dromberg Küstrin Pitzau Stuttgart Schweß Stettin Erbach Kattowitz Kattowitz Gleiwitz Friedrichsfort Berlin Güsten Berlin Witten Großschain Lingen a. Emß Garmeln Hamburg Forst Köln a. Rh. Dortmund Hamburg Eisenforde Kastrop Reiffe Berlin Schwabach Hamburg Herne Hanau Saalfeld a. Saale Stettin Umburg a. Lahn Berlin Schwege Jaström Hamburg Oberhausen (Ahlb.)	11. badißer Wahlkreis Magdeburg 5. sächsischer Wahlkreis Bodum-Widmingshausen Guben-Lübben Mitglied der Nationalversammlung Dromberg Königsberg (Neumark) 1. sächsischer Wahlkreis 1. württembergischer Wahlkreis Schweß Stettin Mitglied der Nationalversammlung Dppeln Kattowitz-Gindenburg Gleiwitz Schleswig-Edernförde Mitglied der Nationalversammlung Bernburg-Cöthen Geschäftsführer des „Vorwärts“ Botsdam-Litthavelland 7. sächsischer Wahlkreis Meißen-Miesä 3. hannoverscher Wahlkreis 9. hannoverscher Wahlkreis Garmeln Mitglied der Nationalversammlung Sorau-Forst Kontrollkommission Dortmund-Förde Mitgl. d. Nat.-Verl., 87. Bezirk Gelle-Heine Kastrop Reiffe Berlin Schwabach Hamburg Herne Hanau Saalfeld a. Saale Stettin Umburg a. Lahn Berlin Schwege Jaström Hamburg Duisburg-Mülheim

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Mle, Balthasar	Neu-Ulm	Mertissen
Jacobson, A.	Ottersen	6. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Janschel, Alfred	Essen	Mitglied der Nationalversammlung
Jasper, Wilhelm	Warrigsen b. Wf.	Schulminder
Jasman, Anton	Dinselsbühl	7. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Jordan, Anna	Miel	Parteiorganisationsvorstand
Juchacz, Marie	Berlin	21. sächsischer Wahlkreis
Juliusberger, Josef	Wiesing	5. sächsischer Wahlkreis
Jungnickel, Max	Dresden	Stuhm-Marienwerder
Jungnickel, Siegfried	Marienau	Pr. Holland
Jürgens, Konrad	Königsberg i. Pr.	Hamburg
Kahl, Otto	Hamburg	Mitglied der Nationalversammlung
Kaemmerer-Leonhard	Berlin	Mitglied der Nationalversammlung
Kähler, Wilhelmine	Merseburg-Querfurt	Mitglied der Nationalversammlung
Kämpf, Paul	Abbeid	Selb
Käppler, Hermann	Bedum	Mitglied der Nationalversammlung
Käpel, Paul	Charlottenburg	8. hannoverscher Wahlkreis
Kater, Otto	Hannover	Mitglied der Nationalversammlung
Kagenstein	Ludwigsburg	9. hannoverscher Wahlkreis
Kay, Swan	Springe	12. bairischer Wahlkreis
Keil, Wilhelm	Heidelberg	4. sächsischer Wahlkreis
Kelp, Adolf	Dresden-N.	Parteiausschuß
Kilger, Heinrich	Klotzsch	Königsberg
Kleffe, Wendelin	Groß-Dittersleben	Königsberg
Klofe, Wd.	Nürtingen	8. u. 10. schleswig-holst. Wahlkreis
Klotzsch, Fr.	Magdeburg	Mitglied der Nationalversammlung
Klöbe, Joseph	Stettin-Gredow	Randow-Greifenhagen
Klöbe, Franz	Hannover	Hujum
Klühmann	Sonneberg	Sachsen-Meiningen II
Knaauer, W.	Hujum	Riegnitz
Knauerhose, P.	München	München
Knerlein, K.	Hwidau	18. sächsischer Wahlkreis
Koch, R.	Gotha	Mitglied des Landtags
Koch, Edm.	Schweinfurt	Schweinfurt
Kolb, A.	Dortmund	Mitglied der Nationalversammlung
König, Max	Pr. Friedland	Schlochau
Koniger, E.	Ludwigsbatal	Rheinbals
Körner, Dr.	Höbhan	Anhalt I
Körting, Otto	Neu-Jenaburg	Dffenbach
Koiser, Gg.	Stanteneje	6. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Köster, Wd.	Somburg	Priglar
Kramer, Fr.	Berlin	Mitglied der Nationalversammlung
Kräpzig, Fern.	Gelau	17. sächsischer Wahlkreis
Krause, G.	Girchberg i. Schl.	Girchberg
Krause, Fr.	Sanbe	8. u. 10. schleswig-holst. Wahlkreis
Kreß, Max	Qyd	Breslau, Ost und West
Krensel, Oskar	Breslau	Koschlaggenow
Kröger, Wilhelm	Kostad	Mitglied der Nationalversammlung
Kroner, P.	Köln-Kippes	Zeltow-Beeslow
Krüger, Franz	Abbeid	Mitglied der Nationalversammlung
Krüger, Hans	Medlenburg	Danzig
Krüger, Wilhelm	Danzig	Organisations-Kommission
Kühn, Otto	Dresden	11. u. 14. sächsischer Wahlkreis
Kummer, Fritz	Leipzig	Fulda
Kunde, Arthur	Schültern	Mitglied der Nationalversammlung
Kunze, Max	Stettin	Malchin
Kunzendorf	Baren	Mitglied der Nationalversammlung
Kühbis, G.	Hamburg-Altona	
Kurt, Gebwig	Dresden	

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Lager, Hans	Balgendosen	Nisch
Ladenbauer, Martin	Wasserburg	Wasserburg-Mühlbors
Lämmermann, Konrad	Schwabach	Ansbach-Schwarzbach
Landé, Thelma	Eberfeld	Eberfeld-Sarner
Landgraf, Paul	Strallund	Strallund-Franzburg-Nüger
Landsherg, Otto	Magdeburg	Mitglied der Nationalversammlung
Lang, Leonhard	Ingolstadt	Ingolstadt
Lanowich, Berta	Breslau	Neustadt-Ober-Schlesien
Lehmann, August	Maritz b. Velden	Potsdam-Dshabeland
Lehmann, Gustav	Franzenberg	Nittweida
Lehmann, Paul	Evand-Grabisdorf	9. sächsischer Wahlkreis
Leiber, Friedrich	Wmsberg	Mitglied der Nationalversammlung
Lehmar, Franz	Hamburg	Wmsberg-Ober-Meckeln
Lejke, Fr.	Hamburg	Mitglied der Nationalversammlung
Leuterich, Max	Köln a. Rh.	Hamburg
Lewenberg, Ernst	Grefeld	Köln a. Rh.
Lewerenz, Friedrich	Dortmund	Grefeld
Lez, Frau	Dortmund-Hörbe	Dortmund-Hörbe
Leff, Paul	Hersfeld-Rotenburg	Hersfeld-Rotenburg
Lisinger, Konrad	Winden-Lübbede	Winden-Lübbede
Löbe, Paul	Breslau	Kontrollkommission
Lodahl, Gertrud	Abbeid	Meister-Bomst
Loos, Ernst	Danzig	Neustadt-Rathaus
Löwenthal, Dr. Fritz	Bamberg	Bamberg
Lübbers, Jol.	Königsberg	Mitglied der Nationalversammlung
Lübemann, A.	Schiffel b. Hamburg	8. u. 10. schleswig-holst. Wahlkreis
Lutz, Ernestine	Dresden-N.	Mitglied der Nationalversammlung
Maack, Bruno	Groß bei Vegesack	Stade-Bremervörde
Macht, Bernhard	Mühlhausen (Sch.)	Mühlhausen-Melkensee
Machwardt, Karl	Wilhelmshurg	Harburg
Machhoff, Paul	Bürgel	Weimar III
Maische, Anna	Berlin-Nieder-Schönhausen	Ost- und Westfalenberg
Meier, Stefan	Fresburg i. Br.	Fresburg-Emmendingen
Meier, Richard	Hwidau	Mitglied der Nationalversammlung
Meier, Wilhelm	Detmold	Detmold
Melle, Georg	Norden	Norden
Meßger, Frau Centa	München	München
Meves, Paul	Seegefeld	Potsdam-Dshabeland
Meuser, August	Rheine-Wagns-Stettfurt	Rheine i. S.
Miehlken, A.	Hiersburg	Sadersleben-Hiersburg
Mik, Konrad	Köln-Mühlheim	Köln-Mühlheim
Mollenhuth, Hermann	Berlin	Parteiorganisationsvorstand
Mull, Willi	Salzdahlum	Parteiorganisationsvorstand
Müller, Hermann	Berlin	Kontrollkommission
Müller, G.	Berlin	Mörs-Rees
Müller, Carl	Wörs	Dhlau-Nimptsch
Müller, Karl	Strehlen (Schlesien)	16. sächsischer Wahlkreis
Müller, Max	Chemnitz	
Mylau, Otto	Leipzig	
Narr, Albert	Köln-Delbrück	Mühlheim-Wipperfurth
Neßborn, Ernst	Kranfurt a. M.	Kranfurt a. M.
Neubauer, Andreas	München	München
Neue, Paul	Berlin	Berlin
Neumann, Hermann	Offenbach a. M.	Lauterbach-Melsfeld
Neumann, August	Dortmund	Dortmund-Hörbe
Neumeier, Fritz	Nürtingen	Dshriesland
Neue, Frau Klara	Dresden	4. sächsischer Wahlkreis
Roske, Gustav	Berlin	Mitglied der Nationalversammlung

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Odenblei, Wilhelm Obermeyer, Karl Odenweller, Johann Odenzeller, Fritz Ossowski, Waldemar Ostwald, Richard Otto, G. Ottling, Heinrich Otto, Ernst	Rafeswall Essen Homburg u. d. G. Drauschweig Kreuzburg Kolberg Altona Velbert Rudolfsbad	Nidermünde-Lifedom Mitglied der Nationalversammlung Hochst-Homburg Parteiausschuß Kreuzburg-Rolensberg Köslin 8. u. 10. schlesm.-holst. Wahlkreis Weltmann-Lennep-Remigebild Schwarzburg-Rudolfsbad
Raegel, Wilhelm Rager, Reinhard Rahig, Bruno Raulus, Hermann Reine, Friedrich Peters, Hermann Peterßen, B. Pflaff, Richard Pflannsch, Wilhelm Pflüß, Antonie Pflard, Emil Pinstau, Karl Pinstert, Max Plum, August Plustat, Frau Polorny, Franz Poppen, Georg Preuß Priefert, Karl Prodesch, Karl Proß, Gustav	Neußlin Mikendorf Geringwalde Dresden Bremen Hochdorn Hamburg Gummersbach Berlin München Halle a. Saale Leipzig Dresden Berlin-Schöneberg Saarbrücken Schönebeck a. E. Preuß Rathenow München Landesrat i. Schl.	Landesberg-Goldin Rauß-Bezig Döbeln 4. sächsischer Wahlkreis Bremen 5. schleswig-holsteinischer Wahlkreis Hamburg Wilhelm a. Rh. Parteiorganisationsrat Mitglied der Nationalversammlung Halle-Saalkreis Mitglied der Nationalversammlung Dresden-Land Essen Teltow-Beesfow Mitglied der Nationalversammlung Mischerleben-Galde Neuhaldensleben Neuhaveland München I u. II Landesrat
Quard, Dr.	Frankfurt a. M.	6. Wahlkreis Hessen-Nassau
Ramm, Otto Ramsbrod, Wilhelm Rammacher, Oswald Rapp, Oskar Rauh, Caspar Rauh, Friedrich Ravignit, Karl Reise, Gottlieb Reichhaus, Paul Reise, Johanna Reuther, Franz Rehbe, Karl Rehder, Hans Rehmüller, Lorenz Ritter, Paul Ritter, Adolf Rühl, Alhadeth Rühle, Paul Rosenwald, Seb. Rosen, Ernst Rüdiger, Walter Rudolph, Hermann Ruggaber, Karl Rühner, Friede	Hirteln Berlin Reichenbach Baden-Baden Canau Linden Bochum Erlurt Hamburg Küstingen Neustrelitz Kreuzlingen Baden Breslau Berlin Köln a. Rh. Blauen i. W. Bayreuth Berlin Helenau Hiln Kreptow	Mitteln-Fogelsmar Niederhainim 22. sächsischer Wahlkreis Südt-Nassau Canau-Gelnhausen Mitglied der Nationalversammlung Bochum-Gattinger Erlurt Mitglied der Nationalversammlung Dietrichsland Westenburg-Strelitz Eichhädt Mitglied der Nationalversammlung Breslau-Ost Berlin Mitglied der Nationalversammlung Bahrenth Essen Zentralstelle der arbeitenden Jugend Hilnau-Vermbach 17. u. 15. württembergischer Wahlkreis Mitglied der Nationalversammlung

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Salomon, Hermann Sauter, Wilhelm Schar, Wilhelm Schädlitz, Ernst Schabow, Wilhelm Schäfer, Jakob Schäfer, Valentin Schäp, Karl Schander, Arthur Scheidemann, H. Scherffig, Adolt Schiller, Richard Schilling, Minna Schirnel, Heinrich Schirmer, Georg Schlegel, Friedrich Schlemminger, Franz Schlüter, Wilhelm Schmidt, Franz Schmidt, Richard Schmidt, Robert Schmitt, Franz Schmitz, Hubert Schneider, Fritz Schneider, Otto Schneider, Math. Scholz, Gustav Scholz, Alfred Schöneweis, Heinrich Schönfelder, Adolt Schönwaldner, Wilhelm Schöpflin Schradler, Gustav Schred, Karl Schroeder, Luise Schubert, Richard Schulz, Heinrich Schulz, Adolt Schulz, Hermann Schulz, Richard Schulz, Wilhelm Schulz, Martha Schulze, Gertrude Schulze, Karl Schulze, Alfred Schumann, Oswald Segebrecht, Wilhelm v. Seggern, Frau Seunen, Johannes Sebow Seibert, August Siering, Wilhelm Süßersmidt, Herm. Simon, Georg Simon, Anna Sietow, Dr. Gustav Sollmann Söhle, Friedrich Sowig, Georg Stahl, Emil Stampfer, Friedrich Stein, Eugen	Frankfurt a. M. Ebingen Siegburg Gelle Kottbus Büdingen Saarbrücken Altkoblenz Bielefeld Berlin Miele Hamburg Döbeln Egale a. G. Kirsch Berlin Berlin Herford Bismar Weihen Berlin München Soest Koburg Koblenz a. L. Kulmbach Breslau Neußlin-Berlin Schwelm Hamburg D. Langenbielau Berlin Hannover Bielefeld Altona Sinterwalde Berlin Berlin (Ref.) Ebingen Breslau Bromberg Witten Braumshweig Schneeberg Nordenham Berlin Anklam Bremersgaden Düren Brandenburg a. G. Hartshausen b. Cassel Berlin Köpenick Augsburg Brandenburg Chemnitz Köln Gardelegen Kriern (Kr. Breslau) Spandau Berlin Schneidemühl	Frankfurt a. M. 9. württembergischer Wahlkreis Siegburg-Waldbroel Mitglied der Nationalversammlung Kottbus-Spremburg Büdingen Saarbrücken Weimar I Bielefeld-Biedenbrück Parteiorganisationsrat 7. sächsischer Wahlkreis Hamburg Mitglied der Nationalversammlung Küchlinburg-Mischerleben Kirsch-Erlangen Berlin Niederbarnim Mitglied der Nationalversammlung Schwerin-Bismar Mitglied der Nationalversammlung " " " " " " München Gamm-Soest Koburg Koblenz a. L. Kulmbach-Forchheim Ols.-Groß-Bartenberg-Drebnitz Teltow-Beesfow Hagen-Schwelm Hamburg Reichenbach-Neurode Mitglied der Nationalversammlung 8. hannoverscher Wahlkreis Mitglied der Nationalversammlung 6. schleswig-holsteinischer Wahlkreis Ludau Parteiorganisationsrat Mitglied der Nationalversammlung Breslau-Ungermünde Schwerin-Birnbaum Sochum-Gelsenkirchen Braumshweig-Blankenburg Wittenberg-Schmeintz Döbenburg-Dietrichsland Mitglied der Nationalversammlung Denmin 19. hannoverscher Wahlkreis Düren-Bülich Mitglied der Nationalversammlung Kassel-Wehlungen Berlin Mitglied der Nationalversammlung Augsburg Brandenburg Chemnitz Mitglied der Nationalversammlung Breslau-Land Mitglied der Nationalversammlung Rebasteur des "Vorwärts" Eggenstein-Kolmar

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Stein, Georg	Keutlingen	Keutlingen-Lüdingen-Roitzg.
Steinfeld, Heinrich	Hamburg	Hamburg
Steinmayer, Otto	Stuttgart	10. württembergischer Wahlkreis
Stelling	Nied.	Mitglied der Nationalversammlung
Stephan, Wilhelm	Wiesbaden	Wiesen-Güldenrodde
Stoll, C.	Altona	8. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Stollen, Otto	Hamburg	Mitglied der Nationalversammlung
Stod, Christian	Heidelberg	
Struve, Johannes	Kassel	Waldeck-Pyrmont
Stubbe, Heinrich	Hamburg	Hamburg
Süßheim, Dr. Max	Rürnberg	Rürnberg-Altorf
Lauzabel, B.	Görlitz	Mitglied der Nationalversammlung
Lausch, Wilhelm	Geislingen	14. württembergischer Wahlkreis
Leich, Johanna	Frankfurt a. M.	Mitglied der Nationalversammlung
Löffinger, Ludwig	Wiesfeld	Wiesfeld
Löhle, W.	Halle a. d. S.	Mitglied der Nationalversammlung
Löhle, Karl	Düsseldorf	Düsseldorf
Löhle, Hermann	Altenburg	Sachsen-Altenburg
Löhne, Georg	Wilmgen	8. sächsischer Wahlkreis
Löhne, Josef	Kassel	Kassel-Melsungen
Loff, Ernst	Breese	7. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Loren, Ludwig	Charlottenburg	Lütow-Beestow
Lörtsch, Oskar	Königsberg	Wolgast
Mönnich, Max	Lugau i. Erzgebirge	19. sächsischer Wahlkreis
Mönnich, Heinrich	Berlin	Berlin
Mönnich, Emil	Kiel	7. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Mönnich, Otto	Osnabrück	Mitglied der Nationalversammlung
Mönnich, Hans	Königsberg	6. hannoverscher Wahlkreis
Mönnich, Heinrich	Helmstedt	Helmstedt-Borby
Mönnich, Julius	Wohlgemuth	6. sächsischer Wahlkreis Dresden-Land
Mönnich, Ernst	Dresden	
Mönnich, Theodor	GutsMuths	Bergheim-GutsMuths
Mönnich, Bernhard	Wismar	Wismar i. B.
Mönnich, Ludwig	Bremen	Bremen
Mönnich, Frau Auguste	Wiesfeld	Wiesfeld-Wiedenbrück
Mönnich, Gustav	Döhrn b. Danzig	Danzig-Land
Mönnich, Paul	Helmstedt	Helmstedt
Mönnich, Fritz (Ernst)	Danzig	Danzig-Land
Mönnich, Paul	Helmstedt	Helmstedt
Mönnich, Steglitz	Bonn	Bonn-Weinbach
Mönnich, Frau Dr.		
Mönnich, Kurt	Dresden	Dresden-Land
Mönnich, Belg	Wismar	Wismar
Mönnich, Alwin	Wismar	Wismar
Mönnich, Paul	Wismar	Wismar
Mönnich, Richard	Wismar	Wismar
Mönnich, Otto	Wismar	Wismar
Mönnich, Rudolf	Wismar	Wismar
Mönnich, Paul	Wismar	Wismar
Mönnich, Ernst	Wismar	Wismar
Mönnich, Karl	Wismar	Wismar
Mönnich, Edgar	Wismar	Wismar
Mönnich, August	Wismar	Wismar

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Mönnich, Wilhelm	Offenbach a. M.	Offenbach-Dieburg
Mönnich, A.	Naumburg	Naumburg-Weichenfels-Zettl
Mönnich, Rud.	Berlin	Mitglied der Nationalversammlung
Mönnich, D.		Rheinland-Lahn
Mönnich, Bruno	Wuppertal i. S.	Wuppertal-Barmen
Mönnich, Theodor	Wuppertal	Wuppertal
Mönnich, Karl	Wuppertal D. L.	Wuppertal-Elberfeld
Mönnich, Christian	Kassel	Kassel-Melsungen
Mönnich, Frau Grete	Hamburg	Hamburg
Mönnich, Margarete	Köln	Köln-Stadt und Land
Mönnich, Hermann	Rheinl. u. Erzbirge	19. sächsischer Wahlkreis
Mönnich, Martine	Hamburg	Hamburg
Mönnich, Josef	Wuppertal	Wuppertal
Mönnich, Karl	Köln	Oberbarmen
Mönnich, Dr. Oberh.	Jena	Oberbarmen
		Wilmgen III (Jena-Neustadt)

Sprechregister des Parteitages.

Abele 338.
Bartels 161, 316.
Bauer 443.
Begler 311.
Bentler 420.
Bernstein, Eduard 186, 240, 277, 354.
Biesler 277, 289, 297, 360, 362.
Blos, Frau 270.
Borschmann 192.
Braun, Adolf 189, 190, 250, 255, 303.
Braun, Ditto 138, 252, 283, 345.
Breithorst 139.
Brennede 289, 381.
Bromme 345, 439.
Brüchner 230, 351, 352, 405.
Brühne 173.
Cohen 260, 282, 286, 421.
Dr. David 264, 285, 374.
Davidsohn 196, 232, 356.
Dittmer 194.
Dörge 387.
Dreger 316, 405.
Ege 336.
Eggerstadt 373.
Emmel 139, 220, 300, 301, 502, 333.
Engelle 206.
Enz 340, 342.
Feldges 334.
Franz, Helene 299.
Franz 216.
Franz 332.
Gebühr 297.
Gehrmann 305.
Grelling 250, 295, 355, 399.
Groger 183.
Grün 335.
Heine 223, 229.
Hellmann 306.
Helges 316.
Hoh 137, 138, 281, 249, 274, 345, 388.
Hoffmann, Artur 314.
Hoppe 342.
Huffmeier 442.
Juchacz 308, 337.
Kähler 339.
Kamann 440.
Kaemmerer, Leonhard 379.
Kaß 331.
Klagenstein 232, 250, 301, 356, 431.
Keil 272.
Kische 359.
Klüß 276, 356.
Knaur 262.
König 269, 318, 343.
Körner 323.
Kräpzig 232.
Krell 185, 186.
Krüger 212.
Krummer 271.
Leuterich 186, 187.
Litt 354.
Löbe 161, 299, 323, 334, 342, 343, 344, 345, 346, 354, 365, 362, 363, 370, 373, 381, 387, 420, 431, 439, 451.
Mehger 390.
Rollenbuhr 398.
Rüller, Hermann 130, 256, 301, 396.
Roske 200, 202, 203, 267.
Raker 250, 300, 405.
Riff 209.
Riefel 129.
Reuter 335.

Röhl 358.
Ruben 309, 391.
Rüdiger 328.
Salomon 451.
Schneider 406, 452.
Sollmann 435.
Sronig 222.
Schäfer 455.
Scheidemann 231, 232, 238, 281, 284, 286.
Schiller 217, 219, 355.
Schürmer 254.
Schlegel 329.
Schmidt, Robert 383, 403.
Schollig 229, 268.
Scholz 250.
Schöfeler 357.
Schulz, Adolf 174, 317.
Schulz, Heinrich 134, 137, 139, 140, 167, 182, 186, 189, 190, 197, 198, 202, 203, 217, 219, 221, 229, 230, 231, 232, 233, 249, 250, 259, 264, 270, 272, 277, 282, 287, 289, 292, 295, 296, 297, 299, 300, 302, 303, 311, 314, 316, 318, 346, 351, 352, 353, 354, 356, 357, 404, 406, 442, 455.
Stahl 399.
Steinfeld 314.
Steinlopf 393.
Stelling 307.
Stoll 290.
Stubbe 210.
Thieleman 287, 357.
Vogel 371.
Weinheber 139, 301.
Weis 140, 292.
Wessell 296.
Wissel 363, 402.
Witte 437.

Sachregister des Parteitages.

Aktionsprogramme, Weibliche 21.
Agitation 38.
 — unter den Soldaten 39.
Aktionsprogramm 145.
Anträge zur auswärtigen Politik 118, 120.
 — zum Bericht der Fraktion 84.
 — zum Bericht der Kommission zur Beratung der Presseangelegenheiten 92.
 — zum Bericht des Parteivorstandes 73.
 — zum Entwurf eines sozialdemokratischen Aktionsprogramms 100.
 — über Freiwilligenkorps 109.
 — Jugend und Bildung 93.
 — zur Lehrerbewegung 111.
 — zum Organisationsstatut der Partei 76.
 — zur Tagesordnung des Parteitages 73.
 — Richtlinien für die Jugendbewegung 110.
 — auf Bereinigung der sozialdemokratischen Parteien 74.
 — Vertrauensumgebung für Sozialdemokraten in der Regierung 116.
„Arbeiter-Jugend“ 181.
 — Abkommen 24.
Arbeiter- und Soldatenträte 10, 11, 12, 13, 69.
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer 39, 172.
Arbeitsprogramm der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung 57.
Auslandspolitik der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung 58.
 — und Sozialdemokratie, Bernsteins Referat 240.
Austritt der Unabhängigen aus der Regierung 13.
Wahlpolitik der deutschen Regierung 268.
Barth, Emil — Versuch zur Gewinnung der Freiwilligenverbände 207.
Bericht der Fraktion 346.
 — der Landtagsprüfungskommission 230, 351.
 — der Kommission zur Beratung der Presseangelegenheiten 174.
 — der Kontrollkommission 173.
 — der Organisationskommission 318.
 — über Parteikasse 161.
 — des Parteivorstandes 5, 140.
 — des Parteivorstandes über die kulturpolitischen Aufgaben der Partei 167.
Bildungsweisen 168.
Buchhandlung Vorwärts 37.
Diktator des Proletariats 150.
Ernährungsfrage, Interpellation in der Nationalversammlung 70.
Fraktionsbericht 55.
Frauenagitation 19, 21.
Frauenbewegung 19.
Frauenwahlrecht 20.
Freiwilligenverbände 14, 155.
Forderung der sozialdemokratischen Partei am 7. November 1918 10.
„Freie Lehrer, Der“ 173.
Frieden 72.
 —, Unabhängige Sozialdemokratie 157.
Geburtenabnahme 5.
Geburtenverhinderung 20.
Gedenktag der Revolution 66.
Gemeindevertretungen, Sozialdemokraten in den 32, 164.
Geisteskrankheiten, Bekämpfung 19.
Gewaltfrieden 7.
„Gleichheit“ 21, 36.
 —, Ausban 309.
 —, Zeilage „Die Frau und ihr Haus“ 180.
Hungerblockade, Protest der Nationalversammlung 60.
„In Freien Stunden“ 38.
Innenpolitik der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung 58.
Internationale Arbeitererhebung 49.
 — 3. sozialistische 46.
 — Sozialistenkonferenz in Amsterdäm 50.
 — Sozialistenkonferenz in Bern 76.
 — Verkündigung 46, 158.
 —, Verbandsaufschieben 49.
 —, Völkerverbund 45.
Jugendagitation 23.
Jugendauschüsse 24.
Jugendbewegung 22, 169.
 — Debatte über 314.
Jugendberziehung 22.
Jugendtag 22.
Jugendvereine 23.
 — Verband der deutschen 169.
Kassenbericht 55.
Kinderberziehung 6.
Kleine Anträge der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung 67.
Kleine Gesetze der Nationalversammlung 65.
„Kommunale Praxis“ 38.
 —, Ausgestaltung 181.
Kongress der Arbeiter- und Soldatenträte 13.
Kontrollkommission, Konstituierung 420.
 — Wahl 406.
Kriegsgefangene, Einpruch gegen ihre Zurückhaltung 60.
Kühnmann, Sturz 7.
Kulturpolitische Aufgaben der Partei 26.
Landtagswahlen 31.
Lehrer, Der freie“ 173.
Lehrer, sozialdemokratische 171.
Masseier 40.
 — Nationalfesttag 66.
Maryistische Literatur 36.
Rathenauworte 9.
Reichsbewegung 17.
Richtlinien der Parteioptionen 54.

Nationalversammlung 11, 12, 13, 14, 27.
 „Neue Zeit“ 36.
 Notiz über die Streikwilligenverbände 202.
 Notverfassung der Deutschen Republik 60.
 Organisation 16.
 Organisationsstatut 18.
 — Entwurf 76, 319.
 Papierknappheit 176.
 Parteiangehörigen, Gehälter 165.
 Parteitaxen 27.
 Parteiausgleich, Arbeiterärzte 45.
 — Belagerungszustand 42.
 — Bericht 40.
 — Demokratisierung 43.
 — Friedensschluß 44.
 — Lebensmittelversorgung 41, 43.
 — Massenstreiks 41.
 — Militarisierung der Wehrkräfte 42.
 — Nationalversammlung 44.
 — Organisationsstatut 45.
 — Parteifinanzien 42.
 — Parteipresse 46.
 — Sozialisierung 45.
 — Verständigungsleben 42.
 — Waffenstillstand 43.
 — Wahlrechtsreform in Preußen 42.
 Parteibeiträge 164.
 Parteiblätter, neue 33.
 Parteifinanzien 165.
 Parteigeschäfte, Ueberschüsse 166.
 Parteiliste, Bericht 161.
 Parteikorrespondenz 165.
 Parteimitglieder 161.
 Parteipresse, Abonnementen 165.
 — Bericht über 180.
 — Papierknappheit 164.

Parteipresse Zulassungen 51.
 — Parteipaltung 14.
 Parteitag, Bureau 4.
 — Tagesordnung 3.
 — Verlegung in ein anderes Lokal 182.
 Parteivereinigung 15.
 Parteivorstand, Aufruf vom 17. Oktober 1918 9.
 — überwiesene Anträge 18.
 — Wahl 405.
 — Wahlen 354.
 Pressebureau 165.
 — rheinisch-westfälisches 165.

Räterepublik 150.
 Räteregime, Leitsätze 113, 126.
 — Referat Cohen 421.
 — Referat Singheimer 406.
 Regierungsumbildung 10, 14, 55.
 Reichskanzler, Frage von Baden 7, Ebert 11.
 Reichsmarine 61.
 Reichsministerium 57.
 Reichspräsident Ebert 14, 58.
 Reichswehr 61.
 Resolutionen 101, 106, 107.
 — zur Rätefrage 106.
 Revolution, Errungenschaften der 16.
 — in Berlin 10, 152.
 „Revolutionsschriften“ 37.

Sommerzeit 65.
 Sozialdemokraten in der Regierung 7, 8, 144.
 Sozialisierungsgesetze 64.
 Spartakusbund 18, 14.
 Schlichthandel 7.
 Schuld am Kriege 159.
 Sturz der Dynastien 10.

Tagesordnung 135.

Vereinigungsfrage 146.
 Verfassung der Deutschen Republik 68.
 Verordnungen der Volksbeauftragten u. der Reichsregierung 61.
 Verständigungsrieden 7, 9.
 „Welt und Zeit“, illustrierte Wochenchrift 180.
 „Vorwärts“ 34.
 — Besetzung durch Sparta-lus 36, 39.
 — Verbote 34, 35.

Wahlagitacion 39.
 Wahlkosten 166.
 Wahl der Kontrollkommission 406.
 — der Mandatsprüfungskommission 135.
 Wahlen 35.
 Wahlergebnis, Nationalversammlung 30.
 — Landtagen 31.
 Wahl für Nationalversammlung 27.
 — des Parteivorstandes 406.
 — der Schriftführer 135.
 — der Vorsitzenden 134.
 — des Zentralbildungsausschusses 454.
 Waffenstillstand 72.
 — Angebot 8.
 „Wahrer Jafos“ 36.
 Wiederaufnahme in die Partei 351.
 Wohnungsnot - Bekämpfung 71.

Zeitschrift für sozialdemokratische Lehrer 39.
 Zentralbildungsausschuss 25.
 — Wahlen 367.
 Zentralstelle für Einigung der sozialistischen Parteien 15

Ergebnis der Abstimmungen über die dem Parteitag vorgelegten Anträge.

(Wortlaut der Anträge Seite 73 bis 128. Zusammenstellung der angenommenen Anträge Seite 505 bis 516. Die Zahlen in Klammern bezeichnen die Stimmzahlen, auf denen die Resultate der Abstimmung zu finden sind.)

Nicht genügend unterstüzte Anträge:

52, 55 (308), 161 (454), 272, 273 (405), 278 (454).

Durch Abstimmung oder Erklärung erledigte Anträge:

13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 26, 27, 28 (302), 30 (404), 31, 32, 35, 36, 37, 39, 41 Absf. 1 (344), 47, 48, 49, 56, 57, 58, 59, 64 (404), 68 (302), 71, 72 (404), 74 (302), 78, 79, 80 (404), 82 (302), 89, 91, 95, 97, 101 (404), 103 (318), 107, 108 (404), 109 (357), 110, 113 (404), 115 (357), 117 (302), 119, 121, 122, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 151, 152, 153, 154 (318), 156, 157 (302), 159 (308), 164, 166, 169 (404), 175, 176, 177, 181 (302), 182 (454), 183, 184 (454), 186 Absf. 8 (302), 188 (404), 190 (454), 191, 192, 193, 194, 195 (302), 196 (454), 197 (302), 201 Absf. 6 (404), 201 Absf. 8 u. 9 (454), 215 (302), 216 (454), 219, 220 (344), 223 Absf. 4 (454), 229 (357), 230 (404), 231 (387), 245 (314), 252 (318), 253 (357), 262 (345), 263 (454), 266, (455), 274 (404).

Abgelehnte Anträge:

2, 4, 5, 6, 7, 8 (140), 33, 34, 38 Absf. 1 u. 2 (344), 38 Absf. 3 (345), 40 (344), 41 Absf. 2, 44, 45, 46 zum Teil (345), 70, 73, 93, 103, 111 (405), 158, 185 (302), 199 (454), 210 Absf. 1 u. 4 (404), 214, 217 (345), 221 (344), 231 Satz 2, 243 (302), 254 (345), 256 (344), 260 (404), Niemeyer Eisenbahnräte (454).

In den Parteivorstand überwiesene Anträge:

9, 10, 11 (318), 12, 25 (302), 50, 54 (318), 60 (302), 63, 69, 81 (318), 96 (302), 102 (454), 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 140 (318), 163 (454), 165, 167, 170, 172, 187 Absf. 1, 189 (318), 200 (454), 232 (318), 238 (454), 240, 246 (318), 271 (454), Referat über Räteregime (454).

Der Fraktion der Nationalversammlung überwiesen:

65, 66, (67) 75, 76, 77, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 92, 98, 104, 105, 112, 114, 116, 118, 119 (404), 155 (318), 166, 174, 179, 180, 186 Absf. 2, 187 Absf. 2, 198, 200, 211 (404), 218 (318), 222 (404), 223 Absf. 1 u. 3, [224] 225, 226, 264, 269 (404).

Zurückgezogene Anträge:

178 (800).

Arbeitsgemeinschaft der Lehrer überwiesen:

90 (404).

Parteiausschuß überwiesen:

270 (454).

Angenommene Anträge:

1, 3 (189) Tagesordnung, 29 (318) Agitationsmaterial, 42, 43 46 zum Teil (345) Organisationsstatut, 51, 53 (318) Agitation, 61 (318) Uebertritt zur Partei, 62 (318) Frauen in Verwaltungen, 94 (404) Agitationsmaterial, 99 (404) Kommunalisierung von Liegenschaften, 100 (404) Fiskalische Anlagen, 150 (318) Jugendpflege, 162 (454) Abfindung der Fürsten, 171 (454) Kommunalprogramm, 173 verändert (454) Schrebergärten, 202 (300) Parteieinigung, 203 (302) Freiwilligenkorps, 204 (404) Doppelmandate, 205 Jugendbewegung, mit Änderungen, Abs. 1, 2, 4, 5 u. 6 (318) Abs. 3 (345), 206 (318) Lehrerbewegung, 207 (318) Genossen in Regierungsdiensten, 208 (302) Demokratisierung, 209 (318) Bildungsarbeit, 210 Abs. 2 u. 3 (404) Einheitsrepublik, 212 (404) Ernährungsfrage, 213 (404) Einheitsrepublik, 223 Abs. 2 (302) Pressefreiheit, 227 (302) Belagerungszustand, 228 (300) Parteiselbständigkeit, 237 (345) Organisationsstatut, 244 (287) Auswärtige Politik, 247 Abs. 3 (404) Preussische Gebiete, 248 (404) Verbrauchergemeinden, 249 (287) Abänderung zu 244, 250 (345) Frauenagitation, 251 mit Antrag Lesche (404) Sozialisierung, 255 (404) Abänderung zu 248, 257 (404) Beamte, 258 (344) Organisationsstatut, 259 (455) Lebiné, 261 (455) Saargebiet, 265 (404) Todesstrafe, 267 (455) Kriegsgefangene, 268 (404) Letten, 275 (405) Spandauer Heeresverpfändungen, 276 (455) Gegen Gewalttaten, 303 (454) Produktionskennnisse, Zu den Leitfragen über Räteystem (454).

Präsenzliste der Frauenkonferenz vom 15. und 16. Juni 1919.

Name	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Anjorge, Marie Anning, Marie	Schlesien Duitsburg-Mühlheim
Baader, Ottilie Bartels, Elise Bauch, Marie Begier, Johannes Bee, Eilse Berge, Frieda Blase, Therese Blos, Anna Bollmann, Minna Bremer, Therese Bühning, Marie	Ehrenmitglied Hannover Hamburg Hamburg Oberhessen Sachsen Mannheim Württemberg Halberstadt Hannover Magdeburg
Eichholz, Therese Ege, Lina Eichler, Minna Endmann, Lina	Dsthreußen Hessen-Rastau Thüringen Stettinhausen
Franz, Helene	Breslau
Gerlach, Henriette Gothhusen, Frau Griehl, Max Grünberg, Helene Günter, Friederike	Obernburg-Dithrisland Pr. Landtagsfraktion Württemberg Nürnberg Anhalt II
Samann, Anna Sanna, Gertrud Sante, Frieda Semminger, Paula Siller, Emilie Hoppe, Martha Harber, Hanna Helfers, Rosa Höfs, Elie	Westfalen Berlin D. Schlesien Hamburg Württemberg Berlin Bremen Hannover Stettin, W. d. N.
Jaediat, Luise Jordan, Anna Juchacz, Marie	Lübeck Kiel Berlin, Parteivorstand
Jähler, Wilhelmine Kaemmerer, E. Kraus, Hedwig König, Elisabeth Kurt, Hedwig	Berlin-Steglig Hamburg Halberstadt Leipzig Sachsen

Name	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Landé, Thella Lawatsch, Berta Leg, Anna Lobahl, Gertrud Lührs, Frieda	Eiberfeld Mittelschlesien Dortmund Posen, M. d. N. Hannover, M. d. N.
Matzsch, Anna Mayer, Loni Mayer, Dora Meßger, Centa	Ost- und Westfalen Stettin Schleswig-Holstein Bayern
Moos, Klara	Sächsischer Landtag
Orloff, Frau	Frankfurt a. M.
Peschke, Elisabeth Pflüß, Antonie Plum, Agnes Pluskat, Rosa	Cottbus-Spremberg München, M. d. N. Essen Groß-Berlin
Rattsch, Pauline Reimann, Elise Reitze, Johanna Rynek, Elfriede Röhl, Elisabeth Ruehland, Schwester Lybia	Fort-Lausitz Elbing Hamburg Berlin, Parteivorstand Pöln Galle-Merseburg
Seggern, Marie v. Simon, Anna Scheibenhuber, Elise Scholz, Gertrud Schumann, Elise Struwe, Berta Starl, Elise Schilling, Minna Schmidt, Emma Schmitz, Helene Schulz, Berta Schulze, Henriette Schubert, Richard Schreiber, Abela Schroder, Luise	Bremen Brandenburg, M. d. N. Berlin Berlin Stettin Magdeburg Jüterbog i. Sa. Döbeln i. Sa., M. d. N. Meißen Berlin Dachau-Gelsenkirchen Braunschweig Ludau Berlin Altona
Todenhagen, Minna	Groß-Berlin
Walter, Auguste Weber, Emilie Wegscheider, Dr. Hildegard Weiß, Klara Wellmann, Alwine Weißhal, Henriette Wiersbighi, Ella Wohlgemuth, Loni	Bielefeld Inhalt I Bonn Berlin Donaubühl Hamburg Hamburg Westpreußen
Zabe, Grete Zeise, Margarete Zieg, Martine	Hamburg Pöln Hamburg

Sprechregister der Frauenkonferenz.

Anforge 477.	Ganna 486.	Röhl 474.
Genossin Bartels 480.	Hiller 472.	Rynek 470, 471, 472, 473.
Blos 476.	Juchacz 458, 459, 483, 484,	Schilling 470.
Bohm-Schuch 466, 482.	500, 501, 502, 503.	Schreiber, Abela 491.
Bühl 481.	Kähler 471.	Schroeder 479.
Endmann 479.	Leg 478.	Genossin Schulz 480.
Grünberg 473, 484, 501.	Pflüß 476, 502.	Todenhagen 480.
	Plum 475.	Weiß 485

Sachregister der Frauenkonferenz.

Anträge zur Frauenkonferenz 500.	Frauenarbeit und Frauen- schutz — Gertrud Ganna über 486.	Tagesordnung der Frauen- konferenz 469.
Aufgaben der sozialdemo- kratischen Frauenbewegung — Gen. Juchacz über — 459.	„Gleichheit“ — Bohm-Schuch über 467.	Wahl der Mandatsprüfungs- kommission der Frauen- konferenz 459.
Bericht der Mandatsprü- fungskommission der Frauenkonferenz 470.	Mutterschaftstragen, Abela Schreiber über — 491.	Wahl der Schriftführerinnen der Frauenkonferenz 469.
Frauenkonferenz — Bericht 458.	Richtlinien für die Frauen- bewegung 471.	Wahl der Vorsitzenden der Frauenkonferenz 459.

Inhalts-Verzeichnis.

	Seite
Tagesordnung des Parteitages	3
Bureau des Parteitages	4
Vorlagen an den Parteitag	5
Bericht des Parteivorstandes für die Geschäftsjahre 1918/1919	5
Bericht der Fraktion der Nationalversammlung	55
Anträge an den Parteitag	73
Protokoll des Parteitages	129
Bericht über die Frauenkonferenz	458
Wortlaut der angenommenen Anträge	506
Organisationsstatut	517
Präsenzliste des Parteitages	523
Sprechregister des Parteitages	532
Sachregister des Parteitages	533
Ergebnisse der Abstimmungen	535
Präsenzliste der Frauenkonferenz	537
Sprechregister der Frauenkonferenz	539
Sachregister der Frauenkonferenz	539
